SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG FUER ATOMENERGIE - SVA

BASISDOKUMENTATION – KERNENERGIE IN DER SCHWEIZ

Geschichtliches

1945 konstituierte sich unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Paul Scherrer, Direktor des Physikalischen Instituts der ETH Zürich, eine schweizerische Studienkommission für Atomenergie (SKA). Ebenfalls relativ früh kam in der eidgenössischen Politik der Wille zum Ausdruck, die Forschung auf dem Gebiet der Atomenergie durch staatliche Massnahmen zu unterstützen, was 1946 zu einem ersten Förderungsbeschluss führte. Starkes Interesse an der neuen Energieproduktionstechnik zeigten auch die schweizerischen Maschinenindustrie und verwandte Branchen, die zusammen mit Firmen aus Handel und Finanzwirtschaft sowie Elektrizitätsgesellschaften am 1. März 1955 die Reaktor AG in Würenlingen gründeten.

Der Reaktor AG wurde in der Folge der Betrieb des von der Eidgenossenschaft gekauften amerikanischen Forschungsreaktors „Saphir“ übertragen, der an der UNO-Weltkonferenz „Atoms for Peace“ 1955 in Genf gezeigt worden war. Weiter befasste sich die Unternehmung mit der Entwicklung eines eigenen Versuchsreaktors („Diorit“) und eines schweizerischen Demonstrationskernkraftwerks. Da die hierfür benötigten Mittel die Möglichkeiten der Reaktor AG überstiegen, kam es auf den 1. Mai 1960 zur Übernahme des Personals und der Anlagen in Würenlingen durch den Bund. Damit begann die Existenz des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR) als Annexanstalt der ETH Zürich, die 1988 mit dem benachbarten Schweizerischen Institut für Nuklearforschung (SIN) zum Paul Scherrer Institut (PSI) zusammengelegt wurde.

Die Entwicklung einer eigenständigen schweizerischen Reaktorbaulinie erwies sich als ausserordentlich schwierig, doch hielten verschiedene Industriegruppen daran fest, mit Unterstützung durch den Bund am Standort Lucens ein Versuchsatomkraftwerk zu erstellen. Noch während des Baus dieser Anlage führten allerdings wirtschaftliche Gründe dazu, für das erste kommerzielle Kernkraftwerk unseres Landes, Beznau-I, einen amerikanischen Druckwasserreaktor zu wählen.

Auf energiepolitischer Ebene vertrat die Landesregierung seit 1963 mit Entschiedenheit die Auffassung, es sollte in der Schweiz auf den als Zwischenstufe vorgesehenen Einsatz konventionell-thermischer Kraftwerke verzichtet und unmittelbar zur Kernenergie übergegangen werden. Auch in der Öffentlichkeit fanden die Projekte für Atomkraftwerke in Beznau und Mühleberg eine günstige Aufnahme. Entsprechend brachten der Bau und die Inbetriebnahme der Anlagen Beznau-I (1969), Beznau-II (1971) und Mühleberg (1971) keine besonderen Akzeptanz-Probleme.

Zum Beginn des organisierten Widerstandes gegen die Kernenergie in der Schweiz wurden dann die Auseinandersetzungen um die Umzonung des Baugeländes für das projektierte Kernkraftwerk Kaiseraugst im Jahr 1969. Die Opposition gegen dieses Vorhaben und die weiteren geplanten Kernkraftwerke (Gösgen, Graben, Leibstadt, Verbois, Inwil und Rüthi) nahm zunehmend militante Formen an. Die zunächst – vielfach im Verbund mit Organisationen im benachbarten Ausland – von „Bürgerinitiativen“ und antinuklearen Bewegungen getragene Ablehnung der Kernenergie wirkte sich in der Folge auch in kantonalen Parlamenten und in den eidgenössischen Räten aus. Trotz wachsender Schwierigkeiten konnten aber die Kernkraftwerke Gösgen und Leibstadt 1979 bzw. 1984 die Stromproduktion aufnehmen. Anderseits erreichte der auf allen Ebenen geführte Kampf der Atomgegnerschaft, dass die übrigen KKW-Projekte nicht zu verwirklichen waren.

Rechtliche Grundlagen

Bereits im Sommer 1946 beantragte der Bundesrat dem eidgenössischen Parlament einen ersten Bundesbeschluss zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Atomenergie (BB1 1946 II 928-935) , der noch im gleichen Jahr von beiden Kammern gutgeheissen wurde. In den fünfziger Jahren konzentrierten sich die politischen Bemühungen auf die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die schweizerische Atomenergiepolitik. Ein wichtiger Schritt hierzu wurde mit dem neuen Verfassungsartikel 24 quinquies getan, der die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Atomenergie und den Erlass von Vorschriften über den Schutz vor ionisierender Strahlung zur Bundessache erklärte. Der Verfassungszusatz wurde am 24. November 1957 von Volk und Ständen gutgeheissen.

Zwei Jahre später lag das darauf abgestützte „Bundesgesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz“ vom 23. Dezember 1959 vor (SR 732.0) . Eine wesentliche Teilrevision dieses Erlasses brachte der Bundesbeschluss zum Atomgesetz vom 6. Oktober 1978 (SR 732.01) , der in der Volksabstimmung vom 20. Mai 1979 angenommen und auf den 1. Juli 1979 in Kraft gesetzt wurde. Der genannte Bundesbeschluss führte die Rahmenbewilligung sowie den Bedarfsnachweis ein und machte die Erzeuger radioaktiver Abfälle für deren sichere Beseitigung verantwortlich. Seine Geltungsdauer bis zum Inkrafttreten des vorgesehenen neuen Kernenergiegesetzes ist zweimal verlängert worden und erstreckt sich nun bis Ende des Jahres 2000.

Da sich auch die Haftungsbestimmungen des Atomgesetzes als revisionsbedürftig erwiesen hatten, verabschiedete die Bundesversammlung am 18. März 1983 das Kernenergiehaftpflichtgesetz (SR 732.44), das im Januar 1984 in Kraft trat.

1982 beschloss der Bundesrat, den Strahlenschutz und die Nutzung der Kernenergie künftig getrennt zu regeln. Das neue Strahlenschutzgesetz wurde von den Eidgenössischen Räten am 22. März 1991 verabschiedet. Die Totalrevision des Atomgesetzes

(neues Kernenergiegesetz) ist für Mitte der neunziger Jahre vorgesehen. ob im Hinblick auf die Entsorgung der radioaktiven Abfälle vorgängig eine Teilrevision durchgeführt wird, ist noch offen.

Eidgenössische Abstimmungen über die Kernenergie

Im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie sind in der Schweiz auf eidgenössischer Ebene bisher drei Urnengänge zu fünf Volksinitiativen durchgeführt worden:

- Am 18. Februar 1979 war über die Initiative „zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen“ (Atominitiative I) zu befinden. Bei einer Stimmbeteiligung von 49 Prozent wurde dieses Begehren mit 965’271 Nein-Stimmen (entsprechend 51,2 Prozent) gegen 919’923 Ja (48,8 Prozent) abgelehnt. Von den 26 Kantonen und Halbkantonen wiesen deren 16 Nein-Mehrheiten auf, während 10 Stände der Initiative zustimmten.

- Am 23. September 1984 lagen Volk und Ständen zwei Initiativen zum Entscheid vor, die eine „ für die Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke (Atominitiative II) , die zweite „ für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung“ (Energie-Initiative) . Bei einer Stimmbeteiligung von 41,1 Prozent entfielen auf die Atominitiative II 931'287 Nein (55,0 Prozent) und 761'524 Ja (45,0 Prozent) . Die Energie-Initiative wurde mit 916’384 Nein (54,2 Prozent) gegen 773’727 Ja (45,8 Prozent) abgelehnt. 19 Kantone und Halbkantone sprachen sich gegen beide Begehren aus, sieben Stände nahmen beide Initiativen an.

- Am 23. September 1990 war über die Initiativen „ für den Ausstieg aus der Atomenergie“ (Ausstiegsinitiative) und „Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)“ (Moratoriumsinitiative) abzustimmen. Bei einer Stimmbeteiligung von 39,6 Prozent wurde die Ausstiegsinitiative mit 915’552 Nein (52,9 Prozent) gegen 816’302 ja (47,1 Prozent) verworfen. 18 Kantone und Halbkantone lehnten das Begehren ab, acht hatten Ja-Mehrheiten zu verzeichnen. Zustimmung fand anderseits die Moratoriumsinitiative mit 947’356 Ja (54,6 Prozent) und 787'247 Nein (45,4 Prozent). 22 Kantone und Halbkantone befürworteten dabei ein zehnjähriges Moratorium für die Bewilligung neuer Anlagen zur Produktion von Kernenergie, vier lehnten diese Initiative ab.

Weitere Angaben zur frühen Geschichte der Kerntechnik der Schweiz finden sich in "Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz", Olynthus Verlag 1992, ISBN 3-907175-16-6

C h r o n i k

Chronik um "Kaiseraugst" vom 31. März bis zum 20. Mai 1975 (Ulrich Beck)

31. März: Die "Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst" (GAK) bereitet Geländebesetzung vor und fordert Baustopp.

1. April: Beginn der Besetzung.

3. April: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG reicht Klage beim Bezirksamt Rheinfelden ein: Hausfriedensbruch und Nötigung.

Bundesrat Ritschard erklärt in einem offenen Brief unter anderem, die Gegner hätten vor der Erteilung der Baubewillung alle Rechtsmittel. ausgeschöpft und seien dabei abgewiesen worden.

6. April: Kundgebung auf dem besetzten Gelände mit etwa 6000-7000 Personen.

7. April: Der Aargauer Regierungsrat verurteilt das Vorgehen der Besetzer und warnt sie vor den Rechtsfolgen.

Der Regierungsrat von Basel-Stadt erklärt sich bereit, zusammen mit der Regierung von Basel-Land Vertreter der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK) zu empfangen, aber erst nach Abbruch der Besetzung.

Beginn der Einvernahmen der Besetzer durch den Untersuchungsrichter.

9. April: Der Bundesrat lässt sich über die rechtliche Lage und die Tatbestände informieren, fällt aber keine Entscheide.

Die Regierung von Basel-Land erklärt, ihrer Meinung nach seien die Voraussetzungen für die definitive Baubewilligung für Kaiseraugst nicht erfüllbar.

10. April: Der Grosse Rat von Basel-Stadt fordert Baustopp.

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone konferieren in Egerkingen. Sie wünschen eine Unterredung mit dem Bundesrat.

Das „Nordwestschweizer Komitee gegen Atomkraftwerke“.(NWA) fordert Bundesrat und betroffene Kantonsregierungen zu einem Baustopp für Atomkraftwerke auf.

Ein Sprecher des Eidg. Militärdepartements erklärt auf Anfrage, einen Truppeneinsatz für Geländeräumung könnte nur der Bundesrat beschliessen.

Stellungnahmen zugunsten der Besetzer: Progressive POCH Organisationen Solothurn; Baselbieter Jungsozialisten; gut die Hälfte der Studenten, Dozenten und Mitarbeiter des Technikums Muttenz; POCH Luzern; PdA Basel und Basel-Land. -

11. April:1975 Der Bundesrat erklärt sich bereit, mit den Nordwestschweizer Regierungen zu sprechen.

12. April: Stellungnahmen zugunsten eines Baustopps: Schweizerischer Landesring der Unabhängigen (LdU); Liberalsozialistische Partei der Schweiz.

15. April: Stellungnahmen zugunsten eines Baustopps: World Wildlife Fund Schweiz; Gemeinderat und Ortsparteien von Rheinfelden.

Stellungnahme gegen die Besetzer: LdU des Kantons Aargau.

17. April: Der Landrat von Basel-Land verlangt Überprüfung der erteilten Bewilligungen und Abwarten der meteorologischen Oberexpertise für den Raum Basel.

18. April: Eine Delegation des Bundesrats konferiert mit Delegationen der Nordwestschweizer Regierungen. Verurteilung der illegalen Besetzung. Der Bundesrat ist bereit, nach Abbruch der Besetzung GAK-Vertreter zu empfangen.

Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie hält in einer Pressemitteilung fest, die Zuspitzung der Konfrontation infolge der Besetzung drohe die realen Dimensionen der Kernenergie-Probleme zu verwischen.

Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz verlangt:, dass nur Kernkraftwerke zugelassen werden, bei denen alle Sicherheitsprobleme befriedigend gelöst seien.

20. April: Die GAK und die Besetzer erklären sich enttäuscht darüber, dass Bundesrat und Regierungen ihnen und ihrer "Volksbewegung" kein Gehör schenken wollten.

Stellungnahmen zugunsten der Besetzer: "Naturfreunde" Sektion Basel; Schüler des Gymnasiums Liestal; 24 Physiker des Laboratoriums für Hochenergiekernphysik ETH, Villigen; "Studentenschaften" schweizerischer Techniken (wurde vom SST Vorstand ohne Konsultation der einzelnen Studentenschaften herausgegeben); 18 Physiker des Schweizerischen Instituts für Nuklearforschung.

22. April: Stellungnahmen gegen die Besetzer: Aargauischer Stromkonsumentenverband; Verband Aargauischer Elektro-Installationsfirmen; Aktion Kaiseraugst für die Erhaltung der Rechtsordnung in der Schweiz. Die Direktion des Schweizerischen Instituts für Nuklearforschung rügt die 18 Physiker, die oben unter dem 20. April erwähnt sind.

23. April: Der Bundesrat befasst sich ohne Entscheid mit einem Brief der C.AK vom gleichen Tag, der 151000 Unterschriften trägt und Baustopp, Rückzug der Baubewilligung und meteorologische Oberexpertise verlangt.

25. April: Stellungnahme zugunsten eines Baustopps: Sozialdemokratische Partei des Kantons Zug; LdU des Kantons Zug.

26. April: "Volkskundgebung" gegen Atomkraftwerke in Bern, organisiert von der GAK. Ungefähr 6'000 Teilnehmer.

27. April: Stellungnahme gegen die Besetzer: Aargauischer Ärzteverband.

28. April: Stellungnahmen für die Besetzer: Schweizerischer Verein für Volksgesundheit; Basler Typographia; Gewerkschaft Textil-Chemie-Papier, Sektion Basel; Service civil international.

30. April: Der Bundesrat schreibt der GAK, die Besetzung sei illegal; eine nur vorübergehende Räumung komme nicht in Frage, ebensowenig weitere Bedingungen. Nur nach definitiver Räumung würden GAK-Vertreter zum Gespräch empfangen.

3. Mai: Die GAK erklärt, entschlossen zu sein, den Kampf gewaltfrei weiterzuführen.

Die Aargauer Polizei führt auf der am besetzten Gelände vorbeiführenden Strasse eine Verkehrskontrolle durch. Alarm bei den Besetzern.

Stellungnahmen zugunsten eines Baustopps: 305 Angehörige der ETH Zürich; angehende Sozialarbeiter und Heimerzieher der entsprechenden schweizerischen Schulen; 83 % der Schüler und 29 Lehrer des Lehrerseminars Liestal.

Stellungnahme gegen die Besetzer: Vorstand der Studierenden an der HTL Windisch (unter Distanzierung von der Stellungnahme des SST-Vorstandes vom 20. April).

6. Mai: Stellungnahmen zugunsten eines Baustopps: Schweizerische Vereinigung der Studenten der Rechtswissenschaften; Baselbieter FDP; CVP Basel-Land; wissenschaftliche und technische Mitarbeiter des Bio-Zentrums der Universität Basel.

7. Mai: Der Bundesrat befasst sich mit einem Vermittlungsvorschlag einer Gruppe mit Nationalrat Hubacher, Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, als Sprecher. Die Landesregierung bleibt bei ihrem Standpunkt vom 30. April.

9. Mai 1975: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG bietet den Aufschub der Bauarbeiten bis Anfang Juni an, sofern eine endgültige Aufhebung der Besetzung erfolge. Nur ein normaler Werkzaun soll erstellt werden dürfen. Das Angebot soll die Aufnahme von Gesprächen mit der Gegenseite gestatten.

Die Besetzer beschliessen, am 19. Mai die Besetzung zu beenden, um Verhandlungen mit den Behörden zu ermöglichen.

Bundesrat Ritschard pflegt eine Aussprache mit Delegationen der Kantonsregierungen von Basel-Stadt, Basel-Land und Aargau. Keine Beschlüsse.

In der "National Zeitung" wird das Resultat einer Meinungsumfrage über Kernkraftwerke publiziert.

10. Mai: Landammann B. Hunziker warnt vor dem Aargauer Grossen Rat die Besetzer vor einer Wiederbesetzung nach dem beschlossenen Abzug. Die Regierung würde hart durchgreifen.

14. Mai: Protestmarsch von rund 500 Atomkraftwerkgegnern und Kundgebung vor den Büros von Motor-Columbus. Vertreter der GAK und der "Gewaltfreien Aktion Zürich" fordern den Baustopp in Kaiseraugst.

Die Schweizerischen Jungsozialisten stellen sich hinter das Räumungsangebot der GAK und verlangen von Bundesrat Ritschard, dafür zu bürgen, dass nach der Räumung auf dem Baugelände nichts verändert werde.

100 Professoren der Universität Basel melden beim Bundesrat schwere Bedenken gegen Kernkraftwerke an und fördern einen Entwicklungsplan.

15. Mai: Besetzer machen Räumung von neuen Bedingungen abhängig. Sie verlangen eine schriftliche Zusage für einen einmonatigen Baustopp, Belassung ihrer Bauten, Verzicht auf Einzäunung.

Die Bundeskanzlei bestätigt den Brief des Bundesrates vom 30. April an die GAK. Er bleibe die Grundlage für die Landesregierung im Hinblick auf Verhandlungen.

16. Mai: Rund 400 Naturwissenschafter und Ingenieure schreiben dem Bundesrat, um ihrer Besorgnis über die entstandene Lage Ausdruck zu geben sowie ihrer Überzeugung, dass Kernkraftwerke heute die einzige Lösung unserer Energieversorgung darstellten (siehe auch den nachfolgenden Artikel).

18. Mai: Am Pfingsttag Informationsveranstaltung der GAK auf dem besetzten Gelände mit rund 2000 Personen.

19. Mai: "Einige tausend" Personen besuchen am Pfingstmontag das besetzte Gelände.

Bundesrat Ritschard erklärt, der Vermittlergruppe Nationalrat H. Hubacher einen Verhandlungstermin für die letzte Maiwoche zugesichert zu haben, sofern die Besetzung bedingungslos aufgehoben werde.

20. Mai: Radio DRS meldet einen neuen "Polizeialarm". Auch hier (wie am 3. Mai) handelt es sich um eine Verkehrskontrolle der Aargauer Polizei.

Die "Aktion Umweltschutz Europa" fordert in Basel einen Planungs- und Bauaufschub aller Atomkraftwerke.

Chronik um "Kaiseraugst" vom 22. Mai bis 3. Juni 1975 (2. Teil) (Ulrich Beck)

22. Mai: Bundesrat Ritschard hält in Bern eine Pressekonferenz ab: Beharren der Landesregierung auf einem Abzug der Besetzer vor Gesprächen. Notwendigkeit der Sicherstellung unserer Energieversorgung mittels geplanter Kernkraftwerke. Maximale Sicherheitsvorschriften in der Schweiz. (Siehe auch Beilage zum SVA-Bulletin Nr. 10/1975).

Die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) organisiert ebenfalls eine Pressekonferenz in Bern. GAK besteht auf schriftlicher Zusage für einmonatigen Baustopp und Verzicht auf Umzäunung und kündigt ein Volksbegehren auf eidgenössischer Ebene gegen die Verbreitung von Atomkraftwerken an.

Verhandlung gegen vier Besetzer und die GAK sowie das Nordwestschweizerische Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NAK) vor dem Bezirksgericht Rheinfelden. Die Urteile werden den Parteien später schriftlich eröffnet werden.

Die Parteiversammlung der CVP Basel-Stadt fordert Gespräche auf allen Ebenen, um auf den Boden der Rechtstaatlichkeit zurückzufinden.

23. Mai: Die Aargauer Regierung erklärt in einem Communiqué, es könne mit einer polizeilichen Räumung nicht mehr lange zugewartet werden. Sie erachtet ein Gespräch mit der GAK und dem NAK nach freiwilliger Räumung immer noch als nützlich.

Die Jungen CVP Basel-Land beschliessen Unterstützung der geplanten eidgenössischen Initiative. Der Delegiertenconvent des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich unterstützt die Forderung nach Baustopp bis zum Vorliegen einer Gesamtenergiekonzeption.

24. Mai 1975: Die Gruppe "Union démocratique du centre" der Bundesversammlung unterstützt die Haltung des Bundesrats und fordert Räumung des besetzten Geländes.

25. Mai: Der Vorstand der CVP Schweiz erklärt, er erwarte, dass die zuständigen Kantone (eventuell mit Hilfe des Bundes) die Besetzer zur Räumung veranlassen, damit der rechtswidrige Zustand aufgehoben werde, und dass die eingeleitete Expertise zu einer Überprüfung aller Sicherheitsprobleme führe.

Der Parteitag der FDP Schweiz fordert bedingungslosen Abbruch der Besetzungsaktion und Überprüfung der Standortfragen.

Die Parlamentsfraktionen der CVP, FDP und SVP geben ihrer Beunruhigung über die Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit Ausdruck.

Der Parteitag der Aargauer Sozialdemokraten fordert bedingungslose Räumung mit garantiertem Baustopp und anschliessenden Gesprächen.

26. Mai: Die Parteileitung der St. Galler FDP erklärt, sie habe schwerste Bedenken für die Zukunft unseres Rechtsstaates und erwarte die Wiederherstellung der Rechtsordnung.

27. Mai: Die Baselbieter Regierung fordert die Besetzer auf, die illegale Besetzung abzubrechen und den rechtsstaatlichen Weg des Gesprächs zu beschreiten. Die Regierung wäre dann bereit, sich treuhänderisch für Gespräche einzusetzen.

Die Generalversammlung der FDP Rheinfelden lehnt das Kernkraftwerk Kaiseraugst ab.

Gründung einer überparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke Aargau.

Bundesrat Ritschard erklärt in einem Zeitungsinterview unter anderem, er stelle sich Gespräche – und nicht eigentliche Verhandlungen – mit den Besetzern nach ihrem bedingungslosen Abzug vor. Den Widerstand in der Region Basel führe er hauptsächlich auf mangelnde Aufklärung zurück. Die Nordwestschweizer Bevölkerung könne Vertrauen in den Bundesrat haben; er nehme ihre Bedenken ernst.

766 Lehrer aus Basel und Umgebung unterstützen Aktionen, die zum Ziel haben, einen demokratischen Volksentscheid herbeizuführen.

28. Mai: Die Delegiertenversamlung der SVP/BGB des Kantons Zürich verurteilt die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit in Kaiseraugst und verlangt die Beendigung der Besetzung.

29. Mai: Der Parteitag der Aargauer Freisinnigen fordert Abbruch der Besetzung.

An der ordentlichen Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen warnt Bundesrat Hürlimann vor der schwindenden Achtung vor dem Recht. Der Rechtsstaat müsse den Spielregeln der Demokratie Nachachtung verschaffen.

30. Mai: Die GAK lehnt das Angebot der Regierung von Basel-Land vom 27. Mai ab, treuhänderisch für Gespräche zu sorgen, sobald die Besetzung bedingungslos abgebrochen worden sei; die Besetzung werde verstärkt weitergeführt.

Die Freiwillige Schulsynode Basel-Stadt nimmt mit grosser Mehrheit "mit Befremden die Haltung des Bundesrates in der Frage des Kernkraftwerkes Kaiseraugst zu Kenntnis". Sie spricht der C.AK ihre Sympathie aus.

2. Juni: Das Gemeindeparlament von Pratteln stimmt einer Resolution zugunsten eines vorläufigen Baustopps zu, postuliert aber gleichzeitig die Aufhebung der Besetzung.

Der Aargauer Regierungsrat Lang hat eine Aussprache mit Vertretern des Nordwestschweizerischen Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke (NAK) zwecks Erarbeitung von Vorschlägen für eine Räumung.

3. Juni: Der Bundesrat schreibt an die Kantonsregierungen, sie möchten dem Kanton Aargau für den Fall einer zwangsweisen Räumung Polizeikräfte zur Verfügung stellen.

Bundesrat Ritschard schreibt via Aargauer Regierung an die Besetzer und formuliert ein neues Angebot für Verhandlungen zwischen der Landesregierung und NAK/GAK.

Chronik um "Kaiseraugst" vom 3. Juni bis 19. Juni 1975 (3. Teil) (Ulrich Beck)

3. Juni 1975: Der Einwohnerrat Pratteln fordert in einer Resolution zu einem Baustopp und zum Abbruch der Besetzung auf.

Der Vorstand der unabhängigen Christlich-sozialen Partei des Jura unterstützt den Kampf gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst.

Die „Aqua-viva“-Generalversammlung (nationale Aktionsgemeinschaft zur Erhaltung unserer Flüsse und Seen) beauftragt ihren Vorstand, ein anfälliges Volksbegehren gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke zu unterstützen.

4. Juni: Bundesrat Ritschard schreibt den Nationalräten Hubacher und Gerwig, die Verhandlungen mit den Besetzern (nach erfolgter Räumung gemäss dem Brief Ritschards vom 29. Mai via Aargauer Regierung) könnten sich auf alle umstrittenen Fragen betreffend Kaiseraugst erstrecken (Zaun, Baustopp usw.).

4. Juni: Die Regierung von Basel-Stadt beantwortet eine Interpellation und stellt u.a. fest, sie teile mit dem Interpreten die Sorge, eine Massierung von Kernkraftwerken an Ober- und Hochrhein beeinträchtige die meteorologischen Verhältnisse und damit die Lufthygiene.

Der Gemeinderat von Dornach lehnt Kernkraftwerke nicht ab, trägt aber Bedenken gegen dasjenige von Kaiseraugst; das meteorologische Gutachten müsse zuerst vorliegen, und ein generelles Energiekonzept sei nötig.

Die liberale und evangelische Fraktion der Bundesversammlung erklärt, die Rechtsverwilderung sei eine grössere politische Gefahr als allfällige Gefahren von Kernkraftwerken. Ein Dialog mit den Besetzern komme nur nach einer bedingungslosen Rückkehr zur Legalität in Frage.

43 Gymnasiallehrer von Basel-Land fordern Baustopp bis zur Abklärung aller hängigen Fragen durch neutrale Experten und fordern Straffreiheit für die Besetzer.

Die Jahresversammlung des baselstädtischen Gewerkschaftskartells fordert beide Basler Regierungen zu konsultativen Abstimmungen über den Bau von Atomkraftwerken auf.

5. Juni: Der Aargauer Regierungsrat, 11 Fricktaler Grossräte und Vertreter aller Fricktaler Gemeinden appellieren an die Bürger-Initiativen und an die Besetzer, die Besetzung abzubrechen.

6. Juni: Der Kanton Wallis erklärt sich bereit, dem Aargau Polizei zur Verfügung zu stellen.

7. Juni: Das Bündner "Viva-Kollektiv" (Progressive) solidarisiert sich mit den Besetzern und ist gegen den Bau von Kernkraftwerken.

Das "Comité de coordination contre Verbois nucléaire" erklärt sich entrüstet über die Aufforderung des Bundesrates an die Kantone, den Aargau gegebenenfalls mit Polizeikräften zu unterstützen.

Das "Institut de la Vie", Sektion Genf, solidarisiert sich mit den gewaltfreien Besetzern und bittet die Behörden, nicht Polizei zur Verfügung zu stellen.

92 Muttenzer Lehrer fordern in einem offenen Brief an den Bundesrat den Baustopp für Kaiseraugst.

Eine Besetzer-"Vollversammlung" von über 3000 Personen beschliesst fast einstimmig, am 11. Juni das besetzte Gelände zu verlassen, da folgende Bedingungen erfüllt worden seien: Baustopp für mindestens vier Wochen und Verhandlungen mit dem Bundesrat vor dem 28. Juni unter Einschluss der Frage eines Baustopps; ein Zaun ist ebenfalls Verhandlungsgegenstand.

9. Juni: Das Bezirksgericht Rheinfelden verlangt in seinem schriftlichen Urteil von den verurteilten Besetzern (vier Einzelpersonen sowie GAK = Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst und NWA = Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) die Räumung des besetzten Geländes.

Das NWA erhebt beim gleichen Gericht Klage gegen die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG auf ein Bauverbot.

Ein 38 Personen umfassendes Initiativkomitee lanciert eine "eidgenössische Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte beim Bau und Betrieb von Atomanlagen"

Der Kanton Zürich beantwortet das Gesuch des Bundesrates für Polizeihilfe an den Aargau positiv.

10. Juni: Der Kanton Genf erklärt sich bereit, 15 Polizisten zur Verfügung zu stellen. Die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden und Zug antworten positiv auf die Anfrage des Bundesrates für Polizeihilfe.

Das überparteiliche Komitee gegen Atomkraftwerke in Luzern fordert einen Baustopp aller im Bau befindlichen Kernkraftwerke.

11. Juni: Eine Besetzer-"Vollversammlung" von etwa 1000-2000 Personen (die Angaben in der Presse variieren) beschliesst gegen eine starke Minderheit, am 12. Juni die Besetzung aufzuheben und bis zum 14. Juni die Einrichtungen auf dem Baugelände wegzuräumen.

Das "erweiterte Nordwestschweizer Aktionskomitee" fordert in einem halbseitigen Inserat in der "Neuen Zürcher Zeitung" die gesamte Schweizer Bevölkerung auf, der "Bürgerinitiative gegen den Bau eines Atomkraftwerks Kaiseraugst" beizutreten.

13. Juni 1975: Der Regionalvorstand der Radio- und Fernsehgenossenschaft DRS befasst sich in einer ausserordentlichen Sitzung mit der Berichterstattung des Fernsehens über "Kaiseraugst". Er ist der Meinung, dass der Angelegenheit keine weitere Folge zu geben sei.

Die LdU-Fraktion der Bundesversammlung begrüsst den Abbruch der Besetzung und die in Aussicht stehenden Verhandlungen. Sie erachtet es als notwendig, dass die Atomgesetzgebung so rasch wie möglich geändert werde.

Die Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz nimmt mit Genugtuung von der im Gange befindlichen Räumung Kenntnis, womit der Weg für eine rechtsstaatliche Lösung frei werde.

14. Juni: Die Gemeinde Rheinfelden stellt der GAK kostenlos ein Gebäude für die Einrichtung eines neuen Informations- und Begegnungszentrums zur Verfügung.

Das Lausanner Komitee zur Unterstützung der Kernkraftwerksgegner von Kaiseraugst lässt an einer Versammlung von 250 Personen eine Erklärung annehmen, in der u.a. die Bereitschaft bekundet wird, eine allfällige neue Besetzung des A-Werk-Geländes zu unterstützen, falls es sich infolge des Scheiterns der Verhandlungen als nötig erweisen würde.

Das NWA legt an einer Pressekonferenz die deutsche Übersetzung eines Briefes vor, der am 24. April vom seinerzeitigen "Kaiseraugst"-Experten Tsivoglou an den Sanitätsdirektor von Basel-Stadt gerichtet worden ist. (vgl. s. 24/25)

Vertreter der Aargauer Regierung und der Bauherrschaft stellen fest, dass das Baugelände geräumt ist.

16. Juni: Der Bundesrat setzt den 4. Juli als Termin für Verhandlungen mit Vertretern der NWA/GAK fest und bezeichnet seine Delegation dafür.

92 Basler Grossräte schreiben an die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) und verlangen eine sachliche Grundinformation über die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Der Gemeinderat von Pratteln erklärt sich beim Kaiseraugster-Fragenkomplex als überfordert; dieser müsse auf höherer Ebene behandelt und politisch verfochten werden.

17. Juni: Der Nationalrat führt eine grosse "Kaiseraugst"-Debatte durch. (siehe den nachfolgenden Artikel)

Der Regierungsrat von Basel-Land antwortet auf eine parlamentarische Anfrage hin, die eingereichte kantonale A-Werk-Initiative werfe heikle rechtliche Probleme auf, die sauber abgeklärt werden müssten.

19. Juni: 31 Freiburger Wissenschafter und Ingenieure schreiben dem Bundesrat, eine massvolle Anwendung der Kernenergie für 10-20 Jahre sei die einzige praktikable Lösung des Energieproblems.

Die Einwohnergemeindeversammlung von Rheinfelden beschliesst einen Kredit von zehntausend Franken für die Beschaffung von Informationen über Atomkraftwerke.

Schweizer Kernenergie-Chronik vom 19. Juni bis 18. Juli 1975 (4. Teil) (Ulrich Beck)

19. Juni: Das Fernsehen DRS veranstaltet eine Visionierung seiner Filmbeiträge und Reportagen zu Kaiseraugst (exklusive Tagesschau-Sendungen), mit deren Hilfe es den Vorwurf einseitiger (die Besetzer und Atomgegner unterstützender) Information entkräften will.

Die Petitionskommission des Nationalrats überweist zwei Petitionen an den Bundesrat, die mit der Ballung von Atomkraftwerken in der Nordwestschweiz und mit Kaiseraugst im Zusammenhang stehen.

20. Juni: Die LdU-Fraktion der Bundesversammlung reicht eine Motion ein, die eine rasche Änderung der Atomgesetzgebung fordert.

Der Vorstand der "Studentischen Organisation für Selbsthilfe (SOS eth)" stellt fest, dass 6000 Studenten der ETH Zürich den verschiedenen "Solidaritätsaposteln" (für die Besetzer von Kaiseraugst) die Gefolgschaft verweigerten. Er verwahrt sich gegen eine Gleichstellung der ETH mit extremen Randgruppen unter ihrer Studentenschaft.

418 Mitglieder der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Muttenz richten eine Resolution an den Bundesrat, in der sie fordern, mit dem Bau von Kernkraftwerken zuzuwarten, bis die ungelösten Fragen geklärt seien.

21. Juni: Der Grosse Vorstand des Schweizerischen Bundes für Naturschutz unterstützt die eidgenössische Initiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Betrieb von Atomanlagen.

Die Synode 72 lehnt es ab, eine Resolution zum Bau von Atomkraftwerken (keine Bewilligungen vor Abklärung aller Fragen) zu fassen.

An einer Vollversammlung von 500 Personen in Rheinfelden beschliesst die bis her mit "Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst" (GAK) bezeichnete Gesamtorganisation der an der Besetzung von Kaiseraugst beteiligten Gruppen, ihre Organisation künftig mit "Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst" (C.AGAK) zu bezeichnen; diese umfasse die ganze Volksbewegung, Bürgerinitiativen eingeschlossen. Damit ist die alte Kerngruppe GAK, welche Initiantin der Besetzung war, nicht einverstanden; sie will ihre Organisation nicht den Beschlüssen der GAGAK unterstellen und vor allem ihren überparteilichen Charakter wahren. Deshalb zieht sie einen Trennungsstrich zwischen denen, die politisch neutral kämpfen wollen (GAK), und denen, die mit den linksextremen Organisationen zusammenarbeiten (GAGAK). GAK hofft, dass wenigstens ein Teil der Bürgerinitiativen mit ihr zusammenarbeiten werde.

23. Juni 1975: Neun Gemeindebehörden von Basel-Land, darunter Birsfelden, Muttenz und Pratteln, schreiben an den Regierungsrat von Basel-Land und bitten ihn, alles zu unternehmen, um einen vorläufigen Baustopp zu erreichen, damit Zeit für die Erarbeitung einer politisch tragbaren Lösung gewonnen werden könne.

24. Juni: Der Regierungsrat von Basel-Stadt teilt auf eine Anfrage aus dem Grossen Rat hin mit, die meteorologische Oberexpertise, die von der "Conférence tripartite" angeregt wurde, werde 2-3 Jahre beanspruchen. Nach Auffassung der Basler Regierung sollte mit dem Bau von "Kaiseraugst" erst wieder begonnen werden, wenn die wichtigsten offenen Fragen geklärt seien, meteorologische inbegriffen.

25. Juni: Der Regierungsrat von Basel-Stadt beantwortet eine Interpellation betreffend einen Briefwechsel zwischen dem Basler Sanitätsdirektor und dem ehemaligen "Kaiseraugst"-Experten Tsivoglou (USA) und hält fest, dieser habe erklärt, heute und aus der Ferne nicht mehr in der Lage zu sein, die Situation um das Kernkraftwerk Kaiseraugst fundiert zu beurteilen.

Die Bundeskanzlei gibt bekannt, es sei vorgesehen, eine Expertengruppe von Staatsrechtlern zu ernennen, welche die Revision der Atomgesetzgebung zu behandeln haben werde.

26. Juni: Eine vom Aargauer Regierungsrat Dr. E. Lang unterzeichnete Beschwerde gegen die Berichterstattung im Fernsehen DRS (Tagesschau und andere Sendegefässe) ist bei der Generaldirektion der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft in Bern eingereicht worden.

In Solothurn ist eine "Ueberparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke" gegründet worden, die auch den Bau- und Planungsstopp für die Kernkraftwerke Gösgen und Graben fordert.

Gründung eines Vereins "Atomkraftwerk Rüthi nein", der auch allfällige weitere Kernkraftwerke in den Kantonen St. Gallen und Appenzell verhindern will.

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) äusserst sich zur Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Betrieb von Atomanlagen. Er warnt unter anderem davor, durch ein verschärftes Bewilligungsverfahren den Bau von Kernkraftwerken praktisch zu verunmöglichen. Auch wenn der Stromverbrauch nicht zunähme, wäre zur Verringerung der Abhängigkeit vom Erdöl eine zusätzliche elektrische Energieproduktion nötig.

30. Juni: Die Zürcher Regierung verweigert die Annahme zweier Motionen aus dem Kantonsrat, die ein kantonales Gesetz gegen den Bau von Kernkraftwerken resp. eine Standesinitiative beim Bund (u.a. mit dem Verlangen nach Mitspracherecht der Standortkantone und -Gemeinden) zum Gegenstand haben.

Die Jahresversammlung des "Rheinbundes" unterstützt die Verfassungsinitiative für die Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Betrieb von Atomanlagen.

1. Juli: Eine Resolution der Lehrer des Bezirks Rheinfelden ersucht den Bundesrat und die Aargauer Regierung, keine Bewilligungen für Kernkraftwerke mehr zu erteilen, bis alle Auswirkungen abgeklärt seien; ausserdem sei die demokratische Entscheidung der Region zur Bewilligung zu gewährleisten.

2. Juli: Auf der Baustelle des Kernkraftwerks Gösgen wird das Aufrichtefest in Anwesenheit von 1300 Arbeitern und Angestellten begangen.

3. Juli: Landammann B. Hunziker erklärt vor dem Aargauer Grossen Rat, man sei jetzt für den Notfall gerüstet, da fast alle Kantone Hilfeleistung bei einer anfällig nötig werdenden Polizeiaktion zugesagt hätten.

28 Synodalen und Mitarbeiter des Bistums Basel ersuchen den Bundesrat, dass für Kaiseraugst sämtliche erforderlichen Expertisen eingeholt würden und die Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung rechtlich garantiert werde.

4. Juli: Erste Verhandlungen zwischen dem Bundesrat und C.AK/NWA. Sie ergeben folgendes: Als nächster Schritt werden Expertengespräche vorgesehen. Bis 15. Juli soll GAK/NWA schriftlich die Anliegen unterbreiten, die sie zwischen den Experten behandelt haben möchte. Ein nächstes Gespräch zwischen Bundesrat und der Delegation der ehemaligen Besetzer wird der Bundesrat für den September anberaumen. Der Bundesrat will sich bei der Bauherrschaft dafür einsetzen, dass während der Dauer der Verhandlungen auf dem Baugelände nichts unternommen werde.

5. Juli 1975: Eine "Vollversammlung" der GAK von rund 1000 Personen in Augst fasst eine Resolution, die unter anderem die Feststellung enthält, es sei von ihrer Delegation in den Verhandlungen vom 4. Juli eine günstige Basis für ungestörte weitere Verhandlungen geschaffen worden, sofern die Bauherrschaft das Gelände unberührt lasse und keinen Zaun errichte.

7. Juli: Die Gemeindeversammlung von Möhlin fordert in einer Resolution den Bundesrat auf, gegen das Kernkraftwerk Schwörstadt diplomatisch zu intervenieren und einen Baustopp für Kaiseraugst zu erlassen, bis die Oberexpertisen vorlägen.

8. Juli: In Zug wird eine "Bürgerinitiative gegen Kernkraftwerke" gerundet, die sich vor allem gegen Inwil richtet.

9. Juli: Die POCH unterstützen das Volksbegehren zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Betrieb von Atomanlagen.

250 Bürger von Lausen BL verlangen in ihrer "Erklärung zu Kaiseraugst" den Baustopp.

Eine in Neuenburg lancierte kantonale Initiative will die Stellungnahme der Kantonsregierung zu Atom-Projekten jeweils dem obligatorischen Volksentscheid unterwerfen.

10. Juli: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hat dem Bundesrat zugesagt, bis zu dessen nächstem Gespräch mit der GAK/NWA-Delegation im September die Bauarbeiten nicht fortzufahren und auch keinen Zaun zu errichten, sofern die GAK auf eine Wiederbesetzung des Baugeländes verzichte. Die KAK begrüsse die für die 2. Hälfte August vorgesehenen Expertengespräche zwischen Bund und C.AK/NWA.

12. Juli: Eine "Vollversammlung" von 300 Personen der GAGAK (= neue Bezeichnung für die Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst) in Augst beschliesst, bis zum Abschluss der 2. Gesprächsrunde im September auf eine Wiederbesetzung des Geländes zu verzichten.

16. Juli: 139 Mitarbeiter und Studenten der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Lausanne-Dorigny fordern in einem Appell an Bundesrat Ritschard ein Moratorium für Kernkraftwerke, besonders für Kaiseraugst und Verbois.

Schweizer Kernenergie-Chronik vom 17. Juli bis 26. August 1975 (Ulrich Beck)

25. Juli: Mitglieder des Ausschusses der GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst) erklären an einer Pressekonferenz, sie setzten sich gegen die Spaltungstendenzen der GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) zur Wehr, die - wie auch das NWA (Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) - durch ihre Publikationen der letzten Zeit den Eindruck erweckt hätte, die Atomkraftwerkgegner seien in Demokraten (GAK und ihre Sympathisanten) und Linksextreme (GAGAK und deren Mitläufer) gespalten. Am 17. Juli hatte die GAK als seinerzeitige Initiantin der Besetzung von Kaiseraugst erklärt, sie werde vermehrt einen überparteilichen Weg gehen, und hatte sich von den von der "Vollversammlung" der Besetzer gewählten Gremien "Delegiertenversammlung" und "Ausschuss" zurückgezogen; dabei will sie die "Vollversammlung" weiterhin als oberstes Organ anerkennen, aber deren Beschlüsse nur insoweit akzeptieren, als diese den GAK-Grundsätzen nicht zuwiderliefen. Zwei Tage vorher wird in der "Neuen Zürcher Zeitung" unter dem Titel "Ein entlarvendes Dokument" die Zusammenfassung eines Sommer-Programms 1975 der GAK abgedruckt. Danach soll der Demokratie eine Chance gegeben werden (vom Projekt Kaiseraugst Abstand zu nehmen, Red.). Nimmt sie diese nicht wahr, dann zurück zur direkten Aktion, heisst es darin unter anderem.

28. Juli: In Zürich wird eine kantonale Initiative mit 17'090 Unterschriften eingereicht. Mit ihr wird gefordert, der Kanton Zürich habe sich mit allen Mitteln gegen die Errichtung von Atomkraftwerken sowie Aufbereitungsanlagen und Lager für radioaktive Abfälle auf seinem Gebiet und in seiner Nachbarschaft einzusetzen.

Eine Minderheit des Gemeinderats von Füllinsdorf vertritt im Amtsblatt die Auffassung, es sei Vertrauen in die Abklärungen und Stellungnahmen der übergeordneten Behörden und Fachleute bezüglich des geplanten Atomkraftwerks in Kaiseraugst zu setzen.

Das Fernsehen DRS führt auf Grund verschiedener Kritiken eine Visionierung der Tagesschau-Sendungen um die Vorfälle von Kaiseraugst durch, um den Vorwurf der Einseitigkeit in der Berichterstattung zu entkräften.

29. Juli: Ein grosser Teil der Presse verbreitet eine längere Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur (sda) über das Ergebnis der Visionierung der Tagesschau-Sendungen zum Thema "Kaiseraugst" : Es seien weder Konzession noch Richtlinien verletzt worden; die Organe von Radio und Fernsehen würden in Zukunft ihre Mitarbeiter gegen ungerechtfertigte Angriffe so scharf verteidigen, wie sie angegriffen würden; die Diskussion habe keine neuen Aspekte ergeben.

Im "Rendez-vous am Mittag" von Radio DRS nimmt je ein Vertreter des Fernsehens DRS, der Presse und der SVA Stellung zu den Visionierungen des Fernsehens DRS.

2. August 1975: Gegenüber dem Originaltext stark gekürzt, ist in der Presse eine sda-Meldung zu finden, mit der das SVA -Sekretariat feststellt, die Visionierung der Tagesschau habe seines Erachtens die dem Fernsehen gegenüber gemachten Vorwürfe nicht entkräften können.

8. August: In Allschwil wird von Atomkraftwerkgegnern eine "Bürgerinitiative" gegründet.

9. August: Der Zürcher Abonnentenverband (Elektrizitätsverbraucherverband, zu dem fast alle Gemeinden und die grösseren Industriebezüger gehören) stellt in einer längeren Erklärung unter anderem fest, es liege im höchsten Interesse des Verbrauchers, dass heute auch Kernkraftwerke gebaut würden. Die durch die Gegnerschaft entstandenen Verzögerungen bewirkten zusätzliche Kosten, die letzten Endes die Konsumenten zu tragen hätten.

11. August: Der Zürcher Kantonsrat lehnt gemäss den Anträgen der Regierung verschiedene "Atom" -Vorstösse ab: Der Kanton wird keine Standesinitiative hinsichtlich des Baues oder Betriebes von Kernkraftwerken in Bern einreichen und wird auch die entsprechenden Initiativen der Stände Aargau und Basel Land nicht unterstützen.

13. August: Die Eidgenössische Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUeR) teilt in einer Antwort an mehrere besorgte Ärzte mit, es bedürfte äusserst schwerer und in hohem Masse unwahrscheinlicher Umstände, um in der Umgebung eines Kernkraftwerks einen Zustand zu schaffen, der als Katastrophe bezeichnet werden müsste. Eine Evakuation wäre dann kein taugliches Mittel. (Der volle Text der KUeR-Antwort erscheint als Beilage zum nächsten Bulletin.) Fast gleichzeitig beantworten die Berner Regierung und der Zürcher Stadtrat parlamentarische Anfragen ähnlicher Art. Beide kommen zum Schluss, es bestehe kein Anlass, beim Bund Studien über die Auswirkung nuklearer Katastrophen zu verlangen resp. Vorkehren zur Evakuierung der Bevölkerung vorzusehen, und weisen auf die erwähnte KUeR-Stellungnahme hin.

15. August: 26 Ärzte, hauptsächlich aus dem sanktgallischen Rheintal, wenden sich gegen die Art und Weise, mit der einer ihrer Kollegen die Öffentlichkeit über Atomkraftwerke "aufkläre".

16. August: Eine "Vollversammlung" der GAGAK in Münchenstein beschliesst, mit einer eidgenössischen Petition einen vierjährigen Baustopp für Kernkraftwerke zu verlangen, um die Frist bis zur Abstimmung über die Atominitiative zu überbrücken.

18. August: Das "Schweizerische Initiativkomitee zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau von Atomanlagen" spricht sich gegen die von der GAGAK am 16. August beschlossene Petition für ein vierjähriges Moratorium aus, da eine zweite Unterschriftensammlung auf eidgenössischer Ebene beim Bürger Verwirrung stiften würde.

20. August: Der Bundesrat antwortet auf eine Einfache Anfrage aus dem Nationalrat, ein Moratorium für den Bau von Kernkraftwerken sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Auf zwei weitere Anfragen meint der Bundesrat: Bei den Kühltürmen für das Kernkraftwerk Graben sei gemäss der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission eine verantwortbare Lösung möglich; bei Verbois gelte bis zur Revision der Atomgesetzgebung das heutige Recht.

21. August: An der 16. ordentlichen Generalversammlung der SVA in Bern sprechen der Präsident der Vereinigung, Prof. W. Winkler, und Prof. F. Gygi, zur heutigen Situation der Kernenergie in der Schweiz resp. zu den rechtlichen Problemen des Baus von Kernkraftwerken (siehe Beilagen zum vorliegenden Bulletin).

In Aarau wird ein "Energieforum Nordwestschweiz" gegründet. In ihm wollen sich Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Medienvertreter für die Versachlichung der Diskussion über die Kernkraftwerke in der Nordwestschweiz einsetzen.

In Bern erfolgt die Gründung einer "Gewaltfreien Aktion Bern", die sich mit der GAG (Gewaltfreie Aktion Graben) solidarisiert und u.a. den Bau des Kernkraftwerks Graben verhindern will.

26. August: Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) veröffentlicht seine fünf wichtigsten energiepolitischen Zielsetzungen (ausführliche Berichterstattung folgt im nächsten Bulletin).

Der Bundesrat nimmt in einem Brief Stellung zu Fragen, weiche die Gemeinde Möhlin im Zusammenhang mit Kernkraftwerkprojekten im Raume Basel aufgeworfen hat. Er schreibt u.a., er werde gegen das Projekt Schwörstadt (BRD) nicht intervenieren; es liege noch kein deutscher Baubeschluss vor.

Die GAK fordert das eben gegründete "Energieforum Nordwestschweiz" zu einem kontradiktorischen Podiumsgespräch auf.

Schweizer Kernenergie-Chronik vom 23. August bis 13.September 1975 (Ulrich Beck)

23. August: Eine schweizerische Koordinationssitzung von Atomkraftwerkgegnern diskutierte die Frage weiterer Massnahmen gegen den überstürzten Bau von Kernkraftwerken. Der Kampf gegen den unverantwortbaren Bau von A-Werken müsse angesichts der grossen Kampagne der A-Werk-Befürworter vermehrt koordiniert und intensiviert werden.

28. August 1975: Die Aargauer Regierung stellt in Beantwortung einer Anfrage aus dem Grossen Rat fest, entgegen entsprechenden Zeitungsberichten bestanden "keine unter Geheimverschluss gehaltenen Katastrophenpläne" für Beznau.

30. August: Die GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) verwahrt sich in einem Pressecommuniqué gegen Vorwürfe, sie wolle nicht nur Atomkraftwerke verhindern, sondern auch Gesellschaftsordnung und Staat umstürzen, und sie huldige einer revolutionären Ideologie.

31. August: An der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) weist deren Präsident, C. Babaiantz, auf tiefe Widersprüche in der Einstellung der Kernkraftwerkgegner hin (z.B. Forderung nach einer Gesamt energiekonzeption und gleichzeitig Lancieren einer Initiative, die den Bürgern einer begrenzten Region die Entscheidungskompetenz über das Geschick eines Kernkraftwerkes geben soll). Eine Änderung der Atomgesetzgebung dürfe neue Produktionseinrichtungen für elektrische Energie nicht illusorisch machen.

1. September: An der ETH Lausanne wird eine fünftägige internationale Konferenz über Kernfusion und Plasmaphysik eröffnet.

Der Landesring der Unabhängigen präsentiert ein neues Wirtschaftsprogramm des LdU, in dem u.a. als Voraussetzung für den Bau weiterer Kernkraftwerke eine gesamtschweizerische Standortplanung gefordert wird, die auch mit den Nachbarstaaten abzustimmen sei.

2. September: Das Initiativkomitee für die eidg. "Atom-Initiative" weist die an der SVA -Generalversammlung vom 21. August gefallenen Vorwürfe gegen Form und Inhalt der Initiative (Referat Prof. Gygi) zurück.

4. September: Die Berner Regierung antwortet auf eine grossrätliche Anfrage, sie wolle sich für eine bessere Orientierung der Bevölkerung über Kernkraftwerke und Atommüll-Problem einsetzen. Die Präsidenten der Eidg. Kommission für Strahlenschutz und der Eidg. Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen seien zu solchen Orientierungen bereit.

6. September: Bundesrat Ritschard setzt eine Expertenkommission ein, die einen Vorentwurf zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die friedliche Nutzung der Atomenergie und den Strahlenschutz ausarbeiten soll (siehe Seite 23)

8. September: Der Zürcher Kantonsrat stellt die Behandlung der kantonalen Atom-Initiative (gegen Kernkraftwerke und Aufbereitungsanlagen auf Kantonsgebiet und in der Nachbarschaft) zurück. Es soll der bundesgerichtliche Entscheid über die Rechtsgültigkeit einer gleichlautenden St. Galler Initiative abgewartet werden.

10. September: Der Bundesrat ermächtigt das Eidg. Departement des Innern, eine Delegation zu bestimmen, die mit den Europäischen Gemeinschaften (EG) über die Beteiligung der Schweiz an einem Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf dem Gebiet der Kernfusion verhandeln soll. Die bevorstehende Aufnahme der Ge spräche zwischen zwischen Experten des Bundes und den von den Kaiseraugst-Besetzern ernannten Sachverständigen wird bekanntgegeben.

12. September: Der Vizepräsident des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes (SWV) erklärt vor der Generalversammlung des SWV, der Bau einiger Kernkraftwerke in der Schweiz sei unbedingt notwendig. Die politischen Aktionen gegen die Kernkraftwerke seien gefährlicher als alles, was aus diesen Werken entstehen könne.

Schweizer Kernenergie-Chronik vom 13. September bis 29. September 1975 (Ulrich Beck)

13. September: In Sirnach veranstaltet der Vorstand des Schweiz. Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter einen Informationsabend, an dem Dr. W. Seifritz (EIR) als Befürworter und F. Forster (Rheinaubund) als Gegner die Frage des Baues von Kernkraftwerken in der Schweiz behandeln.

Während fünf Tagen präsentiert in Romanshorn eine "Arbeitsgruppe gegen Kernkraftwerke eine Wanderausstellung unter der Devise "Sind Atomkraftwerke die einzige Lösung?"

14. September: An einer Veranstaltung der Bürgerinitiative Basel wird der "Besetzer-Film" von Kaiseraugst uraufgeführt, der die letzten 10 Tage der Besetzung und insbesondere die "Vollversamlungen" in dieser letzten Phase zeigt.

15. September: In einem Presse-Communiqué wird die Bildung eines Bernischen Aktionskomitees angekündigt, das die Information über Probleme der Energieversorgung versachlichen und möglichst viele Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen zur Mitarbeit heranziehen will.

16. September: Vor der Presse erklärt Regierungsrat W. Geiger, die St. Galler Regierung stehe dem Kernkraftwerk Rüthi positiv gegenüber, sofern die Sicherheitsvorkehren strengstens beachtet würden. sie habe volles Vertrauen in die zuständigen Bundesbehörden. Gegen eine Besetzung des zukünftigen Geländes für das Kernkraftwerk Rüthi würde die Regierung sofort und mit Entschiedenheit einschreiten.

Der Regierungsrat des Kantons Luzern hält in der Antwort auf zwei Interpellationen aus dem Grossen Rat unter anderem fest, dass die Bewilligungskompetenzen für Kernkraftwerke ausschliesslich beim Bund liegen. Der Kanton könne sich zu Inwil nur in Form einer Stellungnahme äussern, und zwar in nächster Zeit. Gewaltsamen und rechtswidrigen Aktionen in Inwil müsste entsprechend entgegengetreten werden, vielleicht etwas rascher, als dies andernorts geschehen sei.

17. September1975: Das Genfer Komitee für die eidg. "Atom-Initiative" veranstaltet eine Pressekonferenz, an der speziell die juristischen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte der Initiative erläutert werden.

18. September: Vor dem Landrat gibt die Baselbieter Regierung bekannt, am 31. Oktober werde ein weiteres Gespräch zwischen ihr und dem Bundesrat über noch offene Fragen betreffend Kaiseraugst stattfinden.

19. September: In Oftringen veranstalten FDP und SVP einen öffentlichen Diskussionsabend im Hinblick auf die Nationalratswahlen, an dem die zwei Referenten Prof. K. Hintermann (HTL Brugg-Windisch) und Fürsprecher Ulrich Fischer (KKW Kaiseraugst AG) über das Thema Energieversorgung und Kernkraftwerke orientieren.

20. September: In Olten findet eine dritte nationale Koordinationssitzung der A-Werk-Gegner statt. Die schon früher angekündigte Petition für ein 4-Jahres-Moratorium im Kernkraftwerksbau soll am 11. Oktober lanciert werden. Dieses Datum ist für einen "Europäischen Kampftag der Atomkraftwerksgegner" vorgesehen.

Die "Volksbewegung gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst" verlangt vom Bundesrat schriftlich eine Verlängerung des bis Ende September zugesagten Baustopps für Kaiseraugst, da der Zeitplan für die zweite Verhandlungsrunde zwischen Bundesrat und den Kaiseraugst-Gegnern nicht eingehalten werden konnte. Im übrigen teilt die Bewegung mit, die zur Zeit laufenden Gespräche auf Expertenebene seien nicht immer reibungslos verlaufen.

21. September: Das CASAK (Comité antinucléaire de soutien à Kaiseraugst) demonstriert im Rahmen des Comptoir Suisse in Lausanne mit rund zwei Dutzend Personen unter der Devise "Non aux centrales nucléaires".

25. September: In einem Brief teilt Bundesrat Ritschard dem NWA und der GAK (Nordwestschweizerisches Aktionkomitee gegen Atomkraftwerke und Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) mit, die Gespräche auf Expertenebene würden bis Mitte Oktober abgeschlossen sein. anschliessend könne die zweite Verhandlungsrunde (nach der ersten Runde vom 4. Juli für September vorgesehen) mit der Bundesrats-Delegation stattfinden. Bis dahin würde auf dem Baugelände von Kaiseraugst nichts verändert. Die Verzögerung sei nicht zuletzt auf die vers1Dätete Ernennung der Experten durch IZWA/GAK zurückzuführen. (Siehe nachfolgenden Artikel.)

26. September: Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) zeigen in einer Sonderschau im Rahmen der fünftägigen Weinfelder Gewerbe- und Landwirtschaftsausstellung den Problemkomplex Kernenergie.

An einer Pressekonferenz gibt die KKG (KKW Gösgen-Däniken AG) bekannt, nach knapp zweijähriger Bauzeit seien die Roharbeiten beim Kernkraftwerk Gösgen nahezu abgeschlossen.

Die Teilnehmer an einer Sitzung mehrerer Kommissionen der freisinnig-demokratischen Partei (FDP) des Kantons Bern sind der einmütigen Ansicht, die eidg. "Atom-Initiative" sei nicht zu unterzeichnen, da sie wesentliche rechtliche Unklarheiten aufweise und unter dem Vorwand der Ausweitung der Volksrechte den Bau weiterer Kernkraftwerke zu verhindern versuche.

27. September: Der kantonale Parteitag der FDP des Kantons Zürich beschliesst, grundsätzlich den Bau von Kernkraftwerken zu unterstützen da sie die einzige noch ins Gewicht fallende Möglichkeit für die Erzeugung von Elektrizität seien.

28. September: An der 11. internationalen Bodenseetagung junger christlicher Politiker in St. Gallen fordern die rund 150 Teilnehmer unter anderem eine bessere Aufklärung der Bevölkerung jener Gebiete, in denen Kernkraftwerke geplant sind.

29. September: Die Thurgauer Regierung antwortet auf eine Anfrage aus dem Kantonsparlament, in den nächsten Jahren werde der Bau eines Kernkraftwerks im Kanton (Rheinklingen) nicht aktuell. Die Regierung würde die Bevölkerung offen informieren, wenn sich später die Lage ändern sollte.

Der Zürcher Kantonsrat weist eine Regierungsvorlage zurück, wonach die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) am Geld- und Kapitalmarkt innerhalb 10 Jahren Mittel aufnehmen könnten. In der Debatte wurden Befürchtungen laut, die EKZ könnten so eine unkontrollierbare Energiepolitik (eingeschlossen den Bau eines Kernkraftwerkes) betreiben.

Schweizer Kernenergiechronik vom 29. September bis 30. Oktober 1975 (Ulrich Beck)

29. September: Der Zürcher Kantonsrat stimmt einer Erhöhung des Grundkapitals der EKZ (Elektrizitätswerke des Kantons Zürich) von 80 auf 120 Mio Franken zu. (In Ergänzung der Meldung von der gleichen Kantonsratsitzung in der Chronik im Bulletin Nr. 17, S. 8).

30. September: Öffentliches Gespräch in Horgen über Atomkraftwerke mit K. Küffer (Nordostschweizerische Kraftwerke), Dr. M. Schär (Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz) und H. Schneider (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst, GAK).

Streitgespräch über Kernkraftwerke im Union-Saal in Luzern mit F. Dommann (Centralschweizerische Kraftwerke) und K. Küffer (Nordostschweizerische Kraftwerke) einerseits, Prof. M. Thürkauf (Basel) und H. Weder (Nordwestschweiz. Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke, NWA) anderseits. Über 500 Anwesende.

Grosser Rat des Kantons Aargau: Landammann B. Hunziker versichert, die Aargauer Regierung werde eine allfällige Wiederbesetzung des Baugeländes Kaiseraugst verhindern können.

Die Tessiner Regierung vor dem Grossen Rat: Es sind keine Gründe vorhanden, Sondierbohrungen in der Gegend von Airolo nicht zuzulassen; sie hätten mit effektiven Lagerungen von Atommüll nichts zu tun, aber solche kämen selbstverständlich nicht in Frage.

Kontradiktorisches Gespräch in Elgg: "Brauchen wir Atomkraftwerke ?" P. Kuhn (Elektrowatt) und W. Sigrist (Ueberparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke) vor magerer Besucherzahl.

Eidg. Techn. Hochschule Lausanne: Studientagung über das elektro-nukleare Programm Frankreichs unter dem Präsidium von Prof. J.-P. Schneeberger.

Stellungnahme der Ueberparteilichen Aktion gegen Atomkraftwerke Zug (UEBAZ) zur Antwort der Luzerner Regierung im Grossen Rat betreffend Inwil: UEBAZ fragt Zuger Regierungsrat öffentlich nach den Möglichkeiten für ihn und die betroffene Zuger Bevölkerung, den Beschluss zum Bau des Inwiler Kernkraftwerks rückgängig zu machen (siehe auch Bulletin Nr. 17, S. 7).

1. Oktober 1975: Ständerat: Überweisung einer Petition von J. Dreyer und des NWA gegen den Bau von Atomkraftwerken an den Bundesrat.

3. Oktober: Die auf Grund eines Rheinfeldener Gemeinderatsbeschlusses gebildete unabhängige Informationskommission (AKR) stellt ihre Aufgaben dar. Der s.Z. von der Gemeindeversammlung bewilligte Kredit von zehntausend Franken ermögliche u.a. in der Stadtbibliothek eine Ausleihe von Literatur pro und contra Kernenergie.

7. Oktober: Die NUCLEX 75, 4. Internationale Fachmesse für die kerntechnische Industrie, in Basel eröffnet (siehe S. 5/6).

8. Oktober: Die Initianten der kantonalen Neuenburger Initiative an einer Pressekonferenz: Im ersten Anlauf seien schon fast die nötigen 6000 Unterschriften zusammengebracht.

Die GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst) an einer Pressekonferenz in Bern: 50 lokale Gruppen eines nationalen Koordinationsgremiums lancieren am 11. Oktober im Rahmen eines europäischen Kampftages gegen Atomkraftwerke die Petition für vierjährigen Baustopp für Kernkraftwerke in der Schweiz. Die GAC.AK habe auch konkrete Vorbereitungen für eine allfällige Wiederbesetzung des Kaiseraugster Baugeländes an die Hand genommen.

Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz hatte im August an 600 Kandidaten für National- und Ständerat einen Fragebogen, u.a. über Energiefragen, versandt. 167 Bogen kamen zurück. Ergebnis dieser statistisch nicht repräsentativen Umfrage laut "Weltwoche" unter anderem: 47,3 % für Verzicht auf Kernkraftwerk-Baubewilligungen bis nach Revision des Atomgesetzes und bis zum Vorliegen einer Gesamtenergiekonzeption; 25,1 % für den Bau weiterer Werke nach der derzeit gültigen Gesetzgebung; 53,7 % gegen die eidg. "Atom-Initiative", 46,3 % dafür.

Der europäische Kampftag gegen Atomkraftwerke wird in Presse und Massenmedien kaum zur Kenntnis genommen; Meldungen über entsprechende Veranstaltungen sind auch in der Folge nicht zu registrieren.

14. Oktober: Bundesrat Ritschards Antwort vom 26. September an die Arbeitsgemeinschaft Rheintal-Werdenberg wird bekannt: Verspätung in der Erteilung der ersten nuklearen Bewilligung für Leibstadt und Kaiseraugst wegen administrativen Engpässen bewirke, dass Projekte wie Rüthi erst nach Mitte 1977 gebaut werden können. Bis dahin liege auch die Gesamtenergiekonzeption vor.

15. Oktober: Der Neuenburger Staatsrat vor dem Grossen Rat: Die Kaiseraugster Besetzung sei nicht tolerierbar gewesen; solche Vorgänge zu dulden, würde das Ende jedes Staates bedeuten, denn Demokratie wäre dann nicht mehr möglich.

18. Oktober: Eine Arbeitsgruppe (VSE/BBC/Sulzer) veröffentlicht ihre Studie "Elektrizität und Wärme-Versorgungskonzept der Schweiz bis zum Jahr 2000" (siehe Bulletin Nr. 17, S. 21).

20. Oktober: Die Regierung von Basel-Land vor dem Landrat: Sie wolle mit der Behandlung der kantonalen Anti-A-Werk-Initiativen zuwarten, bis das Bundesgericht die rechtliche Zulässigkeit der ähnlichen St. Galler Initiative abgeklärt habe.

21. Oktober: Regierungsrat Geiger bestätigt vor dem St. Galler Grossen Rat den Inhalt des Briefes von Bundesrat Ritschard (siehe oben, 14. Oktober). Ebenso bestätigt er, die Regierung würde gegen rechtswidrige Aktionen in Rüthi intervenieren (siehe Bulletin Nr. 17, S. 7).

Pressekonferenz der GAK/NWA über die Expertengespräche zwischen ihrer Delegation und derjenigen des Bundes. Unter anderem wird erklärt, verschiedene Vorwürfe der GAK/NWA seien von den Bundes-Experten unwidersprochen geblieben.

22. Oktober 1975: Der Bundesrat wird vom Vorsteher des Energiedepartements über die Expertengespräche mit GAK/NWA orientiert. Die Bundesratsdelegation werde Mitte November zur zweiten Gesprächsrunde mit den Delegierten der GAK/NWA zusammentreffen. Die Berichte der Experten des Bundes wichen in entscheidenden Punkten von dem ab, was am Tag zuvor von der C.AK/NWA an deren Pressekonferenz gesagt worden sei.

"La Nouvelle Revue de Lausanne" berichtet von einer Meinungsumfrage der Télévision Romande durch ein Meinungsforschungsinstitut, in der nach der Reihenfolge der Wichtigkeit von zwölf Themen gefragt wird, welche die Bevölkerung am meisten beschäftigen. "Kernkraftwerke" stehen dabei erst an neunter Stelle.

24. Oktober: Eine Versammlung des Landesrings (LdU) Zug spricht sich für die Unterstützung der eidg. Atom-Initiative aus.

30. Oktober: Gründung eines "Volksvereins gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst" in Lausen.

Antwortschreiben von Bundesrat Ritschard auf Fragen in einem offenen Brief der GAGAK. Er schreibt u.a.. es sei ihm nicht bekannt, dass in der Schweizer Armee der "Fall Kaiseraugst geübt" werde.

Schweizer Kernenergiechronik vom 28. Oktober bis 17. November 1975 (Ulrich Beck)

28. Oktober: Der deutsche Prof. K. Bechert spricht in Rheinfelden vor der AKR (A-Werk-Kommission Rheinfelden) und dann Öffentlich in Aarau (organisiert von der Ueberparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke) gegen Kernkraftwerke.

3. November: Berner Grosser Rat mit grosser Mehrheit gegen weiteres Aufschieben der Ausführungsarbeiten beim A-Werk Graben. Eine POCH-Motion hatte dies "bis zur Abklärung weiterer Fragen" gefordert.

4. November: Bundesrat Ritschard orientiert die Regierungen von Basel-Stadt, Basel-Land und Aargau über offene Fragen (siehe Bulletin Nr. 18/19, S. 8).

"Gewaltfreie Aktion Bern" im Volkshaus Bern erstmals vor "breiterem Publikum" = 40 (!) meist jugendlichen Personen. Kaiseraugster Besetzer-Film; "Atom-Initiative" und "Gewaltfreie Aktion Graben" seien zu unterstützen.

Kontradiktorischer Informationsabend der Lions Ostschweiz in Wil über Energiepolitik. Dr. U. La Roche (BBC) und Leo Schmid ("Landbote" Winterthur) als Referenten.

6. November: Öffentliche Versammlung der Gewaltfreien Aktion Graben in Bützberg. H. Schneider referiert Über Expertengespräche Kaiseraugst.

Die SVA widerlegt in der Aargauer Presse falsche Behauptungen von Prof. Bechert (siehe oben, 28. Oktober).

Nach einer Mitteilung der Bürgerinitiative Längi-Augst sollen 80 - 90 % der Stimmenden der Region die eidg. Atominitiative unterschrieben haben.

7. November: Zuger Regierung zu einer Interpellation u.a.: Es bestehe weitestgehende Gewähr für ausreichenden Schutz der Bevölkerung bei einer KKW-Katastrophe. Standesinitiative für vermehrtes Mitspracherecht der Nachbarschaft von KKW-Standorten nicht nötig, da andere Kantone schon in diesem Sinne vorgegangen.

8. November: Podiumsgespräch über Atomenergie und Energiepolitik bei den Berner Universitätsgemeinden mit Dr. H.R. Lutz (Mühleberg), Dr. E. Kiener (Gesamtenergiekonzeption) sowie Prof. J. Rossel (Neuenburg) und Prof. R. Bäumlin (Staatsrechtler, Bern).

Prof. W. Heitler (Physiker) vor der Lehrerkonferenz der Berufsschulen des Kantons Zürich gegen ständige Ausweitung der Technik; Forderung nach "Wachstum Null". Atomkraftwerke seien besonders lebensfeindlich und ethisch nicht verantwortbar.

12. November: Petitionskommission des Aargauer Grossen Rats lehnt Petition GAK für konsultative Abstimmung über KKW Kaiseraugst ab.

13. November: Erster von vier Kursabenden der Volkshochschule der Region Zurzach über radioaktive Isotope im Dienste der Medizin.

15. November: Geplante KKW zurückstellen, Gesamtenergiekonzeption und Revision Atomgesetz abwarten. Dies wird erneut vom Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz gefordert.

Dreitägiges Symposium an der Hochschule St. Gallen mit "Kaiseraugst" als Ausgangspunkt für grundsätzliche Überlegungen zum Thema "Informations- und Umweltpolitik in Staat und Wirtschaft".

17. November: H. Schneider als Delegationsleiter der Kaiseraugst-Gegner in einem Zeitungsinterview u.a.: Grund für Bewilligungsverzögerung Kaiseraugst sei nur fehlender Bedarf für Atomstrom. Einen Zaun um das Baugelände würde er bei längerem Waffenstillstand akzeptieren. Dagegen ein GAGAK-Vertreter: Errichtung eines Zauns wäre Wiederbesetzungsgrund. - Ende November soll "Vollversammlung" der ehemaligen Besetzer über weitere Strategie beschliessen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 19. November bis 5. Dezember 1975 (Ulrich Beck)

19. November: Landeskongress der JUSOS in Liestal beschliesst Unterstützung der eidg. Atominitiative und der eidg. Petition für ein A-Werk-Moratorium.

GAGAK (ca. 100 Personen des erweiterten Ausschusses) beschliesst symbolische Besetzung des Kaiseraugster Geländes am 22./23. November, wenn Kernkraftwerk Kaiseraugst AG nicht schriftlich auf Weiterführung der Aushubarbeiten und auf Errichtung eines Zauns verzichtet.

Die Regierung von Basel-Stadt auf eine Interpellation: Vor Entscheid darüber, ob Basler Initiative "zum Schutze der Bevölkerung vor Atomkraftwerken" zur Abstimmung kommen soll, wird Bundesgerichtsentscheid über die ähnliche St. Galler Initiative abgewartet.

20. November: Pressekonferenz GAK/NWA: Politisch Mögliches und Vernünftiges sei in den Gesprächen mit der Bundesratsdelegation erreicht worden. Forderung nach materieller und formeller Wiedererwägung der Standortbewilligung für KKW Kaiseraugst werde aufrechterhalten. Die von GAGAK beschlossene symbolische Wiederbesetzung wird abgelehnt.

Die SP der Stadt Schaffhausen stellt Thesen zur Energiepolitik auf; es sei ein Alternativprogramm zu entwickeln, das auf Kernenergie verzichten könnte.

21. November: Stellungnahme der Aargauer Regierung zur angekündigten symbolischen Wiederbesetzung von Kaiseraugst: Betreten des Areals KKW Kaiseraugst ist verboten. Eine Vollversammlung der KKW-Gegner oder sonstiges unbefugtes Betreten würde Massnahmen der Behörden auslösen. GAGAK-Ausschuss beschliesst, angekündigte "symbolische Besetzung" nicht durchzufahren

24. November: Berner Regierung empfängt Delegation von GAG (Gewaltfreie Aktion Graben) und NVO (Naturschutzverein Oberaargau) zu einem Gespräch über das geplante KKW Graben.

26. November: Prof. Thürkauf, Basel, hält Vortrag in Herzogenbuchsee, organisiert von GAG. Referent gegen KK7e7; er betont Verantwortung der Wissenschafter gegenüber dem Leben.

29. November: Das Koordinationskomitee gegen Verbois warnt vor einer Zustimmung zum neuen Bundesverfassungsartikel über die Wassernutzung; er sei u.a. im Hinblick auf zehn Kernkraftwerksprojekte konzipiert worden.

Vollversammlung der Kaiseraugst-Besetzer in Pratteln (CAK, NWA, GAGAK) droht erneut mit Besetzung, wenn Kernkraftwerk Kaiseraugst AG nicht auf Zaunerrichtung verzichte.

Demonstration der "Bürgerinitiative" Basel in der Innenstadt mit 150-200 Teilnehmern.

Komitee für eidg. "Atom-Initiative" nimmt in Bern "mit Genugtuung" vom aktuellen Stand der Unterschriftensammlung Kenntnis.

1. Dezember: GAK/NWA distanzieren sich im Radio DRS (später auch in der Presse) vom Vollversammlungs-Beschluss bezüglich Wiederbesetzung.

Bundesrat genehmigt Jahresbericht 1974 der Eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUeR).

Symposium der Schweiz. Vereinigung für Sonnenenergie in Zürich: Eine Studie rechnet bis zum Jahr 2000 mit Stromverbrauchszunahme von 2 % / Jahr; nach Gösgen weitere KKW überflüssig. In den neunziger Jahren könne Sonnenenergie die entstehende Lücke ausfallen.

Der Grosse Rat des Kantons Luzern lehnt eine Motion ab, welche die Verhinderung eines A-Kraftwerks in Inwil zum Zwecke hatte.

2. Dezember: Antwort Bundesrat Ritschards auf eine Anfrage der GAG: Das Kernkraftwerk Graben wird erst nach Leibstadt und Kaiseraugst bewilligt.

4. Dezember: Bundesrat Ritschard antwortet vor dem Ständerat auf eine Interpellation und bestätigt die von der Landesregierung eingenommene Haltung bezüglich Kaiseraugst, wie sie zuletzt an seiner Pressekonferenz vom 18. November dargelegt wurde.

Schweizer Kernenergiechronik vom 4. bis 22. Dezember 1975 (Ulrich Beck)

4. Dezember: Gründung eines Bernischen Komitees für eine gesicherte Energieversorgung.

Kontradiktorisches Gespräch an der Generalversammlung der Freiburgersektion der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung. a. Ständerat E. Choisy und Prof. Cl. Zangger stehen Prof. J. Rossel (Neuchâtel) und M.G. Petitpierre gegenüber.

7. Dezember 1975: Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Friedensrats in Zürich unterstützt unter anderem den Kampf gegen Bau und Betrieb von Kernkraftwerken.

10. Dezember: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG reicht ein Baugesuch für die Errichtung eines Informationsgebäudes (Informationszentrum) ausserhalb des Werkareals ein. In der Folge fordert die GAK die Gesellschaft auf, den Gegnern in oder neben dem Zentrum Platz für eigene Information einzuräumen.

12. Dezember: Die sonst gegenüber der Kernenergie eher negativ eingestellte A-Werk-Kommission Rheinfelden (AKR) stellt in einer Pressemitteilung fest, der nicht selten gemachte Vorwurf gegen Motor-Columbus, die Firma habe die ersten Arbeiten auf dem Kaiseraugster Gelände ohne rechtliche Bewilligung vorgenommen, sei unzutreffend.

16. Dezember: Die Schweizerische Handelskammer empfiehlt in einem Bericht über die Energieversorgung eine prioritäre Behandlung der Energiewirtschaft im Rahmen der Emissionskontrolle, um den Kapitalbedarf für die nötigen Investitionen zum Ausbau der verschiedenen Energieträger, worunter auch der Bau weiterer Kernkraftwerke, decken zu können.

Die GAK fordert das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement auf, die Bewilligung für das Kernkraftwerk Leibstadt zu sistieren.

19. Dezember: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement erteilt eine erste Teilbaubewilligung für das Kernkraftwerk Leibstadt. Die zweite Teilbewilligung ist für den Sommer 1976 vorgesehen und soll die restlichen Bauteile umfassen.

22. Dezember: Gründung der Kernkraftwerk Graben AG mit Sitz in Graben.

Schweizer Kernenergiechronik vom 23. Dezember 1975 bis 10. Januar 1976 (Ulrich Beck)

23. Dezember: GAK und NWA "verurteilen" die Erteilung der Teilbaubewilligung für das Kernkraftwerk Leibstadt.

Der Bundesrat ernennt M. Sarlos (EIR Würenlingen) zum ausserordentlichen Professor für Nuklearplanung, Energieproduktion und Energiewirtschaft an der EPF Lausanne.

Die Gemeindeversammlung Rheinfelden lehnt eine Offerte der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG für die Übernahme der Kosten eines Rad- und Fussweges von Rheinfelden nach Kaiseraugst ab; der Kanton sei verpflichtet, dieses Projekt zu finanzieren.

29. Dezember: GAK/NWA fordern die Persönlichkeiten, welche die Inserate des Energieforums Nordwestschweiz unterzeichnet haben, in einem offenen Brief zu öffentlichen Diskussionen auf.

30. Dezember: Das Energieforum Nordwestschweiz lässt verlauten, es seien kontradiktorische Gespräche über einzelne Aspekte der Kernenergie in Vorbereitung, die im Laufe der nächsten Monate durchgeführt werden sollen.

3. Januar 1976: Rheintaler und Werdenberger CVP-Kandidaten für den St. Galler Grossen Rat kommen zum Schluss, in naher Zukunft komme der Bau eines Kernkraftwerks Rüthi nicht in Frage.

Der Waadtländer Staatsrat auf eine parlamentarische Anfrage: er könnte ein Projekt Bex für die Lagerung von radioaktiven Abfällen sowenig unterstützen wie s.Z. dasjenige des Ausbaus der Kaverne des stillgelegten Kernkraftwerks Lucens für denselben Zweck.

8. Januar: Die Neuenburger Initiative für ein Mitspracherecht von Grossem Rat und Volk beim Bau von Atomkraftwerken im Kanton wird mit über 10'000 Unterschriften eingereicht.

9. Januar: Vortragsveranstaltung der Innerschweizer Atomkraftwerkgegner in Luzern. Rund 350 Anwesende fassen eine Resolution, in der die Verwirklichung eines Atomkraftwerks in Inwil abgelehnt wird.

10. Januar: Die Vereinigung sozialistischer Kirchgenossen Basel gibt in einem offenen Brief an das NWA (Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) ihren Beitritt zur Gewaltfreien Aktion gegen den Bau des Atomkraftwerkes Kaiseraugst (GAGAK) bekannt.

Schweizer Kernenergiechronik vom 10. bis 28. Januar 1976 (Ulrich Beck)

9./10. Januar: Auftritt des bekannten Kernkraftwerkgegners Holger Strohm in Luzern und Bern (im Laufe Januar dann auch noch in Langenthal, Muttenz). Im Zusammenhang damit Herausgabe einer Broschüre durch einige der "Gewaltfreien Aktion Bern" nahestehenden Berner Studenten, mit der gegen Kernkraftwerke, insbesondere gegen Graben, Stellung genommen wird.

15. Januar 1976: Maturandenklassen der Kantonschule Zürcher Oberland informieren sich Über Kernkraftwerke: Besuch des Pavillons Beznau; Referate von Dr. E. Keppler (VSE), Dr. K. Buob, W. Edelmann, Dr. Th. Ginsberg, Nationalrat Dr. F. Auer.

17. Januar: Die CKW (Centralschweiz. Kraftwerke) stellen in einer Pressemitteilung falsche Behauptungen richtig, die an einer Anti-Kernkraftwerke Veranstaltung (mit Holger Strohm) in Luzern aufgestellt worden waren.

18. Januar: Rund 110 Delegierte der Genfer Radikalen beschliessen für ihr Parteiprogramm eine These, nach der u.a. die Verwendung der Kernenergie möglichst limitiert werden soll, die mittelfristig "leider" die einzige in grösserem Umfang verfügbare Energiequelle darstelle; ein "Vetorecht" von Regionen gegen den Kernkraftwerksbau, wie es die eidgenössische "Atom-Initiative" vorsehe, wird aber abgelehnt.

19. Januar: Der Bundesrat weist Beschwerden der Genfer Regierung und der Einwohner von Russin (GE) gegen die Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Verbois ab.

Die Gemeindeamänner und Grossräte des Bezirks Rheinfelden fordern den Aargauer Regierungsrat auf, beim Bundesrat zu intervenieren, damit dieser den Bau des Kernkraftwerks Schwörstadt in der BRD verhindere.

20. Januar: Die Kernkraftwerke Beznau I und II sowie Mühleberg ,gaben 1975 7,7 Mia kWh an elektrischer Energie produziert. Seit Inbetriebnahme der drei Werke beträgt ihre Gesamtproduktion bis Ende 1975 über 30 Mia kWh.

21. Januar: Ueba (überparteiliche Bewegung) Zug-"Vollversammlung" beschliesst, sich als Verein zu konstituieren. Sie will um Ostern in Inwil eine Grossveranstaltung durchfuhren.

23. Januar: Bei einem Orientierungsabend in Airolo tritt eine starke Opposition der Einwohner gegen ein anfälliges Depot für radioaktive Abfälle zutage, für das nach Voruntersuchungen der Nagra auf dem Gemeindegebiet geeignete Gesteinsschichten vorhanden wären.

Bundesrat Ritschard bezweifelt in einem Antwortbrief auf eine Einladung der Ueba Solothurn und Aargau auf Grund eines ihm mit der Einladung zugestellten Flugblattes die Objektivität der in Gösgen vorgesehenen Kundgebung; er lehnt wegen familiären Verpflichtungen die Einladung nach Gösgen ab.

25. Januar: "Internationale" Demonstration der Kernkraftwerkgegner (Ueba Solothurn und Aargau sowie weitere Gegnergruppen) in Gösgen. Im Laufe des Tages rund 2000 Teilnehmer. offener Brief mit 300 Unterschriften an Bundesrat Ritschard mit der Forderung nach Durchführung staatlich angeordneter öffentlicher Hearings über Atomkraftwerke.

25. Januar: Die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG stellt an einer Pressekonferenz am Abend nach der Demonstration in Gösgen falsche Behauptungen der Kernkraftwerksgegner richtig.

25.-27. Januar: Tagung der SVA in Zürich über die "Aussichten der verschiedenen Reaktorsysteme".

27. Januar: NWA (Nordwestschweiz. Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) und GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) reichen beide eine Beschwerde gegen die Erteilung der Baubewilligung für das Kernkraftwerk Leibstadt ein. (Im Laufe des Monats Januar gingen jedoch noch zahlreiche weitere Beschwerden, z.T. auch aus der BRD, bei der Justizabteilung des EPJ ein.)

28. Januar: Der Bundesrat verabschiedet einen Zusatzbericht an die eidg. Räte zu seiner "Botschaft an die Bundesversammlung betreffend den Vertrag Über die Nichtverbreitung von Kernwaffen" vom November 1974.

Die GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst) solidarisiert sich in einer Presseerklärung mit der Bevölkerung von Airolo in der Ablehnung eines Depots für radioaktive Abfälle in dieser Gemeinde.

55 Baselbieter Ärzte weisen in einem Brief an sämtliche eidgenössischen Parlamentarier auf die Gefahren eines zu raschen Vorantreibens des Baues von Kernkraftwerken hin; es müssten zuerst alle möglichen Abklärungen für die Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt erfolgen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 29. Januar bis 19. Februar 1976 (Ulrich Beck)

29. Januar: Der Zuger Regierungsrat warnt in Beantwortung einer Interpellation aus dem Kantonsrat u.a. davor, das Problem Atomkraftwerke hochzuspielen wie etwa in Kaiseraugst; beim Projekt Inwil werde es noch Jahre bis zu einem weiteren Schritt dauern.

Der ehemalige Präsident des Aarg. Bundes für Naturschutz, M. Märki, hält in einem Offenen Brief an den Schweizerischen Bund für Naturschutz (SBN) u.a. fest, es sei der SBN-Leitung ein grosser Irrtum unterlaufen, als sie im Mai 1975 in negativer Weise Stellung zur Frage des Atomkraftwerkbaues und des bezüglichen geltenden Bewilligungsverfahrens nahm.

2. Februar 1976: Die "Anti-Apartheid-Bewegung der Schweiz" verlangt in einem Brief an den Bundesrat, er solle die Beteiligung schweizerischer Firmen am Bau eines Kernkraftwerkes in Südafrika verhindern.

Der Gemeinderat von Airolo widersetzt sich in einer Resolution jedem weiteren Schritt hinsichtlich der Lagerung von radioaktivem Abfall in der Gemeinde. Auch die Tessiner Regierung - in Beantwortung einer Interpellation im Grossen Rat - nimmt gegen ein solches Vorhaben Stellung und will Airolo unterstützen.

3. Februar: Ralph Nader, der führende USA-Atomgegner, in Davos am europäischen Management-Symposium: Kampf gegen A-Werkbau sei Schwerpunkt seiner zukünftigen Tätigkeit; er prophezeit, in den USA werde bis 1980 ein Verbot von Bau und Verkauf neuer Kernkraftwerke erlassen werden.

4. Februar: Das Bundesgericht in Lausanne erklärt die beiden St. Galler A-Werk-Initiativen als gegen die Verfassung des Kantons St. Gallen verstossend.

Der Berner Grosse Rat nimmt das Dekret über die Teilung der Gemeindesteuer der Kernkraftwerk Graben AG unter den betroffenen Gemeinden an.

Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG veranstaltet eine Informationsreise nach dem Salzbergwerk Asse (BRD), Versuchsanlage für die Lagerung radioaktiver Abfälle; an ihr nehmen u.a. Journalisten aus der Nordwestschweiz teil.

5. Februar: Bundesrat Ritschard vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zur Energiepolitik: In einem revidierten Atom-Gesetz sollte der Bund Kompetenz erhalten, koordinierend und bremsend einzugreifen, damit keine Kernkraftwerke auf Vorrat gebaut würden. Öl und Gas seien endlich und Kernenergie zur Zeit die einzige Alternative. Abgaben auf Öl, Gas und Strom sollen Mittel für Erforschung neuer Energiequellen ergeben.

7. Februar: Bundesrat Ritschard erklärt im Radio DRS, er sei nicht davon überzeugt, dass die Kernkraftwerke Graben, Verbois, Inwil und Rüthi auf heute absehbare Zeit gebaut werden müssten; für Kaiseraugst dürfte in 1 - 2 Jahren die Bewilligung vorliegen. Daraufhin Protest von C.AK/NWA.

9. Februar: SVA nimmt in einem Presse-Communiqué Stellung zur Verlautbarung von 55 Basler Ärzten (siehe Bulletin Nr. 3/1976, Seite 6). Darauf Reaktion des NWA und Replik der SVA (13. resp. 21. Februar).

12. Februar: Brief Bundesrat Ritschards an die Ueberparteilichen Bewegungen (Ueba) Solothurn und Aargau; er erklärt sich zu "Expertengesprächen" mit den Uebas betreffend Gösgen bereit (siehe den nachfolgenden Artikel).

16. Februar: Der Urner Regierungsrat auf eine Interpellation aus dem Landrat: Eine Lagerung radioaktiver Stoffe komme im Kanton Uri nicht in Frage.

Der Bundesrat antwortet auf eine Kleine Anfrage betreffend Demontage ausgedienter Kernkraftwerke, diese sei Sache der Bewilligungsinhaber, während dem Bund die Aufsicht obliege.

19. Februar: GAK/NWA kritisieren an einer Pressekonferenz u.a. die Arbeit der Gesamtenergiekonzeptions-Kommission und deren Begründung für den Bau weiterer Kernkraftwerke. Bis zum Vorliegen der Konzeption seien alle Bewilligungen für Kernkraftwerke zurückzuziehen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 23. Februar bis 9. März 1976 (Ulrich Beck)

23. Februar: Als Abschluss des Collegium generale über "Probleme der Energieversorgung" an der Universität Bern findet eine Podiumsdiskussion unter Mitwirkung der Professoren W. Winkler (Präsident der SVA), H. Oeschger (Bern), E. Schumacher (Bern), J. Rossel (Neuchâtel), Th. Ginsburg (-7TH) und Dr. E. Kiener (Energiewirtschaftsamt) statt.

25. Februar: Der Basler Regierungsrat E. Keller schreibt im CVP-Pressedienst u.a. unter Berufung auf Bedarfsprognosen der "Conférence tripartite", es sei keine besondere Eile beim Bau neuer Kernkraftwerke nötig.

26.-28. Februar: Das Gottlieb Duttweiler-Institut führt in Rüschlikon ein Symposium "Nuklearindustrie in der Krise" durch.

27. Februar: Das Genfer "Consistoire de l'Eglise nationale protestante" fordert in einer Resolution u.a. von den Bundesbehörden die Zurückstellung des Baues von Kernkraftwerken.

In einem Ergänzungsbericht zu seiner "Botschaft an die Bundesversammlung betr. den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen" vom November 1974 befürwortet der Bundesrat nach wie vor die Ratifizierung dieses sog. Atomsperrvertrages.

1. März: Der Bundesrat bewilligt den seit 1958 regelmässig ausgerichteten Jahresbeitrag zur Förderung von Projekten der technischen Hilfe in Entwicklungsländern der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien auch für 1976 mit Fr. 115'300.--.

2. März 1976: Die BKW dementieren eine von A-Werkgegnern ausgehende Pressemeldung, wonach der Reaktor für das Kernkraftwerk Graben schon bestellt worden sei; es bestehe lediglich die 1974 abgegebene Absichtserklärung gegenüber dem Konsortium BBC/Getsco, die aber noch keinen Auftrag darstelle.

3. März: Führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft schliessen sich zu einem Energieforum Schweiz zusammen. Sein Ziel ist, die Deckung des Energiebedarfs unseres Landes sicherzustellen (siehe den nachfolgenden Artikel).

Ein utopisches Gedankenexperiment von Forschern des Eidg. Instituts für Reaktorforschung (EIR) - an einem Kongress in Miami (USA) anfangs März vorgetragen - findet in Presse und Radio ein grosses Echo.

8. März: Der Gemeinderat von Airolo beschliesst einstimmig, die Genehmigung für die Einrichtung eines Depots für nukleare Abfälle auf dem Gemeindegebiet zu verweigern.

9. März: Das Energieforum Nordwestschweiz erklärt in einer Pressemitteilung, der Einsatz von Kernenergie, als einziger Möglichkeit zur Verminderung der einseitigen Abhängigkeit der Schweiz vom Erdöl, sei nötig.

Die Schweizer Kernenergiechronik ersetzt die SVA-Publikation „Atomenergie in der schweizerischen Öffentlichkeit". Die nach jedem Eintrag in Klammern aufgeführten Zahlen geben einen Hinweis über die Publizität, die das entsprechende Ereignis in der Schweizer Presse fand.

(1) Ausserordentliche Publizität in der gesamten Presse
(2) Grosse Publizität in der gesamten Presse
(3) Bescheidene Publizität in der gesamten Presse
(4) Grosse Publizität nur in Deutschschweizerpresse
(5) Geringfügige Publizität in Deutschschweizerpresse
(6) Grosse Publizität in der Westschweizerpresse
(7) Geringfügige Publizität in der Westschweizerpresse
(8) Bedeutende Publizität im Tessin
(9) Publizität auf Lokalpresse beschränkt
(10) Publizität auf Regional- oder Kantonspresse beschränkt

Schweizer Kernenergiechronik von Mai bis Mitte Juni 1976 (Ulrich Beck)

--
19. März: Parlamentarische Vorstösse im Nationalrat betreffend radioaktive Abfälle (siehe Bulletin Nr. 7). (2)

26. April: Der Waadtländer Staatsrat veröffentlicht einen neuen Bericht zuhanden des Kantonsparlaments, worin er u.a. festhält, mittelfristig komme allein die Kernenergie zur Energiebedarfsdeckung in Frage. (7)

30. April: Das Energie-Forum Schweiz stellt sich der Presse vor. Es will die Öffentlichkeit möglichst umfassend über alle Energiefragen informieren und als Mittler zwischen Energieproduzenten und -konsumenten wirken. Politiker aus allen grösseren Parteien und Fachleute gehören ihm an. (4/7)

Die Ständerats-Kommission für auswärtige Angelegenheiten beschliesst, dem Ständerat die Ratifizierung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (Atomsperrvertrag) zu beantragen. (3)
--
7. Mai: Der Neuenburger Staatsrat beantragt dem Grossen Rat, die kantonale Volksinitiative zur Erhaltung der Rechte des Volkes in Fragen der Atomenergie zurückzuweisen. (6/5)

10. Mai: Das Kernkraftwerk Beznau veranstaltet eine Pressekonferenz aus Anlass des Erreichens der 25-Millarden-Grenze an erzeugten Kilowattstunden elektrischen Stroms (siehe Bulletin 10). (2)

11. Mai: Veröffentlichung der schriftlichen Begründung zum Bundesgerichts-Urteil vom 4. Februar 1976 zu den beiden St. Galler Atomkraftwerks-Initiativen (siehe Bulletin 10).(4/7)

13. Mai: Der Landrat von Basel Land lehnt mit 35 zu 26 Stimmen die Petition für eine Konsultativ-Abstimmung über Kaiseraugst ab. (6/7)

13. Mai: Ordentliche Jahresversammlung der Eidg. Kommission für Strahlenschutz (siehe Bulletin 10). (3)

19. Mai: Der Bundesrat antwortet auf eine Einfache Anfrage aus dem Nationalrat betreffend die Suche nach geeigneten Gesteinsformationen als Endlager für radioaktive Abfälle (siehe Bulletin 10). (2)

Der Bundesrat bestätigt den Entscheid des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements, wonach den Beschwerden gegen die Erteilung der ersten Teilbaubewilligung für das Kernkraftwerk Leibstadt keine aufschiebende Wirkung zukommt (siehe Bulletin 10). (4/7)

19. Mai 1976: Der Grosse Rat des Kantons Neuenburg weist die kantonale Atom-Initiative zur Wahrung der Volksrechte auf dem Gebiet der Atomenergie an seine Gesetzes-Kommission zurück, da sie in der vorliegenden Form nicht der Volksabstimmung unterbreitet werden könne. (7)

20. Mai: Der Schweiz. Evangelische Kirchenbund veröffentlicht einen Bericht in deutscher und in französischer Sprache über das Anhörungsverfahren zur Kernenergie, das 1975 in Schweden vom Ökumenischen Rat der Kirche (Weltkirchenrat) durchgeführt worden ist (siehe auch Bulletin Nr. 18/19, 1975). (3)

20. Mai: Einreichung der eidg. Atominitiative mit Pressekonferenz der Initianten in Bern (siehe Bulletin 10). (1)

23. Mai: Die Genfer Partei der Arbeit beschliesst, gegenüber der Fragen der Kernenergie eine reservierte Haltung einzunehmen (bis jetzt war sie sehr positiv dazu eingestellt). (6)

25. Mai: Der Kongress der Internationalen Vereinigung der Erzeuger und Verteiler elektrischer Energie (UNIPEDE) in Wien spricht sich für eine möglichst grosse Unabhängigkeit Europas in der Energieversorgung aus und bekennt sich zur Kernenergie, die als einzige in der Lage sei, in der Zukunft den Energiebedarf zu decken. (3)

Die Regierung von Basel-Stadt legt dem Grossen Rat einen Bericht zum Kernkraftwerk Kaiseraugst vor. Sie lehnt darin u.a. Petitionen der GAK und des NWA ab (siehe Bulletin Nr. 11). (4)

27. Mai: Der Bundesrat zu einer Einfachen Anfrage aus dem Nationalrat u.a.:
Bei der Ermittlung optimaler Standorte für Kernkraftwerke würden auch Anlagen in Kavernen und abgelegenen Felstälern berücksichtigt, obwohl zusätzliche Betriebs- und Sicherheitsprobleme damit verbunden seien. (5)

31. Mai: Der Grosse Rat des Kantons Tessin fasst einstimmig eine Resolution, in der er sich an den Bundesrat wendet mit der Feststellung, der Rat und die Tessiner Bevölkerung sei kategorisch gegen die Installierung von Nuklearanlagen (Kraftwerke oder Lager für radioaktive Abfälle) im Tessin, und in der er die Tessiner Regierung auffordert, alles zu tun, um solche Anlagen vom Kanton fern-zuhalten. (8/6/5)

1. Juni: Einwohner von Bex gründen eine Kommission, die sich zum Ziel setzt, vermehrte Information über die Probleme der Endlagerung radioaktiver Abfälle zu beschaffen. (9)

1. Juni: Bundesrat Ritschard spricht sich anlässlich eines Vortrages in Solothurn für eine Art Rohstoffabgabe (ein Zehntel Rappen pro verbrauchte kWh und 0,5 Rappen pro importierten Liter Brenn- und Treibstoff) zur Finanzierung von Energieforschungsprogrammen aus. (9)

3. Juni: Veröffentlichung des Zwischenberichtes der eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) anlässlich einer Pressekonferenz in Bern (siehe auch Bulletin Nr. 11). (1-2)

4. Juni: In Airolo wird ein überparteiliches Aktionskomitee gegen ein Atommülldepot im Val Canaria gegründet. (8/5)

Schweizer Kernenergiechronik von Mitte Juni bis 10. August 1976 (Ulrich Beck)

14. Juni: Das Komitee der Neuenburger Atominitiative, die vom Grossen Rat am 19. Mai 1976 auf Antrag der Regierung an die Kommission zurückgewiesen wurde, appelliert an die Grossräte, bei der Wiederbehandlung der Vorlage die von den Initianten geltend gemachten Gründe zu berücksichtigen. (7)

15. Juni: Die Gewaltfreie Aktion Graben (GAB) und der Naturschutzverein Oberaargau fordern den Berner Regierungsrat auf, keine Investitionen für das Kernkraftwerk Graben mehr zuzulassen; es müsse die Abstimmung über die Eidg. Atominitiative abgewartet werden. (10)

21. Juni: Der Bundesrat hält in einer Antwort auf eine Einfache Anfrage aus dem Nationalrat fest, die Kommission für die Gesamtenergiekonzeption halte ein weiteres Kernkraftwerk auf Mitte der achtziger Jahre für nötig, wobei das Projekt Graben im Vordergrund stehe. Der Abschluss eines Werkvertrages über die Lieferung eines Kernkraftwerks habe keinen Einfluss auf die Bewilligungsverfahren der Behörden. (3)

21. Juni: Das EIR orientiert die regionale Presse darüber, dass der Versuchsreaktor DIORIT in etwa einem Jahr ausser Betrieb gesetzt werde; finanzielle Gründe seien dafür ausschlaggebend. (3)

23. Juni: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement erhält von der Nagra das Gesuch für Versuchsbohrungen an fünf verschiedenen Standorten zwecks Abklärung der Möglichkeiten der Lagerung radioaktiver Abfälle (siehe SVA-Bulletin 12/76). (2)

23. Juni 1976: Das NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) verzeichnet an seiner Generalversammlung den Besuch von rund 50 Personen, Vorstand und Presse inbegriffen. Das Komitee will auch in Zukunft nur zu Atomfragen Stellung nehmen. (9)

Die Aargauer Regierung schreibt in einem Brief an Bundesrat Ritschard, der Bundesrat möge die Kühlwassersysteme der Kernkraftwerke am Rhein (Kaiseraugst, Leibstadt) überprüfen. Neuere Forschungsergebnisse hätten gezeigt, dass auf Kühltürme verzichtet werden könnte. (3)

24. Juni: Der Ständerat ratifiziert den Atomsperrvertrag. (2)

29. Juni: Im Kanton Schaffhausen wird eine Gesetzesinitiative zum Schutz vor Atomkraftwerken eingereicht. (4)

Die Regierung von Basel Stadt antwortet zurückhaltend auf eine Interpellation, die nach der Möglichkeit der Fernheizung der Stadt mit Dampf aus dem Kernkraftwerk Kaiseraugst fragt. Die hohen Investitionskosten für ein Fernheiznetz würden eine Beteiligung des Bundes nötig machen. (10)

30. Juni: Der Bundesrat passt auf 1. August 1976 die Verordnung über den Strahlenschutz an die neuesten Empfehlungen der ICRP (Internationale Strahlenschutzkommission) an und setzt u.a. die Grenzwerte für radioaktive Emissionen tiefer an. (5)

Das EIR Würenlingen wird vom Bundesrat ermächtigt, die bestehende Zusammenarbeit mit der BRD zur Entwicklung Heliumturbinen-Hochtemperatur-Kernreaktoranlagen bis Ende 1977 fortzusetzen. (5)

2. Juli: Der Gemeindepräsident von Lauenen (BE) gibt bekannt, der Gemeinderat werde sich zusammen mit der Gemeinde Lenk gegen die Erstellung eines Endlagers für radioaktive Abfälle auf ihrem Gebiet wenden. (10, 5)

Atomgegner-Organisationen der Innerschweiz wenden sich gegen die Lagerung von radioaktiven Abfällen auf dem Gebiet Giswil (OW), und ein Kantonsrat verlangt in einer Interpellation von der Obwaldner Regierung die Zusicherung, sie werde sich gegen ein solches Vorhaben einsetzen. (10)

Anlässlich einer Pressekonferenz erklärt der Waadtländer Staatsrat hinsichtlich des Projekts für ein Atommüll-Lager auf dem Gebiet der Gemeinde Bex, der Bund sei nach Gesetz dafür zuständig, doch werde der Kanton konsultiert. Dieser werde sich seine Meinung erst nach ausgiebigen Konsultationen mit der betroffenen Region bilden. - In Bex wird ein Komitee gegen die Lagerung von radioaktiven Abfällen gebildet. (6, 5)

Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke lehnt in einer Resolution den Zwischenbericht der Eidg. Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption ab und fordert, die Kommission sei durch unabhängige Fachleute zu ergänzen. (10)

3. Juli: Demonstration gegen den Bau des französischen Schnellen Brüters Superphénix in Creys-Malville mit anschliessender Besetzung eines Teils des Baugeländes. Einige Tage später Räumung durch französische Ordnungskräfte. Beteiligung von Schweizer Atomkraftwerksgegnern. (6, 5)

6. Juli: Das Energieforum Nordwestschweiz nimmt mit Genugtuung von der verantwortungsbewusster Art und Weise Kenntnis, mit dem die Regierung von Basel Stadt Ende Mai zu Fragen im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Kaiseraugst Stellung genommen habe (siehe Bulletin 11/76). (10)

8. Juli: Die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst kritisiert den Zwischenbericht der Eidg. Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption. Die Kommission sei einseitig zusammengesetzt, und sie stelle allzu stark auf ein Wachstum der Stromproduktion ab. (3)

13. Juli: Der Regierungsrat des Kantons Aargau bezweifelt die Richtigkeit der Ansicht der Bundesbehörden, nach der diese für die Bewilligung von Sondierbohrungen allein zuständig seien. Auf Grund dieser rechtlichen Vorbehalte fordert er ein juristisches Gutachten an. (10)

Im Laufe des Monats Juli sprechen sich die fünf betroffenen Aargauer Gemeinden (Fricktal) eindeutig gegen Sondierbohrungen und ein Atommüll-Lager im Wabrig-Gebiet aus. (1)

15. Juli: Erste Meldungen (denen dann weitere fortlaufend bis in den August hinein folgen) über eine Panne bei der diesjährigen OECD-Aktion für die Versenkung radioaktiver Abfälle im Meer. Die vorschriftswidrige Vorbereitung von zwei Fässern aus Belgien wird bekannt. Kritik an der Informationspolitik der zuständigen internationalen und nationalen Stellen bei dem Zwischenfall. (4, 7)

4. August: Publikation der Resultate einer neuen Meinungsumfrage zu Energieproblemen in der Schweiz. 55 % befürworten Kernkraftwerke, 37 % lehnen sie ab. (2)

Schweizer Kernenergiechronik von Mitte August bis Ende September 1976 (Ulrich Beck)

16. August 1976: Bildung eines Aktionskomitees in Obwalden. Es verlangt u.a. eingehende Information der Bevölkerung und eine Volksbefragung, bevor irgendwelche Bewilligungen zur Atommülldeponie im Gebiet von Glaubenbielen erteilt würden. (5, 7)

24. August: Fünf Baselstädter Grossräte erheben beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde gegen die Durchführung der Abstimmung über die Basler Atominitiative. (9)

Der Bundesrat antwortet auf eine Anfrage aus dem Nationalrat, es sei nichts an den Gerüchten, nach denen der Bau eines konventionellen Kraftwerkes an Stelle eines Atomkraftwerkes in Kaiseraugst zur Diskussion stehe. (5, 7)

Die Präsidialansprache und ein Referat über die Pläne der BRD hinsichtlich der Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle anlässlich der Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie in Bern finden in Presse, Radio und Fernsehen ein ausserordentliches Echo (siehe Beilagen zu Bulletin Nr. 15/16). (1)

25. August: Die erweiterte aussenpolitische Kommission des Nationalrats vertagt den Entscheid über eine Zustimmung zum Atomsperrvertrag; sie will vorerst am 2./3. November Hearings dazu durchfuhren. (5, 7)

Der Berner Regierungsrat weist die Vorwürfe von Grossräten zurück, die Berner Regierung habe ihre Aufklärungspflicht zum Problem radioaktiver Abfälle vernachlässigt. (9)

31. August: Der Berner Regierungsrat Huber orientiert in Zweisimmen die Vertreter der Gemeinden Lenk und Lauenen über die geplanten Sondierbohrungen im Gebiet Stüblenen. (9)

Bundesrat Ritschard äussert sich an einer Pressekonferenz u.a. zur Revision des Atomgesetzes resp. den Ergebnissen der Arbeiten der dafür eingesetzten Kommission. (4)

1. September: Der Tessiner "Bewegung gegen Atommüll-Deponien" sind nach einer Pressemitteilung 206 von 248 Gemeinden des Kantons und 9000 Einzelpersonen angeschlossen. (3)

2. September: Der Obwaldner Regierungsrat verlautbart u.a., die Angelegenheit einer Deponie für radioaktive Abfälle müsse objektiv abgeklärt werden. Er appelliert an die Bevölkerung, voreilige Unterschriftensammlungen nicht zu unterstützen. (10, 7)

2. September und folgende Wochen: Ein seit Ende 1975 dem EVED vorgelegter Expertenbericht über die Lagerung radioaktiver Abfälle findet plötzlich in der Presse Beachtung (siehe Bulletin Nr. 15/16). (4, 7)

Das Bundesgericht erteilt der Beschwerde gegen die Durchführung der Abstimmung über die Anti-Atominitiative Basel Stadt (siehe oben 24.8.) aufschiebende Wirkung. (2)

3. September: Der Berner Regierungsrat erklärt auf einen grossrätlichen Vorstoss hin, er sehe nach wie vor keinen Anlass, die Vorbereitungsarbeiten für das Kernkraftwerk Graben einstellen zu lassen. (5)

Fünf Mitglieder der Kaiseraugst-Gegnerschaft werden von der Aargauer Staatsanwaltschaft wegen Hausfriedensbruchs und Nötigung angeklagt; sie beantragt Geldbussen von je 3000 Franken. (5)

6. September: Das "Koordinationskomitee gegen das Kernkraftwerk Verbois" protestiert gegen die Bewilligung des EVED an das Kernkraftwerk Beznau, dort versuchsweise Plutonium-Brennstäbe einzusetzen. (5, 6)

7. September: 313 Stimmberechtigte (= 70 %) setzen sich als Angehörige der Interessengemeinschaft der fünf Wabrig-Gemeinden mit ihren Unterschriften für eine umfassendere Orientierung und das Mitspracherecht der Bevölkerung bezüglich der geplanten Sondierbohrungen für eine Atommülldeponie im Wabriggebiet ein. (10, 7)

8. September: Drei Gegnergruppen von Kernkraftwerken werfen dem Berner Regierungsrat vor, beim Projekt Graben bewusst Sachzwänge herbeizuführen. (5, 7)

9. September: In der Präsidialansprache anlässlich der Jahresversammlung des Schweiz. Wasserwirtschaftsverbandes wird darauf hingewiesen, die Schweiz sei infolge ihres Energiedefizits auf Kernkraftwerke angewiesen. (5)

12. September: Am ersten "Basler Umweltschutzfest" und an einer Pressekonferenz gibt das Abstimmungskomitee für die Anti-Atominitiative Basel Stadt bekannt, es werde anstelle der vom Bundesgericht ausgesetzten Volksabstimmung eine inoffizielle Volksbefragung durchfuhren. (10, 7)

16. September: Der Basler Grosse Rat nimmt ohne Gegenstimme Kenntnis vom Bericht der Regierung betreffend Kaiseraugst (siehe Bulletin Nr. 11, Seite 5). Dagegen weist er ihre Stellungnahme zu zwei Petitionen (siehe ebenfalls Bulletin Nr. 11) zurück und verlangt einen Zusatzbericht u.a. über die Auswirkungen der Wärmebelastung, der Notfallmassnahmen und des vom Bund angewandten Bewilligungsverfahrens. (4)

17. September: Die Eidg. Abwärmekommission legt nach vier Jahren Arbeit einen Zwischenbericht vor. (3)

18. September 1976: An einer Tagung der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für Umweltforschung in Bern werden Erfahrungen und Projekte für die Lagerung radioaktiver Abfälle diskutiert. (5)

Das Schweiz. Initiativkomitee der "Atomschutz-Initiative" stellt gleichzeitig an einer Pressekonferenz in Bern seinen Standpunkt zum Atommüll dar. (4)

20. September: Atomkraftwerksgegner organisieren während der Session der eidg. Räte vor dem Bundeshaus eine "Stumme Mahnwache" mit Plakaten und Verteilung von Flugblättern. (3)

21. September (und 24. September): In Giswil und Sarnen finden Orientierungsveranstaltungen zur Atommülldeponie (Glaubenbielen) statt, an denen die Gemeindebehörden und dazu Regierungsräte des Kantons Obwalden neben der Einwohnerschaft teilnehmen. (5)

Die Baselbieter Regierung antwortet auf eine Kleine Anfrage aus dem Landrat, zusätzliche Vorschriften oder gar ein Verbot für den Transport von Atommüll auf Schiene und Strasse im Kanton seien nicht nötig und lägen überdies nicht in der Kompetenz des Kantons, sondern des Bundes. (9)

26. September: An der inoffiziellen "Volksbefragung" in Basel Stadt nehmen nach Angaben der veranstaltenden A-Werkgegner 38'000 Stimmbürger teil, von denen sich rund 34'600 für die Baselstädter Anti-Atominitiative ausgesprochen haben sollen. Die 381000 entsprächen 26,8 % aller Stimmberechtigten. (2)

Schweizer Kernenergiechronik von Ende September bis 11. November 1976 (Ulrich Beck)

27. September: Der Bündner Regierungsrat vor dem Grossen Rat auf eine Interpellation: Zur Zeit werde vom Konsortium Untertagespeicher nur die Möglichkeit der Einrichtung eines Kavernenspeichers für Heizöl bei Haldenstein geprüft; dagegen würden in Graubünden keine Abklärungen für die eventuelle Lagerung radioaktiver Abfälle durchgeführt. (10)

29. September: Pressekonferenz des Obwaldner Baudirektors: Die Kantonsregierung werde sich vor einer Stellungnahme zu Sondierbohrungen in Glaubenbielen genauestens informieren und auch das Rechtsgutachten abwarten, das die Aargauer Regierung zur Frage von solchen Bohrungen in Auftrag gegeben hat. (3)

1. Oktober: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement teilt mit, der Teilrevisions-Entwurf zum Atomgesetz könne wegen gewissen Unklarheiten nicht in die Vernehmlassung gegeben werden (siehe Bulletin Nr. 17/1976, S. 22). (3)

4. Oktober: Der Bundesrat in Beantwortung einer Einfachen Anfrage: Anstrengungen für die Schaffung eigener Atommüll-Lagerstätten seien nötig, da es unwahrscheinlich sei, dass das Ausland alle unsere Abfälle übernehmen werde. (3)

Der Ständerat überweist ein Postulat, das die Aufhebung des "Kühlturm-Beschlusses" von 1971 verlangt; Bundesrat Ritschard nimmt es nur unter grössten Vorbehalten entgegen. (3)

11. Oktober: Die Koordinationskonferenz der Schweizerischen Atomwerkgegnergruppen fordert u.a. einen vierjährigen Baustopp für Kernkraftwerke. (3)

14. Oktober: An einer Orientierungsversammlung in Wegenstetten wird eine Resolution zu den Sondierbohrungen im Wabrig gefasst: Der Nagra sei keine Bewilligung hierfür zu erteilen. (10)

16. Oktober: Der Obwaldner Regierungsrat vor dem Kantonsrat: Eine verbindliche Stellungnahme der Regierung werde erst nach Prüfung aller Pro- und Contraargumente getroffen. (5)

19. Oktober: Der Berner Regierungsrat in Beantwortung einer Interpellation: Er habe sich beim Energiewirtschaftsamt des EVED für ein volles Mitspracherecht der betroffenen Gemeinden und Einbezug aller Aspekte (z.B. Fremdenverkehr) in die Voruntersuchungen für die Bewilligung von Sondierbohrungen in Stüblenen eingesetzt. Eine Stellungnahme wäre zur Zeit noch verfrüht. (10).

23. Oktober: Delegierte des Schweizerischen Werkbundes (SWB) fordern in einer Resolution das Verbot des Baus von Kernkraftwerken, bis bestimmte Bedingungen, wie die sichere Lagerung von radioaktiven Abfällen, erfüllt seien. (5)

26. Oktober: Nach einem Communiqué des Aargauer Informationsdienstes hat Bundesrat Ritschard einer Delegation der Aargauer Regierung zugesichert, die Kühlturmfrage erneut zu prüfen (siehe 4. Oktober). (3)

3. November: Für das Kernkraftwerk Graben wird die kantonale Baubewilligung erteilt. (3)

Das Eidg. Institut für Reaktorforschung (EIR) gibt bekannt, es sei auf dem Gebiet der Entwicklung von Hochtemperaturreaktoren mit Heliumturbine (HHT) zwischen den Partnern des deutsch-schweizerischen HHT-Projekts eine bis 1977 laufende Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der amerikanischen General Atomic International abgeschlossen worden (Siehe SVA -Bulletin Nr. 19/1976).(3)

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats spricht sich für die Ratifikation des Atomsperrvertrages aus.(3)

9. November 1976: Die Aargauer Regierung gibt vor dem Grossen Rat das Resultat des von ihr in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens betreffend Zuständigkeit für die Bewilligung von Sondierbohrungen bekannt: Allein der Bund sei für die Erteilung solcher Bewilligungen wie auch für die Errichtung von Atommülldeponien zuständig. (10)

10. November: Der Bundesrat Genehmigt den Bericht der Kommission zur Überwachung der Radioaktivität für das Jahr 1975 (KUeR-Bericht). (5)

11. November: Der Berner Grosse Rat lehnt zwei Motionen im Zusammenhang mit der Lagerung von radioaktivem Abfall ab. Die eine forderte das fakultative (kantonale) Referendum bei der Errichtung von Atommülldeponien; die andere verlangte, es seien Sondierbohrungen für solche Lager nur zuzulassen, wenn das Parlament und die Stimmberechtigten des Kantons ihnen zugestimmt hätten.(5)

Schweizer Kernenergiechronik vom 15. November bis 31. Dezember 1976 (Ulrich Beck)

15. November: Verhandlung vor dem Bezirksgericht Rheinfelden gegen fünf an der Besetzung des Baugeländes des Kernkraftwerks Kaiseraugst von 1975 beteiligte Angeklagte. Das Urteil soll zu einem späteren Zeitpunkt schriftlich mitgeteilt werden. (2)

17. November: Der Bundesrat pflegt eine Aussprache über die Revision des Atomgesetzes aufgrund der Vorschläge der Expertenkommission. (3)

Der Grosse Rat des Kantons Waadt beschliesst Nichteintreten auf einen Bericht des Staatsrates betreffend Kernenergie. (10)

22. November: Vortrag des Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger in Basel. Bezüglich Kernenergie stellt er fest, die Kernkraftwerkskapazitäten am Rhein müssten unter die drei angrenzenden Staaten aufgeteilt werden. - Der Anlass wird durch eine Demonstration von A-Werk-Gegnern gestört. (10)

24. November: Der Bundesrat ermächtigt das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, ein Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Atom-Gesetzes durchzuführen. (5)

27. November: Der Parteitag des Landesrings der Unabhängigen des Kantons St. Gallen verlangt in einer Resolution den sofortigen Stopp aller im Bau befindlichen Kernkraftwerke; zuerst müsse die Gesamtenergiekonzeption vorliegen. Weitere Kernkraftwerke seien erst zu bewilligen, wenn alle Probleme der Wiederaufbereitung und Lagerung der radioaktiven Abfälle gelöst seien. (10)

29. November: Der Jahresbericht 1975 der Eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität erscheint. Er hält u.a. fest, die zivilisatorische Strahlenbelastung in der Schweiz sei nach wie vor sehr gering, so dass das dadurch bedingte Strahlenrisiko als vernachlässigbar zu bezeichnen sei. (5)

Das Bezirksgericht Rheinfelden verlangt Einsicht in die Bewilligungen, welche die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG und die Motor Columbus AG für dieses Kraftwerk schon erhalten haben. (Siehe auch oben, 15. November) (10)

Der Bundesrat antwortet auf eine Kleine Anfrage aus dem Nationalrat, der Bau eines Kernkraftwerks Rüthi sei zur Zeit weniger dringlich, als dies noch vor einigen Jahren der Fall schien. (5,7)

1. Dezember: Ein Nationalrat verlangt in einer Einzelinitiative einen sofortigen befristeten Stopp des Baues von Kernkraftwerken bis 1981 durch einen Bundesbeschluss. (5,7)

2. Dezember: Vertreter der Regierungen der von den Nagra-Sondierbohrungen betroffenen Kantone treffen sich in Sarnen zu einer Aussprache. Sie wollen miteinander in Kontakt bleiben, um das Problem weiter zu verfolgen. (10)

5. Dezember: Die fünf Aargauer Gemeinden, die sich von den Sondierbohrungs-Absichten der Nagra betroffen fühlen, sprechen sich in Konsultativabstimmungen mit 1327 zu 12 Stimmen total gegen solche Bohrungen im "Wabrig"-Gebiet aus. (5,7)

6. Dezember: Das Comité de coordination contre Verbois nucléaire will eine Petition an den französischen Staatspräsidenten gegen das Brüterkraftwerk "Superphénix" in Creys-Malville (Frankreich) richten und hat schon über 7000 Unterschriften gesammelt. (5, 7)

10. Dezember: Das Komitee für die Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte beim Bau und Betrieb von Atomanlagen ("Atom-Initiative") fordert an einer Pressekonferenz einen vierjährigen Baustopp. Es erachtet im weiteren die vom Bundesrat beschlossene Teilrevision des Atom-Gesetzes als ungenügend. (3)

13. Dezember: Die Schweiz. Volkspartei des Bezirks Rheinfelden richtet eine Eingabe an das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, in der sie ihrer Besorgnis wegen einer eventuellen Deponie für radioaktive Abfälle im "Wabrig"-Gebiet Ausdruck gibt. (10)

14. Dezember1976: Der Bundesrat veröffentlicht seinen Entwurf für die Teilrevision des Atom-Gesetzes und schickt ihn in die Vernehmlassung. (2)

Der Nationalrat beschliesst die Ratifizierung des Atomsperrvertrags. (2)

6. Dezember: An einer Pressekonferenz der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG wird bekanntgegeben, die Rohbauarbeiten seien praktisch abgeschlossen, während die Montage der Inneneinrichtungen gut vorangehe. Die Inbetriebnahme sei für die 1. i2alfte 1978 vorgesehen. (4)

17. Dezember: Rund 1300 Wissenschafter des Genfer CERN (Europ. Zentrum für Kernforschung) verlangen in einem Brief an den Bundesrat, er solle sich für einen Baustopp des Brüterkraftwerks "Superphénix" in Creys-Malville (Frankreich) einsetzen. (7)

Veröffentlichung des Climod-Zwischenberichts der Kommission, welche die meteorologischen Auswirkungen von Kernkraftwerken im Gebiet Oberrhein/Hochrhein zu erfassen versuchen soll. Resultate konnten noch nicht gewonnen werden.(10)

18. Dezember: Die GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst) veranstaltet eine "Besichtigung" des Baugeländes. Rund 800 Personen sollen daran teilgenommen haben.(2)

19. Dezember: Der Genfer Grosse Rat nimmt mit grosser Mehrheit eine Motion an, mit welcher der Genfer Staatsrat aufgefordert wird, beim Bundesrat wegen "Superphénix" vorstellig zu werden. Die Landesregierung soll angehalten werden, bei der französischen Regierung nähere Informationen über die Sicherheit dieses Brüterkraftwerks zu verlangen. (3)

Der Obwaldner Kantonsrat verlangt von der Kantonsregierung, sie möge ihn vor der Abgabe einer Stellungnahme zur Frage der Nagra-Sondierbohrungen orientieren und ihm Gelegenheit zu einer Abstimmung geben. (5, 10)

22. Dezember: Eine Agentur meldet, vom Eidg. Amt für Energiewirtschaft erfahren zu haben, das Kernkraftwerk Kaiseraugst könne auch 1977 noch nicht die Bauarbeiten aufnehmen, weil die nukleare Baubewilligung nicht erteilt werden könne; dies hänge mit der Verzögerung in der Abwicklung der Klimastudie "Climod" für die Region Basel zusammen. Am 28. Dezember gibt die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG bekannt, sie unterstehe keinem Baustopp und könne alle Arbeiten ausfahren, für die eine rechtskräftige Bewilligung vorliegt. (4)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 23. März 1977 (Ulrich Beck)

1. Januar: Einige hundert Kernkraftwerksgegner versammeln sich auf dem Baugelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst und lassen sich von Mitgliedern der GAK und des NWA (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst resp. Nordwestschweiz. Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) über "die neue Situation" orientieren. In einer Resolution fordern sie u.a. einen "demokratischen Volksentscheid" über den Bau von Kaiseraugst. (5, 7)

6. Januar: Einweihung des Informationszentrums des Kernkraftwerks Kaiseraugst. Der Anlass wird während Stunden von rund 25 A-Werkgegnern von aussen gestört (Trommeln, Werfen von Stinkbomben). (1)

8. Januar: GAK und NWA distanzieren sich von den "unüberlegten Aktionen" von A-Werkgegnern anlässlich der Einweihung des Informationszentrums Kaiseraugst.(2)

10. Januar: Wegen mutwilligen Sachbeschädigungen und wegen anderen Störungen (Wegnahme von Informationsdrucksachen und Ersetzen mit Material von A-Werkgegnern, Ausräumen des Kühlschrankes usw.) muss das Informationszentrum von Kaiseraugst für einige Tage geschlossen werden. (4)

13. Januar: Die Kernkraftwerke Beznau I und II erzielen 1976 die bisher höchste Jahresproduktion (5,4 Milliarden kWh). (5)

16. Januar: Das Kernkraftwerk Mühleberg produziert die zehnmilliardste Kilowattstunde Strom seit seiner Inbetriebnahme. (3)

21. Januar: Die Regionalkonferenz der Nordwestschweizer Kantone (BS, BL, BE, SO, AG) hält die Revision der Atomgesetzgebung des Bundes im Sinne des Vorentwurfs zu einem Bundesbeschluss zur Ergänzung des geltenden Atomgesetzes als grundsätzlich notwendig, bringt aber gewisse Vorbehalte an. Die kurze Vernehmlassungsfrist zum Entwurf gestattet es nicht, dass die fünf Kantone gemeinsam eine Stellungnahme ausarbeiten. (10)

25. Januar: Das Bundesgericht tritt nicht auf die staatsrechtliche Beschwerde gegen die Anordnung einer Volksabstimmung über das Initiativbegehren Basel Stadt zum Schutze der Bevölkerung vor Atomkraftwerken ein. Die im September 1976 abgesetzte Abstimmung wird nun am 12. Juni 1977 stattfinden. (4)

Das Energieforum Schweiz veranstaltet in Zürich eine Informationstagung zum Zwischenbericht der Kommission für die Gesamtenergiekonzeption. Das Forum, das u.a. aus rund 100 eidgenössischen Parlamentariern besteht, tritt damit erstmals an die Öffentlichkeit. (5)

Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Land fordern in einem gemeinsamen Schreiben an den Bundesrat, die nukleare Baubewilligung für Kaiseraugst nicht zu erteilen, bevor die laufende "Climod"-Studie (klimatische Auswirkungen mehrerer Kernkraftwerke in einer Region) verwertbare Resultate zeitiger (10)

27. Januar 1977: Das Bezirksgericht Rheinfelden stellt das Verfahren gegen die fünf wegen der Besetzung des Baugeländes des Kernkraftwerks Kaiseraugst Angeklagten vorläufig ein. Der Staatsanwalt des Kantons Aargau will dagegen beim Obergericht Beschwerde einreichen.

28. Januar: Auf eine parlamentarische Anfrage antwortet die Berner Regierung u.a.: Der Kanton Bern verfüge über einen Anteil von 92 Prozent am Grundkapital der Bernischen Kraftwerke AG, 8 % gehörten Gemeinden oder einigen Privaten. Einflussnahme auf die Geschäfte nähme die Regierung durch ihre 19 Vertreter im 23-köpfigen Verwaltungsrat. (10)

29. Januar: Stellungnahme des Landesverbandes freier Schweizer Arbeiter (LFSA) zum Vorentwurf für eine Ergänzung des Atomgesetzes: Die Bevölkerung solle nach Ansicht des LFSA Einblick in das Bewilligungsverfahren für Kernkraftwerke in ihrer Nähe erhalten; die Einführung einer Bedürfnisklausel sei zu begrüssen. (5)

31. Januar: Die CVP Basel Land lehnt eine (angedrohte) Wiederbesetzung des Kernkraftwerksgeländes von Kaiseraugst ab. "Selbst bei schlimmster Einschätzung der Lage" bedeute dieses keine derart grosse Bedrohung, dass solche Notwehrmassnahmen gerechtfertigt wären. (5) 2. Februar: Das Ergebnis einer im Dezember 1976 durchgeführten Meinungsumfrage in der Schweiz zeigt, dass 75 % der Bevölkerung der Ansicht sind, die schweizerische Wirtschaft müsse auch in Zukunft wachsen. 93 % der Befragten meinten, die Energieversorgung müsse langfristig geplant und gesichert werden. 56 % erachteten Kernkraftwerke als erforderlich, 36 % waren dagegen. (5)

4. Februar: Der Delegiertenrat der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz lehnt eine Bedürfnisklausel für Kernkraftwerke als Ergänzung zum Atomgesetz ab; als Instanz für eine Rahmenbewilligung für solche Werke gibt sie dem Bundesrat den Vorzug; Projekte für welche schon eine Standortbewilligung besteht, sollten nicht unter die neue Rahmenbewilligung fallen. (sehr 5)

5. Februar: Der Stiftungsrat der Schweiz. Energiestiftung (SES) fordert vierjährigen Bau- und Bewilligungsstopp für Kernkraftwerke. (2)

8. Februar: Die Jungliberale Bewegung der Schweiz in ihrer Stellungnahme zur Ergänzung des Atomgesetzes: Kernkraftwerke dürften erst bewilligt werden, wenn die Beseitigung der Abfälle gewährleistet sei. Baubewilligungsbehörde müsse der Nationalrat sein, und die Bewilligung sei an einen Bedürfnisnachweis zu knüpfen. (sehr 5)

11. Februar: Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund stimmt einer Bedürfnis klausel für die Bewilligung von Kernkraftwerken zu und unterstützt die vorgesehene Rahmenbewilligung anstelle der bisherigen Standortbewilligung. (sehr 5)

12. Februar: Einreichung einer Initiative bei der Obwaldner Staatskanzlei: 1135 Bürger verlangen, es sei vor der Erteilung von kantonalen Bewilligungen für eine Atommülldeponie eine Volksbefragung durchzufahren. (3)

16. Februar: Die Freiburger Kantonsregierung lehnt in ihrer Stellungnahme zur Ergänzung des Atomgesetzes die Übertragung der Bewilligungskompetenz an die eidg. Räte ab. Der Bundesrat sei als zuständig zu bestimmen. Bei der Bedürfnis frage müsse ein breiter Spielraum vorhanden sein, damit die Versorgungssicherheit gewährleistet werden könne. (6)

17. Februar: Die Christliche-demokratische Volkspartei (CVP) der Schweiz befürwortet in ihrer Vernehmlassung zur Ergänzung des Atomgesetzes die Bedürfnis klausel. (5)

Die Regierung des Kantons Luzern zur Ergänzung des Atomgesetzes: Sie hätte eine Totalrevision des Gesetzes vorgezogen. Zur Bedürfnisklausel äussert sie Bedenken. Als Bewilligungsbehörde wäre den Bundesrat vorzuziehen. (5)

22. Februar: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) anlässlich einer Pressekonferenz in Zürich u.a.: Die Einführung einer Bedürfnisklausel als Ergänzung zum Atomgesetz sei abzulehnen. Im Geschäftsjahr 1975/76 (dem hydraulischen Jahr entsprechend) seien 52 % des NOK-Bruttoumsatzes durch die Kernkraftwerke gedeckt worden. Ohne sie wäre infolge der Trockenheit ein Engpass in der Versorgung eingetreten. (2)

24. Februar: Vernehmlassung der Regierungen von Basel Stadt und Basel Land zur Ergänzung des Atomgesetzes: Sie befürworten eine enger gefasste Bedürfnis klausel als im Entwurf (unter Einbezug ausländischer Bezugsrechte); das Parlament sei als Bewilligungsinstanz für die Rahmenbewilligung dem Bundesrat vorzuziehen; das Verfahren für die Standortbewilligung des Kernkraftwerks Kaiseraugst sei formell einwandfrei zu wiederholen. (3, 10)

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) betrachtet die Ergänzung zum Atomgesetz grundsätzlich als einen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Rechtszustand. (5)

Die Verhandlungsdelegation der Atomkraftwerkgegner der Nordwestschweiz verlangt in einem Brief an Bundesrat Ritschard u.ä. eine Denkpause und einen Baustopp für Kernkraftwerke. (2)

Der Regierungsrat des Kantons Zürich beantragt dem Kantonsrat, die Initiative für ein Gesetz zum Schutz vor Atomkraftwerken als ungültig zu erklären, da bundesrechtswidrig. (4)

25. Februar 1977: Die Solothurner Kantonsregierung tritt für eine Ergänzung des Atomgesetzes und für einen Bedarfsnachweis beim Bau von Kernkraftwerken ein. (9)

28. Februar: Der Grosse Rat des Kantons Waadt fasst eine Resolution, mit der die Kantonsregierung in ihrer ablehnenden Haltung gegen eine Atommülldeponie bei Bex unterstützt wird. (6, 5)

Weitere Stellungnahmen zur Änderung des Atomgesetzes: (bis und mit 23.3.1977) Aargauer Regierung lehnt Bedürfnisnachweis nur für Kernkraftwerke ab. (10)

Regierung Appenzell Ausserrhoden stimmt mit Bedenken der Neuregelung des Bewilligungsverfahrens zu; die Bedürfnisklausel wird abgelehnt. (10)

Bündner Regierung befürwortet Gesamtrevision des Atomgesetzes anstelle der vorgesehenen Ergänzung und lehnt die Bedürfnisklausel ab. (10)

St. Galler Regierung ist unter Vorbehalt für die neue Rahmenbewilligung, aber gegen den Bedürfnisnachweis. (10)

Schwyzer Regierungsrat stimmt einer Rahmenbewilligung zu, für die der Bundesrat zuständig sein soll. Auch die Bedürfnisklausel wird befürwortet, allerdings nicht für Projekte, für welche die Standortbewilligung schon erteilt worden ist. (5)

Regierung des Thurgau hat Bedenken gegen den Bundesbeschluss und zöge die Gesamtrevision vor. Bewilligungsinstanz für die Rahmenbewilligung soll der Bundesrat sein. Sie ist gegen eine eigentliche Bedürfnisklausel. (10)

Zuger Regierung tritt dafür ein, der Bundesrat sei als Instanz für die Rahmenbewilligung zu bezeichnen, und verneint die Notwendigkeit eines Bedürfnisnachweises. (10)

Regierungsrat des Kantons Zürich würde eine Gesamtrevision der Ergänzung vorziehen. Für die Rahmenbewilligung soll gegebenenfalls der Bundesrat zuständig sein. Gegenüber einem Bedürfnisnachweis hat die Zürcher Regierung grundsätzliche Bedenken. (10)

Die Schweizerische Volkspartei zöge eine Gesamtrevision der Ergänzung vor. (5)

Der Landesring der Unabhängigen ist für die Bundesversammlung als Instanz für die Rahmenbewilligung. Er stellt zudem eine Reihe weiterer Forderungen für die Atomgesetzgebung. (5)

Der Vorort des Schweizerischen Handels - und Industrievereins lehnt die vorgeschlagene Ergänzung ab, insbesondere den Bedürfnisnachweis. Er unterbreitet einen Gegenentwurf. (4)

Der Schweizerische Bauernverband zöge eine sofortige Totalrevision des Atomgesetzes vor. Der Bundesrat soll Bewilligungsbehörde für die Rahmenbewilligung sein. Die Bedürfnisklausel sei zu begrüssen. (5)

Obwaldner Regierung tritt für die Rahmenbewilligung ein, ebenso - mit Vorbehalten - für eine Bedürfnisklausel. Die (Gesamtrevision des Atomgesetzes sei dringlich voranzutreiben, die vorgesehene Ergänzung sei nur eine Notlösung.(10)

Evangelische Volkspartei der Schweiz ist für die Bundesversammlung als Bewilligungsbehörde. Die Bewilligung sei auch von der Lösung der Abfallfrage abhängig zu machen, für die durch einen zusätzlichen Artikel die Rechtsgrundlage zu schaffen sei. Dem Übergangsrecht wird zugestimmt. (5)

Schweizerische Bankiervereinigung: Gesamtrevision sei zu bejahen; dagegen wird die Zweckmässigkeit bezweifelt, einzelne Aspekte vorweg zu regeln. Gegebenenfalls sei der Bundesrat als Entscheidungsbehörde vorzusehen. Beim vorgesehenen Übergangsrecht wird die Entschädigungsfrage aufgeworfen. (5)

Urner Regierungsrat hält Teilrevision für etwas fragwürdig. Bewilligungsinstanz müsste der Bundesrat sein. Ein Bedürfnisnachweis könnte die Gefahr ungleicher Behandlung der Energieträger bringen. Durchgeführte Bewilligungsverfahren dürften nicht neu aufgerollt werden. (10)

Regierungsrat des Kantons Bern befürwortet Revision des Atomgesetzes, hat aber gegenüber dem Ergänzungsentwurf Vorbehalte: Bewilligungsverweigerungs-Gründe wären zu präzisieren. Bedürfnisklausel sei nicht notwendig und würde einen Wirtschaftszweig benachteiligen; die Substitution des Erdöls würde gehemmt. Der Bundesrat müsste Bewilligungsbehörde sein. Die Übergangsbestimmungen lehnt die Berner Regierung ab, wobei sie auf das Projekt Graben hinweist. Es würde sich die Entschädigungsfrage stellen. (2)

Appenzell Innerrhoden: Kein Industriestaat komme an der Kernenergie vorbei. Die Bedürfnisklausel wird wegen dem notwendigen Energiesparen befürwortet. Für die Rahmenbewilligung sollte der Bundesrat zuständig sein. (10)

Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle: Bedauert, dass die notwendige und dringende Präzisierung und Ergänzung der Atomgesetzgebung auf dem Gebiet der Lagerung und Beseitigung radioaktiver Abfälle nicht berücksichtigt sei. (4)
Nidwaldner Regierungsrat spricht sich für den Bundesrat als Bewilligungsbehörde aus, aber auch für ein vermehrtes Mitspracherecht der Kantone. Der Bedürfnis nachweis sei zu streichen. (10)

2. März 1977: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage, in der der Befürchtung Ausdruck gegeben wurde, durch die Zerstörung der schweizerischen Kernkraftwerke mit konventionellen Waffen könnte ein Angreifer gegen unser Land einen Atomkrieg führen: Solche Befürchtungen seien aus verschiedenen Gründen nicht begründet. (4)

3. März: Der Einwohnergemeinderat Giswil verschiebt auf unbestimmte Zeit die Konsultativabstimmung über eine mögliche Atommülldeponie. Begründung: In den Stellungnahmen der betroffenen Kantone zu den geplanten Versuchsbohrungen habe sich eine Verzögerung ergeben; die Abstimmung werde den grössten Effekt haben, wenn sie kurz vor der Abgabe der Stellungnahme des Kantons Obwalden stattfinde.

(10) 4. März: Bundesrat Ritschard antwortet den Regierungen beider Basel brieflich auf deren Anfrage betreffend die "Climod"-Studie und deren zeitlichen Effekt auf das Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Kaiseraugst. (4)

7. März: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Der Untersuchungsbericht betreffend den Unfall im Kernkraftwerk Lucens von 1969 sei für 1978 zu erwarten. (3)

14. März: Der Bundesrat in Beantwortung von parlamentarischen Anfragen:
- Er hat keine Bedenken dagegen, dass das Kernkraftwerk Beznau z.T. mit Plutonium betrieben werde. (3)
- Er ist überzeugt davon, dass die Unternehmungen, die Kernkraftwerke betreiben, bauen oder planen, die Versorgung auf mehrere Jahre sicherstellen können. (5)
- Er sieht keine Gefahr durch den Schnellen Brüter Superphénix in der französischen Nachbarschaft, so dass keine Schutzmassnahmen nötig seien. (5,7)

15. März: Das Verwaltungsgericht von Freiburg im Breisgau verlangt für das Kernkraftwerk Whyl in Baden-Württemberg einen Berstschutz als Bedingung für eine Baubewilligung. (1)

Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hält dazu fest, das Freiburger Gericht habe in aller Form bestätigt, das Kernkraftwerk Wyhl würde keine irgendwie ins Gewicht fallende Beeinträchtigung der Umwelt mit sich bringen. Das sei angesichts der um Kaiseraugst hochgespielten Frage einer angeblichen Umweltbelastung von Bedeutung. (5, 10)

23. März: Das Bundesgericht in Lausanne heisst eine staatsrechtliche Beschwerde des Kantons Genf gut. Die Eidgenossenschaft habe beim Erteilen der Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Verbois in die kantonalen Befugnisse übergegriffen. Das Atom-Recht mache das Errichten von Kernkraftwerken nicht zur Bundesaufgabe. (1)

Schweizer Kernenergiechronik vom 25. März bis 12. Mai 1977 (Ulrich Beck)

25. März: Die Regierung des Kantons Schaffhausen erklärt in ihrer Botschaft an den Grossen Rat, die Volksinitiative für ein kantonales Gesetz zum Schutz vor Atomkraftwerken sei unnötig und gefährlich. Sie beantragt, die Initiative dem Volk zur Verwerfung zu empfehlen. (5)

Der Genfer Grosse Rat spricht sich in einer Resolution für ein Moratorium beim Bau von Atomanlagen aus. Weiter wird verlangt, bei der Ergänzung des Atomgesetzes sei die Bundesversammlung als Bewilligungsinstanz für Atomanlagen vorzusehen und eine Bedürfnisklausel einzubauen. (3) 29. März: Das Energieforum Schweiz in seiner Vernehmlassung zur Ergänzung des Atomgesetzes: Bedauern wegen Fehlens einer Gesamtrevisionsvorlage und wegen mangelnder Ausgewogenheit; Bedürfnisklausel problematisch; die Atomgesetzergänzung sollte mit den Zielen der Gesamtenergiekonzeption in Einklang gebracht werden. (5)

30. März: Die Schweizerische Energiestiftung fordert in einer Eingabe an den Bundesrat einen vierjährigen Baustopp für Atomkraftwerke. (4, 7)

31. März: Die Koordinationskonferenz der Schweizer Atomkraftwerksgegner-Organisationen unterstützt die Organisatoren des "Pfingstmarsches 17711 in der Nordwestschweiz und auch deren Parolen. (4)

5. April: Die Regierungen der fünf Kantone mit hängigen Gesuchen für Sondierbohrungen für radioaktiven Abfall setzen eine Arbeitsgruppe ein, um koordiniert vorgehen zu können, besonders hinsichtlich Vernehmlassung an das Eidg. Amt für Energiewirtschaft. (nur Basler-Zeitung)

6. April 1977: Der Bundesrat antwortet auf eine parlamentarische Anfrage, dass hinsichtlich des "Pfingstmarsches 17711 der A-Werkgegner (der an Stelle des vom Interpellanten anvisierten, aber verschobenen "Ostermarsches" durchgeführt wird) alles vorgekehrt sei, um einen friedlichen Verlauf zu sichern resp. Ausschreitungen zu vermeiden.

7. April: Der Bundesrat will eine Erhöhung der Haftpflicht für Atomkraftwerke vorsehen, nämlich von 40 Mio Franken auf 130 oder 150 Millionen. (2)

9. April: Das Initiativkomitee für "Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen" teilt mit, durch Modernisierung und Ausbau der heute bestehenden Wasserkraftwerke liesse sich 15 % mehr Strom erzeugen. Das gehe aus einer Studie hervor, die im Auftrag der Gesamtenergiekonzeptions-Kommission erarbeitet, aber noch nicht veröffentlicht worden sei. (4)

13. April: Veröffentlichung des Zwischenberichts zur Klimastudie für die Region Basel (Climod-Studie). Der Bericht enthält noch keine Resultate über diese grenzüberschreitende Untersuchung. (4)

Die Beschwerdekammer des aargauischen Obergerichts hebt den Beschluss des Bezirksgerichts Rheinfelden auf, das Strafverfahren gegen fünf Besetzer des Baugeländes des Kernkraftwerks Kaiseraugst einzustellen. Es sei ein neues Urteil zu fällen. (4)

15. April: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement hat die zweite Teilbaubewilligung für das Kernkraftwerk Leibstadt erteilt, womit der Bau vollumfänglich bewilligt ist. (4)

18. April: Der Solothurner Regierungsrat in einem Brief an die Ueberparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke (UeBA): Der Betrieb eines Kernkraftwerks bedeute keine unzumutbare Gefahr. (10, 7) 19. April: Das Nordwestschweizerische Komitee gegen Atomkraftwerke (NWA) fordert einen Baustopp für das Kernkraftwerk Leibstadt. Es werde die Erteilung der 2. Teilbaubewilligung (siehe oben, 15. April) beim Bundesrat mit einer Beschwerde anfechten. (4, 6)

20. April: Das Eidg. Politische Departement teilt mit, die Schweiz sei dem sogenannten Londoner Klub beigetreten, welcher Staaten umfasst, die nukleares Material und Ausrüstungen exportieren und eine besondere Verantwortung für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen trügen. (2)

Bundesrat Ritschard setzt sich in einem Vortrag in St. Gallen für das Parlament als Bewilligungsinstanz für den Bau von Atomanlagen ein; Atomenergie sei unumgänglich; oberstes Ziel sei das Sparen von Energie. (2)

22. April : Die angeklagten Kaiseraugst-Besetzer (siehe oben, 13. April) wollen beim Bundesgericht Beschwerde gegen den Entscheid des Aargauer Obergerichts einlegen. (5)

23. April: Der Schweizerische Bund für Naturschutz, die Schweizerische Energiestiftung, die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, der Schweizerische Verein für Volksgesundheit, der World Wildlife Fund Schweiz und der Rheinaubund fordern einen Bewilligungsstopp für Kernkraftwerke. (1)

25. April: Die Solothurner Regierung auf eine parlamentarische Anfrage: Ein Berstschutz, entsprechend dem Verlangen des Verwaltungsgerichts Freiburg im Breisgau im Hinblick auf das Kernkraftwerk Wyhl, sei für Gösgen nicht nötig. Die Sicherheitsvorkehren seien hier so weitreichend, dass ein Bersten des Reaktordruckbehälters mit katastrophalen Folgen ausgeschlossen werden könne. (4)

26. April: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG stellt in ihrem Geschäftsbericht 1976 fest, wenn die nukleare Baubewilligung bis Ende 1977 erfolge, so könne das Kraftwerk im Winterhalbjahr 1982/83 seinen Betrieb aufnehmen. (10, 5) In Basel wird ein "Aktionskomitee für Recht und Vernunft" gegründet" das die Basler Atomschutz-Initiative bekämpfen will. (10)

Die Gesamtenergiekonzeptions-Kommission hat im August/September 1976 eine Meinungsumfrage zu Energieproblemen durchgeführt. Zur Kernenergie sind 34 % der Befragten ausgesprochen positiv eingestellt, 17 % positiv mit Vorbehalten, 7 % sind skeptisch und 42 % äusserten sich ablehnend. (1, 2)

28. April: Das Energieforum Schweiz äussert sich zum Baustopp (siehe oben, 23. April). Er sei kein konstruktiver Beitrag zur Lösung der schwierigen energiepolitischen Probleme. Auch widerspreche er dem Umweltschutz, weil sich Kernkraftwerke bis heute über eine von anderen Energieerzeugern nicht erreichte Sicherheit ausgewiesen hätten. Ausserdem würde lediglich eine einzelne Energiequelle gestoppt, was bloss eine Verlagerung auf andere Energieträger zur Folge hätte, aber keinen Spareffekt. (3)

29. April: Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie sieht sich veranlasst, gegen skandalöse Berichterstattung über Kernenergie durch ausländische Agenturen Stellung zu nehmen. (2)

Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement veröffentlicht eine Zusammenstellung der Stellungnahmen aus dem Vernehmlassungsverfahren zur Ergänzung des Atomgesetzes. Bewilligungsinstanz, Bedürfnisklausel und Übergangsbestimmungen sind stark umstritten. (2)

5. Mai 1977: Die Schweizerische Energiestiftung verbreitet die Ergebnisse einer noch nicht veröffentlichten Studie der Gesamtenergiekonzeptions-Kommission: Durch Energiesparen könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Kernkraftwerk Gösgen und alle weiteren Atomkraftwerksprojekte seien nicht mehr nötig. (4, 7)

9. Mai: Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) fordert in einer offiziellen Eingabe an das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, die erteilten Bewilligungen für Leibstadt und Kaiseraugst seien zu widerrufen. (5)

12. Mai: Die St. Galler Regierung nimmt Stellung zu Kritiken gegenüber ihrer Vernehmlassung zur Ergänzung des Atomgesetzes: Sie habe wohl vorgeschlagen, das Gesetz mit einer Bestimmung zu ergänzen, die das Enteignungsrecht für die Erstellung von Lagerstätten für radioaktiven Abfall vorsieht (der Passus war in der veröffentlichten Version der Vernehmlassung nicht enthalten); das sei aber nicht im Interesse der Kernkraftwerke geschehen, sondern sei eine zwingende gesetzgeberische Notwendigkeit, weil gegebenenfalls die Beschaffung solcher Stätten nicht den privatrechtlichen Möglichkeiten der Interessenten Überlassen werden könne. (4)

Schweizer Kernenergiechronik vom 12. Mai bis 5. Juli 1977 (Ulrich Beck)

12. Mai: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Die Modernisierung und der Ausbau von Wasserkraftwerken könnte bis zum Jahr 2000 einen Energiegewinn ergeben, der der Leistung eines 300-Megawatt-Kernkraftwerkes entspräche.(5)

Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) fordert beim Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement den Widerruf der Bewilligung für die Kernkraftwerke Kaiseraugst und Leibstadt. (10)

13. Mai: Das Aktionskomitee "contre Verbois nucléaire" verlangt in einem Offenen Brief an den Genfer Staatsrat, er solle sich für einen Baustopp beim französischen Schnellen Brüter "Superphénix" in Creys-Malville einsetzen. (6)

17. Mai: Das Bundesgericht tritt auf die Nichtigkeitsbeschwerde der angeklagten Kaiseraugst-Besetzer gegen die Weisung des Aargauer Verwaltungsgerichts ein, nach der das Bezirksgericht Rheinfelden gegen diese Angeklagten ein Urteil zu fällen habe. (Siehe auch Chronik im SVA-Bulletin Nr. 10, 22. April). (5)

22. Mai: 8 Personen in Aarau beginnen einen Hungerstreik, um die Öffentlichkeit auf die Gefahren durch das A-Werk Gösgen aufmerksam zu machen und um Propaganda für die Pfingstmontag-Anti-A-Werk-Demonstration in Gösgen zu machen. (,4, 7)

23. Mai: Eine italienisch/schweizerische "Experten"-Gruppe lehnt nach einer "Inspektion an Ort" das Val Canaria bei Airolo als ungeeignet für eine Atommüll-Deponie ab. (5, 8)

26. Mai: Die Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Aare (ASA) lehnt die Mitunterzeichnung einer Resolution von sieben grossen schweizerischen Naturschutzorganisationen zum Thema Bau von Atomanlagen ab. (sehr 5)

28. bis 31. Mai: Ein dreitägiger "Pfingstmarsch ‘77" der A-Werkgegner wird von durchschnittlich 3000 Teilnehmern bestritten, ebenso die Schlussdemonstration beim Kernkraftwerk Gösgen. Hier fordern sie ein vierjähriges Moratorium für Atomanlagen, den Baustopp für Leibstadt und Gösgen, den Verzicht auf Kaiseraugst und Schwörstadt und auf ein Endlager für radioaktive Abfälle in Wabrig. 2200 Teilnehmer erklären unterschriftlich, an einer Besetzung der Zufahrtswege zum KKW Gösgen teilnehmen zu wollen. (1 - auch vor und nach diesem Datum)

31. Mai: Das Deutschschweizer Fernsehen bringt in einem Bericht im Zusammenhang mit dem Pfingstmarsch die Resultate einer von ihm veranlassten Meinungsumfrage im Raum Gösgen. Danach sagten u.a. 36 % der 500 Befragten aus, die Abluft aus dem Kernkraftwerk habe langfristig schädliche Auswirkungen auf den Menschen, 38 % halten dies nicht für zutreffend, 25 % wissen keine Antwort.(2,1)

1. Juni: Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) tadelt die unwissenschaftlichen Methoden der schweizerisch/italienischen Expertengruppe (siehe oben, 23. Mai): Eine achtstündige, nur auf die Oberfläche beschränkte Inspektion gestatte keine Schlüsse auf die Eignung des Untergrunds für ein Endlager. (5, 7)

Das Energieforum Nordwestschweiz wendet sich gegen einen von 2200 Teilnehmern - der Schlussdemonstration des Pfingstmarsches in Gösgen unterschriftlich gefassten Beschluss, die Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen durch eine "gewaltfreie Besetzung" zu sperren. (5)

2. Juni: Eine Versammlung von 225 Atomkraftwerkgegnern in Olten konstituiert ein "Schweizerisches Aktionkomitee gegen das Atomkraftwerk Gösgen". Dieses beschliesst, noch vor den Sommerferien die geplante Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen durchzufahren. (4, 7)

Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) gibt bekannt, es werde eine eidgenössische Initiative lancieren, falls Bundesrat und Parlament bei der Revision der Bestimmungen des Atomgesetzes über die Haftung nicht die unbegrenzte Kausalhaftung einführten. (5)

4. Juni 1977: Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern fordert in einer Resolution eine Denkpause vor dem Bau weiterer Atomanlagen. (10)

Die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft beschliesst, Unterlagen für eine objektive Diskussion der Frage um die Kernkraftwerke zu erarbeiten, die wissenschaftlich fundierte Argumente, unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Überlegungen, bieten sollen. (5, 7)

8. Juni: Die Solothurner Regierung und die Ammänner (Gemeindepräsidenten) des solothurnischen Niederamtes wenden sich entschieden gegen die sogenannt gewaltfreie Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen durch A-Werkgegner am 25. Juni. Die Regierung ist entschlossen, alles vorzukehren, um Aktionen gegen die Rechtsordnung zu verhindern. (4, 7)

Das Eidg. Institut für Reaktorforschung in Würenlingen teilt mit, dass eine Ladung leicht radioaktiven Abfalls aus der ganzen Schweiz im Rahmen einer internationalen Aktion im Meer versenkt werde. (5)

12. Juni: Die Basler Stimmbürger nehmen im Verhältnis von gut 3 : 1 die von A-Werkgegnern lancierte "Atomschutz-Initiative" an. (2, sowohl vor als auch nach der Abstimmung)

13. Juni: Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA) führt eine Tagung über Wiederaufarbeitung, Plutonium und Endlagerung in Regensdorf durch. Einer der Referenten aus der BRD wirft die Frage auf, ob die in seinem Land geplante Wiederaufarbeitungsanlage nicht international (auch mit Beteiligung der Schweiz) betrieben werden könnte. Ein Schweizer Referent gibt einen ausgezeichneten Überblick über die nukleare Entsorgung in der Schweiz. (1, auch in den folgenden Tagen).

Bundesrat Ritschard erklärt in einem Interview, das Resultat der Basler Abstimmung (siehe oben, 12.6.77) ändere nichts an der gegenwärtigen Lage und hätte keinen Einfluss auf die hängigen Bewilligungen für Kernkraftwerke. (5, 7)

14. Juni: Das Schweizerische Energieforum ruft die A-Werkgegner auf, sich der echten demokratischen Auseinandersetzung zu stellen und auf gesetzwidrige Handlungen (Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen) zu verzichten. (5, 7)

Die POCH Solothurn fordert eine Konsultativabstimmung unter der Bevölkerung des Niederamts und Oltens, die zum Kernkraftwerk Gösgen Stellung nehmen solle. (10)

Die A-Werkgegner senden über einen illegalen Piratensender Propagandaaufrufe zur Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen. (5, 7)

16. Juni: Die Gemeinderäte der Standortgemeinden Däniken, Gretzenbach und Niedergösgen warnen vor den Folgen jeglicher Gewaltanwendung im Zusammenhang mit der geplanten Besetzungsaktion vom 25. Juni und bitten die Bevölkerung, sich nicht durch Auswärtige in rechtswidrige Aktionen hineinziehen zu lassen. (10)

17. Juni: Veröffentlichung von zwei weiteren Studien der Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK): "Energieverbrauch in schweizerischen Industriebetrieben" und "Externalitätenprobleme und Internationalisierungsstrategien im Energiebereich Schweiz". (5)

20. Juni: Der Grosse Rat des Kantons Neuenburg erklärt eine Initiative als der Kantonsverfassung widersprechend. In ihr wurde verlangt, etwaige Stellungnahmen der Neuenburger Regierung zuhanden des Bundes in Fragen der Atomenergie auf kantonalem Gebiet seien der Volksabstimmung zu unterbreiten (6, 5)

Der Bundesrat zu parlamentarischen Anfragen: Er lehne ein Moratorium beim Bau von Kernkraftwerken ab. Im weiteren gibt er einen Überblick über den Stand der Bewilligungen aller schweizerischen Kernkraftwerke. (3)

Der Bundesrat erteilt dem Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement den Auftrag, eine Botschaft zur Revision des Atomgesetzes auszuarbeiten. (3)

21. Juni: Der Solothurner Regierungsrat erklärt, eine Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen verhindern zu wollen, und gelangt an die Kantone mit der Bitte um Polizeihilfe. (10)

Der Bundesrat fordert die Kantone auf, dem Gesuch der Solothurner Regierung auf polizeiliche Unterstützung gegen einen Versuch der Gösgener-Besetzung zu entsprechen. (5)

Die Regierung des Kantons Aargau ruft die Bevölkerung auf, sich hinsichtlich Gösgens von allen widerrechtlichen Handlungen fernzuhalten. (10)

22. Juni: Der Gemeinderat von Däniken als Standortgemeinde des Kernkraftwerks Gösgen ruft zur Ruhe und Besonnenheit auf. (10)

70 eidgenössische Parlamentarier verschiedener Fraktionen lassen sich in einer Veranstaltung des Energieforums Schweiz über die Probleme der atomaren Entsorgung informieren. (5)

24. Juni 1977: Das Energieforum Schweiz erklärt, der Bundesrat habe mit seinem Beschluss, nicht auf einen Baustopp für Kernkraftwerke einzutreten, den rechtlich einzig gangbaren Weg beschritten.(siehe oben, 20. Juni) (5)

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein erklärt auf eine parlamentarische Anfrage, sie würde zur Verhinderung einer Atommülldeponie im Kanton St. Gallen alle völkerrechtlichen Mittel ausschöpfen. (5)

25. Juni: Rund 2000 A-Werkgegner versuchen, die Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen zu besetzen. Sie werden nach mehrmaliger Warnung von rund 350 Polizisten aus verschiedenen Kantonen daran gehindert und zum Abbruch der Demonstration gezwungen. Die Organisatoren der Besetzung erklären, am 2. Juli das Gleiche nochmals versuchen zu wollen.(1, schon vor dem 25.6. und dann in den Tagen danach)

28. Juni: Die Solothurner Regierung dankt den Kantonen für ihre Mithilfe anlässlich der Verhinderung der Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen am 25./26. Juni. Sie gibt bekannt, dass sie bei Zuspitzung der Lage ein Demonstrationsverbot in Erwägung ziehe. (3)

20 Eidgenössische Parlamentarier reichen ein 7-Punkte-Programm an die Bundeskanzlei ein, in dem sie die Verwirklichung eines energiepolitischen Stabilisierungskonzepts verlangen. (3)

29. Juni: Der Bundesrat nimmt vom Rapport der Solothurner Regierung zu den Ereignissen um Gösgen vom 25./26. Juni Kenntnis und gibt seiner Zufriedenheit Ausdruck, dass es dort möglich war, die Ordnung aufrechtzuerhalten. (3) Die Regierung des Kantons Aargau dankt der Polizei für ihre Pflichterfüllung.(10)

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist der Meinung, der Einsatz der Polizei in Gösgen am 226. Juni sei unverhältnismässig gewesen. Ein vierjähriges Moratorium im Bau von Atomanlagen sei die einzige Möglichkeit, Entscheide vorzubereiten, die von der ganzen Bevölkerung getragen würden. (4, 6)

In verschiedenen Städten (z.B. Basel, Zürich) finden Protestdemonstrationen der A-Werkgegner gegen den Polizeieinsatz in Gösgen statt. (3)

In verschiedenen Kantonen richten Parlamentarier und/oder A-Werkgegner-Gruppen Proteste an die betreffende Regierung, die sich gegen den Einsatz von Polizei aus dem jeweiligen Kanton in Gösgen richten. (2)

30. Juni: Die nationalrätliche Kommission "Reiniger", welche die Einzelinitiative Meizoz für ein vierjähriges Atomanlagen-Baumoratorium vorbehandeln soll, wird über 30 Experten anhören und beschliesst, diese Hearings nicht öffentlich durchzuführen. (4)

A-Werkgegner lösen auf der Publikumstribüne des Basler Rathauses einen Tumult aus. Die Tribüne muss mit Gewalt geräumt werden. (2) 1. Juli: Die Solothurner Regierung ruft im Zusammenhang mit einer erneuten Drohung der A-Werkgegner, am 2. Juli die Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen zu besetzen, zur Besonnenheit auf. (2)

Eine Däniker Gemeindeversammlung stimmt einstimmig einem Communiqué zu, in welchem die Bevölkerung erklärt, sie nehme die Beeinträchtigung des normalen Lebensablaufs durch die A-Werkgegner (Pfingstmarsch-Demonstration, Besetzungsversuche durch Leute, die vorwiegend nicht aus der Region stammen) nicht mehr hin. (5, 10)

2. Juli: Rund 5000 bis 6000 A-Werkgegner versuchen am 2./3. Juli erneut, die Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen zu besetzen. Sie werden von einem aus allen Kantonen stammenden Polizeiaufgebot daran gehindert, wobei rund 450 von 950 Mann eingesetzt werden. (1, sowohl vorher als auch an den folgenden Tagen)

4. Juli: Die Solothurner Regierung dankt allen am Einsatz zum Schutze des Rechtsstaats gegen die A-Werkgegner Beteiligten. (10)

Das Eidg. Amt für Energiewirtschaft gibt bekannt, im Winterhalbjahr 1976/77 habe der Stromverbrauch gegenüber 1975/76 um 4,3 % zugenommen, wobei 22 Prozent durch die Kernkraftwerke gedeckt worden seien. (2)

Die Kommission für die Gesamtenergiekonzeption gibt zwei neue Studien heraus: "Stabilisierungsvarianten" und eine "Stellungnahme zu den technisch-wirtschaftlichen Aspekten der Studie Stabilisierungsvarianten". (2)

5. Juli: Der Solothurner Regierungsrat hält zu den Ereignissen um das Kernkraftwerk Gösgen eine Pressekonferenz ab. Er sei davon überzeugt, dass dieses Werk seinen Betrieb aufnehmen werde. Er sei auch in Zukunft bereit, alle Handlungen zu verhindern, die sich gegen die Inbetriebnahme wendeten. (2)

Schweizer Kernenergiechronik vom 6. Juli bis 14. September 1977 (Ulrich Beck)

(53) 6. Juli: In ihrem Amtsbericht stellt die Regierung des Kantons St. Gallen fest, die gegenwärtige Lage auf dem Gebiete der Energieversorgung lasse die Erstellung eines Kernkraftwerkes in Rüthi weniger dringlich erscheinen als früher. Der Entscheid für den Bau sei hinausgeschoben. (5)

(54) Der Bundesrat verabschiedet eine Verordnung, wonach die Haftpflicht für Atomkraftwerke von 40 auf 200 Mio Franken erhöht wird. (3)

(55) Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) äussert 4-n einer Stellungnahme die Ansicht, in der Schweiz bestehe ein "energiepolitischer Jura", vor dem sich der Rechtsstaat nur mit Gewalt behaupten könne. Das energische Auftreten der Polizei in Gösgen mit dem Ziel der Abschreckung lasse sich rechtfertigen. (sehr 5)

(56) 7. Juli 1977: Das Energieforum Nordwestschweiz verurteilt entschieden den Rechtsbruch der versuchten Besetzungen beim Kernkraftwerk Gösgen. Es ruft alle Bevölkerungskreise zur sachlichen Diskussion auf. (3)

(57) 8. Juli. Der Bundesrat orientiert Vertreter der interessierten Kantone über das neue Alarmkonzept im Umkreis von Kernkraftwerken. Die betreffenden Kantonsregierungen sollen dazu bis Ende September 1977 Stellung nehmen. (2-3)

(58) Der Forschungsreaktor Diorit des Eidg. Instituts für Reaktorforschung, Würenlingen, wird nach 17 Jahren Betrieb stillgelegt. (2-3)
(59) 11. Juli: Die drei im Vorarlberger Landtag vertretenen Parteien sprechen sich anlässlich einer Debatte erneut gegen ein Kernkraftwerk in Rüthi aus. (5)

(60) 59 Theologen aus dem Kanton Bern schreiben in einem Brief an Bundesrat Ritschard, hinter den Demonstrationen in Gösgen stehe ein "tiefes persönliches Ringen überzeugter und suchender Christen"; sie kritisieren den Polizeieinsatz in Gösgen und fordern ein vierjähriges Moratorium im Bau von Kernkraftwerken. (5-4)

(61) Die kirchliche Aktionsgemeinschaft (rund 100 bernische Pfarrer und aktive Laien) distanzieren sich von der vorstehenden Erklärung ihrer Kollegen. (5)

(62) 12. Juli: Der Regierungsrat von Basel Land beschliesst zuhanden des Landrats, die kantonale Atomschutz-Initiative sei wegen Bundesrechtswidrigkeit als unzulässig zu erklären. (3-2)

(63) 24 Stimmberechtigte des Kantons Basel Stadt erheben staatsrechtliche Beschwerde gegen das Ergebnis der Abstimmung über die Atomschutzinitiative vom 12.6.77, weil diese von den Stimmbürgern angenommene Initiative bundesrechtswidrig sei. (4)

(64) Der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) schreibt in seinem Jahresbericht, er finanziere seit 1975 ein Forschungsprogramm für Energiesparen. Es seien u.a. originelle Lösungen für den Transport von Wärme aus Kernkraftwerken über grosse Distanzen möglich. (5)

(65) 14. Juli: Die Aktion "Pro Niederamt" verlangt, die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen dürfe nicht erteilt werden, bevor das Atommüll-Problem gelöst sei und bevor Katastrophenpläne bekanntgegeben wurden. (10)

(66) 19. Juli: Der Regierungsrat des Kantons Solothurn nimmt in einem Schreiben zuhanden der Gemeinde Obergösgen Stellung zur Sicherheit des Kernkraftwerks Gösgen. Die Betriebssicherheit sei in der Schweiz durchaus gewährleistet, ebenso der Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen, obwohl deren Eintreten äusserst unwahrscheinlich sei. (5-4)

(67) 20. Juli: Zürcher, Basler und Berner Theologiestudenten verlangen vom Schweiz. Evangelischen Kirchenbund und von den Kantonalkirchen eine Stellungnahme zur Forderung nach einem vierjährigen Baustopp für Atomanlagen. (3)

(68) 30./31. Juli: Etwa 30000 A-Werkgegner (auch Ausländer, darunter Schweizer) fuhren am Standort des sich im Bau befindlichen französischen Brüters "SuperPh6nix" in Creys-Malville eine verbotene Demonstration durch und versuchen, das Gelände zu besetzen. Die Polizei verhindert trotz Gewaltanwendung von Demonstranten eine Besetzung und nimmt 9 Verhaftungen vor, davon zwei Schweizer. (2, auch vor dem Ereignis)

(69) 2. August: Die Organisatoren eines sogenannten Graben-Festes (26. - 28.8. veröffentlichen ihr Programm, das in der Umgebung des geplanten Standorts des Kernkraftwerks Graben ablaufen soll. (3-2)

(70) Gründung der Aktion gegen Atomenergiegegner (AGA), die eine kleinere Gruppe von Privatpersonen, vorläufig ohne prominente Politiker, umfasst. Sie will sich für den Schutz des Rechtsstaats und für eine auf wirklich demokratische Weise geführte Energiediskussion einsetzen. Sie ist überzeugt, dass für eine zukünftige Energieversorgung die Anwendung der Kernenergie zum Abbau der übermässigen Abhängigkeit vom Öl unumgänglich ist. Präsident: Dr. A. Bretscher, Sekundarschullehrer, Bern. (5)

(71) 3. August: Creys-Malville-Demonstranten verüben ein Attentat gegen das französische Generalkonsulat in Genf. (10)

(72) 5. August: Der Stadtrat von Olten protestiert in einem Schreiben an das Schweizerische Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Gösgen gegen dessen Illoyalität: trotz dem Entgegenkommen der Behörden und der Polizei habe es das Komitee bei keiner ihrer vielen Versammlungen und Demonstrationen für nötig gehalten, eine Bewilligung dafür einzuholen. (3-2)

(73) 6. August: Aufgebrachte Oltener Bürger wenden sich gegen eine polizeilich nicht bewilligte Demonstration des Schweizerischen Aktionskomitees gegen das Atomkraftwerk Gösgen. (3-2)

(74) 7. August 1977: Ein französisches Gericht verurteilt acht A-Werkgegner, die bei den Demonstrationen bei Creys-Malville (vgl. 30./31. Juli) verhaftet worden waren. Einer der beiden Schweizer wird freigesprochen. (3)

(75) 8. August: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement veröffentlicht einen Zwischenbericht über den Unfall von 1969 im Versuchs-Kernkraftwerk Lucens. (2)

(76) 9. August: Das "Demokratische Manifest" fordert vom Eidg. Politischen Departement, es solle sich für die Freilassung des Schweizers einsetzen, der nach den Demonstrationen bei Creys-Malville verhaftet (vgl. 30./31. Juli und 7. August) und von einem französischen Gericht verurteilt worden war. (3) Die Schweiz. Menschenrechtskommission erklärt, der Prozess sei eine Farce gewesen. (7)

(77) 15. August: Die Eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) veröffentlicht zwei weitere Studien: Nr. 13 (Ausmass und Bedeutung der noch ungenutzten Schweizer Wasserkräfte) und Nr. 16 (Gibt es einen schweizerischen Energiekonsens ? Protokolle der Hearings der GEK mit Organisationen, Parteien, Wirtschaftverbänden. (2)

(78) Eine "Vollversammlung" von etwa 300 Personen des Schweizerischen Aktionskomitees gegen das Atomkraftwerk Gösgen in Olten beschliesst, vorläufig keine Besetzung des Geländes mehr zu versuchen. (3)

(79) 17. August: Eine Konferenz von 19.Gemeindepräsidenten des Oberaargaus spricht sich skeptisch über das bevorstehende "Grabenfest" der A-Werkgegner aus. Es werde auch ohne Gewalttätigkeiten kein Anlass sein, der mit Freude erwartet werde. Die Gemeindeversammlung von Berken (Territorium des Anlasses) lehne diesen ihr aufgezwungenen Anlass klar ab. (3)

(80) Der Bundesrat verschiebt die für diesen Tag vorgesehene Verabschiedung der Ergänzung des Atomgesetzes sowie den Entscheid über die "Atom-Initiative". (2)

(81) 18. August: Die Bernischen Kraftwerke AG legen vor der Presse ihren Standpunkt zum "Grabenfest" der A-Werkgegner dar. Sie würden keinerlei Verletzung ihres Eigentums dulden. (3)

(82) Bundesrat Ritschard empfängt eine Delegation des Vereins "Grabenfest" und der GAG (Gewaltfreie Aktion Graben). Er habe der Delegation gesagt, nach Meinung des Bundesrates sollten keine weiteren Bewilligungen für A-Werke erteilt werden, bevor die Abstimmung über die "Atom-Initiative" erfolgt sei. (5-4)

(83) In Zürich wird ein Teil der Aushangplakate des "Tages-Anzeigers" durch eine Fälschung ersetzt, auf der "AKW-Unfall bei Lyon: 150 Tote" zu lesen war. (5)

(84) 22. August: Die sogenannte Dezentrale (Vereinigung für dezentralisiert-selbstverwaltete Gesellschaft, Pruntrut) behauptet vor der Presse, es seien unrechtmässig A-Werkbewilligungen erteilt worden (3-2)

(85) Vertreter der Regierungen von Basel Stadt und Basel Land stellen ein "Energieleitbild" beider Basel vor. Es sieht einen Ausbau der Fernheizung dar. Die bevorzugte unter verschiedenenen Varianten lässt den Fernwärmebezug aus einem Kernkraftwerk in Kaiseraugst offen. (10, 7)

(86) 22./23. August: Eine Kommission des Nationalrats veranstaltet nicht öffentliche Hearings mit 32 Experten über Kernkraftwerksfragen im Hinblick auf eine parlamentarische Einzelinitiative, die ein Moratorium für den Bau von A-Werken fordert. (2)

(87) 23. August: Die Generalversammlung 1977 der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie findet mit der Präsidialansprache von Prof. Dr. W. Winkler und einem Vortrag von G. Vendryès, Delegierter des Commissariat à l'énergie atomique, Frankreich, in Presse, Radio und Fernsehen ein grosses Echo. (1)

(88) Im Bundeshaus wird eine Petition mit 911315 Unterschriften für einen A-Werk-Baustopp eingereicht. (2)

(89) 24. August: Der Bundesrat trifft die eine Woche zuvor verschobenen Entscheide. Er empfiehlt die "Atom-Initiative" zur Verwerfung. Im Rahmen der Ergänzung (Teilrevision) des Atomgesetzes sieht er u.a. vor, es sei eine "Rahmenbewilligung" zu erteilen, und zwar vom Bundesrat (nicht mehr vom EVED), ein Bedürfnisnachweis beim Bau neuer A-Werke zu erbringen und die A-Werkbetreiber hätten weitgehend die Verantwortung für die Beseitigung der radioaktiven Abfälle zu übernehmen. Bundesrat Ritschard sieht sich anlässlich dieser Presseorientierung veranlasst, scharf gegen polemische und unwahre Pressemeldungen Stellung zu nehmen, welche die A-Müllbeseitigungs-Regelung betrafen und den Bundesrat beschuldigten, er lasse sich von der Lobby der Elektrizitätswirtschaft unter Druck setzen. (2)

(90) 25. August: Die Vorschläge des Bundesrats zur Ergänzung des Atomgesetzes stossen in den interessierten Kreisen mehrheitlich auf Zustimmung. Unter den kritischen Stimmen findet man solche aus dem Lager der A-Werkgegner, die ein Referendum nicht ausschliessen, wenn nach der parlamentarischen Beratung gewisse Bestimmungen nicht annehmbar wären (Expropriationsrecht bei der Erstellung von Endlagern z.B.). (3)

(91) Repräsentative Meinungsumfrage zum Kernkraftwerk Gösgen im Solothurner Niederamt: 72 Prozent der Bevölkerung befürworten danach die Inbetriebnahme des Werks. Durch die Demonstrationen vom Juni/Juli 1977 seien die Meinungen von 83 Prozent der Befragten nicht geändert worden. (10)

(92) 26. August 1977: Der Bernische Regierungsrat auf eine parlamentarische Anfrage: für rund 60 % der Bevölkerung im Umkreis von 10 km um das Kernkraftwerk Mühleberg seien Schutzraumplätze vorhanden. Es bestehe eine Alarmorganisation, die möglichst rasch im Sinne des vom Bundesrat im Juli 1977 vorgelegten Konzepts ausgebaut werden solle. (5)

(93) 26.-28. August: Das "Grabenfest" der A-Werkgegner wird ohne Gewalttätigkeiten durchgeführt. Teilnehmerzahl ca. 6000. (1, auch lange Zeit vor dem Anlass)

(94) 27. August: 8 - 10'000 Personen demonstrieren auf dem Bundesplatz in Bern für einen vierjährigen Baustopp im Kernkraftwerksbau. (2)

(95) 29. August: Bundesrat Ritschard spricht in Schönbühl anlässlich der Eröffnung einer Wanderausstellung über Sonnenenergie. Er warnt davor, Hoffnungen zu wecken, wo keine sind, und etwa Sonnenenergie gegen Kernenergie auszuspielen. Ohne A-Werke werde es kaum möglich sein, unseren Energiebedarf zu decken. (3-2)

(96) 31. August: Am 24.8.77 verurteilte das Bezirksgericht Rheinfelden (das s.Z. die Fälle niedergeschlagen hatte und dann vom Aargauer Obergericht zu einer Urteilsfällung angehalten wurde) 5 Angeklagte wegen der Besetzung des Geländes des Kernkraftwerks Kaiseraugst im Frühling 1975 zu Bussen von 700 - 900 Franken. Der Staatsanwalt wird wahrscheinlich beim Obergericht Berufung mit Antrag auf Bussenerhöhung einlegen. (5)

(97) 2. September: Der Solothurner Regierungsrat stimmt in einem Brief an das Eidg. Amt für Energiewirtschaft der Erteilung der Inbetriebnahme-Bewilligung an das Kernkraftwerk Gösgen zu. (10)

(98) 7. September: Der Bundesrat entscheidet, dass den Beschwerden gegen die zweite Teilbaubewilligung des Kernkraftwerks Leibstadt keine aufschiebende Wirkung zukomme. (3)

(99) 9. September: Das Komitee für die Neuenburger Anti-A-Energie-Initiative beschliesst, gegen den Beschluss des Grossen Rates beim Bundesgericht Rekurs einzulegen, der auf die Initiative aus juristischen Gründen nicht eingetreten war. (7)

(100) 12. September: Die Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) veröffentlicht zwei weitere Studien(Nr. 17 und 18).Die eine befasst sich mit den bestehenden schweizerischen Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Energiesektor, die andere mit der Methangaserzeugu4g aus Mist und Jauche. (3)

(101) 14. September: Der Bundesrat verneint in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage die Behauptung, beim Unfall im Versuchs-A-Werk Lucens sei eine glühende Masse in den Untergrund eingedrungen. (3)

Schweizer Kernenergiechronik vom 14. September bis 27. Oktober 1977 (Ulrich Beck)

(102) 14. September: Energie de 1'Ouest-Suisse, Compagnie vaudoise d'électricité und Bernische Kraftwerke AG unterbreiten am 12.9.1977 den Behörden des Bezirks Moudon und von Lucens ein Projekt für ein Brennelement-Zwischenlager im ehemaligen Versuchskernkraftwerk Lucens. (5,6)

(103) Die Regierung von Basel Stadt erklärt auf eine parlamentarische Anfrage, die Climod-Studie (meteorologische Auswirkungen von A-Werken in der Region Hochrhein/Oberrhein) sollte Ende 1978 vorliegen. (9)

(104) 18. September: Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) heisst ein Energiekonzept der SPS-Expertenkommission gut, das u.a. die Forderung nach einem Baustopp von 4 Jahren für Kernkraftwerke enthält und den weiteren Ausbau der Elektrizitätsversorgung durch Atomenergie als grundsätzlich nicht empfehlenswert betrachtet. (3)

(105) 19. September: Experten der Eidg. Kommission Meteorologie des schweizerischen Gebietes Hochrhein/Oberrhein treffen sich mit Vertretern der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst und des Nordwestschweizerischen Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke (GAK und NWA). (10)

(106) Das schweizerische Initiativkomitee der "Atom-Initiative" beschliesst, die Initiative vollumfänglich aufrechtzuerhalten.

(107) 21. September: Am 9. September beschloss der Zentralvorstand der Ge werkschaft Textil Chemie Papier, einen Baustopp für Kernkraftwerke zu unterstützen. (9)

(108) 23. September: Das Bundesgericht legt seine schriftliche Begründung für seinen Entscheid vom 23. März (siehe Chronik S. 5, SVA-Bulletin Nr. 7/ 1977) vor, mit dem die Kompetenz des Kantons Genf betreffend die Umzonung des für das geplante Kernkraftwerk Verbois benötigten Terrains bestätigt worden war. (3)

(109) 26. September 1977: Der Generalstabschef der Schweizer Armee erklärt in einem Zeitungsinterview, Kernkraftwerke hätten keine besonderen militärischen Konsequenzen. (3)

(110) 29. September: Eine sich "Groupe de Bellerive" nennende Gruppe von Westschweizer und ausländischen Persönlichkeiten (mit zwei Ausnahmen keine Fachleute für Energiefragen) warnen vor der "Plutoniumwirtschaft". (5,6)

(111) 30. September: Prof. Cl. Zangger legt an der Generalkonferenz der IAEO in Wien die Schweizer Prinzipien der zivilen Kernenergiepolitik dar. (3)

(112) Die Regierung des Kantons Luzern nimmt Stellung zum Projekt eines Kernkraftwerks in Inwil und befürwortet es unter bestimmten Bedingungen. (3 - 2)

(113) 3. Oktober: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Solange in der Schweiz keine Endlagerplätze eingerichtet werden können, verbleibe nur die Versenkung ins Meer. Dabei sei der Schutz von Menschen und Umwelt gewährleistet. (3)

(114) (3. Oktober) In Lucens wird ein Aktionskomitee gebildet, das sich gegen das Projekt eines Zwischenlagers für Brennelemente wendet (siehe oben, 14. Septemb er). (5, 7)

(115) 6. Oktober: Bundesrat Ritschard hinterlegt an der Ministerkonferenz der Internationalen Energie-Agentur in Paris eine Stellungnahme zum 12-Punkte Programm der Konferenz. (3 - 4)

(116) 10. Oktober: Rund 40 A-Werkgegner besetzen für ca. 1 Stunde die Zufahrtsstrasse zum Kernkraftwerk Gösgen. (3)

(117) 12. Oktober: Die Regierung von Basel Stadt weist Vorwürfe von 2 Interpellanten zurück, es seien Gösgen-Demonstranten bewusst kriminalisiert worden. (10)

(118) 14. Oktober: Der Gemeindepräsident von Lucens gibt bekannt, er habe anonyme Briefe von Gegnern des Projekts für ein Zwischenlager für Brennelemente erhalten (siehe oben, 3. Oktober). (5, 7)

(119) 16. Oktober: Bundesrat Ritschard leitet mit einem Appell eine nationale Energiesparkampagne ein. (2)

(120) Der sog. Internationale Arbeitskreis für ökologische Politik äussert sich zu energiewirtschaftlichen Fragen. (5 - 4)

(121) 24. Oktober: Bundesrat Ritschard empfängt eine Parlamentarier-Gruppe des Kantons Basel Stadt zur Besprechung der Konsequenzen der Abstimmung über die Basler Atomschutzinitiative vom Juni 1977. Er habe u.a. erklärt, Basel sei nicht die Schweiz, und für ihn sei das Atommüll-Problem gelöst. (10)

(122) In der Presse werden aufsehenerregende Feststellungen veröffentlicht, die der zukünftige Chef des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft an einer Tagung des Standesrings der Unabhängigen des Kantons St. Gallen am 22. Oktober geäussert haben soll. (2)

(123) 25. Oktober: Der Bundesrat veröffentlicht die Botschaften an die eidgenössischen Räte zur "Atominitiative" und zum "Bundesbeschluss über die Ergänzung des Atomgesetzes". (vgl. 24. August 1977). (1)

(124) 26. Oktober: Das Schweizerische Nationalkomitee der Welt-Energiekonferenz erklärt an einer Pressekonferenz, der Weltenergiebedarf werde weiterhin steigen, zur Substitution von Erdöl seien Erdgas, Kohle und Kernenergie nötig und neue Energiequellen könnten bis Ende des Jahrhunderts nur beschränkt verfügbar gemacht werden. (2)

(125) Der Landesring der Unabhängigen erklärt sich in einer Stellungnahme zur Botschaft zur Ergänzung des Atomgesetzes enttäuscht davon, dass nicht die Bundesversammlung für die Rahmenbewilligung zuständig sein soll. (3)

(126) 27. Oktober: Gründung des Vereins "Schweizerische Aktion Gemeinsinn für Energiesparen" unter dem Patronat von Bundesrat Ritschard. (2)

Schweizer Kernenergiechronik vom 27. Oktober bis 31. Dezember 1977 (Ulrich Beck)

(127) 27. Oktober: Die Regierung des Kantons Bern auf eine parlamentarische Anfrage: Die Beteiligung der Bernischen Kraftwerke AG an einer vom Lehrerverein herausgegebenen Dia-Serie über Kernkraftwerke sei nicht zu beanstanden. (10)
(128) 1. November: Die Schweizerische Informationsstelle für Kernenergie (SIK) lehnt in einer Stellungnahme den Bedürfnisnachweis für den Bau von Kernkraftwerken ab, wie er in der Teilrevision des Atomgesetzes vorgesehen ist. (sehr 5)
(129) 2. November: Die Regierung von Basel-Land in einem Brief an das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement: Vor der Erteilung weiterer nuklearer Bewilligungen müsse für den Raum Basel eine spezifische Alarmorganisation und Notfallplanung vorgesehen werden. (sehr 10)

(130) 3. November 1977: Der Schweiz. Gewerkschaftsbund laut einer Agenturmeldung: Bewilligungen für Kernkraftwerke seien entgegen dem Vorschlag des Bundesrates nicht durch diesen, sondern durch das Parlament zu erteilen. (7)

(131) 7. November: Das Bezirksgericht Rheinfelden begründet schriftlich das milde Urteil für die angeklagten Kaiseraugster Besetzer. Die Bewilligungen seien als nichtig zu betrachten, der Baubeginn sei widerrechtlich erfolgt. (1)

(132) 8. November: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG an einer Pressekonferenz zum Rheinfelder Urteil: Sie habe sich stets an die Vorschriften des Bewilligungsverfahrens gehalten und habe keine Veranlassung, an der rechtmässigen Erteilung der Standortbewilligung zu zweifeln. Sie wolle so rasch als möglich bauen. (1)

(133) 9. November: Die Staatsanwaltschaft des Kantons Aargau legt gegen das Rheinfelder Urteil Berufung ein. (10, 7) (134) 11. November: Der Direktor des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft nimmt Stellung zu fünf "Rechtsverletzungen", die von A-Werkgegnern behauptet wurden. (sehr 10)

(135) 15. November: Der Vertreter der Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) in der Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption, Prof. M. Schär, tritt aus der SGU aus, ebenso aus der Kommission. (4)

(136) 16. November: Der Berner Grosse Rat nimmt ein Postulat entgegen, mit dem eine Wiedereinführung des Instruktionsrechts des Grossen Rates an die Vertreter der Regierung im Verwaltungsrat der Bernischen Kraftwerke AG verlangt wird. (3)

(137) 17. November: Das Schweizerische Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Gösgen erstattet Strafklage gegen die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes beim Bahnhof Däniken anlässlich der A-Werkgegner-Demonstration bei Gösgen vom 2. Juli. (3)

(138) 21. November: Die Regierung von Basel-Stadt auf eine parlamentarische Anfrage: Das Kernkraftwerk Fessenheim (Frankreich) sei ihrer Ansicht nach in die Notfallplanung der Schweiz einzubeziehen. (10)

(139) 23. November: Die verurteilten Besetzer des Kernkraftwerkgeländes von Kaiseraugst (vgl. 131 und 133) legen gegen das Urteil Berufung ein. (sehr 5)

(140) 23. November: Die eidg. Kommission für die Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR) veröffentlicht ihren Jahresbericht 1976. (5)

(141) 25. November: Das Bundesgericht lehnt die Beschwerde einiger Basler Politiker gegen die Atom-Initiative Basel-Stadt ab, die am 12.6.77 von Stimmbürgern angenommen worden war. Diese Abstimmung wird damit als gültig erklärt. (3)

(142) 27. November: Der Grosse Rat des Kantons Genf nimmt eine Motion an, die von der Kantonsregierung verlangt, sie solle den Bundesrat auffordern, bei der französischen Regierung für eine Einstellung der Arbeiten beim Schnellen Brüter von Creys-Malville einzutreten, bis ein zu schaffendes europäisches Gremium das Problem überdacht und diskutiert habe. (7)

(143) 29. November: Orientierungsabend in Lucens zum Projekt eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente im ehemaligen Versuchs-Kernkraftwerk Lucens. (6, 5)

(144) 28. November: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Der Polizeieinsatz bei den Demonstrationen vom Juni und Juli gegen das Kernkraftwerk Gösgen sei zurückhaltend, verhältnismässig und wirkungsvoll gewesen. Es bestehe keine Veranlassung, besondere Massnahmen zu ergreifen (vgl. 137).(3) (145) (29. November) Die Organisationen, die sich vorbehaltlos für die eidg. Atom-Initiative einsetzen, bilden eine "Arbeitsgemeinschaft der eidg. Atominitiative" (AGEA). (sehr 3)

(146) 5. Dezember: Der Bundesrat auf zwei parlamentarische Anfragen: Nach dem geltenden Atomgesetz ist es s.E. nicht möglich, einen totalen Baustopp für Kernkraftwerke zu verfügen und erteilte Bewilligungen zu widerrufen. In der Schweiz seien vorläufig keine Schnellen Brüter geplant. Das Projekt von Creys-Malville betrachte Frankreich als ein internes Problem. Die schweizerischen Sicherheitsbehörden hätten weder Anlass noch die Möglichkeit, sich mit den Sicherheitsfragen von Creys-Malville zu befassen (vgl. 142). (5, 7)

(147) 6. Dezember: Eine konsultative Abstimmung in der Gemeinde Lucens ergibt bei 66 % Stimmbeteiligung die Ablehnung eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente im ehemaligen Versuchs-Kernkraftwerk im Verhältnis 9 : 1. (6, 5)

(148) 9. Dezember: Die Statistik über das hydrologische Jahr 1976/77 zeigt eine Stromverbrauchszunahme in der Schweiz von 5,2 %. Vom gesamten Verbrauch wurden 16,8 % in Kernkraftwerken produziert. (3 - 2)

(149) 12. Dezember: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Seit dem Erlass der Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst seien keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Sicherheit von Kernanlagen bekannt geworden, welche die einstweilige Aufhebung dieser Bewilligung rechtfertigen wurden. (3)

(150) 13. Dezember: A-Werkgegner verüben einen Anschlag auf den Eisenbahnverkehr zwischen Aarau und Olten. (2)

(151) 15. Dezember: Das Energieforum Schweiz konstituiert sich als Verein.(3)

(152) 22. Dezember: Erneuter Anschlag gegen die SBB-Zufahrtslinien zum Kernkraftwerk Gösgen durch "Weitere AKW-Gegner" (so wurde eine bezügliche Mitteilung an die Bevölkerung unterschrieben). (4 - 5)

(153) 27. Dezember: Die Baselbieter Regierung auf eine parlamentarische Anfrage: Es bestanden weder ein genereller noch Einzelaufträge zur Ueberwachung von A-Werkgegnern. (2)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1978 (Ulrich Beck)

(154) 1. Januar: Richtiger Sachverhalt betreffend Meldung Nr. 135 der Chronik (Bulletin 2/1978): Prof. M. Schär trat aus der SGU aus, bleibt aber Mitglied der Eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption.

(155) Fackelzug-Veranstaltungen von A-Werkgegnern bei Gösgen und Leibstadt mit Forderungen nach einem Baustopp mobilisieren rund 900 resp. 1000 Teilnehmer. (2)

(156) 6. Januar: Publitest veröffentlicht Resultate ihrer neuesten Meinungsumfrage. Erstmals sei der Prozentsatz der Befragten, welche die Notwendigkeit von Kernkraftwerken bejahten, kleiner (43%) als derjenigen der Gegner (44%). 52% der Befragten hätten die "Ungewissheit" bei der Lagerung radioaktiver Abfälle als grösste Gefahr bezeichnet. (2)

(157) Die Regierung der BRD antwortet auf eine Anfrage der Bürgerinitiative Waldshut: Es gebe keine Vereinbarung zwischen der BRD und der Schweiz betreffend die Überwachungen der Emissionen aus dem Kernkraftwerk Leibstadt; sie vertraue den schweizerischen Sicherheitsmassnahmen. (10)

(158) 9. Januar: Dr. Peter Bucher ist neuer Geschäftsführer der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie. (2)

(159) 12. Januar: In Washington unterzeichnen die Schweiz und weitere 14 Länder, die Kernkraftwerke und Bestandteile dafür exportieren, Richtlinien für die Sicherung gegen Missbrauch dieser Exportgüter für militärische Zwecke. (3)

(160) 17. Januar: Eine Spezialkommission des Landrats beschliesst gegen den Antrag der Regierung von Basel-Land, die Initiative zum Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken am 26. Mai 1978 zur Abstimmung zu bringen und stellt entsprechend Antrag an den Landrat. (10)

(161) 17. Januar: Eine Delegation der für die Atomgesetz-Revision zuständigen Parlamentskommissionen (Kommission Reiniger)besucht die Wiederaufarbeitungsanlagen im französischen Cap de la Hague. (3)

(162) 19. Januar: Der Direktor des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft in einem Wochenzeitungsinterview: Ein Verfassungsartikel über die Energie sei unerlässlich, dürfte aber nicht vor 1985 vorliegen. (sehr 3)

(163) 19. Januar: Bundesrat Ritschard beantwortet im Nationalrat eine Interpellation betreffend die Beseitigung radioaktiver Abfälle. Es seien Fortschritte erzielt worden, und zudem seien die anfallenden Mengen hoch radioaktiven Abfalls gering. (2)

(164) 20. Januar: Das Energieforum Schweiz spricht sich erneut gegen die eidg. "Atominitiative" aus. (5)

(165) 24. Januar: Die Solothurner Regierung gibt bekannt, die Polizeieinsätze vom Juni/Juli 1977 bei Gösgen hätten rund eine Million Franken gekostet. (3)

(166) 24. Januar: Das Komitee für die eidg. "Atominitiative" bedauert, dass der Bundesrat in seiner Botschaft diese Initiative mit "spitzfindigen juristischen Argumenten" ablehne und die Gefahren beim Betrieb von Atomanlagen herunterspiele. (2)

(167) 25. Januar: Die Regierung des Kantons Basel-Land orientiert den Landrat über seine Massnahmen zur Notfallplanung bei A-Werkunfällen. (sehr 10)

(168) Am 25. Januar und in den folgenden 8-10 Tagen: Der "Absturz" des russischen Satelliten Kosmos 954 und die schweizerischen Massnahmen in einem solchen Fall werden ausführlich gemeldet und kommentiert. (1)

(169) 26. Januar: Die Christliche Volkspartei (CVP) der Schweiz fordert, Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke seien erst zu erteilen, wenn das Problem der Beseitigung der radioaktiven Abfälle gelöst werden könne. (5)

(170) 27. Januar: Der Entscheid des Bundesgerichts vom 22.11.77 betreffend die "Atomschutzinitiative" des Kantons Basel-Stadt wird veröffentlicht. Die Grundsatzfrage, ob solche Initiativen bundesrechtswidrig seien, wird in der Begründung offen gelassen. (5)

(171) 31. Januar 1978: Ständerat Dr. W. Urech (Aarau) wird neuer Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie. (1)
(172) Die Nationalratskommission für Atomfragen beschliesst, dem Plenum den Bundesrat als zuständig für die Erteilung der Rahmenbewilligung für Atomanlagen vorzuschlagen. (2)

(173) 9. Februar1978: Die Mitglieder der Jungen EVP (Evangelische Volkspartei) und des SVEA (Schweiz. Verband evangelischer Arbeitnehmer) sprechen sich gegen den Bau von weiteren Kernkraftwerken aus, da die Schweiz die durch A-Werke produzierte Energie nicht benötige. (sehr 5)

(174) 10. Februar: Die Solothurner Regierung genehmigt ein Konzept für Massnahmen im Falle von Reaktorunfällen. (10)

(175) Die Nationalratskommission für Atomfragen beschliesst, dem Plenum die Lösung der Entsorgungsfrage des radioaktiven Abfalls als Voraussetzung zur Erteilung einer Rahmenbewilligung für Kernkraftwerke vorzuschlagen. (2-3)

(176) Beim Kernkraftwerk Gösgen sind die ersten Brennelemente eingetroffen. Die Inbetriebnahme ist auf Anfang 1980 geplant. (2 - 1)

(177) 11. Februar: Rund 150 A-Werkgegner demonstrieren in Olten gegen Kernkraftwerke und veranstalten eine Vollversammlung: am 25. Februar soll in Basel eine Strassenblockade zum Protest gegen den Transport von Brennelementen nach Gösgen veranstaltet werden, für Ostern sei ein Massenhungerstreik anzusetzen. (2 - 1)

(178) 13. Februar: Die Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (SGK) begründet an einer Pressekonferenz ihr "Überlegtes und begründetes Ja zur Kernenergie". (1)

(179) 14. Februar: (vgl. 166, 24. Januar). Der Bundesrat verwahrt sich gegen die Vorwürfe des Komitees für die eidg. „Atominitiative" und lehnt es ab, seine Botschaft zu diesem Volksbegehren zu ändern. (5, 7)

(180) 15. Februar: Bundesrat Ritschard an einer Pressekonferenz: Der Bundesrat habe das Eidg. Institut für Reaktorforschung (EIR), Würenlingen, beauftragt, bis Ende 1980 ein ausführungsreifes Endlagerungsprojekt für radioaktive Abfälle vorzulegen. Wenn die Schweiz in Frankreich Brennelemente wiederaufarbeiten wolle, so verlange Frankreich eine Erklärung der Schweizer-Regierung, sie werde die entstehenden hochradioaktiven Abfälle nötigenfalls zurücknehmen; hierzu bedürfe es wahrscheinlich eines Staatsvertrags. (2-1)

(181) 21. Februar: Der Zürcher Kantonsrat beschliesst gegen den Antrag von Regierung und vorberatender Kommission, die Zürcher Atomschutzinitiative zur Volksabstimmung zu bringen. (10)

(182) Der St. Galler Grosse Rat lehnt es auf Antrag der Regierung ab, eine Standesinitiative einzureichen, mit der eine unbeschränkte Kausalhaftung bei Atomanlagen verlangt werden sollte. (10)

(183) Der WWF Schweiz (World Wildlife Fund) kritisiert die Teilrevision des Atomgesetzes und fordert vom Bundesrat erneut einen Bewilligungsstopp für Kernkraftwerke (vgl. Chronik Bulletin 10/1977, 23. April). (3)

(184) 22. Februar: Der Direktor des Eidg. Instituts für Reaktorforschung, Würenlingen, bezeichnet die Lagerung von hochradioaktivem Abfall in einem "Weltwoche" Interview als für die kommenden 40 bis 60 Jahre unproblematisch, da die nach 1990 allenfalls in die Schweiz zurückkommenden Glasblöcke ohne weiteres 30 - 50 Jahre lang in oberirdischen, kontrollierten Lagerbauten aufbewahrt werden könnten. (3)

(185) Der Regierungsrat vor dem Grossen Rat des Kantons St. Gallen: Der Bundesrat werde auf ein Standortbewilligungsgesuch für ein Kernkraftwerk in Rüthi vor der Revision des Atomgesetzes nicht eintreten. (10)

(186) Veröffentlichung einer Studie über das Erdbebenrisiko in der Schweiz, veranlasse von der Abteilung für Sicherheit von Kernanlagen (ASK) des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements. (3-2)

(187) Der Bundesrat weist zwei Beschwerden gegen das Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Kaiseraugst ab, lässt dagegen in einem dritten Fall die "Parteistellung" zu, so dass der Beschwerdeführer die Möglichkeit erhält, besondere Gründe nachzuweisen, weshalb er 1972 nicht innert zumutbarer Frist eine gehörige Eröffnung der Standortbewilligung gefordert habe. (3)

(188) 23. Februar: Entgegen dem Antrag der Regierung beschliesst der Landrat des Kantons Basel-Land, die Atomschutz-Initiative dem Volk vorzulegen, ohne materiell darauf einzutreten, d.h. ohne sich über die rechtliche Gültigkeit zu äussern. (10)

(189) 23. Februar: In Basel halten rund 50 A-Werkgegner während einer Stunde einen Lastwagen auf, dessen Fracht aus Brennelementen für das Kernkraftwerk Gösgen besteht und bewerfen ihn mit Farbbeuteln. (3)

(190) 24. Februar: In einem Beschluss des Solothurner Regierungsrats heisst es, wissenschaftliche Gutachter seien zum Schluss gekommen, der Kühlturm des Kernkraftwerks Gösgen gefährde die Umwelt nicht. (10)

(191) 25. Februar 1978: 700 - 800 Demonstranten werden von der Polizei gehindert, die Autobahn an der deutsch/baslerischen Grenze zu blockieren, mit der sie gegen den Transport von Brennelementen durch die Stadt Basel nach dem Kernkraftwerk Gösgen manifestieren wollten. (2)

(192) Der Landesvorstand des Landesrings der Unabhängigen verabschiedet zuhanden eines ausserordentlichen Parteitages ein Energiekonzept. Es brauche u.a. nach Gösgen und Leibstadt für längere Zeit keine neuen Kernkraftwerke; eine Stabilisierung des Energieverbrauchs sei realistisch. (sehr 5 und 7)

(193) 26. Februar: Der Schweiz. Bund für Naturschutz, die Schweiz. Energiestiftung, die Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz, der Schweiz. Verein für Volksgesundheit und der World Wildlife Fund Schweiz kritisieren den Bundesbeschluss über die Ergänzung des Atomgesetzes und treten für die Bundesversammlung als Behörde für die Rahmenbewilligung ein. (sehr 5)

(194) 28. Februar: Der Solothurner Regierungsrat gibt bekannt, am 6. März werde die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen im Bundesblatt erfolgen, und sie werde beim Oberamt Olten/Gösgen aufliegen. Anfangs April würden die Gemeinden über die Katastrophenpläne orientiert. (10)

(195) 6. März: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Die schweizerischen Kernkraftwerke seien genügend gegen Blitzschlag gesichert. (sehr 5 und 7)

(196) 9. März: Die Christlich-demokratische Volkspartei des Kantons Aargau veröffentlicht 7 Thesen zur Energiepolitik. Bezüglich Kernenergie wird u.a. festgestellt, sie sei eine relativ umweltfreundliche Energieform. Sie solle massvoll, den Bedürfnissen entsprechend ausgebaut werden. (10)

(197) 14. März: Die Nationalratskommission für Atomfragen (Kommission Reiniger) schliesst ihre Beratungen ab. Sie beschliesst, dem Nationalrat Ablehnung der "Atominitiative" zu beantragen, die Einzelinitiative Meizoz für ein Kernkraftwerksmoratorium erst später zu behandeln und das Atomgesetz durch eine Reihe von Bestimmungen zu ergänzen, die teilweise vom Vorschlag des Bundesrats abweichen. (2) (vgl. 175, 10. Februar)

(198) 15. März: Die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst und das Nordwestschweiz. Komitee gegen Atomkraftwerke (GAK resp. NWA) wenden sich gegen die geplante Bundessicherheitspolizei. (10)

(199) 16. März: Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke und andere A-Werkgegner-Gruppen und -einzelpersonen reichen beim Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement Beschwerde gegen die Einfuhr und Lagerung von Brennelementen für das Kernkraftwerk Gösgen ein. (5) (200) Anlässlich der Aktionärsversammlung der EOS in Lausanne wird von Linksparteien und A-Werkgegnern eine Demonstration gegen diese Elektrizitätsgesellschaft veranstaltet, die nur wenig Widerhall findet. (6, 5)

(201) 16. März: Die Bundesbehörden planen den Beitritt der Schweiz zum Kernfusionsforschungsprogramm der Euratom. (5, 7)

(202) Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) veröffentlicht einen Entwurf für sein Energiekonzept. (5)

(203) 17. März: Nach Abschluss der Voruntersuchung wird vom Untersuchungsrichter mitgeteilt, gegen sechs anführende Leute der Besetzungsaktion vom 2. Juli 1977 beim Kernkraftwerk Gösgen werde Anklage wegen Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte, eventuell Behinderung einer Amtshandlung erhoben. Dagegen wird die von A-Werkgegnern eingereichte Klage gegen die Polizei abgewiesen. (4-5)

(204) 18. März: Der Landesring der Unabhängigen (LdU) verabschiedet sein "Konzept einer humanen Energiepolitik". Es fordert u.a. eine bessere Nutzung der Energie, mehr Mitsprache der Bevölkerung und den Verzicht auf Planung und Bau weiterer Kernkraftwerke nach Leibstadt sowie eine Energiesteuer. (4-5)
(205) 24. - 27. März: A-Werkgegner veranstalten in Aarau ein 72-stündiges Fasten, das sie als Hungerstreik bezeichnen. 470 Personen nehmen daran in eigens dafür aufgestellten, geheizten Zelten teil. (1, auch vorher und nachher)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1978 (Ulrich Beck)

(206) 6. April: Ablauf der Einsprachefrist gegen das Gesuch um Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen. Es sind über 100 Einsprachen zu verzeichnen (3), u.a. auch eine solche des Gemeinderats von Niedergösgen (10).

(207) Zehn Baselbieter Politiker reichen gegen die Atomschutzinitiative Basel-Land beim Bundesgericht Beschwerde ein, da die Initiative gegen das Bundesrecht verstosse. (10)

(208) 10. April: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) tritt nicht auf eine Beschwerde gegen die Bewilligung zum Transport von neuen Brennelementen für das Kernkraftwerk Gösgen ein. (sehr 5)

(209) 12. April: An einer Pressekonferenz in Baden wird das Fernwärmeprojekt Transwaal vorgestellt, dessen Wärmeversorgung sich vorwiegend auf die Kernkraftwerke Beznau-I und -II stützen würde. (10)

(210) Die Solothurner Regierung veröffentlicht ihr Alarmkonzept für den Fall eines Reaktorunfalls mit Freisetzung von radioaktiven Stoffen im Kernkraftwerk Gösgen. (10)

(211) 13. April 1978: Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft und Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) legen ihr Konzept "Die nukleare Entsorgung in der Schweiz" an einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. (2)

(212) Das Bundesgericht in Lausanne lehnt es ab, der von Baselbieter Politikern eingereichten staatsrechtlichen Beschwerde zur Atominitiative Basel-Land aufschiebende Wirkung zu erteilen. (10)

(213) 20. April: Der Nationalrat verabschiedet als Prioritätsrat die Teilrevision des Atomgesetzes, verwirft die eidgenössische "Atominitiative" ohne Gegenvorschlag und verlangt vom Bundesrat innert Jahresfrist Anträge zu einer völker- und landesrechtlichen Regelung der Versicherung und Haftung im Zusammenhang mit Atomschäden. (1, Kommentare 1,auch vorher und nachher)

(214) Nächtliche Gewehrschüsse auf zwei Angehörige der Betriebswache beim Kernkraftwerk Gösgen-Däniken. Es gab keine Verletzungen, und die Fahndung blieb erfolglos. (3)

(215) 26. April: Die Einwohnergemeindeversammlung Dulliken lehnt eine Motion von A-Werkgegnern ab, mit der diese verschiedene Begehren gestellt hatten, wie z.B. die Vorlage und Erprobung von Katastrophenplänen. (10)

(216) 28. April: Das Komitee der eidgenössischen "Atominitiative" will diese nicht zurückziehen, da bei der durch den Nationalrat beschlossenen Teilrevision des Atomgesetzes wesentliche Punkte der Initiative nicht berücksichtigt worden seien. (3 - 2)

(217) 15. Mai: Der Parteitag der Partei der Arbeit beschliesst mit 68 gegen 27 Stimmen eine eindeutig ablehnende Haltung gegenüber der friedlichen Nutzung der Atomenergie, im Gegensatz zur Parteiführung und zu einem vor vier Jahren gefassten Entscheid zugunsten der Kernenergie. (5,6)

(218) Ein Pfingstmarsch der A-Werkgegner vereinigt beim ehemaligen Versuchskernkraftwerk Lucens 3000 - 4000 Personen, die sich in einer Resolution gegen die Teilrevision des Atomgesetzes und gegen die Bundespolizei richten und einen vierjährigen Bau- und Bewilligungsstopp für Kernkraftwerke sowie Lagerstätten für radioaktiven Abfall fordern. (6,3 auch schon lange vor dem Anlass).

(219) Am Pfingstsamstag finden in verschiedenen Städten, wie Baden und Bern, Anti-A-Werk-Demonstrationen statt. (10)

(220) 16. Mai: Eine vom aargauischen Baudepartement veranlasste Untersuchung wird veröffentlicht, aus der zu entnehmen ist, dass die Abgabe des erwärmten Kühlwassers aus den Kernkraftwerken Beznau keinen Einfluss auf die Bodenfauna des Aareflussbettes habe. (5)

(221) 17. Mai: Der Bundesrat erlässt eine neue Verordnung über Begriffsbestimmungen auf dem Gebiet der Atomenergie, welche durch den Beitritt zum Atomsperrvertrag und gemäss den Richtlinien des "Londoner Clubs" nötig wurde. (3)

(222) 21. Mai: Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz beschliesst ein neues Energiekonzept. Darin wird u.a. ein Bau- und Bewilligungsstopp für alle nicht schon im Betrieb stehenden Kernkraftwerke verlangt. Der Parteitag spricht sich auch für die Unterstützung der eidgenössischen "Atominitiative" aus. (2)

(223) 24. Mai: Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, drei Abkommen mit der Europäischen Atomgemeinschaft über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der kontrollierten Kernfusion und der Plasmaphysik zuzustimmen. (3)

(224) 25. Mai: Die vorberatende Kommission des Ständerates empfiehlt die Ablehnung der "Atominitiative". Sie schliesst sich bei der Teilrevision des Atomgesetzes dem Nationalrat mit vier Differenzen an. (3 - 2)

(225) Bekanntmachung eines am 7.4.78 vom Präsidenten des Bundesgerichts gefassten Entscheides, wonach einer staatsrechtlichen Beschwerde aufschiebende Wirkung erteilt worden ist, mit der die Zulässigkeit der Zürcher Atomschutzinitiative angefochten wurde. (5)

(226) 28. Mai: Die Stimmbürger des Kantons Basel-Land sprechen sich im Verhältnis von ca. 2 : 1 für die kantonale Atomschutz-Initiative aus. (10, 3)

(227) 1. Juni: Im Winterhalbjahr 1977/78 hat der Stromverbrauch gegenüber 1976/77 um 4% zugenommen. 22% der erzeugten 20,8 Mia kWh wurden von den Kernkraftwerken produziert. (5)

(228) 2. Juni: Der Schweizerische Energie-Konsumenten-Verband spricht sich gegen einen Energieartikel in der Bundesverfassung aus. Er stellt u.a. fest, dass die Produktionskosten für Strom aus den bestehenden Kernkraftwerken unter denjenigen neuer Wasserkraftwerke liege. (5)

(229) Der Bundesrat erklärt zu einem nationalrätlichen Postulat, er sei bereit, die Einführung einer Energiesteuer zu prüfen. (5)

(230) 3. Juni 1978: Die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Waadt spricht sich für einen Baustopp für Kernkraftwerke aus.(5, 7)

(231) 5. Juni: Die Internationale Energieagentur in Paris wirft der Schweiz mangelnden Schwung zur Erreichung der Energiesparziele vor. (4,6)

(232) 7. Juni: In Wettingen wird eine "Aktion für eine vernünftige Energiepolitik" gegründet, die sich als neutraler Vermittler resp. Gegengewicht, wo dieses fehlt, zu A-Werkgegnern versteht. (10)

(233) In Holland werden vor der Verschiffung zur Meerversenkung 5 von 1173 aus der Schweiz stammenden Fässer mit schwach radioaktivem Inhalt festgestellt, die leck sind. Es bestand wegen der sehr geringen Aktivität indessen keine Strahlengefahr. (5)

(234) Eine italienische Regierungskommission erklärt, der von der Schweiz in Betracht gezogene Standort für ein Endlager für radioaktive Abfälle im Val Canaria könnte italienische Gewässer gefährden..(3)

(235) 10. Juni: In Bex finden Veranstaltungen gegen die Errichtung von Endlagern für radioaktive Abfälle statt. (6)

(236) 13. Juni: Der Ständerat verabschiedet die Ergänzung des Atomgesetzes mit 33 : 0 Stimmen und lehnt die eidgenössische Atominitiative mit 27 : 1 Stimmen ab. (1)

(237) 14. Juni: Die Eidg. Kommission für Strahlenschutz stellt anlässlich ihrer ordentlichen Plenarsitzung fest, Kernkraftwerke könnten bei der Einhaltung der heutigen Strahlenschutzgesetzgebung verantwortet werden, eingeschlossen Transport und Entsorgung. (5)

(238) 21. Juni: Die Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (ASK) des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft an die Solothurner Regierung: Das Schweizer Notfallkonzept werde international als Musterbeispiel angesehen. Die Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerks Gösgen sei bestmöglich geschützt. (10, 5)

(239) 23. Juni: Die Schweizerische Energiestiftung (SES) lehnt die ständerätliche Fassung der Ergänzung des Atomgesetzes ab. (5)

(240) 24. Juni: Rund 200 Personen, wovon nur wenige Einheimische, fassen an einem Anti-A-Werkfest in Inwil eine Resolution gegen den Bau von A-Werken, speziell gegen ein solches in Inwil. (5)

(241) 26. Juni: Im hydrologischen Jahr von Oktober 1976 bis September 1977 hat der Stromverbrauch in der Schweiz um 5,2% zugenommen. Die Kernkraftwerke produzierten 16,8% des total erzeugten Stroms. (3-2)

(242) 27. Juni: Veröffentlichung der ab 1.7.78 gültigen "Verordnung der Begriffsbestimmungen und Bewilligungen im Gebiete der Atomenergie" vom 17.5.78. (3)

(243) 28. Juni: Der Bundesrat beschliesst, die Abstimmung über die Atominitiative nicht im Dezember 1978 durchzufahren, sondern frühestens am 18. Februar 1979. (2)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1978 (Ulrich Beck)

(244) 29. Juni: Der Grosse Rat des Kantons Genf fast eine Resolution zuhanden des Bundesrats, in der u.a. die Souveränität der Kantone für die Bewilligung des Baues von Kernkraftwerken und von Lagern für radioaktive Abfälle gefordert wird. (7)

(245) 1. Juli: Der Parteivorstand der POCH beschliesst, alle Bestrebungen für ein Referendum gegen die Ergänzung des Atomgesetzes zu unterstützen. (sehr 3)

(246) Sprengstoffanschlag in der Firma Sécheron (Genf) auf einen für das Kernkraftwerk Leibstadt bestimmten Transformator (6, 5-4)

(247) 3. Juli: Der 4. Nationale Kongress der RML verlangt den Verzicht auf alle Atomanlagen und lehnt die Ergänzung des Atomgesetzes ab. (sehr 3)

(248) Der Geschäftsbericht 1977 des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke meldet eine Zunahme des Stromverbrauchs für das Jahr 1977 von 5,2 Die Erzeugung aus den Kernkraftwerken hat um 2,4 % zugenommen. (3 - 2)

(249) 5. Juli: Das Bundesgericht erklärt die Neuenburger Atominitiative für gültig. (6, 5)

(250) 7. Juli: Die Regierung von Basel--Stadt veröffentlicht ihren Entwurf zum Atomschutzgesetz, das sie aufgrund der Annahme der kantonalen Atominitiative durch das Volk vorzubereiten hat. (10, 3)

(251) 31. Juli: Der Bundesrat veröffentlicht eine Botschaft zuhanden der eidg. Räte über die Zusammenarbeit mit der EURATOM auf dem Gebiete der kontrollierten Kernfusion (JET-Projekt) und der Plasmaphysik. (2 - 1)

(252) 3. August 1978: Ablehnung einer Programmbeschwerde resp. Konzessionsverletzungsbeschwerde der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie in zweiter Instanz durch den Generaldirektor der Schweiz. Rundspruchgesellschaft betreffend eine Fernsehsendung über das projektierte Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente in Lucens im CH-Magazin. (2-1)

(253) 8. August: Anlässlich des 6. Brennelementwechsels im Kernkraftwerk Mühleberg wird u.a. festgestellt, dass dieses A-Werk mit 82,1 % Arbeitsauslastung an der Spitze aller Siedewasserkernkraftwerke der Welt stehe. (2-3)

(254) 16. August: Der Aargauer Regierungsrat auf eine Interpellation: Die Regierung lehnt es ab, die Beteiligung des Kantons von 5 % am Aktienkapital des Kernkraftwerks Kaiseraugst abzustossen. (10)

(255) 22. August: Anlässlich der Generalversammlung der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie spricht Bundespräsident W. Ritschard über energiepolitische Tagesfragen. Dabei bemerkt er u.a., die Schweiz dürfe ihre Energiepolitik nicht auf die Alternative "Atomenergie ja oder nein" drängen lassen. Er spricht sich erneut gegen die Atominitiative aus. (1)

(256) 23. August: Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke anlässlich einer Pressekonferenz: Ein anfälliges zukünftiges Strommanko als Folge der Verzögerungen im Kernkraftwerksbau wäre denen zuzuschreiben, welche diese Verspätung verursachen; die Atominitiative müsse im Interesse der ganzen Volkswirtschaft eindeutig verworfen werden. (2 - 3)

(257) Laut einer repräsentativen Meinungsumfrage in den Gemeinden der Region um das Kernkraftwerk Leibstadt sind 67 % der Befragten der Meinung, die Schweiz benötige für die Sicherung der Energieversorgung Kernkraftwerke. 83 % hegen keine Befürchtungen wegen des Betriebes des Kernkraftwerks Leibstadt. (sehr 3)

(258) Der Bundesrat genehmigt das Abkommen der Schweiz mit der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien (IAEO) über die Anwendung von Sicherungsmassnahmen im Rahmen des Atomsperrvertrags. (sehr 3)

(259) 24. August: Die Initianten der eidg. Atominitiative gelangen in einem Brief an alle Gemeinden, um sie vor den die Gemeinden tangierenden Bestimmungen der Ergänzung des Atomgesetzes zu warnen. (2 - 3)

(260) 25. August: An der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke sagte der Direktor des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft, Dr. E. Kiener, u.a., der Schlussbericht der Eidg. Kommission für die Gesamt energiekonzeption (GEK) sehe den Bau und Betrieb neuer Kernkraftwerke vor. (3-2)

(261) 28. August: Die Schweizerische Informationsstelle für Kernenergie (SIK) eröffnet mit drei identischen Ausstellungen in Biel, Glarus und Schwyz eine Serie von Wanderausstellungen über die Kernenergie, die in den nächsten Monaten eine grosse Zahl von Gemeinden im ganzen Land berühren wird. (jeweils 9, 10)

(262) 29. August: Die Nationalratskommission für die Ergänzung des Atomgesetzes berät die Differenzen zum Ständerat und hält in vier wichtigen Punkten an seinen Beschlüssen fest. (2 - 3)

(263) 2. September: Die Landesdelegiertenversammlung der Gewerkschaft Bau und Holz fordert einen vierjährigen Baustopp für die Kernkraftwerke, die noch nicht im Bau sind. (sehr 3)

(264) 4. September: Der Schaffhauser Grosse Rat beschliesst einen Gegenvorschlag zur kantonalen Atomschutzinitiative. (10, sonst 5)

(265) Rund um das Kernkraftwerk Gösgen wird ein Alarmtest durchgeführt. (10)

(266) 7. September: Der Bundesrat veröffentlicht seine Botschaft an die eidgenössischen Räte, mit der er die Ratifizierung des Übereinkommens vom 30.8.75 zur Verhütung der Verschmutzung der Meere infolge Versenkens von Abfällen beantragt. (3)

(267) Der Bundesrat in Beantwortung einer Interpellation aus dem Nationalrat: In der Schweiz seien bis jetzt noch keine nutzbaren Uranvorkommen gefunden worden. (sehr 3)

(268) 14. September: Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Schweiz und der EURATOM über die Fusionsforschung (vgl. Nr. 251, 31. Juli). (3 - 2)

(269) 16. September: Gründung einer "Grünen Aktion Zukunft Schweiz" als Volksbewegung für Umweltschutz. Sie fordert u.a. den generellen Stopp für den Bau weiterer Kernkraftwerke. (sehr 3)

(270) Die Junge CVP der Schweiz unterbreitet ihrer Mutterpartei Thesen, in denen u.a. ein Verzicht auf den weiteren Ausbau der Kernenergie gefordert wird. (sehr 3)

(271) 17. September: Die schweizerischen Bischöfe äussern sich in einem Hirtenbrief zum Thema "Energie und Lebensstil". Ohne die Atomenergie zu erwähnen, wenden sich die Bischöfe gegen Verschwendung, Gewaltanwendung, Massenkundgebungen und kostspielige Werbefeldzüge.

(272) 18. September 1978: Der Nationalrat behandelt die Differenzen zum Ständerat bei der Ergänzung des Atomgesetzes. Bei vier Punkten hält er an seinen Beschlüssen fest. (1)

(273) Der Schweiz. Elektrotechnische Verein veröffentlicht das Ergebnis einer Umfrage unter seinen Mitgliedern: 90 % sind der Ansicht, eine befriedigende Energieversorgung in den kommenden 50 Jahren sei nur mit Kohle und Kernenergie möglich. (3)

(274) Etwa 30 Manifestanten demonstrieren am Comptoir Suisse in Lausanne gegen die Kernenergie und beschädigen einen Informationsstand der OFEL. (7)

(275) 20. September: Das Bundesgericht in Lausanne weist eine Beschwerde gegen die Rechtsgültigkeit der am 28. Mai 1978 von den Stimmbürgern des Kantons Basel-Land angenommenen Atomschutzinitiative ab. Der Basler Landrat wird nun das von der Initiative verlangte Gesetz auszuarbeiten haben.(3, 10)

(276) 21. September: Der Ständerat übernimmt im Differenzbereinigungsverfahren zur Ergänzung des Atomgesetzes die Version des Nationalrates in drei Punkten. Beim vierten, bei der Entschädigungsfrage im Falle der Nichterteilung der Rahmenbewilligung bei den nach altem Gesetz schon standortbewilligten Kernkraftwerke, hält er an seinem Beschluss fest. (2)

(277) 27. September: Der Nationalrat schliesst sich in der verbliebenen Differenz bei der Ergänzung des Atomgesetzes dem Ständerat mit einer Modifikation an. (2 - 3)

(278) Das Aargauer Obergericht erhöht aufgrund einer Berufung der Staatsanwaltschaft die vom Bezirksgericht Rheinfelden gefällten Bussenstrafen gegen fünf Angeklagte, die 1975 an der Besetzung von Kaiseraugst beteiligt waren, von 700 bis 900 Franken auf 3000 bis 6000 Franken. Es bezeichnet den begangenen Hausfriedensbruch resp. die Nötigung als schweres Verschulden. (10)

(279) 28. September: Der Ständerat bereinigt die letzte Differenz bei der Ergänzung des Atomgesetzes, indem er sich der Version des Nationalrats anschliesst. (vgl. Nr. 276 und 277, 21. und 27. September). (3 - 2)

(280) Veröffentlichung einer Studie des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke, der BBC AG Brown, Boveri & Cie und der Gebr. Sulzer AG über die Substitution des Erdöls vor allem durch Kohle und Kernenergie. Letztere könne besonders durch Fernwärme Erdöl ersetzen. (3)

(281) Vor dem Amtsgericht Olten-Gösgen beginnt der Prozess gegen 6 Demonstranten, die im Juli 1977 Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen blockieren halfen und sich gegen die Zerstreuungsversuche der Polizei wehrten. (2 - 1)

(282) 29. September: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement erteilt dem Kernkraftwerk Gösgen die Betriebsbewilligung. (3 - 2)

(283) In verschiedenen Städten demonstrieren kleinere Gruppen gegen die Erteilung der Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen. (sehr 3)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1978 (Ulrich Beck)

(284) 1. Oktober: Der Tessiner Staatsrat in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage Ende September: die radioaktiven Abfälle des Euratomzentrums von Ispra (bei Varese, Italien) belasten weder das Wasser noch die Luft im Raume Lago Maggiore. (5, 10)

(285) Die Ueberparteilichen Bewegungen (UEBA) Solothurn, Aargau und Zürich sowie das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) und Privatpersonen reichen beim Bundesrat Beschwerde gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gösgen ein. (sehr 5)

(286) 2. Oktober: Der Bundesrat in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage: bei der Konditionierung schwachradioaktiver Abfälle im Eidg. Institut für Reaktorforschung nach dem Vorfall mit den lecken Fässern bei einem Transport zur Versenkung im Meer (vgl. Chronik Bulletin 13/Nr. 233) werden die angewandten Verfahren überprüft und die Betriebskontrollen verschärft. (3)

(287) Der Bundesrat stimmt einer Vorlage zu, wonach die Schweiz sich u.a. am Entwicklungsprogramm für die Kernfusion der Internationalen Energieagentur während vier Jahren mit je Fr. 400'000.-- beteiligt. Der Energieforschungs-Fonds der schweiz. Energiewirtschaft stellt die Finanzierung dieser Beteiligung in Aussicht. (3)

(288) 3. Oktober: Eröffnung der bis zum 7. Oktober dauernden 5. internationalen Kerntechnik-Ausstellung NUCLEX. (3-2, inkl. Berichte in den folgenden Tagen)

(289) Dem Bundesblatt ist zu entnehmen, dass den Beschwerden gegen die Erteilung der Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen keine aufschiebende Wirkung zukommt.(3-2)

(290) In der Nacht zum 4. Oktober wird im Informationspavillon des Kernkraftwerks Gösgen ein Brandanschlag verübt. (3)

(291) 4. Oktober1978: Acht A-Werkgegner besetzen die Büros der ATEL (Aare-Tessin-Aktiengesellschaft für Elektrizität) und werden nach einer halben Stunde von der Polizei weggeführt. (3-2)

(292) 5. Oktober: Der Nationalrat stimmt einem Verpflichtungskredit von Fr. 34 Mio für die Beteiligung der Schweiz an der Kernfusions- und der Plasmaphysik-Forschung der Europ. Atomgemeinschaft Euratom zu. (2)

(293) 6. Oktober: Der Nationalrat empfiehlt dem Stimmbürger die Ablehnung der Atom-Initiative mit 110 gegen 31 Stimmen. Er stimmt der Revision des Atomgesetzes mit 146 : 1 Stimmen zu. (2)

(294) Der Bundesrat gibt in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage die Bundesleistungen auf dem Gebiet der Kernforschung bekannt: bis Ende 1977 waren es Fr. 577 Mio. Für die kommenden Jahre sollen es je Fr. 30 Mio sein. (3)

(295) 6. Oktober: Gründung eines Referendumskomitees gegen das revidierte Atomgesetz durch A-Werkgegner, Poch, PSA und RLM. (3)

(296) 11. Oktober: Der Regierungsrat des Kantons Bern beantwortet eine parlamentarische Anfrage nach der Zulässigkeit von Informationsbemühungen der Elektrizitätsunternehmungen: sachbezogene, im Aufwand zurückhaltende Stellungnahmen, wie z.B. diejenige der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) zur Atom-Initiative, seien angebracht.

(297) 12. Oktober (und im Laufe der folgenden Wochen): Der "Club of Rome" in einem neuen Buch "L'énergie le compte à rebours" (M. Thierry de Montbrial): eine Energiekrise erscheint unabwendbar; die Kernenergie ist nötig, um sie zu mildern. (3)

(298) Grosse Umweltorganisationen veröffentlichen ein Energiekonzept "Jenseits der Sachzwänge", wonach unter anderem der weitere Ausbau der Kernenergie wesentlich reduziert werden könne. (2-1)

(299) 17. Oktober: Der Einzelrichter im Amtsgericht Olten-Gösgen reduziert früher ausgesprochene Geldbussen gegen zwei A-Werkgegner, die einen Piratensender betrieben haben. (10)

(300) Beginn der 90-tägigen Referendumsfrist gegen die Teilrevision des Atomgesetzes (vgl. 6.10.78,Nr. 295). (3)

(301) 18. Oktober: Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Jahresbericht 1977 der Eidg. Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR): die Strahlenbelastung der Bevölkerung durch die Kernkraftwerke ist nach wie vor gering und beträgt im höchsten Fall 2,5 % der durchschnittlichen natürlichen Strahlung. (5)

(302) An einer Informationstagung in der ETH Zürich wird über den Stand der Entwicklung des Projektes EHT (heliumgekühlter Hochtemperaturreaktor) orientiert, an dem die BRD und die Schweiz gemeinsam arbeiten. (3-2)

(303) 19. Oktober: Bundespräsident Ritschard wendet sich am Veska-Kongress in Montreux erneut vehement gegen die Atominitiative: es dürfe nicht um die Alternative "Atom ja oder nein" gehen, weil es sie für unsere Generation gar nicht gebe. (5)

(304) Der stellvertretende Direktor des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft, Prof. C. Zangger, anlässlich seines Vortrages vor der Genfer Handelskammer: nach Gösgen und Leibstadt benötige die Schweiz je nach der zukünftigen Energiepolitik weitere Kernkraftwerke. (6)

(305) Pressekonferenz der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) und der Nordostschweiz. Kraftwerke (NOK): am 8. Oktober haben die Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg in zusammen über 20 Betriebsjahren 50 Milliarden Kilowattstunden Strom ans Elektrizitätsnetz abgegeben. (3-2)

(306) 24. Oktober (und im November): Resultate einer repräsentativen Meinungsumfrage in 10 Gemeinden rund um das Kernkraftwerk Mühleberg zeigen u.a., dass 87 % der Befragten keine Angst im Zusammenhang mit diesem Werk empfinden (vgl. unten 24.11.78, Nr. 326). (5)

(307) 25. Oktober: Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) kündigt an, es werde zusammen mit anderen Organisationen das Referendum gegen das revidierte Atomgesetz ergreifen (vgl. 6.10.78, Nr. 295). (3)

(308) 27. Oktober (und folgende Tage): Der Kongress des Schweiz. Gewerkschaftsbundes spricht sich mit 120 zu 91 Stimmen für die Atominitiative aus, was Stimmfreigabe bedeutet, weil für eine Parole eine Zweidrittelsmehrheit nötig wäre. Doch wird eine Resolution für einen vierjährigen Baustopp für noch nicht gebaute Kernkraftwerke angenommen. (2-1)

(309) 30. Oktober: Die zuständige nationalrätliche Kommission empfiehlt dem Nationalrat die Ablehnung der Einzelinitiative Meizoz für ein Moratorium beim Bau von Kernkraftwerken bis Ende 1981. Sie spricht sich auch gegen die Petition der GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst) aus, die ein vierjähriges Moratorium des Baues von Kernkraftwerken verlangt. (3)

(310) 31. Oktober: Die Aargauer Regierung auf eine Interpellation im Grossen Rat: eine gewisse Informations- und Werbetätigkeit selbständiger öffentlich-rechtlicher Unternehmungen für die von ihnen produzierte Energie ist auch bei der Kernenergie und sie betreffende Abstimmungen zulässig. (10, 5)

(312) 2. November 1978: Die Zürcher Kantonsregierung auf eine Kleine Anfrage im Kantonsrat: die Aufklärungskampagne der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft über die Kernenergie ist rechtlich zulässig und belastet die Kilowattstunde nur mit Tausendstelsrappen. (2-1)

(313) 3. November: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG gibt bekannt, sie halte am Projekt Kaiseraugst fest. (10)

(314) 6. November: Eine Gruppe von Genfer Intellektuellen lanciert einen "Appel de Genève", der sich kritisch gegen den Schnellen Brüter Superphénix in Creys-Malville (F) stellt. (6,5)

(315) 8. November: Die Regierung des Kantons Schaffhausen auf eine Kleine Anfrage im Kantonsrat: die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) müssen sich für die Kernenergie einsetzen, wenn sie ihrer Versorgungspflicht nachkommen sollen; eine Informationspflicht und -aufgabe ist daraus abzuleiten. (10, 5)

(316) Verurteilung zu Bussen und zu 5/6 der Gerichtskosten von 5 Angeklagten im "Gösgen-Prozess" durch das Amtsgericht Olten-Gösgen. (2)

(317) 12. November (und vorher): Demonstration von 4000 - 5000 AKW-Gegnern in Gösgen, die sich in einer Resolution gegen die Bundessicherheitspolizei sowie gegen das revidierte Atomgesetz wenden und für die Atominitiative eintreten. (2-1)

(318) 13. November: Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) verbreitet in einem Presse-Communiqué im Zusammenhang mit dem versuchsweisen Einsatz von Brennelementen mit Plutoniumgehalt im Kernkraftwerk Beznau unhaltbare Anschuldigungen. (4-5)

(319) 14. November: Der Waadtländer Grosse Rat lehnt zwei Resolutionen ab, die im Zusammenhang mit dem Zwischenlager-Projekt Lucens stehen. Die eine verlangte eine Volksabstimmung darüber, die andere, abgeschwächte, die Regierung habe die Volksmeinung bei der Ausarbeitung ihres Standpunktes zu berücksichtigen. (6-5)

(320) 17. November: Das Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen, sieht sich veranlasse festzustellen, dass in der Limmat bei Zürich die gesetzlichen Limiten für die Konzentration von radioaktivem Jod-131 nie überschritten worden seien. Das Jod stammt aus Abwässern von Zürcher Spitälern. (sehr 5)

(321) Die Obwaldner Regierung vor dem Kantonsparlament: das Gebiet von Glaubenbielen kommt kaum noch für die Anlage eines Lagers für radioaktive Abfälle in Frage, da ausser dem dort vorhandenen Anhydrit nun noch andere Formationen der Schweiz für solche Lager geeignet sind. (3)

(322) 18. November: Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) spricht sich an ihrer Mitgliederversammlung für ein Ja zur Atominitiative aus. (3-2)

(323) 19. November: Die Schaffhauser Stimmbürger nehmen einen als Gegenvorschlag zu einer weiter gehenden Initiative zur Abstimmung gekommenen Kantonsverfassungszusatz an, wonach Stellungnahmen der Schaffhauser Regierung zu Atomanlagen-Projekten im Kantonsgebiet und in den angrenzenden Kantonen der Volksabstimmung unterliegen. (3-2)

(324) 24. November: Das Eidg. Amt für Energiewirtschaft veröffentlicht die Stromverbrauchsstatistik für das hydrologische Jahr 1977/78: Der Verbrauch gegenüber 1976/77 hat um 3,1 % zugenommen, die Produktion der Kernkraftwerke um 4,2 %; ihre Verfügbarkeit steigerte sich von 87 auf 90 %. (3-2)

(325) Gründung eines Schweizerischen Aktionskomitees gegen die Atominitiative. (2-3)

(326) Veröffentlichung einer Meinungsumfrage in zehn Gemeinden rund um das v Kernkraftwerk Beznau. Unter anderem ergibt sich, dass 87 % der Befragten persönlich keine Angst im Zusammenhang mit dem Betrieb dieser Werke hegen (vgl. 24.10.78, Nr. 306). (sehr 10)

(327) 5. Dezember: Der Bundesrat auf eine Interpellation aus dem Nationalrat: nach konstanter Praxis werden internationale Übereinkommen nicht dem Parlament vorgelegt, wenn keine neuen Verpflichtungen entstehen und auf keine Rechte verzichtet wird; das trifft auch auf das ursprünglich vom Parlament genehmigte Kooperationsabkommen mit den USA für die Lieferung von 30 t Uran-235 zu, welches dahin ergänzt wurde, dass der Schweiz zusätzliche Bezugsmöglichkeiten geöffnet werden, ohne dass neue Pflichten entstanden sind. (sehr 3)

(328) 7. Dezember: Der Nationalrat lehnt mit 89 zu 37 Stimmen die Einzelinitiative Meizoz ab, die einen Baustopp für Kernkraftwerke bis 1981 fordert. Gleichzeitig werden zwei ähnlich lautende Petitionen stills chweigend abgelehnt. (2)

(329) 8. Dezember: Veröffentlichung des zweiten Zwischenberichts der Climod-Studie der Eidg. Kommission Meteorologie des schweizerischen Gebietes Hochrhein/Oberrhein: lokale meteorologische Auswirkungen von Kühltürmen in Kaiseraugst und Leibstadt sind geringfügig, Veränderung der Belüftungs- und Niederschlagsverhältnisse im unteren Hochrheintal eher unwahrscheinlich. (10, 3)

(330) 10. Dezember 1978: Die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) in ihrem neuen Parteiprogramm: der Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken steht im Zentrum des Kampfes um eine neue schweizerische Energiepolitik. (sehr 3)

(331) 11. Dezember: Das Neuenburger Kantonsparlament beschliesst entgegen dem Antrag der Kantonsregierung, den Stimmbürgern die Annahme einer kantonalen Initiative zu empfehlen, die vorsieht, auch kantonale Stellungnahmen zu Atomanlagen ausserhalb des Kantons der Volksabstimmung zu unterbreiten. (3-2)

(332) 14. Dezember: Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt heisst mit 81:2 Stimmen ein Gesetz gut, das aufgrund einer vom Volk im Juni 1977 angenommenen Initiative den Schutz der Bevölkerung vor Atomanlagen vorsieht, indem es die Behörden verpflichtet, sich mit allen Mitteln gegen solche Anlagen zu wenden, auch wenn sie ausserhalb des Kantonsgebietes in der Nachbarschaft projektiert werden, jedoch im Rahmen des Bundesrechts und des kantonalen Verfassungsrechts. (3-2)

(333) 15. Dezember: Die Gemeindeversammlung von Rheinfelden beschliesst einen Beitrag von Fr. 101000.-- zugunsten des Abstimmungskampfes für die Atominitiative. (10)

(334) Die Angehörigen von Leitung und Belegschaft der Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg wenden sich in einem Offenen Brief an den Bundespräsidenten gegen eine Radiosendung, in der der Zukunftsforscher Robert Jungk die Bevölkerung wegen der Kernenergie verängstigt und das Kernkraftwerkspersonal diffamiert habe. (2-3)

(335) 19. Dezember: Veröffentlichung des Schlussberichts der Eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption. Die von der Kommission mehrheitlich vorgezogene Variante aus einer grossen Zahl weiterer Vorschläge sieht bis zum Jahr 2000 eine installierte Kernkraftwerksleistung von rund 6200 MW vor. (1)

(336) 20. Dezember: Das Zivilgericht Basel-Stadt schützt eine Klage des Komitees für die eidg. Atominitiative; damit wird dem Energieforum Nordwestschweiz verboten, in Zukunft eine als falsches Zitat aus dem Initiativentext bezeichnete Wendung zu verwenden. (3)
Basel. sj. Im Verhörverfahren vor dem Basler Zivilgericht legte Andreas Heierli als Vertreter des Initiativ-Komitees für, die Atomschutzinitiative dar, die falsche Zitierung des Initiativtextes im «Doppelstab» und Inseraten in zahlreichen Zeitungen bedeute eine schwere Verletzung der Persönlichkeitsrechte (vgl. BaZ vorn Mittwoch). Unter „Zustimmung der Stimmberechtigten“ (als Voraussetzung für die Erteilung der Konzession für Atomkraftwerke) versteht man das übliche Volksmehr, während „Die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten“ ein qualifiziertes Mehr bedeutet. Es geht dem Kläger um die Zitierung, nicht um die Interpretation. Nach Hinweisen auf formelle Fragen betonte Claudius Alder, Vertreter des Energieforums Nordwestschweiz, die Beklagten hätten die Initiative nicht schlecht gemacht. Er gib zu, dass die Gänsefüsschen, beim Zitat nicht richtig gesetzt wurden, fügte aber bei, inhaltlich seien die Zitate richtig. Im «Doppelstab» erfolgte dennoch bereits eine Richtigstellung.
es liegt nach Ansicht von C. Alder im öffentlichen Interesse, dass auf einen Passus der Initiative hingewiesen wird, der im Parlament diskutiert wurde und der nach , Auffassung des Bundesrates ein qualifiziertes Mehr verlangt.
Der Versuch von Zivilgerichtspräsident Fritz Rapp, die Parteien zu einem Vergleich zu bewegen, scheiterte am Nein von Claudius Alder. Nach Replik und Duplik führte Präsident Fritz Rapp aus, der Kläger sei in seiner Ehre kaum verletzt. Der Persönlichkeitsschutz gemäss Artikel 28 des Zivilgesetzbuches gehe aber weiter. Schlitzobjekt sei zum Beispiel auch beim unlauteren Wettbewerb die Persönlichkeit. Die Regeln für den wirtschaftlichen Wettbewerb lassen sich sinngemäss auch für politische Auseinandersetzungen anwenden. Unwahre Angaben über das Produkt eines anderer seien verboten, Das, gelte auch im politischen Kampf.
‚Klar ist, dass die Beklagten nicht die Botschaft des Bundesrates zitiert haben, führte Rapp aus, sondern die Initiative. Wenn schon allgemein die Mehrheit der Stimmenden als das übliche Quorum gilt, könne man nicht von «Stimmberechtigten» zu «Mehrheit der Stimmberechtigten» kommen. Bei letzterem gebe es keine Interpretation mehr. Im politischen Kampf soll zwar mit Recht nicht sofort nach dem Richter gerufen werden, das heisst aber nicht, dass der Persönlichkeitsschutz unbeachtet bleiben darf. Rapp: «Die Initiative muss richtig zitiert werden. Das war in der Kolumne im Doppelstab) und im Inserat (Gesprächsbeitrag Nr. 23> nicht der Fall. Eine vorsorgliche Verfügung ist, deshalb angemessen.»
Nicht gutgeheissen wurde von Präsident Rapp hingegen das Begehren -.tut Berichtigung in den entsprechenden Zeitungen. Der Sinn einer vorsorglichen Verfügung bestehe In der Verhinderung eines auf andere Weise nicht abwendbaren Schadens. Die Richtigstellung erfolge ohnehin durch die Berichterstattung über das Verhörverfahren in der Presse, dann aber auch durch das Initiativkomitee im Abstimmungskampf. Allenfalls könne dieses auf Schadenersatz klagen.
Das Begehren des Klägers wurde wie folgt gutgeheissen: Im Sinne einer vorsorglichen Verfügung wird den Beklagten verboten, bei der Zitierung des Initiativtextes den Passus «Die Zustimmung der Stimmberechtigten" zu ersetzen durch den Passus „Die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten“.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 10. März 1979 (Ulrich Beck)

(337) 5. Januar: Vergleich zwischen ATEL, Olten, und den eingeklagten A-Werkgegnern, die Büroräume dieser Firma besetzt hatten (vgl. Chronik Bulletin Nr. 2/1979, 291): Schadenersatzzahlung an eine wohltätige Institution und Genugtuungsentschädigung an zwei Sekretärinnen. (sehr 5)

(338) Das Initiativkomitee für die eidg. "Atominitiative" fordert den Bundesrat auf, in der gesamten Auflage der Abstimmungserläuterungen zwei Punkte zu berichtigen, die "offensichtliche und eindeutig widerrechtliche Unwahrheiten" darstellten (vgl. Chronik Bulletin 8/9/1978, 166). (2 - 3)

(339) 10. Januar1979: Der Bundesrat weist die Vorwürfe der "Atominitiative"-Initianten bezüglich den Abstimmungserläuterungen zurück: „Ob die Mehrheit der Stimmberechtigten oder die Mehrheit der Stimmenden entscheidend sein soll, hätte in der Atominitiative mit einem klaren Text zweifelsfrei zum Ausdruck gebracht werden können. Die Verantwortung dafür, dass dies nicht geschah, fällt dem Initiativkomitee zu“ und "Die vom Initiativkomitee ferner kritisierte Feststellung in der Erläuterung, dass möglicherweise eine einzige Gemeinde die Erstellung eines Kernkraftwerks verhindern könnte, lässt sich ohne weiteres belegen". (2 - 3)

(340) 11. Januar (und in den folgenden Wochen): Bundesrat W. Ritschard wendet sich in einer öffentlichen Versammlung vehement gegen die "Atominitiative". (jeweils 10)
(341) Eine Gruppe von acht Geologen an der ETH Zürich legt an einer Pressekonferenz der Schweiz. Energiestiftung (SES) in Zürich eine Studie vor, mit der sie den Nachweis versucht, dass die Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz nicht gesichert sei. (3 - 2)

(342) 15. Januar: Bei der Bundeskanzlei wird das mit über 801000 Unterschriften zustandegekommene Referendum gegen die Ergänzung des Atomgesetzes (vgl. Chronik Bulletin 2/1979, 293) eingereicht. (3 - 2)

(343) [korrigiert] 10. Januar: Die Schweiz. Vereinigung für Atomenergie (SVA) orientiert an einer Pressekonferenz in Bern über Ursprünge und Zustandekommen von Falschmeldungen über Kernenergie und Kernkraftwerke in den Medien und warnt davor, im Laufe des Abstimmungskampfes um die "Atominitiative erscheinende unkontrollierte Nachrichten dieser Art unbesehen zu akzeptieren. (2)

(344) 18. Januar: Die Schweizerische Energiestiftung (SES) veranstaltet in Bern ein Hearing über die am 6. Oktober vom eidg. Parlament beschlossene Änderung des Atomgesetzes, an dem auch Behördemitglieder teilnehmen und an dem die Anwendung der neuen Bestimmungen in der Praxis diskutiert wird. (3 - 2)

(345) 19. Januar: Der Bundesrat lehnt in einem Zwischenentscheid ein Begehren ab, wonach den Beschwerden gegen die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen aufschiebende Wirkung zu gewähren sei. (3 - 2)

(346) 20. Januar: Der Vorstand der Liberalen Partei der Schweiz genehmigte laut einer Mitteilung einen Bericht zur Energiepolitik, gemäss welchem die Kernenergie in mancher Hinsicht sicherer als andere Energieträger sei. (sehr 3)

(347) 22. Januar: Zu Vorwürfen des Komitees für die eidg. "Atominitiative" erklären die zuständigen Bundesbehörden, die Herausgabe des Schlussberichts über den Reaktor-Unfall von Lucens werde nicht absichtlich bis nach dem Abstimmungstermin verzögert. Er liege vor und könne von jedermann eingesehen werden, doch werde er erst nach Beendigung der Übersetzung ins Französische veröffentlicht. (3)

(348) Das Kernkraftwerk Mühleberg hat 1978 die höchste Jahresproduktion seit Inbetriebnahme erreicht. (10, sehr 3)

(349) 22. Januar: Das Tessiner "Movimento anti scorie atomiche" (MASA) veröffentlicht ein Weissbuch zur Frage der Lagerung radioaktiver Abfälle im Val Canaria bei Airolo. (10, sehr 3)

(350) 23. Januar: Die Solothurner Regierung auf eine parlamentarische Anfrage: Die Elektrizitätswirtschaft habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Öffentlichkeit über die Folgen der eidg. "Atominitiative" für die Stromversorgung zu informieren. (10)

(351) 24. Januar: Der Bundesrat gibt den Vorentwurf über ein Kernenergiehaftpflichtgesetz in die Vernehmlassung, worin die unbeschränkte Haftung des Inhabers der Atomanlage vorgesehen ist. (2)

(352) Das Bundesgericht bestätigt das Urteil des Aargauer Obergerichts gegen fünf Besetzer von Kaiseraugst und weist deren Beschwerde ab (vgl. Chronik Bulletin Nr. 18/1978, 278). (3, 10)

(353) Das Bundesgericht lehnt eine Beschwerde gegen die kantonalzürcherische Volksinitiative über den Bau von Atomanlagen aus formalen Gründen ab. Die Frage der Bundesrechtswidrigkeit wurde nicht geprüft. (3 - 2)

(354) 26. Januar: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Die Abstimmungskampagne des Verbandes Schweiz. Elektrizitätswerke und der Schweizerischen Informationsstelle für Kernenergie gegen die Atominitiative gefährde die direkte Demokratie nicht. Bezüglich den eingesetzten Geldmitteln würden stark übertriebene Beträge herumgeboten. (sehr 3)

(355) 1. Februar: Das Kernkraftwerk Gösgen liefert erstmals Strom ans Netz, nachdem am 20. Januar die erste nukleare Kettenreaktion ausgelöst worden war. (sehr 3)

(356) Die Schweiz. Energiestiftung (SES) und Umweltschutzorganisationen bezeichnen an einer Pressekonferenz den am 19. Dezember 1978 veröffentlichten Schlussbericht der Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) als untauglich für die Bewältigung der schweizerischen Energieprobleme. (3 - 2)

(357) 6. Februar 1979: Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) orientiert an einer Pressekonferenz in Zürich über den Stand ihrer Arbeiten und weist die Aussage der acht ETH-Geologen zurück, die Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz sei aus geologischen oder technischen Gründen fraglich(vgl. oben, 341). (2 - 3)

(358) 7. Februar: Die Nordostschweiz. Kraftwerke AG (NOK) geben an einer Pressekonferenz die Ergebnisse des Geschäftsjahres 1977/78 bekannt. 51,2 % ihres abgegebenen Stromes stammten aus Kernkraftwerken. (10, 3 - 2)

(359) 8. Februar: Der St. Galler Regierungsrat auf eine parlamentarische Anfrage: Laut Abklärungen der NOK sei von der Energieversorgungslage her voraussichtlich in den nächsten zwei Jahrzehnten der Bau eines Kernkraftwerks in Rüthi nicht erforderlich. (10, sehr 3)

(360) Der World Wildlife Fund Schweiz (WWF) und die Schweiz. Energiestiftung (SES) behaupten an einer Pressekonferenz in Zürich, die radioaktive Strahlung beim Kernkraftwerk Mühleberg überschreite die vorgeschriebenen Grenzwerte; auch seien Brennelementzwischenlager ohne Bewilligung verändert und erweitert worden. (2)

(361) 12. Februar: Der Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) sieht sich veranlasst, in einer Pressemitteilung zu erklären, er unterstütze die eidg. "Atominitiative" nicht, nachdem dies in Flugblättern behauptet worden war. (sehr 3) (362) 13. Februar: Die Bernischen Kraftwerke AG (BKW) erlangen von einem Berner Gericht eine Verfügung, die den A-Werkgegnern verbietet, weiterhin die Behauptung zu verbreiten, es sei am 5.9.78 im Kernkraftwerk Mühleberg eine Panne aufgetreten. (3)

(363) 14. Februar: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) weist die von WWF und SES erhobenen Vorwürfe als falsch und unhaltbar zurück (vgl. oben, 360). (6, 3)

(364) 15. Februar (und folgende Tage): Vom 15. - 17. Februar veranstaltet die "Groupe de Bellerive" ein Kolloquium "Energie nucl6aire et société". (6)

(365) 16. Februar: Das Bundesgericht gibt die Begründung zum Urteil gegen die Besetzer von Kaiseraugst (vgl. oben, 352) bekannt; auch nicht umzäunte Werkplätze können Gegenstand von Hausfriedensbruch sein. (3)

(366) 18. Februar: Die Volksabstimmung über die eidg. Initiative "zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen" (Atominitiative) ergab bei knapp 49 % Stimmbeteiligung eine Ablehnung der vorgeschlagenen Verfassungsbestimmungen mit 965'241 Nein gegen 9191923 Ja und mit 14 ablehnenden gegen 9 annehmenden Ständen. Die Kantone und die Gemeinden, in welchen Kernkraftwerke im Betrieb oder im Bau sind, lehnten die Initiative ab. (ganz 1, auch in den folgenden Tagen)

(367) Der Kanton Neuenburg nimmt die kantonale Atominitiative an, laut welcher Stellungnahmen der Kantonsregierung zu Projekten von Atomanlagen der Volksabstimmung zu unterbreiten seien. (6, 3)

(368) Der Kanton Basel-Stadt nimmt das kantonale Atomgesetz an, das den Regierungsrat verpflichtet, sich gegen Atomanlagen-Projekte, die im Kanton oder dessen Nachbarschaft geplant werden mit allen Mitteln zu wehren. (1 - 2)

(369) 19. Februar: Zerstörung des Informationspavillons auf dem Gelände des baubereiten Kernkraftwerks Kaiseraugst durch einen Sprengstoffanschlag. (1)

(370) Die Nationale Koordination der Schweizer AKW-Gegner (NK) lässt in der Presse verlauten, sie werde den Kampf gegen die Kernenergie fortsetzen. (3)

(371) 21. Februar: Der Bundesrat setzt den Termin für die Abstimmung über die Ergänzung des Atomgesetzes gemäss Parlamentsbeschluss vom 6. Oktober 1978 auf den 20. Mai 1979 fest. (3)

(372) 21. Februar: Bekanntgabe eines Beschlusses des Solothurner Regierungsrats, nach dem ein Merkblatt über das Verhalten der Bevölkerung in der Zone 2 um das Kernkraftwerk Gösgen verteilt und in der Presse abgedruckt werden soll. (10)

(373) 23. Februar: An einem Gespräch mit der Westschweizer Presse vertritt Bundesrat W. Ritschard die Meinung, weitere Kernkraftwerke könnten erst gebaut werden, wenn das Problem der radioaktiven Abfälle definitiv gelöst sei. (6, 3)

(374) 25. Februar: Sprengstoffanschlag auf dem Werkgelände des Kernkraftwerkes Leibstadt. (2 - 3)

(375) 26. Februar: Etwa 50 Waadtländer Grossräte reichen eine Initiative ein, laut welcher Stellungnahmen der Kantonsregierung zu Projekten von Atomanlagen der Volksabstimmung unterbreitet werden sollen. (6, sehr 3)

(376) 5. März: Die Schweiz. Vereinigung für Atomenergie (SVA) führt in Zürich eine zweitägige Tagung zum Thema "Die Versorgung Europas mit Kernbrennstoff en" durch. (2 - 3)

(377) 9. März: In der Presse werden verschiedene parlamentarische Vorstösse erwähnt, mit denen vom Bundesrat verbindliche Auskünfte über die Auslegung und Handhabung verschiedener Punkte aus dem ergänzten Atomgesetz verlangt werden. Verschiedene A-Werkgegnerorganisationen wollen ihre Parole zur eidg. Abstimmung über diese Atomgesetzergänzung von den Antworten des Bundesrats abhängig machen. (3 - 2)

(378) 10. März: Der St. Galler Landesring der Unabhängigen beschliesst, eine ähnliche Atomschutzinitiative zu lancieren, wie sie im Kanton Schaffhausen angenommen worden ist (s. Chronik Bulletin Nr. 2/1979, 323).

Schweizer Kernenergiechronik vom 11. März bis 30. Juni 1979 (Ulrich Beck)

(379) 19. März: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Die Angst vor einer Beherrschung des Staates durch die Atomwirtschaft sei nicht begründet, und die Rechte des Bürgers seien durch die Atomgesetzgebung nicht mehr beschnitten als in anderen Bereichen. Die Verweigerung der aufschiebenden Wirkung der Beschwerden gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gösgen präjudiziere nichts. (3 - 2)

(380) 29. März: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Die Anwendung des am 20. Mai zur Abstimmung kommenden revidierten Atomgesetzes werde streng sein. (3 - 2)

(381) 30. März (und folgende Wochen): Berichterstattung und Kommentare über den Störfall im Kernkraftwerk Three Mile Island. (beispiellos 1)

(382) 31. März (und 1. April). "Symbolische Besetzung" des Geländes des Kernkraftwerks Kaiseraugst am 4. Jahrestag der Besetzung von 1975. (10, 7)

(383) 2. April: Das Eidg. Amt für Energiewirtschaft und die Eidg. Kommission für die Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR) informieren an einer Pressekonferenz über die in der Schweiz bestehenden Vorkehren bei einem Störfall wie in Three Mile Island. (2)

(384) Das Eidg. Amt für Energiewirtschaft gibt eine Zunahme des Verbrauchs an elektrischer Energie in der Schweiz im Jahr 1978 um 3,4% bekannt. Bei den Kernkraftwerken erreichte die Erzeugung 3,5% mehr als 1977. (3)

(385) 3. April: Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz fordert die Bundesbehörden auf, im Hinblick auf den Störfall von Three Mile Island die Energiepolitik entschieden zu ändern, da "der atomare Weg in der Energiepolitik ins Absurde" führe. (2 - 3)

(386) 4. April: Der Bundesrat gibt bekannt, die Sicherheitsmassnahmen in den schweizerischen Kernkraftwerken würden im Lichte des Störfalls von Three Mile Island überprüft. Im jetzigen Zeitpunkt seien keine besonderen Massnahmen zu treffen. (2 - 3)

(387) 5. April: Bekanntmachung einer am 10. Januar 1979 zwischen der Schweiz und der BRD getroffenen Vereinbarung, die vorsehe, bei Vorkommnissen im Zusammenhang mit nuklearem Material, welche Emissionen erheblicher Mengen radioaktiver Stoffe zur Folge hätten, eine gegenseitige Informationspflicht zu. beobachten. (3 - 2)

(388) 5. April (sowie Ostern und bis 19. April): "Hungerstreik" von 6 Personen in Zürich wegen dem Störfall von Three Mile Island und weitere Demonstrationen in verschiedenen Städten. (2)

(389) 9. April: Der Landrat von Basel-Land fordert die Regierung auf, beim Bundesrat die Annullierung der Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zu verlangen. (2 - 3)

(390) 10. April: Argentinien bietet der Schweiz an, über die Endlagerung radioaktiver Abfälle aus der Schweiz in Argentinien zu verhandeln. (2) Die Regierung des Kantons Basel-Stadt in einem Communique: Die Baubewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst könnte nicht verantwortet werden. (2 - 3)

(391) 11. April: Die Regierung des Kantons Bern genehmigt das Konzept eines Alarmsystems für die Umgebung des Kernkraftwerks Mühleberg. (10)

(392) 12. April: Die Regierung des Kantons Aargau erklärt in einem Brief an Bundesrat Ritschard, sie sei gegen emotionale Kernkraftwerksentscheide und möchte beim bevorstehenden Gespräch mit den Regierungen beider Basel über Kaiseraugst dabei sein. (10)

(393) Dem Jahresbericht 1978 des Kernkraftwerks Kaiseraugst ist zu entnehmen, dass bisher 736 Mio Franken in das Projekt investiert worden sind. (3 - 2)

(394) 19. April: Bekanntwerden der Absicht von A-Werkgegnerkreisen, nach Möglichkeit noch bis Ende 1979 eine neue Atominitiative (Federführung Schweiz. Energiestiftung, SES) zu lancieren. (3 - 2)

(395) 24. April 1979: Bundesrat Honegger an der Mustermesse Basel u.a.: Für Gegner unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sei die Furcht vor den Risiken ein willkommenes Vehikel, die Wirtschaftsfeindlichkeit zu schüren und das Vertrauen in unseren demokratischen Rechtsstaat zu untergraben. (3 - 2) (396) Im Kanton Freiburg wird bei der Staatskanzlei ein Begehren für eine Verfassungsinitiative "zur Wahrung der demokratischen Rechte beim Bau von Atomanlagen" hinterlegt. (6)

(397) 26. April: Die Schweiz. Vereinigung für Atomenergie (SVA) veranstaltet eine Pressekonferenz zum Störfall Three Mile Island. Der Hauptreferent, ein unabhängiger US-Fachmann, stellt dabei fest, man wisse heute, dass man noch weit von einer Nuklearkatastrophe entfernt gewesen sei. Durch die beim Starfall ausgetretene Radioaktivität sei die Bevölkerung nicht gefährdet gewesen. (2)

(398) Bundesrat Ritschard in einem Brief an bernische A-Werkgegner unter anderem: "Ich betrachte die Erklärung der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie, wonach (in Three Mile Island) niemandem ein Härchen gekrümmt wurde, als eine unzulässige Verharmlosung". (2)

(399) Bundesrat Ritschard in einem Vortrag in Zürich unter anderem: Harrisburg (Three Mile Island) zwinge zu einem grundsätzlichen Überdenken der Atompolitik. Man müsse in Kauf nehmen, "dass Werke nötigenfalls zeitweise stillgelegt werden müssen und dass Bewilligungen, auf die man in Gösgen und Leibstadt wartet, nicht oder später kommen." (2)

(400) 1. Mai: Bekanntwerden von Demarchen der US-Regierung beim Eidg. Politischen Departement wegen Export von "sensitivem" Nuklearmaterial an Pakistan. (2)

(401) 5. Mai: In einer am Kantonalen Parteitag der Sozialdemokraten des Kantons Luzern gefassten Resolution wird gegen den Bau des geplanten Atomkraftwerkes Inwil Stellung genommen, und es werden alle Bestrebungen zur Verwirklichung eines umfassenden Atomschutzes unterstützt. (sehr 10)

(402) 8. Mai: Nach einer Konferenz der Regierungsdelegationen beider Basel und des Aargau mit Bundesrat Ritschard wird bekanntgegeben, vor etwa Mitte 1981 werde der endgültige Entscheid über die Erteilung der nuklearen Baubewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst durch die Behörden nicht fallen; es würden die Resultate der Climod-Studie abgewartet. (2)

(403) Bundesrat Ritschard in einem Vortrag in Langenthal: Die Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Graben werde nach Three Mile Island von Grund auf überprüft. (10)

(404) Bundesrat Ritschard in einem Interview: Das revidierte Atomgesetz, das am 20. Mai zur Abstimmung gelangen sei der bessere Weg als die am 18. Februar abgelehnte Atominitiative. Es werde "so wenig Atomkraftwerke wie möglich" bringen. (3)

(405) 12. Mai: Die Basler Kantonalbehörden verlangen den Einbezug des Kantonsgebietes in den Katastrophenalarmplan Fessenheim, der kurz vorher von Frankreich und der BRD bekanntgegeben worden war. (10, 3)

(406) 14. Mai: Im Grossen Rat des Kantons Bern wird über die Alarmvorkehren bei einer Katastrophe im Kernkraftwerk Mühleberg debattiert. (10, 3)

(407) 15. Mai: Beschwerde der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie bei der Schweiz. Radio- und Fernsehgesellschaft wegen der Art der Berichterstattung über den Reaktorstörfall von Three Mile Island. (2)

(408) Der Parteitag der Sozialdemokraten des Kantons Bern beschliesst die Lancierung einer kantonalen "Atominitiative", die u.a. das Mitspracherecht der Bevölkerung verbessern soll. (10, 3)

(409) An einem Parteitag des St. Galler Landesrings der Unabhängigen wird der Text einer kantonalen Initiative "zur Wahrung der Volksrechte in Bezug auf Atomanlagen" genehmigt, die vorsieht, dass Vernehmlassungen der Kantonsregierung der Volksabstimmung zu unterbreiten seien. (10, 3)

(410) Der Grosse Rat des Kantons Bern lehnt ein Postulat ab, bei den Bernischen Kraftwerken AG einen Verzicht auf die Tariferhöhung um 6% auf 1. Oktober zu erwirken. (10)

(411) Bundesrat Ritschard am Städtetag des Schweiz. Städteverbandes: Der Verzicht auf Atomstrom würde zu anderen Lebensgewohnheiten zwingen. Energiepolitische Massnahmen mittels Notrecht einzufahren, wäre das letzte Mittel. (9, 3)

(412) Im Jahre 1978 hat der Endverbrauch an Energie um 5,1% zugenommen. Der Elektrizitätsverbrauch stieg dabei um 3,4%. (2)

(413) 16. Mai: Infolge der von den Bundesbehörden veranlassten Überprüfung der Sicherheit der schweizerischen Kernkraftwerke wird die fällige Bewilligung zur 100%-Testphase in Gösgen vorläufig nicht erteilt. Dadurch entstehen dem Werk täglich Verluste von Fr. 600'000.--. (2 - 3)

(414) Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Die Abtretung des Expropriationsrechts, wie sie das revidierte Atomgesetz für die nukleare Entsorgung vorsieht, dürfte in erster Linie an die Nagra erfolgen, doch könnten auch andere Organisationen in Frage kommen. (3 - 2)

(415) 18. Mai 1979: Der Bundesrat lädt die interessierten Kreise zur Stellungnahme zur Gesamtenergiekonzeption bis zum 30. November 1979 ein. (2)

(416) Bundesrat Honegger in einem Vortrag: Im Bereiche der Energieversorgung dürfe auf keine Substitutionsmöglichkeit von Erdöl verzichtet werden, sei es Kernenergie, Kohle oder Erdgas. (2)

(417) 19. Mai: Verschiedene als Gegner der Kernenergie bekannte Organisationen lancieren im Kanton Luzern eine Initiative "Wahrung der Volksrechte im Bereich der Atomenergie".

(418) 19./20. Mai: Brandanschlag auf das Auto von M. Kohn, Präsident der Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK). (3)

(419) 20. Mai: Annahme des revidierten Atomgesetzes durch die Stimmbürger mit 9821723 Ja gegen 444'156 Nein. (1)

(420) 21. Mai: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Die Einführung eines Energieartikels in die Bundesverfassung solle möglichst bald erfolgen. Ein Entwurf dazu sollte bis anfangs 1980 vorliegen, nachdem die Vernehmlassungsresultate zum GEK-Bericht (siehe Nr. 415) verarbeitet sein werden. (3 - 2)

(421) 21./22. Mai: Brandanschläge auf die Privatwagen mehrerer Spitzenpersönlichkeiten der Elektrizitätswirtschaft. (2 - 1)

(422) 23. Mai: Der Bundesrat nimmt Kenntnis von einem Bericht, den die Abteilung für die Sicherheit von Kernanlagen in seinem Auftrag nach dem Reaktorunfall von Three Mile Island zu erstatten hatte: demnach gibt es keinen Grund, den Betrieb der schweizerischen Kernkraftwerke zu unterbrechen. (2)

(423) 28. Mai: Veröffentlichung des ersten Tätigkeitsberichtes der "Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung". (2 - 3)

(424) Das Eidg. Politische Departement gibt bekannt, es werde in den nächsten Wochen dem Bundesrat einen Zusatzvertrag zum schweizerisch/kanadischen Kooperationsabkommen auf dem Gebiete der Kernenergie zur Unterzeichnung vorlegen. Er dürfte zur Aufhebung der seit zwei Jahren bestehenden Blockade der kanadischen Uranausfuhr nach der Schweiz führen. (3 - 2)

(425) 30. Mai: Veröffentlichung des Geschäftsberichtes der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG für 1978: Bis Ende des Berichtsjahres seien 1780 Mio Franken für dieses Werk aufgewendet worden. (10)

(426) Der "Groupe de Bellerive" fordert die Befürworter der Kernenergie öffentlich auf, sich zu den Feststellungen hochstehender Fachleute zu äussern, die Nutzung der Atomenergie sei nicht nötig, da andere Energiequellen zur Verfügung ständen. (vgl. Chronik Nr. 110/29.9.77 und Nr. 364/15.2.79). (nur 6)

(427) 31. Mai: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement gibt bekannt, das Kernkraftwerk Gösgen sei zur Weiterführung der Inbetriebnahme mit 80% Leistung ermächtigt worden. Wegen den Ereignissen von Three Mile Island dränge sich laut Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen keine weitergehende Einschränkung auf. (2 - 3)

(428) 3. Juni: Pfingstmärsche und verschiedene andere antinukleare Veranstaltungen. (2 - 1, auch vor dem 3.6.)

(429) 5. Juni: Der Bundesrat auf zwei parlamentarische Vorstösse: Verlautbarungen öffentlicher Betriebe an ihr Personal im Hinblick auf Abstimmungen (wie von PTT und SBB vor der Atom-Initiative-Abstimmung vom 18.2.79) seien problematisch und sollten besser unterbleiben. (3 - 2)

(430) 7. Juni: In einem Postulat verlangt Nationalrat Egli vom Bundesrat, in Verhandlungen mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG und den betroffenen Kantonen abzuklären, unter welchen Bedingungen auf die Realisierung des Projektes verzichtet werden könnte. (3 - 2)

(431) 11. Juni: Der Bundesrat beschliesst, in den nächsten 5 Jahren je Fr. 3001000.-- für die Uransuche in der Schweiz ins Budget aufzunehmen. (2 - 3) (432) Der Bundesrat orientiert aufgrund einer parlamentarischen Anfrage über die Probleme bei der Beschaffung von Uran für die schweizerischen Kernkraftwerke, die politischer Natur seien. (2 - 3)

(433) Neuer Brandanschlag von Unbekannten gegen das Fahrzeug eines Direktors einer Elektrizitätsgesellschaft (vgl. oben Nr. 421). (3)

(434) 12. Juni: Veröffentlichung des Geschäftsberichtes der Kernkraftwerk
Leibstadt AG für 1978: Bis Ende des Berichtsjahres seien 1,572 Milliarden Franken in das sich im Bau befindende Werk investiert worden. (10, 7)

(435) 14. Juni: Orientierungssitzung des Kantonsrats Solothurn über die Sicherheit von Kernkraftwerken und den Störfall von Three Mile Island. (10)

(436) 15. Juni 1979: Das Eidg. Amt für Energiewirtschaft veröffentlicht die Stromverbrauchsstatistik des Winterhalbjahres 1978/79. Gegenüber 1977/78 sei eine Zunahme um 4,6% erfolgt. Die Kernkraftwerke hätten 25% des Verbrauchs gedeckt. (3)

(437) 18. Juni: Das Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen, gibt eine neue Aktion der Versenkung von leichtradioaktiven Abfällen aus der Schweiz im atlantischen Ozean bekannt. (3 - 2)

(438) Der Bundesrat setzt das revidierte, in der Volksabstimmung vom 20. Mai angenommene Atomgesetz auf den 1.7.79 in Kraft. (3)

(439) 19. Juni: In der Debatte um den Geschäftsbericht 1978 des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements im Nationalrat nimmt Bundesrat Ritschard Stellung zu Fragen betreffend den Reaktorstörfall von Three Mile Island. (3 - 2)

(440) 20. Juni: Einreichen einer Einzelinitiative im Nationalrat zur Revision des revidierten Atomgesetzes: Schon für die Erteilung der Rahmenbewilligung für ein Kernkraftwerk müsse das Vorliegen eines Projekts für die dauernde sichere Beseitigung der radioaktiven Abfälle Bedingung sein. (3)

(441) 22. Juni: Der Nationalrat billigt Beschlüsse, welche die Beteiligung und Finanzierung der Energieforschungsprojekte der Internationalen Energieagentur betreffen, unter denen auch die Reaktorsicherheit und die Kernfusion figurieren. (3)

(442) Einreichen einer Interpellation im Ständerat zu einem noch nicht veröffentlichten Zusatzprotokoll zum Nuklearabkommen zwischen der Schweiz und Kanada. (vgl. oben Nr. 424) (3)

(443) 26. Juni: Der Solothurner Regierungsrat zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen: Er gedenke nicht, den Widerruf der Inbetriebnahmebewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen zu verlangen. Dieses Werk sei hinsichtlich Sicherheitskonzept nicht mit Three Mile Island zu vergleichen. Die Regierung habe nach wie vor Vertrauen in die schweizerischen Fachleute, die für die Sicherheit zuständig sind. (10, 3)

(444) 27. Juni: Der Grosse Rat von Basel-Stadt beschliesst die Einreichung einer Standesinitiative für einen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst. (2 - 3)

(445) Der Bundesrat stellt aufgrund der Berichte der zuständigen Departemente fest, dass die Exporte schweizerischer Firmen nach Pakistan legal seien und auch nicht den internationalen Vereinbarungen widersprächen. (vgl. oben Nr. 400) (3)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1979 (Ulrich Beck)
(Aus Ersparnisgründen wurde darauf verzichtet, bei den Meldungen wie bis anhin auf ihre Publizität in der Schweizer Presse hinzuweisen.)

(446) 3. Juli: Die Radio- und Fernsehdirektion DRS lehnt in erster Instanz eine Beschwerde von Kernkraftwerkgegnern ab, die eine Fernsehsendung über den Störfall im Kernkraftwerk Three Mile Island beanstandet hatten.

(447) 5. Juli: Die Eidg. Kommission für Strahlenschutz nach einer Sitzung, in der sie sich über den Störfall von Three Mile Island informieren liess: sie sehe keinen Grund, von ihren früheren Stellungnahmen zur Frage der Strahlengefährdung durch Kernkraftwerke abzugehen; diese seien - unabhängig von der Bevölkerungsdichte - mit einem akzeptablen Risiko verbunden; die Kommission verlange ein selbständiges Strahlenschutzgesetz.

(448) 9. Juli: Der Zürcher Kantonsrat lehnt eine vor 4 Jahren eingereichte kantonale Atominitiative ab und spricht sich für einen Gegenvorschlag seiner Kommission aus; der Rat lehnt auch Postulate ab, die die Tarifpolitik der Nordostschweiz. Kraftwerke AG (NOK) und eine Änderung des NOK-Gründungsvertrags betreffen.

(449) 10. Juli: Das Bundesgericht fällt ein Urteil, wonach das Bezirksgericht Rheinfelden davon entlastet ist, in Kernkraftwerksachen zu urteilen.

(450) Das Solothurner Obergericht lehnt den Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Betriebseinstellung des Kernkraftwerks Gösgen ab.

(451) 12. Juli: Veröffentlichung des Schlussberichtes der Abteilung für Sicherheit der Kernanlagen über schlecht konditionierte Fässer mit schwach radioaktivem Abfall. (vgl. Nr. 233, 7.6.78 der Chronik)

(452) 18. Juli: Ablehnung einer Beschwerde der Kernkraftwerksleitungen und -belegschaften von Beznau und Mühleberg gegen eine Sendung von Radio DRS im Vorfeld der Abstimmung über die eidg. "Atominitiative" durch das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement.

(453) 25. Juli: Veröffentlichung des Jahresberichts der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie: das Kernkraftwerk Mühleberg wies 1978 eine Rekordstromproduktion auf und hinsichtlich Verfügbarkeit stand es weltweit an der Spitze der Siedewasserreaktoren, während die Druckwasser-Kernkraftwerke Beznau-I und -II ebenfalls eine ausgezeichnete Arbeitsverfügbarkeit von rund 90% erzielten.

(454) Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG reicht bei der Bundeskanzlei ihr Gesuch um die Rahmenbewilligung für den Bau dieses Werkes ein.

(455) 27. Juli 1979: In einer von der Eidg. Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität veranlassten gemeinsamen Erklärung müssen die Schweiz. Energiestiftung (SES) und der World Wildlife Fund Schweiz (WWF) ihre im Vorfeld zur Abstimmung über die "Atominitiative" gemachten Behauptungen über eine angeblich zu hohe Radioaktivität beim Kernkraftwerk Mühleberg zurücknehmen. (vgl. Nr. 360 und 363 vom 8.resp. 14. Februar 1979)

(456) 30. Juli: Auslösung eines Fehlalarms in Lostorf durch eine der Sirenen des Kernkraftwerks Gösgen.

(457) 1. August: Einreichen einer kantonalen "Atominitiative" im Kanton St. Gallen zur "Wahrung der Volksrechte in bezug auf Atomanlagen".

(458) 2. August: Im Kanton Freiburg scheitert die Sammlung einer genügenden Unterschriftenzahl für eine "Atominitiative zur demokratischen Kontrolle der Atomenergie".

(459) 13. August: Verteilung eines Flugblattes in Teufen, mit dem eine dort ansässige Firma beschuldigt wird, ihr Betrieb gefährde die Bevölkerung durch radioaktive Strahlung.

(460) 16. August: Der Regierungsrat des Kantons Bern beantwortet zwei Anfragen aus dem Grossen Rat zur Sicherheit des Kernkraftwerks Mühleberg und zum Bau weiterer Kernkraftwerke.

(461) Der Aargauer Regierungsrat informiert die Bevölkerung mit einer Notfallschutz-Broschüre über Alarm und Verhalten bei einem Kernkraftwerksunfall.

(462) 17. August: Die Geschäftsprüfungskommissionen der Eidg. Räte halten ein Hearing über den Störfall Three Mile Island und seine Konsequenzen für die Schweiz ab.

(463) 19. August: Die solothurnische Kommission für Katastrophen- und Kriegsvorsorge hält eine Änderung des Alarmkonzepts bei Kernkraftwerksunfällen auch nach dem Fehlalarm von Lostorf (vgl. Nr. 456, vom 30. Juli 1979) nicht für notwendig.

(464) 21. August: An der Generalversammlung der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie spricht der Präsident der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) über "Radioaktive Abfälle als Problem der menschlichen Gesellschaft".

(465) Aufgebauschte Darstellung eines Störfalls im Kernkraftwerk Beznau im Jahre 1974, der unzulässigerweise mit dem Störfall von Three Mile Island vom 28. März 1979 gleichgesetzt wird.

(466) Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten bestätigt laut einer Agenturmeldung, Kanada werde aufgrund eines Zusatzvertrages seine Uranlieferungen nach der Schweiz wieder aufnehmen. (vgl. Nr. 424 vom 28. Mai 1979)

(467) 23. August: Die sozialdemokratische Partei des Kantons Bern kündigt die Lancierung einer "Berner Atomschutzinitiative" auf den 1. September 1979 an.

(468) 28. August: Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) nimmt Stellung zu Vorwürfen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in einem Offenen Brief an den Bundesrat, der am gleichen Tag veröffentlicht wurde; die Nagra hält fest, dass noch keine Aufträge für Probebohrungen vergeben worden sind.

(469) 29. August: Die Schweiz. Fernseh- und Radiovereinigung übt heftige Kritik am "CH-Magazin" des Fernsehens DRS und bezeichnet einen Beitrag vom 28. August des Magazins über den Fehlalarm in Lostorf (vgl. Nr. 456 vom 30. Juli 1979) als "geschmacklos und ohne Verantwortung"; die Schweiz. Informationsstelle für Kernenergie (SIK) kündigt eine Beschwerde gegen diesen Beitrag an.

(470) Der Staatsrat des Kantons Freiburg auf eine parlamentarische Anfrage: die Freiburger und Berner Behörden sind daran, einen gemeinsamen Sicherheitsplan zum Schutz der Bevölkerung im Falle eines Unfalls im Kernkraftwerk Mühleberg auszuarbeiten, der Ende Jahr in Kraft treten soll.

(471) 30. August: Der Verband Schweiz. Elektrizitätswerke (VSE) legt an Pressekonferenzen in Lausanne und Olten seinen sechsten Zehn-Werke-Bericht "Vorschau auf die Elektrizitätsversorgung der Schweiz 1979 - 1990" vor; mit den Kernkraftwerken Beznau, Mühleberg, Gösgen und Leibstadt könne der Bedarf bis 1985 gesichert werden, für nachher und bis 1990 seien zwei weitere A-Werke nötig, wenn es nicht zu einer Versorgungslücke kommen soll.
(472) 31. August: Die "Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung" führt eine Aussprache mit einer Gruppe von Geologen durch; deren Stellungnahme weiche nicht wesentlich von den Vorstellungen der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) ab.

(473) 5. September 1979: Vorstellung des Vorprojektes für Abwärmenutzung des Kernkraftwerks Gösgen an einer Pressekonferenz; der "Plenar-Wärmeverbund Olten" will das A-Werk Gösgen als Niedertemperatur-Wärmequelle für rund 68'000 Bezüger im Raum Olten/Rothrist/Zofingen ausnutzen.

(474) 6. September: Ablehnung des "Zehn-Werke-Berichtes" (vgl. Nr. 471 vom 30. August 1979) durch die Schweiz. Energiestiftung (SES); Ankündigung der Lancierung einer neuen eidg. Initiative, die das Verbot des Baues weiterer Kernkraftwerke zum Gegenstand haben könnte.

(475) 10. September: Entgegen dem Antrag der Regierung beschliesst der Kantonsrat des Kantons Zürich eine Ergänzung der Verfassung, die als Gegenvorschlag zur vom Rat abgelehnten "Atominitiative" (vgl. Nr. 448 vom 9. Juli 1979) vorsieht, dass das Volk das letzte Wort darüber hat, wie die Stellungnahme der Regierung im Rahmen der Vernehmlassungen des Bundes zu einzelnen Atomanlagen lauten soll.

(476) Die Urheber der Zürcher "Atominitiative" ziehen diese nach dem vorstehenden Kantonsratsbeschluss zurück.

(477) 13. September: Veröffentlichung des 2. Zwischenberichts der Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (ASK) zum Störfall im Kernkraftwerk Three Mile Island vom 28. März 1979 ; es wird festgehalten, es bestehe zur Zeit kein Grund, den Betrieb von schweizerischen Kernkraftwerken einzustellen.

(478) 17. September: Der Ständerat stimmt der Mitwirkung der Schweiz an Forschungsprojekten der Internationalen Energieagentur in Paris zu. (vgl. Nr. 441 vom 22. Juni 1979)

(479) 19. September: Lancierung einer Volksinitiative im Kanton Waadt für eine demokratische Kontrolle der Kernenergie, nach welcher die Gemeindeversammlungen sich zu Projekten für Atomanlagen zu äussern und die Kantonsregierung dem Resultat dieser Abstimmung Rechnung zu tragen hätte, wenn er im Vernehmlassungsverfahren des Bundes Stellung zu nehmen hat.

(480) Im Kanton Zürich wird die Abstimmung über die Mitsprache des Volkes bei Atomanlagenprojekten auf den 2. Dezember 1979 angesetzt. (vgl. Nr. 475 vom 10. September 1979)

(481) 21. September: Eröffnung mit Pressekonferenz einer Ausstellung "Radioaktive Abfälle in der Schweiz" im "Kornhaus" Bern unter dem Patronat von Bundesrat Ritschard.

(482) 22. September: Die Nationale Koordination der Schweizer AKW-Gegner (NK) wendet sich gegen die Pläne für Probebohrungen der Nagra. (vgl. Nr. 468 vom 28. August 1979)

(483) 23. September: Eröffnung eines internationalen Kongresses über die Chemie komplexen Kernreaktionen, der sich mit den Eigenschaften und Reaktionen des Atomkerns befasste, in Einsiedeln.

(484) 24. September: Veröffentlichung des Jahresberichtes 1978 der Expertengruppe für Personendosimetrie der Eidg. Kommission für Strahlenschutz. (485) 25. September: Konstituierende Sitzung der vom Tessiner Grossen Rat eingesetzten Spezialkommission zur Prüfung und Koordination der von drei Parteien vorgelegten Vorschläge über die Nutzung der Kernenergie.

(486) 27. September: Ernennung der Energiekommission durch den Bundesrat, deren 21 Mitglieder die Landesregierung in wichtigen energiepolitischen Fragen und Massnahmen zu beraten haben werden, besonders auch beim Bedarfsnachweis für Kernkraftwerke.

(487) 28. September: Der Bundesrat gibt die am 22. August 1979 erfolgte Abweisung der Beschwerden von sechs A-Werkgegner-Organisationen und zwölf Einzelpersonen gegen Baubewilligungen für das Kernkraftwerk Leibstadt bekannt.

(488) 29. September: Der Jahreskongress der Jungliberalen Bewegung der Schweiz fordert in einer Programmerklärung zur Energiepolitik, nach dem A-Werk Leibstadt sollten keine weiteren Kernkraftwerke gebaut werden, bevor das Problem der Beseitigung radioaktiver Abfälle nicht gelöst und ein Bedarf an zusätzlichem Atomstrom nicht ausgewiesen sei.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1979 (Ulrich Beck)

(489) 1. Oktober: Bekanntwerden eines Geschäftsabschlusses zwischen der argentinischen Regierung und der Firma Sulzer, Winterthur, für die Lieferung einer Fabrikationsanlage für Schwerwasser nach Argentinien. Die Regierungen dieses Landes und der Schweiz tauschen Dokumente über die Kontrolle dieser Nuklearanlage in Zusammenarbeit mit der IAEO aus.

(490) 9. Oktober: Bekanntwerden der Konstituierung einer Vereinigung von Waadtländer und Freiburger Gemeinden gegen das Lager für radioaktiven Abfall in Lucens.

(491) 12.-14. Oktober: Demonstrationen und versuchte Anschläge gegen den Transport eines Transformators von Genf nach Leibstadt.
(492) 12. Oktober: Die NOK, Nordostschweiz. Kraftwerke AG, gibt bekannt, sie sei grundsätzlich bereit, für das Fernheizungsprojekt "Transwaal" die nötigen Wärmemengen ab dem Kernkraftwerk Beznau zu liefern.

(493) 13. Oktober 1979: Die Legislative der Gemeinde Payerne beschliesst, gegen die Errichtung eines Lagers für radioaktiven Abfall in Lucens einzutreten.

(494) 15. Oktober: Lancierung einer Volksinitiative im Kanton St. Gallen zur Wahrung der Volksrechte in bezug auf Atomanlagen durch ein Aktionskomitee.

(495) 17. Oktober: Der Bundesrat nimmt vom Ergebnis der Vernehmlassung zum Entwurf eines Kernenergiehaftpflichtgesetzes Kenntnis und beauftragt das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement mit der Ausarbeitung einer Botschaft zuhanden des Parlaments.

(496) 23. Oktober: Die Nagra, Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle, orientiert die Vertreter von Gemeinden des Oberhasli über ihr Vorhaben, auf der Grimsel ein unterirdisches Felslabor zur Erforschung der Gesteinsstruktur einzurichten.

(497) 25. Oktober: Der Landrat von Basel-Land heisst den Text des Atomschutzgesetzes gut, das die Behörden verpflichtet, im Rahmen des Bundesrechts sich gegen Atomanlagen auf dem Kantonsgebiet und in der Nachbarschaft einzusetzen.

(498) 29. Oktober: Abschluss der Arbeiten für ein internationales Abkommen zum Schutz von nuklearem Material aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien. Die Schweiz und weitere 57 Länder haben daran mitgewirkt.

(499) 30. Oktober: Durch eine Übung wird erstmals das Kernkraftwerk-Notfallkonzept Beznau erprobt.

(500) Sprengstoffanschlag auf den Meteo-Mast in der Nähe des Kernkraftwerks Gösgen. Am gleichen Tag hatte das Werk seinen sechswöchigen Probebetrieb erfolgreich beendet. Es wird von jetzt an durch die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG betrieben.

(501) 1. November: Der Bundesrat veröffentlicht die am 15. November 1979 in Kraft tretende Verordnung für vorbereitende Handlungen zur Lagerung radioaktiver Abfälle.

(502) Sechs grosse schweizerische Organisationen fordern an einer Pressekonferenz in Bern ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz, durch das eine umweltfreundliche und sparsame Energieversorgung erreicht werden soll.

(503) 2. November: Die Regierung des Kantons Genf verlangt vom Bund den Widerruf der Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Verbois. (504) 12. November: Anschlag auf den Meteo-Mast auf dem Gelände des geplanten Kernkraftwerks Graben.

(505) 16. November: Veröffentlichung des Schlussberichts über den Störfall vom 21.1.69 im Versuchs-Kernkraftwerk Lucens.

(506) 19. November: Das Eidg. Gesundheitsamt antwortet der Gemeinde Teufen auf deren Fragen betreffend angebliche radioaktive Verseuchung durch einen ortsansässigen Chemiebetrieb. Es verneint die Gefährdung der Einwohner durch radioaktive Strahlung (vgl. Nr. 459, 13.8.79).

(507) Das Kernkraftwerk Gösgen erhält von den zuständigen Sicherheitsbehörden die Bewilligung zum durchgehenden Normalbetrieb.

(508) 21. November: Der Bundesrat auf parlamentarische Anfragen: Der Versuch, unsere Nachbarstaaten zum Verzicht auf weitere A-Werke zu bewegen, könne sich auf die bisher auf dem Nukleargebiet bestehende Zusammenarbeit nachteilig auswirken - Eine einheitliche weltweite oder europäische Regelung des Schutzes von Mensch und Umwelt vor der Kernenergienutzung sei nicht zu verwirklichen. Es bestanden jedoch viele internationale Verbindungen, die dieses Problem zu lösen vermögen. - Die Behauptungen von Nationalrat Gerwig seien tatsachenwidrig, dass das Parlament von den Sicherheitsexperten des Bundes angelogen und irregeführt worden sei. - Die Lagerung von unbehandelten Brennelementen aus Schweizer Kernkraftwerken in Argentinien böte nicht die gesetzlich geforderte Gewähr.

(509) Die Berner Regierung zu Interpellationen im Grossen Rat: Die von der Nagra vorgesehenen Probebohrungen im Hinblick auf ein Felslabor auf der Grimsel (vgl. Nr. 496, 23.10.79) seien für die Region völlig risikolos.

(510) Eine von einer schweizerischen Wochenzeitung publizierte Umfrage bei schweizerischen Automobilisten ergibt, dass 68% der Befragten der Ansicht sind, die Schweiz könne auf die Nutzung der Atomenergie nicht verzichten.

(511) 26. November: Veröffentlichung des Jahresberichts 1978 der KUeR, Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität: Die Strahlenbelastung der Bevölkerung durch die Kernkraftwerke sei verschwindend klein.

(512) Der Bundesrat zu parlamentarischen Anfragen: Der Export nuklearer Güter erfolge unter der Voraussetzung, dass sie nur zu friedlichen Zwecken verwendet würden. Vom Empfänger müssen verbindliche Garantien vorliegen. - Bei den schweizerischen Kernkraftwerken bestanden ausser der obligatorischen Haftpflichtversicherung von Fr. 200 Mio auch Sach- und Maschinenbruch-Versicherungen, z.B. bei Gösgen für Fr. 650 Mio. - Die bei französischen Kernkraftwerken festgestellten Risse bildeten dort keine Gefahr für die Umgebung, und in der Schweiz seien solche Risse bei den regelmässigen Prüfungen nicht festgestellt worden, so dass die Bevölkerung nicht gefährdet sei.

(513) 30. November 1979: Im hydraulischen Jahr 1978/79 hat der Verbrauch von elektrischer Energie um 3,9% zugenommen. An die Gesamterzeugung von rund 42,2 Mia kWh haben die Kernkraftwerke 22,2% beigetragen.

(514) 2. Dezember: Die Stimmberechtigten des Kantons Zürich nehmen einen Verfassungsartikel an, in dem bestimmt wird, dass die Stellungnahme des Kantons im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens des Bundes über die Wünschbarkeit der Errichtung von Atomanlagen auf dem Gebiete des Kantons Zürich und seiner Nachbarkantone der Volksabstimmung zu unterstellen sei.

(515) 3. Dezember: Der Kantonsrat von Basel-Land lehnt die Verstaatlichung der Elektra-Genossenschaften ab, denen der betreffende Motionär vorwirft, sie befürworteten im Gegensatz zum Willen der Mehrheit des Volkes die Atomenergie.

(516) Bekanntwerden der Ablehnung einer Programmbeschwerde der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie durch die Nationale Beschwerdekommission der SRG, Schweiz. Radio- und Fernsehgesellschaft. Die Beschwerde betraf die Berichterstattung von Radio und Fernsehen über den Reaktorstörfall von Three Mile Island im Frühling 1979.

(517) 10. Dezember: Der Bundesrat verabschiedet z.H. der Eidg. Räte die Botschaft für ein neues Kernenergiehaftpflichtgesetz. Dieses sieht u.a. die unbeschränkte Haftung der Inhaber von Atomanlagen vor.

(518) Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Die für die Sicherheit der Kernkraftwerke verantwortlichen Organe seien zur Beaufsichtigung der bestehenden Anlagen angemessen dotiert. Im Hinblick auf die zukünftig zunehmenden Aufgaben seien sie aber zu verstärken.

(519) 11. Dezember: Die SVP-Fraktion der Bundesversamlung ist der grundsätzlichen Ansicht, das revidierte Atomgesetz sei eine taugliche Grundlage und sollte nun konsequent angewendet werden.

(520) Der Vorsteher der kantonalen Zentralstelle für Katastrophenhilfe teilt mit, es seien für die 70'000 Einwohner des Berner Oberaargaus keine besonderen Sicherheitsmassnahmen nach der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gösgen nötig. Es befänden sich nur vier Gemeinden in der Gefahrenzone II (20 km Abstand). In diesen werde demnächst eine Orientierungsschrift verteilt.

(521) 13. Dezember: Der Ständerat fordert mit einem Postulat den Bundesrat auf zu prüfen, ob dieser nicht Verhandlungen mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG und den betroffenen Kantonen aufnehmen sollte, um die Bedingungen für den Verzicht auf das Projekt festzustellen.

(522) 14. Dezember: Die BKW, Bernische Kraftwerke AG, gibt bekannt, sie werde anfangs 1980 das Gesuch um die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Graben einreichen.

(523) Die Partei der Arbeit des Kantons Bern lanciert ab Ende Januar 1980 eine Initiative, mit der die Umwandlung der BKW von einer Aktiengesellschaft in eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons Bern verlangt wird.

(524) (14. Dez.) Die Gemeindeversammlung von Graben stimmt der Schaffung einer Kernkraftwerkszone mit 43:40 Stimmen zu. Die Zonenausscheidung war aufgrund eines Bundesgerichtsurteils von 1977 nötig geworden.

(525) Bekanntgabe der Gründung einer interkantonalen Energiedirektoren-Konferenz.

(526) 17. Dezember: Ablauf der Frist zur Stellungnahme der Kantone und zu Einsprachen bezüglich des Gesuches um Rahmenbewilligung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG. Es sind rund 7'000 Einsprachen eingegangen. Von den Kantonen befürworten u.a. Appenzell Innerrhoden, Obwalden, Uri, Schwyz, Aargau, Bern und Zürich das Projekt, die Kantone Basel-Stadt, Basel-Land und Jura sprechen sich dagegen aus. Solothurn u.a. erklären sich ausserstande, zum Bedarfsnachweis verbindlich Stellung zu nehmen.

(527) (17. Dezember) Die Regierung des Kantons Basel Stadt hält fest, nach schweizerischen Begriffen liege das französische Kernkraftwerk Fessenheim mit 40 km Abstand von Basel weit ausserhalb der Gefahrengrenze und bedeute keine direkte Gefährdung für die Region Basel.

(528) 19. Dezember: Die zuständige Kommission des Nationalrats lehnt zwei parlamentarische Einzelinitiativen ab, die verlangen, dass nach der Bundesversammlung auch das Volk die Möglichkeit zur Stellungnahme haben müsse, resp. dass schon bei der Erteilung der Rahmenbewilligung ein Projekt vorliegen müsse, das für die dauernde und sichere Entsorgung und Endlagerung der radioaktiven Abfälle Gewähr biete.

(529) 20. Dezember: Im Kanton Waadt ist eine Initiative "pour le contrôle démocratique du nucléaire" mit rund 15'500 Unterschriften zustandegekommen.

(530) 24. Dezember: Das Kernkraftwerk Beznau der NOK hat vor 10 Jahren den Probebetrieb beendet und liefert seither sehr zuverlässig Strom, im zu Ende gehenden Jahr rund 15 % des Strombedarfes der Schweiz.

(531) 25. Dezember: Sprengstoffanschlag gegen die Kraftwerkzentrale Sarelli der Kraftwerke Sarganserland der NOK.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1980 (Ulrich Beck)

(532) 1. Januar: Demonstration der A-Werkgegner (rund 2500 Personen) bei Graben, wobei die Besetzung des Geländes des geplanten Kernkraftwerks Graben angedroht wird; eine Umkehr in der Energiefrage müsse erzwungen werden.

(533) 4. Januar: Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) und der WWF Schweiz fordern an einer Pressekonferenz die Bundesbehörden auf, das hängige Rahmenbewilligungsgesuch für das Kernkraftwerk Kaiseraugst abzuweisen.

(534) 7. Januar: Bekanntwerden des Beschlusses des Vorstands des Regionalplanungsvereins Oberer Brienzersee-Haslital, Einsprache gegen das Nagra-Projekt eines Felslabors im Grimselgebiet zu erheben.

(535) Der Regierungsrat des Kantons Zürich beantragt dem Kantonsrat, im Hinblick auf eine ausreichende Energieversorgung den Stimmbürgern zu empfehlen, die Frage der Wünschbarkeit des Kernkraftwerks Kaiseraugst zu bejahen.

(536) 8. Januar: Nach der ersten Sitzung der Eidg. Energiekommission erklärt deren Präsident, ihr Gutachten zuhanden des Bundesrats über den Bedarfsnachweis des Kernkraftwerks Kaiseraugst werde gegen Ende 1980 vorliegen.

(537) Der Aargauer Regierungsrat auf eine Interpellation aus dem Grossen Rat: Der Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst sei in Anbetracht der ständig erhöhten Nachfrage nach Strom notwendig, stelle aber gewisse politische Probleme.

(538) Pressekonferenz der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mit der Ankündigung, es seien im nördlichen Mittelland 12 Probebohrungen vorgesehen, für die im März die Gesuche eingereicht wurden. Später würden Gesuche für 12 weitere Versuchsbohrungen in anderen Gebieten der Schweiz eingereicht.

(539) Bekanntwerden der Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuchs für das Kernkraftwerk Graben.

(540) 10. Januar: Die UEBA (Ueberparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke) Solothurn/Aargau deponiert bei der Bundeskasse Fr. 151000.-- für die Durchführung der von ihr verlangten Hearings über das Kernkraftwerk Gösgen. (541) 14. Januar: Inkrafttreten des neuen SRG-Notsendekonzepts zur Sicherstellung der Verbreitung von Warnmeldungen über das Radio im Falle von Atomalarm zu jeder Zeit.

(542) Orientierungsversammlung der Gemeinde Hägendorf, wo die Nagra am 7. Januar den Gemeinderat und am 10. Januar die Bevölkerung davon in Kenntnis gesetzt hat, dass auf dem Boden dieser Gemeinde eine Probebohrung vorgesehen sei.

(543) 17. - 25. Januar: Die Nagra gibt weitere Standorte für Probebohrungen bekannt: Niedergösgen, Birrhard, Leuggern, Riniken, Böttstein, Hornussen, Kaisten und Schafisheim.

(544) 18. Januar: Pressekonferenz der UEBA Solothurn/Aargau zu den bevorstehenden Hearings über das Kernkraftwerk Gösgen.

(545) 21. Januar: Brandanschlag durch A-Werkgegner auf das Haus eines Befürworters von Kernkraftwerken in Münchenstein.

(546) 22. Januar: Erste Runde der bis 21. Februar dauernden Hearings über das Kernkraftwerk Gösgen.

(547) Der Bundesrat legt dem Parlament den Entwurf eines neuen Kernenergiehaftpflichtgesetzes vor.

(548) 23. Januar: Der Regierungsrat des Kantons Solothurn vor dem Kantonsparlament: Es könnten gegen die von der Nagra geplanten Probebohrungen im Kanton Solothurn gewichtige Argumente ins Feld geführt werden; die Nagra solle auf die Bohrungen verzichten.

(549) 24. Januar: Bekanntwerden der Einreichung der zustandegekommenen Initiative "Demokratie bei Atomanlagen" im Kanton St. Gallen, mit der u.a. eine Mitsprache des St. Galler Volkes beim Bau von Atomanlagen gefordert wird.

(550) Die Gemeindeversammlung von Schönenwerd fasst eine Resolution, mit der gegen die von der Nagra in Hägendorf geplante Probebohrung Stellung genommen wird.

(551) 25. Januar: Pressekonferenz der UEBA Solothurn/Aargau zu den Ergebnissen der ersten Runde der Gösgen-Hearings.
(552) 28. Januar: Der Zürcher Kantonsrat spricht sich mit 92 zu 62 Stimmen dafür aus, den Stimmbürgern Zustimmung zum Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst zu empfehlen.

(553) 29. Januar: Der Stadtrat von Olten erklärt sich mit der Ablehnung der Nagra-Bohrungen in den Gemeinden Hägendorf und Niedergösgen solidarisch.

(554) 1. Februar 1980: Die Regierung des Kantons Bern in einer ergänzenden Stellungnahme zur Gesamtenergiekonzeption u.a.: Die Kernenergie sei geeignet, den Elektrizitätsbedarf zu decken.

(555) 2. Februar: Bundesrat Schlumpf in einem Radio-Interview: Wenn der Bedarfsnachweis eindeutig erbracht sei, werde der Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst auch politisch möglich sein.

(556) Bekanntwerden einer schriftlichen Antwort auf eine parlamentarische Anfrage durch die Schaffhauser Regierung: Es sei problematisch, im Kanton Schaffhausen eine Endlagerstätte für radioaktive Abfälle zu errichten.

(557) Eröffnung der vorher in Bern und Brugg gezeigten dreiwöchigen Infomations-Ausstellung der Nagra im Aarauer Saalbau.

(558) 8. Februar: Veröffentlichung des Berichtes der Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung über die Veranstaltung vom 31. August 1979 mit schweizerischen Geologen (vgl. Nr. 472 der Chronik im Bulletin Nr. 17/18/1979).

(559) Der Bundesrat lehnt eine Motion aus dem Nationalrat ab, die eine Neuverteilung der Beiträge zur Energieforschung zum Vorteil der nicht nuklearen Energiequellen verlangte. Er beantragt dem Parlament die Umwandlung in ein Postulat.

(560) 11. Februar: Bekanntwerden eines Briefes der Solothurner Regierung an den Bundesrat, in dem sie die Gründe nennt, die für einen Verzicht auf den Bau eines Endlagers für radioaktive Abfälle im Kanton Solothurn sprechen. (vgl. Nr. 548 oben)

(561) 12. Februar: Beginn der Einsprachefrist gegen das Kernkraftwerk Graben.

(562) Der Stromverbrauch in der Schweiz hat 1979 gegenüber dem Vorjahr um 3,9 % zugenommen. Der Anteil der Kernkraftwerke an der Stromproduktion betrug 25,6 %.

(563) 14. Februar: Lancierung einer Initiative für ein Mitspracherecht Volkes bei Vernehmlassungen zu Atomanlagen im Kanton Solothurn.

(564) 15. Februar: Bekanntwerden der Abweisung durch das Bezirksgericht Bremgarten (AG) einer Klage des NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) gegen die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG. (Bremgarten hatte an Stelle des Gerichts in Rheinfelden zu handeln. vgl. Nr. 449, 10.7.79 der Chronik.)

(565) 16. Februar: Der Gemeinderat Riniken veröffentlicht eine Stellungnahme, in der er sich für die Probebohrung der Nagra auf dem Gebiet der Gemeinde Riniken ausspricht.

(566) An einer Orientierungsversammlung in Schafisheim wird ein Antrag aus der Versammlung angenommen, nach welchem der Gemeinderat sich gegen eine solche Bohrung zur Wehr setzen soll.

(567) 18. Februar: An einer Pressekonferenz beklagen sich die AGEA (Arbeitsgemeinschaft Atomschutz der Schweiz) und das NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) über die hohen Kosten, die ihnen in den letzten fünf Jahren aus verschiedenen Rechtsverfahren erwachsen sind. Sie sollten auf den Staat überwälzt werden.

(568) 19. Februar: Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie hält in einem Pressecommunique fest, eine Überwälzung der Verfahrenskosten auf den Staat bei Einspracheverfahren gegen Kernkraftwerke sei abzulehnen, da wichtige Überlegungen für die KKW-Sicherheit bisher nie von A-Werkgegnern eingebracht worden seien.

(569) 20. Februar: Der Vorsteher des Baudepartements des Kantons St. Gallen in einem Zeitungsinterview: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG), deren Verwaltungsratspräsident er sei, habe alle Vorarbeiten für ein Kernkraftwerk Rüthi eingestellt.

(570) Der Grosse Rat des Kantons Bern lehnt mit 101:26 Stimmen eine Motion ab, mit der eine neue Reihenfolge im Bau der in der Schweiz geplanten Kernkraftwerke verlangt wurde, um das mit dem KKW Graben verbundene zusätzliche Risiko für den Kanton Bern zu vermeiden.

(571) 22. Februar: Getrennte Pressekonferenzen der UEBA Solothurn/Aargau und der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG zum Abschluss der Hearings über das Kernkraftwerk Gösgen.

(572) 26. Februar: Abschluss der Konferenz zur Bewertung des nuklearen Brennstoffzyklus (INFCE) in Wien, an der die Schweizer Delegation die Auffassung vertritt, es seien allen Ländern grundsätzlich alle Möglichkeiten der Wahl von Brennstoffkreisläufen offenzuhalten. Es sei auch angezeigt, die Entwicklung der Technik der Schnellen Brüter voranzutreiben.

(573) 28. Februar: Die Zentralstelle für Katastrophenhilfe des Kantons Bern führt eine Alarmübung in der Nahzone des Kernkraftwerks Mühleberg durch.

(574) 29. Februar 1980: Der Bundesrat in Beantwortung einer Interpellation aus dem Nationalrat im Zusammenhang mit der Nagra: Eine offene Informationspolitik aller Stellen, die sich mit der nuklearen Entsorgung befassen, sei nötig. Dabei habe die betroffene Bevölkerung Priorität. Die Aufgabenteilung auf dem Gebiet der nuklearen Entsorgung sei nicht zu ändern.

(575) 1. März: Das Eidg. Institut für Reaktorforschung (EIR), Würenlingen, feiert sein 25jähriges Bestehen.

(576) 2. März: Der Kanton Basel-Land nimmt in einer Volksabstimmung mit rund 35'000 Ja gegen 8'000 Nein ein Gesetz an, mit dem die Kantonsbehörden verpflichtet werden, mit allen Mitteln dahin zu wirken, dass auf dem Gebiet des Kantons und dessen Nachbarschaft keine Kernkraftwerke gebaut würden.

(577) 3. März: Der Bundesrat auf Einfache Anfragen aus dem Nationalrat: Der Bundesrat wolle keine Zusicherung abgeben, wonach an einem bestimmten Standort kein Lager für radioaktive Abfälle errichtet wird. - Von einem Vertrauensschwund gegenüber der Nagra könne nicht gesprochen werden, und es bestehe kein Grund, die Aufgabenteilung bei der nuklearen Entsorgung zu ändern.

(578) 5. März: Der Bundesrat antwortet im Ständerat auf zwei Interpellationen betreffend die Boykottdrohung Kanadas für Uranlieferungen nach der Schweiz.

(579) 6. März: Die Regierung des Kantons Jura spricht sich in ihrer Vernehmlassung zur Gesamtenergiekonzeption gegen den Bau neuer Kernkraftwerke aus.

(580) Die Regierung des Kantons Zürich und die Nagra geben als weitere Standorte für Probebohrungen die Zürcher Gemeinden Bachs und Weiach bekannt, nachdem die betreffenden Gemeinderäte tags zuvor darüber informiert worden sind.

(581) 11. März: Der Ständerat lehnt drei Motionen ab, deren eine einen dringlichen Bundesbeschluss zur Energiepolitik und die beiden andern zusätzliche Befugnisse im Energiebereich durch Aufnahme eines neuen Artikels in die Bundesverfassung verlangten.

(582) Der Ständerat bewilligt einen Kredit von 11,1 Mio Franken für eine Anlage der Schweiz. Meteorologischen Anstalt in Zürich für die Alarmorganisation bei erhöhter Radioaktivität aus zivilen oder militärischen Gründen.

(583) Der vorstand des Schweiz. Evangelischen Kirchenbundes und die Schweiz. Bischofskonferenz geben an einer Pressekonferenz ihre Stellungnahme zur Gesamtenergiekonzeption bekannt. Nicht regenerierbare Energiequellen wie Öl und Uran sollten durch erneuerbare und umweltfreundliche substituiert werden.

(584) Der Gemeinderat von Bachs schreibt in einer Stellungnahme zu der Probebohrung der Nagra auf dem Gemeindegebiet, er behalte sich vor, mit allen legalen Mitteln gegen das Vorhaben zu kämpfen.

(585) Der Gemeindepräsident von Weiach wendet sich gegen Vorwürfe in der Informationspolitik und prangert das Vorprellen von Tages-Anzeiger und Radio DRS in der Behandlung der Bekanntgabe der Probebohrung der Nagra auf dem Gebiet seiner Gemeinde an.

(586) 12. März: Der Nationalrat diskutiert den Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die Sicherheit der Kernkraftwerke und lehnt drei parlamentarische Einzelinitiativen ab, die eine Änderung des im Mai 1979 in der Volksabstimmung angenommenen revidierten Atomgesetzes zum Ziel hatten (Volksentscheid über den Bau von Kernkraftwerken, statt Parlamentsentscheid, sowie Vorliegen eines Entsorgungsprojektes schon bei der Erteilung der Rahmenbewilligung, statt erst bei der Inbetriebnahmebewilligung). Eine vierte Motion, welche die Verstaatlichung des gesamten Kernenergiebereichs forderte, wird ebenfalls abgelehnt. Ebenso eine Petition der Nordwestschweizer A-Werkgegner, mit welcher der Widerruf der Standortbewilligung für Kaiseraugst und die Nichterteilung der Betriebsbewilligung für Gösgen und Leibstadt verlangt wurde. Gleichzeitig überwies der Nationalrat eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt zu Kaiseraugst an den Bundesrat rein formell, also ohne zu deren Inhalt Stellung zu nehmen.

(587) 14. März: Der Gemeinderat von Hägendorf spricht sich mit 6 zu 5 Stimmen gegen eine Probebohrung in Hägendorf aus.

(588) 16. März: Die Bürger von Hägendorf sprechen sich in einer Urnenabstimmung
gegen eine Probebohrung auf dem Gebiet ihrer Gemeinde aus.

(589) 17. März: Der Vorstand des aargauischen Landesrings der Unabhängigen spricht sich in einem Pressecommunique für die Probebohrungen der Nagra aus und bezeichnet den Widerstand dagegen als destruktiv und unverantwortlich.

(590) Der Bundesrat antwortet der Solothurner Regierung zur Frage der Probebohrungen im Kanton Solothurn (vgl. Seite 2 Nr. 560). Die vom Kanton angesprochene Umweltbelastung werde in den verschiedenen Bewilligungsverfahren berücksichtigt werden.

(591) 18. März: Der Regierungsrat von Basel-Stadt hat sich laut einem Pressecommuniqu6 mit der Sicherstellung der Stromversorgung des Kantons befasst. Nachdem sich das Volk gegen Atomstrom ausgesprochen habe, bestehe die Gefahr, dass die Versorgung ungenügend sein werde und zu zwangsweiser Senkung des Verbrauchs sowie periodischen Abschaltungen in den einzelnen Quartieren Zuflucht genommen werden müsse.

(592) 21. März 1980: Die Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich spricht sich gegen die Wünschbarkeit des Kernkraftwerks Kaiseraugst aus.

(593) 24. März: Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Bund, Kanton Solothurn, Industrie und Elektrizitätswirtschaft für die Projektierung eines Wärmeverbundes Olten. Mit Abwärme aus dem Kernkraftwerk Gösgen soll ein bestimmtes Gebiet mit Wärme für Heizung und Warmwasser versorgt werden.

(594) 25. März: Der Beschluss der Parteileitung der Unabhängigen des Kantons Zürich, die Wünschbarkeit des Kernkraftwerks Kaiseraugst zu verneinen, wird bekannt.

(595) Einreichung eines Postulats aus dem Nationalrat, mit welchem der Bundesrat eingeladen wird zu prüfen, ob infolge der geänderten ökologischen Verhältnisse in Aare und Rhein die projektierten Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben nicht mit Flusswasserkühlung (statt mit Kühltürmen) ausgerüstet werden könnten.

(596) 26. März: Der Bundesrat auf zwei Einfache Anfragen aus dem Nationalrat: Die Nukleargeschäfte von Schweizer Firmen, z.B. mit Pakistan und Argentinien, seien rechtlich in Ordnung. Eine Verschärfung der schweizerischen Exportbestimmungen musste im Rahmen internationaler Absprachen erfolgen, aber nicht im schweizerischen Alleingang.

(597) Der Bundesrat auf eine Einfache Anfrage aus dem Nationalrat: Der Arbeitsrhythmus der Eidg. Energiekommission scheine ihm angemessen. Er werde alles daran setzen, den Bericht betreffend den Bedarf für das Kernkraftwerk Kaiseraugst im Herbst 1980 zu erhalten (vgl. Nr. 536 Seite 1) .

(598) 28. März: Das Bundesgericht entscheidet auf Grund einer Beschwerde von A-Werkgegnern aus dem Kanton Zürich, die Abstimmungsfrage zur Wünschbarkeit des Kernkraftwerks Kaiseraugst, über welche die Zürcher Stimmbürger am 27. April hätten entscheiden sollen, sei neu zu formulieren, da sie in ihrer jetzigen Form suggestiv wirke. Die Abstimmung muss deshalb verschoben werden.

(599) 29. März: Die Gemeindeversammlung Graben lehnt die Bildung einer KKW-Sonderkommission ab, die von den A-Werkgegnern beantragt wurde.

(600) Die Gemeindeversammlung von Derendingen beschliesst mit 66 gegen 33 Stimmen, gegen das Projekt Kernkraftwerk Graben eine Einwendung zu erheben, wobei die Nein-Stimmen 2,33 % der Stimmberechtigten der Gemeinde ausmachen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1980 (Ulrich Beck)

(601) 8. April: Eröffnung einer viertägigen Konferenz an der ETH Lausanne über "Les nouveaux systèmes d'énergie nucléaire".

(602) Veröffentlichung der schweizerischen Energiestatistik für 1979: die Kernkraftwerke erzeugten 24,7 % der inländischen Stromproduktion, d.h. 11,2 Mia kWh; der Stromverbrauch nahm um 3,7 % zu.

(603) 9. April: Die Kernkraftwerk Graben AG ist laut einer Stellungnahme bereit, die Frage der Kühlung beim Kernkraftwerk Graben zu prüfen, doch seien die ökologischen Verhältnisse der Aare nicht derart besser, dass eine direkte Flusswasserkühlung möglich wäre.

(604) Offizielle Orientierungsversammlung der Gemeinde Siblingen über die geplante Probebohrung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle).

(605) Ablehnung einer Konzessions-Beschwerde der SIK (Schweiz. Informationsstelle für Kernenergie) durch das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. gegen eine Sendung "Atomfehlalarm" des Deutschschweizer Fernsehens; Bundesrat Schlumpf als Vorsteher des Departements äussert jedoch schwerwiegende Bedenken zu der Art, wie das Thema glossiert wurde; er schliesst sich damit der Beschwerdekommission des Departements an, die ausserdem ihrer Sorge um ein professionell gut gemachtes Fernsehen Ausdruck gab.

(606) 10. April: Der Zürcher Regierungsrat auf eine parlamentarische Anfrage; das Alarmsystem für die Zürcher Gemeinden, die durch Unfälle in den Kernkraftwerken Beznau und Leibstadt gefährdet wären, sei ab 1981 wirksam.

(607) Die SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) stellt in einem Pressecommunique Falschmeldungen über angeblich erhöhte Kindersterblichkeit in der Umgebung des Kernkraftwerks Three Mile Island richtig.

(608) 11. April: Die AGNEB (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) veröffentlicht ihren 2. Tätigkeitsbericht.

(609) 15. April: Der Verband Schweiz. Elektrizitätswerke an einer Pressekonferenz u.a.: um die steigende Nachfrage nach Strom zu befriedigen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sei der Bau weiterer Kernkraftwerke unumgänglich.

(610) 16. April: Orientierungsversammlung der Gemeinde Böttstein über die von der Nagra geplante Probebohrung.

(611) 17. April 1980: Die AGNEB bildet eine "Untergruppe Geologie", der Vertreter von fachwissenschaftlichen Organisationen angehören.

(612) 18. April bis Ende Mai: Bekanntgabe der Stellungnahmen einer grossen Zahl der in den Vernehmlassungsprozess für das Kernkraftwerk Graben eingeschalteten Kantonsregierungen, Gemeinden, Parteien und Organisationen: die Kantone sprechen sich überwiegend für das Projekt aus, da sie den Bedarfsnachweis für erbracht halten.

(613) 19. April: Rund 45 Organisationen aus der ganzen Schweiz beschliessen, eine neue Antiatominitiative sowie eine Energieinitiative zu lancieren. (614) 20. April: Anlässlich einer konsultativen Urnenabstimmung in Siblingen (Kanton Schaffhausen) sprechen sich die Stimmbürger bei einer Stimmbeteiligung von 76 % mit 219 zu 84 Stimmen gegen das Projekt der Nagra aus, auf dem Gemeindegebiet eine Probebohrung durchzufahren.

(615) 22. April: Der Grosse Rat des Kantons St. Gallen erklärt die Volksinitiative "Zur Wahrung der Volksrechte in bezug auf Atomanlagen" als zustandegekommen.

(616) 23. April: Der Regierungsrat des Kantons Bern legt dem Kantonsparlament ein neues Energiegesetz vor, worin die Bestimmungen des Bundesrechts, z.B. über die Kernenergie, vorbehalten werden.

(617) Bekanntgabe der Tatsache, dass zwischen einer Delegation des Bundesamts für Energiewirtschaft und der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG sowie den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Land und Aargau sowie der Elektrizitätswirtschaft Gespräche über einen allfälligen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst geführt worden sind, wie es ein Postulat des Ständerats am 13.12.1979 (vgl. Chronik, Nr. 521) verlangt hat.

(618) 24. April: Der Zürcher Regierungsrat auf eine parlamentarische Anfrage: Der Kanton werde abklären, ob für die Probebohrungen der Nagra auf Kantonsgebiet nicht auch Bestimmungen des schweizerischen Raumplanungsgesetzes und der kantonalen einschlägigen Gesetzgebung anzuwenden sein werden.

(619) 30. April: Bekanntgabe des Zustandekommens einer kantonal-bernischen Initiative für die Mitsprache des Volkes beim Bau von Atomanlagen mit rund 19'700 Unterschriften.

(620) 3. Mai: Bekanntwerden der Antwort des Urner Regierungsrats auf eine parlamentarische Anfrage: die Publikation "Jenseits der Sachzwänge" von Umweltschutzorganisationen sei ein nützlicher Beitrag zur Energiediskussion, doch seien die darin enthaltenen Schlussfolgerungen in bezug auf den künftigen Energiebedarf sowie die rasche Ersetzbarkeit der traditionellen Energien und der Kernenergie durch Alternativenergien unrealistisch ohne einen beschränkten Ausbau von Kernkraftwerken würden in der 2. Hälfte der 80er Jahre empfindliche Energielücken und damit schwerwiegende Folgen für die gesamte Volkswirtschaft entstehen.

(621) 4. Mai: Die Glarner Landsgemeinde beschliesst, die Vernehmlassungen der Kantonsregierung zum Bau von Atomanlagen künftig der Urnenabstimmung zu unterwerfen.

(622) 6. Mai: Sabotageversuch am Meteomast auf dem Gelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst.

(623) 7. Mai: Pressekonferenz von 30 A-Werkgegner-Organisationen, an der eine eidgenössische "Initiative für den Stopp des Atomenergieprogramms" vorgestellt wird (vgl. Chronik Nr. 613).

(624) 8. Mai: Pressekonferenz von SES (Schweiz. Energiestiftung) und WWF Schweiz sowie ihnen nahestehenden Organisationen zur Vorstellung einer zweiten eidgenössischen Atominitiative "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und einer eidgenössischen Initiative "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung".

(625) Veröffentlichung des Geschäftsberichts 1979 der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG: bis Ende 1979 sind auf dem Baukonto 852,6 Mio Franken aufgelaufen.

(626) 9. Mai: Einreichung einer kantonal-luzernischen Volksinitiative mit rund 71400 Unterschriften zur "Wahrung der Volksrechte im Bereich der Atomenergie".

(627) 12. Mai (und folgende Wochen): Das EIR führt Messungen an der Dampffahne des Kühlturms des Kernkraftwerks Gösgen durch.

(628) Veröffentlichung der Resultate der pädagogischen Rekrutenprüfungen 1979: auf die Frage nach dem Bau neuer Kernkraftwerke erklärten sich 52 % dafür, 36 % dagegen.

(629) 13. Mai: Ablauf der Einsprachefrist für das !Kernkraftwerk Graben; es sind etwa 241500 Einsprachen oder Einwendungen eingegangen.

(630) 15. Mai: Eröffnung der Ausstellung "Radioaktiver Abfall in der Schweiz" der Nagra in Olten.

(631) 16. Mai 1980: Der Bundesrat lehnt eine nationalrätliche Motion ab, die eine Änderung des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren verlangte, Parteien, die "öffentlich-rechtliche Interessen" vertreten, von der Kostentragungspflicht zu befreien; der Motionär hatte auf die Kosten hingewiesen, die die A-Werkgegner für die Gösgen-Hearings (vgl. Chronik Nr. 540) zu zahlen hatten.

(632 a) Die Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz teilt mit, sie stehe den neuen Energieinitiativen (vgl. Chronik Nr. 623 und 624) positiv gegenüber, wolle jedoch noch keinen Unterstützungsbeschluss treffen, sondern die Entwicklung des zu schaffenden Energieartikels und der Bewilligungsverfahren für Kaiseraugst und Graben abwarten.
(632 b) Das Bundesamt für Energiewirtschaft gibt die Begrenzung der ersten Alarmzone für das Kernkraftwerk Graben bekannt.

(633) 19. Mai: Streitgespräch in Kaisten über die auf dem Gebiet dieser Gemeinde von der Nagra geplante Probebohrung.

(634) 20 Mai: Die Regierung von Basel-Stadt lehnt ein Postulat ab, welches sie verpflichten sollte, Private finanziell zu unterstützen, die eine Beschwerde gegen eine Atomanlage fuhren.

(635) Eröffnung einer viertägigen Konferenz der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg über die nukleare Entsorgung, an der ein Vertreter der Nagra die schweizerischen Pläne zur Beseitigung des radioaktiven Abfalls darlegt.

(636) 21. Mai: Die IEA (Internationale Energieagentur) empfiehlt der Schweiz u.a., den Ausbau der Kernenergie nicht zu verzögern, sonst müsse ein Alternativprogramm zur Kohleverstromung entwickelt werden.

(637) 22. Mai: Die SVA protestiert in einer Pressemitteilung gegen die einseitige Berichterstattung der Tagesschau des Fernsehens DRS über die Empfehlungen der IEA.

(638) 24. Mai: Bekanntwerden der Tatsache, dass die Schweiz vorläufig den Zusatzvertrag zum Nuklearabkommen mit Kanada nicht unterzeichnen werde, sondern die zweite Ueberprüfungskonferenz zum Atomsperrvertrag vom 11.8. bis 3.9.80 in Genf abwarten wolle (vgl. Chronik Nr. 442, 424).

(639) Das Kernkraftwerk Beznau schliesst sein 10. Betriebsjahr ausserordentlich erfolgreich ab; nach dem letzten Brennstoffwechsel war es 310 Tage lang ununterbrochen im Betrieb und produzierte dabei 2,7 Mia kWh Strom.

(640) 24. - 26. Mai: Pfingst-Aktionen der A-Werkgegner mit wesentlich weniger Teilnehmer als in den vorangehenden Jahren. An einer Schlusskundgebung in Baden wird mit zukünftigen Besetzungen (Graben, Sondierbohrungen der Nagra) gedroht.

(641) 29. Mai: Der Bundesrat lehnt auf eine parlamentarische Anfrage den Vorschlag ab, wonach der Schichtführer eines Kernkraftwerks nicht ein Werkangestellter, sondern ein Bundesbeamter sein sollte.

(642) 29. Mai: Die SFRV (Schweiz. Fernseh- und Radiovereinigung) äussert in einem Presse-Communiqué die Ansicht, die Tagesschau des Fernsehens DRS habe Mühe mit der Berichterstattung über Kernenergiefragen; sie unterschlage wichtige Sachverhalte und verkenne die Proportionen.

(643) 5. Juni: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements, Bundesrat Leo Schlumpf, in einem Zeitungsinterview: die Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle müsse dringend gelöst werden; Engpässe in der Energieversorgung der 80er Jahre seien denkbar; der Bundesrat werde zur Frage "Endlagerung oder langfristige Zwischenlagerung" erst Stellung nehmen, wenn das Nagra-Projekt vorliege.

(644) A-Werkgegner-Gruppen, die Einsprache gegen die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen erhoben hatten, deponieren erneut eine Eingabe an den Bundesrat mit der Forderung, Gösgen stillzulegen.

(645) 6. Juni: Bekanntwerden der Begründung des Bundesgerichts zu seiner Ablehnung der Formulierung der Fragestellung auf dem Stimmzettel in der kantonalzürcherischen Abstimmung zur Wünschbarkeit des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Chronik Nr. 598).

(646) Der Schweiz. Energiekonsumenten-Verband anlässlich seiner Generalversammlung: der Ausbau der Kernenergie sei eine zwingende Notwendigkeit; eine Energiepolitik, die sich nur auf generelle Einsparungen stütze, hätte eine Schrumpfung des wirtschaftlichen Potentials zur Folge und würde die Arbeitslosigkeit vergrössern.

(647) Das Kernkraftwerk Gösgen wird für den ersten Brennstoffwechsel und Revisionsarbeiten für etwa zwei Monate abgestellt, seit der Betriebsaufnahme im November 1979 seien 4,1 Mia kWh Strom ans Netz abgegeben worden, d.h. 15 % der schweizerischen Elektrizitätsproduktion; das Werk habe in dieser Zeit fast 90 % Verfügbarkeit erreicht.

(648) 9. Juni: Der Gemeinderat (Legislative) von Lucens nimmt eine Motion an, wonach sich die Gemeinde der Vereinigung waadtländischer und freiburgischer Gemeinden gegen das Projekt eines Lagers für radioaktiven Abfall in Lucens anschliessen solle.

(649) Eröffnung der Ausstellung "Radioaktiver Abfall in der Schweiz" der Nagra in Solothurn.

(650) 10. Juni 1980: Beginn der Sammelfrist von 18 Monaten für die 1001000 erforderlichen Unterschriften zur eidgenössischen Volksinitiative "für den Stopp des Atomenergieprogramms" (vgl. Chronik Nr. 623 und Nr. 632).

(651) An der Generalversammlung der Compagnie vaudoise d'électricité wird festgestellt, ab 1986 könnte es zu Versorgungsschwierigkeiten mit Elektrizität und damit zu Stromabstellungen kommen, wenn der Bau der Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben weiter verzögert werde.

(652) 13. Juni: Anlässlich der Generalversammlung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) wird festgestellt, dass das Kernkraftwerk Graben neben demjenigen von Kaiseraugst für eine sichere und genügende Stromversorgung der Schweiz nötig sei.

(653) Das Bundesamt für Energiewirtschaft erteilt der Firma Gebr. Sulzer AG, Winterthur, die Bewilligung für den Export einer Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien (vgl. Chronik Nr. 596).

(654) Das Bundesamt für Energiewirtschaft veröffentlicht ein Muster-Energiegesetz für Kantone.

(655) 16. Juni: Der Bundesrat zu parlamentarischen Anfragen: die Gefährdung oder Zerstörung von Kernkraftwerken durch kriegerische Handlungen sei nicht auszuschliessen, gezielte Aktionen hiefür seien jedoch unwahrscheinlich; die Verordnung zum revidierten Atomgesetz wirke bezüglich des Rahmenbewilligungsverfahrens nicht einschränkend, doch dürfe die Durchführung von kantonalen Abstimmungen über die Vernehmlassungen der Kantone den Gang des Bewilligungsverfahrens nicht verzögern; ein schwerer Unfall im französischen Brüter-Kernkraftwerk von Creys-Malville hätte im 70 km entfernten Genf kaum Auswirkungen; die Inseratenkampagne der Nagra zur Information der Bevölkerung über ihre Tätigkeit sei nicht ungehörig, und es sei nichts dagegen einzuwenden.

(656) 17. Juni: Beginn der Sammelfrist von 18 Monaten für die 1001000 erforderlichen Unterschriften zu den eidgenössischen Volksinitiativen "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" (vgl. Chronik Nr. 624, Nr. 650).

(657) Dem Geschäftsbericht der Kernkraftwerk Leibstadt AG für 1979 ist zu entnehmen, dass dieses Werk zu über zwei Dritteln fertiggestellt sei und das Baukonto Ende 1979 einen Stand von 2,2 Mia Franken erreicht habe.

(658) 20. Juni: An der Generalversammlung des VSM (Verein Schweiz. Maschinenindustrieller) stellt Bundesrat F. Honegger fest, die Kernenergie biete sich in unserem Land als die beste, wenn auch nicht alleinige Energiealternative an.

(659) 20./21. Juni: Das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung), Würenlingen, führt eine Feier zum 25. Jahrestag seiner Gründung durch und veranstaltet einen "Tag der offenen Tür"; an der Feier weist Bundesrat H. Hürlimann darauf hin,
dass das EIR einen grossen Beitrag an eine sichere, zuverlässige und umweltschutzgünstige Energieversorgung leiste.

(660) 23. Juni: Die Vereinigung waadtländischer und freiburgischer Gemeinden gegen ein Lager für radioaktive Abfälle in Lucens, die 35 Gemeinden zählt, beschliesst an ihrer Generalversammlung den statutarischen Zweckartikel, nach welchem sie sich mit allen gesetzlichen Mitteln einem solchen Lager in Lucens widersetzen wolle. (vgl. Chronik Nr. 648).

(661) 24. Juni: Die Nagra reicht bei den Bundesbehörden ihre zwölf Gesuche für Sondierbohrungen in den Gemeinden Siblingen, Leuggern, Weiach, Böttstein, Kaisten, Bachs, Riniken, Hornussen, Birrhard, Schafisheim, Niedergösgen und Hägendorf ein. Sie erwartet, dass die Gesuche bis Ende April 1981 bewilligt werden.

(662) 25. Juni: Der Kantonsrat (Legislative) des Kantons Solothurn lehnt eine Motion ab, mit der verlangt worden war, der Kanton solle eine Standesinitiative einreichen, nach welcher Atomanlagen nur mit Zustimmung des Standortkantons errichtet werden dürften.

(663) 26. Juni: Der Bundesrat erteilt der Nagra die Bewilligung, im Einblick auf die spätere Errichtung eines Felslabors auf dem Gebiet der Gemeinde Guttannen horizontale Sondierbohrungen vorzunehmen.

(664) Der Grosse Rat von Basel-Stadt nimmt gegen den Willen der Regierung (vgl. Chronik Nr. 634) ein Postulat an, wonach private Organisationen bei der Finanzierung von Fachexperten durch den Kanton unterstützt werden sollen, wenn sie gemäss dem kantonalen Atomschutzgesetz Einsprache gegen eine Atomanlage erheben (vgl. Chronik Nr. 368).

(665) 27. Juni: Veröffentlichung des Geschäftsberichts 1979 des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke). Daraus ist zu entnehmen, dass der Verbrauch an Strom im Jahre 1979 gegenüber dem Vorjahr um 4 % zugenommen hat und 33'766 kWh erreichte.

(666) Zustandekommen der kantonal-genferischen Initiative "L'énergie est notre affaire", mit der u.a. die Ablehnung des Projekts des Kernkraftwerks Verbois gefordert wird.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1980 (Ulrich Beck)

(667) 2. Juli: Der Zürcher Regierungsrat setzt den 28. September 1980 als neues Datum für die konsultative Volksabstimmung über die Wünschbarkeit des Kernkraftwerks Kaiseraugst fest. (vgl. Nr. 645, 598 der Chronik)

(668) Der Aargauer Regierungsrat beantwortet eine Interpellation betreffend Spannungen zwischen aargauischen Regionen im Zusammenhang mit den Ausbauplänen der Energiewirtschaft im Bereich der Kernenergie. Es sei nichts Aussergewöhnliches, wenn sich in der Politik unterschiedliche Interessen gegenüberstünden.

(669) 9./10. Juli 1980: Solothurnische Zeitungen dementieren Behauptungen der Ueba Aargau/Solothurn über angeblich hohe Abgaben von Iod-131 durch das Kernkraftwerk Gösgen.

(670) 10. Juli: Mitteilung der Eidg. Kommission für Strahlenschutz über die Resultate der Kontrolle von beruflich strahlenexponierten Personen im Jahre 1979: es sei bei keinem Angestellten von Kernkraftwerken die zulässige Strahlendosis überschritten worden, wobei die mittlere Strahlendosis weniger als 10 % der erlaubten Höhe betragen habe.

(671) 16. Juli: Der St. Galler Regierungsrat bezeichnet die Volksinitiative "Demokratie bei Atomanlagen" als ungültig, da bundesrechtswidrig. (vgl. Nr. 549 der Chronik).

(672) 17. Juli: Die Solothurner Regierung veröffentlicht ein Schreiben Bundesrat Schlumpfs, worin dieser u.a. erklärt, der Beizug aussenstehender Experten wurde nicht dazu dienen, den Sicherheitsstandard von Kernkraftwerken zu erhöhen.

(673) 18. Juli: Die Kernkraftwerk Graben AG weist Behauptungen der Gewaltfreien Aktion Graben zurück, die Erdbebensicherheit sei beim projektierten Kernkraftwerk Graben nicht gewährleistet.

(674) 21. Juli: Bekanntwerden eines Schreibens von Bundesrat Schlumpf an die Aargauer Regierung, worin er die Rechtslage bei den von der Nagra vorgesehenen Probebohrungen dahin interpretiert, dass nicht der Bundesrat allein für alle Bewilligungen dieser Vorhaben zuständig sei, sondern dass es Aufgabe der Kantone und Gemeinden sei, aufgrund der "entsprechenden Gesetzgebung" die baupolizeilichen Bewilligungen zu erteilen.

(675) Der amerikanische Reaktorhersteller General Electric (GE) wendet sich in einer Pressemitteilung gegen die Behauptung der KOLKO (Genossenschaft schweizerischer Kohleimportfirmen), die GE wende sich von der Kernenergie ab, und weist darauf hin, dass

in der Schweiz Mühleberg, Leibstadt, Kaiseraugst und Graben mit GE-Siedewasserreaktoren ausgerüstet sind resp. solche erhalten sollen.

(676) 22. Juli: Bekanntwerden des Jahresberichts 1979 der Badischen Landesanstalt (Umweltschutzbehörde) in Karlsruhe, worin festgehalten wird, es sei an keiner Stelle eine erhöhte Ortsdosis an Radioaktivität festgestellt worden, die auf einen Störeinfluss durch das Kernkraftwerk Beznau schliessen liesse.

(677) 29. Juli: Veröffentlichung der Gesuche der Nagra für zwölf Tiefbohrungen im Bundesblatt, womit die 60tägige Frist für Einsprachen und Einwände zu laufen beginnt. (vgl. Nr. 661 der Chronik).

(678) Beginn der von der Nagra geplanten Probebohrungen im Grimselgebiet zwecks Abklärung der Möglichkeit der Einrichtung eines Felslabors. (vgl. Nr. 663 der Chronik).

(679) 30. Juli: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement veröffentlicht das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zur Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst: 13 Kantone haben sich für Erteilung der Bewilligung ausgesprochen, weil der Bedürfnisnachweis erbracht sei, zwei sind eindeutig dagegen (Basel-Stadt, Basel-Land), die übrigen nehmen differenziert (Angabe von Voraussetzungen oder Bedingungen) oder gar nicht Stellung.

(680) 5. August: Pressekonferenz der Sulzer-Konzernleitung in Winterthur, an der Vorwürfe einer "Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte" zurückgewiesen werden, in denen u.a. behauptet wurde, die Schweiz leiste dadurch Beihilfe zum Atomkrieg, dass sie den Export einer Sulzer-Schwerwasseranlage nach Argentinien bewilligt habe.

(681) 8. August: Dem Jahresbericht 1979 der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie ist u.a. zu entnehmen, dass sich die nukleare Stromproduktionskapazität mit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gösgen 1979 verdoppelt habe. Damit hätten die schweizerischen Kernkraftwerke einen Anteil von rund 30 % an der gesamten inländischen Stromproduktion. Sie deckten gegenwärtig 6 % des schweizerischen Energiebedarfs.

(682) Der St. Galler Regierungsrat beantragt dem Kantonsparlament, die Volksinitiative "Demokratie bei Atomanlagen" als rechtswidrig zu erklären. (vgl. Nr. 671 der Chronik).

(683) 11. August: Eröffnung der Nagra-Wanderausstellung "Radioaktiver Abfall in der Schweiz - Woher? Wohin?" in Bülach.

(684) 14. August: An der Genfer Revisionskonferenz für den Atomsperrvertrag übt der Schweizer Delegationschef, Botschafter Bindschedler, scharfe Kritik an der Vertragspraxis.

(685) 17. August: In einer konsultativen Urnenabstimmung lehnen die Bürger von Bachs mit 211 zu 24 Stimmen, bei einer Stimmbeteiligung von 84 %, Sondierbohrungen der Nagra auf ihrem Gebiet ab.

(686) 18. August 1980: Die Nagra verbreitet eine Pressemitteilung, wonach sie am Standort Bachs festhält.

(687) Die Nagra veröffentlicht die Resultate einer Meinungsumfrage, wonach 62 % der Deutsch- und Westschweizer für die Durchführung von Probebohrungen durch die Nagra sind, aber nur 43 % sie auf dem Gebiet ihrer Wohngemeinde sehen möchten.

(688) 22. August: Anlässlich der Generalversammlung 1980 des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) wird ein Zusatzbericht zum 6. "Zehn-Werke-Bericht" von 1979 vorgestellt, worin auf die Bedeutung einer ausreichenden Reserve für eine gesicherte Stromversorgung der Schweiz hingewiesen wird. Es sei nötig, nach Leibstadt nacheinander zwei weitere Kernkraftwerke zu bauen, da sich für die zweite Hälfte der Achtziger Jahre Versorgungsengpässe abzeichneten.

(689) 23. August: Bekanntwerden des Zustandekommens einer Volksinitiative im Kanton Genf, die unter der Bezeichnung "L'Energie, notre affaire" u.a. zum Ziel hat, das geplante Kernkraftwerk Verbois zu verhindern.

(690) 23./24. August: Tage der offenen Tür im sich im Bau befindenden Kernkraftwerk Leibstadt.

(691) 27. August: Einreichung einer Volksinitiative "Demokratie bei Atomfragen" im Kanton Solothurn.

(692) Der Bundesrat beschliesst einen Nachtrag von 1,3 Mio Franken an ein Projekt der Europäischen Atomgemeinschaft, womit das Forschungsarbeitsvolumen für dieses Projekt in der Schweiz 19,3 Mio Franken erreicht.

(693) 28. August: Anlässlich der Jahresversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie weist ihr Präsident darauf hin, dass die Entschlusslosigkeit in Energiefragen teuer zu stehen komme. An der gleichen Veranstaltung unterstrich H.P. Schulthess, Generaldirektor der BBC, wie wichtig es für die schweizerische Wirtschaft sei, dass keine Unterversorgung der Industrie mit Elektrizität eintrete. Es genüge schon eine Deckungslücke von 5 %, um in bestimmten Branchen die Betriebe stillstehen zu lassen; eine genügende Versorgung sei nur mit Kernenergie sicherzustellen.

(694) Bekanntwerden des Scheiterns einer kantonalbernischen Volksinitiative "für eine umweltfreundlichere BKW", da die nötige Unterschriftenzahl nicht erreicht wurde.

(695) 29. August: Orientierungsversammlung der Gemeinde Hornussen über die dort geplante Probebohrung der Nagra. Der Gemeinderat opponiere nicht dagegen.

(696) 1. September: Bekanntwerden des Beschlusses des "Rheinaubunds", die eidg. "Energie-Initiative" nicht zu unterstützen. (vgl. Nr. 656 der Chronik).

(697) 2. September: In Zukunft werden die neu erscheinenden Telefonbücher ein Merkblatt "Alarmierung der Bevölkerung in Friedenszeiten" enthalten, das sich u.a. auch auf den Strahlenalarm bezieht.

(698) 4. September: Das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) und die "Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst" (GAK) kündigen an einer Pressekonferenz u.a. die Lancierung einer Gesetzesinitiative für ein Energiegesetz in Basel-Stadt an.

(699) Ablehnung einer Beschwerde der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie durch den EVED-Vorsteher gemäss einem Gutachten der "Kommission Reck" gegen den Jahresrückblick 1977 der Tagesschau des Fernsehens DRS.

(700) 16. September: Eröffnung der Nagra-Wanderausstellung "Radioaktiver Abfall in der Schweiz - Woher? Wohin?" in Winterthur.

(701) 17. September: An einer Gemeindeversammlung sprechen sich die Bürger der Gemeinde Weiach in einer Konsultativabstimmung gegen die geplante Probebohrung der Nagra aus.

(702) 19. September: Die AGNEB (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) befasst sich mit dem Bericht einer Gruppe von Geologen (vertreten in der "Untergruppe Geologie", vgl. Nr. 611 der Chronik), die von der AGNEB aufgefordert worden waren, sich zu den Nagra-Sondiergesuchen zu äussern.

(703) Die Nagra gibt bekannt, die bisherigen Ergebnisse ihrer Bohrungen auf der Grimsel zur Abklärung der Möglichkeiten, dort ein Felslabor einzurichten, hätten die Erwartungen erfüllt bis übertroffen.

(704) 20. September: In Basel findet eine "Koordinationskonferenz" der Anti-Atomenergie-Bewegung (ICC) mit Delegierten aus 10 Ländern statt.

(705) 23. September: Pressekonferenz des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten betreffend einen von der internationalen und inländischen Tagespresse behaupteten Nuklearexport-Stopp der USA gegenüber der Schweiz wegen schweizerischen Lieferungen an Pakistan; die Behauptungen werden als unzutreffend bezeichnet.

(706) 25. September: An der Hauptversammlung des Schweiz. Wasserwirtschaftsverbandes wird erklärt, aus wirtschaftlichen Gründen sei eine genügende Energieversorgung nötig. Die Kernenergie müsse weiterentwickelt werden, besonders auch der Schnelle Brüter.

(707) 26. September 1980: Veröffentlichung eines Schreibens des Bundesrats an die Aargauer Regierung betreffend Zuständigkeit für den Bevölkerungsschutz bei Grenz-Kernkraftwerken. Die Kantonsregierung werde zu entsprechenden Verhandlungen zwischen den deutschen und schweizerischen Behörden immer eingeladen.

(708) 28. September: In einer konsultativen Volksabstimmung im Kanton Zürich sprechen sich bei einer Stimmbeteiligung von rund 36 % die Stimmbürger mit 1251586 gegen 122'282 Stimmen für die Wünschbarkeit des Kernkraftwerks Kaiseraugst im benachbarten Kanton Aargau aus.

(709) 29. September: In einer Fragestunde des Nationalrats wiederholt der Vorsteher des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten die an der Pressekonferenz vom 23. September (vgl. Nr. 705 der Chronik) gemachten Feststellungen über die in der Presse aufgebauschten angeblichen Schwierigkeiten in der nuklearen Zusammenarbeit zwischen den USA und der Schweiz. Es seien im Zusammenhang mit schweizerischen Exporten nach Pakistan von den USA keine Lieferungen von Uran nach der Schweiz zurückgehalten worden. Die Schweiz halte sich strikte an die Bestimmungen des Nichtweiterverbreitungsvertrages.

(710) Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement veröffentlicht den Bericht der "Geologengruppe"(vgl. Nr. 702 der Chronik) zuhanden der AGNEB, aus dem eine teilweise Uneinigkeit zwischen ihr und der Nagra hervorgeht. Die Nagra veröffentlicht gleichzeitig eine Stellungnahme zu diesem Bericht.

(711) Anlässlich der Generalversammlung der Elektrowatt, Zürich, äussert sich H. Bergmaier, Delegierter des Verwaltungsrats, wegen des langen Zauderns im Ausbau der Kernenergienutzung nähere sich die Schweiz dem seit einiger Zeit vorprogrammierten Engpass in der Versorgung unseres Landes mit Strom immer mehr.

(712) 30. September: Bei Ablauf der Einsprache- und Einwendungsfrist gegen die Gesuche der Nagra für 12 Probebohrungen liegen 824 Interventionen vor, 470 davon aus der Schaffhauser Gemeinde Siblingen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1980 (Ulrich Beck)

(713) 7. Oktober: Der Regierungsrat des Kantons Zug lehnt eine Motion ab, mit der verlangt wurde, bei eidgenössischen Vernehmlassungen über Atomanlagen sei eine Mitsprache des Kantonsrats und ein fakultatives Referendum vorzusehen.
(714) 18. Oktober: Die Firma Sulzer nimmt Stellung zu den Vorwürfen einer "Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte", die am gleichen Tag eine Demonstration durchfuhrt, um gegen den Export einer Schwerwasseranlage nach Argentinien zu protestieren; Sulzer bezeichnet die dabei gemachten Vorwürfe als haltlos.

(715) 20. Oktober: Die zuständigen Stellen in Freiburg im Breisgau geben die Auflage des Katastropheneinsatzplans für die Umgebung von kerntechnischen Anlagen bekannt, in den auch das Kernkraftwerk Beznau in der Schweiz einbezogen ist.

(716) 21. Oktober: Beginn einer zweitägigen, von der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie veranstalteten und unter dem Patronat der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) stehenden Informationstagung über die "Endlagerung radioaktiver Abfälle - eine Standortbestimmung aus schweizerischer Sicht".

(717) 22. Oktober: Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Jahresbericht 1979 der Kommission für die Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR), in dem die geringe Höhe der Strahlenbelastung der schweizerischen Bevölkerung festgehalten wird. Abgesehen von medizinischen Anwendungen sei die künstliche (zivilisatorische) Belastung kleiner als die von natürlichen Quellen herrührende.

(718) Der Bundesrat beschliesst, in seinen Vorschlag für einen Energie-Verfassungsartikel keine zweckgebundene Energiesteuer einzubauen; auch Kernbrennstoffe wären durch sie belastet worden.

(719) 23. Oktober: Das Eidg. Verkehrs- und Energiedepartement veröffentlicht die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Kernkraftwerk Graben: 17 Kantone sind der Auffassung, es bestehe ein Bedarf für dieses Werk, so dass die Rahmenbewilligung für dessen Bau erteilt werden solle; Basel-Stadt, Basellandschaft und Jura äusserten sich dagegen, Schwyz, Schaffhausen, Tessin, Waadt, Neuenburg und Appenzell-Innerrhoden lassen die Frage nach dem Bedarf offen; im weiteren wurden über 20'000 fristgerechte Einwendungen von Personen, Organisationen und Gemeinden aus der Schweiz, der BRD und Frankreich erhoben.

(720) Anlässlich der Generalversammlung der Motor-Columbus AG, Baden, stellt Verwaltungsratspräsident Michael Kohn die Frage, ob es nicht ein Anachronismus sei, im Zeitalter der weltweiten Erdölkrise die Befürworter der Kernenergie nachweisen zu lassen, dass Kernkraftwerke nötig seien, statt dass die Gegner nachweisen müssten, dass es sie nicht brauche.

(721) 24. Oktober: Die Regierung des Kantons Bern beantragt dem Grossen Rat, die Atomschutzinitiative der sozialdemokratischen Partei ohne Gegenvorschlag und mit Antrag auf Ablehnung der Volksabstimmung zu unterwerfen; das in der Initiative vorgeschlagene Mitspracherecht des Volkes sei viel zu kompliziert und habe keine grosse praktische Bedeutung.

(722) Bekanntwerden der Ablehnung einer Gemeindebeschwerde durch den Regierungsstatthalter, mit der gegen die seinerzeitige Schaffung einer speziellen Kernkraftwerkszone in Graben Einsprache erhoben worden war.

(723) Der Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes lehnt einen mehrjährigen Baustopp für alle zur Zeit in der Schweiz geplanten Kernkraftwerke ab.

(724) EG-Kommissar Guido Brunner an einer Veranstaltung in Basel: der dringend nötige Prozess des Verdrängens von Erdöl bedinge die Alternativenergien, worunter die Kernenergie.

(725) 29. Oktober 1980: Bekanntwerden einer Resolution des Zentralkomitees der Partei der Arbeit der Schweiz, nach welcher sich diese hinter die Atominitiative der Kreise um SES/WWF/LdU stellt (vgl. Nr. 624, 656 der Chronik).

(726) 30. Oktober : Orientierungsversammlung des Hauseigentümerverbandes Olten über das Projekt "Plenar Wärmeverbund CH", das die Nutzung von Abwärme vor allem auch aus dem Kernkraftwerk Gösgen für Raumheizung und Warmwasserversorgung vorsieht, und einem damit verbundenen Pilotprojekt in Olten.

(727) Der Zuger Kantonsrat lehnt eine Motion ab, mit der eine Mitsprache des Volkes bei Vernehmlassungen der Regierung zu Atomanlagen gefordert wurde. (vgl. Nr. 713 der Chronik).

(728) 31. Oktober: Deponierung einer Atominitiative im Kanton Jura: die mit 4734 Unterschriften zustandegekommene Initiative verlangt das Mitspracherecht des Volkes durch Abstimmung bei Stellungnahmen der Kantonsregierung zu Atomanlagen.

(729) 3. November: Veröffentlichung der Ergebnisse der 4. Jahreskonferenz der Intemationalen Handelskammer in Lissabon; unter anderem wird festgestellt, dass Kohle, Wasser und Kernenergie die realistischsten Möglichkeiten der Stromgewinnung seien.

(730) 4. November: Die vorberatende Kommission des Ständerates verabschiedet den Gesetzesentwurf zu einem neuen Kernenergie-Haftpflichtgesetz, das eine unbeschränkte Haftung der Anlageinhaber vorsieht, wobei u.a. Kriegs- und Naturschäden ausgenommen und auf die Ausdehnung des Rückgriffsrechts verzichtet werden sollen.

(731) 5. November: Der Regierungsrat des Kantons Solothurn widersetzt sich in seiner Stellungnahme zum Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) einem Endlager auf Kantonsgebiet und nennt für die geplanten Probebohrungen in Hägendorf und Niedergösgen eine Reihe von Auflagen; er hält es ausserdem für zweckmässig, zuerst nur drei Bohrungen im Kanton Aargau durchzufahren.

(732) 8. November: 100 - 150 Personen nehmen an einer Demonstration gegen das Kernkraftwerk Leibstadt in der Nähe dieser sich im Bau befindenden Anlage teil.

(733) 11. November: Zustandekommen einer von der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn lancierten Initiative, wonach Vernehmlassungen der Kantonsregierung zu Atomanlagen der Volksabstimmung zu unterwerfen wären; es wurden 4'687 gültige Unterschriften abgegeben.

(734) 13. November: Der Regierungsrat des Kantons Aargau widerspricht der Auffassung der Regierung des Kantons Solothurn (vgl. Nr. 731 der Chronik) bezüglich der Anzahl der von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) durchzuführenden Probebohrungen; sie dürfe nicht aus politischen oder baupolizeilichen Gründen beschränkt werden.

(735) Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Ein Unterbruch der nuklearen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den USA hätte vorderhand keine Betriebseinstellung der schweizerischen Kernkraftwerke zur Folge (vgl. Nr. 509, 705 der Chronik).

(736) 17. November: Der Grosse Rat des Kantons Freiburg lehnt eine Motion ab, mit der das Mitspracherecht des Volkes bei Stellungnahmen der Regierung zu Atomanlagen verlangt worden war.

(737) 18. November: Beginn der dreimonatigen Frist, während der das Gesuch für die Inbetriebnahme und den Betrieb des Kernkraftwerks Leibstadt öffentlich aufgelegt wird.

(738) 19. November: Die Regierung des Kantons Zürich nimmt Stellung zu den Gesuchen für Probebohrungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) und beantragt dem Bundesrat, die in der Gemeinde Bachs vorgesehene Bohrung abzulehnen; dagegen habe sie keine grundsätzlichen Einwände gegen den Standort Weiach.

(739) 20. November: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement teilt mit, im 1. Semester 1980 sei der Gesamtenergieverbrauch des Landes um rund 3 % zurückgegangen, hingegen der Stromverbrauch um 3,4 Prozent gestiegen.

(740) 21. November: Verurteilung von sechs Kernkraftwerkgegnern durch einen Berner Einzelrichter, die von der BKW (Bernische Kraftwerke AG) der üblen Nachrede angeklagt worden waren, weil sie in einem Inserat vor der Abstimmung über die Atom-Initiative vom Februar 1979 (vgl. Nr. 366 der Chronik) Unwahrheiten betreffend das Kernkraftwerk Mühleberg der BKW behauptet hatten.

(741) 22. November: Die AVES (23 Regionalvereinigungen der "Aktion für vernünftige Energiepolitik") veröffentlicht eine Erklärung, in der sie Taten statt Worte fordert, um die Erdölabhängigkeit der Schweiz zu vermindern; es seien 16 Monate nach Gutheissung des revidierten Atomgesetzes (vgl. Nr. 419 der Chronik) noch immer keine konkreten Entscheidungen getroffen worden.

(742) 24. November 1980: Transportpanne während der Überführung eines Generators zum sich im Bau befindenden Kernkraftwerk Leibstadt.

(743) 26. November: Bekanntwerden einer Stellungnahme der Ammänner von sieben Gemeinden im Bereich der in Hornussen geplanten Probebohrung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle): sie akzeptieren die vorgesehenen 12 Bohrungen (vgl. Nr. 542, 543, 580, 604 der Chronik), die alle durchgeführt werden müssten, lehnen aber ein Endlager für radioaktive Abfälle in Hornussen entschieden ab.

(744) Lancierung einer Initiative im Kanton Uri, mit der Massnahmen zum Energiesparen und zur effizienteren Nutzung der Energie verlangt werden, damit u.a. Kernkraftwerke überflüssig würden.

(745) 28. November: Nach Abschluss ihrer rund ein Jahr dauernden Arbeiten gibt die Eidg. Energiekommission dem Bundesrat ihre Stellungnahme zur Bedürfnisfrage für das Kernkraftwerk Kaiseraugst ab: ein Drittel der Kommission sehe keinen Bedarf für mehr Kraftwerke, ein Drittel rechne mit einer Lücke von 170 bis 680 MW bis 1990, ein Drittel bejahe den Bedarf für rund 1000 MW.

(746) 1. Dezember: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement veröffentlicht die Stromstatistik für das hydrologische Jahr 1979/80: die Produktion betrug 49,5 Mrd. Kilowattstunden (kWh), wovon aus Kernkraftwerken 27,5 %; der Verbrauch nahm um 3,2 % zu und belief sich auf 37,8 Mrd. kWh; nach Abzug der Einfuhren ergab sich ein Ausfuhrüberschuss von 10,2 Mrd. kWh.

(747) Der Grosse Rat des Kantons Waadt lehnt einen Antrag aus seiner Mitte ab, in dem die Unterstellung der Einrichtung von Elektroheizungen unter einen Bedarfsnachweis verlangt worden war.

(748) 5. Dezember: Das Schweizerische Nationalkomitee der Weltenergiekonferenz berichtet an einer Pressekonferenz über die Ergebnisse der 11. Weltenergiekonferenz vom September 1980 in München: es sei dringend nötig, dass die Industrieländer Erdöl durch Kohle, Erdgas und Kernenergie sowie weitere Energien ersetzten.

(749) 6. Dezember: Bundesrat Kurt Furgler in einem Zeitungsinterview: Die Schweiz habe auf längere Sicht neue Energiequellen nötig, auch wenn man ganz sparsam Energie verbrauche, und neue Energiequellen heisse vor allem Kernenergie, neben der man auch Kohle berücksichtigen müsse.

(750) 8. Dezember: Der Bundesrat in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage: es sei keine ins Gewicht fallende Abhängigkeit der Schweiz von Strom aus dem Ostblock zu befürchten; es sei nichts gegen einen begrenzten Stromaustausch mit dem Osten einzuwenden, doch käme eine Berücksichtigung dieser Bezugsmöglichkeit beim Bedarfsnachweis für Kernkraftwerke nicht in Betracht.

(751) 9. Dezember: Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft gibt bekannt, durch den frühen Wintereinbruch sei der Strombedarf je nach Region um 4 - 12 % gestiegen; dank der Zuverlässigkeit der Kernkraftwerke sei aber kein Engpass eingetreten.

(752) 10. Dezember: Verbreitung einer Erklärung eines Verantwortlichen des US-Energiedepartements, nach welcher der "Nuklearstreit" zwischen der Schweiz und der USA entschärft worden sei (vgl. Nr. 705 der Chronik).

(753) 15. Dezember: Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht den Bericht der schweizerischen INFCE-Delegation (INFCE = eine internationale, von 1977 bis 1980 durchgeführte Konferenz über Fragen des Kernbrennstoff-Kreislaufes): für die Wahrung des Weltfriedens sei eine gesicherte Energieversorgung über einen zunehmenden Anteil der Atomenergie ebenso wichtig wie die Nichtverbreitung von Atomwaffen.

(754) 15. Dezember: Der Bundesrat auf eine Anfrage aus dem Nationalrat: die Bestimmungen über das Bewilligungsverfahren für Kernkraftwerke seien im geltenden Gesetz nur rudimentär geregelt und es dränge sich ein Überdenken auf.

(755) 16. Dezember: Ein Gemeinderat von Pratteln erklärt während einer Einwohnerratssitzung, die Gemeinde werde alles in ihrer Macht stehende tun, um ein Kohlekraftwerk auf ihrem Gebiet zu verhindern; die Kantone Basel-Land und Basel-Stadt prüfen zur Zeit ein solches Projekt als eventuelle Ersatzlösung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst, wie am Tag vorher in der Presse berichtet wurde.

(756) 18. Dezember: Der Ständerat beschliesst ein neues Kernenergie-Haftpflichtgesetz. Es sieht eine unbeschränkte Haftung für den Inhaber einer Atomanlage vor, die auch im Falle von Naturkatastrophen und Kriegseinwirkungen gelten soll (vgl. Nr. 730 der Chronik).

(757) 19. Dezember: Die Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz (AVES) reicht gegen die Redaktion der Nachrichten-Sendungen von Radio DRS Richtlinien-Beschwerde ein, weil diese am 6./7. Dezember fast ausschliesslich Stellungnahmen von A-Werkgegnerorganisationen zum Bericht der Eidg. Energiekommission betreffend den Bedarfsnachweis für das Kernkraftwerk Kaiseraugst verbreitet habe (vgl. Nr. 745 der Chronik).

(758) 20. Dezember: Bekanntgabe des Resultats eine Petition des Bernischen Komitees für eine gesicherte Energieversorgung: 91455 Personen verlangen vom Regierungsrat des Kantons Bern, alles zu unternehmen, damit eine ausreichende Energieversorgung sichergestellt werden könne.

(759) 22. Dezember 1980: Der Regierungsrat des Kantons Aargau erklärt sich in seiner Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zu den von der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) eingereichten Gesuchen für Probebohrungen mit diesen einverstanden, sofern alle Gesuche, auch diejenigen in den anderen Kantonen, gleich behandelt würden (vgl. Nr. 734 der Chronik).

(760) Bekanntwerden der Ablehnung eines Antrages an der Gemeindeversammlung von Koblenz (Aargau) mit 36 zu 31 Stimmen, mit welchem verlangt worden war, gegen das Kernkraftwerk Leibstadt Einsprache zu erheben.

(761) 24. Dezember: Bekanntwerden eines Briefwechsels zwischen der Compagnie vaudoise d'électricité (CVE) und der Gemeinde Lucens betreffend das Projekt für die Errichtung eines Zwischenlagers für verbrauchte Kernbrennelemente in der Kaverne des ehemaligen Versuchskernkraftwerks Lucens.

(762) 30. Dezember: Die Regierung des Kantons Schaffhausen nimmt im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung zu den Gesuchen der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) für Probebohrungen und stimmt der auf dem Kantonsgebiet vorgesehenen Bohrung unter verschiedenen Auflagen und Bedingungen zu.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1981 (Ulrich Beck)

(763) 13. Januar: Aus einer von den Bundesämtern für Energiewirtschaft und für Bildung und Wissenschaft veröffentlichten Liste geht hervor, dass 1980 für öffentliche Energieforschungsprojekte in der Schweiz rund 97 Mio Franken ausgegeben wurden, wovon 61 Prozent für Kernenergie (Kernspaltung und -fusion).

(764) 15. Januar: Das Projekt eines Regionalen Fernheiznetzes unteres Aaretal (Refuna) sieht die Verwendung von Dampf aus dem Kernkraftwerk Beznau vor.

(765) 16. Januar: Einreichung einer Initiative mit 5125 Unterschriften "für eine umweltfreundliche Energiepolitik" im Kanton Luzern durch die Gewaltfreie Aktion Inwil.

(766) 17. Januar: Die Schweizerische Volkspartei (SVP) nimmt anlässlich ihres Programm-Parteitags in einem "Schwerpunkt" positiv zum Ausbau der Kernenergie Stellung.

(767) 22. Januar: Bekanntwerden eines in Muttenz (BL) gehaltenen Referats des Präsidenten der Eidg. Kommission für die Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR), worin er darauf hinwies, dass die Atomwaffen das Damoklesschwert über der Menschheit seien und nicht die Kernkraftwerke oder der radioaktive Abfall.

(768) Die Bernische Kraftwerke AG (BKW) gibt bekannt, dass 1980 der aus ihrem Netz gelieferte Strom zu 38 Prozent aus Kernenergie produziert wurde und dass gegenüber 1979 der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet um 6 Prozent zugenommen hat.

(769) 22. Januar: Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) des Kantons Aargau genehmigt an einer öffentlichen Delegiertenversammlung ein Schwerpunktprogramm, das bezüglich der Kernenergie festhält, sie sei ein Mittel gegen die extreme, einseitige Auslandabhängigkeit vom Erdöl.

(770) 23. Januar: die Nordostschweiz. Kraftwerke (NOK) lassen verlauten, es seien im Verlauf des Winters in ihrem Versorgungsgebiet bisher 12 Prozent mehr Strom als in der entsprechenden Periode des Vorwinters konsumiert worden.

(771) Der Gemeinderat der solothumischen Gemeinde Hägendorf tritt in Anbetracht der konsultativen Volksabstimmung (vgl. Nr. 588 der Chronik) nicht auf einen Antrag der Baubehörde ein, eine Bewilligung für einen Gestaltungsplan für die von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) geplante Bohrstelle in dieser Gemeinde zu erteilen.

(772) 26. Januar: Der Regierungsrat des Kantons Waadt schlägt dem Grossen Rat vor, die kantonale Initiative für eine demokratische Kontrolle der Kernenergie dem Volk zur Verwerfung zu empfehlen.

(773) 28. Januar: Bekanntwerden eines Planes der Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Land, in der Region Schweizerhalle/Pratteln ein Kohlekraftwerk zu bauen, nachdem in Volksabstimmungen die Kernenergie abgelehnt worden ist (vgl. 12.6.77 und Nr. 226 der Chronik).

(774) 2. Februar: Bekanntwerden eines Beschlusses des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), die Unterschriftensammlung für die Volksinitiativen "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" zu unterstützen (vgl. Nr. 624 der Chronik).

(775) 4. Februar 1981: Bekanntgabe eines noch von der alten Carter-Regierung der USA gefällten Entscheides, den Transport von zwei Ladungen verbrauchten Kernbrennstoffs aus schweizerischen Kernkraftwerken nach Frankreich und Grossbritannien zur Wiederaufarbeitung zu gestatten. (vgl. Nr. 705 der Chronik).

(776) Presseberichte über eine Studie der schweizerischen Kernkraftwerksbetreiber zur Stillegung von Kernkraftwerken zuhanden des Bundesamtes für Energiewirtschaft, aus der hervorgeht, dass die Stillegung machbar und auch aus der Sicht des Strahlenschutzes problemlos sei.

(777) 6. Februar: Aus einer Publikation der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) geht hervor, dass die vier schweizerischen Kernkraftwerke 1980 21,5 Prozent mehr Strom als 1979 produziert haben und die Arbeitsausnutzung im Durchschnitt rund 80 Prozent betrug.
(778) Der Gemeinderat von Siblingen (Kanton Schaffhausen) beantragt dem Regierungsrat, das Gesuch der Nagra für eine Probebohrung auf dem Gemeindegebiet (vgl. Nr. 677 der Chronik) abzulehnen.

(779) Eröffnung der Ausstellung "Radioaktive Abfälle in der Schweiz - Woher? Wohin?" in Interlaken.

(780) 8. Februar: 65 Beschwerdeführer reichen beim Bundesgericht Klage gegen eine Bestimmung des Bau- und Raumplanungsgesetzes des Kantons Waadt ein, welche die Einrichtung von Elektroheizungen als bewilligungspflichtig erklärt. (vgl. Nr. 747 der Chronik).

(781) 10. Februar: Das Bundesamt für Energiewirtschaft gibt bekannt, dass im Jahre 1980 die Stromproduktion in der Schweiz um 5,7 Prozent und der Stromverbrauch um 4,1 Prozent gegenüber 1979 zugenommen habe.

(782) Der Grosse Rat des Kantons Bern beschliesst, dem Volk die kantonale Initiative betreffend die Mitsprache des Volkes beim Bau von Atomanlagen zur Verwerfung zu empfehlen. (vgl. Nr. 721 der Chronik).

(783) 11. Februar: Der Regierungsrat des Kantons Bern beantragt dem Grossen Rat, der Empfehlung einer ausserparlamentarischen Kommission zu folgen und eine Einflussnahme des kantonalen Parlaments auf die Geschäftspolitik der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) abzulehnen.

(784) 13. Februar: Der Waadtländer Grosse Rat lehnt eine Motion ab, mit der das Verbot der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen aus schweizerischen Kernkraftwerken verlangt worden war.

(785) 15. Februar: Bundesrat Leon Schlumpf in einem Zeitungsinterview: Er befürworte einen zurückhaltenden Ausbau der Kernenergie im Rahmen eines wirklich vorhandenen Bedarfs.

(786) 16. Februar: Der St. Galler Grosse Rat erklärt die kantonale Initiative zur Wahrung der Volksrechte beim Bau von Atomanlagen als rechtmässig, so dass sie zur Volksabstimmung kommen wird. (vgl. Nr. 682 der Chronik).

(787) Die vorberatende Kommission des Nationalrats beschliesst Eintreten auf den Entwurf eines Kernenergie-Haftpflichtgesetzes, verschiebt aber die Detailberatung auf eine spätere Sitzung. (vgl. Nr. 756 der Chronik).

(788) Der Regierungsrat des Kantons Bern setzt die Volksabstimmung über die kantonale Initiative betreffend Bau von Atomanlagen auf den 14. Juni 1981 fest. (vgl. Nr. 721 der Chronik).

(789) Der St. Galler Grosse Rat beschliesst, die kantonale Atominitiative dem Stimmbürger zur Ablehnung zu empfehlen. (vgl. Nr. 682 und 786 der Chronik). (790) Der Waadtländer Grosse Rat beschliesst, die kantonale Atominitiative dem Stimmbürger zur Ablehnung zu empfehlen. (vgl. Nr. 772 der Chronik).

(791) 18. Februar: Verschiedene Organisationen, worunter der WWF Schweiz (World Wildlife Fund), erklären sich gegen das Projekt einer neuen 380 Kilovolt-Hochspannungsleitung zwischen Mühleberg und Verbois, da ihr elektrisches Feld und die Luftionisierung eine Gefahr für den Menschen darstellten.

(792) 20. Februar: Veröffentlichung des Berichts der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats zu den Lehren, die in der Schweiz aus dem Reaktorunfall von Three Mile Island von 1979 gezogen worden sind.

(793) 23. Februar: Veröffentlichung des Berichts der Eidg. Energiekommission zum Bedarfsnachweis bezüglich einer allfälligen Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst. (vgl. Nr. 745 der Chronik).

(794) 24. Februar: Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) und das Aargauische Elektrizitätswerk lehnen das Gesuch der Gemeinden in der Alarmzone 1 des Kernkraftwerks Beznau ab, in diesen Gemeinden einen niedrigeren Stromtarif anzuwenden.

(795) 25. Februar: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG in einer Stellungnahme zum Resultat des Berichts der Eidg. Energiekommission (vgl. Nr. 793 der Chronik): Ein weiteres Zuwarten mit dem Entscheid über den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst sei aus energiepolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen nicht verantwortbar.

(796) 2. März 1981: Der Bundesrat in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage: Ein Störfall im 100 km von der Schweizer Grenze liegenden italienischen Kernkraftwerk Caorso hätte kaum Auswirkungen auf die Schweiz.

(797) 9. März: Der Bundesrat in Beantwortung parlamentarischer Anfragen: Für das Kernkraftwerk Leibstadt seien bezüglich der Beseitigung der radioaktiven Abfälle dieselben Bedingungen gültig wie für die zur Zeit in Betrieb stehenden A-Werke. Die Betriebsbewilligung werde hinfällig, wenn bis zum 31. Dezember 1985 kein Projekt vorliege, das Gewähr für die sichere Entsorgung und Endlagerung biete. - Der Bundesrat werde noch dieses Jahr über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst beschliessen. Bezüglich des A-Werkes Graben könne heute noch kein Zeitpunkt genannt werden.

(798) 12. März: Abweisung der Beschwerde der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie über die unsachliche und mangelhafte Berichterstattung von Radio und Fernsehen DRS betreffend den Störfall im Kernkraftwerk Three Mile Island vom März 1979 durch den Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements: Die Mängel seien nicht so schwerwiegend gewesen, dass sie eine Konzessionsverletzung darstellten.

(799) Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) des Kantons Zürich bezeichnet in ihren Thesen zur Energiepolitik den Einsatz von Kernenergie als unerlässlich.

(800) 12. März: Der Bundesrat wird mit einer einfachen Anfrage aus dem Ständerat ersucht, darüber Auskunft zu geben, was er zu tun gedenke, damit die Bewilligung der von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am 24.6.80 eingereichten Gesuche um Probebohrungen rasch erfolge. (vgl. Nr. 661 der Chronik).

(801) 14. März: Nach anonymen Telefondrohungen und einem Bombenanschlag auf das Haus eines ihrer Ingenieure gibt eine in der Nukleartechnik tätige Firma in Chur bekannt, sie stelle die öffentlich kritisierten Exporte nach Pakistan ein. (vgl. Nr. 705 der Chronik).

(802) Auf Presseanfragen hin teilt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mit, die ursprünglich für den Sommer 1980 vorgesehene Bekanntgabe von Standorten für eine zweite Serie von Probebohrungen habe sich verzögert. Im Sommer 1981 werde die Öffentlichkeit in einem Bericht über die Möglichkeiten dieser zweiten Bohrserie informiert werden.

(803) 19. März: Der Nationalrat beschliesst die Verlängerung des Bundesbeschlusses über die Elektrizitätsversorgung, der dem Bundesrat Vollmacht gibt, im Falle von Knappheit vorübergehend Vorschriften zu erlassen, um den Verbrauch elektrischer Energie der verfügbaren Menge anzupassen.

(804) 20. März: Die "Urner AKW-Gegner" reichen eine kantonale Initiative mit 437 Unterschriften ein, die für den Kanton Uri eine umweltfreundliche Energiepolitik verlangt.

(805) Die Regierungen von Basel-Land und Basel-Stadt beantragen bei ihren Kantonsparlamenten je 750'000 Franken für eine Studie für ein Kohle/Gas-Heizkraftwerk von 250 bis 350 Megawatt im Raum Pratteln. (vgl. Nr. 773 der Chronik).

(806) 25. März: Veröffentlichung des Vorschlags des Bundesrats für einen Energieartikel in der Bundesverfassung.

(807) Der Solothurner Regierungsrat auf eine parlamentarische Anfrage: Es werde im Kanton vorläufig keine Katastrophenübungen für den Fall schwerer Kernkraftwerksunfälle geben, u.a. weil solche Übungen gewisse Risiken mit sich brächten.

(808) 26. März: Die Kernkraftwerk Leibstadt AG gibt in einem Pressegespräch bekannt, die Inbetriebnahme ihres Werkes sei für den Sommer 1983 vorgesehen. Das Werk werde auf rund 4 Mia Franken zu stehen kommen, der Preis für die Kilowattstunde Strom aus dem Werk ca. 81/2 Rappen betragen.

(809) 28. März: Demonstration von Atomkraftwerkgegnergruppen auf dem Gelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst mit etwa 1500 Teilnehmern.

(810) 30. März: Im Geschäftsjahr 1980 hat das Kernkraftwerk Gösgen eine Verfügbarkeit von 74 Prozent erreicht, und es sind 5,9 Mia Kilowattstunden Strom ans Netz abgegeben worden, d.h. 16 Prozent des Landesverbrauchs.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1981 (Ulrich Beck)

(811) 3. April: An einer Pressekonferenz in Bern, veranstaltet von der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA), orientieren Referenten aus verschiedenen Ländern über Stand und Aussichten der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen.

(812) 7. April: Das Bundesamt für Energiewirtschaft gibt eine Zunahme des Energieverbrauchs für 1980 um 3,5% bekannt, wobei beim Stromverbrauch eine Erhöhung um 4,4% zu verzeichnen ist.

(813) 8. April: Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) nimmt an Pressegesprächen in Zürich und Lausanne Stellung zu wichtigen Fragen der Elektrizitätswirtschaft der Schweiz, so zur Versorgungssicherheit, für deren Gewährleistung bis in rund 10 Jahren nach Leibstadt ein weiteres Kernkraftwerk nötig sei.

(814) Das Aargauische Elektrizitätswerk (AEW) gibt anlässlich einer Pressekonferenz zum Geschäftsbericht 1979/80 u.a. bekannt, in seinem Versorgungsgebiet habe der Stromverbrauch im Berichtsjahr um 3,8% zugenommen.

(815) Ein Bericht der kantonalen Katasterschätzung des Kantons Solothurn hält fest, es sei keine Entwertung von Grundeigentum durch Umweltbelastungen - wie z.B. durch das Kernkraftwerk Gösgen - bewiesen.

(816) 10. April 1981: In einer Pressemitteilung stellt das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) u.a. fest, der Vorwurf, es sei über die schweizerischen Wiederaufarbeitungsverträge nicht hinreichend informiert worden, treffe nicht zu. So sei z.B. am 18.6.79 vom Bundesrat in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage auf die allgemeinen Bestimmungen dieser Verträge hingewiesen worden. Das EVED nimmt damit Stellung zu falschen Enthüllungen in der "Weltwoche".

(817) In einem Vortrag im Kernkraftwerk Gösgen hält der Präsident der Eidg. Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität, Prof. Huber, fest, es sei seit der Betriebsaufnahme des Werkes keine Spur einer gegenüber früher erhöhten Radioaktivität festgestellt worden.

(818) Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) gibt bekannt, gegen die 12 hängigen Gebuche der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) seien 527 Einsprachen eingegangen, wovon 239 aus der BRD. (vgl. Nr. 677 der Chronik).

(819) Unterzeichnung eines Kernbrennstoff-Forschungsvertrags zwischen dem Eidg. Institut für Reaktorforschung (EIR), Würenlingen, und dem Energieministerium der USA.

(820) 13. April: Aus dem veröffentlichten Jahresbericht 1980 der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG ist zu entnehmen, dass die bisherigen Bauverzögerungen für die Partner zu beunruhigenden finanziellen Belastungen geführt hätten; das Baukonto weise auf Ende 1980 913,11 Mio Fr. auf.

(821) 14. April: A-Werkgegner stellen an einer Pressekonferenz in Bern eine umfangreiche Einwendungsschrift vor, die sich gegen die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Leibstadt richtet und beim Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement eingereicht worden ist.

(822) 16. April: Bekanntwerden von Verhandlungen von Gemeinden beim Kernkraftwerk Gösgen mit der Betreibergesellschaft: Aus Präjudizgründen könne diese nicht auf das Gesuch der Gemeinden eintreten, eine Strompreisermässigung zu gewähren.

(823) 21. April: Bekanntwerden der Durchführung einer Informationstagung für die 18 Gemeinden des Kantons Luzern, die in der Alarmzone 2 des Kernkraftwerks Gösgen liegen, über die Gefahrenquellen und möglichen Auswirkungen von Störfällen in diesem Werk auf die betreffenden Gemeinden. Im Laufe 1981 soll die Bevölkerung Merkblätter erhalten.

(824) 22. April: Auf Presseanfragen hin bestätigt das Bundeshaus, es bestanden erste Kontakte der Schweiz mit Australien bezüglich der Abklärung der Möglichkeit, Uran aus diesem Land zu importieren.

(825) Beschluss einer Interessentenversammlung, ein Konsortium „Regionales Fernwärmenetz Unteres Aaretal“ (Refuna) zu gründen. Hauptwärmequelle soll das Kernkraftwerk Beznau sein.

(826) Im Informationspavillon des im Bau befindlichen Kernkraftwerks Leibstadt wird der 75'000ste Besucher seit der Eröffnung vor mehr als 6 Jahren registriert.

(827) 25. April: "Tag der offenen Tür" im Kernkraftwerk Gösgen für die Bevölkerung von Olten.

(828) 28. April: Bundesrat Aubert anlässlich seines Besuches in Kanada vor Journalisten in Ottawa: Die Schweiz sehe zur Zeit keine Möglichkeit, ein Zusatzabkommen mit Kanada über Uranlieferungen zu unterzeichnen, das von Kanada geforderte Sicherheitsbedingungen enthalte, die über den Nonproliferationsvertrag und die Regeln des Londoner Clubs hinausgingen.

(829) Die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) präsentieren der Presse ihren Jahresbericht 1979/80: Der Energieumsatz hat um rund 3,7% zugenommen, und 27,5% der abgesetzten Energie stammten aus Kernkraftwerken.

(830) 29. April: Gespräch des Ausschusses des Bundesrats für Energiefragen mit der "Verhandlungsdelegation" der Kernkraftwerk-Gegner der Nordwestschweiz über das Kernkraftwerk Kaiseraugst.

(831) Der Grosse Rat des Kantons Thurgau lehnt mit 86 zu 24 Stimmen eine Motion ab, wonach Vernehmlassungen der Kantonsregierung zu Atomanlagen einer Volksabstimmung zu unterwerfen wären.

(832) 30. April: Das Energieforum Nordwestschweiz lässt verlauten, ein Kohlekraftwerk Pratteln sei beim heutigen Stand der Technik keine Alternative zum geplanten Kernkraftwerk Kaiseraugst.

(833) 1. Mai 1981: Das Bundesamt für Energiewirtschaft gibt bekannt, dass im Jahre 1980 der Endverbrauch an Elektrizität generell um 4,4% und in der Verbraucherkategorie "Haushalt, Gewerbe, Landwirtschaft und Dienstleistungen" um 5,5% zugenommen habe.

(834) 2. Mai: Anlässlich einer Delegiertenversammlung der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz sagt Bundesrat Honegger, im Bundesrat werde noch vor den Sommerferien über den Bedarf für das Kernkraftwerk Kaiseraugst entschieden werden. Er persönlich halte 1 - 2 weitere Kernkraftwerke für eine ausreichende Energieversorgung in den kommenden zwei Jahrzehnten für nötig.

(835) 4. Mai: Der Vorstand des Schweizerischen Energieforums in einer Pressemitteilung: Der Bedarfsnachweis für das Kernkraftwerk Kaiseraugst sei erbracht, der Bundesrat solle die Rahmenbewilligung erteilen und dem Parlament die entsprechende Botschaft bis zur Juni-Session zuleiten.

(836) 6. Mai: In der ersten Hälfte des ab Oktober 1980 bis September 1981 dauernden Geschäftsjahres hat die NOK (Nordostschweiz. Kraftwerke AG) im eigenen Versorgungsgebiet 9,5% mehr Strom abgegeben als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

(837) Dem Jahresbericht des Eidg. Instituts für Reaktorforschung (EIR) für 1980 ist u.a. zu entnehmen, dass beim Projekt "Schneller Brüter" eine Umorientierung vom gasgekühlten auf den natriumgekühlten Typ eingeleitet worden sei. (838) 7. Mai: An der BEA-Ausstellung in Bern wird im Pavillon der BKW (Bemische Kraftwerke AG) während 10 Tagen eine Sonderschau "Radioaktive Abfälle - wohin?" der Nagra gezeigt.

(839) Der "Groupe de Bellerive" richtet an die Regierungschefs der sechs Kernwaffenstaaten, an die Staaten des Atlantik- und des Warschaupaktes sowie der OPEC einen Appell, in welchem sie auf die Gefährdung der Welt durch die Nutzung der Kerntechnik zu nicht friedlichen Zwecken hinweist.

(840) 8. Mai: Das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement in einer Pressemitteilung: Der Bundesrat hat mehrere Beschwerden und Aufsichtsbeschwerden im Zusammenhang mit der im Herbst 1978 erteilten Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen abgewiesen. Die Verfahrenskosten von Fr. 161000.-- und vier Fünftel der Expertenkosten von Fr. 151000.-- wurden den Beschwerdeführern auferlegt.

(841) 8. Mai: Das Europa-Parlament spricht sich mehrheitlich gegen ein befristetes Moratorium beim Bau von Kernkraftwerken aus, wie es vom "Appel de Genève" 1978 verlangt worden war.

(842) Die Nationalrats-Kommission für die Vorberatung des Kernenergiehaftpflichtgesetzes nimmt an einer Sitzung Kenntnis davon, dass der Schweiz. Pool für die Versicherung von Nuklearrisiken nun in der Lage wäre, die Versicherungsdeckung von Fr. 200 Mio auf Fr. 300 Mio zu erhöhen.

(843) (8.5.) Veröffentlichung der Schweizerischen Elektrizitätsstatistik 1980: der Endverbrauch an Strom hat im Kalenderjahr 1980 um 4,4% zugenommen. Zur Stromproduktion der Schweiz von 48,1 Milliarden Kilowattstunden trugen die Kernkraftwerke 13,7 Milliarden oder 28,5% bei.
(844) 11. Mai: Nach Presseberichten über die Jahresversammlung der Schweiz. Energiestiftung (SES) beurteilt diese die Sache der Kernkraftwerkgegner und der Kritiker an der Wachstumsgesellschaft in der öffentlichen Meinung als ungünstiger als früher.

(845) Die Regierung des Kantons Aargau wird von einer Bundesratsdelegation empfangen. Sie bekräftigt ihre Auffassung, der Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk sei gegeben; sie sei beim Projekt Kaiseraugst nach wie vor gegen die Errichtung von Kühltürmen eingestellt. Im weiteren wünscht sie, der Aargau sei bezüglich der Gesuche der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) für Sondierbohrungen gleich zu behandeln wie die anderen Kantone mit solchen Projekten.

(846) 13. Mai: Die Basler Chemie schliesst mit der Aare-Tessin AG (ATEL) einen langfristigen Stromliefervertrag ab und beteiligt sich mit 5% am ATEL-Aktienkapital, das aufgestockt wird.

(847) Der Bundesrat nimmt Kenntnis von dem vom Stab für Gesamtverteidigung erarbeiteten Konzept des Koordinierten AC-Schutzdienstes, wonach bei atomaren und chemischen Schadensereignissen die zivilen und militärischen Mittel zum Schutz der Bevölkerung zeitgerecht und koordiniert eingesetzt werden sollen.

(848) 15. Mai: Der Direktionspräsident der NOK (Nordostschweiz. Kraftwerke AG) vor der Generalversammlung des Thurgauischen Handels- und Industrievereins: Es sei zu hoffen, dass ein landesweiter Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten der Kernenergie eintrete, bevor Stromrationierungsmassnahmen eingeführt werden müssen. Es gehe um den Fortbestand der Wirtschaft.

(849) Offizielle Einweihung des Kernkraftwerks Gösgen.

(850) 16. Mai: Die AVES (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) richtet an die zuständigen Behörden den Appell, die energiepolitisch dringenden Entscheide, wie die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst und die Probebohrungen der Nagra, ohne weiteren Zeitverlust zu treffen.

(851) 18. Mai: Das Energieforum Nordwestschweiz (EFNWCH) in einer Pressemitteilung: Der Protest gegen die Kernenergie sei von der Notwendigkeit überrollt worden, wie die Beteiligung der Basler Chemie an der ATEL , beweise (vgl. Nr. 846 der Chronik)

(852) 19. Mai 1981: Anlässlich einer Veranstaltung der Genfer Handelskammer (Chambre de commerce et d'industrie de Genève) hält der Präsident der Generaldirektion der Sulzer-Gruppe, P. Borgeaud, in einem Referat fest, in der Schweiz sei eine unverzeihliche Verzögerung in der Zurverfügungstellung genügender Stromerzeugungskapazitäten eingetreten.

(853) 20. Mai: Pressekonferenz der UERA Solothurn/Aargau und der "Demokratischen Juristen der Schweiz": Der ablehnende Entscheid des Bundesrates über die Beschwerden gegen die Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Gösgen (vgl. Nr. 840 der Chronik) sei juristisch und wissenschaftlich "fraglich" und "wertlos". Konkrete Aktionen wie Besetzungen seien offenbar erfolgreicher als der ordentliche Rechtsweg.

(854) In einer parlamentarischen Anfrage aus dem Nationalrat wird der Bundesrat angefragt, weshalb gewisse Exportsendungen als nicht mit den Nonproliferationsabkommen konform gestoppt worden seien (vgl. Nr. 705 und 801 der Chronik).

(855) 22. Mai: Anlässlich der Generalversammlung des Verbandes der Industriellen von Basel-Land stellt deren Präsident fest, dass einzig der bedarfsgerechte Ausbau der Kernenergieproduktion es auf absehbare Zeit möglich mache, die für die Wirtschaft unerlässliche Elektrizitätsversorgung auch in Zukunft sicherzustellen.

(856) 26. Mai: Im Tätigkeitsbericht 1980 vertritt die AGNEB (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) die Ansicht, der bis 1985 von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) geforderte Nachweis der Machbarkeit der Entsorgung könne auch mit einem reduzierten Probebohrprogramm von 4 - 6 Bohrungen erbracht werden.

(857) Die Nagra stellt demgegenüber in einem Presse-Communique fest, eine Reduktion ihres geologischen Gesamtprogramms stehe nicht zur Diskussion.

(858) 3. Juni: Der Nationalrat lehnt eine Motion für einen dringlichen Bundesbeschluss zur Energiepolitik ab.

(859) 4. Juni: Die Nagra orientiert in Innertkirchen an einer Orientierungsversammlung die zuständigen Behörden über den Stand ihres Projekts für ein Felslabor im Grimselgebiet. Sie werde noch diesen Sommer ihr Gesuch für Bau und Betrieb eines solchen Labors beim Bundesrat einreichen. (vgl. Nr. 663 und 703 der Chronik).

(860) Der Bundesrat erklärt sich in Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses bereit zu prüfen, ob für die Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben die Flusswasserkühlung dem projektierten System mit Kühltürmen vorzuziehen wäre.

(861) (4.6.) Die Solothurner Regierung unterbreitet dem Kantonsrat die kantonale Volksinitiative "Demokratie bei Atomfragen" mit dem Antrag, sie den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. (vgl. Nr. 691 der Chronik).

(862) 5. Juni: In einer Resolution fordern die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt den Bundesrat auf, die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht zu erteilen.

(863) 6. Juni: Beginn des zweiten Brennstoffwechsels im Kernkraftwerk Gösgen, nachdem das Werk seit Ende August 1980 nur während einer halben Stunde (wegen einer Störung im Maschinenteil) nicht verfügbar war.

(864) 6. Juni: Die Eidg. Strahlenschutzkommission hält in einer Pressemitteilung fest, im Jahre 1980 sei die mittlere Strahlendosis der beruflich strahlenexponierten Personen 51 mrem gewesen, d.h. ein Prozent des höchstzulässigen Wertes. .Bei den rund 2000 in Kernkraftwerken Tätigen habe die Dosis im.Mittel 462 mrem betragen, und es seien keine Überschreitungen der höchstzulässigen Dosis von 5000 mrem festgestellt worden.

(865) Demonstrationen und Kundgebungen gegen Atomkraftwerke u.a. in Bern, wo knapp 3000 Personen eine "nationale Demonstration" durchführten.

(866) 9. Juni: Der Bundesrat antwortet auf parlamentarische Vorstösse: Es könne im Herbst 1981 über die Gesuche der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) für Probebohrungen entschieden werden. Lager für radioaktive Abfälle seien dort zu bauen, wo grösste Sicherheit gegeben ist; politischer Widerstand dürfe nicht über die Standortwahl entscheiden. - Zur Zeit wurden 527 Einsprachen gegen die Nagra-Sondierbohrprojekte geprüft, was viel Zeit in Anspruch nehme. Die Nagra werde sich wegen der knapp werdenden Zeit für das Projekt "Gewähr" auf etwa vier Bohrungen beschränken (vgl. Nr. 857 der Chronik). - Falls die Nagra ein Gesuch für vorbereitende Handlungen im Val Canaria (Airolo) einreichen würde, so wäre dies vertretbar.

(867) Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen setzt die Volksabstimmung über die "Atominitiative" auf den 27. September 1981 fest. (vgl. Nr. 786 der Chronik).

(868) 11. Juni: Der Direktionspräsident der Aare-Tessin AG (ATEL), Trümpy, an einer Pressekonferenz in Olten: Das Kernkraftwerk Gösgen habe im Winterhalbjahr 1980/81 eine Arbeitsausnutzung von 98% erreicht. Weitere Kernkraftwerke nach Leibstadt seien nötig, wenn die Versorgungssicherheit gewährleistet sein soll. Reserven seien volkswirtschaftlich günstiger als Mangel.

(869) 13. Juni: Veröffentlichung des Geschäftsberichtes des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE). Darin wird die Verzögerung von politischen Entscheiden im Energiebereich bedauert.

(870) 14. Juni 1981: In einer Volksabstimmung wird die kantonale bernische "Atominitiative" mit 87'888 Ja gegen 87’128 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 29% angenommen. (vgl. Nr. 790 der Chronik)

(871) In einer Volksabstimmung wird die kantonale waadtländische "Atominitiative" mit 44’322 Ja gegen 33’437 Nein angenommen. (vgl. Nr. 782 der Chronik)

(872) Die Gemeinde Steinmaur spricht sich in einer Konsultativabstimmung mit 114 zu 685 Stimmen gegen die Probebohrung aus, welche die Nagra auf ihrem Gebiet durchfuhren will.

(873) 15. Juni: Der Bundesrat antwortet in einer parlamentarischen Fragestunde: Er werde alle Sondierbohr-Gesuche der Nagra gleich behandeln und nicht auf unterschiedliche regionale Widerstände Rücksicht nehmen. Die Nagra werde alle vorgesehenen 12 Bohrungen durchziehen, jedoch vorerst vier Bohrungen vornehmen, damit der Zeitplan für den Nachweis der Möglichkeit der sicheren Lagerung radioaktiver Abfälle eingehalten werden könne. (vgl. Nr. 857 der Chronik). (874) Im Kernkraftwerk Beznau I beginnt der jährliche Brennstoffwechsel, der rund 5 Wochen beanspruchen wird.

(875) Veröffentlichung einer Erklärung des NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) und der GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst), wonach eine Bewilligung des Atomkraftwerkes Kaiseraugst gegen den erklärten Willen der Bevölkerung in der Region staatspolitisch nicht zu verantworten sei und zu unabsehbarem Schaden führen würde.

(876) 16. Juni: Das Energieforum Nordwestschweiz (EFNWCH).veröffentlicht ein Schreiben an den Bundesrat, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Entscheidungsgrundlagen für die Behandlung des Rahmenbewilligungsgesuches für das Kernkraftwerk Kaiseraugst nun vorhanden seien. Taten seien endlich nötig. Es werde schon für den Winter 1984/85 eine Energielücke vorausgesagt.

(877) 18. Juni: Bundesrat Leon Schlumpf an der Generalversammlung der Basler Handelskammer: Er stehe der Idee eines Gas/Kohle-Kraftwerks bei Pratteln positiv gegenüber; es komme ihr Bedeutung zu, unabhängig vom Bundesrats-Entscheid über Kaiseraugst. Dieser Entscheid werde fallen, wenn alle Entscheidungsgrundlagen komplett vorhanden seien. (vgl. Nr. 876 der Chronik).

(878) 19. Juni: An der 4. interparlamentarischen Konferenz der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Basel-Land, Bern und Solothurn weisen die Vertreter der beiden letzten Kantone darauf hin, trotz der positiven Haltung dieser Kantone zur Kernenergie wurde man es nicht verstehen, wenn das Kernkraftwerk Graben dem Projekt Kaiseraugst vorgezogen wurde.

(879) 20. Juni: Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern verlangt in einem Parteitagsbeschluss, nach Annahme der Berner "Atominitiative"(vgl. Nr. 870 der Chronik) sei die seinerzeitige Stellungnahme der Berner Regierung zum Projekt Kernkraftwerk Graben nachträglich noch der Volksabstimmung zu unterstellen. (vgl. Nr. 612, 719 der Chronik)

(880) (20.6.) Der Präsident des NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) verlangt in einem offenen Brief an den Bundesrat, das Kernkraftwerk Kaiseraugst sei nicht zu bewilligen. Es könnte der Bevölkerung der Region nur mit massivem Polizeischutz aufgezwungen werden. (vgl. Nr. 875 der Chronik).

(881) 22. Juni: Eine Abordnung der Regierung von Basel-Stadt und Basel-Land erläutert dem Bundesrat das Projekt eines Gas/Kohle-Kraftwerks in Pratteln. (vgl. Nr. 877 der Chronik).

(882) 23. Juni: Internationale Pressekonferenz der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie "Wie steht es heute um die friedliche Nutzung der Atomenergie in der Welt?" mit U. Lantzke, H. Grümm, H. Nickel, P. Mürmann und P. van Dorp.

(883) 24. Juni: Der Bundesrat gibt einen Kredit von 4,75 Millionen Franken für die weitere Beteiligung am Projekt der Bundesrepublik Deutschland zur Entwicklung eines gasgekühlten Hochtemperatur-Reaktors für Kernkraftwerke frei.

(884) 24. Juni: Der Landrat von Basel-Land beschliesst den Kredit von Fr.7501000 für das Studium eines Kohle/Gas-Kraftwerks in Pratteln.

(885) 25. Juni: Der Grosse Rat von Basel-Stadt stimmt einem Kredit von Fr. 750'000 für das Studium eines Kohle/Gas-Kraftwerks zu. Der Regierungspräsident bemerkt in der Diskussion, es wäre eine absolute Katastrophe, wenn der Bundesrat das Kernkraftwerk Kaiseraugst bewilligen wurde.

(886) 25. Juni: In Döttingen findet eine Orientierungsversammlung über das Fernwärmeprojekt Refuna (vgl. Nr. 825 der Chronik) statt, für das das Kernkraftwerk Beznau eine Leistung von max. 40 MW zur Verfügung stellen soll.

(887) 26. Juni: Anlässlich der Generalversammlung des Schweiz. Energiekonsumentenverbandes stellt der Direktor der EOS (SA l'Energie de 1'Ouest-Suisse), Babaiantz, als Gastreferent fest, die schweizerischen Elektrizitätswerke hätten sich (aufgrund der politischen Weichenstellung in den sechziger Jahren) auf die Kernenergie ausgerichtet und dürften heute nicht für die Konsequenzen einer unschlüssigen Energiepolitik verantwortlich gemacht werden. Die Behörden hätten ihre Selbstsicherheit in Energiefragen wegen des Einflusses gewisser Kreise verloren.

(888) 27. Juni 1981: In Winterthur findet im Einblick auf die Eröffnung der Ausstellung "W 81" eine vom Schweiz. Friedensrat veranstaltete Demonstration statt, mit der ein atomwaffenfreies Europa und ein sofortiger Stopp aller Schweizer Atomexporte verlangt wird. (vgl. Nr. 854 der Chronik).

(889) 30. Juni: Die Aargauer Regierung in einer Fragestunde im Grossen Rat: Sie sei eindeutig gegen ein Kohle/Gas-Kraftwerk in Pratteln und werde alle möglichen Schritte dagegen unternehmen. Es sei merkwürdig, dass Basel-Land s.Z. für das Kernkraftwerk Kaiseraugst Kühltürme verlangt habe, für das Kohlewerk aber darauf verzichten wolle. (vgl. Nr. 881 der Chronik).

(890) 30.Juni: Die Solothurner Regierung zu einer Interpellation aus dem Kantonsrat: Sie werde nicht nochmals beim Bundesrat wegen ihrer Stellungnahme zum Kernkraftwerk Graben vorstellig werden. Ihr damaliger Standpunkt sei unverändert, wonach sie sich entschieden dagegen wehre, dass Graben anstelle Kaiseraugst ausgeführt werde.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1981 (Ulrich Beck)

(891) 1. Juli: Vorstellung der "Studie" "Ist Kaiseraugst wirklich nötig?" an einer Pressekonferenz in Zürich, veranstaltet von der Schweiz. Energiestiftung (SES), der Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz, des World Wildlife Fund (WWF) Schweiz und anderen Organisationen, worin sowohl der Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst als auch eines Kohlekraftwerks in Pratteln als unnötig bezeichnet wird.

(892) Die Nationale Koordination der Schweizer AKW-Gegner-Organisation veröffentlicht eine Erklärung, in der sie eine Besetzung des Baugeländes des Kernkraftwerks Kaiseraugst ankündigt, wenn der Bundesrat sich für den Bau dieses Werkes entscheiden wurde.

(893) 2. Juli: Anlässlich ihrer Mitgliederversammlung stellt die "Schweizerische Gesellschaft für Elektrizitätsverwertung" fest, der Bedarfsnachweis für das Kernkraftwerk Kaiseraugst sei eindeutig erbracht, und er werde durch die Stromverbrauchszunahme bestätigt.

(894) Die "Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle" (Nagra) gibt an einer Pressekonferenz in Bern bekannt, die technischen Vorbereitungen seien soweit gediehen, dass im Frühjahr 1982 mit den Probe-Tiefbohrungen begonnen werden könnte. Dagegen sei das behördliche Bewilligungsverfahren bereits um viele Monate verzögert.

(895) 6. Juli: Veröffentlichung der Gesamtenergiestatistik des Bundesamtes für Energiewirtschaft. Im Jahr 1980 wurden 63,5 % der Versorgung mit Primärenergie durch Importe sichergestellt. Ausserdem war der Anteil der Kernbrennstoffe 17,3 % (1979: 14,7 %).

(896) 7. Juli: Veröffentlichung des Climod-Schlussberichts, aus dem hervorgeht, dass Kühltürme das Klima der Region Basel nicht beeinträchtigen. Ein gleichzeitig veröffentlichter "Lagebericht über die Auswirkungen der Kühlung thermischer Kraftwerke auf Gewässer" kommt zum Schluss, es seien auch in Zukunft alle neuen thermischen Kraftwerke im Einzugsgebiet des Rheins mit Kühltürmen auszurüsten, eventuell unter Zulassung einer gemischten Kühlung.

(897) 8. Juli: Die "Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz" (AVES) nimmt Stellung zur Frage "Ist Kaiseraugst wirklich nötig?" von WWFISES u.a. (siehe Nr. 891 der Chronik) und bejaht diese Frage, da keine noch so aufgemachte pseudowissenschaftliche Studie über die Tatsache hinwegtäuschen könne, dass im letzten Winterhalbjahr der Stromverbrauch um 5,8 Prozent zugenommen hat.

(898) 9. Juli: Aussprache zwischen dem Ausschuss des Bundesrates für Energiefragen und den Kantonsregierungen von Bern, Basel-Stadt, Basel-Land und Aargau. Die Kantonsvertreter bekräftigen dabei ihre Vernehmlassungen zu den Rahmenbewilligungen für die Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben (vgl. Nr. 679 und 719 der Chronik).

(899) 9.Juli: Der bernische Regierungsrat lehnt in zweiter Instanz eine Beschwerde von A-Werkgegnern zum Demonstrationsreglement der Gemeinde Graben ab.

(900) 11. Juli: Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund (CNG) veröffentlicht die Meinung, ein Entscheid über den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst oder anderer A-Werke könne auf die Mitte der achtziger Jahre hinausgeschoben werden.

(901) 20. Juli: Das Energieforum Nordwestschweiz verurteilt die Drohungen und die damit verbundenen Bestrebungen von Atomgegnergruppen, die Energiediskussion erneut in den Bereich undemokratischer Besetzungen und anderer Gewaltakte zu verschieben (vgl. Nr. 892 der Chronik). ,

(902) 23. Juli: Der Bundesrat schickt den Entwurf für ein neues "Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz zur Vernehmlassung bis Ende November 1981.

(903) 27. Juli: Dem Jahresbericht 1980 der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) ist zu entnehmen, dass die schweizerischen Kernkraftwerke 1980 über 13 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt haben, was über 5 Prozent des Gesamtenergiebedarfs des Landes entspricht.

(904) 1. August 1981: In den ersten neun Monaten des am 1.10.80 begonnenen Geschäftsjahres haben die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) rund 7 Prozent mehr Strom in ihr Versorgungsgebiet abgegeben als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

(905) Kundgebung mit schätzungsweise 5000 Teilnehmern gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst auf dem Baugelände dieses Werkes.

(906) 3. August: Publikwerden der Tatsache, dass die Volksinitiative "Für den Stopp des Atomenergieprogramm-," gescheitert sei. (vgl. Nr. 650 der Chronik)

(907) 5. August: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz fordert ihre französische Schwesterpartei auf, sich für einen Rückzug der Beteiligung Frankreichs am Kernkraftwerk Kaiseraugst einzusetzen.

(908) 6. August: Die Aargauische Industrie- und Handelskammer in ihrem Mitteilungsblatt: Der Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst sei für die Industrie der ganzen Schweiz von vitaler Bedeutung; die Rahmenbewilligung sei zu erteilen; Kaiseraugst sei Ein Prüfstein des Rechtsstaats Schweiz.

(909) 7. August: Das Kernkraftwerk Beznau-II wird zur Jahresrevision für etwa 5 Wochen abgestellt.

(910) 8. August: Bekanntgabe der Abstellung des Kernkraftwerks Mühleberg für viereinhalb Wochen zwecks Jahresrevision.

(911) 12. August: Der französische Ministerpräsident bestätigt die Einhaltung der mit dem Ausland abgeschlossenen Aufträge über die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen in der Anlage von La Hague.

(912) 13. August: Die Agea (Arbeitsgemeinschaft Atomschutz der Schweiz), die GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) und das NWA (Nordwestschweiz. Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) kritisieren an einer Pressekonferenz die Climod-Studie. (vgl. Nr. 896 der Chronik).

(913) 18. August: Die 16 eidgenössischen Parlamentarier aus dem Kanton Aargau verlangen in einem Brief an den Bundesrat, im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Kaiseraugst die Grundsätze des Rechtsstaates zu wahren und durchzusetzen, und 12 von ihnen erwarten, dass er die Rahmenbewilligung für dieses Werk nun erteilt.

(914) 20. August: Anlässlich der Generalversammlung 1981 der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) gibt deren Präsident der Hoffnung Ausdruck, die Landesregierung werde sich bei ihrem Entscheid zur Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht von Opportunismus leiten lassen; der Bedarf für ein weiteres grosses Kraftwerk sei gegeben. Weiter sei der Entwurf für ein neues "Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz" nicht akzeptabel, da es u.a. ein monströses Bewilligungsverfahren vorsehe und damit Kernkraftwerke in Zukunft verhindere. (vgl. Nr. 902 der Chronik).

(915) 26. August: In einer Pressemitteilung empfiehlt die Grossratsfraktion des Aargauer Landesrings den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst und setzt sich damit in Gegensatz zum Landesvorstand des Landesrings der Schweiz, für den der Bedarfsnachweis nicht erbracht ist, wie am Tag vorher in der Presse zu lesen war.

(916) Ein Komitee "Nix Nuclex" will die Durchführung der sechsten kerntechnischen Ausstellung "Nuclex 81" in Basel verhindern.

(917) 27./28. August: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements führt in den Kantonen Solothurn, Zürich und Schaffhausen Gespräche mit Vertretern der Regierungen und derjenigen Gemeinden, in denen die Nagra Probebohrungen vornehmen will; die Regierungsvertreter zeigen Verständnis für diese Vorhaben, und die Gemeinden halten an ihren Einsprachen fest.

(918) 28. August: Anlässlich der Jahresversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) bekennt sich der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements "im Rahmen des Notwendigen und Verantwortbaren" zur Kernenergie.

(919) Bekanntwerden von Übungen der Gemeinde-Katastrophenstäbe in den Zonen I und II der Kernkraftwerke Gösgen und Mühleberg.

(920) 1. September: Im Kanton St. Gallen wird die Gründung eines Aktionskomitees "Nein zur Atominitiative" bekanntgegeben. (vgl. Nr. 789 der Chronik).

(921) 2. September: Im Bundeshaus wird mitgeteilt, der Bundesrat werde noch vor dem 23. September über das Rahmenbewilligungsgesuch für das Kernkraftwerk Kaiseraugst entscheiden.

(922) 3. September: In Liestal findet ein Gespräch zwischen der Climod-Kommission und den Kritikern der Climod-Studie statt. (vgl. Nr. 912 der Chronik).

(923) 4. September: Die Presse berichtet, es sei eine Sendung mit schwachradioaktivem Abfall nach Holland unterwegs, von wo aus sie im Rahmen der jährlichen OECD-Aktion zur Versenkung im Atlantik verschafft werde.

(924) Die freisinnig-demokratische Partei des Kantons St. Gallen spricht sich gegen die kantonale "Atominitiative" aus. (vgl. Nr..920 der Chronik).

(925) 7. September 1981: Die Mustermesse-Direktion, Basel, weist die Kritik der Aktion "Nix Nuclex" (vgl. Nr. 916 der Chronik) zurück und erklärt, gutgläubige Jugendliche wurden hier von einem "ganz harten Kern von internationalen Terroristen aufgehetzt".

(926) Der Schaffhauser Grosse Rat lehnt eine Motion ab, mit der die Schaffung eines kantonalen Energiegesetzes verlangt worden war.

(927) 8. September: Eröffnung der 19. Internationalen Jahrestagung der Gesellschaft für Nuklearmedizin (Europa) in Bern.

(928) Die Umweltschützerbewegung "Greenpeace" in Holland gibt bekannt, sie wolle die Meerversenkungsaktion für radioaktive Abfälle verhindern. (vgl. Nr. 923 der Chronik).

(929) 9. September: Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Bericht 1980 der Eidg. Kommission für die Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR), in dem unter anderem festgestellt wird, es seien in der Umgebung von Kernanlagen keine unzulässigen Werte radioaktiver Strahlung festgestellt worden.

(930) 11. September: Der Bundesrat auf eine Interpellation aus dem Nationalrat: Das von den Kernkraftwerken auf ihrem Areal zu erstellende Sicherheitsdispositiv muss auch eine Betriebswache enthalten, die im Falle eines Terrorangriffs den Angreifer hinzuhalten habe, bis die Polizei eintreffe. Es handle sich nicht um eine Privatarmee, sondern sei eine rechtmässig eingesetzte Wachmannschaft.

15. September: Gründungsversammlung der „Kettenreaktion". Präsident: H.R. Lutz.

(931) 16. September: Bekanntwerden der Nein-Parole der Jung-CVP des Kantons St. Gallen zur kantonalen "Atominitiative".(vgl. Nr. 789 der Chronik).

(932) Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) lehnt den Entwurf zu einem neuen Atomgesetz (vgl. Nr. 902 und 914 der Chronik) als untauglich ab, weil damit praktisch auf eine Verhinderung der Kernenergienutzung tendiert werde und die Elektrizitätswerke ihrer Versorgungspflicht nicht mehr nachkommen könnten.

(933) 17. September: An einer Pressekonferenz zum Geschäftsbericht 1980 der Elektrowatt-Gruppe gibt diese bekannt, das Kernkraftwerk Leibstadt werde erst ab 1984 Strom ans Netz abgeben können.

(934) 19. September: 72 aargauische Grossräte reichen ein Postulat ein, mit dem der Regierungsrat des Kantons eingeladen wird, "sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass die Stromversorgung des Aargaus auch in Zukunft sichergestellt ist, selbst wenn gesamtschweizerisch Versorgungslücken auftreten sollten". Grosse Kreise der Kantonsbevölkerung seien beunruhigt und befürchteten einen Versorgungsengpass beim Strom, wenn die Erstellung weiterer Kernkraftwerke verhindert werde.

(935) Die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG hat den Schlussbericht über die radiologische Beweissicherung ihres Werkes veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass während des Betriebs keine Beeinträchtigung der Umgebung durch Radioaktivität eintrete.

(936) Die GAG (Gewaltfreie Aktion Graben) ruft in einem Pressecommuniqué dazu auf, "dem sich abzeichnenden Kuhhandel Graben statt Kaiseraugst" entgegenzutreten. Auch die Regierungsparteien im Kanton Bern (FdP, SVP, SP) wenden sich in inoffiziellen Stellungnahmen gegen eine St.-Florianspolitik in dieser Sache.

(937) 21. September: Der Bundesrat gibt an einer Pressekonferenz bekannt, er sei bereit gewesen, heute über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zu entscheiden. Er bejahe den Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk in den neunziger Jahren. Aufgrund eines Briefes vom 18.9.81 der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (KWK) sei aber "eine neue Lage eingetreten"; dessen Inhalt wecke Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Gesuches der KWK AG, weil darin die Bereitschaft zu Verhandlungen über einen Rückzug dieses Gesuches erklärt worden sei.

(938) Die KWK AG erklärt dazu, dass sie mit Überraschung und grossem Erstaunen von der Erklärung des Bundesrates Kenntnis nehme; sie habe in ihrem Brief vom 18.9.81 lediglich darauf hingewiesen, dass ihre Gesprächsbereitschaft aufrechterhalten bleibe, habe aber in keiner Weise zum Ausdruck gebracht, ihr Gesuch um die Erteilung der Rahmenbewilligung sei nicht ernst zu nehmen.

(939) 22. September und folgende Tage: In Erklärungen und Kommentaren werfen Redaktionen der Medien, Politiker, Parteien und verschiedene Organisationen dem Bundesrat fast ausnahmslos Führungsschwäche und Entscheidungsunwilligkeit im Falle der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst vor.

(940) 23. September: Die Arbeitsgemeinschaft Atomschutz der Schweiz (Agea), das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) und die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) erklären, zum "Widerstand" gegen ein "Diktat aus Bern" bereit zu sein, und fordern den Bundesrat auf, die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst endgültig zu verweigern.

(941) 24. September: Die Schweizer Delegation verurteilt anlässlich der 25. Generalversammlung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien den israelischen Luftangriff auf den Forschungsreaktor bei Tammuz im Irak.

(942) Eine Kommission des Solothurner Kantonsrats spricht sich gegen die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zur kantonalen "Atominitiative" aus. (vgl. Nr. 861 der Chronik).

(943) 25. September 1981: 16 Nationalräte und Grossräte aus der Region Graben erklären in einer Resolution, es wäre mit entschiedenem Widerstand gegen das Kernkraftwerk Graben zu rechnen, falls der Bundesrat die Rahmenbewilligung für das Projekt Graben statt Kaiseraugst erteile.

(944) Veröffentlichung des Briefes der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG vom 18.9.81 an den Bundesrat in der Neuen Zürcher Zeitung (und später in andern Blättern).

(945) Ein Vertreter der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) in einem Zeitungsinterview: für das Kernkraftwerk Inwil liege nur ein Vorprojekt vor; das Werk stehe heute nicht zur Diskussion, da an den Standorten Kaiseraugst und Graben baureife Projekte vorlägen.

(946) Die Regierung des Kantons Bern erklärt in einer Pressemitteilung, sie habe Verständnis dafür, dass die Bevölkerung des Oberaargaus nicht ohne weiteres bereit sei, ein Kernkraftwerk-Projekt zu akzeptieren, dem man in einer anderen Region auszuweichen versuche.

(947) Die Initianten der eidgenössischen Volksinitiative "Für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke“ geben das Zustandekommen dieser Initiative bekannt. (vgl. Nr. 906 und 656 der Chronik).

(948) 27. September: Im Kanton St. Gallen wird in einer Volksabstimmung die Initiative "zur Wahrung der Volksrechte in bezug auf Atomanlagen" mit 26 823 Nein gegen 22 464 Ja deutlich abgelehnt; Stimmbeteiligung 22%.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1981 (Ulrich Beck)

(953) 1. Oktober: In einem Brief im Namen von rund 90 bürgerlichen Politikern schreibt die Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Bern im Zusammenhang mit dem Kaiseraugst-Entscheid des Bundesrats (vgl. Nr. 937 der Chronik) an den Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements u.a.: "Wir sind nicht bereit, einem politischen Handel zuzustimmen, in welchem Kaiseraugst durch Graben ersetzt würde".

(954) Der Direktor des Bundesamts für Energiewirtschaft erklärt gegenüber einer Nachrichtenagentur, der Bau weiterer Kernkraftwerke sei auf lange Sicht unumgänglich. Die Stromverbrauchszuwachsrate betrage rund 1000 Megawatt alle 4 - 5 Jahre.

(955) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in zwei Pressemitteilungen: Sie werde voraussichtlich im Mai 1982 in Riniken oder Böttstein mit ihren Probebohrungen beginnen. - Sie verwahre sich gegen einen Artikel in der "Wochen Zeitung", der zahlreiche falsche Aussagen über die Tätigkeit der Nagra enthalte.

(956) 2. Oktober: Abschluss einer dreitägigen internationalen Strahlenschutztagung an der Eidg. Technischen Hochschule in Lausanne über "Radiologische Auswirkungen von Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen auf den Menschen und seine Umwelt".

(957) Die SVP (Schweizerische Volkspartei) erwartet laut einer Erklärung, dass der Bundesrat zur Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst ein Ja ausspreche. Eine "Kapitulation" vor Kaiseraugst wurde auch den "Bankrott" des Kernkraftwerks Graben bedeuten.

(958) Die NOK (Nordostschweiz. Kraftwerke) geben in einer Pressemitteilung bekannt, sie würden in den ersten sechs Jahren die Wärme für das Fernwärmenetz Refuna (vgl. Nr. 886 der Chronik) unter den Gestehungskosten liefern.

(959) 3. Oktober: An ihrer Mitgliederversammlung bestätigt die Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz ihre antinukleare Haltung.

(960) 4. Oktober: Gründung eines "Centralschweizer Komitees Inwil nie" (CKI) durch Zusammenschluss von sechs A-Werkgegner-Organisationen.

(961) 5. Oktober: Der Bundesrat in einer Fragestunde des Nationalrats: Er könne zurzeit die Frage nicht beantworten, ob der Standort Rüthi (SG) als Ersatz in Frage komme, sollten die Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben nicht gebaut werden können.

(962) Die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG spendet der Stadt Aarau Fr. 30'000.-für die Jugendbetreuung.

(963) 8. Oktober: In einer Interpellation aus dem Nationalrat wird vom Bundesrat darüber Auskunft verlangt, ob er bereit wäre, dafür zu sorgen, dass bei Stromknappheit vor allem jene Regionen Rationierungsvorschriften unterstellt wurden, die den Bau von Kernkraftwerken verhindern.

(964) 9. Oktober 1981: Publikwerden einer vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern gefassten Resolution, in welcher der Bundesrat aufgefordert wird, seine Botschaft zu einem neuen Energieartikel kurzfristig auch mit Instrumentarien für eine Energiepolitik ohne neue Atomkraftwerke zu ergänzen.

(965) 14. Oktober: Der Regierungsrat des Kantons Zürich erklärt, keinen Einwand gegen die von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) vorgesehene Verlegung einer Probebohrung von Bachs nach Steinmaur zu haben.

(966) 17. Oktober: Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) verabschiedet an ihrer Delegiertenversammlung ein Schwerpunktprogramm 1981/83, in dem festgestellt wird, es solle auch bei einem allfälligen Nein zu Kaiseraugst nicht auf die weitere Nutzung der Kernenergie verzichtet werden.

(967) 19. Oktober: Beim Bundesamt für Energiewirtschaft sind rund 500 Einsprachen aus der Bevölkerung von Steinmaur gegen die dort geplante Probebohrung der Nagra (vgl. Nr. 965 der Chronik) abgegeben worden.

(968) 20. Oktober: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) geben bekannt, dass der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet im Winterhalbjahr 1980/81 gegenüber dem Vorjahr um 9,5 Prozent zugenommen habe, im Sommerhalbjahr um 2,5 Prozent und im Durchschnitt des ganzen Jahres um 6,3 Prozent.

(969) Eröffnung der Ausstellung "Radioaktiver Abfall in der Schweiz - Woher? Wohin?" in Einen (LU).

(970) 21. Oktober: Der Solothurner Kantonsrat weist die kantonale Atominitiative an seine vorberatende Kommission zurück mit dem Auftrag, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. (vgl. Nr. 942 Chronik).

(971) 22. Oktober: Anlässlich der Hauptversammlung des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes bejaht dessen Präsident den Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk und die Nutzung der Kernenergie.

(972) Durchführung einer Alarmübung in der Zone 1 des Kernkraftwerks Mühleberg, verbunden mit einem Sirenentest, wie er auch in der Umgebung der Werke Gösgen und Beznau erfolgt.

(973) Anlässlich der Generalversammlung der Motor-Columbus AG nimmt deren Präsident klar Stellung zur Frage eines eventuellen Verzichts auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst und erklärt, die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG könne auf dieses Projekt nicht verzichten.

(974) 23. Oktober: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG schreibt in einem Brief an den Bundesrat, er solle den vom Gesetz vorgesehenen Weg beschreiten und die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst ohne Verzug erteilen. (vgl. Nr. 937, 938 der Chronik).

(975) 24. Oktober: Bekanntwerden eines Bundesgerichtsurteils, mit dem eine Vorschrift des Kantons Waadt aufgehoben wird, die vollelektrische Gebäudeheizungen der Bewilligungspflicht unterstellen wollte: Damit würde die Handels- und Gewerbefreiheit verletzt.

(976) 28. Oktober: Der Bundesrat erteilt, gestützt auf die geltenden Gesetzesbestimmungen, die Rahmenbewilligung für den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst, die noch vom eidgenössischen Parlament bestätigt werden muss, um endgültig zu sein. (vgl. Nr. 937 der Chronik).

(977) Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie begrüsst in einer Pressemitteilung die Entscheidung des Bundesrats für die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst und verlangt eine zügige Weiterbehandlung des Geschäftes im Parlament.

(978) 28. Oktober und folgende Tage: Zahlreiche Stellungnahmen und Kommentare zum Bundesratsentscheid betreffend Kaiseraugst. Er wird u.a. positiv aufgenommen von: Präsidium der Christlichsozialen Volkspartei (CVP) der Schweiz, Schweizerische Volkspartei (SVP), Regierung des Kantons Aargau. Negative Reaktionen kommen u.a. von den A-Werkgegner-Gruppen, von den Regierungsräten der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS).

(979) 29. Oktober: Kleinere Demonstrationen gegen die Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst in Basel, Liestal, Kaiseraugst, Zürich, Solothurn.

(980) Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) gibt in einem Pressecommuniqué bekannt, nach neuesten amtlichen Prognosen werde die Zunahme des Stromverbrauchs im Winterhalbjahr 1981/82 auf 4 Prozent geschätzt.

(981) 30. Oktober: Die Schweizerische Volkspartei (SVP) lehnt den Entwurf eines Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes als unbrauchbare Grundlage entschieden ab.

(982) Die Aargauische Industrie- und Handelskammer lehnt den Entwurf eines Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes ab, weil er im diametralen Gegensatz zur Energiepolitik von Bundesrat und Gesamtenergiekonzeptions-Kommission stehe.

(983) 31. Oktober 1981: Demonstration in Kaiseraugst gegen die Erteilung der Rahmenbewilligung für das dortige Kernkraftwerk mit über 15'000 Teilnehmern. In einer Resolution wird erklärt, man werde das Kernkraftwerk Kaiseraugst nie hinnehmen und werde deshalb den Kampf mit grösster Entschlossenheit weiterführen.

(984) 2. November: Brandanschläge in Baden gegen das Verwaltungsgebäude der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) und deren Garage sowie Einschlagen von Fensterscheiben am Verwaltungsgebäude der Motor-Columbus AG, wo die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG domiziliert ist. Misslungener Brandanschlag in Grindelwald auf das Ferienhaus des Präsidenten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle).

(985) Der Präsident der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz appelliert im Hinblick auf die kommende Debatte über das Kernkraftwerk Kaiseraugst an alle Befürworter, Gegner und Indifferente, sich der staatspolitischen Verantwortung bewusst zu sein; der Bundesrat habe bei der Erteilung der Rahmenbewilligung nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen gehandelt.

(986) 3. November: Die Aargauer Regierung nimmt vor dem Grossen Rat mit Befremden Stellung zu den politischen Reaktionen auf den Kaiseraugst-Entscheid des Bundesrates (vgl. Nr. 978 der Chronik), insbesondere der Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Sie bedauert gleichzeitig den Entscheid des Bundesrats, das aargauische Gesuch um Verzicht auf Kühltürme beim Kernkraftwerk Kaiseraugst abzulehnen.

(987) Der Regierungsrat des Kantons Bern auf eine Interpellation aus dem Grossen Rat: Die Kühlwasserkonzession für das Kernkraftwerk Graben müsse vom Parlament verlängert und auf die Kernkraftwerk Graben AG als eigentlichen Projektträger übertragen werden.

(988) 4. November: Der Bundespräsident in einem Interview: Die institutionellen Instrumente für einen demokratischen Entscheid in der Kaiseraugst-Frage seien vorhanden und intakt; bis zu den neunziger Jahren sei ein weiteres Kernkraftwerk nötig.

(989) Die Elektra Baselland stellt an einer Pressekonferenz fest, der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet nehme trotz aller Sparaufrufe zu; sie halte den Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk als gegeben.

(990) Der Schweizerische Gewerkschaftsbund gibt bekannt, er halte den Bedarfsnachweis für weitere Kernkraftwerke als nicht erbracht.

(991) Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) richtet einen offenen Brief an den Bundesrat: Sie halte die Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst sachlich für falsch, staatspolitisch für gefährlich und gesetzlich zum Teil nicht für abgestützt.

(992) 5. November: Die Zürcher Nationalräte der Freisinnig-demokratischen Partei an einer Pressekonferenz: Es wäre gefährlich, sich aufgrund momentaner Stimmungen auf energiepolitisch verhängnisvolle Entscheide einzulassen; der Entscheid des Bundesrates zur Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst sei zu begrüssen; es sei nötig, das .Programm der Probebohrungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) durchzuziehen.

(993) Laut einer Umfrage der "Woche" ist eine Mehrheit von eidgenössischen Parlamentariern für die Bestätigung der Rahmenbewilligung für Kaiseraugst, r Über die Hälfte der Bevölkerung gegen den Bau dieses Kernkraftwerkes.

(994) Sondersitzung des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zum Kaiseraugst-Entscheid des Bundesrats; in einer Resolution werden die eidgenössischen, Räte aufgefordert, die Rahmenbewilligung nicht zu bestätigen.

(995) 7. November: Seminar in Baden der Schweiz. Gesellschaft der Kernfachleute und der Schweiz. Gesellschaft für Radiologie und Nuklearmedizin über den Nutzen und das Risiko der Anwendung radioaktiver Strahlung in Medizin und Industrie.

(996) Die Delegierten der AVES (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) lehnen den Vorentwurf zum neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz ab, da es auf eine Verhinderung der Nutzung der Kernenergie hinauslaufe.

(997) 9. November: Die VSIG (Vereinigung des Schweizerischen Import- und Grosshandels) in ihrem Pressedienst: Sie hoffe, das eidgenössische Parlament werde seinen Entscheid zu Kaiseraugst mit sachlichen Überlegungen treffen; ernsthafte Gründe sprächen für die Rahmenbewilligung für dieses Werk.

(998) 10. November: Der Grosse Rat des Kantons Aargau Überweist mit 110 : 29 Stimmen ein Postulat an die Regierung, mit dem diese beauftragt wird, die Stromversorgung des Kantons Aargau vorrangig sicherzustellen, d.h. zu verhindern, dass der Kanton, in dem die Elektrizitätsproduktion den Bedarf um ein Mehrfaches übertrifft, im Falle einer Stromrationierung zu leiden hätte. (vgl. Nr. 934, 963 der Chronik).

(999) 11. November: Der Regierungspräsident des Kantons Basel-Landschaft in einem Zeitungsinterview: Es sei zu überdenken, ob eine Politik der Bedarfsdeckung (mit Strom) auf lange Sicht ein brauchbares Konzept sei; ein Moratorium (im Bau von Kernkraftwerken) wäre wahrscheinlich eine erwägenswerte Alternative.

(1000) Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement heisst einen Rekurs von Umweltschutzorganisationen gegen das Projekt einer Hochspannungslinie vom Kernkraftwerk Mühleberg nach Verbois (GE) gut, so dass das Bewilligungsverfahren darüber wieder offen sei, teilen die betreffenden Organisationen in einem Communiqué mit. (vgl. Nr. 791 der Chronik).

(1001) Die Regierung von Basel-Stadt weist in scharfer Form Behauptungen eines POB-Grossrates zurück, die dieser über die Polizeieinsätze anlässlich der Anti-Nuclex-Demonstrationen gemacht hat. (vgl. Nr. 916, 925 der Chronik).

(1002) Der Bundesrat genehmigt eine Verordnung über die Anerkennung und den Betrieb von Personendosimetrie-Stellen.

(1003) 13. November 1981: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements anlässlich einer Ansprache in Thusis: Der Bundesrat sei nicht leichthin und weder im Schlepptau von Wirtschaftsinteressen noch freiheitsfeindlicher Tendenzen zu ihrer Energiebotschaft und zur Beurteilung der Bedarfsfrage in Bezug auf die elektrische Energie gelangt.

(1004) 16. November: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in einem Zeitungsinterview: Er lebe in der Nähe des Kernkraftwerks Mühleberg und mache sich deswegen keine Sorgen; er habe volles Vertrauen in die Ingenieurkunst und die sorgfältige Ueberwachung der Werke.

(1005) Beginn einer dreitägigen Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) zum Thema "Fernwärme und der mögliche Beitrag der Kernenergie" in Bern.

(1006)19. November: Orientierung der Behörden der 13 Gemeinden des Kantons Zürich, die in der Zone II der Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt liegen, über die Alarmorganisation.

(1007) 21. November: Bekanntwerden der Ablehnung von zwei Beschwerden der GAG (Gewaltfreie Aktion Graben) durch die Berner Behörden.

(1008) 24. November: Die SGK (Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute) wendet sich in einer Stellungnahme gegen das von einer kirchlichen Arbeitsgruppe "KAGAF" aus dem Kanton Bern an einer Pressekonferenz vorgestellte "Atom-Denkwort", das bezüglich der Kernenergie zum grossen Teil tendenziöse Argumente und sogar völlig falsche Aussagen enthalte.

(1009) Lancierung von zwei kantonalen Initiativen in Basel-Stadt durch das NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke), die u.a. das Verbot von elektrischen Widerstandsheizungen und eine Verpflichtung zur Wärme/Kraft-Kopplung mit Verrechnung der so erzeugten Elektrizität zu kostendeckenden Preisen sowie die Aufhebung von Mengenrabatten auch beim Strom verlangen.

(1010) 25. November: Der Bundesrat auf ein Postulat aus dem Nationalrat: Er könne keinen Einfluss auf die französische Regierung ausüben, um den verlangten Baustopp beim französischen Brüter-Kernkraftwerk Superphénix zu erwirken. Genf sei durch dieses Kraftwerk nicht ernsthaft gefährdet.

(1011) Die Presse berichtet, anfangs November werde eine schweizerische Delegation in Australien über die Lieferung von Uran verhandeln.

(1012) 26. November: Der Verfassungsrat von Basel-Landschaft lehnt es ab, eine Resolution gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst zu fassen.

(1013) 27. November: Der Bundesrat in seiner Botschaft an das eidg. Parlament betreffend die Gewährleistung verschiedener kantonaler Verfassungsänderungen: Das fakultative Referendum bei kantonalen Stellungnahmen zum Bau von Atomanlagen im Kanton Bern sei weder verfassungs- noch bundesrechtswidrig. (vgl. Nr. 870 der Chronik.)

(1014) 28. November: Die Presse berichtet, die CVP (Christlichsoziale Volkspartei) der Schweiz sei der Auffassung, der Entwurf für ein neues Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz sei nicht weiterzuverfolgen.

(1015) In seiner Vernehmlassung zum selben Gesetzesentwurf spricht sich der Schweiz. Gewerkschaftsbund zugunsten eines fakultativen Gesetzesreferendums für Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke aus.

(1016) 29. November: Der Schweiz. Wasserwirtschaftsverband begrüsst in einer Stellungnahme, dass der Bundesrat das Bedürfnis für ein weiteres Kernkraftwerk bejaht und die Rahmenbewilligung für ein neues A-Werk erteilt hat.

(1017) 30. November: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in einem Interview: Falls das vom Bundesrat geschätzte Energiesparpotential in der Schweiz von 18 Prozent bis zum Jahre 2000 nicht erreicht werden könne, wäre die so entstehende Versorgungslücke nicht einmal mit einem 1000-Megawatt-Kraftwerk zu decken, umso weniger als der Anteil des Erdöls von heute 71 auf unter 60 Prozent gesenkt werden sollte; er verzichte im Moment auf eine Stellungnahme zur Frage, ob er Kaiseraugst für machbar halte. (vgl. auch Nr. 555 der Chronik).

(1018) Der Bundesrat beschliesst die Erhöhung der Deckungssumme für die Haftpflicht aus dem Betrieb von Kernanlagen auf Fr. 300 Millionen.

(1019) 1. Dezember 1981: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einem Pressecommuniqué: Sie habe in ihrer Vernehmlassung den Entwurf für ein neues Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz abgelehnt, u.a. weil zwei Sachgebiete in einem Gesetz zusammengezogen worden seien, die besser getrennt zu ordnen wären, und weil es sich um ein Kernenergieverhinderungsgesetz handle, dessen Inhalt auch im Widerspruch zur erklärten Energiepolitik des Bundesrates stehe.

(1020) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) legt in einer Pressemitteilung die ihr bekannten Tatsachen zu der in der Presse aufgetauchten Behauptung dar, wonach die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG an Südafrika Uran für das dort im Bau stehende Kernkraftwerk Koeberg verkauft habe.

(1021) 2. Dezember: Der Bundesrat in Beantwortung einer Interpellation aus dem Ständerat: Es wurden keine Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke erteilt, wenn die Entsorgung der radioaktiven Abfälle nicht gesichert sei; der Bund werde dafür sorgen, dass die Nagra ihren Auftrag gerecht werde, ernstzunehmende Probebohrungen durchzufahren.

(1022) Das Parlament des Kantons Jura fasst eine Resolution, in der dem Unbehagen gegenüber dem Projekt des Kernkraftwerks Kaiseraugst Ausdruck gegeben wird.

(1023) 9. Dezember: Der Regierungsrat von Basel-Stadt in Beantwortung von drei Interpellationen aus dem Grossen Rat: Er halte eine Grosskundgebung auf dem Marktplatz oder einen Warnstreik nicht für taugliche Mittel, um sich gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst einzusetzen, und lehne sie mit aller Deutlichkeit ab.

(1024) 10. Dezember: Veröffentlichung der Stellungnahme des SHI (Schweiz. Handels- und Industrieverein) zum Entwurf eines neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes, der scharf kritisiert wird; der SHI ist der Auffassung, es . solle nicht auf den Entwurf eingetreten werden, weil er kernenergiefeindlich und rechtsstaatlich fragwürdig sei.

(1025) 10. Dezember: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einer Pressemitteilung: Sie habe in einer Aufsichtsbeschwerde an das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement die einseitig antinukleare und zum Teil konzessionswidrige Haltung in gewissen Sendegefässen der Monopolmedien von Radio und Fernsehen DRS verurteilt, wie sie in der "Denkpause" des Fernsehens DRS vom 13.11.81 zum Ausdruck gekommen sei.

(1026) Die Regierung des Kantons Graubünden lehnt in ihrer Vernehmlassung den Entwurf für ein neues Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz ab, da es den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken praktisch verunmöglichen wurde.

(1027) 11. Dezember: Einreichen der eidgenössischen Volksinitiative "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" mit 135'571 Unterschriften und derjenigen für "eine sichere, sparsame und umweltfreundliche Energieversorgung" mit 1161651 Stimmen. Die Annahme der ersteren hätte zur Folge, dass nach Leibstadt kein weiteres Kernkraftwerk gebaut und keines der bestehenden später ersetzt werden dürfte. (vgl. Nr. 656 der Chronik).

(1028) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) nimmt in einer Pressemitteilung Stellung gegen die eingereichten Initiativen und fordert Bundesrat und eidgenössische Räte dazu auf, dafür zu sorgen, dass darüber in der kürzestmöglichen Zeit abgestimmt werden könne.

(1029) Die SIK (Schweiz. Informationsstelle für Kernenergie) sagt in einem Pressecommuniqué den beiden soeben eingereichten Initiativen einen harten Kampf an.

(1030) In einer Pressemitteilung schreibt die am 15. September 1981 gegründete, schnell wachsende Pro-Kernenergie-Organisation "Kettenreaktion", sie betrachte die soeben eingereichte neue Antiatominitiative als Herausforderung aller denkenden Kräfte in der Schweiz; die Initiative müsse als kurzsichtig und verantwortungslos eingestuft werden und ihre "après nous le déluge"-Mentalität sei schärfstens zu verurteilen.

(1031) Die Regierung des Kantons Bern äussert in ihrer Vernehmlassung zum Entwurf eines neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes die Ansicht, der Entwurf ergebe noch keine solide Grundlage für eine Totalrevision des bestehenden Gesetzes.

(1032) Die Regierung des Kantons Schwyz empfiehlt in ihrer Vernehmlassung, den Entwurf eines neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes nicht weiter zu bearbeiten; er enthalte Bestimmungen zur Lösung energiepolitischer Probleme, die in andere gesetzgeberische Bereiche gehörten.

(1033) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) kritisiert in ihrer Vernehmlassung den Entwurf zu einem neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz, das den Bau sicherer Endlager für radioaktive Abfälle verhindern würde.

(1034) Aus der Presse ist zu entnehmen, dass die SNG (Schweizerische Naturforschende Gesellschaft) den vierten Band ihrer "Berichte zur Kernenergie" herausgegeben hat, dessen Thema "Der Brennstoffkreislauf der Leichtwasserreaktoren" ist.

(1035) Die Presse berichtet über die Resultate der Untersuchungen des EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung) über die Auswirkungen der Dampffahne des Kühlturms von Gösgen, die im Bulletin Nr. 45/Dez. 1981 des EIR veröffentlicht wurden. (vgl. Nr. 627 der Chronik).

(1036) 14. Dezember 1981: Die Gemeindeversammlung von Däniken kann zu Kenntnis nehmen, dass rund 36 Prozent der budgetierten Steuereinnahmen 1982 der Gemeinde von der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG stammen werden.

(1037) Der Weitere Bürgerrat der Stadt Basel wendet sich in einer Resolution zuhanden der eidgenössischen Räte gegen die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst.

(1038) Attentatsversuch auf einen Hochspannungsleitungsmast der BKW (Bernische Kraftwerke AG) bei Les Rangiers in der Nacht auf den 15. Dezember durch die A-Werkgegner-Gruppe "Tendance do it yourself", die sich als Schwesterorganisation der Basler Gruppe "Dreieckland" bezeichnet.

(1039).l7. Dezember: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, sie werde in den nächsten Tagen ihr Gesuch für den Bau eines Felslabors an der Grimsel einreichen. (vgl. Nr. 703, 496 der Chronik).

(1040) Die Regierung des Kantons Solothurn sieht in ihrer Vernehmlassung zum Entwurf eines neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes im Entwurf eine Anti-Kernenergie-Tendenz. Die entsprechenden Teile seien zu überarbeiten.

(1041) 18. Dezember: Aus der Presse ist zu entnehmen, dass das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung) im Auftrag des Bundesamtes für Energiewirtschaft eine bis Herbst 1982 dauernde Untersuchung über das radioaktive, aus der Natur stammende Radongas in Wohnräumen durchfuhrt.

(1042) Der Christlich-Nationale Gewerkschaftsbund bezeichnet in seiner Vemehmlassung zum Entwurf eines neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes eine Revision des bestehenden Gesetzes als unnötig.

(1043) Die Gemeindeversammlung von Rheinfelden fasst eine Resolution zuhanden der eidgenössischen Räte, in der sie sich gegen die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst wendet.

(1044) 22. Dezember: Bekanntwerden der Ablehnung des Entwurfs für ein neues Strahlenschutz-und Kernenergienutzungsgesetz durch den Schweizerischen Gewerbeverband.

(1045) 23. Dezember: An ihren Gemeindeversammlungen zwischen dem 27. November und 22. Dezember nehmen alle am Fernwärmeprojekt Refuna interessierten Aargauer Gemeinden den Beitritt zur Refuna und den ihnen zufallenden Anteil am Projektierungskredit fast ohne Opposition an; Refuna wird Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau beziehen. (vgl. Nr. 825, 886, 958 und 1005 der Chronik).

(1046) 24. Dezember: Bekanntwerden der Ablehnung des Entwurfes für ein neues Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz durch die Regierung des Kantons Thurgau, da jener eine unbrauchbare Grundlage für ein zeitgemässes Gesetz sei.

(1047) 28. Dezember: Bekanntwerden einer weitgehenden Einigung anlässlich Besprechungen in Canberra zwischen schweizerischen und australischen Delegationen Über ein Nuklearabkommen, das Uranbezüge aus Australien und Lieferungen von Technologie und Ausrüstung aus der Schweiz nach diesem Land ermöglichen soll.

(1048) 30. Dezember: Bekanntwerden der Ablehnung des Entwurfes für ein neues Strahlenschutz- und Kernenergienützungsgesetz durch die Regierung des Kantons Appenzell Innerrhoden, da dieser so gewichtige Mängel aufweise, dass darauf nicht einzutreten sei.

(1049) Ebenso lehnt die Freisinnigdemokratische Partei der Schweiz (FDP) die Totalrevision des Atomgesetzes ab, da der Entwurf eher ein Verhinderungsgesetz sei.

(1050) 31. Dezember: Bekanntwerden von zwei Vernehmlassungen zum Entwurf für ein neues Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz: Die Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhoden beantragt, nicht darauf einzutreten wegen der kernenergiefeindlichen Grundhaltung, die im Gegensatz zur Verfassung, zum Schlussbericht der GEK (Eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption), zu einem Bundesbeschluss stehe. Die Kantonsregierung St. Gallen beantragt aus ähnlichen Gründen, nicht darauf einzutreten.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1982 (Ulrich Beck)

(1051) 1. Januar: Bekanntwerden der Ablehnung durch die SES (Schweizerische Energiestiftung) des Entwurfs eines neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes, da es gegenüber der geltenden Gesetzgebung einen Rückschritt bedeuten wurde.

(1052) 6. Januar: Ein Sprecher der Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen erklärt in Würenlingen, es seien 1981 keine Zwischenfälle oder grössere Störungen registriert worden.

(1053) Der Regierungsrat des Kantons Zürich erklärt in seiner Vernehmlassung, eine Totalrevision des erst 1979 teilweise revidierten Atomgesetzes sei nicht angebracht. Der Entwurf zu einem neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz widerspreche der Auffassung des Bundesrats über Grundsatzfragen der Energiepolitik.

(1054) 7. Januar 1982: Die Stiftung Neff (Nationaler Energieforschungsfonds) erklärt an einer Pressekonferenz in Bern, der Fonds habe seit seiner Gründung im Sommer 1977 rund 52 Millionen Franken für Energieforschungsprojekte freigegeben, wobei der Hauptakzent abnehmend bei der Kernenergie liege.

(1055) In seinem Bericht an den Grossen Rat lehnt der Regierungsrat des Kantons Luzern die Initiative "Wahrung der Volksrechte im Bereich der Atomenergie ab.

(1056) Die Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) und das Institut Suisse de la Vie (ISV) beantragen in ihrer Vernehmlassung zum Entwurf eines neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes eine grundsätzliche Überarbeitung, da der Entwurf zahlreiche schwere Mängel aufweise.

(1057) 11. Januar: Publikwerden der Stellungnahme des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen zum Entwurf eines neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes: Der Verband komme zum Schluss, der Entwurf sei von Grund auf neu zu konzipieren, da er versteckt die Absicht enthalte" Kernkraftwerke Oberhaupt zu verhindern.

(1058) 13. Januar: An einer Pressekonferenz in Luzern wird eine Informationsschrift mit Merkblatt vorgestellt, die an die Bevölkerung der 18 Luzerner Gemeinden verteilt werden soll, welche in der Gefahrenzone 2 des Kernkraftwerks Gösgen liegen. Mit dem Informationsmaterial wird über das richtige Verhalten bei einem KKW-Störfall orientiert.

(1059) Veröffentlichung eines von 1573 Einwohnern von Kaiseraugst unterschriebenen Briefes an die eidgenössischen Parlamentarier, die damit aufgefordert werden, den Bundesratsbeschluss über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht zu genehmigen.

(1060) 14. Januar: Der Staatsrat des Kantons Neuenburg hält in seiner Vernehmlassung zu einem neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz die Revision des erst 1979 teilrevidierten Gesetzes für nicht angebracht, da es u. a. jegliches Projekt zum vornherein verhindere.

(1061) Veröffentlichung der Resultate einer repräsentativen Meinungsumfrage der Publitest, wonach von 1000 befragten Schweizern 62 Prozent Probebohrungen durch die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) befürworten, wogegen 30 Prozent sie ablehnen.

(1062) Die Regierung von Basel-Stadt in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage: Sie werde alle Schritte unternehmen, um eine Enteignung des von der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG geforderten Uferstreifens (für die Wasserfassung aus dem Rhein),der dem Kanton gehört, zu verhindern.

(1063) An einer Pressekonferenz in Zürich wird eine "Kohlestudie Schweiz" vorgestellt. Der Direktor des Bundesamtes Für Energiewirtschaft erklärt dabei in seinem Referat, dass Kohle kein Ersatz für die Kernenergie sei; die Losung heisse weltweit: Kohle plus Kernkraft.

(1064) 15. Januar: Vorstellung des Schlussberichtes der Eidgenössischen Abwärmekommission, aus dem hervorgeht, dass im Einzugsgebiet von Aare und Rhein für weitere grosse thermische Kraftwerke aus ökologischen Gründen keine direkte Flusswasserkühlung in Betracht gezogen werden könne. Allenfalls komme eine gemischte Kühlung in Frage.

(1065) 20. Januar: In einer gemeinsamen Vernehmlassung kritisieren die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft den Entwurf zu einem neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetz. Die im Vernehmlassungsverfahren aufgedeckten Mängel seien zu beheben und es seien zwei getrennte Gesetze für die beiden Bereiche zu schaffen.

(1066) Der Solothurner Kantonsrat lehnt einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Demokratie bei Atomfragen" ab und beschliesst gleichzeitig gemäss dem Antrag der Regierung, dem Volk die Ablehnung der Initiative zu empfehlen. (vgl. Nr. 970 der Chronik).

(1067) 21. Januar: Abschluss der Arbeiten der Nationalrats-Kommission für die Vorberatung eines Bundesgesetzes zur Kernenergiehaftpflicht. (vgl. Nr. 756 der Chronik).

(1068) Bekanntgabe der Ablehnung durch den Kassationshof des Bundesgerichts einer Nichtigkeitsbeschwerde von E. Wahli und F. Zimmermann, die vom bernischen Obergericht wegen übler Nachrede gegenüber der BKW (Bernische Kraftwerke AG) schuldig gesprochen worden waren, weil sie der BKW zu Unrecht vorgeworfen hatten, diese hätte verheimlicht, dass die radioaktive Strahlung in der unmittelbaren Umgebung des Kernkraftwerks Mühleberg grösser sei als angegeben, und die BKW hätte ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente umgebaut, ohne die gesetzliche Bewilligung dafür gehabt zu haben.

(1069) 23. Januar: Der Waadtländer Staatsrat gibt bekannt, er habe sich in seiner Vernehmlassung zum Entwurf eines neuen Strahlenschutz- und Kernenergienutzungsgesetzes dafür ausgesprochen, dass der Entwurf zu überarbeiten sei. Er setze so viele Verfahrensbarrieren, dass jeglicher Bau eines Kernkraftwerkes problematisch würde.

(1070) 27. Januar 1982: Die Gemeindeversammlung von Kaiseraugst lehnt die Abtretung zweier Feldwege auf dem Gelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst ab.

(1071) 28. Januar: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG betrachtet das Abstimmungsergebnis der Gemeindeversammlung von Kaiseraugst vom 27. Januar als widerrechtlich. Der zur Diskussion stehende Landabtausch sei eine Auflage der rechtskräftigen kommunalen Baubewilligung von 1973, der nicht nachträglich durch die Gemeindeversammlung widerrufen werden könne.

(1072) 1. Februar: Der Bundesrat veröffentlicht einen Bericht mit seinen Vorstellungen über den Anteil der Energieträger am Gesamtverbrauch im Jahre 2000. Bei einer jährlichen Strombedarfszunahme von 2,2 Prozent soll die Kernenergie zu jenem Zeitpunkt mit 37 Prozent an der Stromerzeugung teilhaben, was ein weiteres grösseres Kernkraftwerk nach Leibstadt nötig mache.

(1073) Im Versorgungsgebiet der BKW (Bernische Kraftwerke AG) hat 1981 der Stromverbrauch um 3,8 Prozent zugenommen.

(1074) 4. Februar: Vor dem Grossen Rat erklärt der Regierungsrat, es zeichne sich im Kanton Bern bis zum Jahr 2000 eine Verknappung der elektrischen Energie ab, und die Selbstversorgung werde bis dahin auf 65 Prozent abnehmen.

(1075) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, die 1980 im Grimselgebiet vorgenommenen Probebohrungen hätten ergeben, dass der dortige Felsraum für ein Labor geeignet sei. (vgl. Nr. 678 der Chronik).

(1076) 8. Februar: Ablehnung einer Motion durch den Grossen Rat des Kantons Bern, mit welcher der Regierungsrat verpflichtet werden sollte, den Verzicht auf das geplante Kernkraftwerk Graben anzustreben.

(1077) 9. Februar: Pressekonferenz der Waatdländer Liberalen zur Eröffnung der Grossratswahl-Kampagne. Auf dem Energiegebiet schlägt sie unter anderem vor, den Bau der nötigen Kernkraftwerke zur Sicherung des Bedarfes zu akzeptieren.

(1078) Die SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) weist in einer Pressemitteilung auf die ausgezeichnete Zuverlässigkeit der Schweizer Kernkraftwerke hin, die mit einer durchschnittlichen Arbeitsausnutzung von rund 85 Prozent sich international an die Spitze aller Länder mit Leichtwasserreaktor-Kernkraftwerken gesetzt habe.

(1079) 11. Februar: In einem Zeitungsartikel kritisiert das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung) die wissenschaftliche Qualität der vom WWFISES (World Wildlife Fund, Schweiz. Energiestiftung) verbreiteten "Unterrichtshilfe" über "Atommüll".

(1080) 16. Februar: Der Regierungsrat von Basel-Stadt vor dem Grossen Rat; Im Jahre 1981 habe im Versorgungsgebiet der Industriellen Werke Basel trotz verschiedener Sparaufrufe der Stromverbrauch wiederum um 2,4 Prozent zugenommen.

(1081) 17. Februar: Der Bundesrat bewilligt elf Probebohrungen in der Nordschweiz, für welche die Nagra 1980 Gesuche eingereicht ha . t. Über ein zwölftes Gesuch wird später entschieden, da der Bohrstandort vom ursprünglich vorgesehenen Bachs (ZH) nach Steinmaur (ZH) verlegt worden ist. (vgl., Nr. 542, 543, 661 der Chronik).

(1082) Der Bundesrat in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage: Er sehe keinen Anlass, die Vermutungen untersuchen zu lassen, wonach die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG Uran nach Südafrika verkauft habe. (vgl. Nr. 1020 der Chronik)

(1083) 19. Februar: Nach Pressemitteilung des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) hat 1981 der Stromverbrauch in der Schweiz um 2,7 Prozent zugenommen.

(1084) 22. Februar: Bekanntwerden der Übernahme der Kosten von Fr. 201000.-für die Einrichtung einer Mediothek in der Gemeinde Dulliken durch die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG.

(1985) 24. Februar: Der Bundesrat beantragt die Ablehnung eines Postulats aus dem Nationalrat, das die Abstimmung des Vorgehens der Schweiz, der BRD und Frankreichs bei der Bezeichnung von Standorten thermischer Grosskraftwerke verlangte.

(1086) 25. Februar: Sprengung eines Hochspannungsmastes in der Nähe des Kernkraftwerks Mühleberg durch eine "Bewegung Kaiseraugst nie und Mühleberg abschalten".

(1087) 28. Februar: Die Ortsbürgergemeinde Kaiseraugst beschliesst in einer Urnenabstimmung eine Landumlegung, die mit der Gewährung eines Durchleitungsrechtes an die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG verbunden ist.

(1088) 1. März: Der Bundesrat in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage: Er sehe keinen Anlass, Schritte zu unternehmen, damit Schweizer Kernkraftwerke kein Uran aus Namibia mehr bezögen.

(1089) 2. März: Veröffentlichung eines Bundesgerichtsentscheides vom 14.1.82, das den vom Bernischen Obergericht gefällten Schuldspruch bestätigt, wonach zwei von den BKII (Bernische Kraftwerke AG) eingeklagte A-Werkgegner die Ehre der BKW durch üble Nachrede verletzten (vgl. Nr. 1068 der Chronik)

(1090) 3. März 1982: Die St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke hatten im Geschäftsjahr Oktober 1980/September 1981 eine Stromverbrauchszunahme von 7,5 Prozent zu verzeichnen.

(1091) 4. März: An einer Pressekonferenz der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) weist deren Direktionspräsident darauf hin, dass der Kernenergiestrom in dem für die Schweiz wichtigen Grundlastbereich billiger ist und sein wird als Strom aus Öl- oder Kohlekraftwerken. Mit neuen A-Werken könnte man den Strompreis günstig halten, was für die Sicherung der . Arbeitsplätze wichtig wäre.

(1092) 6. März: Bekanntwerden der Antwort des Bundesrates auf eine Interpellation aus dem Nationalrat: Er lehne eine Energiepolitik ohne Kernkraftwerke ab.

(1093) 8. März: In einem Pressecommuniqué druckt die "Kettenreaktion" (vgl. Nr. 1030 der Chronik) ihr Erstaunen darüber aus, dass die A-Werkgegnerorganisationen sich nicht eindeutig vom kriminellen Akt der Sprengung eines Starkstromleitungsmastes beim Kernkraftwerk Mühleberg(vgl. Nr. 1086 der Chronik) distanziert hätten.

(1094) 9. März: Die Beschwerdekommission des Regionalvorstandes DRS weist verschiedene Beschwerden gegen die Fernsehsendung "Denkpause" vom 13.11.81 in erster Instanz ab. Einige Beschwerdeführer beschliessen den Weiterzug an die nächste Instanz.

(1095) 12. März: Erprobung des Sirenennetzes in der Alarmzone 2 (20-km-Umkreis) der Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt. in den 13 betroffenen Ge meinden wird an alle Haushaltungen eine Informationsschrift über das Verhalten der Bevölkerung bei einem Alarm verteilt.

(1096) 15. März: Das Kernkraft Beznau II feiert den zehnten Jahrestag seiner kommerziellen Produktionsaufnahme.

(1097) Der Bundesrat auf eine Anfrage aus dem Nationalrat: Das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung) sei nicht als schweizerisches Lager für radio aktive Abfälle vorgesehen. In einem dortigen Betriebsgebäude würden solche Abfälle lediglich zur späteren Tiefseeversenkung aufbereitet und bereitgestellt.

(1098) 16. März: Der Grosse Rat des Kantons Aargau nimmt ein revidiertes Ge bührendekret an, das u. a. vorsieht, dass Kernkraftwerke mit Kühltürmen auf dem Kantonsgebiet für das entnommene Kühlwasser beträchtliche Gebühren zu entrichten haben.

(1099) 24. März: Die Bischöfe von Basel, Freiburg im Breisgau und Strassburg veröffentlichen eine Erklärung über "Das Verhalten des Christen im Konflikt -. um die Kernenergie".

(1100) An der Generalversammlung des INWA (Nordschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) wird für das neue Geschäftsjahr die Parole "Hartnäckig und wachsam bleiben, nicht nachlassen!" ausgegeben.

(1101) Die Bündner Regierung meldet gegenüber der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) Vorbehalte zu deren Vorhaben an, Bohrungen in Bündner Gemeinden zwecks Abklärung der Möglichkeiten, schwach- und mittelradioaktive Abfälle zu lagern, vorzunehmen.

(1102) 25. März: Der Bundesrat veröffentlicht die Botschaft an die Eidgenössischen Räte "über die Genehmigung des Bundesratsbeschlusses zur Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst". (vgl. Nr. 976 der Chronik).

(1103) 26. März: Der Urner Regierungsrat will abklären, was die von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) geplanten Untersuchungen auf Kantonsgebiet über mögliche Standorte für die Lagerung von radioaktiven Abfällen für den Kanton für Folgen haben könnten.

(1104) 29. März: An einer Pressekonferenz in Bern gibt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekannt, sie habe von hundert Regionen, die als Standort für ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Frage kommen, zwanzig in die engere Wahl gezogen, von denen nach weiteren Vorabklärungen schliesslich voraussichtlich fünf verbleiben werden, an denen Probebohrungen vorgenommen oder Sondierstollen angelegt werden sollen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1982 (Ulrich Beck)

(1105) 2. April: Die USGEB (Union schweizerischer Gesellschaften für experimentelle Biologie) warnt anlässlich ihrer Jahrestagung in Interlaken an einer Pressekonferenz vor übertriebenen Hoffnungen auf dem Gebiet der biologischen Energieumwandlung; zur Zeit sei an einen Ersatz der Kernenergie durch Bioenergie nicht zu denken.

(1106) Die Regierungen der Kantone Tessin und Graubünden wenden sich gegen die Absichten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), auf ihren Gebieten Abklärungen für Lager schwach- und mittelaktiver Abfälle vorzunehmen; die Obwaldner Regierung bedauert, von der Nagra in dieser Sache nicht vorher um Stellungnahme gebeten worden zu sein (vgl. Nr. 1104 der Chronik).

(1107) 5. April 1982: Veröffentlichung des Jahresberichts 1981 der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG an einer Pressekonferenz: Unter anderem wird festgestellt, Gösgen habe 1981 bei einer Verfügbarkeit von 82 Prozent 6,57 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert, entsprechend 17 Prozent des Landesverbrauches.

(1108) 6. April: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in einem Zeitungsinterview: Wäre er Direktor der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, wurde er z.Z. keine grösseren Investitionen tätigen, da man noch nicht beurteilen könne, wie das Parlament über dieses Projekt entscheiden werde.

(1109) Die Regierung des Kantons Basel-Landschaft lehnt in einer Stellungnahme das Kernkraftwerk Kaiseraugst sowie die Pläne der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) zur Abklärung von Lagermöglichkeiten Für schwach- und mittelaktive Abfälle auf dem Kantonsgebiet ab. (vgl. Nr. 1104 und 1106 der Chronik.)

(1110) 8. April: Veröffentlichung des Jahresberichts 1981 der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG: Der derzeitige Stand des Baukontos sei Fr. 770,2 Mio Franken, nachdem der Erlös aus Brennstoffverkäufen abgezogen wurde. (vgl. Nr. 1020 und 1082 der Chronik.)

(1111) 14. April: Bekanntwerden der Antwort der Regierung des Kantons Schaffhausen auf einen parlamentarischen Vorstoss: Da laut Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) das von ihr bezeichnete Gebiet im Kanton Schaffhausen nur eine mittlere Eignung für ein Endlager aufweise, schliesse die Regierung daraus, es komme als Endlager kaum in Frage.-(vgl. Nr. 1104, 1106 und 1109 der Chronik.)

(1112) 13. April: Erste Sitzung der Ständeratskommission zur Vorbereitung des Geschäftes betr. Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst; sie beschliesst, in einer nächsten Sitzung vom 17./18. August den Bedarf zu prüfen und am 25. Oktober 1982 eine letzte Sitzung durchzufahren.

(1113) 15. April: Aus dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten verlautet, die Schweiz habe mit dem Verkauf von angereichertem Uran der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (vgl. Nr. 1110 der Chronik) an Südafrika nicht gegen den Atomsperrvertrag verstossen.

(1114) Nach Angaben des Elektrizitätswerks Bern wurde 1981 der Stromverbrauch der Stadt zu 46 Prozent durch Strom aus Kernkraftwerken gedeckt.

(1115) 16. April: Pressekonferenz der "Kettenreaktion", an der u.a. das tausendste Mitglied dieses Vereins zur Unterstützung der Kernenergie vorgestellt wird. (vgl. Nr. 1093 der Chronik).

(1116) Veröffentlichung eines Briefes der Berner Regierung an den Bundesrat, worin die Berner Kantonsregierung auf einen raschen Entscheid darüber drängt, wieviel Kühlwasser aus der Aare für das Kernkraftwerk Graben genutzt werden dürfte.

(1117) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt anlässlich einer Presseorientierung bei der Eröffnung des Nagra-Pavillons an der Luga (Luzernische Landwirtschafts- und Gewerbeausstellung) bekannt, sie rechne im Bewilligungsverfahren für Sondierbohrungen für Lager schwach- und mittelaktiver Abfälle mit erheblichen Verzögerungen. (vgl. Nr. 1104 der Chronik.)

(1118) 22. April: Das Amtsgericht Bern verbietet dem Verein "Kettenreaktion" und der AVE (Aktion für vernünftige Energiepolitik), das atomkritische Engagement des WWF als Zweckentfremdung der Spendegelder zu bezeichnen.

(1119) Die ökumenische Arbeitsgruppe "Christen im Atomzeitalter" publiziert eine Schrift, die zum Schluss kommt, die Kernenergie verursache schwerwiegende Ungerechtigkeiten und rufe Angst hervor. (vgl. Nr. 1008 der Chronik.)

(1120) 24. April: Veröffentlichung der Elektrizitätsstatistik 1981: Wegen grossen Niederschlagsmengen und der Zuverlässigkeit der Kernkraftwerke sei die Produktion von Strom aussergewöhnlich gross ausgefallen; die Zuwachsrate im Stromverbrauch betrug 2,7 Prozent.

(1121) 26. April: In einer Pressemitteilung erklärt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), sie werde für einige der 20 möglichen Standorte (vgl. Nr. 1104 der Chronik) zur Beseitigung schwach- und mittelaktiver Abfälle innerhalb etwa eines Jahres die Gesuche für vorbereitende Handlungen (Sondierbohrungen, Stollen) einreichen können.

(1122) 27. April: Die IGF (Interessengemeinschaft pro Fricktal) gibt eine Broschüre "Nagra angebohrt" heraus.

(1123) 30. April: Das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) feiert ein Vierteljahrhundert Reaktorbetrieb.

(1124) 4.Mai,. In einem Referat vor dem Bieler Handels- und Industrieverein setzt sich der Direktionspräsident der BKW (Bernische Kraftwerke AG) für eine frühzeitige Realisierung des Kernkraftwerks Graben ein, auch unabhängig davon, ob das KKW Kaiseraugst gebaut werde.

(1125) Die Fricktaler "Fluorkommission" fordert in einem Brief an den Bundesrat, bei einem eventuellen Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst auf Kühltürme zu verzichten.

(1126) 5. Mai 1982: Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Die Bundesbehörden können die Rahmenbewilligung für ein Kernkraftwerk erteilen, auch wenn der Gesuchsteller zum Zeitpunkt der Bewilligung noch nicht alle nötigen Grundstücke in seinem Besitz habe. (vgl. Nr. 1070 und 1071 der Chronik).

(1127) 7. Mai: Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) stellen ein Gesuch für die bauliche Erweiterung des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle in ihrem Kernkraftwerk Mühleberg.

(1128) 8. Mai: Das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) weist in seinem Jahresbericht 1981 darauf hin, dass auf dem Gebiet der Kernenergie wichtige Arbeiten mit langfristigen und darum weniger sicheren Erfolgschancen gegenüber Arbeiten für die nukleare Entsorgung und für die Sicherheit von Kernkraftwerken weiter zurücktreten müssen.

(1129) 10. Mai: Der Schweizer Alain Colomb wird vom Vorstand des FORATOM (Forum atomique européen = Vereinigung der europäischen Atomforen), in dem die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) die Schweiz vertritt, zum Präsidenten gewählt.

(1130) 12. Mai: Verhaftung von vier Personen im Kanton Aargau, die an Sachbeschädigungen und Diebstählen in der Gegend von Laufenburg und Kaisten beteiligt waren, welche am Gerät einer Firma verübt wurden, welche für die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) seismische Messungen durchfuhrt.

(1131) 13. Mai: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) stellt fest, dass in den ersten 7 Monaten des Geschäftsjahres 1.10.81/30.4.82 die Energieabgabe in ihrem Versorgungsgebiet um 3.1 Prozent gestiegen ist, wobei im April 1982 gegenüber April 1981 die Zunahme 9,4 Prozent betrug, im März sogar 12,7 Prozent.

(1132) Das Kernkraftwerk Gösgen registrierte den 200'CCO. Besucher im Informationspavillon des Werkes.

(1133) 17. Mai: Der Bundesrat in Beantwortung einer Interpellation aus dem Nationalrat: Aufgrund der heutigen Kenntnisse sei ein Widerruf der Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht gerechtfertigt; ob die in der Interpellation gemachte Aussage der in der Welt einmaligen Ballung von Kernkraftwerken in der Region Basel zutreffe, hange davon ab, von welchen Annahmen man ausgehe; gegen allfällige Demonstranten gegen Kaiseraugst sei nur im äussersten Fall der Einsatz von Truppen zulässig, denn er sei das letzte aller möglichen Mittel.

(1134) 18. Mai: Bekanntwerden des Austritts der HSG (Hochschule St. Gallen) aus der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie), deren Gründungsmitglied die HSG war.

(1135) 19. Mai: Der Bundesrat in Beantwortung einer Anfrage aus dem Ständerat: Der Verkauf von angereichertem Uran durch die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG nach Südafrika habe zu keiner Zeit unter schweizerischem Recht gestanden und sei zulässig gewesen. (vgl. Nr. 1113) der Chronik.)

(1136) Spitzenvertreter der aargauischen kantonalen CVP (christlich-demokratische Volkspartei) und der Gewerbe- und Unternehmergruppe der Partei erklären sich gegen den Bau von Kühltürmen beim Kernkraftwerk Kaiseraugst.

(1137) 21. Mai: Wie die Tagespresse aus dem Bundeshaus erfährt, lassen sich die Schweizer Behörden mit dem Abschluss eines Uranlieferungsabkommens mit Australien Zeit; ihr Ziel sei ein Abkommen, das flexibler gehandhabt werden könne, als dies bei den starren Bedingungen der Fall wäre, die Kanada von der Schweiz s.Z. gefordert hat. (vgl. Nrn. 828, 1047 der Chronik.)

(1138) 25. Mai: Eine neue Gruppierung von Ärzten warnt die Öffentlichkeit vor Atomenergie-Risiken militärischer und ziviler Art.

(1139) Eine schweizerische Tageszeitung meldet aus Ottawa, die kanadische Regierung habe dem Bundesrat ein neues Verhandlungsangebot für die Lieferung von Uran unterbreitet. (vgl. Nr. 1137 der Chronik.)

(1140) 27. Mai: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt den termingerechten Abschluss ihrer in Zusammenarbeit mit der Schweiz. Geophysikalischen Kommission in den Kantonen Zürich, Aargau und dem angrenzenden süddeutschen Raum durchgeführten reflexionsseismischen Messungen bekannt.

(1141) Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) gibt in einer Pressemitteilung bekannt, gesamtschweizerisch sei der Stromverbrauch im Monat März um 7,7 Prozent über dem Vorjahreswert gelegen.

(1142) 28. Mai: Der Bundesrat in Beantwortung einer Anfrage aus dem Nationalrat: Kernkraftwerke könnten ohne Gefährdung für Personal und Bevölkerung stillgelegt werden, und auch ein Abbruch ohne Wartezeit wurde nicht zu unzumutbaren Strahlendosen führen.

(1143) 29. Mai: Beginn des dritten Brennstoffwechsels im Kernkraftwerk Gösgen, wobei gleichzeitig Revisionsarbeiten durchgeführt werden.

(1144) 3. Juni 1982: Die AGNEB (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) hält gemäss ihrem 4. Tätigkeitsbericht am Termin von Ende 1985 fest, bis zu welchem die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) den Nachweis für eine sichere Entsorgung und Endlagerung leisten muss.

(1145) Der Direktor des Instituts für Energiewirtschaft der ETH Lausanne vertritt am Schweizerischen Sonnenenergietreffen in Siders die Ansicht, bis zum Jahre 2000 seien in der Schweiz im ganzen sechs bis acht grosse Kernkraftwerke nötig.

(1146) An einer Pressekonferenz geben die BKW (Bernische Kraftwerke AG) bekannt, 1981 sei der Stromabsatz in ihrem Versorgungsgebiet um 3,8 Prozent gestiegen; am Projekt Kernkraftwerk Graben werde festgehalten.

(1147) 4. Juni: Die CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) geben an ihrer Generalversammlung eine Zunahme der Stromabgabe ins eigene Netz um 5,1 Prozent für das Jahr 1981 bekannt. -

(1148) 6. Juni: Bei der Volksabstimmung im Kanton Solothurn wird die kantonale Atominitiative bei 55 Prozent Stimmbeteiligung mit 30'535 Nein gegen 25'032 Ja abgelehnt. (vgl. Nr. 1066 der Chronik.)

(1149) 9. Juni: Im Nationalrat fordert deren Geschäftsprüfungskommission, vermehrt den Risikofaktor menschliches Handeln bei der Behebung von Störfällen in Kernanlagen zu beachten.

(1150) Der Bundesrat in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage: Er könne zur Zeit nicht sagen, wie viele Sondierbohrungen die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ausfahren müsse, um die Frage nach einer dauernden und sicheren Endlagerung hochradioaktiver Abfälle beantworten zu können.

(1151) 10. Juni: Der Luzerner Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die kantonale Volksinitiative für eine umweltfreundliche Energiepolitik in einem Punkt als ungültig zu erklären und im übrigen abzulehnen.

(1152) An der Bilanz-Pressekonferenz in Olten tritt der Direktionspräsident der ATEL (Aare-Tessin AG für Elektrizität) für den Bau des Kernkraftwerks Graben nebst Kaiseraugst ein.

(1153) 11. Juni: Im Broyetal haben die 57 Gemeinden aus den Kantonen Waadt und Freiburg, die sich zusammengeschlossen haben, um mit allen verfügbaren Mitteln gegen die Schaffung eines Lagers für nukleare Abfälle in Lucens zu kämpfen, ihren neuen Präsidenten gewählt; die Vereinigung sei nicht gegen die gesamte Kernenergiepolitik des Bundes eingestellt.

(1154) 12. Juni: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements warnt anlässlich des Festes zum 150jährigen Jubiläum der Studentenverbindung Helvetia vor allgemeiner Technologiefeindlichkeit; zum Beispiel könne im Energiegebiet eine Vielzahl von Kleinanlagen ein Kernkraftwerk nicht ersetzen, für das der Bedarf gegeben sei.

(1155) 14. Juni: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in einer Fragestunde im Nationalrat: Presse- und Fernseh-Berichte über die Schäden an Dampferzeugerrohren im Kernkraftwerk Beznau seien unverhältnismässig hochgespielt worden; es bestehe kein Grund zur Beunruhigung.

(1156) Beginn des 11. Brennelementwechsels im Kernkraftwerk Beznau 1.

(1157) 15. Juni: Der kanadische Energieminister bestätigt in Lausanne die Verhandlungsbereitschaft seines Landes, um den Uranlieferungskonflikt mit der Schweiz beizulegen. (vgl. Nr. 1137 und 1139 der Chronik.)

(1158) 16. Juni: Gegner der Probebohrungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) teilen der Presse mit, sie würden sich im Hinblick auf die bald zu erwartenden Probebohrungen der Nagra organisieren, um an den Bohrstandorten zu demonstrieren.

(1159) 17. Juni: An der Generalversammlung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) wird Dr. Rudolf Rometsch für weitere drei Jahre als Präsident bestätigt; im laufenden Jahr werden die Aufwendungen wegen des Beginns der Probebohrungen und wegen den geophysikalischen Messungen in der Nordschweiz über 40 Millionen Franken erreichen, mehr als die Aufwendungen der Nagra von 1972 bis 1981 zusammen (30 Mio).

(1160) 18. Juni: Dem Geschäftsbericht des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) ist zu entnehmen, dass 1981 infolge überdurchschnittlicher Wasserführung und wegen des störungsfreien Betriebs der Kernkraftwerke die Stromerzeugung um 7 Prozent höher war als 1980; im Bericht wird die Notwendigkeit weiterer Kernkraftwerke nach Leibstadt betont, da sonst die Versorgungssicherheit schnell abnehmen werde.

(1161) An der Generalversammlung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) warnt der Verwaltungsratspräsident vor dem glaubensmässigen Kampf gegen die Kernenergie, welcher die Sicherung der Arbeitsplätze gefährde; eine langfristige Verschiebung des Entscheides über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Graben könne nicht hingenommen werden.

(1162) 19. Juni 1982: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) stellt in einer Erklärung fest, ihre Kernkraftwerke Beznau 1 und 2 erfüllten alle sicherheitstechnischen Anforderungen. Dank der dauernden Überprüfung aller Anlageteile sei in Beznau auch in Zukunft ein einwandfreier und sicherer Betrieb gewährleistet. (vgl. Nr. 1155 der Chronik,)

(1163) 21. Juni: Eröffnung des viertägigen Kongresses FORATOM VIII in Lausanne "Kernenergie - Europa und die Welt", im Auftrag des Foratom organisiert von der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie). (vgl. Nr. 1129 der Chronik4)

(1164) 24. Juni: Vor dem Energieforum Schweiz weist Ständerat A. Egli darauf hin, dass in letzter Zeit immer mehr Stimmen der Überzeugung Ausdruck gäben, bis zum Jahre 2000 seien zwei Kernkraftwerke der 1000 MW-Klasse nötig und nicht nur eines.

(1165) 25. Juni: Die Freisinnig-demokratischen Parteien der Kantone Basel-Stadt und Baselland sprechen sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen Kaiseraugst als Standort für ein Kernkraftwerk aus.

(1166) 28. Juni: In ihrem neuesten Bericht empfiehlt die Internationale Energieagentur in Paris der Schweiz u.a., das Gesuch um die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zügig zu behandeln, um die vorhandenen Unsicherheiten so rasch als möglich zu beseitigen.

(1167) 29. Juni: Im Geschäftsbericht für 1981 der Kernkraftwerk Leibstadt AG wird festgestellt, das Werk werde 1984 den Betrieb aufnehmen können.

(1168) 30. Juni: Die Regierungen beider Basel orientieren die eidgenössischen Parlamentarier über die Einsprachen und Vorstösse gegen die Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst.

(1169) Das Energieforum Nordwestschweiz unterstreicht die Bedeutung des Kernkraftwerks Kaiseraugst für die Schweiz in einem Brief an die Ständerats-Kommission, welche die Rahmenbewilligung für dieses Werk zu behandeln hat.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September -1982 (Ulrich Beck)

(1170) 9. Juli: Die Kernenergieagentur der OECD in Paris stellt in ihrem Jahresbericht u.a. fest, die Schweiz belege mit einem Anteil der Kernenergie an der Stromproduktion von 29 Prozent im Jahre 1981 hinter Frankreich (38 %), a Schweden (37 %) und Finnland (34 %) den vierten Platz der OECD-Länder.

(1171) Die fünf Aargauer Gemeinden Böttstein, Kaisten, Leuggern, Riniken und Hornussen erteilen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) die . Baubewilligung für je eine Probebohrung auf dem Gebiet dieser Gemeinden. (vgl. Nr. 1081 der Chronik.)

(1172) 12. Juli: Beginn der Installation des ersten Nagra-Bohrplatzes in Böttstein.

(1173) Die Eidg. Kommission für Strahlenschutz stellt im Jahresbericht 1981 ihrer Expertengruppe Personendosimetrie fest, die rund 44'000 beruflich strahlenexponierten Personen seien einer mittleren Strahlendosis ausgesetzt gewesen, die gegenüber 1980 gesunken sei und weniger als ein Prozent des höchstzulässigen Wertes betragen habe. Es seien 1981 auch keine Unfälle registriert worden bei denen Personen durch Strahlung zu Schaden gekommen wären.

(1174) 17. Juli: Abschluss von Brennstoffwechsel und Jahresrevision im Kernkraftwerk Gösgen. (vgl. Nr. 1143 der Chronik.)

(1175) 20. Juli: Veröffentlichung eines Gesuchs des Schweizerischen Schulrats als Vertreter der Schweiz. Eidgenossenschaft für die Lagerung von bis zu 200 Tonnen angereicherten Urans im Gebäude des stillgelegten Versuchsreaktors Diorit im Eidg. Institut für Reaktorforschung in Würenlingen. Für dieses Vorhaben ist eine Rahmenbewilligung nach revidiertem Atomgesetz nötig.

(1176) 22. Juli: Freigabe durch das Bundesamt für Energiewirtschaft des Berichtes "Gemischte Kühlsysteme für Kernkraftwerke" des EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung).

(1177) 29. Juli: Das Eidg. Departement des Innern schreibt in einem Brief an eine Umweltschutzgruppe im Aargauer Fricktal, die Frage des anzuwendenden Kühlsystems beim Kernkraftwerk Kaiseraugst sei noch offen.

(1178) 3. August: Publikation im Bundesblatt des Gesuches der Bernischen Kraftwerke AG für die Erweiterung des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle im Kernkraftwerk Mühleberg, womit eine einmonatige Einsprachefrist zu laufen beginnt.

(1179) 4. August: Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) nimmt zuhanden der Ständeratskommission, welche die Frage zu behandeln hat, Stellung zum Bedarfsnachweis für das Kernkraftwerk Kaiseraugst; er stellt dabei fest, für die neunziger Jahre, bis zum Jahre 2000, bestehe Bedarf für ein zusätzliches Kemkraftwerk nach Kaiseraugst. (vgl. Nr. 1112 der Chronik.)

(1180) 7. August: Bekanntgabe des Beginns des diesjährigen Brennstoffwechsels im Kernkraftwerk Mühleberg, das in der vorangegangenen Betriebszeit von 335 Tagen nur zweimal während total 10 Stunden abgeschaltet war.

(1181) 8. August 1982: Sprengstoffanschlag gegen einen Hochspannungsleitungsmast in der Magadinoebene; laut einem anonymen Schreiben erfolgte diese Sabotage als Protest gegen Kernkraftwerke, die nur für den Export produzierten

(1182) 10. August: Unterzeichnung einer Regierungsvereinbarung zwischen der Schweiz und der BRD, wonach unter Vorbehalt der Ratifikation die bisher informellen Kontakte im Bereich der Sicherheit kerntechnischer Anlagen und des Strahlenschutzes institutionalisiert werden.

(1183) 14. August: Im Gespräch mit einer Nachrichtenagentur erklärt der Verwaltungsratspräsident der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, die Gesellschaft sei weiterhin bereit, über einen Verzicht auf das geplante Werk zu verhandeln. (vgl. Nr. 937, 938, 951, 973, 974, 976 der Chronik.)

(1184) Birrhard und Schafisheim, die letzten der sieben im Kanton Aargau von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) vorgesehenen Gemeinden, erteilen die Baubewilligung für je eine Probebohrung auf ihrem Gebiet. (vgl. Nr. 1171 der Chronik.)

(1185) 16. August: Die Gemeinde Weiach im Kanton Zürich bewilligt die von der Nagra vorgesehene Probebohrung auf ihrem Gebiet. (vgl. Nr. 1171 der Chronik.)

(1186) 17. August: Die Kommission des Ständerats für die Vorberatung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst bejaht in ihrer 2. Sitzung mit 9 zu 4 Stimmen den Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk, unabhängig vom Standort Kaiseraugst; sie beschliesst, sich in einer nächsten Sitzung mit Fragen des Standorts zu befassen, obwohl sie nach Gesetz nur über den Bedarf zu entscheiden hat. (vgl. Nr. 1112 der Chronik.)

(1187) 18. August: Die Industriellen Werke Basel geben bekannt, dass 1981 der Stromverbrauch in der Stadt Basel um 2,4 Prozent gestiegen sei.

(1188) 19. August: An der Jahresversamlung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) wird Alain Colomb, Direktor der EOS (S.A. l'Energie de 1'OuestSuisse, Lausanne), zum neuen Präsidenten gewählt; der abtretende Präsident, a. Ständerat Dr. Willy Urech, erklärt in seiner Präsidialadresse, es sei zu wünschen, dass man in der Schweiz den Mut finde, energiepolitische Fragen sachlich zu entscheiden und danach zu handeln; unsere Nachkommen wurden uns keinen Dank wissen für eine zaudernde, mit Alibiränken und erfindungsreichen Aufschüben operierende Energiepolitik.

(1189) 23. August: Der Regierungsrat des Kantons Bern lehnt die Beschwerde eines Bürgers von Graben ab, die sich gegen die Schaffung einer speziellen Kernkraftwerkszone in dieser Gemeinde richtete; die Zone entspreche den gesetzlichen Vorschriften, liege im öffentlichen Interesse und könne nicht als unzweckmässig bezeichnet werden.

(1190) 25. August: Der Bundesrat beantragt dem Parlament, das revidierte Atomgesetz (vgl. Nr. 419, 438 der Chronik) bis Ende 1990 zu verlängern, nachdem der Expertenentwurf für ein neues Gesetz in der Vernehmlassung auf breite Ablehnung gestossen war (vgl. Nr. 1019 u.a. der Chronik).

(1191) 26. August: Die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG bestätigt gegenüber einer Nachrichtenagentur, das Werk studiere zur Zeit die Möglichkeit, seine Leistung um etwa 2,5 Prozent zu erhöhen und beabsichtige, bis Ende 1982 ein entsprechendes Gesuch an das zuständige Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement zu richten.

(1192) 30. August: Der Grosse Rat des Kantons Bern nimmt mit 140 zu 32 Stimmen eine Motion an, die den Regierungsrat verpflichtet, sich mit allen rechtlichen Mitteln, besonders auch im Verkehr mit den Bundesbehörden, dafür einzusetzen, dass das Projekt Kernkraftwerk Graben nicht als Ersatz für das Kernkraftwerk Kaiseraugst dienen dürfe.

(1193) 3. September: Anlässlich der Generalversammlung 1982 stellt der Präsident des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) fest, alle Prognosen über die Entwicklung des Stromverbrauchs in der Schweiz seien von der tatsächlichen Verbrauchsanstiegskurve überholt worden; es müsse möglichst rasch ein neuer erster und wenige Jahre später ein zweiter Bauplatz für je ein Kernkraftwerk der 1000-Megawatt-Klasse eröffnet werden können, wenn es nicht zu folgenschweren Lücken in der Stromversorgung kommen solle.

(1194) 4. September: An der Generalversammlung des SEV (Schweizerischer Elektrotechnischer Verein) legt dessen Präsident dar, dass wegen den hängigen Atominitiative II und Energieinitiative ein weiteres Kernkraftwerk nach Leibstadt frühestens ab 1984 in Angriff genommen werden könnte und dessen Inbetriebnahme deshalb erst 1994 möglich wäre.

(1195) Der Presse ist zu entnehmen, dass die spanische Regierung auf diejenigen Länder Druck ausüben wolle, die - wie z. B. die Schweiz - im Rahmen der OECD ihre schwach radioaktiven Abfälle regelmässig im Meer versenken.

(1196) 8. September: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) beschliessen, auf Oktober 1983 die Strompreise zu erhöhen, um den zunehmenden Aufwand bei der Kernenergie zu decken, der im wesentlichen auf stets neue behördliche Auflagen zurückzuführen sei.

(1197) 9. September 1982: Der Bundesrat auf zwei Fragen aus dem Nationalrat: - Der Vorwurf, die Sorgen und Nöte der von einem Kernkraftwerk Kaiseraugst betroffenen Bevölkerung würden nicht ernst genommen, sei nach Ansicht des Bundesrates unbegründet. - Es bestehe kein Anlass, ein Auswechseln der Dampferzeuger beim Kernkraftwerk Beznau zu verlangen (vgl. Nr. 1155 der Chronik).

(1198) 10. September: Die SGK (Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute) schreibt in einer Pressemitteilung, in einer Stellungnahme der ENS (European Nuclear Society, Europäische Kernenergie-Gesellschaft) werde bestätigt, dass die Versenkung schwach radioaktiver Abfälle an geeigneten Stellen im Meer unbedenklich sei und kein messbares Gefahrenpotential für Mensch und Umwelt darstelle. (vgl. Nr. 1195) der Chronik.)

(1199) Die Regierung von Basel-Stadt schreibt in ihrem Entwurf für ein Energiegesetz, beim Energieträger Strom seien stärkere Eingriffe zwecks sparsamem Verbrauch nötig, da die Beschaffung zusätzlicher Elektrizität aus Kernkraftwerken der politischen Haltung des Kantons in dieser Frage widerspreche.

(1200) 11. September: Die Firma BBC AG Brown, Boveri & Cie, Baden, legt sechs Thesen zur Energiepolitik vor, in denen u.a. festgehalten wird, die mit der Nutzung der Kernenergie zusammenhängenden Probleme seien technisch gelöst; realistisch gesehen, könne die wünschbare Substitution von Erdöl nur durch einen angemessenen Ausbau der Kernenergie sowie die Nutzung ihrer Abwärm6 in Fernheiznetzen erfolgen.

(1201) Am Comptoir Suisse in Lausanne vom 11.-26. September erzielt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mit einem Informationsstand über ihre Tätigkeit einen hohen Beachtungsgrad und erhält einen Preis für die Gestaltung ihres Pavillons.

(1202) 15. September: Die "Kettenreaktion" beschliesst an ihrer ersten Generalversammlung ein Programm, das u.a. den Kampf gegen die hängigen Volksinitiativen "Atominitiative II" und "Energieinitiative" zum Ziel hat. (vgl. Nr. 1093, 1115, 1118 der Chronik.)

(1203) 22. September: Der Nationalrat verabschiedet einen neuen Artikel in der Bundesverfassung, aufgrund dessen der Bund u.a. die Entwicklung von Techniken fördern kann, die der sparsamen und rationellen Energieverwendung, der Nutzung neuer Energien und der breiten Fächerung der Energieversorgung dienen.

(1204) Die Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Aargau tritt in einer Erklärung der Stellungnahme der Basler Freisinnigen energisch entgegen, die sich gegen den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst gerichtet hatte (vgl. Nr. 1165 der Chronik); sie appelliert an die eidgenössischen Räte, die Rahmenbewilligung für dieses Werk zu genehmigen.

(1205) 23. September: Der Nationalrat beschliesst mit 83 zu 66 Stimmen, eine Standesinitiative des Kantons Tessin an den Bundesrat zur Erledigung zu überweisen, worin u.a. verlangt wird, der Bund solle diejenigen Energien entwickeln, die im Vergleich zur Kernenergie sauber seien.

(1206) Der Zürcher Regierungsrat hält die Errichtung eines Lagers für angereichertes Uran im EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) angesichts der Bedeutung einer langfristig gesicherten Elektrizitätsversorgung für Bevölkerung und Wirtschaft als wünschbar. Diese Stellungnahme unterliegt der konsultativen Volksabstimmung im Kanton. (vgl. Nr. 1175, 514 der Chronik.)

(1207) 24. September: Beginn der Bohrplatzinstallation in Weiach. (vgl. 1172, 1185 der Chronik.)

(1208) 26. September: Die Stimmbürger des Kantons Uri lehnen eine Volksinitiative "Für eine umweltfreundliche Energiepolitik" wie auch einen Gegenvorschlag der Regierung mit 4641 Nein zu 1251 Ja resp. 3194 zu 2446 ab.

(1209) Die Stimmbürger des Kantons Obwalden lehnen mit 2447 Nein zu 717 ja eine Initiative zur Ergänzung des Baugesetzes mit Vorschriften über die Wärmeisolation ab.

(1210) 27. September: Kernkraftwerk Leibstadt AG, Elektrowatt Ingenieurunternehmung AG Zürich und Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Wädenswil reichen bei den zuständigen Behörden des Kantons Aargau ein Projekt zur Nutzung der Abwärme aus dem Kernkraftwerk Leibstadt für landwirtschaftliche Zwecke ein.

(1211) Gründung eines partei- und energiepolitisch neutralen Vereins "Frauen für Energie" in Bern, der sich für eine verantwortungsvolle und realistische Energiepolitik einsetzen will.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1982 (Ulrich Beck)

(1212) 1. Oktober: Der Europarat in Strassburg verabschiedet eine von den Vertretern der Schweiz in diesem Rat unterstützte Empfehlung, mit der die Landesregierungen aufgefordert werden, vermehrt grenzüberschreitende Absprachen bezüglich Planung und Bau von Kernkraftwerken in grenznahen Gebieten zu treffen.

(1213) 2. Oktober: Die Waadtländer und Neuenburger Gemeinden, die von den Plänen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) zur Untersuchung von bestimmten geologischen Schichten für ihre Eignung als Endlager für schwach radioaktive Abfälle betroffen sind (vgl. Nr. 1104 der Chronik), schliessen sich zusammen, um sich gemeinsam gegen diese Pläne zur Wehr zu setzen.

(1214) 3. Oktober 1982: In einer Volksabstimmung lehnen die Stimmberechtigten des Kantons Graubünden mit 101456 Nein gegen 8934 Ja ein Energiegesetz ab, mit dem Kanton und Gemeinden zu einer sparsamen, wirtschaftlichen und umweltgerechten Energieversorgung hätten verpflichtet werden sollen.

(1215) 4. Oktober: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt die Errichtung des Bohrturms für die erste ihrer zwölf Tiefbohrungen, in Böttstein, bekannt. (vgl. 1171 der Chronik.)

(1216) Nach Differenzbereinigung zwischen Stände- und Nationalrat liegt die abstimmungsreife Fassung des neuen Artikels 24octies (Energieartikel in der Bundesverfassung vor, der am 27.2.83 vor das Volk kommen soll.

(1217) Anlässlich der Generalversammlung der Elektrowatt AG, Zürich, warnt der Vizepräsident und Delegierte des Verwaltungsrats vor Energieengpässen in der Schweiz und davor, die Umweltvorteile der Kernenergie zu vergessen; es fragt sich, was von einer Umweltschutzbewegung zu halten sei, die lauthals Kernkraftwerke bekämpfe, jedoch zum Projekt eines Kohlenkraftwerks in der angeblich klimatisch überlasteten Region Basel schweige und das Wäldersterben durch den Sauren Regen aus der Öl- und Kohleverbrennung ignoriere.

(1218) 5. Oktober: Die Regierung des Kantons Solothurn spricht sich im Vernehmlassungsverfahren zur geplanten Lagerung von angereichertem Uran im Gebäude des stillgelegten Versuchsreaktors Diorit im Eidg. Institut für Reaktorforschung (EIR) in Würenlingen für dieses Projekt aus. (vgl. Nr. 1175 der Chronik.)

(1219) 6. Oktober: Der Nationalrat beschliesst ein neues Kernenergie-Haftpflichtgesetz, dessen Text noch mit der ständerätlichen Version (vgl. Nr. 756 der Chronik) bereinigt werden muss, wobei die Differenzen eher formeller Art sind.

(1220) Der Nationalrat lehnt eine vor fünf Jahren von der "Association pour la protection des populations contre les périls des surrégénérateurs" eingereichte Petition ab, die eine Intervention der Bundesbehörden bei der französischen Regierung wegen des Baus des Schnellen Brüters Superphénix verlangt hatte.

(1221) 7. Oktober: Der Nationalrat lehnt ein Postulat ab, das einen Staatsvertrag zwischen der Schweiz, Frankreich und Deutschland zur gegenseitigem Abstimmung von Planung, Bau und Betrieb thermischer Grosskraftwerke am Oberrhein forderte.

(1222) In einem Vortrag vor dem "Energieforum Schweiz" weist der Direktor der IEA (Internationale Energieagentur) u.a. darauf hin, dass der Ersatz von Erdöl in den westeuropäischen Ländern noch ungenügend sei und dass für diese Substitution nur elektrischer Strom aus Kohle- oder Kernkraftwerken in Frage komme.

(1223) 9. Oktober: Der Regierungsrat des Kantons Zug spricht sich für das Projekt der Lagerung angereicherten Urans im EIR aus. (vgl. Nr. 1175 und 1218 der Chronik)

(1224) In Waldshut (BRD) demonstrieren rund 1000 Personen, worunter Schweizer, u.a. gegen die von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in der Nordschweiz durchzuführenden Probebohrungen. (vgl. Nr. 1081 der Chronik.)

(1225) Die Regierung von Basel-Stadt lehnt eine Eingabe des Gewerkschaftskartells Basel-Stadt ab, in der vorgeschlagen wurde, am ersten Tag der Debatte im Eidg. Parlament über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst einen demonstrativen Verkehrsstopp in Basel und seiner Region durchzufahren

(1226) Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) wendet sich in ihrem "Aktionsprogramm 83" gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke nach Leibstadt.

(1227) 10. Oktober: Die European Energy Association (EEA) fordert in einer anlässlich ihrer Tagung in Zürich gefassten Resolution die Regierungen aller Staaten auf, zum Schutz der Umwelt die Schadstoffemissionen aus der Verbrennung von Öl und Kohle zu reduzieren, was durch einen vernünftigen Ausbau der Kernenergie erreicht werden könnte. In der EEA ist die Schweiz durch die AVES (Aktion für vernünftige Energiepolitik) vertreten; der Präsident der AVES wird zum Präsidenten der EEA gewählt.

(1228) 11. Oktober: Beginn der bis zum 23. Oktober dauernden Armbrust-Schweizer-Woche, während der dieses Jahr die Bedeutung der Elektrizität für die Wirtschaft und das tägliche Leben dargestellt werden soll.

(1229) 12. Oktober: Die EOS (S.A. l'Electricité de 1'Ouest-Suisse) an einer Pressekonferenz: Die EOS-Beteiligung am Kernkraftwerk Leibstadt werde gerade ausreichen, um den Stromverbrauchszuwachs von zwei bis drei Jahren zu decken; die Westschweiz werde sich bald zu entscheiden haben, ob man mit einem eigenen Kernkraftwerk (Verbois) oder mit Strommangel leben wolle.

(1230) 13. Oktober: Das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung in Würenlingen) stellt in einer Untersuchung fest, auch in schweizerischen Wohnräumen sei eine erhebliche, zum Teil sogar hohe Konzentration des natürlichen radioaktiven Edelgases Radon festzustellen, die bis zu 20 Mal höher als im Freien sein könne. Das dadurch entstehende Strahlenrisiko des Menschen sei etwa gleich gross wie das durch die übrige natürliche Strahlung verursachte.

(1231) 14. Oktober 1982: Anlässlich des neuesten der seit rund zehn Jahren regelmässig stattfindenden schweizerisch-deutschen Behördengesprächen bezeichnen die Delegierten es als wünschenswert, dass zwischen den beiden Ländern ein Abkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie abgeschlossen werde.

(1232) 15. Oktober: Rund 20 kleine A-Werkgegnerorganisationen verlangen in einem offenen Brief an die Eidgenössischen Räte, die Parlamentsdebatten über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst sollten durch das Fernsehen übertragen werden.

(1233) 20. Oktober: Die für die Kernenergienutzung eintretende Organisation "Kettenreaktion" fordert die Ständeratskommission für das Kernkraftwerk Kaiseraugst auf, den Entscheid über die Rahmenbewilligung zügig zu fällen.

(1234) Der Solothurner Kantonsrat beschliesst, auf ein kantonales Energiegesetz zu verzichten, dass verschiedene Sparmassnahmen vorgesehen hätte.

(1235) 21. Oktober: Der Regierungsrat des Kantons Bern beantragt dem Grossen Rat, dem Bund gegenüber zustimmend Stellung zum Projekt der Lagerung angereicherten Urans im EIR (vgl. Nr. 1175 der Chronik) und zur Erweiterung des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle im Kernkraftwerk Mühleberg (vgl. Nr. 1178 der Chronik) zu nehmen.

(1236) 22. Oktober: Bei Ablauf der Einsprachefrist sind beim Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement 1172 Einwendungen gegen das Projekt der Lagerung von angereichertem Uran im EIR (vgl. Nr. 1175 der Chronik) eingegangen, wovon 1034 sich vier vorformulierter Texte bedienten; 850 dieser Einsprachen haben genau den gleichen Wortlaut.

(1237) 25. Oktober: Die Kaiseraugst-Kommission des Ständerats führt Hearings zu standortspezifischen Fragen durch. (vgl. Nr. 1186 der Chronik.)

(1238) 27. Oktober: Der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG orientiert die Presse über die ersten Abtransporte von verbrauchten Uranbrennelementen aus dem Werk nach der Wiederaufarbeitungsanlage von La Hague in Frankreich.

(1239) 27. Oktober: Der Bundesrat ersucht in seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte um Genehmigung einer Vereinbarung zwischen der Schweiz und der BPD Über gegenseitige Information betreffend grenznaher Atomanlagen. (vgl. Nr. 1182 der Chronik.)

(1240) 28. Oktober: Anlässlich des 25jährigen Bestehens der EGL (Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg AG) weist der Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft u.a. darauf hin, dass eine Stabilisierung des Stromverbrauchs nicht abzusehen sei und der Bedarfsnachweis am Stromschalter stets neu erbracht werde, dass 1981 der Volkswirtschaft 700 Mio Franken durch Stromexport zugeflossen seien, die den Stromkunden zugute kämen und dass es verfehlt wäre, sich darauf zu berufen, im Falle von Stromknappheit könne jederzeit aus dem Ausland Ersatz beschafft werden.

(1241) 3. November: Die Regierung von Basel-Stadt spricht sich in ihrer Vernehmlassung gegen das Projekt der Lagerung angereicherten Urans im EIR (vgl. Nr. 1175,1236 der Chronik) aus.

(1242) Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) veranstalten anlässlich des am 6. November seit 10 Jahren im Betrieb stehenden Kernkraftwerks Mühleberg eine Pressekonferenz. In dieser Zeit sei die Anlage ohne nennenswerte Störungen gelaufen und dürfte dies weitere 30 Jahre tun.

(1243) 6. November: Die "Interessengemeinschaft pro Fricktal" gibt bekannt, sie habe zusammen mit Umweltschützern aus Süddeutschland ein Messnetz zur Kontrolle der Radioaktivität aufgebaut, da die Überwachung der radioaktiven Strahlung nicht den Behörden allein überlassen werden dürfe.

(1244) 7. November: Anlässlich der "Basler Friedenswochen" führen die Schweizer Jungsozialisten einen Workshop über gewaltfreien Widerstand am "Verteidigungsfall Kaiseraugst" durch.

(1245) 9. November: Die Energiekommission des Nationalrats beschliesst, dem Nationalrat die Verlängerung des geltenden Bundesbeschlusses zum Atomgesetz bis Ende 1990 zu beantragen. (vgl. Nr. 123, 419, 438 der Chronik.)

(1246) Der Grosse Rat des Kantons Bern lehnt ein Postulat ab, das der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) verbieten wollte, Uran aus Namibia zu beziehen.

(1247) 10. November: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radiokativer Abfälle) teilt mit, ihre erste Probebohrung (Böttstein) sei nach dem Durchbohren der Deckschichten bei 315 m Tiefe auf das kristalline Grundgebirge gestossen. (vgl. Nr. 1172,1215 der Chronik.)

(1248) 11. November: Dem Bulletin der wf (Wirtschaftsförderung) ist zu entnehmen, dass seit 1970 die Versorgung der Schweiz mit Elektrizität ohne Kernenergie nicht mehr hätte sichergestellt werden können.

(1249) 12. November 1982: Die Kaiseraugst-Kommission des Ständerats beschliesst mit neun zu vier Stimmen, dem Ständerat zu empfehlen, die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zu erteilen. (vgl. Nr. 1237 der Chronik.)

(1250) In Stellungnahmen begrüsst u.a. die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG diesen Entscheid, während u.a. die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft ihn ablehnen.

(1251) 19. November: Die Schweiz und die Euratom der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnen in Brüssel einen Briefwechsel, in dem die Grundsätze und die Art und Weise für einen mindestens einmal jährlich stattfindenden Informationsaustausch über die Forschungsergebnisse beider Seiten auf dem Gebiet der Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle festgehalten sind.

(1252) Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) geben bekannt, dass die Stromabgabe in ihrem Versorgungsgebiet im Geschäftsjahr Oktober 1981 - September 1982 gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent zugenommen habe. Da die Zunahme im Jahr zuvor 6,4 Prozent betrug, ergibt sich für die zwei Geschäftsjahre ein Durchschnitt von 4,3 Prozent.

(1253) 22. November: In Zürich wird eine internationale Tagung über Sicherheits- und Risikodenken im Zeitalter der Kernenergie eröffnet, die von der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) und dem österreichischen Atomforum durchgeführt wird.

(1254) 23. November: Die Regierung des Kantons Nidwalden spricht sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zugunsten eines Lagers von angereichertem Uran in Form von Uranhexafluorid im EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) aus. (vgl. 1236 der Chronik.)

(1255) 25. November: Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft fasst eine Resolution, mit der an den Ständerat appelliert wird, bei seinem Entscheid über den Standort Kaiseraugst auch den staatspolitischen Aspekten Rechnung zu tragen. (vgl. Nr. 1249 der Chronik.)

(1256) Veröffentlichung eines offenen Briefes der reformierten Pfarrer beider Basel an die Kirchenbehörden und das Kirchenvolk der ganzen Schweiz, in dem sie sich gegen den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst wenden.

(1257) Veröffentlichung des Entscheides der Beschwerdekommission Reck, mit welchem diese eine Beschwerde des SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) gegen die Sendung "Denkpause" vom 13.11.81 im Fernsehen DRS sowie weitere Beschwerden in der gleichen Angelegenheit ablehnt. - Die SVA gibt in einem Presse-Communique dazu ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, dass diese Ablehnung praktisch auf die Sanktionierung der Verbreitung von Greuelmärchen über die Kernenergie hinauslaufe; immerhin nehme sie mit Befriedigung davon Kenntnis, dass auch die Kommission Reck verschiedene Mängel festgestellt habe und sich gefragt habe, ob nicht Sendungen über Emotionen weckende Nuklearfragen "doch möglichst sachlich und in sich ausgewogen" gestaltet sein müssten. (vgl. Nr. 1025 der Chronik.)

(1258) 27. November: Eine Presseagentur veröffentlicht ein Interview mit Direktor U. Fischer von der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, in welchem dieser die in der Kaiseraugst-Kommission des Ständerats gemachte Feststellung scharf zurückweist, der Standort Kaiseraugst sei für eine Kernkraftwerk der denkbar ungünstigste; vielmehr habe er Vor- und Nachteile wie alle anderen Standorte in der Schweiz. (vgl. Nr. 1249 der Chronik.)

(1259) 27. November: An einem Seminar der SES (Schweizerische Energiestiftung) wir die Forschung über die Kernfusion stark kritisiert es wurden Unsummen in sie gesteckt, obwohl noch nicht klar sei, ob die Energiegewinnung durch Fusion Oberhaupt je möglich werde; auch sei Fusion kein sauberer und problemloser Ausweg aus der Energiekrise.

(1260) 29. November: Der Bundesrat erteilt der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) die Bewilligung für den Bau und den Betrieb eines Felslabors an der Grimsel (Gemeinde Guttannen, Kanton Bern). Sie gilt für 10 Jahre und ist u.a. mit der Auflage verbunden, keine Versuche mit radioaktiven Abfällen vorzunehmen und keine solchen zwischen- oder endzulagern.

(1261) 6. Dezember: Der Bundesrat antwortet auf Fragen aus dem Nationalrat: Die Nuklearanlagen in Argentinien ständen unter der Kontrolle der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation, Wien), eingeschlossen die aus der Schweiz importierte Anlage für die Herstellung von Schwerem Wasser. - Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) müsse keine genauen Standorte nennen, um den Nachweis zu erbringen, dass eine Lagerung von radioaktiven Abfällen in der Schweiz machbar ist; ein wissenschaftlich abgesicherter Modellstandort könne genügen.

(1262) 8. Dezember: Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens spricht sich die Regierung des Kantons St. Gallen für die Erteilung der Rahmenbewilligung für ein Lager von angereichertem Uran im EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen). aus. (vgl. Nr. 1236 der Chronik.)

(1263) 9. Dezember: Einweihung eines Betriebsgebäudes für Behandlung, Verpackung und Lagerung bis zum Abtransport von schwach radioaktiven Abfällen im EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen).

(1264) 11. Dezember: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AGerhebt beim Verwaltungsgericht des Kantons Aargau Klage gegen die Einwohnergemeinde Kaiseraugst, weil diese zwei Feldwegparzellen nicht grundbuchlich auf die Gesellschaft übertragen habe, wie dies seiner Zeit vertraglich vereinbart worden sei.

(1265) 13. Dezember 1982: Die "Nationale Koordinatiön der AKW-Gegner" fordert Einzelpersonen und Organisationen auf, einen offenen Brief zu unterschreiben, mit dem das eidgenössische Parlament aufgefordert werden soll, die Ständeratsdebatte über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst in Fernsehen oder Radio zu übertragen. (vgl. Nr. 1232 der Chronik.)

(1266),15. Dezember: Anlässlich der Präsentation der Zwischenbilanz gibt die Firma BBC AG Brown, Boveri & Cie bekannt, 1983 wurden 500 Arbeitsplätze aufgegeben werden müssen, wobei speziell der "schwere" Sektor betroffen sein werde, da er besonders unter der Flaute in der Kraftwerksindustrie leide.

(1267) Die Gemeindeversammlung von Kaiseraugst erteilt dem Gemeinderat Prozessvollmacht zur Austragung des Verwaltungsklageverfahrens und aller anderen mit dem Kernkraftwerk Kaiseraugst verbundenen Rechtsstreitigkeiten. Hierzu bewilligt sie Fr. 50'000.-- sowie weitere Fr. 35'000.-- für Werbung und Propaganda gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst und gegen ein Kohlekraftwerk in Pratteln. (vgl. Nr. 884, 885, 889 der Chronik.)

(1268) 21. Dezember: Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Beteiligung der Schweiz am Fusionsforschungsprogramm der Euratom (Europäische Atomgemeinschaft der EG) fortzusetzen und für 1983 einen Zusatzkredit von Fr. 9,5 Mio sowie ab 1984 von jährlich 10 13 Mio zu bewilligen. (vgl. Nr. 1259 der Chronik*)

(1269) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, nach Böttstein (vgl. Nr. 1215 der Chronik) sei in Weiach das zweite Bohrgerät für eine Sondierbohrung bis zu etwa 2000 Meter Tiefe installiert worden.

(1270) 22. Dezember: Der Stromverbrauch in den Kantonen Genf, Waadt und Freiburg hat im hydrologischen Jahr Oktober 1981 bis September 1982 gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent zugenommen.

(1271) 26. Dezember: Zustandekommen einer kantonalen Volksinitiative im Kanton Schaffhausen, mit der verlangt wird, dass die Kantonsregierung mit allen rechtlichen und politischen Mitteln darauf hinwirke, dass auf dem Kantonsgebiet keine Lagerstätten für radioaktive Abfälle errichtet und keine vorbereitenden Handlungen dazu vorgenommen werden. Damit soll die von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) geplante Probebohrung in Siblingen verhindert werden. (vgl. Nr. 1081, 661 der Chronik.)

(1272) In einem Interview mit einer Tageszeitung erklärt sich der angehende Bundespräsident Pierre Aubert zu Gesprächen mit den Gegnern des Kernkraftwerks Kaiseraugst bereit.

(1273) 27. Dezember: Der Gemeinderat von Niedergösgen lehnt ein Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) für die Durchführung einer Probebohrung ab. (vgl. Nr. 661, 1081 der Chronik.)

(1274) 29. Dezember: Sechs AKW-Gegnergruppen laden in ihrem Neujahrsaufruf Bundespräsident Aubert zu einem "organisierten und garantierten Dialog" nach Kaiseraugst ein. (vgl. Nr. 1272 der Chronik)

(1275) 31. Dezember: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) erklärten sich den betroffenen Gemeinden gegenüber bereit, noch vor der Gründung der Refuna (Fernwärmeprojekt, vgl. Nr. 1045 der Chronik) den ersten Teil der Wärmeauskopplung für dieses Projekt aus ihrem Kernkraftwerk Beznau in Auftrag zu geben.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1983 (Ulrich Beck)

(1276) 5. Januar: Der Presse ist zu entnehmen, dass im November 1982 in Wien Besprechungen im sog. Zangger-Komitee (westliche Industriestaaten und Länder des Ostblocks) stattgefunden haben mit dem Ziel, neue verschärfte Richtlinien zur Verstärkung der Kontrolle über die Ausfuhr von Nuklearmaterial zu erarbeiten.

(1277) Die "Regionale Koordination der AKW-Gegner" (Region Basel) beschliesst, am Tage nach der erwarteten Zustimmung des Ständerats zur Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst auf eine Blockade des Verkehrs zu verzichten, die sie ursprünglich vorgeschlagen hatte.

(1278) 6. Januar: Der Presse ist zu entnehmen, dass mit der Inbetriebnahme der neuen Kläranlage in Basel der Stromverbrauch der Stadt um rund fünf Prozent zunehme.

(1279) 12. Januar: Bekanntwerden eines Briefes des Bundespräsidenten, mit dem er die Einladung des NWA (Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) zu einem Gespräch in Kaiseraugst ablehnt. (vgl. Nr. 1272, 1274 der Chronik.)

(1280) Der Presse ist zu entnehmen, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Baden-Württemberg Bedenken über die Empfehlung der Ständeratskommission geäussert habe, nach welcher beim Kernkraftwerk Kaiseraugst auf Kühltürme verzichtet werden sollte.

(1281) 13. Januar 1983: Der Regierungsrat des Kantons Bern auf einen Vorstoss im Grossen Rat: Die geplante Erweiterung des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle im Kernkraftwerk Mühleberg stelle kein verkapptes Endlager dar. (vgl. Nr. 1178 der Chronik.)

(1282) An einem Seminar der SGK (Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute) in Olten wird festgestellt, dass die Stillegung von Kernkraftwerken gewährleistet sei, wie aus von der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen) und der KSA (Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen) begutachteten Studien der Kraftwerksgesellschaften hervorgehe.

(1283) Veröffentlichung der Resultate aus der Romandie einer Meinungsumfrage über die Emissionen aus dem Kühlturm des Kernkraftwerks Gösgen, die zeigen, dass nur etwa ein Fünftel der Befragten wusste, dass es sich dabei um reinen Wasserdampf handelt.

(1284) 14. Januar: Sechs Atomkraftwerk-Gegnerorganisationen bezichtigen in einer Pressemitteilung den Bundespräsidenten des Wortbruchs, weil er ihre Einladung zu einem Gespräch zurückgewiesen habe.(vgl. Nr. 1279 der Chronik.)

(1285) 17. Januar: Mit einer Pressekonferenz in Bern eröffnen kirchliche A-Werkgegnerkreise eine mehr als zweiwöchige Vortragstournee der Harris burger A-Werkgegnerin Louise Bradford.

(1286) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) bedient Presse und Medien mit einem Faktenblatt über die Folgen des Reaktorunfalls von Three Mile Island (Harrisburg), um den von Louise Bradford einseitig dargestellten Emo tionen Informationen über die Tatsachen entgegenzustellen.

(1287) 18. Januar: Die AVES (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) verlangt gemäss einer Pressemitteilung vom Bundespräsidenten gleiches Recht für ein Gespräch mit ihm, wie es A-Werkgegner-Gruppen forderten. (vgl. Nr. 1274 der Chronik.)

(1288) 20. Januar: An einer Pressekonferenz stellt die Planungsgruppe Baden-Wettingen ihren Schlussbericht zum Projekt Transwaal vor, das unter Nutzung von Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Beznau die Erdölabhängigkeit der so versorgten Region bis zum Jahre 2000 um 70 Prozent verringern könnte. (vgl. Nr. 209 der Chronik.)

(1289) Veröffentlichung der Botschaft des Bundesrates ans Parlament zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Euratom an deren Fusionsforschungsprogramm. (vgl. Nr. 1268 der Chronik.)

(1290) Aus einer repräsentativen Meinungsumfrage, durchgeführt im November 1982 im Auftrag der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), geht u.a. hervor, dass 15 Prozent der Befragten die radioaktiven Abfälle als die Umwelt am stärksten gefährdend einstufen, während 35 Prozent an erster Stelle die Autoabgase, 20 Prozent das Kohlendioxid und 18 Prozent Insektizide und Kunstdünger als stärksten Umweltschädiger bezeichnen.

(1291) 21. Januar: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) weist in einem Pressecommuniqué darauf hin, dass die schweizerischen Kernkraftwerke im Jahre 1982 zusammen 14,2 Mia Kilowattstunden Strom lieferten und sich mit einer durchschnittlichen Arbeitsausnutzung von 84 Prozent international erneut an die Spitze aller Länder mit Leichtwasserreaktor-Kraftwerken setzten. (100 Prozent wäre nur möglich, wenn die Kraftwerke für Revisionen und Brennstoffwechsel nie abgestellt werden müssten.)

(1292) 24. Januar: Spezialkommissionen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft stellen an einer Pressekonferenz einen Zwischenbericht über die Möglichkeit eines Kohle/Gas- Heizkraftwerks bei Pratteln (vgl. Nr. 885, 884, 773 der Chronik) vor, worin u.a. verlangt wird, bis zum Entscheid über dieses Projekt sei der Entscheid über den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst zu vertagen.

(1293) 26. Januar: Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die "Initiative für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" abzulehnen, da deren Forderungen energiewirtschaftlich nicht zu verantworten wären. (vgl. Nr. 1027 1029 der Chronik.)

(1294) Einem Pressecommuniqué der "Kettenreaktion" (vgl. Nr. 1030 der Chronik) ist zu entnehmen, dass dieser Verein in einem Brief an den Ständerat appelliert hat, der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zuzustimmen.

(1295) 28. Januar: In einem Presseinterview erklärt der Präsident der Eidg. Energiekommission (EEK), die Kernenergie sei eine mögliche Wahl, aber nicht die einzige; es gebe auch noch andere Möglichkeiten zur Sicherung und zum Ausbau der Energieversorgung in der Schweiz; die bisherigen Volksabstimmungen hätten die Haltung des Schweizer Volkes in dieser Frage noch nicht eindeutig zum Ausdruck bringen können.

(1296) 29. Januar: Der Presse ist zu entnehmen, dass die Ständeratsmitglieder im Hinblick auf die bevorstehende Beratung Über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst mit Briefen von Organisationen überschüttet würden, die sich für oder gegen dieses Projekt aussprechen. So habe das Energieforum Nordwestschweiz in einem Schreiben u.a. festgehalten, der Standort Kaiseraugst weise - wie andere - Vor- und Nachteile auf, wobei letztere nicht so schwerwiegend seien, dass ihnen nicht mit geeigneten Massnahmen begegnet werden könnte.

(1297) 29. Januar: Eine Delegation der CVP (christlichdemokratische Volkspartei) von Basel-Stadt und Basel-Landschaft legt der CVP-Fraktion der Bundesversammlung ihren Standpunkt zum Projekt Kaiseraugst dar. Die Bevölkerung der beiden Halbkantone sei nicht willens, dieses Kernkraftwerk zu akzeptieren; die beiden Basel seien in der Wärme/Kraft-Kopplung führend und seien auch auf dem besten Wege, ein Kohle/Gas-Heizkraftwerk (vgl. Nr. 1292 der Chronik) zu realisieren.

(1298) 30. Januar 1983: Sprengung eines Hochspannungsmastes bei Pratteln. Ein ähnliches Attentat auf einen Mast bei Kaiseraugst misslingt, da der Zeitzünder nicht funktioniert.

(1299) 31. Januar: Zwei verschiedene Gruppierungen bezeichnen sich in Briefen an die Presse als die Urheber der Sprengungen und geben an, damit gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst eintreten zu wollen. (vgl. z.B. Nr. 1086 der Chronik.)

(1300) 31. Januar: Der Nationalrat beschliesst auf Antrag des Bundesrats ohne Gegenstimme, den geltenden Bundesbeschluss zum Atomgesetz vom 6.10.78 bis Ende 1990 zu verlängern. (vgl. Nr. 1190 der Chronik.)

(1301) 1. Februar: Am ersten Tag der Debatte über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst im Ständerat wird versucht, die Ratsmitglieder mit Bombendrohungen und Briefbomben einzuschüchtern. Das Bundeshaus muss für längere Zeit vorsorglich geräumt werden. Vor dem Bundeshaus finden Demonstrationen kleiner pro- und anti-nuklearer Gruppen statt.

(1302) 2. Februar: Der Ständerat bejaht mit 32 zu 10 Stimmen den Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk und genehmigt die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst. Gleichzeitig stimmt er mit 28 zu 10 Stimmen einem Postulat zu, mit dem der Bundesrat aufgefordert wird, für Kaiseraugst anstelle der Kühltürme eine Durchlaufkühlung mit Rheinwasser anzuordnen.

(1303) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) kritisiert in einem Pressecommuniqué die einseitige, manipulierte Fernsehsendung im "CH-Magazin" vom 1. Februar zum Thema Kaiseraugst und der bezüglichen ständerätlichen Debatte.

(1304) 3. Februar: Der Presse ist zu entnehmen, dass die Kommission des Nationalrats zur Behandlung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst sich am 25. März 1983 organisieren und am 4./5. Mai sowie 22./23. August die Vorlage beraten werde.

(1305) Antinukleare Kreise aus dem Kanton Jura und aus dem Berner Jura, unter ihnen ein Nationalrat, schliessen sich zusammen und erklären in einer Resolution u.a., sie wurden den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst zu verhindern wissen, wie auch immer der Entscheid des Parlaments ausfalle.

(1306) Der Presse ist zu entnehmen, dass die baden-württembergische Regierung laut einer Mitteilung ihres Wirtschaftsministers den Entscheid über das Kernkraftwerk Kaiseraugst abwarten wolle, ehe man sich wieder mit einem Projekt Kernkraftwerk Schwörstatt befasse.

(1307) Der Grosse Rat von Basel-Stadt lehnt einen Antrag ab, zum Kaiseraugst-Entscheid des Ständerates eine Resolution zu fassen.

(1308) Mehrere tausend Personen demonstrieren auf dem Basler Marktplatz gegen den Entscheid des Ständerates für die Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst, wobei auch eine Lösung unter Verzicht auf Kühltürme abgelehnt und die Drohung einer Besetzung des Baugeländes geäussert wird.

(1309) 4. Februar: Laut Presseberichten hat die EDF (Electricité de France) ihre bisherige Beteiligung an der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG von 20 Prozent auf 7,5 Prozent reduziert. Der abgegebene Anteil wird von den grossen schweizerischen Elektrizitätsgesellschaften übernommen.

(1310) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einer Pressemitteilung: Sie habe auf ihren Bohrstellen die behördlichen Lärmschutzauflagen erfüllt, so dass die Bewohner der Gemeinden Böttstein und Weiach keinen messbaren Lärmbelastungen ausgesetzt seien.

(1311) 8. Februar: Der LdU (Landesring der Unabhängigen) veröffentlicht ein neues Aktionsprogramm, in dem es u.a. heisst, er lehne den Bau von Kernkraftwerken ab, falls der betroffenen Bevölkerung kein Mitspracherecht eingeräumt werde, der Inlandbedarf nicht nachgewiesen und die Atommüllagerung nicht gelöst sei.

(1312) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einer Pressemitteilung: An der Sondierbohrstelle Böttstein seien nach dem Durchbohren der rund 330 m dicken Schichten über dem Grundgebirge bis jetzt 439 der geplanten 1000 Meter tiefen Bohrung im Granit dieses Grundgebirges durchbohrt worden, während dem die zweite, später begonnene Bohrung in Weiach eine Tiefe von 533 m erreicht habe, d.h. etwa ein Viertel der ganzen vorgesehenen Bohrstrecke.

(1313) 9. Februar: Der Grosse Rat des Kantons Bern befürwortet mit 97 gegen 8 Stimmen die Errichtung eines Zwischenlagers im Kernkraftwerk Mühleberg. (vgl. Nr. 1281, 1178 der Chronik.)

(1314) Der Grosse Rat des Kantons Bern befürwortet mit 143 gegen 7 Stimmen das Projekt eines Lagers für angereichertes Uran im Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen. (vgl. Nr. 1175 der Chronik.)

(1315) Die FRTA (Fédération romande des téléspectateurs et auditeurs) verurteilt in einer Stellungnahme die Einseitigkeit der Medien in der Berichterstattung zur Debatte im Ständerat über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst: sie betrachte diese Berichterstattung als Desinformation.

(1316) 11. Februar 1983: Nach einer Pressemitteilung des Bundesamts für Energiewirtschaft hat der Stromverbrauch in der Schweiz im Jahre 1982 um 1,5 Prozent zugenommen (vgl. Nr. 1083 der Chronik), und dies trotz des wirtschaftlichen Rückgangs.

(1317) 15. Februar: In Basel-Stadt hat 1982 der Stromkonsum um 2,8 Prozent zugenommen.

(1318) Der Grosse Rat des Kantons Waadt spricht sich grossmehrheitlich dafür aus, den Stimmberechtigten des Kantons ein ja zum Projekt der Lagerung angereicherten Urans im Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen, zu empfehlen. (vgl. Nr. 1175 der Chronik.)

(1319) 16. Februar: Der Basler Gewerkschaftsbund schreibt in einem offenen Brief an die 32 Ständeräte, die der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst am 2.2.83 zugestimmt haben, das Kraftwerk sei politisch nicht machbar, schaffe keine Arbeitsplätze, und man wurde dem Diktat der 32 Ständeherren aus Bern die stolze eidgenössische Tradition des Rechts auf Widerstand entgegenhalten.

(1320) 18. Februar: Die Unterzeichnerstaaten (worunter die Schweiz) der Londoner Konvention zur Verhinderung der Meeresverschmutzung beschliessen nach fünftägigen Beratungen mit 19 gegen 6 (darunter die Schweiz) Stimmen und fünf Enthaltungen eine Empfehlung, nach welcher auf die Versenkung radioaktiver Abfälle ins Meer verzichtet werden soll.

(1321) 18. Februar: Veröffentlichung der Botschaft des Bundesrates zur Atominitiative, (vgl. Nr. 1293 der Chronik), in der er dem Parlament Ablehnung empfiehlt.

(1322) 23. Februar: Der Bundesrat schreibt in Beantwortung einer Petition des Tessiner Grossen Rates dem Regierungsrat des Kantons Tessin: Lagerstätten für radioaktive Abfälle sollen gebaut werden, wo die grösste Sicherheit geboten ist und nicht, wo sich derartige Lager ohne grosse politische Widerstände errichten liessen. (vgl. Nr. 1205 der Chronik.)

(1323) 24. Februar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, ihre erste Sondierbohrung, in Böttstein, sei in einer Tiefe von 725 Meter angelangt und habe damit die Hälfte der geplanten Bohrtiefe erreicht. Schon die bisherige Ausbeute an wissenschaftlichen Ergebnissen könne als überaus reich bezeichnet werden. (vgl. Nr. 1312 der Chronik.)

(1324) Der Schweizer Dr. Peter Tempus ist nach einer Pressemeldung zum stellvertretenden Generaldirektor der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation, Wien) gewählt worden. Er wird ab Juli 1983 die Leitung der Hauptabteilung für Sicherheitskontrollen übernehmen.

(1325) Der Vorstand der Schweizerischen Sonnenenergiestiftung (SSES) beschliesst die Entlassung des Geschäftsführers der SSES, was mit der Uneinigkeit im Schosse der Stiftung hinsichtlich der Haltung zur Kernenergie zusammenhänge.

(1326) 27. Februar: In der eidgenössischen Volksabstimmung zu einem Verfassungsartikel über die Energie wird dieser zwar mit 649'466 Ja gegen 626'002 Nein angenommen, doch gilt er als verworfen, weil 12 der 23 Kantone ablehnende Mehrheiten brachten, während für eine Verfassungsbestimmung auch ein Mehr der Kantone nötig wäre.

(1327) 1. März: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt den Beginn der Bauarbeiten für ihr Felslabor unter dem Juchlistock im Grimselmassiv bekannt. (vgl. Nr. 1260 der Chronik.)

(1328) Der Nationalrat heisst ein Abkommen mit der BRD gut, das die gegenseitige Information über grenznahe kerntechnische Einrichtungen gewährleisten soll und sich auf je einen 20 km breiten Gürtel beidseits der Staatsgrenze bezieht.

(1329) 4. März: Einer Pressemitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) nach plant sie Sondierarbeiten zur Abklärung der Eignung bestimmter Gesteinskörper für die Endlagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle in den Gebieten Piz Pian Grand (Graubünden), Oberbauenstock (Uri) und Bois de la Glaive (Waadt), die für diesen Zweck in die engste Wahl gekommen sind. (vgl. Nr. 1104 der Chronik.)

(1330) 8. März: Der Grosse Rat des Kantons Luzern verabschiedet zuhanden der Volksabstimmung einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Wahrung der Volksrechte im Bereich der Atomenergie", der ein fakultatives Referendum über vom Grossen Rat genehmigte Stellungnahmen der Regierung zuhanden des in Atomfragen zuständigen Bundes vorsieht, wogegen die Initiative das obligatorische Referendum verlangt.

(1331) Nach Bereinigung der letzten Differenzen zwischen Stände- und Nationalrat ist das Kernenergiehaftpflichtgesetz vom Parlament unter Dach gebracht worden.

(1332) Der Schweizerische Naturschutzbund und die Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz haben gemäss einem Pressecommuniqué ihre Einsprache gegen die von der EOS (S.A. l'Electricité de 1'Ouest-Suisse ' Lausanne) projektierte Höchstspannungsleitung zwischen Romanel und Vaux-sur-Morges zurückgezogen. (vgl. Nr. 791 der Chronik.)

(1333) 9. März 1983: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) meldet in einer Pressemitteilung die Bewilligung ihres Gesuches für eine Probebohrung in Steinmaur durch den Bundesrat. (vgl. Nr. 1081 der Chronik.)

(1334) Aus den Verhandlungen im Nationalrat über das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Bundes geht hervor, dass dieses auch 10 Mio Franken für die Anschlusskosten der eidgenössischen Forschungsinsitute SIN in Villigen und EIR in Würenlingen an das geplante Refuna-Fernwärmenetz vorsieht, das durch Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau gespiesen werden wird. (vgl. Nr. 1275 der Chronik.)

(1335) 11. März: Der Gemeinderat (Legislative) von Ollon (Waadt) spricht sich mit einer Gegenstimme für eine Resolution aus, die sich gegen jegliche Lagerung von radioaktiven Abfällen und Vorbereitungsarbeiten (z.B. Probebohrungen) im Bois de la Glaive richtet. (vgl. Nr. 1329 der Chronik.)

(1336) Die Kernkraftwerkgegner Basels kundigen in der Presse ein für den 1./2. April vorgesehenes Treffen und ein Fest auf dem Gelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst an.

(1337) 14. März: Der Bundesrat erlässt eine neue Verordnung, mit der die Begutachtung von Gesuchen für die Erstellung von Kernanlagen neu geordnet wird. Sie sieht gemäss der Praxis der letzten Jahre die Hauptverantwortung für die Prüfung solcher Gesuche durch die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen) vor, während die Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen KSA dazu eine Stellungnahme abzugeben hat.

(1338) 16. März: Der Ständerat beschliesst die Verlängerung des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz, der 1979 in Kraft gesetzt wurde, um sieben Jahre bis Ende 1990, nachdem der Entwurf für ein neues Gesetz in der Vernehmlassung gescheitert ist. (vgl. Nr. 438, 1019 u.a. der Chronik.)

(1339) Die Presse zitiert aus einem Grundsatzreferat des Verwaltungsratspräsidenten der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke), in dem u.a. festgestellt wird, die Annahme der hängigen Volksinitiative für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke (vgl. Nr. 1027, 1321 der Chronik) in der Volksabstimmung wurde die Elektrizität rasch zum Engpassfaktor in der schweizerischen Energieversorgung machen.

(1340) 17. März: In einem Presse-Communique der "Kettenreaktion" wird die Planung einer nationalen Demonstration zugunsten des Baus weiterer Kernkraftwerke bekanntgegeben. Der Vorstand dieser Pro-Kernenergievereinigung vertritt die Ansicht, eine künftige Stromknappheit und eine weitere Umweltverschmutzung durch Verheizen von fossilen Brennstoffen könne nur verhindert werden, wenn der Baustopp von Kernkraftwerken unterbleiben wie ihn die hängige Volksinitiative für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke fordere.

(1341) Das Richteramt VII in Bern spricht den Präsidenten der "Kettenreaktion" von der vom WWF Schweiz (World Wildlife Fund) eingebrachten Anschuldigung frei, vorsätzlich falsche Behauptungen über den WWF verbreitet zu haben. (vgl. Nr. 1118, 1115 der Chronik.)

(1342) Anlässlich einer Pressekonferenz der EOS (S.A. l'Electricité de 1'Ouest-Suisse) weist deren Präsident u.a. darauf hin, dass das geplante Kernkraftwerk Verbois eine absolute Notwendigkeit darstelle, da die Westschweiz für ihre Stromversorgung immer stärker von der Deutschschweiz und vom Ausland abhängig werde.

(1343) 21. März: Der Zürcher Kantonsrat beschliesst gemäss Antrag der Regierung mit 99 zu 48 Stimmen, dem Volk zu empfehlen, die Erstellung eines Lagers für Uran im Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen, als wünschbar zu bezeichnen. (vgl. Nr. 514, 1175 der Chronik.)

(1344) 24. März: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) schreibt in einer Pressemitteilung, ihre Sondierbohrung in Böttstein habe inzwischen die Tiefe von 924 m erreicht und somit mehr als die Hälfte der im kristallinen Grundgebirge vorgesehenen Strecke zurückgelegt, während die zweite, in Weiach durchgeführte Bohrung auf 850 m Tiefe angelangt sei. Am 1. März sei mit der Herrichtung des vierten Bohrplatzes (Schafisheim) begonnen worden. (vgl. Nr. 1323 der Chronik.)

(1345) 25. März: Veröffentlichung des 10. Jahresberichts der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG), über das dritte volle Betriebsjahr des KKG: Im Berichtsjahr habe die Anlage während 7067 Stunden bei Vollast betrieben werden können, was einer Arbeitsausnützung von 80,7 Prozent entspreche und eine Produktion von 6,4 Mia Kilowattstunden ergab, d.h. 17 Prozent des gesamtschweizerischen Stromverbrauchs.

(1346) 26. März: Zum Europäischen Tag der Energie der European Energy Association (vgl. Nr. 1227 der Chronik) rufen die AJE (Aktion Jugend und Energie), FFE (Frauen für Energie) und "Kettenreaktion" die schweizerische Bevölkerung auf sich vor Augen zu führen, dass die Schweiz für ihre Energieversorgung immer noch zu 70 Prozent vom Ausland abhängig sei und dass zur Sicherung dieser Versorgung auch die Kernenergie gehöre, da Energiesparen allein kein Allheilmittel sei.

(1347) 29. März: Die Umweltschutzorganisationen WWF Schweiz (World Wildlife Fund) und Institut de la Vie sowie die SES (Schweizerische Energiestiftung) wenden sich an einer Pressekonferenz gegen das Projekt einer Höchstspannungsleitung (vgl. Nr. 1332 der Chronik) der EOS (1'Electricitä de 1'Ouest-Suisse, Lausanne) von Galmiz (FR) nach Verbois (GE), deren Ziel es seit den Bau eines Kernkraftwerkes in Verbois zu ermöglichen.

(1348) 29. März 1983: Der Präsident der Nationalrats-Kommission für die Rahmenbewilligung des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Nr. 1302, 1304 der Chronik) erklärt gegenüber der Presse, die Kommission wolle noch in diesem Jahr über die Rahmenbewilligung entscheiden und nicht so lange warten, bis die hängige "Antiatominitiative" zur Volksabstimmung gekommen sei.

(1349) Die Eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUeR) gibt anlässlich ihrer 25-jährigen Tätigkeit eine Broschüre heraus, in der die wichtigsten langjährigen Messungen zusammengestellt sind.

(1350) 30. März: Sabotage an einer Hochspannungsleitung beim Kernkraftwerk Gösgen, bei der ausser einem Kurzschluss kein Schaden entsteht. (vgl. Nr. 1298 der Chronik.)

(1351) 31. März: Laut einer Pressemitteilung der SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) haben die Betreiber der Schweizer Kernkraftwerke Beznau, Mühleberg, Gösgen und Leibstadt mit der staatlichen britischen Kernbrennstoffgesellschaft BNFL neue Verträge über die Wiederaufarbeitung abgebrannter Reaktorbrennelemente unterzeichnet.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1983 (Ulrich Beck)

(1352) 1./2. April: Versammlung von etwa 1500 A-Werkgegnern beim Gelände des geplanten Kernkraftwerks Kaiseraugst am Karfreitag: rund 300 von ihnen übernachten auf dem Gelände und beschliessen am Ostersamstag, eine ähnliche Aktion auch anfangs Mai durchzufahren.

(1353) 8. April: Die Vertreter des Konsortiums Refuna bekräftigen die Absicht, im August 1983 eine Bau- und Betriebsgesellschaft Refuna AG zum Betrieb eines Fernwärmenetzes zu gründen, das Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau beziehen wird. (vgl. Nr. 1275, 1045 der Chronik.)

(1354) 9. April: Nach Pressemeldungen sind für die beiden projektierten Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben bis Ende 1982 1,2 Mia Franken investiert (843 resp. 413 Mio für Kaiseraugst resp. Graben).

(1355) Der UNO-Rat für Namibia wirft in einem Bericht zuhanden der Pariser Konferenz vom 25.-29.4.83 für die Unabhängigkeit Südwestafrikas verschiedenen Ländern - darunter auch die Schweiz - vor, sie hätten dazu beigetragen, dass Südafrika die Entwicklung seiner Nuklearkapazität beachtlich vorantreiben konnte. (vgl. Nr. 1020 der Chronik.)

(1356) 14. April: An einer Pressekonferenz stellt die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG fest, das Werk habe 1982 eine Zeitausnutzung von 87,5 Prozent und eine Arbeitsausnutzung von 80,7 Prozent erreicht, womit der Jahresgewinn Fr. 18,6 Mio erreiche, gleich viel wie 1981; die Stromproduktion habe 1982 66,442 Mrd. Kilowattstunden ergeben.

(1357) 15. April: Anlässlich ihrer Generalversammlung stellt die Kernkraftwerks-Betriebspersonal-Vereinigung fest, die behördlichen Auflagen beim Bau und Betrieb von Kernkraftwerken seien kaum mehr ertragbar und überstiegen das notwendige Mass, ohne die bereits gewährleistete Sicherheit zu verstärken.

(1358) 17. April: Vertreter der drei Nagra-Gegnerorganisationen von Ollon, Mesocco und Bauen besprechen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Sondierpläne der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle). (vgl. Nr. 1329 der Chronik.)

(1359) 20. April: Pressegespräch in Altdorf, an welchem die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) über ihre Sondierpläne bei Bauen für ein Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle orientiert. (vgl. Nr. 1358 der Chronik.)

(1360) 21. April: An einem Pressegespräch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in Lausanne erklärt diese, ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle käme bei Ollon auf etwa Fr. 95 Mio zu stehen, bei Mesocco auf 170 und bei Bauen auf 145 Mio. (vgl. Nr. 1329 der Chronik.)

(1361) 22. April: Der Vorstand des EF (Energieforum Schweiz) spricht sich für eine speditive Behandlung aller hängigen Energievorlagen, u.a. der Atomverbotsinitiative II, aus.

(1362) 22. April: Das Bundesgericht erklärt die Energieinitiative des Kantons Graubünden als ungültig; mit diesem Volksbegehren hätte ein anderes Gleichgewicht zwischen den Leistungen der Kraftwerksgemeinden und dem Gewinn der Elektrizitätsgesellschaften angestrebt werden sollen.

(1363) 27. April: Publik werden einer Meinungsumfrage, bei der sich 37 Prozent der Befragten in der ganzen Schweiz gegen weitere Kernkraftwerke aussprachen und 17 Prozent der Meinung waren, die Schweiz sollte in Zukunft ganz ohne Kernkraftwerke auskommen; 41 Prozent wurden eines oder mehrere Kernkraftwerke akzeptieren.

(1364) In Roveredo wird die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) von Demonstranten daran gehindert, ein Pressegespräch zur Information über die Sondierpläne für ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle durchzufahren. (vgl. Nr. 1360 der Chronik.)

(1365) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) weist im Zusammenhang mit der Verhinderung ihres Pressegesprächs in Roveredo in einer Pressemitteilung darauf hin, ähnliche Veranstaltungen in Lausanne und Altdorf seien ohne Störung vonstatten gegangen und hätten grosses Interesse gefunden; die Nagra habe die Aufgabe, die vom Schweizer Volk verlangte sichere und dauernde Lagerung radioaktiver Abfälle durchzuführen (vgl. Nr. 1358 der Chronik.)

(1366) Anlässlich einer Ausstellung "10 Jahre Kernkraftwerk Mühleberg" weist dessen Betreiber, die BKW Bernische Kraftwerke AG, darauf hin, dass dieses Werk in dieser Zeit über 25 Mia Kilowattstunden Strom erzeugt hat.

(1367) 30. April 1983: Die NA (Nationale Aktion) beschliesst an ihrer Delegiertenversammlung ein Parteiprogramm, das u.a. den Verzicht auf die Inbetriebnahme weiterer Kernkraftwerke verlangt, obwohl der Zentralpräsident der Meinung ist, der Kampf gegen AKW bringe für die NA nichts.

(1368) 1. Mai: Besetzung des Geländes des Kernkraftwerks Kaiseraugst durch etwa 100 Personen mit Zelten und Informationsständen; die "Warnbesetzung" soll einige Tage dauern. (vgl. Nr. 1352 der Chronik.)

(1369) 2. Mai: Eröffnung einer zweitägigen Tagung "Kernenergie und Umwelt" in Zürich, organisiert von der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA).

(1370) 3. Mai: Der Presse ist zu entnehmen, dass im Versorgungsgebiet der Elektra Baselland der Stromverbrauch 1982 um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat, wobei der Zuwachs in der Bezügergruppe Haushalte 4,8 Prozent beträgt.

(1371) 4. Mai: Beginn einer zweitägigen Sitzung der Nationalratskommission für Kaiseraugst in Rheinfelden, anlässlich deren auch Hearings durchgeführt werden; die Kommission wird bei einem Augenschein auf dem Kraftwerksgelände von Demonstranten behindert. (vgl. Nr. 1348 und 1368 der Chronik.)

(1372) Veröffentlichung eines offenen Briefes des Gemeinderats von Kaiseraugst an die Mitglieder der Nationalratskommission für Kaiseraugst.

(1373) 5. Mai: Wegen zu vielen Absenzen in der Nationalratskommission für Kaiseraugst werden die Hearings während der Sitzung in Rheinfelden am 5. Mai mittags abgebrochen; sie sollen am 22./23. August fortgesetzt werden.

(1374) Der Presse ist zu entnehmen, dass sich die Stimmbürger des Kantons Waadt über die Nagra-Sondierbohrungen (vgl. Nr. 1329 der Chronik) bei Ollon in einer konsultativen Abstimmung zu äussern haben werden (vgl. Nr. 790, 871 der Chronik).

(1375) 6. Mai: Gemäss Presseberichten will der Schulrat von Roveredo gegen eine Lehrerin ermitteln, die mit ihrer Schulklasse an der Demonstration teilgenommen hat, mit der die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) daran gehindert wurde, ein Pressegespräch durchzuführen. (vgl. Nr. 1364 der Chronik.)

(1376) 7. Mai: Publikwerden eines Briefes der Elektra Baselland an den Präsidenten der Nationalratskommission für Kaiseraugst, in dem sie den Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk bejaht.

(1377) 11. Mai: Aufgrund eines Anleiheprospektes stellt die Presse fest, dass das Kernkraftwerk Leibstadt etwa 5 Mia Franken kosten werde, gut doppelt soviel wie der Voranschlag von 2,4 Mia.

(1378) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, dass sie sich neben anderen sechs Ländern, worunter die USA, an der zweiten Phase des Projektes Stripa beteilige: in dieser stillgelegten Eisenmine in Schweden werde die Eignung von Granit als langfristiges Isolationsgestein für stark radioaktive Abfälle untersucht; sie diene seit Jahren als unterirdisches Felslabor für diese Zwecke.

(1379) Bekanntgabe durch die Nagra der Unterzeichung einer Vereinbarung zwischen ihr und der Deutschen Bundesanstalt für Geowissenschaften sowie der Deutschen Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, wonach deutsche Wissenschafter im unterirdischen Felslabor der Nagra auf der Grimsel die Eignung von Granit zur Aufnahme eines Endlagers für stark radioaktive Abfälle mit untersuchen helfen werden.

(1380) 13. Mai: Bekanntgabe durch das Bundeshaus der Unterzeichnung einer Zusatzvereinbarung über die Zusammenarbeit mit der EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft), welche die Mitarbeit der Schweiz in einem Forschungsteam vorsieht, das bis Ende 1986 die Konzeption einer europäischen Anlage zur Erforschung der kontrollierten Kernfusion definieren soll.

(1381) 16. Mai: In einer Pressemitteilung verurteilt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) einen Angriff der SES (Schweizerische Energie-Stiftungen die Kernenergie vor der Kulisse der kranken Wälder und des sauren Regens; gerade die Kernkraftwerke können laut SVA zur weltweiten Reinhaltung der Luft und damit zur Verminderung des sauren Regens beitragen.

(1382) Die "Kettenreaktion" (Verein zur Unterstützung der Kernenergie) verurteilt den Versuch der SES (Schweizerische Energie-Stiftung), die öffentliche Meinung durch irreführende Halbwahrheiten zu verunsichern und die Bevölkerung gegen die Kernenergie

aufzuwiegeln; sie schätze offensichtlich die Gefahren der Verbrennung fossiler Brennstoffe und deren Auswirkungen auf die Umwelt falsch ein.

(1383) 17. Mai 1983: Die SGK (Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute) feiert an ihrer Generalversammlung das 25-jährige Bestehen und veröffentlicht zu diesem Anlass eine Broschüre "Zur Risikofrage in der Kernenergie und in anderen stromerzeugenden Systemen".

(1384) 20. Mai: Die SGK (Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute) stellt in einer Pressemitteilung fest, die Meeresversenkung schwach- und mittelaktiver Abfälle sei unbedenklich, und tritt damit den an einer Pressekonferenz des WWF Schweiz gemachten Aussagen entgegen. (vgl. Nr. 1198 der Chronik.)

(1385) Einem Presse-Communique der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ist zu entnehmen, dass diese im Herbst 1983 beim Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement ihre Gesuche für Sondierbohrungen am Oberbauenstock, am Piz Pian Grand und im Bois de la Glaivaz einreichen werde. (vgl. Nr. 1329 und 1358 der Chronik.)

(1386) 24. Mai: Das Kernkraftwerk Beznau-1 wird zur Durchführung des jährlichen Brennstoffwechsels planmässig abgestellt.

(1387) 25. Mai: Der Bundesrat erteilt der Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung in der Schweiz) den Auftrag, bis Ende 1983 die Planung schweizerischer Zwischenlager, insbesondere für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, aufzunehmen.

(1388) Der Bundesrat beschliesst, die 1983er Aktion für die Tiefseeversenkung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle planmässig durchzufahren

(1389) Im EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) ereignet sich in einem Labor ein Zwischenfall mit Transuranen, worauf zwei Mitarbeiter an Haut und Kleidern dekontaminiert werden mussten; sie erleiden keine gesundheitlichen Schäden, und dank der Sicherheitseinrichtungen gelangen auch keine radioaktiven Stoffe in die Umwelt.

(1390) 26. Mai: Der Grosse Rat von Basel-Stadt lehnt einen POCH-Antrag ab, demzufolge der Rat eine Resolution gegen die Meeresversenkung von radioaktiven Abfällen durch die Schweiz hätte fassen sollen; die POCH Basel-Stadt richtet deshalb einen offenen Brief mit dem vorgeschlagenen Resolutionstext an den Bundesrat.

(1391) 27. Mai: Die Presse meldet, 54 Bündner Grossräte hätten eine Resolution unterzeichnet, in der sie sich gegen ein mögliches Lager für radioaktive Abfälle im Misox zur Wehr setzen. (vgl. Nr. 1385 der Chronik.)

(1392) Das Kernkraftwerk Gösgen wird zur Durchführung des jährlichen Brennstoffwechsels planmässig abgestellt.

(1393) 30. Mai: Veröffentlichung des 5. Jahresberichtes der Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung): die zuständigen Behörden bestätigten, dass geeignete Verfahren für die Stillegung von Kernkraftwerken bereits heute verfügbar seien; die Untergruppe Geologie der Agneb sei trotz unterschiedlicher Arbeitsmethoden zu vergleichbaren Resultaten wie die Nagra betreffend die möglichen Standorte für ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle gelangt.

(1394) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt in einer Pressemitteilung bekannt, eine repräsentative Erhebung habe kürzlich gezeigt, dass rund 40 Prozent der Befragten wenig oder Oberhaupt nichts über die Nagra wüssten; das demnach bestehende grosse Informationsbedürfnis müsse befriedigt werden.

(1395) 1. Juni: An der Bilanzpressekonferenz der BKW (Bernische Kraftwerke) wird bekanntgegeben, der Stromkonsum im allgemeinen Netz der BKW sei gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent gestiegen. (vgl. Nr. 1316 der Chronik.)

(1396) Der Bundesrat veröffentlicht seine Botschaft an die eidg. Räte betreffend die Energie-Initiative (vgl. Nr. 1027, 1321 der Chronik); er schlägt vor, sie Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen, da sie in wesentlichen Teilen den Vorstellungen des Bundesrats über die schweizerische Energiepolitik widerspreche; er sieht auch von einem Gegenvorschlag ab.

(1397) Zustandekommen einer Volksinitiative im Kanton Schaffhausen, die sämtlichen Behörden vorschreiben will, die Errichtung von Lagerstätten für radioaktive Abfälle und "vorbereitende Handlungen" nach Möglichkeit zu verhindern. (vgl. Nr. 1081, Siblingen, der Chronik.)

(1398) 3. Juni: Pressekonferenz des Initiativ-Komitees für die Volksinitiativen "Für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und "Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung", womit der Abstimmungskampf um diese Initiativen eröffnet ist. (vgl. Nr. 1321, 1396 der Chronik.)

(1399) 4. Juni: Die Delegiertenversammlung der EVP (Evangelische Volkspartei der Schweiz) spricht sich in einem Schwerpunktprogramm gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke und für Bestrebungen zur Endlagerung eigener nuklearer Abfälle in der Schweiz aus.

(1400) 7. Juni 1983: Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) wendet sich an einer Pressekonferenz gegen die Auffassung der Initianten der "Atom-Initiative" der Beitrag der Kernenergie zur Verminderung des sauren Regens sei zu klein, als dass sich die Anwendung dieser Energiequelle rechtfertigen würde. (vgl. Nr. 1381, 1382, 1398 der Chronik.)

(1401) Das Kernkraftwerk Beznau führt eine Presseveranstaltung durch, an welcher anlässlich der Revisionsarbeiten an Beznau-1 die Ultraschallprüfung des Reaktordruckgefässes vorgeführt wird.

(1402) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) teilt in einem Pressecommuniqué mit, die Bohrarbeiten bei der ersten Tiefbohrung (Böttstein) seien in einer Tiefe von 1501 m abgeschlossen; die zweite Bohrung (Weiach) habe 1450 m erreicht und die dritte (Riniken) werde demnächst aufgenommen.

(1403) 9. Juni: Der Präsident des OFEL (Office d'électricité de Suisse romande) anlässlich der Generalversammlung: die Risiken eines hypothetischen Unfalls in einem Kernkraftwerk seien denjenigen eines Mangels an Energie gegenüberzustellen, die real seien und unser Wirtschafts- und politisches System gefährden würden.

(1404) 10. Juni: Der Verwaltungsratspräsident der Elektra Baselland anlässlich der Delegiertenversammlung in Beantwortung der Frage, ob sich die Genossenschaft nicht an das kantonale Atomgesetz gebunden fühle: "Wir brauchen uns über die Abstimmung mit dem Kanton keine Gedanken zu machen, sondern nur darüber, wie wir in unserem Gebiet die Stromversorgung für die Zukunft sichern. Wir fühlen uns nicht an das Atomgesetz gebunden, sondern allein an unsere Statuten. Wir sind eine privatrechtliche Genossenschaft und kein Staatsbetrieb".

(1405) 11. Juni: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements stellt anlässlich einer Veranstaltung in Sierre fest, die nationale Energieproduktion müsse verstärkt und der Verbrauch bis zum Jahre 2000 bis zu 18 Prozent gesenkt werden; doch würde auch das nicht zur Deckung unseres Strombedarfs reichen, und es seien neue Kernkraftwerke wie Kaiseraugst vorzusehen.

(1406) Gründung der "Grünen Alternative Schweiz", die hinsichtlich der Kernenergie den Standpunkt vertritt, es sei eine Energiepolitik zu führen, die Kernkraftwerke überflüssig mache.

(1407) 12. Juni: Anlässlich einer konsultativen Abstimmung in der Waadtländer Gemeinde Ollon sprechen sich die Stimmbürger mit 1671 zu 32 Stimmen gegen Sondierarbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) auf dem Gemeindegebiet aus. (vgl. Nr. 1329, 1360, 1385 der Chronik.)

(1408) 12. Juni: Die Stimmbürger des Kantons Waadt sprechen sich bei einer Stimmbeteiligung von 8,5 Prozent mit 14'251 zu 13'811 Stimmen für ein Lager von angereichertem Uran im Eidg. Institut für Reaktorforschung Würenlingen, aus. (vgl. Nr. 1175 der Chronik.)

(1409) 13. Juni: Der Schaffhauser Grosse Rat beschliesst mit 52 zu 20 Stimmen, dem Volk die Verwerfung der "Volksinitiative für ein Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten" zu empfehlen. (vgl. Nr. 1397 der Chronik.)

(1410) An der Jahres-Generalversammlung der "Association de communes vaudoises et fribourgeoises contre le dépôt de déchets nucléaires à Lucens" (58 Gemeinden) wird festgestellt, dass die Vereinigung an ihrem Ziel, ein Lager für radioaktive Abfälle in Lucens zu verhindern, festhalte. (vgl. Nr. 1153 der Chronik.)

(1411) 14. Juni: Der Presse ist zu entnehmen, dass im Versorgungsgebiet der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) im Mai 1983 der Stromverbrauch um 7,5 Prozent höher war als im Mai 1982. Im Winterhalbjahr Oktober - April 1982/83 habe die Zunahme infolge der überdurchschnittlich warmen Witterung nur 0,1 Prozent betragen.

(1412) Der Regierungsrat hält vor dem Aargauer Grossen Rat fest, der Verzicht auf den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst würde den Kanton mit 80 Mio Franken und das AEW (Aargauisches Elektrizitätswerk) mit 50 Mio belasten.

(1413) An einer Veranstaltung in Biel erklärt Fürsprecher R. von Werdt, Direktionspräsident der BKW (Bernische Kraftwerke AG), die Kernenergie weise nach Prüfung der Kriterien Rohstoffverfügbarkeit, Auslandabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit eindeutig am meisten Vorteile auf.

(1414) 15. Juni: Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) stellt in seinem Geschäftsbericht 1982 fest, der Stromverbrauch in der Schweiz habe gegenüber 1981 um 1,5 Prozent zugenommen, trotz industrieller Rezession und trotz der Tatsache, dass 1982 eines der vier wärmsten Jahre seit 1860 war.

(1415) Laut Presseberichten hat der Waadtländer Regierungsrat im Grossen Rat erklärt, der Kanton schulde es sich, an die Beseitigung radioaktiver Abfälle beizutragen. Zwischen den zwei Projekten Bois de la Glaivaz(vgl. Nr. 1374 der Chronik) und Lucens (vgl. Nr. 1153, 1410 der Chronik) werde er dasjenige mit dem kleineren Risiko akzeptieren, d.h. dasjenige im Bois de la Glaivaz wogegen die Anlagen von Lucens liquidiert werden müssten.

(1416) 17. Juni: Dr. F. Anliker, Verwaltungratspräsident der BKW (Bernische Kraftwerke AG) hält an der Generalversammlung der BKW fest, die hängigen Atom-Initiative-II (vgl. 1027, 1321 der Chronik) und Energie-Initiative (vgl. Nr. 1321, 1396 der Chronik) bedeuteten für

die schweizerische Wirtschaft ein "Trojanisches Pferd"; bei ihrer Annahme müssten 40 bis 45 Prozent des Strombedarfs aus anderen Quellen als der Kernenergie gedeckt werden, doch sei die Frage der Alternative dazu nicht gelöst.

(1417) Die Gemeindeversammlung Böttstein stimmt dem Beitritt zum Fernwärmeversorgungsnetz Refuna zu und genehmigt den Gründungs- und Partnervertrag sowie Fr. 9701000.-- für Aktienkapitalsbeteiligung und Erstellung des Ortsnetzes. (vgl. Nr. 1353 der Chronik.)

(1418) 18. Juni 1983: Die Eidg. Kommission für Strahlenschutz teilt mit, im Jahre 1982 habe es in der Schweiz keine Unfälle gegeben, bei denen Personen durch ionisierende Strahlung Schaden genommen hätten.

(1419) 21. Juni: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) geben bekannt, sie hätten für 7,5 Mio Franken Aufträge zur Erstellung der Wärmeauskopplung im Kernkraftwerk Beznau für das Fernwärmenetz Refuna vergeben. (vgl. Nr. 1275, 1417 der Chronik.)

(1420) 21. Juni: Der Chef des Eidg. Departements des Innern erklärt vor dem Nationalrat, die Schweiz werde nur noch diesen Sommer eine Meeresversenkungsaktion für radioaktive Abfälle durchfuhren. (vgl. Nr. 1387, 1388 der Chronik.)

(1421) Aus dem von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) veröffentlichten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, dass 1982 die Ausgaben für Forschungs- und Untersuchungsprojekte gegenüber dem Vorjahr auf mehr als das Doppelte angewachsen seien und sich auf 30,2 Mio Franken beliefen.

(1422) 22. Juni: Der Bundesrat auf eine Anfrage aus dem Nationalrat: Das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) sei keine Waffenfabrik; die vom EIR für das Eidg. Militärdepartement geleisteten Arbeiten der letzten zwei Jahre dienten dem Schutz der Truppe und der Bevölkerung vor Kernwaffen.

(1423) An der Gemeindeversammlung von Oberrohrdorf-Staretschwil wird ein Kredit für ein Vorprojekt zur Fernwärmeversorgung WAL (Fernwärmeversorgung Aare-Limmattal) gutgeheissen, für die u.a. Abwärme aus dem Kernkraftwerk Beznau genutzt werden soll.

(1424) 23. Juni: Der Ständerat heisst die Vereinbarung mit der BRD über "die gegenseitige Unterrichtung beim Bau und Betrieb grenznaher technischer Einrichtungen" gut, die auch Kernkraftwerke betrifft. (vgl. Nr. 1328 der Chronik.)

(1425) Der Einwohnerrat Obersiggenthal bewilligt einen Kredit für das Vorprojekt WAL (vgl. Nr. 1423 der Chronik).

(1426) 24. Juni: Die Gemeindeversammlung Würenlingen beschliesst den Beitritt zur Refuna. (vgl. Nr. 1417 der Chronik.)

(1427) Das EF (Energieforum Schweiz) wählt Nationalrat Bruno Hunziker zu seinem Präsidenten.

(1428) 25. Juni: Die europäische Forschungsanlage für Kernfusion in Culham - JET -, an der auch die Schweiz beteiligt ist, wird in Betrieb genommen. (vgl. Nr. 1380 der Chronik.)

(1429) 26. Juni: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) legt zur Information der Behörden und einer breiteren Öffentlichkeit ihren Zwischenbericht zum Projekt "Gewähr" vor, mit dem bis Ende 1984 dem Bundesrat die Machbarkeit eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle nachgewiesen werden soll.

(1430) 28. Juni: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements anlässlich der 75-Jahr-Feier des Kraftwerks Laufenburg: mit den hängigen Atom- und Energieinitiativen (vgl. Nr. 1398 der Chronik) stünden weitreichende fundamentale Änderungen zur Diskussion; der Bundesrat lehne beide Initiativen deshalb ab, weil sie zu seinen eigenen Perspektiven der Energiepolitik im Widerspruch stünden.

(1431) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einer Pressemitteilung: die dritte Sondierbohrung (Riniken) sei am 23. Juni aufgenommen worden und habe jetzt die Tiefe von 325 m erreicht. (vgl. Nr. 1402 der Chronik.)

(1432) Eröffnung einer Gebäudeerweiterung auf dem Gelände des EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen), das vor allem der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) dienen soll.

(1433) 29. Juni: Der Bundesrat stimmt sieben neuen Forschungsvorhaben der Internationalen Energieagentur zu, wovon zwei den Austausch von technischen Daten auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit betreffen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1983 (Ulrich Beck)

(1434) 1. Juli: Das Parlament des Kantons Jura stimmt zuhanden einer Volksabstimmung dem Gesetzesentwurf über die eidgenössischen Vernehmlassungen zum Bau von Atomanlagen zu, der ein obligatorisches Referendum über solche von der Regierung beschlossene Vernehmlassungen vorsieht.

(1435) 2. Juli 1983: Veröffentlichung des 9. Geschäftsberichtes der Kernkraftwerk Leibstadt AG, aus dem zu entnehmen ist, dass bis Ende 1982 3,8 Mia Franken investiert worden sind und dass 1984 mit der Stromproduktionsaufnahme gerechnet werden könne.

(1436) 5. Juli: Das NWA (Nordwestschweizer Komitee gegen Atomkraftwerke) präsentiert an einer Pressekonferenz in Bern eine Broschüre "Kaiseraugst kein Bedarf!".

(1437) Eine Tageszeitung veröffentlicht Angaben der Bundesanwaltschaft, wonach in der Schweiz nie Flugblätter gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst aufgetaucht seien, die aus der UdSSR stammten, wie dies die Aves (Aktion für vernünftige Eriergiepolitik Schweiz) in Inseraten behauptete.

(1438) Das Kernkraftwerk Gösgen nimmt nach erfolgtem Brennstoffwechsel und Revision seinen Betrieb wieder auf. (vgl. Nr. 1392 der Chronik)

(1439) 6. Juli: Die Agea (Arbeitsgemeinschaft Atomschutz der Schweiz) stellt ein Begehren um eine vorsorgliche gerichtliche Verfügung, die der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) verbieten soll, die Behauptung der Einfuhr von Flugblättern gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst aus der UdSSR weiter zu verbreiten. (vgl. Nr. 1437 der Chronik)

(1440) Die FRE (Fédération romande pour l'énergie) orientiert ihre Mitglieder an einer Versammlung über die Projekte Lucens und Ollon zur Lagerung radioaktiver Abfälle.

(1441) 9. Juli: Das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) orientiert die Öffentlichkeit über die Inbetriebnahme eines kommerziellen Transport- und Lagerbehälters für verbrauchte Brennelemente.

(1442) Das Bezirksgericht Zürich verbietet der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) zu behaupten, es existierten Flugblätter gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst aus der UdSSR. (vgl. Nr. 1437, 1439 der Chronik)

(1443) 11. Juli: Die zuständige Ständerats-Kommission beschliesst, dem Ratsplenum zu beantragen, die beiden Initiativen "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag mit der Empfehlung auf Verwerfung zu unterbreiten. (vgl. Nr. 1293, 1346 der Chronik)

(1444) Zustandekommen des Referendums im Kanton Bern gegen die geplante Erweiterung des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle im Kernkraftwerk Mühleberg. (vgl. Nr. 1281 der Chronik)

(1445) 16. Juli: Abschluss einer zweitägigen Tagung der Kernenergieagentur der OECD in Zürich, an der Wissenschafter aus mehreren europäischen Ländern Kenntnisse über die Tiefseeversenkung von radioaktiven Abfällen austauschten; es seien keine wissenschaftlichen Fakten bekannt, welche die Unbedenklichkeit solcher Versenkungen nach den Regeln der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) in Frage stellten.

(1446) Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in einem Zeitungsinterview: Es müsste zu einem ganz massiven Stromverbrauchs-Rückgang kommen, damit die Schweiz auf ein weiteres Kernkraftwerk verzichten könnte; in den Jahren 1981/82 habe aber der Verbrauch um etwa 2,2 Prozent zugenommen, was der vom Bundesrat in seinen Perspektiven angenommenen Zunahmerate entspreche.

(1447) 21. Juli: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) stellt in einer Pressemitteilung fest, im 2. Quartal 1983 hätten die vier schweizerischen Kernkraftwerke einen hohen Arbeitsausnutzungsgrad von 72 Prozent erreicht, obwohl zwei von ihnen wegen des jährlichen Brennstoffwechsels den Betrieb während mehreren Wochen unterbrachen.

(1448) 25. Juli: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in einem Zeitungsinterview: Nach seiner festen Überzeugung müssen die Atominitiative-2 und die Energie-Initiative (vgl. Nr. 1293, 1396 der Chronik) in der Volksabstimmung abgelehnt werden, weil sonst keine neuen Kernkraftwerke gebaut, die alten später nicht ersetzt werden dürften und wir über keine alternativen Produktionsmöglichkeiten verfügten.

(1449) Ein überparteiliches Komitee "Kaiseraugst - Schicksalsfrage unserer Region" verschickt an alle National- und Ständeratskandidaten einen Fragebogen zum Thema Kaiseraugst/Atom- und Energieinitiative, um aufgrund der Antworten die Bevölkerung über die Einstellung der Kandidaten dazu aufklären zu können.

(1450) Eine "Arbeitsgemeinschaft besonnenes Basel" verschickte laut Presseberichten ein Flugblatt in Basel und Umgebung, worin die Behauptung der Lieferung von Anti-Kaiseraugst-Pamphleten aus der UdSSR aufgegriffen wird. (vgl. Nr. 1442 der Chronik).

(1451) 26. Juli: Der Presse ist zu entnehmen, dass bei Ablauf der Frist ein Referendum gegen den Beitritt der Gemeinde Böttstein zum Fernheiznetz der Refuna nicht zustandegekommen ist. (vgl. Nr. 1417 der Chronik).

(1452) In Endingen wird ein zustandegekommenes Referendum gegen den Refuna-Beitritt deponiert (vgl. Nr. 1353 der Chronik), so dass eine Gemeindeabstimmung über den Beitritt stattfinden wird.

(1453) 28. Juli 1983: Dem Jahresbericht 1982 der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) ist zu entnehmen, dass im Berichtsjahr die Schweiz hinsichtlich der mittleren Arbeitsausnutzung der Kernkraftwerke an der Spitze aller Länder mit Leichtwasserreaktoren stand und dass die Kernenergie mit 27,3 % an der Stromproduktion der Schweiz partizipiert hat.

(1454) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) teilt der Presse mit, in Böttstein sei nach Abschluss der Tiefbohrung die Testphase eingeleitet worden, in Weiach habe die Tiefbohrung 1867 m und in Riniken 624 m erreicht (vgl. Nr. 1402 der Chronik); die Herrichtung des vierten Bohrplatzes in Schafisheim stehe vor dem Abschluss.

(1455) 2. August: Das Kernkraftwerk Mühleberg unterbricht für den planmässigen Brennstoffwechsel und Jahresrevisionen an der mechanischen und elektrischen Ausrüstung den Betrieb für einen Monat.

(1456) 3. August: Publikation der ausführlichen Botschaft des Bundesrats zur Energie-Initiative "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" (vgl. Nr. 1396 der Chronik)

(1457) 4. August: Die Aargauer Regierung hat gemäss Presseberichten ein Gesuch der Kernkraftwerk Leibstadt AG bewilligt und diesem Projekt in der Vemehmlassung des Bundes zugestimmt: danach dürfen im Werk Leibstadt unverbrauchte Brennelemente eingelagert werden, obwohl die Betriebsbewilligung noch aussteht.

(1458) 5. August: Die CVP (Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz) stellt ein Wirtschaftspapier vor, dem u.a. zu entnehmen ist, dass der Weiterausbau und die Erneuerung der inländischen Stromversorgung sich als langfristige und konstante investitionspolitische Aufgabe anbiete.

(1459) 9. August: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) protestiert in einer Pressemitteilung gegen neueste Versuche von Atomgegnergruppen, die Schrecken der Atombombenabwürfe vor 38 Jahren als Argument gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie zu missbrauchen.

(1460) Die Elektra Birseck bejaht in einem Brief an die Kaiseraugst-Kommission des Nationalrats den Bedarf im Inland für ein weiteres Grosskraftwerk. (vgl. Nr. 1371, 1404 der Chronik).

(1461) 12. August: Der Regierungsrat des Kantons Bern nimmt ein Postulat aus dem Grossen Rat entgegen, worin vor einem Kohlekraftwerk in Pratteln gewarnt wird, dessen Immissionen auch bernisches Gebiet gefährden könnten; er will den Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Land seine Bedenken mitteilen..

(1462) 18. August: Der Gemeinderat von Kaiseraugst veröffentlicht zuhanden der nationalrätlichen Kaiseraugst-Kommission ein "Dossier Kaiseraugst".

(1463) 19. August: In seiner Präsidialansprache anlässlich der Generalversammlung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) erklärt deren Präsident, es sei erwiesen, dass die Nutzung der Kernenergie in ihren verschiedenen Formen wie Strom, Prozesswärme und Fernheizung die Luftverschmutzung verringern helfe und das Landschaftsbild vergleichsweise wenig belaste.

(1464) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) meldet in einer Pressemitteilung die Resultate einer Repräsentativ-Umfrage, aus denen u.a. hervorgeht, 62 Prozent der Schweizer seien davon überzeugt, dass die sichere Lagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz technisch lösbar ist; auch von den Atomkraft-Gegnern seien 61 Prozent für Sondierbohrungen.

(1465) Der Presse ist zu entnehmen, dass die Basler Ausstellung Nuclex 1984 (internationale Fachmesse für die kerntechnische Industrie) ausfällt, bzw. auf 1985 verschoben wird.

(1466) 22. August: Beginn der neuen zweitägigen Sitzung der Kaiseraugst-Kommission des Nationalrats mit weiteren Hearings. (vgl. Nr. 1371, 1373 der Chronik).

(1467) 23. August: Der Einwohnerrat von Pratteln akzeptiert ein Postulat, mit dem verlangt wird, die Gemeinde solle Fr. 30'000.- bis 501000.- zur Unterstützung der Atominitiative (vgl. Nr. 1448 der Chronik) zur Verfügung stellen; eine Kommission solle einen Bericht über die mögliche Verwendung erarbeiten.

(1468) 25. August: Die Regierung des Kantons Luzern weist eine Interpellation aus dem Grossen Rat als unberechtigt zurück, laut welcher die Sicherheitsmassnahmen bei einem Unfall im Kernkraftwerk Gösgen ungenügend seien.

(1469) 27. August: Das Kernkraftwerk Beznau-2 hat nach Brennstoffwechsel, Revision und Installation wichtiger Teile für das Fernwärmenetz Refuna seinen Betrieb wieder aufgenommen.

(1470) 29. August: Laut veröffentlichter schweizerischer Gesamtenergiestatistik 1982 waren am Endverbrauch Erdölprodukte mit 67,3%, Strom mit 19,8%, Gas mit 6% und die übrigen Energieträger mit zusammen rund 7% beteiligt. Strom ist seit 1973 real um 9,7% billiger geworden, und mit dem Erlös des Stromexportüberschusses konnten 10% des Öleinfuhrwerts gedeckt wer den.

(1471) 1. September 1983: Der Bundesrat auf eine Anfrage aus dem Nationalrat, die beanstandete,' dass die PTT einen Werbestempel des kernenergiegegnerischen WWF Schweiz zuliess, jedoch einen solchen für die Kernenergie ablehnte: Diese Werbestempel seien auf Sujets beschränkt, die in der Öffentlichkeit unbestritten seien.

(1472) 2. September: Anlässlich der Generalversammlung des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) werden die hängigen Atominitiative-2 und Energie-Initiative (vgl. 1448 der Chronik) als verantwortungslose Gefährdung der Versorgungssicherheit und des Wohlstandes bezeichnet; es gehe den Initianten offensichtlich weniger um Lösungen von Energiefragen als um Gesellschafts- und Systemveränderungen; die Kernenergie könne als eine heute ökonomisch vertretbare und ökologisch fast ideale Methode der Energieerzeugung gewertet werden.

(1473) In einem Pressecommuniqué fordert der Verein zur Förderung der Kernenergie "Kettenreaktion", angesichts des alarmierenden Waldsterbens sei die Kernenergie vermehrt zur Reinhaltung der Luft heranzuziehen. (1474) 4. September: Bei einer kantonalen Volksabstimmung sprechen sich die Zürcher Stimmbürger mit 80'378 Ja gegen 70'394 Nein für die "Wünschbarkeit" eines Lagers von angereichertem Uran in Würenlingen aus. (vgl. Nr. 1343 der Chronik).

(1475) Bei einer kantonalen Volksabstimmung nehmen die Schaffhauser Stimmbürger mit 13'332 Ja gegen 12'823 Nein eine Initiative "für ein Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten" an.(vgl. Nr. 1409 der Chronik).

(1476) 7. September: Die Gemeindeversammlung Villigen stimmt mit 100 gegen 40 Stimmen dem Beitritt der Gemeinde zum Refuna-Wärmenetz zu. (vgl. Nr. 1353 der Chronik).

(1477) 9. September: Beginn einer grösseren Inserate-Kampagne der SIK (Schweizerische Informationsstelle für Kernenergie) zur Information der breiten Bevölkerung über wichtige Belange der Nutzung der Kernenergie in Kernkraftwerken.

(1478) 9. September: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt in einem Pressecommuniqué bekannt, sie werde vom 10. - 25. September am Comptoir Suisse in Lausanne an ihrem Stand einen Überblick über ihr umfangreiches Forschungsprogramm für die sichere und dauernde Endlagerung aller in der Schweiz anfallenden radioaktiven Abfälle geben. (1479) Das CADO (Comité antidéchets ä Ollon) wirft der Nagra an einer Pressekonferenz vor, sie missbrauche die grösste schweizerische Handelsmesse, um einseitig über ihre Absichten im Bois de la Glaivaz zu informieren.

(1480) 12. September: Der Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft erklärt auf Presseanfragen, es müsse damit gerechnet werden, dass kein radioaktiver Abfall aus der Schweiz mehr im Atlantik versenkt werden könne, nachdem das betreffende Spezialschiff infolge eines Boykotts britischer Seeleute nicht eingesetzt werden könne. (vgl. Nr. 1445 der Chronik).

(1481) 14. September: Laut Presseberichten wird die Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) keinen Rekurs gegen das Urteil des Bezirksgerichts Zürich einreichen und deshalb in Inseraten mitteilen müssen, es seien nie Anti-Kaiseraugst-Flugblätter aus der UdSSR importiert und verteilt worden. (vgl. Nr. 1442 der Chronik.)

(1482) 15. September: Der Bundesrat auf eine Anfrage aus dem Nationalrat u.a.:
In der Stadt Basel habe der Pro-Kopf-Konsum an Strom von 1970 bis 1982 um 57
Prozent zugenommen und habe damit wie im Kanton Baselland über dem schweizerischen Mittel gelegen; bei den Haushalten allein betrage die Zunahme in Basel
42 Prozent, in Baselland 81 Prozent (in der Schweiz 68 Prozent).

(1483) Das EF (Energieforum Schweiz) präsentiert an einer Pressekonferenz seine Studie "Die Substitution von Erdöl in den achtziger Jahren", aus der hervorgeht, dass der speditive Bau weiterer Kernkraftwerke wichtigster Punkt der Substitutionsanstrengungen sei.

(1484) 16. September: Der Presse ist zu entnehmen, dass das Komitee "Kaiseraugst - Schicksalsfrage unserer Region" (vgl. Nr. 1449 der Chronik) nur 27 von 65 Parlamentariern der Region Basel zur Wahl empfehlen könne.

(1485) 17. September: Anlässlich seiner2. Generalversammlung stellt der Verein zur Unterstützung der Kernenergie "Kettenreaktion" eine Mitgliederzahl von 2260 fest; in einer Resolution werden die Behörden aufgefordert, wo immer möglich die Kernenergie als Mittel gegen das Waldsterben miteinzubeziehen.

(1486) 19. September: Durch Notenaustausch wird das Abkommen zwischen der Schweiz und der BRD über die gegenseitige Unterrichtung beim Bau und Betrieb grenznaher kerntechnischer Einrichtungen in Kraft gesetzt. (vgl. Nr. 1424 der Chronik)

(1487) 24. September: Einem Pressecommuniqué der SVA -(Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) ist zu entnehmen, dass der Generaldirektor der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation, Wien) anlässlich einer Konferenz in London festgestellt hat, es sei paradox, dass so viele der Leute, die sich zu Recht für den Schutz der Umwelt engagierten, sich nicht auch für die Anwendung der Kernenergie einsetzten, die sehr grosse Umweltvorteile biete.

(1488) In Wölflinswil wird ein Freileitungsmast der EGL (Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg) durch einen Sprengstoffanschlag stark beschädigt.

(1489) 26. September 1983: Der Bundesrat in Beantwortung einer Anfrage aus dem Nationalrat: Es sei nicht nötig, für jede Sondierbohrung der Nagra einen weiteren neutralen und unabhängigen Experten zur Kontrolle der Arbeiten einzusetzen; die getroffenen Überwachungsmassnahmen mittels einer für jede Bohrstelle eingesetzten Kommission sichere eine neutrale Beurteilung der Arbeiten.
(1490) Laut Presseberichten stellt der Präsident der Stiftung für Landschaftsschutz an deren 13. Jahrestagung fest, der anhaltende Widerstand gegen Kernkraftwerke beschwöre die Gefahr eines eigentlichen Beutezugs auf die letzten frei fliessenden Gewässer herauf.

(1491) 27. September: Das EIR (Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) teilt mit, die für dieses Jahr geplante Versenkungsaktion im Atlantik von radioaktiven Abfällen werde nicht stattfinden, weil das betreffende Spezialschiff von den britischen Seeleuten bestreikt werde. (vgl. Nr. 1480 der Chronik).

(1492) 28. September: Der Ständerat beschliesst, dem Antrag seiner Kommission und des Bundesrates zu folgen und die Verfassungsinitiative "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" (mit 31 : 8 Stimmen) sowie "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" (mit 30 : 10 Stimmen) dem Volk mit der Empfehlung auf Ablehnung zu unterbreiten. (vgl. Nr. 1443 der Chronik).

(1493) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) begrüsst in einem Pressecommuniqug die Entscheide des Ständerats, die."Atomverbots-" und die "Energierationierungs-" Initiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen.

(1494) Das Initiativkomitee für eine Atom- und Energie-Initiative zeigt sich in einer Pressemitteilung enttäuscht über die Ständerats-Beschlüsse.

(1495) Die Aves (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz) wählt zu ihrem neuen Präsidenten Christoph Blocher, Meilen , Nationalrat.

(1496) 29. September: Die SIK (Schweizerische Informationsstelle für Kernenergie) kritisiert in einem Pressecommuniqu6 das Initiativkomitee für eine Atom- und Energie-Initiative, welches dem Ständerat in einer Erklärung (vgl. Nr. 1494 der Chronik) vorgeworfen hat, er sei offensichtlich wenig informiert, habe Tatsachen ignoriert und damit bei seinem Entscheid gegen die beiden Initiativen unverantwortlich gehandelt; wer eindeutige Mehrheitsentscheide nicht akzeptieren könne, soll nach der SIK dem Ständerat nicht vorwerfen, die Debatte sei nicht demokratisch offen gewesen.

(1497) Die JASE (Junge Aktion für eine sachliche Energiediskussion Schweiz) gibt in einer Pressemitteilung ihrer Besorgnis über die Zunahme krimineller Handlungen gewisser Kernkraftwerkgegner Ausdruck. (vgl. Nr. 1488 der Chronik).

(1498) Der Grosse Rat des Kantons Graubünden lehnt in geheimer Abstimmung mit 62 : 53 Stimmen eine Resolution gegen die von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) geplanten Sondierbohrungen am Piz Pian Grand (Rossa) ab. (vgl. Nr. 1365, 1391 der Chronik) .

(1499) 30. September: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radi tiver Abfälle) zieht laut ihrer Pressemitteilung einen Entscheid der Regierung des Kantons Schaffhausen, die vom Baudepartement des Kantons erteilte Bewilligung für eine Sondierbohrung in Siblingen zurückzuziehen, an das Obergericht weiter. (vgl. Nr. 1475 der Chronik.)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1983 (Ulrich Beck)

(1500) 4. Oktober: Das Eidg. Verkehrs- und Energieirtschaftsdepartement bewilligt das Gesuch der Kernkraftwerk Leibstadt AG um vorzeitige Einlagerung der Brennelemente des Erstkerns.

(1501) 6. Oktober: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) dementiert Behauptungen in der Presse, wonach es ihr nicht gelingen werde, den von den Bundesbehörden gesetzten Termin von 1985 für das Projekt "Gewähr" einzuhalten.

(1502) In ihrem Bohrbulletin teilt die Nagra mit, das Tiefbohrprogramm Kristal zur Untersuchung des Grundgebirges in der Nordschweiz habe wertvolle Erkenntnisse gebracht. Die zweite Bohrung (Weiach) habe 2148 m erreicht, die dritte - in Riniken - sei auf 794 m angelangt, das Gelände für liohrung Nr. 4 in Schafisheim seivorbereitet und die Vorbereitungen in Kaisten seien angelaufen.

(1503) 7. Oktober: Nationalrätin E. Kopp anlässlich der Generalversammlung des Vereins "Frauen für Energie": sie plädiere dafür, die Nutzung der Kernenergie nicht durch übertriebene Sicherheitsanforderungen zu verzögern; die dadurch bedingte Verteuerung der Energie schwäche unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit dem Risiko, dass die Wirtschaftnicht mehr imstande wäre, die nach dem neuen Umweltschutzgesetz notwendig werdenden Investitionen zu tätigen.

(1504) 10. Oktober: Die Nationale Schweizerische Unesco-Kommission (Sektion Exakte Naturwissenschaften) gibt zusammen mit der Schweiz. Naturforschenden Gesellschaft eine allgemein verständliche Publikation über die Auswirkungen des Kohlendioxyds auf das Klima heraus.

(1505) Konstituierende Sitzung der Deutsch-Schweizerischen Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DSK) . (vgl. Nr. 1486 der Chronik.)

(1506) 11. Oktober 1983: Gründung eines Forums "Wissenschaft und Energie", das zum Ziel hat, die Stimme der Wissenschaft in den energiepolitischen Auseinandersetzungen zu erheben.

(1507) 12. Oktober: An der Bilanz-Pressekonferenz der Motor-Columbus in Baden wird mitgeteilt, das Kernkraftwerk Kaiseraugst könnte 1993 in Betrieb gehen, wenn das Parlament die Rahmenbewilligung bestätige (vgl. Nr. 1466 der Chronik) und die Atom- sowie die Energieinitiative (vgl. Nr. 1492 der Chronik) in der Volksabstimmung abgelehnt wurden.

(1508) 13. Oktober: Pressekonferenz der am 19. September gegründeten "Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Regionalgruppe Basel", deren Ziel es sei, mit Hilfe einer sachlichen Diskussion einem möglichen Verbot der Kernenergie entgegenzuwirken. (vgl. Nr. 1495 der Chronik.)

(1509) 15. Oktober: Bakanntwerdeh des Entscheids des Verwaltungsgerichts des Kantons Aargau, wonach es zuständig für die Beurteilung des Streites zwischen der Gemeinde Kaiseraugst und der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (KWK) betreffend die Abtretung von zwei Feldwegen sei. Die Gemeinde bestreitet die Rechtsgültigkeit dieser Abtretung an die KWK. (vgl. Nr. 1267 der Chronik.)

(1510) In Chur demonstrieren ungefähr 300 Personen gegen Endlager für radioaktive Abfälle im Kanton Graubünden und bereits gegen die Sondierpläne der Nagra am Piz Pian Gra-nd (vgl. Nr. 1329, 1364 der Chronik).

(1511) 21. Oktober: Der Alarmausschuss "Radioaktivität" (dem Eidg. Departement des Innern unterstellt) veröffentlicht eine Broschüre, aus der u.a. hervorgeht, dass die schweizerische Bevölkerung vor einer Gefährdung durch ionisierende Strahlung weitgehend geschätzt ist.

(1512) 23. Oktober: In Gemeindeabstimmungen entscheiden sich die Stimmbürger von Klingnau mit 431 zu 380, diejenigen von Endingen mit 334 zu 276 Stimmen für den Beitritt zur Refuna AG, die ein Fernwärmenetz mit heisser Wärme aus dem Kernkraftwerk Bezanu bauen und betreiben wird. (vgl. Nr. 1353 der Chronik.)

(1513) 27. Oktober: Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) in einem Pressetext: Eine Untersuchung durch die zuständige Bundesstelle habe kürzlich gezeigt, der Wegfall des Kernkraftwerks Gösgen während des Winterhalbjahrs 1983/84 wurde die inländische Stromerzeugung um gut 14 Prozent verringern. Das anstehende Wintermanko wurde etwa dem gesamten Stromverbrauch der Stadt Zürich im Winterhalbjahr 1982/83 entsprechen.

(1514) 28. Oktober: Eintreffen der Uran-Brennelemente für den Erstkern im.yernkraftwerk Leibstadt (vgl. Nr. 1500 der Chronik).

(1515) 31. Oktobe - r: Nach einer Pressemitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) erreichte die schweizerische Atomstromproduktion im 3. Quartal 1983 3,4 Milliarden Kilowattstunden.

(1516) 1. November: Die GAG (Gewaltfreie Aktion Graben) veröffentlicht eine Studie des Leiters des Ökozentrums Langenbruck, in der u.a. gesagt wird, der Stromverbrauch im Oberaargau könnte im Jahr 2000 um 10 Prozent geringer sein als heute, wogegen ein Energiekonzept des Planungsverbandes Oberaargau für dieses Jahr eine Verfünffachungdes Stromverbrauchs annehme.

(1517) 2. November: Veröffentlichung eines Ergänzungsberichts zum Bericht 1980 unter dem Titel "Die künftige Wärmeversorgung der Stadt Aarau". Darin wird festgehalten, die warme Fernheizung aus dem Kemkraftwerk G-osgen ware wirtschaftlich die beste Lösung.

(1518) Die Jase (junge Aktion für eine sachliche Energiediskussion) Nordwestschweiz bedauert es, dass die Regierung von Basel-Stadt gemäss Auftrag des Grossen Rates eine Broschüre gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst herausbringen soll. Eine staatliche Instanz solle nicht eine einseitige Informationspraxis fördern; das grenze an Manipulation und Unterdrückung der Meinungsvielfalt.

(1519) 3. November: Nach einer Pressemitteilung des VSE - (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) hat der Stromverbrauch in der Schweiz im 1. Balbjahr 1983 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 3 Prozent zugenommen, im zweiten Quartal allein sogar um 5 Prozent.

(1520) 4. November: Laut einer vom EDI (Eidg. Departement des Innern) veröffentlichten Liste werden im laufenden Jahr 107 Mio. Franken für Energieforschung von der öffentlichen Hand und von privaten Institutionen aufgewendet, wovon 31,5 Mio. für Kernspaltung und 26,8 Mio. für Kernfusion.

(1521) An einer Gemeindeversammlung in Döttingen beschliessen die Stimmb -urger mit 166 zu 8 Stimmen den Beitritt zur Refuna AG. (vgl. Nr. 1353 der Chronik.)

(1522) Aus einer repräsentativen Meinungsumfrage im Kanton Bern ist zu ersehen, dass 27 Prozent der Befragten grundsätzlich gegen Kernkraftwerke waren, 23 Prozent gegen das Kernkraftwerk Graben, falls es als Ersatz für Kaiseraugst gebaut werden sollte,wenn letzteres aus politischen Gründen keine Bewilligung erhielte. Dagegen waren 40 Prozent so oder so für Graben, 10 Prozent hatten keine Meinung.

(1523) 5. November 1983: Die Elektrizitätswerke Wynau, Langenthal, bezeichnen in einer Stellungnahme die von der GAG (Gewaltfreie Aktion Graben) veröffentlichte Studie (vgl. Nr. 1516 der Chronik) als vermutliche Beeinflussung der Volksabstimmiing über das Zwischenlager im Kernkraftwerk Mühleberg. Die Studie empfehle luftverschmutzende thermische Kleinkraftwerke, duch welche die Wälder mit Schadstoffen belastet würden.

(1524) 9. November: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in ihrem Bohrbulletin: In Weiach sei das Bohrloch jetzt 2292 m tief, und das Bohrziel von 2500 m werde in Kürze erreicht sein. In Riniken sei die Bohrung nach Mitte Oktober auf 1176 m Tiefe angelangt, wobei die letzten 360 m in der Perm-Schicht verliefen. In Schafisheim werde voraussichtlich vor Ende 1983 die Arbeit mit dem in Weiach frei werdenden Gerät aufgenommen werden können.

(1525) 10. November: Auf der Baustelle des Kernkraftwerks Leibstadt wird bei einem nicht nuklearen Unfall ein Arbeiter tödlich verletzt.

(1526) Im hydrologischen Jahr Oktober 1982/September 1983 ist im Versorgungsgebiet der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) die Stromabgabe um 1,8 Prozent gestiegen: im Winter wegen der ungewöhnlich warmen Witterung um 0,4 Prozent, im Sommer um 4,2 Prozent.

(1527) 12. November: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) veröffentlicht einen Aufruf an Politiker und Umweltorganisationen, ihr bisheriges energiepolitisches Zaudern aufzugeben, den wichtigen Beitrag der Kernkraftwerke zum Schutz der Umwelt anzuerkennen und sich darüber Rechenschaft zu geben, dass ein Verzicht auf die Kernenergie einem unverantwortlichen Verzicht auf einen aktiven Umweltschutz gleichkäme.

(1528) Der Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in einem Zeitungsinterview: Mit dem NHT-Projekt der SBB und mit der Energiepolitik des Bundes leiste das Departement viel für den Umweltschutz. Die Kernenergie sei eine sehr umweltfreundliche Technologie.

(1529) 15. November: Der Bundesrat auf eine Interpellation aus dem Nationalrat gemäss einer Agenturmeldung: Er werte die zunehmende Opposition direkt betroffener Bevölkerungskreise gegen nationale Projekte wie Kernkraftwerke und Waffenplätze als ernstes Problem. Er sei gegen eine Demokratie des Betroffenseins, anerkenne aber das Bedürfnis nach verstärkter Mitsprache.

(1530) EIR und SIN (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen, resp. Schweiz. Institut für Nuklearforschung, Villigen),werden ab heute durch das Fernwärmenetz Refuna geheizt, das mit Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau gespiesen wird. (vgl. Nr. 1353 der Chronik.)

(1531) Der WWF (World Wildlife Fund) Schweiz veröffentlicht einen Brief an die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie), in welchem er scharf gegen den Aufruf der SVA (vgl. Nr. 1527 der Chronik) Stellung nimmt.

(1532) 16. November: Nach Presseberichten hat der Tessiner Grosse Rat mit 43 gegen 14 Stimmen eine Resolution angenommen, in der er eine ablehnende Haltung gegen die Errichtung von Lagern für radioaktive Abfälle im Kanton, aber auch im bündnerischen Misox einnimmt. (vgl. Nr. 1322, 1329 und 31-. Mai 1976 der Chronik.)

(1533) Der Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft anlässlich einer Tagung der Infel (Informationsstelle für Elektrizitätsanwendung): Vermehrte Anwendung von Alternativenergien könnten einen beachtlichen Beitrag zur Substitution von Erdöl und anderen erschöpflichen Energieträgern leisten, ihr Anteil sei aber zur Zeit noch bescheiden, d.h. ein halbes Prozent.

(1534) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) weist unakzeptabie Behauptungen des WWF (World Wildlife Fund) Schweiz scharf zurück und fordert ihn auf, zur Seriosität zurückzukehren. (vgl. Nr.1531 der Chronik.)

(1535) Der Bundesrat auf eine Anfrage aus dem Nationalrat: Nicht der Umfang der für ein bestimmtes Gebiet schon vorhandenen geologischen Daten werde für die endgültige Standortwahl für ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle bedeutsam sein, sondern die Eignung der Gesteine, wie sie nach den Untersuchungen durch die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung der radioaktiven Abfälle) beurteilt werde. Die Begutachtung des Projekts "Ge währ" der Nagra werde in erster Linie durch Bundesstellen erfolgen. Es werde geprüft,ob zusätzliche Experten, auch ausländische, zur Begutachtung von Spezialgebieten beizuziehen wären.

(1536) Die GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) wird 10 Jahre alt.

(1537) Der Chef des Ddpartement des travaux publics des Kantons Waadt in einem Brief an die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie): Die Meldung Nr. 1415 der Chronik (von der SVA aus dem Journal de Genve und der Gazette de Lausanne vom 15.6.1983 übärnommen, Red.) entspreche nicht den Tatsachen. Der (Waadtländer) Staatsrat habe sich weder bejahend noch verneinend hinsichtlich eines Lagers fürradioaktive Abfälle auf waadtländischem Gebiet ausgesprochen. (vgl. Nr. 1540 der Chronik.)

(1538) 17. November 1983: Die Kaiseraugst-Kommission des Nationalrats empfiehlt mit 18 zu 13 Stimmen dem Ratsplenum, die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zu bestätigen (vgl. Nr. 1302, 1249, 976 der Chronik). Sie gibt ihrer Meinung Ausdruck, das Plenum solle das Geschäft erst nach der Volksabstimmung über die hängigen Atom- und Energie-Initiativen behandeln (vgl. Nr. 1492 der Chronik).

(1539) 18. November: 1000 - 2000 Personen demonstrieren in Basel gegen den Kaiseraugst-Entscheid der NationalratsKommission. (vgl. Nr. 1538 der Chronik.)

(1540) Der Chef des Däpartement des travaux publics des Kantons Waadt vor der Presse: Der Waadtländer Staatsrat werde sich erst zum Nagra-Projekt einer Sondierbohrung im Bois de la Glaivaz äussern, wenn der Bundesrat zur Vernehmlassung eingeladen haben werde. Der Kanton wolle das Seine auf diesem Gebiet-tun, möchte aber nicht zum nuklearenKehrichtkübel der Schweiz werden. (vgl. Nr. 1537 der Chronik.)

(1541) 20. November: Der VSE (Verband Schwei-z. Elektrizitätswerke) in einer Pressemitteilung: Im Sommer-Halbjahr 1983 habe der Stromb edarf um 3,4 Prozent zugenommen, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

(1542) 21. Nover: Die SVA (Schweizerische Vereinigung . für Atomenergie) feiert mit einem Festakt ihr 25-jähriges Bestehen, bei dem der Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft darauf hinweist, dass die hängigen Atom- und Energie-Initiativen (vgl. Nr. 1492 der Chronik) für unsere Wirtschaft sehr gefährlich seien.

(1543) Beginn einer Tagung der SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) in Zürich-Oerlikon Zum Thema "Kostenentwicklung bei Kernkraftwerken und anderen stromerzeugenden Systemen".

(1544) Der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Interpellation aus dem Nationalrat: Die Frage eines allfälligen Truppeneinsatzes auf dem Gelände des geplanten Kernkraftwerks Kaiseraugst stelle sich heute nicht. Ob sie sich je stellen wird, könne heute niemand sagen. Der Einsatz von Truppen für den ordnungsdienst sei dann zulässig, wenn die zivilen Mittel der Kantone nicht ausreichten, um Störungen von Ruhe und Ordnung zu verhindern oder zu beheben.

(1545) Der Einwohnerrat von Reinach (BL) lehnt einen Vorstoss aus seiner Mitte ab, der einen Beitrag von Fr. 101000.-- an das InitiativkomiteeInitiative für die Atom (vgl. Nr. 1492 der Chronik) vorschlug.

(1546) 22. November: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einer Pressemitteilung: Die in Zürich-Oerlikon zu Ende gegangene internationale Konferenz über die "Kostenentwicklung bei Kernkraftwerken und anderen stromerzeugenden Systemen" habe gezeigt, dass der Atomstrom trotz gestiegener, vielfach politisch bedingter Sicherheitsinvestitionen wirtschaftlich und konkurrenzfähig bleibe.

(1547) 23. November: In einer Erklärung der Regierung von Basel-Land nimmt diese mit grosser Enttäuschung vom Entscheid der nationalrätlichen Kommission für die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst Kenntnis. Sie erwarte vom eidgenössischen Parlament, dass es keine übereilten Entscheide fälle.

(1548) 25. November: Die Gemeindeversammlung von Klingnau beschliesst mit grossem Mehr diskussionslos den Baukredit von 5,9 Mio Franken für das Ortsnetz der Refuna-Wärmeversorgung aus dem Kernkraftwerk Beznau. (vgl. Nr. 1512 der Chronik.)

(1549) 28. November: Der Bundesrat verabschiedet die Verordnung über den Notfallschutz in der Umgebung von Atomkraftwerken. Er passt im weiteren die Strahlenschutzverordnung dem neuen Unfallversicherungsgesetz an.

(1550) 29. November: Im Versorgungsgebiet der St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke AG hat im hydrologischen Jahr Oktober 1982/September 1983 der Stromkonsum gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent zugenommen.

(1551) 2. Dezember: Der Regierungsrat des Kantons Uri äussert sich gemäss einer Agenturmeldung zu einer Antwort des Bundesrats auf eine Interpellation (vgl. Nr. 1535 der Chronik): Der Oberbauenstock scheine als Standortgebiet für ein Endlager für radioaktive Abfälle der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in den Vordergrund zu rücken. Er verlangt, dass die Nagra nicht einfach gestutzt auf zufällig vorhandene geologische Vorkenntnisse eines einzigen Standorts den Machbarkeitsnachkeis erbringe. Er sichert einen Beitrag an ein geologisches Gutachten der Bürgerinitiative "Atommüll hiä niä" zu, das diese in Auftrag gegeben hat.

(1552) Bekanntwerden einer Pressemitteilung der Aves (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz), worin den Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Land vorgeworfen wird, sie wolle mit ihren angekündigten Standes-Initiativen das laufende Verfahren Für die Rahmenbewilligung des Kernkraftwerks Kaiseraugst weiter verzögern. (vgl. Nr. 1572 der Chronik.)

(1553) Die Gemeindeversammlung Niederrohrdorf beschliesst einen Kredit von Fr. 50'000.-- zur Beteiligung an der Erstellung eines Vorprojektes für das regionale Fernwärmenetz WAL, das mit Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau betrieben werden soll. (vgl. Nr. 1423 der Chronik.)

(1554) 3. Dezember: Die Sozialdemokratische Partei Graubünden lanciert eine kantonale Volksinitiative zur Schaffung eines Gesetzes gegen Atomanlagen und Müllagerstätten im Kanton. (vgl. Nr. 1329 der Chronik.)

(1555) 4. Dezember 1983: In einer Volksabstimmung im Kanton Luzern werden bei einer Stimmbeteiligung von 30,7 Prozent eine Änderung der Staatsverfassung betreffend Mitspracherecht des Volkes bei Vernehmlassungen des Kantons zuhanden des Bundes

zum Bau von Atomanlagen sowie eine Verfassungsinitiative "Für eine umweltfreundliche Energiepolitik" abgelehnt - mit 21'990 Ja zu 36'399 Nein resp. 23'982 Ja zu 341475 Nein.

(1556) In einer Volksabstimmung im Kanton Jura wird ein Gesetz über die Befragung der Kantonsbevölkerung bei Vernehmlassungen zuhanden des Bundes zum Bau von Atomanlagen bei einer Stimmbeteiligung von 22,3 Prozent mit 7919 zu 2349 Stimmen angenommen.

(1557) In der kantonalen Volksabstimmung sprechen sich die Stimmbürger des Kantons Bern mit 136'893 Ja gegen 941519 Nein zugunsten der Erweiterung des Zwischenlagers beim Kernkraftwerk Mühleberg aus. (vgl. Nr. 870, 721 der Chronik.)

(1558) 5. Dezember: Der Bundesrat setzt das neue Kernenergiehaftpflichtgesetz auf den 1.1.84 in Kraft, laut welchem in Zukunft die Inhaber von Atomanlagen unbeschränkt haften.

(1559) Der Bundesrat verabschiedet eine Verordnung über den Stillegungsfonds für Kernanlagen, der von einer vom Bundesrat ernannten Kommission aus Vertretern des Bundes und aussenstehenden Experten verwaltet wird.

(1560) 6. Dezember: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) orientiert die Regierung des Kantons Graubünden über die kurz vor dem Abschluss stehenden Vorbereitungen für die Einreichung beim Bund der Sondiergesuche für die Standortwahl des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. (vgl. Nr. 1329 der Chronik.)

(1561) 7. Dezember: Eine Versammlung von rund 200 Personen in Ollon fasst eine Resolution gegen die Sondierpläne der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle, (vgl. Nr. 1329 der Chronik), worin es unter anderem heisst: da die legalen Mittel, solche Aktivitäten zu verhindern, zu keinem Resultat geführt hätten, lehne die Versammlung jegliche Verantwortung für die Anwendung anderer Mittel durch unkontrollierbare Elemente ab.

(1562) Die Nagra teilt der Presse mit, die zweite Sondierbohrung (Kristal-2, Weiach) sei abgeschlossen, und bei Kristal-1 (Böttstein) sei die Testphase beendet worden, der jetzt eine vorläufig auf ein Jahr befristete Beobachtungsphase folge. Die Bohrung Kristal-3 (Riniken) sei bei 1618 m Tiefe angelangt, während bei Kristal-4 (Schafisheim) die Bohrarbeiten aufgenommen worden seien.

(1563) Die Gemeindeversammlung von Kaiseraugst beschliesst, wie für 19831 auch für 1984 einen Betrag von Fr. 35'ÖOO.-- zur Bekämpfung des Kernkraftwerks Kaiseraugst sowie weitere Fr. 501000.-- an einen Verein, der die Kampagne für die Atom- und Energie-Initiativen (vgl. Nr. 1027, 1293, 1396 der Chronik) unterstützen will. Mit dem ersten Beschluss ist die Verpflichtung verbunden, sich ebenso sehr gegen ein Kohlekraftwerk in Pratteln (vgl. Nr. 884, 885 der Chronik) zu wenden.

(1564) Die Gemeindeversammlung von Therwil bewilligt eine Beitrag von Fr. 151000.-- für die Unterstützung der Atom- und Energie-Initiativen (vgl. Nr. 1027, 1293, 1396 der Chronik).

(1565) 8. Dezember: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in einem Zeitungsinterview: Wenn das Parlament der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zustimmt, dann könne das Werk gebaut und betrieben werden, ohne dass dafür Gewalt eingesetzt werden müsse. Er verlasse sich darauf, dass die Bevölkerung auch in der Standortregion einen demokratisch zustandegekommenen Entscheid akzeptiere.

(1566) Im Versorgungsgebiet der NOK (Nordostschweiz. Kraftwerke) ist im November die Stromabgabe um 9,1 Prozent, im Oktober um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

(1567) 9. Dezember: Der Presse ist zu entnehmen, dass die Gemeindeversammlung von Rheinfelden Fr. 201000.-- für die Kampagne zur Unterstützung der Atominitiative (vgl. Nr. 1293 der Chronik) bewilligt hat.

(1568) 10. Dezember: Bekanntgabe des Zustandekommens einer kantonalen Volksinitiative im Kanton Uri „zur Wahrung unserer Volksrechte bei Atomanlagen“.

(1569) Im Radio DRS stellt der neu gewählte Bundesrat Otto Stich fest, er wurde das Kernkraftwerk Kaiseraugst einem Kohlekraftwerk vorziehen.

(1570) 12. Dezember: Der Bundesrat auf ein Postulat aus dem Nationalrat: Es seien jedenfalls Mitte der neunziger Jahre zusätzliche Kapazitäten in der Grössenordnung des Schweizer Anteils am Kernkraftwerk Kaiseraugst nötig, um eine 95-prozentige Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Eine zusätzliche Beurteilung der Bedarfsfrage durch die Eidg. Energiekommission sei auch durch neue Modellrechnungen der Uni Genf nicht gegeben, da auch diese jüngsten Perspektiven unsicher seien.

(1571) Auf eine Interpellation aus dem Nationalrat: Die Frage einer Verlängerung des Termins für das Projekt "Gewähr" der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) könne sich erst nach Vorliegen des von der Nagra auf Ende 1984 einzureichenden Berichtes stellen. Der Einsatz der Kerntechnologie, die grossen Nutzen bringe, erfordere auch die Bereitschaft, die sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Diese Einsicht sei in der Bevölkerung vorhanden. Lokaler Widerstand könne nicht für die Bewilligung vorbereitender Handlungen oder der Standortwahl eines Enlagers für radioaktive Abfälle entscheidend sein. Notfalls

werde der Bundesrat von seinem Enteignungsrecht Gebrauch machen. Die Kantone dürften Baubewilligungen an die Nagra nicht aus sachfremden Motiven verweigern (vgl. Nr. 1475, 1499 der Chronik).

(1572) 13. Dezember 1983: Die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land beschliessen, ihren Kantonsparlamenten eine Standesinitiative gegen den Bau des geplanten Kernkraftwerks Kaiseraugst vorzulegen. (vgl. Nr.1552 der Chronik.)

(1573) Gemäss Pressemitteilung des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) sei im November ein Stromimportüberschuss von 254 Mio kWh nötig gewesen, um trotz der Trockenheit und Kälte die Stromversorgung der Schweiz Zu gewährleisten. Dies trotz Vollastbetrieb der Kernkraftwerke, die mehr als 33 Prozent zum Bedarf beigetragen hätten.

(1574) Durch Fehlmanipulation beim Reinigen alter Tritium-Gasflaschen in Volketswil ist radioaktiver Wasserstoff (Tritium) von gegen 1000 Curie in die Umwelt ausgetreten. Dabei habe sich laut Eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität keine Gefährdung für die Bevölkerung ergeben. (vgl. Nr. der Chronik.)

(1575) Der Einwohnerrat (Legislative) von Binningen lehnt ein Postulat ab, mit dem ein Beitrag von Fr. 15'000.-- an eine Broschüre über Umweltschutz und Atomkraftwerke verlangt wurde.

(1576) 15. Dezember: Bekanntwerden eines Briefes der Wasserwerke Zug (WWZ), in der die mit einer Motion im Zuger Stadtrat vorgebrachte Kritik zurückgewiesen wird: es sei ihr Recht, im Hinblick auf die kommenden Abstimmungen. über die Problematik der Kernkraft zu informieren (auch mittels der Zeitschrift "Die Elektrizität") und damit zur freien Meinungsbildung beizutragen. Die von den WWZ gelieferte Energie stamme zu 40 Prozent aus Kernkraftwerken. "Zur Gewährung einer vernünftigen Energiepolitik und mit Rücksicht auf die Umwelt setzen wir uns, deshalb voll für die weitere sinnvolle Nutzung der Kernenergie ein", heisst es im Brief der WWZ.

(1577) Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement erteilt den Bernischen Kraftwerken AG die Bewilligung für die Erweiterung des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle beim Kernkraftwerk Mühleberg. (vgl. Nr. 1557 der Chronik.)

(1578) Die Centralschweizerischen Kraftwerke geben bekannt, dass sich in den Monaten Oktober und November die Abgabe von Strom gegenüber den gleichen Vorjahresmonaten um 11,2 Prozent erhöht habe. Damit ergebe sich in den ersten 11 Monaten 1983 eine Erhöhung um 3,1 Prozent gegenüber 1982.

(1579) 16. Dezember: Die Gemeindeversammlung von Würenlingen bewilligt einen Kredit von Fr 7,4 Mio für den Bau des Ortsnetzes der Refuna-Fernwärmeversorgung mit Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau; (vgl. Nr. 1353 der Chronik).

(1580) Die Gemeindeversammlung von Gelterkinden lehnt mit Stichentscheid des Präsidenten einen Kredit von Fr. 10'000.-- ab, der dem Initiativkomitee der Atom-Initiative (vgl. Nr. 1293 der Chronik) zukommen sollte.

(1581) Im Kanton Solothurn hat im November der Stromkonsum um gegen 10 Prozent im Vergleich zum gleichen Monat des Jahres 1982 zugenommen.

(1582) Bekanntwerden der Genehmigung eines Kredits von Fr. 101000.-- durch die Gemeindeversammlung von Arlesheim für eine sachliche Unterstützung der Atominitiative (vgl. Nr. 1293 der Chronik).

(1583) 17. Dezember: Die Schweizerische Stiftung für Landschaftschutz unterstütze eine Motion aus dem Nationalrat, die einen dringlichen Bundesbeschluss gegen den Endausbau der Wasserkraft verlangte Die Stiftung anerkenne auch, dass nach Leibstadt ein weiteres Kernkraftwerk nötig werden kann, wenn die anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, und dass die gefährliche Verbrennung fossiler Brennstoffe nur mit zusätzlichem elektrischem Strom auf das nötige Minimum gesenkt werden kann.

(1584) 19. Dezember: Der Bundesrat beschliesst die Beteiligung an der regionalen Fernwärmeversorgung Refuna mit 1 Mio Franken, wovon die Hälfte aus Sachleistungen des Eidg. Instituts für Reaktorforschung besteht. (vgl. Nr. 1353, der Chronik.)

(1585) 21. Dezember: Die Bürgerinitiative Gruppo Pian Grand deponiert im Bundeshaus eine Petition mit 51300 Unterschriften, mit der sie sich gegen die Sondierpläne der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Piz Pian Grand wendet. (vgl. Nr. 1329 der Chronik.)

(1586) 21. Dezember: Gründung der Refuna AG mit Sitz in Böttstein. (vgl. Nr. 1353, 1529, 1583 der Chronik.) Es gehören ihr acht Aargauer Gemeinden und 42 weitere Partner an.

(1587) 22. Dezember: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einer Pressemitteilung: Sie reiche heute beim Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement die Gesuche für die Bewilligung von Untersuchungen am Bois de la Glaive, Oberbauenstock und Piz Pian Grand ein, mit denen die Standorteignung für Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle abgeklärt werden sollen. (vgl. Nr. 1329 der Chronik.)

(1588) 23. Dezember 1983: Erstmals in der Geschichte der Atomenergie sind in der Nähe von München hochradioaktive Abfallprodukte aus Leistungsreaktoren für die Hygienisierung von Klärschlamm eingesetzt worden. Die Cäsium-137 Strahlenquellen ersetzen die bisher in der von der Firma Sulzer, Winterthur, gebauten Anlage die verwendeten Kobalt-60-Quellen.

(1589) 24. Dezember: Der Presse ist zu entnehmen, dass die Gemeindeversammlung von Rheinfelden einen Betrag von Fr. 201000.-- zur Unterstützung der Atominitiative-2 bewilligt hat.

(1590) 27. Dezember: In der Presse wird von einer Studie des NEFF (Nationaler Energie-Forschungs-Fonds) berichtet, wonach im Boden des Churer Rheintals ein nutzbares Energiepotential liege, das bis zu 40 Prozent des regionalen Warmebedarfs decken könnte. Mit Wärmepumpen liessen sich jährlich 23'000 Tonnen Öl sparen, bei einem zusätzlichen Strombedarf von 20 Prozent.

(1591) 28. Dezember: In einem Gespräch mit einer Presseagentur bemerkt der Bundespräsident für 1984, er glaube, das Kernkraftwerk Kaiseraugst könne ohne eigentliche staatspolitische Zerreissprobe und ohne Gewaltanwendung gebaut werden, wenn die hängigen Atom- und Energie-Initiativen vom Volk abgelehnt werden und das Parlament die Rahmenbewilligung für das Werk bestätige.

(1592) 29. Dezember: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einem Pressecommuniqu6: Eine eben veröffentlichte Studie der OECD-Kernenergieagentur (NEA) belege, dass nicht nur in der Schweiz, wo Kohlekraftwerke besonders teuer zu stehen kämen, sondern in ganz Westeuropa und in Japan die Kernkraftwerke auch in Zukunft wesentlich kostengünstigeren Strom produzieren wurden als Kohlekraftwerke.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1984 (Ulrich Beck)

(1593) 4. Januar: Das Kernkraftwerk Mühleberg meldet eine in seinem elften Betriebsjahr erreichte Rekord-Jahresproduktion von 2691 Millionen Kilowattstunden, bei einer Arbeitsauslastung von 90 Prozent.

(1594) 5. Januar: Die CVP (Christlich-demokratische Volkspartei) des Kantons Basel-Stadt spricht sich in einer Parteiversammlung mit 86 Ja- gegen 11 resp. 5 Nein-Stimmen für die eidgenössische Atom- resp. Energie-Initiative aus. (vgl. Nr. 1492 der Chronik.)

(1595) 6. Januar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) teilt mit, sie werde im Jahre 1984 rund 90 Mio Franken für ihre Arbeiten aufwenden.

(1596) 10. Januar: Gründung einer Aktion für vernünftige Energiepolitik in Zug (AVE Zug).

(1597) Anlässlich der Präsentation des Jahresabschlusses des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (EWZ) wird mitgeteilt, die Stadt habe in den letzten sechs Jahren durchschnittlich 2,7 Prozent mehr Strom im Jahr verbraucht.

(1598) 12. Januar: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) teilen mit, in ihrem Versorgungsgebiet seien im 4. Quartal 1983 7,6 Prozent mehr Strom als in der gleichen Zeit des Vorjahres verbraucht worden.

(1599) Der Landrat des Kantons Baselland stimmt dem Einreichen einer Standesinitiative gegen den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst bei den eidgenössischen Räten zu. (vgl. Nr. 1572 der Chronik.)

(1600) 17. Januar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) informiert Vertreter aller Nordwestschweizer Kantone und Gemeinden über den Stand und die bisherigen Ergebnisse ihrer Forschungstätigkeit in diesem Gebiet. (vgl. Nr. 1562 der Chronik.)

(1601) 18. Januar: Beginn einer zweitägigen Informationstagung des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) in Winterthur. Dabei wird u.a. festgestellt, die Substitution von Erdöl und die Bemühungen um die Senkung der Umweltbelastung führten automatisch zu vermehrter Strombedarf, so dass der Bau der Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben nötig sei.

(1602) Der VSE (verband Schweiz. Elektrizitätswerke) in einer Pressemitteilung: Der schweizerische Stromverbrauch habe im Dezember mit 3600 Mio Kilowattstunden die Inlandproduktion um rund 500 Mio Kilowattstunden überstiegen, so dass ein entsprechender Stromimportüberschuss, d.h. etwa ein Siebtel des Landesverbrauchs, zur Deckung nötig gewesen sei.

(1603) Die SVA (schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einem Pressecommuniqué: 1983 habe die Atomstromproduktion in der Schweiz um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die Schweiz habe 1983 mit einer durchschnittlichen Arbeitsausnutzung aller Kernkraftwerke von 87 Prozent an der Spitze aller Länder gelegen.

(1604) Die Deutsch-Schweizerische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen stellt in Leibstadt ihren Sicherheitsbericht zum Kernkraftwerk Leibstadt vor.

(1605) 19. Januar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt einen umfangreichen Technischen Bericht heraus, in dem sie erläutert, warum Bois de la Glaivaz, Oberbauenstock und Piz Pian Grand als mögliche Standorte des schweizerischen Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Vordergrund stehen. (vgl. Nr. 1587 der Chronik.)

(1606) Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt beschliesst mit 100 zu null Stimmen die Einreichung einer Standesinitiative für den Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst bei den Eidgenössischen Räten. (vgl. Nr. 1599 der Chronik.)

(1607) Das älteste Kernkraftwerk der Schweiz, Beznau I, feiert die 100t000ste Betriebsstunde. Während 14,5 Jahren wurden dabei 34,5 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert.

(1608) 20. Januar 1984: Der Verein zur Unterstützung der Kernenergie in der Schweiz "Kettenreaktion" fordert in einer Pressemitteilung den Nationalrat auf, die Standesinitiativen von Baselland und Basel-Stadt gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst abzulehnen. (vgl. Nr. 1599, 1606 der Chronik.)

(1609) Das Secrétariat romand de l'initiative antinucléaire stellt an einer Pressekonferenz in Lausanne eine Broschüre vor, mit der für die eidg. Atom- resp. Energie-Initiative geworben wird.

(1610) 23. Januar: Veröffentlichung im Bundesblatt der Gesuche der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) für Sondierbohrungen von Bois de la Glaivaz, Oberbauenstock und Piz Pian Grand, womit eine zweimonatige Einsprachefrist zu laufen beginnt. (vgl. Nr. 1587 der Chronik.)

(1611) 24. Januar: Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug lehnt es ab, bei den WWZ (Wasserwerke Zug AG) wegen der Gestaltung der auch von den WWZ verteilten Zeitschrift "Elektrizität" einzugreifen, wie dies eine Motion verlangt hatte. (vgl. Nr. 1576 der Chronik.)

(1612) 25. Januar: Veröffentlichung des 26. Berichtes der KUeR (Kommission für Überwachung der Radioaktivität) vom 15.3.84. Danach sind im Berichtsjahr 1982 weder in der Luft, noch in Lebensmitteln oder im Trinkwasser unzulässig hohe Strahlenbelastungen festgestellt worden? und die Grenzwerte bei Abgaben radioaktiver Stoffe aus Kernkraftwerken wurden weit unterschritten.

(1613) 26. Januar: Laut einer Pressemitteilung des Kernkraftwerks Gösgen hat dieses 1983 einen neuen Produktionsrekord mit 6,8 Milliarden Kilowattstunden erreicht, was 17 Prozent des gesamten Landesverbrauchs an Elektrizität entspricht.

(1614) Laut Presseberichten werden Euratom (Europäische Atomgemeinschaft) und Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ein Kooperationsabkommen über die Entsorgung radioaktiver Abfälle unterzeichnen.

(1615) 27. Januar: Das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) veröffentlicht einen Bericht an die nationalrätliche Kommission für die Vorberatung von Atom- und Energie-Initiative, der zum Schluss kommt, das Kernkraftwerk Kaiseraugst werde nötig sein.

(1616) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einer Pressemitteilung: Etwa Mitte Februar könne sie mit der fünften Sondierbohrung, in Kaisten, beginnen. Um Ende Januar werde eine fünfte grossräumige geophysikalische Messkampagne über die geologische Situation zwischen den einzelnen Nagra-Bohrstellen in der Nordschweiz abgeschlossen, die der Erkundung von geeigneten Standorten für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle dienen. (vgl. Nr. 1562 der Chronik.)

(1617) Der Gemeinderat von Dornach beschliesst gemäss Presseberichten, einen Betrag von Fr. 51000.-- an das Initiativkomitee für die eidg. Atom-Initiative auszurichten.

(1618) 31. Januar: Nach einem Pressebericht hat der australische Handels - und Industrieminister anlässlich eines Besuchs beim Bundesrat in Bern bestätigt, Australien werde die am 18. Februar 1983 abgeschlossene Übereinkunft mit der Schweiz über australische Uranlieferungen - die nach einem Regierungswechsel in Australien nie in Kraft getreten war - wohlwollend überprüfen.

(1619) In Rom wird eine parlamentarische Anfrage italienischer Abgeordneter veröffentlicht, in welcher sie ihrer Sorge Ausdruck geben, die Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle im Misox (Piz Pian Grand, vgl. Nr. 1610 der Chronik) bedeute eine Gefahr für italienische Gebiete.

(1620) 1. Februar: Bekanntwerden der Gründung einer Aktion für vernünftige Energiepolitik AVE Graubünden.

(1621) Veröffentlichung eines Zwischenberichts der Begleitenden Kommission der Kantone Basel-Stadt und Baselland für die Studie eines Kohle/Gas-Heizkraftwerks in Pratteln. Danach sei die technische Machbarkeit gegeben, doch sei noch offen, ob auch von umweltpolitischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus eine Empfehlung für das Projekt gegeben werde könne. (vgl. Nr. 1292 der Chronik.)

(1622) 2. Februar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) orientiert an einem Pressegespräch in Altdorf über die vorgesehene Sondierbohrung am Oberbauenstock. (vgl. Nr. 1610, 1358 der Chronik.)

(1623) In einem Presse-Communique hält die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) fest, die Kernenergie sei entgegen in letzter Zeit verbreiteten Behauptungen in der Schweiz konkurrenzfähig und wie in ganz Europa billiger als Strom aus Kohle- oder Ölkraftwerken.

(1624) 8. Februar 1984: Gemäss Presseberichten hat in den Kantonen Genf, Waadt und Freiburg der Stromkonsum im Jahre 1983 gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozent zugenommen.

(1625) Anlässlich einer Pressekonferenz der Refuna AG, Böttstein, wird bekanntgegeben, dass seit dem 15. November 1983 (vgl. Nr. 1530 der Chronik) vom Kernkraftwerk Beznau rund 5 Millionen Kilowattstunden Fernwärme zur Wärmeversorgung von EIR und SIN abgegeben worden sind, was ungefähr 520'000 Liter Heizöl entspricht.

(1626) Regierungsrat W. Spitteler von Baselland erklärt in einem Presseinterview, er habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Möglichkeit der Verwendung von Tachyonen-Energie als Energiequelle zu befassen habe.

(1627) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) orientiert an einem Pressegespräch in Rivera über die vorgesehene Sondierbohrung am Piz Pian Grand. (vgl. Nr. 1610, 1364 der Chronik.)

(1628) Gemäss einem Zeitungsbericht erklärte der Präsident der SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) in einem Interview zum Thema Kaiseraugst, wenn dieses Kernkraftwerk gebaut werden sollte, befürworte die SPS das Recht auf Widerstand; zumindest die Sozialdemokraten aus der betreffenden Region wären dabei, wenn das Widerstandsrecht in die Tat umgesetzt werden müsste.

(1629) 9. Februar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) orientiert an einem Pressegespräch in Chur über die vorgesehene Sondierbohrung am Piz Pian Grand. (vgl. Nr. 1610 der Chronik.)

(1630) WWF (World Wildlife Fund) Schweiz, SES (Schweiz. Energie-Stiftung) und weitere Umweltschutzorganisationen wenden sich an einer Pressekonferenz in Lausanne gegen das Projekt einer Höchstspannungsleitung zwischen Mühleberg und 7erbois, das sie als überdimensioniert und unzweckmässig bezeichnen. Die EOS (SA l'Energie de 1'Ouest Suisse, Lausanne) weist diese Vorwürfe zurück, die einer seriösen Prüfung nicht standhielten. Die Opposition gefährde die Stromversorgung der Westschweizer.

(1631) Einweihung des Neutronengenerators "Lotus" am Institut de génie atomique der Eidg. Technischen Hochschule in Lausanne, mittels welchem Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung von Kernspaltung und Kernfusion zur Energieproduktion studiert werden sollen.

(1632) 11. Februar: Bekanntwerden der GrÜndung eines Komitees für die eidg. Atom- resp. Energie-Initiative im Kanton Graubünden.

(1633) 13. Februar: Das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) teilt mit, der Stromverbrauch in der Schweiz sei 1983 um 3,4 Prozent höher gewesen als 1982. Der Anteil der Kernkraftwerke an der Stromproduktion habe sich auf 28,6 Prozent belaufen. Im Durchschnitt habe in den letzten sieben Jahren die jährliche Verbrauchszunahme ebenfalls 3,4 Prozent betragen.

(1634) 15. Februar: Das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) erteilt dem Kernkraftwerk Leibstadt die Bewilligung für Inbetriebnahme und Betrieb. Sämtliche dagegen erfolgten 208 Einsprachen seien abgelehnt worden. Es läuft nun eine gesetzliche Beschwerdefrist von 30 Tagen.

(1635) Der Regierungsrat des Kantons Zürich bewilligt einen Planungskredit von Fr. 150'000.-- zum allfälligen Anschluss der Agglomeration Zürich an das Fernwärmenetz "Transwaal", das Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau nutzen würde. (vgl. Nr. 1553, 209 der Chronik.)

(1636) 17. Februar: Der US-Senator und Präsidentschaftskandidat John Glenn empfiehlt der US-Regierung, die Genehmigung für die Lieferung von 200 kg Plutonium an die Schweiz zu verweigern, weil sie in der Vergangenheit unkluge Nukleartransfers gemacht habe. (VQ1. z.B. Nr. 1113 der Chronik sowie Schwerwasseranlage-Vertrag mit Argentinien vom 14.3.1980).

(1637) 20. Februar: Bundesrat Otto Stich in einem zeitungsinterview: Er sehe nicht, wie man, wenn man Kernkraftwerke ablehnt, mit Bezug auf Umweltpolitik und Energiepolitik für Kohlekraftwerke eintreten könne.

(1638) Der Presse ist zu entnehmen, dass anlässlich der ersten Generalversammlung der AVF.S, Region Basel, (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) als Hauptzweck der Aktion die Bekämpfung der Eidg. Atom- resp. Energie-Initiative bezeichnet wurde.

(1639) 21. Februar: Beginn des Beladens des Reaktors des Kernkraftwerks Leibstadt mit dem Uran-Brennstoff.

(1640) Der Bundesrat veröffentlicht eine revidierte Verordnung über Begriffsbestimmungen im Gebiete der Atomenergie vom 18.1.1984, die am 1. März 1984 in Kraft tritt.

(1641) Der Präsident der Eidg. Energiekommission lehnt anlässlich eines Vortrags in Zürich die Atom-Initiative ab, weil man sich nicht darauf festlegen könne, auf den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke zu verzichten, und ein Ausweichen auf Kohleverstromung ökologisch unerwünscht sei.

(1642) 23. Februar 1984: Aus der Presse ist zu entnehmen, dass BBC, Baden, von Kernkraftwerken in den USA einen Auftrag von 100 Millionen Franken erhalten habe, wobei es sich um Installationen im Niederdruck-Turbinenteil handle.

(1643) Die Bündner Regierung im Zusammenhang mit einem Postulat aus dem Grossen Rat betreffend die geplanten Sondierbohrungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle): Der Standpunkt der direkt Betroffenen könne überzeugend und erfolgreich gegenüber den Bundesbehörden nur mit sachlichen, hieb- und stichfesten Argumenten vertreten werden. (vgl. Nr. 1106, 1101 der Chronik.)

(1644) 24. Februar: Die zuständige Kommission des Nationalrats empfiehlt dem Ratsplenum mit 17 : 10 Stimmen, die eidg. Volksinitiativen "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" ohne Gegenvorschlag abzulehnen, entsprechend dem Antrag des Bundesrates. (vgl. Nr. 1492 der Chronik.)

(1645) 28. Februar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) teilt mit, die Sondierbohrung in Schafisheim habe 1290 m erreicht, während die fünfte Bohrung, in Kaisten, rund 130 m tief vorangekommen sei. In der ersten Märzhälfte soll der sechste Bohrplatz, Leuggern, hergerichtet werden. (vgl. Nr. 1616 der Chronik.)

(1646) Die Aargauer Regierung vor dem Grossen Rat: Sie lehne nach wie vor ein Kohlekraftwerk in Pratteln ab. Allfällige Emissionen müssten ebenso streng beurteilt werden wie bei einem Kernkraftwerk. Sie werde sich aktiv dagegen einsetzen, wenn das Projekt aktuell würde.

(1647) 1. März: Im Zusammenhang mit dem Tritium-Zwischenfall vom 13.12.1983 in Volketswil (vgl. Nr. 1574 der Chronik) veröffentlicht der Regierungsrat des Kantons Zürich eine Stellungnahme, in der er die Verspätung in der Information bedauert.

(1648) 5. März: An der Jahres-Pressekonferenz der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG, Baden) wird festgestellt, mit Hilfe des Kernkraftwerks Leibstadt, das 1984 in Betrieb geht, werde es bis 1987 möglich sein, den jährlichen Bedarfszuwachs in den Winterhalbjahren von 3 bis 3,7 Prozent zu decken, nachher sei bis 1995/96 - dem rohesten Inbetriebnahmedatum für die Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben - mit einer zunehmenden Versorgungslücke zu rechnen.

(1649) Das EWB (Elektrizitätswerk der Stadt Bern) meldet eine Zunahme des Stromverbrauchs in ihrem Versorgungsgebiet von 3 Prozent im Jahr 1983 gegenüber dem Vorjahr.

(1650) Gründung eines Komitees für die Unterstützung der eidg. Atom- resp. Energie-Initiative in Freiburg.

(1651) 7. März: Beginn der Versuchs- und Testphase im Kernkraftwerk Leibstadt.

(1652) 9. März: Im Kernkraftwerk Leibstadt erfolgt die erste sich selbst erhaltende Kettenreaktion.

(1653) Gründung eines Aktionskomitees Ja zur Atom- und Energie-Initiative in Luzern.

(1654) 10. März: Der Presse ist zu entnehmen, dass der Gemeinderat von Niedergösgen den Entscheid der Gemeinde-Baukommission gestützt hat, für die Sondierbohrung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) auf dem Gemeindegebiet die Bewilligung zu erteilen.

(1655) 12. März: Der Bundesrat auf eine Anfrage aus dem Nationalrat: Am 24. Januar 1984 habe auf Ersuchen chinesischer Instanzen in Bern ein Gespräch über eine Zusammenarbeit zwischen China und der Schweiz auf dem Gebiete der nuklearen Entsorgung stattgefunden, die sich z.B. auf die Übernahme gebrauchter Brennelemente, deren Wiederaufarbeitung und die Endlagerung der Abfälle in China beziehen könnte.

(1656) 12. März: Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in einer Fragestunde im Nationalrat: Es seien bei der Dokumentierung der zuständigen Kommission für die Atom- resp. Energie-Initiative keine Dokumente verheimlicht worden. (vgl. Nr. 1615 der Chronik.)

(1657) Der Presse ist zu entnehmen, dass die Provinz Novara (I) beschlossen habe, gegen das Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) für Sondierbohrungen am Piz Pian Grand (vgl. Nr. 1610 der Chronik) bei den Bundesbehörden formell Einsprache zu erheben.

(1658) 14. März: Die Presse entnimmt dem Jahresbericht der EOS (S.A. l'Energie de 1'Ouest-Suisse, Lausanne), dass im EOS-Versorgungsgebiet der Stromverbrauch im hydrologischen Jahr Oktober 1982/September 1983 um 3,7 Prozent zugenommen habe (vgl. Nr. 1624 der Chronik.)

(1659) 19. März: Der Bundesrat auf eine Frage aus dem Nationalrat: Er schliesse nicht aus, dass der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) eine Fristerstreckung über 1985 hinaus für den Nachweis der Gewähr für eine sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeräumt werden müsse (vgl. Nr. 1571 der Chronik.)

(1660) 20. März 1984: Präsidenten von Gemeinden in der Provinz Novara (I) sprechen sich dafür aus, an den schweizerischen Bundesrat eine Einsprache gegen das Projekt der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), am Piz Pian Grand Sondierbohrungen vorzunehmen, zu richten. (vgl. Nr. 1619, 1657 der Chronik.)

(1661) 21. März: Nach einer Agenturmeldung seien gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Leibstadt nach Ablauf der Beschwerdefrist bei den zuständigen Behörden einige Beschwerden eingegangen. (vgl. Nr. 1634 der Chronik.)

(1662) Start in Kaiseraugst der sog. Tour de Ja, mit der mittels eines von einem Land Rover gezogenen Wohnwagens im Rahmen des Abstimmungskampfes für die Atom- resp. Energie-Initiative geworben werden soll.

(1663) 22. März: Pressekonferenz der EOS (S.A. l'Energie de l'Ouest-Suisse, Lausanne), anlässlich welcher die Gesellschaft u.a. die Notwendigkeit des Baues der Höchstspannungsleitung Galmiz - Verbois darlegt und die Wichtigkeit des Weiterverfolgens des Projekts Kernkraftwerk Verbois bekräftigt. (vgl. Nr. 1630 der Chronik.)

(1664) Podiumsgespräch des Energieforums Schweiz in Bern zum Thema der Substitution von Erdöl durch Fernwärme aus Kernkraftwerken. Nach dem Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft könnten mit der Realisierung aller bestehenden Fernwärmeprojekte jährlich fünf bis sieben Prozent des jährlichen Heiz81bedarfs ersetzt werden, wobei der Wirkungsgrad der nuklearen oder konventionellen Kraftwerke verdoppelt werden könnte.

(1665) Der Einwohnerrat Allschwil lehnt mit 23 zu 11 Stimmen eine Motion ab, die verlangte, die Gemeinde solle einen Beitrag an das Komitee für die eidg. Atom- resp. Energie-Initiative beschliessen.

(1666) 25. März: Ablehnung eines neuen kantonalen Energiegesetzes anlässlich der Volksabstimmung im Kanton Aargau mit 19'595 Nein gegen ll'915 Ja, bei 11,2 Prozent Stimmbeteiligung.

(1667) Die GPS (Föderation der Grünen Parteien der Schweiz) beschliesst an ihrer Delegiertenversammlung in Fällanden, sich in den nächsten Monaten hauptsächlich für die eidg. Atom- resp. Energie-Initiative einzusetzen.

(1668) 26. März: Die Erdöl-Vereinigung und die SES (Schweizerische Energie-Stiftung) wenden sich in Presseerklärungen gegen die Pläne einer verstärkten Nutzung der Kernenergie für die Fernwärmeversorgung. (vgl. Nr. 1664 der Chronik.)

(1669) Der Präsident des NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) anlässlich der Generalversammlung des NWA: Die noch verbleibende kurze Zeit bis zur Abstimmung über die Atom- resp. Energie-Initiative müsse optimal genutzt werden; es handle sich voraussichtlich um den letzten grossen Kampf gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke.

(1670) Im Kanton Solothurn ist der Stromverbrauch im Januar/Februar 1984 gegenüber den gleichen Monaten im Vorjahr um rund 9 Prozent gestiegen, wie die Presse berichtet.

(1671) 27. März: Gegner der Sondierbohrungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) im Bois de la Glaivaz, Oberbauenstock und Piz Pian Grand an einer Pressekonferenz in Bern: Das Risiko eines Endlagers für radioaktive Abfälle sei auch nicht annähernd abzuschätzen, weshalb Sondierbohrungen zu verweigern seien.

(1672) 28. März: Der Bundesrat auf eine Anfrage aus dem Nationalrat: Es sei praktisch ausgeschlossen für Terroristen, aus dem Plutonium im EIR (Eidg. Institut Für Reaktorforschung, Würenlingen) einen Atomsprengkörper herzustellen.

(1673) Gründung der Association fribourgeoise pour l'énergie, die sich vorerst vor allem dem Kampf gegen Atom- und Energie-Initiative widmen will.

(1674) 29. März: Der Gemeinderat (Legislative) von Dietikon (ZE) beschliesst einen Kredit von Fr. 4401000.-- an die Vorprojektkosten für das regionale Fernwärmenetz Transwaal, das u.a. mit Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau betrieben werden soll. (vgl. Nr. 1635 der Chronik.)

(1675) Laut Presseberichten haben vom 26. - 29. März in Bern zwischen Vertretern der schweizerischen und der kanadischen Regierung Gespräche über den seit 1977 von Kanada gegenüber der Schweiz verhängten Boykott für Uranlieferungen stattgefunden (vgl. Nr. 828 der Chronik). Verhandlungen zur Aufhebung des Boykotts seien noch nicht in Sicht.

(1676) Nach einem Presse-Communiqué der SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) belegte die Schweiz 1983 von allen Ländern ausserhalb des Ostblocks mit einem Atomstromanteil von rund 29 Prozent hinter Frankreich (48 Prozent), Belgien (44), Finnland (42), Taiwan (40) und Schweden (37) den sechsten Platz.

(1677) 30. März: In einer Resolution fordert das Initiativkomitee für die Atom- und Energie-Initiative Region Bern, es sei auf Fernheizung für die Stadt Bern aus dem Kernkraftwerk Mühleberg zu verzichten.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1984 (Ulrich Beck)

(1678) 2. April 1984: Nach Pressemitteilungen äusserten sich die Ammänner der Region des Kernkraftwerks Gösgen und Vertreter der Städte Aarau und Olten, ermutigt durch die guten Erfahrungen mit Refuna (vgl. Nr. 1586 der Chronik), positiv zu einem Wärmeverbundnetz im solothurnischen Niederamt mit Einschluss der zwei genannten Städte.

(1679) An einer Veranstaltung des Vereins zu Unterstützung der Kernenergie "Kettenreaktion" spricht in Bern der bekannte Kernenergiewissenschafter Alvin M. Weinberg (Oak-Ridge-Universität, USA) über Erfolge, Misserfolge und Aussichten der Kernenergie, wobei er sich sehr anerkennend über die Zuverlässigkeit der schweizerischen Kernkraftwerke äussert. (Der Vortrag wird in Zürich, Luzern und St. Gallen wiederholt.)

(1680) 3. April: An der Generalversammlung der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG wird bekanntgegeben, das Werk habe im abgelaufenen Geschäftsjahr dank reibungslosem Betrieb eine Rekordstromproduktion von 6,9 Mia Kilowattstunden erzielt, d.h. 0,5 Mia mehr als im Vorjahr, woraus sich ein Gestehungspreis von 6,6 Rp. pro Kilowattstunde ergebe.

(1681) 5. April: An einem Pressegespräch teilt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mit, ihre bisherigen Untersuchungen hätten keine Ergebnisse gebracht, welche die grundsätzliche Machbarkeit der sicheren Endlagerung stark radioaktiver Abfälle in Untergrundgesteinen in Frage stellten. Sie werde ihren Bericht zum Projekt "Gewähr" (Nachweis der sicheren Entsorgung) ohne Verspätung an die zuständigen Bundesbehörden abliefern. (vgl. Nr. 1659 der Chronik.)

(1682) Der Stadtrat (Legislative) von Luzern lehnt ein Postulat ab, mit dem er zur Opposition gegen die geplanten Sondierarbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) im urnerischen Bauen hätte verpflichtet werden sollen. (vgl. Nr. 1610 der Chronik.)

(1683) 6. April: Die Presse berichtet, neben elf privaten Einsprechem habe nebst der Gemeinde Bauen auch die Regierung des Kantons Uri Einsprache gegen das Nagra-Projekt in Bauen erhoben. (vgl. Nr. 1682 der Chronik.)

(1684) Die SES (Schweiz. Energiestiftung) behauptet laut Presseberichten, das Projekt "Gewähr" der Nagra sei gescheitert.

(1685) 9. April: Gründung eines Verbandes schweizerischer Fernwärmeerzeuger und -verteilen (VSF) mit Sitz und Sekretariat in Basel.

(1686) 10. April: An der Bilanz-Pressekonferenz der BKW (Bernische Kraftwerke AG) wird eine Steigerung des Stromverbrauchs in ihrem Gebiet im Geschäftsjahr 1983 um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr bekanntgegeben. Für das Projekt Kernkraftwerk Graben seien bisher 465 Mio Franken aufgewendet worden.

(1687) An einer Pressekonferenz teilt das EWZ (Elektrizitätswerk der Stadt Zürich) mit, im Winterhalbjahr Oktober 1983 - März 1984 sei der Stromverbrauch in seinem Netz um 4,3 Prozent gegenüber Winter 1982/83 gestiegen.

(1688) Bei Ablauf der Beschwerdefristen sind beim EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) gegen die Sondiergesuche der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) 21 Einsprachen zum Projekt Oberbauenstock, 808 zu Bois de la Glaive und 2015 zu Piz Pian Grand eingegangen, ein Grossteil davon nach vorbereitetem Muster. (vgl. Nr. 1587 der Chronik.)

(1689) Das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) teilt mit, es bestehe nach den Resultaten einer Untersuchung der EMPA (Eidg. Materialprüfungs- und Versuchsanstalt) kein erhöhtes Gesundheitsrisiko durch Asbest in Kühltürmen.

(1690) Die GPS (Föderation der Grünen Parteien der Schweiz) fordert laut Presseberichten in einem offenen Brief an den Bundesrat eine Verlängerung der Frist, bis zu der die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) den Nachweis der sicheren Endlagerung einzureichen habe.

(1691) 12. April: Vertreter des Komitees für die Atom- und Energie-Initiativen (vgl. Nr. 1027 der Chronik) äussern an einer Pressekonferenz in Zürich die Ansicht, Fernwärme aus Atomkraftwerken könne die Wälder nicht retten.

(1692) Die Regierung von Basel-Stadt auf eine Interpellation aus dem Grossen Rat: Die Waldschäden im Kanton durften kaum massgebend von radioaktiven Substanzen verursacht sein.

(1693). Wie die Presse meldet, ist im Versorgungsgebiet der NOK (Nordostschweiz. Kraftwerke) der Stromverbrauch während des Winterhalbjahres 1983/84 gegenüber Oktober bis März 1982/83 um 9,6 Prozent gestiegen.

(1694) 13. April: Wie die CK7 (Centralschweiz. Kraftwerke) anlässlich einer kürzlich durchgeführten Pressefahrt mitteilten, war der Stromverbrauch im Versorgungsgebiet der CKW im Winterhalbjahr 1983/84 um mehr als 10 Prozent höher als in der gleichen Periode 1982/83.

(1695) 16. April: Die AFV (Aktion für Freiheit und Verantwortung) kritisiert in einem Presse-Communique die Gegner der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), denen es nicht um die Sicherheit oder verbesserte Wissenschaftlichkeit gehe.
(1696) 17. April 1984: Presseorientierung über das Fernwärme-Projekt WAL (für Gemeinden im aargauischen Aare- und Limmattal), das Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau beziehen soll: Nach den heutigen Terminzielen könnte die Region Baden ab 1990 versorgt werden.

(1697) Gemäss Mitteilung des EJPD (Eidg. Justiz- und Polizeidepartement) ist den Beschwerden gegen die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Leibstadt keine aufschiebende Wirkung zuerkannt worden. (vgl. Nr. 1634 der Chronik.)

(1698) 19. April: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einem Presse-Communique: In Leuggern (Aargau) sei in der 1. Hälfte März mit der Herrichtung des Werkplatzes für die sechste Tiefbohrung in der Nordschweiz begonnen worden. Mitte März habe die Bohrung Schafisheim in 1486 m Tiefe das Grundgebirge aus Granit erreicht, während diejenige von Kaisten in 700 m Tiefe angelangt sei und sich 400 m tief im Gneis befinde. (vgl. Nr. 1645 der Chronik.)

(1699) 20. April: Der Landrat des Kantons Uri empfiehlt mit 51 - 0 Stimmen dem Volk, die kantonale "Volksinitiative zur Wahrung unserer Volksrechte bei Atomanlagen" abzulehnen.

(1700) 21. April: Die APRES (Action pour une politique raisonnable de l'énergie, Yverdon-les-Bains) wählt Nationalrat P.-D. Candaux zu ihrem neuen Präsidenten. (1701) 24. April: Gemäss einer Pressemitteilung der SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) erreichte im 1. Quartal 1984 die Nettostromerzeugung der schweizerischen Kernkraftwerke 4,2 Milliarden Kilowattstunden, wobei die durchschnittliche Arbeitsausnutzung sehr hohe 98,6 Prozent betrug.

(1702) Veröffentlichung einer Studie von Mitarbeitern des Soziologischen Instituts der Universität Zürich, "Wahrnehmung von Atomkraftwerken", basierend auf einer Meinungsumfrage im Winter 1982/83.

(1703) Nach einer Pressemitteilung der SAK (St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerke) erhöhte sich im Winerhalbjahr Oktober 1983 - März 1984 der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet gegenüber dem Winter 1982/83 um 9,1 Prozent.

(1704) 25. April: Das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) teilt mit, der Gesamtenergieverbrauch in der Schweiz habe 1983 um 2,9 Prozent zugenommen, wobei der Stromkonsum um 3,4 Prozent höher als 1982 ausgefallen sei und 20 Prozent am Gesamtverbrauch ausgemacht habe.

(1705) Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) startet in Zürich eine Informationskampagne gegen die Atom- und Energie-Initiative mittels einer Wanderausstellung mit grossformatigen Schrifttafeln und mit Fachleuten, die dem Publikum für die Information zur Verfügung stehen. Die Ausstellung soll in über 100 Ortschaften gezeigt werden.

(1706) Die SES (Schweizerische Energiestiftung), Hauptträgerin der zur Volksabstimmung bereiten Atom- und Energie-Initiative, bezeichnet an einer Pressekonferenz das Projekt "Gewähr" der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) als gescheitert und fordert den Abbruch der Arbeiten. (vgl. Nr. 1681, 1684 der Chronik.)

(1707) 26. April: Die BKW (Bernische Kraftwerke) melden einen um 9 Prozent höheren Stromverbrauch in ihren Versorgungsgebiet im Winterhalbjahr 1983/84 gegenüber der gleichen Zeitspanne 1982/83.

(1708) Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) meldet für das Winterhalbjahr 1983/84 für die ganze Schweiz eine Zunahme des Stromkonsums von 6 Prozent gegenüber der gleichen Periode (Oktober/März 1982/83), wobei sich ein Importsaldo von 800 Millionen Kilowattstunden ergeben habe.

(1709) 27. April: Die Eidg. Energiekommission publiziert eine Studie, in der verschiedene Szenarien der künftigen schweizerischen Energieversorgung und auch die Folgen einer Annahme oder Ablehnung der hängigen Atom- resp. Energie-Initiative dargestellt werden.

(1710) Die Presse meldet, aus dem Jahresbericht der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG für 1983 sei u.a. zu entnehmen, die Kosten für das Projekt Kaiseraugst hätten jetzt Fr. 909 Mio erreicht.

(1711) Der Präsident der Eidg. Energiekommission schlägt anlässlich eines Vortrags in Genf einen sogenannten Dritten Weg zur Deblockierung der energiepolitischen Diskussion vor, der einen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst und eine Energiesteuer vorsieht, was einen Rückzug der hängigen Atom- und Energie-Initiativen ermöglichen könnte. (vgl. Nr. 1641 der Chronik.)

(1712) 28. April: Die AVES (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz) spricht sich gegen die Kompromissvorschläge des Präsidenten der Eidg. Energiekommission (siehe vorstehende Meldung) aus.

(1713) 30. April: Veröffentlichung eines "Konzepts der Energieforschung des Bundes". Die Einführung der Warenumsatzsteuer auf den Energieträgern vorausgesetzt, sieht es u.a. eine zusätzliche Förderung der Uranprospektion und die Erhaltung der Anstrengungen im Bereich der Kernenergie vor.

(1714) Veröffentlichung eines Berichtes des ORL (Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung, ETH Zürich), der zum Schluss kommt, ein Verzicht auf die Kernenergie wäre unvernünftig und unverantwortlich.

(1715) Der Landrat von Baselland lehnt mit 46 gegen 28 Stimmen eine Motion ab, die Fr. 100'000.-- forderte, mit denen der Kanton die Atom- und Energieinitiativen unterstützen sollte.

(1716) 1. Mai 1984: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG lehnt in einer Erklärung den "Dritten Weg" (vgl. 1711 der Chronik) des Präsidenten der Eidg. Energiekommission ab, da dieser Vorschlag die künftige Elektrizitätsversorgung der Schweiz in Frage stelle.

(1717) 2. Mai: Die Gemeindeversammlung von Kaiseraugst beschliesst total Fr. 85'000.-- zugunsten von Werbeaktionen gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst und das geplante Kohlekraftwerk Pratteln sowie zur Unterstützung der Atom- und Energie-Initiativen. (vgl. Nr. 1563 der Chronik.)

(1718) 3. Mai: Sechs schweizerische Kraftwerkbetreiber veröffentlichen eine Erklärung, in der sie als Reaktion auf die Kritik der SES (Schweiz. Energiestiftung, vgl. Nr. 1706 der Chronik) der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ihr Vertrauen aussprechen.

(1719) Rund 20 Personen nehmen an einem Informationsabend in Avenches teil, an welchem sich die Association des communes vaudoises et fribourgeoises contre El dépôt de déchets nucléaires à Lucens gegen das Projekt eines Zwischenlagers in Lucens wendet. (vgl. Nr. 1410, 1353 der Chronik.)

(1720) 4. Mai: Der Nationalrat lehnt mit 124 zu 48 Stimmen die Atom-Initiative und mit 107 zu 62 Stimmen die Energie-Initiative ab, die dem Stimmbürger zur Ablehnung empfohlen werden. (vgl. Nr. 1492 der Chronik.)

(1721) Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) nimmt mit Genugtuung vom Entscheid des Nationalrats betreffend Atom- und Energie-Initiativen Kenntnis, während sich das Initiativkomitee als enttäuscht erklärt.

(1722) 5. Mai: In Bern findet eine Demonstration von rund 30'000 Personen gegen das Waldsterben statt, an der auch gegen Kernkraftwerke Stimmung gemacht wird.

(1723) 10. Mai: Pressekonferenz des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) in Luzern: Der VSE stellt seine 10 energiepolitischen Zielsetzungen vor und hält u.a. fest, trotz Sparanstrengungen sei der Bau zweier zusätzlicher Kernkraftwerke bis zum Jahre 2000 notwendig, um die Deckung der Zusatznachfrage sicherzustellen.

(1724) 11. Mai: Veröffentlichung des Jahresberichts 1983 der SVA, aus dem u.a. hervorgeht, dass 1983 die schweizerischen Kernkraftwerke 14,8 Mia kWh Strom erzeugt haben, bei einer Arbeitsausnutzung von 87,1 Prozent, womit sie an der Spitze der Weltrangliste für Zuverlässigkeit liegen.

(1725) Der Grosse Rat des Kantons Genf lehnt eine kantonale Volksinitiative ab, die sich gegen die Errichtung von Kernkraftwerken im Kanton richtete. Dagegen stimmte er einem Gegenvorschlag für eine eventuelle Nutzung der Kernenergie zu, der verhindert, dass der Kanton auf eine antinuklearen Energiepolitik verpflichtet wird.

(1726) Beginn einer zweitägigen Tagung der SAD (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie) in Winterthur, die sich mit dem Thema "Energiepolitik Zerreissprobe unserer Demokratie?" befasst. Dabei hätte ein antinuklearer Nationalrat festgestellt, falls bis zum Jahr 2000 die 30 Prozent Atomstrom nicht anderswie ersetzt werden könnten, wären die Kernkraftwerke nicht abzustellen, und ein zweiter solcher hätte bemerkt, wenn in der Abstimmung vom Herbst die Atom- und Energie-Initiativen abgelehnt wurden, so wurde eine neue Initiative gestartet.

(1727) 14. Mai: Beginn einer zweitägigen Tagung der SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) zum Thema "Saurer Regen, Waldsterben, Klimakatastrophe - bietet die Kernenergie einen Ausweg?". Fazit: Kernenergie schont die Umwelt und hilft auch dem Wald, weil Kernkraftwerke keinen Sauerstoff verbrauchen und die Umwelt nicht mit Schadstoffen wie Schwefeldioxyd und Stickoxyden vergiften. Auch erlaube das bescheidene Abfallvolumen, aufwendige Verfahren für die sichere und dauerhafte Beseitigung der radioaktiven Abfälle anzuwenden, was eine ausgesprochen günstige Umweltbilanz der Kernenergie ergebet wie die SVA im Schluss-Pressecommunique mitteilt.

(1728) 18. Mai: Der Stromstatistik der Stromlieferanten der Region Basel ist zu entnehmen, dass 1983 der Verbrauch um 2,6 Prozent zugenommen hat. (vgl. Nr. 1633 der Chronik.)

(1729) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einem Pressecommuniqué: Sie habe den Mitgliedern des Grossen Rates des Kantons Waadt eine Dokumentation zugestellt, aus der hervorgehen dass Sondierungen im Bois de la Glaivaz unerlässlich seien. (vgl. Nr. 1643 der Chronik.)

(1730) 19. Mai: Die Presse meldet, in Kaiseraugst laufe eine Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen den 50'000-Franken-Kredit für eine Plakataktion gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst. (vgl. Nr. 1717 der Chronik.)

(1731) 20. Mai: In der Volksabstimmung der Stadt Zürich wird die vom EWZ (Elektrizitätswerk der Stadt Zürich) vorgeschlagene Erhöhung der Stromtarife mit 77'292 Nein gegen 261654 Ja abgelehnt.

(1732) Die Stimmbürger von Dietikon heissen einen Kredit von Fr. 440'000.-- für Vorprojektskosten des Fernwärmenetzes Transwaal mit 2'476 Ja gegen 21077 Nein gut. (vgl. Nr. 1674 der Chronik.)

(1733) 21. Mai 1984: der Grosse Rat des Kantons Waadt beschliesst mit 82 zu 71 Stimmen, dem Stimmvolk für die Konsultativabstimmung Zustimmung zum Vorhaben der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), im Bois de la Glaivaz Sondierungen vorzunehmen, zu empfehlen. (vgl. Nr. 1729, 1643 der Chronik.) Dies entspricht dem Antrag des Waadtländer Staatsrates (Exekutive), der sich in einem Dekretsentwurf am 9.3.84 in diesem Sinne ausgesprochen hat.

(1734) 22. Mai: Die Sozialdemokratische Partei Graubünden reicht eine mit 41886 Unterschriften versehene Gesetzesinitiative ein, mit der die Behörden verpflichtet werden sollen, mit allen rechtlichen und politischen Mitteln darauf hinzuwirken dass auf dem Kantonsgebiet keine Atomanlagen errichtet werden. (vgl. Nr. 1643 der Chronik.)

(1735) Ein Bürger der Gemeinde Kaiseraugst reicht bei der zuständigen kantonalen Behörde eine Beschwerde ein, aufgrund welcher abzuklären sei, ob eine Plakatwerbekampagne der Gemeinde mit Fr. 50'000.-- aus Steuergeldern rechtlich zulässig sei. (vgl. Nr. 1730 der Chronik.)

(1736) 24. Mai: Der Presse ist zu entnehmen, dass anlässlich einer Tagung der SPG (Schweiz. Philosophische Gesellschaft) in Zofingen über "Die Herausforderung des Rechts durch die Moral" diskutiert wurde, wobei der zivile Ungehorsam in der Demokratie zur Sprache kam und der Basler Philosoph Hans Saner vorschlug, Regionen, denen zugunsten eines übergeordneten Interesse schwere Lasten auferlegt werden, ein Vetorecht zuzugestehen, z.B. auch bei Kernkraftwerken und Lagern für radioaktive Abfälle.

(1737) Im Kernkraftwerk Leibstadt werden die Turbinen zum ersten Mal mit nuklear erzeugtem Dampf betrieben. (vgl. Nr. 1651 der Chronik.)

(1738) Bekanntwerden des Geschäftsberichtes der EV (Erdölvereinigung), in welchem gegen die Atom- und Energie-Initiativen Stellung genommen wird, gegen erstere, weil es den marktwirtschaftlichen Prinzipien der Mineralbranche vollkommen widersprechen würde, einen Energieträger auf dem Verfassungsweg vom Wettbewerb auszuschliessen, gegen letztere wegen ihres interventionistischen und unabwägbaren Inhalts.

(1739) 25. Mai: Das Kernkraftwerk Gösgen wird für den jährlichen Brennstoffwechsel und die Revisionsarbeiten abgestellt.

(1740) 26. Mai: Bekanntwerden der Gründung der AVE Tessin, der dreissigsten Sektion der AVES (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz).

(1741) 28. Mai: Die BHK (Basler Handelskammer) und der VIB (verband der Industriellen von Baselland) präsentieren ihren Energiebericht, in dem der Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst als technisch realiserbar und risikomässig vertretbar bezeichnet wird.

(1742) Die AGNEB (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) veröffentlicht ihren sechsten Tätigkeitsbericht. Darin wird u.a. festgestellt, die Tiefseeversenkung gewisser Sorten radioaktiver Abfälle hätte gegenüber der Lagerung auf dem Festland Vorteile (vgl. Nr. 1420, 1445, 1491 der Chronik); der Terminplan der Nagra zum Projekt "Gewähr" habe Verspätungen erlitten, weil die Bewilligungsverfahren für die Sondiergesuche mehr Zeit in Anspruch genommen hätten, so dass die AGNEB es für fraglich halte, ob das Projekt wie vorgesehen Ende 1984 abgeschlossen werden könne (vgl. Nr. 1681, 1659 der Chronik).

(1743) 29. Mai: Der Grosse Rat des Kantons Aargau beschliesst die Beteiligung des Aargauischen Elektrizitätswerks AEW an Refuna (Fernwärmeversorgung unteres Aaretal) mit Fr. 500'000.--. (vgl. Nr. 1586 der Chronik.)

(1744) Die SVS (Schweiz. Verkehrsstiftung) unterstützt gemäss Presseberichten die Energie-Initiative.

(1745) 31. Mai: Der Bundesrat auf eine Einfache Anfrage aus dem Nationalrat: Nach den heute vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen gibt es keine Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen Kernkraft und Waldsterben.

(1746) 1. Juni: Die Presse meldet, bis jetzt hätten mehr als 2501000 Personen das Kernkraftwerk Gösgen besichtigt.

(1747) Anlässlich einer Pressekonferenz ziehen die Vertreter dreier AKW-Gegnerorganisationen (AGEA, NWA aus der Schweiz und BAU aus Süddeutschland) unter Protest ihre Einsprachen gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerk Leibstadt zurück, weil sie keine Aussicht auf Erfolg hätten. Beim gleichen Anlass überreicht die deutsche BAU den schweizerischen Organisationen einen Geldbetrag zur Unterstützung der Kampagne für die Atom- und Energie-Initiativen und stellt mehr in Aussicht.

(1748) Der SBN (Schweizerischer Bund für Naturschutz) beschliesst an seiner Delegiertenversammlung, die Atom- und Energie-Initiativen zu unterstützen.

(1749) 2. Juni: Die PdA (Partei der Arbeit der Schweiz) beschliesst die Ja-Parole für die Atom- und Energie-Initiativen.

(1750) 4. Juni: Der Regierungsrat von Baselland erklärt, mit Überraschung und Enttäuschung die befürwortende Stellungnahme der beiden Basler Wirtschaftsverbände zum Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst zur Kenntnis genommen zu haben. (vgl. Nr. 1741 der Chronik.)

(1751) Der Präsident der BBC (Brown, Boveri & Co, Baden) anlässlich der Generalversammlung der BBC: Der Werkplatz Schweiz sei ohne Atomstrom ernsthaft gefährdete BBC habe von 1972 bis 1982 den Energieverbrauch um 10 Prozent senken können, wobei aber der Stromanteil von 36 auf 47 Prozent zugenommen habe.

(1752) 5. Juni 1984: Veröffentlichung eines Briefes des Bundesrats an die Kantone Aargau und Uri: Er schliesse nicht aus, dass eine Anpassung des Sondierprogramms der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) nötig werden könnte (vgl. Nr. 1681 der Chronik). Die Arbeiten der Nagra trügen der Forderung Rechnung, dass eine Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle möglich sein soll.

(1753) Der Einwohnerrat von Pratteln beschliesst mit 25 zu 12 Stimmen, Fr. 39'000.-- für einen Plakat-Aushang zur Werbung für die Atom-Initiative und 1-ehnt es ab, Fr. 25'000.-- davon wie ursprünglich vorgesehen für eine Broschüre zu verwenden, in der Pro und Kontra aufgelistet wäre, obwohl der Entwurf dieser Broschüre schon vorliegt. (vgl. Nr. 1467 der Chronik.)

(1754) 6. Juni: Bekanntwerden der Gründung der AVE Aarau/Lenzburg und der AVE Zofingen als weitere Regionalgruppen der AVES (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz), die sich u.a. die Bekämpfung von Atom- und Energie-Initiativen zum Ziel setzen.

(1755) Der Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements auf Fragen aus dem Nationalrat: Er sei nicht bereit, vor dem Vorliegen des Projekts "Gewähr" der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) den dafür vorgesehenen Termin von Ende 1985 auf später zu verschieben. - Er halte die Behauptung für falsch, die Sicherung des Kernkraftwerks Leibstadt gegen Spionage und Terrorakte sei ungenügend.

(1756) Die Synode der Reformierten Berner Kirche (Synodalverband Bern-Jura) lehnt mit 24 Ja zu 66 Nein einen Antrag von Kagaf-Leuten ab, den Synodalrat zu verpflichten, sich öffentlich für die Atom- und Energie-Initiativen einzusetzen.

(1757) Die SIK (Schweiz. Informationsstelle für Kernenergie) kritisiert in einem Presse-Communique die Lancierung einer Volksinitiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs des LdU (Landesring der Unabhängigen): der LdU betreibe eine unglaubwürdige Politik, wenn er einerseits die Bahnen fördern will, anderseits aber sich im LdU einige der eifrigsten Befürworter der Energierationierungs- und Atomverbots-Initiative finden.

(1758) 7. Juni: Der Grosse Rat von Basel-Stadt distanziert sich in einer Resolution mit 75 zu 16 Stimmen von der positiven Beurteilung des Kernkraftwerks Kaiseraugst durch die Basler Handelskammer und den Verband der Industriellen von Baselland. (vgl. Nr. 1741, 1750 der Chonik.)

(1759) Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt spricht sich in seiner Stellungnahme zu einer Motion aus dem Grossen Rat gegen eine finanzielle Unterstützung der Kampagne für die Atom-Initiative aus und beantragt dem Rat, die Motion abzuschreiben. (vgl. Nr. 1715 der Chronik.)

(1760) 12. Juni: Das GAES (Groupement neuchâtelois pour un avenir énergétique sûr) eröffnet mit einer Pressekonferenz in Neuenburg seine Kampagne gegen die Atom- und Energie-Initiativen.

(1761) 14. Juni: Der VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) veröffentlicht seinen Jahresbericht, dem u.a. zu entnehmen ist, der Stromverbrauch der Schweiz habe 1983 um 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die Jahreszunahme habe in den letzten 7 Jahren durchschnittlich 3,5 Prozent betragen, was genau den Prognosen des VSE-Zehn-Werke-Berichts von 1979 entspreche. Im Sektor Haushalt sei 1983 die Zunahme überdurchschnittlich, nämlich 4,8 Prozent gewesen.

(1762) Der Präsident der SGCI (Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie) anlässlich der Generalversammlung 1984: Die Elektrizitätswirtschaft und ihre Bedarfsprognosen verdienten Vertrauen (siehe vorstehende Meldung); die Atom- und Energie-Initiativen seien entschieden abzulehnen.

(1763) Die Regierung des Kantons Graubünden spricht sich in ihrer Vernehmlassung zum Projekt der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), am Piz Pian Grand Sondierungen für ein Endlager vorzunehmen, negativ aus. (vgl. Nr. 1688, 1587 der Chronik.) Die Nagra betont in einem Pressecommuniqué die Unerlässlichkeit dieser Sondierungen am Piz Pian Grand.

(1764) 15. Juni: Gründung der 40. Sektion der AVES (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz), der AVE St. Gallen/Appenzell, die sich u.a. für die Ablehnung der Atom- und Energie-Initiativen einsetzen will. (vgl. Nr. 1740 der Chronik.)

(1765) Die PSR-Schweiz (Ärzte für soziale Verantwortung) teilen an einer Pressekonferenz mit, 2500 Ärzte hätten einen Aufruf gegen das atomare Wettrüsten und die zivile Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. (vgl. Nr. 1138 der Chronik.)

(1766) 16. Juni: Laut Presseberichten lehnte die Delegiertenversammlung der EBM (Elektra Birseck Münchenstein) Vorstösse der "Fraktion umweltbewusster Elektra-Delegierter" zur Beschränkung der Elektroheizung, zur Schweigepflicht der EBM zu den Atom- und Energie-Initiativen und zur Wahl eines bekannten AKW-Gegners in den Verwaltungsrat ab.

(1767) Der Parteivorstand der SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) befürwortet einstimmig die Atom- und Energie-Initiativen.

(1768) Wie die Presse meldet, ist in Kaiseraugst das Referendum gegen den Kredit von Fr. 501000.-- für eine Plakataktion gegen den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst zustandegekommen. (vgl. Nr. 1730 der Chronik.)

(1769) 18. Juni 1984: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einer Pressemitteilung: Die vierte und fünfte Sondierbohrung, in Schafisheim und Kaisten, sollen im Juli ihre Endtiefe von 2000 m resp. 1300 m erreichen. Die Herrichtung des Bohrplatzes der sechsten Tiefbohrung, in Leuggern, sei abgeschlossen. Die Baubewilligung für die Bohrung in Niedergösgen sei dieser Tage rechtskräftig geworden. (vgl. Nr. 1645 der Chronik.)

(1770) Die Bürger von Frenkendorf lehnen an einer Gemeindeversamlung mit 34 zu 22 Stimmen einen Antrag ab, Fr. 5500.-- zur Unterstützung von Atom- und Energie-Initiative zu bewilligen.

(1771) Drei Einwohnerräte von Pratteln gelangen mit einer Beschwerde gegen den vom Pratteler Einwohnerrat beschlossene Kredit zur Unterstützung von Atom- und Energie-Initiative an den Regierungsrat von Basel-Land.

(1772) Gemäss dem Feuille officielle des Kantons Genf hat der Regierungsrat die für den 23. September vorgesehene Volksabstimmung über die Initiative "L'énergie notre affaire" und den Gegenvorschlag der Behörden infolge von zwei hängigen Rekursen auf später verschoben. (vgl. Nr. 1725 der Chronik.)

(1773) 19. Juni: Anlässlich einer Tagung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in Lausanne "Energie nucléaire: réalité économique et impact sur l'environnement" wird gemäss einem Presse-Commilniqu6 der SVA u.a. festgestellt, die Kernenergie leiste heute sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter ökologischen Gesichtspunkten einen unverzichtbaren Beitrag zur Deckung des steigenden Strombedarfes in der Schweiz.

(1774) Der Direktor des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) anlässlich einer Veranstaltung des Energieforums Nordwestschweiz in Rheinfelden: Mit den Atom- und Energie-Initiativen sollten auf dem Weg eines Verbots von Kernkraftwerken die Gesellschaft und das Wirtschaftssystem verändert werden, was Gesellschaftspolitik durch die Hintertür sei.

(1775) Das Departement des Innern des Kantons Aargau habe, gemäss Pressemeldungen, dem Gemeinderat Kaiseraugst vorläufig die Verwendung der Kredite von Fr. 851000.-gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst untersagt, bis die Beschwerde eines Bürgers der Gemeinde behandelt worden sei. (vgl. Nr. 1717, 1730 der Chronik.)

(1776) 20. Juni: Eröffnung des Felslabors der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) auf der Grimsel. (vgl. Nr. 1327 der Chronik.)

(1777) Der Landrat des Kantons Nidwalden genehmigt oppositionslos die Verträge mit den CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) über die Lieferung von Strom aus Kernkraftwerken.

(1778) Bundespräsident Schlumpf in einem Zeitungs-Interview: Die Strombedarfsprognosen des Bundesrats hätten sich bestätigt, so dass ein weiteres Kernkraftwerk nötig sei. Es sei jetzt an der Zeit, dass das Volk darüber entscheide.

(1779) 21. Juni: Der Präsident des Energieforums Schweiz (und Präsident der FDP Schweiz) anlässlich der Generalversammlung des Forums in Bern: Die nukleare Entsorgung sei ein primär politisches Problem, technisch seien sämtliche Schritte für die Lagerung radioaktiver Abfälle bekannt und erprobt. Atom- und Energie-Initiativen seien abzulehnen.

(1780) Euratom und Nagra unterzeichnen einen Vertrag bezüglich Austausch von Forschungsergebnissen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. (vgl. Nr. 1614 der Chronik.)

(1781) Der Presse ist die Gründung einer JASE Baselland (Junge Aktion für eine sachliche Energiediskussion) als Gruppe der bestehenden JASE Nordwestschweiz zu entnehmen, die in den nächsten Monaten als wichtigste Aufgabe die Bekämpfung von Atom- und Energie-Initiative ansieht.

(1782) 22. Juni: Der Verwaltungsratspräsident der BKW (Bernische Kraftwerke AG) anlässlich der Generalversammlung: Atom- und Energie-Initiative beabsichtigen, die Schweiz ganz bewusst in eine Mangelwirtschaft hineinzumanövrieren, die Kontinuität der Stromversorgung wäre in Frage gestellt, und es drohe ein Zwangsverzicht auf die Kernenergie; die von der Energie-Initiative geforderten Vorschriften und Energiesteuer seien Bleigewichte, welche die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportwirtschaft in Frage stellten.

(1783) Das Schweizerische Institut für Nuklearforschung SIN in Villigen feiert sein zehnjähriges Bestehen.

(1784) 23. Juni: Vorstellung in der Öffentlichkeit des "Basler Manifests", das sich u.a. gegen die Diffamierung der Kerntechnik wendet.

(1785) An einer Diskussionsveranstaltung in Olten der SES (Schweiz. Energiestiftung) stellt laut Presse, der Präsident der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) fest, die Nagra werde Ende 1984 in ihrem Bericht "Gewähr" einen Modellstandort für die Lagerung hoch radioaktiver Abfälle im Gebiet Leuggern-BÖttstein-Kaisten vorschlagen.

(1786) 24. Juni 1984: Der VCS (Verkehrsclub der Schweiz) beschliesst an seiner Delegiertenversammlung die Ja-Parole für die Energie-Initiative.

(1787) 25. Juni: Gründung eines bürgerlichen Unterstützungskomitees für die Atom- und Energie-Initiativen.

(1788) 25. Juni: Anlässlich einer Informationsreise nach Frankreich für Journalisten, organisiert von der SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie), bestätigt der Präsident der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), die Nagra werde an der Ablieferung des Projekts "Gewähr" bis Ende 1984 festhalten, damit Behörden und Öffentlichkeit gezwungen sind, sich mit dem Gesamtkomplex Endlagerung auseinanderzusetzen. Die Standortfrage sei nur ein Teilproblem; wichtiger sei, dass die Endlagerung wissenschaftlich und technisch keine Probleme mehr biete.

(1789) 26. Juni: Presse-Konferenz in Bern des WWF Schweiz (World Wildlife Fund) im Zusammenhang mit Atom- und Energie-Initiative, wobei der deutsche Biologielehrer Reichelt einen Zusammenhang zwischen Kernkraftwerken und Waldsterben postuliert. - Anwesende Vertreter der Kernkraftwerke Beznau und Gösgen sowie der SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) bezeichnen diese These als unwissenschftlich und nicht den Tatsachen entsprechend (vgl. Nr. 1727, 1745 der Chronik).

(1790) Die SVA wiederholt in einem Presse-Communiqug ihre Aussage (siehe vorstehende Meldung) und betont, der Einsatz von Uran in Kernkraftwerken anstelle von Kohle, Öl oder Gas zur Stromerzeugung trage merklich zur Verringerung der Luftverschmutzung bei.

(1791) Gründung eines "Forums Medizin und Energie" zur Bekämpfung von Atom- und Energie-Initiative (FME). Vom medizinischen Standpunkt her sei die friedliche
Nutzung der Kernenergie unbedenklich.

(1792) Pressekonferenz der GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst), an der sie behauptet, ein aus dem Kernkraftwerk Kaiseraugst gespeistes Fernwärmenetz wäre nicht nur viel zu teuer, sondern auch politisch nicht durchsetzbar.

(1793) 27. Juni: Pressekonferenz der EOS (S.A. l'Energie de 1'Ouest-Suisse) in Lausanne: Die EOS werde sich stark für die Bekämpfung von Atom- und Energie Initiative engagieren, deren Annahme drakonische Stromverbrauchseinschränkungen und den Einsatz teurerer und die Luft stärker verschmutzender Energieträger zur Folge hätte.

(1794) Der Direktor des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) anlässlich der Delegiertenversammlung der Usogas in Zofingen: Die zur Abstimmung stehenden Atom- und Energie-Initiativen seien keine Grundlage für eine sichere, flexible und eigenverantwortliche Energieversorgung. Mit ihnen werde versucht, eine verschleierte Gesellschaftspolitik zu betreiben.

(1795) Gründung eines überparteilichen "Aktionskomitees gegen die masslosen Atom- und Energie-Initiativen" in Bern. Der Verzicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie würde zu einem Engpass in der Energieversorgung führen, der nicht durch Sparen oder Alternativenergien überbrückt werden könnte.

(1796) Anlässlich der Generalversammlung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in Baden kritisiert der Präsident die Versuche, die vom Schweizervolk verlangte dauernde und sichere Beseitigung der radioaktiven Abfälle (vgl. Nr. 419 der Chronik) zu einem Hauptthema des Abstimmungskampfes über Atom- und Energie-Initiative zu machen. Die Endlagerfrage müsse unabhängig vom Ausgang der Abstimmung gelöst werden. (vgl. Nr. 1681, 1785 der Chronik.)

(1797) Der Gemeinderat von Birsfelden stellt gemäss Presseberichten der "Tour de Ja" (vgl. Nr. 1662 der Chronik) für die Unterstützung von Atom- und Energie-Initiative einen Beitrag zur x7erfügung.

(1798) Laut Presseberichten haben die Ammänner der Region Olten/Gösgen/Aarau verschiedentlich die Möglichkeit der Nutzung der Abwärme des Kernkraftwerks Gösgen besprochen; es sei die Gründung einer Interessengemeinschaft und später eines Studienkonsortiums sowie gegebenenfalls einer Trägerschaft vorgesehen. (vgl. Nr. 1678 der Chronik.)

(1799) 28. Juni: der EKV (Schweiz. Energie-Konsumenten-Verband) lehnt an seiner Generalversammlung in Emmenbrücke Atom- und Energie-Initiative ab, da die Annahme die Schweiz in eine energiepolitische Sackgasse bringen wurde.

(1800) Das Redressement National (Vereinigung für Freiheit, Föderalismus und Recht) lehnt in einer Pressemitteilung Atom- und Energie-Initiative ab, welche die Energieversorgung und damit existentielle Interessen der Bevölkerung und Wirtschaft beeinträchtigen würden.

(1801) Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt lehnt es mit 54 : 53 Stimmen ab, einen Beitrag an die Abstimmungskampagne für Atom- und Energie-Initiative zu bewilligen. (vgl. Nr. 1715 der Chronik.)

(1802) Der Präsident der Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität, Olten) anlässlich der Generalversammlung: Atom-Initiative und Energie-Initiative seien falsch betitelt und damit irreführend, denn es seien Anti-Elektrizitäts-Initiativen.

(1803) Pressekonferenz der GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst): Im Falle einer Ablehnung der Atom-Initiative werde das Kernkraftwerk Kaiseraugst für die Aktion nicht plötzlich akzeptabel; der politische Druck der Region könnte das Werk auch weiterhin verhindern.

(1804) 29. Juni: offener Brief von Prof. Dr. med. Franz Deuther, Aarau, in der Presse, worin er erklärt, seinen Namen als Erstunterzeichner der PSR (Ärzte für soziale Verantwortung, vgl. Nr.1765 der Chronik), zurückzuziehen, da sein Name zu anderen politischen oder machtmässigen Interessen missbraucht werde; er sei nicht gegen die zivile Nutzung der Kernenergie.

(1805) 30. Juni: Laut Presse wendet sich die Arbeitsgruppe "Christen und Energie" in Bern gegen eine Plakat-Aktion der Kagaf (Kirchliche Arbeitsgruppe für Atomfragen) zugunsten der Atom-Initiative, mit der sie Emotionen schüre und das Sozialprestige der Kirchen und ihrer Mitarbeiter missbrauche. (vgl. Nr. 1756, 1285, 1008 der Chronik.)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1984 (Ulrich Beck)

(1806) 1. Juli: In einer Pressemitteilung wendet sich die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG gegen die "jeder Grundlage entbehrenden Behauptungen" der GAK (vgl. Nr. 1792 der Chronik) und hält fest, das Kernkraftwerk Kaiseraugst wäre in der Lage, die Region Basel mit Fernwärme zu versorgen, wobei jährlich 280'000 Tonnen Öl eingespart werden könnten.

(1807) 3.Juli: Der Regierungsrat von Baselland entscheidet, die Gemeinde Pratteln dürfe Fr. 39'000.-- zur Unterstützung von Atom- und Energieinitiative ausgeben. (vgl. Nr. 1771 der Chronik.)

(1808) 4. Juli: An einer Pressekonferenz gibt die Refuna AG (Regionale Fernwärmeversorgung im unteren Aaretal AG) bekannt, sie werde ab Heizsaison 1984/ 85 in fünf Gemeinden rund 250 Häuser versorgen können. (vgl. Nr. 1530 der Chronik.)

(1809) 6. Juli: Die Presse meldet, der Regierungsrat des Kantons Bern habe auf parlamentarische Vorstösse geantwortet, er sehe keine Veranlassung, die Kernkraftwerk Graben AG zum Verzicht auf weitere Investitionen zu veranlassen.

(1810) Die Eidg. Kommission für Strahlenschutz in einem Pressecommuniqu6; 1983 sei in keinem einzigen Fall in der Schweiz bei Berufsleuten eine Strahlendosis festgestellt worden, die zu medizinischen Massnahmen Anlass gegeben hätte, und es habe zu keiner Zeit eine Gefährdung der Bevölkerung bestanden.

(1811) 9. Juli: An einer Pressekonferenz stellt die Begleitkommission von Basel-Stadt und Baselland die Umweltverträglichkeitsstudie zum Projekt Heizkraftwerk Pratteln vor, das anstelle des Kernkraftwerks Kaiseraugst vorgeschlagen wird. (vgl. Nr. 1292 der Chronik.)

(1812) Scheitern einer Vergleichsverhandlung vor dem Amtsgericht Olten-Gösgen zwischen der Atel (Aare-Tessin AG) und dem Verein Initiativkomitee für die Atom- und Energieinitiative. Letzterer verlangte von der Atel, sie solle in Zukunft nicht mehr verbreiten dürfen, die Initianten strebten eine "voreilige Stillegung" der Kernkraftwerke in der Schweiz an.

(1813) 11 Juli: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einem Presse-Communique: ihre Tiefbohrungen in Schafisheim und Kaisten seien abgeschlossen und in Leuggern die sechste Bohrstelle in Betrieb genommen worden. (vgl. Nr. 1769 der Chronik.)

*) Um die Übersichtlichkeit zu wahren, werden im Zusammenhang mit der eidg. Volksabstimmung vom 23.9.84 die zahlreichen Meldungen folgender Kategorien im 3. Quartal nicht in die Chronik eingefügt, sondern in drei Anhängen separat aufgelistet (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

Anhang I: Parolen von schweizerischen Parteien und Organisationen

Anhang II: Parolen von regionalen und lokalen Parteien und Organisationen

Anhang III: Gründung von Organisationen und Komitees

(1814) 13. Juli: Die JASE (Junge Aktion für eine sachliche Energiediskussion) gibt die Resultate einer von ihr in Pratteln durchgeführten Strassenumfrage bekannt, wonach sich 66,8 Prozent der befragten 202 Personen gegen das Projekt Kohlekraftwerk Pratteln und 14,4 Prozent dafür ausgesprochen hätten. (vgl. Nr. 1811 der Chronik.)

(1815) 14. Juli: Der Presse ist die Stellungnahme der Regierung des Kantons Graubünden zum Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) um Probebohrungen am Piz Pian Grand zuhanden des Bundesrates zu entnehmen: sie empfiehlt, die Bohrbewilligung nicht zu erteilen, da das Gesuch irreführende Angaben und Annahmen enthalte. (vgl. Nr. 1688 der Chronik.)

(1816) 15. Juli 1984: Bei einer Beteiligung von 36,2 Prozent bejahen die Stimmberechtigten der Gemeinde Kaiseraugst mit 443 zu 303 Stimmen einen Kredit von Fr.. 50'000.-- für Werbekampagnen gegen das Projekt Kernkraftwerk Kaiseraugst. (vgl. Nr. 1735 der Chronik.)

(1817) 16. Juli: Gemäss Pressemeldungen ist es der Atel (Aare Tessin AG, Olten) durch eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Olten-Gösgen untersagt, die Aussage zu verbreiten, die Atominitiative wolle die in Betrieb stehenden Kernkraftwerke "voreilig" stillegen. (vgl. Nr. 1812 der Chronik.) (1818) 17. Juli: Gemäss Pressemitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die durchschnittliche Arbeitsausnutzung der schweizerischen Kernkraftwerke im 2. Quartal überdurchschnittliche 76,7 Prozent, obwohl zwei von ihnen wegen des jährlichen Brennstoffwechsels für mehrere Wochen abgeschaltet waren.

(1819) 15. Jahrestag der ersten Stromabgabe an das Netz durch Beznau I, das erste schweizerische Kernkraftwerk kommerzieller Grösse.

(1820) 18. Juli: Das Initiativkomitee für die Atom- und Energieinitiative erstattet Strafanzeige gegen die Atel (Aare-Tessin AG), da diese erneut erklärte, die Atominitiative wolle die bestehenden Kernkraftwerke voreilig stillegen. (vgl. Nr. 1817 der Chronik.)

(1821) 19. Juli: Die Direktoren der Höheren Technischen Lehranstalt Brugg-Windisch und des Technoramas Winterthur verhindern das Aufstellen eines "Gedenksteins" in diesen Instituten, mit dem prominente Befüworter der Kernenergie als Ausplünderer und Vergifter der Umwelt angeprangert werden sollten.

(1822) 20. Juli: Schriftliche Antwort der Luzerner Regierung auf eine Interpellation aus dem Grossen Rat: Die Vermutung sei völlig unbegründet, wonach in Inwil ein Schnellbrüter-Kernkraftwerk geplant werde.

(1823) 23. Juli: Der Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Aargau hebt den Volksentscheid von Kaiseraugst (siehe Nr. 18,16 der Chronik) auf, da er im Widerspruch zu früheren Entscheiden der Gemeinde stehe.

(1824) 24. Juli: Die Atel (Aare-Tessin AG) zieht den Entscheid des Amtsgerichts Olten-Gösgen (vgl. Nr. 1817 der Chronik) ans solothurnische Obergericht weiter.

(1825) 25. Juli: Bundespräsident Schlumpf in seinem "l. August-Fernseh-Interview": Wenn Minderheiten einen Sperriegel, z.B. bei Kernkraftwerken und Waffenplätzen, aufstellten, könnten die Interessen der Allgemeinheit nicht mehr wahrgenommen werden; Minderheiten müssten wohl berücksichtigt werden, aber Partikularismus sei abzulehnen.

(1826) Gemäss Presseberichten will der Kaiseraugster Gemeinderat den Entscheid des Aargauer Departements des Innern vom 23. Juli an den Gesamtregierungsrat weiterziehen (siehe Nr. 1823 der Chronik.) (1827) 26. Juli: Die Firma Gebr. Sulzer AG, Winterthur, dementiert Pressemeldungen, wonach die Firma von Südafrika zur Lieferung einer Schwerwasser-Anlage angegangen worden sei. Die diesbezüglichen US-Geheimdienstberichte seien falsch, was vom Vorsitzenden des südafrikanischen Atom-Energie-Rates bestätigt worden sei.

(1828) 27. Juli: Das Initiativkomitee für die Atom- und Energienitiative protestiert gegen einen Besuch eines Luzerner Infanteriebataillons im Kernkraftwerk Gösgen.

(1829) Die "Kettenreaktion" (Verein zur Unterstützung der Kernenergie) hält in einer Presseerklärung fest, dass Kernkraftwerke kein Waldsterben verursachen. Der WWF Schweiz und andere sog. Umweltschutzorganisationen benutzten die gegenteilige Behauptung, um der Atom- und Energieinitiative zum Durchbruch zu verhelfen, was unlautere Machenschaften seien.

(1830) 30. Juli: Nach einer Repräsentativ-Umfrage einer schweizerischen illustrierten Zeitung seien 48 Prozent der Befragten Schweizer für Kernenergie, 39 Prozent dagegen; 36 Prozent hielten das Kernkraftwerk Kaiseraugst für nötig, 41 Prozent für nicht nötig.

(1831) In einem "Aufruf zum 1. August" meint die SSES (Schweiz. Vereinigung für Sonnenenergie), durch Förderung der Energiesparmassnahmen und Alternativenergien könnten im besten Fall 90 Mia kWh und rund 50 Prozent des schweizerischen Energieverbrauchs eingespart werden, was der jährlichen Energieproduktion von 8 bis 13 grossen Kernkraftwerken entspreche.

(1832) 31. Juli: Das Basellandschaftliche Verwaltungsgericht verbietet der Gemeinde Therwil die Bewilligung von Gemeindegeldem für die Unterstützung von Atom- und Energieinitiative (vgl. Nr. 1564 der Chronik), erlaubt dagegen der Gemeinde Pratteln Fr. 39'000.-- aufzuwenden, um in einer gemeindeamtlichen Empfehlung ihren Standpunkt zu den Initiativen klarzumachen (vgl. Nr. 1753 der Chronik).

(1833) 1. August: Der Schweizerische Gewerbeverband protestiert gegen den Aufruf der SSES (siehe Nr. 1831 der Chronik).

(1834) Die Regierung von Basel-Stadt auf einen Vorstoss aus dem Grossen Rat: Das Basler Arbeitsamt habe bis 1982 Arbeitslose zu Einsätzen beim Bau des Kernkraftwerks Leibstadt vermittelt und würde dies auch im Falle eines Baues des Kernkraftwerks Kaiseraugst tun.

(1835) 2. August 1984: Ein Stimmbürger von Kaiseraugst erhebt gemäss Presseberichten beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde gegen den Entscheid des Departements des Innern des Kantons Aargau, mit dem der Volksentscheid von Kaiseraugst für Fr. 50'000.-- zu Werbekampagnen gegen das Projekt Kernkraftwerk Kaiseraugst aufgehoben wurde. (vgl. Nr. 1816, 1823 der Chronik.)

(1836) 3. August: Das Kernkraftwerk Mühleberg wird für den jährlichen Brennelementwechsel abgeschaltet.

(1837) Die Bundeskanzlei veröffentlicht die Broschüre an die Stimmberechtigten zur Abstimmung über die Atom- und Energieinitiative. (vgl. Nr. 1293, 1492, 1720 der Chronik.)

(1838) 4. August: Über das Wochenende findet in Creys-Malville eine internationale Demonstration mit Schweizer Beteiligung gegen das Brüter-Kernkraftwerk statt, das sich dort im Bau-Endstadium befindet, wobei weniger als 3000 Demonstranten gezählt werden. (vgl. Nr. 62 der Chronik.) (1839) 7. August: Die SES (Schweizerische Energiestiftung, wo das Sekretariat der Atom- und Energieinitiative geführt wird) stellt an einer Pressekonferenz eine Studie "Atomenergie - die grosse Pleite" vor.

(1840) Die SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) wendet sich in einem Pressecommuniqu6 vehement gegen den Trugschluss, die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie in der Schweiz werde durch neueste Berichte, namentlich über die Entwicklung in den USA, in Frage gestellt, wie dies die SES behauptet (vgl. vorstehende Meldung.)

(1841) 8. August: Der Direktor des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) stellt gemäss Pressemeldungen fest: Das Kernkraftwerk Kaiseraugst müsse mit einem Kühlturm gebaut werden, auch wenn eine Studie der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG ergeben habe, reine Flusskühlung wäre möglich.

(1842) Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) in einer Pressemitteilung: Im ersten Halbjahr 1984 habe der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet gegenüber der ersten Hälfte 1983 um 8,6 Prozent zugenommen, wobei der Bedarf zu 45 Prozent durch Kernenergie gedeckt worden sei.

(1843) 9. August: In der Schweiz hat gemäss Communiqu6 des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) der Stromverbrauch im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1983 um rund 6 Prozent zugenommen, wobei die Kernkraftwerke ihre Produktion um rund 4,5 Prozent erhöhen konnten und der Atomstromanteil 33 Prozent erreichte.

(1844) Das ORL-Institut (Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung) der ETE Zürich macht eine Studie bekannt, aus der hervorgeht, dass die Verwirklichung der Forderungen von Atom- und Energieinitiative eine grössere Belastung der Umwelt verursachen würde als die weitere Nutzung der Kernenergie.

(1845) 11. August: Laut Presse hat es das Bundesgericht abgelehnt, den umstrittenen 50'000 Franken-Kredit der Gemeinde Kaiseraugst (vgl. Nr. 1835 der Chronik) mit einer superprovisorischen Verfügung freizugeben.

(1846) 13. August: Zerstörung des Ferienhauses des Präsidenten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) durch einen von langer Hand vorbereiteten Brandanschlag. (vgl. Nr. 984 der Chronik.)

(1847) Der Präsident des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) weist anlässlich einer Pressefahrt den von Kernenergiegegnern gemachten Vorwurf zurück, die Elektrizitätswerke sorgten vor energiepolitischen Entscheidungen für eine schlechte Bewirtschaftung der Stauseen.

(1848) 15. August: Die Atel (Aare-Tessin AG) zieht ihren Rekurs gegen das Urteil des Amtsgerichts Olten-Gösgen zurück, um in einem ordentlichen Gerichtsverfahren die Beweise für ihre Feststellungen zu erbringen, was im summarischen Verfahren nicht möglich wäre (siehe Nr. 1824 der Chronik.)

(1849) Das Initiativkomitee von Atom- und Energieinitiative und die Föderation der Grünen Parteien verurteilen in Presse-Communiqués den Brandanschlag gegen das Haus des Präsidenten der Nagra (vgl. Nr. 1846 der Chronik). Die SIK (Schweiz. Informationsstelle für Kernenergie) prangert in diesem Zusammenhang die erschreckende Verrohung der politischen-Auseinandersetzung an, und der VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) gibt seiner Bestürzung und seinem Abscheu über den Anschlag Ausdruck.

(1850) Vertreter der Bundesämter für Energiewirtschaft und Justiz treffen sich informell mit deutschen Einsprechern gegen das Kernkraftwerk Leibstadt. (vgl. Nr. 1747 der Chronik.)

(1851) In der Region Basel stieg nach Pressemeldungen im ersten Halbjahr 1984 der Stromverbrauch um durchschnittlich 3 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum 1983.

(1852) 17. August: offener Brief des Baselbieter Pfarrkonvents an die evangelisch-reformierten Schwesterkirchen in der Schweiz, in dem er sich gegen die Kernenergienutzung und insbesondere gegen den Energiebericht der Basler Wirtschaftsverbände (vgl. Nr. 1741 der Chronik) ausspricht.

(1853) Die SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) warnt an einer Pressekonferenz "Kernenergie - Zurück zu den Tatsachen" vor den Falschmeldungen und Verdrehungen, die im Laufe der Kampagne um die Atom- und Energieinitiativen-Abstimmung lanciert werden. (vgl. Nr. 343 der Chronik.)

(1854) 18. August 1984: "Anti-Kaiseraugstfest" auf dem Gelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst mit geringer Beteiligung.

(1855) 19. August: Rund 30 prominente Mitglieder der SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) wenden sich in einer Erklärung gegen die Atom- und Energieinitiativen. (vgl. Nr. 1767 der Chronik.)

(1856) 20. August: Mit einer Pressekonferenz eröffnet das "Schweizerische Komitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen" seine Kampagne unter dem Slogan "Ohne Strom kein Lohn".

(1857) Die Regierung des Kantons Aargau bestätigt den Entscheid seines Departements des Innern (vgl. Nr. 1823 der Chronik) und sperrt Fr. 50'000.-- für eine Plakataktion der Gemeinde Kaiseraugst.

(1858) Der Präsident der SPS wendet sich scharf gegen die Erklärung von 30 prominenten Parteimitgliedern gegen Atom- und Energieinitiative; die Parteileitung werde dazu Stellung nehmen. (Vg. Nr. 1854 der Chronik.)

(1859) Pressekonferenz des Komitees für Atom- und Energieinitiative: bei einem doppelten Ja zu diesen Initiativen wäre es möglich, bis zum Jahr 2020 soweit zu sein, ohne Kernkraftwerke auszukommen. Über 80 Prozent des Atomstroms würden ins Ausland exportiert.

(1860) 21. August: Das Energieforum Schweiz weist den Vorwurf des Initiativkomitees für Atom- und Energieinitiative vom 20. August (Pressekonferenz) zurück, wonach das Forum einen Sinneswandel durchgemacht habe und heute die Initiativen mit Argumenten bekämpfe, die es vor einem Jahr noch als föderalistischen Mittelweg befürwortet habe.

(1861) Der Aargauer Grosse Rat lehnt es ab, auf einen allfälligen Einsatz von Militär zur Durchsetzung des Baues des Kernkraftwerks Kaiseraugst zu verzichten oder entsprechend auf den Bundesrat einzuwirken.

(1862) Die CKW (Centralschweiz. Kraftwerke) geben bekannt, dass im ersten Halbjahr 1984 in ihrem Versorgungsgebiet der Stromverbrauch gegenüber der Vergleichsperiode 1983 um 8,4 Prozent zugenommen habe.

(1863) Die PSR (Ärzte für soziale Verantwortung) setzt sich an einer Pressekonferenz für die Atom- und Energieinitiative ein und warnt vor den Gefahren der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

(1864) Das FME (Forum für Medizin und Energie) nimmt mit grossem Befremden von dieser PSR-Pressekonferenz (siehe vorstehende Kleidung) Kenntnis. Der Betrieb von Kernkraftwerken sei aus medizinischer Sicht unbedenklich.

(1865) 22. August: Der Stadtrat (Exekutive) von Zürich verabschiedet einen Antrag an den Gemeinderat für eine Beteiligung mit 7,8 Mio Franken an der AKEB (Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen), die sich am französischen Kernkraftwerk Cattenom beteiligen möchte.

(1866) Die Gemeindeversammlung von Muttenz lehnt einen Kredit von Fr. 20'000.-für die Unterstützung von Atom- und Energieinitiative mit 230 : 227 Stimmen ab.

(1867) Die SPS-Geschäftsleitung (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) missbilligt die Erklärung von 30 Prominenten der Partei gegen Atom- und Energieinitiative (vgl. Nr. 1854 der Chronik).

(1868) 23. August: Der Direktor des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) an einem Podiumsgespräch: Es sei wenig wahrscheinlich, dass in nächster Zeit die Verbrauchszunahme an Strom abnehmen werde, so dass ein weiteres Kernkraftwerk nach Leibstadt dringend nötig sei.

(1869) 24. August: Anlässlich der Generalversammlung 1984 des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) stellt dessen Präsident fest, wegen der normalen Bedarfszunahme sowie der Substitutionsaufgaben und aus der Sicht des Umweltschutzes ergebe sich eindeutig, dass spätestens in den 90er Jahren weitere Kernkraftwerke in Betrieb genommen werden müssten.

(1870) 27. August: Die EBL (Elektra Baselland, Liestal) hat laut Presseberichten in den ersten sechs Monaten 1984 4,8 Prozent mehr Strom geliefert als im ersten Halbjahr 1983.

(1871) 28. August: An einer Pressekonferenz in Olten veröffentlicht der WWF (World Wildlife Fund) Schweiz eine Untersuchung, deren Ergebnisse die Vermutung nahelegen sollen, dass Kernkraftwerke zum Waldsterben beitrugen.

(1872) Die SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) protestiert in einer Pressemitteilung in aller Form gegen die abwegige Geschichte, wonach die Kernkraftwerke am Waldsterben mitschuldig sein sollen (vgl. vorstehende Meldung). Die zuständigen Fachleute und die verantwortlichen Behörden seien sich einig, dass Waldsterben und künstliche Radioaktivität nichts miteinander zu tun hätten. (vgl. Nr. 1727 der Chronik.)

(1873) 29. August 1984: Pressekonferenz von N;IA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) und GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) im Rahmen der Kampagne für die Atom- und Energieinitiativen. Es wird u.a. erklärt, dass im Falle einer Ablehnung der beiden Initiativen der Kampf der regionalen AKW-Gegnergruppen nicht aufgegeben würde.

(1874) An der Einwohnerratssitzung von Pratteln wird bekanntgegeben, dass sich drei Einwohnerräte mit einer Abstimmungsbeschwerde an den Bundesrat gewandt hätten, um den Aushang von Plakaten für Atom- und Energieinitiative durch die Gemeinde zu blockieren. (vgl. Nr. 1832 der Chronik.)

(1875) Das Bezirksgericht Laufenburg verurteilt zwei Kernkraftwerksgegner u.a. wegen Sachbeschädigung an Geräten einer Firma, die für die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) seismische Messungen durchzufahren hatte. (vgl. Nr. 1130 der Chronik.)

(1876) 30. August: Der Direktor des EWB (Elektrizitätswerk der Stadt Bern) hält gegenüber der Presse fest, die Stadt Bern sei auf Atomstrom angewiesen.

(1877) Gründung einer Schweizerischen Vereinigung der Energiewirtschaftler als Forum für energiewirtschaftliche Diskussionen zwischen Energiewissenschaft, Energiewirtschaft und Energiepolitik auf nationaler und internationaler Ebene in Zürich.

(1878) Das Energieforum Schweiz eröffnet in Zürich und Lausanne eine "Energiewoche". Der Bundespräsident stellt dabei fest, bei der Abstimmung über die Atom- und Energieinitiative handle es sich um eine Weichenstellung, die nicht nur energiepolitisch von grossem Gewicht sei.

(1879) Nach einer von einer Basler Wochenzeitung veranlassten repräsentativen Umfrage in der Region Basel lehnen 68,1 Prozent der Befragten das Kernkraftwerk Kaiseraugst ab, 16,8 Prozent sind dafür. 51 Prozent sind gemäss dieser Umfrage grundsätzlich gegen die Kernenergie, während 26,6 Prozent sie befürworten.

(1880) Veröffentlichung einer Erklärung, mit der sich über 60 Parteisektionen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Naturschutzverbände gegen die Folgerungen des Energieberichts der Basler Wirtschaftsverbände (vgl. Nr. 1852, 1741 der Chronik) wenden.

(1881) 31. August: Die Zürcher Nationalrätin Monika Weber reicht beim Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde gegen die EKZ(Elektrizitätswerke des Kantons Zürich) ein, weil die EKZ Propaganda im Hinblick auf die Abstimmung über Atom- und Energieinitiative mache.
(1882) Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) bezeichnet in einer Pressemitteilung die Behauptung des WWF (World Wildlife Fund) Schweiz als unseriös, wonach das Kernkraftwerk Mühleberg mit den Waldschäden in dessen Umgebung im Zusammenhang stehe. (vgl. Nr. 1871 der Chronik.)

(1883) Die Regierung von Basel-Stadt veröffentlicht ihre Broschüre "Basel gegen KKW Kaiseraugst".

(1884) Rund 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) zeigen sich in einem offenen Brief empört über die unhaltbaren Behauptungen des WWF (World Wildlife Fund) Schweiz, die Kernenergie sei am Waldsterben schuld. (vgl. Nr. 1871 der Chronik.)

(1885) 1. September: Im 1. Halbjahr 1984 hat der Stromverbrauch in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg und Freiburg gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 6 Prozent zugenommen, wie die Presse berichtet.

(1886) Der Presse ist die Begründung zu entnehmen, mit welcher der Regierungsrat des Kantons Aargau der Gemeinde Kaiseraugst verboten hat, Fr. 50'000.-zur Unterstützung von Atom- und Energieinitiative einzusetzen. (vgl. Nr. 1856 der Chronik.)

(1887) 2. September: Demonstration von rund 1800 Personen auf dem Gelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst, wobei u.a. erklärt wird, falls Atom- und Energieinitiative vom Volk abgelehnt würden, so müsse das A-Werk Kaiseraugst und jedes weitere solche Werk dennoch verhindert werden.
Mit einer Gegendemonstration versucht eine kleine Gruppe "Workpeace" (Jugendgruppe des "Basler Manifests", vgl. Nr. 1784 der Chronik) durch Transparente ihren Standpunkt darzustellen. Die Transparente werden von den Widersachern in Brand gesteckt.

(1888) 3. September: Ärzte der PSR (Ärzte für soziale Verantwortung, vgl. Nr. 1863 der Chronik) starten eine "Tour de Suisse" zur Unterstützung von Atom- und Energieinitiative.

(1889) Pressekonferenz des Gemeinderates von Ollon, an der sie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) der Leichtfertigkeit in der Behandlung der Dokumentation der Gegner von Sondierbohrungen der Nagra im Bois de la Glaive bezichtigt. (vgl. Nr. 1729 der Chronik.)

(1890) 4. September: "Die radioaktiven Abgaben der Schweizer Kernanlagen kommen als Ursache des Waldsterbens nicht in Frage." Diese Aussage ist in einer Stellungnahme der KUeR (eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität) und der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen im Bundesamt für Energiewirtschaft) enthalten. (vgl. Nr. 1745, 1871, 1882, 1884 der Chronik.)

(1891) Der Regierungsrat des Kantons Aargau auf eine Interpellation aus dem Grossen Rat: Das AEW (Aargauisches Elektrizitätswerk) als selbständige Staatsanstalt habe mit seiner Information über die Folgen der Annahme von Atom- und Energieinitiative keine untragbare Propaganda gemacht.

(1892) Die NOK (Nordostschweiz. Kraftwerke AG) in einer Pressemitteilung: Das Kernkraftwerk Beznau II habe seinen Betrieb wieder aufgenommen, nachdem während einer sechswöchigen Abschaltung der jährliche Brennelementwechsel und die Revisionsarbeiten stattgefunden hätten. Gleichzeitig seien die letzten Vorbereitungen für die volle Betriebsaufnahme von Refuna (vgl. Nr. 1808 der Chronik) abgeschlossen, nachdem bei Beznau I und II nun je ein Wärmetauscher von 40 Megawatt thermischer Leistung angeschlossen sei.

(1893) 5. September 1984: Der Bundesrat auf eine Anfrage aus dem Nationalrat: er und die Armee ständen einem Einsatz von Truppen im Innern sehr zurückhaltend gegenüber; wie in einer früheren Antwort stelle sich heute die Frage nach einem Einsatz auf dem Gelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst nicht.

(1894) 6. September: Die Basler Wochenzeitung (siehe Nr. 1879 der Chronik) veröffentlicht weitere Ergebnisse aus der von ihr veranlassten repräsentativen Meinungsumfrage: 43,3 Prozent der befragten Nordwestschweizer wünschen weder ein Kernkraftwerk Kaiseraugst, noch ein Kohlekraftwerk Pratteln (vgl. Nr. 1811, 1814 der Chronik), 24,7 Prozent würden Kaiseraugst, 27,3 Prozent Pratteln vorziehen.

(1895) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt an einer Pressekonferenz in Bern bekannt, sie werde ihren Bericht über das Projekt "Gewähr" den Bundesbehörden anfangs 1985 vorstellen. Endlager für alle Arten von radioaktiven Abfällen seien mit den heute vorhandenen Mitteln technisch machbar, und es gäbe in der Schweiz Gesteine, die sich für die Aufnahme von Endlagern eigneten. (vgl. Nr. 1681, 1706 der Chronik sowie nachstehende Meldung.)

(1896) Der Bundesrat beantragt dem Parlament die Ablehnung einer Motion, die verlangt, dass der Termin für das Projekt "Gewähr" der Nagra (vgl. vorstehende Meldung) verlängert werde, dass eine unabhängige Expertengruppe die Nagra überwachen solle und dass radioaktive Abfälle inskünftig nicht mehr im Meer zu versenken seien. Er wolle erst nach dem Vorliegen des Projekts "Gewähr" entscheiden; die Arbeiten der Nagra würden von den staatlichen Organen verfolgt; die Option der Meeresversenkung müsse offen gehalten werden. (vgl. Nr. 1690, 1659, 1752 der Chronik.)

(1897) Das FME (Forum Medizin und Energie) an einer Pressekonferenz: Ein Verzicht auf die Kernenergie sei aus medizinischer und umweltpolitischer Sicht nicht zu verantworten. Kein anderer Energieträger könne mit so wenig Gefährdung menschlicher Gesundheit soviel umweltfreundliche Energie produzieren.

(1898) Vor dem Basler Zivilgericht wird ein Vergleich zwischen dem Schweizerischen Initiativkomitee für die Atom- und die Energieinitiative als Kläger und dem Ueberparteilichen Komitee beider Basel gegen die Atom- und Energieinitiative geschlossen, danach darf letzteres nicht mehr behaupten, das "Kraftwerk Birsfelden wäre verunmöglicht".

(1899) 7. September: Der Stadtrat (Exekutive) von Zürich empfiehlt in einer offiziellen Erklärung die Atom- und Energieinitiative zur Ablehnung.

(1900) Das Groupement vaudois des citoyens favorables aux sondages à Ollon setzt sich an einer Pressekonferenz dafür ein, der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) Sondierbohrungen im Bois de la Glaive zu gestatten. (vgl. Nr. 1889 der Chronik.)

(1901) Die PAI-UDC (Waadtländer Sektion der Schweizerischen Volkspartei) beschliesst, dem Stimmbürger Ablehnung des Gesuches der Nagra um Sondierbohrungen im Bois de la Glaive zu empfehlen (vgl. Nr. 1733 der Chronik).

(1902) 8. September: Die NOK (Nordostschweiz. Kraftwerke AG) gibt bekannt, in den ersten elf Monaten des Geschäftsjahres von Oktober 1983 an habe in ihrem Versorgungsgebiet der Stromverbrauch gegenüber der gleichen Periode im vorhergehenden Jahr um 7,5 Prozent zugenommen.

(1903) 11. September: Der Presse ist zu entnehmen, dass das Initiativkomitee für Atom- und Energieinitiative beim EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) Beschwerde gegen Radio Z eingelegt habe, weil es Werbespots für Strom mit eindeutig politischem Charakter verbreite.

(1904) Laut Presse hat ein Rechtsanwalt beim Bezirksrat Beschwerde gegen den Stadtrat von Zürich eingereicht, der nicht berechtigt sei, Empfehlungen zu eidgenössischen Abstimmungen abzugeben (vgl. Nr. 1899 der Chronik).

(1905) Der LdU-Nationalrat Franz Jaeger, der dem Initiativkomitee für die Atom- und Energieinitiative nahesteht, lanciert in einer grossen Tageszeitung eine Kampagne gegen die Schaffhauser Firma Georg Fischer AG, die er verdächtigt, fehlerhafte Ausrüstung an Kernkraftwerke, u.a. an dasjenige von Leibstadt, geliefert zu haben.

(1906) Das Schweiz. Aktionskomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen wirft in einem Communiqué den Befürwortern dieser Initiativen vor, Desinformation zu betreiben und offensichtliche Unwahrheiten zu verbreiten, und behält sich vor, gerichtlich dagegen vorzugehen.

(1907) 12. September 1984: Die Services industriels de Lausanne geben bekannt, dass in den ersten 6 Monaten 1984 der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet um 5,5 Prozent gegenüber dem 1. Halbjahr 1983 zugenommen habe.

(1908) Der Bundesrat tritt auf das Begehren von drei Prattler Bürgern nicht ein, den Einwohnerratsbeschluss von Pratteln auf Unterstützung der Atominitiative mit Fr. 39'000.-- aufzuheben. (vgl. Nr. 1874 der Chronik.)

(1909) Der Grosse Rat des Kantons Bern lehnt mit 78 zu 48 Stimmen dem Antrag der Regierung entsprechend eine Motion ab, die verlangte, die Regierung müsse bei der BKW (Bernische Kraftwerke AG) vorstellig werden, damit die 2!ZW alle Investitionen für das Kernkraftwerk Graben stoppe.-(vgl. Nr. 1809 der Chronik.)

(1910) 13. September: Pressekonferenz von Vertretern der Aargauer Regierung und Verwaltung, der Eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUeR) sowie der Eidg. Anstalt für das forstliche Versuchswesen zum Thema Kernkraftwerke und Waldsterben. Dabei wird festgestellt, die derzeit verfügbaren Ergebnisse der laufenden Abklärungen sprächen gegen die Vermutung, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Ausstoss geringer Mengen radioaktiver Spaltprodukte aus den Kernanlagen Würenlingen und Beznau und den Waldschäden im unteren Aaretal bestehe. (vgl. Nr. 1871, 1872, 1882, 1884, 1890 der Chronik und nachstehende Meldung.)

(1911) Die SVA (Schweiz. Vereinigung für Atomenergie) fordert den WWF (World Wildlife Fund) Schweiz auf, ihre Inserate zur Abstimmungskampagne über Atom- und Energieinitiative mit der Behauptung eines Zusammenhangs zwischen Kernkraftwerken und dem Waldsterben zurückzuziehen. (vgl. vorstehende Meldung.)

(1912) Durch die Presse wird bekannt, dass das Bundesgericht ein sofortiges Verbot der Propaganda der EKZ (vgl. Nr. 1881 der Chronik) gegen Atom- und Energieinitiative abgelehnt habe. Ein Entscheid über die betreffende staatsrechtliche Beschwerde werde erst nach der Abstimmung vom 23. September gefällt.

(1913) Der Presse ist zu entnehmen, dass der Bezirksrat die Beschwerde gegen den Zürcher Stadtrat (vgl. Nr. 1904 der Chronik) betreffend dessen Stellungnahme gegen Atom- und Energieinitiative erst nach dem Abstimmungstermin vom 23. September behandeln werde.

(1914) Die Solothurner Regierung in Beantwortung von Anfragen aus dem Kantonsrat: Sie erachte es nicht als ihre Pflicht, als Zensoren pointierter Äusserungen von leitenden Persönlichkeiten der Atel (Aare-Tessin AG, Olten) im Rahmen der Kampagne um die Abstimmungen über Atom- und Energieinitiative aufzutreten. - Es sei nicht Aufgabe der Atel, Initiativen zu unterstützen, die sie in der Erfüllung ihrer unternehmerischen Aufgabe wesentlich hindern könnte so dass die Regierung bei der Atel nicht für finanzielle Unterstützung der Initiativen-Befürworter intervenieren wolle.

(1915) Die SAK (St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerke) geben bekannt, im Zeitraum vom 1.10.83 bis 30.6.84 sei eine aussergewöhnliche Zunahme des Stromverbrauchs in ihrem Versorgungsgebiet von 8,2 Prozent gegenüber der gleichen Zeitspanne ab Oktober 1982 festzustellen.

(1916) Der Bundespräsident in einem Zeitungsinterview u.a.: Die Energiepolitik des Bundes habe zum Ziel, drei Mio Tonnen Erdöl (von heute 11 Mio jährlich) zu substituieren. Die Ersetzung von Erdöl durch Elektrizität sei eine nächste Phase. Später müsse der Anteil der Elektrizität stabilisiert werden können.

(1917) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hält in einer Pressemitteilung fest, sie würde keine Sondierstollen anlegen, wenn die Voruntersuchungen am Oberbauenstock, am Piz Pian Grand und im Bois de la Glaive unbefriedigende Resultate bringen wurden. (vgl. Nr. 1688, 1610 der Chronik.)

(1918) 14. September: Die Presse meldet, der Regierungsrat des Kantons Aargau habe in einem Brief an die Basler Regierung ihr Befremden darüber ausgedruckt, dass letztere ihre kürzlich veröffentlichte Broschüre "Basel gegen KKW Kaiseraugst" (vgl. Nr. 1883 der Chronik) an die Mitglieder des Grossen Rates sowie von Gemeinderäten des Kantons Aargau zugestellt habe. Er habe kein Verständnis dafür, dass die politischen Repräsentanten eines Kantons, der im Energiebereich bisher vom Engagement und Einsatz anderer Kantone massiv profitiert habe, so auftrete.

(1919) Der Regierungsrat des Kantons Uri fordert den Bundesrat auf, das Endlagerkonzept für schwach- und mittelradioaktive Abfälle zu überprüfen. (vgl. Nr. 1551 der Chronik.)

(1920) Gemäss Presseberichten verbietet das Bezirksbericht Plessur in Chur in einer superprovisorischen Verfügung der Ueberparteilichen Bewegung gegen Atomanlagen (Ueba) Graubünden aufgrund einer Klage des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke), erneut in Tageszeitungen die Behauptung aufzustellen, die Elektrizitätsgesellschaften bekämpften die Heraufsetzung der Wasserzinsen, weil der teure Strom aus Kernkraftwerken auf Kosten der ohnehin benachteiligten Bergkantone subventioniert werden müsse.

(1921) Gemäss Presseberichten tritt der Regierungsstatthalter in Burgdorf nicht auf die Beschwerde eines Burgdorfer Bürgers ein, der verlangt hatte, die Industriellen Betriebe Burgdorf sollten nicht mehr in der Zeitschrift "Die Elektrizität" gegen die Atom- und Energieinitiativen werben dürfen; ebensowenig auf eine ähnliche Beschwerde des Regionalkomitees Burgdorf für die Atom- und Energieinitiative.

(1922) Die WWZ (Wasserwerke Zug) reichen Strafanzeige gegen Unbekannt ein, die sich gegen die Anbringer von Klebern in der Stadt Zug richtet, auf denen eine zum Totenkopf umgestaltete Glühbirne verbunden mit dem Schriftzug der WWZ dargestellt ist.

(1923) Das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) verbreitet den Lokalradios Raurach und Radio Z bis zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September die Ausstrahlung von Werbespots für Elektrizität. (vgl. Nr. 1903 der Chronik.)

(1924) 15. September 1984: Eine bernische Tageszeitung gibt Resultate einer repräsentativen Umfrage in Stadt und Region Bern bekannt: danach sprächen sich 43 ProzentderBefragtenfürdieAtominitiativeund38Prozentdagegenaus, während 65 Prozent die Energieinitiative befürworten und 15 Prozent sie ablehnen wurden.

(1925) 17. September: Der' Ständerat lehnt mit 31 zu 6 Stimmen ein Postulat ab, mit dem die Überprüfung des Projekts "Gewähr" der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) verlangt wurde. (vgl. Nr. 1895, 1896 der Chronik.)

(1926) 18. September: Der Bundespräsident fordert am Fernsehen DRS die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf, Atom- und Energieinitiative abzulehnen, da ihre Annahme die von der Regierung vorgesehene Energiepolitik verunmöglichen würde.

(1927) Der LdU (Landesring der Unabhängigen) des Kantons Schaffhausen gibt gemäss Pressemeldungen seinem ausserordentlichen Bedauern darüber Ausdruck, dass der LdU-Nationalrat Jaeger massive Anschuldigungen gegen die Firma Georg Fischer AG in Umlauf gesetzt habe. (vgl. Nr. 1905 der Chronik.)

(1928) Der Presse ist zu entnehmen, dass sich 17 prominente Politiker der Zürcher LdU (Landesring der Unabhängigen) in einem Inserat gegen Atom- und Energieinitiative aussprechen, im Gegensatz zur offiziellen Parole der Partei.

(1929) Das Bezirksgericht Zürich verbietet in einer einstweiligen vorsorglichen Verfügung unter Strafandrohung dem Initiativekomitee für die Atom- und Energieinitiative, folgende Aussagen in irgend einer Form weiterzuverbreiten:
Kernkraftwerke vergiften Menschen, Tiere und Pflanzen; in der Nähe der AKW stirbt der Wald schneller. Dies auf eine Klage der NOK (Nordostschweiz. Kraftwerke AG), BKW (Bernische Kraftwerke AG) und KKL (Kernkraftwerk Leibstadt AG) hin.

(1930) Abschluss eines Vergleiches vor dem Basler Zivilgericht: Die Basler Nationalräte Euler und Weder als Exponenten des NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) haben sich bei einem Sissacher Unternehmer (und Präsident der AVE, Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Nordwestschweiz) öffentlich dafür zu entschuldigen, dass sie ihm vorgeworfen hatten, er setze sich deshalb für die Kernenergie ein, weil er Zubehör für Elektroheizungen verkaufe, eine Behauptung, die sich nicht aufrechterhalten lasse.

(1931) 19. September: Das Bezirksgericht Zürich bestätigt seinen Entscheid vom 18. September (siehe Nr. 1929 der Chronik) und verbietet dem Initiativkomitee für die Atom- und Energieinitiative zusätzlich das Verbreiten der Behauptung, 80 Prozent des Stroms aus Kernkraftwerken würden exportiert (vgl. Nr. 1858 der Chronik).

(1932) 20. September: Das Bezirksgericht Plessur hebt seine superprovisorische Verfügung gegen die Ueba Graubünden auf (siehe Nr. 1920 der Chronik.)

(1933) Die Regierung des Kantons Schaffhausen auf eine Kleine Anfrage aus dem Grossen Rat: Das EKS (Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen) mache keine Propaganda gegen die Atom- und Energieinitiativen, habe aber die Pflicht, seine Mitarbeiter und Installationskonzessionare über die Folgen der Initiativen aufzuklären.

(1934) Die Regierung des Kantons Basel-Stadt antwortet auf den Brief der Aargauer Regierung (siehe Nr. 1918 der Chronik): es sei ihr darum gegangen, ihren ablehnenden Standpunkt zum Kernkraftwerk Kaiseraugst darzulegen, und nicht, sich in innerkantonale Angelegenheiten einzumischen.

(1935) 21. September: Der Presse ist zu entnehmen, dass das Landsgericht Uri auf Klage des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) es dem Urner Komitee "Ja für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" verboten hat, zu behaupten, die Elektrizitätsgesellschaften bekämpften die Heraufsetzung der Wasserzinsen, weil der teure Strom aus Kernkraftwerken auf Kosten der ohnehin benachteiligten Bergkantone subventioniert werden müsse. (vgl. Nr. 1920, 1932 der Chronik.)

(1936) 23. September: In der eidg. Volksabstimmung verwerfen die Stimmbürger bei einer Stimmbeteiligung von 41,1 Prozent die Atominitiative (Volksinitiative "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke") mit 931'287 Nein (55 Prozent Nein) gegen 761'524 Ja. Die Energieinitiative (Volksinitiative "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung) wird mit 916'384 Nein (54,2 Prozent Nein) gegen 773'727 Ja ebenfalls abgelehnt. (vgl. Nr. 366, 1720, 1492, 1293 der Chronik.) Nur 4 Kantone und die beiden Halbkantone Basel-Stadt und Baselland nehmen die beiden Initiativen an.

(1937) Die Stimmbürger des Kantons Uri lehnen eine Volksinitiative "zur Wahrung der Volksrechte bei Atomanlagen" ab.

(1938) Die Stimmbürger des Kantons Waadt sprechen sich in einer Konsultativabstimmung dafür aus, die Kantonsregierung habe sich im Vernehmlassungsverfahren zu den Probebohrungen im Bois de la Glaive (Ollon) ablehnend gegen dieses Projekt der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) auszusprechen. (vgl. Nr. 1733 der Chronik.)

(1939 Die Nagra bedauert in einer Stellungnahme den Ausgang der Abstimmung im Kanton Waadt (siehe vorstehende Meldung); falls der Bundesrat die vorgesehenen Sondierungen bewilligt, werde sie in enger Zusammenarbeit mit den Kantonsbehörden und der Gemeinde Ollon dafür besorgt sein, dass bei der Ausführung der Bohrungen die Umweltbeeinträchtigungen möglichst vermieden würden.

(1940) 24. September 1984: Gemäss Meldung einer ägyptischen Nachrichten-Agentur sei zwischen Ägypten und der Schweiz in Kairo ein Abkommen zwecks Zusammenarbeit Ägyptens und der Schweiz im Bereich der Nukleartechnologie paraphiert worden.

(1941) Der Grosse Rat des Kantons Tessin beschliesst, den Staatsrat mit einer Motion zu verpflichten, ein Gesetz vorzulegen, das die Mitsprache des Volkes bei Atomanlagen (Konsultativabstimmung über die Haltung, welche die Kantonsregierung u.a. gegenüber dem Bundesrat bei Vernehmlassungen über Atomanlagen einzunehmen habe) verankern soll.

(1942) 27. September: Die Regierung des Kantons Gründen beantragt gemäss einer Agenturmeldung dem Grossen Rat, eine von den Bündner Sozialdemokraten eingereichte Initiative für ein Gesetz gegen Atomanlagen und -lagerstätten als ungültig zu erklären, da sie gegen kantonales Recht verstosse. (vgl. Nr. 1554 der Chronik.)

(1943) Zwei Nationalräte aus Basel-Stadt resp. Baselland ersuchen die vorberatende Nationalratskommission zum Projekt des Kernkraftwerks Kaiseraugst in einem Brief, auf das umstrittene Werk zu verzichten, da es ernsthaft den Landfrieden gefährden könnte. (vgl. Nr. 1538 der Chronik.)

Anhang I zur Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1984

Parolen zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984 von schweizerischen Parteien und Organisationen
(ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

b = Datum, an welchem dem Chronisten die Parole aus Presse oder Agenturmeldungen bekannt geworden ist
4-stellige Zahl = vgl. die betreffende Nr. der Chronik

Monat			***Energie-Initiative***	***Atom-Initiative***
Mai				
24.		1738 Erdölvereinigung EV	Nein	Nein
29.		Schweiz. Vereinigung für Atomenergie SVA	Nein	Nein
Juni				
1.		1748 Schweiz. Bund für Naturschutz	Ja	Ja
2.		1749 PdA	Ja	Ja
14.		1762 Schweiz. Gesellschaft für Chemische Industrie	Nein	Nein
16.		1767 SPS	Ja	Ja
21.		1779 Energieforum Schweiz	Nein	Nein
23.		Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen (VSEI)	Nein	Nein
24.		Verkehrsclub der Schweiz VCS	keine	Ja
28.		1800 Redressement National	Nein	Nein
28.		1799 Schweiz. Energie-Konsumenten-Verband EKV	Nein	Nein
Juli				
9.	b	Schweiz. Gewerbeverband SGV	Nein	Nein
10.		Schweiz. Wasserwirtschaftsverband	Nein	Nein
10.	b	Schweiz. Stiftung für Landschaftsschutz	Nein	Nein
13.	b	Schweiz. Akademie der technischen Wissenschaften SATW	Nein	Nein
22.	b	Schweiz. Vereinigung Exportierender Elektrizitätsunternehmungen	Nein	Nein
August				
1.		Graphische Unternehmer SVGU	Nein	Nein
4.	b	Schweiz. Hauseigentümerverband HEV	Nein	Nein
7.		Schweiz. Wirteverband	Nein	Nein
16.		Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für die Bergbevölkerung SAB	Nein	Nein
20.	b	Sozialdemokraten zu Atomenergie und Umwelt Nein	Nein	

21.		Verband der Schweiz.Gasindustrie	Nein	Nein
21.		Ärzte für soziale Verantwortung PSR	Ja	Ja
24.		Verband Schweiz. Elektrizitätswerke VSE	Nein	Nein
24.		Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz CNG	Nein	Ja
25.		FDP	Nein	Nein
25.		CVP	Nein	Nein
25.		SVP	Nein	Nein
25.		NA (Nationale Aktion)	Ja	Ja
25.	b	Jungliberale	Nein	Nein
25.	b	Vorort Schweiz. Handels - und Industrieverein	Nein	Nein
25.		EVP	Nein	Ja
25.		Vereinigung schweiz.Angestelltenverbände VSA	Nein	Nein
27.	b	Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB	keine	Ja
27.	b	Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz SGU	Ja	Ja
27.	b	Sozialliberale Partei europäischer Föderalisten	Nein	Nein
27.	b	Schweiz. Elektrotechnischer Verein	Nein	Nein
29.		Schweiz. Gesellschaft der Kernfachleute	Nein	Nein
30.		Junge CVP	Ja	Ja
30.		Jungsozialisten	Ja	Ja
30.	b	Kantonale Energiedirektoren	Nein	Nein
31.		Kettenreaktion	Nein	Nein
31.		Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen SAFB	Ja	Ja

September

3.		Revublikaner	Nein	Nein
3.	b	Schweiz. Ingenieur- und Architekten-Verein SIA	Nein	Nein
4.		SVEA (Evangelische Arbeiter)	Nein	Ja
6.		Vereinigung Schweizer Berggebiete	Nein	Nein
6.		Forum Medizin und Energie	Nein	Nein
7.	b	Evangelischer Frauenbund der Schweiz EFS	Ja	Ja
8.		LPS (Liberale Partei)	Nein	Nein
10.	b	Fédération suisse des cafetiers, restaurateurs et hôteliers	Nein	Nein
10.	b	Junge CVP	Ja	Ja
10.		Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz Aves	Nein	Nein
10.	b	LdU	Ja	Ja
10.	b	Poch	Ja	Ja
10.	b	Vereinigung des Schweiz. Import- und Grosshandels	Nein	Nein
10.	b	Schweiz. Bauernverband SBV	Nein	Nein
10.	b	Kleine und mittlere Bauern VKMB	Ja	Ja
10.	b	Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverband SMUV	Nein	Ja
10.		LFSA (freie Arbeiter-Gewerkschaft)	Nein	Nein
10.		Rheinaubund	Ja	Ja
10.		Schweiz. Energie-Stiftung SES	Ja	Ja
11.		Schweiz. Metall-Union	Nein	Nein
13.		Schweizerischer Eisenbahnerverband SEV	keine	Ja
15.		Energie-Forum Schweiz	Nein	Nein
15.	b	Schweizer Freiheitsbund	Nein	Nein
16.		Pro Libertate	Nein	Nein
18.	b	Verein Frauen für Energie	Nein	Nein

Anhang II zur Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1984

Parolen zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984 von regionalen und lokalen Parteien und Organisationen
(ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

(nicht berücksichtigt sind Parolen von Organisationen und Komitees, die speziell für die Unterstützung oder Bekämpfung der beiden Initiativen gegründet worden sind)

= Datum, an welchem dem Chronisten die Parole aus Presse oder Agenturmeldungen bekannt geworden ist.

			Atom-Initiative	**Energie-Initiave**

Juli

13.		Aargauische Industrie- und Handelskammer	Nein	Nein
19.	b	Groupements Patronaux Vaudois	Nein	Nein

August

3.	b	Linth-Limmatverband	Nein	Nein
3.	b	Basler Manifest	Nein	Nein
4.		Liberale Partei Baselland	Nein	Nein
8.		Brown, Boveri & Cie Baden	Nein	Nein
11.		Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Schaffhausen	Nein	Nein
16.	b	Schweizerische Volkspartei (SVP) des Kantons Bern	Nein	Nein
17.	b	Gewerkschaftsbund Baselland	Ja	Ja
21.		Demokratisches Nidwalden	Ja	Ja
21.		Radicaux neuchâtelois	Nein	Nein
23.		LdU Aargau	Nein	Nein
23.	b	Aargauischer Gewerkschaftsverband	Nein	Nein
24.	b	Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt	Nein	Nein
24.		Tessiner Christlichdemokraten CVP	Nein	Nein
27.	b	SP Graubünden	Ja	Ja
29.		FDP Thurgau	Nein	Nein
30.		Junge SVP	Nein	Nein
29.		Radicaux genevois	Nein	Nein
30.	b	Gasverbund Ostschweiz AG	Nein	Nein
30.	b	Verband Aargauischer Stromkonsumenten	Nein	Nein
31.		St. Galler und Appenzeller Freisinnige	Nein	Nein
31.		Glarner SVP	Nein	Nein
31.	b	St. Galler LdU	Ja	Ja
31.	b	CVP Aargau	Nein	Nein
31.	b	SP Basel-Stadt	Ja	Ja

September

1.		Bündner SVP	Nein	Nein
1.	b	SP Aargau	Ja	Ja
1.	b	Parti démocrate-chrétien genevois	Nein	Nein
1.	b	FdP des Kantons Solothurn	Nein	Nein
1.	b	Landwirtschaftskommission der SVP des Kantons Bern	Nein	Nein
3.	b	Kantonalsektion Bern der Eidgenössisch-demokratischen Union (EDU)	Nein	Nein
3.		Schwyzer Liberale	Nein	Nein
3.	b	Aargauer EVP	Nein	Nein
4.		SP des Kantons Glarus	Ja	Ja
4.	b	CVP Thurgau	Nein	Nein
4.		Baselstädtische FDP	Nein	Nein
5.		FDP des Kantons Zürich	Nein	Nein
5.		LPL des Kantons Luzern	Nein	Nein
5.		Parti radical vaudois	Nein	Nein
5.		FDP Graubünden	Nein	Nein
6.		CVP des Kantons Solothurn	Nein	Nein
6.	b	Sozialdemokratische Partei Freiburg	Ja	Ja
6.	b	Freiburgische Industrie- und Handelskammer	Nein	Nein
6.	b	CVP Baselland	Nein	Nein
7.	b	Gewerkschaftsbund Graubünden	Ja	Ja
7.	b	FDP Bezirk Olten	Nein	Nein
7.	b	Grüne Partei des Kantons Thurgau	Ja	Ja
7.		Jungliberale Bewegung des Kantons St. Gallen	Nein	Ja
7.	b	FDP Baselland	Nein	Nein
7.	b	FDP des Kantons Zürich	Nein	Nein
8.		CVP Graubünden	Nein	Nein
8.	b	SVP Baselland	Nein	Nein
8.	b	CVP des Kantons Bern	Nein	Nein
8.	b	Parti vaudois des paysans, artisans et indépendants	Nein	Nein
8.	b	Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich	Nein	Ja
8.	b	Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich	Nein	Nein
10.		Schweizerisches Gewerbekomitee für die Energieinitiativen	Ja	Ja
11.	b	CVP des Kantons St. Gallen	Nein	Nein
11.		EVP des Kantons St. Gallen	Ja	Ja
11.		FdP-Bezirk Lebern	Nein	Nein

11.		CVP-CSP des Bezirks Bremgarten	Nein	Nein
11.	b	Groupement des industries de la Broye	Nein	Nein
11.		CVP des Kantons Zug	Nein	Nein
11.	b	Aargauischer Wasserwirtschaftsverband	Nein	Nein
12.	b	FDP-Bezirkspartei Untertoggenburg	Nein	Nein
12.	b	Demokratisch-Soziale Partei (DSP) Basel	Nein	Nein
12.	b	CVP Bezirk Andelfingen	Nein	Nein
12.	b	Section jurassienne de l'Association suisse des transports (AST)	keine	Ja
12.		SVP Richterswil	Nein	Nein
13.		Sozialdemokratische Partei Richterswil	Ja	Ja
13.		Grüne Partei Richterswil	Ja	Ja
13.	b	Aargauischer Gewerkschaftsbund	keine	Ja
14.		Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie	Nein	Nein
13.		SVP Winterthur	Nein	Nein
13.	b	Industrie-Vereinigung Schaffhausen	Nein	Nein
13.	b	Naturschutzvereingung Schaffhausen	Ja	Ja
13.	b	Gsunds Schaffhuse	Ja	Ja
13.	b	SP Dulliken	keine	keine
13.	b	Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie	Nein	Nein
13.	b	LdU Thurgau	Ja	Ja
13.	b	Schweizer Bund für Naturschutz, Sektion Oberwallis	Ja	Ja
13.	b	Oberwalliser Gruppe Umwelt und Verkehr	Ja	Ja
13.		Landesring-Bezirkspartei Sargans	Ja	Ja
13.		FdP Bucheggberg	Nein	Nein
13.	b	Jungliberale Bewegung des Bezirks Olten	Nein	Nein
13.	b	Poch Fricktal	Ja	Ja
13.		SVP Uster	Nein	Nein
13.	b	Bund für Naturschutz Baselland	Ja	Ja
13.	b	POBL	Ja	Ja
14.	b	EVP Baselland	Ja	Ja
14.	b	Vereinigung der bündnerischen Wirtschaftsverbände	Nein	Nein
14.	b	Kantonal St. Gallischer Gewerbeverband	Nein	Nein
14.		National-Republikanische Aktion Thurgau	Ja	Nein
14.	b	CVP Weinfelden	Nein	Nein
14.	b	Parti socialiste autonome du sud du Jura	Ja	Ja
14.	b	Jungliberale Bewegung Schaffhausen	Ja	Ja
14.	b	EVP des Bezirks Horgen	Nein	Ja
14.		Parti chrétien-social indépendant du Jura	Ja	Ja
14.	b	Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Basler Wirtschaft	Nein	Nein
14.	b	Basler Gewerkschaftsbund	Ja	Ja
15.	b	FJCRH cafetiers jurassiens	Nein	Nein
15.		Jungliberale Winterthur	Nein	Nein
15.	b	Ligue fribourgeoise pour la protection de la nature	Ja	Ja
15.	b	FDP ticinese	Nein	Nein
15.	b	CVP ticinese	Nein	Nein
15.	b	SP ticinese	Ja	Ja
15.	b	Partito Socialista Autonomo ticinese	Ja	Ja
15.	b	Konsumentenforum ticinese	Ja	Ja
15.	b	Kantonal St. Gallischer Gewerbeverband	Nein	Nein
15.	b	Gewerkschaftsbund GR	Ja	Ja
15.	b	FDP des Kantons Zug	Nein	Nein
15.	b	Associazione Industrie Ticinesi	Nein	Nein
15.		Junges Bern	Ja	Ja
16.	b	Chambre de commerce et de l'industrie Genf	Nein	Nein
16.		Christlichsoziale Parteigruppe der Schweiz Zürich	Nein	Ja
16.		Pro Libertate	Nein	Nein
17.		FDP Dietikon	Nein	Nein
17.	b	SVP Holziken	Nein	Nein
17.	b	Thurgauer Gewerkschaftsbund	keine	Ja
17.	b	CVP Ausserrhoden	Nein	Nein
17.	b	Gewerkschaftsbund Herisau	keine	Ja
17.	b	NA Innerschweiz	Ja	Ja
18.	b	Demokratische Alternative Bern	Ja	Ja
18.	b	CVP Thal	Nein	Nein
18.	b	L'Union des syndicats du canton de Genbve	Ja	Ja

18.	b	Schaffhauser Landesring	Nein	Nein
18.	b	Christlichdemokratische Volkspartei Wädenswil	Nein	Nein
18.		Association jurassienne des propri4taires	Nein	Nein
19.	b	FDP Richterswil	Nein	Nein
19.	b	SP Limmattal	Ja	Ja
19.	b	LdU Dietikon	Mein	Nein
19.	b	Liberale Volkspartei des Kantons Schwyz	Nein	Nein
19.	b	Walliser Gewerbeverband	Nein	Nein
19.	b	Grüne Basel-Stadt	Ja	Ja
19.	b.	Verband der Walliser Wirtschaft	Nein	Nein
19.	b	Christlichsoziale Vereinigung Zug	Nein	Ja
19.	b	Weinländer Grüne Partei	Ja	Ja
19.	b	SP Ramperswil	Ja	Ja
20.	b	FDP Limmattal	Nein	Nein
20.	b	FdP Kappel	Nein	Nein
20.	b	FDP Sektion Heiden	Nein	Nein
20.	b	Freisinnig-demokratische Partei der Stadt Zürich	Nein	Nein
20.	b	Gasverbund Ostschweiz AG	Nein	Nein
20.	b	Junge CVP des Kantons St. Gallen	Nein	Nein
20.	b	Union commerciale valaisanne UCOVA	Nein	Nein
20.		Fédération économique du Valais	Nein	Nein
20.	b	Walliser Gewerbeverband	Nein	Nein
20.		CVP Bezirk Neutoggenburg	Nein	Nein
20.	b	SVP des Kantons Schaffhausen	Nein	Nein
20.	b	Parti libéral-ppn NE	Nein	Nein
20.	b	Parti radical NE	Nein	Nein
20.	b	Parti socialiste NE	Ja	Ja

Anhang III der Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1984

Gründung von Organisationen und Komitees zur Unterstützung oder Bekämpfung der Atom- und Energie-Initiativen, über die an der eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984 entschieden wurde.

(ohne Anspruch auf Vollständigkeit)
b = Datum, an welchem dem Chronisten die Gründung aus der Presse bekannt geworden ist.

Juli

13.	b	Aargauisches Aktionskomitee gegen die Atom- und Energieinitiativen
13.	b	Ausserschwyzer Ja-Komitee für die Atom- und Energie-Initiative
18.	b	Luzerner Komitee gegen die masslosen Atom- und Energie-Initiativen
20.	b	AVES Sektion Limmattal für vernünftige Energiepolitik (gegen Atom- und Energieinitiativen)
25.	b	Komitee gegen Atom- und Energieinitiative Thurgau

August

4.	b	Ueberparteiliches Komitee beider Basel gegen die Atom- und Energieinitiativen
10.		Comité national "Femmes et responsabilités énergétiques"
10.	b	Glarner Aktionskomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen
11.	b	Ueberparteiliches bernisches Aktionskomitee gegen die Atom- und Energie-Initiativen
13.	b	Solothurner Aktionskomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen
14.	b	Frauen für eine verantwortungsvolle Energiepolitik
17.	b	Aargauisches Koordinationskomitee Pro Atom- und Energie-Initiative
18.	b	Schwyzer Aktionskomitee gegen die Atom- und Energie-Initiative
21.		Bündnerisches Aktionskomitee gegen die Atomverbots- und gegen die Energieinitiative
24.		Ueberparteiliches zürcherisches Komitee zur Bekämpfung der eidgenössischen Volksinitiativen
25.	b	Walliser Unterstützungskomitee der Energie-Initiativen
27.	b	St. Gallisches bürgerliches Kantonalkomitee zur Unterstützung von Atom- und Energieinitiative
30.		Canton du Jura, comité "contre la pénurie d'énergie"
31.	b	Comité cantonal contre la pénurie d'énergie Fribourg

September

1.	b	Ueberparteiliches Aktionskomitee gegen Atom- und Energieinitiative Sarganserland
4.	b	Ueberparteiliches Aktionskomitee St. Gallen/Appenzell gegen Atom- und Energieinitiativen
6.	b	Ueberparteiliches Aktionskomitee gegen die Atom- und Energieinitiative Zug
7.	b	Ueberparteiliches Aktionskomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen Obwalden

11. b Bernisches Komitee gegen die Atom- und Energieinitiativen
12. b Comitato d'azione cantonale contro le iniziative atomica ed energetica ticinese
13. b SP-Unterstützungskomitee für zweimal Ja zur Atom- und zur Energieinitiative Kanton Luzern
19. b Baselstädtische Sektion der "Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz" (Aves) (gegen Atom- und Energieinitiativen)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1984 (Ulrich Beck)

(1944) 1. Oktober: Der Presse ist zu entnehmen, dass die Poch (Progressive Organisationen Schweiz) allen interessierten Kreisen die Lancierung einer Verfassungsinitiative vorschlägt, mit welcher Bau und Betrieb eines Kernkraftwerks in der Gemeinde Kaiseraugst und ausserdem bis zum Jahre 2000 Bewilligungen für weitere Kernkraftwerke verboten werden sollen. (vgl. Nr. 1936, 1027, 366 der Chronik.)

(1945) Die AJE (Aktion Jugend und Energie) bezeichnet in einer Pressemitteilung die Lancierung einer dritten Atomverbotsinitiative durch radikale Linkskreise als Unverfrorenheit und fordert den Nationalrat auf, der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zuzustimmen. (vgl. vorstehende Meldung und Nr. 1936, 1538 der Chronik.)

(1946) Der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage: Vom Kernkraftwerk Gösgen sei bisher keine unerfasste Radioaktivität an die Umwelt abgegeben worden, und auch die vom Kernkraftwerk Beznau abgegebenen Emissionen seien unbedeutend. Die Schilddrüsenbelastung von Kleinkindern wären bei einem Störfall unwichtig, weil die Einnahme kontaminierter Nahrungsmittel verhütet werden könne.

(1947) Die Presse berichtet über Recherchen der Regierung der USA über eine angeblich geplante Lieferung einer Schwerwasseranlage aus der Schweiz nach Südafrika, die vermutlich die US-Regierung veranlasse, die Bewilligung für den Transfer von 200 kg. schweizerischen Plutoniums aus Frankreich nach der Schweiz hinauszuzögern. (vgl. Nr. 1827 der Chronik.)

(1948) Der Verein Initiativkomitee für die Atom- und Energieinitiative zieht seine Klage gegen die ATEL (Aare-Tessin AG, Olten) im Strafverfahren zurück (siehe Nr. 1817, 1812 der Chronik).

(1949) 3. Oktober: Mündlich verkündeter Freispruch des vom Initiativkomitee für die Atom- und Energieinitiative eingeklagten Atel-Direktors im Zivilverfahren (siehe oben und 1817, 1812 der Chronik).

(1950) 5. Oktober: Der Presse ist zu entnehmen, dass die AKEB (Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen) am 28. September einen Vertrag mit der EDF (Electricité de France) für die Lieferung ab 1989/90 von Strom aus dem französischen Kernkraftwerk Cattenom abgeschlossen hat.

(1951) Nach Presseberichten ist in Bern eine "Aktion 5% Rabatz" gegründet worden, die dazu auffordert, die Strombezüger sollten auf allen Srtromrechnungen 5% abziehen; damit sollen die Elektrizitätsgesellschaften u.a. gezwungen werden, keine verharmlosende Propaganda über die Gefährlichkeit der Kernkraftwerke zu machen.

(1952) 8. Oktober: Eingabe parlamentarischer Anfragen in National- und Ständerat, worin der Bundesrat u.a. um Auskunft darüber gebeten wird, ob er bereit sei, nochmals Verhandlungen zwecks Aufgabe des Projekts Kernkraftwerk Kaiseraugst aufzunehmen. (vgl. Nr. 1943, 1183, 974, 951, 944, 937, 521 der Chronik.)

(1953) Anlässlich einer Delegiertenversammlung der GPS (Föderation der Grünen Parteien der Schweiz) wendet sich deren Präsident laut Presseberichten gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke; die Grünen würden das Projekt Kaiseraugst weiterhin bekämpfen.

(1954) 9. Oktober: Zweitägige Tagung der DKS (Deutsch-Schweizerische Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen) in Neuenburg, an der u.a. die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Leibstadt und Massnahmen beider Staaten zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen besprochen werden und das Abkommen über die "Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie" paraphiert wird. (vgl. Nr. 1604 der Chronik.)

(1955) Einreichen einer Interpellation im Nationalrat, mit welcher der Bundesrat angefragt wird, ob er bereit sei, Vorkehren in die Wege zu leiten und Massnahmen zu treffen, damit kernenergiefreundliche Regionen Vorteile, u.a. Steuererleichterungen, erhalten könnten.

(1956) Anlässlich der Bilanzpressekonferenz der Motor-Columbus in Baden fordert deren Verwaltungsratspräsident einen baldigen Entscheid der Politiker "so oder so" über den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst. (vgl. Nr. 1952 der Chronik.)

(1957) 16. Oktober: Die Presse veröffentlicht einen offenen Brief von 39 Baselbieter Landräten an den Bundespräsidenten, mit dem ein Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst gefordert wird. (vgl. vorstehende Meldung.)

(1958) 17. Oktober: Zehnjähriges Bestehen des Informationszentrums des Kernkraftwerks Leibstadt, das in dieser Zeit von über 145’000 Personen besucht worden ist.

(1959) 22. Oktober: Gemäss Communiqué des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) haben anlässlich einer Aussprache unter dem Vorsitz des Departementsvorstehers in Ollon die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) und die Gemeinde Ollon an ihren Standpunkten betreffend die von der Nagra geplanten Sondierungen im Bois de la Glaive festgehalten. (Siehe Nr. 1939, 1938 der Chronik.)

(1960) Gemäss Mitteilung der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) an die Presse sind zwei ihrer Mitglieder vom Amtsgericht Olten-Gösgen zu einer Busse, Gerichtskosten und Parteienentschädigung verurteilt worden, weil sie am 1.9.84 den Meteomast des Kernkraftwerks Gösgen besetzt und in 110 m Höhe ein Transparent montiert hatten.

(1961) 23. Oktober 1984: Der Presse ist die Antwort der Berner Regierung auf ein Postulat aus dem Grossen Rat zu entnehmen: Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) dürfe sich zu sie unmittelbar betreffenden Fragen äussern, wobei die Information im Vordergrund stehe, was sachbezogene Meinungsäusserungen nicht ausschliesse, wie dies die BKW beispielsweise im Abstimmungskampf um Atom- und Energieinitiative getan hat.

(1962) 26. Oktober: In Altdorf und Chur finden Aussprachen wie am 22. Oktober in Ollon statt, wobei es um die Sondierpläne der Nagra am Oberbauenstock (Uri) und Piz Pian Grand (Graubünden) geht. (vgl. Nr. 1959 der Chronik.)

(1963) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einem Presse-Communique: Ihre sechste Sondierbohrung, in Leuggern, habe Ende Oktober 800 m Tiefe erreicht, während in den Tiefbohrungen von Riniken, Schafisheim und Kaisten verschiedene Messungen durchgeführt würden. (vgl. Nr. 1813 der Chronik.)

(1964) 30. Oktober: Laut KKW-CH-Quartalsbericht der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) haben die vier in kommerziellem Betrieb stehenden Kernkraftwerke der Schweiz im dritten Quartal netto 3,45 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt, bei einer durchschnittlichen Arbeitsausnutzung von 80,5 Prozent. Das im Probebetrieb stehende Kernkraftwerk Leibstadt lieferte in dieser Zeit 0,7 Milliarden Kilowattstunden. (vgl. Nr. 1737 der Chronik.)

(1965) Die Presse meldet die Unterzeichnung der Verträge über die Lieferung von Kernenergie zwischen den CKW (Centralschweiz. Kraftwerke) und dem EWN (Elektrizitätswerk Nidwalden).(vgl. Nr. 1777 der Chronik.)

(1966) Veröffentlichung der Antwort der Luzerner Regierung auf eine Einfache Anfrage aus dem Grossen Rat: Die CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) hätten das Komitee gegen die Volksinitiative "Für eine umweltfreundliche Energiepolitik" (siehe Nr. 1555 der Chronik) mit Geld unterstützt. Als Aktiengesellschaft privaten Rechts seien die CKW nicht verpflichtet, den betreffenden Betrag bekanntzugeben.

(1967) 2. November: Der SBN (Schweizerischer Bund für Naturschutz) in seiner Stellungnahme zum Verordnungsentwurf über eine "umweltschonende Energieverwendung in Gebäuden" u.a.: Es sei unhaltbar, dass elektrisch beheizte Gebäude nicht unter die Verordnung fallen sollen, was die Elektroheizung einseitig fördere und die Umweltbelastungen vom Gebäude zum Kraftwerk verlagere.

(1968) 3. November: Der Präsident der FDP (Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz) anlässlich einer Delegiertenversammlung der FDP: Es sei grösstes Befremden gegenüber den Stellungnahmen nach dem Urnengang vom 23.9. (siehe Nr. 1936 der Chronik) zu äussern, worin die Verlierer der Abstimmung erklären, der Kampf gehe weiter. Das sei schlechtes Demokratieverständnis und ziele auf die Schaffung einer Art politischen Widerstandsrechts für Minderheiten.

(1969) 5. November: Der Grosse Rat des Kantons Bern bestätigt die Zuteilung der Direktion für Verkehr, Energie- und Wasserwirtschaft an den neugewählten Regierungsrat René Bärtschi, der gegen die Kernenergienutzung eingestellt ist.

(1970) 6. November: An einem Treffen von Kernenergiegegnerorganisationen in Olten wird für den 9. Februar 1985 eine Sitzung zur Beratung einer neuen Anti-Atominitiative festgelegt. (vgl. Nr. 1944 der Chronik.)

(1971) 7. November: Der Bundesrat bekräftigt vor der Presse, er werde nach der Ablehnung von Atom- und Energieinitiative (vgl. Nr. 1936 der Chronik) seine bisherige Energiepolitik weiterfahren, d.h. Energiesparen und Ja zu einem weiteren Kernkraftwerk in diesem Jahrhundert. Er kündigt auch ein Elektrizitätsgesetz zur Steuerung des Stromsparens an.

(1972) Nach Pressemitteilung des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) hat der Stromverbrauch der Schweiz im hydrologischen Jahr vom Oktober 1983 bis September 1984 um 5,5 Prozent zugenommen, d.h. um gut 2 Prozent mehr als die Elektrizitätswirtschaft in ihrem "Sechsten Zehn-Werke-Bericht" prognostiziert hat.

(1973) 9. November: Antwort des Regierungsrats des Kantons Zürich auf zwei Vorstösse aus dem Kantonsrat (laut Presse): Es wäre unverhältnismässig und undemokratisch gewesen, den EKZ (Elektrizitätswerke des Kantons Zürich) zu verbieten, in den Abstimmungskampf zur Atom- und Energieinitiative mit eigenen Stellungnahmen einzugreifen; der Regierungsrat lehne es ab, öffentlich-rechtliche Unternehmungen grundsätzlich an der Meinungsbildung vor Volksabstimmungen auszuschliessen. (Siehe Nr. 1912 der Chronik.)

(1974) 12. November: Die Regierung des Kantons Uri vor dem Landrat: Sie könne dem Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) für Sondierungen am Oberbauenstock nicht zustimmen, wenn nicht über zentrale Anliegen Klarheit geschaffen werde. (vgl. Nr. 1962, 1919 der Chronik.)

(1975) Die Kommission des Grossen Rats von Graubünden zur Vorberatung der kantonalen Initiative für ein Gesetz gegen Atomanlagen (siehe Nr. 1942 der Chronik) beantragt dem Parlament, sie als ungültig zu erklären.

(1976) 13. November 1984: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einer Pressemitteilung unter Bezugnahme auf die bundesrätliche Erläuterung vom 7. November (siehe Nr. 1971 der Chronik): Der Bundesrat scheine bei der Formulierung energiepolitischer Prioritäten den Umweltschutz aus den Augen verloren zu haben, da er von der Substitution von Erdöl mit Strom und Fernwärme aus Kernkraftswerken nichts sage, sondern im Gegenteil ein Elektrizitätsspargesetz als vordringlich halte.

(1977) 14. November: Unterzeichnung eines Vertrags zwischen Ägypten und der Schweiz in Bern für eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie (vgl. Nr. 1940 der Chronik).

(1978) 16. November: Gemäss Pressemitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hat diese in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Geophysikalischen Kommission damit begonnen, im Gebiet der Kantone Schaffhausen und Zürich sowie Baden-Württemberg reflexionsseismische Messungen durchzufahren.

(1979) Die Presse meldet die Auszeichnung des Films "Wie arbeitet ein Kernkraftwerk?" mit dem Silver Award des Internationalen Film- und TV-Festivals von New York, der im Auftrag des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) von einer Zürcher Filmgesellschaft produziert worden ist.

(1980) 17. November: Der Stadtrat (Exekutive) von Zürich auf eine Interpellation aus dem Stadtparlament: Aus dem Plakat "Danke EWZ. Für den Strom zum Fahren", das u.a. in den Fahrzeugen der Städtischen Verkehrsbetriebe zu sehen war, und anderen Reklamen des EWZ (Elektrizitätswerk Zürich) sei keine Abstimmungsempfehlung für die Atom und Energieinitiativen (vgl. Nr. 1936 der Chronik) herauszulesen gewesene und es sei nicht von Atomkraftwerken die Rede gewesen.

(1981) Der Gewerksschaftsbund Langenthal in einem offenen Brief an den Bundesrat: Falls sich der Bundesrat anstelle von Kaiseraugst für den Standort Graben für ein neues Kernkraftwerk entscheiden sollte, würde der Gewerkschaftsbund energisch Widerstand leisten.

(1982) 20. November: Die Energiekommission des Nationalrats beschliesst mit 10 gegen 7 Stimmen, dem Ratsplenum die Ablehnung der parlamentarischen Initiative eines Nationalrats zu beantragen, mit der ein mehrjähriges Moratorium für alle geplanten Kernkraftwerke gefordert wird.

(1983) Die Betreiber der Kernkraftwerke Gösgen und Leibstadt schliessen mit der französischen Cogéma Verträge für Urananreicherungsdienste der Eurodif ab.

(1984) 22. November: Der Grosse Rat des Kantons Graubünden erklärt die Volksinitiative für ein "Gesetz gegen Atomanlagen" für ungültig. (vgl. Nr. 1974 der Chronik.)

(1985) Veröffentlichung der Vox-Analyse der Abstimmung Über Atom- und Energieinitiative (siehe Nr. 1936 der Chronik). Von den "Nein" Stimmenden haben danach 50 Prozent so votiert, weil es keine Alternative zur Kernenergie gebe; Von den "ja" Stimmenden begründeten nach der Analyse 44 Prozent ihr Ja mit ungelösten Problemen wie Abfallagerung, 36 Prozent mit der Gefährlichkeit.

(1986) 23. November: Nach einem schweizerischen Wirtschaftsmagazin hätten in letzter Zeit Background-Gespräche zum Thema Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaseraugst stattgefunden. (vgl. Nr. 1952 der Chronik.)

(1987) 26. November: Ein Vertreter der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG gegenüber der Presse: Die Firma wurde sich dem Gespräch einer mit Kompetenzen ausgestatteten Behörde über einen allfälligen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht verschliessen. (vgl. vorstehende Meldung.)

(1988) Die unabhängige und evangelische Fraktion der Bundesversammlung fragt den Bundesrat in einer dringlichen Interpellation an, ob er zur Aufnahme neuer Verzichtsverhandlungen über das Kernkraftwerk Kaiseraugst bereit sei. (vgl. vorstehende Meldung.)

(1989) Ein Vertreter des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) gegenüber einer Tageszeitung: Für allfällige Verzichtverhandlungen über das Kernkraftwerk Kaiseraugst müsste der Bundesrat vom Nationalrat ein Mandat erhalten. (vgl. vorstehende Meldung.)

(1990) Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom 27. Jahresbericht der KUeR (Kommission für die Überwachung der Radioaktivität), dem zu entnehmen ist, dass auch im Jahre 1983 vom Betrieb der Kernkraftwerke und von den übrigen Atomanlagen keine Strahlengefährdung für die Bevölkerung ausgegangen ist.

(1991) Die Bundesanwaltschaft teilt mit, das Verfahren gegen die Schaffhauser Firma Georg Fischer AG sei eingestellt worden, da sich keine Anhaltspunkte für strafbare Handlungen ergeben hätten (siehe Nr. 1905 der Chronik.).

(1992) 27. November: Der Direktionspräsident der EOS (SA L'Electricité de 1'Ouest-Suisse, Lausanne) anlässlich einer Pressekonferenz: Es sei Zeit, von den Beratungen und Abstimmungen zur Tat überzugehen; in der Romandie sei seit 10 Jahren kein grosses Kraftwerk mehr gebaut worden, sowenig wie leistungsfähige Freileitungen, obwohl der Stromkonsum massiv zugenommen habe. Und ein Direktor der EOS: Die Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben seien nötig, wie auch die Höchstspannungsleitung Galmiz-Genf (siehe Nr. 1663 1630 der Chronik.)

(1993) 28. November 1984: Der VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) in einem Presse-Communique: Das Kernkraftwerk Leibstadt stehe kurz vor der Aufnahme des Dauerbetriebs. Seine Produktionsmöglichkeiten würden in drei bis vier Jahren durch den Landesbedarf absorbiert sein, wenn die Stromverbrauchszunahme im gleichen Masse steige wie letztes 7ahr (vgl. Nr. 1971 der Chronik).

(1994) 29. November: Der Verein zur Unterstützung der Kernenergie "Kettenreaktion fordert in einem Communiqué die Redimensionierung des bestehenden Konzepts für die Alarmierung der Bevölkerung bei KKW-Unfällen, da die bisherigen Annahmen über die Menge der bei einem grossen Unfall aus einem Reaktor entweichenden radioaktiven Stoffe zehnmal zu hoch gewesen seien.

(1995) Das "Basler Manifest" (siehe Nr. 1887, 1784 der Chronik) begrüsst in einer Pressemitteilung die Gesprächsbereitschaft der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG für einen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst (siehe Nr. 1987 der Chronik).

(1996) Die Regierung des Kantons Bern ordnet den neuen Regierungsrat René Bärtschi in den Verwaltungsrat der BKW (Bernische Kraftwerke AG) ab (vgl. Nr. 1969 der Chronik).

(1997) 30. November: 37 Nationalräte fordern mit einer Motion den Bundesrat auf, Gespräche über den Rückzug des Gesuchs für den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst aufzunehmen. (vgl. Nr. 1989, 1957 der Chronik.)

(1998) 4. Dezember: Die Regierungen von Basel-Stadt und Baselland leiten das Vernehmlassungsverfahren zur Umweltverträglichkeitsstudie des Projekts Kohle/Gas-Heizkraftwerk Pratteln ein, das anstelle des Kernkraftwerks Kaiseraugst vorgeschlagen wird. (vgl. Nr. 1811 der Chronik.)

(1999) Die Presse meldet aus den Verhandlungen des Gemeinderats von Kaiseraugst, in einer Vernehmlassung zum Antrag eines Bürgers, die KKW-Kommission solle eine angemessene Vertretung derjenigen 40 Prozent der Stimmbürger erhalten, die den Propagandakredit gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst abgelehnt haben (siehe Nr. 1816 der Chronik), hätte sich eine Mehrheit der Ortsparteien gegen diesen Antrag ausgesprochen.

(2000) Einer Mitteilung der Elektra Baselland (EBL) in der Presse ist zu entnehmen, dass im hydrologischen Jahr Oktober 1983 bis September 1984 der Stromverbrauch im Versorgungsgebiet der EBL um 4,3 Prozent zugenommen hat.

(2001) 5. Dezember: Die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei Basel in einer Resolution: es gebe keinen Grund, weshalb im Falle einer Entschädigung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG die Region Basel speziell zur Kasse gebeten werden sollte. (vgl. Nr. 1986 der Chronik.)

(2002) 6. Dezember: Gemäss Presseberichten habe am 23.11.84 der Regierungsrat des Kantons Bern dem Gemeinderat von Burgdorf auf Anfrage mitgeteilt, auf eidgenössischer Ebene sei die Verwendung öffentlicher Mittel einer Gemeinde für Wahl- oder Abstimmungspropaganda zulässig, nicht aber auf kommunaler Ebene. (vgl. Nr. 1921 der Chronik.)

(2003) 7. Dezember: Die Urner Regierung veröffentlicht ihre Vernehmlassung an den Bundesrat zum Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), am Oberbauenstock Sondierungen vornehmen zu dürfen, mit der die Regierung von Uri erklärt, diesem Gesuch nicht zustimmen zu können (vgl. Nr. 1974 der Chronik.)

(2004) 10. Dezember: Anlässlich einer Presseorientierung gibt die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG bekannt, 1984 werde für das Werk ein Rekordjahr mit einem Höchstwert der Stromproduktion von 7,1 Milliarden Kilowattstunden und entsprechender Arbeitsausnutzung von 89 Prozent.

(2005) 11. Dezember: Der Vorsteher des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) im Ständerat: Der Bundesrat sehe im jetzigen Zeitpunkt keine Möglichkeit und keinen Nutzen, von sich aus der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG neue Verzichtsverhandlungen vorzuschlagen. Hierzu wäre ein Auftrag des Parlaments nötig, das auch den entsprechenden Rahmen festzulegen hätte. (vgl. Nr. 1986, 1997 der Chronik.)

(2006) Veröffentlichung eines Entscheids der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen: sie lehnt eine Beschwerde des Aktionskomitees für vernünftige Energiepolitik, Zürich, gegen die tendenziöse Berichterstattung einer Sendung des Fernsehens DRS ab, bei der es um radioaktive Abfälle ging; in der Verwendung des Wortes Atommüll sei keine manipulatorische Wirkung auf den Zuschauer zu erkennen.

(2007) 13. Dezember: Gemäss Radio DRS überweist der Nationalrat entsprechend dem Antrag seiner Petitionskommission dem Bundesrat eine Petition des "Gruppo Pian Grand" (siehe Nr. 1585 der Chronik) zur Kenntnisnahme.

(2008) Der Zürcher Regierungsrat gemäss Presse auf eine Anfrage aus dem Kantonsrat: er stehe der Kernenergie weiterhin positiv gegenüber und halte Befürchtungen, wonach infolge Auslandabhängigkeit beim Bezug von Ionenaustauscher-Harzen bei internationalen Krisen die Versorgungssicherheit gefährdet würde, für unbegründet, da mindestens für zwei Jahre Vorräte gehalten werden könnten.

(2009) Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei Graubünden beschliesst, den Entscheid des Grossen Rates vom 22. November 1984 (siehe Nr. 1984 der Chronik), die kantonale Volksinitiative für ein Gesetz gegen Atomanlagen als ungültig zu erklären, an das Bundesgericht weiterzuziehen.

(2010) 14. Dezember 1984: Gemäss Presseerklärung der Komitees von Ollon, Misox und Bauen gegen die geplanten Sondierungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) seien sie enttäuscht, dass die Meinung der Bevölkerung bei den Bewilligungsbehörden in Bern zuwenig ernst genommen werde; das Nagra-Konzept habe wissenschaftlich nicht bestanden; die Frage der radioaktiven Entsorgung müsse einer unabhängigen Instanz übertragen werden.

(2011) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einer Pressemitteilung: Durch die bevorstehende kommerzielle Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Leibstadt werde die Atomstromproduktion um fast 50 Prozent steigen. Auch weltweit gesehen, sei mit der Inbetriebnahme von zahlreichen Kernkraftwerken im Laufe 1984 ein markanter Wachstumsschub eingetreten.

(2012) 15. Dezember: Die Kernkraftwerk Leibstadt AG Übernimmt nach erfolgreich verlaufener Testphase (siehe Nr. 1964, 1737 der Chronik) das Werk zum kommerziellen Betrieb.

(2013) Der Gemeinderat von Wettingen auf eine Kleine Anfrage aus dem Stadtparlament: Das EWW (Elektrizitätswerk Wettingen) habe legal gehandelt, als es anlässlich der Abstimmung vom 23.9.84 einen Brief mit der Aufforderung zur Ablehnung von Atom- und Energieinitiative versandte, da es die Pflicht des EWW gewesen sei, über die Folgen der Annahme zu informieren.

(2014) 18. Dezember: Das Bundesgericht in Lausanne entscheidet, die Genfer Volksinitiative "Energie notre affaire" sei wegen der Verletzung des Grundsatzes der Einheit der Materie nicht zur Volksabstimmung zuzulassen, sei aber nicht als ungültig zu erklären, sondern der Genfer Grosse Rat solle sie entweder in zwei Teile trennen, worauf beide Teile dem Volks separat zur Abstimmung vorzulegen seien, oder er solle entscheiden, nur der eine Teil sei zur Abstimmung zu bringen. (vgl. Nr. 1772 der Chronik.)

(2015) 20. Dezember: Der VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) in einer Pressemitteilung: Das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) habe kürzlich mitgeteilt, im Winterhalbjahr 1984/85 werde der Stromverbrauch um schätzungsweise gut 700 Mio Kilowattstunden, d.h. um rund 3 Prozent gegenüber dem Winter 1983/84 zunehmen.

(2016) 22. Dezember: Der Presse ist die Antwort des Berner Regierungsrats auf eine Interpellation aus dem Grossen Rat zu entnehmen: "Die Unabhängigkeit der Universität oder des Physikalischen Instituts (der Universität Bern) ist durch die Mitgliedschaft des Staates in der Schweizerischen Vereinigung für Atomstrom nicht gefährdet." Der betreffende Interpellant kündigt für den Februar eine Motion auf Austritt des Staates aus der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) an.

(2017) 24. Dezember: Der Presse ist die Veröffentlichung einer Erklärung der seit 1973 bestehenden Konferenz der Gemeindepräsidenten im Bereich des geplanten Kernkraftwerks Graben zu entnehmen; danach habe diese "mit Befremden und Besorgnis von gewissen Absichten Kenntnis genommen, das Projekt Kaiseraugst gegen Graben auszuwechseln." (vgl. Nr. 1980 der Chronik.)

(2018) 28. Dezember: Gemäss Presse-Communique der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hat sie zu den Einsprachen Stellung genommen, die gegen die von ihr geplanten geologischen Untersuchungen am Bois de la Glaivaz, am Oberbauenstock und am Piz Pian Grand eingegangen sind. Sie habe verschiedenen Einwendungen Rechnung getragen und ihre Sondiergesuche entsprechend angepasst. (vgl. Nr. 1939, 2003, 1962 der Chronik.)

(2019) Gemäss Presseberichten hat der Bundesrat die Beschwerden des Landkreises Waldshut-Tiengen und zweier Gemeinden in der BRD gegen das Kernkraftwerk Leibstadt abgewiesen. (vgl. Nr. 1661 der Chronik.)

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1985 (Ulrich Beck und Hans Peter Edel)

(2020) 2. Januar: Gemäss Presseberichten wenden sich NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke und GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) in einem „Neujahrsappell“ an Nationalrat und Bundesrat, die alles in ihrer Macht Stehende tun sollen, um einen Verzicht auf das AKW Kaiseraugst zu erreichen.

(2021) 7. Januar: Der Bundesrat in Beantwortung einer Interpellation aus dem Nationalrat: Er halte nichts von einer Bevorzugung kernenergiefreundlicher Regionen und Kantone (siehe Nr. 1955 der Chronik).

(2022) 8. Januar: Laut Presse ist der Stromverbrauch an diesem Tag im Vergleich zum 8.1.84 wegen der strengen Kälte 20% höher.

(2023) 9. Januar: Annahme eines Postulats im Zürcher Gemeinderat (Legislative), mit dem der Stadtrat aufgefordert wird, in eigener Kompetenz ein Darlehen von 14 Mio Franken an die AKEB (AG für Kernenergie-Beteiligungen) als Beteiligung der Stadt an einem

französischen Kernkraftwerk zu beschliessen (vgl. Nr. 1950 der Chronik). Vorher wird ein entsprechender Kreditantrag zurückgewiesen, weil es sich nicht um einen Kredit, sondern um ein Darlehen handle, worüber nicht der Gemeinderat zu beschliessen habe.

(2024) 9./10. Januar 1985: Viele Pressemeldungen über die Zunahme des Stromverbrauchs infolge der Kältewelle der letzten Woche: In Sion wird ein Spitzenbedarf erreicht, der 13% über der höchsten Spitze von 1984 liegt; im Kanton Jura steigt der Stromverbrauch um mindestens 30%; im Netz der BKW (Bernische Kraftwerke) liegt er um rund 25% höher als in der gleichen Periode von 1984, im NOK-Netz (Nordostschweiz. Kraftwerke) an einzelnen Tagen über 31% höher als am gleichen Tag von 1984. Laut VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) habe es dank der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Leibstadt (vgl. Nr. 2012 der Chronik) keine Einbussen in der Stromversorgung des Landes gegeben.

(2025) 10. Januar: In einem Pressecommuniqué teilt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mit, am EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) sei ein Konzept für ein neues, umweltfreundliches System zur Versorgung von Gemeinden mittlerer Grösse mit Raumwärme und Warmwasser in der Entwicklung begriffen. Nämlich das Konzept für einen rasch realisierbaren kleinen Kernreaktor, der einen erheblichen Beitrag an die Luftreinhaltung leisten könne, wenn er anstelle von Öl- und Kohleheizungen eingesetzt werde.

(2026) 11. Januar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt in einer Pressemitteilung bekannt, ihre sechste Sondierbohrung (in Leuggern, vgl. Nr. 1963 der Chronik) sei bei 1300 m Tiefe auf interessante dichte Gesteinspartien gestossen, so dass nun um 200 m tiefer gebohrt werden soll, als ursprünglich vorgesehen.

(2027) In einer Pressemitteilung schreibt das FME (Forum für Medizin und Energie), die aktuelle Kälteperiode bringe wegen erhöhtem Heizölverbrauch eine Mehrbelastung der Luft mit Schadstoffen. Es sei ein Umdenken nötig: der Ersatz von Heizöl durch Strom aus Wasser- und Kernkraftwerken dränge sich aus medizinischer und umweltpolitischer Sicht auf.

(2028) 12. Januar: Die Presse schreibt, nach Informationen der Infel (Informationsstelle für Elektrizitätsanwendung, Zürich) dürfte der Bestand an transportablen Elektroöfen über 1,5 Millionen betragen, die zusammen der Leistung von zwei grossen Kernkraftwerken entsprächen.

(2029) Der Presse ist zu entnehmen, dass die Jase BL (Junge Aktion für eine sachliche Energiediskussion Baselland) auch nach der Abstimmung vom 23.9.84 über die Atom- und Energieinitiativen aktiv bleiben und der einseitigen Informationspolitik in ihrer Region entgegenwirken wolle. (Vgl. Nr. 1781 der Chronik.)

(2030) 14. Januar: Die „Kettenreaktion“ (Verein zur Förderung der Kernenergie in der Schweiz) fordert die Mitglieder der nationalrätlichen Kommission für die Rahmenbewilligung des Kernkraftwerks Kaiseraugst auf, „sich nicht von den schrillen Tönen der Anti-AKW-Aktivisten unter Druck setzen zu lassen. Die von letzteren propagierten Verzichtsverhandlungen (vgl. Nr. 2020 der Chronik) würden dem Willen der Mehrheit des Schweizer Volkes widersprechen.

(2031) 15. Januar: Die in den Kantonsparlamenten von Basel-Stadt und Baselland vertretenen Parteien mit Ausnahme der Liberalen veröffentlichen ein Communiqué, in dem sie sich für einen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst aus staatspolitischen Gründen aussprechen.

(2032) 16. Januar: Laut Pressemeldungen gab der Finanzdirektor des Kantons Aargau eine Absichtserklärung ab, wonach die Nachbargemeinden von Leibstadt an den Steuerabgaben des dortigen Kernkraftwerks mitbeteiligt werden sollen.

(2033) 17. Januar. Die Kommission des Nationalrats für die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst bekräftigt ihren Beschluss vom 17.11.83, dem Ratsplenum die Genehmigung der Rahmenbewilligung zu empfehlen (siehe Nr. 1538 der Chronik).Sie lehnt die Standesinitiativen beider Basel (siehe Nr. 1606, 1599 der Chronik) ab, ebenso einen Antrag aus der Kommission, den Bundesrat mit Verzichtsverhandlungen mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG zu beauftragen.

(2034) 18. Januar: Das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) veröffentlicht seinen Bericht über das Einsprache- und Vernehmlassungsverfahren zu den Sondiergesuchen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Oberbauenstock, Piz Pian Grand und Bois de la Glaive. Die betroffenen Kantone lehnen danach die Gesuche ab. (Vgl. Nr. 2018 der Chronik.)

(2035) 22. Januar: Gemäss Presseberichten hat der Stromumsatz der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) im Jahr 1984 eine Zunahme von 7,1% gegenüber 1983 erfahren (vgl. Nr. 1972, 1862 der Chronik).

(2036) 24. Januar: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) teilt in einem Pressecommuniqué mit, die Produktion von Strom in den schweizerischen Kernkraftwerken sei 1984 gegenüber dem Vorjahr um 17,1% gestiegen und habe 17,3 Mia Kilowattstunden betragen.

(2037) Die Refuna AG gibt bekannt, ihr im Ausbau begriffenes Fernwärmeversorgungsnetz im unteren Aaretal habe während der Kältewelle in der 1. Hälfte Januar seine Bewährungsprobe bestanden. Das Netz habe den Nachweis für die Zweckmässigkeit der Wärmeversorgung durch Kernkraftwerke erbracht. (Vgl. Nr. 1625 der Chronik.)

(2038) 25. Januar: Laut Presse war im Versorgungsgebiet der EBM (Elektra Birseck) während der Kälteperiode in der 1. Hälfte Januar eine Stromverbrauchszunahme von 15% zu verzeichnen.

(2039) 26. Januar 1985: Aus der Presse ist zu erfahren, der Vorsteher der Direktion für Verkehr, Energie und Wasser des Kantons Bern habe in einem Vortrag darauf hingewiesen, dass ein Austausch der Kernkraftwerks-Projekte Kaiseraugst und Graben nicht denkbar sei. (Vgl. Nr. 1969, 1192, 1076, 946, 943 der Chronik.)

(2040) Laut Presseberichten antwortet die Regierung des Kantons Jura auf eine parlamentarische Anfrage, die BKW (Bernische Kraftwerke AG) habe die Entscheidungsfreiheit des Bürgers nicht beeinträchtigt, als sie im Rahmen der Kampagne um Atom- und Energieinitiative (vgl. Nr. 1936 der Chronik) den Strombezügern einen Brief geschrieben habe. (Vgl. Nr. 1961 der Chronik.)

(2041) 28. Januar: Nach einem Zeitungsbericht will der Naturschutzverband des Kantons Bern die eidgenössischen Parlamentarier dieses Kantons in einem Brief aufrufen, sich im Kampf gegen das Waldsterben für wirksame gesetzgeberische Massnahmen, einzusetzen,unter anderem hinsichtlich der Substitution von Erdöl und Kohle durch umweltfreundliche Energieformen, wobei sich der Verbandsausschuss der Tatsache bewusst sei, dass hier von der Kernenergie am meisten zu erwarten ist.

(2042) Der Groupe des habitants riverains contre Verbois nucléaire bestätigt anlässlich seiner Generalversammlung seine Entschlossenheit, sich gegen ein Kernkraftwerk Verbois einzusetzen.

(2043) 30. Januar: Nach Mitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) an die Presse, hat sich im Jahre 1984 im Versorgungsgebiet der BKW die Stromnachfrage gegenüber 1983 um 6,3% erhöht. Der Anteil der Kernenergie an der Gesamterzeugung 1984 sei auf 54,8% gestiegen, im Winterhalbjahr allein auf 60,4%.

(2044) 31. Januar: Der Presse ist zu entnehmen, dass die Regierung des Kantons Graubünden bei den zuständigen Behörden zum zweiten Mal beantragt hat, das Gesuch der Nagra, am Piz Pian Grand Sondierarbeiten vornehmen zu dürfen, abzulehnen (vgl. Nr. 2034, 2003 der Chronik).

(2045) 1. Februar: Gemäss Pressemitteilung des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) hat in der Schweiz im Jahre 1984 der Stromverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 4,5% auf 39,7 Mia Kilowattstunden zugenommen (siehe auch Nr. 1972 sowie Nr. 2036 der Chronik). Im Kanton Tessin betrug die Zuwachsrate 7,7%, in der Romandie 5,2%.

(2046) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einer Stellungnahme an die Presse: Es sei unverständlich und unverantwortlich, dass Behörden, Parteien und Umweltorganisationen den möglichen Beitrag der Kernenergie gegen das Waldsterben kaum oder überhaupt nicht zur Diskussion stellten. Die rasche Realisierung zusätzlicher Kernkraftwerke dränge sich auf. (Vgl. Nr. 1976 der Chronik.)

(2047) 2. Februar: In einer Pressemitteilung schreibt das FME (Forum Medizin und Energie), die Verseuchung der Luft mit Schadstoffen aus Kaminen und Auspuffrohren beeinträchtige nicht nur den Wald, sondern auch die Gesundheit des Menschen. Strom aus Wasser- und Kernkraftwerken anstelle von anderen Energieträgern bedeute wirksamen Umweltschutz.

(2048) 4. Februar: Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Eingang des Berichtes der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) zum „Projekt Gewähr“, mit dem die von den Aufsichtsbehörden verlangten Voraussetzungen zum weiteren Betrieb der Kernkraftwerke (Nachweis, dass die dauernde und sichere Endlagerung gewährleistet ist) geschaffen werden sollen.

(2049) In einem Inserat appelliert der Verein zur Unterstützung der Kernenergie „Kettenreaktion“ an die eidgenössischen Parlamentarier, in der bevorstehenden Sondersession dem Stellenwert von Strom und Kernenergie zur Bekämpfung des Waldsterbens voll Rechnung zu tragen.

(2050) 5. Februar: Anlässlich eines Treffens der Internationalen Kommission für den Schutz der italienisch-schweizerischen Gewässer in Stresa macht die italienische Delegation Bedenken zu den von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Piz Pian Grand geplanten Sondierarbeiten geltend. (Vgl. Nr. 1619 der Chronik.)

(2051) 6./7. Februar: Debatte im Nationalrat zum Bericht des Bundesrates zum Waldsterben. Unter den zu Beginn verworfenen Ordnungsanträgen (angenommen wurden keine) ist auch ein Antrag, den Bundesbeschluss über die Genehmigung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst (vgl. Nr. 2033 der Chronik) auf die Traktandenliste zu setzen, weil Fernwärme aus Kernenergie die Luft nicht mit Schadstoffen belaste. - Ein Antrag, auf allen nicht erneuerbaren Energiequellen und aus Strom aus Kernkraftwerken eine Abgabe zu erheben, die zur Finanzierung von Umweltschutzaufgaben verwendet werden soll, wird abgelehnt.(vgl. Nr. 2034, 2041, 2045, 2047, 2048 der Chronik.)

(2052) 8. Februar: Der Ständerat nimmt vom Bericht des Bundesrates zum Waldsterben Kenntnis, verschiebt aber Beschlüsse dazu auf die Session im März. In der Debatte wird auf die Zweckmässigkeit hingewiesen, Heizöl durch Strom aus Kernkraftwerken zu ersetzen. Anderseits wird behauptet, es sei noch nicht beantwortet, ob A-Werke nicht auch am Waldsterben beteiligt seien (vgl. Nr. 1929, 1910, 1890 der Chronik).

(2053) 9. Februar: Die Presse berichtet, an der Generalversammlung der Aves Region Basel (Aktion für vernünftige Energiepolitik), die 915 Mitglieder zähle, hätten sich die anwesenden rund 100 Personen einstimmig für den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst ausgesprochen.

(2054) Laut Presse hat der Verwaltungsrat der EBL (Elektra Baselland) im Vernehmlassungsverfahren des Kantons Baselland gegen das Projekt eines Kohlekraftwerks Pratteln Stellung genommen (siehe Nr. 1998 der Chonik), das anstelle des Kernkraftwerks Kaiseraugst vorgeschlagen wird.

(2055) Unter dem Motto „Kaiseraugst – wie weiter?“ besprechen rund 90 Kernenergiegegnerorganisationen an einem „Symposium“ neue mögliche Aktionen; eine weitere eidgenössische Initiative solle „ernsthaft geprüft“ werden. (Vgl. Nr. 1944 der Chronik.)

(2056) 13. Februar 1985: Wie der Presse zu entnehmen ist, lehnt die CVP (Christlich-demokratische Volkspartei) Baselland in ihrer Vernehmlassung das Projekt eines Kohlekraftwerkes Pratteln ab. (Vgl. Nr. 1998, 2053 der Chronik.)

(2057) Der Ausschuss für Energiepolitik der FDP (Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz) teilt der Öffentlichkeit mit, er sei gegen ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz (vgl. Nr. 1971, 1976 der Chronik). Er sei dagegen, dass wesentliche Elemente der am 23.9.84 abgelehnten Energieinitiative (siehe Nr. 1936 der Chronik) auf diese Weise durch die Hintertür eingeführt würden und der Volkswille so missachtet werde.

(2058) 14. Februar: Laut Presseberichten wendet sich der baden-württembergische Landesverband des „Bund“ (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland) gegen den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst.

(2059) 15. Februar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) stellt der Öffentlichkeit ihr „Projekt Gewähr“ vor, das sie am Anfang des Jahres fristgemäss dem Bundesrat eingereicht hat (siehe auch Nr. 2048 der Chronik und vgl. Nr. 1895 der Chronik). Sie weist darin nach, dass eine sichere und dauernde Endlagerung aller Arten von radioaktiven Abfällen realisierbar ist.

(2060) Das Kernkraftwerk Beznau II hat die hunderttausendste Betriebsstunde erreicht (vgl. Nr. 1607 der Chronik).

(2061) 19. Februar: für die Fernwärmeversorgung der Region Aarau-Olten aus dem Kernkraftwerk Gösgen wird nach Angaben des Aarauer Stadtammanns den betroffenen Gemeinden eine Konzeptstudie unterbreitet.

(2062) Laut Presse äussert die SP (Sozialdemokratische Partei) Baselland in ihrer Vernehmlassung zum Kohlekraftwerk Pratteln, langfristig müsse die Option Kohle weiterverfolgt werden, doch lasse es die Lage auf dem Strommarkt zu mit einem Entscheid zuzuwarten. Die FDP (Freisinig-Demokratische Partei) Baselland bekräftigt zum gleichen Projekt die Meinung, das Vorhaben sei wegen Umweltbelastung und Kosten politisch und wirtschaftlich nicht vertretbar. (Vgl. Nr. 1998, 2056 der Chronik.)

(2063) 21. Februar: An einer Pressekonferenz erklärt der neue Vorsteher der Berner Stadtbetriebe, die Verwaltungsbauten in der Bundesstadt sollten zur Verringerung des Ölverbrauchs nach Möglichkeit ans Fernheizwerk oder ans Gasversorgungsnetz angeschlossen werden. Dies werde der Gemeinderat von Bern dem Stadtparlament beantragen.

(2064) Die zuständige Kommission des Nationalrats beschliesst, auf die 1980 vom Bundesrat dem Parlament unterbreitete Vorlage für Unterstellung der Energie unter die Warenumsatzsteuer nicht einzutreten.

(2065) Der Bund für Naturschutz Baselland und die Arbeitsgruppe für Natur- und Heimatschutz Baselland lehnen in ihrer Vernehmlassung das Projekt Kohlekraftwerk Pratteln als Schritt in die falsche Richtung ab. (Vgl. Nr. 2062 der Chronik.)

(2066) 24. Februar: Im zweiten Wahlgang für den fünften Sitz des Regierungsrats des Kantons Aargau wird eine sozialdemokratische Kandidatin, die sich seit Jahren als Gegnerin des Kernkraftwerks Kaiseraugst profiliert hat, nicht gewählt.

(2067) 25. Februar: Gemäss Presseberichten spricht sich am Wochenende die FDP-Fraktion (Freisinnig-demokratische Partei) der Bundesversammlung für die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst aus, während sich die Fraktion LdU/EVP (Landesring der Unabhängigen/Evangelische Volkspartei) dagegen wendet.

(2068) 26. Februar: Die Solothurner Regierung vor dem Kantonsrat: Sie wehre sich entschieden dagegen, das Kernkraftwerk „Graben anstelle des Werkes Kaiseraugst zu bewilligen, um dem politischen Druck aus den Kantonen Basel-Stadt und -Landschaft auszuweichen“. (Vgl. Nr. 2039 der Chronik.)

(2069) 28. Februar: Die schweizerische bischöfliche Nationalkommission Iustitia et Pax in einem Communiqué: Sie wolle das eidg. Parlament ersuchen, den Bundesrat zu Verzichtverhandlungen mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG zu veranlassen.

(2070) Das Energieforum Nordwestschweiz fordert in einem Schreiben den Nationalrat auf, der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zuzustimmen.

(2071) 1. März: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in einer Pressemitteilung: Die Sondierbohrung in Leuggern sei bei einer Tiefe von fast 1470 m abgeschlossen worden. In dem erbohrten Gneis und Granit seien sehr wasserdichte Partien angetroffen worden. (Vgl. Nr. 2026 der Chronik.)

(2072) Die Demokratisch-Soziale Partei Basel teilt der Presse mit, sie erteile dem Vorhaben, in Pratteln ein Heizkraftwerk Kohle/Gas zu erstellen, eine klare Absage.

(2073) 4. März 1985: Rund ein Dutzend AKW-Gegner entzünden ein „Warnfeuer“ auf dem Gelände des geplanten Kernkraftwerks Kaiseraugst, das bis zum 16. März Tag und Nacht brennen soll (siehe Nr. 2053 der Chronik).

(2074) Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) vor der Presse: Im Geschäftsjahr Oktober 1983 - September 1984 habe die Stromabgabe in ihrem Versorgungsgebiet um 7,1% gegenüber dem vorhergehenden Geschäftsjahr zugenommen. In zwei bis drei Jahren werde die NOK ihren Versorgungsauftrag nicht mehr mit eigenen Mitteln, sondern nur noch mit Stromimporten — vor allem aus Frankreich - sicherstellen können.

(2075) 5. März: Die Bundesversammlungs-Fraktion der SVP (Schweiz. Volkspartei) spricht sich aus Gründen des Umweltschutzes für die Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst aus und lehnt die Standesinitiativen der beiden Basel ab, mit denen ein Verzicht auf Kaiseraugst verlangt wird.

(2076) Die Bundesversammlungsfraktion der SP (Sozialdemokratische Partei) lehnt die Erteilung einer Rahmenbewilligung für Kaiseraugst ab und unterstützt Verzichtsverhandlungen (vgl. vorstehende Meldung).

(2077) Der Regierungsrat des Kantons Aargau nimmt ein vom Grossen Rat mit 100 zu 27 Stimmen überwiesenes Postulat entgegen, mit dem eine Abgeltung der Aargauer Kernkraftwerkstandorte zugunsten der Aargauer Steuerzahler und Stromkonsumenten verlangt wird. (Vgl. Nr. 2021 der Chronik.)

(2078) Die Liberale Partei Baselland spricht sich in ihrer Vernehmlassung gegen das Kohle/Gas-Heizkraftwerk-Projekt Pratteln aus.

(2079) 6. März: Vorstellung des Projekts Fola (Fernwärmeversorgung Olten-Aarau) vor der Presse, das mit Wärme aus dem Kernkraftwerk Gösgen versorgt werden soll. Es solle noch im Jahr 1985 ein Studienkonsortium gebildet werden. (Vgl. Nr. 1678 der Chronik.)

(2080) Der Präsident der SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) im Pressedienst der SPS: Der allfällige Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst könnte nur mit massivem Polizei- und Armee-Einsatz realisiert werden.

(2081) Die SGU (Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz) fordert in einem Brief an die Nationalräte, auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst zu verzichten, da der Bedarf da für nicht gegeben sei.

(2082) 7. März: Die Bundesversammlungs-Fraktion der CVP (Christlich-demokratische Volkspartei) befürwortet die Erteilung der Rahmenbewilligung an die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, will aber eine Postulat für Flusswasserkühlung einbringen.

(2083) 8. März: Bekanntgabe einer Mitteilung der Landeskanzlei von Baselland in der Presse, wonach am 13.3.85 die Baselbieter Regierung die Nationalrats-Debatte über die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst persönlich verfolgen wolle.

(2084) Der Presse ist zu entnehmen, dass sich die Poch Basel-Stadt (Progressive Organisationen) in ihrer Vernehmlassung gegen ein Kohle/Gas-Heizkraftwerk Pratteln wendet.

(2085) 9. März: Laut Presse spricht sich in ihrer Vernehmlassung die EVP Baselland (Evangelische Volkspartei) gegen das Kohle-Heizkraftwerk Pratteln aus, da der Bedarf da für nicht nachgewiesen sei.

(2086) 11. März: Die Aves Schweiz (Aktion für vernünftige Energiepolitik) nimmt in einem Pressecommuniqu6 mit Befremden Kenntnis davon, dass immer mehr schweizerische Elektrizitätswerke sich für kommende Bedarfsengpässe im Ausland absichern müssten. Sie befürworte die Produktion von Wärme und Strom aus umweltfreundlichen einheimischen Kernkraftwerken, wende sich aber entschieden gegen ein Kohle-Heizkraftwerk Pratteln. (Vgl. Nr. 2073 der Chronik.)

(2087) 12. März: Eine Gruppe „betroffener Frauen aus der Region“ (Basel) fordert laut Presse zu einem „Aktionstag gegen Kaiseraugst“ auf, der anlässlich der Nationalratsdebatte vom 13.3. über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst durchgeführt werden soll.

(2088) 13. März: Viereinhalbstündige Debatte im Nationalrat um die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst. Der Entscheid wird auf die nächste Woche verschoben.

(2089) Demonstration von rund einem Dutzend Personen auf dem Bärenplatz in Bern gegen die Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst.

(2090) Der Verwaltungsratspräsident der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) anlässlich der ordentlichen Generalversammlung: Er erwarte bestimmt, dass der Nationalrat die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst erteile. Könnte dieses Werk nicht gebaut werden, wäre aus politischen Gründen höchstwahrscheinlich Oberhaupt der Schlusspunkt hinter den Kernkraftwerkbau in der Schweiz gesetzt.

(2091) 15. März 1985: Der Bundesrat veröffentlicht seine Botschaft an das eidg. Parlament, mit welcher u.a. um einen Kredit für die Errichtung eines Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle beim EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung, Würenlingen) ersucht, weil solche Abfälle nicht mehr ins Meer versenkt werden sollen. (Vgl. Nr. 1742, 1491, 1480 der Chronik.)

(2092) Die Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt kündigt einen Vorstoss im Grossen Rat an, in welchem gefordert wird, die Eignung kleiner Heizreaktoren für die nukleare Nahwärmeversorgung der Region Basel zu prüfen.

(2093) 18. März: Die Stadt Winterthur will die mögliche Verwendung kleiner Heizreaktoren bei einem späteren Ausbau der Fernwärmeversorgung prüfen. Mit Billigung des Stadtrates überweis t der Grosse Gemeinderat Winterthur ein entsprechendes FDP-Postulat.

(2094) 20. März: Unter Namensaufruf bejaht auch der Nationalrat mit 118 gegen 73 Stimmen bei vier Enthaltungen den Bedarf eines weiteren Kernkraftwerkes und genehmigt die Rahmenbewilligung für das KKW Kaiseraugst. Zuvor schon, am 2. Februar 1983, hat der Ständerat die vom Bundesrat am 28. Oktober 1981 erteilte Rahmenbewilligung mit 32 zu 10 Stimmen gutgeheissen.

(2095) 21. März: Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt verabschiedet einstimmig, bei einer Enthaltung, eine Resolution, in welcher er der Enttäuschung über den zustimmenden Entscheid des Nationalrates zum KKW Kaiseraugst Ausdruck gibt.

(2096) Grosse Befriedigung über den Kaiseraugst-Entscheid des Nationalrates bekundet die Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik) der Region Basel.

(2097) An der Bilanzpressekonferenz der EOS (S.A. de l'Energie de l'Ouest Suisse) vertritt Direktor Alain Colomb die Auffassung, auf den Bedarfsnachweis für Kernkraftwerke sollte künftig verzichtet werden. Colomb argumentiert, ein solcher Nachweis könne nicht wissenschaftlich-objektiv erbracht werden. Insbesondere be fürchtet der EOS-Direktor, durch die Bedarfsklausel würden die speziellen Verhältnisse in den einzelnen Regionen des Landes vernachlässigt.

(2098) 22. März: Das CEL (Consortium d'Etudes de Lucens) veröffentlicht im „Feuille d'avis des cercles de Lucens et Granges" eine ausführliche Information über das Projekt eines zentralen Zwischenlagers für radioaktive Abfälle und bestrahlte Kernbrennstoffe auf dem Gelände des ehemaligen Versuchskernkraftwerks Lucens.

(2099) 23. März: Zwischen 8'000 bis 10'000 Personen demonstrieren auf dem Baugelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst gegen die nun rechtskräftige Rahmenbewilligung. In einer Resolution der Demonstranten wird der Bundesrat aufgefordert, „ernsthafte Verzichtsverhandlungen" einzuleiten.

(2100) Leon Schlumpf erklärt in einem Interview, die Initiative für einen allfälligen Verzicht auf das KKW Kaiseraugst könne nicht von der Landesregierung ausgehen. Ernst Trümpy, Direktionspräsident der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) und Verwaltungsrat der KKW Kaiseraugst AG, hält es für unmöglich, dass die Elektrizitätswirtschaft in dieser Angelegenheit den ersten Schritt macht, denn ein allfälliger Verzicht auf Kaiseraugst sei politisch begründet.

(2101) 25. März: Unter Ratifikationsvorbehalt wird in Bonn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz ein Abkommen zur Regelung der Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiete der Kernenergie unterzeichnet. Es legt fest, dass das innerstaatliche Atomhaftungsrecht auch für die im Nachbarstaat durch ein grenzüberschreitendes nukleares Schadensereignis betroffenen Personen Anwendung findet.

(2102) 26. März: Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes Baselland betont, es bestehe weder der Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk, noch lasse sich der Bau des KKW Kaiseraugst gegen den Willen der betroffenen Region durchsetzen.

(2103) An der Jahresversammlung der Mitglieder des VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) Baselland wird in einer Resolution ausgeführt, ein Kernkraftwerk in Kaiseraugst sei nicht zu tolerieren. Die Grosstechnologie der Atomwirtschaft zerstöre nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch die Demokratie.

(2104) Im Aargauer Grossen Rat werden zwei Postulate zum KKW Kaiseraugst eingereicht. Der eine Vorstoss ersucht die aargauische Regierung, bei künftigen Verhandlungen über ein weiteres Kernkraftwerk ihre guten Dienste anzubieten. Das zweite Postulat fordert den Regierungsrat auf, unmissverständlich klarzumachen, dass das aargauische Aare- und Rheintal kein günstiges Ersatzgebiet für andernorts nicht realisierbare Kernkraftwerke sei.

(2105) Die Basnu (Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt) lehnt das Kohlekraftwerk Pratteln aus Umweltgründen ab und plädiert für dezentrale Alternativen.

(2106) 27. März: Der Presse ist zu entnehmen, dass das NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) beschlossen hat, die eidgenössischen Räte mit einer Petition zu ersuchen, auf das KKW Kaiseraugst zu verzichten.

(2107) 28. März: Der Präsident der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz erklärt vor der FDP Baselland, wenn das KKW Kaiseraugst nicht gebaut werde, bedeute dies eine Kapitulation des Rechtsstaates.

(2108) Der geschäftsführende Ausschuss des Landesrings der Unabhängigen der Schweiz bezeichnet Verzichtverhandlungen zum KKW Kaiseraugst als „unerlässlich".

(2109) Der Bundesrat und die Kantone haben bis Mitte Mai zu einem energiepolitischen Programm Stellung zu nehmen, das durch die kantonalen Energiedirektoren zusammen mit dem EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) ausgearbeitet wurde. Danach sollen Bund und Kantone die bestehenden Möglichkeiten zur rationellen Energieverwendung, zum Einsatz neuer und erneuerbarer Energien und zur Forschung in allen Verbrauchsbereichen konsequent nutzen.

(2110) Erste Lesung des neuen Energiegesetzes im Zuger Kantonsrat. In der Diskussion wird verschiedentlich geltend gemacht, das Gesetz habe „keinen Biss". Beantragte Verschärfungen der Vorschriften finden aber fast durchgehend Ablehnung.

(2111) In Bern veranstaltet der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA) eine Studientagung zum Thema „Fernwärme", an der auch ausführlich über das nukleare Fernwärmeversorgungssystem Refuna beim Kernkraftwerk Beznau sowie über weitere Fernwärmeprojekte bei den Schweizer Kernkraftwerken berichtet wird.

(2112) 29. März: Die aargauische Regierung erklärt sich befremdet darüber, dass in der Femsehsendung „Café Fédéral" zum Thema KKW Kaiseraugst Erklärungen zweier Regierungsräte von Basel-Stadt und Basel-Landschaft ausgestrahlt wurden, während kein Regierungsvertreter des Standortkantons Aargau zum Wort kam.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1985 (Hans Peter Edel)

(2113) 1. April: Mit verschiedenen kleineren Manifestationen wird in Kaiseraugst daran erinnert, dass das Baugelände des Kernkraftwerks vor 10 Jahren durch Gegner dieses Projektes besetzt worden ist.

(2114) 2. April: Die Jase BL (Junge Aktion für eine sachliche Energiediskussion Baselland) erklärt sich befriedigt über die Genehmigung der Rahmenbewilligung für das KKW Kaiseraugst. Die Jase stellt fest, „dass unsere Region gesamtschweizerisch eine Minderheit darstellt, und ruft deshalb jeden demokratischen Bürger auf, die Mehrheitsentscheidungen in vergangenen Abstimmungen zu respektieren".

(2115) 3. April: Gemäss Pressemitteilung des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) ist der Stromverbrauch der rund 2,6 Mio Schweizer Haushalte im Jahr 1984 um 7,5% auf 11,2 Mia kWh angestiegen. Im industriellen Bereich wurde mit 12,8 Mia kWh eine Zunahme um 4,8% registriert. Die Sektoren Gewerbe, Dienstleistungen, Landwirtschaft und öffentliche Beleuchtung verzeichneten mit insgesamt 13,5 Mia kWh einen Anstieg von 2,2%.

(2116) 6. April: Die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) hat ihr Geschäftsjahr 1984 mit einem Gewinn von 18,7 Mio Franken (Vorjahr 18,6 Mio Franken) abgeschlossen. Das Kernkraftwerk erzielte 1984 eine Rekordproduktion von 7,1 (Vorjahr 6,9) Mia kWh.

(2117) Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft bitten den Bundesrat in einem Brief, die Energiedelegationen beider Halbkantone zu einem Gespräch über die Möglichkeiten eines Verzichtes auf das KKW Kaiseraugst zu empfangen.

(2118) 8. April: In einer Klarstellung zu Medienberichten aus den USA über das aussergerichtliche Einigungsverfahren zur Regelung von Schadenersatzforderungen wegen des Störfalls im US-Kernkraftwerk Three Mile Island-2 bei Harrisburg vom 28. März 1979 hält die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) fest, dass der Störfall keinerlei Gesundheitsschäden durch Strahlung bewirkte. Die aussergerichtliche Einigung beruht gemäss Erklärung der Versicherungen auf rein wirtschaftlichen Überlegungen (Vermeidung kostspieliger Prozesse) und stellt in keiner Weise die Anerkennung irgendeiner Schadenersatzpflicht dar.

(2119) 9. April: Gemäss Pressemeldungen drohen die mutmasslichen Urheber eines Sprengstoffanschlages auf die Aluminiumfabrik Martigny mit Gewaltakten gegen Anlagen der EOS (S.A. l'Energie de 1'Ouest Suisse).

(2120) 11. April: Zu Agenturkommentaren anlässlich der Berichterstattung über eine neue Studie des amerikanischen Energieministeriums zum Störfall im KKW Three Mile Island-2 berichtigt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie), dass im Jahre 1979 um Harrisburg keine erhöhte Kindersterblichkeit aufgetreten ist. Dies geht aus umfassenden Untersuchungen des Gesundheitsministeriums des US-Bundesstaates Pennsylvania hervor.

(2121) An einer Pressekonferenz in Däniken wird über die Untersuchungen der SMA (Schweizerische Meteorologische Anstalt) über die Beschattung durch den Kühlturm und den Dampfschwaden des KKW Gösgen informiert. Im Blick auf Inkonvenienzen während der Bauzeit erklärt die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG ihre Bereitschaft, den nächstgelegenen Nachbarn in Mühledorf im Sinne einer freiwilligen Leistung einmalige Entschädigungen auszurichten.

(2122) 12. April: Anlässlich der Fachmesse „Energie 85“ in Winterthur kritisiert der Tessiner Staatrat Fulvio Caccia, Präsident der Eidg. Energiekommission, die wenigsten Kantone seien bereit, ein eidgenössisches Energiespargesetz zu akzeptieren. Caccia betont, es könne und müsse mehr Energie gespart werden.

(2123) Laut Mitteilung des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) erhöhte sich der Energie-Endverbrauch der Schweiz im Jahr 1984 gegenüber 1983 um 4,3% und erreichte damit den bisher höchsten Stand von 712’630 TJ (Terajoule). Dieser Anstieg ist vor allem auf die konjunkturelle Belebung und den witterungsbedingt vermehrten Heizbedarf zurückzuführen.

(2124) In einem Zeitungsartikel erklärt der Direktor der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, die Bauherrschaft würde die Umstellung des Kühlsystems auf direkte Flusswasserkülung unter Verzicht auf Kühltürme als Entgegenkommen gegenüber der Region Nordwestschweiz begrüssen und unterstützen.

(2125) 16. April 1985: Im Zusammenhang mit der in den Kernkraftwerken Gösgen und Beznau angewandten Technik der Wärme-Auskopplung weist die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einer Pressemitteilung darauf hin, dass die Sowjetunion auf dem Gebiete der nuklearen Fernwärme international gegenwärtig deutlich in Führung liegt.

(2126) 18. April: Vor der Generalversammlung des Schweizerischen Pools für Erdbebenversicherung erklärt der Vorsteher des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes) in einem Referat zur Energiepolitik, in der Schweiz sei ein weiteres Kernkraftwerk nötig, um den im nächsten Jahrzehnt voraussehbaren Energiebedarf zu decken.

(2127) 19. April: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) und das amerikanische Energieministerium unterzeichnen in Bern einen Zusammenarbeitsvertrag. Danach werden künftig einschlägige Informationen und Forschungsergebnisse gegenseitig ausgetauscht.

(2128) Der Geschäftsbericht der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hält fest, dass sich die bisherigen Aufwendungen für das KKW per Ende 1984 auf 979,4 Mio Franken belaufen. Wie aus Presseberichten weiter hervorgeht, werden die Projektierungsarbeiten nun technisch überarbeitet.

(2129) Die der CVP (Christlich-demokratische Volkspartei) der Schweiz angehörenden kantonalen Regierungsvertreter unterstützen an einer Zusammenkunft die Arbeiten für einen neuen Energieartikel in der Bundesverfassung.

(2130) 24. April: Das Bundesgericht in Lausanne heisst eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) im Zusammenhang mit der geplanten Probebohrung in Siblingen (Kt. Schaffhausen) gut. Das Obergericht des Kantons Schaffhausen wird durch das Bundesgericht angewiesen, über die seitens der Schaffhauser Regierung rückgängig gemachte Baubewilligung zur Herrichtung des Bohrgeländes zu entscheiden.

(2131) Die Direktion der BKW (Bernische Kraftwerke AG) informiert in Berken (Oberaargau) die Bevölkerung über das projektierte Kernkraftwerk Graben. Es wird betont, dass auf dieses Werk nicht verzichtet werden könne, weil es an realistischen Alternativen fehle und der Strombedarf zunehme. Die BKW-Direktion würde allerdings einem gemischten Kühlsystem (Flusswasser/Kühlturm) den Vorzug geben. So könnte die Höhe des Kühlturms von 120 auf 80 Meter reduziert werden.

(2132) 25. April: In einem Communiqué weist die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) darauf hin, dass die Schweizer Kernkraftwerke in einer amerikanischen Rangliste über die Zuverlässigkeit bzw. Verfügbarkeit im Dauerbetrieb unter insgesamt 165 Reaktorblöcken der westlichen Welt Spitzenplätze belegen. Das KKW Gösgen liegt auf Platz 4, Beznau-2 auf Platz 6, Mühleberg auf Platz 9 und Beznau-1 auf Platz 34.

(2133) 26. April: Das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) veröffentlicht den Bericht der IEA (Internationale Energie-Agentur) über die schweizerische Energiepolitik im Jahr 1984. Die Experten der IEA empfehlen in dieser Studie der Schweiz ausdrücklich, den vorgesehenen Ausbau der Kern- und Wasserkraftwerkskapazitäten sicherzustellen und die Akzeptanz dieser Programme in der Bevölkerung verstärkt zu fördern.

(2134) 27. April: Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Fischereiverbandes stimmt einer Resolution zuhanden des Bundesrates und des Parlamentes zu, in welcher der Verzicht auf projektierte und zum Teil bereits konzessionierte Wasserkraftwerke gefordert wird.

(2135) 29. April: In einem Interview bekräftigt der Vorsteher des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) den Willen der Landesregierung und der eidgenössischen Räte, das Kernkraftwerk Kaiseraugst zu bauen, „sofern die betroffenen Unternehmungen daran nach wie vor interessiert sind.“

(2136) 30. April: Der Verwaltungsrat der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG gibt in einem Communiqué bekannt, die Bauherrschaft werde „der ökologisch möglichen und politisch erwünschten Umstellung des Kühlsystems auf direkte Flusswasserkühlung weiterhin grösste Beachtung schenken“.

(2137) 2. Mai: In Aarau nimmt der Vorsteher des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) zur Frage der Kühlung des Kernkraftwerks Kaiseraugst Stellung. Bundesrat Leon Schlumpf erklärt, die Landesregierung werde diese Frage erneut behandeln und

Lösungen mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG und den betroffenen kantonalen Behörden suchen, „aber auch mit den Behörden der Staaten, mit denen uns gemeinsame Interessen und frühere Minister-Erklärungen verbinden“.

(2138) In einer Botschaft an das beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten, dem zwischen der Schweiz und Ägypten abgeschlossenen Zusammenarbeitsabkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie zuzustimmen.

(2139) 10. Mai 1985: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) will die Öffentlichkeit der Westschweiz besser über ihre Aufgaben informieren. Im Hinblick auf die geplanten Sondierungen am Bois de la Glaivaz (Kt. Waadt) sollen die Kontakte mit den Behörden und mit der Bevölkerung verstärkt werden.

(2140) 11. Mai: Die Delegiertenversammlung der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) verabschiedet energiepolitische Plattformen. Unter anderem werden darin die demokratische Respektierung des Mehrheitswillens „auch in der Energiepolitik“, eine Verminderung der Auslandabhängigkeit, die Förderung umweltfreundlicher Energien sowie ein „politisches Offenhalten der Option Kernenergie“ postuliert.

(2141) In einer Pressemitteilung der EBL (Elektra Baselland) wird festgestellt, dass die EBL-Abonnenten im vergangenen Winterhalbjahr 4,6% mehr elektrische Energie verbraucht haben als im Winter 1983/84.

(2142) Der Presse ist zu entnehmen, dass die GfM (Schweizerische Gesellschaft für Marketing) im März und April 1000 für die Schweiz repräsentative Personen zum Thema Umwelt/Katalysator befragte. Auf die Frage nach den Ursachen des Waldsterbens nannten 59% das Auto, 57% die Industrie und 28% die Heizungen.

(2143) 14. Mai: Der Ausschuss des Bundesrates für Energiefragen ist bereit, mit Regierungsdelegationen der Kantone Basel-Stadt, Baselland und Aargau weitere Gespräche über das Kernkraftwerk Kaiseraugst zu führen. In ihrer Antwort auf diesbezügliches Ersuchen betont die Landesregierung, sie erachte es als angezeigt, die Delegationen der drei Kantonsregierungen gemeinsam zu empfangen. (Vgl. Nr. 2117 der Chronik).

(2144) Die Centralschweizerischen Kraftwerke (CWK) haben 1984 insgesamt 2956 Mio kWh Strom abgegeben, 7,1% mehr als 1983. Bei einem Ertrag von 347 (Vorjahr 330) Mio Fr. weist das Unternehmen einen gegenüber dem Vorjahr praktisch unveränderten Gewinn von 9,5 Mio Fr. aus.

(2145) 15. Mai: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, dass Unbekannte mit der Sprengung von Brücken der Nationalstrasse N13 gedroht haben, falls die geplanten Sondierungen im Misox durchgeführt würden. Die Nagra hat gegen die anonymen Verfasser des Drohbriefes Strafanzeige erstattet.

(2146) Gemäss Mitteilung der EBL (Elektra Baselland) hat sich der Stromkonsum in ihrem Versorgungsgebiet im abgelaufenen Kalenderjahr um 15 auf 455 Gigawattstunden erhöht. Dieser Mehrkonsum von 3,7% (Vorjahr 1,2%) wird auf die kalten Wintermonate und den Aufschwung der Wirtschaft zurückgeführt.

(2147) 18. Mai: Die Bündner Gemeinden Mesocco und Rossa sowie der Regionalverband von Moesano protestieren in einer gemeinsamen Erklärung gegen das Communiqué der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) vom 15. Mai (vgl. Nr. 2145 der Chronik). Es werde versucht, die Gegner der Sondierungen zu „kriminalisieren“.

(2148) 22. Mai: Der Bundesrat erteilt die Rahmenbewilligung für ein Uranlager im Eidg. Institut für Reaktorforschung (EIR) in Würenlingen. Im Gebäude des stillgelegten Reaktors „Diorit“ sollen bis zu 200 Tonnen angereichertes Uran gelagert werden, das der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG gehört. Die Landesregierung ersucht die eidgenössischen Räte, die Rahmbenbewilligung zu genehmigen. Weitere Botschaften des Bundesrates an das Parlament betreffen den Beitritt der Schweiz zu einem Übereinkommen zur besseren Sicherung von Kernmaterial auf Transporten und eine Teilrevision des Atomgesetzes (Regelung der Ausfuhr von technischen Daten zur Nukleartechnologie).

(2149) Die Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität, Olten) teilt mit, dass ihr Energieumsatz im Jahr 1984 auf 14 Mia kWh (Vorjahr 12,1 Mia kWh) angestiegen ist. Die Zunahme des Energieabsatzes habe sich nicht zuletzt dank einer überdurchschnittlichen Eigenproduktion, namentlich von Kernenergie, ergeben. Der Atel-Reingewinn belief sich 1984 auf Mio 19,3 Fr. (Vorjahr Mio 18,9 Fr.).

(2150) 23. Mai: Wie einer Pressemitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) zu entnehmen ist, erreichten die fünf Schweizer Kernkraftwerke im Kalenderjahr 1984 eine Nettostromproduktion von 17,3 Mia kWh. Das entspricht 35,4% der gesamten Landesstromerzeugung. Die im Vergleich zu 1983 massive Steigerung der Produktion von Atomstrom um 17,1% war vor allem dank dem Kernkraftwerk Leibstadt möglich, das am 15. Dezember 1984 den kommerziellen Betrieb aufgenommen hat.

(2151) Der Grosse Rat von Basel-Stadt beschliesst mit 49 zu 20 Stimmen, einen Vorstoss der Liberaldemokraten zur Prüfung der Eignung kleiner Heizreaktoren für die nukleare Nahwärmeversorgung der Region Basel der Regierung nicht zu überweisen. (Vgl. Nr. 2092 der Chronik).

(2152) Die Aargauische Industrie- und Handelskammer nimmt an ihrer Generalversammlung entschieden Stellung zugunsten des Baus des Kernkraftwerkes Kaiseraugst.

(2153) 25. Mai: Die Zeitungen berichten über eine Pressekonferenz der Baselbieter „Arbeitsgemeinschaft für dezentrale Energieversorgung“ (ADEV). Diese vom Ökozentrum Langenbruck angeregte Gruppierung will die Bevölkerung der Nordwestschweiz dazu veranlassen, bei der Verwirklichung von Projekten für eine dezentrale Energieversorgung mitzuhelfen.

(2154) 29. Mai 1985: Der Bundesrat nimmt Stellung zu zwei nationalrätlichen Vorstössen zum Kernkraftwerk Kaiseraugst. Die Landesregierung betont, es sei nicht Sache der Bundesbehörden, sondern ausschliesslich Sache der Elektrizitätswirtschaft, eventuelle Standortvarianten zu Kaiseraugst auszuarbeiten. Nach Ansicht des Bundesrates ist der Standort Kaiseraugst indessen „nach wie vor als für ein Kernkraftwerk geeignet“ zu beurteilen. Gewisse Vorbehalte sieht die Landesregierung nur bezüglich geologischer Verwerfungen und der Notfallorganisation.

(2155) 30. Mai: Die Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) veröffentlicht ihren 7. Tätigkeitsbericht für das Jahr 1984. Bezüglich des „Projektes Gewähr 1985“ der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) kam die Agneb in einer Grobplanung des zeitlichen Ablaufs der Beurteilung des Projektes zum Schluss, dass ein materieller Entscheid des Bundesrates zu „Gewähr“ voraussichtlich nicht mehr im Jahr 1985 gefasst werden könne. (Vgl. Nr. 2048 der Chronik).

(2156) Die Generalversammlung der FRE (Fédération Romande pour l'Energie) stellt fest, um der steigenden Nachfrage nach Elektrizität zu genügen und die Luftverschmutzung zu vermindern, müsse die Schweiz bis zum Jahre 2000 mindestens zwei neue grosse Kernkraftwerke in Betrieb setzen.

(2157) 1./2. Juni-. Das Kernkraftwerk Gösgen wird zum Brennstoffwechsel und zur Durchführung der jährlichen Revisionsarbeiten planmässig abgestellt.

(2158) 3. Juni: Im ersten Block des Kernkraftwerks Beznau wird mit dem jährlich wiederkehrenden Brennelementwechsel und der dazugehörigen Jahresrevision begonnen.

(2159) 4. Juni: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt in Bern ihre 26. ordentliche Generalversammlung durch. Präsident Alain Colomb tritt für eine „zweite Elektrifizierung“ der Schweiz ein, die uns von der Erdölabhängigkeit befreien soll. Als Gastreferent orientiert Manuel Poyatos von der Electricité de France über die Ausdehnung des Elektrizitätseinsatzes in der französischen Industrie.

(2160) Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) haben im vergangenen Jahr insgesamt 7679 Mio kWh Energie umgesetzt, wobei der Stromverbrauch im Versorgungsgebiet um 6,3% auf 5324 Mio kWh anstieg. Wie an der Bilanzpressekonferenz ausgeführt wird, können die BKW ihr Versorgungsgebiet Ende der 80er Jahre nicht mehr mit genügend Strom aus eigenen Produktionskapazitäten inkl. Beteiligungen beliefern. Es brauche daher eine Übergangslösung.

(2161) Der Energieumsatz der Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität) betrug im Geschäftsjahr 1984/85 mit rund 14 Mia kWh fast 2 Mia kWh mehr als in der Vorjahresperiode. Wie an der Bilanzpressekonferenz berichtet wird, stieg die Produktion der Atel-eigenen Werke von 5,3 auf 5,8 Mia kWh. Aus Kernkraftwerken stammten 51% des erzeugten Stroms. Ohne das KKW Leibstadt wäre die Schweiz im vergangenen kalten Winter auf Nettoimporte von über 1 Mia kWh angewiesen gewesen.

(2162) Der aargauische Grosse Rat überweist zwei Postulate zum Kernkraftwerk Kaiseraugst an die Regierung. Das eine Postulat fordert den Regierungsrat des Kantons Aargau auf, bei weiteren Verhandlungen über das KKW Kaiseraugst vermittelnd zu wirken. Der zweite Vorstoss ersucht die Regierung, sich gegen „jene Vorstellungen zu wenden, die im Aaretal und im Rheintal ein günstiges Ersatzgebiet für andernorts angeblich nicht realisierbare Kernkraftwerke sehen“. (Vgl. Nr. 2104 der Chronik).

(2163) 5. Juni: Laut der vom BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) veröffentlichten Elektrizitätsstatistik 1984 wurden in der Schweiz im vergangenen Jahr 5,1% Strom weniger erzeugt als 1983. Insgesamt belief sich die Stromerzeugung 1984 auf 49,2 Mia kWh, während der Stromverbrauch um 4,5% auf 39,7 Mia kWh anstieg. Die Stromerzeugung durch Kernenergie hat um den Rekordwert von 17,4% auf 17,4 Mia kWh zugenommen (die Übereinstimmung der beiden Ziffern 17,4 ist Zufall, nicht Irrtum). Seit das Kernkraftwerk Leibstadt am Netz ist, beträgt der Anteil der Kernenergie an der Schweizer Stromproduktion 35,4%.

(2164) 14. Juni: Der Direktor des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft), Dr. E. Kiener, erklärt vor dem Schweizerischen Energie-Konsumenten-Verband, aus der Sicht des Bundes sei der weitere Ausbau der Kernenergie unerlässlich, wenn der steigende Stromverbrauch gedeckt werden solle. Da jegliche Ersatzlösung für Kaiseraugst auf Widerstand stosse und Zeit koste, führe kein Weg an Kaiseraugst vorbei. Bei gleicher Gelegenheit betont BEW-Direktor Kiener unter Bezugnahme auf Presseberichte, die Endlagerung radioaktiver Abfälle aus der Schweiz in China stehe gegenwärtig nicht zur Diskussion.

(2165) 16. Juni: Die IEA (Internationale Energie-Agentur) in Paris empfiehlt der Schweiz in ihrem Jahresbericht 1984, die Koordination unter den Kantonen bei der Verwirklichung von Energiesparmassnahmen zu verbessern, den geplanten Ausbau der Energieerzeugung aus Kern- und Wasserkraftwerken zu sichern und eine Politik der Abkehr vom Ölverbrauch zu verfolgen. (Vgl. Nr. 2133 der Chronik).

(2166) 18. Juni: Wie am 20. März 1985 der Nationalrat lehnt auch der Ständerat die beiden Standesinitiativen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft ab, die einen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst verlangten. Die Ablehnung erfolgt je mit 28 zu 7 Stimmen (vgl. Nr. 2094 der Chronik).

(2167) Im Bundesblatt wird das Gesuch der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG veröffentlicht, die thermische Nennleistung des KKG von 2808 auf 3002 MW zu erhöhen. Im Gesuch wird ausgeführt, mit den vorhandenen Komponenten und Systemen sei eine Erhöhung der thermischen Nennleistung um etwa 7% möglich, ohne dass Änderungen oder Ergänzungen in der Anlage vorzunehmen wären.

(2168) Der Finanzdirektor des Kantons Aargau erklärt im Grossen Rat, der Aargauer Regierungsrat werde sich weiterhin für eine Flusswasserkühlung des KKW Kaiseraugst einsetzen. Es sei auf deutscher Seite diesbezüglich Verständnis vorhanden.

(2169) 20. Juni 1985: Bundesrat Alphons Egli spricht vor dem Energieforum Schweiz über energierelevante Aspekte der Gesetzgebung zum Schutze der Umwelt. Der Vorsteher des EDI (Eidg. Departement des Innern) bezeichnet in diesem Zusammenhang die Kernenergie als die umweltfreundlichste Art der Energieerzeugung.

(2170) 21. Juni: Der Direktionspräsident der BKW (Bernische Kraftwerke AG) erklärt vor der Generalversammlung der Aktionäre, aus Gründen des Umweltschutzes müsse das Erdöl als Energieträger vermehrt durch Elektrizität ersetzt werden. Es liessen sich gesamtschweizerisch ungefähr 600'000 t Erdöl einsparen, wenn die Abwärme ohnehin vorhandener Kernenergieanlagen genutzt würde. Der Präsident des BKW-Verwaltungsrates betont, bei realistischer Beurteilung der energiewirtschaftlichen Situation könne auf das geplante Kernkraftwerk Graben nicht verzichtet werden.(Vgl. Nr. 2160 der Chronik).

(2171) 24. Juni. Die Delegation für Energiefragen des Bundesrates empfängt Regierungsvertreter der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau zu einem Gespräch über das Kernkraftwerk Kaiseraugst. (Vgl. Nummer 2143 der Chronik). Wie tags darauf im Bundeshaus mitgeteilt wird, lehnte der Bundesrat es ab, eine Vermittlerrolle zu spielen, sicherte aber die weitere Prüfung einer möglichen Umstellung der Kühlung des KKW Kaiseraugst auf Flusswasserkühlung zu.

(2172) 24./25. Juni: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) veranstaltet in Zürich eine Informationstagung zum Thema „Die Zukunft der Kernenergie - Neue Aspekte der Kerntechnik", an der über 200 Personen aus acht Ländern teilnehmen. Namhafte Referenten aus dem In- und Ausland orientieren über den technischen Entwicklungsstand forgeschrittener Reaktorsysteme und über wichtige Ergebnisse der Reaktorsicherheitsforschung.

(2173) 25. Juni: Wie der Presse zu entnehmen ist, wurde als neue politische Gruppierung das „Forum Kaiseraugst" gegründet. Zu den „vorrangigen Aufgaben" des Forums gehöre „die Verhinderung des Atomkraftwerks Kaiseraugst durch Ausschöpfung aller Rechtsmittel".

(2174) 27. Juni: An der Generalversammlung der Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität) erklärt der Präsident des Verwaltungsrates, M. Kohn, die schweizerische Elektrizitätswirtschaft halte am Bau des Kernkraftwerkes Kaiseraugst fest und wolle den Ausbau nuklearer Fernwärmeversorgungen fördern. Unter Bezugnahme auf kürzliche Äusserungen des Präsidenten der Schweizer Erdöl-Vereinigung betont der Verwaltungsratspräsident der Atel, allein schon zur Gewährleistung einer diversifizierten und sicheren Energieversorgung sei eine Reduktion des Erdölanteils am schweizerischen Wärmemarkt anzustreben. (Vgl. Nr. 2161 der Chronik)

(2175) Das NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) und die GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) führen in einem Communiqué aus, „das sture Festhalten des Bundesrates" am Kernkraftwerk Kaiseraugst zeuge von wenig staatsmännischer Weitsicht und leiste der Konfrontationspolitik in dieser Angelegenheit Vorschub. NWA und GAK wollen die Lancierung einer neuen Volksinitiative prüfen, „um dieser Konfrontationspolitik entgegenzuwirken und zu erreichen, dass auf Kaiseraugst verzichtet wird."

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1985 (Hans Peter Edel)

(2176) 2. Juli: Der Verwaltungsrat der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG bewilligt die für die Weiterführung des nuklearen Baubewilligungsverfahrens erforderlichen Mittel und erklärt sich bereit, mit einer Regierungsdelegation beider Basler Halbkantone zu einem Gespräch zusammenzutreffen. Laut Geschäftsbericht 1984 rechnet die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG damit, dass bei verzugsfreier Abwicklung des Verfahrens zur Erteilung der nuklearen Baubewilligung und bei reibungslosem Bau die Stromproduktion Mitte der neunziger Jahre aufgenommen werden kann.

(2177) 5. Juli: Aufgrund der Stellungnahmen zum vorgeschlagenen Elektrizitätswirtschaftsgesetz (vgl. Nummern 1971 und 1976 der Chronik) empfiehlt eine Mehrheit der EEK (Eidg. Energiekommission) dem Bundesrat, auf dieses Vorhaben zu verzichten. Wie das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) im gleichen Zusammenhang mitteilt, wird auf die geplante Bundesverordnung über die umweltschonende Energieverwendung in Gebäuden verzichtet. An deren Stelle soll das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) zuhanden der Kantone eine Musterverordnung ausarbeiten.

(2178) 10. Juli: Wie der Presse zu entnehmen ist, schlägt die Kommission „Umwelt und Energie" der Evangelischen Volkspartei des Kantons Zürich der Parteileitung vor, im künftigen Aktionsprogramm für einen beschränkten Ausbau der Kernenergie einzutreten.

(2179) Gemäss Mitteilung der Kernkraftwerk Leibstadt AG hat das KKL als fünftes schweizerisches Kernkraftwerk seit der Aufnahme des kommerziellen Betriebes am 15. Dezember 1984 rund 4,8 Mia kWh Strom produziert. Dies entspricht 97% der theoretisch möglichen Elektrizitätsproduktion der Anlage.

(2180) 12. Juli: In Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses erklärt der Regierungsrat des Kantons Bern, die Direktion der BKW (Bernische Kraftwerke AG) prüfe, ob das geplante Kernkraftwerk Graben teilweise mit Flusswasser gekühlt werden könne. Damit werde ein Anliegen der bernischen Regierung erfüllt.

(2181) 13. Juli: Im Kernkraftwerk Leibstadt beginnt die erste Jahresrevision mit teilweisem Wechsel der Brennelemente. Bei gleicher Gelegenheit sollen die Messingrohre des Kondensators durch solche aus Titan ersetzt werden.

(2182) 19. Juli 1985: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, dass sie für ihre Abklärungen bis Ende 1984 insgesamt 211 Mio Franken aufgewendet hat. Davon entfielen 152 Mio auf Tiefbohrungen in der Nordschweiz und andere erdwissenschaftliche Untersuchungen sowie auf das unterirdische Felslabor auf der Grimsel.

(2183) 23. Juli: Wie die Presse berichtet, sind gegen das Gesuch der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG um Erhöhung der thermischen Nennleistung des KKW Gösgen von 2808 auf 3002 MW keine Einsprachen eingereicht worden (vgl. Nr. 2167 der Chronik).

(2184) 31. Juli: In Beantwortung einer Anfrage aus dem Kantonsrat gibt der Regierungsrat des Kantons Zürich bekannt, eine Machbarkeitsstudie habe ergeben, dass es möglich und sinnvoll wäre, die Wärme aus den Kernkraftwerken Beznau-I und -II auch in den Zürcher Limmattalgemeinden sowie in der Stadt Zürich zu nutzen. Nun soll geprüft werden, welche Trägerschaft für diese eventuelle Erweiterung des projektierten Fernwärmesystems Transwal in Frage käme.

(2185) Einzelne Zeitungs- und Radiojournalisten berichten in grosser Aufmachung über die Behauptung einer anonymen Gruppe „Wilde Katze“, beim Ausbau der Messingrohre im Kondensator des Kernkraftwerks Leibstadt (vgl. Nummer 2181 der Chronik) seien temporär eingesetzte Arbeiter durch radioaktiven Staub kontaminiert worden. Sprecher der KKL-Betriebsleitung und der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) weisen diese Vorwürfe zurück. Sie unterstreichen, dass die notwendigen Strahlenschutzmassnahmen ergriffen worden sind. Obwohl einige Hilfskräfte anfänglich in dieser Hinsicht zu wenig Disziplin zeigten, ist es zu keinen Kontaminationen gekommen, die ein Gesundheitsrisiko hätten bedeuten können.

(2186) 1. August: Etwa 100 Personen folgen dem Aufruf der GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) zu einer Kundgebung auf dem Baugelände des Kernkraftwerks Kaiseraugst. Als „Kaiseraugst-Schwur“ werden Bereitschaftserklärungen zu fünf verschiedenen Aktionen „bürgerlichen Ungehorsams“ unterzeichnet.

(2187) 6. August: Das Kernkraftwerk Mühleberg, das seine hunderttausendste Betriebsstunde absolvierte, wird zur Vornahme der Jahresrevision und des 12. Brennstoffwechsels programmgemäss für die Dauer eines Monats abgeschaltet.

(2188) Gemäss einer Pressemitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) belief sich die Nettostromerzeugung der schweizerischen Kernkraftwerke im zweiten Quartal 1985 auf 5,03 Milliarden kWh. Dies entspricht im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres einer Produktionssteigerung um 56%. Die starke Zunahme der Atomstromproduktion erklärt sich durch die Elektrizitätserzeugung des neuen Kernkraftwerks Leibstadt. Die durchschnittliche Arbeitsausnutzung der fünf Schweizer KKW erreichte im zweiten Quartal mit 79,9% wiederum einen im internationalen Vergleich hervorragenden Wert.

(2189) 8. August: Mit einem Presse-Communiqué nimmt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) Stellung zu einer sog. Literaturstudie der Zürcher Firma Infras. Diese in einer Schriftenreihe des BUS (Bundesamt für Umweltschutz) erschienene Publikation „Radioaktivität und Waldsterben“ formuliert als Schlussfolgerung die Behauptung, die Frage, ob und inwieweit radioaktive Emissionen aus Nuklearanlagen für Waldschäden mitverantwortlich seien, könne heute weder mit Ja noch mit Nein beantwortet werden. Die SVA erinnert darum an die klare Feststellung der KUeR (Eidg. Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität) und der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) vom 28. August 1984: „Die radioaktiven Abgaben der Schweizer Kernanlagen kommen als Ursache des Waldsterbens nicht in Frage.“

(2190) 9. August: Das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) gibt bekannt, dass die Regierung der Vereinigten Staaten dem vor rund zwei Jahren eingereichten Gesuch der Schweiz entsprochen hat, aus Frankreich 200 kg Plutonium zur Wiederverwendung zurückzuführen. Das Plutonium stammt aus amerikanischem Kernbrennstoff, der nach seinem Einsatz im KKW Beznau in Frankreich wiederaufgearbeitet worden ist.

(2191) 21. August: Der Bundesrat beantragt dem Parlament, der totalrevidierten Verfassung des Kantons Basel-Landschaft die eidgenössische Gewährleistung zu erteilen. Zum Paragraphen 115 dieser Verfassung, der die Baselbieter Regierung verpflichtet, Atomanlagen auf Kantonsgebiet oder in der Nachbarschaft zu bekämpfen, stellt der Bundesrat fest, dass mit der Gewährleistung keine inhaltliche Stellungnahme verbunden sei. Die Landesregierung betont, sie erachte eine Bestimmung, welche die Haltung des Kantons für künftige Vorhaben im Bundesinteresse zum voraus festlegt, als problematisch, weil sie einseitig kantonale oder regionale Sonderinteressen fixiere und eine Einigung im konkreten Fall erschwere. Die energiepolitische Beurteilung des Bundesrates, wonach die Kernenergie einen wichtigen Pfeiler unserer Energieversorgung darstellt, könne dadurch nicht beeinflusse werden, dass ein Kanton seine Behörden für unbegrenzte Zeit zur Opposition verpflichte. Der Fortgang des Bewilligungsverfahrens für das Kernkraftwerk Kaiseraugst wird nach Feststellung des Bundesrates durch die neue Verfassungsbestimmung nicht beeinflusst.

(2192) 22. August: In Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses aus dem Jahr 1979 führt der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt aus, eine ausreichende Energieversorgung sei „gänzlich ohne Kernenergie nicht erreichbar“. In der Energiepolitik dürften „die allgemeinen energiepolitischen Zusammenhänge, auch auf der nationalen und internationalen Ebene, nicht ausser acht gelassen

werden“. Die Basler Regierung betont: „Die Opposition gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst war und ist gegen den Standort dieses Werkes gerichtet.“

(2193) Das Baubewilligungsverfahren für die umstrittene Sondierbohrung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bei Siblingen/Kt. Schaffhausen zieht sich weiter in die Länge. Das vom Bundesgericht zur materiellen Entscheidung veranlasste Schaffhauser Obergericht hat die Angelegenheit „zur rechtsgenügenden Standortabklärung an den Regierungsrat des Kantons Schaffhausen zurückgewiesen“. (Vgl. Nr. 2130 der Chronik)

(2194) 22. August 1985: Mit einer Pressekonferenz und einer Broschüre verlangt der Schweizerische Friedensrat, es sei die eidgenössische Forschungspolitik auf dem Gebiet der Kerntechnologie den Bestimmungen des Atomsperrvertrages anzupassen, damit diese Forschung und Entwicklung nicht zur atomaren Aufrüstung beitragen könne.

(2195) 23. August: Das EDI (Eidg. Departement des Innern) veröffentlicht eine Pressemitteilung zu der vom BUS (Bundesamt für Umweltschutz) herausgegebenen Literaturstudie „Radioaktivität und Waldsterben“ der Zürcher Firma Infras (vgl. Nr. 2189 der Chronik). In diesem Communiqué legt das BUS Wert auf die Feststellung, dass es den Bericht lediglich publiziert habe, „ohne ihn inhaltlich zu werten“. Die Pressemitteilung unterstreicht, dass die Wertung durch die Eidg. Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR) und die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) als fachlich zuständige Stellen für Fragen der Umweltradioaktivität unternommen wurde. Beide Gremien bestätigen dazu ihre Feststellung vom August 1984, dass ein Einfluss auf das Waldsterben durch die Abgaben der Schweizer Kernanlagen ausgeschlossen werden kann.

(2196) 27. August: Die Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) bekundet Genugtuung über die Pressemitteilung des Eidg. Departementes des Innern zur Publikation der Infras-Studie „Radioaktivität und Waldsterben“ durch das BUS (Bundesamt für Umweltschutz). Die Aves erinnert daran, dass vor der letztjährigen Abstimmung über die Atom- und die Energieinitiative verschiedene Kernkraftwerkgegner-Organisationen versucht haben, „in demagogischer Weise aus der behaupteten Schädlichkeit der Radioaktivität Kapital zu schlagen“.

(2197) Eine Westschweizer Zeitung berichtet aufgrund einer Indiskretion über den Inhalt eines Vorentwurfs zum neuen, totalrevidierten Atomgesetz. Danach sollen die Standortkantone geplanter Kernkraftwerke und anderer nuklearer Einrichtungen ein Vetorecht gegen derartige Anlagen erhalten. Weiter sehe der Entwurf vor, dass bisherige Standortbewilligungen für KKW, deren Inhaber vor Ende 1983 kein Gesuch um eine Rahmenbewilligung eingereicht haben, entschädigungslos verfallen. Davon betroffen wäre das Projekt Verbois der EOS (S.A. l'Energie de 1'Ouest-Suisse) im Kanton Genf.

(2198) 30. August 1985: Der Präsident des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke), Dr. Jörg Bucher, betont anlässlich der Generalversammlung im Fürstentum Liechtenstein, die Zweckmässigkeit des Bedarfsnachweises für neue Kernkraftwerke sei nicht mehr gegeben. Laut Bucher sollte der Bedarfsnachweis deshalb anlässlich der Totalrevision des Atomgesetzes abgeschafft werden. Weiter spricht sich der VSE-Präsident für ein couragiertes Engagement der Elektrizitätswerke im Wärmesektor aus.

(2199) 2. September: In der schriftlichen Antwort auf eine Motion Weder (LdU, Basel-Stadt) betont der Bundesrat, dass seiner Meinung nach die Tätigkeit der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) unabhängig genug und für die Öffentlichkeit transparent überwacht und überprüft werde. Weder hatte die Einsetzung einer unabhängigen Expertengruppe sowie öffentliche Hearings über die Arbeiten der Nagra gefordert.

(2200) 4. September: Der Bundesrat verlängert die Frist, die er den nuklearen Sicherheitsbehörden zur Begutachtung des „Projekts Gewähr 198511 einräumt, über den 31. Dezember 1985 hinaus. Die Landesregierung betont, die Prüfung des im Januar 1985 von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) eingereichten „Projekts Gewähr 1985“ (vgl. Nr. 2048 der Chronik) sei sehr aufwendig und zeitraubend. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die Gründlichkeit und wissenschaftliche Seriosität dieser Prüfung nicht unter Zeitdruck leiden dürfen. Die Betriebsbewilligungen für Kernkraftwerke bleiben bis zum Abschluss der Begutachtung in Kraft.

(2201) 6. September. Gemäss Mitteilung der KBG (Kernkraftwerk-Beteiligungsgesellschaft AG) haben sich die drei schweizerischen Elektrizitätsunternehmen BKW (Bernische Kraftwerke AG), EOS (S.A. l'Energie de l’Ouest-Suisse) und NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) durch einen Vertrag mit der EDF (Electricité de France) auf die Dauer von 10 Jahren Energiebezugsrechte entsprechend einer Leistung von 550 MW gesichert. Die Stromlieferungen aus Frankreich sollen mit der für Anfang der neunziger Jahre vorgesehenen Inbetriebnahme der beiden Nuklearblöcke Cattenom-3 und -4 im Departement Moselle beginnen und dazu beitragen, Versorgungsenpässen infolge der Verzögerungen im schweizerischen Kraftwerksbau vorzubeugen. für den Erwerb des zehnjährigen Energiebezugsrechts hat die KBG einen Beitrag in der Höhe von 1 Mia Schweizer Franken an die Investitions- und Betriebskosten zu leisten.

(2202) 7. September: Bei der Vorbereitung der Herbstsession der eidgenössischen Räte beschliessen die Fraktionen der SVP (Schweizerische Volkspartei) und der CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) Nichteintreten auf die vom Bundesrat 1980 vorgeschlagene Unterstellung der Energieträger unter die Wust(Warenumsatzsteuer). Die sozialdemokratische Partei beschliesst Stimmfreigabe zur Energie-Wust. Die Fraktion der FDP (Freisinnig-Demokratischen Partei) hat sich schon früher dagegen ausgesprochen.“ (mit 103 zu 36 Stimmen „Nichteintreten“, 17.9.85)

(2203) 9. September: Die Gewährleistungskommission des Ständerates befasst sich mit der neuen Baselbieter Kantonsverfassung (vgl. Nr. 2191 der Chronik). Die Mehrheit der Kommission beurteilt die Verfassungsbestimmung, wonach der Kanton Basel-Landschaft Kernanlagen auf seinem Gebiet oder in der Nachbarschaft zu bekämpfen hat, als nicht bundesrechtswidrig und empfiehlt dem Plenum, die neue BL-Verfassung zu gewährleisten.

(2204) Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG teilt mit, dass das Verwaltungsgericht des Kantons Aargau im sogenannten „Feldwegstreit“ in Gutheissung ihrer Klage die Gemeinde Kaiseraugst angewiesen hat, der Gesellschaft zwei durch das künftige Kraftwerkgelände führende Feldwege im Abtausch gegen eine neue Gemeindestrasse abzutreten.

(2205) 10. September 1985: Die Nationale Koordination der AKW-Gegner fordert den Bundesrat auf, die Stillegung der schweizerischen Kernkraftwerke auf den 1. Januar 1986 anzuordnen. Mit der Aufhebung der Frist für das „Projekt Gewähr“ breche die Landesregierung ihr früheres Versprechen, dass die Atomkraftwerke abgeschaltet wurden, falls bis Ende 1985 der Nachweis für die sichere Endlagerung des Atommülls nicht erbracht sei, schreibt die Organisation.

(2206) 11. September: Der Bundesrat beantragt dem eidgenössischen Parlament einen Verpflichtungskredit von höchstens 15 Mio Franken für die weitere Zusammenarbeit der Schweiz mit der Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung des Hochtemperaturreaktors (HTR).

(2207) Das Kernkraftwerk Mühleberg hat nach der fünf Wochen beanspruchenden Jahresrevision den Betrieb wieder aufgenommen.

(2208) 14. September: Laut Presseberichten bestätigte Bundesrat Leon Schlumpf auf Anfrage, entgegen früheren Zeitungsmeldungen (vgl. Nr. 2197 der Chronik) sehe die geplante Revision des Atomgesetzes kein Vetorecht für Standortkantone von Kernenergieanlagen vor. Grundsätzlich werde es keine Änderung der geltenden Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen geben.

(2209) 16. September: Nach Abschluss der rund zweimonatigen ersten Jahresrevision steht das Kernkraftwerk Leibstadt wieder im Vollbetrieb.

(2210) 18. September: Die bernische Presse berichtet, dass eine von der Energiefachstelle der Stadt Bern im Auftrag des Gemeinderates ausgearbeitete Variantenstudie für die Fernwärmeversorgung von Bern-West nun vorliegt. Die Studie untersucht die Versorgung mit Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Mühleberg mit Einbezug der Nutzung von Deponiegas aus der Kehrichtdeponie Teuftal, ferner den Ausbau des heutigen Fernheizwerkes der Kehrichtverbrennungsanlage von Bern sowie die gasbetriebene Wärmeversorgung für Bern-West.

(2211) 19. September: Der Nationalrat verwirft mit 44 : 31 Stimmen ein Postulat Robbiani (SP, Tessin), das eine Überprüfung des Kernenergiebedarfs gemessen am Bruttosozialprodukt verlangte. Bundesrat Schlumpf verweist dabei auf den in jüngster Zeit gestiegenen Endenergieverbrauch, was die Landesregierung in ihren langfristigen Perspektiven bestätige.

(2212) Mit einer Motion verlangt Nationalrat Helmut Hubacher (SP, Basel-Stadt), für die Erstellung von Atomkraftwerken solle solange ein Moratorium erlassen werden, bis die gesetzlichen und vom Bundesrat selber definierten Bedingungen für ein „Projekt Gewähr“ erreicht worden seien (vgl. Nr. 2200 der Chronik).

(2213) 20. September: Wie die BKW (Bernische Kraftwerke AG) in einem Pressecommuniqué bestätigen, müssen im Kernkraftwerk Mühleberg nach 14 Jahren Betrieb die Rohre der beiden Umwälzschleifen des Reaktors ersetzt werden. Es ist vorgesehen, die normale Jahresrevision 1986 für die erforderlichen Arbeiten um anderthalb bis zwei Monate zu verlängern. Die BKW betonen, dass das Kernkraftwerk Mühleberg bis zur vorgesehenen Revision ohne Risiko weiterbetrieben werden könne. Die aufgetretenen Korrosionsrisse stellten kein Sicherheits-, sondern ein Unterhaltsproblem dar.

(2214) 21. September: In einer Resolution ruft die Delegiertenversammlung des WWF Schweiz die Politiker und Behörden dazu auf, keine weiteren Konzessionen für Wasserkraftwerk-Projekte mehr zu erteilen. Den Ausbauwünschen der Elektrizitätswirtschaft solle auf gesetzlicher Ebene Einhalt geboten und wirksame Massnahmen gegen den ungebremsten Verbrauch und Export von Strom eingeleitet werden.

(2215) Das EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen feiert mit einem Besuchstag und einem Betriebsfest sein 30jähriges Bestehen.

(2216) 22. September: Die Stimmbürgerinnen und -bürger der Solothurner Gemeinden Dulliken und Starrkirch-Wil lehnen die Planungskredite für einen Beitritt zum Studienkonsortium Fola (Fernwärmeversorgung Olten-Aarau) mit einem Nein-Stimmenanteil von je über 62% ab. Die Gemeindeversammlungen von Schönenwerd, Däniken und Gretzenbach hatten den Planungskrediten zuvor schon zugestimmt.

(2217) 25. September: Mit 21 zu 19 Stimmen verweigert der Ständerat dem „Kernenergie-Artikel“ der totalrevidierten Verfassung des Kantons Basel-Landschaft die Gewährleistung (vgl. Nr. 2191 und 2203 der Chronik). Gemäss diesem Paragraphen 115 “wirkt der Kanton Basel-Landschaft darauf hin, dass auf dem Kantonsgebiet oder in dessen Nachbarschaft keine Atomkraftwerke nach dem Prinzip der Kernspaltung, Aufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe und Lagerstätten für mittel- und hochradioaktive Rückstände errichtet werden“.

(2218) Die erste öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichts bezeichnet die als Folge der geplanten Untersuchungen der Nagra im Misox eingereichte Bündner Volksinitiative „ für ein Gesetz gegen Atomanlagen und Atomlagerstätten“ als bundes- und kantonsrechtswidrig. Eine staatsrechtliche Beschwerde der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Graubünden gegen die Ungültigerklärung der Initiative durch den Bündner Grossen Rat wird vom Bundesgericht daher abgelehnt.

(2219) In Wien wird an einer Pressekonferenz mitgeteilt, dass sich die österreichische Elektrizitätswirtschaft darum bemühe, mehr Strom aus der Schweiz beziehen zu können.

(2220) Mit der 5 km langen Verbindungsleitung zu den Gemeinden Villigen, Stilli und Rüfenach kann das letzte Teilstück der regionalen Fernwärmeversorgung im Unteren Aaretal (Refuna) in Betrieb genommen werden. Das Refuna-Hauptnetz ist damit fertiggestellt.

(2221) 26. September: Der Ständerat bewilligt mit 35:0 Stimmen 28,3 Mio Franken für dringliche Bauvorhaben der ETH (Eidg. Technische Hochschulen) und der Annexanstalten. Davon sind 7,9 Mio Franken für ein Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung in Würenlingen bestimmt.

(2222) 30. September: Der Bundesrat erteilt der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) die Bewilligung, im Hinblick auf ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Stoffe in den Gemeinden Ollon/VD, Bauen/UR sowie Mesocco und Rossa/GR geologische Untersuchungen vorzunehmen. Es handelt sich dabei um die Standorte Bois de la Glaivaz, Oberbauenstock und Piz Pian Grand. Vorläufig ausgesetzt bleibt der Entscheid über die Bewilligung des Baus von Sondierstollen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1985 (Hans Peter Edel)

(2223) 1. Oktober: Anlässlich der Jahres-Pressekonferenz der Motor-Columbus AG, Baden, wird bekannt gegeben, dass die Geschäftsführung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG demnächst von der Motor-Columbus (MC) an die Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität, Olten) übergehen werde und dass Michael Kohn nach zehnjähriger Amtsausübung auf den Zeitpunkt der kommenden Generalversammlung als Präsident des MC-Verwaltungsrates demissioniere.

(2224) In einem Bericht zuhanden des Grossen Rates schätzt der Regierungsrat des Kantons Bern die Zunahme des kantonalen Gesamtenergieverbrauchs bis zum Jahre 1990 auf 11%. Dieser zusätzliche Bedarf soll laut Bericht vor allem durch mehr Elektrizität und mehr Erdgas gedeckt werden. Die bernische Regierung rechnet damit, dass ab 1995 Strom aus dem Kernkraftwerk Kaiseraugst zur Verfügung steht.

(2225) 2. Oktober: Der Zürcher Stadtrat nimmt ein Postulat entgegen, das die Prüfung des Einsatzes nuklearer Klein-Heizreaktoren für die Erzeugung von Fernwärme verlangt.

(2226) 3. Oktober: Helga Steeg, Exekutivdirektorin der IEA (Internationale Energie-Agentur), erklärt an einer Tagung des Energieforums Schweiz in Bern, im Verlaufe der neunziger Jahre werde der Welterdölmarkt wieder unter Druck geraten, was entsprechende Risiken mit sich bringe.

(2227) 8. Oktober: Im Beisein zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland wird das Kernkraftwerk Leibstadt offiziell eingeweiht. Bundesrat Leon Schlumpf unterstreicht in seiner Ansprache die Verantwortung der Landesregierung für eine umweltschonende Energiepolitik, die auf dem Boden und nach den Regeln des demokratischen Rechtsstaates erfolgen müsse. Der Vorsteher des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) führt weiter aus, bei der unerlässlichen Verstärkung der Elektrizitätsproduktion sei die Kernenergie der einzige Energieträger, der die auf Mitte des nächsten Jahrzehnts absehbare Versorgungslücke verhindern könne.

(2228) 11. Oktober: Nach einem Pressebericht haben Bundesrat Alphons Egli und der Aargauer Regierungsrat Kurt Lareida in Bonn mit Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und Regierungsvertretern des Bundeslandes Baden-Württemberg über eine mögliche Flusswasserkühlung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst verhandelt (vgl. Nr. 2168 und 2171 der Chronik).

(2229) 12. Oktober: Rund 400 Personen beteiligen sich im Misox an einer Protestkundgebung gegen die von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) vorgesehenen und vom Bundesrat bewilligten geologischen Untersuchungen am Piz Pian Grand in den Gemeinden Mesocco und Rossa (vgl. Nr. 2222 der Chronik).

(2230) Laut Meldung einer Presseagentur hat der Verwaltungsratspräsident der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, Eugène Tappy, auf Anfrage präzisiert, der Übergang der Projekt- und Geschäftsleitung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG von der Motor-Columbus an die Atel (vgl. Nr. 2223 der Chronik) werde im Laufe des Jahres 1986 erfolgen.

(2231) 14. Oktober: Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) und das Eidg. Departement des Innern (EDI) teilen mit, die Bundesrepublik Deutschland habe ihr grundsätzliches Einverständnis mit der allfälligen Umstellung des Kühlsystems im Kernkraftwerk Kaiseraugst auf Flusswasserkühlung erklärt. Die BRD mache ihre Zusage jedoch von einer Lösung der noch ungeklärten Aufteilung der Kühlkapazität des Rheins abhängig (vgl. Nr. 2228 der Chronik).

(2232) 15. Oktober: An einer Pressekonferenz wird mitgeteilt, dass neun Mitglieder der Eidg. Energiekommission den Bundesrat in einem Brief ersucht haben, die Arbeiten für ein Stromspargesetz zügig weiterzuführen. Die Unterzeichner des Schreibens, unter ihnen

auch Kommissionspräsident Fulvio Caccia, waren in der Minderheit, als die Energiekommission der Landesregierung beantragte, auf den Erlass eines Elektrizitätswirtschaftsgesetzes zu verzichten (vgl. Nr. 2177 der Chronik). Auch die Vertreter verschiedener Umweltschutzorganisationen verlangen die sofortige Ausarbeitung eines Elektrizitätsspargesetzes, ebenso der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB).

(2233) 18. Oktober: Die Umweltbehörden der italienischen Regionen Lombardei und Piemont wenden sich in einem Communiqué gegen die geplanten Untersuchungen der Nagra am Piz Pian Grand im Misox. Die italienische Regierung wird um Intervention ersucht (vgl. Nr. 2222 und 2229 der Chronik).

(2234) Im Rahmen einer Pressefahrt erklärt der Präsident des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke), Naturschutz sei für die Elektrizitätswirtschaft kein toter Buchstabe. Zugleich verweist VSE-Präsident Dr. J. Bucher auf die Pflicht zur ausreichenden Versorgung des Landes mit Elektrizität und auf das Bedürfnis der Bergkantone und -Gemeinden nach günstigem Strom sowie nach dauernden Einnahmen aus der Nutzung der Wasserkraft.

(2235) 22. Oktober 1985: Gemäss dem Regierungsprogramm 1985-1989 will der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft auf den Bau eines Kohle-Gas-Heizkraftwerks bei Pratteln verzichten. Die BL-Regierung erklärt, dieser Entscheid stütze sich auf die Auswertung der hierzu durchgeführten Vernehmlassung (vgl. Nr. 1998 und 2056 der Chronik).

(2236) Eine Repräsentativumfrage im Auftrag des Regionaljournals Basel von Radio DRS ergibt, dass ein Verzicht auf Kühltürme beim Kernkraftwerk Kaiseraugst bloss 6,4% der A-Gegner in der Region Basel von ihrer Opposition abbringen würde. Von den 500 Befragten wären auch dann noch 64% gegen das KKW Kaiseraugst.

(2237) 23. Oktober: Die Energiekommission des Nationalrates befasst sich mit dem zwischen der Schweiz und Ägypten unterzeichneten Zusammenarbeitsabkommen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie (vgl. Nr. 2138 der Chronik). Die Kommission beschliesst, vom Bundesrat einen Zusatzbericht über das ägyptische Nuklearprogramm sowie über die entwicklungspolitischen und aussenwirtschaftlichen Aspekte des Abkommens zu verlangen. Im weiteren stimmt die Energiekommission der vom Bundesrat erteilten Rahmenbewilligung für ein Uranlager im Eidg. Institut für Reaktorforschung in Würenlingen (EIR) zu (vgl. Nr. 2148 der Chronik) .

(2238) 24. Oktober: 170 Parlamentarier aus 15 verschiedenen Kantonen veröffentlichen einen Aufruf zur Energiepolitik. In diesem Manifest wird ausgeführt, die Kantone sollten in der Energiepolitik eine schnellere Gangart einschalten und allenfalls durch steuerliche Erleichterungen sowie durch finanzielle Anreize Voraussetzungen zu einer rationellen Energieverwendung und zur Durchsetzung einer breiteren Fächerung der Energieversorgung schaffen.

(2239) Anlässlich der Generalversammlung der Motor-Columbus AG tritt Michael Kohn als Präsident des Verwaltungsrates zurück. Sein Nachfolger ist Prof. Angelo Pozzi (vgl. Nr. 2223 der Chronik).

(2240) 27. Oktober: Die anhaltende Trockenheit hat zu einem drastischen Produktionsrückgang der Flusskraftwerke geführt. Gemäss Angaben des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) liefern die rund 330 Flusskraftwerke zurzeit mehr als einen Drittel weniger Strom als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Das Elektrizitätsmanko kann laut VSE durch eine Mehrproduktion von Kernenergie und einen teilweise regulierenden Einsatz der Speicherseen ausgeglichen werden.

(2241) 28. Oktober: Das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) gibt bekannt, dass die deutsch-schweizerische Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen ihre dritte Tagung in Stuttgart abgehalten hat. Schwerpunkte der Aussprache bildeten die Erfahrungen während des ersten Betriebsjahres des Kernkraftwerks Leibstadt und der Planungsstand des KKW Kaiseraugst. Erörtert wurden auch die Massnahmen zum Notfallschutz in der Umgebung des Kernkraftwerks Leibstadt und der Stand des Schweizer Entsorgungsprojektes „Gewähr“.

(2242) 29. Oktober: In Peking beginnt ein dreitägiges Schweizerisch-chinesisches Symposium über die friedliche Nutzung der Kernenergie. Das gemeinsam von der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) und der Chinese Nuclear Society (CNS) organisierte „Sino-Swiss Nuclear Symposium“ ist die erste derartige Arbeitstagung von Kernenergiefachleuten aus der Schweiz und der Volksrepublik China.

(2243).30. Oktober: In einem Grundsatzentscheid hat sich der Gemeinderat der Stadt Bern da für ausgesprochen, die Wohngebiete im Westen der Bundesstadt künftig mit Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Mühleberg und der Kehrichtdeponie Teuftal zu versorgen (vgl. Nr. 2210 der Chronik).

(2244) 1. November: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) veröffentlicht den Schlussbericht über die Ergebnisse der ersten Tiefbohrung in Böttstein (Kt. Aargau). Gebohrt wurde bis zu einer Endtiefe von 1501 Metern. Die Untersuchung der Tiefengrundwasser-Verhältnisse ergab, dass im Granit, insbesondere in grösserer Tiefe, Zonen mit sehr geringer Wasserdurchlässigkeit vorhanden sind. Mit der Tiefbohrung Böttstein war im Oktober 1982 begonnen worden (vgl. Nr. 1215 der Chronik).

(2245) 4. November: in einem Interview gibt Rudolf von Werdt, Direktionspräsident der BKW (Bernische Kraftwerke AG), bekannt, für das projektierte Kernkraftwerk Graben werde gegenwärtig ein aktualisierter Bedarfsnachweis ausgearbeitet. Anschliessend dann wolle die Kernkraftwerk Graben AG mit Nachdruck die Erteilung der Rahmenbewilligung für dieses Projekt fordern. Rudolf von Werdt ist

„überzeugt, dass wir sowohl Kaiseraugst als auch Graben benötigen“. Seit 1972 besteht für das Kernkraftwerk Graben eine rechtskräftige Standortbewilligung.

(2246) An einer Pressekonferenz orientieren die BKW (Bernische Kraftwerke AG) über grössere Investitionen im Kernkraftwerk Mühleberg. Einerseits soll die Anlage durch ein spezielles, unabhängiges System zur Abführung der Nachzerfallswärme (Susan) auf den Sicherheitsstandard neuester Kernkraftwerke gebracht werden. Anderseits und unabhängig von diesem Nachrüstprogramm werden die Rohre der beiden Umwälzschleifen des Reaktors in der Zeit von Juni bis Anfang September 1986 im Rahmen der Jahresrevision ausgewechselt (vgl. Nr. 2213 der Chronik).

(2247) Mit 26:10 Stimmen genehmigt der Aarauer Einwohnerrat (Legislative) einen Kredit von 1761000 Franken für den Beitritt zum Studienkonsortium Fola (Projekt der Fernwärmeversorgung in der Region Olten-Aarau) und mit 25:10 Stimmen einen Kredit von 3801000 Franken für die Ausarbeitung eines Vorprojektes zur kommunalen Fernwärmeversorgung in der Stadt Aarau (vgl. Nr. 2216 der Chronik). Die Kredite unterliegen der Volksabstimmung.

(2248) 5. November 1985: Einer Mitteilung der Staatskanzleien der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft ist zu entnehmen, dass Gespräche zwischen dem Verwaltungsrat der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG und einer Delegation der beiden Kantonsregierungen ergebnislos verlaufen sind. Die Regierungen beider Basel hatten die Unterredung gewünscht, um die Möglichkeit und Bedingungen eines allfälligen Verzichts auf das Kernkraftwerk zu erörtern. Die Vertreter der Bauherrschaft bekundeten die Bereitschaft, „beim weiteren Fortschritt des Projektes mit der Region eng zusammenzuarbeiten.“ (Vgl. Nr. 21.76 der Chronik).

(2249) 13. November: Der Bundesrat verlängert die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg bis Ende 1992 und jene für das Kernkraftwerk Beznau-II bis Ende 1993. Die Verlängerung der Betriebsbewilligungen über den 31. Dezember 1985 hinaus ist an den Vorbehalt gebunden, dass der Bundesrat bei der Prüfung des „Projekts Gewähr“ über die Möglichkeiten einer sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle zu einem positiven Schluss kommt. Die Verlängerung der Betriebsbewilligung für das KKW Mühleberg ist mit der Auflage verbunden, dass die bestehenden Reaktorumwälzleitungen spätestens während des Brennstoffwechsels 1986 durch neue Leitungen ersetzt werden.

(2250) Die Landesregierung gibt die Vorentwürfe zu einem Kernenergiegesetz und einem Strahlenschutzgesetz in die Vernehmlassung. Das neue Kernenergiegesetz (KEG) sieht u.a. den Verzicht auf eine Rahmenbewilligung bei bestimmten Anlagetypen mit geringerem Gefahrenpotential vor. Weiter werden Vereinfachungen des Rahmenbewilligungsverfahrens vorgeschlagen. Ein Vetorecht der Standortkantone gegen Kernenergieanlagen (vgl. Nr. 2197 der Chronik) ist im Entwurf nicht enthalten. Das neue Strahlenschutzgesetz enthält u.a. differenzierte Grenzwerte der zulässigen Strahlendosen bei beruflich strahlenexponierten Personen. Die Vernehmlassungsfrist für beide Vorlagen läuft bis 30. Juni 1986.

(2251) 14. November: Die Energiekommission des Nationalrates setzt die Vorberatung des schweizerisch-ägyptischen Abkommens über die Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Verwendung der Kernenergie aufgrund eines Zusatzberichtes des EDA (Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheit) und des EVD (Eidg. Volkswirtschaftsdepartements) fort (vgl. Nr. 2237 der Chronik). Die Kommission lehnt einen Nichteintretensantrag mit 12 zu 6 Stimmen ab und beantragt dem Rat mehrheitlich Zustimmung zur Vorlage. Auch ein Verpflichtungskredit von höchstens 15 Mio Franken für die weitere Zusammenarbeit der Schweiz mit der Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung des Hochtemperaturreaktors (vgl. Nr. 2206 der Chronik) wird dem Nationalrat zur Annahme empfohlen.

(2252) Nach Presseberichten hat der Bundesrat in letzter Instanz den Bau zweier umstrittener Stücke der Hochspannungsleitung Verbois-Mühleberg genehmigt. Die Einsprachen verschiedener Umweltorganisationen gegen die Errichtung der Leitung zwischen Yverdon-Romanel und Romanel-Vaux-sur-Morges wurden abgewiesen.

(2253) 19. November: Grosse Aufmerksamkeit fand gemäss Presseberichten an einer in Paris durchgeführten Tagung der Kernenergie-Agentur der OECD und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) das von der schweizerischen Delegation erläuterte Projekt, Gemeinden mittlerer Grösse durch Heizreaktoren mit Fernwärme zu versorgen (vgl. Nr. 2025 der Chronik).

(2254) 22. November: Die vorberatende Kommission des Nationalrates beschliesst mit 12 zu 5 Stimmen, dem Plenum die Gewährleistung der totalrevidierten Baselbieter Kantonsverfassung mit Einschluss des sogenannten „Kernenergie-Artikels“ (vgl. Nr. 2217 der Chronik) zu beantragen. Eine Minderheit der Kommission wird dem Rat vorschlagen, die Gewährleistung hinsichtlich dieses Artikels auf die „Widerstandspflicht“ des Kantons gegen Kernanlagen auf seinem eigenem Gebiet zu beschränken.

(2255) 24. November: In einem Radiointerview, erklärt der bernische Regierungsrat René Bärtschi unter Bezugnahme auf kürzliche Äusserungen des BKW-Direktionspräsident Rudolf von Werdt (vgl. Nr. 2245 der Chronik), die Regierung des Kantons Bern vertrete in ihrem Bericht zur Energiepolitik (vgl. Nr. 2224 der Chronik) die Auffassung, die „Option Graben“ sollte nicht „um jeden Preis“ aufrechterhalten werden. Der genannte Bericht unterstreicht jedoch, das geplante Kernkraftwerk Graben sei Bestandteil der gesamtschweizerischen Stromversorgung. Es könne allein mit bernischen Bedürfnissen nicht begründet werden, was aber noch keinen Verzicht auf diese Option rechtfertige.

(2256) 25. November: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ist aufgrund der bis heute vorliegenden geologischen und hydrologischen Erkenntnisse zum Schluss gelangt, dass auf die in Steinmaur/Kt. Zürich vorgesehene

Tiefbohrung vorläufig verzichtet werden kann. Das Projekt soll zurückgestellt, aber noch nicht endgültig zurückgezogen werden, wie Nagra-Geschäftsleiter Hans Issler anlässlich der Rückgabe des früheren Bohrgeländes bei Weiach auf Fragen hin ausführt.

(2257) 2. Dezember: Mit einer Änderung der Verordnung zum Kernenergiehaftpflichtgesetz erhöht der Bundesrat den Mindestbetrag der privaten Haftpflichtversicherung für Kernanlagen ab 1. Januar 1986 von 300 auf 400 Mio Fr.

(2258) In Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Nationalrat H. Hubacher (SP, Basel-Stadt) erklärt der Bundesrat, die Schweiz habe derzeit keine konkreten Pläne, die Versenkung radioaktiver Abfälle im Meer wieder aufzunehmen. Die Landesregierung erinnert an das geplante Zwischenlager für mittel- und schwachradioaktive Abfälle aus Medizin, Industrie und Forschung, das den Willen dokumentiere, Entsorgungsmöglichkeiten in der Schweiz bereitzustellen.

(2259) 3. Dezember 1985: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hat beschlossen, den durch wiederholte Anschläge beschädigten Informationspavillon auf dem KKW-Gelände abzubrechen. Der in den Morgenstunden des 19. Februar 1979 durch Unbekannte gesprengte Pavillon stellte ein Sicherheitsrisiko dar.

(2260) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt den offiziellen Abschluss der Sondierbohrungen in Weiach/ZH, Kaisten/AG und Riniken/AG bekannt. Die ehemaligen Werkplätze sind wieder hergerichtet worden. Die an den drei Bohrstellen verbleibenden unterirdischen Messkammern dienen für Langzeitmessungen im Rahmen des Sondierprogramms, das die Nagra in der Nordostschweiz im Einblick auf die Endlagerung radioaktiver Abfälle durchfuhrt.

(2261) 5. Dezember: Das Kernkraftwerk Leibstadt (KKL), dessen festgeschriebene Nennleistung seit dem 22. April 1985 950 MW beträgt, gibt erstmals über 1000 MW Elektrizität ans Netz ab. Mit der neuerlichen Erhöhung der Leistung produziert das KKL rund 58 MW mehr als ursprünglich vorgesehen. Dies entspricht der Leistung eines mittleren Flusskraftwerkes.

(2262) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) teilt mit, dass die Sondierungen für ein Endlager von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen in den Gemeinden Ollon, Bauen und Mesocco gleichzeitig begonnen werden sollen. Vor Beginn der Bohrungen am Bois de la Glaivaz, am Oberbauenstock und am Piz Pian Grand werden die betroffenen Gemeinden orientiert. Es ist vorgesehen, mit den Sondierarbeiten im Frühjahr 1986 zu beginnen (vgl. Nr. 2222 der Chronik).

(2263) 7. Dezember: Die Gegner der geplanten Sondierbohrungen der Nagra am Bois de la Glaivaz, am Oberbauenstock und am Piz Pian Grand bei Mesocco bekräftigen an einer Zusammenkunft in Altdorf ihren Widerstand gegen diese Pläne und fordern die Nagra auf, auf die Sondierarbeiten an den drei Standorten zu verzichten.

(2264) 9. Dezember: Der Bundesrat beantragt dem Parlament die Ablehnung einer Motion von Nationalrat H. Hubacher (SP, Basel-Stadt), welche verlangt, für die Erstellung von Atomkraftwerken so lange ein Moratorium zu erlassen, bis die gesetzlichen Bedingungen für ein „Projekt Gewähr“ erreicht worden sind (vgl. Nr. 2212 der Chronik). Die Landesregierung unterstreicht, die gegenwärtige Regelung gemäss dem Bundesbeschluss zum Atomgesetz vom 6. Oktober 1978 entspreche dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers, „welcher damit bewusst in Kauf nahm, dass die unter die Übergangsregelung fallenden Werke vor dem Vorliegen eines Entsorgungsnachweises errichtet werden.“

(2265) In Beantwortung einer Einfachen Anfrage von Nationalrat V. Oehen (NA, Bern) zur Veröffentlichung einer privaten Literaturstudie zum Thema „Radioaktivität und Waldsterben“ durch das BUS (Bundesamt für Umweltschutz) führt der Bundesrat aus, der Vorsteher des Eidg. Departementes des Innern stehe „nach wie vor ohne Einschränkung hinter dem Bundesamt für Umweltschutz und den von ihm selbst verfassten Veröffentlichungen“. Weiter betont die Landesregierung: „Soweit noch Erkenntnislücken hinsichtlich Radioaktivitätsabgaben aus Nuklearanlagen/Waldschäden vorhanden sind, ist der Bundesrat bestrebt, diese durch gezielte Untersuchungen schliessen zu lassen. Gestützt auf die heutigen Erkenntnisse ist an der Aussage von KUeR und HSK festzuhalten, wonach es keinen Zusammenhang gibt zwischen Radioaktivitätsabgaben aus schweizerischen Kernanlagen und Waldschäden“. (Vgl. Nr. 2195 der Chronik).

(2266) In einer Interpellation hatte Nationalrätin Anita Fetz (Poch, Basel-Stadt) auf angebliche „schwere Schäden“ in den Kernkraftwerken Leibstadt (KKL) und Mühleberg (KKM) hingewiesen und die Frage gestellt, ob der Bundesrat nicht auch der Meinung sei, dass die Anlagen in solchen Fällen sofort abgestellt werden müssten. Darauf antwortet die Landesregierung nun u.a.: „Im Falle des KKL bestand zu keiner Zeit ein Grund, ein sofortiges Abstellen in Betracht zu ziehen. Beim Auswechseln der Kondensatorrohre handelt es sich um eine vorsorgliche, vom Betreiber getroffene Massnahme primär betrieblicher Natur.
Beim KKM ist der Zustand der Reaktorumwälzleitungen aufgrund der umfangreichen, in den Jahren 1984 und 1985 durchgeführten Prüfungen gut bekannt. Die von der interkristallinen Spannungsrisskorrosion (ISRK) am meisten betroffenen Schweissnahtbereiche wurden verstärkt; das Rohrsystem weist, auch unter Berücksichtigung eines weiteren Risswachstums während des nächsten Betriebsjahres, im Bereiche der nicht reparierten Schweissnähte ausreichende, Festigkeitsreserven auf. Die zur rechtzeitigen Feststellung von Leckagen bzw. zur Beherrschung von Rohrbrüchen notwendigen Systeme sind vorhanden. Die Situation erlaubt somit einen zeitlich beschränkten Betrieb und verlangt kein sofortiges Abstellen zum Schutze der Bevölkerung.“

(2267) 10. Dezember: Der Verwaltungsrat der BKW (Bernische Kraftwerke AG) veröffentlicht ein Communiqué zur Diskussion um das Kernkraftwerk Graben (vgl. Nr. 2245 und 2255 der Chronik). In dieser Verlautbarung wird ausgeführt: “Es besteht Übereinstimmung im Verwaltungsrat und in der Geschäftsleitung der Bernischen Kraftwerke, dass zunächst ein überarbeiteter Bedarfsnachweis vorliegen muss, bevor über die weitere Zukunft des Projekts Graben entschieden wird. Diese Haltung deckt sich mit jener des Bundesrates und

des Energieberichtes des Regierungsrates vom 25. September 1985. Fest steht, dass alle bisherigen Bedarfsprognosen durch die tatsächlichen Verbrauchszahlen übertroffen wurden".

(2268) 13. Dezember: Die Gemeindeversammlung von Leibstadt, Standortgemeinde des KKL (Kernkraftwerk Leibstadt), beschliesst eine Steuerfussreduktion um 15%. Damit müssen die Bewohner dieser Aargauer Gemeinde nur noch 75% des kantonalen Satzes an Gemeindesteuern entrichten.

(2269) 14. Dezember: Gemäss einer Pressemitteilung der EBL (Elektra-Baselland) erhöhte sich der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet ab 1. Januar bis 31. Oktober 1985 im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres um 5,3%. Dabei war die Strombedarfszunahme bei der Industrie und den Dienstleistungsbetrieben am grössten.

(2270) 16. Dezember 1985: Der Bundesrat erteilt der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG die Bewilligung, die thermische Nennleistung des KKW Gösgen stufenweise von 2808 auf 3002 MW zu erhöhen (vgl. Nr. 2167 der Chronik). Die Erhöhung der Leistung um ungefähr 7% setzt sich zusammen aus einer Reserve der Turbogruppe von 5% sowie einer möglichen Wärmeabgabe an Dritte von 2%. Sie kann mit den vorhandenen Komponenten und Systemen realisiert werden. Der Bundesrat verbindet die Bewilligung mit der Auflage, dass die Leistung stufenweise erhöht wird und die einzelnen Schritte einer Freigabe durch die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) bedürfen.

(2271) In seinem ersten Betriebsjahr hat das Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) netto rund 6,8 Mia kWh Strom produziert. Dies entspricht 82% der theoretisch möglichen Produktion. Im Winter 1984/85 deckte das KKL 17% des schweizerischen Elektrizitätsbedarfs.

(2272) 19. Dezember: Mit 92 zu 40 Stimmen genehmigt der Nationalrat die Rahmenbewilligung für die Lagerung von angereichertem Uran im Gebäude des stillgelegten Reaktors Diorit auf dem Gelände des EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen. Mit 90 gegen drei Stimmen heisst die Grosse Kammer sodann eine Teilrevision des Atomgesetzes gut, mit der Lücken im Überwachungs- und Vertragssystem gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen (Ein- und Ausfuhr von Nukleartechnologie) geschlossen werden. Mit 82 zu 47 Stimmen wird eine parlamentarische Initiative Weder (LdU, Basel-Stadt) abgelehnt, die einen mehrjährigen gesetzlichen Baustopp für Kernkraftwerke in der Schweiz verlangte. Mit 80 gegen 38 Stimmen spricht sich der Nationalrat für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland bei der Hochtemperaturreaktorforschung aus.

(2273) An einer Veranstaltung des Energieforums Schweiz in Bern erklärt Rudolf Rometsch, Präsident der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), mit erster Priorität wurden Vorbereitung und Realisierung eines Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle vorangetrieben. Laut Rometsch werden die Vorarbeiten für den Bau eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle weitergeführt und die internationale Zusammenarbeit verstärkt. In zwei bis drei Jahren sollte entschieden werden können, in welchen Gebieten eingehendere Untersuchungen vorzunehmen sind, so dass Mitte der neunziger Jahre der Standortentscheid gefällt werden könnte.

(2274) 23. Dezember: In einer Pressemitteilung hält die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) fest, dass das Jahr 1985 für die Kernenergie in der Schweiz markante Erfolge brachte. Leistungserhöhungen in den Kernkraftwerken Gösgen und Leibstadt führten zu zusätzlichen Stromerzeugungskapazitäten, die je etwa einem Flusskraftwerk entsprechen. Der fortschreitende Ausbau der Fernwärmeversorgung Refuna (Regionales Fernwärmenetz im Unteren Aaretal) ab Kernkraftwerk Beznau ermöglichte allein im Monat November die Einsparung von 800 t Heizöl. Die Zahl der durch die Refuna belieferten Anschlüsse in verschiedenen Gemeinden stieg im November auf 450 gegenüber 100 im Oktober. Die Wärmeabgabe erhöhte sich entsprechend von unter 4000 auf über 8000 Megawattstunden (MWh).

(2275) Das Kernkraftwerk Beznau-1 läuft wieder auf Vollast, nachdem während zehn Tagen ein Viertel der Stromproduktion wegen eines Generatorschaden als Folge eines Kurzschlusses ausgefallen war. Der Produktionsausfall betrug rund 431000 MWh, was etwa dem Jahresverbrauch des Kurortes St. Moritz entspricht.

(2276) 27. Dezember: Das Budget der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) sieht für das Jahr 1986 Aufwendungen in der Höhe von 38,4 Mio Franken vor. Die Nagra rechnet damit, bis Ende 1986 in ihre Forschungen rund 300 Mio Franken investiert zu haben und führt hierzu in einer Pressemitteilung aus, umgelegt auf die Stromproduktion seien dies rund 0,1 Rappen pro kWh. Die Nagra erinnert daran, dass die Kosten für ihre Arbeiten, für den späteren Bau von Endlagern und für den Abbruch der Kernkraftwerke bereits in den heutigen Strompreisen enthalten sind.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1986 (Hans Peter Edel)

(2277) 4. Januar: Aufgrund von Kontrollmessungen im vorübergehend abbestellten Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) teilen die BKW (Bernische Kraftwerke AG) mit, dass die Sicherheit der Anlage nach der Reparatur von Korrosionsrissen an den Schweissnähten der Umwälzleitungen im Primärkreislauf voll gewährleistet ist. Daher kann der Betrieb des KKM bis zum Ersatz der Leitungen im kommenden Juni weitergeführt werden (vgl. Nr. 2213 und 2246 der Chronik).

(2278) Die Presse berichtet über eine durch Nationalrätin Anita Fetz (Poch, Basel-Stadt) eingereichte Motion. Damit soll der Bundesrat verpflichtet werden, „auf die Gewährung der Exportrisikogarantie für bewilligungspflichtige Nuklearexporte, namentlich in ärmere Entwicklungsländer der Dritten Welt, aus entwicklungspolitisdhen Gründen generell zu verzichten".

(2279) 7. Januar: Nach einem Chemie-Unfall in einer amerikanischen Urananreicherungsanlage wendet sich das NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) gegen die vorgesehene, von Nationalrat bereits gutgeheissene Lagerung von Uran-Hexafluorid im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung (EIR) in Würenlingen (vgl. Nr. 2272 der Chronik).

(2280) 9. Januar: Der Verwaltungsrat der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (KWK) gibt seinen Beschluss bekannt, für die schlüsselfertige Lieferung des nuklearen und thermischen Teils der Anlage eine Neuausschreibung durchzuführen. Mit diesem Vorgehen soll für das künftige Kernkraftwerk die sicherheitstechnisch und wirtschaftlich beste Lösung gewählt werden können. Den Anbietern wird die Auflage gemacht, einen möglichst hohen schweizerischen Liefer- und Leistungsanteil zu offerieren.

(2281) 16. Januar 1986: Die mit dem Vorprojekt einer Wärmeversorgung Aare-Limmattal (Wal) beauftragte Arbeitsgruppe veröffentlicht ihren Studienbericht, der zur Feststellung gelangt, dass die Versorgung von 18 Gemeinden im Aare- und im Limmattal mit Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Beznau einerseits dem Umweltschutz dient und anderseits sowohl für die Betriebsgesellschaft als auch für die Wärmebezüger wirtschaftlich interessant ist. Das Vorprojekt Wal rechnet mit Gesamtinvestitionen von rund 520 Mio Franken. Bis Ende 1986 erwartet die Arbeitsgruppe die Grundsatzentscheide der 17 betroffenen Aargauer Gemeinden und der Zürcher Gemeinde Dietikon für oder gegen die Fernwärmeversorgung.

(2282) 22. Januar: Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Eidg. Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR) für das Jahr 1984. Gemäss einer Pressemitteilung des EDI (Eidg. Departement des Innern) kam der Bericht zur Feststellung, dass die künstliche Radioaktivität der Luft in der Schweiz 1984 praktisch nicht mehr nachweisbar war. Die festgelegten Grenzwerte für die Abgabe radioaktiver Stoffe über Abluft und Abwasser wurden von allen Kernanlagen, dem Schweiz. Institut für Nuklearforschung und dem Eidg. Institut für Reaktorforschung eingehalten. Die dadurch in der Umgebung verursachte Strahlenexposition der Bevölkerung betrug maximal einige mrem pro Jahr.

(2283) Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mitteilt, hat ihr der Regierungsrat des Kantons Nidwalden zugesichert, Untersuchungen im Hinblick auf die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle auf Nidwaldner Kantonsgebiet zu unterstützen. Frühere Abklärungen haben laut Nagra gezeigt, dass es in Nidwalden wahrscheinlich geeignete Lagersteine gibt. Dies soll durch eingehendere Untersuchungen und gegebenenfalls durch bewilligungspflichtige Sondierungen bestätigt werden.

(2284) 27. Januar: Mit einer Pressekonferenz stellt sich in Bern das Komitee „Fernwärme Mühleberg Nein“ vor, das dem Grundsatzentscheid des Gemeinderates der Stadt Bern, die Wohngebiete im Westen der Bundesstadt künftig mit Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Mühleberg und aus der Deponie Teuftal zu versorgen (vgl. Nr. 2243 der Chronik), den Kampf angesagt hat. Die Gruppierung bezeichnet die projektierte Fernwärmeversorgung als „wirtschaftlich unsinnig und ökologisch fragwürdig“.

(2285) 28. Januar: Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Pierre Aubert, und der australische Botschafter Douglas A. Townsend unterzeichnen in Bern ein Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Australien auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Der Vertrag, der noch parlamentarischer Genehmigung bedarf, umfasst sämtliche Bereiche der nuklearen Zusammenarbeit.

(2286) Wie im Regierungsprogramm 1985 - 1989 vorgesehen (vgl. Nr. 2235 der Chronik), beantragt der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft dem Landrat in einem Bericht, das Projekt eines Kohle-Gas-Heizkraftwerkes bei Pratteln sei „vorläufig nicht weiterzuverfolgen“.

(2287) 29. Januar: Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (KWK) und die Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) teilen im Bulletin der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) mit, dass die formelle Übertragung der Geschäftsleitung der KWK von der Motor-Columbus AG/Electricit6 de France auf die Direktion der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) nach der ordentlichen Generalversammlung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG auf den 1. Mai 1986 erfolgt (vgl. Nr. 2223 und 2230 der Chronik). Innerhalb der Atel-Direktion hat Dr. Hans-Rudolf Lutz die Leitung des neuen Direktionsbereiches Kernenergie II übernommen, welcher im Hinblick auf das Projekt Kaiseraugst geschaffen wurde. Dr. Lutz untersteht eine Projektdirektion mit einem technischen und einem administrativen Bereich. Als technischer Direktor in der Projektdirektion wurde vom Verwaltungsrat der KWK auf 1. Februar 1986 Hans Vogt, bisheriger Direktor für Brennstoff beim Kernkraftwerk Gösgen, gewählt. Zur Bearbeitung der technischen Fragen wird ein Technischer Stab eingesetzt, der durch Mitarbeiter der Motor-Columbus Ingenieurunternehmung AG gestellt wird.

(2288) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) gibt bekannt, dass die fünf Kernkraftwerke der Schweiz im Jahre 1985 21,2 Mia kWh Strom produziert haben. Damit überschritt die schweizerische Atomstromproduktion erstmals die Marke von 20 Mia kWh. Der bisherige Rekord aus dem Jahre 1984 wurde um 22% übertroffen. Insgesamt verzeichneten die Schweizer Kernkraftwerke 1985 eine mittlere Arbeitsausnutzung von 84%, womit sich die Schweiz erneut in die Weltspitzengruppe setzte.

(2289) 30. Januar: Gemäss „Berner Zeitung“ hat eine unter der Stadtberner Bevölkerung durchgeführte Meinungsumfrage eine Mehrheit von 59% zugunsten der projektierten Versorgung der Gebiete Bern-West mit Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) und der Deponie Teuftal ergeben (vgl. Nr. 2243 und 2284 der Chronik).

(2290) Mit 45 zu 29 Stimmen lehnt der Berner Stadtrat (Legislative) zwei Postulate ab, welche die Nutzung der Fernwärme aus dem KKM und der Deponie Teuftal für die Versorgung von Bern-West zum Ziele hatten. In der Debatte bleibt die Frage offen, ob der Berner

Gemeinderat (Exekutive), der sich in einem Grundsatzentscheid für die Fernwärmeversorgung ab KKM/Deponie ausgesprochen hat (vgl. Nr. 2243 der Chronik), eine entsprechende Vorlage ausarbeiten und dem Volk unterbreiten will. Von seiten der CVP-Fraktion im Stadtrat wird die Möglichkeit einer Volksinitiative für die Fernwärme-Nutzung erwähnt.

(2291) 31. Januar: Im Versorgungsgebiet der BKW (Bernische Kraftwerke AG) hat der Stromkonsum im Jahr 1985 um 4,7% zugenommen. Einschliesslich den Bezügen aus angrenzenden Gebieten betrug der Mehrverbrauch 284 Mio kWh. Dies entspreche dem Jahresverbrauch der Städte Biel und Interlaken zusammen, halten die BKW in einem Pressecommuniqué fest. Die Zahl der installierten Wärmepumpen stieg von 1300 auf 1700 Stück.

(2292) 6. Februar: An einer Pressekonferenz orientieren Vertreter von Kanton und Stadt Zürich über Pläne, die in den nördlichen Zürcher Stadtquartieren vorhandene Fernwärmeversorgung mit dem Projekt Wal/Transwal zu koppeln, das vorsieht, Wärme aus den Kernkraftwerken Beznau und eventuell Leibstadt in den Raum Baden/Limmattal bis Dietikon (ZH) zu führen (vgl. Nr. 2281 der Chronik).

(2293) 7. Februar 1986: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) nahm der schweizerische Stromverbrauch im Jahr 1985 um 4,2% auf 41,3 Mia kWh zu. Die inländische Stromerzeugung erhöhte sich um 12,1% auf 53,5 Mia kWh. Der gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelte Exportüberschuss belief sich auf 8,7 Mia kWh. An der Stromerzeugung waren die Wasserkraftwerke mit 59,6% (plus 5,8%), die Kernkraftwerke mit 38,8% (plus 22,3%) und die ölthermischen Kraftwerke mit 1,6% (minus 1,7%) beteiligt.

(2294) Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, hat die Nidwaldner Gemeinde Beckenried keine grundsätzlichen Einwände gegen eine eventuelle Lagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle im Gebiet des Niederbauens (vgl. Nr. 2283 der Chronik), doch wünscht sie eine vermehrte Mitsprache bei den entsprechenden Abklärungen.

(2295) 8. Februar: Gemäss einem Communiqué der EBL (Elektra Baselland) hat der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet im Jahr 1985 gegenüber 1984 um 5,5% zugenommen. Die höchste Zuwachsrate ergab sich bei der Industrie mit 8,9%. Bei der Landwirtschaft belief sich der Mehrverbrauch an Elektrizität auf 6,6%, beim Gewerbe auf 5,2%, bei den Haushalten auf 3,6% und bei der Verwaltung sowie den öffentlichen Betrieben auf 2,9%.

(2296) 10. Februar: Die vorberatende Kommission des Ständerates beantragt dem Plenum Nichteintreten auf die sog. Energie-Wust (Unterstellung der Energieträger unter die Warenumsatzsteuer). Zuvor schon hat der Nationalrat in der Herbstsession 1985 mit 103 zu 36 Stimmen beschlossen, auf diese Finanzvorlage nicht einzutreten (vgl. Nr. 2202 der Chronik).

(2297) Der Grosse Rat des Kantons Bern heisst die von der Regierung in einem Dekret vorgelegten Leitsätze zur kantonalen Energiepolitik (vgl. Nr. 2224 der Chronik) mit 130 zu 5 Stimmen weitgehend unverändert gut.

(2298) An einer Pressekonferenz nehmen fünf schweizerische Umweltschutzorganisationen Stellung zum Bau der Hochspannungsleitung Mühleberg-Verbois, nachdem der Bundesrat als letztinstanzlich zuständige Behörde die Einsprachen gegen die Abschnitte Yverdon-Romanel und Romanel-Vaux-sur-Morges abgewiesen hat (vgl. Nr. 2252 der Chronik). Die betreffenden Organisationen kritisieren das Bewilligungsverfahren und verlangen mit Bezug auf die weitere Trasseeführung eine Berücksichtigung der Anliegen des Landschaftsschutzes.

(2299) 11. Februar: Die Aussenwirtschaftskommission des Ständerates empfiehlt dem Plenum Zustimmung zur Vorlage, mit welcher der Bundesrat einen Verpflichtungskredit von höchstens 15 Mio Franken zur Weiterführung der Zusammenarbeit der Schweiz mit der BRD auf dem Gebiete der Hochtemperaturreaktor-Forschung beantragt. Der Nationalrat hat das Geschäft am 19. Dezember 1985 bereits gutgeheissen (vgl. Nr. 2206 und 2272 der Chronik).

(2300) 19. Februar: Mit einer Pressemitteilung nimmt die Freisinnig-demokratische Fraktion des Berner Stadtrates Stellung zur kürzlichen Verwerfung zweier Postulate, die sich für eine Prüfung der Fernwärmeversorgung von Bern-West durch das Kernkraftwerk Mühleberg einsetzten (vgl. Nr. 2290 der Chronik). Die FDP-Fraktion „ist nicht bereit, einen Entscheid über ein so bedeutendes Projekt mitzutragen, ohne dass der Berner Souverän selber zu Wort kommen kann“.

(2301) 26. Februar: In Beantwortung einer Einfachen Anfrage von Nationalrätin Ursula Mauch (SP, Aargau) erklärt der Bundesrat, er sei nach wie vor der Auffassung, „dass für Kernanlagen ein Bedarfsnachweis erforderlich ist“. Nach dem Vorentwurf zu einem Kernenergiegesetz vom 1. Oktober 1985 (vgl. Nr. 2250 der Chronik) sei deshalb der Bedarfsnachweis eine von verschiedenen Voraussetzungen für die Erteilung der Rahmenbewilligung. Weiter betont die Landesregierung, die in der Botschaft über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst (22. Dezember 1981) dargelegten Vorstellungen über die voraussichtliche Entwicklung der Elektrizitätsnachfrage seien grundsätzlich immer noch gültig. Schliesslich hält der Bundesrat fest, er habe das EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) am 3. Juli 1985 beauftragt, das weitere Vorgehen in der Frage eines Elektrizitätswirtschaftsgesetzes abzuklären. Die Regierung werde auf Grund aller Unterlagen und unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte entscheiden, ob eine Vorlage für ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz ausgearbeitet werden soll (vgl. Nr. 2177 und 2232 der Chronik).

(2302) 3. März: Gemäss Antrag seiner Aussenwirtschaftskommission genehmigt auch der Ständerat mit 32:6 Stimmen die beantragte Weiterführung der Zusammenarbeit der Schweiz mit der BRD auf dem Gebiet der Hochtemperaturreaktorforschung (vgl. Nr. 2272 und

2299 der Chronik). Damit kann der Bund das Projekt in den Jahren 1986 bis 1988 mit maximal 15 Mio Franken fördern. Bis her hat die Schweiz 83 Mio Franken da für aufgewendet, wovon der Bund 96% trug.

(2303) Der Bundesrat beantragt dem Parlament die Ablehnung einer Motion von Nationalrat Beda Humbel (CVP, Aargau), die Sonderentschädigungen für Regionen verlangt, die Anlagen von nationaler Bedeutung (z.B. Kernkraftwerke) aufnehmen. Bei der Totalrevision des Atomgesetzes soll hingegen geprüft werden, ob beim Bau eines Endlagers für radioaktive Abfälle eine Entschädigung an den Standortkanton vorzusehen ist.

(2304) Die Freisinnig-demokratische Partei der Stadt Bern ermächtigt die Parteileitung zur Lancierung einer Volksinitiative für die „Erstellung eines Fernwärmenetzes zur Nutzung der Abwärme aus dem Kernkraftwerk Mühleberg und der Deponie Teuftal". Noch offen bleibt, ob die FDP das Begehren allein oder zusammen mit andern bürgerlichen Parteien trägt (vgl. Nr. 2290 und 2300 der Chronik).

(2305) 5. März 1986: In Übereinstimmung mit dem Nationalrat beschliesst der Ständerat mit 26:1 Stimmen, auf die Vorlage über eine Unterstellung der Energieträger unter die Warenumsatzsteuer nicht einzutreten (vgl. Nr. 2202 und 2296 der Chronik). -

(2306) 7. März: Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, hat der Nidwaldner Regierungsrat präzisiert, seine positive Haltung gegenüber der Arbeit der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bedeute noch keineswegs, dass grünes Licht für Sondierungen oder gar den Bau eines Endlagers erteilt worden sei. Es werde vielmehr der übliche Bewilligungsweg eingehalten (vgl. Nr. 2283 und 2294 der Chronik).

(2307) Laut Zeitungsberichten will in Nidwalden ein Initiativkomitee auf dem Wege einer Verfassungsänderung erreichen, dass künftig die Landsgemeinde über Stellungnahmen zum Bau von Endlagern für radioaktive Abfälle und über da für bestimmte Vorbereitungshandlungen entscheiden kann.

(2308) Gemäss Mitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ist es im Felslabor auf der Grimsel gelungen, Gestein mit einer bisher noch nie erreichten Auflösung zu durchleuchten. Dabei wurden auf einer Fläche von 30'000 m^2 die Laufzeit von Schallwellen gemessen und die so erhaltenen Daten durch einen Computer zu einem Tomogramm (Schichtbild) ausgearbeitet

(2309) 10. März: An der Bilanzpressekonferenz der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) wird mitgeteilt, dass im Geschäftsjahr 1984/85 ein um 3,4% auf 10,6 Mia kWh gestiegener Stromverbrauch zu decken war und dass der Bruttoumsatz insgesamt um 5,3% auf 13,9 Mia kWh zunahm. Die NOK erzeugten 1984/85 den Strom für ihr Versorgungsgebiet zu 61% in Kernkraftwerken. Im Winterhalbjahr 1985/86 betrug dieser Anteil sogar 68%. Die NOK rechnen mit einem weiterhin zunehmenden Stromverbrauch. Die Realisierung der Projekte Kaiseraugst und Graben müsse daher, so betonen die Verantwortlichen, ohne weitere Verzögerungen vonstatten gehen. Spätestens ab 1995 seien die NOK dringend auf die Inbetriebnahme des KKW Kaiseraugst angewiesen.

(2310) 12. März: Gemäss Mitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) ist im Kernkraftwerk Mühleberg das erweiterte Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Betrieb genommen worden. Gleichzeitig mit der baulichen Erweiterung, welche die Lagerung der in den nächsten 15 Betriebsjahren anfallenden Abfälle ermöglicht, modernisierten die BKW auch das gesamte Beschickungssystem. Die Abfallfässer werden nun computergesteuert in die vorbestimmten Lagerkammern verbracht.

(2311) 13. März: Der Nationalrat beschliesst mit 85 zu 84 Stimmen, der totalrevidierten Baselbieter Kantonsverfassung die Gewährleistung integral zu erteilen, also unter Einschluss des umstrittenen Paragraphen 115. Gemäss diesem „Kernenergie-Artikel" „wirkt der Kanton Basel-Landschaft darauf hin, dass auf dem Kantonsgebiet oder in dessen Nachbarschaft keine Atomkraftwerke nach dem Prinzip der Kernspaltung, Aufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe und Lagerstätten für mittel- und hochradioaktive Rückstände errichtet werden." Der Ständerat hat diesem Passus am 25. September 1985 mit 21 zu 19 Stimmen die eidgenössische Gewährleistung verweigert (vgl. Nr. 2217 und 2254 der Chronik).

(2312) 16. März: Die Stimmberechtigten der Stadt Aarau heissen den Beitritt zum Studienkonsortium Fola (Projekt der Fernwärmeversorgung in der Region Olten-Aarau) mit 3'255 Ja gegen 2'204 Nein gut. Damit wird einem Projektierungskredit von insgesamt Fr. 556'000 zugestimmt, wovon Fr. 176'000 für die Arbeiten des Studienkonsortiums und Fr. 380'000 für ein Vorprojekt zum städtischen Verteilnetz (vgl. Nr. 2216 und 2247 der Chronik).

(2313) Die Bürgerinnen und Bürger der baselstädtischen Gemeinde Riehen genehmigen mit 4'525 Ja gegen 3'572 Nein einen Zusatzkredit von Fr. 100'000 für die weitere Projektierung eines Wärmeverbundes im Dorfkern. Gegen diese Aufstockung des Projektierungskredites hatten die Progressiven Organisationen das Referendum ergriffen, um die vorgesehenen Anwendung elektrischer Wärmepumpen zu verhindern.

(2314) 17. März: In einer Stellungnahme zuhanden des Bundesrates formuliert der Regierungsrat des Kantons Aargau Einwände gegen das Kristallinkonzept, das dem „Projekt Gewähr" der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) zugrunde liegt. Die Aargauer Regierung schlägt vor, anstelle von Kristallin Sedimentgesteine zu untersuchen, und weist darauf hin, dass der Aargau der von den bisherigen Tiefbohrungen der Nagra fast ausschliesslich betroffene Kanton sei.

(2315) Anlässlich der Delegiertenversammlung des Gewerbeverbandes der Stadt Bern wird bekanntgegeben, dass diese Organisation die vorgesehene Initiative für das Fernwärmeprojekt Mühleberg-Bern (Fembe) unterstützt. Als Gastreferent weist BKW-

Direktionspräsident Rudolf von Werdt darauf hin, das Projekt Fembe wolle nicht die bestehende Gaswärmeversorgung verdrängen, sondern die Wärme aus dem KKW Mühleberg und der Deponie Teuftal dort einsetzen, wo heute mit Öl Wärme erzeugt werde (vgl. Nr. 2304 der Chronik).

(2316) 21. März: Mit einer Motion will die Basler Nationalrätin Anita Fetz (Poch) den Bundesrat verpflichten, bei den Verhandlungen zwischen den Rheinanliegerstaaten über die thermische Belastung des Rheins darauf hinzuwirken, dass ein definitives Verbot zusätzlicher Einleitung von Abwärme durch thermische Kraftwerke vereinbart wird.

(2317) 26. März: In einem Zeitungsinterview erklärt Bundesrat Leon Schlumpf, Vorsteher des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), falls die von Bund und Kantonen eingeleiteten Energiesparmassnahmen keine Wirkung zeitigten, stelle sich die Frage eines weiteren Kernkraftwerkes nach Kaiseraugst um das Jahr 2000 „mit aller Schärfe". Die Nutzung der Kernenergie müsse auch vor dem Hintergrund eines nur noch geringen Ausbaus der Wasserkraft und eines künftigen Anteils alternativen Energien von gut drei Prozent gesehen werden.

(2318) 27. März 1986: Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt stimmt dem Verkauf von 20 Landparzellen im Zusammenhang mit dem 1988 eintretenden Heimfall des Flusskraftwerks Augst zu. Ausgenommen von diesen Landverkäufen bleibt jedoch eine Uferparzelle, die von der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG als Wasserfassungsstelle für das Kühlwassereinlaufbauwerk benötigt wird.

(2319),Laut Pressemeldung will Nationalrat Hj. Weder (LdU, Basel-Stadt) den Bundesrat mit einem Postulat einladen, „mit Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland eine völkerrechtliche Vereinbarung abzuschliessen, in der die den Regionen am Ober- und Hochrhein zumutbare Gesamtbelastung grenzüberschreitend verbindlich festgelegt wird". Ausdrücklich wird verlangt, dass die „Entscheidung über den Bau des Atomkraftwerks Kaiseraugst" in eine derartige Vereinbarung einzubetten sei.

(2320) 28. März: Der Baselbieter Regierungsrat veröffentlicht seinen Bericht zuhanden des Landrates, mit welchem dem Kantonsparlament der Antrag erläutert wird, das Projekt eines Kohle-Gas-Heizkraftwerkes in Pratteln „vorläufig nicht weiterzuverfolgen" (vgl. Nr. 2235 und 2286 der Chronik). Wie aus dem Bericht hervorgeht, führten Bedenken wegen der zusätzlichen Belastung der Umwelt und die Skepsis gegenüber technischen Grossanlagen in der durchgeführten Vernehmlassung zu überwiegender Ablehnung des Vorhabens. Unbestritten blieb anderseits die Absicht, die Fernwärmeversorgung au auszubauen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1986 (Hans Peter Edel)

(2321)1. April: Gemäss Presseberichten hat der Gemeinderat von Kaiseraugst auf entsprechende Erkundigung hin vom Direktor des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) die Auskunft erhalten, dass die Standpunkte der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland bezüglich eines eventuellen Verzichts auf Kühltürme beim Kernkraftwerk Kaiseraugst „noch weit auseinander liegen" (vgl. Nr. 2231 der Chronik).

(2322) Im Bundesblatt wird das Gesuch des EIR (Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen um eine Bewilligung für den Bau und Betrieb eines Bundeszwischenlagers für radioaktive Abfälle auf seinem Areal veröffentlicht. Damit beginnt die 30tägige Einsprachefrist. Das Zwischenlager soll bis 1995 die aus Forschung, Medizin und Industrie anfallenden schwach- und mittel-radioaktiven Abfälle aufnehmen. Geplant ist ein 50 Meter langes und 18 Meter breites Gebäude mit fünf Lagerbuchten, in denen die Stahlfässer, Betonbehälter und Komponenten zwischengelagert werden.

(2323) 2. April: Nach Angaben des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) hat der Stromverbrauch der schweizerischen Industrie im abgelaufenen Kalenderjahr um 5,5% auf 13,5 Mia kWh zugenommen. In den Haushalten stieg der Elektrizitätsverbrauch um 4,8% auf 11,8 Mia kWh und im Sektor Gewerbe und Dienstleistungen um 3% auf 13 Mia kWh.

(2324) 4. April: Gemäss Mitteilung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hat das Bundesgericht im sog. Feldwegstreit am 27. März 1986 sowohl die staatsrechtliche Beschwerde wie auch die zivilrechtliche Berufung der Gemeinde Kaiseraugst gegen einen vorgängigen Entscheid des Aargauer Verwaltungsgerichtes vom Juli 1985 abgewiesen. Mit diesem Urteil wurde die Gemeinde angewiesen, der Gesellschaft zwei durch das künftige Kraftwerksgelände führende Feldwege im Abtausch gegen eine neue Gemeindestrasse abzutreten (vgl. Nr. 1070 und 2204 der Chronik).

(2325) 9. April: Eine Parteiversammlung der CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) der Stadt Bern stimmt dem Antrag ihrer Fraktion im Stadtrat zu, eine Fernwärme-Initiative zu lancieren. Damit soll der Berner Gemeinderat (Exekutive) beauftragt werden, ein Projekt für die Nutzung der Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Mühleberg und der Deponie Teuftal auszuarbeiten (vgl. Nr. 2290 und 2304 der Chronik).

(2326) 10. April: An der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren wird mitgeteilt, dass Bund und Kantone im kommenden August eine Zwischenbilanz über die seit der Verwerfung des Energieartikels unternommenen Anstrengungen zur rationelleren Verwendung der Energie ziehen werden. Nachher soll der Bundesrat entscheiden, ob er einen neuen Anlauf zu einem Energieartikel in der Bundesverfassung nehmen oder ein Elektrizitätsgesetz schaffen will (vgl. Nr. 2177 und 2232 der Chronik).

(2327) 11 April: Wie das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) mitteilt, hat der schweizerische Gesamtenergieverbrauch im Jahr 1985 mit einem Total von 724'110 Terajoules gegenüber dem Vorjahr um 1,6% zugenommen. Dies bedeutet eine Verflachung im Vergleich zu

1984, als eine Endverbrauchszunahme von 4,3% verzeichnet wurde. 1985 stieg der Elektrizitätsverbrauch in der Schweiz um 4,2%, während der Konsum von Erdölprodukten um 0,5% zunahm.

(2328) 14. April: Die KKG (Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG) hat ihr Geschäftsjahr 1985 mit einer von 7,1 Mia kWh auf 6,75 kWh leicht gesunkenen Produktion abgeschlossen. Wie dem Geschäftsbericht weiter zu entnehmen ist, verfügt die Anlage technisch und betrieblich noch über deutliche Leistungsreserven. Die an Lager liegenden Uranreserven sowie die im laufenden Jahr zur Auslieferung gelangenden Mengen genügen, um den Betrieb des Reaktors bis Mitte der neunziger Jahre aufrechtzuerhalten.

(2329) Dem Geschäftsbericht der KKW (Kernkraftwerk Kaiseraugst AG) ist zu entnehmen, das bisher 11056 Mio Franken in das künftige sechste Schweizer Kernkraftwerk investiert worden sind. Die nukleare Baubewilligung für diese Anlage wird auf Ende 1988 erwartet. Der Bericht weist darauf hin, dass im Oktober 1985 in Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland „ein grundsätzlicher Durchbruch“ zur Realisierung der Flusswasserkühlung erreicht worden sei (vgl. Nr. 2231 und 2321 der Chronik).

(2330) Das NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) beschliesst, eine dritte Anti-Atominitiative zu lancieren. Vorläufig stehen noch drei verschiedene „Stossrichtungen“ des Initiativtextes zur Diskussion, auf jeden Fall aber soll durch eine Rückwirkungsklausel auch das Kernkraftwerk Kaiseraugst unter die allfälligen neuen Bestimmungen fallen.

(2331) 21. April 1986: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) bekanntgibt, betrug die Nettostromproduktion der fünf Schweizer Kernkraftwerke im ersten Quartal 1986 insgesamt 6,3 Mia kWh. In der Vergleichsperiode des Vorjahres lag sie mit 6,1 Mia kWh nur wenig tiefer.

(2332) 22. April: Der Regierungsrat des Kantons Bern beantragt dem Parlament, mit einer Änderung des kantonalen Energiegesetzes für die Förderung von Erdgas und Fernwärme gleiche Bedingungen zu schaffen. Nach geltendem Recht kann sich der Kanton Bern an der angemessenen Erweiterung des Erdgasnetzes finanziell beteiligen. Mit der beantragten Änderung soll dies ab Anfang 1987 auch für die Erstellung neuer Fernwärmeversorgungen gelten.

(2332) 24. April: Entgegen dem Antrag des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft, das Projekt eines Kohle-Gas-Heizkraftwerkes in Pratteln vorläufig nicht weiterzuverfolgen, soll nach Auffassung der Bau- und Planungskommission des Baselbieter Landrates dieses Projekt nur „vorläufig ausgestellt“ werden. Zudem will die Kommission den Regierungsrat verpflichten, „die Entwicklung des Kohle-Einsatzes für die Strom- und Wärmeproduktion intern weiterzuverfolgen“ (vgl. Nr. 2320 der Chronik).

(2334) 29. April: Nach Bekanntwerden des schwerwiegenden Reaktorunfalls im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl bei Kiew in der Ukraine erklärt ein Sprecher der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz unter Hinweis auf die herrschende Wetterlage, die Schweiz werde durch die abgegebene Radioaktivität vorerst nicht bedroht, doch könne ein Abdriften der radioaktiven Wolke nach Mitteleuropa bei einem Wind- und Wetterwechsel nicht völlig ausgeschlossen werden.

(2335) An einer Pressekonferenz wird mitgeteilt, dass die Generalversammlung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (KWK) am 28. April beschlossen hat, die KWK-Geschäftsleitung auf den 1. Mai 1986 an die Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) als spätere Betreiberin des Werkes zu übertragen (vgl. Nr. 2287 der Chronik). Nachdem die rechtskräftige Rahmenbewilligung vorliegt, stehen nun wieder vermehrt technische Aktivitäten im Vordergrund. Die KWK rechnet damit, die nukleare Baubewilligung bis Ende 1988 oder Anfang 1989 zu erhalten und dann mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Kaiseraugst ist für Mitte der neunziger Jahre vorgesehen.

(2336) 30. April: Auch in der Schweiz wird eine infolge des Reaktorunfalls von Tschernobyl erhöhte Radioaktivität der Luft registriert. Der Präsident der KUeR (Eidgenössische Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität) erklärt dazu, Schutzmassnahmen würden erst erforderlich, wenn die Radioaktivität während längerer Zeit auf das etwa Fünfhundertfache ansteigen würde.

(2337) Auf Anfrage betont der Direktor des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft), Eduard Kiener, der Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl könne keine grundsätzliche Änderung der schweizerischen Energiepolitik bewirken: „Wir müssen klar sehen, dass wir auf die Option Kernenergie nicht verzichten können“.

(2338) 1. Mai: In einer Pressemitteilung hält die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) fest, dass das beschädigte Kernkraftwerk Tschernobyl mit einer anderen Auffassung vom nötigen Sicherheitsgrad als westliche Anlagen gebaut wurde. Insbesondere verfügt es über kein Sicherheitsgebäude. Die SVA unterstreicht, dass der Unfall in Tschernobyl die Sicherheitsmassnahmen in den schweizerischen Kernkraftwerken nicht in Frage stellt.

(2339) In der Deutschschweiz hat sich die aus Tschernobyl stammende Radioaktivität der Luft mit leicht abnehmender Tendenz stabilisiert. Die KAZ (Eidgenössische Kommission für AC-Schutz) beauftragt Lebensmittellaboratorien mit der Analyse von Milch- und Bodenproben.

(2340),2. Mai: Bundesrat Leon Schlumpf, Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), erklärt in einem Interview mit der „Bündner Zeitung“, vorläufig drängten sich keine erhöhten Sicherheitsanforderungen für schweizerische Kernkraftwerke auf. Schlumpf betont, die Sicherheit der fünf Schweizer Kernkraftwerke müsste höchstens dann überprüft werden, wenn aus dem Vorfall in der UdSSR Erkenntnisse gewonnen wurden, die bisher nicht bekannt gewesen seien.

(2341) Gemäss Bericht der Kommission für AC-Schutz wurden in Milch- und Gasproben radioaktive Rückstände festgestellt. Die laufenden Messungen des radioaktiven Strahlungspegels in der Schweiz ergeben eine von Ost nach West abnehmende Konzentration. Eine leichte Erhöhung der Strahlung wird in der Südschweiz registriert.

(2342) 3. Mai: An der Delegiertenversammlung der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) kritisiert der neugewählte Präsident, Nationalrat Peter Aliesch (Chur), die Informationspolitik der sowjetischen Behörden zum Störfall in Tschernobyl.

(2343) 4. Mai: In der Schweiz ist der Gehalt von radioaktivem Jod in der Milch leicht angestiegen. Die Kommission für AC-Schutz empfiehlt für Kinder unter zwei Jahren und Schwangere, Frischmilch durch Milchpulver, Kondensmilch oder UP-Milch zu ersetzen.

(2344) 5. Mai: Wie Pressemeldungen zu entnehmen ist, sind gegen den vorgesehenen Bau eines Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle auf dem Areal des EIR (Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen sechs Einsprachen eingereicht worden (vgl. Nr. 2051, 2221 und 2322 der Chronik).

(2345) 6. Mai 1986: Nach Mitteilung der NAZ (Nationale Alarmzentrale) sind auf der Alpennordseite sinkende Strahlungswerte, im Tessiner Sottoceneri jedoch mit einer 18fachen Strahlung über dem Normalpegel ein Spitzenwert gemessen worden. Weiter wird die Einrichtung sog. Sorgentelefonanschlüsse bekanntgegeben.

(2346) 7. Mai: Laut einer repräsentativen Umfrage fürchten 44% der Schweizer die Konsequenzen des Unglücks von Tschernobyl. Vier Fünftel der 600 Befragten sehen jedoch keine Notwendigkeit, die schweizerischen Kernkraftwerke stillzulegen. Die Möglichkeit eines ähnlichen Unfalls in der Schweiz halten 55% für ausgeschlossen oder unwahrscheinlich.

(2347) 7. Mai: An einer Pressekonferenz erklärt der Finanz- und Energiedirektor des Kantons Aarau, am Projekt Kaiseraugst lasse die aargauische Regierung nicht rütteln.

(2348) 8. Mai: In der Schweiz hat sich der radioaktive Strahlungspegel im Kreislauf der Nahrungskette erstmals landesweit zurückgebildet. Aufgrund der neuesten Messwerte kann nach Mitteilung der Kommission für AC-Schutz geschlossen werden, dass die radioaktive Wolke weitgehend ausgewaschen ist und sich die Nuklide am Boden festgesetzt haben.

(2349) 10. Mai: In Luzern und vor dem Kernkraftwerk Gösgen finden Kundgebungen statt, an welchen die Stillegung der schweizerischen Kernkraftwerke und der Verzicht auf das KKW Kaiseraugst verlangt werden.

(2350) 12. Mai: Der Baselbieter Landrat beschliesst, das Projekt eines Kohle-Gas-Heizkraftwerks in Pratteln einzustellen (vgl. Nr. 2320 und 2333 der Chronik). Gleichzeitig wird der BL-Regierungsrat beauftragt, die Technologie des Einsatzes von Kohle zur Produktion von Strom und Wärme weiterzuverfolgen.

(2350) 13. Mai: In seiner Vernehmlassung zum neuen Kernenergiegesetz (vgl. Nr. 2250 der Chronik) verlangt der SGB (Schweizerischer Gewerkschaftsbund) strengere Bestimmungen betreffend Bewilligungspraxis und Entsorgung sowie das fakultative Referendum für die Rahmenbewilligung eines KKW. Der SGB spricht sich weiter für den Erlass eines Elektrizitätswirtschaftsgesetzes aus (vgl. Nr. 2177 und 2232 der Chronik).

(2352) 14. Mai: Der Bundesrat stellt fest, dass sich die Alarmorganisation in der Schweiz nach dem Unfall von Tschernobyl im grossen und ganzen bewährt habe, jedoch auf Verbesserungsmöglichkeiten hin untersucht werde.

(2353) Die CVP (Christlichsoziale Volkspartei) Basel-Stadt und die CVP Basel-Landschaft betonen in einer gemeinsamen Verlautbarung ihre Entschlossenheit, „einen Rückzug der Bewilligung für das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst mit legalen Mitteln zu erwirken."

(2354) 15. Mai: Die in der Schweiz empfohlenen Einschränkungen für den Genuss von Gemüse, Salat und anderen Freilandpflanzen werden für die ganze Bevölkerung aufgehoben, weil die Radioaktivitäts-Messwerte zurückgegangen sind. für Milch und Frischmilchprodukte bleiben die bisherigen Empfehlungen bis auf weiteres bestehen.

(2355) In einem Expertenbericht der IEA (Internationale Energie-Agentur) zur schweizerischen Energiepolitik wird ausgeführt, dass die sparsame Verwendung der Energie und der Ersatz des Erdöls besonders zu fördern seien. Die Schweiz wird aufgefordert, den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst nicht über Gebühr zu verzögern.

(2356) Der baselstädtische Grosse Rat fasst mit 74 gegen 28 Stimmen eine Resolution, mit welcher an den Bundesrat appelliert wird. „die Rahmenbewilligung für das AKW Kaiseraugst zu widerrufen und Verzichtsverhandlungen einzuleiten und damit das berechtigte Anliegen der Bevölkerung der Region Basel zu respektieren".

(2357) 16. Mai: Bundespräsident Alphons Egli erklärt am Fernsehen DRS, die schweizerische Energiepolitik habe sich in bezug auf die Kernenergie noch nicht geändert, doch sei ein endgültiges Urteil erst möglich, wenn die technischen Details zum Reaktorunfall in der UdSSR bekannt seien.

(2358) Gemäss Mitteilung der Kommission für AC-Schutz nimmt die Strahlungsintensität des Bodens weiter ab und kann auch im Kreislauf der Nahrungskette eine weitere Entspannung registriert werden. Milch und Milchprodukte können auch von Kindern unter zwei Jahren sowie von schwangeren und stillenden Frauen wieder problemlos konsumiert werden.

(2359) 19. Mai: Die radioaktive Belastung in der Schweiz ist über die Pfingsttage erneut leicht zurückgegangen. Die Nationale Alarmzentrale stellte vorübergehend die Fahrten mit den Messwagen ein und beschränkte sich auf die Beobachtung des automatischen Messnetzes.

(2360) 20. Mai: Die vorberatende Kommission des Ständerates beschliesst, die Rahmenbewilligung für die Lagerung von angereichertem Uran auf dem Gelände des EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen (vgl. Nr. 2272 der Chronik) erst später zu behandeln und vom EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) einen ergänzenden Bericht zur Vorlage zu verlangen.

(2361) Die Eidg. Kommission für AC-Schutz teilt mit, aufgrund der umfangreichen' Messungen könne festgestellt werden, dass für die Schweizer Bevölkerung keine Gefahr bestehe, in den kritischen Bereich einer zusätzlichen Strahlungsdosis von 500 Millirem zu kommen.

(2362) Wie die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG in einer Stellungnahme ausführt, sieht sie zur Zeit keine Veranlassung, von ihrem Konzept oder Zeitplan gemäss Ausschreibung abzuweichen. Die von einigen Gruppierungen geforderte generelle Aufgabe des Projektes stehe nicht zur Diskussion, betont die KWK.

(2363) Die SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) lanciert eine Postkartenaktion. Damit sollen die eidgenössischen Parlamentarier u.a. dazu aufgefordert werden, die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst rückgängig zu machen.

(2364) 21. Mai 1986: Sechs Spezialisten der Strahlenbiologie und der Nuklearmedizin schliessen in einer Verlautbarung eine unmittelbare Beeinträchtigung der Gesundheit der schweizerischen Bevölkerung als Folge der erhöhten Radioaktivität aus. In bezug auf mögliche Spätfolgen heisst es in der Stellungnahme, es sei keine wissenschaftliche Studie bekannt, die bei den in der Schweiz gemessenen geringen Strahlenwerten eine Zunahme des Krebsrisikos und der Veränderung des Erbgutes vermerkt hätte.

(2365) 23. Mai: Dem 8. Tätigkeitsbericht der Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für radioaktive Entsorgung) ist zu entnehmen, dass der Bundesrat voraussichtlich erst gegen Ende des Jahres 1986 zum „Projekt Gewähr“ der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) Stellung nehmen kann (vgl. Nr. 2200 der Chronik).

(2366) 24. Mai: Am Rande des „Stromtages 1986“ der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft, der über 10'000 Besucher zu verzeichnen hatte, wird in Kaiseraugst, St. Gallen, Schaffhausen, Winterthur und andernorts gegen die Kernenergie demonstriert.

(2367) In einem Communiqué(9 betont die FDP-Fraktion (Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz) der Bundesversammlung, mangels ausreichender Alternativen könne die Schweiz heute noch nicht auf die Kernenergie verzichten.

(2368) 26. Mai: Die Hauptversammlung der SVP (Schweizerische Volkspartei) der Stadt Bern beschliesst mit 27 zu 18 Stimmen, die von den bürgerlichen Koalitionspartnern vorgesehene Fernwärme-Initiative (vgl. Nr. 2325 der Chronik) nicht zu unterstützen.

(2369) 27. Mai: Der Solothurner Kantonsrat lehnt ein Postulat ab, das einen Rückzug des Kantons Solothurn aus der Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität) verlangte. Der Kanton Solothurn ist mit 9% am Aktienkapital der Atel beteiligt.

(2370) 27. Mai: In Genf und Basel rufen die zur ContrAtom zusammengeschlossenen Gegner der Kernenergie zu einer Grossdemonstration gegen die am 1. Juni in Genf beginnenden Fachkongresse ENC 4 und Foratom IX und die internationale ENC'86 Trade Fair auf. Durch „gewaltfreie Aktionen“ sollen diese Veranstaltungen gestört werden.

(2371) 28. Mai: In Schönenwerd wird das Studienkonsortium Fernwärmeversorgung Olten-Aarau (Fola) gegründet. Mitglieder sind vorläufig die Gemeinden Aarau, Däniken, Gretzenbach, Niedergösgen (wegen eines Rekurses unter Vorbehalt) und Schönenwerd sowie die Aare-Tessin AG für Elektrizität und die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (vgl. Nr. 2312 der Chronik).

(2372) 29. Mai: In Bern veranstaltet die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) eine Pressekonferenz unter dem Titel „Zwanzig Jahre Erfahrung im Bau und Betrieb von Kernkraftwerken in der Schweiz“. Sprecher der Kernenergiewirtschaft sowie der eidgenössischen Sicherheits- und Aufsichtsbehörden legen dar, dass in der Schweiz der bestmöglichen Sicherheit der Kernkraftwerke und dem Schutz der Menschen und der Umwelt absolute Priorität eingeräumt wird.

(2373) 30. Mai: Bei der Differenzbereinigung wegen des sog. Kernenergie-Paragraphen der neuen Baselbieter Kantonsverfassung (vgl. Nr. 2311 der Chronik) beschliesst die Gewährleistungskommission des Ständerates, dem Plenum zu beantragen, diese strittige Bestimmung ebenfalls zu akzeptieren, jedoch an den Vorbehalt zu knüpfen, dass die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Atomenergie Bundessache ist.

(2374) Während des ganzen Monats Mai haben einzelne Parteien und kernenergiekritische Organisationen die sofortige oder schrittweise Stillegung der schweizerischen Kernkraftwerke, den Widerruf der Rahmenbewilligung für das KKW Kaiseraugst und den Verzicht auf künftige Projekte verlangt.

(2375) 1. Juni: Aus Protest gegen die internationale ENC'86 Trade Fair und die beiden Kernenergie-Fachkongresse ENC4/Foramtom IX blockieren in Genf ca. 1'500 Demonstranten vorübergehend die Zufahrt zum Palexpo-Gelände (vgl. Nr. 2370 der Chronik).

(2376) 2. Juni: Das Kernkraftwerk Mühleberg wird zur Vornahme der ordentlichen Jahresrevision mit Brennstoffwechsel und zum Ersatz der Rohre der beiden Umwälzschleifen für die Dauer von rund drei Monaten planmässig abgestellt (vgl. Nr. 2213 der Chronik).

(2377) 4. Juni: Unter Vorbehalt von Artikel 24 quinquies der Bundesverfassung erteilt der Ständerat mit 21 zu 19 dem umstrittenen Kernenergie-Paragraphen der neuen Baselbieter Kantonsverfassung die eidgenössische Gewährleistung (vgl. Nr. 2373 und 2311 der Chronik).

(2378) 5. Juni 1986: An der Bilanzpressekonferenz der BKW (Bernische Kraftwerke AG) ist zu erfahren, dass sich die Stromnachfrage im Versorgungsgebiet 1985 um 4,7% erhöhte. Bei einer Gesamtelektrizitätsabgabe der BKW von 81327 Mio kWh stammten 57% aus Kernkraftwerken. Der Anteil der Kernenergie an der Winterstromversorgung betrug 65%.

(2379) 6. Juni: Bei Abschluss der Europäischen Nuklearkonferenz ENC'86 in Genf erklärt deren Präsident, der Unfall von Tschernobyl habe auf den Debatten gelastet, doch dürfe dieses isolierte Ereignis nicht vergessen lassen, dass die Kernenergie auch für die Zukunft die beste Lösung der Energieprobleme darstelle.

(2380) 7. Juni: Das Kernkraftwerk Gösgen wird für den Brennelementwechsel und zur Durchführung der jährlichen Revisionsarbeiten planmässig abgestellt. Während der Revision werden die wichtigsten Teile der Anlage inspiziert und überholt. Rund ein Drittel der Brennelemente werden ersetzt.

(2381) 10. Juni: Anlässlich der Bilanzpressekonferenz der Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität) gibt Michael Kohn seinen Rücktritt als Präsident des Verwaltungsrates bekannt. Die Nachfolge übernimmt Prof. Angelo Pozzi. Der Energieumsatz der Atel stieg im Geschäftsjahr 1985/86 gegenüber dem Vorjahr um 11%. Der Anteil der Kernenergie an der eigenen Produktion inkl. Partnerwerke erhöhte sich auf 62%.

(2382) 11. Juni: In Übereinstimmung mit dem Ständerat beschliesst der MM Nationalrat im Differenzbereinigungsverfahren, den strittigen „Kernenergie-Paragraphen" der neuen Baselbieter Kantonsverfassung mit dem Vorbehalt zu gewährleisten, dass die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Kernenergie Bundessache ist (vgl. Nr. 2377 der Chronik).

(2383) Das in der Energiekommission des Nationalrates umstrittene Abkommen mit Ägypten über die friedliche Nutzung der Kernenergie (vgl. Nr. 2251 der Chronik) wird von der Traktandenliste der gegenwärtigen Session abgesetzt und die Behandlung auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben. Der Grund liegt darin, dass Ägypten das Bauprogramm für Kernkraftwerke nach Tschernobyl einer Überprüfung unterziehen will.

(2384) 12. Juni: Der Block 1 des Kernkraftwerks Beznau wird bis Mitte Juli 1986 für den Brennelementwechsel und die jährlichen Revisionsarbeiten abgestellt. Gleichzeitig mit Bezriau-1 sind auch die Kernkraftwerke Gösgen und Mühleberg für die Jahresrevision abgestellt, so dass derzeit in der Schweiz 1600 MW Strom weniger produziert werden.

(2385) Der Geschäftsbericht 1985 des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) weist darauf, dass zu Beginn der neunziger Jahre jede sechste kWh Strom, die in der Schweiz verbraucht werde, aus dem Ausland — vor allem aus französischen Kernkraftwerken — stamme.

(2386) Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt überweist einen Antrag, mit welchem eine baselstädische Standesinitiative zur Stillegung aller in der Schweiz betriebenen Kernkraftwerke verlangt wird.

(2387) 14. Juni: Vertreter von 36 Organisationen und Parteien beschliessen, eine dritte eidgenössische Volksinitiative gegen Atomkraftwerke zu lancieren. Ziel des Begehrens ist ein zehnjähriges Moratorium für die Bewilligung neuer Kernkraftwerke. Die neue Initiative ist mit einer Rückwirkungsklausel versehen, die erreichen soll, dass auch das Kernkraftwerk Kaiseraugst unter das Moratorium fällt (vgl. Nr. 2330 der Chronik).

(2388) 16. Juni: Der Bundesrat appelliert an alle Kantonsregierungen, den Kanton Solothurn bei der bevorstehenden Grossdemonstration gegen die Kernenergie in Gösgen mit Polizeikräften zu unterstützen.

(2389) Im Nationalrat beginnt die Debatte über den Reaktorunfall von Tschernobyl, und dessen Auswirkungen auf die schweizerische Energiepolitik. Von bürgerlicher Seite wird für einen Marschhalt und eine Denkpause plädiert, während die Linke und die Grünen den Ausstieg aus der Kernenergie fordern.

(2390) In Beantwortung einer Interpellation von sozialdemokratischer Seite spricht sich der Schaffhauser Regierungsrat vor dem Grossen Rat für ein dreijähriges Moratorium beim Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst aus.

(2391) 18. Juni: Zum Schluss der energiepolitischen Diskussion im eidgenössischen Parlament betonen die Sprecher des Bundesrates die Bereitschaft zu konkreten Massnahmen zur Verstärkung der Alarmorganisation und zur Schaffung eines umfassenden Notfallkonzepts.

(2392) 20. Juni: Gemäss einer von der Berner Zeitung publizierten Meinungsumfrage sind 61,6% der Befragten gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie, wobei der Bau des KKW Kaiseraugst von 69% und jener des KKW Graben von 66,7% abgelehnt wird.

(2393) 21. Juni: Der Parteitag der SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz), beschliesst mit 568 gegen 20 Stimmen die Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative, mit der ein Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie erreicht werden soll.

(2394) An einer nationalen Demonstration gegen die Kernenergie vor dem KKW Gösgen beteiligen sich rund 20'000 Teilnehmer. In einer Resolution wird die Stillegung aller Kernkraftwerke und eine neue Energiepolitik ohne Kernenergie verlangt.

(2395) 26. Juni 1986: Der Baselbieter Landrat verabschiedet eine Resolution, in welcher die Bundesbehörden ersucht werden, die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst in Wiedererwägung zu ziehen, Forschung und Alternativenergien zu fördern und die Voraussetzungen und Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie „vorurteilslos zu prüfen".

(2396) 30. Juni: Der Solothurner Kantonsrat lehnt mit grosser Mehrheit eine Motion der sozialdemokratischen Fraktion ab, die eine Standesinitiative für einen Ausstieg aus der Kernenergie „auf mittlere Frist" verlangte.

(2397) Wie an der Generalversammlung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) zu erfahren ist, wurden bis Ende 1985 rund Fr. 250 Mio in Abklärungen für die Abfallbeseitigung investiert. Dies belastet die Gestehungskosten der Kernenergieproduktion derzeit mit 0,2 Rp. pro kWh.

Schweizer Kernenergiechronik vom l. Juli bis 30. September 1986 (Hans Peter Edel)

(2398) 1. Juli: Der Grosse Rat des Kantons Luzern überweist mit 105:40 Stimmen ein Postulat der Poch-Fraktion (Progressive Organisationen), das einen Verzicht auf das Kernkraftwerk Inwil verlangt. Ausserdem werden mehrere Vorstösse für erheblich erklärt, die den Erlass eines kantonalen Energie- bzw. Energiespargesetzes fordern.

(2399) 3. Juli: In einem Interview mit der „Basler Zeitung" erklärt der Vorsteher des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), Bundesrat Leon Schlumpf, er sei der Ansicht, dass es verschiedene Alternativen geben werde, um im nächsten Jahrhundert die Kernenergie zu ersetzen. Dazu brauche es aber neben den geeigneten Rahmenbedingungen den politischen Willen auf verschiedenen Ebenen und die Bereitschaft, Konsequenzen zu tragen.

(2400) 4. Juli: Die GPS (Grüne Partei der Schweiz) lehnt den Entwurf zu einem neuen Kernenergiegesetz ab und regt die Ausarbeitung eines Gesetzes an, das Fragen bezüglich der Lagerung von radioaktiven Abfällen „von Grund auf neu regelt".

(2401) 5. Juli. Der Regierungsrat des Kantons Bern verlangt einen neuen Entwurf zur Neuregelung des Strahlenschutzes in der Bundesgesetzgebung. Dieser Erlass hat nach Auffassung der bernischen Regierung die Tschernobyl-Beratungen der eidgenössischen Räte in der Oktober-Sondersession und die Konsequenzen für die schweizerische Energiepolitik nach der wissenschaftlichen Auswertung des Reaktorunglücks in der Sowjetunion zu berücksichtigen.

(2402) 10. Juli: Wie die Presse berichtet, ergab eine vom Institut Konso (Basel) im Juni 1986 bei 676 Personen in der Deutsch- und Westschweiz durchgeführte Befragung, dass 36% dem Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst zustimmen würden, wobei eine Mehrheit dieser Befürworter strengere Sicherheitsvorschriften verlangte. 45% der Befragten würden einen allgemeinen Baustopp für Kernkraftwerke begrüssen, und 51% sprachen sich gegen die Erstellung des KKW Kaiseraugst aus.

(2403) 14. Juli: Die FDP (Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz), der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins und der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen sprechen sich da für aus, die Arbeiten am Entwurf für ein neues Kernenergiegesetz vorläufig einzustellen. Die FDP beantragt ein mehrmonatiges Moratorium, die beiden andern Organisationen eine Rückstellung um mehrere Jahre.

(2404) 15. Juli: Auch die CVP (Christlich-demokratische Volkspartei der Schweiz) vertritt den Standpunkt, für die Arbeiten am neuen Kernenergiegesetz müssten die Ursachen und Folgen des Unglücks von Tschernobyl bekannt sein und die Energiedebatte im eidgenössischen Parlament von Anfang Oktober abgewartet werden.

(2405) 16. Juli: Wie die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG mitteilt, wurden bei den Revisionsarbeiten im KKW Gösgen an zwei Brennstäben Defekte festgestellt. Die Beseitigung der da für verantwortlichen Querströmungen, die infolge von Spannungsrisskorrosionsschäden an einigen Schrauben des Kernumfassungsblechs im oberen Bereich des Reaktordruckbehälters auftraten, verlängert die Dauer der Arbeiten um rund zwei Wochen (vgl. Nr. 2380 der Chronik).

(2406) Die SVP (Schweizerische Volkspartei) stimmt dem Vorentwurf zu einem neuen Kernenergiegesetz mit Vorbehalten zu und fordert gleichzeitig die forderte Forschung nach Alternativenergien sowie vermehrte Anstrengungen im Sparbereich. Die SVP ist zur Überzeugung gelangt, dass „ein Ausstieg aus der Kernenergie zumindest kurz- und mittelfristig (noch) nicht realisierbar ist".

(2407) Die SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) lehnt den Entwurf zu einem neuen Kernenergiegesetz ab und verlangt, der Bundesrat habe sofort die Vorarbeiten zum Ausstieg aus der Kernenergie an die Hand zu nehmen. Der abgelehnte Entwurf lässt gemäss SPS-Antwort „den Verdacht aufkommen, dass für neue Kernanlagen nach Tschernobyl nicht etwa ein verschärftes, sondern sogar ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren eingerichtet werden soll".

(2408) 18. Juli: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) zeigt sich in ihren Stellungnahmen zu den Vorentwürfen für ein Strahlenschutz- und ein Kernenergiegesetz davon überzeugt, dass die Revision trotz „Tschernobyl" wie vorgesehen jetzt durchgeführt werden sollte. Beim Strahlenschutzgesetz seien die Massnahmen zum Schutze der Bevölkerung besonders zu begrüssen. In der Sicht der SVA sind auch die vorgeschlagenen Bestimmungen des neuen Kernenergiegesetzes zweckmässig. Einzig beim Bedarfsnachweis und bei der Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Exekutive seien Fragezeichen zu setzen. Die Vereinigung warnt vor einer Verzögerung der Revision, denn sonst bestehe auf dem Gebiet der Energieversorgung die Gefahr einer noch stärkeren Auslandabhängigkeit und von gravierenden Nachteilen beim Umweltschutz.

(2409) 19. Juli 1986: Der Regierungsrat des Kantons Solothurn veröffentlicht einen Brief, den er an den Bundesrat gerichtet hat. Darin wird verlangt, vor dem Hintergrund des Unglücks von Tschernobyl seien die Konzepte für die Information und Warnung der Bevölkerung zu überprüfen und allenfalls zu ändern. Weiter soll auf internationaler Ebene auf eine Vereinheitlichung der Schutznormen und Messeinheiten im Strahlenbereich hingewirkt werden.

(2410) Nach dem Brennelementwechsel und der Jahresrevision gibt das Kernkraftwerk Beznau-I wieder Strom ans Netz ab (vgl. Nr. 2384 der Chronik).

(2411) 21. Juli: Etwa 30 Kernenergie-Gegner demonstrieren vor dem Hauptsitz der BKW (Bernische Kraftwerke AG) und fordern den Verzicht auf die Wiederinbetriebnahme des KKW Mühleberg, dass sich gegenwärtig in Revision befindet (vgl. Nr. 2376 der Chronik).

(2412) Die SES (Schweizerische Energie-Stiftung) lehnt den Vorentwurf zu einem Kernenergiegesetz grundsätzlich ab. Nach ihrer Auffassung sollen ein „Auslaufprogramm" für die bestehenden Kernkraftwerke, ein Gesetz zur sicheren Entsorgung radioaktiver Abfälle und ein Energiespargesetz geschaffen werden.

(2413) 23. Juli: Der Regierungsrat des Kantons Bern betrachtet den Vorentwurf zu einem neuen Kernenergiegesetz als taugliche Grundlage, weist in seiner Vemehmlassung indessen darauf hin, dass die Nutzung der Kernenergie ein reales Gefahrenpotential darstelle. Deshalb müssten echte Alternativen zur Kernenergie entwickelt und Sparanstrengungen rasch eingeleitet werden, was gesondert in einem Elektrizitätswirtschaftsgesetz zu regeln sei.

(2414) Die KKBV (Schweizerische Kernkraftwerk-Betriebspersonal-Vereinigung) erklärt in einer Pressemitteilung, wer die Stillegung der schweizerischen Kernkraftwerke als Folge des Unfalls in Tschernobyl fordere, verdränge bewusst die eklatanten Sicherheitsunterschiede zwischen schweizerischen und russischen KKW. „Er beleidigt ferner die 270 gewissenhaft arbeitenden Betriebsangestellten der zum Teil seit 1969 in Betrieb stehenden fünf schweizerischen Kernkraftwerke und versucht, aus den zugegebenermassen katastrophalen sowjetischen Zuständen in der Schweiz kurzfristig politisches Kapital zu schlagen."

(2415) Wie erst jetzt bekannt wird, hat die mit einer Teilrevision des geltenden Atomgesetzes beschäftigte Kommission des Ständerates an einer ersten Sitzung im Mai beschlossen, die Beratung dieser Vorlage über die Ein- und Ausfuhr von Nukleargütern und Nukleartechnologie vorerst auszusetzen. Der Nationalrat hat dieses Geschäft am 19. Dezember 1985 mit 90 zu drei Stimmen genehmigt (vgl. Nr. 2272 der Chronik).

(2416) 25. Juli: Der Schweizerische Konsumentenbund fordert in seiner Vemehmlassung zum Entwurf des neuen Kernenergiegesetzes die Möglichkeit eines Referendums gegen Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke und vertritt die Meinung, es sei mittelfristig auf den Atomstrom Oberhaupt zu verzichten.

(2417) 28. Juli: Gemäss Angaben der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) belief sich die Nettostromerzeugung der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im zweiten Quartal 1986 auf 5,26 Mia kWh. Das sind 5% mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres.

(2418) In ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines neuen Strahlenschutzgesetzes verlangt die Bündner Regierung vom Bund die rasche Realisierung eines klaren Strahlenschutzkonzeptes. Die Exekutive des Kantons Graubünden erachtet es als wichtig, dass im kommenden Strahlenschutzgesetz eindeutige Kriterien zur Festlegung der Grenzwerte enthalten sind.

(2419) 29. Juli: Anlässlich einer Pressebesichtigung wird mitgeteilt, dass die Jahresrevision und die gleichzeitig durchgeführte Auswechslung der beiden Reaktorumwälzschleifen im Kernkraftwerk Mühleberg bis jetzt so gut vorangekommen sind, dass das Werk voraussichtlich schon Ende August wieder Strom ans Netz liefern kann (vgl. Nr. 2376 der Chronik).

(2420) 30. Juli: In einem TV-Gespräch erklärt Bundespräsident Alphons Egli, ein sofortiger Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie scheine unmöglich zu sein, allerdings müsse darüber nachgedacht werden, wie dieser Schritt innerhalb der nächsten 40 Jahre vollzogen werden könne. Die entsprechende Forschung müsse vorangetrieben werden und stehe auch im Einklang mit der gegenwärtigen Energiepolitik.

(2421) 1. August: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) veröffentlicht ihren Jahresbericht 1985. Wie daraus hervorgeht, haben die fünf Schweizer Kernkraftwerke im Berichtjahr durch eine Nettostromproduktion von 21,2 Mia kWh zu 38,8% an die inländische Elektrizitätserzeugung beigetragen. Mit Einschluss der Fernwärmelieferungen erreichte der schweizerische Nuklearpark eine mittlere Arbeitsausnutzung von 84%.

(2422) Das Kernkraftwerk Leibstadt wird für die Revision nach dem zweiten Betriebszyklus und für das Um- und Neubeladen des Reaktors vorübergehend abgestellt. Der Betriebsunterbruch soll rund sechs Wochen dauern.

(2423) 3. August: Ein vom BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) in die Vernehmlassung gegebener Entwurf zu einer neuen „Verordnung über Konzentrationen von radioaktiven Nukliden in Lebensmitteln“ wird gemäss einem Pressebericht seitens der Kantone stark kritisiert. Beanstandet werden insbesondere die Richtwerte für Kindernährmittel.

(2424) Nach rund achtwöchiger Revisionsdauer nimmt das Kernkraftwerk Gösgen die Stromproduktion wieder auf (vgl. Nr. 2380 und 2405 der Chronik).

(2425) 9. August 1986: Gemäss einer vom BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) veröffentlichten Zwischenbilanz der „Gesamtleitung Tschernobyl“ zur Verstrahlungssituation in der Schweiz erreicht die Ganzkörperdosis der am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen bis Ende 1986 voraussichtlich 130 mrem, was weit unter dem Toleranzwert von 500 mrem pro Jahr liege. Die mittleren erhaltenen Dosen der schweizerischen Bevölkerung seien noch fünfmal kleiner als jene der besonders exportierten Gruppen.

(2426) 11. August: Der Grosse Rat des Kantons Schaffhausen beschliesst unter Namensaufruf mit 36:33 Stimmen die Einreichung einer Standesinitiative „ für eine Zukunft ohne Atomstrom“. Der Vorstoss fordert einen Baustopp für weitere Kernkraftwerke und die Festlegung eines Zeitplans zur Stillegung bestehender KKW bis zum Jahr 2010. Weiter wird vom Bund die Vorlage eines Elektrizitäts-wirtschaftsgesetzes verlangt (vgl. Nr. 2433 der Chronik).

(2427) 18. August: Mit einer Pressekonferenz in Bern wird die eidgenössische Volksinitiative „Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)“ lanciert. Das Begehren will die Bundesverfassung (Art. 19 neu) wie folgt ergänzen: „ für die Dauer von zehn Jahren seit Annahme dieser Übergangsbestimmung durch Volk und Stände werden keine Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen gemäss Bundesrecht für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie (Atomkraftwerke oder Atomreaktoren zu Heizzwecken) erteilt. Als neu gelten derartige Einrichtungen, für die bis zum 30. September 1986 die bundesrechtliche Baubewilligung nicht erteilt worden ist.“ (vgl. Nummer 2387 der Chronik).

(2428) Der Zürcher Kantonsrat lehnt eine Motion der POCH (Progressive Organistionen) und eine Einzelinitiative ab, die einen sofortigen Verzicht auf die Kernenergie verlangten.

(2429) 19. August: Unter starker Beteiligung führt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in Bern ihre 27. ordentliche Generalversammlung durch. Sowohl SVA-Präsident Alain Colomb wie auch der Gastreferent Dipl. Ing. Michael Kohn warnen dabei vor voreiligen energiepolitischen Entscheidungen nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl und betonen die Notwendigkeit, die Option Kernenergie für die Zukunft offenzuhalten.

(2430) 20. August: Die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Bern verlangt in einer energiepolitischen Resolution den „raschestmöglichen“ Produktionsstopp für das Kernkraftwerk Mühleberg. Die Stillegung müsse, so wird weiter gefordert, mit einer gezielten Förderung der Alternativenergien und von Energiesparmassnahmen gekoppelt sein.

(2431) 21. August: Die Konferenz der kantonalen Energiedirektoren beantragt dem Bundesrat, einen Energieartikel auszuarbeiten, der die kantonale Zuständigkeit und Autonomie in der Energiepolitik respektiere und die bisherigen Anstrengungen der Kantone zum Energiesparen berücksichtige. Abgelehnt wird hingegen ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz auf Bundesebene.

(2432) 23. August: Die Geschäftsleitung der NA (Nationale Aktion für Volk und Heimat) beschliesst, die neue eidgenössische Volksinitiative „Stopp dem Atomkraftwerkbau (moratorium)“ zu unterstützen.

(2433) 25. August: Mit 38 zu 34 Stimmen lehnt der Grosse Rat des Kantons Schaffhausen die Vorlage zu einer Standesinitiative für den Ausstieg aus der Kernenergie ab, die aufgrund einer vor zwei Wochen erheblich erklärten Motion ausgearbeitet worden war (vgl. Nr. 2426 der Chronik).

(2434) 26. August: Im Kernkraftwerk Beznau sind die diesjährigen Revisionsarbeiten und der Brennelementewechsel nun auch in Block 2 beendet, und die Anlage ist wieder voll ans Netz geschaltet. Das KKB-1 war vom 12. Juni bis zum 19. Juli abgestellt, während das KKB-2 vom 24. Juli bis zum 25. August stillstand.

(2435) Die vorberatende Kommission des Ständerates beschliesst, dem Plenum Zustimmung zur Rahmenbewilligung für die Lagerung von angereichertem Uran im Gebäude des stillgelegten Reaktors Diorit auf dem Gelände des EIR (Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen zu beantragen. Dabei soll der Bundesrat die Frage einer Entschädigung für die Standortgemeinde prüfen. Der Nationalrat hat der Vorlage am 19. Dezember 1985 zugestimmt (vgl. Nr. 2272 der Chronik).

(2436) 27. August: Der Bundesrat beauftragt die Schweizer Delegation, die an der bevorstehenden Regionalkonferenz der WHO (Weltgesundheitsorganisation) teilnimmt, die Mitgliedstaaten der WHO auf Frühjahr 1987 zu einem Expertentreffen in der Schweiz einzuladen, das sich mit der internationalen Harmonisierung der Massnahmen im Falle grenzüberschreitender radioaktiver Verstrahlung befassen wird.

(2437) Nach einem knapp dreimonatigen Betriebsunterbruch wird das Kernkraftwerk Mühleberg wieder ans Netz geschaltet (vgl. Nr. 2376 und 2419 der Chronik). Zusätzlich zur normalen Jahresrevision mit Brennstoffwechsel sind während der Abschaltung auch die Rohre der beiden Reaktorumwälzschleifen ersetzt worden.

(2438) Der Grosse Rat des Kantons Bern genehmigt eine Ergänzung des Energiegesetzes, wonach der Kanton künftig Beiträge an den Bau neuer Fernwärmeversorgungen entrichten kann. Abgelehnt werden Anträge, die in diesem Zusammenhang eine Ausklammerung der Fernwärme aus Kernkraftwerken verlangten (vgl. Nr. 2332 der Chronik).

(2439) 30. August: Rund 1200 Personen beteiligen sich in Bern an einer Kundgebung, an der einer Resolution zugestimmt wird, die den Regierungsrat des Kantons Bern auffordert, sich für die Stillegung des Kernkraftwerks Mühleberg einzusetzen.

(2440) 1. September 1986: Mit rund 9'200 Unterschriften wird in Zürich eine städtische Volksinitiative „ für den Ausstieg aus der Atomwirtschaft" eingereicht. Die Initiative verlangt von der Gemeinde die Ausarbeitung und Durchsetzung eines Energiesparprogramms, um den Stromverbrauch so weit zu reduzieren, dass ein Bezug aus Kernkraftwerken unnötig würde. Zudem dürfte sich die Stadt Zürich weder direkt noch indirekt an Kernkraftwerken beteiligen, entsprechende Verträge wären rückgängig zu machen.

(2441) Nach Mitteilung des BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) können im Tessin und in den Bündner Südtälern die im Freien gewendeten Schafe und Ziegen wieder geschlachtet werden, nachdem sich die Cäsium-Werte erheblich verringert haben. Neueste Untersuchungen ergaben laut BAG einen Mittelwert von 10 Nanocurie pro Kilo Fleisch.

(2442) 2. September: Die Energiekommission des Nationalrates stimmt einem Postulat zu, das den Bundesrat auffordert, bis Ende 1987 einen Bericht über aktuelle Fragen der Energiepolitik zu erstatten. Anderseits lehnt die Kommission zwei Anträge ab, den Bundesrat mit Motionen zu beauftragen, ein „Stromspargesetz", einen umfassenden Energieartikel in der Bundesverfassung und einen Bundesbeschluss über den Widerruf der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst vorzulegen.

(2443) 3. September: Angesichts der erhöhten Radioaktivität in Fischproben aus dem Luganersee verbietet der Bundesrat mit sofortiger Wirkung das Fischen im Luganersee und den Verkauf von seit dem 1. August gefangenen Luganerseefischen. Das Fischereiverbot beschränkt sich ausschliesslich auf den Luganersee.

(2444) Zu einer parlamentarischen Anfrage erklärt der Bundesrat, er beabsichtige, vor seinem Entscheid über das „Projekt Gewähr" der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) die da für erheblichen Gutachten zur Einsichtnahme aufzulegen und deren Schlussfolgerungen im Bundesblatt zu publizieren.

(2445) Der Bundesrat beantwortet eine Kleine Anfrage dahin, bei aktiven Kriegshandlungen gegen die Schweiz oder in der Schweiz wurden die Kernkraftwerke entsprechend der Bedrohungslage abgestellt. Damit sei die Sicherheit von Bevölkerung und Armee „weitestgehend gewährleistet".

(2446) 5. September: Anlässlich der Generalversammlung des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) betont der zurücktretende Präsident, Dr. Jörg Bucher, für den VSE sei ein Ausstieg aus der Kernenergie nur dann denkbar, wenn „realistische Alternativen" vorhanden seien. Obwohl die öffentliche Hand und die Wirtschaft seit 1975 rund Fr. 5 Mia in die Erforschung von Zusatzenergien investiert hätten, stünden solche realistische Alternativen nicht in Sicht. Die Schweiz werde daher auch in Zukunft auf sämtliche Energieträger angewiesen sein.

(2447) 10. September: Die Stadtberner CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) verzichtet „im jetzigen Zeitpunkt" auf die Lancierung der angekündigten Fernwärme-Initiative zur Nutzung der Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Mühleberg und der Deponie Teuftal (vgl. Nr. 2325 der Chronik).

(2448) 11. September: Nach Abschluss der zweiten Jahresrevision, mit der am 1. August 1986 begonnen worden war (vgl. Nr. 2422 der Chronik), nimmt das Kernkraftwerk Leibstadt den Betrieb wieder auf. Die Neubeladung des Reaktorkerns - 212 von 648 Brennelementen wurden ausgewechselt -, die Revision einer Niederdruckturbine und die Inspektion des Generators verliefen termingerecht und ohne Probleme.

(2449) 12. September: Das EDI (Eidgenössische Departement des Innern) erlässt eine Verordnung über Konzentrationen von radioaktiven Nukliden in Lebensmitteln. Diese neue Verordnung mit sofortiger Wirkung legt Toleranzwerte für Cäsium-134 und Cäsium-137 fest, die den EG-Normen für Agrarprodukte entsprechen.

(2450) 13. September. Die Delegiertenversammlung des WWF-Schweiz fordert „eine umfassende und konsequente Energie-Sparpolitik und den Ausstieg aus der Atomenergie". Nach Ansicht des WWF-Schweiz sollen keine neuen Kernkraftwerke gebaut und die bestehenden nicht ersetzt werden, wenn sie nicht mehr funktionstüchtig sind.

(2451) 19. September: Die vier Schweizer Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für Brüder und Helvetas verlangen in einem Aufruf die Einstellung von Nuklearexporten in die Dritte Welt.

(2452) 23. September: Die Regierung des Kantons Waadt veröffentlicht ein Schreiben an die Gemeinde Ollon, in welchem sie dieser mitteilt, sie habe der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) die Bewilligung für Sondierungen erteilt (vgl. Nr. 2262 der Chronik).

(2453) 24. September: In einer gemeinsamen Pressemitteilung erklären der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen und der Schweizerische Gewerbeverband, dass nach ihrer Ansicht auf die Kernenergie nicht verzichtet werden könne und deren weiterer massvoller Ausbau unerlässlich sei.

(2454) 25. September: In der Stellungnahme zu rund 50 parlamentarischen Vorstössen, die in der bevorstehenden energiepolitischen Debatte der eidgenössischen Räte behandelt werden sollen, bekräftigt der Bundesrat seine Auffassung, dass ein kurzfristiger und unvorbereiteter Kurswechsel in der Energiepolitik nicht zu verantworten sei. Die Landesregierung bekundet die Absicht, den eidgenössischen Räten rasch einen Energieartikel zur Aufnahme in die Bundesverfassung zu unterbreiten. Überdies wird der Bundesrat Voraussetzungen, Möglichkeiten und Auswirkungen eines allfälligen Ausstiegs aus der Kernenergie anhand von vier Szenarien (sofortiger Ausstieg oder Ausstieg in den Jahren 2000, 2010 und 2025) darstellen lassen. Diese Studien sollen unter Beizug von Experten ausgearbeitet und von der Eidgenössischen Energiekommission beurteilt werden.

(2455) 26. September 1986: Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) bestätigen aufgrund eines Presseberichtes, dass beim Kernkraftwerk Mühleberg wegen eines defekten Filtersystems aus der Aufarbeitungsanlage für schwach- und mittelradioaktive Abfälle eine geringe Menge radioaktiver Staub freigesetzt wurde. Der Defekt ist Mitte September festgestellt und sofort behoben worden. Die KKM-Verantwortlichen und die zuständigen Bundesbehörden bezeichnen die Verstrahlung als geringfügig.

(2456) 27. September: Die Schweiz unterzeichnet anlässlich einer Sonderkonferenz der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) in Wien zwei intemationale Abkommen über Information bei Nuklearunfällen und über Hilfe bei Strahlenschäden oder radiologischen Notfällen.

(2457) 30. September: In Übereinstimmung mit dem Entscheid des Nationalrates vom 19. Dezember 1985 (vgl. Nr. 2272 der Chronik) erteilt auch der Ständerat die Rahmenbewilligung für die Lagerung von bis zu 200 t angereichertem Uran für das Kernkraftwerk Kaiseraugst auf dem Gelände des EIR (Eidg. Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen. Die Genehmigung wird mit 29 zu 7 Stimmen erteilt. Zustimmung finden auch das Übereinkommen zum physischen Schutz von Kernmaterial und das teilrevidierte Atomgesetz, das die Rechtsgrundlagen zur Erfassung der Exporte von Kerntechnologie und für den Abschluss internationaler Vereinbarungen über den Handel mit Nukleargütern schafft.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1986 (Hans Peter Edel)

(2458) 4. Oktober: In Beantwortung verschiedener Vorstösse aus dem Grossen Rat beantragt der Regierungsrat des Kantons Bern eine Änderung der bisherigen bernischen Energiepolitik. Nach dem Willen der Exekutive soll vorerst von jeder Steigerung der Kernenergieproduktion Abstand genommen und dann mittel- oder langfristig ganz auf Kemkraftwerke verzichtet werden. Als Konsequenz will sich der Regierungsrat des Kantons Bern da für einsetzen, dass das geplante KKW Graben nicht gebaut wird. Eine Stillegung des Kernkraftwerks Mühleberg wird hingegen abgelehnt.

(2459) 6. Oktober: Die „Gesamtleitung Tschernobyl“ des Bundesamtes für Gesundheitswesen veröffentlicht einen zusammenfassenden Bericht über die Verstrahlungslage in der Schweiz nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Danach werden auch die Strahlendosen der am stärksten belasteten Bevölkerung weit unterhalb gefährlicher Werte bleiben. Die radioaktive Zusatzbelastung der am meisten betroffenen Bevölkerung in der Ostschweiz und im Tessin dürfte gut einen Drittel der normalen durchschnittlichen Jahresdosis von rund 400 Millirem ausmachen.

(2460) Auf eine parlamentarische Einfache Anfrage erklärt der Bundesrat, er denke vorläufig nicht daran, die Bestrahlung von Lebensmitteln zur besseren Haltbarmachung allgemein zuzulassen. Um eine entsprechende Bewilligung sei bisher noch nie ersucht worden.

(2461),7. Oktober: Delegationen aus Österreich und der Schweiz führen in Wien Vorgespräche für formelle Verhandlungen über ein Abkommen zum Informationsaustausch beim Bau und Betrieb von Kernanlagen.

(2462) Gemäss einer Pressemitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) haben die Abklärungen nach dem Zwischenfall im Kernkraftwerk Mühleberg (vgl. Nr. 2455 der Chronik) nur eine minimale Verstrahlung der Umgebung ergeben. Nach den Ermittlungen der KUeR (Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität) sind radioaktive Aerosole in einer Menge von 300 Millicurie unkontrolliert über das Kamin entwichen. Dies deshalb, weil 15 Vor- und Hauptfilter im Lüftungssystem defekt waren und die Aerosol-Messstelle im Abluftkamin keine korrekten Messergebnisse lieferte. Laut EVED wird die theoretisch verursachte Strahlenbelastung von Personen in der Umgebung des KKM höchstens einige Millirem betragen. Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) wird auch die übrigen schweizerischen Kernkraftwerke auf ähnliche Schwachstellen wie in Mühleberg überprüfen.

(2463) 8. Oktober: Der Regierungsrat des Kantons Bern kritisiert die „mangelhafte“ Information der BKW (Bernische Kraftwerke AG) nach der Filterpanne im Kernkraftwerk Mühleberg und verlangt von der KKM-Betreiberin einen ausführlichen Bericht über die getroffenen Massnahmen und ein Informationskonzept.

(2464) 9. Oktober: Im eidgenössischen Parlament beginnt im Anschluss an die ordentliche Herbstsession die grosse Debatte über die künftige schweizerische Energiepolitik. Der Ständerat überweist ein Postulat Muheim, das vom Bundesrat einen umfassenden Bericht über die mit einem sofortigen oder schrittweisen Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie verbundenen Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat verlangt. Im Nationalrat sind rund 50 Vorstösse zur Energiepolitik zu behandeln.

(2465) 11. Oktober: Durch die Überweisung zweier Motionen erteilt der Nationalrat dem Bundesrat „mit offensichtlichem Mehr“ den verbindlichen Auftrag, einen Energie- Verfassungsartikel auszuarbeiten, wobei ein Motionsteil, der die Erhebung einer zweckgebundenen Energieabgabe verlangte, Ablehnung findet und nur als Postulat passiert. Unter Namensaufruf lehnt es die Volkskammer mit 91:70 Stimmen ab, die Regierung durch eine Motion zur Ausarbeitung eines Stromspargesetzes zu verpflichten. Dieser Vorstoss wird nur in Form eines Postulates zur Prüfung überwiesen. Mit 90:59 widersetzt sich der Rat auch einem Motionauftrag zur Vorbereitung der Rechtsgrundlagen für den Verzicht auf Kernkraftwerke und die schrittweise Stillegung der bestehenden Anlagen (als Postulat überwiesen). Durch eine Motion wird der Bundesrat beauftragt, eine europäische Energiekonferenz einzuberufen.

(2466) Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mitteilt, hat sie mit der amerikanischen Nuclear Regulatory Commission ein Abkommen unterzeichnet, das gemeinsame Forschungen im Hinblick auf die Endlagerung radioaktiver Abfälle vorsieht.

(2467) 11. Oktober 1986: Unter Namensaufruf lehnt der Nationalrat zwei Motionen der sozialdemokratischen Fraktion für eine Abkehr von der Kernenergie mit 105:68 Stimmen und für ein Rückkommen auf die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst mit 101:72 Stimmen ab. Weitere Vorstösse mit ähnlicher Zielsetzung werden ebenfalls verworfen. Ablehnung finden auch Forderungen, die Arbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle) von unabhängigen Experten überprüfen zu lassen bzw. einzustellen. Vor den Abstimmungen erklärt Bundesrat Leon Schlumpf, bis Ende 1987 werde die Landesregierung sachbezogene, genaue Entscheidungsgrundlagen in Form von Szenarien ausarbeiten lassen und dem Parlament einen entsprechenden Bericht erstatten.

(2468) 13. Oktober: Wie die KUeR (Eidgenössische Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität) mitteilt, liegt die Strahlenbelastung von Milch, Gemüse und Früchten in der Umgebung des Kernkraftwerks Mühleberg wesentlich unter der Toleranzgrenze.

(2469) Der Vorstand der Freisinnig-demokratischen Partei der Stadt Bern beschliesst, die im März 1986 angekündigte Fernwärme-Initiative zur Nutzung der Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Mühleberg und der Deponie Teuftal (vgl. Nr. 2304 der Chronik) auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Einen gleichen Beschluss fällte zuvor schon die Stadtberner CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) am 10. September (vgl. Nr. 2447 der Chronik).

(2470) 16. Oktober: In der Stellungnahme zu verschiedenen energiepolitischen Vorstössen aus dem Gemeinderat erklärt der Zürcher Stadtrat, ohne Kernenergie könne das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich „heute und auf absehbare Zeit seinen Versorgungsauftrag nicht erfüllen“. In den nächsten sechs bis acht Jahren sei mit einem Ansteigen des Stromkonsums um 20 Prozent zu rechnen, die Stromproduktion aus Kernenergie zur Deckung der Bedürfnisse daher unentbehrlich.

(2471) 18. Oktober: Der Regierungsrat des Kantons Zürich hält in seiner ablehnenden Stellungnahme zu sechs Motionen, die im Kantonsrat nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl eingereicht worden waren, fest, dass ein allfälliger Ausstieg aus der Kernenergie nur aufgrund einer gesamtschweizerischen Entscheidung möglich wäre. Die Zürcher Regierung betont, es sei absehbar, dass ein sofortiger Verzicht auf den Atomstrom nicht in Frage komme.

(2472) 20. Oktober: Laut Mitteilung des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) hat die Deutschschweizerische Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Anlagen an ihrer 4. Hauptsitzung vereinbart, die in beiden Staaten erwogenen Massnahmen bezüglich Anlagensicherheit, Notfallschutzplanung, Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt und Strahlenschutz in den Arbeitsgruppen vertieft zu behandeln, um sie aufeinander abzustimmen.

(2473) 21. Oktober: Mit 114 zu 52 Stimmen lehnt es der St. Galler Grosse Rat ab, auf eine Standesinitiative zum „Abschied von der Atomenergie“ einzutreten.

(2474) Die vom Parteitag der SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) im Juni 1986 beschlossene eidgenössische Volksinitiative „ für den Ausstieg aus der Atomenergie“ (vgl. Nr. 2393 der Chronik) wird mit der Publikation des Textes im Bundesblatt lanciert. Die Initiative will die Bundesverfassung wie folgt ergänzen (Art. 24 quinquies, Abs. 3-5 neu): 113. In der Schweiz dürfen keine weiteren Anlagen zur Erzeugung von Atomenergie und keine Anlagen zur Bearbeitung von Kernbrennstoffen in Betrieb genommen werden. Die bestehenden Anlagen dürfen nicht erneuert werden. Sie sind so rasch als möglich stillzulegen. 4. Um eine ausreichende Stromversorgung sicherzustellen, sorgen Bund und Kantone da für, dass elektrische Energie gespart, besser genutzt und umweltverträglich erzeugt wird. Natürliche Gewässer und schutzwürdige Landschaften dürfen durch neue Kraftwerksbauten nicht beeinträchtigt werden. 5. Zum gleichen Zweck fördert der Bund die Erforschung, Entwicklung und Nutzung von dezentralen umweltverträglichen Energieanlagen.“

(2475) 22. Oktober: Es sei nicht nur sachlich unbegründet, sondern einer verunsicherten Öffentlichkeit gegenüber äusserst unfair, die Filterpanne im Kernkraftwerk Mühleberg (vgl. Nr. 2455 und 2462 der Chronik) mit dem Unfall von Tschernobyl gleichzusetzen oder Parallelen zu ziehen, erklärt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) unter Bezugnahme auf zahlreiche Verlautbarungen von Atomgegnern in einer Pressemitteilung. Wie die SVA ausführt, trifft es nicht zu, dass erst Messungen von Privatpersonen über die ausgetretene Radioaktiviät Aufschluss gaben. Die Überwachungsbehörden hätten aufgrund ihrer Messungen von Anfang an festgestellt, dass keine Gefahr für die Bevölkerung bestand.

(2476) 24. Oktober: In einem Communiqué bedauert der Verwaltungsrat der BKW (Bernische Kraftwerke AG) die Filterpanne im Kernkraftwerk Mühleberg, wobei er betont, dass die verspätete Information der Öffentlichkeit nicht auf eine Absicht der Verantwortlichen zur Verheimlichung des Sachverhaltes, sondern auf eine unrichtige Beurteilung der Informationsbedürfnisse zurückgeführt werden müsse. Die Information der Aufsichtsbehörden des Bundes sei vorschriftsgemäss und ohne Verzug erfolgt, stellt der BKW-Verwaltungsrat fest. Eine Gefährdung von Mensch und Umwelt habe zu keinem Zeitpunkt bestanden.

(2477) In Rüfenach/AG wird das Fernwärmenetz Refuna (Regionale Fernwärmeversorgung im Unteren Aaretal) offiziell eingeweiht. Gegenwärtig beziehen bereits 734 Abonnenten Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Beznau. Im Endausbau des Refuna-Netzes zu Beginn der neunziger Jahre wird mit rund 2000 angeschlossenen Bauten und einer Anschlussleistung von ca. 80'000 kW gerechnet.
Das Refuna-Hauptnetz wurde am 25. September 1985 fertiggestellt (vgl. Nr. 2220 der Chronik).

(2478) 25. Oktober 1986: Die Grosskundgebung vom 21. Juni 1986 gegen die Kernenergie vor dem KKW Gösgen (vgl. Nr. 2394 der Chronik) belastet die Solothurner Staatskasse mit 209'000 Franken. Der diesbezüglichen Antwort der Solothurner Regierung auf eine Anfrage aus dem Kantonsrat ist zu entnehmen, dass der Polizeieinsatz Kosten von 194’000 Franken verursachte und sich die Schäden an Fahrzeugen und Material auf 15'000 Franken beliefen.

(2479) 29. Oktober: Gemäss Mitteilung der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) ist in dem per 30. September 1986 abgeschlossenen Geschäftsjahr der Stromverbrauch im Versorgungsgebiet um 623 Mio kWh oder 5,9% gestiegen. Der Anteil der Kernenergie an der Eigenproduktion erreichte im Berichtsjahr 63,4%. Im versorgungspolitisch entscheidenden Winterhalbjahr 1985/86 stieg der Anteil der Kernenergie an der NOK-Stromproduktion gegenüber der Vorjahresperiode von 68 auf 71%.

(2480) Der Bundesrat erteilt dem EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) den Auftrag, unverzüglich die Ausarbeitung eines neuen Energie-Verfassungsartikels an die Hand zu nehmen, damit bereits zu Beginn des nächsten Jahres ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet werden kann. Weiter setzt die Landesregierung eine Expertengruppe ein, welche Szenarien über die Voraussetzungen, Möglichkeiten und Folgen eines Ausstiegs der Schweiz aus der Kernenergie auszuarbeiten hat. Vorsitzender der Expertengruppe ist Dr. Hans-Luzius Schmid, Vizedirektor des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft).

(2481) Der Bundesrat wählt PD Dr. Heinz Loosli vom Physikalischen Institut der Universität Bern zum neuen Präsidenten der Eidgenössischen Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR) und Dr. Ulrich Imobersteg zum neuen Präsidenten der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz (KAC). Die Gewählten treten die Nachfolge von Prof. Dr. Otto Huber an, der bisher beide Gremien präsidierte und auf Ende Jahr altershalber demissioniert hat.

(2482) 30. Oktober: Ein aufgrund französisch-schweizerischer Expertengespräche erstatteter Bericht des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) stellt fest, dass der Schnelle Brüter „Superphénix“ in Creys-Malville im französischen Rhonetal keine grösseren Risiken schaffe als moderne Leichtwasserreaktoren vergleichbarer Leistung. Nach Ansicht der Schweizer Experten könnten zusätzliche Sicherheitsmassnahmen beim „Superphénix“ weder durch eine grössere Wahrscheinlichkeit von Störfällen, noch mit der Möglichkeit einer grösseren Freisetzung von Radioaktivität begründet werden.

(2483) 31. Oktober: Gemäss Angaben des EVED (Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) haben die Bundesräte Egli und Schlumpf einer Delegation der Kantonsregierungen beider Basel in einem erneuten Gespräch zugesichert, dass vor der Erteilung der nuklearen Baubewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst die vorgesehene Überprüfung der Notfallplanung, der Informationsstrukturen und der Alarmorganisation abgeschlossen sein müsse. Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft beantragen in diesem Zusammenhang, den Radius der Alarmzone 1 um zehn bis 20 km grösser anzusetzen als bisher.

(2484) 3. November: Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Bundesrat eine Eidgenössische Energieforschungskommission eingesetzt, welche die Schwerpunkte in der Energieforschung des Bundes festlegen und die Zusammenarbeit mit anderen vom Bund unterstützten Forschungsprogrammen sicherstellen soll. Präsident des elf Mitglieder zählenden Gremiums ist Dr. Rudolf W. Meier.

(2485) Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) veranstaltet in Zürich-Oerlikon eine zweitägige Informationstagung über die Sicherheit der Kernkraftwerke im Lichte von TMI und Tschernobyl. Vor rund 230 Teilnehmern aus dem In- und Ausland kommen Spitzenfachleute aus fünf europäischen Ländern dabei zum Schluss, dass der Reaktorunfall von Tschernobyl die westeuropäische Auffassung von nuklearer Sicherheit nicht in Frage stellt.

(2486) 4. November: In zweiter Lesung verabschiedet der Grosse Rat des Kantons Bern mit 112:22 Stimmen das teilrevidierte Energiegesetz gemäss welchem der Staat auch Fernwärmeversorgungen finanziell unterstützen kann. Mit 82:59 Stimmen wird der Antrag abgelehnt, KKW-betriebene Anlagen davon auszuklammern (vgl. Nr. 2438 der Chronik).

(2487) In Übereinstimmung mit der Regierung lehnt der aargauische Grosse Rat mit 100:51 Stimmen die Überweisung eines Postulates der Grünen ab, das einen Verzicht auf den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst verlangte. Ebenso verworfen wird mit 111:37 Stimmen ein weiteres Postulat der Grünen, mit dem ein Konzept zur baldmöglichen Stillegung der im Kanton Aargau betriebenen Kernkraftwerke gefordert wurde.

(2488) 5. November: Im Kernkraftwerk Mühleberg wird mit den Arbeiten für das zusätzliche Sicherheitssystem „Susan“ (Spezielles Unabhängiges System zur Abführung der Nachzerfallswärme) begonnen, das zur automatischen Kühlung des abgestellten Reaktors im Falle hypothetischer schwerwiegender Ereignisse dienen wird und voraussichtlich im September 1990 zur Verfügung steht. Der Investitionsaufwand ist mit 106 Mio Franken veranschlagt (vgl. Nr. 2246 der Chronik).

(2489) 6. November: Ein Sprecher des Kernkraftwerks Leibstadt bestätigt, dass die Fehlmanipulation eines Operateurs am 2. November eine automatische Schnellabschaltung des Reaktors ausgelöst hat. Wie festgestellt wird, wurde entgegen Presseberichten in der Umgebung des Kernkraftwerks keine erhöhte Radioaktivität gemessen.

(2490) 7. November: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) erklärt sich gemäss einem Communiqué bereit, ihre siebente Tiefbohrung in der Nordschweiz in der Schaffhauser Gemeinde Siblingen an einem neuen Standort durchzufahren (vgl. Nr. 2193 der Chronik). Der Bohrplatz soll rund einen Kilometer weiter weg vom Dorf eingerichtet werden. Zu diesem Zweck hat die Nachbargemeinde Gächlingen der Nagra ein Grundstück auf Siblinger Boden zur Verfügung gestellt.

(2491) 12. November 1986: Zwischen der Schweiz und China wird in Peking ein Rahmenabkommen unterzeichnet, das den Austausch von Nukleargütern mit friedlicher Zweckbestimmung erleichtern soll. Das Abkommen enthält keine Liefer- oder Bezugsverpflichtungen. Es umfasst aber alle Bereiche der friedlichen nuklearen Zusammenarbeit und deckt den Austausch von nuklearem Material sowie von Ausrüstungen und Technologien zwischen den beiden Vertragspartnern ab.

(2492) 13. November: Die Delegiertenversammlung des SGB (Schweizerischer Gewerkschaftsbund) beschliesst die Unterstützung der eidgenössischen Volksinitiative „ für den Ausstieg aus der Atomenergie“ (vgl. Nr. 2474 der Chronik). In einer Resolution wird gefordert, dass keine weiteren Kernkraftwerke mehr gebaut und dass die im Betrieb stehenden Anlagen nicht erneuert werden dürfen, dass alle Kernkraftwerke „so rasch als möglich“ sillzulegen seien und dass für diese schrittweise Stillegung sofort ein Programm auszuarbeiten sei. Die verringerte Elektrizitätsproduktion darf, so die Resolution, nicht durch Stromimporte ersetzt werden.

(2493) Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, betrug die Netto-Stromproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im dritten Quartal 1986 3,47 Milliarden kWh gegenüber 3,79 Milliarden kWh in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Produktionsrückgang erklärt sich dadurch, dass die Anlagen Mühleberg und Gösgen anlässlich der Jahresrevisionen infolge von Arbeiten zur Erhöhung der Sicherheit und Zuverlässigkeit länger als sonst abgeschaltet blieben.

(2494) 15. November: Die „Berner Zeitung“ veröffentlicht die Ergebnisse einer von ihr in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage unter der Bevölkerung des Kantons Bern. Danach unterstützen 71,6% der Befragten einen planmässigen Ausstieg aus der Kernenergie, und 68,6% verlangen vom Kanton, dass er auf einen freiwilligen Verzicht der BKW (Bernische Kraftwerke AG) auf das Kernkraftwerk Graben hinarbeitet. 49,7% der Befragten sprechen sich gegen eine Stillegung des Kernkraftwerks Mühleberg aus, 40% sind dafür.

(2495) 17. November: In einem Bericht an das Kantonsparlament beantragt der solothurnische Regierungsrat die Ablehnung der von der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn im März 1985 eingereichten Energie-Initiative. Der Regierungsrat betont, einige Forderungen dieses Begehrens seien bereits erfüllt und in anderen Punkten gehe die Initiative zu weit.

(2496) 18. November: Der Grosse Rat des Kantons Bern heisst unter Namensaufruf mit 126 zu 52 Stimmen eine Motion gut, mit welcher der Regierungsrat beauftragt wird, „eine Energiepolitik vorzulegen, die einen planmässigen Ausstieg aus der Kernenergie verfolgten Ebenfalls unter Namensaufruf überweist das bernische Kantonsparlament mit 114 zu 67 Stimmen eine Motion, die verlangt, „dass das Kernkraftwerk Graben nicht gebaut werden soll und auch sonst keine Kernkraftwerke auf dem Boden des Kantons Bern“. Abgelehnt werden Vorstösse, die eine Abschaltung bzw. Stillegung des Kernkraftwerks Mühleberg forderten.

(2497) 19. November: Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, ein am 22. Oktober 1986 zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnetes Abkommen über die Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie zu ratifizieren. Zweck des Vertrages ist eine haftungsrechtliche Gleichbehandlung von Schweizern und Bundesdeutschen bei grenzüberschreitenden Schäden aus Kernanlagen.

(2498) 23. November: Vertreter verschiedener Atomkraftwerkgegner-Organisation beschliessen eine „nationale Kampagne“ für die Stillegung aller Kernkraftwerke in der Schweiz. Besonders ins Visier genommen wird dabei das Kernkraftwerk Mühleberg.

(2499) 25. November: Wie die schweizerischen Kernkraftwerkbetreiber mitteilen, wird gegenwärtig die Möglichkeit einer dezentralen Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle bei den bestehenden Kernkraftwerken geprüft. Erwogen wird auch der Bau eines Zwischenlagers für solche Abfälle auf dem Gelände des EIR (Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen.

(2500) 26. November: Nach einer Routinereparatur bleibt das Kernkraftwerk Beznau-I zur Abklärung der Ursache von Geräuschen im Reaktorsystem, die durch Schalldetektoren bei der Abstellung registriert worden waren, vorläufig abgeschaltet.

(2501) Wie die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG mitteilt, hat sie bei den zuständigen Amtsstellen des Kantons Aargau ein Gesuch für seismotektonische Untersuchungen eingereicht. Diese dienen zur Abklärung, inwiefern vermutete Verwerfungen im Untergrund des vorgesehenen Standortes die Erdbebensicherheit und damit das Projekt Kaiseraugst beeinflussen könnten.

(2502) Der Gemeinderat der Stadt Zürich verwirft nach eingehender Diskussion mit 61 Nein gegen 57 Ja eine SP-Motion, die „nach einer möglichst kurzen Umstellungsfrist“ eine Stromversorgung ohne Elektrizität aus Kernkraftwerken verlangte. Ebenfalls abgelehnt wird mit 71 zu 41 Stimmen eine Poch-Motion, die den raschestmöglichen Ausstieg der Stadt Zürich aus allen direkten und indirekten KKW-Beteiligungen zum Ziel hatte.

(2503) 27. November: An einer Pressekonferenz in Stans gibt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekannt, dass sie im Kanton Nidwalden einen vierten Standort für die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle prüfen wolle. Ein entsprechendes Sondiergesuch soll für den Wellenberg bei Wolfenschiessen eingereicht werden, nachdem das bisher bevorzugte Terrain bei Niederbauen (vgl. Nr. 2294 der Chronik) aufgegeben wurde.

(2504) 28. November: Die Waadtländer „Grüne sozialistische Alternative“ kündigt eine kantonale Volksinitiative für den Ausstieg aus der Kernenergie an.

(2505) Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) gibt bekannt, dass der Stromverbrauch in der Schweiz im abgelaufenen hydrologischen Jahr (Oktober 1985 bis September 1986) gegenüber der vorjährigen Vergleichsperiode um 1,6 Mia kWh oder 3,9% gestiegen ist. Der inländische Jahresbedarf belief sich auf 42,3 (Vorjahr: 40,7) Mia kWh. 55% des Gesamtkonsums entfielen auf das Winterhalbjahr.

(2506) Wie die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) mitteilen, wurde der Auftrag für das Nachrüstprogramm „Nano“ im Kernkraftwerk Beznau an ein Konsortium der Firmen Westinghouse International in Brüssel und BBC AG Brown, Boveri & Cie. in Baden vergeben. Mit dem Projekt „Nano“ wird das KKW Beznau sicherheitstechnisch auch im Hinblick auf die Gefährdung durch seltene äussere Einwirkungen (z.B. Erdbeben) dem heutigen Stand der Technik angepasst.

(2507) 1. Dezember 1986: Der Zürcher Kantonsrat verwirft verschiedene Vorstösse, mit denen eine gesetzliche Verankerung von Energiesparmassnahmen und die Förderung alternativen Energien angestrebt wurden. Die Ratsmehrheit schliesst sich dabei der Ansicht der Kantonsregierung an, das seit dem vergangenem Juli in Kraft stehende kantonale Energiegesetz biete eine ausreichende Grundlage für entsprechende Vorkehren.

(2508) 3. Dezember: Der Zürcher Gemeinderat heisst mit 52:47 Stimmen einen Vorstoss gut, gemäss welchem dem Zürcher Kantonsparlament durch eine sog. Behördeninitiative zu beantragen ist, den eidgenössischen Räten eine Standesinitiative für den Widerruf der Rahmenbewilligung zum Bau des KKW Kaiseraugst einzureichen.

(2509) Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) geben bekannt, dass mit dem Bau einer 1,9 km langen Fernwärmeleitung vom Kernkraftwerk Mühleberg zur BKW-Personalsiedlung „Steinriesel“ begonnen wurde. Bereits seit dem vergangenen Sommer wird die Heizzentrale des Kernkraftwerks Mühleberg mit aus dem Wasser-Dampf-Kreislauf ausgekoppelter Wärme versorgt. Nach der Verwirklichung des ganzen Projektes können pro Jahr rund 400 Tonnen Heizöl substituiert werden.

(2510) 7. Dezember: Mit 37'095 Ja gegen 25’074 Nein stimmen die Genfer Stimmberechtigten einer am 27. Juni 1983 eingereichten Volksinitiative „L’énergie notre affaire", zu, welche die Genfer Behörden verpflichtet, sich gegen den Bau von Kernkraftwerken und gegen die Lagerung radioaktiver Stoffe auf Kantonsgebiet sowie in dessen Nachbarschaft einzusetzen. Weiter enthält das Volksbegehren einen umfangreichen Massnahmenkatalog zur Förderung des Energiesparens und der Entwicklung erneuerbarer Energien. Ein Gegenvorschlag des Staatsrates, der sich auf Massnahmen des Energiesparens und des Umweltschutzes beschränkte, wird mit 39'048 Nein zu 21’238 Stimmen abgelehnt.

(2511) 8. Dezember: Der Leitende Ausschuss des Kantonal-Bernischen Gewerbeverbandes nimmt „mit Befremden vom rein gefühls- und nicht sachbezogenen Entscheid“ des Kantonsparlamentes Kenntnis, aus der Kernenergie auszusteigen sowie auf den Bau des Kernkraftwerks Graben zu verzichten (vgl. Nr. 2496 der Chronik).

(2512) 10. Dezember: Nach 18tägigem Stillstand nimmt das Kernkraftwerk Beznau-I die Stromproduktion wieder auf (vgl. Nr. 2500 der Chronik). Die bei der Abstellung registrierten Geräusche waren offenbar nicht, wie zuerst vermutet, durch einen losen Gegenstand im Reaktorsystem verursacht worden und sind nach Angaben der Kraftwerkleitung bei Erreichen der Betriebstemperatur vollständig verschwunden.

(2513) 13. Dezember: Im Besucherpavillon des Kernkraftwerks Gösgen beginnen 18 junge Leute aus St. Gallen einen Sitzstreik, mit welchem sie für die Stilllegung aller schweizerischen Kernkraftwerke demonstrieren wollen. Die Kundgebung wird nach 15 Stunden abgebrochen.

(2514) 16. Dezember- Das EVED (Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) veröffentlicht die technischen Gutachten und Stellungnahmen zum Bericht „Projekt Gewähr 198511 der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) über die Machbarkeit der dauernden, sicheren Entsorgung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (vgl. Nr. 2048 und 2200 der Chronik). Diese Gutachten und Stellungnahmen werden bis zum 27. Februar 1987 beim BEW (Bundesamt für

Energiewirtschaft) zur Einsichtnahme aufgelegt. Als dann hat die Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) zuhanden des Bundesrates eine Stellungnahme und Vorschläge für das weitere Vorgehen auszuarbeiten. Gestützt auf diese Stellungnahme und auf den Antrag des EVED wird der Bundesrat im Verlauf des Jahres 1987 seinen Entscheid zum Bericht der Nagra treffen.

(2515) 19. Dezember: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, dass ihr Forschungsbudget für das Jahr 1987 im Vergleich zum laufenden Jahr um 9,2 Mio Franken auf 47,6 Mio Franken aufgesteckt wird. Damit sollen die Vorarbeiten für die Realisierung eines Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle intensiviert werden. Bis Ende 1986 hat die Nagra insgesamt rund 290 Mio Franken in ihre Forschungstätigkeit investiert.

(2516) 20. Dezember: Die Berner Kantonspolizei beendigt eine 14stündige Blockade der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Mühleberg durch rund 70 Demonstranten.

(2517) 22. Dezember: In Beantwortung einer Anfrage aus dem Nationalrat bezeichnet der Bundesrat die Mitte September 1986 im Kernkraftwerk Mühleberg festgestellten Mängel des Filtersystems (vgl. Nr. 2455 und 2462 der Chronik) als „nicht bedeutend“. Wie die Landesregierung feststellt, haben die Betreiber den Vorfall den Behörden korrekt gemeldet.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1987 (Hans Peter Edel)

(2518) 5. Januar 1987: Der Zürcher Kantonsrat lehnt eine parlamentarische Initiative von sozialdemokratischer Seite ab, mit der ein Gesetz über die Beteiligung des Standes Zürich am Konkordat der neun Kantone verlangt wurde, die zusammen die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) betreiben. für eine vorläufige Unterstützung dieser Initiative sprechen sich 35 Ratsmitglieder aus, doch wären für eine Weiterbehandlung mindestens 60 Stimmen nötig.

(2519) 6. Januar: In der schriftlichen Stellungnahme zu einer im Nationalrat eingereichten Motion erklärt der Bundesrat, dass in der Schweiz keine der im Verkehr befindlichen Lebensmittel eine gesundheitsgefährdende Konzentration von radioaktivem Cäsium aufweisen. Weiter versichert die Landesregierung, dass wegen der Verfütterung von Heu während des Winters nicht mit bedeutenden Auswirkungen auf die Aktivitätskonzentrationen in Lebensmitteln (Milch, Fleisch) zu rechnen ist.

(2520) 14. Januar: Der Nidwaldner Standeskanzlei wird eine zweite Initiative eingereicht, die eine Mitsprache des Volkes bei der Errichtung von Atomanlagen auf Kantonsgebiet verlangt. In Ergänzung einer ersten derartigen Initiative (vgl. Nr. 2307 der Chronik) fordert dieses neue Begehren die Mitsprache auch für vorbereitende Handlungen wie etwa Sondierbohrungen.

(2521) 17. Januar: Gemäss Mitteilung des Initiativkomitees sind für das eidgenössische Volksbegehren "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)11, das am 18. August 1986 lanciert wurde (vgl. Nr. 2427 der Chronik), bisher rund 1301000 Unterschriften gesammelt worden.

(2522) 19. Januar: Der VSGP (Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten) beschliesst, den Bund auf eine Entschädigung der Einkommensausfälle nach dem Unglück von Tschernobyl einzuklagen. Der Bundesrat hatte Ende Dezember 1986 beschlossen, die Tschernobyl-Schäden der Fischer vom Luganersee (vgl. Nr. 2443 der Chronik) auf freiwilliger Basis abzugelten, den Gemüseproduzenten hingegen nur eine Entschädigung von 251000 Franken zuzusprechen. Der VSGP macht indessen eine Schadensumme von 9,6 Mio Franken geltend und stützt seine Klage auf Art. 16 des Kernenergiehaftpflichtgesetzes ab.

(2523) Der von einer Kommission ausgearbeitete Text zu einer baselstädtischen Standesinitiative "zur Stillegung aller in der Schweiz betriebenen Kernkraftwerke" (vgl. Nr. 2386 der Chronik) verzichtet darauf, einen Termin für den angestrebten Ausstieg zu nennen. Gemäss Initiativtext sind die schweizerischen KKW "so rasch als möglich stillzulegen".

(2524) 20. Januar: Mit 39:9 Stimmen beschliesst der Einwohnerrat der Stadt Baden den Beitritt zur künftigen Bau- und Betriebsgesellschaft Transwal AG, die zur Verwirklichung des Fernwärmeprojekts "Transport von Wärme im Aare- und Limmattal" (Transwal) Ende 1987/Anfang 1988 gegründet werden soll. Gemäss dem Beschluss des Einwohnerrates beteiligt sich die Stadt Baden mit 8,7 Mio Franken am Aktienkapital der Transwal AG. für das städtische Fernwärme-Ortsnetz wird ein Kredit von 29,87 Mio Franken gesprochen. Das Geschäft unterliegt noch der Volksabstimmung.

(2525) Die Nidwaldner Regierung lehnt es ab, ihre Stellungnahmen zuhanden des Bundes zu atomrechtlichen Bewilligungen auf Kantonsgebiet der Landsgemeinde oder dem Landrat zur Mitsprache vorzulegen. Darum spricht sich die Regierung sowohl gegen die beiden hängigen "Atom-Initiativen" (vgl. Nr. 2520 der Chronik) wie auch gegen einen Gegenvorschlag der zuständigen Parlamentskommission aus, der dem Landrat eine entsprechende Kompetenz erteilen will.

(2526) 22. Januar: Mit 33:20 Stimmen verwirft das Parlament des Kantons Jura eine von sozialdemokratischer Seite eingereichte Motion, die eine Standesinitiative zum Ausstieg aus der Kernenergie verlangte.

(2527) 23. Januar: In Beantwortung einer im Kantonsparlament eingereichten Interpellation vertritt die Thurgauer Regierung die Auffassung, dass ein kurzfristiger Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie nur mit "schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen““ zu bewerkstelligen wäre.

(2528) 24. Januar: Die Delegierten der Westschweizer CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) sprechen sich gegen eine Energiesteuer, aber für ein langfristiges Aussteigen aus der Kernenergie aus.

(2529) 26. Januar: Im Zürcher Kantonsrat befürworten 65 Ratsmitglieder die vorläufige Unterstützung der vom Gemeinderat am 3. Dezember 1986 beschlossenen Behördeninitiative gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst (vgl. Nr. 2508 der Chronik). Diese Behördeninitiative verlangt eine Zürcher Standesinitiative mit folgendem Wortlaut: "Auf den Bau des Atomkraftwerks Kaiseraugst ist zu verzichten. Die erteilte Rahmenbewilligung ist zu widerrufen." Die Behördeninitiative kommt vor das Volk, wenn sich später mindestens 60 Mitglieder des Kantonsrates für deren definitive Unterstützung aussprechen.

(2530) Wie die BKW (Bernische Kraftwerke AG) mitteilen, ist der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet im Jahr 1986 um 1,9% gestiegen. Insgesamt setzten die BKW im Berichtsjahr 8'565 Gigawattstunden Elektrizität ab. Der Anteil der Kernenergie an der Gesamterzeugung der BKW von 61847 Gigawattstunden (1985: 6'979 GWh) betrug 53%, im Winterhalbjahr sogar 66%.

(2531) 27. Januar: Die CKW (Centralschweizerische Kraftwerke AG) haben 1986 mit 3'461 Gigawattstunden 5,1% Strom mehr umgesetzt als im Vorjahr. 55% dieser Elektrizität stammten aus Kernkraftwerken.

(2532) 4. Februar: Als Gegenvorschlag zu den hängigen „Atom-Initiativen“ und dem diesbezüglichen Antrag des Regierungsrates (vgl. Nr. 2525 der Chronik) beantragt der Nidwaldner Landrat zuhanden der Landsgemeinde, dass Stellungnahmen der Regierung zu Atomanlagen und vorbereitenden Handlungen für die Lagerung radioaktiver Abfälle auf Kantonsgebiet künftig dem kantonalen Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten seien.

(2533) In Lausanne wird das Zustandekommen der Initiative "Sauver la Côte" bekanntgegeben, die sich insbesondere gegen die oberirdische Führung der Hochspannungsleitung Mühleberg-Verbois (vgl. Nr. 2298 der Chronik) zwischen Lausanne und Genf richtet.

(2534) In Bern erscheint zum ersten Mal der „Monatsbericht der Schweizer KKW“ als gemeinsame Publikation der Kernkraftwerksbetreiber in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA). Diese periodische Berichterstattung Über die Produktionsergebnisse, den Betriebsverlauf und besondere Ereignisse in den einzelnen Kernkraftwerke wird als Beilage zum SVA-Bulletin veröffentlicht und als Sonderdruck an interessierte Behörden und Medien adressiert.

(2535) 5. Februar 1987: Mit 83:7 Stimmen wird im Grossen Rat des Kantons Thurgau ein Antrag der Grünen und des Landesrings abgelehnt, eine ausserordentliche Untersuchungskommission zum Reaktorunfall von Tschernobyl einzusetzen.

(2536) 6. Februar: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, haben die schweizerischen Kernkraftwerke im Jahr 1986 21,3 Mia kWh Strom produziert, womit das Rekordergebnis von 1985 (21,2 Mia kWh) knapp übertroffen wurde. Die durchschnittliche Arbeitsausnutzung der Anlagen betrug 83%.

(2537) 9. Februar: Die Energiekommission des Nationalrates lehnt zwei parlamentarische Initiativen ab, die den Widerruf der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst bzw. die Anpassung der Rechtsgrundlagen für einen raschestmöglichen Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie verlangen. Anderseits stimmt die Kommission zuhanden des Plenums mit 10:9 Stimmen einem Motionsentwurf zu, gemäss welchem die Rahmenbewilligungen für künftige Kernkraftwerkprojekte dem fakultativen Referendum unterstellt werden sollen. Mit 12:8 Stimmen spricht sich das Gremium dagegen aus, dieses fakultative Referendum rückwirkend für alle Anlagen anzuwenden, die noch über keine nukleare Baubewilligung verfügen.

(2538) 11. Februar: Der Bundesrat eröffnet das Vernehmlassungsverfahren über den Vorentwurf zu einem neuen Energieartikel (Art. 24 octies) der Bundesverfassung. Ein entsprechender Auftrag wurde der Landesregierung durch die Überweisung zweier Motionen in der Sondersession des eidgenössischen Parlamentes vom Oktober 1986 erteilt (vgl. Nr. 2465 der Chronik). Der Vorentwurf sieht u.a. auch die Erhebung einer Energieabgabe vor, für deren Ausgestaltung zwei Varianten geprüft werden.

(2539) 12. Februar: Eine vorberatende Kommission des Ständerates beantragt dem Plenum einstimmig, der Ratifizierung eines Abkommens mit der Bundesrepublik Deutschland über die Haftung bei grenzüberschreitenden Unfällen in Kernkraftwerken (vgl. Nr. 2497 der Chronik) durch den Bundesrat zuzustimmen. In Übereinstimmung mit dem Nationalrat empfiehlt die Kommission die Abschreibung dreier Standesinitiativen zur Atompolitik der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt aus dem Jahre 1983. Gutgeheissen werden verschiedene Motionen, die einen neuen Energieartikel in der Bundesverfassung verlangen.

(2540) Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt verabschiedet mit 71:11 Stimmen den Text für eine Standesinitiative "zur Stillegung der in der Schweiz betriebenen Kernkraftwerke,' (vgl. Nr. 2523 und 2386 der Chronik). Der Bundesversammlung wird beantragt, "zum Zwecke einer schrittweisen Ablösung der Kernkrafttechnik und der Senkung des Stromverbrauches" alle in der Schweiz betriebenen Kernkraftwerke "so rasch als möglicher stillzulegen.

(2541) In einem Aufruf an die Politiker und Umweltorganisationen stellt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) unter Bezugnahme auf einen kürzlich veröffentlichten "Umwelttarif" für die Wahlen in die eidgenössischen Räte fest, dass die politische Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie zu den Zielen eines konsequenten Umweltschutzes in krassem Widerspruch steht.

(2542) 13. Februar: Wie das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) mitteilt, ist der Verbrauch an elektrischer Energie im Jahr 1986 in der Schweiz um 2,5% auf 42,3 Mia kWh angestiegen. Im Jahre 1985 hatte die Verbrauchszunahme noch 4,2% betragen (vgl. Nr. 2293 der Chronik). Die inländische Stromerzeugung betrug 1986 nach Abzug des Verbrauchs der Speicherpumpen 54,4 Mia kWh oder 1,8% mehr als im Vorjahr. Die Wasserkraftwerke lieferten 33,6 Mia kWh und hatten damit einen Anteil von 60,1% an der gesamten schweizerischen Stromerzeugung. Die fünf Kernkraftwerke produzierten 1986 zusammen 21,3 Mia kWh und erreichten damit nach den Berechnungen des BEW einen Anteil von 38,1% an der inländischen Stromproduktion.

(2543) 15. Februar: Verschiedene A-Gegnerorganisationen geben bekannt, dass am 25. April 1987 in Bern eine nationale Anti-KKW-Demonstration geplant ist. Die Kundgebung soll von jenen Kreisen durchgeführt werden, die bereits am 21. Juni 1986 vor dem Kernkraftwerk Gösgen eine ähnliche Veranstaltung organisiert haben (vgl. Nr. 2394 der Chronik).

(2544) 18. Februar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hat laut einer Pressemitteilung erste geophysikalische Messungen am Oberbauenstock (Kanton Uri), einem möglichen Standort des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, abgeschlossen. Die Nagra ersucht nun die kantonalen und lokalen Behörden um die Bewilligung für Bohrungen in zwei Nebenstollen des Seelisbergtunnels.

(2545) 19. Februar: Mit jeweils 44:11 Stimmen verabschiedet der Nidwaldner Landrat in zweiter Lesung Gegenanträge zu den beiden Initiativen für die Mitsprache des Nidwaldnervolkes bei Atomanlagen und diese vorbereitende Handlungen (vgl. Nr. 2520 und 2532 der Chronik).

(2546) 24. Februar: An einer Pressekonferenz nimmt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) Stellung zu den Mitte Dezember 1986 veröffentlichten Gutachten der Sicherheitsbehörden zum "Projekt Gewähr 198511 (vgl. Nr. 2514 der Chronik). Nagra-Präsident Rudolf Rometsch erklärt, das Resultat dieser Analysen könne nicht anders interpretiert werden, als dass das "Projekt Gewähr 1985" seine Hauptaufgabe erfüllt habe: "Die grundsätzlichen Zweifel an der Lösbarkeit der Abfallfrage sind ausgeräumt". Die Frage nach dem möglichen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle sei auch nach Meinung der Nagra noch offen, doch habe man für die Standortwahl noch mindestens zwei Jahrzehnte Zeit.

(2547) 26. Februar 1987: Zu einer Interpellation aus dem Stadtrat stellt der Gemeinderat der Stadt Bern fest, im Falle eines Reaktorunglücks im Kernkraftwerk Mühleberg ermögliche es das dreiteilige Sicherheitssystem, entwichene Radioaktivität zunächst zurückzuhalten. Die Bevölkerung könne daher rechtzeitig gewarnt werden, wo für auf Gemeindegebiet 59 ferngesteuerte Sirenen zur Verfügung stünden. Weiter betont der bernische Gemeinderat, ein gesichertes Elektrizitätsangebot gehöre nach wie vor zu den wichtigsten Versorgungsaufgaben der Stadt. Der hohe Anteil an Atomstrom lasse keinen kurzfristigen Ausstieg aus der Kernenergie zu.

(2548) 2. März: Der Bundesrat setzt die Teilrevision des Atomgesetzes (vgl. Nr. 2457 der Chronik) auf den 1. April 1987 in Kraft und nimmt entsprechende Anpassungen der Atomverordnung vor. Hauptpunkt der Revision ist die neue Kompetenz der Landesregierung, die Ausfuhr von Kerntechnologie für bewilligungspflichtig zu erklären.

(2549) 9. März: An der Bilanzpressekonferenz der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) wird bekannt, dass die Gesellschaft zur Sicherung der Stromversorgung ab Mitte der neunziger Jahre bei der EdF (Electricité de France) erneut ein Bezugsrecht für Elektrizität aus französischen Kernkraftwerken erworben hat. Der abgeschlossene Stromliefervertrag sieht die Lieferung einer ersten Tranche von 100 MW ab 1. Oktober 1994 vor. Weitere 100 MW stehen ab 1. Oktober 1995 zur Verfügung. Darüberhinaus verfügt die NOK über die Option, ab 1. Oktober 1996 eine dritte Leistungstranche von 100 MW zu erwerben. Der gesamte nutzbare Stromabsatz der NOK ist in dem per Ende September 1986 abgeschlossenen Geschäftsjahr um 6,7% auf 14'465 GWh gestiegen (vgl. Nr. 2479 der Chronik).

(2550) 17. März: Der Ständerat behandelt die energiepolitischen Beschlüsse, die der Nationalrat im Verlauf der Sondersession am 10. Oktober 1986 gefasst hat (vgl. Nr. 2465 und 2539 der Chronik). Die Kleine Kammer spricht sich dabei für einen neuen Energie-Verfassungsartikel aus, lehnt aber die Erhebung von Lenkungsabgaben ab. Mit 21:17 Stimmen überweist der Ständerat eine Motion, gemäss welcher der Sicherheitsstandard der fünf in der Schweiz "noch betriebenen Atomkraftwerke" bis zu ihrer Stillegung nachgerüstet werden muss. Gutgeheissen wird die Ratifizierung eines Abkommens mit der Bundesrepublik Deutschland über die Haftung auf dem Gebiete der Kernenergie (vgl. Nr. 2497 der Chronik). Abgeschrieben werden drei Standesinitiativen der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau aus dem Jahr 1983 (vgl. Nr. 2539 der Chronik).

(2551) An einer Pressekonferenz in Basel gibt die Gagak (Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst) bekannt, ihre Aktivität sei künftig vor allem auf die Stillegung des Kernkraftwerks Mühleberg ausgerichtet. Die angekündigte Grosskundgebung vom 25. April 1987 (vgl. Nr. 2543 der Chronik) werde unter dem Motto "Mühleberg stillegen statt nachrüsten" stehen.

(2552) 18. März: Im Nationalrat wird von bürgerlicher Seite eine Motion eingereicht, die für den Bau neuer Kernkraftwerke das fakultative Referendum fordert. Gemäss dem Vorstoss soll auch das KKW Kaiseraugst rückwirkend einem möglichen Volksentscheid unterstellt werden, wobei bei einem Nein der Stimmberechtigten die für das Werk bisher getätigten Ausgaben zu entschädigen wären.

(2553) 24. März: Angesichts des Ausmasses der Luftverschmutzung spricht sich das FME (Forum Medizin und Energie) gegen einen Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie aus. In einer Pressemitteilung wird darauf hingewiesen, dass die Verbrennung fossiler Stoffe die Atmosphäre stärker bedrohe und für die nächsten Generationen eine realere Gefahr bedeuten als gut kontrollierte Kernenergie.

(2554) An einer Pressekonferenz gibt der Stadtrat (Exekutive) der Zürcher Gemeinde Dietikon bekannt, aus Kostengründen verzichte die Stadt auf eine Beteiligung am Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal). In der Folge verlangt eine von bürgerlicher Seite im Gemeinderat Dietikon eingereichte Motion, dieses Geschäft sei noch vor das Parlament zu bringen.

(2555) 25. März: Wie zuvor der Einwohnerrat der Stadt Baden (vgl. 2524 der Chronik) beschliesst der Einwohnerrat der aargauischen Gemeinde Neuenhof mit 32:4 Stimmen den Beitritt zur Betriebsgesellschaft Transwal AG, welche zur Verwirklichung des Fernwärme-Projekts Transwal gegründet werden soll. Tags darauf trifft der Einwohnerrat von Obersiggenthal mit 36:2 Stimmen den gleichen Entscheid.

(2556) 30. März: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) gibt die Ablehnung der von Umweltschutzorganisationen gegen die generelle Plangenehmigung der Hochspannungsleitung Mühleberg-Verbois eingereichten Beschwerden (vgl. Nr. 2298 und 2533 der Chronik) bekannt. für zwei Teilstrecken wird dabei die unterirdische Verkabelung zur Prüfung empfohlen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1987 (Hans Peter Edel)

(2557) 2. April: Der Einwohnerrat (Legislative) der aargauischen Gemeinde Wettingen spricht sich für eine Beteiligung am Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) aus. Mit 38:8 Stimmen werden der Beitritt zur Betriebsgesellschaft Transwal AG, eine Beteiligung von maximal 4,9 Mio Franken an deren Aktienkapital und die Genehmigung eines Kredites von 39,6 Mio Franken für den Bau des Wettinger Ortsnetzes beschlossen (vgl. Nr. 2555 der Chronik).

(2558) 10. April 1987: Nachdem im Natriumtank des Brennelement-Zwischenlagers des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville ein Leck festgestellt worden war, ersucht die Regierung des Kantons Genf den Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), bei den französischen Behörden auf eine regelmässige Information über die benachbarten Kernkraftwerke zu dringen.

(2559) 21. April: Im Hinblick auf den bevorstehenden ersten Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl stellt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einer Pressemitteilung fest, dass die Kernenergie bei gesamtheitlicher Betrachtung selbst nach diesem Unglück bezüglich Sicherheit und Umweltschutz gut dastehe und dass es unverantwortlich wäre, wegen des Geschehens in der Sowjetunion auf den gewichtigen Beitrag der Kernenergie zur Eindämmung der Schadstoffproduktion aus der Nutzung von Kohle, Oel und Gas zu verzichten.

(2560) 23. April: Die im August 1986 lancierte eidgenössische Volksinitiative "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)" (vgl. Nr. 2427 und 2521 der Chronik) wird der Bundeskanzlei mit rund 1341500 Unterschriften eingereicht.

(2561) Der Gemeinderat von Dietikon (Kanton Zürich) verpflichtet den Stadtrat mit 20 zu 13 Stimmen durch Überweisung einer Motion, einen Kreditantrag für den Beitritt von Dietikon zum Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) vorzulegen (vgl. Nr. 2554 der Chronik).

(2562) 24. April: Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekannt gibt, hat sie ihre ersten, dreijährigen Untersuchungen für ein mögliches Endlager schwach- und mittelradioaktiver Abfälle am Bois de la Glaivaz in der Waadtländer Gemeinde Ollon abgeschlossen. In einer nächsten Phase sind vor allem geophysikalische Messungen vorgesehen. Sodann wird die Nagra in Kürze ein Gesuch für Sondierungen am Wellenberg im Kanton Nidwalden (vgl. Nr. 2503 der Chronik) einreichen.

(2563) 25. April: An der nationalen Kundgebung gegen die Kernenergie in Bern (vgl. Nr. 2543 und 2551 der Chronik) beteiligen sich nach Angaben der Polizei schätzungsweise 6000 Personen. Dabei kommt es zwischen Manifestanten und der Polizei zu heftigen Auseinandersetzungen.

(2564) Das Kernkraftwerk Leibstadt hat seit seiner ersten Stromabgabe ans Netz in knapp drei Jahren brutto 20 Mia kWh Elektrizität produziert.

(2565) 26. April: Die Nidwaldner Landsgemeinde stimmt mehrheitlich den beiden Volksinitiativen zu, die verlangen, dass Stellungnahmen der Regierung zuhanden des Bundes betreffend Atomanlagen und diese vorbereitende . Handlungen der Landsgemeinde zur Mitsprache zu unterbreiten sind (vgl. Nr. 2520, 2532 und 2545 der Chronik).

(2566) 27. April: An einer Pressekonferenz wird über die neue "Verordnung über die Einsatzorganisation bei erhöhter Radioaktivität" (VEOR) orientiert, die der Bundesrat auf den 1. Mai 1987 in Kraft gesetzt hat. An der Spitze dieser Einsatzorganisation steht der Leitende Ausschuss Radioaktivität (LAR) unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des EDI (Eidgenössisches Departement des Innern). Die Information der Öffentlichkeit und der Kantone ist einer von der Bundeskanzlei geleiteten Informations-Zentrale übertragen.

(2567) 28. April: Der Grosse Rat des Kantons Aargau lehnt mit 107 gegen 10 Stimmen ein Postulat von seiten der Grünen ab, das den Regierungsrat beauftragen wollte, sich bei den NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) für einen Verzicht auf die sicherheitstechnische Nachrüstung des Kernkraftwerks Beznau (vgl. Nr. 2506 der Chronik) einzusetzen. Ebenfalls verworfen wird mit 89

gegen 41 Stimmen ein Vorstoss, der zusätzliche Untersuchungen über behauptete Zusammenhänge zwischen dem Betrieb von Kernkraftwerken und den Waldschäden verlangte.

(2568) 30. April: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) veranstaltet in Zürich eine Informationstagung über "Strahlung im Lichte von Tschernobyl", an der rund 200 Interessenten aus der Schweiz, aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und den Niederlanden teilnehmen. International bekannte Fachleute ziehen dabei Bilanz aus ihren Erfahrungen und Erkenntnissen im ersten Jahr nach dem Reaktorunglück in der Sowjetunion.

(2569) Das Kernkraftwerk Gösgen hat im Geschäftsjahr 1986 gleich viel Strom produziert wie im Vorjahr. Die Netto-Elektrizitätserzeugung erreichte 6,75 Mia kWh, womit rund 15% des in der Schweiz pro Jahr verbrauchten Stroms gedeckt werden konnten. Seit Inbetriebnahme sind im Kernkraftwerk Gösgen 50 Mia kWh Strom erzeugt worden.

(2570) 2. Mai: Die Organisatoren der von heftigen Auseinandersetzungen zwischen Manifestanten und der Polizei begleiteten nationalen Kundgebung gegen die Kernenergie in Bern (vgl. Nr. 2563 der Chronik) beschliessen, am 6. Juni 1987 einen sogenannten Pfingstmarsch zum Kernkraftwerk Mühleberg durchzuführen.

(2571) 7. Mai: Block 1 des Kernkraftwerks Beznau ist für den jährlichen Brennstoffwechsel und zur Vornahme von Revisionsarbeiten abgeschaltet worden. Der Betriebsunterbruch dauert bis Ende Juni.

(2572) Gemäss einer Meinungsumfrage zum Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) ab Kernkraftwerk Beznau wird diese Versorgungsmöglichkeit von 37,8% der Befragten befürwortet und von 24,2% abgelehnt. 38% der erfassten Personen zeigten sich noch unentschlossen.

(2573) Wie aus dem Geschäftsbericht 1986 der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG hervorgeht, sind bis Ende des vergangenen Jahr ins geplante Kernkraftwerk Kaiseraugst Fr. 1,47 Mia investiert worden. Bei der weiteren Planung geht die KWK von einer Erteilung der nuklearen Baubewilligung Ende der Achtziger Jahre aus. In Anbetracht einer Realisierungszeit der Anlage von etwa sechs Jahren sollte das Werk demnach um die Mitte der neunziger Jahre seinen Betrieb aufnehmen können.

(2574) 8. Mai 1987: An einem Programmparteitag der FDP (Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz) wird ein Antrag der Luzerner Kantonalpartei mit 98 zu 61 Stimmen abgelehnt, in die Zielsetzungen für die nächste Legislaturperiode die Möglichkeit fakultativer Referendumsabstimmungen über Kernkraftwerke aufzunehmen, welche die Legislative bewilligt hat. Gemäss diesem Antrag sollte die Neuregelung auch für das Kernkraftwerk Kaiseraugst Gültigkeit haben.

(2575) 11. Mai: Der von der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) erstellte Bericht über die schweizerischen Kernanlagen im Jahr 1986 wird erstmals auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. 1986 waren in diesen Kernanlagen insgesamt 25 besondere Vorkommnisse zu verzeichnen, die weisungsgemäss der Aufsichtsbehörde gemeldet worden sind. Dabei handelte es sich durchwegs um Ereignisse mit nur geringfügiger Beeinträchtigung der Sicherheit von Anlage, Personal und Umgebung. Entsprechend stellt der HSK-Bericht fest: "Zusammenfassend kann die Sicherheit des Betriebes der schweizerischen Kernkraftwerke im Jahre 1986 als gut bezeichnet werden."

(2576) 12. Mai: An einer Pressekonferenz in Bern präsentiert die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) ihre acht Thesen zur Kernenergie in der Schweiz nach Tschernobyl. Diese fassen die wichtigsten Argumente für die weitere friedliche Nutzung der Atomenergie zusammen. Die Thesen der SVA sollen dazu beitragen, dass die Risiken und Chancen der Kernenergie in der Diskussion über die Energiezukunft im Gesamtzusammenhang erfasst und abgewogen werden.

(2577) 16. Mai: Der VSGP (Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten) beschliesst, seine ursprüngliche Forderung an den Bundesrat zur Abgeltung der Einkommensausfälle nach dem Unglück von Tschernobyl von 9,6 Mio Franken (vgl. Nr. 2522 der Chronik) auf drei Mio Franken zu reduzieren.

(2578) 18. Mai: In Übereinstimmung mit dem Entscheid des Ständerates (vgl. Nr. 2550 der Chronik) beantragt die vorberatende Kommission des Nationalrates dem Plenum, der Ratifizierung eines Abkommens zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland über die Haftung bei grenzüberschreitenden Unfällen in Kernkraftwerken zuzustimmen.

(2579) 19. Mai: Wie aus dem Geschäftsbericht 1986 der Kernkraftwerk Leibstadt AG hervorgeht konnte das KKL die Elektrizitätsproduktion im zweiten Betriebsjahr gegenüber dem Vorjahr um 6,8% auf 7,2 Mia kWh erhöhen. Diese Leistung entspricht 16% des schweizerischen Verbrauchs an elektrischer Energie.

(2580) 20. Mai: Gemäss Bericht der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die Netto-Stromproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im ersten Quartal 1987 insgesamt 6,4 Mia kWh. In der Vergleichsperiode des Vorjahres haben die Schweizer Nuklearblöcke 6,3 Mia kWh ans Netz geliefert.

(2581) Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die im Januar 1986 mit Australien (vgl. Nr. 2285 der Chronik) und im November 1986 mit der Volksrepublik China (vgl. Nr. 2491 der Chronik) abgeschlossenen Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Kernenergie zu genehmigen. In beiden Abkommen verpflichten sich die Vertragsparteien, die ausgetauschten nuklearen Güter ausschliesslich für friedliche, nichtexplosive Zwecke zu verwenden, die

Verwendung durch die IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) kontrollieren zu lassen, die Güter nur unter bestimmten Voraussetzungen an Drittstaaten weiterzugehen und ihre Sicherheit zu garantieren.

(2582) Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekannt gibt, wird sie sich auch an der dritten und letzten Phase der internationalen Forschungsarbeiten für die Endlagerung radioaktiver Abfälle beteiligen, die seit 1980 im ehemaligen Eisenerzbergwerk Stripa in Schweden (sog. Stripa-Programm) durchgeführt werden.

(2583) In dem per 31. März 1987 abgeschlossenen Geschäftsjahr 1986/87 der Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität) ist der Stromumsatz um rund 9,5% auf 14,1 Mia kWh zurückgegangen, nachdem er im Geschäftsjahr 1985/86 gegenüber dem Vorjahr um 11% zugenommen hatte.

(2584) 23. Mai: Am Programmparteitag der CVP (Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz) sprechen sich die Delegierten mit 103:76 Stimmen für einen vorläufigen Verzicht auf den Bau weiterer Kernkraftwerke aus. Gemäss dem entsprechenden Passus im Parteiprogramm für die nächste Legislaturperiode kommt für die CVP "der Bau neuer Kernkraftwerke vorderhand nicht in Frage. Auf eine weitere Nutzung der bestehenden Kernkraftwerke kann hingegen nicht verzichtet werden."

(2585) 26. Mai: Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) haben 1986 in ihrem Verbreitungsgebiet 5,69 Mia kWh Elektrizität ans Netz abgegeben. Die Nachfrage nach Strom stieg im gleichen Zeitraum um 1,9%. Der Anteil der Elektrizität aus Kernkraftwerken betrug im Berichtsjahr 53%, im Winterhalbjahr sogar 65%.

(2586) 30. Mai: Das Kernkraftwerk Gösgen wird für den Brennelementwechsel und die 8. Jahresrevision planmässig abgestellt. Seit dem letzten Brennstoffwechsel hat die Anlage während 300 Tagen ununterbrochen Strom ans Netz abgegeben und in dieser Zeit 7 Mia kWh erzeugt.

(2587) 1. Juni 1987: In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage bekräftigt 'der Bundesrat seine Auffassung, "dass zur Gewährleistung einer möglichst sicheren und ausreichenden Elektrizitätsversorgung grösster Wert auf eine ausreichende inländische Stromerzeugung zu legen ist." Die Landesregierung zeigt sich durch die zunehmende Abhängigkeit von ausländischen Elektrizitätswerken in hohem Masse beunruhigt. vertragliche Abmachungen über den Bezug von Strom aus französischen Kernkraftwerken erachtet sie hingegen als notwendig, um mögliche Engpässe in den neunziger Jahren zu vermeiden.

(2588) 3. Juni: Der Staatskanzlei des Kantons Solothurn wird mit 4367 Unterschriften ein Volksbegehren eingereicht, das eine Solothurner Standesinitiative für die Stillegung des Kernkraftwerks Gösgen verlangt.

(2589) 6./7. Juni: An einer zweitägigen Pfingstdemonstration gegen die Kernenergie in Bern und bei Mühleberg (vgl. Nr. 2570 der Chronik) nehmen am Samstag etwa 4000 und am Sonntag ein par hundert Personen teil. Die Kundgebungen verlaufen bei schlechter Witterung ohne Zwischenfälle.

(2590) 11. Juni: Laut Presseberichten hat eine von der schweizerisch-deutschen Interessengemeinschaft Warheno in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie die Möglichkeit nachgewiesen, den Wärme-Energiebedarf der Region Hochrhein zwischen Basel und Waldshut durch die Nutzung der Abwärme des Kernkraftwerks Leibstadt und industrieller Produktionsanlagen weitgehend zu decken. Das Konzept eines solchen Fernwärmesystems sieht Gesamtkosten von rund einer Mia Franken und den Beginn der Bauarbeiten im Jahr 1991 vor.

(2591) 13. Juni: Am Programmparteitag der EVP (Evangelische Volkspartei der Schweiz) sprechen sich die Delegierten für eine "ernsthafte Prüfung der Ausstiegsvarianten, welche nicht zu einer weiteren Auslandabhängigkeit führen" aus. Der Bau weiterer Kernkraftwerke in der Schweiz wird von den Delegierten der EVP generell abgelehnt.

(2592) 15. Juni: Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räte einen Bundesbeschluss, gemäss welchem Kleintierhalter, Kräuterbauern in Berggebieten und Luganersee-Berufsfischer für ihre Verluste zufolge des Reaktorunfalls von Tschernobyl freiwillige Entschädigungen aus der Bundeskasse erhalten sollen. für die Gemüseproduzenten, die Milchwirtschaft, den Viehexport und den Handel hält es die Landesregierung hingegen für zumutbar, die erlittenen Schäden selbst zu tragen oder allfällige Ansprüche aufgrund der Haftpflichtgesetze geltend zu machen.

(2593) Der Bundesrat nimmt Kenntnis von den Vernehmlassungsergebnissen zu den Vorentwürfen für ein Kernenergiegesetz und ein Strahlenschutzgesetz (vgl. Nr. 2250 und 2408 der Chronik). Die Ausarbeitung der entsprechenden Botschaften wird in Auftrag gegeben. Weiter sieht der Bundesrat vor, dem Parlament im Jahr 1988 auf dem Gebiete der Energiepolitik folgende Vorlagen zu unterbreiten: Energieverfassungsartikel, Energieszenarien, Kernenergiegesetz (KEG), Strahlenschutzgesetz (SSG), Moratoriums-Initiative und Ausstiegsinitiative.

(2594) In Beantwortung einer Interpellation aus dem Nationalrat erklärt der Bundesrat, der Unfall von Tschernobyl könne nicht Grundlage für die schweizerische Notfallplanung in der Umgebung von Kernkraftwerken sein. Dies wird mit der anderen Bauweise des sowjetischen RBMK-Reaktors und der grösseren Sicherheit der schweizerischen Kernkraftwerke bei entsprechend geringerer Wahrscheinlichkeit und Auswirkung schwerer Unfälle begründet. Basis für die schweizerische Notfallplanung sei ein Unfallablauf, der als typisch für Leichtwasserreaktoren westlicher Bauart gelte, schreibt der Bundesrat.

(2595) 19. Juni: Nach dem Ständerat (vgl. Nr. 2550 der Chronik) genehmigt auch der Nationalrat mit 83:0 Stimmen das neue Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland über die Haftung bei grenzüberschreitenden Schäden aus Kernanlagen. Das Abkommen legt u.a. fest, dass die Geschädigten in beiden Staaten einander materiell und verfahrensrechtlich gleichgestellt sind.

(2596) 21. Juni: In vier Aargauer Gemeinden finden die Urnenabstimmungen über das Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) statt. In Baden wird dabei mit einer Ja-Mehrheit von 50,1% ein Gesamtkredit von Fr. 29,87 Mio und in Obersiggenthal mit einer Ja-Mehrheit von 56% ein Gesamtkredit von Fr. 17 Mio gutgeheissen. Ablehnende Entscheide fallen in Wettingen und Neuhof mit Nein-Mehrheiten von 52%. In allen vier Gemeinden haben die Einwohnerräte (Legislative) den Krediten für den Beitritt zur Betriebsgesellschaft Transwal AG und für die Ortsnetze zuvor zugestimmt (vgl. Nr. 2524, 2555 und 2557 der Chronik).

(2597) 26. Juni: An einer Pressekonferenz wird in Basel das Fernwärme-Projekt Warheno vorgestellt (vgl. Nr. 2590 der Chronik), für welches eine private schweizerisch-deutsche Interessengemeinschaft eine Machbarkeitsstudie ausarbeiten liess. Das Projekt sieht vor, die Region Hochrhein beidseits des Rheins zwischen Basel und Waldshut mit Abwärme aus dem Kernkraftwerk Leibstadt und aus den industriellen Anlagen dieses Gebietes zu versorgen.

(2598) Die Gemeindeversammlung von Würenlingen genehmigt einen Kredit von Fr. 4,3 Mio für den weiteren Ausbau des Ortsnetzes der regionalen Fernwärmeversorgung Refuna. Damit können in Würenlingen zu den bereits erschlossenen 301 Liegenschaften hinzu weitere 100 Refuna-Anschliesser versorgt werden.

(2599) 28. Juni: Mit 23'363 Nein gegen 9'965 Ja wird im Kanton Solothurn eine Energie-Initiative der Sozialdemokratischen Partei (vgl. Nr. 2495 der Chronik) abgelehnt. Regierung und Parlament hatten die Verwerfung dieser Initiative empfohlen, weil deren Forderungen zu weit gingen und teilweise bereits erfüllt seien.

(2600) Im Kanton Waadt wird mit 54’132 Nein gegen 17’928 Ja die Initiative "Sauver la Côte" abgelehnt, die sich insbesondere gegen die oberirdische Führung der Hochspannungsleitung von Galmiz nach Verbois gerichtet hatte (vgl. Nr. 2533 der Chronik).

(2601) 29. Juni: Die Waadtländer "Grüne sozialistische Alternative" hat die Unterschriftensammlung für zwei kantonale Volksinitiativen (vgl. Nr. 2504 der Chronik) abgeschlossen. Die eine Initiative will die Regierung verpflichten, sich dem Bau von Kernkraftwerken, Wiederaufarbeitungsanlagen und Lagerstätten für radioaktive Abfälle auf dem Kantonsgebiet oder in benachbarten Regionen zu widersetzen. Mit der zweiten Initiative wird ein kantonaler Energieartikel verlangt, der sich am Umweltschutz orientiert und eine Förderung von Alternativenergien vorsieht.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1987 (Hans Peter Edel)

(2602) 1. Juli: Der Bundesrat erteilt der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) die Bewilligung, die in der Schaffhauser Gemeinde Siblingen vorgesehene 7 ' Tiefbohrung an einem neuen Standort vorzunehmen, der sich rund einen Kilometer weiter weg vom Dorf befindet (vgl. Nr. 2490 der Chronik).

(2603) 2. Juli: Nach den kürzlichen Abstimmungen (vgl. Nr. 2596 der Chronik) in vier Aargauer Gemeinden über das Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) stellen die Wal-Kommission und der Vorstand der Planungsgruppe Region Baden-Wettingen als Initianten fest, es sei auch möglich, ein reduziertes Fernwärmenetz zu bauen, weshalb nun der Entscheidungsprozess in den übrigen 14 Gemeinden der Region abzuwarten bleibe. Über die Weiterbehandlung oder Sistierung des Projektes Transwal soll erst nach Vorliegen aller Gemeindebeschlüsse entschieden werden.

(2604) 3. Juli: Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekannt gibt, hat sie beim Bundesrat das Gesuch für die geplanten Sondierbohrungen am Wellenberg im Kanton Nidwalden (vgl. Nr. 2562 der Chronik) eingereicht. Laut Nagra sollen im dortigen Mergelgestein umfangreiche Sondierungen im Einblick auf das schweizerische Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle vorgenommen werden. Ausserdem plant die Nagra den Bau eines unterirdischen Felslabors, wie es seit drei Jahren auf der Grimsel in Betrieb ist.

(2605) 8. Juli: Nach neunwöchigem Stillstand zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels befindet sich Block I des Kernkraftwerks Beznau (vgl. Nr. 2571 der Chronik) wieder in Betrieb. Während dieses Stillstandes wurde u.a. auch ein Containment-Dichtheitstest durchgeführt.

(2606) "Mit Entrüstung und Befremden" nimmt die Organisation DN (Demokratisches Nidwalden) vom Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) an den Bundesrat Kenntnis, am Wellenberg im Kanton Nidwalden Sondierbohrungen durchfuhren zu können (vgl. Nr. 2604 der Chronik). Die Grösse des in Aussicht genommenen Sondierprogramms nähre die Vermutung, die Nagra setze für die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle nun voll auf das Engelbergertal, erklärt das DN in einem Communiqué. Die Organisation verlangt, dass Nidwalden gegenüber anderen möglichen Standorten "nicht ungebührlich favorisiert" werde.

(2607) 10. Juli: Wie die Initianten mitteilen, sind für die eidgenössische Volksinitiative " für den Ausstieg aus der Atomenergie" (vgl. Nr. 2474 der Chronik) bisher rund 120'000 Unterschriften gesammelt worden. Das Volksbegehren soll der Bundeskanzlei am 1. Oktober 1987 eingereicht werden.

(2608) 15. Juli: Gemäss Bericht der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die Netto-Stromproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im zweiten Quartal 1987 insgesamt 4,94 Mia kWh. In der Vergleichsperiode des Vorjahres haben die Schweizer Nuklearblöcke 5,26 Mia kWh ans Netz geliefert.

(2609) 16. Juli: Bei Tests am Turbinenregelsystem des Kernkraftwerks Beznau-I führt der Ausfall einer Speisewasserpumpe zu einer automatischen Reaktorschnellabschaltung. Nach rund einer Stunde ist der Reaktor wieder anfahrbereit. Block II des Kernkraftwerks Beznau ist seit dem gleichen Tag zur Vornahme der Jahresrevision und des Brennelementewechsels abgestellt.

(2610) 18. Juli: Wie aus dem Jahresbericht 1986 der Nagra (Nationale Ge nossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hervorgeht, sind in den vergangenen 15 Jahren in die Endlagerforschung über 280 Mio Franken investiert worden. für die Intensivierung der geologischen Untersuchungen sollen im laufenden Jahr 50 Mio Franken aufgewendet werden.

(2611) 19. Juli: Im Kernkraftwerk Leibstadt führt der Ausfall der Druckmessung bei den Vakuumpumpen des Turbinenkondensators zu einer automatischen Reaktorschnellabschaltung. Nach dem Ersatz des defekten Druckmessers kann der Betrieb wieder aufgenommen werden.

(2612) 20. Juli: Laut Presseberichten wünscht die Genfer Kantonsregierung in einem Brief an den Bundesrat ein Gutachten der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Sicherheit des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville.

(2613) 22. Juli: Nach Durchführung der 8. Jahresrevision und des Brennstoffwechsels wird das Kernkraftwerk Gösgen (vgl. Nr. 2586 der Chronik) wieder ans Netz geschaltet.

(2614) 23. Juli 1987: Gemäss Mitteilung der Bundeskanzlei ist die eidgenössische Volksinitiative "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium),1 mit 135'321 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen (vgl. Nr. 2560 der Chronik).

(2615) 24. Juli: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, dass sich aufgrund einer Vereinbarung mit dem US-Energieministerium in den nächsten drei Jahren amerikanische Fachleute an ihren Arbeiten beteiligen werden.

(2616) 29. Juli: Mit einer Pressemitteilung wendet sich der neu gegründete Verein "Jugendliche für Kernenergie" erstmals an die Öffentlichkeit. Die Organisation wird von Beat Brechbühl (Gümligen) präsidiert und will sich in der ganzen Schweiz für die friedliche Nutzung der Kernenergie einsetzen.

(2617) 30. Juli: In Beantwortung einer Interpellation aus dem Landrat stellt der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft fest, die Beurteilung der Sicherheit des französischen Kernkraftwerks Fessenheim sei weder eine Aufgabe der kantonalen Stellen noch der Bundesbehörden. Da diesen "keine ausserordentlichen sicherheitsrelevanten Ereignisse" in der Anlage Fessenheim bekannt seien, liege auch kein Grund vor, irgendwelche Schritte zu untemehmen.

(2618) Die Nidwaldner Regierung ersucht das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, die Einsprachefrist zum Antrag der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) um Bewilligung von Sondierbohrungen am Wellenberg (vgl. Nr. 2604 der Chronik) um mindestens einen Monat bis Ende Oktober 1987 zu erstrecken.

(2619) 31. Juli: Der Regierungsrat des Kantons Solothurn stellt fest, dass das am 3. Juni 1987 (vgl. Nr. 2588 der Chronik) eingereichte Volksbegehren für eine Standesinitiative zur Stillegung des Kernkraftwerks Gösgen mit 4220 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist, und setzt die Abstimmung darüber auf den 6. Dez @ er 1987 fest. Die Initiative hat folgenden Wortlaut: "Den eidgenössischen Räten wird hiermit beantragt, dem Kernkraftwerk Gösgen die Rahmen- und Betriebsbewilligung zu entziehen, das heisst, es sofort stillzulegen".

(2620) 1. August: Zur Durchführung der dritten Jahresrevision und zum Ersatz eines Teils der Brennelemente wird das Kernkraftwerk Leibstadt für die Dauer von rund einem Monat planmässig abgeschaltet.

(2621) 4. August: Zu einer im Grossen Rat eingereichten Motion erklärt der Regierungsrat des Kantons Bern, er sehe keinen Anlass zu einer Stillegung ' des Kernkraftwerks Mühleberg und lehne den entsprechenden Vorstoss deshalb ab. Anderseits ist die bernische Regierung zur Annahme einer weiteren Motion bereit, die einen Leistungsauftrag für die BKW (Bernische Kraftwerke AG) verlangt. Dieser Leistungsauftrag soll die energiepolitischen Grundsätze des Kantons festlegen und im bernischen Energiegesetz verankert werden.

(2622) 4. August: Das Kernkraftwerk Mühleberg wird zur Vornahme der Jahresrevision und für den Brennstoffwechsel planmässig abgestellt. Der Betriebsunterbruch soll einen Monat dauern.

(2623) 5. August: In ihrem Jahresbericht 1986 weist die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) darauf hin, dass das erneut ausgezeichnete Produktionsergebnis der fünf Schweizer Kernkraftwerke von 21,3 Mia kWh im Jahr 1986 trotz teilweise verlängerter Stillstände für Inspektionen, Revisionen und Reparaturen erzielt wurde. Unter Berücksichtigung der Fernwärmelieferungen aus den

Anlagen Beznau und Gösgen erreichte der schweizerische Nuklearpark im Berichtsjahr eine im internationalen Vergleich sehr hohe durchschnittliche Arbeitsausnutzung von 83%.

(2624) 12. August: Der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), Bundesrat Leon Schlumpf, gibt seinen Beschluss bekannt, nach achtjähriger Amtstätigkeit auf Ende 1987 aus der Landesregierung zurückzutreten.

(2625) Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten die Genehmigung zweier internationaler Übereinkommen Über die frühzeitige Information bei Nuklearunfällen und über die gegenseitige Hilfe bei Strahlenschäden oder radiologischen Notfällen. Die Schweiz hat dieses Abkommen anlässlich einer Sonderkonferenz der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) am 27. September 1986 in Wien unterzeichnet (vgl. Nr. 2456 der Chronik).

(2626) 17. August: Der VSGP (Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten) gibt die Absicht bekannt, durch eine Einzelklage beim Obergericht des Kantons Bern abzuklären, ob der Bund gemäss Kernenergie-Haftpflichtgesetz für die Einkommensausfälle der Gemüsebauern als Folge des Unglücks von Tschernobyl aufzukommen hat (vgl. Nr. 2577 und 2592 der Chronik).

(2627) 18. August: Wie an einer Informationsveranstaltung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mitgeteilt wird, besteht die Absicht, die Abklärungen für das schweizerische Endlager schwach- und mittelradioaktiver Abfälle noch auf einen fünften Standort auszudehnen. Dieser soll voraussichtlich im Frühjahr 1988 bekanntgegeben werden.

(2628) 20. August: Unter starker Beteiligung aus dem In- und Ausland führt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in Bern ihre 28. ordentliche Generalversammlung durch. Als Gastreferent nimmt Ing. A. Bellwald, Präsident des EKV (Schweizerischer Energie-Konsumenten-Verband von Industrie und Wirtschaft) Stellung zu aktuellen Fragen der Energiepolitik, wobei er sich entschieden gegen einen Verzicht der Schweiz auf eigene Kernkraftwerke ausspricht.

(2629) 24. August 1987: An einer Pressekonferenz wird im Kernkraftwerk Beznau der erste in der Schweiz installierte Kompaktsimulator für die Aus- und Weiterbildung der KKW-Operateure vorgestellt.

(2630) 25. August: Wie die KGB (Kernkraftwerk-Beteiligungsgesellschaft AG) mitteilt, haben die drei schweizerischen Elektrizitätsunternehmen BKW (Bernische Kraftwerke AG), EOS (S.A. l'Energie de l'Ouest-Suisse) und NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) den im September 1985 mit der EDF (Electricité de France) abgeschlossenen Vertrag über Strombezugsrechte (vgl. Nr. 2201 der Chronik) um mindestens 15 Jahre verlängern können. Der jährliche Anspruch auf einen Leistungsanteil von 550 MW gilt nun für die ganze Lebensdauer des Kernkraftwerks Cattenom.

(2631) 1. September: Das am 1. August 1987 zur Vornahme der dritten Jahresrevision und des Brennelementewechsels abgeschaltete Kernkraftwerk Leibstadt

kann nach einem mehrtägigen Testprogramm sukzessive wieder auf Vollast gefahren werden.

(2632) Im Block II des Kernkraftwerks Beznau sind die Jahresrevision und der Wechsel der Brennelemente nach rund sechseinhalbwöchiger Dauer beendigt. Die Anlage wird mit kontinuierlich steigender Leistung wieder ans Netz geschaltet.

(2633) 4. September: An einer Pressekonferenz in Bern wird der siebente Zehnwerke-Bericht "Vorschau auf die Elektrizitätsversorgung der Schweiz bis 200511 veröffentlicht. Die Studie kommt zum Schluss, dass der Schweiz unter der Voraussetzung einer Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Kaiseraugst im Winter 1997/1998 im Winterhalbjahr 2004/2005 mindestens 4,3 Mia kWh elektrische Energie fehlen. Das entspricht der Winterproduktion eines Kraftwerks der 1000-MW-Klasse. Ohne das Kernkraftwerk Kaiseraugst rechnet der Bericht für den genannten Zeitpunkt mit einer Versorgungslücke von 7,2 Mia kWh. Die Schlussfolgerungen der Studie betonen die Notwendigkeit der Erstellung neuer inländischer Produktionsanlagen und entsprechender politischer Entscheidungen.

(2634) 6. September: Nach Abschluss der rund einmonatigen Jahresrevision mit Brennelementewechsel liefert das am 4. August 1987 abgeschaltete Kernkraftwerk Mühleberg wieder Strom ans Netz.

(2635) 8. September: Wie die Nidwaldner Staatskanzlei mitteilt, hat das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) es abgelehnt, die Einsprachefrist zum Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) um die Bewilligung von Sondierbohrungen am Wellenberg (vgl. Nr. 2618 der Chronik) generell zu verlängern.

(2636) 11. September: Nach einer Mitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) sind die Probebohrungen für ein mögliches Endlager schwach- und mittelradioaktiver Abfälle am Oberbauenstock im Kanton Uri abgeschlossen. Die Ergebnisse sollen bis zum kommenden Frühjahr ausgewertet werden. Als nächstes führt die Nagra nun Untersuchungen am Piz Pian Grand (Misox) durch.

(2637) In Beantwortung eines Schreibens der Genfer Regierung (vgl. Nr. 2612 der Chronik) betont der Bundesrat, dass er keine Möglichkeit habe, von der Internationalen Atomenergie-Organisation eine Expertise über die Sicherheit des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville erstellen zu lassen. Ein solcher Bericht müsste vom Standortland beantragt werden.

(2638) 12. September: Der Solothurner Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat und der Stimmbürgerschaft, das Volksbegehren für eine Standesinitiative zur sofortigen Stillegung des Kernkraftwerks Gösgen (vgl. Nr. 2588 und 2619 der Chronik) abzulehnen. Zur Begründung des Antrags fährt der Regierungsrat aus, die Zuständigkeit für Atomfragen liege beim Bund; der Entscheid über die Zukunft der Kernenergie könne nicht von einem einzelnen Kanton ausgehen; zur Kernenergie bestehe zurzeit keine Alternative; das Kernkraftwerk Gösgen entspreche bezüglich nuklearer Sicherheit dem heutigen Stand der Technik; eine Lösung für die Entsorgungsprobleme müsse in jedem Fall gefunden werden; die Stillegung des Kernkraftwerks Gösgen hätte schwerwiegende wirtschaftliche Folgen.

(2639) 16. September: Der Bundesrat erteilt die atomrechtliche Bewilligung zum Bau und Betrieb eines Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus Medizin, Forschung und Industrie auf dem Areal des EIR (Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen (vgl. Nr. 2322 der Chronik).

(2640) 18. September: In einer Meinungsumfrage sprechen sich 63% der Interviewten da für aus, den Entscheid über neue Kernkraftwerke dem fakultativen Referendum zu unterstellen. 60% der Befragten möchten dies auch auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst angewandt haben (vgl. Nr. 2574 der Chronik).

(2641) 21. September: In Zürich beginnt eine zweitägige Informationstagung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) zum Thema "Aus der Kernenergie aussteigen? Folgen eines Verzichts auf eigene Kernkraftwerke" Rund 250 Personen aus dem In- und Ausland nehmen an dieser Veranstaltung teil.

(2642) 22. September: Im Block II des Kernkraftwerks Beznau kommt es zu einer Reaktorschnellabschaltung, nachdem bei Arbeiten am Steuerungssystem eine Kabelverbindung unterbrochen worden war. Wenige Stunden später ist die Anlage wieder am Netz.

(2643) Die Refuna AG gibt bekannt, dass dem durch das Kernkraftwerk Beznau versorgten Fernwärmesystem im unteren Aaretal jetzt bereits über 1000 Häuser angeschlossen sind (vgl. Nr. 2598 der Chronik).

(2644) 23. September 1987: Der Ständerat genehmigt mit 28:0 Stimmen einen Bundesbeschluss, gemäss welchem Kleintierhalter, Kräuterbauern in Berggebieten und Luganersee-Fischer für ihre Verluste zufolge des Reaktorunfalls von Tschemobyl freiwillige Entschädigungen aus der Bundeskasse erhalten sollen. Entgegen dem Antrag des Bundesrates beschliesst die Kleine Kammer, in Härtefällen auch Gemüseproduzenten zu entschädigen (vgl. Nr. 2592 der Chronik). In der Debatte wird der Bundesrat aufgefordert, eine Revision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes einzuleiten, damit solche Schäden künftig nicht mehr durch eine Sondergesetzgebung geregelt werden müssen.

(2645) Unter Namensaufruf erklärt der Grosse Gemeinderat der Stadt St. Gallen eine Volksinitiative " für eine Zukunft ohne Atomenergie" als rechtswidrig, da die Begründung zu diesem Begehren Handlungsanweisungen und Forderungen enthalte, die rechtlich nicht durchführbar seien und verfassungsmässige Rechte verletzten.

(2646) Mit grosser Mehrheit spricht sich der Solothurner Kantonsrat gegen das Volksbegehren aus, das eine solothurnische Standesinitiative zur sofortigen Stillegung des Kernkraftwerks Gösgen verlangt (vgl. Nr. 2619 und 2638 der Chronik).

(2647) 29. September: Laut Presseberichten befürworteten in einer neuen Meinungsumfrage 39% der befragten Deutsch- und Westschweizer einen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst. Im Februar 1987 haben sich in einer entsprechenden Erhebung des gleichen Instituts noch 48% der Befragten in diesem Sinn geäussert.

(2648) 30. September: Die vorberatende Kommission des Nationalrates beantragt dem Plenum, auch den Gemüseproduzenten Entschädigungen des Bundes für Verluste wegen des Unglücks von Tschernobyl auszurichten (vgl. Nr. 2592 und 2644 der Chronik).

(2649) Mit einer staatsrechtlichen Beschwerde ans Bundesgericht wollen die Zürcher Poch (Progressive Organisationen) erreichen, dass der jährliche Beitrag der Stadt Zürich an die AKEB (Aktiengesellschaft für Kernenergie-Beteiligungen) in der Höhe von rund 20 Mio Franken obligatorisch oder fakultativ der Volksabstimmung unterbreiten werden muss. Über die AKEB ist die Stadt Zürich auch am Kernkraftwerk Leibstadt beteiligt.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1987 (Hans Peter Edel)

(2650) 1. Oktober: Die am 21. Oktober 1986 lancierte eidgenössische Volksinitiative " für den Aussstieg aus der Atomenergie" wird der Bundeskanzlei mit rund 1081000 Unterschriften eingereicht (vgl. Nr. 2474 und 2607 der Chronik).

(2651) 2. Oktober: Gegen die geplanten Sondierbohrungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Wellenberg im Kanton Nidwalden sind bis Ende September 1987 40 Einsprachen eingereicht worden (vgl. Nr. 2562, 2604, 2606 und 2618 der Chronik).

(2652) In Beantwortung verschiedener Vorstösse aus dem Grossen Rat stellt der Regierungsrat des Kantons Bern fest, die Beteiligung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) an französischen Kernkraftwerken sei rechtsgültig erfolgt und könne nicht rückgängig gemacht werden (vgl. Nr. 2201 und 2630 der Chronik).

(2653) 5. Oktober: Auf eine Anfrage aus dem Nationalrat erklärt der Bundesrat, die Auswirkungen eines Atombombenangriffs auf ein Kernkraftwerk seien kaum einschätzbar. Die eigentliche Gefahr gehe dabei von den Atombomben selbst aus: "Die Existenz von Kernkraftwerken erhöht diese Gefahr nicht wesentlich und bringt deshalb auch für die schweizerische Landesverteidigung keine grundsätzlich neue Situation".

(2654) 6. Oktober: Mit 109 zu 3 Stimmen beschliesst der Nationalrat, dass auch den Gemüseproduzenten freiwillige Entschädigungen des Bundes für Verluste wegen des Unglücks von Tschernobyl auszurichten seien (vgl. Nr. 2592, 2644 und 2648 der Chronik). Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

(2655) In Basel beteiligen sich rund 280 Strahlenschutzexperten aus der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz an der Jahrestagung 1987 des deutschschweizerischen Fachverbandes für Strahlenschutz, die sich mit der Entsorgung von radioaktivem Abfall befasst.

(2656) 7. Oktober: Im Differenzbereinigungsverfahren lehnt es der Ständerat ab, den Gemüseproduzenten generell freiwillige Entschädigungen des Bundes für die wegen des Unglücks von Tschernobyl erlittenen Verluste auszurichten (vgl. Nr. 2654 der Chronik). Der Nationalrat wird sich mit dieser Vorlage erst wieder in der kommenden Wintersession befassen.

(2657) Wie der Presse zu entnehmen ist, hat der Genfer Staatsrat den Bundesrat erneut ersucht, durch die Internationale Atomenergie-Organisation ein Gutachten über die Sicherheit des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville erstellen zu lassen (vgl. Nr. 2612 und 2637 der Chronik).

(2658) 9. Oktober 1987: Der bernische Regierungsrat lehnt eine im Grossen Rat eingereichte Motion ab, welche die Wiedereinführung der Kompetenz des Parlamentes verlangt, den Vertretern des Kantons Weisungen zum Abstimmungsverhalten an den Generalversammlungen der BKW (Bernische Kraftwerke AG) zu erteilen.

(2659) 15. Oktober: Gegner der Kernenergie, darunter laut Zeitungsberichten auch verschiedene Genfer Parlamentarier, besetzen in Genf das französische Konsulat, um gegen die bevorstehende Wiederaufnahme des Betriebs im französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerk Superphénix zu protestieren (vgl. Nr. 2657 der Chronik). Das Konsulat wird durch die Polizei geräumt, die 19 Personen festnimmt.

(2660) 20. Oktober: Der Parteitag der Solothurner Sozialdemokraten beschliesst mit 78 : 30 Stimmen Stimmfreigabe für die Abstimmung vom 6. Dezember 1987 über eine Solothurner Standesinitiative zur sofortigen Stillegung des Kernkraftwerks Gösgen (vgl. Nr. 2588, 2619, 2638 und 2646 der Chronik).

(2661) 21. Oktober: Der Bundesrat erteilt dem EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) den Auftrag, die Botschaft zu einem neuen Energieartikel in der Bundesverfassung (vgl. Nr. 2538 der Chronik) auszuarbeiten, der dem Parlament noch im laufenden Jahr unterbreitet werden soll. Aufgrund des Vernehmlassungsverfahrens hat sich die Landesregierung dabei dazu entschieden, die kontroverse Frage einer Energieabgabe in einem separaten Erlass zu regeln. Beim Energieartikel will die Landesregierung auf die vorgeschlagene Kann-Formulierung verzichten und die energiepolitischen Kompetenzen des Bundes verbindlicher gestalten.

(2662) 22. Oktober: Gemäss Mitteilung der Bundesämter für Gesundheitswesen, Veterinärwesen und Umweltschutz ist eine Aufhebung des am 3. September 1986 verfügten Fischfangverbotes für den Luganersee (vgl. Nr. 2443 der Chronik) trotz eines langsamen Rückgangs der Radioaktivitätskonzentrationen noch nicht möglich.

(2663) An einer Pressekonferenz im Kernkraftwerk Mühleberg ist zu erfahren, dass die Arbeiten für das zusätzliche Sicherheitssystem "Susan" (Spezielles Unabhängiges System zur Abführung der Nachzerfallswärme) planmässig vorankommen (vgl. Nr. 2488 der Chronik). Zur Verlegung der Kühlwasserleitungen wird dabei erstmals in der Schweiz eine ferngesteuerte Tunnelvortriebsmethode eingesetzt. Das "Susan"-Gebäude ist bereits zu Dreivierteln erstellt, während das ganze System im Jahr 1990 betriebsbereit sein soll.

(2664) 23. Oktober: Gegen die vom Bundesrat erteilte Bewilligung für die 7. Tiefbohrung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) an einem neuen Standort bei der Schaffhauser Gemeinde Siblingen (vgl. Nr. 2602 der Chronik) ist durch Schaffhauser Atomkraftwerk-Gegner Einsprache erhoben worden.

(2665) 26. Oktober: In einem Vortrag spricht sich der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes für eine Revision der Warenumsatzsteuer mit Einführung einer Energieabgabe aus, die Lenkungscharakter haben soll. Bundesrat 0. Stich stellt sich eine Energieabgabe in der Grössenordnung von 10% vor, die bei den Energieproduzenten und -importeuren erhoben und jährlich rund Fr. 1,5 Mia einbringen würde (vgl. Nr. 2661 der Chronik).

(2666) 27. Oktober: Die CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) haben im vergangenen hydrologischen Jahr per Ende September 1987 in ihrem Netz 1756 Mio kWh Strom abgegeben, was gegenüber der Vorjahresperiode einer Zunahme von 4,2% entspricht. Die stärkste Steigerung entfiel mit 5,5% wiederum auf den Bereich Haushalt, Gewerbe und Dienstleistungen. Die Industrie benötigte insgesamt 3% mehr Strom.

(2667) Im Bundesblatt wird das Gesuch der ETH-Lausanne um Bewilligung des Dauerbetriebs für die nuklearen Forschungsanlagen des "Institut de génie atomique" in Ecublens veröffentlicht.

(2668) 28. Oktober: Der Bundesrat beschliesst eine Änderung der Atomverordnung. Danach werden mit Wirkung ab 1. Januar 1988 in Anpassung an internationale Bestrebungen die Liste der bewilligungs- und meldepflichtigen Güter erweitert und für die Durchfuhr sensitiver Güter eine Bewilligungspflicht eingeführt, sofern dabei eine Umzeichnung erfolgt. Auf diese Weise sollen Umgehungen des Atomsperrvertrages verhindert werden.

(2669) Gemäss Mitteilung der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) ist in dem per 30. September 1987 abgeschlossenen Geschäftsjahr der Stromverbrauch im Versorgungsgebiet mit 111451 Mio kWh gegenüber dem Vorjahr um 235 Mio kWh oder 2,1% gestiegen. Der Anteil der Kernenergie an der NOK-Eigenproduktion erreichte im Berichtsjahr 62%, im versorgungspolitisch entscheidenden Winterhalbjahr 1986/87 sogar 71%.

(2670) 30. Oktober: Auf einen Vorstoss aus dem Nationalrat erklärt der Bundesrat, im Zusammenhang mit dem Natriumleck im Zwischenlagertank des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville habe Frankreich auf Anfrage hin seine Informationspflicht gegenüber der Schweiz vollständig erfüllt. Der Bundesrat ist allerdings der Auffassung, dass solche Informationen nicht nur bei radiologischen Notfallsituationen auch ohne vorherige Anfrage übermittelt werden sollten. Die Antwort auf ein entsprechendes Begehren an die französische Regierung steht noch aus (vgl. Nr. 2612 und 2637 der Chronik).

(2671) 2. November: Der Vorstand der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren bedauert den Entscheid des Bundesrates, die Frage einer Energieabgabe nicht im neuen Energie-Verfassungsartikel, sondern in einem separaten Erlass zu regeln (vgl. Nr. 2661 der Chronik). Nach Auffassung der Energiedirektoren bedarf die künftige Energiepolitik einer Verfassungsgrundlage, die eine zweckgebundene Abgabe in angemessener Höhe ermöglicht.

(2672) 4. November 1987: Die Genfer Atomkraftwerkgegner-Organisation "Contratom" ersucht den Genfer Staatsrat mit 350 Unterschriften, sich gegen die Wiederinbetriebnahme des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix einzusetzen. Mit Parolen gegen diese Anlage sind zuvor im Bahnhof Genf Wagen einer TGV-Komposition verschmiert worden. Gleichentags spricht sich das Genfer Stadtparlament in einer Resolution gegen die Wiederinbetriebnahme von Superphénix aus.

(2673) 6. November: Das Kernkraftwerk Mühleberg steht seit 15 Jahren erfolgreich in Betrieb. In dieser Zeit wurden rund 35 Mia kWh Strom ans Netz abgegeben. Das entspricht einer mittleren Arbeitsausnutzung von 84,6%.

(2674) 10. November: In Genf beginnt eine internationale Konferenz zur Harmonisierung der Schutzmassnahmen bei Gefährdung durch Radioaktivität. Diese Tagung am Sitz der WHO (Weltgesundheitsorganisation) ist auf Vorschlag des Bundesrates zustande gekommen.

(2675) 11. November: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, betrug die Netto-Stromproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im dritten Quartal 1987 insgesamt 3,93 Mia kWh. Die inländische Atomstromerzeugung lag damit um gut 13% über dem Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres.

(2676) 12. November: Ein im Auftrag des EFD (Eidgenössisches Finanzdepartement) erstelltes Gutachten empfiehlt, anstelle der sog. "Taxe occulte" auf Investitionen und Betriebsmittel eine zehnprozentige Energieabgabe einzufahren (vgl. Nr. 2665 der Chronik). Diese wäre auf dem Energiegehalt und nicht auf dem Preis der einzelnen Energieformen zu erheben.

(2677) 13. November: Die in Genf tagenden Experten aus 14 europäischen Ländern mit Einschluss der Sowjetunion (vgl. Nr. 2674 der Chronik) einigen sich darauf, ihren Regierungen für die zulässige Radioaktivität in Lebensmitteln die gemeinsame Festlegung einer Obergrenze von 5 Millisievert (entsprechend 500 Millirem) zu beantragen.

(2678) 16. November: In Baden wird an einer Pressekonferenz über die bevorstehende Gründung eines neuen Vereins "Aktion Beznau Stillegen" informiert, der die Nachrüstung des Kernkraftwerks Beznau bekämpfen und die Stillegung der beiden Reaktorblöcke im Verlauf der nächsten fünf, sechs Jahre durchsetzen will (vgl. Nr. 2506 und 2567 der Chronik).

(2679) 17. November: Eine Delegation der Genfer Kantonsregierung führt mit dem Ausschuss des Bundesrates für Energiefragen eine Aussprache über das französische Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerk Superphénix in Creys-Malville. Die Landesregierung befürwortet dabei eine verbesserte Information zwischen der Schweiz und Frankreich im Bereich der nuklearen Sicherheitsfragen auf allen Ebenen (vgl. Nr. 2670 der Chronik).

(2680) Im Grossen Rat des Kantons Bern werden verschiedene Vorstösse abgelehnt, die eine Verstärkung der Einflussnahme von Parlament und Regierung auf die Tätigkeit der BKW (Bernische Kraftwerke AG) verlangten.

(2681) 18. November: In Übereinstimmung mit dem Ständerat (vgl. Nr. 2644 der Chronik) beantragt eine Mehrheit der vorberatenden Kommission des Nationalrates dem Plenum im Differenzbereinigungsverfahren, auch Gemüseproduzenten eine Entschädigung des Bundes für Erwerbsausfälle nach dem Unfall von Tschernobyl auszurichten, sofern ihre Existenz durch solche Verluste wesentlich beeinträchtigt wurde.

(2682) Der Bundesrat beschliesst, die im Juni 1986 nach dem Reaktorunglück in der Ukraine geschaffene Einsatzorganisation "Gesamtleitung Tschernobyl" auf Ende 1987 aufzuheben. Die langfristigen Auswirkungen dieses Unfalls werden vom BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) weiterhin kontrolliert.

(2683) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hat ihre Probebohrungen am Piz Pian Grand im Misox (vgl. Nr. 2636 der Chronik abgeschlossen. Über das weitere Vorgehen wird nach Auswertung der Messdaten entschieden.

(2684) 19. November: In Beantwortung parlamentarischer Vorstösse anlässlich der ausserordentlichen Session vom 9. - 11. Oktober 1986 (vgl. Nr. 2464 der Chronik) veröffentlicht der Bundesrat einen umfassenden Bericht über die Sicherheit der schweizerischen Kernkraftwerke nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl am 26. April 1986. Die Untersuchung bestätigt, dass für die Anlagen unseres Landes ein Unfallablauf wie in Tschernobyl insbesondere wegen des ganz anderen Reaktorkonzepts ausgeschlossen werden kann. Andere schwere Unfälle mit grösserer Beschädigung oder Schmelzen des Kerns haben,' wie die Landesregierung feststellt, aufgrund der besseren Reaktorkonzepte, der umfangreichen Schutz- und Sicherheitssysteme und der guten Betriebsführung in den schweizerischen Kernkraftwerken eine sehr geringe Eintretenswahrscheinlichkeit.

(2685) 21. November: In Genf demonstrieren rund 2000 Personen gegen eine Wiederinbetriebnahme des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville im französischen Rhonetal.

(2686) 23. November: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Ständerates beantragt der Kleinen Kammer die Genehmigung zweier internationaler Übereinkommen über die frühzeitige Information bei Nuklearunfällen und über die gegenseitige Hilfe bei Strahlenschäden oder radiologischen Notfällen (vgl. Nr. 2625 der Chronik).

(2687) 25. November: Der Bundesrat beschliesst, dass die KWK (Kernkraftwerk Kaiseraugst AG) das Gesuch für die nukleare Baubewilligung ihrer Anlage aufgrund einer reinen Durchlaufkühlung, d.h. ohne Kühltürme, einreichen kann. Damit soll es dem Unternehmen ermöglicht werden, die Projektierungsarbeiten auf eine Hauptvariante zu konzentrieren. Anlässlich der Genehmigung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst haben die eidgenössischen Räte in den Jahren 1983 und 1985 zwei gleichlautende Postulate überwiesen, mit welchen der Bundesrat eingeladen wurde, für die Anlage die Durchlaufkühlung anzuordnen.

(2688) 26. November 1987: 53 Mitglieder des Grossen Rates von Basel-Stadt sprechen sich in einer Solidaritätserklärung an das Genfer Kantonsparlament gegen die Wiederinbetriebnahme des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix aus und verlangen eine entsprechende Intervention der baselstädtischen Regierung beim Bundesrat.

(2689) Wie der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) mitteilt, hat der inländische Stromverbrauch im hydrologischen Jahr 1986/1987 um 2,4% auf 43,3 Mia kWh zugenommen. Auf die Produktion in Wasserkraftwerken entfielen 34,1 Mia kWh oder 60,1% der Landeserzeugung, auf die Produktion in Kernkraftwerken 21,5 Mia kWh oder 37,8% der inländischen Stromerzeugung.

(2690) 28. November: Das BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) veröffentlicht erstmals eine Übersicht über die Umgebungsradioaktivität, also die Ortsdosisleistung, die von einem Netz für automatische Dosis-Alarmierung und -Messung (Nadam) an 51 Stellen in der Schweiz überwacht wird. Diese Daten werden künftig jede Woche publiziert.

(2691) 30. November: Der Bundesrat beschliesst, das EIR (Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung) und das SIN (Schweizerisches Institut für Nuklearforschung) auf den 1. Januar 1988 zum neuen "Paul-Scherrer-Institut" zusammenzulegen. Das "Paul-Scherrer-Institut" wird als nationale, multidisziplinäre Forschungsstätte für Natur- und Ingenieurwirtschaften konzipiert.

(2692) Aufgrund der kantonalen Volksabstimmung vom 7. Dezember 1986 (vgl. Nr. 2510 der Chronik) verpflichtet eine Änderung der Genfer Kantonsverfassung die Regierung, sich in Stellungnahmen zuhanden der Bundesbehörden gegen die Errichtung von Kernanlagen auf dem Gebiet des Kantons Genf oder in seiner Nachbarschaft zu wenden. Der Bundesrat beantragt nun den eidgenössischen Räten, dieser Bestimmung die Gewährleistung nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt zu erteilen, dass die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Kernenergie Bundessache ist. Die Landesregierung schlägt damit das gleiche Vorgehen vor wie im Falle der Gewährleistung der neuen Baselbieter Kantonsverfassung (vgl. Nr. 2377 und 2382 der Chronik).

(2693) 2. Dezember: Mit 40:0 bzw. 35:0 Stimmen genehmigt der Ständerat die internationalen Übereinkommen über die frühzeitige Information bei Nuklearunfällen und über die gegenseitige Hilfe bei Strahlenschäden oder radiologischen Notfällen (vgl. Nr. 2625 der Chronik). Vor dem Rat gibt Bundesrat Leon Schlumpf bekannt, die Schweiz wolle sich für ein internationales Haftungsabkommen einsetzen, das die finanziellen Folgen von Nuklearunfällen mildern soll.

(2694) 5. Dezember: In einer Konsultativabstimmung spricht sich die Gemeindeversammlung von Wolfenschiessen/NW gegen die von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) beantragten Sondierbohrungen und den projektierten Bau eines Felslabors am Wellenberg aus (vgl. Nr. 2604 und 2651 der Chronik).

(2695) 6. Dezember: Im Kanton Solothurn wird das Volksbegehren für eine Standesinitiative zur sofortigen Stillegung des Kernkraftwerks Gösgen mit 65'376 Nein gegen 24'102 Ja deutlich verworfen (vgl. Nr. 2638 und 2646 der Chronik). Besonders stark ist die Ablehnung in der Umgebung des Kernkraftwerks. So verzeichnet die Standortgemeinde Däniken eine Nein-Mehrheit von fast 83%.

(2696) 7. Dezember: Der Bundesrat veröffentlicht die Botschaft zu einem Energieartikel in der Bundesverfassung (vgl. Nr. 2661 der Chronik). Der vorgeschlagene Text (Art. 24 octies) hat folgenden Wortlaut: 1 Bund und Kantone schaffen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Voraussetzung für eine ausreichende und sichere, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung sowie für eine sparsame und rationelle Energieverwendung. Der Bund erlässt Grundsätze für

a. die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien;
b. die Abgabe und Verwendung von Energie.

Der Bund

a. erlässt Vorschriften über den Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten;
b. fördert die Entwicklung von Energietechniken.

Der Bund berücksichtigt in seiner Energiepolitik die Anstrengungen der Kantone und ihrer Gemeinwesen sowie der Wirtschaft. Massnahmen zur Nutzung von Energie in Gebäuden werden vor allem von den Kantonen getroffen.

(2697) Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Konzept der Energieforschung des Bundes, das durch die Core (Eidgenössische Energieforschungskommission) ausgearbeitet wurde. Diese forschungspolitischen Leitlinien für die Jahre 1988 bis 1992 bilden die offizielle Richtschnur des Bundes für die Energieforschung der nächsten Jahre und sind in die Botschaft über einen neuen Energie-Verfassungsartikel aufgenommen worden.

(2698) Aufgrund eines atomrechtlichen Bewilligungsverfahrens erteilt der Bundesrat die Bewilligung für den Bau und Betrieb je eines Notstandssystems (Nachrüstprogramm Nano) in den Kernkraftwerken Beznau-1 und -2 (vgl. Nr. 2506 der Chronik).

(2699) 9. Dezember: Der Grosse Rat des Kantons Bern genehmigt einen Kredit von Fr. 660'000.-- für die Erarbeitung von vier Szenarien zu einem Verzicht auf die Kernenergie im Sinne der am 18. November 1986 gutgeheissenen Motionen (vgl. Nr. 2496 der Chronik).

(2700) 10. Dezember 1987: Als erste Kammer genehmigt der Ständerat mit 35 zu 4 Stimmen die im Januar 1986 mit Australien und im November 1986 mit der Volksrepublik China abgeschlossenen Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Kernenergie (vgl. Nr. 2581 der Chronik).

(2701) 10. Dezember: Gemäss Mitteilung der Bundeskanzlei ist die am 1. Oktober 1987 eingereichte eidgenössische Volksinitiative " für den Ausstieg aus der Atomenergie" mit 105'812 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen (vgl. Nr. 2650 der Chronik).

(2702) Aufgrund des Rückzugs einer entsprechenden Motion vertagt der bernische Grosse Rat die Diskussion eines energiepolitischen Leistungsauftrags an die BKW (Bernische Kraftwerke AG) bis zum Vorliegen der von der Regierung in Auftrag zu gebenden Ausstiegs-Szenarien (vgl. Nr. 2621 der Chronik). Weiter lehnt der Rat eine Motion ab, welche die Stillegung des Kernkraftwerks Mühleberg verlangte. Ebenso verworfen wird ein Postulat, das forderte, die BKW sollten ihre Beteiligung am französischen Kernkraftwerk Cattenom rückgängig machen (vgl. Nr. 2201 und 2630 der Chronik).

(2703) 14. Dezember: Im Zusammenhang mit einer Frage aus dem Nationalrat wird bekannt, dass der Bundesrat seinen Entscheid darüber, ob er die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle aufgrund des Berichtes "Projekt Gewähr 1985" für gegeben hält, vorläufig aufgeschoben hat. Wie der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) vor dem Parlament bekanntgibt, bleiben die Betriebsbewilligungen für die schweizerischen Kernkraftwerke einstweilen in Kraft (vgl. Nr. 2514 und 2546 der Chronik). Der Gewährsentscheid soll gleichzeitig mit dem Entscheid zu den Berichten über die Energieszenarien getroffen werden.

(2704) 15. Dezember: Die schweizerischen Kernkraftwerkbetreiber geben bekannt, dass sie die Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle gemeinsam lösen wollen (vgl. Nr. 2499 der Chronik). Der Mitteilung ist zu entnehmen, dass ein Bauvorhaben auf einem Gelände des Bundes neben dem EIR (Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung) in Würenlingen im Vordergrund steht, wozu der Bundesrat in einem Vorentscheid positiv Stellung genommen hat. Das Vorhaben sieht Zwischenlagerbauten für alle Kategorien radioaktiver Abfälle vor. Es ist geplant, darin auch die hochradioaktiven, verglasten und in Stahlfässern eingekapselten Abfälle unterzubringen.

(2705) Die internationalen Forschungsarbeiten im unterirdischen Felslabor der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) auf der Grimsel werden laut Nagra-Mitteilung mindestens bis 1990 weitergeführt. Ein entsprechender Vertrag mit dem deutschen Bundesministerium für Forschung und Technologie ist um drei Jahre verlängert worden.

(2706) 17. Dezember: Im Differenzbereinigungsverfahren stimmt der Nationalrat dem Beschluss des Ständerates zu, wonach den Gemüseproduzenten freiwillige Entschädigungen des Bundes für Erwerbsausfälle nach dem Unfall von Tschernobyl nicht generell, sondern nur in Härtefällen entrichtet werden. Nach dieser Übereinstimmung ist der Weg frei für Zahlungen an die Luganersee-Fischer sowie an die Kleintierhalter und Kräuterproduzenten im Berggebiet (vgl. Nr. 2654, 2656 und 2681 der Chronik).

(2707) 18. Dezember: Mit 76 zu 38 Stimmen beschliesst der Nationalrat, einer Petition keine Folge zu geben, die den Bau von neuen Kernkraftwerken durch eine Beschränkung der Kausalhaftung des Staates im Kernenergiehaftpflichtgesetz verhindern wollte.

(2708) 21. Dezember: Als Nachfolger von Bundesrat Leon Schlumpf wird der neugewählte Bundesrat Adolf Ogi Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement).

(2709) Wie Bundesrat Leon Schlumpf vor der Presse erklärt, wird der Bericht der im Oktober 1986 eingesetzten Expertengruppe Energieszenarien (vgl. Nr. 2480 der Chronik) erst Ende Januar 1988 vorliegen und zusammen mit der Stellungnahme der Eidgenössischen Energiekommission der Landesregierung voraussichtlich im März des kommenden Jahres zum Entscheid unterbreitet.

(2710) 22. Dezember: Bundespräsident Pierre Aubert und der kanadische Botschafter unterzeichnen in Bern ein neues Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Kanada auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Unterschiedliche Auffassungen beider Staaten in bezug auf die Nonproliferationsauflagen haben 1977 zur Sperre kanadischer Uranlieferungen in die Schweiz geführt. Das jetzige Abkommen, das der Genehmigung durch das Parlament bedarf, soll die Wiederaufnahme der nuklearen Zusammenarbeit ermöglichen.

(2711) Gemäss Mitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) wird die Personalsiedlung "Steinriesel" seit Mitte November 1987 mit Fernwärme aus dem Kernkraftwerk Mühleberg beheizt. Die in einjähriger Bauzeit verwirklichte nukleare Fernwärmeversorgung (vgl. Nr. 2509 der Chronik) beliefert gegenwärtig 65 Wohnungen. Es wird geprüft, ob noch weitere Liegenschaften in Mühleberg angeschlossen werden können.

(2712) 28. Dezember: Einem Zeitungsbericht ist zu entnehmen, dass die beiden ETH-Professoren Bruno Fritsch und Peter Suter ihren Rücktritt aus der Expertengruppe Energieszenarien (EGES) erklärt haben. Die Demissionäre kritisieren Anlage und Organisation der Expertenarbeit und erheben generell den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit (vgl. Nr. 2480 und 2708 der Chronik).

(2713) Der bisherige Direktor des SIN (Schweizerisches Institut für Nuklearforschung), Professor Jean-Pierre Blaser, ist vom Bundesrat zum Direktor des neuen "Paul-Scherrer-Instituts" (vgl. Nr.2691 der Chronik) gewählt worden.

(2714) 29. Dezember: Das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) rechnet in einer Arbeitshypothese für das Winterhalbjahr 1987/88 mit einer Zunahme des Stromverbrauchs um 3% auf 26,4 Mia kWh. Der im Vergleich zum vorangegangenen Winterhalbjahr erwartete Mehrverbrauch von 800 Mio kWh entspricht etwa dem gegenwärtigen Jahresverbrauch der Stadt Bern.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1988 (Hans Peter Edel)

(2715) 4. Januar: Mit 79 zu 65 Stimmen lehnt der Zürcher Kantonsrat unter Namensaufruf ein Postulat ab, das die Regierung zu einem sofortigen Verzicht auf jegliche Beteiligung am Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) verpflichten wollte (vgl. Nr. 2596 und 2603 der Chronik).

(2716) 8. Januar: Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) bestätigen, dass die westdeutsche Firma Transnuklear GmbH zehn Transporte von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen aus dem Kernkraftwerk Mühleberg nach der Kernforschungsanlage Mol in Belgien durchgeführt hat. Wie die BKW betonen, wurden diese Transporte von den Aufsichtsbehörden des Bundes bewilligt: 'Das ganze Transportgut war auch hinsichtlich Strahlung ordnungsgemäss deklariert, entsprechend den Bestimmungen verpackt und wurde von einem Vertreter von Mol im Kernkraftwerk Mühleberg kontrolliert und abgenommene

(2717) Die Nagra - (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) verfügt im Jahr 1988 über ein Budget von Fr. 60 Mio, wovon 60% in erdwissenschaftliche Untersuchungen investiert werden. Fr. 35 Mio entfallen auf die Vorbereitungen zur Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle, Fr. 25 Mio sind für die Forschungen zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle bestimmt.

(2718) 9. Januar: Die KWY, (Kernkraftwerk Kaiseraugst AG) hat den zuständigen Behörden ein zweites Gesuch für seismotektonische Untersuchungen des vorgesehenen Kernkraftwerkstandortes eingereicht. Das erste Gesuch (vgl. Nr. 2501 d . er Chronik) ist wegen zusätzlicher Anforderungen des Gemeinderates von Kaiseraugst zurückgezogen worden.

(2719) 11. Januar: Eine Pressemitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) bekräftigt, dass die Aussenstrahlung der Transporthehälter, in welchen schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus dem Kernkraftwerk Mühleberg zur Behandlung nach Mol/Belgien verbracht wurden (vgl. Nr. 2716 der Chronik), das gesetzlich erlaubte Mass nie überstiegen hat und dass die Transporte mit der ordentlichen Bewilligung der zuständigen Bundesbehörden erfolgten.

(2720) Die SATW (Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften) ist über die Rücktritte der ETH-Professoren Fritsch und Suter aus der Expertengruppe Energieszenarien (vgl. Nr. 2712 der Chronik) "im höchsten Masse beunruhigt". Die SATW be fürchtet, dass durch den von den Zurückgetretenen erhobenen Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit "erhebliche Zweifel an der Qualität des bevorstehenden Schlussberichtes" entstehen.

(2721) 12. Januar: Die vorberatende Kommission des Nationalrates beantragt dem Plenum, den beiden internationalen Übereinkommen über die frühzeitige Information bei Nuklearunfällen und über die gegenseitige Hilfe bei Strahlenschäden oder radiologischen Notfällen zuzustimmen (vgl. Nr. 2693 der Chronik).

(2722) Der Nidwaldner Regierungsrat spricht sich in seiner Stellungnahme zuhanden des Bundesrates da für aus, das Sondiergesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) für Probebohrungen am Wellenberg (vgl. Nr. 2604 der Chronik) mit Bezug auf einen horizontalen Stollen für die allfällige Lagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen zu

genehmigen. Abgelehnt wird das Gesuch hingegen mit Bezug auf ein allfälliges Tiefenlager für langlebige Abfälle aus der Wiederaufarbeitung.

(2723) 13. Januar: Mit einem Schreiben an Bundesrat Adolf Ogi gibt auch Professor Hans-Georg Graf vom St. Galler Zentrum für Zukunftsforschung seinen sofortigen Rücktritt aus der Expertengruppe Energieszenarien (EGES) bekannt, weil es ihm nach eigener Aussage nicht gelungen war, seine Bedenken gegen die Schlussfolgerungen der Expertengruppe in deren Schlussbericht einzubringen (vgl. Nr. 2712 und 2720 der Chronik).

(2724) 15. Januar: Drei schweizerische Umweltschutzorganisationen fordern die Bundesbehörden dazu auf, alle in- und ausländischen Transporte von radioaktivem Material schweizerischer Herkunft einstweilen zu stoppen und zur Abklärung der geschäftlichen Beziehungen zwischen dem Kernkraftwerk Mühleberg und der deutschen Firma Transnuklear GmbH die Bundesanwaltschaft einzuschalten. Gleichzeitig verlangen sieben bernische A-Gegnerorganisationen vom Regierungsrat des Kantons Bern, es sei eine umfassende Untersuchung der Entsorgungspraxis im Kernkraftwerk Mühleberg einzuleiten.

(2725) 21. Januar: Der Genfer Grosse Rat überweist eine Motion, mit der erreicht werden soll, dass die Bundesbehörden ein Gutachten über die Sicherheit des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix einholen (vgl. Nr. 2657 der Chronik).

(2726) 23. Januar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) erinnert in einer Pressemitteilung daran, dass ihr Bericht zum "Projekt Gewähr" dem Bundesrat vor drei Jahren eingereicht worden ist, und bedauert "die erneute Verzögerung" des entsprechenden Entscheides der Landesregierung (vgl. Nr. 2703 der Chronik). Wie die Nagra betont, wird ihre aus der Sicht des Umweltschutzes vordringliche Arbeit durch den ausstehenden Entscheid in missverständlicher Weise in Mitleidenschaft gezogen.

(2727) Nach Mitteilung der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) ist der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet im Jahr 1987 um 3,8% gestiegen und erreichte einen Umsatz von 3,41 Mia kWh. Davon wurden 53,8% durch die Produktion in Kernkraftwerken gedeckt.

(2728) 27. Januar 1988: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) veranstaltet in Bern eine Pressekonferenz zum Thema "Ist das Vertrauen in die Kernenergie noch gerechtfertigt?". Referenten aus dem In- und Ausland informieren über die Fakten im Zusammenhang mit der Medienberichterstattung Über den Brand im Militärreaktor von Windscale im Jahr 1957 und die Nukem/Transnuklear-Affäre.

(2729) 30. Januar: Der Vorstand der SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) bezeichnet die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle als "ungelöst und offensichtlich unlösbar". Der Ausstieg aus der Kernenergie sei deshalb die einzig verantwortbare Konsequenz.

(2730) 3. Februar: Nachdem Teile der Energieszenarien bereits den Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben, beschliesst der Bundesrat, die Zusammenfassung des Schlussberichtes der Expertengruppe Energieszenarien (EGES) umgehend zur Veröffentlichung freizugeben.

(2731) 4. Februar: An einer Pressekonferenz wird die Zusammenfassung des Berichtes "Energieszenarien" (Möglichkeiten, Voraussetzungen und Konsequenzen eines Ausstiegs der Schweiz aus der Kernenergie) präsentiert. Die Stellungnahme der Eidgenössischen Energiekommission zu diesem Bericht wird auf Ende Februar/Anfang März erwartet, die Veröffentlichung des EGES-Hauptberichtes auf Ende April/Anfang Mai. Anschliessend entscheidet der Bundesrat über das weitere Vorgehen.

(2732) 8. Februar: Die Energiekommission des Nationalrates beantragt dem Plenum mit 10 : 6 Stimmen, den mit Australien und China abgeschlossenen Rahmenabkommen über die nukleare Zusammenarbeit (vgl. Nr. 2581 der Chronik) zuzustimmen. Der Ständerat hat diese Abkommen im Dezember 1987 bereits gutgeheissen (vgl. Nr. 2700 der Chronik). Die Minderheit der NR-Energiekommission vertritt die Auffassung, angesichts der Probleme beim Transport und bei der Kontrolle nuklearer Güter sowie bei der Beseitigung radioaktiver Abfälle sollte auf derartige Abkommen verzichtet werden.

(2733) 12. Februar: Nach einem rund achtjährigen Bewilligungsverfahren kann die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) die an einem neuen Standort in der Schaffhauser Gemeinde Siblingen vorgesehene 7. Tiefbohrung im Hinblick auf ein schweizerisches Endlager für hochradioaktive Abfälle durchfuhren (vgl. Nr. 2602 und 2664 der Chronik). Die Arbeiten sollen im Herbst 1988 beginnen und sechs bis acht Monate dauern.

(2734) 16. Februar: Wie das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) mitteilt, ist der Verbrauch an elektrischer Energie im Jahr 1987 in der Schweiz um 2,9% (im Vorjahr 2,5%) auf 43,6 Mia kWh angestiegen. An der inländischen Stromproduktion von 56,6 Mia kWh waren laut BEW die Wasserkraftwerke zu 61%, die Kernkraftwerke zu 37% und die ölthermischen Anlagen zu 2% beteiligt. Ohne die Kernenergie aus schweizerischen Werken hätten in den Wintermonaten Januar bis März sowie in der Zeit vom Oktober bis Dezember 1987 rund 42% der benötigten Elektrizität gefehlt, übers ganze Jahr 26%.

(2735) Die vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SPS und SVP sprechen sich bei der Diskussion der Regierungsrichtlinien 1987-1991 gegen die Einführung einer vierprozentigen Energieabgabe aus. Uneinigkeit besteht darüber, ob die geplante Aufhebung der sog. Taxe occulte mit einer Warenumsatzsteuer auf den Energieträgern oder mit einer Lenkungssteuer von 10% ausgeglichen werden soll (vgl. Nr. 2538, 2665 und 2676 der Chronik).

(2736) 17. Februar: Der Bundesrat verabschiedet den Entwurf zu einem Strahlenschutzgesetz sowie die entsprechende Botschaft zuhanden der eidgenössischen Räte. Damit wird der Schutz von Mensch und Umwelt vor Gefährdungen durch ionisierende Strahlen erstmals umfassend auf Gesetzesstufe geregelt. Das gleichzeitig mit dem Vorentwurf zum Strahlenschutzgesetz zur Vernehmlassung gebrachte neue Kernenergiegesetz (vgl. Nr. 2593 der Chronik) wird zurückgestellt, bis der Bundesrat über die Energieszenarien entschieden hat.

(2737) 25. Februar: Nach Mitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) ist der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet im Jahr 1987 gegenüber 1986 um 1,7% gestiegen. Insgesamt setzten die BKW im Berichtsjahr rund 8,6 Mia kWh Elektrizität ab, was dem Vorjahreswert entspricht. Der Anteil der Kernenergie an der Gesamterzeugung der BKW betrug durchschnittlich 55%.

(2738) Ein Bericht der Expertengruppe "Dosiswirkung" der Eidgenössischen Kommission für Strahlenschutz hält fest, "dass die gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung in der Schweiz nach dem Unfall von Tschernobyl sehr gering sind. Im Vergleich zur hohen natürlichen Schädigungsrate... werden sich diese zusätzlichen gesundheitlichen Risiken epidemiologisch (statistisch) kaum beobachten lassen."

(2739) 26. Februar: In einem Schlussbericht zu den Folgerungen aus dem Reaktorunglück von Tschernobyl betont der Bundesrat zuhanden der Geschäftsprufungskommission des Nationalrates, dass ein 12-Punkte-Programm zur Verbesserung der Katastrophenbewältigung (vgl. Nr. 2352 der Chronik) grösstenteils realisiert worden ist. Noch definitiv zu regeln sind u.a. die Abgabe von Jodtabletten, der Schutz der Lebensmittel gegen Verstrahlung sowie die Alarmierung der Bevölkerung.

(2740) Wie das BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) bekanntgibt, bleibt das Fischereiverbot für den Luganersee (vgl. Nr. 2662 der Chronik) vorläufig weiterhin in Kraft, obwohl die radioaktive Konzentration im Fischbestand abgenommen hat.

(2741) 2. März: Parlamentarier der drei bürgerlichen Bundesratsparteien reichen im Nationalrat und im Ständerat je eine gleichlautende Motion ein, mit welcher der Bundesrat beauftragt werden soll, "mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG eine Vereinbarung über die Nichtrealisierung ihres Kernkraftwerkprojektes abzuschliessen". Gemäss Motionstext ist die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG für die im Zusammenhang mit dem Projekt ausgelaufenen Gesamtkosten angemessen zu entschädigen. Weiter erteilt die Motion der Landesregierung den Auftrag, "die Massnahmen für eine zukunftssichernde Energiepolitik, in der die Kernenergie als Option offen bleibt, mit Nachdruck weiterzuführen".

(2742) Gemäss Antrag des Bundesrates (vgl. Nr. 2692 der Chronik) erteilt der Ständerat der revidierten Genfer Kantonsverfassung die Gewährleistung unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Kernenergie Bundessache ist. Dieser Vorbehalt bezieht sich auf die Verfassungsbestimmung, welche die Behörden des Kantons Genf verpflichtet, sich gegen die Errichtung neuer Kernkraftwerke, von Lagerstätten für radioaktive Abfälle sowie von Wiederaufarbeitungsanlagen auf dem Kantonsgebiet und in seiner Nachbarschaft zu wenden.

(2743) 3. März 1988: Wie zuvor schon der Ständerat genehmigt auch der Nationalrat die beiden internationalen Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder strahlungsbedingten Notfällen (vgl. Nr. 2693 und 2721 der Chronik).

(2744) Vor dem Nationalrat erklärt der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), die Schweiz werde Mitte März 1988 mit Frankreich Verhandlungen aufnehmen, um vor der Wiederinbetriebnahme des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks "Superphénix" in Creys-Malville Zusagen über eine bessere Information bei nuklearen Zwischenfällen zu erhalten. Die Forderung nach einer durch die Schweiz einzuholenden Sicherheitsexpertise lehnt der Bundesrat ab, nachdem eine Risikobeurteilung durch Schweizer Experten zur Feststellung geführt hat, dass von "Superphénix" keine unzumutbare Gefährdung ausgeht (vgl. Nr. 2670 und 2679 der Chronik).

(2745) 6. März: In Referendumsabstimmungen spricht sich die Gemeinde Ennetbaden mit 433 Ja gegen 384 Nein für die Beteiligung am Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) aus, während die Gemeinde Untersiggenthal mit 615 Nein gegen 602 Ja diesen Antrag ablehnt (vgl. Nr. 2603 der Chronik).

(2746) 7. März: Im Anschluss an die beiden Motionen zur Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Nr. 2741 der Chronik) werden im Nationalrat weitere Motionen eingereicht, die sich gegen die Projekte Graben und Verbois richten.

(2747) 8. März: Gemäss Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) erreichte die Nettostromproduktion der schweizerischen Kernkraftwerke im Jahr 1987 mit 21,7 Mia kWh einen neuen Rekordwert, der um 0,4 Mia kWh höher ausfiel als im Vorjahr. Die durchschnittliche Arbeitsausnutzung der fünf Blöcke lag bei 84%.

(2748) 10. März: In der aargauischen Gemeinde Fislisbach lehnt eine ausserordentliche Gemeindeversammlung die Beteiligung am Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) mit 236 : 235 Stimmen äusserst knapp ab. Deutliche Zustimmung findet das Geschäft in den Gemeindeversammlungen von Niederrohrdorf (131 : 107 Stimmen) und Oberrohrdorf (200 : 160 Stimmen). Damit haben sich bisher fünf Gemeinden für ein Mitmachen beim Projekt Transwal ausgesprochen und fünf dagegen (vgl. Nr. 2745 der Chronik).

(2749) 14. März: Eine Motion der Grünen Fraktion der Bundesversammlung verlangt den Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst.

(2750) 15. März: Vorstösse in den eidgenössischen Räten fordern Rechtsgrundlagen gegen eine verstärkte Auslandabhängigkeit im Bereich der elektrischen Energie und die rasche Ausarbeitung eines Stromspargesetzes.

(2751) 16. März: Eine Motion der sozialdemokratischen Bundeshausfraktion will den Bundesrat beauftragen, "in geeigneten Verfahren möglichst rasch den Verzicht auf das KKW Graben festzuschreiben".

(2752) Schweizerische und französische Regierungsdelegationen vereinbaren in Bern eine Verbesserung des gegenseitigem Informationsaustausches im Bereich der nuklearen Sicherheit. Die beiden Länder wollen sich künftig auch über Zwischenfälle in Atomanlagen informieren, die keine radiologischen Auswirkungen haben (vgl. Nr. 2744 der Chronik).

(2753) 17. März: Parlamentarische Vorstösse im Nationalrat verlangen die vorgezogene Inkraftsetzung eines Stromspargesetzes, eine geringere Abhängigkeit der Schweiz von ausländischem Atomstrom und eine Reduktion der Stromexporte aus der Schweiz.

(2754) 18. März: Eine im Ständerat eingereichte Motion verlangt eine Revision der Atomgesetzgebung. Dabei soll das fakultative Referendum bei der Erstellung neuer Kernkraftwerke ermöglicht und diese Neuregelung auch auf geplante Kernkraftwerkanlagen ohne nukleare Baubewilligung erstreckt werden (vgl. Nr. 2552, 2537 und 2574 der Chronik).

(2755) 21. März: Das Komitee der am 23. April 1987 eingereichten eidgenössischen Volksinitiative "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)" bekräftigt an einer Pressekonferenz seinen Willen, an diesem Begehren trotz der sog. Kaiseraugst-Motionen festzuhalten (vgl. Nr. 2560 und 2614 der Chronik).

(2756) Nach dem Willen einer Mehrheit der Finanzkommission des Nationalrates soll der Bundesrat dem Parlament noch vor der neuen Finanzordnung eine Revision der Warenumsatzsteuer beantragen, wobei die Ausfälle aus der Beseitigung der sog. Taxe occulte u.a. mit der Unterstellung aller Energieträger unter die Wust zu kompensieren wären. Demgegenüber erachtet die Landesregierung eine Energie-Wust als ungeeignet, weshalb sie eine Energieabgabe in Höhe von 10% in Aussicht genommen hat (vgl. Nr. 2735 der Chronik).

(2757) 22. März 1988: Im Bundesblatt wird ein Gesuch der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) um Bewilligung des Baus und Betriebs eines Zwischenlagers für radioaktive Abfälle im Kernkraftwerk Beznau veröffentlicht. Wie die NOK in ihrem Gesuch vom 16. Februar 1988 ausfahren, wird das bestehende Lager für radioaktive Abfälle im KKW Beznau voraussichtlich 1992 gefüllt sein.

(2758) 25. März: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) haben sich die 21 Mitglieder der Eidgenössischen Energiekommission auf keines der von der EGES (Expertengruppe Energieszenarien) ausgearbeiteten Energieszenarien einigen können. (vgl. Nr. 2731 der Chronik). In ihrer Stellungnahme zuhanden des Bundesrates unterstützen acht Mitglieder der Energiekommission ein modifiziertes Referenzszenario, das den weiteren Ausbau der Kernenergie vorsieht. Sechs Mitglieder befürworten das Szenario "Aktive Alternative" (modifiziertes Moratorium mit einer weiteren Nutzung und Erneuerung der bestehenden Kernkraftwerke, und ebenfalls sechs Mitglieder sind für einen Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie im Jahre 2025.

(2759) 28. März: Der Stadtrat (Exekutive) der Zürcher Gemeinde Dietikon beantragt dem Gemeinderat, eine vor Jahresfrist überwiesene Motion abzuschreiben, die einen Kreditantrag des Stadtrates für den Beitritt Dietikons zum Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) verlangt. Der Stadtrat von Dietikon hat sich im März 1987 gegen eine Transwal-Beteiligung ausgesprochen (vgl. Nr. 2554 der Chronik).

(2760) 30. März: Der Zürcher Stadtrat beschliesst, die im September 1986 eingereichte städtische Volksinitiative " für den Ausstieg aus der Atomwirtschaft" (vgl. Nr. 2440 der Chronik) zur Ablehnung zu empfehlen und dem Gemeinderat im Sinne eines Gegenvorschlages eine Weisung über die Förderung des Stromsparens zu unterbreiten.

(2761) Der Urner Regierungsrat kritisiert kürzliche Ankündigungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), sie werde den Bundesrat um die Bewilligung zum Bau von Sondierstollen am Oberbauenstock, am Piz Pian Grand und am Bois de la Glaivaz ersuchen, um die Eignung dieser möglichen Standorte für die Endlagerung kurzlebiger schwach- und mittelradioaktiver Abfälle näher abklären zu können, wobei der erste derartige Stollen am Urner Oberbauenstock vorgesehen sei. Nach Auffassung der Urner Regierung würde bei dieser Vorgehensweise die Bedingung der Vergleichbarkeit der drei potentiellen Standorte nicht erfüllt.

(2762) 31. März: Gemäss Presseberichten wollen sich Einwohner von Würenlingen mit einer Initiative dem geplanten Bau von Zwischenlagern für radioaktive Abfälle im und beim Paul Scherrer Institut (vgl. Nr. 2639 und 2704 der Chronik) widersetzen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1988 (Hans Peter Edel)

(2763) 6. April: Nach dem Urner Regierungsrat kritisiert auch der Regierungsrat des Kantons Nidwalden die Absicht der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), bei ihren weiteren Untersuchungen der möglichen Standorte für die Endlagerung kurzlebiger schwach- und mittelradioaktiver Abfälle den ersten Sondierstollen am Urner Oberbauenstock zu bauen (vgl. Nr. 2761 der Chronik). Die Nidwaldner Regierung erklärt, es dürfe kein möglicher Standort aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen aufgegeben bzw. bevorzugt werden.

(2764) 7. April: Die schweizerischen Kernkraftwerkbetreiber geben bekannt, dass sie auf das Projekt eines zentralen Zwischenlagers für radioaktive Abfälle in den Kavernen des ehemaligen Versuchskernkraftwerks Lucens endgültig verzichten, weil es nicht möglich sei, die hier geplanten Einrichtungen in der vorgesehenen Zeit zu realisieren. Die KKW-Betreiber wollen sich nun auf die Verwirklichung eines zentralen Zwischenlagers für radioaktive Abfälle auf einem Gelände des Bundes beim Paul Scherrer Institut in Würenlingen konzentrieren (vgl. Nr. 2704 der Chronik).

(2765) 12. April: Mit 19 zu 4 Stimmen beschliesst die vorberatende Kommission des Nationalrates Eintreten auf die Botschaft des Bundesrates zu einem Energieartikel in der Bundesverfassung (vgl. Nr. 2696 der Chronik). Die Detailberatung der Vorlage soll im kommenden August erfolgen.

(2766) In Beantwortung verschiedener Vorstösse im Grossen Rat wegen früherer Transportaufträge der BKW (Bernische Kraftwerke AG) an die deutsche Transnuklear GmbH (vgl. Nr. 2716 und 2719 der Chronik) erklärt der bernische Regierungsrat, er habe mit Bezug auf das Kernkraftwerk Mühleberg und dessen Entsorgungspraxis keinen Anlass, an der Zuverlässigkeit der Kontrollen durch die zuständigen Bundesstellen und die IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) zu zweifeln. Die Kontrolle über die Kernbrennstoffe der Anlage Mühleberg sei lückenlos, so dass nach Auskunft der zuständigen Bundesstelle ausgeschlossen werden könne, "dass bombenfähiges Material aus Mühleberg abgezweigt wurde oder unentdeckt abgezweigt werden kann".

(2767) 15. April: Die Energiekommission des Nationalrates lässt sich im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Firma Transnuklear GmbH für das Kernkraftwerk Mühleberg (vgl. Nr. 2716 und 2719 der Chronik) über die Regelung des Transports nuklearer Güter informieren und nimmt davon Kenntnis, dass für die fraglichen Transporte von Mühleberg nach Mol die nötigen Bewilligungen eingeholt worden waren.

(2768) 18. April 1988: Mit Stichentscheid des Präsidenten verwirft der Zürcher Kantonsrat eine Motion,' mit der eine Standesinitiative für die "grundsätzliche" Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz und die Unterstellung des Standortentscheides unter das fakultative Referendum verlangt worden war.

(2769) Die zuständige Kommission des Nationalrates beantragt dem Plenum gemäss Antrag des Bundesrates und Beschluss des Ständerates (vgl. Nr. 2742 der Chronik), der revidierten Genfer Kantonsverfassung die eidgenössische Gewährleistung nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt zu erteilen, dass die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Atomenergie Sache des Bundes ist.

(2770) 19. April: Gemäss Presseberichten hat der Gemeinderat von Ollon/VD beim Bundesrat gegen die Absicht der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) protestiert, der Landesregierung die Bewilligung zum Bau eines Sondierstollens am Bois de la Glaivaz zu beantragen, um auch die Eignung dieses möglichen Standortes zur Endlagerung kurzlebiger schwach- und mittelradioaktiver Abfälle näher abklären zu können (vgl. Nr. 2761 und 2763 der Chronik).

(2771) 21. April: Die Kommission des Nationalrates zur Vorberatung der Legislaturplanung 1987 bis 1991 lehnt in Übereinstimmung mit der Finanzkommission die vom Bundesrat vorgeschlagene Energieabgabe von 10% ab und spricht sich für die Unterstellung aller Energieträger unter die Warenumsatzsteuer aus (vgl. Nr. 2756 der Chronik).

(2772) 23. April: Gegen das Gesuch der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) um Bewilligung des Baus und Betriebs eines neuen Zwischenlagers für radioaktive Abfälle im Kernkraftwerk Beznau (vgl. Nr. 2757 der Chronik) sind beim Bundesamt für Energiewirtschaft 135 Einsprachen eingereicht worden.

(2773) 24. April: Die Nidwaldner Landsgemeinde lehnt die ihr unterbreitete Stellungnahme der Nidwaldner Regierung zum Sondiergesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) für Probebohrungen am Wellenberg ab (vgl. Nr. 2722 der Chronik). Das bedeutet, dass die Kantonsregierung sich beim Bundesrat nicht zu den Plänen der Nagra äussern wird. Sie hatte sich zuvor zu den beantragten Bohrungen für einen horizontalen Stollen positiv ausgesprochen, das Gesuch der Nagra mit Bezug auf ein eventuelles Tiefenlager für langlebige Abfälle jedoch abgelehnt.

(2774) 26. April: Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins lehnt eine Verknappung und Verteuerung der Elektrizität durch politische Eingriffe ab und betont die Notwendigkeit, die Option Kernenergie für die Schweiz weiterhin offenzuhalten.

(2775) Der bernische Regierungsrat und eidgenössische Parlamentarier des Kantons Bern verlangen vom Bundesrat, das geplante Kernkraftwerk Graben in das Verfahren zur Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Nr. 2741 und 2746 der Chronik) miteinzubeziehen. Gleichzeitig wird die Kernkraftwerk Graben AG aufgefordert, auf allfällige Verzichtsverhandlungen einzutreten.

(2776) 28. April: Die Konferenz der kantonalen Energiedirektoren spricht sich gegen den Vorschlag eines vorgezogenen Bundesbeschlusses zum Energie- bzw. Stromsparen aus und erwartet anderseits eine rasche Behandlung der vor dem Parlament liegenden Botschaft zu einem Energieartikel in der Bundesverfassung (vgl. Nr. 2765 der Chronik).

(2777) 29. April: Auch die ständerätliche Kommission zur Vorberatung der Legislaturplanung 1987 bis 1991 lehnt eine zehnprozentige Energieabgabe ab und spricht sich da für aus, im Rahmen einer vorgezogenen Revision der Warenumsatzsteuer alle Energieträger der Wust zu unterstellen (vgl. Nr. 2771 der Chronik).

(2778) 30. April: Mit 15 gegen 13 Stimmen lehnen die Delegierten der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) einen Antrag ab, gegen die sog. Kaiseraugst-Motionen eine öffentliche Kampagne zu lancieren. Statt dessen soll als Willenskundgebung eine Unterschriftensammlung für die Kernenergie durchgeführt und für ein Festhalten an der Option Kernenergie gekämpft werden.

(2779) In Siblingen (Kt. Schaffhausen) fassen Gegner der Kernenergie und der Sondierbohrungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) eine Resolution, welche die Stillegung der Kernkraftwerke und den Verzicht auf das Endlagerkonzept der Nagra verlangt.

(2780) 2. Mai: Nach Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die Netto-Stromproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im ersten Quartal 1988 insgesamt 6,4 Mia kWh, womit praktisch das gleiche Ergebnis wie in der Vergleichsperiode des Vorjahres erzielt wurde. Der Anteil des Atomstroms an der gesamten Elektrizitätserzeugung belief sich dabei im ersten Quartal 1988 beispielsweise bei der Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität) auf 63%, bei den BKW (Bernische Kraftwerke AG) auf 59% und bei den NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) auf 57%.

(2781) Dem Jahresbericht der Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg ist zu entnehmen, dass das Kernkraftwerk Leibstadt in seinem dritten Betriebsjahr die Stromproduktion um 2,3% auf 7,4 Mia kWh steigern konnte, was vor allem auf die kürzere Dauer der Jahresrevision 1987 zurückzuführen ist. Der in der Anlage Leibstadt produzierte Strom kostete 1987 je kWh 8,93 Rappen im Vergleich zu 9,14 Rappen im Vorjahr. Die Arbeitsausnutzung des Werkes betrug 85%.

(2782) 4. Mai: Der Bundesrat führt erste Gespräche zur Vorbereitung seiner Stellungnahme zu den Motionen betreffend Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Nr. 2741 der Chronik) und empfängt Vertreter der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG sowie der Aargauer Regierung zu Konsultationen.

(2783) 5. Mai 1988: Im Hinblick auf bevorstehende Gespräche mit den bürgerlichen Bundesratsparteien bekräftigt die SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) vor der Presse in Bern ihre energiepolitische Position. In verschiedenen Äusserungen wird der Wille betont, einen Konsens anzustreben und auf pragmatische Lösungen hinzuarbeiten. Festhalten will die SPS allerdings an ihrer Forderung nach einem Energie- und Stromspargesetz sowie an einer Energieabgabe von 10%.

(2784) 11. Mai: Um die künftige schweizerische Energiepolitik umfassend darstellen zu können, beschliesst der Bundesrat, die im März 1988 eingereichten Motionen "Kernkraftwerk Kaiseraugst: Nichtrealisierung" (vgl. Nr. 2741 und 2782 der Chronik) erst in der Herbstsession des eidgenössischen Parlaments zur Behandlung zu bringen.

(2785) Der Bundesrat beantragt dem Parlament, das am 22. Dezember 1987 zwischen der Schweiz und Kanada unterzeichnete Rahmenabkommen über die nukleare Zusammenarbeit (vgl. Nr. 2710 der Chronik) zu genehmigen. In der entsprechenden Botschaft führt die Landesregierung u.a. aus: "Im Vordergrund der Zusammenarbeit mit Kanada steht für die Schweiz die Versorgung mit Kernbrennstoffen. Das Abkommen ermöglicht die Wiederaufnahme des Uranbezugs aus Kanada und trägt somit zu den Diversifikationsbemühungen bei."

(2786) 13. Mai: Die vier Bundesratsparteien führen in Zürich ein erstes Gespräch über die Ausrichtung der künftigen schweizerischen Energiepolitik (vgl. Nr. 2783 der Chronik). Wie in diesem Zusammenhang bekannt wird, scheint die CVP (Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz) im Unterschied zu den übrigen bürgerlichen Regierungsparteien bereit zu sein, einen Energiesparbeschluss vor Inkrafttreten des geplanten Energieartikels der Bundesverfassung zu akzeptieren.

(2787) 15. Mai: Ein Blitzschlag in die nahe beim Kernkraftwerk Mühleberg gelegene Unterstation der BKW (Bernische Kraftwerke AG) löst die Schutzeinrichtungen der beiden Transformatoren des KKM aus. Die Transformatoren werden dadurch umgehend vom Netz getrennt, und der Reaktor fährt automatisch auf rund einen Viertel seiner Leistung zurück. Nach knapp anderthalb Stunden kann das Kernkraftwerk den Betrieb wieder voll aufnehmen.

(2788) 17. Mai: Fünf schweizerische Umweltorganisationen veröffentlichen gemeinsame Thesen " für einen sanften Ausstieg aus der Atomenergie" und fordern den raschen Erlass eines Stromspargesetzes. Einem Energie-Verfassungsartikel wollen diese Organisationen nur zustimmen, wenn darin die Möglichkeit für einen Ausstieg aus der Kernenergie oder ein Moratorium sowie eine zweckgebundene Energieabgabe enthalten sind.

(2789) 18. Mai: Mit 52 zu 49 Stimmen lehnt der bernische Grosse Rat eine Motion ab, welche verlangte, als Übung für eine "Wirklichkeit ohne Elektrizität" im Kanton Bern an einem Samstag den Strom abzuschalten. Ebenfalls verworfen wird die Forderung, eine kantonale Kontrollkommission zur Überwachung der Lagerung radioaktiver Abfälle im Kernkraftwerk Mühleberg (vgl. Nr. 2766 der Chronik) einzusetzen.

(2790) Vor dem Urner Landrat erklärt die Regierung im Zusammenhang mit einem Bericht über die Energiepolitik des Kantons, sie sei mit einem längerfristigen Ausstieg aus der Kernenergie grundsätzlich einverstanden, doch könne vorläufig auf den Atomstrom noch nicht verzichtet werden.

(2791) 19. Mai: In einer Pressemitteilung spricht sich der Vorstand der CVP (Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz) gegen einen Ausstieg aus der Kernenergie und für ein konsequentes Energiesparen aus. Die CVP fordert neben einem Energieartikel in der

Bundesverfassung einen vorgezogenen und befristeten allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss über Energiesparmassnahmen (vgl. Nr. 2786 der Chronik).

(2792) In Übereinstimmung mit dem Bundesrat (vgl. Nr. 2784 der Chronik) entscheiden sich die Fraktionspräsidentenkonferenz und das Büro des Ständerates dazu, die sog. Kaiseraugst-Motionen nicht bereits in der Sommersession der eidgenössischen Räte, sondern erst in der Herbstsession zur Behandlung zu bringen.

(2793) 20. Mai: Aus dem 14. Geschäftsbericht der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG geht hervor, dass sich die bisherigen Aufwendungen für den Bau der Projektierten Anlage und die Beschaffung von Kernbrennstoff im Jahr 1987 um Fr. 88 Mio auf insgesamt Fr. 1,235 Mrd erhöht haben.

(2794) 24. Mai: Im Kernkraftwerk Leibstadt führt eine Erhöhung des Wasserstands im Reaktor als Folge des Fehlverhaltens der Durchflussregelung einer Speisewasserpumpe zu einer automatischen Schnellabschaltung. Der vorübergehende Stillstand wird genutzt, um verschiedene kleine Arbeiten und Inspektionen vorzunehmen.

(2795) 25. Mai: Block I des Kernkraftwerks Beznau wird zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels abgeschaltet. Der Stillstand soll bis Mitte Juli dauern.

(2796) Wegen einer Störung bei einer der beiden Speisewasserpumpen kommt es im Kernkraftwerk Mühleberg zu einer Reaktorschnellabschaltung. Nach rund einstündigem Unterbruch kann die Anlage wieder in Betrieb genommen werden.

(2797) 27. Mai: Gemäss Mitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ist in Siblingen/SH mit den Vorbereitungen zur 7. Tiefbohrung im Hinblick auf die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in der Schweiz begonnen worden (vgl. Nr. 2733 der Chronik). Die Herrichtung des Bohrplatzes dürfte etwa drei Monate beanspruchen, während die für Anfang September geplanten Bohrarbeiten sechs bis acht Monate dauern werden.

(2798) 28. Mai 1988: Bei der Vorbereitung der Sommersession sprechen sich die Bundeshausfraktionen der drei bürgerlichen Bundesratsparteien erneut gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene Energieabgabe von 10% aus. An deren Stelle wird die Unterstellung der Energieträger unter die Warenumsatzsteuer befürwortet (vgl. Nr. 2756 und 2771 der Chronik).

(2799) für den Brennstoffwechsel und die burchführung der jährlichen Revisionsarbeiten ist das Kernkraftwerk Gösgen planmässig abgestellt worden. Die Wiederaufnahme des Betriebs soll Ende Juli erfolgen.

(2800) 31. Mai: Aufgrund der zustimmenden Beschlüsse der eidgenössischen Räte (vgl. Nr. 2743 der Chronik) ratifiziert die Schweiz am Sitz der IAEO (Intemationale Atomenergie-Organisation) in Wien die beiden internationalen Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und über Hilfeleistungen bei nuklearen Unfällen oder strahlungsbedingten Notfällen.

(2801) Vor dem Aargauischen Grossen Rat erklärt Regierungsrat Kurt Lareida auf parlamentarische Vorstösse, im Kanton Aargau sei gegenwärtig kein Standort für ein weiteres Kernkraftwerk auch nur erwogen, denkbar wäre hingegen die Erstellung von Nachfolgewerken an den Standorten der gegenwärtigen Reaktorblöcke.

(2802) 1. Juni: Eine vom EDI (Eidgenössisches Departement des Innern) in Auftrag gegebene Untersuchung der Waldschäden im unteren Aaretal kommt zum Schluss, dass zwischen den radioaktiven Abgaben aus Kernanlagen und dem Waldsterben mit hoher Wahrscheinlichkeit kein Zusammenhang bestehe.

(2803) An der Bilanzpressekonferenz der BKW (Bernische Kraftwerke AG) wird erklärt, dass der Verwaltungsrat zu Verhandlungen über einen Verzicht auf das Projekt Graben bereit wäre, falls die in den eidgenössischen Räten hängigen Motionen zu den Kernkraftwerken Kaiseraugst und Graben (vgl. Nr. 2741, 2749 und 2751 der Chronik) an den Bundesrat überwiesen werden.

(2804) 3. Juni- Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) veröffentlicht ihren Bericht über die schweizerischen Kernanlagen im Jahre 1987 und beurteilt darin die Sicherheit des Betriebes zusammenfassend als gut. 1987 wurden der Aufsichtsbehörde 30 besondere Vorkommnisse gemeldet, die durchwegs nur eine geringfügige Beeinträchtigung der Sicherheit von Anlage, Personal oder Umgebung darstellten.

(2805) Wie der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, sieht der Bundesrat in bezug auf das "Projekt Gewähr 1985" der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) den Entsorgungsnachweis für schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus dem Betrieb und der Stillegung der Kernkraftwerke sowie aus dem Bereich ausserhalb der Kernenergienutzung als erbracht an. Ebenfalls erbracht ist gemäss Entscheid der Landesregierung der Sicherheitsnachweis für hochradioaktive Abfälle und die aus der Wiederaufarbeitung stammenden langlebigen alphahaltigen Abfälle. Als noch nicht erbracht gilt für diese Abfälle der Endlager-Standortnachweis, d.h. der Nachweis von genügend ausgedehnten Gesteinskörpern mit den erforderlichen Eigenschaften. Aus bautechnischer Sicht bestehen hingegen keine Bedenken gegen die Erstellung von Endlagern. Bis zum Entscheid des Bundesrates über den Standortnachweis bleiben die Betriebsbewilligungen der bestehenden Kernkraftwerke in Kraft (vgl. Nr. 2048, 2703 und 2726 der Chronik).
Weiter ist der Bundesrat bereit, die Motionen zur Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Nr. 2741 und 2749 der Chronik) sowie für einen Verzicht auf die Projekte Graben und Verbois (vgl. Nr. 2746 und 2751 der Chronik) in der Form von Postulaten

entgegenzunehmen. Gleiches gilt für die Motionen zur Unterstellung der Rahmenbewilligung für Kernkraftwerke unter das fakultative Referendum (vgl. Nr. 2754 der Chronik).
Dem Parlament wird seitens der Landesregierung beantragt, die beiden hängigen Volksinitiativen "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)" (vgl. Nr. 2560 der Chronik) und " für den Ausstieg aus der Atomenergie" (vgl. Nr. 2650 der Chronik) dem Souverän ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.
Schliesslich wird das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) vom Bundesrat beauftragt, den Entwurf zu einem Kernenergiegesetz auszuarbeiten (vgl. Nr. 2593 und 2736 der Chronik) und bis zum Herbst einen vorgezogenen Energiesparbeschluss vorzulegen.

(2806) 6. Juni: Nach Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) haben am Standort des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix französisch-schweizerische Behördengespräche über Fragen der nuklearen Sicherheit in beiden Ländern stattgefunden. Diese Zusammenarbeit soll möglichst rasch institutionalisiert und im Rahmen einer französisch-schweizerischen Kommission fortgesetzt werden (vgl. Nr. 2752 der Chronik).

(2807) 8. Juni: Bei der Beratung der Legislaturplanung 1987-1991 spricht sich der Nationalrat gemäss Antrag der vorberatenden Kommission durch Annahme einer entsprechenden Motion mit 87 zu 73 Stimmen für eine vorgezogenen Revision der Wust (Warenumsatzsteuer) aus, der künftig auch die Energieträger unterstellt werden sollen. Die vom Bundesrat beantragte Energieabgabe in Höhe von 10% wird abgelehnt (vgl. Nr. 2771 und 2798 der Chronik).

(2808) Eine im Ständerat eingereichte Motion lädt den Bundesrat ein, sich vom Parlament zum Erwerb des Kernkraftwerk-Projekts Kaiseraugst ermächtigen zu lassen und vor einem allfälligen späteren Bau und Betrieb des Werks einen entsprechenden Bundesbeschluss vorzulegen, der dem Referendum untersteht.

(2809) 9. Juni: Im Anschluss an die sog. Kaiseraugst-Motionen (vgl. Nr. 2741) und 2749 der Chronik) werden im National- und Ständerat von bürgerlicher Seite zwei gleichlautende Motionen zur Elektrizitätsversorgung der Schweiz im Falle einer Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst eingereicht. Der Bundesrat soll dadurch beauftragt werden, den eidgenössischen Räten die Verwirklichung jener Massnahmen zu beantragen, "die erforderlich sind, um auch bei einer Nichtrealisierung des Kernkraftwerkes Kaiseraugst die Elektrizitätsversorgung der Schweiz sicherzustellen und die Option Kernenergie offenzuhalten".

(2810) 12. Juni 1988: In Urnenabstimmungen, die aufgrund von Referenden nötig wurden, sprechen sich die aargauischen Gemeinden Fislisbach, Niederrohrdorf und Oberrohrdorf gegen die Beteiligung am Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) aus. Zuvor ist dieses Vorhaben seitens der Gemeindeversammlungen von Niederrohrdorf und Oberrohrdorf gutgeheissen worden, während es von der Gemeindeversammlung Fislisbach mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt wurde (vgl. Nr. 2748 der Chronik).

(2811) 14. Juni: Wegen einer Panne bei der Überprüfung einer Alarmleitung wird in der Umgebung des Kernkraftwerks Leibstadt ein Fehlalarm ausgelöst.

(2812) 16. Juni: Im Nationalrat widersetzt sich eine bürgerliche Minderheit dem Antrag, der revidierten Genfer Kantonsverfassung mit umstrittenen energiepolitischen Bestimmungen die Gewährleistung unter dem Vorbehalt zu erteilen, dass die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Kernenergie Sache des Bundes ist. Der Ständerat und die zuständige Kommission des Nationalrates haben dieser Lösung zugestimmt (vgl. Nr. 2742 und 2769 der Chronik).

(2813) 20. Juni. Mit einem allgemeinen Vorbehalt des Bundesrechts erteilt der Nationalrat dem "Anti-Kernenergie-Artikel" der Genfer Kantonsverfassung mit 138 zu 47 Stimmen bei vier Enthaltungen die eidgenössische Gewährleistung. Ebenfalls gewährleistet werden mit 139 zu 45 Stimmen bei sechs Enthaltungen einschränkende Bestimmungen über den Einsatz von Klimaanlagen und Elektroheizungen (vgl. Nr. 2812 der Chronik).

(2814) Wie bereits der Nationalrat spricht sich auch der Ständerat gegen eine zehnprozentige Energieabgabe aus. Zugestimmt wird einer entsprechenden Motion der Grossen Kammer, die den Bundesrat beauftragt, sämtliche Energieträger der Warenumsatzsteuer zu unterstellen (vgl. Nr. 2807 der Chronik).

(2815) 22. Juni: In Übereinstimmung mit dem Ständerat (vgl. Nr. 2581 der Chronik) genehmigt auch der Nationalrat mit einer deutlichen Mehrheit von 100 zu 57 Stimmen die beiden Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Kernenergie, welche die Schweiz im Jahr 1986 mit Australien und der Volksrepublik China abgeschlossen hat (vgl. Nr. 2700 der Chronik). Ein von der grünen und der unabhängigen Fraktion unterstützter Antrag der Sozialdemokraten, auf die Rahmenverträge nicht einzutreten, wird mit 105 zu 58 Stimmen bei acht Enthaltungen abgelehnt.

(2816) Mit 75 zu 29 Stimmen lehnt der Grosse Rat des Kantons Solothurn die verlangte dringliche Behandlung einer Motion der sozialdemokratischen Fraktion ab, die eine Standesinitiative für Verzichtsverhandlungen der Bundesbehörden mit der Bauherrschaft des projektierten Kernkraftwerks Graben fordert.

(2817) 23. Juni: Die Liberale Fraktion der Bundesversammlung teilt in einer Erklärung mit, sie werde die von bürgerlicher Seite eingereichten Motionen zur Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Nr. 2471 der Chronik) aus politischen und wirtschaftlichen Gründen bekämpfen.

(2818) 27. Juni: Als Folge einer Störung einer Reaktor-Niveau-Messeinrichtung und der dadurch ausgelösten Zurückregelung der Speisewasserpumpen kommt es im Kernkraftwerk Leibstadt zu einer automatischen Schnellabschaltung des Reaktors. Nach verschiedenen Tests wird die Anlage gleichentags wieder angefahren.

(2819) Der Grosse Rat des Kantons Luzern lehnt bei der Beratung des neuen Energiegesetzes ein sozialdemokratisches Postulat ab, welches ein kantonales Konzept. zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft verlangte.

(2820) 28. Juni: Anstelle des zurückgetretenen Dr. Rudolf Rometsch, wählt die Generalversammlung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) den bisherigen Geschäftsleiter Hans Issler zum neuen Präsidenten. Als Vorsitzender der Geschäftsleitung behält H. Issler einen Teil seiner exekutiven Verantwortung bei. Neue Mitglieder der Nagra-Geschäftsleitung sind Dr. Charles McCombie (Bereich Technik und Wissenschaft), Dr. Emil Kowalski (Bereich Endlager-Projekte) und Valentin Egloff (Bereich Recht und Administration). für ihre Arbeiten hat Nagra bis Ende 1987 insgesamt Fr. 316 Mio aufgewendet. Rund zwei Drittel davon entfielen auf geologische Untersuchungen sowie auf das Grimsel-Felslabor.

(2821) 29. Juni: Mit Wirkung per 9. Juli 1988 hebt der Bundesrat das nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl am 3. September 1986 erlassene Verbot des Fischfangs im Luganersee (vgl. Nr. 2443 der Chronik) auf, da die Schutzziele dieses Erlasses als erfüllt zu betrachten sind.

(2822) Der Bundesrat erteilt dem Institut de génie atomique der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne die Betriebsbewilligung für die nach Ecublens verlegten nuklearen Forschungsanlagen.

(2823) Der Bundesrat setzt eine Eidgenössische Geologische Fachkommission ein, die sich beratend zu grundlegenden geologischen Fragen von nationaler Bedeutung äussern wird. Die neue Kommission integriert jene Gremien, die für die Entsorgung radioaktiver Abfälle und die Geothermie bereits bestehen.

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1988 (Hans Peter Edel)

(2824) 1. Juli: Nach einem mehrjährigen Prüfungsverfahren bewilligen die USA ein schweizerisches Gesuch für den Weitertransport von Plutonium aus dem Kernkraftwerk Beznau. Dieser Kernbrennstoff lagert gegenwärtig in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague und soll nun zur Herstellung neuer Brennelemente für das Kernkraftwerk Beznau verwendet werden.

(2825) 8. Juli: Der Regierungsrat des Kantons Zürich beantragt dem Kantonsparlament, einer vom Zürcher Gemeinderat im Dezember 1986 eingereichten sog. Behördeninitiative keine Folge zu geben, die eine Standesinitiative zum Widerruf der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst verlangt (vgl. Nr. 2508 der Chronik).

(2826) 14. Juli: Gemäss Presseberichten bekräftigte der Regierungsrat des Kantons Solothurn in einem Schreiben an den Bundesrat seine Auffassung, dass eine Verwirklichung des KKW-Projekts Graben als Ersatz für das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht akzeptabel wäre.

(2827) 18. Juli: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) dementiert eine unzutreffende Pressemeldung über den künftigen Standort des schweizerischen Endlagers für hochradioaktive Abfälle und stellt klar, dass bis heute für diese Aufgabe noch keine Standortabklärungen im engeren Sinn durchgeführt wurden. Die bisherigen Sondierbohrungen in der Nordschweiz waren lediglich Teil eines regionalen geologischen Untersuchungsprogramms.

(2828) Der seit dem 26. Mai 1988 zur Vornahme der Jahresrevision und des Brennstoffwechsels abgestellte Block 1 des Kernkraftwerks Beznau wird wieder ans Netz angeschlossen. Während des relativ langen Stillstandes ist auch das Reaktordruckgefäss einer eingehenden Inspektion unterzogen worden.

(2829) 23. Juli: Wie bekannt wird, hat der Gemeinderat von Würenlingen eine Volksinitiative für ungültig erklärt, die das seitens der schweizerischen Kernkraftwerksbetreiber geplante zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle beim Paul Scherrer Institut durch eine Änderung der Zonenordnung verhindern wollte (vgl. Nr. 2704 und 2764 der Chronik). Die Gegner des Zwischenlager-Projekts haben bereits eine zweite Initiative mit gleicher Zielsetzung angekündigt.

(2830) 23. Juli: Nach einem gut sieben Wochen dauernden Stillstand zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels nimmt das Kernkraftwerk Gösgen die Stromlieferung wieder auf.

(2831) 27. Juli: Durch einen Notenaustausch in Canberra wird das zwischen der Schweiz und Australien abgeschlossene Rahmenabkommen über die friedliche nukleare Zusmmenarbeit in Kraft gesetzt (vgl. Nr. 2815 der Chronik).

(2832) Im Rahmen eines langfristigen Unterhaltsprogramms haben die BKW (Bemische Kraftwerke AG) für das Kernkraftwerk Mühleberg ein neues elektronisches Reaktor-Schutzsystem bestellt, das während der Jahresrevision im Sommer 1991 installiert werden soll.

(2833) 28. Juli: Das Kernkraftwerk Leibstadt wird für die vierte Jahresrevision und den Brennelementewechsel planmässig abgestellt. Mit der Wiederaufnahme der Stromproduktion wird für Mitte September gerechnet.

(2834) 29. Juli: Block 2 des Kernkraftwerks Beznau ist zur Vornahme der Jahresrevision und des Wechsels der Brennelemente für die Dauer von voraussichtlich sechs Wochen abgeschaltet worden.

(2835) 1. August: Gemäss einer Pressemitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) zu ihrem Jahresbericht 1987 erreichten die fünf schweizerischen Kernkraftwerke im vergangenen Kalenderjahr gesamthaft eine Netto-Stromproduktion von 21,7 Mrd kWh gegenüber 21,3 Mrd kWh im Jahr 1986. Die Anlagen zeichneten sich dabei wiederum durch eine hohe Zuverlässigkeit aus und wiesen unter Berücksichtigung der Fernwärmelieferungen aus den Werken Gösgen und Beznau im Mittel eine Arbeitsausnutzung von 84% auf, was im intemationalen Vergleich einen hervorragenden Wert darstellt.

(2836) Das Kernkraftwerk Mühleberg ist zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementwechsels für voraussichtlich einen Monat abgestellt worden. Während des geplanten Stillstandes sollen zudem die Rohrleitungen des im Bau befindlichen zusätzlichen Sicherheitssystems "Susan" an das bestehende Leitungsnetz angeschlossen werden. Kurz vor Abschluss seiner 15. Betriebsperiode hat das KKM die 40milliardste Kilowattstunde Strom produziert.

(2837) 5. August: In Beantwortung eines Vorstosses aus dem Kantonsparlament weist der bernische Regierungsrat darauf hin, dass seine Stellungnahme zur künftigen definitiven Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg nach 1992 gemäss Staatsverfassung dem fakultativen Referendum untersteht, dass dessen Ausgang indessen für den Bundesrat nur konsultativen Charakter hat.

(2838) 16. August: Zufolge einer Störung in der Niveauregulierung des Dampferzeugers im Sekundärkreislauf kommt es im Kernkraftwerk Gösgen zu einer automatischen Reaktorschnellabschaltung. Nach knapp dreistündigem Unterbruch liefert die Anlage wieder Strom ans Netz.

(2839) 18. August 1988: Unter starker Beteiligung aus dem In- und Ausland führt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in Bern ihre 29. ordentliche Generalversammlung durch. Als Nachfolger des nach sechsjähriger Amtsführung zurücktretenden Alain Colomb wird der Aargauer Ständerat Dr. iur. Hans Jörg Huber zum neuen Präsidenten der SVA gewählt.

(2840) 23. August- Mit 12 zu 3 Stimmen und bei 4 Enthaltungen beschliesst die vorberatende Kommission des Nationalrates, dem Plenum zu beantragen, dem vom Bundesrat vorgelegten neuen Energieartikel der Bundesverfassung mit einigen Modifikationen zuzustimmen. Zwei Minderheitsanträge verlangen zusätzlich eine Energieabgabe in einem separaten Verfassungsartikel (vgl. Nr. 2696 und 2814 der Chronik).

(2841) Das Bundesamt für Gesundheitswesen verzichtet auf die geplante vorsorgliche Abgabe von Jodtabletten an alle Haushaltungen für den Fall radioaktiver Verstrahlung. Über das weitere Vorgehen wird entschieden, wenn die in Aussicht stehenden Richtlinien der WHO (Weltgesundheitsorganisation) vorliegen.

(2842) 25. August: Der Gemeinderat von Dietikon (Kanton Zürich) beschliesst ohne Gegenstimme, auf eine Beteiligung am Fernwärmeprojekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) zu verzichten (vgl. Nr. 2561 der Chronik).

(2843) 26. August: Die Kommission des Ständerates zur Vorberatung des Strahlenschutzgesetzes (vgl. Nr. 2736 der Chronik) lehnt den Antrag ab, die vorgesehene Verordnung mit den Dosisgrenzwerten dem Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten. Gemäss Kommissionsbeschluss soll anderseits im Strahlenschutzgesetz ausdrücklich festgehalten werden, dass die in der Schweiz produzierten radioaktiven Abfälle grundsätzlich im Inland beseitigt werden müssen.

(2844) 29. August: In der Frage eines vorgezogenen Energiesparbeschlusses (vgl. Nr. 2805 der Chronik) erzielen die Bundesratsparteien keine Übereinstimmung. Die SVP und die SPS befürworten einen derartigen Erlass, die SVP und die FDP sind dagegen.

(2845) 31. August: Der Bundesrat erteilt der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) die Bewilligung, am Standort Wellenberg im Kanton Nidwalden geophysikalische Untersuchungen sowie verschiedene Sondierbohrungen durchzufahren und einen maximal 2 km langen, horizontalen Sondierstollen mit Felslabor zu erstellen. Der Entscheid über eine Weiterführung dieses Sondierstollens in den möglichen Endlagerbereich für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wird ausgesetzt, bis die bewilligten Arbeiten abgeschlossen und ausgewertet sind. Der ebenfalls beantragte Vertikalschacht wird abgelehnt (vgl. Nr. 2604 der Chronik).

(2846) 1. September: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) beginnt in der Schaffhauser Gemeinde Siblingen mit der 7. Tiefbohrung des regionalen geologischen Forschungsprogramms in der Nordschweiz im Hinblick auf die Endlagerung hochradioaktiver und langlebiger mittelradioaktiver Abfälle (vgl. Nr. 2733 der Chronik).

(2847) 4. September: Nach Durchführung der Jahresrevision und des teilweisen Wechsels der Brennelemente wird das Kernkraftwerk Mühleberg wieder in Betrieb genommen.

(2848) 5. September: Der Bundesrat veröffentlicht eine ausführliche Stellungnahme zu den hängigen energiepolitischen Vorstössen. Die Landesregierung betont dabei ihren Willen, die Option Kernenergie offenzuhalten. Als Grundlage für die zukünftige Energiepolitik haben für den Bundesrat der Energie-Verfassungsartikel und ein darauf abgestütztes Energiegesetz erste Priorität. für die Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst soll nach den Vorstellungen des Bundesrates die Form eines allgemein verbindlichen Bundesbeschlusses gewählt werden, der dem fakultativen Referendum untersteht.

(2849) 7. September: Einer Mitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) ist zu entnehmen, dass der grösste Teil des im belgischen Kernforschungszentrum Mol lagernden radioaktiven Abfalls aus dem Kernkraftwerk Mühleberg (vgl. Nr. 2716 und 2719 der Chronik) voraussichtlich in dieser Anlage konditioniert werden kann. für einige Abfallgebinde setzt die Behandlung in Mol zusätzliche technische Massnahmen voraus.

(2850) Sechs Organisationen von Befürwortern der Kernenergie betonen an einer gemeinsamen Pressekonferenz, im Hinblick auf drohende, durch die Luftverschmutzung bewirkte Klimaveränderungen bleibe der Schweiz nur die Kernenergie zur Elektrizitätsproduktion. Zugleich verlangen diese Organisationen eine Vereinfachung und Verkürzung des Bewilligungsverfahrens für die Umrüstung bestehender sowie die Erstellung neuer Nuklearanlagen. Veranstalter der Pressekonferenz sind die Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz, das Energieforum Nordwestschweiz, das Forum Medizin und Energie, das Forum Wissenschaft und Energie, die Kettenreaktion und die Studiengruppe Energieperspektiven.

(2851) 10. September: Gemäss einer von der "Basler Zeitung" in Auftrag gegebene Meinungsumfrage befürworten 74,2% der Befragten einen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst und 62,7% lehnen eine Offenhaltung der Option Kernenergie ab.

(2852) 14. September: Wie im Bundeshaus bekanntgegeben wird, haben sich der Bundesrat und die KWK (Kernkraftwerk Kaiseraugst AG) auf eine Entschädigung von Fr. 350 Mio für die Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst geeinigt. Die Vereinbarung soll dem Parlament als Bundesbeschluss unterbreitet werden und macht mit ihrem Zustandekommen die für das Kernkraftwerk Kaiseraugst erteilte Rahmenbewilligung gegenstandslos.

(2853) 15. September 1988: Die Kernkraftwerke Beznau-2 und Leibstadt werden nach Abschluss der Jahresrevision und des Brennstoffwechsels wieder ans Netz geschaltet.

(2854) 20. September: Der Ständerat verabschiedet mit 25:0 Stimmen das Strahlenschutzgesetz zuhanden des Nationalrates. Dabei wird der Grundsatz in den Gesetzestext aufgenommen, dass in der Schweiz produzierte radioaktive Abfälle im Inland entsorgt werden müssen. Um flexibel zu bleiben, sollen die Dosisgrenzwerte für strahlenexponierte Personen nicht durch das Gesetz, sondern in der Kompetenz des Bundesrates durch eine Verordnung festgelegt werden (vgl. Nr. 2736 und 2843 der Chronik).

(2855) Vor dem Grossen Rat des Kantons Aargau teilt Landammann Kurt Lareida mit, die aargauische Regierung habe beschlossen, den Bundesrat und die eidgenössischen Räte aufzufordern, die Entschädigung für die Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Nr. 2852 der Chronik) wesentlich über die vorgesehenen Fr. 350 Mio anzuheben. Damit soll eine volle Vergütung der vom Kanton Aargau für das Projekt Kaiseraugst getätigten Investitionen erreicht werden.

(2856) Die vorberatende Kommission des Ständerates beantragt dem Plenum einstimmig, das zwischen der Schweiz und Kanada unterzeichnete Rahmenabkommen über die nukleare Zusammenarbeit (vgl. Nr. 2758 der Chronik) zu genehmigen.

(2857) 22. September: Die Schweiz unterzeichnet in Wien das gemeinsame Protokoll zur Harmonisierung des Pariser Übereinkommens über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie und des Wiener Atomhaftungsübereinkommens. Die Übereinkommen von Paris und Wien bezwecken eine internationale Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiete der Kernenergiehaftpflicht.

(2858) Wie an der Konsortialversammlung des Studienkonsortiums Fernwärmeversorgung Olten-Aarau (Fola) zu erfahren ist, soll der Entscheid über die Weiterführung und Verwirklichung des vorerst auf den sog. Ostast beschränkten Projektes in den nächsten Monaten fallen. Abklärungen in Aarau haben ergeben, dass 28% der Bewohner der für die Fernwärmeversorgung ab Kernkraftwerk Gösgen in Aussicht genommenen Quartiere grundsätzlich an einem Anschluss an das Fola-Versorgungsnetz interessiert sind (vgl. Nr. 2371 der Chronik).

(2859) 23. September: Schwierigkeiten bei einer Umschaltung im Luftabsaugesystem des Turbinen-Generators bewirken im Kernkraftwerk Leibstadt eine automatische Schnellabschaltung des Reaktors. Bei den nachherigen Anfahrtests zeigt sich die Notwendigkeit, einen Steuerstabantrieb zu reparieren. Der Stillstand der Anlage dauert deshalb bis zum 25. September.

(2860) 26. September: Mit 127:42 Stimmen verabschiedet der Natioanlrat den neuen Energieartikel der Bundesverfassung zuhanden des Ständerates. Mit 120:72 Stimmen lehnt es die Volkskammer unter Namensaufruf ab, mit einer separaten Vorlage eine Energieabgabe einzufahren (vgl. Nr. 2840 der Chronik).

(2861) 27. September: Der Nationalrat, der 55 energiepolitische Geschäfte zu behandeln hat, verwirft verschiedene Vorstösse für den Erlass eines Stromspargesetzes, überweist aber ein Postulat, das einen vorgezogenen Energiesparbeschluss verlangt.

(2862) 28. September: Der Nationalrat überweist dem Bundesrat die Motion "Kernkraftwerk Kaiseraugst: Nichtrealisierung" (vgl. Nr. 2741 der Chronik) als Postulat. Unter Namensaufruf wird eine Vereinbarung über den Verzicht auf das Werk mit 161:17 Stimmen bei 14 Enthaltungen befürwortet, eine angemessene Entschädigung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG mit 128:22 Stimmen bei 41 Enthaltungen und die Offenhaltung der Option Kernenergie mit 117:71 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Abgelehnt wird eine Motion, die den Widerruf der erteilten Rahmenbewilligung forderte. Zur Entschädigung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG nimmt der Nationalrat in der Dezember-Session Stellung.

Weiter werden Motionen zum Verzicht auf die Projekte Graben und Verbois als Postulate überwiesen und eine Motion für ein Ausfuhrverbot für radioaktive Abfälle verworfen. Ablehnung findet eine Motion zur Einführung des fakultativen Referendums bei der Bewilligung von Atomanlagen, Zustimmung jedoch ein diesbezügliches Postulat der Energiekommission.

(2863) 29. September: Mit 24 gegen 2 Stimmen genehmigt der Ständerat gemäss Antrag der vorberatenden Kommission das zwischen der Schweiz und Kanada unterzeichnete Rahmenabkommen über die nukleare Zusammenarbeit (vgl. Nr. 2856 der Chronik).

(2864) In Hausen (Kt. Aargau) stimmt eine ausserordentliche Gemeindeversammlung dem Antrag des Gemeinderates zu, von einer Beteiligung am Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) abzusehen.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1988 (Hans Peter Edel)

(2865) 6. Oktober: Auch der Ständerat überweist die im vergangenen März eingereichte Motion zur Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Nr. 2741 der Chronik) dem Bundesrat als Postulat. Der Abschluss einer Verzichtsvereinbarung wird mit 29:3 Stimmen gutgeheissen, die angemessene Entschädigung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG mit 28:0 Stimmen und die Offenhaltung der Option Kernenergie mit 27:4 Stimmen. Mit 17:15 Stimmen spricht sich die Ständekammer für die Überweisung eines Vorstosses zur Einführung des fakultativen Referendums bei der Bewilligung von Kernanlagen aus, wobei der Rat die entsprechende Motion in ein Postulat umwandelt (vgl. Nr. 2754 der Chronik). Ebenfalls als Postulat überweist der Ständerat eine Motion, gemäss welcher in der Energiepolitik alle Optionen offenzuhalten sind und das Bewilligungsverfahren für Kernkraftanlagen vereinfacht werden soll.

(2866) 7. Oktober 1988: Das MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldnervolkes bei Atomanlagen) fordert im Hinblick auf die Untersuchungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am möglichen Standort Wellenberg (vgl. Nr. 2845 der Chronik) in einem Brief an den Bundesrat das fakultative i@eferendum für alle Atomanlagen. Zudem beschliesst eine MNA-Versammlung die Lancierung einer Verfassungsinitiative, mit welcher Konzessionen der Regierung zur Nutzung des "herrenlosen Untergrunds" der Genehmigung durch die Landsgemeinde unterstellt werden sollen.

(2867) 17. Oktober: In Zürich-Oerlikon beginnen zwei Informationstagungen der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) über die Bedeutung der Kernenergie für den Umweltschutz sowie über die Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle. An den Veranstaltungen nehmen über 300 Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Behörden aus acht europäischen Ländern teil.

(2868) 18. Oktober: Im Bundesblatt wird das Bewilligungsgesuch der NGA (Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik) veröffentlicht, das Versuchsatomkraftwerk Lucens endgültig stillzulegen und das Gelände neuen Zwecken zuzuführen. Das Stillegungsprogramm sieht u.a. die Verfüllung der Reaktorkaverne und der Brennstoffkaverne mit Beton und die Möglichkeit der Einlagerung eines Containers mit schwachradioaktiven Abfällen vor.

(2869) Der Grosse Rat des Kantons Aargau überweist mit 118:26 Stimmen drei Postulate, die den Regierungsrat beauftragen, bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst auf eine volle Rückerstattung der durch den Kanton vorgenommenen Investitionen von rund Fr. 100 Mio zu dringen (vgl. Nr. 2855 der Chronik).

(2870) Der Regierungsrat des Kantons Solothurn spricht sich gegen eine von der sozialdemokratischen Fraktion des Kantonsrates eingereichte Motion aus, die eine Standesinitiative verlangt, mit welcher die Bundesbehörden beauftragt werden sollen, mit der Bauherrschaft des projektierten Kernkraftwerks Graben Verzichtsverhandlungen zu führen.

(2871) 24. Oktober: Entgegen dem Antrag des Regierungsrates überweist der Solothurner Kantonsrat mit 62:28 Stimmen die sozialdemokratische Motion, welche eine Standesinitiative für Verzichtsverhandlungen bezüglich des Kernkraftwerks Graben verlangt (vgl. Nr. 2870 der Chronik).

(2872) 28. Oktober: Wie die Regionalplanung Baden-Wettingen mitteilt, sind die Vorarbeiten für das Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) eingestellt worden, da sich von den vorgesehenen 18 Gemeinden nur drei definitiv für eine Beteiligung entschieden haben. Festhalten an einem reduzierten Projekt der Versorgung mit Fernwärme aus den Anlagen Beznau-I und -II will hingegen die Stadt Baden.

(2873) In einem Schreiben an den Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) ersucht der Regierungsrat des Kantons Bern den Bundesrat, möglichst rasch Verhandlungen über einen Verzicht auf das projektierte Kernkraftwerk Graben aufzunehmen.

(2874) 1. November: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) verzeichneten als Folge des milden Winters im Geschäftsjahr 1987/1988 in ihrem Versorgungsgebiet mit 0,7% eine relativ geringe Zunahme des Stromverbrauchs (im Vorjahr 2,1%). Der Produktionsanteil der Kernenergie im NOK-Kraftwerkspark betrug im abgelaufenen Stromjahr 62%, im Winterhalbjahr sogar 67%.

(2875) In Würenlingen wird eine zweite Volksinitiative lanciert, die das geplante zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle beim Paul Scherrer Institut verhindern soll (vgl. Nr. 2764 und 2829 der Chronik).

(2876) 3. November: Die Energiekommission des Nationalrates beantragt dem Plenum mit 12:6 Stimmen, das zwischen der Schweiz und Kanada unterzeichnete Rahmenabkommen über die nukleare Zusammenarbeit zu genehmigen. Der Ständerat hat den Bundesrat in der Herbstsession 1988 zur Ratifikation des Abkommens ermächtigt (vgl. Nr. 2785 und 2863 der Chronik).

(2877) 4. November: In der Luzerner Gemeinde Inwil wird das potentielle Kernkraftwerk-Gelände Schweissmatt auch in der zweiten Auflage der revidierten Ortsplanung als Spezialzone "Übriges Gemeindegebiet" bezeichnet und nicht in die Landwirtschaftszone zurückgestuft.

(2878) 5. November: In der Nidwaldner Gemeinde Wolfenschiessen beteiligen sich rund 250 Personen an einer Protestkundgebung gegen die vom Bundesrat bewilligten Sondierbohrungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Wellenberg (vgl. Nr. 2845 und 2866 der Chronik).

(2879) 9. November: Mit einer Botschaft beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten, ihn mit einem allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss zum Abschluss einer Entschädigungsvereinbarung mit der KWK (Kernkraftwerk Kaiseraugst AG) betreffend die Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst zu ermächtigen. Die am 7. November 1988 unterzeichnete Vereinbarung setzt die Entschädigung auf höchstens Fr. 350 Mio fest. Dieser pauschale Betrag soll für diejenigen Aufwendungen und Verpflichtungen ausgerichtet werden, welche von der KWK in guten Treuen gemacht und eingegangen wurden, um die erforderlichen Bewilligungen zu erhalten und das Projekt Kaiseraugst zu realisieren (vgl. Nr. 2852, 2862 und 2865 der Chronik).

(2880) Die KUeR (Eidgenössische Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität) legt ihren 29. Bericht für die Jahre 1985 und 1986 zuhanden des Bundesrates vor. Wie die KUeR feststellt, führen Radon und seine Folgeprodukte für die schweizerische Bevölkerung jedes Jahr zur grössten Einzelkomponente der Strahlendosis. Demgegenüber war der Beitrag durch die Radioaktivität aus Tschernobyl im ersten Jahr nach dem Unfall im Mittel ca. zehnmal kleiner.

(2881) 10. November 1988: Gemäss Mitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hat die 7. Tiefbohrung in der Schaffhauser Gemeinde Siblingen (vgl. Nr. 2846 der Chronik) nach zweimonatiger Arbeit eine Tiefe von 490 m erreicht und dabei die Erwartungen der Geologen hinsichtlich der Struktur des Untergrundes bestätigt.

(2882) Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) bekanntgibt, betrug die Netto-Produktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im dritten Quartal 1988 insgesamt 3,6 Mrd kWh. Damit lag die inländische Atomstrom-Erzeugung um rund 9% unter dem Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres, was insbesondere darauf zurückgeführt wird, dass die diesjährigen Kontroll- und Revisionsarbeiten im Kernkraftwerk Leibstadt gut zwei Wochen länger dauerten als 1987.

(2883) 84 Mitglieder des bernischen Grossen Rates fordern den Regierungsrat mit einer Motion auf, den Bundesrat dazu zu veranlassen, dass auch das Kernkraftwerk Graben nicht gebaut und mit der Kernkraftwerk Graben AG eine Entschädigung vereinbart wird (vgl. Nr. 2873 der Chronik).

(2884) 15. November: In Beantwortung einer Interpellation aus dem Grossen Rat erklärt der baselstädtische Regierungsrat, dass sich der Kanton am privaten Projekt einer Fernwärmeversorgung für die Region Hochrhein ("Warheno", vgl. Nr. 2597 der Chronik) nicht beteiligt und dieses auch in keiner Weise unterstützt. Dieses Projekt sieht vor, zumindest in einer ersten Phase Wärme aus dem Kernkraftwerk Leibstadt zu beziehen.

(2885) 17. November: An einer Pressekonferenz in Genf geben antinukleare Organisationen aus der Schweiz und Frankreich die Absicht bekannt, beim Verwaltungsgericht in Grenoble gegen die vorgesehene Wiederinbetriebnahme des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville Einsprache einzureichen (vgl. Nr. 2744 und 2806 der Chronik).

(2886) Zwischen der Kernkraftwerk Graben AG und einer Verhandlungsdelegation des Bundesrates findet ein erstes Gespräch über die Modalitäten eines allfälligen Verzichts auf das projektierte Kernkraftwerk Graben statt (vgl. Nr. 2873 der Chronik).

(2887) 18. November: Nach neunjähriger Tätigkeit wird die Eidgenössische Energiekommission durch den Bundesrat aufgelöst. Gleichzeitig hebt das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) auch die Expertengruppe Energieszenarien, EGES, auf (vgl. Nr. 2480 und 2731 der Chronik).

(2888) Auf eine im Grossen Rat eingereichte Motion (vgl. Nr. 2883 der Chronik) antwortet der Regierungsrat des Kantons Bern, er werde alle seine Möglichkeiten ausschöpfen, um die Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Graben auf dem Verhandlungsweg zu erreichen.

(2889) 19. November: An der Grenze zu Frankreich demonstrieren in Genf etwa 1500 Personen gegen eine Wiederinbetriebnahme des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix im französischen Rhonetal. Auch die oekumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt wendet sich in Luzern mit einer Resolution gegen die Wiederaufnahme des Betriebs des Schnellen Brüters in Creys-Malville.

(2890) 20. November: Nach einer Störung im Regelsystem bleibt das Kernkraftwerk Beznau-II während rund vier Stunden abgeschaltet. Ein defektes Relais führte zunächst zu einer Teilabschaltung, worauf dann manuell eine Reaktor-Schnellabschaltung ausgelöst wurde.

(2891) 22. November: Der Grosse Rat des Kantons Bern überweist dem Regierungsrat eine Motion, die ihn beauftragt, den Bundesrat dazu zu veranlassen, über die Entschädigung für einen Verzicht auf das Kernkraftwerk Graben zu verhandeln (vgl. Nr. 2888 der Chronik).

(2892) 23. November: Wie das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) bestätigt, hat die Waadtländer Gemeinde Lucens gegen das Bewilligungsgesuch zur endgültigen Stillegung des Versuchsatomkraftwerks Lucens (vgl. Nr. 2868 der Chronik) Einsprache erhoben.

(2893) Die Redaktion der "Weltwoche" entschuldigt sich für Vorwürfe, die im Zusammenhang mit der Angelegenheit Transnuklear (vgl. Nr. 2716 der Chronik) gegen einzelne Mitarbeiter des Kernkraftwerks Mühleberg publiziert wurden. Die Zeitung zahlt den Betroffenen eine Entschädigung und übernimmt sämtliche Kosten in dieser Angelegenheit.

(2894) 24. November: Aufgrund der Ergebnisse zahlreicher internationaler Konferenzen und Expertenberichte stellt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einer Pressemitteilung fest, dass Kernkraftwerke mit Schnellen Brutreaktoren gleich sicher sind wie Kernkraftwerke mit Leichtwasserreaktoren. Die SVA betont, dass das umstrittene Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerk Superphénix technisch so ausgerüstet ist, dass selbst bei extremsten Störfällen der Schaden auf die Anlage selbst begrenzt bliebe.

(2895) Der Schweizerische Schulrat beschliesst, die Energieforschung am Paul Scherrer Institut auf dem Gebiet der nichtnuklearen Energie namhaft zu verstärken. Bei der nuklearen Energie sollen " für die Bedürfnisse des Landes ausreichende Kapazitäten beibehalten werden".

(2896) 25. November 1988: Die vorberatende Kommission des Ständerat beantragt dem Plenum mit 6:2 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Genehmigung des vom Bundesrat unterbreiteten Bundesbeschlusses zu einer Entschädigungsvereinbarung mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (vgl. Nr. 2879 der Chronik). Ein Minderheitsantrag will, dass der Bundesbeschluss nicht dem fakultativen Referendum unterstellt wird. Verworfen hat die vorberatende Kommission einen Antrag, der dem Kanton Aargau einen Drittel der Entschädigungssumme von maximal Fr. 350 Mio zusprechen wollte.

(2897) 25. November: Die Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) spricht sich für eine rasche Wiederinbetriebnahme des Schnellen Brüters Superphénix in Creys-Malville aus.

(2898) 29. November: Bundesrat Adolf Ogi erhält in Paris seitens der französischen Regierung die Zusicherung, dass Frankreich im Hinblick auf die Wiederinbetriebnahme des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix alles Menschenmögliche unternimmt, um die atomare Sicherheit zu gewährleisten. Schweizer Experten sollen zu den entsprechenden Dossiers Zugang erhalten und auch die Anlage in Creys-Malville inspizieren können. Weiter sind der Abschluss von Abkommen über die nukleare Zusammenarbeit allgemein und über den gegenseitigen Informationsaustausch vorgesehen. Schliesslich soll die französisch-schweizerische Kommission für Fragen der nuklearen Sicherheit (vgl. Nr. 2806 der Chronik) institutionalisiert werden.

(2899) 30. November: Auf Antrag des Regierungsrates wird im Grossen Rat des Kantons Luzern mit 84:41 Stimmen ein 1986 von der damaligen Fraktion der Progressiven Organisationen eingereichtes Postulat abgeschrieben, welches von der Luzerner Regierung verlangte, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dem Bau eines Kernkraftwerks Inwil zu widersetzen (vgl. Nr.. 2398 der Chronik). Das Grüne Bündnis kündigt dabei an, den gleichen Vorstoss nochmals einzureichen.

(2900) 31. November: Mit einem Schreiben an die eidgenössischen Räte reicht der Solothurner Kantonsrat die von ihm beschlossene Standesinitiative für Verzichtsverhandlungen des Bundes mit der Bauherrschaft des projektierten Kernkraftwerks Graben ein (vgl. Nr. 2871 der Chronik).

(2901) 4. Dezember: In einer Urnenabstimmung sprechen sich die Stimmberechtigten der aargauischen Gemeinde Würenlos gegen eine Beteiligung am Fernwärme-Projekt Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal) aus, und zwei Tage vorher hat die Gemeindeversammlung von Turgi den Beitritt zur Transwal AG ebenfalls abgelehnt (vgl. Nr. 2872 der Chronik).

(2902) 5. Dezember: In Paris wird zwischen der Schweiz und Frankreich ein neues Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Es ersetzt ein entsprechendes Abkommen aus dem Jahr 1970).

(2903) Wie Bundesrat Adolf Ogi im Nationalrat bekanntgibt, wir ' d eine Delegation von Schweizer Fachleuten am 9. Dezember 1988 das Demonstrations-Schnellbrüterkernkraftwerk Superphénix in Creys-Malville besichtigen und sich über die im Hinblick auf die Wiederinbetriebnahme getroffenen Sicherheitsvorkehrungen ins Bild setzen.

(2904) 6. Dezember: Die Regierung der Stadt Genf schliesst sich nach einem entsprechenden Entscheid des Stadtparlamentes der Einsprache an, die von antinuklearen Organisationen beim Verwaltungsgericht von Grenoble gegen die Wiederinbetriebnahme des Schnellbrüters Superphénix eingereicht worden ist (vgl. Nr. 2885 der Chronik).

(2905) 7. Dezember: Der Stadtzürcher Gemeinderat lehnt mit 60:42 Stimmen die sozialdemokratische Volksinitiative "Ausstieg aus der Atomwirtschaft" ab und beantragt dem Souverän deren Verwerfung. Der Gegenvorschlag der Gemeinderatskommission "zur rationellen Verwendung der Elektrizität" (Stromsparbeschluss) wird mit 62:42 Stimmen gutgeheissen und dem Volk zur Annahme empfohlen (vgl. Nr. 2440 und 2760 der Chronik).

(2906) 8. Dezember: Mit 29:0 Stimmen und bei etlichen Enthaltungen genehmigt der Ständerat die vom Bundesrat mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG abgeschlossene Vereinbarung über die Entrichtung einer Bundesentschädigung von Fr. 350 Mio für die Nichtrealisierung des Kernkraftwerkprojekts. Abgelehnt wird dabei der Minderheitsantrag, diesen Bundesbeschluss nicht dem fakultativen Referendum zu unterstellen (vgl. Nr. 2879 und 2896 der Chronik).

(2907) Im Basler Grossen Rat wird der Entwurf zu einer Resolution gegen die Wiederinbetriebnahme des französischen Schnellen Brüters Superphénix bei 47:47 Stimmen da für und dagegen durch Stichentscheid des Ratspräsidenten nicht auf die Traktandenliste gesetzt.

(2908) 9. Dezember: In Creys-Malville, am Standort des schnellen Brutreaktors Superphénix, findet eine Sitzung der französisch-schweizerischen Kommission für Fragen der nuklearen Sicherheit statt. Die schweizerischen Experten werden dabei über den Stand der Arbeiten der französischen Sicherheitsbehörden im Hinblick auf eine Wiederinbetriebnahme der Anlage informiert.

(2909) 12. Dezember: Der Bundesrat beschliesst, das vorgesehene neue Kernenergiegesetz (vgl. Nr. 2593 und 2736 der Chronik) bis nach der Volksabstimmung über die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative zurückzustellen, und beauftragt das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement mit der Vorlage eines Botschaftsentwurfs für eine Verlängerung der Geltungsdauer des unveränderten Bundesbeschlusses von 1978 zum Atomgesetz längstens bis 31. Dezember 2000.

(2910) Gemäss einer Mitteilung des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes zur Sitzung der französisch-schweizerischen Kommission für Fragen der nuklearen Sicherheit in Creys-Malville (vgl. Nr. 2908 der Chronik) konnten alle schweizerischen Fragen zum Superphénix beantwortet werden. Nach Ansicht der schweizerischen Experten, die ihre Arbeiten zur Überprüfung der von Frankreich erhaltenen Auskünfte fortsetzen werden, gehen die französischen Sicherheitsbehörden zweckmässig und mit der notwendigen Sorgfalt vor.

(2911) 14. Dezember 1988: Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) veröffentlichen den Schlussbericht über die in ihrem Auftrag durchgeführten Abklärungen zu im Zusammenhang mit der Firma Transnuklear GmbH gegenüber Mitarbeitern des Kernkraftwerks Mühleberg veröffentlichten Vorwürfen (vgl. Nr. 2716 und 2893 der Chronik). Der Bericht von alt Bundesrichter Dr. Rudolf Matter stellt zusammenfassend fest, "dass sich die Vorwürfe, die in der Presse gegenüber BKW-Mitarbeitern und den BKW selber im Zusammenhang mit der Transnuklear-Affäre erhoben worden sind, als unbegründet erwiesen haben".

(2912) 22. Dezember: An einer Pressekonferenz im Bundeshaus werden die am Vortag von Bundesrat verabschiedete Botschaft und der Entwurf zu einem Bundesbeschluss für eine sparsame und rationelle Energieverwendung (Energienutzungsbeschluss) präsentiert. Die vorgeschlagenen Massnahmen sollen später durch ein Energiegesetz abgelöst werden. Der Energienutzungsbeschluss enthält keine verbindlichen Grundsätze des Bundes für Tarife leitungsgebundener Energien, doch sind entsprechende Empfehlungen vorgesehen.

(2913) 23. Dezember: Das MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldnervolkes bei Atomanlagen) deponiert auf der Nidwaldner Staatskanzlei eine Verfassungs- und zwei Gesetzesinitiativen. Durch eine Änderung der Kantonsverfassung soll die Verfügungsgewalt über die Nutzung von Bodenschätzen, das sog. Bergregal, von der Regierung auf das Volk übertragen werden (vgl. Nr. 2866 der Chronik).

(2914) Der Regierungsrat des Kantons Bern veröffentlicht den Wortlaut eines Schreibens an den Bundesrat, in welchem die Landesregierung aufgefordert wird, umgehend Verzichtverhandlungen mit der Kernkraftwerk Graben AG aufzunehmen. In ihrer Erwiderung zu einem Brief des Vorstehers des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) von Ende November 1988 erklärt die Bernische Kantonsregierung u.a., es sei ihres Erachtens "rechtlich nicht vertretbar, die Frage der Nichtrealisierung und der Entschädigung, die zwischen dem Bund und der Kernkraftwerk Graben AG ausgehandelt werden muss, mit der Haltung des Standortkantons zu verknüpfen" (vgl. Nr. 2891 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1989 (Hans Peter Edel)

(2915) 4. Januar: Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekanntgibt, hat sie dem Bundesrat beantragt, den Bau von Sondierstollen an drei weiteren möglichen Standorten für die Endlagerung schwachradioaktiver und kurzlebiger mittelradioaktiver Abfälle zu bewilligen. für den möglichen Standort Wellenberg (Kt. Nidwalden) verfügt die Nagra bereits über eine entsprechende Bewilligung (vgl. Nr. 2845 der Chronik). Untersuchungen mit Hilfe von Sondierstollen möchte die Nagra ebenfalls am Oberbauenstock (Kt. Uri), am Piz Pian Grand (Kt. Graubünden) und am Bois de la Glaive (Kt. Waadt) durchfuhren.

(2916) 6. Januar: Der bernische Regierungsrat ist bereit, die Möglichkeit einer Umrüstung des Kernkraftwerks Mühleberg auf Erdgas prüfen zu lassen, und beantragt dem Grossen Rat, eine entsprechende Motion als Postulat zu überweisen.

(2917) Im Kernkraftwerk Leibstadt führt der Ausfall von Steuerluft der Pneumatik von Turbinen-Nebensystemen zur Abschaltung der Turbine und in der Folge zur Reaktorabschaltung. Alle Schutzsysteme funktionieren dabei einwandfrei.

(2918) 7. Januar: Beim Wiederanfahren wird im Kernkraftwerk Leibstadt eine Undichtheit der Überdrucksicherung der Turbine festgestellt. Zur Reparatur muss die Anlage daher nach wenigen Betriebsstunden nochmals abgeschaltet werden. Noch gleichentags wird die Stromproduktion wieder aufgenommen

(2919) 10. Januar: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, dass sie dem Bundesrat eine Studie über die Möglichkeiten der Endlagerung langlebiger radioaktiver Abfälle in den Sedimentgesteinen der Nordschweiz eingereicht hat. Der Bericht dient zur Auswahl eines geeigneten Gebietes für künftige Felduntersuchungen, für welche das Sondiergesuch im Jahr 1990 eingereicht werden soll.

(2920) Durch eine Einzelklage beim Obergericht des Kantons Bern will der VSGP (Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten) abklären, ob der Bund gemäss Kernenergie-Haftpflichtgesetz für Einkommensausfälle der Gemüsebauern als Folge des Unglücks von Tschernobyl aufzukommen hat (vgl. Nr. 2626 der Chronik). In der jetzigen Gerichtsverhandlung wird vom Vertreter der Eidgenossenschaft geltend gemacht, den Gemüseproduzenten sei kein Schaden entstanden, weil anfänglich Ausfälle später durch höhere Preise hätten kompensiert werden können. Das bernische Obergericht vertagt den Prozess auf den 20. April 1989.

(2921) 11. Januar: Entgegen einer im Kantonsparlament eingereichten Motion hält die Regierung des Kantons Bern daran fest, die zur Filterpanne im Kernkraftwerk Mühleberg vom September 1986 (vgl. Nr. 2455 der Chronik) erstellten Untersuchungsberichte nur durch Auflage bei der Staatskanzlei zu veröffentlichen.

(2922) 12. Januar: Wie das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) mitteilt, haben die zuständigen französischen Stellen die Bewilligung für die Wiederinbetriebnahme des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville erteilt (vgl. Nr. 2910 der Chronik). Das EVED stellt dazu fest: "Das Risiko des Superphénix für die schwersten hypothetischen Unfälle ist nicht grösser als dasjenige moderner Leichtwasserreaktoren. Darum kann für das Gebiet der Westschweiz auf Notfallschutzmassnahmen, welche weitergehen als die für das gesamte Gebiet der Schweiz ausserhalb der Notfallplanungszonen 1 und 2 der Kernkraftwerke vorgesehenen Vorkehrungen, verzichtet werden."

(2923) Die vorberatende Kommission des Ständerates beschliesst mit 8:3 Stimmen, auf den neuen Energieartikel der Bundesverfassung einzutreten, der vom Nationalrat in der Herbstsession 1989 verabschiedet worden ist (vgl. Nr. 2860 der Chronik).

(2924) 16. Januar 1989: Gemäss einer Mitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) hat das Kernkraftwerk Mühleberg im Jahr 1988 eine Arbeitsverfügbarkeit von 87,1% (im Vorjahr 86,2%) erreicht und insgesamt 2,609 Mrd kWh Strom (im Vorjahr 2,577 Mrd kWh) produziert.

(2925) 17. Januar: Die vorberatende Kommission des Ständerates verabschiedet mit 5:4 Stimmen eine abgeschwächte Formulierung des künftigen Energieartikels der Bundesverfassung, die darauf verzichtet, den Bund zum Erlass von Grundsätzen für die Lieferung und Verwendung von Energie zu ermächtigen. für die Behandlung der Vorlage im Plenum sind ein Nichteintretensantrag und weitere Minderheitsanträge angemeldet (vgl. Nr. 2923 und 2860 der Chronik).

(2926) In Beantwortung einer Interpellation erklärt der aargauische Landammann vor dem Grossen Rat, der in diesem vorstoss angeregte Austritt des Kantons Aargau aus dem NOK-Verband (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) biete keine Gewähr für eine bessere Abgeltung der Ansprüche im Zusammenhang mit der Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst (vgl. Nr. 2869 und 2906 der Chronik). Mit 83:18 Stimmen verwirft das Aargauer Parlament sodann ein Postulat, das die angebliche "Werbung für Kernkraftwerke" mit Strom- und Steuergeldern verbieten wollte.

(2927) Die 7. Tiefbohrung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in der Schaffhauser Gemeinde Siblingen (vgl. Nr. 2881 der Chronik) hat eine Tiefe von rund 900 m erreicht. Gemäss Mitteilung der Nagra erwies sich der Granit unterhalb 348 m als brüchig, zerklüftet und wasserdurchlässig.

(2928) 22. Januar: Im Gespräch mit einer Westschweizer Tageszeitung gibt der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), Bundesrat Adolf Ogi, seiner Entschlossenheit Ausdruck, erforderlichenfalls einer bestimmten Region ein Endlager für radioaktive Abfälle "aufzuzwingen .

(2929) 31. Januar: Gemäss Presseberichten haben vier Atomkraftwerkgegner-Organisationen aus der Schweiz und eine aus Frankreich sowie die Stadt Genf gegen die Wiederinbetriebnahme des Schnellen Brüters Superphénix (vgl. Nr. 2922 der Chronik) bei den französischen Behörden Rekurse eingereicht.

(2930) Der Nidwaldner Regierungsrat beantragt dem Landrat, drei vom MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldnervolkes bei Atomanlagen) eingereichte Initiativen (vgl. Nr. 2866 und 2913 der Chronik) als ungültig zu erklären. Nach Auffassung der Nidwaldner Kantonsregierung widersprechen die Vorstösse dem Bundesrecht.

(2931) 2. Februar: Die vorberatende Kommission des Nationalrates beantragt dem Plenum mit 13:5 Stimmen, den vom Bundesrat unterbreiteten Bundesbeschluss zu einer Entschädigungsvereinbarung mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (vgl. Nr. 2879 der Chronik) zu genehmigen. Mit 11:2 Stimmen beschliesst die Kommission, diesen Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Der Ständerat hat der vom Bundesrat mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst vereinbarten Bundesentschädigung von Fr. 350 Mio für die Nichtrealisierung des Kernkraftwerks am 8. Dezember 1988 zugestimmt (vgl. Nr. 2905 der Chronik).

(2932) Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates veröffentlicht einen Bericht, der das Strahlenschutzkonzept des Bundes (Dosis-Massnahmen-Konzept) kritisch beleuchtet. Nach Ansicht der Kommission sollten die höchstzulässigen Konzentrationen von radioaktiven Substanzen in Nahrungsmitteln nicht durch Strahlenschutzexperten, sondern durch die politischen Behörden bestimmt und die Dosis-Grenzwerte vom Bundesrat im voraus festgelegt werden. In einer Stellungnahme spricht sich die Landesregierung gegen eine Änderung der bisherigen Praxis aus.

(2933) 3. Februar: Zu einem im Grossen Rat des Kantons Bern hängigen Vorstoss (vgl. Nr. 2916 der Chronik) stellt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einem Communiqué? fest, dass ein allfälliger Umbau des Kernkraftwerks Mühleberg in ein Gaskraftwerk durch die Fachkreise aus technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen einhellig als unsinnig und als versorgungspolitisch fragwürdig eingestuft wird.

(2934) 7. Februar: Gemäss Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) haben die schweizerischen Kernkraftwerke im Jahr 1988 insgesamt 21,5 Mrd kWh Strom produziert. Unter Berücksichtigung der Abgaben von Fernwärme erreichte der Schweizer Nuklearpark 1988 eine durchschnittliche Arbeitsausnutzung von 84%, was dem Vorjahreswert entspricht.

(2935) 8. Februar: Mit 48:3 Stimmen erklärt der Nidwaldner Landrat gemäss Antrag der Regierung drei vom MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldnervolkes bei Atomanlagen) eingereichte Initiativen als nicht zulässig (vgl. Nr. 2930 der Chronik). Damit wird sich die kommende Landsgemeinde mit diesen Geschäften nicht befassen. Das MNA will den Entscheid des Landrates allenfalls bis ans Bundesgericht weiterziehen.

(2936) 10. Februar: Die Genfer Kantonsregierung gibt die Absicht bekannt, gegen die Wiederinbetriebnahme des Schnellen Brüters Superphénix in Creys-Malville (vgl. Nr. 2922 der Chronik) bei der höchsten Verwaltungsbehörde Frankreichs, dem Staatsrat, Rekurs einzureichen. Wie gleichzeitig zu erfahren ist, hat die Regierung des Kantons Waadt beschlossen, auf einen solchen Rekurs zu verzichten.

(2937) 13. Februar 1989: Nach dem willen der Bundesratsparteien soll der gegenwärtig in Beratung stehende neue Energieartikel der Bundesverfassung bereits im November des laufenden Jahres der Abstimmung von Volk und Ständen unterbreitet werden (vgl. Nr. 2923 der Chronik).

(2938) 17. Februar: Nach Mitteilung des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) hat der schweizerische Elektrizitätsverbrauch im Jahr 1988 um 1,7% (Vorjahr 2,9%) zugenommen. An der inländischen Stromproduktion von 57,5 Mrd kWh waren laut BEW die Wasserkraftwerke mit 62%, die Kernkraftwerke mit 36% und die ölthermischen Anlagen mit 2% beteiligt. ohne die Kernenergie aus den schweizerischen Reaktorblöcken hätten in den Wintermonaten Januar bis März sowie in der Zeit vom Oktober bis Dezember 1988 rund 38% der benötigten Elektrizität gefehlt.

(2939) 22. Februar: Der Grosse Rat des Kantons Bern weist mit 76:64 Stimmen einen Vorstoss zurück, der eine Machbarkeitsstudie zur Umrüstung des Kernkraftwerks Mühleberg auf den Betrieb mit Erdgas verlangte (vgl. Nr. 2916 und 2933 der Chronik).

(2940) 23. Februar: Die Stromerzeugung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) lag im vergangenen Kalenderjahr mit 7367 GWh um 1,2% über der Produktion im Jahr 1987 und der Stromverbrauch im Versorgungsgebiet der BKW mit 5865 GWh um 1,7% über dem Vorjahr. Wie die BKW weiter mitteilen, konnte der letztjährige Produktionsanteil der Kernenergie dank der guten Verfügbarkeit des Kernkraftwerks Mühleberg mit 53% praktisch gehalten werden.

(2941) 24. Februar: Eine Sechserdelegation des Regierungsrates des Kantons Bern führt mit vier Mitgliedern des Bundesrates Gespräche über die Zukunft des projektierten Kernkraftwerks Graben. Dieser Gedankenaustausch soll fortgesetzt werden (vgl. Nr. 2891 und 2914 der Chronik).

(2942) 27. Februar: Der Bundesrat erteilt dem D6partement de physique nucléaire et corpusculaire der Universität Genf die Bewilligung, den seit 30 Jahren betriebenen nuklearen Forschungsreaktor definitiv stillzulegen. Der dem Bund gehörende Brennstoff wurde vom Paul Scherrer Institut übernommen.

(2943) 28. Februar: Mit 87:68 Stimmen beschliesst der Grosse Rat des Kantons Waadt, zur Gültigkeit der beiden im Juni 1978 eingereichten antinuklearen Initiativen der AVS (Alternative Socialiste Verte) ein Rechtsgutachten erstellen zu lassen (vgl. Nr. 2601 der Chronik). Gleichzeitig wird die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung über diese Vorstösse um ein Jahr verlängert.

(2944) 3. März: Regierungsvertreter der Schweiz und Frankreichs haben den Text eines neuen Abkommens über den gegenseitigem Informationsaustausch bei nuklearen Vorfällen oder Unglücksfällen bereinigt. In einem Briefwechsel ist zudem die Schaffung einer

gemischten Kommission für Fragen der nuklearen Sicherheit vorgesehen. Die Unterzeichnung und Inkraftsetzung der ausgehandelten Texte sind für das erste Halbjahr 1989 in Aussicht genommen (vgl. Nr. 2898 der Chronik).

(2945) 5. März: In einer Stadtzürcher Volksabstimmung wird die sozialdemokratische Initiative "Ausstieg aus der Atomwirtschaft" mit 47'099 Nein gegen 35'995 Ja abgelehnt, während ein dem Souverän als Gegenvorschlag unterbreiteter Stromsparbeschluss mit 441365 Ja gegen 35'047 Nein Zustimmung findet (vgl. Nr. 2905 der Chronik).

(2946) 6. März: Die Gemeindeversammlung von Inwil (Kt. Luzern) beschliesst, das für ein anfälliges Kernkraftwerk vorgesehene Grundstück der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) aus der Industriezone in das übrige Gemeindegebiet umzuzonen (vgl. Nr. 2877 der Chronik). Im neuen Zonenplan der Gemeinde Inwil ist das betreffende Grundstück als "Standort für die allfällige Realisierung eines Kernkraftwerks" aufgeführt.

(2947) 7. März: Der Luzerner Grosse Rat lehnt es ab, der Regierung eine Motion zu überweisen, die eine Standesinitiative "Nein zu Inwil" gegen Planung und Bau eines Kernkraftwerks im Kanton Luzern verlangte (vgl. Nr. 2899 der Chronik).

(2948) Im Bundesblatt wird das Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) veröffentlicht, im Hinblick auf die Endlagerung kurzlebiger schwach- und mittelradioaktiver Abfälle am Bois de la Glaive (Kt. Waadt), am Oberbauenstock (Kt. Uri) und am Piz Pian Grand (Kt. Graubünden) Sondierstollen und Testkammern errichten zu können. Ein früheres deratiges Gesuch ist vom Bundesrat am 30. September 1985 bis zum Vorliegen der Ergebnisse einer ersten Phase von Sondierarbeiten zurückgestellt worden (vgl. Nr. 2222 und 2915 der Chronik).

(2949) Während im Nationalrat die Debatte über dieses Geschäft beginnt, gibt die Gesamtschweizerische Konferenz für die Stillegung der Atomkraftwerke bekannt, sie werde gegen die Bundesentschädigung von Fr. 350 Mio für die Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst das Referendum nicht ergreifen.

(2950) 8. März: Gemäss Antrag der vorberatenden Kommission (vgl. Nr. 2931 der Chronik) genehmigt auch der Nationalrat mit 105:29 Stimmen die vom Bundesrat mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG abgeschlossene Vereinbarung über die Entrichtung einer Bundesentschädigung von Fr. 350 Mio für die Nichtrealisierung des Kernkraftwerksprojekts. Abgelehnt werden ein Nichteintretens- und ein Rückweisungsantrag sowie der Antrag, diesen Bundesbeschluss nicht dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Ebenfalls verworfen wird ein Antrag, die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zu verpflichten, dem Kanton Aargau als Entgelt für den entstandenen Schaden je Fr. 50 Mio zu bezahlen. Der Ständerat hat der Entschädigungsvereinbarung bereits zugestimmt (vgl. Nr. 2906 der Chronik).

(2951) 15. März 1989: Der Ständerat tritt auf die Beratung des künftigen Energieartikels der Bundesverfassung ein und lehnt dabei mit 22:15 Stimmen die vom Nationalrat gutgeheissene Kompetenz des Bundes ab, Tarifgrundsätze über die Lieferung und Verwendung von Energie zu erlassen (vgl. Nr. 2925 der Chronik).

(2952) In einer Debatte über die Wiederinbetriebnahme des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville erklärt Bundesrat Adolf Ogi vor dem Nationalrat, diese Anlage stelle nach Überzeugung der schweizerischen Experten kein grösseres Risiko dar als moderne Leichtwasserreaktorblöcke, und es sei unrealistisch, von einem souveränen Staat wie Frankreich die Stillegung dieses Werkes zu verlangen. Im gleichen Zusammenhang lehnt der Nationalrat mit 68:65 Stimmen ein Postulat ab, das verlangte, es seien in die schweizerische Expertengruppe für Superphénix auch von den Umweltschutzorganisationen bezeichnete Vertreter aufzunehmen.

(2953) Aus Kostengründen geben die drei aargauischen Gemeinden Baden, Ennetbaden und Obersiggenthal den definitiven Verzicht auf die Verwirklichung des Fernwärme-Projekts Transwal (Transport von Wärme im Aare- und Limmattal ab Kernkraftwerk Beznau bekannt. Damit wird auch die weitere Bearbeitung eines reduzierten Projekts "Mini-Transwal" für die Region Baden (vgl. Nr. 2872 der Chronik) aufgegeben.

(2954) Im Kernkraftwerk Leibstadt führt ein Ausfall des Luftabsaugesystems des Turbinen-Kondensators zum Ansprechen des Turbinenschutzes, was eine automatische Abschaltung des Reaktors zur Folge hat.

(2955) 16. März: Mit 22:6 Stimmen verabschiedet der Ständerat den neuen Energieartikel 24 octies der Bundesverfassung, dessen Text er gegenüber der Fassung des Nationalrates in wesentlichen Punkten (Zielnorm, keine Bundeskompetenz für Tarifgrundsätze und Kann-Formel für Vorschriften über den Energieverbrauch bzw. für die Förderung von Energietechniken) abgeschwächt hat. Es muss daher ein Differenzbereinigungsverfahren durchgeführt werden.

(2956) Eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt, die u.a. einen Stillegungsplan für alle in der Schweiz betriebenen Kernkraftwerke verlangte, wird vom Ständerat mit 19:5 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls keine Zustimmung findet eine Standesinitiative des Kantons Jura, die ein Energiegesetz forderte, um möglichst bald ohne Kernenergie auskommen zu können.

(2957) 17. März: Gemäss Antrag seiner Energiekommission genehmigt der Nationalrat mit 100:45 Stimmen das zwischen der Schweiz und Kanada abgeschlossene Rahmenabkommen über die nukleare Zusammenarbeit. Ein Antrag auf Nichteintreten unterliegt zuvor mit 97:45 Stimmen. Der Ständerat hat dem Rahmenabkommen mit Kanada bereits zugestimmt (vgl. Nr. 2863 und 2876 der Chronik).

(2958) In den Schlussabstimmungen der eidgenössischen Räte wird die vom Bundesrat mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG abgeschlossene Vereinbarung über die Nichtrealisierung des Kernkraftwerkprojekts vom Nationalrat mit 107:30 Stimmen verabschiedet, vom Ständerat mit 33:0 Stimmen.

(2959) 18. März: In Zusammenarbeit mit 15 weiteren antinuklearen Organisationen will die Gesamtschweizerische Konferenz für die Stillegung der Atomkraftwerke am 22. April 1989 in Bern eine Tschernobyl-Kundgebung veranstalten und dabei auch die Stillegung des Schnellen Brüters Superphénix im französischen Rhonetal verlangen.

(2960) 20. März: Die Regierung des Kantons Uri gibt bekannt, sie werde gegen das Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) um Bewilligung eines Sondierstollens am Oberbauenstock (vgl. Nr. 2948 der Chronik) Einsprache erheben. Beanstandet wird insbesondere die von der Nagra beantragte zeitliche Entkoppelung der Arbeiten an den drei möglichen Standorten Oberbauenstock, Bois de la Glaive und Piz Pian Grand.

(2961) 22. März: In Würenlingen gibt die Projekt-Trägerschaft des geplanten zentralen Zwischenlagers für radioaktive Abfälle beim Paul Scherrer Institut (vgl. Nr. 2704, 2764 und 2875 der Chronik) bekannt, dass sie den Gemeinden der vorgesehenen Standortregion einen Vorschlag für freiwillige Ausgleichszahlungen unterbreitet hat.

(2962) 23. März: Der Aarauer Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, das Projekt der Fernwärmeversorgung Olten-Aarau (Fola) ab Kernkraftwerk Gösgen aus Kostengründen vorläufig nicht weiterzuverfolgen. Die Aarauer Stimmberechtigten haben im März 1986 dem Beitritt der Stadt zum Studienkonsortium Fola und einem Projektierungskredit von Fr. 556'000 zugestimmt (vgl. Nr. 2858 und 2312 der Chronik).

(2963) 28. März: In Bern wird an einer Pressekonferenz der vom Bundesrat verlangte Bericht über die mittelfristige Planung des PSI (Paul Scherrer Institut) vorgestellt. Danach soll im Bereich der Energieforschung bis 1993 ein Ausgleich zwischen den nuklearen und den nichtnuklearen Aktivitäten erreicht werden. Bei der Kernenergieforschung wird u.a. eine teilweise Umlagerung von Bundesmitteln auf Drittmittel angestrebt (vgl. Nr. 2691 und 2895 der Chronik).

(2964) 29. März: Vor dem Nidwaldner Landrat erklärt die Kantonsregierung, sie verlange von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ein paralleles Vorgehen bei den Sondierarbeiten an allen vier möglichen Standorten des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Bis dies nachgewiesen sei, habe sie deshalb allfällige kantonale Bewilligungen für die Untersuchungen der Nagra am Wellenberg ausgesetzt. In der Folge lehnt es der Nidwaldner Landrat ab, ein Postulat als dringlich zu erklären, das einen Bewilligungsstopp für den Wellenberg verlangt (vgl. Nr. 2845, 2915, 2948 und 2960 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1989 (Hans Peter Edel)

(2965) 3. April: Der Leitende Ausschuss des Konsortiums Fola (Femwärmeversorgung Olten-Aarau) bedauert den Antrag des Aarauer Stadtrates an den Einwohnerrat, das Projekt Fola vorläufig nicht weiterzuverfolgen (vgl. Nr. 2962 der Chronik), und weist darauf hin, dass die Heizölpreise inzwischen bereits deutlich über dem Niveau liegen, welches die Stadt Aarau in ihre Abklärungen einbezogen hat. Nun wird bei allen beteiligten Gemeinden abgeklärt, ob und wie das Projekt sistiert bzw. ob es in einem geeigneten Zeitpunkt allenfalls reaktiviert werden soll.

(2966) 6. April: Der Lausanner Anwalt André Bronimann gibt an einer Pressekonferenz in Bern die Absicht bekannt, durch eine neugegründete Vereinigung (Fédération pour la Sécurité et l'Environnement, FSE) gegen den Bundesbeschluss betreffend die Vereinbarung mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (vgl. Nr. 2958 der Chronik) das Referendum zu ergreifen. Er will darauf jedoch verzichten, wenn ein Teil des Entschädigungsbetrags zur Finanzierung einer Umweltschutz- und Atomgegnerstiftung zur Verfügung gestellt wird.

(2967) 11. April: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt den Abschluss der 7. Tiefbohrung in Siblingen/SH bekannt, die eine Endtiefe von 1522 m erreichte. Im kristallinen Gestein wurden dabei grössere geologische Störzonen angetroffen (vgl. Nr. 2927 der Chronik), weshalb sich das engere Gebiet um die Bohrstelle als möglicher Endlagerstandort nicht eignet. Die Nagra schliesst nicht aus, dass in einiger Entfernung von den Störzonen ein Endlager erstellt werden könnte. Eine Testphase soll nun über die genaue räumliche Lage der Störzone Aufschluss geben.

(2968) 17. April: Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement veröffentlicht einen dritten Bericht zum französischen Schnellbrüter-Demonstrationskraftwerk Superphénix. Die Experten des BEW (Bundesamts für Energiewirtschaft) kommen darin wie bereits 1986 zum Schluss, dass im Zusammenhang mit Superphénix für schweizerisches Gebiet keine Schutzmassnahmen nötig sind, welche über die schon heute angeordneten Vorkehrungen hinausgehen (vgl. Nr. 2952 der Chronik).

(2969) Gemäss einer Pressemitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) hat Nobelpreisträger Professor Carlo Rubbia, Generaldirektor des CERN, in einer Unterredung mit Bundesrat Adolf Ogi erklärt, er sehe sich nicht in der Lage, zur Sicherheit des Schnellen Brüters Superphénix Stellung zu nehmen, weil dieses Problem von detaillierten technischen Fragen abhänge, mit welchen sich Experten zu befassen hätten.

(2970) 19. April: Der Bundesrat veröffentlicht seine Botschaft zu den hängigen Volksbegehren "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)" (vgl. Nr. 2560 der Chronik) und " für den Ausstieg aus der Atomenergie" (vgl. Nr. 2650 der Chronik). Er begründet darin den am 3. Juni 1988 bekanntgegebenen Antrag an die eidgenössischen Räte, die beiden Initiativen Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Verwerfung zu empfehlen (vgl. Nr. 2805 der Chronik).

(2971) Gemäss Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) haben die fünf schweizerischen Kernkraftwerke im ersten Quartal 1989 eine Netto-Produktion von rund 6,3 Mrd kWh erreicht. Dies entspricht einer Arbeitsausnutzung von über 99% im genannten Zeitraum.

(2972) An der Höheren Technischen Lehranstalt Brugg-Windisch beginnt ein dreitägiger Vertiefungskurs der SVA-Kommission für Ausbildungsfragen zum Thema "Störfallmanagement in Kernkraftwerken", an welchem über 200 Fachleute aus der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und weiteren europäischen Ländern teilnehmen.

(2973) 20. April: Vor dem bernischen Obergericht wird der "Musterprozess" um die Entschädigungspflicht des Bundes für Einkommensausfälle der Gemüsebauern als Folge des Unglücks von Tschernobyl weitergeführt (vgl. Nr. 2920 der Chronik). Die Öffentliche Urteilsberatung in diesem ersten Anwendungsfall des Kernenergiehaftpflichtgesetzes soll am 31. Mai 1989 stattfinden.

(2974) In ihrer Stellungnahme an das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) lehnt die Bündner Kantonsregierung den Antrag der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ab, das Untersuchungsprogramm am Piz Pian Grand fortsetzen und einen Sondierstollen erstellen zu können (vgl. Nr. 2915 der Chronik). Argumentiert wird u.a., die Nagra habe die bisher bewilligten Arbeiten zum Teil noch nicht ausgeführt, die für die Bewilligung eines Sondierstollens mit Pilotstollen und Testkammern erforderlichen Auswertungen und Entscheidungsgrundlagen lägen nicht vor.

(2975) 22. April: Ohne Zwischenfälle verläuft in Bern eine Kundgebung, die an den 3. Jahrestag des Reaktorunglücks von Tschernobyl erinnert und insbesondere auch die Stillegung des französischen Schnellen Brüters Superph4nix verlangt, der seit dem Vortag wieder Strom ans Netz liefert. An der Demonstration beteiligen sich rund 6000 Personen.

(2976) 25. April: Mit 14:6 Stimmen beschliesst die Energiekommission des Nationalrates, auf den vorgezogenen Bundesbeschluss Über eine sparsame und rationelle Energieverwendung (Energienutzungsbeschluss) einzutreten, dessen Detailberatung auf den 22. Mai 1989 angesetzt wird (vgl. Nr. 2912 der Chronik).

(2977) 26. April 1989: Die Waadtländer Kantonsregierung lehnt es zuhanden des Bundesrates ab, auf das Gesuch der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) einzutreten, das Untersuchungsprogramm am Bois de la Glaive fortsetzen zu können und dazu einen Sondierstollen zu erstellen (vgl. Nr. 2915 der Chronik). Begründet wird dieser Entscheid damit, die Nagra habe die Vorbereitungsarbeiten noch nicht beendet.

(2978) 30. April: An der Nidwaldner Landsgemeinde teilt der Landammann mit, der Wiederaufnahme des blockierten Bewilligungsverfahrens für Sondierarbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Wellenberg stehe nichts mehr im Wege, nachdem die Nagra die Auflagen der Nidwaldner Regierung bezüglich eines parallelen Vorgehens an allen vier möglichen Standorten des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle akzeptiert habe (vgl. Nr. 2845 und 2964 der Chronik).

(2979) 3. Mai: Gemäss Entscheid vom 12. Dezember 1988 (vgl. Nr. 2909 der Chronik) beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten mit einer Botschaft, den Bundesbeschluss von 1978 zum Atomgesetz ohne Änderungen nochmals um 10 Jahre, d.h. bis Ende des Jahres 2000, zu verlängern. Das künftige neue Kernenergiegesetz soll dem Parlament möglichst bald nach der Volksabstimmung Über die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative unterbreitet werden (vgl. Nr. 2593, 2736 und 2909 der Chronik).

(2980) 4. Mai: Der Waadtländer Grosse Rat beschliesst, die von der Kantonsverfassung verlangte Konsultativabstimmung Über die beantragte definitive Stillegung des Versuchsatomkraftwerks Lucens und die "Denuklearisierung" des betreffenden Geländes (vgl. Nr. 2868 der Chronik) am 25. Juni 1989 durchzuführen.

(2981) 11. Mai: Laut Presseberichten hält der Lausanner Anwalt André Bronimann noch immer an der Absicht fest, gegen den Bundesbeschluss betreffend die Vereinbarung mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG das Referendum zu ergreifen (vgl. Nr. 2958 und 2966 der Chronik). Bronimann ist nunmehr zum Verzicht auf das Referendum bereit, wenn die Elektrizitätswirtschaft der SES (Schweizerische Energiestiftung) 0,5% des Entschädigungsbetrages für die Nichtrealisierung des Kernkraftwerks Kaiseraugst zur Verfügung stellt.

(2982) 14. Mai: In der Nacht ist Block I des Kernkraftwerks Beznau zur Vomahme der Jahresrevision und zum teilweisen Auswechseln der Brennelemente abgestellt worden. Die Arbeiten dauern voraussichtlich bis Anfang Juli.

(2983) 16. Mai: Gegen die Anträge der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), am Oberbauenstock (Kt. Uri), am Piz Pian Grand (Kt. Graubünden) und am Bois de la Glaive (Kt. Waadt) Sondierstollen und Testkammern erstellen zu können (vgl. Nr. 2915 der Chronik), sind gegen 1600 Einsprachen eingereicht worden. Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) erstellt nun zu den Anträgen und Einsprachen ein sicherheitstechnisches Gutachten. Der Entscheid des Bundesrates dürfte im ersten Quartal 1990 vorliegen.

(2984) Im Differenzbereinigungsverfahren zum neuen Energieartikel der Bundesverfassung verzichtet die Kommission des Nationalrates auf die früher vom Plenum beschlossene Bundeskompetenz für Tarifgrundsätze, die der Ständerat abgelehnt hat (vgl. Nr. 2955 der Chronik). Mit 10:9 Stimmen wird eine Kompromissformel gutgeheissen, die den Bund zum Erlass von Normen für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch ermächtigt.

(2985) 22 Mai: Der Waadtländer Grosse Rat lehnt zwei Vorstösse ab, die verlangten, der Kanton Waadt solle sich den Genfer Beschwerden gegen die Wiederinbetriebnahme des Schnellen Brüters Superphénix in Creys-Malville anschliessen. Der Sprecher des Regierungsrates erklärt hierbei, die Behörden des Kantons Waadt vertrauten den Schlussfolgerungen, die auf Bundesebene gezogen worden seien (vgl. Nr. 2968 der Chronik).

(2986) Mit 35:7 Stimmen beschliesst der Einwohnerrat der Stadt Aarau gemäss Antrag des Stadtrates, das Projekt der Fernwärmeversorgung Olten-Aarau (Fola) ab Kernkraftwerk Gösgen aus Kostengründen vorläufig nicht weiterzuverfolgen (vgl. Nr. 2962 und 2965 der Chronik). Die bisherigen Planungskosten sind von den Industriellen Betrieben der Stadt Aarau zu übernehmen.

(2987) 23 Mai: Die Energiekommission des Nationalrates hat die Beratung des Bundesbeschlusses Über eine sparsame und rationelle Energieverwendung (Energienutzungsbeschluss) weitergeführt (vgl. Nr. 2976 der Chronik). Die Kommissionsarbeiten werden voraussichtlich am 31. August 1989 abgeschlossen, so dass das Geschäft vom Erstrat frühestens in der Septembersession behandelt werden kann.

(2988) 24. Mai: Mit einer Botschaft beantragt der Bundesrat dem eidgenössischen Parlament die Genehmigung des am 5. Dezember 1988 zwischen der Schweiz und Frankreich abgeschlossenen Abkommens über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie (vgl. Nr. 2902 der Chronik). Das Abkommen ersetzt einen früheren Vertrag aus dem Jahr 1970.

(2989) 27. Mai: Die Delegiertenversammlung der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) hält in einem Grundlagenpapier fest, dass auch in der Schweiz neue Kernkraftwerke innert nützlicher Frist geplant und realisiert werden sollten. Die Aves fordert den Bundesrat deshalb auf, das Bewilligungsverfahren für entsprechende Anlagen zu vereinfachen und zu verkürzen.

(2990) In der Nacht ist das Kernkraftwerk Gösgen zur Durchführung der Jahresrevision und des teilweisen Wechsels der Brennelemente planmässig abgeschaltet worden. Die Wiederinbetriebnahme der Anlage ist für Mitte Juli vorgesehen.

(2991) 30. Mai 1989: Anlässlich der Ministerkonferenz der IEA (Internationale Energieagentur) in Paris führt Bundesrat Adolf Ogi mit dem französischen Industrieminister Roger Fauroux ein Gespräch über den Schnellen Brüter Superphénix. Fauroux erklärt, dass Frankreich an dieser Anlage festhalte und dass Forderungen nach einer Betriebseinstellung unrealistisch seien.

(2992) Der Aargauer Grosse Rat Überweist zwei Vorstösse, gemäss denen der Kanton seine Interessen in der schweizerischen Energiepolitik besser wahmehmen soll. Eines der Begehren verlangt u.a. eine Revision des Vertrages zwischen dem Kanton Aargau und den NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) aus dem Jahr 1914.

(2993) 31. Mai: Im Prozess um eine Bundesentschädigung für Einkommensausfälle der Gemüseproduzenten als Folge des Unglücks von Tschernobyl (vgl. Nr. 2920 und 2973 der Chronik) bejaht das bernische Obergericht die Haftpflicht des Bundes gemäss Kernenergiehaftpflichtgesetz. Über die Höhe dieser Entschädigung hatte das Gericht noch nicht zu befinden. Der VSGP (Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten) beziffert den erlittenen Schaden auf Fr. 6 Mio, verteilt auf 270 Betriebe.

(2994) 6. Juni: Auf eine Interpellation im Nationalrat zu den Sondierungsarbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Nidwaldner Wellenberg erklärt Bundesrat Adolf Ogi, dass bei der Wahl des Standortes für die künftige Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle politische Kriterien keine Rolle spielen sollen. Die Landesregierung zeige Verständnis für den Wunsch nach Gleichstellung aller Sondierstandorte, was aber nicht ein gleichzeitiges Vorantreiben der entsprechenden Abklärungen bedeuten könne (vgl. Nr. 2845, 2964 und 2978 der Chronik).

(2995) Der Lausanner Anwalt André Bronimann gibt bekannt, dass er auf das beabsichtigte Referendum gegen den Bundesbeschluss betreffend die Vereinbarung mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG verzichte (vgl. Nr. 2966, 2981 und 2985 der Chronik).

(2996) 9. Juni: Vor dem Gespräch zwischen Bundesrat Adolf Ogi und dem deutschen Physiker Jochen Benecke über den Schnellen Brüter in Creys-Malville beklagen sich die Superphénix-Gegnerorganisationen an einer Pressekonferenz darüber, zu dieser Unterredung nicht eingeladen worden zu sein.

(2997) Gemäss einer Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) bestand in der zwischen Bundesrat Adolf Ogi, schweizerischen Sicherheitsexperten und den deutschen Professoren Jochen Benecke und Michael Reimann geführten Unterredung Übereinstimmung darüber, dass schwerste Unfälle beim Schnellen Brüter Superphénix nicht mit absoluter Sicherheit auszuschliessen sind. Die Professoren anerkannten, dass der Superphénix gegen das Eintreten schwerer Unfälle wesentlich besser geschützt ist als Reaktorblöcke vom Typ Tschernobyl. "Von Medienberichten, wonach ihre Studie zum Schluss komme, Superphénix könne wie eine Atombombe explodieren, distanzierten sich die Professoren. Sie anerkannten auch ausdrücklich die Seriosität der Arbeit der schweizerischen Experten.

(2998) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hat, wie aus Anlass der Generalversammlung mitgeteilt wird, bis Ende 1988 für ihre Abklärungen insgesamt Fr. 348 Mio aufgewendet. Davon entfielen rund zwei Drittel auf geologische und experimentelle Untersuchungen.

(2999) In Genf werden drei Studenten verhaftet, die auf dem Platz von Plainpalais ein gelbes Fass mit dem Warnzeichen für Radioaktivität aufgestellt hatten, um die Reaktion der Bevölkerung zu beobachten und zu filmen.

(3000) 13. Juni: Das Bundesgericht lehnt eine von den Waadtländer Gemeinden Ollon und Aigle sowie von 141 Grundeigentümern eingereichte Verwaltungsgerichtsbeschwerde ab, die sich gegen die vom EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) bewilligten Vorarbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Bois de la Glaive gerichtet hatte. Die Nagra ist somit befugt, zur Prüfung des möglichen Endlagerstandortes für schwach- und mittelradioaktive Abfälle gewisse Grundstücke zu begehen sowie Planaufnahmen, Aussteckungen und Vermessungen vorzunehmen.

(3001) Gemäss Mitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) beginnen nun die Vorbereitungen für Unterhaltsarbeiten an der Reaktorgebäudekuppel des Kernkraftwerks Mühleberg, die der Erneuerung des bisherigen Witterungsschutzes dienen. Die Reaktorgebäudekuppel wird während der ordentlichen Jahresrevision der Anlage neu beschichtet und zusätzlich wärmeisoliert. Die Kosten dieser Arbeiten belaufen sich auf rund Fr. 500'000.--

(3002) 23. Juni: Die Gemeindeversammlung von Würenlingen (Kt. Aargau) lehnt die Volksinitiative ab, die das geplante Zwischenlager für radioaktive Abfälle beim Paul Scherrer Institut auf dem Wege der Ortsplanung verhindern wollte (vgl. Nr. 2875 der Chronik) und genehmigt den seitens der Projekt-Trägerschaft mit den Gemeinden der Standortregion abgeschlossenen Vertrag über freiwillige Ausgleichszahlungen (vgl. Nr. 2961 der Chronik).

(3003) 25. Juni: In einer Konsultativabstimmung sprechen sich die Waadtländer Stimmberechtigten mit klarer Mehrheit für die seitens der NGA (Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik) beantragte definitive Stillegung des Versuchsatomkraftwerks Lucens aus (vgl. Nr. 2868 und 2980 der Chronik).

(3004) 26. Juni: Der Bundesbeschluss betreffend die Vereinbarung mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG über die Nichtrealisierung des Kernkraftwerkprojekts und die Entrichtung einer Bundesentschädigung in Höhe von Fr. 350 Mio kann in Kraft treten, nachdem die Referendumsfrist unbenutzt abgelaufen ist (vgl. Nr. 2958 und 2995 der Chronik).

(3005) 27. Juni 1989: Auf Vorstösse im Kantonsparlament erklärt die Nidwaldner Regierung, die drei vom MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldnervolkes bei Atomanlagen) eingereichten und vom Landrat als nicht zulässig bezeichneten Initiativen (vgl. Nr. 2935 der Chronik) würden nur das Ausbrechen und Betreiben von Stollen oder Kavernen betreffen, nicht aber Sondierbohrungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle).

(3006) Die SGK (Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute) und die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führen in Bern eine Pressekonferenz durch, die der Entdeckung der Kernspaltung vor 50 Jahren, der Inbetriebnahme des ersten kommerziellen Kernkraftwerks in der Schweiz (der Anlage Beznau-I) vor 20 Jahren und der Entdeckung des Urans vor 200 Jahren gewidmet ist.

(3007) 30. Juni: Vor genau 20 Jahren wurde im Block I des Kernkraftwerks Beznau erstmals eine Kettenreaktion in Gang gesetzt. Die erste Stromabgabe erfolgte im Juli 1969, und der kommerzielle Betrieb setzte am 24. Dezember des gleichen Jahres ein - vier Jahre nach Baubeginn.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1989 (Hans Peter Edel)

(3008) 3. Juli: Nach der planmässigen Abschaltung beginnen im Kernkraftwerk Mühleberg die Arbeiten zur ordentlichen Jahresrevision und zum Brennelementwechsel. Im Rahmen der Revisionsarbeiten werden auch sämtliche Anlageteile des zusätzlichen Sicherheitssystems "Susan" an die bestehende Anlage angeschlossen und auf ihre Funktionsfähigkeit geprüft. Deshalb dauert der Stillstand des Kernkraftwerks Mühleberg voraussichtlich vier Wochen länger als üblich.

(3009) 4. Juli: Nach Beendigung der Jahresrevision mit teilweisem Ersatz der Brennelemente (vgl. Nr. 2982 der Chronik) wird Block I des Kernkraftwerks Beznau wieder ans Netz geschaltet.

(3010) 6. Juli: In der Gemeinde Würenlingen ist gegen den zustimmenden Beschluss der Gemeindeversammlung zu einer Vereinbarung über Ausgleichszahlungen im Hinblick auf das geplante zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle (vgl. Nr. 3002 der Chronik) das Referendum zustande gekommen.

(3011) 7. Juli: Wie nach einer Sitzung der gemischten französisch-schweizerischen Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (Commission mixte franco-suisse de sureté nucléaire) in Paris mitgeteilt wird, stellte die Delegation insbesondere fest, dass die Konzeption des Schnellen Brüters Superphénix nicht von den im Bereich der nuklearen Sicherheit international gängigen Praktiken abweicht. Die Experten sahen sich in ihrer Meinung bestärkt, es bestehe - auch wenn ein schwerer Unfall nicht gänzlich ausgeschlossen werden könne - durch Superphénix für die schweizerische Bevölkerung kein höheres Risiko als bei Leichtwasserreaktoren (vgl. Nr. 2968 und 2997 der Chronik).

(3012) In einem Schreiben an das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) verlangt die Urner Regierung vom Bundesrat und der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), es seien bei der Wahl eines Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle alle möglichen Standorte gleich zu behandeln (vgl. Nr. 2960 der Chronik).

(3013) 12. Juli: Wegen eines Lecks in einem der beiden Dampferzeuger ist die Anlage Beznau-I in der vergangenen Nacht abgestellt worden. Wie mitgeteilt wird, liefen pro Tag einige hundert Liter Wasser vom Primärkreislauf in den Sekundärkreislauf, doch wurde wegen des geschlossenen Systems keine Radioaktivität an die Umwelt abgegeben.

(3014) In ihrem Jahresbericht 1988 stellt die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) fest, dass die Menge der aus den fünf schweizerischen Kernkraftwerken und den Nuklearforschungsinstituten an die Umgebung abgegebenen radioaktiven Stoffe und die dadurch verursachten Strahlendosen für die Bevölkerung im vergangenen Jahr durchwegs unterhalb der zulässigen Jahresgrenzwerte lagen. Die zulässigen Grenzwerte für die Strahlendosen des Betriebspersonals wurden ebenfalls eingehalten.

(3015) 13. Juli: Wie an einer Pressefahrt mitgeteilt wird, werden die BKW (Bernische Kraftwerke AG) den Behörden im Frühjahr 1990 das Gesuch einreichen, für das Kernkraftwerk Mühleberg eine unbefristete Betriebsbewilligung zu erteilen und eine Erhöhung der Reaktorleistung um 10% zu genehmigen.

(3016) 15. Juli: Nach Beendigung der ordentlichen Jahresrevision mit Wechsel der Brennelemente ist das Kernkraftwerk Gösgen wieder ans Netz geschaltet worden (vgl. Nr. 2990 der Chronik).

(3017) 19. Juli: Laut einem Bericht der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Reaktorblöcke im zweiten Quartal 1989 insgesamt 5,13 Mrd kWh. Damit lag die inländische Atomstrom-Erzeugung um 1,3% über dem Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres.

(3018) 19. Juli: Gemäss Mitteilung der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) ist im Reaktorblock Beznau-I nach der Abschaltung vom 12. Juli (vgl. Nr. 3013 der Chronik) in einem Brennelement eine undichte Stelle entdeckt worden. Die Anlage bleibt deshalb länger als vorgesehen ausser Betrieb.

(3019) 20. Juli: In der Nacht auf den 21. Juli wird Block II des Kernkraftwerks Beznau zur Jahresrevision und zum Brennelementewechsel planmässig abgestellt. Die Arbeiten dauern bis Anfang September.

(3020) 22. Juli 1989: Eine Störung im elektronischen Regelsystem der Turbine löst im Kernkraftwerk Leibstadt eine automatische Abschaltung des Reaktors aus. Dies veranlasse dazu, mit der vorgesehenen Jahresrevision fünf Tage früher als geplant zu beginnen. Nach Programm dauert der Stillstand der Anlage bis Anfang September.

(3021) 31. Juli: Mit einer Pressemitteilung weisen die BKW (Bernische Kraftwerke AG) von einer österreichischen Zeitung erhobene Behauptungen zurück, bei den Revisionsarbeiten im Kernkraftwerk Mühleberg würden ausländische Arbeitskräfte mit Bezug auf den Strahlenschutz anders behandelt als das übrige Personal. Die BKW halten ausdrücklich fest, "dass punkto Strahlenschutzmassnahmen zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitskräften kein Unterschied gemacht wird" und dass die behördlich festgelegten Dosisgrenzwerte im Kernkraftwerk Mühleberg nie überschritten wurden.

(3022) 4. August: Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) bestätigen, dass ein ausländischer Temporärarbeiter während der Jahresrevision des Kernkraftwerks Mühleberg entgegen den Vorschriften eine kleine Fotokamera in die Anlage bringen konnte und ohne Bewilligung Aufnahmen gemacht hat. Wie die BKW festhalten, bedeutete dies keine Gefährdung der nuklearen Sicherheit. Unabhängig von diesem Zwischenfall soll die Eingangskontrolle im Kernkraftwerk Mühleberg neu gestaltet werden. Ein entsprechendes Baugesuch wurde bereits eingereicht.

(3023) Nach rund dreiwöchigem Betriebsunterbruch liefert Block I des Kernkraftwerks Beznau wieder mit voller Leistung Strom ans Netz (vgl. Nr. 3013 und 3018 der Chronik).

(3024) 10. August: Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) teilen mit, dass der Einsatz von Temporärpersonal zur Jahresrevision des Kernkraftwerks Mühleberg überprüft wird und dass die Kontrollen im Werk unverzüglich verschärft worden sind. Im weiteren haben die in Zusammenarbeit mit Strahlenschutzfachleuten des Bundes erfolgten Abklärungen bestätigt, dass die von einem ausländischen Temporärarbeiter erhobenen Vorwürfe der Verletzung von Strahlenschutzvorschriften (vgl. Nr. 3021 der Chronik) nicht stichhaltig sind.

(3025) 17. August: Unter starker Beteiligung führt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in Bern ihre 30. ordentliche Generalversammlung durch. Das Gastreferat hält Professor Andrei Yu. Gagarinski, stellvertretender Direktor des I.V. Kurchatov-Instituts für Atomenergie in Moskau, zum Thema "Die Kernenergie in der UdSSR nach Tschernobyl".

(3026) 23. August: Der Bundesrat beschliesst, zwei OECD-Abkommen über die Kernenergie-Haftpflicht aus den sechziger Jahren vorläufig nicht zu ratifizieren. Die Ratifikation wurde eine Revision des geltenden schweizerischen Kernenergie-Haftpflichtgesetzes von 1983 erfordern, die erst im Anschluss an die Totalrevision des Atomgesetzes vorgenommen werden soll.

(3027) 25. August: Das Konsortium Fola (Fernwärmeversorgung Olten-Aarau) beschliesst, das Projekt eines regionalen Fernwärmenetzes ab Kernkraftwerk Gösgen vorläufig zu sistieren. Das Konsortium wird indessen nicht aufgelöst, um das Vorhaben allenfalls unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterverfolgen zu können (vgl. Nr. 2965 der Chronik).

(3028) 31. August: Die Energiekommission des Nationalrates beendigt die Vorberatung des Bundesbeschlusses über eine sparsame und rationelle Energieverwendung (Energienutzungsbeschluss) und heisst die Vorlage mit 11:7 Stimmen gut (vgl. Nr. 2987 der Chronik). Dem Plenum liegen allerdings 17 Minderheitsanträge vor. Zudem wird mit der Ergreifung des Referendums gerechnet, wie der Kommissionspräsident erklärt.

(3029) 31. August: Die französische Regierung verlängert die Betriebsbewilligung für das Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerk Superphénix in Creys-Malville über den 1. September 1989 hinaus (vgl. Nr. 2922 der Chronik).

(3030) 1. September: Das Kernkraftwerk Leibstadt kann nach erfolgreichem Abschluss der 5. Jahresrevision (vgl. Nr. 3020 der Chronik) wieder ans Netz angeschlossen werden. Der jetzige Betriebszyklus dauert bis Ende Juli 1990.

(3031) 3. September: Das Kernkraftwerk Gösgen wird für einige Tage abgeschaltet, um an Vorsteuerventilen Änderungen vorzunehmen. Diese Ventile dienen dazu, den Dampfzufluss aus dem Reaktorgebäude zu den Turbinen bei Bedarf zu unterbrechen.

(3032) 4. September: In einem weiteren Gespräch, das Bundesrat Adolf Ogi mit Superphénix-Kritikern aus der Westschweiz führt, halten die Experten des Bundes an ihrer Ansicht fest, dass der Schnelle Brüter in Creys-Malville nicht gefährlicher ist als ein moderner Leichtwasserreaktor. Die schweizerischen Fachleute belegen anhand von Beispielen, dass sie die wesentlichen Sicherheitsfragen selber vertieft behandelt haben (vgl. Nr. 2968, 2997 und 3011 der Chronik).

(3033) Nach Abschluss der Jahresrevision liefert das Kernkraftwerk Mühleberg wieder Strom ans Netz. Während des Stillstandes von 63 Tagen wurde auch das zusätzliche Sicherheitssystem "Susan" an die bestehende Anlage angeschlossen. Damit fand ein dreijähriges Nachrüstprogramm seinen Abschluss, das rund Fr. 110 Mio beanspruchte (vgl. Nr. 3008 der Chronik).

(3034) 7. September: Block II des Kernkraftwerks Beznau wird nach Durchführung der Jahresrevision (vgl. Nr. 3019 der Chronik) wieder ans Netz geschaltet und stufenweise auf Vollast gefahren.

(3035) 12. September 1989: In Beantwortung einer Anfrage erklärt der Gesundheitsdirektor des Kantons Aargau im Grossen Rat, nach Auskunft ausgewiesener Experten seien allfällige Zusammenhänge zwischen der Missbildung von Insekten und der Niedrigstrahlung aus Nuklearanlagen sehr schwer festzustellen. Diesbezügliche Abklärungen wären gemäss Auffassung der Aargauer Regierung eine Aufgabe des Bundes.

(3036) 13. September: Der Bundesrat lehnt es ab, auf ein Begehren der Überparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke Solothurn/Aargau einzutreten, die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen aufzuheben. Zur Begründung verweist die Landesregierung auf ihren Entscheid vom 3. Juni 1988 zum "Projekt Gewähr 1985" (vgl. . Nr. 2805 der Chronik), mit welchem sie beschlossen hat, dass die Betriebsbewilligungen der bestehenden Kernkraftwerke in Kraft bleiben, bis über den Endlager-Standortnachweis für hochradioaktive Abfälle entschieden ist.

(3037) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt die Durchführung eines geophysikalischen Untersuchungsprogramm am Wellenberg im Kanton Nidwalden bekannt. Die Untersuchungen sind Bestandteil der vom Bundesrat am 31. August 1988 bewilligten Abklärungen zur Eignung dieses möglichen Standortes für die Endlagerung kurzlebiger radioaktiver Abfälle (vgl. Nr. 2845 der Chronik).

(3038) 17. September: Bei geplanten Tests im nichtnuklearen Sekundärteil des Kernkraftwerks Beznau-II kommt es zu einer Abschaltung des Reaktors. Der Betrieb kann noch am gleichen Tag wieder aufgenommen werden.

(3039) 18. September: Zu einer parlamentarischen Anfrage verweist der Bundesrat auf die geltenden Abgabelimiten für radioaktive Stoffe aus Kernanlagen, weshalb es wenig wahrscheinlich sei, dass Missbildungen bei Insekten durch die Einwirkungen radioaktiver Emissionen zustande kommen können. Die Landesregierung erklärt sich bereit, die Machbarkeit von Studien über die Auswirkungen ionisierender Strahlung im Niedrigdosisbereich zu prüfen (vgl. Nr. 3035 der Chronik).

(3040) 19. September: Im Differenzbereinigungsverfahren zum künftigen Energieartikel in der Bundesverfassung lehnt es der Nationalrat in Übereinstimmung mit dem Ständerat unter Namensaufruf mit 107:48 Stimmen ab, dem Bundesrat die Kompetenz zu erteilen, Tarifgrundsätze über die Lieferung und Verwendung von Energie zu erlassen (vgl. Nr. 2925 und 2951 der Chronik). Mit 90:37 Stimmen beschliesst der Nationalrat bei der Förderung von Energietechniken die Muss-Formel. Die Vorlage geht wieder an den Ständerat.

(3041) 23. September: Das Kernkraftwerk Leibstadt wird vorübergehend abgeschaltet, damit eine Störung an einer Rückschlagklappe der Sekundäranlage behoben werden kann. Diese Arbeit lässt sich nur bei stillstehender Turbine ausfahren.

(3042) 26. September: Im Kernkraftwerk Leibstadt führt eine Störung im elektronischen Regler des Speisewassersystems zu einer automatischen Schnellabschaltung des Reaktors. Die Anlage kann nach wenigen Stunden wieder ans Netz angeschlossen werden.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1989 (Hans Peter Edel)

(3043) 3. Oktober: In der nochmaligen Differenzbereinigung zum künftigen Energieartikel der Bundesverfassung schliesst sich der Ständerat allen Beschlüssen des Nationalrates an. Der Verfassungstext, der im Frühjahr 1990 Volk und Ständen unterbreitet werden soll, verzichtet auf Tarifkompetenzen des Bundes (vgl. Nr. 3040 der Chronik).

(3044) Vor dem Nationalrat erklärt Bundesrat Adolf Ogi, nach der Ablehnung einer Beschwerde durch das Bundesgericht (vgl. Nr. 3000 der Chronik) könnten die Vorarbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Bois de la Glaive im Kanton Waadt noch im laufenden Jahr aufgenommen werden.

(3045) 6. Oktober: Unter Namensaufruf und nach sechs Fraktionserklärungen wird im Nationalrat der künftige Energieartikel der Bundesverfassung in der Schlussabstimmung mit 96:25 Stimmen und bei 48 Enthaltungen zuhanden der Abstimmung von Volk und Ständen verabschiedet. Im Ständerat wird der Verfassungstext mit 30:1 Stimmen gutgeheissen.

(3046) 17. Oktober: Wie der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), Bundesrat Adolf Ogi, an einer Tagung erklärt, würde er es befürworten, die Abstimmungen über den Energieartikel der Bundesverfassung sowie über die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative gleichzeitig im Juni 1990 durchzuführen.

(3047) 18. Oktober: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, dass sie mit der Untersuchung der Gesteinsschichten am Wellenberg im Kanton Nidwalden begonnen hat (vgl. Nr. 3037 der Chronik). Mittels reflexionsseismischer Messungen, sog. Schussbohrungen, soll der Untergrund abgetastet und ein Radarbild der Erde erstellt werden.

(3048) 19. Oktober: In Zürich-Oerlikon beginnen zwei Informationstagungen der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) über moderne Kernkraftwerke und über kohlendioxidfreie Energiesysteme. Rund 250 Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Behörden aus verschiedenen europäischen Ländern nehmen daran teil.

(3049) 25. Oktober: Laut Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im dritten Quartal 1989 insgesamt 3,71 Mrd kWh. Damit lag die inländische Atomstrom-Erzeugung um rund 3% über dem Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres.

(3050) Im Kernkraftwerk Gösgen wird bei einer Funktionsüberprüfung irrtümlich eine Schnellabschaltung des Reaktors ausgelöst. Die Anlage kann nach einer Stunde wieder ans Netz geschaltet werden.

(3051) 27. Oktober 1989: Die Energiekommission des Nationalrates schliesst die Vorberatung der beiden Volksinitiativen "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium) und " für den Ausstieg aus der Atomenergie" ab. Dem Nationalrat wird mit 12:7 Stimmen bei zwei Enthaltungen vorgeschlagen, Volk und Ständen die Verwerfung der Moratoriums-Initiative zu beantragen. Für die Ausstiegs-Initiative beantragt die Kommission deren Verwerfung mit 14:7 Stimmen (ohne Enthaltung). Zwei Minderheitsanträge lauten auf Unterstützung der beiden Initiativen.

(3052) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt den Abschluss eines Zusammenarbeitsvertrages mit der japanischen Gesellschaft für die Entwicklung von Kernkraftwerksreaktoren und Kernbrennstoffen bekannt, der die künftige Kooperation im Felslabor auf der Grimsel regelt. Das gemeinsame Forschungsprojekt, an welchem sich die japanische Gesellschaft mit insgesamt Fr. 1,5 Mio beteiligt, umfasst dreijährige Untersuchungen der Bewegungen des Grundwassers und der darin aufgelösten Stoffe im Gestein.

(3053) 31. Oktober: Die vorberatende Kommission des Nationalrates verabschiedet das neue Strahlenschutzgesetz zuhanden des Plenums, wobei sie sich in den meisten Fällen den Beschlüssen des Ständerates anschliesst, der den Erlass im September 1988 behandelt hatte (vgl. Nr. 2854 der Chronik). Übernommen wird insbesondere auch die von der Kleinen Kammer in den Entwurf eingefügte Bestimmung, dass die in der Schweiz anfallenden radioaktiven Abfälle grundsätzlich im Inland beseitigt werden müssen.

(3054) Wie der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) mitteilt, erhöhte sich der schweizerische Stromverbrauch in der zeit vom 1. Oktober 1988 bis zum 30. September 1989 um 3,2%. Wegen des trockenen Sommers ging die Elektrizitätsproduktion im gleichen Zeitraum um 5,5% zurück. Während aus den Wasserkraftwerken 8% weniger Strom als im Vorjahr geliefert wurde, erreichten die Schweizer Kernkraftwerke wiederum eine hohe Erzeugung und trugen mit rund 40% zur gesamtschweizerischen Elektrizitätsproduktion bei.

(3055) 3. November: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, hat das Kernkraftwerk Gösgen der benachbarten Kartonfabrik Niedergösgen die zweimillionste Tonne Prozessdampf geliefert. Seit Aufnahme dieser Energieversorgung vor rund 10 Jahren konnte auf die Verbrennung von insgesamt etwa 140'000 Tonnen Schweröl verzichtet werden.

(3056) 8. November: zu einer Einsprache der Gemeinde Lucens stellt der Bundesrat fest, dass er in eigener Kompetenz über die definitive Stillegung des Versuchsatomkraftwerks Lucens entscheiden werde, da es hierzu keiner Rahmenbewilligung im Sinne des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz bedürfe (vgl. Nr. 2868 und 3003 der Chronik).

(3057) 12. November: Wegen eines Fehlers in einem Schaltkreis muss Block II des Kernkraftwerks Beznau vorübergehend abgeschaltet werden. Nach wenigen Stunden steht die Anlage wieder im Vollast-Betrieb.

(3058) 15. November: In der Auseinandersetzung um eine Bundesentschädigung für Einkommensausfälle der Gemüseproduzenten als Folge des Unglücks von Tschernobyl beschliesst der Bundesrat, das Urteil des bernischen Obergerichts, das die Haftpflicht des Bundes gemäss Kernenergiehaftpflichtgesetz bejaht hatte, ans Bundesgericht weiterzuziehen (vgl. Nr. 2993 der Chronik).

(3059) 22. November: Auf eine parlamentarische Anfrage erklärt der Bundesrat, er sei von den Betreibern der schweizerischen Kernkraftwerke dahingehend informiert worden, dass die Verhandlungen mit China über die allfällige Übernahme radioaktiver Abfälle aus der Schweiz suspendiert wurden.

(3060) An der HTL Technikum Winterthur beginnt ein dreitägiger Vertiefungskurs der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) über "Wasserchemie im Kernkraftwerk", an dem rund 150 Fachleute aus dem In- und Ausland teilnehmen.

(3061) 26. November: Mit 707 gegen 662 Stimmen wird in der aargauischen Gemeinde Würenlingen das projektierte Zwischenlager für radioaktive Abfälle beim Paul Scherrer Institut gutgeheissen und eine Vereinbarung über entsprechende Ausgleichszahlungen seitens der Betreiber angenommen. Die Urnenabstimmung war nötig geworden, nachdem gegen den zustimmenden Beschluss der Gemeindeversammlung das Referendum zustande gekommen ist (vgl. Nr. 3002 und 3010 der Chronik)

(3062) 27. November: Mit Wirkung ab 1990 ändert der Bundesrat die Verordnung über vorbereitende Handlungen im Hinblick auf die Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle. Danach muss die Landesregierung nur noch jene Arbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bewilligen, die einen Einfluss auf die nukleare Sicherheit eines möglichen Endlagers haben. Darunter fallen Stollen, Schächte, Felskavernen sowie Tiefbohrungen von mehr als 300 m Länge oder mehr als 100 m Tiefe. Die bisherige Verordnung aus dem Jahr 1979 unterstellte sämtliche Vorbereitungshandlungen der Nagra der Bewilligung durch den Bundesrat.

(3063) 28. November: Als erste Kammer heisst der Ständerat die vom Bundesrat beantragte zehnjährige Verlängerung des Bundesbeschlusses von 1978 zum Atomgesetz mit 31:0 Stimmen gut (vgl. Nr. 2909 und 2979 der Chronik).

(3064) Das Kernkraftwerk Gösgen steht seit 10 Jahren in Betrieb und hat in dieser zeit rund 70 Mrd kWh elektrische Energie erzeugt. Die ausserordentliche Zuverlässigkeit der Anlage geht daraus hervor, dass die Arbeitsausnutzung seit der Aufnahme des kommerziellen Betriebs deutlich über 80% lag.

(3065) 30. November 1989: Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mitteilt, wird sie am 4. Dezember 1989 mit vorbereitenden Handlungen am möglichen Endlagerstandort Bois de la Glaive (Kt. Waadt) beginnen, nachdem das Bundesgericht eine gegen diese Arbeiten gerichtete Verwaltungsgerichtsbeschwerde im vergangenen Juni abgelehnt hat (vgl. Nr. 3000 der Chronik). Es sollen dabei insbesondere auch jene Grundstücke abgegrenzt werden, für welche die Nagra wegen des anhaltenden Widerstandes gegen ihre Untersuchungen ein Verfahren zur vorübergehenden Enteignung eingeleitet hat.

(3066) Bundesrat René Felber und der französische Botschafter unterzeichnen' in Bern ein neues Abkommen über den Informationsaustausch Schweiz-Frankreich im Nuklearbereich, gemäss welchem künftig auch über Zwischenfälle ohne radiologische Auswirkungen informiert werden soll. In einer Gemischten Kommission können sich die Vertreter beider Staaten namentlich über die Sicherheitskonzepte und -vorschriften für Kernkraftwerke, über Fragen der Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle sowie über den Strahlenschutz und die Unfallszenarien ins Bild setzen.

(3067) 4. Dezember: Mit 33:3 Stimmen genehmigt der Ständerat das im Dezember 1988 mit Frankreich abgeschlossene Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie. Das Abkommen ersetzt einen früheren Vertrag aus dem Jahr 1970 und umfasst alle Bereiche der nuklearen Zusammenarbeit, ohne aber Liefer- und Bezugsverpflichtungen zu enthalten (vgl. Nr. 2902 und 2988 der Chronik).

(3068) 6. Dezember: Weil die von der Nagra beabsichtigten Vorarbeiten in der Gemeinde Ollon (vgl. Nr. 3065 der Chronik) bisher durch Teile der Bürgerschaft verhindert worden sind, trifft sich der Regierungsrat des Kantons Waadt mit den Gemeindebehörden zu einer Krisensitzung. Bis in einer Woche soll der Gemeinderat über den Vorschlag entscheiden, die strittigen Arbeiten anstelle der Nagra durch unabhängige Geologen ausfahren zu lassen.

(3069) 7. Dezember: Zufolge einer mechanischen Erschütterung einer Messleitung kommt es im Kernkraftwerk Mühleberg zu einer automatischen Reaktor-Schnellabschaltung mit einer kurzfristig leicht erhöhten Radioaktivitätsabgabe. Die behördlich festgelegten Limiten werden indessen zu keiner Zeit erreicht oder überschritten. Nach knapp zwei Stunden kann die Anlage wieder angefahren werden.

(3070) 8. Dezember: Gemäss Mitteilung des EDI (Eidgenössisches Departement des Innern) hat der Bundesrat Prof. Dr. Anton Menth auf den 1. April 1990 zum neuen Direktor des Paul Scherrer Instituts in Würenlingen ernannt.

(3071) 11. Dezember: Die Refuna, das vom Kernkraftwerk Beznau versorgte Fernwärmenetz im Unteren Aaretal, kann nur fünf Jahre nach Aufnahme der Wärmelieferungen an die elf angeschlossenen Gemeinden im Stationsgebiet Siggenthal bereits den 1500. Hausanschluss in Betrieb nehmen.

(3072) 13. Dezember: Der Gemeinderat von Ollon erklärt, er könne auf den Vorschlag des Regierungsrates (vgl. Nr. 3068 der Chronik) nicht eingehen, da es "praktisch unmöglich wäre, eine entsprechende neutrale Stelle zu finden". Daraufhin lädt die Waadtländer Regierung die Nagra ein, mit den Vorbereitungsarbeiten die ETH Lausanne und die Universität Lausanne zu beauftragen.

(3073) Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) teilen mit, aufgrund des Zwischenfalls mit einem ausländischen Temporärarbeiter während der Jahresrevision 1989 (vgl. Nr. 3021 und 3024 der Chronik) werde das Überwachungs- und Zutrittskontrollsystem des Kernkraftwerks Mühleberg verbessert. Zudem soll das Temporärpersonal künftig zusätzlich überprüft werden. Die BKW stellen sodann fest, die von der betreffenden Person geäusserten Vorwürfe hinsichtlich der Strahlenschutzmassnahmen und auch Bedenken wegen Sabotagemöglichkeiten innerhalb der Anlage hätten sich nicht erhärtet.

(3074) 14. Dezember: In einem Schreiben an das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) vertritt der Regierungsrat des Kantons Graubünden die Auffassung, bevor der Bundesrat auf weitere Anträge der Nagra zur Fortsetzung der Untersuchungen am Piz Pian Grand eintrete, sollten die Abklärungen an allen möglichen Standorten des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle auf einen vergleichbaren Stand gebracht werden.

(3075) 15. Dezember: Das Kernkraftwerk Leibstadt steht seit fünf Jahren in Betrieb und hat bisher rund 36 Mrd kWh Elektrizität produziert. Auf die Anlage Leibstadt entfällt etwa ein Drittel der jährlichen Gesamtproduktion der schweizerischen Kernkraftwerke.

(3076) Mit einem offenen Brief ersuchen die Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, des Landesrings der Unabhängigen und der Grünen Partei der Schweiz den Bundesrat, in der Auseinandersetzung um die Nagra-Arbeiten in Ollon mit allen Mitteln die Anwendung von Gewalt zu verhindern.

(3077) Die Schweiz und Italien unterzeichnen in Rom ein Abkommen über den Informationsaustausch bei nuklearen Zwischenfällen, das sich auf die von der Internationalen Atomenergie-Organisation nach dem Unfall von Tschernobyl ausgearbeitete Wiener Konvention von 1986 (vgl. Nr. 2456 der Chronik) abstützt. Das Abkommen bezweckt, die rasche und gegenseitige Information zwischen den beiden Ländern in Notfallsituationen mit radiologischen Auswirkungen sicherzustellen.

(3078) 21. Dezember: Unter polizeilichem Schutz nehmen französische Geologen im Auftrag der Nagra in der Gemeinde ollon erste Messungen vor, während rund 200 Personen auf dem Dorfplatz eine Protestaktion durchfuhren.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1990 (Hans Peter Edel)

(3079) 2. Januar: Die beiden Blöcke des Kernkraftwerks Beznau haben seit ihrer Inbetriebnahme insgesamt 100 Mrd kWh Strom produziert. Die mittlere Arbeitsausnutzung der Anlagen lag dabei bei 82%.

(3080) 5. Januar: Gemäss Anweisung des Waadtländer Staatsrates können die vorbereitenden Arbeiten der Nagra in ollon erst zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden, da vorerst nochmals mit den Gemeindebehörden verhandelt werden soll.

(3081) 6. Januar: Wie die Nagra bekanntgibt, sollen die Sondierbohrungen am Wellenberg in der Nidwaldner Gemeinde Wolfenschiessen im kommenden Mai aufgenommen werden (vgl. Nr. 3037 und 3047 der Chronik).

(3082) 11. Januar: Nach einer nochmaligen Intervention des Waadtländer Staatsrates können die vorbereitenden Arbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in der Gemeinde ollon weitergeführt werden. Anderseits erklärt der Regierungsrat des Kantons Waadt in einem Schreiben an den Bundesrat, er habe grundsätzliche Zweifel am Endlagersystem ohne Überwachung, weshalb andere Lösungen geprüft werden sollten.

(3083) Die an den möglichen Standorten des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle gegen die entsprechenden Untersuchungen auftretenden Komitees verlangen gemeinsam die Auflösung der Nagra, einen Stopp der Sondierbohrungen und ein neues Entsorgungskonzept.

(3084) 13. Januar: Der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) spricht sich gegen ein neues Entsorgungskonzept für radioaktive Abfälle aus. Er betont, es müssten unabhängig von einem allfälligen Verzicht der Schweiz auf die Kernenergie eigene Endlager bereitgestellt werden, und zwar für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Jahr 2000 und für hochradioaktive Abfälle im Jahr 2020.

(3085) Auch der Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft lehnt in einer Stellungnahme den Vorschlag der Waadtländer Regierung ab, die radioaktiven Abfälle auf den Arealen der Kernkraftwerke zu belassen. Dies könne heute aus gesetzlichen Gründen nicht zur Diskussion stehen (vgl. Nr. 3082 der Chronik).

(3086) 15. Januar: Mitglieder von Greenpeace behindern vor dem Kernkraftwerk Gösgen den Abtransport abgebrannter Brennelemente. Die Organisation behauptet, nach ihren Messungen übertreffe die Radioaktivität beim Transportbehälter die zulässigen Werte um das Fünfhundertfache. Kontrollen der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) ergeben indessen, dass die Strahlung nur rund einen Zehntel des festgesetzten Grenzwertes beträgt.

(3087) 16. Januar: Im Blick auf die Vorgänge in ollon fordert die Nidwaldner Kantonsregierung in einem Brief an den Bundesrat bei den Sondierarbeiten der Nagra eine Gleichbehandlung aller möglichen Endlagerstandorte. Andernfalls müsse das weitere Bewilligungsverfahren für entsprechende Abklärungen sistiert werden.

(3086) 17. Januar: Nach Angaben der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) stieg der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet im hydrologischen Jahr 1988/89 um 3% auf rund 1,9 Mio kWh. Von dieser Elektrizitätsmenge entfielen im Durchschnitt rund 59% auf die Produktion von Kernkraftwerken, wobei der Anteil des Atomstroms in den Wintermonaten sogar 64% betrug.

(3089) 18. Januar: Zur Verwirklichung des vorgesehenen zentralen Zwischenlagers für radioaktive Abfälle beim Paul Scherrer Institut gründen die schweizerischen Kernkraftwerksbetreiber in Würenlingen die "Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG" (vgl. Nr. 3061 der Chronik).

(3090) Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, haben die schweizerischen Kernkraftwerke im Jahr 1989 insgesamt 21,5 Mrd kWh Strom produziert. Die durchschnittliche Arbeitsausnutzung der Anlagen erreichte 84%, was dem Vorjahreswert entspricht. Die höchste Arbeitsausnutzung erzielte der Block Beznau-II mit einem Wert von 86%.

(3091) Wie der Presse zu entnehmen ist, hat der 1. Untersuchungsrichter des Kantons Solothurn die Polizei beauftragt, im Zusammenhang mit der Greenpeace-Aktion vor dem Kernkraftwerk Gösgen (vgl. Nr. 3086 der Chronik) ein Ermittlungsverfahren durchzufahren.

(3092) 22. Januar: Gemäss Mitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) sind im Kernkraftwerk Mühleberg im Jahr 1989 rund 2,4 Mrd kWh Strom erzeugt worden. Damit deckte die Anlage beinahe die Hälfte des Stromkonsums im allgemeinen BKW-Netz.

(3093) 24. Januar: Das Gemeindeparlament von Roveredo (Kanton Tessin) sowie die beiden italienischen Regionen Lombardei und Piemont sprechen sich gegen ein anfälliges Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle am Piz Pian Grand (Misox) aus und wollen die dortigen Gemeinden im Kampf gegen eine solche Möglichkeit unterstützen (vgl. Nr. 3074 der Chronik).

(3094) 31. Januar 1990: An einer Pressekonferenz erklärt der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, die SP könne höchstens einer zehnjährigen Verlängerung der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg zustimmen, nicht aber einer unbefristeten Betriebsbewilligung, wie das die Bernischen Kraftwerke AG beim Bundesrat beantragen wollen (vgl. Nr. 3015 der Chronik). Entschieden abgelehnt wird seitens der SP des Kantons Bern eine Erhöhung der Leistung des KKM-Reaktors um 10%.

(3095) 1. Februar: Im Zusammenhang mit der kürzlichen Behinderungsaktion durch die Organisation Greenpeace (vgl. Nr. 3086 der Chronik) informiert die Leitung des Kernkraftwerks Gösgen an einer Medienkonferenz über den Transport und die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen. Wie betont wird, ist es bei solchen Transporten weltweit noch nie zu einer unzulässigen Freisetzung von Radioaktivität gekommen.

(3096) 2. Februar: Der italienische Umweltminister Giorgio Ruffolo kündigt die Opposition seines Landes, gegen ein mögliches Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle am Piz Pian Grand (Misox, Kt. Graubünden) an und erklärt, es müsse alles getan werden, um die eventuelle Wahl dieses Standorts zu verhindern.

(3097) 7. Februar: Gemäss Antrag der Energiekommission (vgl. Nr. 3051 der Chronik) beschliesst der Nationalrat als erste Kammer unter Namensaufruf, Volk und Ständen die Verwerfung der Moratoriums- und der Ausstiegsinitiative zu empfehlen. Die Ablehnung der Initiative "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)" erfolgt mit 102:76 Stimmen, während die Initiative " für den Ausstieg aus der Atomenergie" mit 118:62 Stimmen verworfen wird.

(3098) 8. Februar: Wie von seiner Energiekommission beantragt, heisst der Nationalrat in namentlicher Abstimmung den Bundesbeschluss über eine sparsame und rationelle Energieverwendung (Energienutzungsbeschluss) mit 123:32 Stimmen bei 25 Enthaltungen gut. Der Erlass bringt u.a. die Einführung der verbrauchsabhängigen individuellen Heizkostenabrechnung, verzichtet indessen auf Tarifgrundsätze und eine Umweltabgabe (vgl. Nr. 3028 der Chronik).

(3099) Wie die Leitung des Kernkraftwerks Gösgen mitteilt, ist am Vorabend wegen einer Reglerstörung die Turbine automatisch abgeschaltet worden. Nach etwa einer Stunde konnte der Lastbetrieb wiederaufgenommen werden.

(3100) 13. Februar: Nach Mitteilung des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) hat der schweizerische Elektrizitätsverbrauch im Jahr 1989 um 2,7% (Vorjahr: 1,7%) zugenommen und erreichte mit 45,5 Mrd kWh einen neuen Höchststand. An der inländischen

Stromproduktion von 51,6 Mrd kWh waren laut BEW die Wasserkraftwerke mit 57%, die Kernkraftwerke mit 41% und die ölthermischen Anlagen mit 2% beteiligt. ohne die Kernenergie aus den schweizerischen Reaktorblöcken hätte in den Wintermonaten Januar bis März sowie in den Monaten Oktober bis Dezember 1989 rund die Hälfte der benötigten Elektrizität gefehlt.

(3101) Wie die BKW (Bernische Kraftwerke AG) mitteilen, hat der Stromverbrauch im allgemeinen Netz ihres Unternehmens 1989 um 2% zugenommen und 4'535 GWh erreicht. Der Anteil der Kernenergie an der gesamten Elektrizitätserzeugung der BKW betrug 1989 rund 58% gegenüber 53% im Vorjahr.

(3102) Wie bekannt wird, hat das Departement des Innern des Kantons Aargau eine Beschwerde abgewiesen, die gegen den zustimmenden Urnenentscheid in der Gemeinde Würenlingen zum zentralen Zwischenlager für radioaktive Abfälle beim Paul Scherrer Institut eingereicht worden war (vgl. Nr. 3061 der Chronik).

(3103) Die antinukleare Genfer Organisation "Femmes pour la survie" überbringt dem Europaparlament in Strassburg eine Petition, mit welcher die Stillegung des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville verlangt wird.

(3104) 14. Februar: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement" veröffentlicht ein vom 31. Januar 1990 datiertes Schreiben der Landesregierung an die Kernkraftwerk Graben AG, in welchem ausgeführt wird: "Der Bundesrat hält an der Option Kernenergie und am möglichen Standort Graben fest." Weiter wird in diesem Brief erklärt, die hängige Rahmenbewilligung für das Projekt Kernkraftwerk Graben könne "auf keinen Fall als nicht erteilt betrachtet" werden (vgl. Nr. 2914 der Chronik).

(3105) 16. Februar: Laut Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) wird das Gutachten der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) zu den sog. Stollenanträgen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) öffentlich aufgelegt. Die Nagra hatte dem Bundesrat beantragt, mit Hilfe von Sondierstollen weitere Abklärungen am Oberbauenstock (Kt. Uri), am Piz Pian Grand (Kt. Graubünden) und am Bois de la Glaive (Kt. Waadt) durchfuhren zu können, um die Eignung dieser möglichen Standorte für die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle zu untersuchen (vgl. Nr. 2915 und 2983 der Chronik). Gemäss Gutachten der ESK soll vorläufig nur für den Oberbauenstock ein Sondierstollen bewilligt werden. Der Bundesrat wird frühestens im Herbst 1990 entscheiden.

(3106) 19. Februar: Die vorberatende Kommission des Ständerates beantragt dem Plenum mit 8:2 Stimmen, die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Verwerfung zu empfehlen.

(3107) Mit grosser Mehrheit beschliesst der Grosse Rat des Kantons Waadt, den Stimmberechtigten für den Urnengang vom 10. Juni 1990 die Verwerfung der beiden antinuklearen Initiativen der "Alternative Socialiste Verte" zu empfehlen. Zuvor ist ein vom Waadtländer Kantonsparlament verlangtes Rechtsgutachten zum Schluss gelangt, die zwei Begehren seien gültig (vgl. Nr. 2601 und 2943 der Chronik .).

(3108) 20. Februar 1990: Der Regierungsrat des Kantons Uri kritisiert die Empfehlung der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) zuhanden des Bundesrates, vorerst nur für den Oberbauenstock die Erstellung eines Sondierstollens zur Abklärung der möglichen Eignung als Endlager schwach- und mittelradioaktiver Abfälle zu bewilligen. Dies stehe im Widerspruch zu den vom Bundesrat im September 1985 formulierten Auflagen (vgl. Nr. 2222, 2915, 2983 und 3105 der Chronik).

(3109) Die GPS (Grüne Partei der Schweiz) verlangt vom Bundesrat die Einstellung der Suche nach unterirdischen Endlagern für radioaktive Abfälle, weil dies "politisch und wissenschaftlich unverantwortlich" sei.

(3110) 22. Februar: In einer Unterredung mit dem italienischen Umweltminister Giorgio Ruffolo erklärt Bundesrat Adolf Ogi, am Piz Pian Grand seien bisher nur geologische und geophysikalische Abklärungen über die mögliche Eignung dieses Standortes für die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle durchgeführt worden, hingegen liege diesbezüglich noch keine Entscheidung vor. Der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) sichert zu, Italien werde informiert, falls die Arbeiten an diesem Vorhaben wiederaufgenommen würden. Ruffolo verlangt demgegenüber, das Projekt sei ganz fallenzulassen (vgl. Nr. 3096 der Chronik).

(3111) 1. März: In Schwyz wird die ENAG Energiefinanzierungs AG gegründet, an der hauptsächlich die CKW (Centralschweizerische Kraftwerke), die EGL (Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG) und die SBB (Schweizerische Bundesbahnen) beteiligt sind. Den Partnern stehen aufgrund eines Vertrages zwischen der EGL und der EDF (Electricité de France) ab 1995 bzw. 2000 zwei Strombezugsrechte im Umfang von je 200 MW für eine Dauer von 25 Jahren zur Verfügung.

(3112) 5. März: Gemäss Antrag der vorberatenden Kommission und in Übereinstimmung mit dem Nationalrat erteilt auch der Ständerat den beiden hängigen Atomverbotsinitiativen eine klare Absage. Die Moratoriumsinitiative wird in der Kleinen Kammer mit 32:7 Stimmen abgelehnt, die Ausstiegsinitiative mit 38:5 Stimmen (vgl. Nr. 3097 und 3106 der Chronik).

(3113) Wie an der Bilanzpressekonferenz der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) zu erfahren ist, hat die Gesellschaft von der Electricité de France ein weiteres Strombezugsrecht im Umfang von 200 MW erworben. Damit belaufen sich die von der NOK in den letzten Jahren in Frankreich und Deutschland ausgehandelten Bezugsrechte auf 945,5 MW, was annähernd der Kapazität des Kernkraftwerks Leibstadt entspricht. Im Geschäftsjahr 1988/1989 stieg der Anteil der Kernenergie am Stromumsatz der NOK auf 8,9 Mrd kWh oder 57% der abgegebenen Energie.

(3114) Mit einer Motion wollen 18 bürgerliche Mitglieder des Nationalrates aus den Kantonen Bern und Solothurn den Bundesrat zum Abschluss einer Entschädigungsvereinbarung mit der Kernkraftwerk Graben AG veranlassen (vgl. Nr. 3104 und 2914 der Chronik).

(3115) Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mitteilt, hat sie für ihre Endlager-Untersuchungen am Nidwaldner Wellenberg einen weiteren Standort zur Durchführung einer Sondierbohrung festgelegt, der sich nördlich von Grafenort (Kt. Obwalden) befindet. für drei der fünf früher festgelegten Bohrstandorte liegen inzwischen sämtliche Bewilligungen vor (vgl. Nr. 2845 der Chronik).

(3116) 7. März: Im Kernkraftwerk Mühleberg wird eine grosse Notfallübung durchgeführt, an der gegen 100 Spezialisten der KKM-Notfalldienste und der Berufsfeuerwehr der Stadt Bern zum Einsatz gelangen. Die Übung zeigte nach Mitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG), "dass die Notfallorganisation des Kernkraftwerks selbst unter unrealistisch schweren Annahmen effizient und zweckmässig funktioniert".

(3117) Rund 60 Kernenergie-Gegner veranstalten vor dem Hauptsitz der BKW (Bemische Kraftwerke AG) ein sog. "Banquet antinucléaire" und wollen damit ihre Forderung bekräftigen, die BKW sollten kein Geld zur Bekämpfung der hängigen Atomverbotsinitiativen einsetzen.

(3118) 16. März: Das Nidwaldner Verfassungsgericht bezeichnet im Unterschied zum Nidwaldner Regierungsrat und zum Landrat drei Initiativen des MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldnervolkes bei Atomanlagen) als zulässig. Die gegen die geplanten Arbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Nidwaldner Wellenberg gerichteten Begehren sind gemäss diesem Entscheid der Landsgemeinde zur Stellungnahme zu unterbreiten (vgl. Nr. 2930, 2935 und 3005 der Chronik).

(3119) 21. März: Das Büro des Nidwaldner Landrates gibt die Absicht bekannt, gegen die Entscheide des Verfassungsgerichtes hinsichtlich der Zulässigkeit der drei MNA-Initiativen beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde einzureichen, für welche zudem aufschiebende Wirkung verlangt werden soll.

(3120) Der Bundesrat veröffentlicht ein Schreiben an die Kernkraftwerk Graben AG, mit welchem er diese auffordert ' bis Ende April 1990 verbindlich mitzuteilen, ob sie auf der Erteilung einer Rahmenbewilligung für das KKW-Projekt besteht und bereit ist, die damit verbundenen Risiken zu tragen. In einer ersten Stellungnahme vertritt die Kernkraftwerk Graben AG die Auffassung, dass ihr wegen faktischer Verweigerung der seit 1979 hängigen Rahmenbewilligung eine angemessene Entschädigung zu leisten sei (vgl. Nr. 2914, 3104 und 3114 der Chronik).

(3121) 23. März: In den Schlussabstimmungen verabschieden die eidgenössischen Räte die Bundesbeschlüsse, die Volk und Ständen die Verwerfung der beiden hängigen Atomverbotsinitiativen beantragen. Der Bundesbeschluss zur Ablehnung der Moratoriumsinitiative passiert im Nationalrat mit 85:59 Stimmen, im Ständerat mit 33:7 Stimmen. Auf den Bundesbeschluss zur Ablehnung der Ausstiegsinitiative entfallen im Nationalrat 89:52 Stimmen, im Ständerat 39:5 Stimmen.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1990 (Hans Peter Edel)

(3122) 3. April: Eine Delegation aus der Ukraine informiert die Energiekommission sowie die Kommission für Gesundheit und Umwelt des Nationalrates über Ursachen und Auswirkungen des Reaktorunglücks von Tschernobyl. Einer entsprechenden Pressemitteilung der Parlamentsdienste ist zu entnehmen, dass sich gemäss den Aussagen dieser Delegation die Langzeitschäden als Folge des Unfalls noch über einen längeren Zeitraum hinweg nicht abschliessend beurteilen lassen.

(3123) 4. April: Der Bundesrat setzt die eidgenössischen Abstimmungen über die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative sowie über den neuen Energieartikel in der Bundesverfassung auf den 23. September 1990 fest.

(3124) 5. April: Das Büro des Nidwaldner Landrates teilt mit, dass entgegen früherer Ankündigung darauf verzichtet wird, das Urteil des Nidwaldner Verfassungsgerichtes zur Zulässigkeit der drei Initiativen des MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldnervolkes bei Atomanlagen) beim Bundesgericht anzufechten (vgl. Nr. 3119 der Chronik).

(3125) 6. April: Der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), Bundesrat Adolf Ogi, unterzeichnet in Moskau ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Sowjetunion auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Das sofort in Kraft gesetzte Abkommen schafft den völkerrechtlichen Rahmen für eine allfällige Zusammenarbeit zwischen schweizerischen Elektrizitätswerken und sowjetischen Organisationen bezüglich des Kernbrennstoff-Kreislaufes, enthält aber weder Liefer- noch Bezugsverpflichtungen.,

(3126) An einer Medienkonferenz informieren die BKW (Bernische Kraftwerke AG) über den revidierten Sicherheitsbericht und eine probabilistische Sicherheitsanalyse zum Kernkraftwerk Mühleberg, die im Hinblick auf das geplante Gesuch um Erteilung der unbefristeten Betriebsbewilligung für diese Anlage erarbeitet wurden (vgl. Nr. 3015 und 3094 der Chronik). Gemäss BKW zeigt der bis heute abgeschlossene Analyseteil des Sicherheitsberichtes, dass das Kernkraftwerk Mühleberg mindestens die gleiche Sicherheit aufweist wie moderne neue Kernkraftwerke.

(3127) 14. April: Die Genfer Regierung protestiert gegen die Wiederinbetriebnahme des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville und beauftragt französische Rechtsanwälte, einen Produktionsstopp der Anlage zu bewirken, bis ein vom Verwaltungsgericht in Grenoble verlangter Sicherheitsbericht vorliegt und gerichtlich beurteilt ist.

(3128) 21. April: Die Organisation PSR-Schweiz ("Ärzte/Ärztinnen für soziale Verantwortung") führt in Bern eine Kundgebung durch, um darauf aufmerksam zu machen, dass das schweizerische Gesundheitswesen auf einen atomaren Unfall nicht vorbereitet sei.

(3129) Die GPS (Grüne Partei der Schweiz) beschliesst für den Urnengang vom 23. September 1990 die Ja-Parolen für die beiden Anti-Atom-Initiativen und den Energieartikel.

(3130) In Locarno demonstrieren italienische und schweizerische A-Gegner gegen weitere Untersuchungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Piz Pian Grand und für einen Verzicht Italiens und der Schweiz auf die Nutzung der Kernenergie.

(3131) 24. April: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im ersten Quartal 1990 insgesamt 6,35 Mrd kWh. Damit lag die inländische Atomstrom-Erzeugung um rund 1,2 Prozent über dem Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres.

(3132) 25. April: An der Höheren Technischen Lehranstalt Brugg-Windisch beginnt ein dreitägiger Vertiefungskurs der SVA-Kommission für Ausbildungsfragen zum Thema "Leistungserhöhung und Lebensdauer-Verlängerung von Kernkraftwerken", an welchem über 170 Fachleute aus insgesamt acht Ländern teilnehmen.

(3133) 26. April: Die Energiekommission des Nationalrates beantragt dem Plenum, mit 12:5 Stimmen, das im Dezember 1988 mit Frankreich abgeschlossene Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie zu genehmigen. Einstimmig befürwortet die Kommission die Verlängerung des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz von 1978 um zehn Jahre. Abgelehnt werden mit 11:4 Stimmen die Standesinitiativen des Kantons Basel-Stadt für eine schrittweise Ablösung der Kernkrafttechnik und des Kantons Jura für ein Elektrizitätsspargesetz.

(3134) 28. April 1990: An einer Kundgebung aus Anlass des vierten Jahrestages des Reaktorunglücks von Tschernobyl nehmen in Bern rund 2500 Personen teil. An der ohne Zwischenfälle verlaufenden Demonstration wird u.a. die Stillegung des Kernkraftwerks Mühleberg und des französischen Schnellen Brüters Superphénix verlangt.

(3135) 29. April: Die Nidwaldner Landsgemeinde heisst eine Verfassungs- und zwei Gesetzesinitiativen gut, die vom MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldnervokes bei Atomanlagen) lanciert worden sind und sich gegen die Arbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Wellenberg in der Gemeinde Wolfenschiessen richten. Mit den drei Begehren werden der sog. herrenlose Untergrund der Hoheit des Kantons Nidwalden unterstellt und ein zusätzliches Genehmigungsrecht der Landsgemeinde bezüglich der Erteilung kantonaler Konzessionen zur Benützung des Untergrunds für Ausbeutung, Produktion und Lagerung sowie für entsprechende Vorbereitungshandlungen eingeführt.

(3136) 1. Mai 1990: Wie Zeitungsberichten zu entnehmen ist, gelangt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mit einer staatsrechtlichen Beschwerde ans Bundesgericht, um die aufgrund der Gutheissung dreier Volksbegehren durch die Nidwaldner Landsgemeinde (vgl. Nr. 3135 der Chronik) entstandene Rechtslage abzuklären.

(3137) 2. Mai: Gemäss Beschluss des Bundesrates sind ab sofort über Teletext Angaben zum Stand der Radioaktivität in der Schweiz abrufbar, die von den Nadam-Messstationen (Netz für automatische Dosis-Alarmierung und -Messung) an verschiedenen Orten des Landes sowie bei den Kernkraftwerken ermittelt werden. Ebenfalls durch Teletext wird zudem über den Betrieb der schweizerischen Reaktorblöcke informiert.

(3138) 4. Mai: Die Kernkraftwerk Graben AG nimmt Stellung zu einem Schreiben des Bundesrates (vgl. Nr. 3120 der Chronik) und beharrt dabei auf Verhandlungen Über eine finanzielle Entschädigung mit Bezug auf das Projekt Kernkraftwerk Graben. Die Unternehmung argumentiert, mit dem seit über 10 Jahren hängigen Rahmenbewilligungsentscheid sei eine Verzögerung eingetreten, die faktisch als Ablehnung des Gesuchs betrachtet werden müsse.

(3139) 5. Mai: Die Delegiertenversammlung der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) beschliesst einstimmig die Nein-Parole zu den beiden Anti-Atom-Initiativen und befürwortet den Energieartikel der Bundesverfassung mit 29:13 Stimmen.

(3140) 12. Mai: Der Vorstand der SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) beschliesst für den Urnengang vom 23. September 1990 die Ja-Parolen für die beiden Anti-Atom-Initiativen und den Energieartikel.

(3141) Block 1 des Kernkraftwerks Beznau wird zur Durchführung der Jahresrevision und zur Vornahme des Brennelementwechsels planmässig abgeschaltet. Die Arbeiten sollen bis Ende Juni dauern.

(3142) 15. Mai: Gemäss Mitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ist am Nidwaldner Wellenberg mit der ersten Sondierbohrung begonnen worden. Das damit eingeleitete Untersuchungsprogramm ist Bestandteil der vom

Bundesrat am 31. August 1988 bewilligten Abklärungen zur Eignung dieses möglichen Standortes für die Endlagerung kurzlebiger radioaktiver Abfälle (vgl. Nr. 3037 und 3081 der Chronik).

(3143) 17. Mai: Ende September 1987 hat der Grosse Gemeinderat der Stadt St. Gallen eine Volksinitiative " für eine Zukunft ohne Atomenergie" als rechtswidrig bezeichnet und deshalb als ungültig erklärt (vgl. Nr. 2645 der Chronik). Gegen diesen Entscheid wurde vom St. Gallisch-Appenzellischen Naturschutzbund Rekurs eingereicht, den der St. Galler Regierungsrat nun abgelehnt hat, wie die Staatskanzlei mitteilt.

(3144) 18. Mai: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) veröffentlicht ihren Bericht über die schweizerischen Kernanlagen im Jahre 1989 und beurteilt darin die Sicherheit des Betriebes zusammenfassend als gut. 1989 wurden in den schweizerischen Kernanlagen insgesamt 23 meldepflichtige Ereignisse verzeichnet, die alle als nicht sicherheitsrelevant einzustufen waren.

(3145) 22. Mai 1990: Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekanntgibt, reicht sie beim Verfassungsgericht des Kantons Nidwalden gegen die Beschlüsse der Landsgemeinde vom 29. April 1990 (vgl. Nr. 3135 und 3136 der Chronik) Beschwerden ein.

(3146) 25. Mai: In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage bedauert der Bundesrat, dass die Organisation Greenpeace mit der illegalen Blockade eines Brennelementtransportes beim Kernkraftwerk Gösgen und mit der Veröffentlichung falscher Messwerte eine unbegründete Beunruhigung der Öffentlichkeit verursacht hat (vgl. Nr. 3086 der Chronik).

(3147) 28. Mai: In Bern beginnt eine Informationstagung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) zum Thema "Kernenergie - wie weiter?". Insgesamt rund 250 Personen aus dem In- und Ausland nehmen daran teil.

(3148) 30. Mai: In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage gibt der Bundesrat bekannt, dass die schweizerischen Elektrizitätsgesellschaften bei der EDF (Electricité de France) Strombezugsrechte im Umfang einer Leistung von 2'456 MW erworben haben. Geliefert werden sollen pro Jahr 15,44 Mrd kWh Elektrizität, was rund einem Drittel des schweizerischen Stromverbrauchs im Jahr 1989 entspricht.

(3149) 5. Juni: Zur Durchführung der Jahresrevision und für den Wechsel der Brennelemente wird das Kernkraftwerk Gösgen planmässig abgeschaltet. Die Arbeiten sollen bis Mitte Juli dauern.

(3150) 7. Juni: An der Bilanzpressekonferenz der BKW (Bernische Kraftwerke AG) ist zu erfahren, dass das Kernkraftwerk Mühleberg im Geschäftsjahr 1989 rund einen Drittel der gesamten BKW-Stromproduktion geliefert hat. Im kommenden August soll den Behörden das Gesuch unterbreitet werden, der Anlage eine unbefristete Betriebsbewilligung zu erteilen und eine Erhöhung ihrer Leistung um 10 Prozent zu genehmigen.

(3151) 10. Juni 1990: Mit einem Neinstimmen-Anteil von je rund 55 Prozent werden im Kanton Waadt zwei antinukleare Initiativen der "Alternative Socialiste Verte" verworfen. Das eine Begehren wollte die Regierung verpflichten, sich dem Bau von Kernkraftwerken, Wiederaufarbeitungsanlagen und Lagerstätten für radioaktive Abfälle auf dem Kantonsgebiet oder in benachbarten Regionen zu widersetzen. Die zweite Initiative verlangte einen kantonalen Energieartikel, der sich am Umweltschutz orientiert und eine Förderung von Alternativenergien vorsieht (vgl. Nr. 2601, 2943 und 3107 der Chronik).

(3152) 12. Juni: Der antinukleare Verein "Mühleberg unter der Lupe" veröffentlicht ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten des Oeko-Instituts Darmstadt, das die Sicherheit des Kernkraftwerks Mühleberg anzweifelt. Von seiten der BKW (Bernische Kraftwerke AG) als Betreiber der Anlage, der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) und des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) wird umgehend festgestellt, dass diese Studie unhaltbare Unterstellungen aufweist und als unfundiert bezeichnet werden muss, weil sie sich nicht auf die spezifischen Daten und die Betriebserfahrung des aus politischen Motiven angegriffenen Werkes abstützt.

(3153) 14. Juni: Nach dem Ständerat ermächtigt auch der Nationalrat den Bundesrat mit 77:37 Stimmen zur Ratifizierung des Abkommens mit Frankreich über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie (vgl. Nr. 3067 der Chronik).

(3154) 15. Juni: An der Generalversammlung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) erklärt Direktionspräsident Rudolf von Werdt, die Haltlosigkeit der im Gutachten des Oeko-Instituts Darmstadt zum Kernkraftwerk Mühleberg gemachten Unterstellungen bestätige sich nach erster Prüfung der Studie. Der Bericht enthalte grundlegende Fehlaussagen sicherheitstechnischer Art und bezwecke eine gezielte Verunsicherung der Öffentlichkeit. Das Kernkraftwerk Mühleberg verfüge im Gegensatz zu den Behauptungen des Oeko-Instituts Darmstadt im weltweiten Vergleich über eine ausserordentlich hohe Sicherheitsreserve (vgl. Nr. 3152 der Chronik).

(3155) 18. Juni: In Übereinstimmung mit dem Ständerat heisst auch der Nationalrat die beantragte Verlängerung des Bundesbeschlusses von 1978 zum Atomgesetz bis zum Jahr 2000 gut (vgl. Nr. 3063 der Chronik).

(3156) 19. Juni: Wie an der Generalversammlung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) zu erfahren ist, wurden im Jahr 1989 für die entsprechenden Arbeiten Fr. 33,8 Mio aufgewendet. Insgesamt belaufen sich die bisherigen Ausgaben der Nagra auf rund Fr. 382 Mio.

(3157) 21. Juni: Laut einem Grundsatzentscheid des Bundesgerichtes muss die Eidgenossenschaft aufgrund des Kernenergie-Haftpflichtgesetzes für die Einkommensausfälle aufkommen, welche den schweizerischen Gemüseproduzenten nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl entstanden sind. Über die Höhe des Schadenersatzes hat der Appellationshof des Berner Obergerichtes zu entscheiden (vgl. Nr. 2993 und 3058 der Chronik).

(3158) Die vorberatende Kommission des Bernischen Grossen Rates befürwortet bei der Behandlung des zweiten Berichtes des Regierungsrates über die Energiepolitik des Kantons Bern einen gesetzlich verankerten Leistungsauftrag an die Energieversorgungsunternehmen, lehnt indessen eine verstärkte Einflussnahme des Kantons auf die BKW (Bernische Kraftwerke AG) ab.

(3159) 22. Juni: In Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses erklärt der Bundesrat, er sehe keinen Anlass, an der Sicherheit des Kernkraftwerks Mühleberg zu zweifeln. Die Studie des Oeko-Instituts Darmstadt habe spezifische Sicherheitseigenschaften dieser Anlage zum Teil nicht berücksichtigt (vgl. Nr. 3152 und 3154 der Chronik).

(3160) 25. Juni: Mit einem Offenen Brief an SRG-Generaldirektor Antonio Riva werfen 52 bürgerliche National- und Ständeräte der "Rundschau" des Deutschschweizer Fernsehens vor, mit ihrem Bericht über die Studie des Oeko-Instituts Darmstadt zum Kernkraftwerk Mühleberg im Vorfeld der Energieabstimmungen vom 23. September 1990 eine Verängstigungskampagne begonnen zu haben.

(3161) 27. Juni: Der Bund stellt der ZWILAG (Zwischenlager Würenlingen AG) beim Paul Scherrer Institut ein eigenes Grundstück im Baurecht zur Verfügung, um hier das zentrale Zwischenlager der Kernkraftwerkbetreiber für radioaktive Abfälle erstellen zu können (vgl. Nr. 3061 und 3102 der Chronik). Gleichzeitig genehmigt der Bundesrat einen Zusatzkredit für den Bau des bundeseigenen Zwischenlagers auf demselben Gelände (vgl. Nr. 2639 der Chronik).

(3162) 30. Juni: Zur Verhinderung des geplanten Sondierstollens der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) am Oberbauenstock im Kanton Uri mauert die Urner Bürgerinitiative "Atommüll Hiä Niä" den vorgesehenen Stolleneingang symbolisch zu (vgl. Nr. 3105 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1990 (Hans Peter Edel)

(3163) 2. Juli: Nach Beendigung der Jahresrevision und des Brennelementwechsels kann Block 1 des Kernkraftwerks Beznau wieder ans Netz angeschlossen werden (vgl. Nr. 3141 der Chronik).

(3164) 7. Juli: Nach Durchführung der Jahresrevision und dem Wechsel der Brennelemente nimmt das Kernkraftwerk Gösgen seine Produktion wieder auf (vgl. Nr. 3149 der Chronik).

(3165) 11. Juli 1990: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt in Zusammenarbeit mit den Betreibern der schweizerischen Kernkraftwerke eine Pressefahrt ins Kernkraftwerk Beznau durch, um die Vertreter der Medien über die Sicherheitsaspekte des schweizerischen Nuklearparks und die Nachrüstung mit Notstandssystemen zu informieren.

(3166) Im Gemeinderat der Stadt Zürich wird von bürgerlicher Seite eine Motion eingereicht, die bezweckt, die Kompetenz zur Beschaffung elektrischer Energie an den Stadtrat (Exekutive) zu übertragen.

(3167) 12. Juli: Leitung und Belegschaft des Kernkraftwerks Mühleberg werden seitens der Herstellerfirma General Electric für den sicheren und erfolgreichen Betrieb der Anlage im Jahr 1989 ausgezeichnet. Zusammen mit einem Kernkraftwerk in den Niederlanden ist Mühleberg weltweit die einzige Anlage, welche diese Auszeichnung seit deren Einführung vor 12 Jahren alljährlich ohne Unterbruch entgegennehmen konnte.

(3168) 13. Juli: Zur Vornahme der Jahresrevision und des Brennelementwechsels ist Block 2 des Kernkraftwerks Beznau planmässig abgeschaltet worden. Die vorgesehenen Arbeiten sollen bis Ende August dauern.

(3169) 16. Juli: In einer Stellungnahme zur Studie des Oeko-Instituts Darmstadt über das Kernkraftwerk Mühleberg erklärt die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen), das Gutachten beruhe "in wesentlichem Ausmass auf falschen Grundlagen". Sicherheitstechnisch günstige Eigenschaften dieser Anlage seien nicht berücksichtigt oder sogar ins Gegenteil verkehrt worden (vgl. Nr. 3152, 3154 und 3159 der Chronik).

(3170) Der Vorstand DRS erklärt zur Kritik bürgerlicher Parlamentarier an einem "Rundschau"-Beitrag des Deutschschweizer Fernsehens zum Kernkraftwerk Mühleberg, die beanstandete Sendung sei im ganzen vertretbar gewesen. Es seien beide Seiten zu Wort gekommen, und das Publikum habe die Möglichkeit zur distanzierten Beurteilung gehabt (vgl. Nr. 3160 der Chronik).

(3171) Die Zwilag (Zwischenlager Würenlingen AG) ersucht den Bundesrat um Erteilung der Rahmenbewilligung für das vorgesehene zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle aller Kategorien. Das Projekt sieht neben den Zwischenlagerbauten auch Anlagen für die Behandlung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle vor (vgl. Nr. 3161 der Chronik).

(3172) 18. Juli: Nach Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die Nettoproduktion der fünf Schweizer Kernkraftwerke im zweiten Quartal 1990 insgesamt 5,13 Mrd kWh. Damit lag die inländische Atomstrom-Erzeugung um rund 2,3% über dem Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres.

(3173) 2. August: Zur Durchführung der Jahresrevision und des teilweisen Wechsels der Brennelemente ist das Kernkraftwerk Leibstadt planmässig abgeschaltet worden. Der Stillstand soll bis zum 4. September 1990 dauern.

(3174) 6. August: Zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementwechsels wurde das Kernkraftwerk Mühleberg planmässig abgeschaltet. Der Stillstand dauert voraussichtlich rund fünf Wochen.

(3175) Zur Erweiterung der Zwischenlagerkapazität im Kernkraftwerk Beznau reichen die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) in Döttingen/AG ein kommunales Baugesuch ein. Das Zwischenlager soll alle Kategorien von radioaktiven Abfällen aufnehmen.

(3176) 16. August: Unter starker Beteiligung führt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in Bern ihre 31. ordentliche Generalversammlung durch. Das Gastreferat hält Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, zum Thema "Die schweizerische Wirtschaft und das Energieproblem".

(3177) Im Rahmen einer Grundsatzdiskussion über die kantonale Energiepolitik lehnt es der Bernische Grosse Rat mit 96:84 Stimmen ab, die "Ermöglichung eines planmässigen schrittweisen Rückzugs aus der Kernenergie" als Zielsetzung ins Dekret über die energiepolitischen Leitsätze aufzunehmen (vgl. Nr. 2496 der Chronik).

(3178) Der Leitende Ausschuss des Schweizerischen Bauernverbandes empfiehlt die Verwerfung der beiden Anti-Atom-Initiativen und Zustimmung zum Energieartikel.

(3179) 18. August: Die Delegiertenversammlung der SVP (Schweizerische Volkspartei) beschliesst mit 197:8 Stimmen die Nein-Parole zur Moratoriums-Initiative und mit 199:1 Stimmen die Verwerfung der Ausstiegs-Initiative, während für den Energieartikel auf Stimmfreigabe entschieden wird.

(3180) 20. August: Wie mitgeteilt wird, hat die Kernkraftwerk Graben AG beim Bundesgericht Klage eingereicht, um für die Nichtverwirklichung des Projektes Graben seitens des Bundes mit Fr. 300 Mio entschädigt zu werden. Die Unternehmung begründet ihr Rechtsbegehren mit der Nichterteilung der vor über zehn Jahren beantragten Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Graben (vgl. Nr. 3120 und 3138 der Chronik).

(3181) Bei der Behandlung des Dekretes über die Leitsätze der kantonalen Energiepolitik lehnt der bernische Grosse Rat Anträge ab, die den Regierungsrat dazu verpflichten wollten, sich für einen Entzug der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg bzw. da für einzusetzen, dass die Anlage nach Ablauf der Betriebsdauer nicht ersetzt wird.

(3182) 21. August 1990: Der bernische Grosse Rat überweist das Dekret über die Leitsätze der kantonalen Energiepolitik mit 140:15 Stimmen und lehnt es dabei mit 96:89 Stimmen ab, den BKW (Bernische Kraftwerke AG) einen sog. Leistungsauftrag zu erteilen (vgl. Nr. 3150 der Chronik).

(3183) 22. August: Mit 56:42 Stimmen überweist der Zürcher Gemeinderat ein Postulat, welches verlangt, dass sich das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich weder mit finanziellen Mitteln noch mit seinen Mitarbeitern am Abstimmungskampf um die beiden Anti-Atom-Initiativen beteiligen darf.

(3184) In einem Brief an die Kernkraftwerk Graben AG erklärt der Bundesrat, er habe verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Rahmenbewilligung für das Projekt Graben nicht als verweigert betrachtet werden könne, und sehe auch nach der Einreichung der Klage beim Bundesgericht keinen Anlass, von diesem Rechtsstandpunkt abzurücken (vgl. Nr. 3180 der Chronik).

(3185) 25. August: Die Delegiertenversammlung der CVP (Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz) beschliesst mit 150:68 Stimmen die Nein-Parole zur Moratoriums-Initiative und mit 201:15 die Verwerfung der Ausstiegs-Initiative, während auf die Annahme des Energieartikels 233:9 Stimmen entfallen.

(3186) Der Zentralvorstand der EVP (Evangelische Volkspartei der Schweiz) gibt für die Moratoriums-Initiative und den Energieartikel die Ja-Parole heraus; für die Ausstiegs-Initiative wird ein Nein empfohlen.

(3187) 30. August: 230 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Technik und Wirtschaft rufen dazu auf, den beiden Anti-Atom-Initiativen eine klare Absage zu erteilen. Dieser Appell erfolgt in Sorge um die schwerwiegenden Folgen eines Ausstiegs aus der Kernenergie sowohl für die Umwelt als auch für die schweizerische Stromversorgung, wie an einer Medienkonferenz der Studiengruppe für Energieperspektiven und des Forums Wissenschaft und Energie in Bern erklärt wird.

(3188) 31. August: Nach Abschluss der ordentlichen Jahresrevision und des Brennelementwechsels kann das Kernkraftwerk Beznau-II wieder ans Netz angeschlossen werden (vgl. Nr. 3168 der Chronik).

(3189) 1. September: Die Delegiertenversammlung der FDP (Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz) beschliesst mit 121:15 Stimmen die Nein-Parole zur Moratoriums-Initiative und mit 127:3 Stimmen die Verwerfung der Ausstiegs-Initiative, während die Zustimmung zum Energieartikel mit 51:45 Stimmen erfolgt.

(3190) Die Liberale Partei der Schweiz beschliesst einstimmig die Nein-Parole zu den beiden antinuklearen Initiativen und mit grossem Mehr die Ablehnung des Energieartikels. Die Delegiertenversammlung des LdU (Landesring der Unabhängigen) beschliesst mit 34:3 Stimmen Ja zur Moratoriums-Initiative und mit 29:7 Stimmen Ja zur Ausstiegs-Initiative sowie einstimmig Zustimmung zum Energieartikel.

(3191) 5. September: Gemäss Beschluss des Bundesrates wird sich die Schweiz an einem Sicherheitsprogramm der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) für Kernreaktoren in der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Ländern beteiligen. Weiter sollen Fachleute aus der Sowjetunion zu einem Besuch in der Schweiz eingeladen werden, um sich über die schweizerischen Anforderungen an die Sicherheit der Kernanlagen und über das Vorgehen bei der entsprechenden Aufsicht zu informieren. Die Schweiz beteiligt sich zudem an einem internationalen Forschungszentrum in Tschernobyl.

(3192) 6. September: Nach Abschluss der ordentlichen Jahresrevision und des Brennelementwechsels kann das Kernkraftwerk Leibstadt wieder angefahren werden (vgl. Nr. 3173 der Chronik).

(3193) 7. September: Die SDK (Schweizerische Sanitätsdirektorenkonferenz) veröffentlicht eine Pressemitteilung zu einem internen Zwischenbericht über die Hilfeleistung bei nuklearen und strahlenbedingten Unfällen. Gemäss Communiqué erachten das Zentralsekretariat der SDK und die zuständigen Bundesstellen die Wahrscheinlichkeit als äusserst gering, dass in der Schweiz ein Fall eintreten könnte, bei dem eine grössere Zahl radioaktiv bestrahlter Patienten zu behandeln wäre. Dennoch seien im Hinblick auf eine solche Situation vorsorgliche Massnahmen möglichst sorgfältig auszubauen.

(3194) Während des Anfahrens des Kernkraftwerks Leibstadt kommt es wegen einer Störung in der Pumpenkühlung zu einer automatischen Schnellabschaltung des Reaktors. Hernach wird ein zweites Mal mit der Wiederinbetriebnahme der Anlage begonnen (vgl. Nr. 3192 der Chronik).

(3195) 10. September: Nach Abschluss der ordentlichen Jahresrevision und des Brennelementwechsels ist das Kernkraftwerk Mühleberg wieder in Betrieb genommen worden. Der geplante Stillstand dauerte 35 Tage (vgl. Nr. 3174 der Chronik).

(3196) 17. September: Mitglieder der Organisation Greenpeace dringen ins Gelände des Kernkraftwerks Leibstadt ein und bringen am Kühlturm antinukleare Parolen an. Nach rund sieben Stunden wird die Demonstration abgebrochen. In der Folge wird gegen Greenpeace eine Strafklage wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung eingereicht.

(3197) 21. September: Wegen einer Störung im Wasser-/Dampfkreislauf im nuklearen Teil der Anlage kommt es im Kernkraftwerk Beznau-II zu einer automatischen Schnellabschaltung des Reaktors. Nach rund zwei Stunden kann die Stromproduktion wieder aufgenommen werden.

(3198) 23. September 1990: Im eidgenössischen Urnengang wird die Volksinitiative "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)" mit 9471356 Ja (54,6%) gegen 7871247 Nein (45,4%) gutgeheissen, wobei die Vorlage mit 191/2 zustimmenden Kantonen und 31/2 verwerfenden Kantonen auch das Ständemehr erreicht. Die Volksinitiative " für den Ausstieg aus der Atomenergie" wird mit 9151552 Nein (52,9% gegen 8161302 Ja (47,1%) abgelehnt. Von den Kantonen verwerfen 16 Stände die Vorlage, während sieben dem Begehren mehrheitlich zustimmen. Der neue Energieartikel in der Bundesverfassung findet mit 112121898 Ja (71%) gegen 4951952 Nein (29%) Gutheissung. Diese Vorlage wird von allen Kantonen mehrheitlich angenommen.

(3199) 26. September: Als zweite Kammer heisst auch der Nationalrat das neue Strahlenschutzgesetz mit 104:0 Stimmen gut. Wie der Ständerat spricht er sich dabei für den Grundsatz der Entsorgung radioaktiver Abfälle im Inland aus. In der Frage des Zwangseinsatzes bestimmter Berufsgruppen im Katastrophenfall einigt sich der Nationalrat auf einen Kompromiss, welcher diese Dienstpflicht "auf den Rahmen der üblichen beruflichen und unternehmerischen Tätigkeit und auf den unerlässlichen Schutz der Bevölkerung" begrenzt. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat (vgl. Nr. 2854 und 3053 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1990 H.P. Edel

(3200) 1. Oktober: Gemäss Entscheid des Bundesrates wird das Bewilligungsverfahren für den Bau von Sondierstollen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) sistiert, bis die Untersuchungen an allen möglichen Standorten des Endlagers für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle den gleichen Stand erreicht haben. Diese Auflage bezieht sich insbesondere auf die bisher durch starke Opposition behinderten Arbeiten der Nagra am Bois de la Glaive in der Waadtländer Gemeinde Ollon (vgl. Nr. 2222, 2915, 2983, 3082, 3087 und 3105 der Chronik).

(3201) 3. Oktober: Im Kernkraftwerk Leibstadt kommt es während eines periodischen Funktionstests der Reaktorinstrumentierung zu einer automatischen Abschaltung des Reaktors. Grund des Betriebsunterbruchs war die Fehlfunktion eines Relais zum Einfahren der Steuerstäbe. Nach wenigen Stunden kann mit dem Wiederanfahren der Anlage begonnen werden.

(3202) 6. Oktober: Wie vom Direktor des Buwal (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft) bestätigt wird, prüft eine Arbeitsgruppe die Möglichkeit der Erhebung einer Abgabe auf Benzin, Erdgas und Heizöl zur Eindämmung der Kohlendioxid-Emissionen.

(3203) 8. Oktober: In Beantwortung parlamentarischer Vorstösse bekräftigt der Bundesrat seine Entschlossenheit, der Kernkraftwerk Graben AG keine Entschädigung zu bezahlen und diese Haltung auch vor Bundesgericht zu vertreten. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass sich nach Einreichung der Entschädigungsklage seitens der Kernkraftwerk Graben AG weitere Verhandlungen erübrigen, weshalb sie dem Parlament beantragt, eine entsprechende Motion abzulehnen (vgl. Nr. 3114, 3180 und 3183 der Chronik).

(3204 Im Geschäftsjahr 1989/90 hat die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) in ihrem Versorgungsgebiet 2,8% mehr Strom abgegeben als im Vorjahr. Der Produktionsanteil der Kernenergie aus dem eigenen Kraftwerkpark betrug durchschnittlich 70%, im Winterhalbjahr 76%.

(3205) 18. Oktober: Nach Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die Nettoproduktion der fünf Schweizer Kernkraftwerke im dritten Quartal 1990 insgesamt 4,37 Mrd kWh. Damit lag die inländische Atomstrom-Erzeugung um rund 17,5% über dem Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres, was zu einem grossen Teil darauf zurückzuführen ist, dass die Jahres-revisionen im laufenden Jahr deutlich weniger Zeit beanspruchten als 1989.

(3206) Gemäss Verfügung des Bundesgerichtes muss die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ihre anhängig gemachte Verfassungsbeschwerde gegen den Nidwaldner Landsgemeindebeschluss zur Annahme dreier Initiativen für die Mitsprache des Volkes bei Atomanlagen zuerst den kantonalen Gerichtsinstanzen unterbreiten (vgl. Nr. 3135, 3136 und 3145 der Chronik).

(3207) 19. Oktober: Die CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) haben im Geschäftsjahr 1989/90 in ihrem Versorgungsgebiet rund l'929 Mio kWh oder 2,3% mehr Elektrizität abgegeben als im Vorjahr. Dabei betrug der Anteil der Kernenergie am gesamten Elektrizitätsumsatz rund 59%.

(3208) 23. Oktober: Mit 92:30 Stimmen lehnt der Grosse Rat des Kantons Aargau ein Postulat ab, das von der Regierung ein unabhängiges Gutachten über die Sicherheit der aargauischen Kernkraftwerke sowie ein Eintreten beim Bund gegen eine unbefristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg verlangte (vgl. Nr. 3126 der Chronik).

(3209) 24. Oktober: Der Bundesrat erhöht die Mindestsumme für die private Haftpflichversicherung von Kernanlagen gemäss Kernenergiehaftpflichtgesetz ab 1. Januar 1991 von Fr. 400 Mio auf Fr. 500 Mio. für die Differenz zwischen dieser Haftpflichtsumme und dem Versicherungsbetrag von Fr. 1 Mrd pro Kernanlage tritt nach wie vor der Bund als Versicherer ein.

(3210) 5. November: Im Block 1 des Kernkraftwerks Beznau wird eine zweite Heizerstufe zur Wärmeauskopplung für das regionale Fernwärmenetz Refuna in Betrieb genommen, womit sich die Energieeffizienz der abgegebenen Wärme im Jahresdurchschnitt um 20% steigern lässt.

(3211) 7. November 1990: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) plant aufgrund der Volksabstimmungen vom 23. September 1990 (vgl. Nr. 3198 der Chronik) ein energiepolitisches Aktionsprogramm "Energie 2000". Dessen Ziel ist es, den Verbrauch fossiler Energien und den Stromverbrauch möglichst rasch zu stabilisieren sowie den Beitrag der neuen erneuerbaren Energien deutlich zu steigern. Die CO2-Emissionen sollen bis zum Jahr 2000 mindestens stabilisiert werden.

(3212) Das bernische Kantonsparlament erklärt zwei Motionen zum Projekt Kernkraftwerk Graben erheblich, die den Regierungsrat beauftragen, sich für die „sofortige Aufnahme von echten Verzichtsverhandlungen“ mit der Kernkraftwerk Graben AG und mit allen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln da für einzusetzen, dass "Graben als Ersatz für Kaiseraugst nicht gebaut wird" (vgl. Nr. 3180 und 3184 der Chronik).

(3213) 9. November. Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) reichen dem Bundesrat das Gesuch ein, für das Kernkraftwerk Mühleberg ab 1993 eine unbefristete Bewilligung zum Weiterbetrieb mit einer um 10% erhöhten Leistung zu erteilen (vgl. Nr. 3126 der Chronik).

(3214) Die vorberatende Kommission des Ständerates beantragt dem Plenum Zustimmung zum Bundesbeschluss über eine sparsame und rationelle Energieverwendung (Energienutzungsbeschluss), schafft aber in der Detailberatung neun Differenzen zu den Entscheiden des Nationalrates (vgl. Nr. 3089 der Chronik).

(3215) 13. November: Gemäss Mitteilung des VSE (Verband Schweizerische Elektrizitätswerke) hat der landesweite Stromverbrauch im hydrologischen Jahr 1989/90 um 2,2% auf 46,2 Mrd kWh zugenommen. Im Winterhalbjahr mussten 7% des schweizerischen Elektrizitätsbedarfs aus dem Ausland bezogen werden. Der Anteil der Kernenergie an der schweizerischen Stromproduktion betrug vom Oktober 1989 bis Ende September 1990 42,2%.

(3216) 27. November: Das Fehlverhalten einer Durchflussregelung im nichtnuklearen Dampfturbinensystem führt im Block 1 des Kernkraftwerks Beznau zu einer automatischen Reaktorabschaltung. Nach rund fünf Stunden kann die Anlage wieder ans Netz angeschlossen werden.

(3217) 4. Dezember: mit 34:2 Stimmen wird der Bundesbeschluss über eine sparsame und rationelle Energieverwendung (Energienutzungsbeschluss) auch vom Ständerat gutgeheissen. In Übereinstimmung mit dem Nationalrat genehmigt die Kleine Kammer dabei die Einführung der verbrauchsabhängigen individuellen Abrechnung der Kosten für Heizung und Warmwasser. In acht Punkten bestehen noch Differenzen zu den Beschlüssen des Erstrates (vgl. Nr. 3098 und 3214 der Chronik).

(3218) 7. Dezember: Nach Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) sind gegen das Rahmenbewilligungsgesuch für das Zentrale Zwischenlager Würenlingen Einsprachen von 101600 Personen, 18 Organisationen und 23 Gemeinwesen eingegangen. 94% der Einwendungen stammen aus der Bundesrepublik Deutschland, und 99% wurden als Vervielfältigungen eingereicht. Das Gutachten der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) zum Rahmenbewilligungsgesuch und die Stellungnahme der KSA (Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen) werden voraussichtlich in der zweiten Hälfte 1991 öffentlich aufgelegt. Der Entscheid des Bundesrates über das Gesuch und die Einwendungen dürfte etwa Ende 1992 vorliegen (vgl. Nr. 3171 der Chronik)

(3219) 10. Dezember: Der Bundesrat erteilt der NGA (Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik) die im September 1988 beantragte Bewilligung, das ehemalige Versuchsatomkraftwerk Lucens endgültig stillzulegen. Es ist vorgesehen, die unterirdischen Kavernen teilweise mit Beton zu verfallen. Die in sechs Betoncontainern verpackten kontaminierten Bestandteile der Anlage sollen vorerst auf dem Areal in Lucens bleiben, bis sie ins geplante Zentrale Zwischenlager in Würenlingen verbracht werden können (vgl. Nr. 2868 der Chronik).

(3220) 11. Dezember: Wegen einer Netzstörung ausserhalb der Anlage kommt es im Kernkraftwerk Gösgen zu einer automatischen Reaktorabschaltung. Nach rund drei Stunden kann die Stromproduktion wieder aufgenommen werden.

(3121) 13. Dezember: Der Nationalrat bereinigt die Differenzen beim Energienutzungsbeschluss und schliesst sich dabei u.a. unter Namensaufruf mit 101:67 Stimmen dem Beschluss des Ständerates an, dass privat erzeugter Strom aus erneuerbaren Energien seitens der Elektrizitätswerke nur dann übernommen und entsprechend den Kosten für Elektrizität aus inländischen Neuanlagen vergütet werden muss, wenn die Produktion der Eigenerzeuger regelmässig erfolgt (vgl. Nr. 3217 der Chronik)

(3222) 14. Dezember: In den Schlussabstimmungen am Ende der Wintersession 1990 wird der Energienutzungsbeschluss vom Nationalrat mit 121:13 Stimmen und vom Ständerat mit 35:0 Stimmen definitiv gutheissen (vgl. Nr. 3217 und 3221 der Chronik).

(3223) 17. Dezember: Gemäss einer Vereinbarung zwischen dem Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten und der Eidgenössischen Finanzverwaltung bezahlt die Eidgenossenschaft den Gemüseproduzenten für Einkommensausfälle als Folge des Reaktorunglücks von Tschernobyl eine Entschädigung von rund Fr. 8,7 Mio plus Zins seit dem 15. Mai 1986 (vgl. Nr. 3157 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1991 (Hans Peter Edel)

(3224) 11. Januar: In Beantwortung einer im Grossen Rat eingereichten Motion zur beantragten unbefristeten Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg spricht sich der Regierungsrat des Kantons Bern dagegen aus, sich zu einer Stellungnahme gegen dieses Gesuch verpflichten zu lassen. Dem Parlament wird die Ablehnung der Motion beantragt (vgl. Nr. 3181 und 3213 der Chronik).

(3225) 16. Januar: Gemäss Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) haben die fünf Schweizer Kernkraftwerke 1990 zusammen rund 22,3 Mrd kWh Strom produziert. Dieses höchste je erreichte Ergebnis übertrifft die Atomstrom-Erzeugung des Vorjahres um knapp 800 Mio kWh oder 3,7%. Der bisherige Produktionsrekord lag bei 21,7 Mrd kWh im Jahr 1987.

(3226) Nach Angaben der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) stieg der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet im hydrologischen Jahr 1989/90 um 2,5% auf 11929 Mio kWh. Von dieser Elektrizitätsmenge stammten durchschnittlich rund 59% aus Kernkraftwerken, wobei der Anteil des Atomstroms im Winterhalbjahr sogar bei 70% lag.

(3227) 22. Januar: Wie die BKW (Bernische Kraftwerke AG) mitteilen, hat der Stromverbrauch im allgemeinen Netz ihres Unternehmens 1990 um 1,6% zugenommen. Im Winterhalbjahr konnte die Nachfrage trotz zuverlässigem Betrieb des Kernkraftwerks Mühleberg nur dank den langfristig vereinbarten Strombezügen gedeckt werden.

(3228) Der antinukleare Verein "Mühleberg unter der Lupe" gibt bekannt, dass er gegen die beantragte unbefristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg bei den Bundesbehörden Einsprache erheben werde. Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) stellen dazu fest, dass die angeblichen "Sicherheitsdefizite" der Anlage bereits im Sommer 1990 durch die zuständige Aufsichtsbehörde des Bundes widerlegt worden sind (vgl. Nr. 3169 und 3213 der Chronik).

(3229) Gemäss Antrag der vorberatenden Kommission bereinigt der Nationalrat beim neuen Strahlenschutzgesetz die beiden letzten Differenzen zur Ständekammer durch diskussionslose Zustimmung (vgl. Nr. 3199 der Chronik).

(3230) Durch eine im Nationalrat eingereichte Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, das Bewilligungsverfahren zur Bereitstellung von Lagern für radioaktive Abfälle durch eine Teilrevision des Atomgesetzes zu vereinfachen und zu beschleunigen.

(3231) Mit 88:63 Stimmen lehnt der Grosse Rat des Kantons Bern gemäss Antrag des Regierungsrates eine Motion ab, die diesen verpflichten wollte, im laufenden Vernehmlassungsverfahren gegen die beantragte definitive Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg Stellung zu nehmen. Zum hängigen Gesuch der BKW (Bernische Kraftwerke AG) wird sich das Kantonsparlament in der Augustsession aussprechen (vgl. 3181, 3213 und 3224 der Chronik).

(3232) Bei der Budgetberatung beschliesst der Zürcher Gemeinderat mit 59:52 Stimmen, das EWZ (Elektrizitätswerk der Stadt Zürich) habe Atomgegnerorganisationen zu Lasten des Beitrags an den VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) eine Spende in Höhe von Fr. 100'000 zukommen zu lassen.

(3233) 28. Januar: Gemäss einem vom Landratsamt Waldshut (BRD) in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten können die Dampfschwaden aus dem Kühlturm des KKL (Kernkraftwerk Leibstadt) mit juristischen Mitteln nicht verhindert werden. Im Interesse gutnachbarlicher Beziehungen äufnet das KKL indessen ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zugunsten der deutschen Anliegergemeinden Dogern, Waldshut-Tiengen und Albbruck mit DM 500'000 einen Fonds für kulturelle, sportliche und soziale Zwecke. Ein Fonds mit gleicher Zweckbestimmung wird auch für die schweizerischen Nachbargemeinden des KKL mit Fr. 300'000 dotiert.

(3234) 7. Februar: Nach Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) hat der schweizerische Elektrizitätsverbrauch im Jahr 1990 um 2,4% (Vorjahr: 2,7%) zugenommen und mit 46,6 Mrd kWh einen neuen Höchststand erreicht. An der inländischen Stromproduktion von 52,4 Mrd kWh waren die Wasserkraftwerke zu 57%, die Kernkraftwerke mit 41% und die öl-thermischen Anlagen mit 2% beteiligt. Ohne die Kernenergie aus den fünf schweizerischen Reaktorblöcken hätten 1990 rund 40% und in den beiden Winterquartalen sogar rund die Hälfte der benötigten Elektrizität gefehlt.

(3235) 9. Februar: Der Lausanner Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, sich dem Widerstand gegen den Betrieb des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix anzuschliessen, dessen Stillegung über die französische Regierung und das Verwaltungsgericht in Grenoble erzwungen werden soll (vgl. Nr. 3127 der Chronik).

(3236) 14. Februar: Das NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) will eine Volksinitiative " für Sonnenenergie und bessere Energienutzung" lancieren. Deren Ziel soll es sein, bis zum Jahr 2010 durch verbesserte Nutzung den Verbrauch fossiler Energien gegenüber 1990 um 25% und den Stromverbrauch aus herkömmlichen Quellen um 15% zu reduzieren bzw. durch neue erneuerbare Energien und vermehrte Verwendung von Holz zu ersetzen. Ein entsprechendes Investitionsprogramm wäre durch eine Abgabe "auf fossiler und atomarer Energie" zu finanzieren.

(3237) 18. Februar: Mit 90:33 Stimmen beschliesst der Zürcher Kantonsrat, den Stimmberechtigten zuhanden der von der Kantonsverfassung verlangten Abstimmung über die Stellungnahme des Kantons zum Zentralen Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen die Bejahung der Wünschbarkeit dieses Projekts zu beantragen (vgl. Nr. 3171 und 3218 der Chronik).

(3238) 1. März 1991: Der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) präsentiert die vom Bundesrat gutgeheissenen Grundsätze des Aktionsprogramms "Energie 2000". Der Verbrauch fossiler Energien und die CO2-Emissionen sollen bis zum Jahr 2000 mindestens stabilisiert und anschliessend reduziert werden. Das Wachstum des Stromverbrauchs ist zunehmend zu dämpfen und die Nachfrage ab 2000 zu stabilisieren. Von neuen erneuerbaren Energien wird bis zur Jahrtausendwende ein Beitrag von 0,5% an die Stromerzeugung und - gemessen am Verbrauch fossiler Energien - von 3% an die Wärmeerzeugung erwartet, von den Wasserkraftwerken eine Produktionssteigerung um 5% und von den bestehenden Kernkraftwerken eine Leistungserhöhung von 10% (vgl. Nr. 3211 der Chronik).

(3239) 3. März: Mit 48'190:24'084 Stimmen wird im Kanton Waadt in der verfassungsmässig vorgeschriebenen Volksabstimmung die beantragte befürwortende Stellungnahme des Regierungsrates zum Rahmenbewilligungsgesuch betreffend das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen genehmigt (vgl. Nr. 3171 der Chronik).

(3240) 5. März: Laut Presseberichten sind gegen die beantragte definitive Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg beim Bundesamt für Energiewirtschaft rund 61200 Einsprachen aus der Schweiz sowie rund 21'500 Einwendungen aus Österreich und Deutschland eingegangen (vgl. Nr. 3213 der Chronik).

(3241) 7. März: Wie das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement bekanntgibt, haben 28'458 Personen, 24 Organisationen und Vereine sowie ein Gemeinswesen gegen die unbefristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg Einsprache erhoben. Zu 76% wurden die Einsprachen aus Österreich und Deutschland eingereicht, und bei mehr als 99% handelt es sich um Vervielfältigungen.

(3242) 8. März: In Beantwortung eines Vorstosses aus dem Kantonsparlament erklärt der bernische Regierungsrat, die BKW (Bernische Kraftwerke AG) hätten im Vorfeld der energiepolitischen Abstimmungen vom 23. September 1990 bei ihrer Informationstätigkeit die innenpolitische Neutralitätspflicht eines öffentlichen Unternehmens nicht verletzt.

(3243) 15. März: An einer Medienkonferenz des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) wird zu kritischen Veröffentlichungen festgestellt, dass die Schweiz an den von 1969 bis 1982 durchgeführten Meerversenkungen radioaktiver Abfälle mit 9,6% beteiligt war. Bei den von der Schweiz versenkten Abfällen handelte es sich zu 85% um Tritium, das vorwiegend aus der Anwendung von Leuchtfarben stammte.

(3244) 16. März: Konrad Studerus wird als Nachfolger von Peter Aliesch zum neuen Präsidenten der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) gewählt.

(3245) 18. März: Der Bundesrat unterbreitet den eidgenössischen Räten einen Bundesbeschluss, gemäss welchem sich der Bund mit einem Betrag von Fr. 5 Mio an den Kosten der definitiven Stillegung des Versuchsatomkraftwerks Lucens beteiligt. Die Gesamtkosten der entsprechenden Arbeiten sind mit Fr. 16 Mio veranschlagt (vgl. Nr.,2868 und 3219 der Chronik).

(3246) 19. März: Mit 97:27 Stimmen wird im Grossen Rat des Kantons Aargau die Überweisung eines Postulates abgelehnt, das den Regierungsrat dazu veranlassen wollte, sich einem vermehrten Strombezug aus ausländischen Kernkraftwerken zu widersetzen.

(3247) 21. März: Mit 82:39 Stimmen wird im Grossen Rat des Kantons Bern ein Postulat abgelehnt, das den Regierungsrat beauftragen wollte, die wirtschaftlichen, technischen und politischen Voraussetzungen einer rationellen Nutzung der im KKM (Kernkraftwerk Mühleberg) anfallenden Wärme zu prüfen. Verworfen wird auch ein Postulat, das für das KKM einen Zweckmässigkeitsvergleich mit Alternativen verlangte.

(3248) 27. März: Mit 53:51 Stimmen lehnt der Grosse Rat des Kantons Neuenburg einen Vorstoss ab, der die Regierung verpflichten wollte, sich mit allen rechtlichen Mitteln gegen die Wiederinbetriebnahme des französischen SchnellbrüterDemonstrations-Kernkraftwerks Superphénix zur Wehr zu setzen.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1991 (Hans Peter Edel)

(3249) 8. April: Fünf Aktivisten der Organisation Greenpeace, die im Januar 1990 an der Behinderung eines Abtransports abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Gösgen beteiligt gewesen waren, werden vom Amtsgericht Olten-Gösgen wegen Nötigung zu Bussen zwischen Fr. 100.- und Fr. 200.- verurteilt (vgl. Nr. 3086 und 3091 der Chronik).

(3250) 9. April: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) plant im Rahmen ihrer Arbeiten für die Endlagerung hochradioaktiver und langlebiger mittelradioaktiver Abfälle weitere seismische Untersuchungen im nördlichen Mittelland. Damit sollen die bisherigen Abklärungen im kristallinen Gestein auf Sedimentschichten ausgedehnt werden.

(3251) 17. April: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im ersten Quartal 1991 insgesamt 6,36 Mrd kWh. Damit wurde das Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres um rund 4,6 Mio kWh übertroffen.

(3252) 30. April: Erneut werden Leitung und Belegschaft des Kernkraftwerks Mühleberg von der amerikanischen Herstellerfirma General Electric für den sicheren und erfolgreichen Betrieb der Anlage im Jahr 1990 ausgezeichnet.

(3253) 6. Mai 1991: An der Höheren Technischen Lehranstalt Brugg-Windisch beginnt ein dreitägiger Vertiefungskurs der SVA-Kommission für Ausbildungsfragen zum Thema "Brennstoffversorgung und -einsatz im Kernkraftwerk", an welchem rund 140 Fachleute aus neun Ländern teilnehmen.

(3254) In Berichtigung eines verwaltungsinternen Übersetzungsfehlers im Bundesblatt hält das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement fest, dass das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) nie eine "Liste der Teilnehmer an Kernkraftdemonstrationen" geführt hat und auch nicht führen wird.

(3255) In Beantwortung eines Vorstosses aus dem Nationalrat spricht sich der Bundesrat gegen das Begehren aus, im laufenden Verfahren zur Erteilung der definitiven Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg ein Obergutachten zur Sicherheit der Anlage einzuholen. Nach Auffassung der Landesregierung stehen zur Beurteilung des hängigen Gesuches genügend Grundlagen zur Verfügung (vgl. Nr. 3169, 3213 und 3228 der Chronik).

(3256) 9. Mai: Block 1 des Kernkraftwerks Beznau wird zur Durchführung der Jahresrevision und zur Vornahme des Brennelementewechsels planmässig abgeschaltet. Die Arbeiten sollen bis Ende Juni dauern.

(3257) 10. Mai: In Beantwortung einer im Nationalrat eingereichten Interpellation erklärt der Bundesrat, Leistungserhöhungen der schweizerischen Kernkraftwerke würden nur bewilligt, wenn die Wahrscheinlichkeit eines Kernschmelzunfalls sehr gering sei. Laut Landesregierung besteht nicht die Absicht, die KKW-Leistungen einer kritischen Grenze anzunähern (vgl. Nr. 3238 der Chronik).

(3258) Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten die Annahme der Motion U. Fischer, gemäss welcher durch eine Teilrevision des Atomgesetzes das Bewilligungsverfahren zur Bereitstellung von Lagern für radioaktive Abfälle vereinfacht und beschleunigt werden soll (vgl. Nr. 3230 der Chronik).

(3259) 15. Mai: Gemäss Antrag des Stadtrates beschliesst der Gemeinderat von Lausanne, sich am Widerstand gegen die Wiederinbetriebnahme des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville zu beteiligen, und stimmt zu diesem Zweck einem Kredit in Höhe von Fr. 40'000.zu (vgl. Nr. 3235 der Chronik).

(3260) 21. Mai: Wie aus Medienberichten hervorgeht, wünscht Österreich eine "völkerrechtlich verbindliche Parteienstellung im nuklearrechtlichen Bewilligungsverfahren" der Schweiz. Weiter habe Österreich bei den schweizerischen Behörden einen neuen Vorstoss unternommen, um eine gegenseitige Informationspflicht über Kernanlagen und Nuklearprogramme zu vereinbaren.

(3261) 22. Mai: Der Bundesrat erteilt der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) das Enteignungsrecht für geologische Vorbereitungsarbeiten in Ollon und Aigle im Kanton Waadt. Das entsprechende Gesuch der Nagra bezog sich auf rund 500 Parzellen von mehr als 300 Eigentümern. Gestützt auf den Entscheid der Landesregierung kann nun für die einzelnen Grundstücke das Enteignungsverfahren eingeleitet werden (vgl. Nr. 3065 der Chronik).

(3262) Der Bundesrat erteilt der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) die atomrechtliche Bau- und Betriebsbewilligung für ein neues Zwischenlager auf dem Areal des Kernkraftwerks Beznau. Das Lager soll radioaktive Abfälle aller Kategorien aufnehmen. Gegen das Projekt sind rund 190 Einsprachen eingereicht worden, davon etwa die Hälfte aus der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Nr. 2757 der Chronik).

(3263) Im Winterhalbjahr 1990/1991 erhöhte sich in der Schweiz die inländische Stromproduktion im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres um 8,8% auf 27,306 Mrd kWh. Wie der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) hierzu weiter mitteilt, beträgt der Importsaldo 583 Mio kWh, was 2,25% des gesamten Winterstrombedarfs entspricht. Der Anteil des Atomstroms an der inländischen Elektrizitätserzeugung belief sich im Winterhalbjahr 1990/1991 auf 46%.

(3264) 27. Mai: Die Genfer Kantonsregierung begrüsst den Entscheid des obersten französischen Verwaltungsgerichtes, die Wiederinbetriebnahme des Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix im Januar 1989 sei unter rechtlich ungenügenden Voraussetzungen erfolgt. Deshalb hat das Gericht ein diesbezügliches Regierungsdekret teilweise aufgehoben und die darauf gestutzte Bewilligung des Industrieministers zum wiederanfahren der Anlage als ungültig bezeichnet (vgl. Nr. 2922 der Chronik).

(3265) 1. Juni: Das Kernkraftwerk Gösgen wird zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementwechsels planmässig abgeschaltet. Die Arbeiten sollen bis ungefähr Mitte Juli dauern.

(3266) 5. Juni: Auf eine im Nationalrat eingereichte Motion stellt der Bundesrat fest, dass die notwendigen Vorbereitungen für die allfällige Abschaltung von Kernkraftwerken in einem militärischen Konfliktfall bereits vor längerer Zeit getroffen wurden. Die entsprechenden Kompetenzen sind geregelt und das Vorgehen festgelegt. Gemäss Antrag der Landesregierung wird die betreffende Motion, die eine vorsorgliche Stillegung der schweizerischen Reaktorblöcke verlangte, von der Volkskammer mit 106:55 Stimmen abgelehnt.

(3267) 10. Juni: Es gebe keinerlei Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen den Aktivitäten der geheimen Widerstandsorganisation P-26 und unaufgeklärten Anschlägen gegen Anlagen der Energiewirtschaft im Jahr 1983, erklärt der Bundesrat auf eine Einfache Anfrage aus dem Ständerat. Die Vermutung, es habe sich dabei um Provokationen zur Diskreditierung der Anti-AKW-Bewegung gehandelt, halte einer ernsthaften Prüfung nicht stand (vgl. Nr. 1298 der Chronik).

(3268) 18. Juni 1991: Wie an der Generalversammlung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mitgeteilt wird, konnten 1990 bei den Untersuchungsarbeiten für die Endlagerung kurzlebiger schwach- und mittelradioaktiver Abfälle wichtige Fortschritte erzielt werden. Die Nagra ist deshalb zuversichtlich, die geologischen Abklärungen zur Vorbereitung der Standortwahl bis 1992/93 abschliessen und dem Bundesrat Anträge für das weitere Vorgehen unterbreiten zu können.

(3269) An der gesamten Elektrizitätserzeugung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) von 7,32 Mrd kWh im Geschäftsjahr 1990 war die nukleare Produktion wiederum mit einem Anteil von 58% beteiligt. Dank störungsfreiem Betrieb deckte dabei das Kernkraftwerk Mühleberg über 40% der Nachfrage im Winterhalbjahr.

(3270) 26. Juni: Der Bundesrat setzt die revidierte Verordnung über die Einsatzorganisation bei erhöhter Radioaktivität unter Leitung des Generalsekretärs des EDI (Eidgenössisches Departement des Innern) auf den 1. Juli 1991 in Kraft.

(3271) 27. Juni: Der Regierungsrat des Kantons Bern beantragt dem Grossen Rat, dem Gesuch der BKW (Bernische Kraftwerke AG) um eine unbefristete Betriebsbewilligung und eine zehnprozentige Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg zuhanden des Bundesrates zuzustimmen und diesen Beschluss gemäss der bernischen Staatsverfassung der Volksabstimmung zu unterbreiten (vgl. Nr. 3181, 3213, 3224 und 3231 der Chronik).

(3272) 29. Juni: Nach rund siebenwöchigem Stillstand zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels kann der Block 1 des Kernkraftwerks Beznau wieder ans Netz angeschlossen werden (vgl. Nr. 3256 der Chronik).

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1991 (Hans Peter Edel)

(3273) 6. Juli: Gemäss Presseberichten hat das Nidwaldner Verfassungsgericht Beschwerden der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gegen die Landsgemeindebeschlüsse von 1990 zu drei Initiativen für die Mitsprache des Volkes bei Atomanlagen abgewiesen. Dieser Entscheid kann beim Bundesgericht mit einer staatsrechtlichen Beschwerde angefochten werden (vgl. Nr. 3135, 3145 und 3206 der Chronik).

(3274) Nach 35 Tagen geplanten Betriebsunterbruchs zur Durchführung der Jahresrevision und des Wechsels der Brennelemente nimmt das Kernkraftwerk Gösgen die Stromproduktion wieder auf (vgl. Nr. 3265 der Chronik).

(3275) 12. Juli: Block 2 des Kernkraftwerks Beznau ist zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels planmässig abgeschaltet worden. Der Stillstand soll bis Ende August dauern.

(3276) 16. Juli: Die Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) vertritt in ihrem 13. Tätigkeitsbericht mit Bezug auf das Endlager für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle die Auffassung, dass die Sondierarbeiten in den nächsten Jahren nicht mehr gleichzeitig in vollem Umfang an den vier möglichen Standorten weiterbetrieben, sondern auf einen Standort konzentriert werden sollten.

(3277) 18. Juli: Gemäss Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im zweiten Quartal 1991 insgesamt 4,95 Mrd kWh. Dieses Ergebnis liegt um rund 5,6% unter jenem der Vergleichsperiode des Vorjahres.

(3278) 22. Juli: Das Kernkraftwerk Mühleberg wird zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels planmässig abgeschaltet. Der Stillstand der Anlage dauert voraussichtlich sechs Wochen.

(3279) 23. Juli: Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekanntgibt, hat die zweite Sondierbohrung am Wellenberg im Kanton Nidwalden die Endtiefe von 1537,7 m erreicht. Die Bohr- und Testarbeiten dauerten etwas mehr als neun Monate. Das untersuchte Wirtgestein erwies sich als wasserundurchlässig und mächtiger als erwartet.

(3280) 25. Juli: Das Kernkraftwerk Leibstadt wird zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels planmässig abgeschaltet. Der Stillstand der Anlage dauert voraussichtlich sechs Wochen.

(3281) 7. August: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) hat die zuständige Aufsichtsbehörde des Bundes, die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen), keine Einwände gegen die Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg und die beantragte Leistungserhöhung um 10%, sofern die von ihr vorgeschlagenen Auflagen erfüllt werden. Die Beurteilung der vorgelegten probabilistischen Sicherheitsanalyse durch die HSK ergab, dass die Anlage Mühleberg im Vergleich zu modernen Kernkraftwerken keine entscheidenden Nachteile für die Sicherheit aufweist (vgl. Nr. 3271 der Chronik).

(3282) Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) veröffentlicht ihren Bericht Über die schweizerischen Kernanlagen im Jahre 1990 und beurteilt darin als zuständige Aufsichtsbehörde die Sicherheit des Betriebs dieser Anlagen zusammenfassend als gut. 1990 wurden in den schweizerischen Kernanlagen insgesamt 18 meldepflichtige Ereignisse verzeichnet, die zu keinen schädlichen Auswirkungen für das Personal oder die Bevölkerung in der Umgebung führten.

(3283) 9. August 1991: In Übereinstimmung mit dem Regierungsrat beantragt die vorberatende Kommission des bernischen Grossen Rates dem Plenum, dem Gesuch der BKW (Bernische Kraftwerke AG) um eine unbefristete Betriebsbewilligung und eine zehnprozentige Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg zuhanden des Bundesrates zuzustimmen. Ebenfalls einverstanden ist die Kommission mit dem Antrag der Regierung, die Stellungnahme dem Souverän auch ohne Referendum zur Abstimmung zu unterbreiten (vgl. Nr. 3271 und 3281 der Chronik).

(3284) 20. August: Gemäss Mitteilung des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) lag der schweizerische Stromverbrauch im ersten Halbjahr 1991 um 3,1% Über dem Wert der Vergleichsperiode 1990.

(3285) 21. August: In Übereinstimmung mit dem Bundesrat beantragt die vorberatende Kommission des Ständerates dem Plenum, an die Kosten der definitiven Stillegung des Versuchsatomkraftwerks Lucens einen Bundesbeitrag in Höhe von Fr. 5 Mio zu leisten (vgl. Nr. 3245 der Chronik).

(3286) 29. August: Unter starker Beteiligung führt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in Bern ihre 32. ordentliche Generalversammlung durch. Das Gastreferat hält Bundesrat Adolf Ogi, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, zum Thema "Aktionsprogramm 'Energie 2000': die Rolle der Kernenergie".

(3287) Wie die Organisation Greenpeace bekanntgibt, hat sie das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) aufgefordert, das Bewilligungsverfahren für den Transport abgebrannter Brennelemente "auf Drittpersonen auszudehnen".

(3288) 31. August: Nach rund siebenwöchigem Stillstand zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels nimmt Block 2 des Kernkraftwerks Beznau die Stromproduktion wieder auf (vgl. Nr. 3275 der Chronik).

(3289) 1. September: In einer Konsultativabstimmung wird im Kanton Zürich die Wünschbarkeit eines zentralen Zwischenlagers für radioaktive Abfälle in Würenlingen (Kt. Aargau) mit 138'751 Ja zu 60'268 Nein bejaht, wie dies der Regierungsrat und der Kantonsrat der Stimmbürgerschaft beantragten (vgl. Nr. 3237 der Chronik).

(3290) 3. September: Im Verfahren zur beantragten unbefristeten Betriebsbewilligung und Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg weist das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) mit einer Zwischenverfügung Rechtsbegehren verschiedener Einsprecher ab, die im wesentlichen auf eine Ergänzung der Gesuchsunterlagen und eine Erweiterung des Anspruchs auf rechtliches Gehör abzielten (vgl. Nr. 3213 und 3241 der Chronik).

(3291) 6. September: Nach 42 Tagen Stillstand zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels nimmt das Kernkraftwerk Mühleberg die Stromproduktion wieder auf. Während der Abschaltung wurde, wie vorgesehen, auch das Reaktor-Schutzsystem erneuert (vgl. Nr. 3278 der Chronik).

(3292) 9. September: Nach einem Stillstand von sechseinhalb Wochen zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels nimmt auch das Kernkraftwerk Leibstadt den Betrieb wieder auf (Vgl. Nr. 3280 der Chronik).

(3293) 10. September: Die BKW (Bernische Kraftwerke AG) beantragen den Bundesbehörden die Abweisung sämtlicher Einsprachen, die im Verfahren zur unbefristeten Betriebsbewilligung und LeistungSerhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg eingereicht worden sind. In der Stellungnahme wird festgehalten, dass die Anlage alle gesetzlichen und behördlichen Anforderungen an einen sicheren Betrieb erfüllt (vgl. Nr. 3213, 3241 und 3290 der Chronik).

(3294) 16. September: In Bern beginnt eine zweitägige Informationstagung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) zum Thema "Wie alt werden Kernkraftwerke?". Insgesamt rund 230 Personen aus dem In- und Ausland nehmen daran teil.

(3295) 17. September: Gemäss Antrag des Regierungsrates und der vorberatenden Kommission befürwortet der Grosse Rat des Kantons Bern im Vernehmlassungsverfahren zuhanden des Bundesrates mit 101:53 Stimmen die Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung und mit 96:81 Stimmen die Genehmigung einer zehnprozentigen Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg. Zudem beschliesst das Berner Kantonsparlament, diese Stellungnahme der Volksabstimmung zu unterbreiten (vgl. Nr. 3271 und 3283 der Chronik).

(3296) 18. September: In der Schlussabstimmung wird die positive Vernehmlassung des bernischen Kantonsparlamentes zur unbefristeten Betriebsbewilligung und Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg unter Namensaufruf mit 99:76 Stimmen verabschiedet. Die Volksabstimmung Über die Stellungnahme des Standortkantons Bern findet am 16. Februar 1992 statt.

(3297) 30. September: Gemäss Antrag des Bundesrates und der vorberatenden Kommission beschliesst der Ständerat, an die Kosten der definitiven Stillegung des Versuchsatomkraftwerks Lucens einen Bundesbeitrag in Höhe von Fr. 5 Mio zu entrichten (vgl. Nr. 3245 und 3285 der Chronik).

Schweizer Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1991 (Hans Peter Edel)

(3298) 4. Oktober 1991: Mit 78:44 Stimmen entscheidet sich der Nationalrat dafür, einer im Februar 1987 eingereichten Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt für eine schrittweise Stillegung der schweizerischen Kernkraftwerke keine Folge zu geben (vgl. Nr. 2540 der Chronik).

(3299) 14. Oktober: Im Geschäftsjahr 1990/91 hat die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) in ihrem Versorgungsgebiet 3,2% mehr Strom abgegeben als im Vorjahr. Der Produktionsanteil der Kernenergie aus dem eigenen Kraftwerkpark betrug im Berichtsjahr 67%.

(3300) 15. Oktober: Gemäss Presseberichten haben in der Waadtländer Gemeinde Ollon fast 95% der betroffenen Grundeigentümer ihren Widerstand gegen das temporäre Enteignungsrecht bekundet, das der Bundesrat der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) zur Durchführung geologischer Untersuchungen erteilte (vgl. Nr. 3261 der Chronik).

(3301) 22. Oktober: Gemäss Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im dritten Quartal 1991 insgesamt 3,95 Mrd kWh. Dieses Ergebnis liegt um rund 9,5% unter jenem der Vergleichsperiode des Vorjahres. Gegenüber 1990 waren im laufenden Jahr zufolge grösserer Arbeitsprogramme in den Anlagen Mühleberg und Leibstadt deutlich verlängerte Stillstandszeiten zu verzeichnen.

(3302) 23. Oktober: Der Bundesrat beschliesst, Ausfuhren von bewilligungs- oder meldepflichtigen Nukleargütern nur dann zu genehmigen, wenn sämtliche Nuklearanlagen des Empfängerstaates durch die IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) hinsichtlich ihrer friedlichen Verwendung kontrolliert werden.

(3303) 25. Oktober: Die CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) haben im Geschäftsjahr 1990/91 in ihrem Versorgungsgebiet rund 1980 Mio kWh oder 2,7% mehr Elektrizität abgegeben als im Vorjahr. Dabei betrug der Anteil der Kernenergie am gesamten CKW-Stromumsatz 56,1%.

(3304) 7. November: Wie der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) mitteilt, erhöhte sich der Stromverbrauch in der Schweiz im hydrologischen Jahr 1990/1991 (Oktober 1990 bis und mit September 1991) mit 2,6% gegenüber dem Vorjahr (Anstieg 2,2%) relativ stark. für die vergangenen zehn Jahre ergab sich damit eine Gesamtsteigerung des schweizerischen Stromverbrauchs um mehr als 28%. Auch die Elektrizitätsproduktion lag im hydrologischen Jahr 1990/1991 um 4,4% höher als in der Vergleichsperiode 1989/90.

(3305) 14. November: In Beantwortung eines Vorstosses im Landrat erklärt der Regierungsrat des Kantons Nidwalden, er halte entgegen dem Vorschlag der Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) an seiner Forderung fest, die Sondierarbeiten für die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle müssten an allen möglichen Standorten "gleichzeitig und parallel durchgeführt werden. Dies namentlich auch bezüglich des Standortes Ollon" (vgl. Nr. 3276 der Chronik).

(3306) 20. November: Im Block 2 des Kernkraftwerks Beznau kommt es zu einer automatischen Reaktorabschaltung, weil bei einer Störungsbehebung an einem elektronischen Reaktorschutzkanal unbeabsichtigt ein zweiter Kanal ausgelöst worden war. Alle Sicherheitseinrichtungen funktionierten normal, und der Betriebsunterbruch dauerte knapp drei Stunden.

(3307) 25. November: Mit 70:56 Stimmen heisst der Nationalrat gemäss Antrag des Bundesrates die Motion U. Fischer gut, laut welcher das Bewilligungsverfahren zur Bereitstellung von Lagern für radioaktive Abfälle durch eine Teilrevision des Atomgesetzes vereinfacht und beschleunigt werden soll (vgl. Nr. 3230 und 3258 der Chronik).

(3308) Mit 77:50 Stimmen lehnt es der Nationalrat ab, eine von sozialdemokratischer Seite in Motionsform vorgebrachte Forderung, die kerntechnische Forschung "auf Sicherheitsaspekte der bestehenden AKW " zu beschränken, als Postulat zu überweisen.

(3309) Gemäss Mitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ist im Rahmen der Abklärungen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in der Nordschweiz ein seismisches Untersuchungsprogramm angelaufen, das bis Ende März 1992 dauern soll. Die Messungen erfolgen in Teilen der Kantone Aargau, Schaffhausen und Thurgau sowie vor allem im Norden des Kantons Zürich (Unterland und Weinland). Das Programm ergänzt Untersuchungen aus den Jahren 1982 bis 1984 (vgl. Nr. 3250 der Chronik)

(3310) Laut Entscheid des Bundesgerichtes ist eine vor fünf Jahren in der Stadt St. Gallen eingereichte Volksinitiative "Zukunft ohne Atomstrom" entgegen der damaligen Auffassung des Stadtrates rechtmässig und daher dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten.

(3311) 2. Dezember: Wie zuvor schon der Ständerat heisst auch der Nationalrat mit 87:5 Stimmen den Antrag des Bundesrates gut, an die Kosten der definitiven Stillegung des Versuchsatomkraftwerks Lucens einen Bundesbeitrag von Fr. 5 Mio zu entrichten (vgl. Nr. 3297 der Chronik)

(3312) 5. Dezember: Bundesrat Adolf Ogi, Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), empfängt acht sowjetische Kernfachleute, die in die Schweiz eingeladen wurden, um sich über die Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit der Atomenergie zu informieren.

(3313) 12. Dezember 1991: Die aargauische Gemeinde Leuggern im Unteren Aaretal ist grundsätzlich bereit, in ihrer Region das künftige Endlager für hochradioaktive Abfälle aufzunehmen. Wie der Gemeinderat von Leuggern betont, will er bei den weiteren Standortabklärungen mit den zuständigen Behörden und Organen konstruktiv zusammenarbeiten.

(3314) 18. Dezember: Laut Pressemitteilung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) sind die in den Jahren 1986 und 1987 zur Volumenreduktion ins belgische Kernforschungszentrum Mol gebrachten schwach- und mittelradioaktiven Betriebsabfälle aus dem Kernkraftwerk Mühleberg zwischen dem 10. und 17. Dezember 1991 vereinbarungsgemäss zur Zwischenlagerung bzw. Weiterverarbeitung nach Mühleberg zurücktransportiert worden. Die weitere Behandlung erfolgt im Rahmen der Konditionierung der übrigen Betriebsabfälle (vgl. Nr. 2716 und 2719 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1992 (Hans Peter Edel)

(3315) 3. Januar: Wie einem Bericht der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) zu entnehmen ist, konnten in der Waadtländer Gemeinde Ollon im Einverständnis mit den lokalen Behörden und den Grundstückseigentümern zwei Probebohrungen durchgeführt werden. Eine dritte Bohrung, die eine Tiefe von 300 m erreichen soll, ist zur Hälfte abgeteuft (vgl. Nr. 3261 und 3300 der Chronik).

(3316) 10. Januar: Im Rahmen ihrer Standortuntersuchungen im Hinblick auf das Endlager für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle hat die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) im Jahr 1991 am Nidwaldner Wellenberg drei weitere Sondierbohrungen durchgeführt, die Endtiefen von 1546 m, 1670 m und 430 m erreichten. Dabei bestätigte sich die Annahme einer grossräumigen Ausdehnung des potentiellen Wirtgesteins, und die hydrologischen Tests ergaben bisher, dass die untersuchte Valanginienmergel dem Erfordernis einer sehr geringen Wasserdurchlässigkeit entspricht.

(3317) 14. Januar: Im laufenden Verfahren zum Gesuch der BKW (Bernische Kraftwerke AG) um Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung und Genehmigung einer zehnprozentigen Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg werden neben

anderen Dokumenten das Gutachten der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und die Stellungnahme der KSA (Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen) bis zum 14. März 1992 öffentlich aufgelegt. Der Entscheid des Bundesrates über das BKW-Gesuch und die dagegen eingereichten Einsprachen wird für die zweite Hälfte 1992 erwartet (vgl. Nr. 3213, 3241 und 3281 der Chronik).

(3318) 15. Januar: Im Versorgungsgebiet der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) stieg der Stromverbrauch während des hydrologischen Jahrs 1990/91 gegenüber der Vergleichsperiode 1989/90 um 2,7% auf 1980,6 Mio kWh an. Vom gesamten Elektrizitätsumsatz der CKW stammten 56% aus Kernkraftwerken, wobei sich der Anteil des Atomstroms im Winterhalbjahr sogar auf 64% erhöhte.

(3319) 22. Januar: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) bekanntgibt, haben die fünf schweizerischen Kernkraftwerke 1991 zusammen rund 21,6 Mrd kWh Strom produziert. Dieses dritthöchste je erreichte Ergebnis liegt um 3 % unter dem Rekordresultat des Vorjahres. Die durchschnittliche Arbeitsausnutzung der Anlagen betrug nahezu 85%.

(3320) Die Organisation Greenpeace Schweiz beharrt auf der Forderung, das Bewilligungsverfahren für den Transport abgebrannter Brennelemente zur Wiederaufarbeitung in Frankreich und Grossbritannien "auf Drittpersonen auszudehnen". Im Falle des Festhaltens am bisherigen Verfahren wird eine beschwerdefähige Verfügung des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) verlangt, um die Streitfrage weiterziehen zu können. Zudem haben rund 7000 Bewohner der Kantone Baselstadt und Basel-Landschaft einen Greenpeace-Aufruf zum sofortigen Stopp der Brennelement-Transporte und zur Kündigung der Wiederaufarbeitungsverträge unterzeichnet (vgl. Nr. 3287 der Chronik).

(3321) 23. Januar: Der Bundesrat verabschiedet die Verordnung zum Bundesbeschluss über eine sparsame und rationelle Energieverwendung (Energienutzungsbeschluss), die am 1. März 1992 in Kraft tritt (vgl. Nr. 3217 und 3221 der Chronik).

(3322) 24. Januar: Im Vorfeld der konsultativen Volksabstimmung über die Stellungnahme des Standortkantons Bern zur beantragten unbefristeten Betriebsbewilligung und zehnprozentigen Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg ruft die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) die Umweltorganisationen dazu auf, sich an die Ideale der Pioniere des Naturschutzes zu erinnern und sich von der dogmatischen Bekämpfung der Kernenergie zu distanzieren.

(3323) 27. Januar: Wie das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) mitteilt, hat die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) dem Bundesrat am 18. Dezember 1991 das Gesuch um Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Beznau-II eingereicht. Die gegenwärtige Betriebsbewilligung ist bis 31. Dezember 1993 befristet. Bis zum 28. April 1992 können Personen und Organisationen, die vom Betrieb dieser Tage besonders betroffen sind, gegen die Erteilung der beantragten Bewilligung Einsprache erheben.

(3324) Mit 83:54 Stimmen lehnt der Grosse Rat des Kantons Bern ein Postulat ab, welches verlangte, dass sich die BKW (Bernische Kraftwerke AG) weder finanziell noch personell am Abstimmungskampf um die unbefristete Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg mit zehnprozentiger Leistungserhöhung beteiligen.

(3325) 29. Januar 1992: Der Bundesrat wählt ETH-Professor Meinrad Eberle zum neuen Direktor des PSI (Paul Scherrer Institut). Eberle tritt die Nachfolge von Professor Anton Menth an, der auf Ende Juli 1991 als PSI-Direktor zurückgetreten ist.

(3326) 4. Februar: In ihrem 30. Bericht für die Jahre 1987/88 stellt die KUeR (Eidgenössische Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität) fest, dass die schweizerischen Kernkraftwerke die Abgabegrenzwerte eingehalten haben. Nach Angaben der KUeR stammt der grösste Beitrag zur Strahlenexposition der Bevölkerung in der Schweiz von Radon-Zerfallprodukten im Wohnbereich. Diese Belastung ist ungefähr doppelt so gross wie die Beiträge aller natürlichen Dosen insgesamt. Die zusätzlichen Dosen der schweizerischen Bevölkerung als Folge des Unglücks von Tschernobyl berechnet die KUeR für 1987 auf 0,07 mSv, für 1988 auf 0,035 mSv.

(3327) 16. Februar: In einer konsultativen Volksabstimmung wird im Kanton Bern die vom Grossen Rat beschlossene befürwortende Vernehmlassung des Standortkantons zur beantragten unbefristeten Betriebsbewilligung und Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg mit 152'150:143'922 Stimmen (51,4% Nein:48,6% Ja) abgelehnt. Die Stimmbeteiligung beträgt 42,6% (vgl. Nr. 3295 und 3296 der Chronik).

(3328) Im Kanton Aargau wird eine von links-grünen Organisationen lancierte Volksinitiative zur Schaffung eines Energiespargesetzes mit 81'500:38'442 Stimmen verworfen. Ein neues aargauisches Energiegesetz liegt gegenwärtig vor dem kantonalen Parlament.

(3329) 18. Februar: Nach Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) hat der schweizerische Elektrizitätsverbrauch im Jahr 1991 um 2,2% (Vorjahr: 2,4%) zugenommen und 47,6 Mrd kWh erreicht, 1 Mrd kWh mehr als im Jahr 1990. An der inländischen Stromproduktion von 54,1 Mrd kWh waren die Wasserkraftwerke zu 59%, die Kernkraftwerke zu 39% und die ölthermischen Anlagen zu 2% beteiligt. Ohne die Kernenergie hätten 1991 rund 37% und in den beiden Winterquartalen fast die Hälfte der benötigten Elektrizitätsmenge gefehlt.

(3330) 21. Februar: Aufgrund einer in ihrem Auftrag durchgeführten Meinungsumfrage stellt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) fest, die schweizerische Bevölkerung wünsche, " dass die Entsorgung radioaktiver Abfälle so rasch

wie möglich gelöst wird. Zwei von drei Schweizerinnen und Schweizern möchten die Entsorgung zwingend im eigenen Land realisieren. Die technischen Möglichkeiten zur Lösung der Aufgabe werden heute positiver beurteilt als noch vor zwei Jahren."

(3331) 25. Februar: Die Schweiz war 1991 nach Grossbritannien der zweitgrösste Bezüger von französischem Strom, wie die EDF (Electricité de France) berichtet. Dabei erhöhten sich die schweizerischen Elektrizitätsimporte aus Frankreich von 13,6 Mrd auf 14 Mrd kWh.

(3332) 5. März: Das Solothurner Kantonsparlament lehnt zwei Postulate ab, die sich gegen den Transport radioaktiver Stoffe und die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Gösgen richteten.

(3333) 9. März: Im Geschäftsjahr 1990/91 hatte die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) in ihrem Versorgungsgebiet eine Zunahme des Stromabsatzes um 3,2% und dabei erstmals auch im Sommer einen Importüberschuss zu verzeichnen. Der Produktionsanteil der Kernenergie erhöhte sich um 1,7% auf rund 9,4 Mrd kWh und betrug insgesamt 66%.

(3334) 10. März: In Beantwortung einer im Ständerat (Flückiger) eingereichten Interpellation zur Sicherheit der Kernkraftwerke in Mittel- und Osteuropa erklärt der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), die Schweiz bemühe sich, die betreffenden Betreiber auf die bestehenden Probleme aufmerksam zu machen. Zudem bestehe der Wille, sich an den nötigen Massnahmen auch finanziell zu beteiligen.

(3335) 18. März: Gemäss Mitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) sind die in der Nordostschweiz durchgeführten seismischen Messungen abgeschlossen worden. Die Untersuchungen wurden dabei auf Sedimentschichten ausgedehnt und umfassten eine Strecke von 225 km (vgl. Nr. 3309 der Chronik).

(3336) 20. März: Wie die BKW (Bernische Kraftwerke AG) bekanntgeben, wurde von ihrer Seite in der Auseinandersetzung um die konsultative Volksabstimmung vom 16. Februar 1992 über die Stellungnahme des Kantons Bein zur unbefristeten Betriebsbewilligung und Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg ein Betrag von rund Fr. 100'000.aufgewendet. Dazu kamen rund Fr. 50'000.- des befürwortenden Komitees "Mühleberg ja". Die Gegner der Vorlage hatten ein Budget von Fr. 174'500.- präsentiert (vgl. Nr. 3327 der Chronik).

(3337) 21. März: Als Nachfolger von Konrad Studerus wird der Aargauer Nationalrat Maximilian Reimann zum neuen Präsidenten der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) gewählt (vgl. Nr. 3244 der Chronik)

(3338) 24. März: Wie die BKW (Bernische Kraftwerke AG) mitteilen, hat der Stromverbrauch in ihrem Versorgungsgebiet im Jahr 1991 um 2,3% (Vorjahr 1,6%) zugenommen. In den Wintermonaten konnte der Bedarf nur dank der Elektrizität aus den französischen Kernkraftwerken gedeckt werden. Auch über das ganze Jahr 1991 resultierte ein Importüberschuss.

(3339) 27. März: Block II des Kernkraftwerks Beznau ist zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels abgeschaltet worden. Der Schwerpunkt der bis Mitte Juni dauernden Arbeiten liegt auf der Inbetriebnahme des nach rund fünfjähriger Bauzeit fertiggestellten Notstandssystems Nano.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1992 (Hans Peter Edel)

(3340) 7. April: Im Rahmenbewilligungsverfahren für das Zentrale Zwischenlager Würenlingen der Zwilag AG beginnt das zweite Einwendungsverfahren, das bis 21. August 1992 dauert. Voraussichtlich im ersten Quartal 1993 wird der Bundesrat über das Gesuch der Zwilag AG entscheiden, deren Projekt neben der Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle aller Kategorien auch die Erstellung von Anlagen für die Behandlung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle vorsieht. Wird die Rahmenbewilligung erteilt, muss diese von der Bundesversammlung genehmigt werden (vgl. Nr. 3161, 3171 und 3218 der Chronik).

(3341) 13. April: Die zuständige Kommission des Ständerates beantragt dem Plenum Zustimmung zu der vom Nationalrat bereits gutgeheissenen Motion U. Fischer, die durch eine Teilrevision des Atomgesetzes eine Vereinfachung und Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens zur Bereitstellung von Lagern für radioaktive Abfälle verlangt. Offen lassen will die vorberatende Kommission indessen, auf welche Weise der Bundesrat diese Teilrevision des Atomgesetzes ausgestalten soll (vgl. Nr. 3307 der Chronik).

(3342) 23. April: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im ersten Quartal 1992 insgesamt 6,36 Mrd kWh. Damit wurde das gleiche Ergebnis erzielt wie in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

(3343) 24. April: In Beantwortung verschiedener Vorstösse im Grossen Rat stellt der Regierungsrat des Kantons Bern fest, er betrachte es nicht als seine Aufgabe, den Ausgang der negativen Konsultativabstimmung zur unbefristeten Betriebsbewilligung und zehnprozentigen Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg zuhanden der Bundesbehörden oder der BKW (Bernische Kraftwerke AG) zu interpretieren. Zugleich betont der Regierungsrat, die Kernenergie aus dem KKW Mühleberg könne weder kurz- noch mittelfristig ersetzt werden (vgl. Nr. 3327 der Chronik).

(3344) 28. April: Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) an einer Medienkonferenz mitteilte will sie ihre Sondierungen auf dem Gebiet der Waadtländer Gemeinden Ollon und Aigle weiterfahren. Aufgrund der bisherigen Bohrer-

gebnisse könne die Eignung des möglichen Standortes Bois de la Glaive für die Endlagerung kurzlebiger radioaktiver Abfälle noch nicht beurteilt werden (vgl. Nr. 3315 der Chronik).

(3345) 30. April: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) hat der Endenergieverbrauch in der Schweiz im Jahr 1991 um 6,2% zugenommen, so stark wie seit 18 Jahren nicht mehr. 1990 betrug der Anstieg lediglich 0,1%. Besonders hoch war 1991 der Mehrverbrauch an Erdölprodukten und Erdgas. Bei der Elektrizität betrug der Zuwachs 2,2% gegenüber 2,4% im Vorjahr (vgl. Nr. 3329 der Chronik).

(3346) Die NGA (Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik) übergibt das Gelände des früheren Versuchsatomkraftwerks Lucens dem Kanton Waadt (vgl. Nr. 3311 der Chronik).

(3347) 1. Mai: Nach Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) sind zum Gesuch um eine unbefristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Beznau-II durch 33 Organisationen und Vereine, 17 Gemeinwesen und 18'440 Personen Einsprachen erhoben worden. Diese Einsprachen stammen zu 85% aus Österreich und Deutschland, und bei mehr als 99% handelt es sich um Vervielfältigungen (vgl. Nr. 3323 der Chronik).

(3348) 6. Mai: Zu einer Einfachen Anfrage aus dem Nationalrat stellt der Bundesrat fest, dass sich auch die Schweiz an den internationalen und bilateralen Unterstützungsprogrammen zur Verbesserung der Sicherheit von Kernkraftwerken in Osteuropa beteiligt. Unter anderem auf Anregung der Schweiz wird die IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) einen technischen Ausschuss für die Sicherheit der Reaktorblöcke vom Tschernobyl-Typ einsetzen (vgl. Nr. 3334 der Chronik).

(3349) 11. Mai: Bei der ersten Lesung des Entwurfs zu einer neuen Kantonsverfassung lehnt der Grosse Rat des Kantons Bern verschiedene Anträge ab, die einen Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie verlangten.

(3350) 12. Mai: Aufgrund eines kritischen "Gutachtens" des Oeko-Instituts Darmstadt verlangen antinukleare Organisationen die Stillegung des Kernkraftwerks Beznau-II. In einer Stellungnahme stellt die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) als Betreiber der Anlage hierzu fest: "Das nun von Greenpeace und andern beigezogene Oeko-Institut Darmstadt (D) ist eine erklärte Kernenergiegegner-Organisation, die deshalb nicht beanspruchen kann, als anerkannte 'Gutachterin' ernst genommen zu werden."

(3351) 14. Mai: Mit deutlichen Mehrheiten lehnt der Grosse Rat des Kantons Bern parlamentarische Vorstösse ab, die nach der Konsultativabstimmung über das Kernkraftwerk Mühleberg die Stillegung dieser Anlage bzw. den Ersatz ihrer Stromproduktion durch Sparmassnahmen oder alternative Energieformen verlangten (vgl. Nr. 3343 der Chronik).

(3352) In Beantwortung eines Postulates von Nationalrat Ulrich Fischer erklärt der Bundesrat seine Bereitschaft, den Einsatz der schweizerischen Osteuropa-Hilfe zur Sanierung von Kernkraftwerken in diesen Ländern zu prüfen.

(3353) Der Berner Stadtrat verwirft mit 30:29 Stimmen ein Postulat, das die erneute Prüfung einer Nutzung der Restwärme des Kernkraftwerks Mühleberg zur Fernwärmeversorgung anregte, und überweist anderseits mit 31:30 Stimmen einen Vorstoss, der den "Austritt der Stadt aus den Atompropaganda-Organisationen" verlangt.

(3354) 17. Mai 1992: In der eidgenössischen Volksabstimmung wird die Initiative "zur Rettung unserer Gewässer", die eine drastische Reduktion der Wasserkraftnutzung verlangt, mit l'093'582 (62,9%) Nein: 644'072 (37,1%) Ja in allen Kantonen abgelehnt. Dagegen findet das revidierte Gewässerschutzgesetz mit 1'151'290 (66,1%) Ja zu 591'213 (33,9%) Nein Zustimmung. Gegen das Gewässerschutzgesetz stimmen die Gebirgskantone Glarus, Obwalden, Schwyz, Uri und Wallis. Die Stimmbeteiligung beträgt im Durchschnitt 37,7%.

(3355) 21. Mai: Die Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) vertritt in ihrem 14. Tätigkeitsbericht die Auffassung, dass der Vortag der politischen Entscheide zur nuklearen Entsorgung durch geeignete Massnahmen beschleunigt werden sollte. Weiter wendet sich der Bericht gegen eine Abkehr vom bisherigen Endlagerkonzept. Deshalb sollte für die kurzlebigen schwach- und mittelradioaktiven Abfälle ein Endlager in der Schweiz möglichst bald zur Verfügung stehen. Zudem sind die Untersuchungen im Hinblick auf das Endlager für langlebige und hochradioaktive Abfälle zielstrebig voranzutreiben, wobei aufgrund grundsätzlich neuer Erkenntnisse allenfalls in einem späteren Zeitpunkt noch ein Konzeptwechsel vorgenommen werden könnte.

(3356) 29. Mai: Eine Delegation der Berner Kantonsregierung und eine Gruppe von Kernenergiegegnem tragen dem Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirschaftsdepartement), Bundesrat Adolf Ogi, ihre Argumente zur beantragten definitiven Betriebsbewilligung mit zehnprozentiger Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg vor (vgl. Nr. 3327, 3343 und 3352 der Chronik).

(3357) 30. Mai: Das Kernkraftwerk Gösgen wird zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels planmässig abgeschaltet. Die Arbeiten sollen bis ungefähr Ende Juni dauern.

(3358) 2. Juni: Das Parlament des Kantons Basel-Landschaft überweist mit 26:24 Stimmen ein Postulat, das die Erarbeitung einer vergleichenden Risikoanlayse zum geplanten Zentralen Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen und die Sistierung des Rahmenbewilligungsverfahrens bis zum Vorliegen dieser Untersuchung verlangt (vgl. Nr. 3340 der Chronik).

(3359) 4. Juni: Das Bundesgericht lehnt es ab, auf eine staatsrechtliche Beschwerde der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gegen die im April 1990 durch Beschlüsse der Landsgemeinde zur Mitsprache des Volkes bei Atomanlagen geänderte Verfassung des Kantons Nidwalden einzutreten. Laut Bundesgericht ist die Prüfung kantonaler Verfassungen auf ihre Bundesrechtsmässigkeit Sache der Bundesversammlung, die im vorliegenden Fall das Gewährleistungsverfahren noch nicht durchgeführt hat (vgl. Nr. 3273 der Chronik).

(3360) 5. Juni: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) beurteilt in ihrem Bericht für das Jahr 1991 die technische Sicherheit und die Betriebsführung der schweizerischen Kernanlagen als gut. 1991 wurden in diesen Anlagen insgesamt 18 meldepflichtige Ereignisse verzeichnet, die zu keinen schädlichen Auswirkungen für das Personal oder die Bevölkerung in der Umgebung führten. Gemäss der Internationalen Störfall-Bewertungsskala INES gehörten alle diese Ereignisse zur Stufe 0, d.h. sie waren ohne Bedeutung für die Sicherheit.

(3361) 9. Juni: Unbestritten wird vom Ständerat der erste Teil der Motion U. Fischer überwiesen, die eine Vereinfachung und Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens für die Lagerung radioaktiver Abfälle verlangt. Weil es dem Bundesrat überlassen werden soll, wie die entsprechende Teilrevision des Atomgesetzes auszugestalten ist, passiert der zweite Teil der Motion nur als Postulat (vgl. Nr. 3341 der Chronik).

(3362) Gemäss Bericht der Abteilung Strahlenschutz des BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) für die Jahre 1989/90 nimmt die durch das Unglück von Tschernobyl verursachte Strahlenexposition der schweizerischen Bevölkerung kontinuierlich ab. Die durchschnittliche Strahlenbelastung betrug 4,6 mSv pro Jahr.

(3363) 15. Juni: An einer Medienkonferenz der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG wird mitgeteilt, dass die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) für das Kernkraftwerk Gösgen die 1985 bewilligte Erhöhung der thermischen Leistung auf 3'002 MW freigegeben hat. Nach Abschluss der Jahresrevision wird die Anlage mit der höheren Leistung betrieben.

(3364) Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) verfügte der seit 1984 bestehende Stillegungsfonds für Kernanlagen Ende 1991 über ein Kapital von Fr. 233 Mio. Zweck des Fonds ist es, die Kosten für die Stillegung und den Abbruch von ausgedienten Kernanlagen sowie für die Entsorgung der dabei entstehenden Abfälle zu decken.

(3365) 16. Juni: Der aargauische Grosse Rat lehnt zwei Postulate ab, die zum einen ein Verbot des Transports von Brennelementen zur Wiederaufarbeitung durch das Kantonsgebiet und zum andern eine Überprüfung der Katastrophenvorsorge im Zusammenhang mit solchen Transporten verlangten.

(3366) 17. Juni: Nach Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels wird das Kernkraftwerk Beznau-II wieder in Betrieb genommen. Während der Abschaltung wurden auch die Arbeiten für das Notstandssystem Nano abgeschlossen und ein System zur gefilterten Druckentlastung des Containments installiert.

(3367) 29. Juni: Wie an der Generalversammlung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mitgeteilt wird, sind 1991 trotz des zeitaufwendigen Bewilligungsverfahrens weitere Arbeitsfortschritte erzielt worden. Die Tätigkeit der Nagra erforderte im Berichtsjahr einen Aufwand von rund Fr. 57 Mio.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1992 (Hans Peter Edel)

(3368) 1. Juli: Der Bundesrat stimmt der Bildung einer Arbeitsgruppe zu, welche die politischen Entscheide im Hinblick auf die Errichtung eines Endlagers für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle koordinieren soll. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Mtgliedern der Regierungen der Kantone Uri, Nidwalden, Graubünden und Waadt zusammen.

(3369) 3. Juli: Die Schweiz und Belgien unterzeichnen ein Abkommen über die friedliche Verwendung der Kernenergie, das den völkerrechtlichen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Elektrizitätswerken und belgischen Unternehmungen bildet, aber keine Liefer- und Bezugsverpflichtungen enthält.

(3370) Block I des Kernkraftwerks Beznau ist zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels abgeschaltet worden. Während des Stillstandes werden auch Vorarbeiten für den geplanten Ersatz der Dampferzeuger und für die Einbindung des Notstandssystems Nano ausgeführt. Die Anlage soll anfangs September wieder in Betrieb genommen werden.

(3371) 7. Juli: Beim Kernkraftwerk Beznau geht telefonisch eine anonyme Bombendrohung ein, worauf sofort Polizei und Behörden eingeschaltet und die nötigen Massnahmen zur Sicherheit des Personals und der Anlagen getroffen werden. Der Kraftwerksbetrieb bleibt unter Beachtung der angeordneten Vorkehrungen aufrechterhalten.

(3372) 8. Juli: Gemäss Mitteilung des EDI (Eidgenössisches Departement des Innern) hat der Bundesrat auf den 1. August 1992 eine Verordnung über die Versorgung der Bevölkerung mit Jodtabletten in Kraft gesetzt. Die Jodtabletten sollen nach Anordnung der Behörden bei einem schweren Kernkraftwerkunfall mit Austritt von Radioaktivität eingenommen werden und schützen die Schilddrüse vor eingeatmetem radioaktivem Jod.

(3373) 17. Juli: In dem zur Jahresrevision abgeschalteten Block I des Kernkraftwerks Beznau ereignet sich ein nichtnuklearer Arbeitsunfall, der zwei Todesopfer fordert. Gemäss Polizeimeldung sind die beiden Arbeiter am Gas Argon erstickt, das für Schweissarbeiten verwendet wird.

(3374) 20. Juli: Das Kernkraftwerk Mühleberg wird zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels planmässig abgeschaltet. Während des rund sechswöchigen Stillstandes werden im Sicherheitsgebäude ein System zur gefilterten Druckentlastung sowie ein zusätzliches Kühlsystem eingebaut.

(3375) 22. Juli: Wegen einer Fehlimanipulation beim Prüfen von Schutzeinrichtungen wird im Kernkraftwerk Beznau-II eine automatische Schnellabschaltung des Reaktors ausgelöst. Die Anlage geht nach wenigen Stunden wieder ans Netz.

(3376) 7. August: Nach einem Dauerbetrieb von 327 Tagen wird das Kernkraftwerk Leibstadt für die Jahresrevision und den Brennelementewechsel abgeschaltet. Die achte Jahresrevision soll rund viereinhalb Wochen dauern.

(3377) 10. August: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im zweiten Quartal 1992 insgesamt 4,88 Mrd kWh. Damit lag das Ergebnis um rund 5,5% unter jenem der Vergleichsperiode des Vorjahres, was darauf zurückzuführen ist, dass der Block Beznau-II wegen des längeren Revisionsstillstandes im Berichtsquartal nur einen halben Monat in Betrieb war.

(3378) 14. August: Unter dem Titel "Stopp den Atommülltransporten durch Basel-Stadt und Basel-Landschaft" werden in den beiden Basler Halbkantonen zwei Volksinitiativen lanciert, die sich gegen den Transport abgebrannter Brennelemente und wiederaufgearbeiteter radioaktiver Stoffe durch die Region richten (vgl. Nr. 3287 und 3320 der Chronik).

(3379) 19. August: Wie aus dem Monatsbericht über den Betrieb der schweizerischen Kernkraftwerke im Juli 1992 hervorgeht, arbeitet das Kernkraftwerk Gösgen seit dem 27. Juni 1992 mit der neuen Nettoleistung von 940 MW gegenüber bisher 920 MW (vgl. Nr. 3363 der Chronik).

(3380) Gemäss Mitteilung des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) ist der Endverbrauch an elektrischer Energie in der Schweiz im zweiten Quartal 1992 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 2,1% zurückgegangen, während der Stromverbrauch im ersten Quartal 1992 um 4,6 % zugenommen hatte. Damit ergibt sich für das erste Halbjahr 1992 ein Verbrauchszuwachs von 1,5%.

(3381) 27. August: Auf Anregung politischer Kreise wird in Bem das Forum VERA (Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle) gegründet, das rund 500 Mitglieder zählt. Das Forum will durch Informationsarbeit die Einsicht fördern, dass die Entsorgung radioaktiver Abfälle entschieden vorangetrieben werden muss - dies unabhängig von der Beurteilung der Kernenergienutzung.

(3382) Im zweiten Einwendungsverfahren zum Rahmenbewilligungsgesuch für das Zentrale Zwischenlager Würenlingen wurden nach Angaben des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) rund 10'800 Einsprachen eingereicht. Etwa 80% dieser Einwendungen stammen aus Süddeutschland und Vorarlberg, und mehr als 99% sind Sammelunterschriften. Damit ist das öffentliche Verfahren abgeschlossen. Voraussichtlich im Frühjahr 1993 wird der Bundesrat über die Erteilung der Rahmenbewilligung entscheiden (vgl. Nr. 3340 der Chronik).

(3383) 31. August 1992: Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten die Gewährleistung der durch Beschlüsse der Landsgemeinde vom April 1990 zur Mitsprache des Volkes bei Atomanlagen geänderten Verfassung des Kantons Nidwalden. Die Landesregierung erwartet vom Kanton Nidwalden allerdings, dass er bei der Erteilung von Konzessionen zur Benützung des Untergrunds nicht in die atomrechtlichen "Kompetenzen des Bundes eingreift, sondern sich auf die Prüfung von Aspekten beschränkt, die in die kantonale Kompetenz fallen" (vgl. Nr. 3135, 3273 und 3359 der Chronik).

(3384) 31. August: Nach dem geplanten Betriebsunterbruch von 42 Tagen für die Jahresrevision und weitere Arbeiten wird das Kernkraftwerk Mühleberg wieder ans Netz geschaltet.

(3385) 1. September: Nach rund neunwöchiger Abschaltung zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels nimmt Block I des Kernkraftwerks Beznau den Betrieb wieder auf.

(3386) 2. September: Unter starker Beteiligung führt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in Bern ihre 33. ordentliche Generalversammlung durch. Das Gastreferat hält Dr. J. Holzer, Vorsitzender des Vorstandes der Bayernwerk AG, zum Thema "Die Bedeutung der Kernenergie in Europa".

(3387) 7. September: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) hat die Kernkraftwerk Leibstadt AG am 31. Juli 1992 dem Bundesrat das Gesuch für eine 15prozentige Leistungserhöhung ihres Kernkraftwerks eingereicht (neu: 3600 MW thermische Leistung). Das Gesuch wird im Bundesblatt und im Amtsblatt des Kantons Aargau publiziert. Die Einsprachefrist läuft bis 7. Dezember 1992.

(3388) 8. September: Nach Abschluss der Jahresrevision und des Brennelementewechsels wird das Kernkraftwerk Leibstadt wieder ans Netz geschaltet.

(3389) 18. September: Nachdem in fünf schwedischen Reaktorblöcken Mängel im Notkühlsystem festgestellt wurden, verlangt die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) von den Betreibern der schweizerischen Kernkraftwerke eine Überprüfung der Notkühlsysteme.

(3390) 28. September: Wie das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) mitteilt, liegt eine von den BKW (Bernische Kraftwerke AG) eingereichte Studie über die wasserökologischen Auswirkungen der beantragten Leistungserhöhung des Kerkraftwerks Mühleberg auf die Aare öffentlich zur Einsicht auf. Einsprachen gegen diese Untersuchung sind bis 19. Oktober 1992 einzureichen. Die Studie kommt zum Schluss, dass eine Temperaturerhöhung des Kühlwassers zufolge der Leistungserhöhung die allgemeinen biologischen Charakteristiken des aquatischen Oekosystems nicht auf signifikante Weise verändern würde.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1992 (Hans Peter Edel)

(3391) 13. Oktober: Im Geschäftsjahr 1991/92 hat die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) in ihrem Versorgungsgebiet 1,7% mehr Strom abgegeben als im Vorjahr. Der Produktionsanteil der Kernenergie aus dem eigenen Kraftwerkpark betrug im Durchschnitt wiederum 67%.

(3392) 19. Oktober: Die vorberatende Kommission des Ständerates heisst einstimmig eine Motion von Nationalrat Jean-Pierre Berger (SVP, Waadt) gut, die eine Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens für Anlagen zur Energieversorgung verlangt. Dieser Vorstoss ist vom Nationalrat bereits in der Sommersession 1992 stillschweigend überwiesen worden.

(3393) 21. Oktober: Wie der Bundesrat zu einer dringlichen Anfrage der Grünen Fraktion feststellt, können die in schwedischen Kernkraftwerken mit Siedewasserreaktoren festgestellten Mängel im Notkühlsystem nicht direkt auf die schweizerischen BWR-Anlagen Mühleberg und Leibstadt übertragen werden. Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) hat für diese Werke angeordnet, das Vorgehen bei einer allfälligen Verstopfung der Notkühlpumpen genau festzulegen: "Es bestehen alternative Möglichkeiten zur Kühlung des Kerns. Mittelfristig soll die Zuverlässigkeit dieser Massnahmen noch verbessert werden." Für die Druckwasserreaktor-Kernkraftwerke Beznau und Gösgen wurden keine Massnahmen angeordnet (vgl. Nr. 3388 der Chronik).

(3394) 22. Oktober: In Bern beginnt eine zweitägige Informationstagung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) zum Thema "Kernenergie - die nächsten Schritte". Insgesamt rund 270 Personen aus dem In- und Ausland nehmen daran teil.

(3395) Die CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) haben im Geschäftsjahr 1991/92 in ihrem Versorgungsgebiet 2027,4 Mio kWh Strom abgegeben, d.h. 2,4% mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Kernenergie am gesamten Elektrizitätsumsatz der CKW betrug rund 56%.

(3396) 23. Oktober: Die Eidgenössische Schätzungskommission hat der vorübergehenden Enteignung von Grundeigentümern in der Waadtländer Gemeinde Ollon zugestimmt, was es der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ermöglicht, seismische Untersuchungen durchzuführen. Auf die von der Nagra vorgesehenen Bohrungen muss dagegen verzichtet werden (vgl. Nr. 3261 und 3300 der Chronik).

(3397) 25. Oktober 1992: Anlässlich der routinemässigen Überprüfung eines Systems des Reaktorschutzes wird im Block I des Kernkraftwerks Beznau eine automatische Reaktorabschaltung ausgelöst. Alle Sicherheitseinrichtungen funktionierten normal. Der Betriebsunterbruch dauert zwei Stunden.

(3398) 27. Oktober: Unter Namensaufruf beschliesst der Grosse Gemeinderat der Stadt St. Gallen mit 29:25 Stimmen, den Stimmberechtigten die 1986 eingereichte Initiative "Zukunft ohne Atomenergie" ohne Gegenvorschlag zur Verwerfung zu beantragen. Die Abstimmung über dieses Begehren soll Anfang 1993 stattfinden (vgl. Nr. 3310 der Chronik).

(3399) 28. Oktober: Im hängigen Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Mühleberg lehnt der Bundesrat verschiedene Eingaben wegen angeblicher Befangenheit des Vorstehers des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) und von Beamten des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) ab.

(3400) 2. November: Die Staatspolitische Kommission des Ständerates beschliesst, das Gewährleistungsverfahren für die revidierte Nidwaldner Kantonsverfassung zu sistieren, bis das Bundesgericht über staatsrechtliche Beschwerden entschieden hat, die gegen zwei Nidwaldner Gesetze für die Einführung einer Konzessionspflicht "zur Benützung des Untergrundes" eingereicht worden sind (vgl. Nr. 3383 der Chronik).

(3401) Das Energieforum Nordwestschweiz verlangt eine Revision des Atomgesetzes im Sinne einer Vereinfachung des nuklearen Bewilligungsverfahrens. Das Forum betont, dass die Kernenergie auch nach Ablauf des gegenwärtigen Moratoriums für die schweizerische Stromversorgung unentbehrlich bleibt.

(3402) 3. November: Bei der Beratung der neuen Kantonsverfassung beschliesst der bernische Grosse Rat mit 92:61 Stimmen, auf das im Jahr 1981 eingeführte fakultative Referendum für Vernehmlassungen des Kantons zuhanden des Bundesrates über Atomanlagen zu

verzichten. Künftig können indessen 80 Mitglieder des Grossen Rates verlangen, dass solche Vernehmlassungen dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

(3403) 4. Oktober: Wie die Kernkraftwerk Leibstadt AG mitteilt, wird der Betrieb der Anlage übers kommende Wochenende unterbrochen. Die Abschaltung dient einer Reparatur an der automatischen Regelung eines Ventils des Reaktorwasser-Umwälzsystems. Diese Arbeit kann nur bei abgekühlter Anlage durchgeführt, das Umwälzsystem jedoch auch von Hand geregelt werden.

(3404) 5. November: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im dritten Quartal 1992 insgesamt 4,5 Mia kWh. Damit lag das Ergebnis um rund 14,2% über jenem der Vergleichsperiode des Vorjahres.

(3405) 10. November: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) präzisiert zu missverständlichen Medienberichten, dass im Block I des Kernkraftwerks Beznau während des Revisionsstillstandes im Sommer 1992 bei zwei Durchführungsrohren des Reaktordruckgefäss-Deckels je eine rissartige Anzeige festgestellt wurde. Aufgrund der vorgenommenen Prüfungen sind sich die NOK und die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) darin einig, dass deren Befunde den sicheren Betrieb des Kernkraftwerks Beznau-I nicht in Frage stellen.

(3406) 12. November: Wie der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) bekannt-gibt, erhöhte sich der Stromverbrauch in der Schweiz im hydrologischen Jahr 1991/92 (Ok-tober 1991 bis und mit September 1992) mit 1,5% gegenüber dem Vorjahr (Anstieg 2,6%) relativ geringfügig. Für die vergangenen 10 Jahre ergab sich damit eine Gesamtsteigerung des schweizerischen Stromverbrauchs um 30%. Die inländische Stromproduktion lag im hydrologischen Jahr 1991/92 um 5% über der Vergleichsperiode 1990/91.

(3407) 20. November: Das Kernkraftwerk Leibstadt wird durch die Reaktorbaugesellschaft GE Nuclear Energy für die Arbeitsausnutzung von 81,5% im 7. Betriebsjahr und für die unterbruchslose Produktion während 327 Tagen im 8. Betriebsjahr ausgezeichnet.

(3408) 23. November: Das Kernkraftwerk Gösgen hat seit nunmehr 100'000 Stunden Strom ans Netz geliefert und in dieser Zeit insgesamt 89'146 Mio kWh elektrische Energie produziert. Das entspricht ungefähr dem schweizerischen Elektrizitätsbedarf während zweier Jahre.

(3409) 25. November: Auf dem Gelände PSI-Ost des Paul Scherrer Instituts in Würenlingen/Villigen wird das Bundeszwischenlager (BZL) für schwach- und mittelradioaktive Abfälle offiziell in Betrieb genommen. Das BZL kann die entsprechenden Abfälle aus dem Verantwortungsbereich des Bundes (Medizin, Industrie und Forschung) aufnehmen, die bis zum Jahr 2010 anfallen.

(3410) 10. Dezember: Wie das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) mitteilt, haben im hängigen Bewilligungsverfahren 5'460 Personen, 29 Organisationen und Vereine sowie 10 Gemeinwesen gegen das Gesuch um eine Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Leibstadt Einsprachen eingereicht. Zu 20% stammen die Einsprachen aus Deutschland, vereinzelte aus Österreich. Bei 98% der Einsprachen handelt es sich um Vervielfältigungen (vgl. Nr. 3387 der Chronik).

(3411) 11. Dezember 1992: Der Grosse Rat des Kantons Freiburg lehnt mit 56:35 Stimmen einen Resolutionsantrag ab, mit welchem der Bundesrat aufgefordert werden sollte, die Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg um höchstens 10 Jahre zu verlängern und die beantragte der Anlage nicht zu genehmigen.

(3412) 14. Dezember: Dem am 9. November 1990 durch die BKW (Bernische Kraftwerke AG) eingereichten Gesuch um eine unbefristete Betriebsbewilligung und eine 10prozentige Leis tungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg wird vom Bundesrat nur zum Teil entsprochen. Während die Landesregierung die Leistungserhöhung genehmigt, befristet sie die neue Betriebsbewilligung für die Anlage auf weitere zehn Jahre, d.h. bis zum 31. Dezember 2002. Gleichzeitig verpflichtet der Bundesrat die BKW, im Hinblick auf den Fristablauf "Alternativen zu evaluieren" und innert einer vom EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) festzulegenden Frist zu unterbreiten (vgl. Nr. 3213 der Chronik).

(3413) 22. Dezember: Das EDI (Eidgenössisches Departement des Innern) eröffnet die Vernehmlassung zum Entwurf einer neuen Strahlenschutzverordnung. Die Verordnung konkretisiert das Strahlenschutzgesetz von 1991 und übernimmt weitgehend die neuesten Empfehlungen der Internationalen Strahlenschutzkommission. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 15. April 1993.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1993 (Hans Peter Edel)

(3414) 7. Januar: Als weitere Erschwerung der Arbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) beschliesst die Mitgliederversammlung des MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen) die Lancierung einer Initiative zur Änderung des Bergregal-Gesetzes. Diese fordert neu auch für den Ausbruch von tonhaltigem Mergel die Genehmigung durch die Landsgemeinde (vgl. Nr. 3135, 3383 und 3400 der Chronik).

(3415) 13. Januar: Gemäss Bericht des BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) über die "Radioaktivität der Umwelt in der Schweiz 1991" ergab die durchschnittliche Strahlenexposition der Schweizer Bevölkerung 1991 ähnliche Werte wie in den vorangehenden

Jahren. Sie beträgt insgesamt 4,6 mSv pro Jahr. Davon entfällt rund die Hälfte auf das natürliche Radon und seine Folgeprodukte vorab im Hausinnern. In der Umgebung der Kernanlagen wurden keine unzulässigen Erhöhungen der Radioaktivität festgestellt.

(3416) 21. Januar: Mit 94:64 Stimmen lehnt der Grosse Rat des Kantons Bern einen Vorstoss ab, der verlangte, vermehrt "atomkritische" Persönlichkeiten in den Verwaltungsrat der BKW (Bernische Kraftwerke AG) zu wählen.

(3417) 25. Januar: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, haben die fünf schweizerischen Kernkraftwerke im Jahr 1992 zusammen rund 22,1 Mrd kWh Strom produziert. Dieses zweithöchste je erreichte Ergebnis liegt um 2,3% über dem Resultat des Vorjahres und hat den Rekord von 1990 (22,3 Mrd kWh) nur knapp verfehlt. Die durchschnittliche Arbeitsausnutzung der Anlagen betrug 86,0%.

(3418) Mit 91:67 Stimmen verwirft der Grosse Rat des Kantons Bern einen Antrag auf Streichung der Kernenergie im bernischen Energie-Leitsatzdekret. Ablehnung finden ebenfalls zwei Vorstösse für eine Überwachung und den Stopp der Brennelement-Transporte aus dem Kernkraftwerk Mühleberg durch den Kanton.

(3419) 4. Februar: Unter der Leitung der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) wird im Kernkraftwerk Mühleberg die Gesamtnotfallübung "Diana" durchgeführt. Sie dient in erster Linie der Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen von Bund, Kantonen und Kernkraftwerken.

(3420) 5. Februar: In einem Communiqué erklärt die Genfer Regierung, der Kanton werde alle rechtlich und politisch möglichen Massnahmen ergreifen, um sich einer Wiederinbetriebnahme des französischen Schnellbrüter-Demonstrationskernkraftwerks Superphénix in Creys-Malville zu widersetzen.

(3421) 10. Februar: Nach Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) hat der schweizerische Elektrizitätsverbrauch im Jahr 1992 um 0,6% (Vorjahr 2,2%) zugenommen und 47,9 Mrd kWh erreicht, d.h. 280 Mio kWh mehr als im Jahr 1991. An der inländischen Stromproduktion von 57,3 Mrd kWh waren die Wasserkraftwerke zu 58,8%, die Kernkraftwerke zu 38,6% und die ölthermischen Anlagen zu 2,6% beteiligt. Ohne die eigene Kernenergie hätten 1992 rund 35% und in den beiden Winterquartalen fast die Hälfte der in der Schweiz benötigten Elektrizitätsmenge gefehlt.

(3422) 17. Februar: Im Sinne der von den eidgenössischen Räten überwiesenen Motion U. Fischer schlägt der Bundesrat eine Teilrevision des Atomgesetzes und des dazugehörigen Bundesbeschlusses vor, mit welcher das Bewilligungsverfahren zur Bereitstellung von Lagern für radioaktive Abfälle vereinfacht und beschleunigt werden soll. Gleichzeitig ist eine Verschärfung der Vorschriften über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vorgesehen. Die Vernehmlassungsfrist zu diesen Entwürfen dauert bis 31. Mai 1993 (vgl. Nr. 3307 und 3361 der Chronik).

(3423) 7. März: In der Stadt St. Gallen wird die im Jahr 1986 eingereichte Volksinitiative "Zukunft ohne Atomenergie" mit 15'356 Nein : 8'589 Ja verworfen. Laut Angaben der Stadtverwaltung wird St. Gallen mit durchschnittlich 47% Atomstrom versorgt, in den Wintermonaten mit bis zu 75% (vgl. Nr. 3310 und 3398 der Chronik).

(3424) 11. März 1993: Bei der Beratung des Reglementes für die Versorgung mit elektrischer Energie durch das Elektrizitätswerk der Stadt Bern lehnt der Berner Stadtrat mit 37:31 Stimmen den Antrag ab, neue Beteiligungen an und neue Lieferverträge mit Kernkraftwerken zu verbieten.

(3425) 17. März: Gemäss Mitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) sind die Sondierbohrungen am Wellenberg im Kanton Nidwalden endgültig abgeschlossen worden, nachdem die Endtiefe von 1870,4 m bereits Ende Januar 1993 erreicht wurde.

(3426) 19. März: Wie das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) bekanntgibt, ist der Schweizer Dr. Bruno Pellaud zum Stellvertretenden Generaldirektor der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) in Wien ernannt worden. Pellaud präsidierte früher die SGK (Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute).

(3427) 24. März: Entsprechend der vom Bundesrat am 14. Dezember 1992 erteilten Bewilligung wird das Kernkraftwerk Mühleberg der BKW (Bernische Kraftwerke AG) in einer ersten Stufe mit einer um 5% erhöhten Leistung betrieben. Die volle Leistungserhöhung um insgesamt 10% soll nach dem diesjährigen Revisionsstillstand im kommenden Herbst realisiert werden (vgl. Nr. 3412 der Chronik).

(3428) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) teilt mit, dass nun auch die letzten Messungen der Untersuchungsphase am Bois de La Glaive bei Ollon (Kanton Waadt) abgeschlossen wurden. Die gewonnenen Daten bilden laut Nagra eine gute Grundlage für die vom Bundesrat verlangte vergleichende Beurteilung der vier evaluierten möglichen Standorte für die Endlagerung kurzlebiger radioaktiver Abfälle.

(3429) 27. März: Mit einer Resolution warnt die Delegiertenversammlung der Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz) die Umweltorganisationen vor einer Preisgabe des Energiefriedens und fordert sie dazu auf, das Programm "Energie 2000" aktiv und guten Willens zu unterstützen.

(3430) 30. März: An einer Medienkonferenz der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) ist zu erfahren, dass der erste Teil des neuen Zwischenlagers für radioaktive Abfälle auf dem Gelände des Kernkraftwerks Beznau in Betrieb genommen werden kann (vgl. Nr. 3262 der Chronik).

(3431) 31. März: In der Nacht auf den 1. April wird Block I des Kernkraftwerks Beznau für die ordentliche Jahresrevision abgeschaltet, die rund 14 Wochen dauert. Während des Stillstandes werden auch die beiden Dampferzeuger ausgewechselt und das neue Notstandssystem Nano mit der Anlage verbunden.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1993 (Hans Peter Edel)

(3432) 1. April: Die SVP (Schweizerische Volkspartei) präsentiert eine neue Schrift zur "Energiepolitik der Schweiz". Darin bekräftigt die SVP ihre Unterstützung der Zielsetzungen des Programms "Energie 2000" und der Offenhaltung der Option Kernenergie.

(3433) Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden beantragt der Landsgemeinde vom 25. April 1993 die Verwerfung der Initiative des MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen) zur Änderung des Bergregal-Gesetzes. Die beiden bürgerlichen Parteien Nidwaldens schliessen sich der Ablehnung der Vorlage an (vgl. Nr. 3414 der Chronik).

(3434) 3. April: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) werden zusätzlich zur normalen Überwachung der Umgebung bei den schweizerischen Nuklearanlagen auch die Fliessgewässer unterhalb der betreffenden Standorte untersucht. Die Resultate dienen für eine Studie über Materialablagerungen in den Flüssen, den Transport radioaktiver Teilchen und deren Übergang in die Nahrungskette.

(3435) 8. April: In zwei Schlussberichten stellt der Generalsekretär des EDI (Eidgenössisches Departement des Innern) fest, dass die vom Bundesrat und Parlament nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl verlangten Massnahmen grösstenteils realisiert worden sind. Dabei wurden die notwendigen Folgerungen für die EOR (Einsatzorganisation bei erhöhter Radioaktivität) und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen gezogen sowie der Informationsaustausch national und international verbessert.

(3436) 21. April: Aktivisten der Organisation Greenpeace dringen widerrechtlich ins Gelände des Kernkraftwerks Beznau ein und befestigen u.a. Transparente am Sicherheitsgebäude des zur Revision abgeschalteten Blocks I. Der Betrieb der Anlage Beznau-II ist durch die Aktion nicht betroffen. Gegen die der Polizei übergebenen Eindringlinge wird Strafanzeige erstattet.

(3437) Gemäss Beschluss des Bundesrates beteiligt sich die Schweiz im Rahmen ihrer Finanzhilfe an mittel- und osteuropäische Länder am Nuklearsicherheitsfonds der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Der Fonds hat zur Aufgabe, die operationellen und technischen Sicherheitsmassnahmen für Kernkraftwerke mit den höchsten Risiken zu verbessern.

(3438) 25. April: Gemäss Antrag des Regierungsrates lehnt die Nidwaldner Landsgemeinde die Initiative des MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen) zur Änderung des Bergregal-Gesetzes ab. Mit der vorgeschlagenen Genehmigung des Ausbruchs von Valanginien-Mergel durch die Landsgemeinde war eine weitere Erschwerung der Arbeiten der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) im Kanton Nidwalden beabsichtigt gewesen (vgl. Nr. 3414 und 3433 der Chronik).

(3439) 3. Mai 1993: Ohne Erfolg bleibt eine Aussprache zwischen einer Delegation des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) und Vertretern von Umweltorganisationen über die weitere Mitarbeit dieser Gruppen am Programm "Energie 2000". Die Unterredung bestätigt die Obstruktionspolitik und Verweigerungshaltung der antinuklearen Kreise (vgl. Nr. 3238 und 3429 der Chronik).

(3440) 6. Mai: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im ersten Quartal 1993 insgesamt 6,41 Mrd kWh. Damit wurde das Ergebnis des Vergleichsquartals 1992 um 51 Mio kWh oder 0,8% übertroffen.

(3441) 13. Mai: Mit 38:28 Stimmen wird im Baselbieter Landrat eine Motion abgelehnt, welche die Abgabe von Jodtabletten zum Schutz vor radioaktiver Strahlung an die Bevölkerung des ganzen Kantonsgebietes verlangte.

(3442) 24. Mai: Die Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) spricht sich in ihrem Jahresbericht 1992 für die rasche Realisierung eines Endlagers für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle in der Schweiz und eine Beschleunigung der diesbezüglichen Bewilligungsverfahren aus.

(3443) 28. Mai: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) beurteilt in ihrem Bericht für das Jahr 1992 die technische Sicherheit und die Betriebsführung der schweizerischen Kernanlagen als gut. 1992 waren in diesen Anlagen insgesamt 15 meldepflichtige Ereignisse zu verzeichnen, die nach der Internationalen nuklearen Ereignisskala INES zur Stufe 0 gehörten und keine Bedeutung für die Sicherheit hatten.

(3444) 1. Juni: Wie an der Generalversammlung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mitgeteilt wird, wurden im Jahr 1992 für die Entsorgungsarbeiten Fr. 57,3 Mio aufgewendet. Seit der Gründung der Nagra im Dezember 1972 sind in den Entsorgungsauftrag total Fr. 544,3 Mio investiert worden.

(3445) 5. Juni: Das Kernkraftwerk Gösgen wird zur Jahresrevision und zum Brennelementewechsel planmässig abgestellt. Der erfolgreiche 14. Betriebszyklus hat mit einem ununterbrochenen Netzbetrieb während 343 Tagen die bisherige eigene Bestmarke aus dem 13. Zyklus um 14 Tage übertroffen. Der Betriebsunterbruch wird voraussichtlich rund einen Monat dauern.

(3446) 10. Juni: Im Nachgang zum früheren Gespräch mit einer Delegation des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) über die weitere Beteiligung am Programm "Energie 2000" geben die schweizerischen Umweltorganisationen bekannt, dass sie ihre Mitarbeit in der Konfliktlösungsgruppe radioaktive Abfälle weiterhin sistieren. Zudem verlangen sie die Bildung einer Konfliktlösungsgruppe Mühleberg (vgl. Nr. 3439 der Chronik).

(3447) Die Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Ständerates spricht sich für eine kombinierte Lenkungsabgabe auf dem Energieverbrauch und den CO2-Emissionen aus, deren Ertrag pro Kopf oder pro Arbeitsplatz voll zurückerstattet werden soll.

(3448) 18. Juni: Gemäss Mitteilung der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) haben Prüfungen aller Durchführungsrohre im Reaktordruckgefäss-Deckel des gegenwärtig zur Revision abgeschalteten Kernkraftwerks Beznau-I ergeben, dass die im Vorjahr festgestellten geringen Fehler an zwei Rohren bezüglich Länge und Tiefe keine Veränderungen aufweisen und dass alle übrigen Durchführungsrohre fehlerfrei sind (vgl. Nr. 3405 der Chronik).

(3449) 23. Juni: Der Bundesrat erteilt der (Zwischenlager Würenlingen AG) die Rahmenbewilligung für das geplante Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle aller Kategorien beim Paul Scherrer Institut. Mit einer Botschaft wird den eidgenössischen Räten die Genehmigung dieser Rahmenbewilligung beantragt. Zudem will sich der Bund mit einem Beitrag von Fr. 30 Mio an den Abfallbehandlungsanlagen der beteiligen (vgl. Nr. 3171 der Chronik).

(3450) 23. Juni: Der Bundesrat beschliesst die Beteiligung der Schweiz am Subprogramm Strahlenschutz des Programms "Sicherheit der Kernspaltung" der Euratom (Europäische Atomgemeinschaft) und genehmigt das entsprechende Zusammenarbeitsabkommen. Damit ist die Schweiz an der EG-Forschung über Strahlenschutz voll beteiligt.

(3451) 24. Juni: Wie bekanntgegeben wird, haben in Zone 1 des Kernkraftwerks Mühleberg wohnende Personen bei der Europäischen Menschenrechtskommission Beschwerde gegen den Entscheid des Bundesrates eingereicht, den Weiterbetrieb und eine erhöhte Leistung dieser Anlage zu bewilligen. Die Beschwerde hat zum Ziel, den Bewilligungsentscheid vor Bundesgericht oder einer andern Beschwerdeinstanz anfechten zu können. Gleichzeitig werden "Vergleichsverhandlungen" mit dem Bundesrat verlangt (vgl. Nr. 3412 der Chronik).

(3452) 26. Juni: Im Kernkraftwerk Beznau-II verursacht ein Defekt in der Steuerung des Regelstabantriebs eine Teilabschaltung des Reaktors, was gemäss den Betriebsvorschriften dazu veranlasst, die Anlage von Hand abzuschalten. Dabei funktionieren alle Sicherheitseinrichtungen normal, und nach einem Unterbruch von neun Stunden kann der Betrieb wieder aufgenommen werden.

(3453) 29. Juni: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) beantragt dem Bundesrat, das künftige Endlager für kurzlebige radioaktive Abfälle am Standort Wellenberg (Kanton Nidwalden) zu erstellen. Zu diesem Vorschlag führten rund zehnjährige Abklärungen an vier möglichen Standorten. Im Verlauf des Jahres 1994 soll der Landesregierung das Gesuch um Erteilung der Rahmenbewilligung für das Wellenberg-Endlager in der Gemeinde Wolfenschiessen unterbreitet werden (vgl. Nr. 2845 und 3425 der Chronik).

(3454) 30. Juni: Der Grosse Rat des Kantons Bern überweist einen Vorstoss, der die Regierung auffordert, sich beim Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Frist zur Vorlage von "Alternativen" seitens der BKW (Bernische Kraftwerke AG) zum Kernkraftwerk Mühleberg bald festgelegt wird (vgl. Nr. 3412 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1993 (Hans Peter Edel)

(3455) 3. Juli: Nach einem Revisionsstillstand von 28 Tagen nimmt das Kernkraftwerk Gösgen den Leistungsbetrieb wieder auf (vgl. Nr. 3445 der Chronik).

(3456) 5. Juli: Wie das BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) bekanntgibt, sind gemäss der seit 1. August 1992 in Kraft stehenden Verordnung über die Versorgung der schweizerischen Bevölkerung mit Jodtabletten 65 Mio Kaliumiodid-Tabletten beschafft worden, die nun an die Kantone verteilt werden. Zur Information der Öffentlichkeit dient ein Merkblatt, das ab Herbst 1993 bezogen werden kann (vgl. Nr. 3372 der Chronik).

(3457) 7. Juli: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) verfügte der seit 1984 bestehende Stillegungsfonds für Kernanlagen Ende 1992 über ein Kapital von Fr. 281 Mio. Zweck des Fonds ist es, die Kosten für die Stillegung und den Abbruch von ausgedienten Kernanlagen sowie für die Entsorgung der dabei entstehenden Abfälle zu decken.

(3458) 12. Juli: In Beantwortung eines Schreibens der Umweltorganisationen zu deren Haltung gegenüber dem Programm "Energie 2000" erklärt der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), dass er es im Sinne der Gewaltentrennung nicht für angebracht erachte, im Rahmen von "Energie 2000" eine "Konfliktlösungsgruppe Mühleberg" zu bilden oder gar zu leiten. Solange im übrigen die Umweltorganisationen nicht bereit seien, das Ziel einer zehnprozentigen Leistungserhöhung der Kernkraftwerke gemäss "Energie 2000" zu akzeptieren, halte er weitere Gespräche im Bereich der Kernenergie für sinnlos (vgl. Nr. 3446 der Chronik).

(3459) 15. Juli: Gemäss Presseberichten ist im Kanton Basel-Stadt eine Volksinitiative eingereicht worden, die sich gegen den Transport radioaktiver Abfälle und radioaktiver Stoffe aus der Wiederaufarbeitung über das Kantonsgebiet richtet. Ein gleiches Begehren wurde im August 1992 auch im Kanton Basel-Landschaft lanciert (vgl. Nr. 3378 der Chronik).

(3460) 20. Juli: Nach Abschluss der mehr als 13 Wochen dauernden Jahresrevision 1993 liefert das Kernkraftwerk Beznau-I wieder mit Vollast Strom ans Netz. Während des bisher längsten Betriebsunterbruchs wurden u.a. die beiden Dampferzeuger ausgewechselt und die Schlussarbeiten zur Einbindung des zusätzlichen Notstandssystems Nano ausgeführt (vgl. Nr. 3448 der Chronik).

(346l) 28. Juli: Das Kernkraftwerk Mühleberg wird für die ordentliche Jahresrevision und den Brennelementewechsel abgeschaltet. In der vergangenen 20. Betriebsperiode hat die Anlage bei einer Arbeitsausnutzung von ca. 97% rund 2,6 Mrd kWh Strom ans Netz geliefert, was gut einem Viertel der gesamten Nachfrage im Versorgungsgebiet der BKW (Bernische Kraftwerke AG) entspricht. Der Revisionsstillstand dauert voraussichtlich viereinhalb Wochen.

(3462) 30. Juli: Nur noch 47% der schweizerischen Bevölkerung haben im November 1992 die Risiken der Kernenergie als "nicht tragbar" bezeichnet, während diese Auffassung im Jahr 1989 von 63% vertreten wurde. Gemäss den nun veröffentlichten Ergebnissen der Univox-Umfrage 1992 halten fast 30% der Befragten die nuklearen Risiken sogar ausdrücklich für tragbar.

(3463) 2. August: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im zweiten Quartal 1993 insgesamt 4,77 Mrd kWh. Damit lag das Ergebnis um rund 2,2% unter jenem der Vergleichsperiode 1992, was vor allem auf die teilweise unterschiedlichen Termine der Jahresrevisionen zurückzuführen ist.

(3464) 6. August: Block II des Kernkraftwerks Beznau wird zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels abgeschaltet. Während des bis Mitte September dauernden Stillstandes werden u.a. wie in Block I die Durchführungsrohre im Deckel des Reaktordruckgefässes einer eingehenden Kontrolle auf allfällige Rissanzeigen unterzogen.

(3465) Auch das Kernkraftwerk Leibstadt wird für die 9. Jahresrevision mit Brennelementewechsel abgeschaltet. Während des knapp sechswöchigen Stillstandes wird u.a. ein System zur gefilterten Druckentlastung des Sicherheitsgebäudes installiert.

(3466) 10. August: Die Zwilag (Zwischenlager Würenlingen AG) ersuchte den Bundesrat am 15. Juli 1993 um Erteilung der nuklearen Bau- und Betriebsbewilligung für das geplante Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle aller Kategorien beim Paul Scherrer Institut. Dies wird an einer Medienorientierung bekanntgegeben. Eingeleitet wird nun auch das konventionelle Baubewilligungsverfahren. Seit dem 23. Juni 1993 verfügt die Zwilag für ihr Projekt über die Rahmenbewilligung, deren Genehmigung der Bundesrat den eidgenössischen Räten beantragt hat (vgl. Nr. 3449 der Chronik).

(3467) 12. August 1993: Zu einem im Grossen Rat eingereichten Postulat stellt der Regierungsrat des Kantons Bern fest, er erachte es nicht als erforderlich, die BKW (Bernische Kraftwerke AG) mit einem besonderen Leistungsauftrag zur Ausarbeitung von Alternativen zum Kernkraftwerk Mühleberg zu verpflichten, da dies bereits vom Bund angeordnet worden sei (vgl. Nr. 3412 und 3454 der Chronik).

(3468) 17. August: Unter reger Beteiligung führt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in Bern ihre 34. ordentliche Generalversammlung durch. Das Gastreferat hält Frau Colette Lewiner, Präsidentin der ENS (European Nuclear Society) zum Thema "Die Zukunft der Kernenergie in Europa".

(3469) 30. August: Das FWE (Forum Wissenschaft und Energie) spricht sich in einem Grundsatzpapier zur zukünftigen Energiepolitik der Schweiz dafür aus, angesichts der steigenden Elektrizitätsnachfrage und der drohenden Klimakatastrophe "die friedliche Nutzung der Kernenergie auch in Zukunft weiterzuführen und auszubauen. Die Entwicklung eines neuen Reaktortyps mit inhärent sicherer Bauweise ist zu unterstützen."

(3470) Nach einem Revisionsstillstand von 33 Tagen wird das Kernkraftwerk Mühleberg wieder ans Netz geschaltet. Die vorgenommenen Inspektionen bestätigten den sicheren Zustand der Anlage (vgl. Nr. 3461 der Chronik).

(3471) 2. September: Das Bundesgericht lehnt zwei staatsrechtliche Beschwerden der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gegen Bergregal-Beschlüsse der Nidwaldner Landsgemeinde vom Jahr 1990 ab. Das bedeutet, dass für das geplante Endlager kurzlebiger radioaktiver Abfälle im Wellenberg eine kantonale Konzession erforderlich ist, über welche die Landsgemeinde zu entscheiden hat (vgl. Nr. 3135, 3136, 3273, 3359 und 3383 der Chronik).

(3472) 6. September: Nach einem Revisionsstillstand von rund viereinhalb Wochen ist das Kernkraftwerk Leibstadt bereit für das Anfahren zum 10. Betriebszyklus, der bis Juli 1994 dauert (vgl. Nr. 3465 der Chronik).

(3473) 9. September: In Zürich-Oerlikon beginnt eine zweitägige Informationstagung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie), die dem Thema "Die Kernenergie im Wettbewerb" gewidmet ist. Rund 150 Personen aus dem In- und Ausland nehmen daran teil.

(3474) 12. September: Wegen einer schadhaften Dichtung am Regelventil des Reaktorwasser-Umwälzsystems wird das Kernkraftwerk Leibstadt vorübergehend abgeschaltet, um die nötige Reparatur bei abgekühlter Anlage durchführen zu können.

(3475) 17. September: Schweizerische Umwelt- und Atomgegnerorganisationen stellen zwei neue Volksinitiativen zur Energiepolitik vor. Es handelt sich dabei zum einen um die "Energie-Umwelt-Initiative" (Volksinitiative für die Belohnung des Energiesparens und gegen die Energieverschwendung), zum andern um die "Solar-Initiative" (Volksinitiative für einen Solar-Rappen). Beide Initiativen haben eine energiepolitisch begründete Belastung der nicht-erneuerbaren Energieträger (im Falle der "Energie-Umwelt-Initiative" auch der Elektrizität aus Wasserkraftwerken mit mehr als 1 MW elektrischer Leistung) zum Ziel.

(3476) 21. September: Im Kernkraftwerk Beznau-II sind die Arbeiten für die Jahresrevision 1993 beendigt. Während des Stillstandes wurde unter anderem ein neues elektronisches Informationssystem installiert, das auf besonders übersichtliche Weise jederzeit Auskunft über den Betriebszustand gibt (vgl. Nr. 3464 der Chronik).

(3477) 24. September: Mehr als 20 Umwelt- und Kernenergiegegnerorganisationen haben sich zur sog. Anti-Atom-Koalition zusammengeschlossen, die für einen sofort beginnenden Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie kämpfen will.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1993 (Hans Peter Edel)

(3478) 13. Oktober: Das von den beiden Blöcken des Kernkraftwerks Beznau versorgte Fernwärmenetz Refuna im unteren Aaretal hatte im Geschäftsjahr 1992/93 einen Zuwachs von 100 Wärmebezügern zu verzeichnen und beliefert nun in elf Gemeinden insgesamt 1856 Endabnehmer.

(3479) 19. Oktober: Im Geschäftsjahr 1992/93 hat die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) in ihrem Versorgungsgebiet 1,9% weniger Strom abgegeben als im Vorjahr, was vor allem auf die wirtschaftliche Rezession und die milde Witterung im Winterhalbjahr zurückgeführt wird. Der Produktionsanteil der Kernenergie im eigenen Kraftwerkpark erreichte im Berichtsjahr wiederum 67%.

(3480) 20. Oktober: Wie der Regierungsrat des Kantons Bern auf parlamentarische Vorstösse hin bekanntgibt, hat sich die BKW (Bernische Kraftwerke AG) bereit erklärt, die maximale Einleitungstemperatur des Kühlwassers aus dem Kernkraftwerk Mühleberg in die Aare, auf 33 Grad zu beschränken. Eine entsprechende Vereinbarung wurde Ende August 1993 unterzeichnet.

(3481) 21. Oktober: Die CKW (Centralschweizerische Kraftwerk) haben im Geschäftsjahr 1992/93 in ihrem Versorgungsgebiet 1,99 Mrd kWh Strom abgegeben, was gegenüber dem Vorjahr einen Verbrauchsrückgang von 1,8% bedeutet. Der Anteil der Kernenergie am Gesamtumsatz der CKW erhöhte sich 1992/93 auf 58,1% im Vergleich zu 56% im Geschäftsjahr 1991/92.

(3482) 22. Oktober 1993: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) gibt bekannt, dass die am 31. Dezember 1993 auslaufende Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Beznau-II vorsorglich um höchstens ein Jahr verlängert wurde, weil das hängige Verfahren um Erteilung einer unbefristeten Bewilligung länger dauert als ursprünglich geplant. Der Entscheid des Bundesrates soll voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1994 getroffen werden (vgl. Nr. 3323 und 3347 der Chronik).

(3483) 27. Oktober: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) bekannt-gibt, betrug die Nettoproduktion der fünf schweizerischen Kernkraftwerke im dritten Quartal 1993 insgesamt 4,41 Mrd kWh. Dieses Ergebnis liegt um 2,2% unter jenem der Vergleichsperiode des Vorjahres, übertrifft indessen die Produktion im dritten Quartal 1991 um rund 12%.

(3484) 29. Oktober: Gemäss Mitteilung des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) ist der schweizerische Stromverbrauch im hydrologischen Jahr 1992/93 gegenüber der Vergleichsperiode 1991/92 um 2,8% auf 46,802 Mrd kWh zurückgegangen. Diese seit 1975 erstmals wieder eingetretene Entwicklung ist durch die wirtschaftliche Rezession und den milden Winter zu erklären.

(3485) 10. November: Mit 60:47 Stimmen lehnt der Grosse Rat des Kantons Bern ein Postulat ab, das verlangte, der Regierungsrat habe die Leitung der BKW (Bernische Kraftwerke AG) zu beauftragen, rechtzeitig vor Ablauf der Betriebsbewilligung im Jahr 2003 den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg vorzubereiten (vgl. Nr. 3467 der Chronik).

(3486) 19. November: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) haben 38 Organisationen und Vereine, 17 Gemeinwesen und rund 500 Personen gegen die beantragte nukleare Bau- und Betriebsbewilligung für das Zentrale Zwischenlager der schweizerischen Kernkraftwerkbetreiber in Würenlingen Einsprache erhoben. Zu 91% stammen diese Einwendungen aus Deutschland. Die Zwilag (Zwischenlager Würenlingen AG) verfügt seit dem 23. Juni 1993 für ihr Projekt über die vom Bundesrat erteilte und vom Parlament noch zu genehmigende Rahmenbewilligung (vgl. Nr. 3449 und 3460 der Chronik).

(3487) 22. November: Die vom Bundesrat am 14. Dezember 1992 bewilligte Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Mühleberg von insgesamt 10% ist in zwei Schritten erreicht worden. Gemäss Bestätigung seitens der BKW (Bernische Kraftwerke AG) hat die

Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen am 12. November 1993 auch die zweite Stufe der Mehrleistung freigegeben. Die elektrische Nettoleistung des Kernkraftwerks Mühleberg beträgt neu 355 MW, was einer jährlichen Stromproduktion von rund 2,7 Mrd kWh entspricht (vgl. Nr. 3412 und 3427 der Chronik).

(3488) 24. November: Aus rechtlichen Gründen und grundsätzlichen Erwägungen lehnt es der Bundesrat ab, einem von der "Aktion Mühleberg stillegen" und der "Gewaltfreien Aktion Bern" gestellten Begehren um Einsicht in Akten zum Kernkraftwerk Mühleberg zu entsprechen.

(3489) 25. November: Gemäss Presseberichten hat sich der im Jahr 1975 zur Bekämpfung eines KKW-Projektes im St. Galler Rheintal gegründete Verein "Atomkraftwerk Rüthi Nein" durch Beschluss der Hauptversammlung aufgelöst.

(3490) 29. November: Die UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Ständerates beantragt dem Plenum einstimmig und ohne Enthaltungen, den Bundesbeschluss betreffend Ge nehmigung der Rahmenbewilligung und Gewährung eines Verpflichtungskredites für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle aller Kategorien in Würenlingen gutzuheissen (vgl. Nr. 3449 der Chronik).

(3491) 10. Dezember: Wie das BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) bekanntgibt, ist der vor Jahresfrist dem Vernehmlassungsverfahren unterbreitete Entwurf zu einer neuen Strahlenschutzverordnung grundsätzlich positiv aufgenommen worden. Es ist vorgesehen, die Verordnung zusammen mit dem neuen Strahlenschutzgesetz im ersten Halbjahr 1994 in Kraft zu setzen (vgl. Nr. 3413 der Chronik)

(3492) 13. Dezember: Aktivisten von Greenpeace demonstrieren vor dem Kernkraftwerk Gösgen gegen den Transport und die Wiederaufarbeitung von Brennelementen.

(3493) 21. Dezember: Wie das BAG (Bundesamt für Gesundheitswesen) in seinem Bericht "Umweltradioaktivität und Strahlendosen in der Schweiz 1992" festhält, ergaben die in der Umgebung der Kernanlagen durchgeführten Messungen keine unzulässige Zunahme der künstlichen Radioaktivität. Mit gesamthaft 4,6 Millisievert hat sich die durchschnittliche Strahlenexposition der schweizerischen Bevölkerung 1992 gegenüber den Vorjahren nicht verändert.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1994 (Hans Peter Edel)

(3494) 11. Januar: Im Zusammenhang mit zwei hängigen Volksinitiativen gegen den Transport radioaktiver Materialien fordern die Regierungen beider Basler Halbkantone das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) dazu auf, "die für die Transporte radioaktiver Rückstände verantwortlichen Unternehmen zur Durchführung einer Risikoermittlung zu verpflichten" (vgl. Nr. 3378 und 3459 der Chronik).

(3495) 17. Januar: Seit seiner Inbetriebnahme vor rund 14 Jahren hat das Kernkraftwerk Gösgen 100 Mrd kWh Strom produziert. Mit dieser Elektrizität könnte die Schweiz während etwa zweier Jahre versorgt werden. Wären hierzu fossile Brennstoffe verwendet worden, hätte dies die Atmosphäre zusätzlich mit mehr als 100 Mio t CO_2 belastet.

(3496) 19. Januar 1994: Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten eine Teilrevision der Atomgesetzgebung mit dem primären Ziel, das Bewilligungsverfahren für die Entsorgung radioaktiver Abfälle zu vereinfachen und zu beschleunigen. Weiter ist eine Verschärfung der Vorschriften über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vorgesehen (vgl. Nr. 3422 der Chronik).

(3497) 25. Januar: Wie das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) mitteilt, hat die amerikanische Energieministerin Hazel O' Leary die Bewilligung zum Transport abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Beznau zur Wiederaufarbeitung in Sellafield erteilt. Gegen den Transport haben US-Kongressabgeordnete opponiert.

(3498) 1. Februar: Die Regierungen der beiden Basler Halbkantone beantragen ihren Parlamenten, die hängigen Volksinitiativen gegen den Transport radioaktiver Materialien für ungültig zu erklären, da die Begehren nach Ansicht der Exekutiven gegen höherrangiges Bundesrecht verstossen (vgl. Nr. 3378, 3459 und 3494 der Chronik).

(3499) 7. Februar: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) bekanntgibt, haben die fünf schweizerischen Kernkraftwerke im Jahr 1993 gesamthaft 22,05 Mrd kWh Strom produziert. Dieses dritthöchste je erreichte Ergebnis liegt knapp 0,5% unter dem Resultat des Vorjahres und nur 0,9% unter der Produktion des Rekordjahres 1990 (22,33 Mrd kWh). Die durchschnittliche Arbeitsausnutzung der Anlagen belief sich 1993 auf 85,6%.

(3500) 8. Februar: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) ist der schweizerische Stromverbrauch 1993 mit 47,2 Mrd kWh gegenüber dem Vorjahr um 1,3% zurückgegangen, wofür vor allem wirtschaftliche Gründe verantwortlich sind. Demgegenüber erreichte die gesamte inländische Elektrizitätserzeugung mit einer Zunahme um 3,4% das bisher beste Ergebnis von 59,3 Mrd kWh. An dieser Produktion waren die Wasserkraftwerke mit 61%, die Kernkraftwerke mit 37% und die ölthermischen Anlagen mit 2% beteiligt.

(3501) 13. Februar: Nach einem angekündigten Betriebsunterbruch wird das Kernkraftwerk Leibstadt wieder ans Netz angeschlossen. Wie die vorgenommenen Abklärungen ergaben, war die undichte Flanschverbindung einer kleinen Entwässerungsleitung die Ursache vermehrten Wasseranfalls im Bodenablauf des Reaktorgebäudes.

(3502) 25. Februar: In zustimmendem Sinn hat der Bundesrat von der positiven Stellungnahme der Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) zum Antrag der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) Kenntnis genommen, das schweizerische Endlager für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle am Standort Wellenberg im Kanton Nidwalden zu erstellen. Nach Auffassung der Agneb ist der Standort Wellenberg für ein solches Endlager voraussichtlich geeignet. Er weise gegenüber den anderen möglichen Standorten insgesamt Vorteile auf (vgl. Nr. 3453 der Chronik).

(3503) 3. März: Mit 18:0 Stimmen erteilt der Ständerat der durch Beschlüsse der Landsgemeinde von 1990 geänderten Nidwaldner Kantonsverfassung die Gewährleistung. Danach wird für die "Benützung des Untergrundes" eine durch die Landsgemeinde zu genehmigende Konzession des Kantons verlangt (vgl. Nr. 3383 der Chronik).

(3504) 9. März: Mit 50:48 Stimmen und bei 13 Enthaltungen erklärt der Grosse Rat von Basel-Stadt die Initiative "Stopp den Atommülltransporten durch Basel-Stadt" gemäss Antrag der Regierung als unzulässig (vgl. Nr. 3498 der Chronik).

(3505) 17. März: Mit 30:0 Stimmen genehmigt der Ständerat gemäss Antrag des Bundesrates und der zuständigen Kommission die Rahmenbewilligung für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen sowie eine Beteiligung des Bundes an den Abfallbehandlungsanlagen (vgl. Nr. 3449 und 3490 der Chronik).

(3506) 23. März: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) stellt der Öffentlichkeit ein neues, zusätzliches Messnetz zur Überwachung der Radioaktivität in der Umgebung der Kernkraftwerke vor. Das mit MADUK bezeichnete System überwacht automatisch und rund um die Uhr die Nahumgebung der schweizerischen Kernkraftwerke und registriert auch geringfügige Erhöhungen der Radioaktivität. MADUK bildet eine Ergänzung des seit sieben Jahren betriebenen NADAM-Netzes (Automatische Dosis-Alarmierung und -Messung).

(3507) 29. März: Gemäss Weisung des Bundesrates legen die BKW (Bernische Kraftwerke AG) einen Zwischenbericht über einen allfälligen Ersatz der Produktion des Kernkraftwerks Mühleberg durch die Verwendung von Erdgas vor. Danach müssten in den Wintermonaten zur Erzeugung von 1,5 Mia kWh Strom rund 2,5 Mia kWh Erdgas verbraucht werden, was zu einer Emission von etwa 540'000 t CO2 führte. Die BKW erwarten einen baldigen politischen Vorentscheid zur CO2-Frage (vgl. Nr. 3412 der Chronik).

(3508) 31. März: Wie bekannt wird, hat die Justiz- und Polizeikommission des Baselbieter Landrates mit 8:4 Stimmen beschlossen, dem Kantonsparlament entgegen dem Antrag des Regierungsrates zu empfehlen, die Initiative "Stopp den Atommülltransporten durch Basel-Landschaft" als zulässig zu erklären (vgl. Nr. 3498 und 3504 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1994 (Hans Peter Edel)

(3509) 7. April: Die UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Ständerates beschliesst mit 7:4 Stimmen, auf die Revision des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz einzutreten, mit der das Bewilligungsverfahren zur Erstellung von Lagern für radioaktive Abfälle vereinfacht werden soll. Die Detailberatung wird indessen einstweilen zurückgestellt und dem Bundesrat der Auftrag erteilt, das vorgeschlagene Bewilligungsverfahren unter Berücksichtigung der Stellung der Kantone und im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Vereinfachung und Koordination der Entscheidverfahren auf Bundesebene grundsätzlich zu überprüfen (vgl. Nr. 3422 und 3496 der Chronik).

(3510) 27. April 1994: Wie mitgeteilt wird, geht das Kernkraftwerk Leibstadt am Abend des 6. Mai 1994 für knapp zwei Wochen vom Netz. Während dieses Betriebsunterbruchs sollen der Reaktorkern untersucht und Brennelemente mit schadhaften Hüllrohren ausgetauscht werden.

(3511) 30. April: Die Nidwaldner Baudirektion hat den Entwurf zu einer Ergänzung und Änderung der kantonalen Richtplanung öffentlich aufgelegt. Dabei geht es um die raumplanerischen Voraussetzungen zum Bau eines Endlagers für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle am Standort Wellenberg in der Nidwaldner Gemeinde Wolfenschiessen (vgl. Nr. 3453 und 3502 der Chronik).

(3512) 5. Mai: Die UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Ständerates heisst mit 9:0 Stimmen die Teilrevision des Atomgesetzes zur Verschärfung der Vorschriften über die Nichtverbreitung von Atomwaffen gut, beantragt dem Plenum indessen, den Artikel 7a (Ausführungsbewilligung für Detailarbeiten) erst im Rahmen der künftigen Kernenergiegesetzgebung zu behandeln (vgl. Nr. 3496 und 3509 der Chronik).

(3513) 10. Mai: Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekanntgibt, wird für den Bau und Betrieb des vorgeschlagenen Endlagers am Wellenberg die "Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg-GNW" gegründet. Die Gespräche der Partner dieser Lagergesellschaft mit Delegationen der Standortgemeinde Wolfenschiessen und des Kantons Nidwalden haben zu einer grundsätzlichen Einigung und zur Regelung der Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen geführt (vgl. Nr. 3453, 3502 und 3511 der Chronik).

(3514) 16. Mai: Im Verfahren um eine unbefristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Beznau-II werden das Gutachten der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und die Stellungnahme der KSA (Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen) vorgestellt und zusammen mit anderen Unterlagen öffentlich aufgelegt. Beide Instanzen haben unter gewissen Auflagen keine Einwände gegen die Erteilung der unbefristeten Betriebsbewilligung (vgl. Nr. 3323, 3347 und 3482 der Chronik).

(3515) Mit 43:40 Stimmen beschliesst das Baselbieter Kantonsparlament (der Landrat), die Initiative "Stopp den Atommülltransporten durch Basel-Landschaft" gemäss Antrag des Regierungsrates als ungültig zu erklären, weil dadurch übergeordnetes Bundesrecht verletzt werde. Eine gleiche Entscheidung fiel am 9. März 1994 im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt (vgl. Nr. 3498, 3504 und 3508 der Chronik).

(3516) Gemäss Mitteilung des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) wurde im Winterhalbjahr 1993/94 mit 30,732 Mrd kWh die bisher höchste inländische Winterstromproduktion erzielt. Dabei nahm die Produktion der Schweizer Kernkraftwerke um 1,1% auf 12,945 Mrd kWh zu. Der Produktionsanteil der Wasserkraft betrug im genannten Zeitraum 56%, jener der Kernenergie 42% und der Beitrag der konventionell-thermischen Erzeugung 2%.

(3517) 17. Mai: Anderthalb Tage früher als vorgesehen, wird das Kernkraftwerk Leibstadt wieder ans Netz geschaltet, nachdem während des am 6. Mai 1994 eingeleiteten Betriebsunterbruchs sechs Brennelemente mit undichten Hüllrohren ersetzt worden sind (vgl. Nr. 3510 der Chronik).

(3518) Die UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Nationalrates hat ihre Beratung zur Rahmenbewilligung für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen auf den 27./28. Juni 1994 vertagt. Damit kann das Geschäft nicht, wie vorgesehen war, in der Sommersession des Nationalrates behandelt werden. Die Zustimmung des Ständerates zur Rahmenbewilligung liegt bereits vor (vgl. Nr. 3449, 3490 und 3505 der Chronik).

(3519) 24. Mai: Gemäss Mitteilung des PSI (Paul Scherrer Institut) wird der Ende 1993 zur Nachrüstung abgestellte Forschungsreaktor "Saphir" in Absprache mit der Benutzerschaft nicht mehr in Betrieb genommen. Mit "Saphir" hatten Schweizer Wissenschafter am 30. April 1957 erstmals eine sich selbst erhaltende Kettenreaktion in Gang gesetzt.

(3520) 26. Mai: Wie bekannt wird, hat die EMRK (Europäische Menschenrechtskommission) in Strassburg beschlossen, auf eine Beschwerde einzutreten, die im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Mühleberg eingereicht wurde. Ziel der Beschwerde ist es, den Bewilligungsentscheid des Bundesrates vom 14. Dezember 1992 vor Gericht anfechten zu können (vgl. Nr. 3451 der Chronik).

(3521) 4. Juni: Das Kernkraftwerk Gösgen wird für die Jahresrevision und den Brennelementewechsel planmässig abgeschaltet. Im 15. Zyklus war die Anlage ohne Unterbruch 335 Tage in Betrieb. Der jetzige Stillstand soll rund einen Monat dauern.

(3522) 6. Juni: Auf eine Frage im Nationalrat erklärt EVED-Vorsteher Adolf Ogi, der Bundesrat sehe keine Veranlassung, wegen des kürzlichen Vorentscheides der Europäischen Menschenrechtskommission zur Mühleberg-Beschwerde die hängigen Gesuche um eine unbefristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Beznau-II und um eine Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Leibstadt zurückzustellen (vgl. Nr. 3520 der Chronik).

(3523) 10. Juni: Mit 322:189 Stimmen genehmigen die Stimmberechtigten der Nidwaldner Gemeinde Wolfenschiessen den vom Gemeinderat vorgelegten Abgeltungsvertrag mit der zu gründenden Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW). Diese Genossenschaft soll das von der Nagra beantragte Endlager für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Wellenberg bauen und betreiben (vgl. Nr. 3513).

(3524) 13. Juni 1994: Im Block I des Kernkraftwerks Beznau kommt es zu einer automatischen Abschaltung des Reaktors. Ursache ist der Ausfall einer elektrischen Anspeisung in einem Steuersystem der Turbinenanlage. Die Betriebsstörung dauert rund sechs Stunden.

(3525) 17. Juni: Mit Sitz in der Nidwaldner Gemeinde Wolfenschiessen wird die Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW) gegründet, die das künftige Endlager für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle erstellen und betreiben soll. Mitglieder der GNW sind sechs Elektrizitätsgesellschaften und die Gemeinde Wolfenschiessen. In der Geschäftsleitung der neuen Gesellschaft ist auch die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) vertreten (vgl. Nr. 3528 der Chronik).

(3526) Wie die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) an ihrer Generalversammlung bekanntgibt, sind 1993 für die Arbeiten zur nuklearen Entsorgung Fr. 44,1 Mio aufgewendet worden. Seit ihrer Gründung im Jahr 1972 hat die Nagra insgesamt Fr. 580 Mio investiert.

(3527) Block I des Kernkraftwerks Beznau wird für die Jahresrevision und den Brennelementewechsel planmässig abgeschaltet. Im vergangenen Zyklus hat die Anlage rund 2,9 Mrd kWh Strom produziert. Der Betriebsunterbruch soll etwa fünf Wochen dauern.

(3528) 22. Juni: Der Bundesrat setzt das neue Strahlenschutzgesetz vom 22. März 1991 und die neue Strahlenschutzverordnung auf den 1. Oktober 1994 in Kraft (vgl. Nr. 3491 der Chronik).

(3529) 28. Juni: Im Verfahren um die Rahmenbewilligung für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen führt die UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Nationalrates verschiedene Anhörungen durch. Sie beschliesst mit 16:2 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten, und lehnt drei Rückweisungsanträge ab (vgl. Nr. 3518 der Chronik).

(3530) 29. Juni: Die GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) reicht dem Bundesrat das Gesuch ein, für das geplante Endlager kurzlebiger schwach- und mittelradioaktiver Abfälle im Nidwaldner Wellenberg die Rahmenbewilligung zu erteilen (vgl. Nr. 3525 der Chronik).

(3531) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) will ihre bisherigen Untersuchungen in der Nordschweiz für die Endlagerung hochradioaktiver und langlebiger mittelradioaktiver Abfälle durch weitere seismische Messungen und ergänzende Sondierbohrungen im kristallinen Grundgebirge des nördlichen Aargau sowie im Sedimentgestein des Zürcher Weinlandes vertiefen. Für die zusätzlichen Sondierbohrungen in den Aargauer Gemeinden Leuggern und eventuell Böttstein bzw. in der Zürcher Gemeinde Benken sollen die eidgenössischen Bewilligungen im kommenden Herbst beantragt werden.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1994 (Hans Peter Edel)

(3532) 1. Juli: Nach dem planmässigen Stillstand zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennelementewechsels nimmt das Kernkraftwerk Gösgen die Stromproduktion wieder auf und beginnt damit den 16. Betriebszyklus (vgl. Nr. 3521 der Chronik).

(3533) 12. Juli: Mit einer Medienmitteilung weist das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) auf die bevorstehende Wiederinbetriebnahme des französischen Kernkraftwerks mit Schnellem Reaktor Superphénix in Creys-Malville hin. In der Mitteilung wird bekräftigt, dass die Schweizer Experten an ihrer Einschätzung festhalten, das Risiko des Superphénix sei vergleichbar mit jenem eines Leichtwasserreaktors.

(3534) 13. Juli: Wie der Genfer Staatsrat bekanntgibt, wird er gegen den Betrieb von Superphénix bei den französischen Behörden ein Rekursverfahren einleiten.

(3535) 17. Juli: Das Kernkraftwerk Leibstadt wird für die Jahresrevision mit Brennelementewechsel planmässig abgeschaltet. Während des bis Anfang September dauernden Stillstandes werden auch die drei Niederdruckturbinen erneuert.

(3536) 19. Juli: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) sind im zweiten öffentlichen Auflageverfahren um die unbefristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Beznau-II insgesamt sechs Einsprachen eingereicht worden. Der Bundesrat wird im vierten Quartal 1994 über das hängige Gesuch entscheiden. Im ersten Auflageverfahren waren über 18'000 Einsprachen eingegangen (vgl. Nr. 3347 und 3514 der Chronik).

(3537) 28. Juli: Wie der Jahresbericht der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) festhält, waren 1993 in den schweizerischen Kernkraftwerken insgesamt 13 meldepflichtige Ereignisse zu verzeichnen, in den Forschungsanlagen deren acht. Die Ereignisse hatten für die Sicherheit keine Bedeutung. Zusammenfassend beurteilt die nukleare Aufsichtsbehörde des Bundes die technische Sicherheit und die Betriebsführung der schweizerischen Kernanlagen im Berichtsjahr als gut.

(3538) 3. August: Die französische Regierung gibt definitiv "Grünes Licht" für die Wiederinbetriebnahme des seit Juli 1990 abgeschalteten Kernkraftwerks mit Schnellem Reaktor Superphénix in Creys-Malville. Der Genfer Staatsrat bekräftigt seine Absicht, gegen diesen Beschluss Rekurs einzureichen (vgl. Nr. 3534 der Chronik).

(3539) Das Kernkraftwerk Mühleberg wird für die ordentliche Jahresrevision und den Wechsel der Brennelemente planmässig abgeschaltet. Der Betriebsstillstand soll rund viereinhalb Wochen dauern.

(3540) Nach einem gut sechswöchigen Stillstand für die Jahresrevision und den Brennelementewechsel nimmt Block I des Kernkraftwerks Beznau den Betrieb wieder auf (vgl. Nr. 3527 der Chronik).

(3541) 7. August 1994: Wegen eines Fehlsignals in der Regelstabsteuerung wird in Block I des Kernkraftwerks Beznau eine manuelle Schnellabschaltung des Reaktors eingeleitet. Der Betriebsunterbruch dauert rund drei Stunden.

(3542) 16. August: Das Gesuch der GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) um Erteilung der Rahmenbewilligung für das im Wellenberg geplante Endlager für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle wird bis 14. November 1994 öffentlich zur Einsprache aufgelegt (vgl. Nr. 3530 der Chronik).

(3543) 19. August: Der Leitende Ausschuss des Konsortiums Fola (Fernwärmeversorgung Olten-Aarau) beantragt den beteiligten Partnern die Auflösung dieser Studiengruppe, die 1986 gegründet wurde und ein regionales Fernwärmeprojekt zur Nutzung der Abwärme aus dem Kernkraftwerk Gösgen ausgearbeitet hat. Aufgrund der ungünstigen wirtschaftlichen Randbedingungen sind die entsprechenden Tätigkeiten bereits 1989 sistiert worden (vgl. Nr. 3027 der Chronik).

(3544) 22. August: Wegen eines Regelungsdefektes im Bereich des Dampferzeugerkreislaufs kommt es im Kernkraftwerk Beznau-II zu einer automatischen Schnellabschaltung des Reaktors. Die Behebung der Störung soll mit den entsprechenden Sicherheitsprüfungen rund zwei Tage beanspruchen.

(3545) 23. August: In Bern führt die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) ihre 35. ordentliche Generalversammlung durch. Das Gastreferat hält Prof. Dr. Wolfgang Kröger, Professor für Sicherheitstechnik an der ETH Zürich und Leiter des Forschungsbereichs "Nukleare Energie, Sicherheit" am Paul Scherrer Institut (PSI), über die nukleare Energieforschung des PSI.

(3546) An einer Medienkonferenz zur 35. ordentlichen Generalversammlung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) werden vier Thesen zur Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke präsentiert. Wie diese Stellungnahme der KKW-Betreiber und der SVA mit dem Titel "Die Schweizer Kernkraftwerke sind sicher" u.a. festhält, sind die zur Gewährleistung der nuklearen Sicherheit definierten Schutzziele heute genau so gültig wie vor 20 Jahren. Sie werden auch von den älteren Anlagen Beznau und Mühleberg voll eingehalten.

(3547) 24. August: Der Waadtländer Staatsrat erklärt seine Entschlossenheit, den Widerstand der Genfer Regierung gegen den Betrieb des Schnellen Reaktors Superphénix in Creys-Malville zu unterstützen (vgl. Nr. 3538 der Chronik).

(3548) 25. August: Mit einem Festakt feiert die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) die vor 25 Jahren erfolgte Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Beznau-I. Dieser erste kommerzielle Reaktorblock der Schweiz hat seit 1969 rund 60 Mrd kWh Strom erzeugt.

(3549) 29. August: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) mitteilt, haben die fünf Schweizer Kernkraftwerke im ersten Quartal 1994 insgesamt 6,46 Mrd kWh Atomstrom produziert und im zweiten Quartal 5,31 Mrd kWh. In beiden Quartalen wurden damit die Vergleichswerte des Vorjahres übertroffen.

(3550) 30. August: Die UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Nationalrates beschliesst mit 16:0 Stimmen bei vier Enthaltungen, dem Plenum Zustimmung zur Rahmenbewilligung für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen zu beantragen (vgl. Nr. 3518 der Chronik).

(3551) 2. September: Gemäss Mitteilung der Kernkraftwerk Leibstadt AG kann die Anlage nach Abschluss der Jahresrevision wieder angefahren werden. Wegen des vorgenommenen Umbaus der Niederdruckturbinen wird dabei bis zum Betrieb mit voller Leistung ein mehrtägiges Test- und Inbetriebsetzungsprogramm abgewickelt (vgl. Nr. 3535 der Chronik).

(3552) 6. September 1994: Nach einem Revisionsstillstand von 34 Tagen nimmt das Kernkraftwerk Mühleberg die Stromproduktion wieder auf. Die umfassenden Inspektionen bestätigten den sicheren Zustand der Anlage, die sich nun im 22. Betriebszyklus befindet (vgl. Nr. 3539 der Chronik).

(3553) Auch das Kernkraftwerk Leibstadt ist jetzt wieder ans Netz geschaltet, womit die Jahresrevision 1994 der Schweizer Reaktorblöcke beendigt wurde. Die Modernisierung der drei Niederdrucktrubinen ermöglicht dem Kernkraftwerk Leibstadt eine jährliche Mehrproduktion von rund 150 Mio kWh Strom.

(3554) 19. September: Greenpeace-Aktivisten behindern beim Kernkraftwerk Beznau den Abtransport verbrauchter Brennelemente zur Wiederaufarbeitung in der britischen Anlage Sellafield. Die Protestaktion wird durch Polizei und Werkschutz beendigt.

(3555) 24. September: Gemäss Presseberichten hat die GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) auf kantonaler Ebene zwei Konzessionsgesuche für die Benützung des Untergrundes und für den Betrieb des künftigen Endlagers für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle am Standort Wellenberg eingereicht. Zuständig für die Konzessionserteilung ist die Nidwaldner Landsgemeinde (vgl. Nr. 3525 und 3530 der Chronik).

(3556) 26. September: Der Bundesrat erteilt dem PSI (Paul Scherrer Institut) in Würenlingen die Bewilligung, den 1977 stillgelegten Versuchsreaktor "Diorit" vollständig abzubrechen und zu entsorgen.

(3557) 29. September: Mit 27:0 Stimmen heisst der Ständerat gemäss Antrag seiner zuständigen Kommission eine Teilrevision der Atomgesetzgebung gut, mit welcher die Vorschriften über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verschärft werden. Vorläufig zurückgestellt wird indessen die Teilrevision des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz mit dem Ziel einer Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens zur Erstellung von Lagern für radioaktive Abfälle (vgl. Nr. 3422, 3496, 3509 und 3512 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1994 (Hans Peter Edel)

(3558) 3. Oktober: Auf eine dringliche Anfrage der Grünen Fraktion zum Schnellen Reaktor Superphénix in Creys-Malville erklärt der Bundesrat, er erachte das damit für die Schweizer Bevölkerung verbundene Risiko nicht als überdurchschnittlich und habe deshalb keine Absicht, an die französische Regierung zu gelangen oder sich juristischen Verfahren anzuschliessen, um die Stillegung der Anlage zu erwirken (vgl. Nr. 3533, 3534 und 3538 der Chronik).

(3559) 6. Oktober: Mit 67:23 Stimmen bei drei Enthaltungen genehmigt der Nationalrat die vom Bundesrat erteilte Rahmenbewilligung für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen. Die entsprechende Zustimmung durch den Ständerat liegt bereits vor (vgl. Nr. 3505 und 3550 der Chronik).

(3560) In beiden eidgenössischen Räten werden gleichlautende Interpellationen eingereicht, die sich mit der künftigen Elektrizitätsversorgung der Schweiz befassen. Darin wird u.a. die Überzeugung vertreten, dass die politische Diskussion über diese Fragen rechtzeitig vor dem Auslaufen des gegenwärtigen Moratoriums aufgenommen werden muss.

(3561) 13. Oktober: Im Geschäftsjahr 1993/94 der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) erreichte der Anteil der Kernenergie an der Produktion des Kraftwerkparks rund 65% gegenüber 67% im Vorjahr. Davon stammten 35% aus dem NOK-eigenen Kernkraftwerk Beznau, 18% aus den Partnerwerken Gösgen und Leibstadt sowie 12% aus den Bezugsrechten an französischen Kernkraftwerken.

(3562) 26. Oktober: Das Nidwaldner Kantonsparlament, der Landrat, ergänzt und ändert den kantonalen Richtplan, um so die raumplanerischen Voraussetzungen für das künftige Endlager für radioaktive Abfälle im Wellenberg zu schaffen (vgl. Nr. 3511 der Chronik).

(3563) Wie das Nidwaldner Amt für Umweltschutz bekanntgibt, sind auf kantonaler Ebene gegen die beiden Konzessionsgesuche der GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) zur Benützung des Untergrunds und zum Betrieb einer Lagerstätte im öffentlichen Auflageverfahren drei Einsprachen eingereicht worden (vgl. Nr. 3555 der Chronik).

(3564) 27. Oktober: Aktivisten der Organisation Greenpeace, die im April 1993 widerrechtlich ins Gelände des Kernkraftwerks Beznau eingedrungen sind und sich zum Teil später an einer ähnlichen Aktion gegen ein Chemieunternehmen beteiligten, werden vom Bezirksgericht Zurzach zu bedingten Gefängnisstrafen von drei Tagen und zu einer Busse von je Fr. 300.-- verurteilt (vgl. Nr. 3436 der Chronik).

(3565) 28. Oktober: An einem Festakt zum 100jährigen Bestehen der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) bezeichnet EVED-Vorsteher Adolf Ogi den Zeitraum von 1996 bis 1998 als Jahre der Entscheidung für die Kernenergie in der Schweiz.

(3566) 2. November: Die Kommission für Ausbildungsfragen der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt in Winterthur ihren 24. Vertiefungskurs zum Thema "Alterungsmanagement bei Kernkraftwerken" durch. An der dreitägigen Veranstaltung mit 30 Referenten nehmen rund 180 Personen aus dem In- und Ausland teil.

(3567) 2. November: Die UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Nationalrates verabschiedet mit 13:7 Stimmen ein Postulat, das vom Bundesrat die Einberufung einer kontradiktorischen Konferenz zur Wiederinbetriebnahme des Schnellen Reaktors Superphénix im französischen Rhonetal verlangt. Weiter heisst die Kommission mit 20:0 Stimmen die Teilrevision des Atomgesetzes zur Verschärfung der Vorschriften über die Nichtverbreitung von Kernwaffen in der Fassung des Ständerates gut (vgl. Nr. 3557 und 3558 der Chronik).

(3568) Im Geschäftsjahr 1993/94 der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) trugen die Kernkraftwerke mit rund 56% (im Vorjahr 58%) zur Bedarfsdeckung bei. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 1992/93 verringerte sich der Strombezug aus Kernkraftwerken um 0,6%.

(3569) 4. November: Das Bundesgericht in Lausanne stellt auf Klage der Kernkraftwerk Graben AG im Grundsatz einstimmig fest, dass die Eidgenossenschaft wegen der faktischen Verweigerung der im Jahr 1979 beantragten Rahmenbewilligung eine Entschädigung zu entrichten hat. Die Höhe der Entschädigung ist Gegenstand eines zweiten Verfahrensschrittes. Mit der am 20. August 1990 eingereichten Klage machte die Kernkraftwerk Graben AG bei einem Gesamtschaden von über Fr. 600 Mio eine Forderung von Fr. 300 Mio geltend (vgl. Nr. 3180 der Chronik).

(3570) 9. November 1994: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) unterbreitet dem Bundesrat die Sondiergesuche zur Durchführung weiterer erdwissenschaftlicher Untersuchungen im nördlichen Aargau und im Zürcher Weinland. Geplant sind Bohrungen im aargauischen Leuggern bzw. Böttstein und in der Zürcher Gemeinde Benken (vgl. Nr. 3531 der Chronik).

(3571) Gemäss Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) erzielten die fünf schweizerischen Kernkraftwerke im 3. Quartal 1994 eine Gesamtproduktion von 4,52 Mrd kWh, womit das Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres um 2,4% überboten wurde.

(3572) 16. November: Auf eine Anfrage aus dem Ständerat zum Schnellen Reaktor Superphénix in Creys-Malville erklärt der Bundesrat, er habe sich dem Urteil seiner Experten angeschlossen, die zum Schluss kamen, dass diese Anlage von den international anerkannten nuklearen Sicherheitsanforderungen nicht abweicht. Die Landesregierung verweist auch auf ihre Erklärung vom 3. Oktober 1994, dass sie sich rechtlichen Vorstössen gegen den Betrieb des Superphénix nicht anschliesse (vgl. Nr. 3558 der Chronik).

(3573) 17. November: Gegen das Gesuch der GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) um Erteilung der Rahmenbewilligung für das geplante Endlager im Nidwaldner Wellenberg sind nach amtlicher Mitteilung 1066 Einsprachen eingereicht worden. 35% der Einwendungen stammen aus dem Kanton Nidwalden, 98% sind vervielfältigte Formulareinsprachen (vgl. Nr. 3530 und 3542 der Chronik).

(3574) 18. November: Gemäss Weisung des Bundesrates legen die BKW (Bernische Kraftwerke AG) einen weiteren Teilbericht über Alternativen zum Kernkraftwerk Mühleberg vor. Diese Studie kommt mit Bezug auf die Nutzung erneuerbarer und ergänzender Energiequellen zum Schluss, dass die daraus zu erwartende zusätzliche Stromproduktion unter Einschluss der Wasserkraft nur etwa 3 bis 10% des Ersatzbedarfs ausmacht, ohne die Wasserkraft gar bloss 1 bis 4% (vgl. Nr. 3412 und 3507 der Chronik).

(3575) Laut einem Bericht der zuständigen Behörden des Kantons Aargau hat die Nutzung des Aarewassers für die Kühlung des Kernkraftwerks Beznau zwischen 1976 und 1993 wie schon in einer ersten Untersuchungsperiode von 1966 bis 1975 keine wesentlichen Änderungen der Grundwassertemperatur bewirkt. Sämtliche genutzten Grundwasserfassungen wiesen Temperaturerhöhungen von unter 1°Celsius auf.

(3576) 2. Dezember: Mit 255:109 Stimmen heisst die Gemeindeversammlung von Wolfenschiessen eine Revision des Zonenplanes gut, die im Hinblick auf das geplante Endlager für radioaktive Abfälle im Nidwaldner Wellenberg eine Sondernutzungszone schafft (vgl. Nr. 3523 der Chronik).

(3577) 5. Dezember: Wie Energieminister Adolf Ogi vor dem Nationalrat erklärt, ist der Bundesrat bereit, das Postulat der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie zur Durchführung einer kontradiktorischen Konferenz über den Schnellen Reaktor Superphénix entgegenzunehmen. Mit der Vorbereitung eines solchen Treffens ist bereits begonnen worden (vgl. Nr. 3567 der Chronik).

(3578) 7. Dezember: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) weist Vorwürfe ungenügender Sicherheit des Kernkraftwerks Beznau zurück, die von Greenpeace in einem Offenen Brief an den Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) erhoben wurden.

(3579) 12. Dezember: Entgegen dem Antrag der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) erteilt der Bundesrat für das Kernkraftwerk Beznau-II keine unbefristete, sondern eine bis 31. Dezember 2004 befristete neue Betriebsbewilligung. Wie die Landesregierung hierzu feststellt, entspricht Beznau-II auch nach 23 Jahren weitgehend dem heutigen Stand der Technik. Die Befristung der Betriebsbewilligung bedeutet deshalb nicht, dass die Anlage nach Ablauf der Frist ausser Betrieb genommen werden muss, wenn dannzumal die gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind (vgl. Nr. 3323, 3347, 3482 und 3514 der Chronik).

(3580) 15. Dezember: Am 10. Jahrestag der Inbetriebnahme ereignet sich im Kernkraftwerk Leibstadt eine ungeplante Reaktorabschaltung. Diese wurde wegen einer Störung am Dichtölsystem des Generators automatisch ausgelöst. Nach dem Austausch einer defekten Öl-Umwälzpumpe wird die Auflage am 16. Dezember 1994 wieder ans Netz geschaltet.

(3581) 21. Dezember: Im Grossen Rat des Kantons Aargau ist eine Interpellation eingereicht worden, die den Regierungsrat um eine Beurteilung des Beschlusses des Bundesrates ersucht, dem Kernkraftwerk Beznau-II keine unbefristete, sondern eine zehnjährige neue Betriebsbewilligung zu erteilen. Der Interpellant vertritt die Auffassung, der Bundesrat habe politische Erwägungen stärker gewichtet als rechtliche Überlegungen (vgl. Nr. 3579 der Chronik).

(3582) 23. Dezember: In einem Antwortschreiben an Greenpeace stellt der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) fest, die Abklärung der gegen das Kernkraftwerk Beznau erhobenen Vorwürfe habe ergeben, dass die behaupteten Mängel entweder nicht bestehen oder bereits behoben sind bzw. behoben werden und dass verschiedene Sachverhalte unvollständig und stark verzerrt dargestellt oder massiv aufgebauscht wurden (vgl. Nr. 3578 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1995 (Hans Peter Edel und Hansjörg Ruh)

(3583) 1. Januar: Die beiden Schweizer Kernkraftwerke Gösgen (KKG) und Leibstadt (KKL) passen ihre Nennleistungen auf Jahresbeginn offiziell an, nachdem beide, aufgrund von baulichen Massnahmen bei den Niederdruckturbinen, seit Ende ihrer Jahresrevision 1994 höhere Leistungen ausweisen. Die Netto-Nennleistung im KKG wird von 940 MW auf 965 MW erhöht, im KKL von 990 MW auf 1030 MW. Damit verfügen die fünf Schweizer Kernkraftwerke seit 1. Januar 1995 zusammen über eine Gesamt-Nettoleistung von 3050 MW (vgl. Nr. 3532 und Nr. 3553 der Chronik).

(3584) 11. Januar: Wie das Badener Tagblatt schreibt, hat Greenpeace im Kanton Aargau den Status als gemeinnützige Organisation verloren. Dieser Entscheid des kantonalen Steueramtes stütze sich auf Ausführungen des Steuerrekursgerichts zur Frage der Gemeinnützigkeit im steuerrechtlichen Sinne anlässlich eines Urteils aus dem Jahr 1990. Dieselben Feststellungen hatte der Regierungsrat des Kantons Aargau in seiner Antwort vom 21. Dezember 1994 auf eine Interpellation Edelmann im Grossen Rat angeführt, welche Auskunft über die Kriterien der Einordnung von Greenpeace als "gemeinnützig" verlangte (vgl. Nr. 3564 der Chronik).

(3585) 17. Januar: Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden gibt bekannt, dass er in seiner Stellungnahme zuhanden des Bundesrates die Erteilung der Rahmenbewilligung für das geplante Endlager am Standort Wellenberg mit gewissen Auflagen grundsätzlich befürwortet. Weiter will sich die Nidwaldner Regierung dafür einsetzen, dass die kantonalen Konzessionen zur Benützung des Untergrundes und zum Betrieb einer Lagerstätte für vorderhand 50 Jahre erteilt werden (vgl. Nr. 3503 und 3530 der Chronik).

(3586) 25. Januar: Der Genfer Regierungsrat Philippe Joye präsentiert zwei unabhängige Studien, welche die Kantonsverwaltung bei aussenstehenden Experten bestellt hat. Die Studien stellen fest, dass eine Reduktion des Kernstromanteils im Kanton Genf, der

momentan bei rund einem Drittel liegt, nur mit milliardenschweren Investitionen in Sparmassnahmen und neue Produktionsanlagen möglich wäre.

(3587) 1. Februar: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) protestieren gegen massive Anschuldigungen des Deutschschweizer Fernsehens vom Tag vorher gegen das KKB (Kernkraftwerk Beznau). Das Fernsehen habe in der Sendung "Kassensturz" Vorwürfe, zu denen die NOK schon mehrfach Stellung genommen hätten, stark verzerrt dargestellt oder massiv aufgebauscht. Die NOK haben gegen diese Anwürfe und auch gegen die nicht sachgerechte Information in "10 vor 10" vom 6. Januar 1995 beim Ombudsmann DRS Beanstandungen eingereicht (vgl. Nr. 3578 und Nr. 3582 der Chronik).

(3588) Die SES (Schweizerische Energiestiftung) verlangt vom Bundesrat die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission für das Kernkraftwerk Beznau. Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) sei offenbar nicht in der Lage, ihre Funktion glaubhaft wahrzunehmen: Grundlage ihrer Eingabe seien "widersprüchliche Aussagen" von HSK-Direktor Roland Naegelin in der Sendung "Kassensturz" des Schweizer Fernsehens DRS vom 31. Januar 1995 (vgl. Nr. 3587 der Chronik).

(3589) Der Gemeinderat der Stadt Zürich verwirft mit 54:52 Stimmen ein Postulat von seiten der Grünen, das den Stadtrat (Exekutive) dazu veranlassen wollte, das Elektrizitätswerk Zürich zur Abgabe seiner Kernkraftwerk-Beteiligungen zu verpflichten.

(3590) 2. Februar: Wie zuvor schon der Ständerat, heisst auch der Nationalrat (mit 93:3 Stimmen) eine Teilrevision des Atomgesetzes gut, mit welcher die Vorschriften über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verschärft werden (vgl. Nr. 3557 und 3567 der Chronik).

(3591) 10. Februar: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) ist der schweizerische Stromverbrauch 1994 mit 46,9 Mrd kWh gegenüber dem Vorjahr erneut um 0,7% zurückgegangen, demgegenüber erreichte die gesamte inländische Elektrizitätserzeugung mit einer Zunahme um 7,3% den neuen Höchstwert von 63,7 Mrd kWh. An dieser Produktion waren die Wasserkraftwerke mit 62,1% beteiligt, die Kernkraftwerke mit 36,1% und die konventionell-thermischen Anlagen mit 1,8%.

(3592) 16. Februar: Nach der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke AG) hat auch die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) die wiederholten Vorwürfe des Deutschschweizer Fernsehens gegen das Kernkraftwerk Beznau zurückgewiesen. Gemäss HSK haben sich die Vorwürfe in den beiden Sendungen "10 vor 10" vom 6. Januar und im "Kassensturz" vom 31. Januar über angebliche Mängel als falsch erwiesen: Die behaupteten Mängel seien nicht vorhanden, dafür seien für das KKW günstige Erklärungen in den Sendungen unterdrückt worden (vgl. Nr. 3587 und Nr. 3588 der Chronik).

(3593) 20. Februar: Wie die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) bekannt-gibt, haben die fünf schweizerischen Kernkraftwerke im Jahr 1994 gesamthaft 22,96 Mrd kWh Strom produziert. Dies bedeutet eine absolute Rekordproduktion der Schweizer KKW und liegt rund 2,9% über dem bisherigen Höchstergebnis von 1990. Die durchschnittliche Arbeitsausnutzung der Anlagen belief sich 1994 auf 88,2%.

(3594) 22. Februar: Nach Ansicht des Bundesrates sind die Unternehmen selber dafür verantwortlich, dass in Kernkraftwerken und anderen hochsensiblen Betrieben keine Drogen konsumiert werden. Deshalb bestehe dazu kein Handlungsbedarf auf gesetzlicher Ebene. Dies schreibt der Bundesrat in der Antwort auf eine Einfache Anfrage des Aargauer SVP-Nationalrates Maximilian Reimann.

(3595) 23. Februar: Gegen die Gesuche der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle), in Leuggern (AG), Böttstein (AG) und Benken (ZH) Probebohrungen durchzuführen, sind gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) insgesamt 24 Einsprachen eingegangen. 14 der Einsprachen stammen von Privatpersonen, sieben von Organisationen und drei von deutschen Gemeinden. Die Einsprachen verteilen sich etwa je zu einem Drittel auf die drei Gemeinden (vgl. Nr. 3570 der Chronik).

(3596) 24. Februar 1995: Die Aufsichtsaufgaben beim geplanten Atommüll-Endlager im Wellenberg werden mit Sorgfalt und Fachkompetenz erfüllt. Dies hat Bundesrat Adolf Ogi der Nidwaldner Regierung laut Pressemitteilung in einem Schreiben versichert. Bei allfälligen Belastungsspitzen der HSK dürfe weder die Tiefe noch die Breite der Beurteilung der einzelnen Projekte leiden, und Bewilligungen würden erst erteilt, wenn die nötigen Abklärungen durchgeführt seien, schreibt Ogi. Die Nidwaldner Regierung zeigt sich von dieser Stellungnahme befriedigt (vgl. Nr. 3585 der Chronik).

(3597) 6. März: Eine Interpellation von FDP-Ständerat Willy Loretan, mitunterzeichnet von CVP-Ständerat Hans Jörg Huber (beide Aargau), verlangt vom Bundesrat Auskunft darüber, wie dieser die Glaubwürdigkeit von Greenpeace Schweiz beurteilt. Auslöser für die Anfrage ist die Kampagne von Greenpeace gegen das KKB (Kernkraftwerk Beznau) und die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen), die in verschiedenen Sendungen von Fernsehen DRS aufgenommen worden war. Loretan will unter anderem wissen, ob die Landesregierung die Meinung teile, dass sich Greenpeace teils im Bereich der Illegalität bewege, z.B. mit der Besetzung von Kernkraftwerksgelände (vgl. Nr. 3584, Nr. 3587 und Nr. 3592 der Chronik).

(3598) Nationalrätin Rosmarie Bär (GPS, BE) reicht eine dringliche Einfache Anfrage mit dem Titel "Verschlossene 'Endlager' von radioaktiven Abfällen" ein. Sie stellt darin dem Bundesrat diverse Fragen zu Verantwortung, Haftung und Rechtsgrundlagen bezüglich verschiedener Bereiche eines verschlossenen Langzeitlagers.

(3599) 7. März: Eine automatische Reaktorschnellabschaltung unterbricht im KKM (Kernkraftwerk Mühleberg) den Vollastbetrieb, nachdem eine Fehlanregung der Vibrationsüberwachung einer Turbogruppe eine Turbinenabschaltung bewirkt hat. Die Anlage wird nach Abklärung der Ursache wieder angefahren.

(3600) 8. März: Nach einem Verbrauchsrückgang von 0,7% im Jahr 1994 hat der Stromverbrauch in der Schweiz im Januar 1995 gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,1% zugenommen. Wie der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) weiter mitteilt, betrug der Endverbrauch an Strom im Januar 4'822 Mio kWh, soviel wie noch nie zuvor in einem einzelnen Monat (vgl. Nr. 3591 der Chronik).

(3601) An einer Diskussionsveranstaltung in Stansstad wird die Bevölkerung von seiten der Nidwaldner Regierung, der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) wie auch der Gegner über das geplante Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Wellenberg informiert. Dabei kommen neben der Sicherheit eines solchen Lagers auch mögliche Auswirkungen auf den Tourismus zur Sprache: Falls solche eintreten und nachgewiesen werden können, muss nach Nagra-Präsident Hans Issler über eine Abgeltung an die Region verhandelt werden (vgl. Nr. 3585 und Nr. 3596 der Chronik).

(3602) 9. März: Die CVP und die Liberale Partei des Kantons Nidwalden sowie das MNA (Komitee für die Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen) deponieren die nötigen Unterschriften (rund 5'000), welche sicherstellen, dass die Antwort des Kantons Nidwalden zum Rahmenbewilligungsgesuch "Wellenberg" an den Bundesrat sowie die Erteilung der kantonalen Konzession für die Nutzung des Untergrundes als erste Sachgeschäfte in der Geschichte Nidwaldens Gegenstand einer Urnenabstimmung werden. Die Abstimmung findet am 25. Juni 1995 statt (vgl. Nr. 3555, 3585, 3596 und Nr. 3601 der Chronik).

(3603) 10. März: In ihrem Bericht über die schweizerische Energiepolitik schreibt die IEA (Internationale Energie-Agentur), das Programm "Energie 2000" sei zwar gut, es genüge aber zur Stabilisierung des Energieverbrauchs in der Schweiz nach der Jahrhundertwende nicht: Ab dem Jahr 2010 werden auch nach Einschätzung der IEA Lücken in der Elektrizitätsversorgung auftreten. Die Frage nach dem Ersatz der dann auslaufenden Kapazitäten muss, so der Bericht, rechtzeitig beantwortet werden.

(3604) 12. März: Mit 66'864 gegen 24'178 Stimmen oder rund 73 zu 27% stimmt das Waadtländer Volk der positiven Stellungnahme des Kantons zum Rahmenbewilligungsgesuch "Wellenberg" zu. Die Stimmbeteiligung beträgt 27,4%.

(3605) 14. März: Der Gemeinderat Würenlingen erteilt der Zwilag (Zwischenlager Würenlingen AG) die konventionelle Baubewilligung für das zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle. Die Behörde bewilligt auch die erforderlichen Erschliessungswerke (Strasse und Werkleitungen). Gegen dieses konventionelle Baugesuch waren keine Einsprachen eingegangen (vgl. Nr. 3559 der Chronik).

(3606) 29. März: Die Kommission für Ausbildungsfragen der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt in Brugg-Windisch ihren 25. Vertiefungskurs zum Thema "Sicherheit von Kernkraftwerken im Stillstand" durch. An der dreitägigen Veranstaltung mit 25 Referenten nehmen 170 Teilnehmer (davon 81 aus dem Ausland) teil.

(3607) Das Verwaltungsgericht Baselland erklärt die Initiative "Stopp den Atommülltransporten durch Basel-Landschaft" mit vier gegen eine Stimme für ungültig. Damit bestätigt das Gericht den Entscheid des Landrats des Kantons, der die gleiche Initiative bereits im Mai 1994 abgelehnt und damit gegen die Empfehlung der Justiz- und Polizeikommission votiert hatte (vgl. Nr. 3494 und Nr. 3515 der Chronik).

(3608) 30. März: In der Nacht zum 31. März wird Block II des KKB (Kernkraftwerk Beznau) planmässig nach siebzehnmonatiger erfolgreicher Betriebsphase für den Brennelementwechsel und die Revision abgestellt. Der Stillstand dauert bis Ende Mai.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1995 (Hansjörg Ruh)

(3609) 5. April: An der Klimakonferenz in Berlin wird beschlossen, das ständige Sekretariat der Klimakonvention nicht in Genf, sondern in Bonn einzurichten. Der Entscheid wird von Bundesrätin Ruth Dreifuss als Quittung für die zunehmende Isolierung der Schweiz kommentiert.

(3610) An der fünften Generalversammlung der Zwilag (Zwischenlager Würenlingen AG) wird bekannt, dass das nukleare Bau- und Betriebsbewilligungsverfahren so weit fortgeschritten ist, dass die Erteilung der Bewilligungen durch den Bundesrat in spätestens einem Jahr erwartet wird (vgl. Nr. 3605 der Chronik).

(3611) Fast 300 Klagen, unter anderem wegen "Gefährdung von Personen" und "Experimenten mit Menschen", werden vom "Kollektiv der Europäer gegen den Superphénix" deponiert. Die Gruppe verlangt die definitive Stillegung des Reaktors.

(3612) 7. April: In seiner Stellungnahme ans Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) stimmt der Zürcher Regierungsrat den Probebohrungen der Nagra in der Weinländer Gemeinde Benken grundsätzlich zu (vgl. Nr. 3595 der Chronik).

(3613) 10. April: Im Winterhalbjahr 1994/95 ist die Stromabgabe der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) gemäss Angaben der Gesellschaft um 1,5% höher ausgefallen als in der gleichen Vorjahresperiode, was zu einem Importüberschuss führte.

(3614) 12. April: Der Ombudsmann für das Schweizer Fernsehen DRS, Arthur Hänsenberger, stellt sich weitgehend hinter Beanstandungen, die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) und das Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) gegen drei Sendungen von "10 vor 10", "Kassensturz" und "Zebra" eingereicht haben. Er kommt zum Schluss, es sei zurecht beanstandet worden, in den drei Sendungen sei auf einseitige Weise und unausgewogen über das Kernkraftwerk Beznau und die Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen berichtet worden (vgl. Nr. 3587, Nr. 3588 und Nr. 3592 der Chronik).

(3615) Der Bundesrat hat entschieden, dass das ehemalige Versuchatomkraftwerk Lucens zum grössten Teil nicht mehr dem Atomgesetz unterstellt ist. Eine kleine Parzelle bleibt davon vorderhand ausgenommen: Auf ihr sind sechs Behälter mit radioaktiven Abfällen zwischengelagert, die beim Abbruch des Reaktors anfielen.

(3616) Wie das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) mitteilt, ist die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) in ihrer ersten Feststellung aus ihrer Begutachtung für das Rahmenbewilligungsgesuch zum Schluss gelangt, die heutigen Kenntnisse liessen erwarten, dass im Wellenberg ein sicheres Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingerichtet werden kann (vgl. Nr. 3596 und Nr. 3601 der Chronik).

(3617) Der Bundesrat beantragt, ein Postulat von Nationalrat Thür abzulehnen. Darin hatte Thür die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission für das AKW Beznau verlangt.

(3618) 20. April: Die Konferenz Kantonaler Erziehungsdirektoren unterstützt den Vorschlag des "Vororts" (Schweizerischer Handels- und Industrieverein), die Erfüllung bestimmter energiepolitischer Aufgaben einer Energieagentur zu übertragen.

(3619) Während Turbinenprüfungen im Kernkraftwerk Mühleberg erfolgt wegen einer Fehlfunktion der Prüfvorrichtung eine Abschaltung der einen Turbogruppe, worauf diese für kurze Zeit vom Netz getrennt wird.

(3620) 24. April: An ihrer Sitzung in Bern lässt sich die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Ständerates von Dr. Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, über den Stand der energiepolitischen Geschäfte orientieren. Sie nimmt Kenntnis davon, dass das - und parallel dazu allenfalls auch das CO2-Abgabegesetz - noch im laufenden Jahr 1995 dem Parlament zugeleitet werden soll.

(3621) 26. April: Der Bundesrat genehmigt die Anpassung des kantonalen Richtplans Nidwalden, in der das weitere Vorgehen zur räumlichen Abstimmung des geplanten Endlagers für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle Wellenberg festgelegt ist. Die bundesrätliche Genehmigung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die noch ausstehende Rahmenbewilligung durch die Eidgenössischen Räte genehmigt wird (vgl. Nr. 3601 der Chronik).

(3622) Der Bundesrat beantwortet eine dringliche Anfrage von Nationalrätin Bär zum Thema "Verschlossene 'Endlager' von radioaktiven Abfällen" (vgl. Nr. 3598 der Chronik).

(3623) 27. April: In Block I des Kernkraftwerks Beznau kommt es zu einer automatischen Reaktorabschaltung. Ursache ist eine Störung an einer Pumpe zur Bespeisung der Dampferzeuger im nichtnuklearen Sekundärteil der Anlage.

(3624) 1. Mai: Gemäss Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) erzielten die fünf schweizerischen Kernkraftwerke im 1. Quartal 1995 eine Gesamtproduktion von 6,66 Mrd kWh, womit das Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres um 3,1% überboten wurde.

(3625) 5. Mai 1995: Anlässlich der Medienkonferenz zur Jahresrevision von Block II des Kernkraftwerks Beznau erklärt Kurt Küffer, Direktor der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK), das Werk Beznau könne nicht nur 40 Jahre, wie ursprünglich geplant, sondern 50 oder gar 60 Jahre am Netz bleiben. Neueste Erkenntnisse über den bisherigen Alterungsprozess der beiden Blöcke hätten ergeben, dass die Restlebensdauer der Reaktoren höher ist als bisher angenommen (vgl. Nr. 3608 der Chronik).

(3626) 15. Mai: Wie der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) mitteilt, hat der Stromverbrauch in der Schweiz im Winter 1994/95 erneut um 0,5% auf 25'863 Mio kWh zugenommen. Dies, nachdem in den beiden entsprechenden Vorperioden jeweils Rückgänge verzeichnet wurden.

(3627) 18. Mai: Die Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung (Agneb) äussert sich in ihrem Jahresbericht für 1994 zum Fortgang der Entsorgungsarbeiten. Dabei stellt sie wichtige Fortschritte in den Bereichen Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle fest, so die Gründung der Genossenschaft für Nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW) und die anschliessende Einreichung des Gesuchs um die Rahmenbewilligung für ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle bei Wolfenschiessen (vgl. Nr. 3555 und Nr. 3563 der Chronik).

(3628) 19. Mai: In Aarau feiert der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) in Anwesenheit von Bundesrat Adolf Ogi seinen 100. Geburtstag. In seinem Gastreferat weist Ogi auf die Versorgungslücke hin, die sich nach 2010 abzeichnet, falls die Schweizer KKW nach 40 Jahren abgestellt werden müssen und die Stromimportverträge mit Frankreich nicht erneuert werden können.

(3629) Anwohner von SBB-Strecken haben keine Möglichkeit, sich gegen den Bahntransport von abgebrannten Brennelementen aus Kernkraftwerken zu wehren. Mit seinem entsprechenden Urteil stützt das Bundesgericht einen früheren Entscheid des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes.

(3630) 24. Mai: In einer Botschaft beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten, die Schweiz solle das von über 50 Ländern unterzeichnete Abkommen über die Energiecharta bis Ende Jahr ratifizieren. Das Abkommen sieht die Schaffung liberaler Rahmenbedingungen im Energiebereich vor.

(3631) 26. Mai: Gemäss Mitteilung des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED) ging der Gesamtenergieverbrauch 1994 in der Schweiz nochmals zurück. Er sank um 1,5% oder 11'850 Terajoules (TJ) auf 781'590 TJ. In der gleichen Periode verminderte sich der Pro-Kopf-Verbrauch um 2,1% auf 30'866 kWh (vgl. Nr. 3591 der Chronik).

(3632) 31. Mai: Nach gut siebenwöchiger planmässiger Abschaltung für die Jahresrevision und den Brennelementwechsel nimmt Block II des Kernkraftwerks Beznau seinen regulären Betrieb wieder auf (vgl. Nr. 3608 der Chronik).

(3633) Unter dem Titel "Superphénix - Ein Risiko wie jedes andere?" findet an der ETH in Zürich eine von rund 270 Teilnehmern besuchte Tagung statt, bei der Sicherheitsfragen, Bewilligungsverfahren und ethische Aspekte vorgetragen wurden.

(3634) Der Bundesrat nimmt vom Ergebnis der Vernehmlassung zum umstrittenen Entwurf für ein Energiegesetz Kenntnis. Er beauftragt das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED), den Entwurf bis Ende 1995 zu überarbeiten; im besonderen soll die CO2-Abgabe abgekoppelt werden.

(3635) 1. Juni: Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) will im Felslabor Grimsel die unterirdische Lagerung hochradioaktiver Abfälle simulieren. Anstelle von hochaktiven Abfällen, die nach der Einlagerung Wärme produzieren, werden in einem dreijährigen Versuch zwölf Tonnen schwere, nichtradioaktive elektrische Erhitzer eingesetzt.

(3636) 6. Juni: Bei der Beantwortung der Interpellation Cavadini zur künftigen Elektrizitätsversorgung stellt Bundesrat Adolf Ogi im Ständerat unter anderem fest, auch in Zukunft könne auf eine substantielle, landeseigene Elektrizitätsversorgung nicht verzichtet werden (vgl. Nr. 3560 der Chronik).

(3637) Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Jean Cattin stellt in ihrem Bericht, den sie im Auftrag des Bundesrates erstellt hat, fest, durch günstigeren Strom könnte die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft verbessert werden. Von einer Marktöffnung im Elektrizitätsbereich sollen aber auch Kleinkonsumenten profitieren können.

(3638) 9. Juni: Wegen der Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Beznau-II gelangen Umweltorganisationen und Kernkraftgegner an die Europäische Menschenrechtskommission. Der Schritt wird mit der fehlenden Möglichkeit, in der Schweiz Atomentscheide durch ein unabhängiges Gericht überprüfen zu lassen, begründet (vgl. Nr. 3579 der Chronik).

(3639) 10. Juni: Das Kernkraftwerk Gösgen wird planmässig für Revisionsarbeiten und den alljährlichen Brennelementwechsel sowie den Umbau der dritten und letzten Niederdruckturbine abgestellt.

(3640) 11. Juni: Grüne Zürcher Politiker verlangen den Beitritt der Stadt zum "Collectif pour l'arrêt du superphénix". Das Postulat will, dass sich Zürich wie Genf, Lausanne und La Chaux-de-Fonds für die definitive Abschaltung des Reaktors in Creys-Malville einsetzen soll.

(3641) 15. Juni 1995: Im Rahmen des bundesrätlichen Auftrages, für die Zeit nach dem Ablauf der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg (KKM) Alternativen zu evaluieren, publiziert die Betreiberin des KKM, die BKW Energie AG, ihren Teilbericht zum Thema "Stromimport".

(3642) 19. Juni: Anlässlich ihrer Generalversammlung gibt die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) bekannt, dass sie im Berichtsjahr für die Entsorgungsarbeiten SFr. 38,0 Mio aufgewendet hat. Seit der Gründung der Nagra 1972 wurden somit rund SFr 618 Mio in diese Arbeiten investiert.

(3643) 21. Juni: In der Nacht auf den 21. Juni findet im Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) eine Übung des Notfallstabes, der Betriebswache und der Pikettdienste statt, der ein gewaltsames Eindringen von Fremden in die Anlage sowie deren Absicht, die Anlage zu beschädigen, zugrunde liegt.

(3644) 25. Juni: Die Bevölkerung des Kantons Nidwalden lehnt die Stellungnahme des Kantons zur Rahmenbewilligung des Bundes für ein Endlager im Wellenberg mit 9356 Nein- zu 8679 Ja-Stimmen ab. Gleichzeitig lehnt sie das Konzessionsgesuch der Genossenschaft Nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW) mit 9460 Nein- gegen 8563 Ja-Stimmen ab (vgl. Nr. 3523 und Nr. 3576 der Chronik).

(3645) 26. Juni: Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) beurteilt in ihrem Jahresbericht die technische Sicherheit und die Betriebsführung der schweizerischen Kernanlagen im Jahr 1994 als gut. Im Berichtsjahr wurden in den schweizerischen Kernkraftwerken insgesamt 13 meldepflichtige Ereignisse verzeichnet, gleich viele wie im Vorjahr.

(3646) 27. Juni: Vor der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates informiert Dr. Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, über die Schweizerische Energiepolitik nach dem Nein: Das Nein stellt demnach nicht nur die Entsorgung der radioaktiven Abfälle in Frage, sondern hat über zahlreiche offene Dossiers Auswirkungen auf die gesamte Energiepolitik (vgl. Nr. 3644 der Chronik).

(3647) 30. Juni: In der Nacht auf den 30. Juni wird Block I des Kernkraftwerks Beznau planmässig für die Jahresrevision und den Brennelementwechsel abgeschaltet. Während der Abschaltung werden zudem die beiden Hochdruckturbinen ersetzt.

(3648) Die Bundesanwaltschaft hat ihre Ermittlungen zur Herkunft eines 30jährigen, nicht benutzten Uran-Brennstabes eingestellt, der im Dezember 1993 am Zoll von Chiasso in einer Messingschrottladung entdeckt worden war.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1995 (Hansjörg Ruh und Stephan Rubli)

(3649) 3. Juli: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) sieht keinen Grund, auf Sondierungen im kristallinen Grundgebirge des nördlichen Kantons Aargau (Leuggern und Böttstein) sowie im Opalinuston im Zürcher Weinland (Benken) zu verzichten. Sie hält diese Arbeiten für notwendig, um für die Entscheide zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle eine fundierte Basis zu erhalten. Gleichzeitig widerspricht sie den Aussagen eines Berichts der Kommission Nukleare Entsorgung (KNE), in dem es unter anderem heisst, die Untersuchungen im Kanton Aargau seien wenig erfolgversprechend und die dortigen Gemeinden für ein Endlager nicht geeignet. Gemäss Nagra sind diese Aussagen bei heutigem Kenntnisstand nicht belegbar (vgl. Nr. 3595 der Chronik).

(3650) 4. Juli: Die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte lehnt es ab, einen Vorschuss von Fr. 225 Mio für die Zahlung einer aussergerichtlichen Entschädigung an die Kernkraftwerk Graben AG zu bewilligen, obwohl die 1979 beantragte Rahmenbewilligung faktisch verweigert wurde und das Werk nicht gebaut werden konnte (vgl. Nr. 3569 der Chronik).

(3651) 4. Juli: Die KWG (Kernkraftwerk Graben AG) weist darauf hin, dass das Bundesgericht über die Höhe der Entschädigung befinden müsse, nachdem die Finanzdelegation dem beantragten Vorschuss von Fr. 225 Mio an eine aussergerichtliche Entschädigung nicht zustimmte (vgl. Nr. 3650 der Chronik).

(3652) 10. Juli: Der Verwaltungsrat der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) hat Walter Nef, dipl. El.-Ing. ETH, zum künftigen Leiter des Kernkraftwerks Beznau (KKB) gewählt. Nef wird seine neue Funktion im November 1996 vom altershalber zurücktretenden Kraftwerksleiter Hans Wenger, Stellvertretender Direktor, übernehmen und gleichzeitig zum Vizedirektor befördert werden.

(3653) 10. Juli: Das Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) meldet ein Jubiläum: Ende Juni 1995 wurde der 250'000. Besucher seit Eröffnung des ersten Informationspavillons gezählt.

(3654) 12. Juli: Die BKW Energie AG, Betreiberin des Kernkraftwerks Mühleberg (KKM), hat einen weiteren Teilbericht zur Evaluierung von Alternativen nach Ablauf der aktuellen Betriebsbewilligung des KKM im Jahre 2002 veröffentlicht. Dieser Teilbericht befasst sich mit dem Thema „Energiesparen als Teilersatz für das KKW Mühleberg". Darin meinen die BKW, dass mit entsprechenden Sparmassnahmen wohl der Zuwachs der Stromnachfrage gedämpft, ein Teilersatz des KKM aber nicht überflüssig gemacht werden kann (vgl. Nr. 3641 der Chronik).

(3655) 20. Juli 1995: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) teilt mit, dass die seismischen Messungen im nördlichen Aargau und im Zürcher Weinland um ein Jahr auf den Winter 1996/97 verschoben werden, damit eine durch die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und die KNE (Kommission Nukleare Entsorgung) angeregte Arbeitsgruppe genügend Zeit für das Ausarbeiten eines optimierten Untersuchungskonzeptes hat (vgl. Nr. 3649 der Chronik).

(3656) 25. Juli: Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt beantragt in seinem Bericht zu einem 1992 vom Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke eingereichten Begehren, die Initiative „Energiekanton 2000" den Stimmberechtigten zur Ablehnung zu empfehlen. Insbesondere lehnt er die darin enthaltene Strompreiserhöhung ab. Die Initiative will unter anderem den Stromverbrauch stabilisieren und den Verbrauch an fossiler Energie bis 2000 nicht über den Stand von 1990 ansteigen lassen. So sollen beispielsweise 0,5 Prozent des Stromverbrauchs und 3 Prozent des Verbrauchs an fossiler Energie durch Sonnenenergie, Wind und Geothermie gewonnen werden.

(3657) 31. Juli: Nach Abschluss der Jahresrevision am 27. Juli nimmt das Kernkraftwerk Beznau (KKB) den regulären Vollastbetrieb wieder auf (vgl. Nr. 3647 der Chronik).

(3658) 2. August: Das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) wird plangemäss für die Jahresrevision abgeschaltet. In der zu Ende gegangenen 22. Betriebsperiode lieferte das KKM bei einer Arbeitsausnutzung von 94 Prozent insgesamt 2,8 Mrd kWh Strom ins elektrische Netz.

(3659) 3. August: Zehn Umweltschutzorganisationen - darunter Greenpeace, die Schweizerische Energiestiftung (SES) und der deutsche Bund Umwelt und Naturschutz - verlangen in einer Eingabe an den Bundesrat die Einführung der Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen Betriebsbewilligungen von Atomanlagen und somit eine Änderung des Atomgesetzes, die auch rückwirkend für die bereits erteilten Bewilligungen der Kernkraftwerke Mühleberg (KKM) und Beznau-II gültig sein soll.

(3660) 4. August: Das Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) wird für die elfte Jahresrevision vom Netz genommen. Neben umfassenden Kontroll- und Unterhaltsarbeiten steht dabei auch das Um- und Neubeladen von 128 der insgesamt 648 Brennelemente an.

(3661) 8. August: Unter dem Titel „Weiterentwicklung der Kernenergie“ veröffentlicht die BKW Energie AG ihren sechsten und letzten Teilbericht und hat damit den bundesrätlichen Auftrag, Ersatzmöglichkeiten im Falle einer Stillegung des Kernkraftwerks Mühleberg (KKM) nach dem Jahr 2002 aufzuzeigen, erfüllt. Nach Ansicht der BKW rechtfertigen die ökologische Bedeutung der Kernenergie und der gute Zustand des KKM keinen vorzeitigen Ersatz. Ein Schlussbericht, der alle Teilberichte zusammenfasst, stellt die BKW für Anfang 1996 in Aussicht (vgl. Nr. 3654 der Chronik).

(3662) 9. August: Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) meldet, dass der Stromverbrauch in der Schweiz seit 1990 insgesamt nur um 0,7 Prozent zugenommen hat. Der VSE gibt zudem bekannt, dass er künftig auf Prognosen über die Entwicklung des Stromverbrauchs verzichten wird, weil sich zahlreiche Einflussfaktoren im Wandel befinden.

(3663) 11. August: Im nicht-nuklearen Teil des Kernkraftwerks Leibstadt (KKL) ereignet sich während der Revisionsarbeiten ein Arbeitsunfall, bei dem zwei Arbeiter mittelschwere Verletzungen, jedoch keine Kontamination davontragen.

(3664) 14. August: Die beiden Volksinitiativen „für die Belohnung des Energiesparens und gegen die Energieverschwendung“ und „für einen Solar-Rappen“ sind formell zustandegekommen. Bei der „Energie-Umwelt-Initiative“ waren von 113’666 eingereichten Unterschriften deren 109’829 gültig, bei der „Solar-Initiative“ von 118’965 deren 114’824 (vgl. Nr. 3475 der Chronik).

(3665) 14. August: Wie der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) mitteilt, hat sich der Stromverbrauch in der Schweiz im ersten Halbjahr 1995 im Vergleich mit der entsprechenden Vorjahresperiode um 2,2% auf 24,425 Mrd kWh erhöht. Für die Steigerung verantwortlich waren der günstige Konjunkturverlauf sowie die etwas kältere Witterung.

(3666) 15. August: Das Forum VERA (Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle) fordert sogenannte Umweltorganisationen auf, mit konstruktiven Handlungsvorschlägen zur Lösung des Endlagerproblems beizutragen und nicht nur mit sachfremder Argumentation die Lösung eines real existierenden Problems zu verunmöglichen, wie sie es bei der Meinungsbildung vor der Nidwaldner Abstimmung über das Endlager Wellenberg gemacht hätten.

(3667) 24. August: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt in Bern ihre 36. ordentliche Generalversammlung durch. Als Gastreferent spricht Dr. Bruno Pellaud, Stellvertretender Generaldirektor der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation, Wien) und Leiter des „Department of Safeguards“ über „Kernenergie und nukleare Abrüstung am Kreuzweg“.

(3668) 24. August: An einer Medienkonferenz zur 36. ordentlichen Generalversammlung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) fordert SVA-Präsident, Ständerat Dr. Hans Jörg Huber, die Offenhaltung der Option Kernenergie. Peter U. Fischer, Mitglied der Geschäftsleitung der EGL (Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG), attestiert den schweizerischen Kernkraftwerken eine sehr gute, sicherheitstechnisch auf der ganzen Breite nachgerüstete Verfassung.

(3669) 30. August: Der Bundesrat hat auf den 1. Dezember 1995 Pierre Mayor, dipl. Ing. ETH, zum neuen Vizedirektor und Leiter der Abteilung Internationales und Nuklearfragen des Bundesamtes für Energiewirtschaft (BEW) gewählt. Mayor übernimmt die Nachfolge von Prof. Alec Jean Baer, der Ende August in den Ruhestand getreten ist.

(3670) 3. September 1995: In Satigny verstirbt in seinem 99. Lebensjahr Dr. h.c. Eric Choisy, Gründungs- und Ehrenpräsident der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA), eine der motivierendsten Persönlichkeiten aus dem Kreis der Pioniere der Atomenergie.

(3671) 4. September: Die Nidwaldner Justizkommission empfiehlt dem Landrat, auf die durch die SP Nidwalden im Vorfeld der „Wellenberg-Abstimmung“ lancierte Petition „Keine Endlagerung radioaktiver Abfälle ohne vorangehenden Ausstieg aus der Atomstromproduktion“ nicht einzutreten.

(3672) 5. September: Der Bundesrat nimmt vom Jahresbericht und der Jahresrechnung des Stillegungsfonds für Kernanlagen Kenntnis. Danach beläuft sich das angesammelte Kapital im Fonds per Ende 1994 auf Fr. 384 Mio (Vorjahr 354 Mio). Die Betriebsrechnung weist einen Verlust von Fr. 2,5 Mio (Vorjahr Gewinn von Fr. 40,7 Mio) aus.

(3673) 6. September: Das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) nimmt nach einem Revisionsstillstand von 36 Tagen und dem Ersatz von 44 der 240 Brennelemente seinen Betrieb für den 23. Zyklus wieder auf (vgl. Nr. 3658 der Chronik).

(3674) 6. September: Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) will den Kundendialog in den Mittelpunkt seiner Anstrengungen stellen. Damit soll unter anderem erreicht werden, dass sich Stromkunden, Behörden und Politiker selber dazu äussern, mit welchen Energieträgern die Stromlücke, die ab dem Jahr 2010 aufgehen wird, geschlossen werden kann. Der VSE macht dazu

verschiedene Vorschläge, die vom Ersatz der KKW durch neue KKW oder durch fossil befeuerte Werke bis zum Import des gesamten Mankos aus Anlagen im Ausland reichen.

(3675) 11. September: Bundesrat Ogi nimmt Stellung zur Halbzeitbilanz von „Energie 2000“. Dabei hält er fest, dass per Ende 1994 die Zielsetzung für die Kernkraftwerke - eine Leistungserhöhung um 10 Prozent bis ins Jahr 2000 - bereits zu 34 Prozent erreicht wurde.

(3676) 13. September: Das Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) nimmt nach der Jahresrevision 1995 mit einem Ersatz von 128 der 648 Brennelemente seinen Betrieb wieder auf (vgl. Nr. 3660 der Chronik).

(3677) 21. September: Auf eine Motion eines Abgeordneten der Grünen, die eine offizielle Stellungnahme gegen den Weiterbetrieb des Reaktors in Creys-Malville verlangt hatte, tritt der Zürcher Regierungsrat nicht ein.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1995 (Stephan Rubli)

(3678) 2. Oktober: Der Bundesrat beschliesst die Beteiligung der Schweiz am Europäischen Melde- und Informationssystem für Ereignisse mit erhöhter Radioaktivität (EC Urgent Radiological Information Exchange, ECURIE). Dieses System verpflichtet beteiligte Länder zur Meldung aller Unfälle mit erfolgter oder bevorstehender Freisetzung von Radioaktivität beziehungsweise blosser Feststellung erhöhter Radioaktivität sowie allenfalls getroffener Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung.

(3679) 3. Oktober: Der Bundesrat stützt die Aussage des Ombudsmannes des Schweizer Fernsehens DRS, Arthur Hänsenberger, wonach das Schweizer Fernsehen DRS in drei Sendungen einseitig, verzerrt, lückenhaft und zum Teil falsch über das Kernkraftwerk Beznau und die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) berichtet hat. Damit beantwortet der Bundesrat gleichzeitig eine von den Aargauer Ständeräten Willy Loretan und Hans Jörg Huber eingereichte resp. mitunterzeichnete Interpellation (vgl. Nr. 3614 und 3597 der Chronik).

(3680) 3. Oktober. Obwohl er die Forschungsarbeit von Professor Carlo Rubbia - Elektrizitätsproduktion in Energieverstärkern - als „extrem interessant“ erachtet, erklärt Bundesrat Ogi in seiner Beantwortung der Interpellation Petitpierre, dass die Schweiz keine besonderen Massnahmen zur Förderung dieser Technik vorsieht, da sie die industrielle Reife noch nicht erlangt hat.

(3681) 6. Oktober. Nationalrat Ulrich Fischer und 77 Mitunterzeichner laden den Bundesrat mit einer Motion ein, den eigenössischen Räten im Rahmen des Entwurfs für ein Gesetz zur Reduktion der CO2-Emissionen auch gesetzliche Massnahmen zur Förderung der CO2-freien Stromproduktion aus Kernenergie zu unterbreiten. Weiter wird der Bundesrat eingeladen, die Rolle der Kernenergie in der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung der CO2-Problematik umfassend darzustellen.

(3682) 9. Oktober: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) führen die im Geschäftsjahr 1994/95 gegenüber dem Vorjahr um 160 Mio kWh oder 1,3% höhere Stromabgabe in das neun Kantone umfassende und rund 2 Mio Einwohner zählende Versorgungsgebiet auf das mässige, aber anhaltende Wirtschaftswachstum zurück. Die gesamte Elektrizitätsbeschaffung (Energieumsatz) nahm um 0,6% auf 18,9 Mrd kWh ab. Der Anteil der Kernenergie im eigenen Kraftwerkpark erreichte 69%.

(3683) 10. Oktober: Der Bundesrat heisst das von der Eidgenössischen Energieforschungskommission (CORE) ausgearbeitete „Konzept der Energieforschung des Bundes“ für die Jahre 1996-99 gut. Wegen der Auflösung des Nationalen Energieforschungs-Fonds (NEFF) sinken die jährlich zur Verfügung stehenden Mittel im Vergleich zu 1993 um SFr 10 bis 15 Mio. Insgesamt soll die Energieforschung jährlich mit rund SFr 230 Mio unterstützt werden.

(3684) 10. Oktober 1995: Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) des Nationalrates beantragt dem Nationalrat mit 14 zu 0 Stimmen und bei zwei Enthaltungen, eine von Organisationen und Unterzeichnern aus der Nagra-Sondierregion Benken im Zürcher Weinland eingereichte Petition dem Bundesrat zur Kenntnisnahme zu überweisen. Die Petition äussert grundsätzliche Bedenken über den Betrieb von Atomkraftwerken und die Endlagerung radioaktiver Abfälle.

(3685) 11. Oktober: Die Nagra gibt bekannt, dass der sechs Jahre dauernde Grossversuch zur Einlagerungstechnik der Behälter für hochradioaktive Abfälle, den sie zusammen mit ihrer spanischen Schwesterorganisation Enresa im Felslabor Grimsel durchführen wird, von der EU mit rund SFr 4,8 Mio unterstützt wird. Das 1983 gebaute, 960 m lange Tunnelsystem wird dazu um einen zusätzlichen Stollen erweitert (vgl. Nr. 3635 der Chronik).

(3686) 18. Oktober: Die Europäische Menschenrechtskommission (EMRK) in Strassburg hat eine Beschwerde als zulässig erklärt, mit welcher zehn in der Alarmzone 1 um das KKW Mühleberg (KKM) lebende Privatpersonen das Fehlen der Möglichkeit, Atomentscheide des Bundesrates durch ein unabhängiges Gericht überprüfen zu lassen, beklagen (vgl. Nr. 3638 der Chronik).

(3687) 18. Oktober: Der Bundesrat beschliesst, die Konvention über die Sicherheit der Kernanlagen zu unterzeichnen, die 1994 unter der Leitung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) erarbeitet worden ist. Die Konvention ist nur auf zivile Kernkraftwerke zur Stromerzeugung anwendbar und sieht periodische Konferenzen vor, an denen die Vertragsparteien Berichte über die Einhaltung der Konvention in ihrem Staat vorlegen.

(3688) 19. Oktober: Die Ständeratskommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) beschliesst, auf den Bundesbeschluss zur Revision des Atomgesetzes, mit der das Bewilligungsverfahren zur Erstellung von Lagern für radioaktive Abfälle vereinfacht werden soll („Lex Wellenberg"), nicht einzutreten. Die Urek revidiert damit einen früheren Beschluss (vgl. Nr. 3509 der Chronik).

(3689) 21. Oktober: In seinem Referat am Olma-Forum 95 erklärte Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft (BEW), dass die bestehenden schweizerischen Kernkraftwerke mindestens ersetzt werden müssten. Weil viele Alternativenergien erst ab Mitte des nächsten Jahrhunderts eine dominante Rolle zur Deckung des Energiebedarfs spielen, dürfe keine Option, auch nicht jene der Kernenergie, verbaut werden.

(3690) 25. Oktober: Die Schweizer Kernkraftwerke geben bekannt, dass sie unter dem Titel „Schweizer Kernenergie - täglich Strom" ab Anfang November 1995 mit Fernsehspots und Inseraten die Bevölkerung zum Besuch einladen, um sich ein eigenes Bild über Fragen wie Sicherheit, Notwendigkeit, Umweltfreundlichkeit und Zukunftsrolle der Kernenergie zu machen.

(3691) 25. Oktober: Im Geschäftsjahr 1994/95 haben die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) insgesamt 4,063 Mio kWh Strom (+5,2% im Vergleich zum Vorjahr) umgesetzt. Dazu trugen zu 60 Prozent Kernkraftwerke und zu 30 Prozent Wasserkraftwerke bei, 10 Prozent wurden zugekauft (vgl. Nr. 3568 der Chronik).

(3692) 30. Oktober: Die KSA (Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen), die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und die KNE (Kommission Nukleare Entsorgung) sind der Meinung, dass dem Gesuch der Nagra um Bewilligung von Sondierarbeiten im zürcherischen Benken mit einer Reihe von Auflagen entsprochen werden kann. Die Position der Nagra zu den Einsprachen gegen ihr Gesuch von 1994 sowie amtliche Stellungnahmen und Expertengutachten liegen im November 1995 öffentlich auf (vgl. Nr. 3649 der Chronik).

(3693) 30. Oktober: Zwei Mitglieder des Initiativkomitees „Stopp den Atommülltransporten durch Basel-Landschaft" haben gegen die Ungültigerklärung der Initiative durch das Baselbieter Verfassungsgericht beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht. Die Initiative wurde für ungültig erklärt, weil sie laut dem Baselbieter Verfassungsgericht das übergeordnete Bundesrecht verletzt (vgl. Nr. 3607 der Chronik).

(3694) 15. November: Der am 27. September 1995 zum Bundesrat gewählte Moritz Leuenberger wird anlässlich der Departementsverteilung zum neuen Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes (EVED) berufen. Er löst Adolf Ogi ab, der neu dem Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) vorsteht.

(3695) 16. November: Das Bezirksgericht Zurzach hat 17 Greenpeace-Aktivisten wegen „Störung des Betriebes einer Anlage, die der Allgemeinheit dient" verurteilt. Die Aktivisten hatten im September 1994 in Döttingen ein Bahngleis zur Beznauinsel blockiert, um gegen den Abtransport abgebrannter Brennstäbe aus dem KKW Beznau zu demonstrieren (vgl. Nr. 3554 der Chronik).

(3696) 21. November: Im Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) wird eine Notfallübung mit Beteiligung der Berufsfeuerwehr Bern und unter Aufsicht der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) erfolgreich durchgeführt. Das Übungsszenario bestand in einem Brandausbruch im Betriebsgebäude, Rauchentwicklung im Hauptkommandoraum und anschliessender Evakuation.

(3697) 22. November: Der Bundesrat beantragt, eine am 28. September 1995 eingereichte Motion abzulehnen. Nationalrat Jean Ziegler hatte darin den Bundesrat ersucht, die Ausfuhr von radioaktiven Abfällen ins Ausland möglichst bald zu stoppen.

(3698) 27. November: In Zürich-Oerlikon beginnt eine zweitägige Informationstagung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) zum Thema „Zukunftsperspektiven der Kernenergie". Die Tagung, die von insgesamt rund 150 Teilnehmern besucht wird, beleuchtet im internationalen Rahmen die heutige Rolle der Kernenergie, die Diskussionen um einen Ausstieg, die technischen und wirtschaftlichen Leitlinien für die künftige Entwicklung sowie die politischen Rahmenbedingungen, welche die künftige Rolle der Kernenergie, namentlich in der Schweiz, massgeblich bestimmen werden.

(3699) 28. November 1995: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) gibt bekannt, dass Dr. Hans Werder am 1. März 1996 Dr. Christian Furrer ersetzt und neuer Generalsekretär des EVED wird.

(3700) 29. November: Eine dringliche Interpellation und eine dringliche Motion, welche Franziska Teuscher (Grünes Bündnis) am 6. Oktober eingereicht hat, werden vom Regierungsrat des Kantons Bern beantwortet resp. mit Antrag auf Ablehnung an den Grossen Rat des Kantons Bern weitergereicht. Im Zusammenhang mit den französischen Atombombentests und den bestehenden Wiederaufarbeitungsverträgen wollte Teuscher die BKW Energie AG via Regierungsrat zum Abbruch der Geschäftsbeziehungen mit Frankreich bewegen.

(3701) 30. November: Gemäss Mitteilung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) erzielten die fünf schweizerischen Kernkraftwerke im 3. Quartal 1995 eine Gesamtproduktion von 4,68 Mrd kWh, womit das Ergebnis der Vergleichsperiode des Vorjahres um 3,6% überboten wurde.

(3702) 13. Dezember: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) veröffentlichen das Resultat einer Überprüfung des Betriebsverhaltens des KKW Beznau (KKB), welche eine Expertenkommission (Osart, Operational Safety Review Team) der IAEO

(Internationale Atomenergie-Organisation) am 1. Dezember abgeschlossen hat. Danach hat das KKB den Nachweis für ein ausgezeichnetes Betriebsverhalten erbracht.

(3703) 13. Dezember: Im Nationalrat greifen zwei Minderheiten die Programme von „Energie 2000“ an. Weil sich die beiden Minderheitenanliegen widersprechen - das eine verlangt Kürzungen bei den Dienstleistungen Dritter sowie bei der Energieberatung, das andere will SFr 3 Mio von der Kernforschung auf die Förderungen erneuerbarer Energien verlagern -, setzen sie sich bei der Abstimmung nur teilweise durch. Das Resultat geht nun zur Differenzbereinigung an den Ständerat.

(3704) 13. Dezember: Der Ständerat beschliesst, auf die Änderung des Atomgesetzes, mit der das Bewilligungsverfahren zur Erstellung von Lagern für radioaktive Abfälle vereinfacht werden soll („Lex Wellenberg“), nicht einzutreten. Dieser Entscheid ist eine Folge des Neins der Nidwaldner Stimmbürger zum Endlager im Wellenberg vom 25. Juni 1995 (vgl. Nr. 3509 und 3688 der Chronik).

(3705) 13. Dezember: Die Ständerats-Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) tritt auf eine Standesinitiative des Kantons Solothurn zur Nichtrealisierung des KKW Graben nicht ein, weil dieses Anliegen durch den Bundesgerichtsentscheid vom 4. November 1994 bereits erfüllt ist (vgl. Nr. 3650 und 3569 der Chronik).

(3706) 14. Dezember: Die BKW Energie AG ernennt auf den 1. Juli 1996 den dipl. Elektro-Ingenieur ETH und Energiewirtschaftsingenieur, Patrick Braun, Vizedirektor der BKW, zum neuen Leiter der Baudirektion, Direktor und Mitglied der Geschäftsleitung. Braun wird Direktor Peter Storrer ersetzen, der am 30. Juni 1996 in den Ruhestand treten wird.

(3707) 14. Dezember: Die Anti-Atom-Koalition (CAN), eine Verbindung atomkritischer Organisationen, veröffentlicht eine Studie, die belegen soll, dass in der Schweiz der Ausstieg aus der Kernenergie innert zehn Jahren möglich wäre. Von drei dargestellten Szenarien verfolgt die CAN insbesondere jenes, bei dem der Ausfall der KKW je hälftig durch Einsparungen und rationellere Energienutzung sowie durch eine neue Produktion aus fossil betriebenen Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen und erneuerbarer Energie (Biomasse, Wind, Sonne) gedeckt wird.

(3708) 14. Dezember: Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA) weist bei ihrer Stellungnahme zur CAN-Studie darauf hin, dass das vorzeitige Abstellen der funktionstüchtigen Schweizer KKW einer Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte in Milliardenhöhe gleichkäme und die Stromerzeugung ohne Kernenergie unweigerlich mit einer CO2-Mehrproduktion zu verbinden ist (vgl. Nr. 3707 der Chronik).

(3709) 14. Dezember: Die zweite öffentliche Auflage zum Gesuch der Nagra um Bewilligung von Sondierarbeiten in Benken ZH ist zu Ende gegangen. Innert der Einwendungsfrist wurden sieben Stellungnahmen eingereicht. Die Entscheidung über das Gesuch und die Einwendungen stellt der Bundesrat für das zweite Quartal 1996 in Aussicht (vgl. 3692 der Chronik).

(3710) 18. Dezember: Der Bundesrat tritt auf ein Gesuch von Umweltorganisationen und Einzelpersonen um Widerruf der erteilten befristeten Betriebsbewilligungen für die KKW Mühleberg und Beznau II nicht ein. Eine weitere Forderung der Gesuchssteller um Einführung einer Beschwerdemöglichkeit gegen Betriebsbewilligungen wird im Zusammenhang mit dem neuen Kernenergiegesetz geprüft werden (vgl. Nr. 3659 der Chronik).

(3711) 28. Dezember: Eine Störung im internationalen Höchstspannungsnetz, verursacht durch den Ausfall eines Leistungsschalters in der 200-kV-Anlage Kühmoos im deutschen Bad Säckingen, führt zu einer automatischen Reaktorschnellabschaltung in Block II des KKW Beznau. 22 Stunden später nimmt Block II den Leistungsbetrieb wieder auf.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1996 (Stephan Rubli)

(3712) 1. Januar: Das KKW Gösgen erhöht seine Nennleistung auf netto 970 Megawatt. Diese Leistung wurde nach mehrjährigen Arbeiten am Turbosatz zur Verbesserung des Wirkungsgrades durch eine Abnahmemessung ermittelt. Die installierte Gesamtnettoleistung aller fünf Schweizer Kernkraftwerksblöcke erhöht sich damit auf 3055 MW.

(3713) 16. Januar: Die Nationalrats-Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) beantragt dem Nationalrat mit 23:0 Stimmen, das Übereinkommen über nukleare Sicherheit zu genehmigen und den Bundesrat zu beauftragen, es zu ratifizieren. Das Übereinkommen soll erreichen, dass die KKW der mittel- und osteuropäischen sowie der Nachfolgestaaten der Sowjetunion sicherheitstechnisch verbessert oder, wenn nötig, stillgelegt werden.

(3714) 16. Januar: Die Nationalrats-Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) schliesst sich dem Ständerat an und beantragt dem Nationalrat, auf die Revision des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz nicht einzutreten. Die Bestimmungen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsverfahren bei der Erstellung von Endlagern für radioaktive Abfälle sollen in anderer Form, nämlich im Rahmen der Totalrevision des Atomgesetzes, weiterverfolgt werden (vgl. Nr. 3688 der Chronik).

(3715) 16. Januar: In einem Vergleich vor Bundesgericht haben sich der Bund und die KWG (Kernkraftwerk Graben AG) auf eine Summe von rund SFr. 227 Mio als Entschädigung für den Nichtbau des KKW Graben geeinigt Der Streit um die Entschädigung ist somit endgültig beigelegt. (vgl. Nr. 3650 und 3651 der Chronik)

(3716) 16. Januar: Der Berner Grosse Rat, das Kantonsparlament, lehnt bei 80 Nein und 26 Ja eine Motion ab, in welcher Franziska Teuscher - zum Zeitpunkt der Einreichung war sie noch Berner Grossrätin - den Abbruch der Geschäftsbeziehungen zwischen der BKW Energie AG und Frankreich durchsetzen wollte (vgl. Nr. 3700 der Chronik).

(3717) 19. Januar: Die BKW Energie AG meldet ein erfolgreiches Betriebsjahr 1995 des KKW Mühleberg (KKM), in welchem bei einer Auslastung von über 85% insgesamt 2'679 kWh Energie produziert wurde. Damit trägt das KKM rund 40% an die Deckung des gesamten Strombedarfs der BKW-Kunden im Winterhalbjahr bei.

(3718) 23. Januar: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) gibt die Rekordproduktion der Schweizer Kernkraftwerke von 23,5 Mrd kWh für das Jahr 1995 bekannt. Das bisherige Höchstergebnis aus dem Vorjahr wurde um 2,3 % übertroffen. Mit einer durchschnittlichen Arbeitsausnutzung von 88,2 % befindet sich die Schweiz wiederum in der Welt-Spitzengruppe (vgl. Nr. 3593 der Chronik).

(3719) 23. Januar: In einer Pressemitteilung fordert die Handels-, Industrie- und Gewerbekammer des Kantons Tessin, dass die Kernenergiefrage nach Ablauf des Moratoriums wieder aufgeworfen werden muss. Weiter fordert sie von den politischen Kräften, den Sozialpartnern, der Regierung und vom Parlament die frühzeitige Erarbeitung eines glaubwürdigen Versorgungsplanes.

(3720) 23. Januar: Verschiedene Umweltorganisationen - darunter Greenpeace, WWF und die Schweizerische Energiestiftung - veröffentlichen unter dem Titel „Auf zu grossem Fuss" eine Studie, welche Zahlen und Ziele für eine „zukunftsfähige Schweiz" beinhaltet. Darin wird die Atomenergie als „nicht zukunftsfähig" betrachtet und der Ausstieg aus dieser Technologie bis spätestens zum Jahr 2010 gefordert.

(3721) 29. Januar: Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) des Ständerates beantragt, eine von Organisationen und Einzelunterzeichnern aus der Nagra-Sondierregion Benken im Zürcher Weinland eingereichte Petition dem Bundesrat zur Kenntnisnahme zu überweisen. Die Petition äussert grundsätzliche Bedenken über den Betrieb von Atomkraftwerken und die Endlagerung radioaktiver Abfälle (vgl. Nr. 3684 der Chronik).

(3722) 6. Februar: Im laufenden Verfahren um Erteilung der Bau- und Betriebsbewilligung für das Zentrale Zwischenlager (Zwilag) in Würenlingen werden verschiedene Gutachten öffentlich aufgelegt. Dabei handelt es sich um die Position der Zwilag AG zu den Einsprachen gegen ihr Gesuch vom 15. Juli 1993, um den revidierten Sicherheitsbericht sowie um amtliche Stellungnahmen und Expertengutachten (vgl. Nr. 3610 der Chronik).

(3723) 13. Februar: Gemäss Mitteilung des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes (EVED) hat der Stromverbrauch der Schweiz 1995 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf 47,9 Mrd kWh zugenommen. Die inländische Stromproduktion erreichte mit 60,4 Mrd kWh den zweithöchsten jemals erzielten Wert. Dazu trugen die Wasserkraftwerke zu 58,9 %, die Kernkraftwerke zu 38,9 % und die konventionell-thermischen Kraftwerke zu 2,2 % bei (vgl. Nr. 3591 der Chronik).

(3724) 20. Februar: Die BKW Energie AG (BKW) gibt bekannt, dass sie im vergangenen Jahr ihre Stromverkäufe um 2,8 % zu steigern vermochte. Bei der Gesamtproduktion dominiert bei der BKW die Kernenergie mit einem Anteil von 60 % (im Winter 68,5 %).

(3725) 28. Februar: Der Bundesrat nimmt vom Bericht „Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz" Kenntnis. Im Kapitel „Sichere Lagerung radioaktiver Abfälle" werden als erste Prioritäten die Realisierung von zentralen Zwischenlagern sowie von Endlagern für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle genannt.

(3726) 28. Februar 1996: Ein Postulat Peter Nigglis (Grüne Partei), das die Stadt Zürich zur Mitgliedschaft am „Collectif pour l'arrêt du superphénix" bewegen will, wird dem Stadtrat mit 56 zu 50 Stimmen übergeben. Die Vertreter der CVP, FDP und SVP votieren mit der Begründung dagegen, die Stadt Zürich solle keine Aussenpolitik machen. Das „Collectif pour l'arrêt du superphénix" will bei den französischen Behörden Druck machen, damit das französische Demonstrationskraftwerk mit Schnellem Reaktor Superphénix in Creys-Malville abgestellt wird (vgl. Nr. 3640 der Chronik).

(3727) 29. Februar: Die Initiative "Stopp den Atommülltransporten durch Basel-Landschaft" ist endgültig für bundesrechtswidrig und somit für ungültig erklärt worden. Das Bundesgericht weist eine staatsrechtliche Beschwerde ab und stützt damit den Entscheid des Verfassungsgerichts des Kantons Basel-Landschaft vom 29. März 1995. In der Begründung des Bundesgerichts heisst es unter anderem, die Initiative ziele darauf hin, im Kanton Basel-Landschaft etwas zu verhindern, was die Bundesgesetzgebung ausdrücklich zulassen wolle, nämlich den Transport von radioaktiven Abfällen. Das Unterbinden dieser Transporte stelle letztlich die Gewinnung der Atomenergie überhaupt in Frage und widerlaufe somit den Zielsetzungen des Bundesrechts (vgl. Nr. 3693 und 3607 der Chronik).

(3728) 29. Februar: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) geben an ihrer Bilanz-Pressekonferenz bekannt, dass sie im Geschäftsjahr 1994/95 160 Mio kWh oder 1,3 % mehr Strom erzeugt haben als im Vorjahr. Mit einem Verbrauch von 12,7 Mrd kWh wurde praktisch wieder das Verbrauchsniveau des Geschäftsjahres 1991/92 erreicht, das heisst der Strombedarf hat in den letzten drei Jahren stagniert. An der Elektrizitätsproduktion von 11,168 Mrd kWh hat die Kernenergie einen Anteil von 69%.

(3729) 29. Februar: Die NOK teilen an ihrer Bilanz-Pressekonferenz mit, dass es ihnen das gute Rechnungsergebnis im Geschäftsjahr 1994/95 erlaube, der Industrie einen Preisrabatt zu gewähren, der jährlich rund SFr 27 Mio kostet. Betont wird, dass die NOK mit diesem Preisnachlass eine Leistung zugunsten des in manchen Bereichen bedrängten Werkplatzes Schweiz und zur Sicherung schweizerischer Arbeitsplätze erbringen wollen.

(3730) 4. März: Auf dem Dach eines im Bau befindlichen Garderobengebäudes des Kernkraftwerks Beznau bricht ein Feuer aus, das die Feuerwehr schnell zu löschen vermag. Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) wird innert weniger Minuten informiert. Der Brand steht in keinem Zusammenhang mit nuklearen Anlagenteilen oder Radioaktivität. Personen kommen keine zu Schaden. Der Kraftwerksbetrieb läuft ordnungsgemäss weiter.

(3731) 4. März: Wie die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) melden, sollen im Jahr 1999 in Block II des KKB (Kernkraftwerk Beznau) die Dampferzeuger ausgetauscht werden. Die Dampferzeuger wird Framatome liefern, ein Konsortium von Siemens und Sulzer wird die Austauscharbeiten durchführen. Der Auftrag kostet gegen Fr. 125 Mio (vgl. Nr. 3460 der Chronik).

(3732) 4. März: Als Zweitrat beschliesst der Nationalrat stillschweigend Nichteintreten auf die Teilrevision des Atomgesetzes. Die sogenannte „Lex Wellenberg“, die eine Beschleunigung beim Bau von Endlagern für radioaktive Abfälle vorsah, ist somit endgültig begraben (vgl. Nr. 3704 der Chronik).

(3733) 4. März: Als Erstrat heisst der Nationalrat mit 106 zu 0 Stimmen den Bundesbeschluss zur Ratifizierung und Unterzeichnung des Übereinkommens über nukleare Sicherheit gut (vgl. Nr. 3713 der Chronik).

(3734) 11. März: Der Bundesrat genehmigt drei Zusatzabkommen zwischen der Schweiz und der EU (Europäische Union) auf dem Gebiet der thermonuklearen Fusion und Plasmaphysik. Es handelt sich um den Assoziationsvertrag der Schweiz mit Euratom (neu bis Ende 1998 gültig), die Vereinbarung über Mobilität (Austausch von Forschern in europäischen Forschungszentren, neu gültig bis 31. Dezember 1998) und die neue europäische Forschungsanlage NET (neu gültig bis 21. Juli 1998).

(3735) 14. März: Im Kernkraftwerk Mühleberg kommt es während einer vorgeschriebenen, periodisch stattfindenden Prüfung von Ventilen zu einer Reaktorschnellabschaltung, die durch einen Fehler in der Speisewasserregelung ausgelöst wird. Die nukleare Sicherheit der Anlage wird nicht beeinträchtigt. Weder innerhalb noch ausserhalb der Anlage werden in der Folge radiologische Werte gemessen.

(3736) 18. März: Eine Frage der Baselbieter Nationalrätin Ruth Gonseth (Grüne Partei), ob der Bundesrat die Vorwürfe von Greenpeace an das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), wonach das vorliegende Projekt zum Zwischenlager Würenlingen nicht dem Rahmenbewilligungsgesuch und der bundesrätlichen Botschaft übereinstimme, entkräften könne, beantwortet Bundesrat Leuenberger dahingehend, dass es sich um eine Abweichung in technischen Belangen handle, die aber weder der Botschaft noch den Verhandlungen der Räte widerspreche (vgl. Nr. 3722 der Chronik).

(3737) 20. März: Die GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) melden die Übergabe eines Berichts an die Aufsichtsbehörden des Bundes, wonach auch die Ergebnisse der Ende 1995 abgeschlossenen neuen Untersuchungen die sicherheitsmässige Eignung des Gesteins im Wellenberg für die Lagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle bekräftigen. Die GNW sieht keinen Grund, vom Standort Wellenberg abzusehen, und ist der Meinung, dass es jetzt Sache der politischen Behörden sei, über das weitere Vorgehen zu befinden (vgl. Nr. 3644 der Chronik).

(3738) 22. März: Im Block I des KKB (Kernkraftwerk Beznau) kommt es während routinemässig durchgeführten Tests im Steuerungsbereich zu einer automatischen Schnellabschaltung des Reaktors. Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) wird vorschriftsgemäss orientiert; erhöhte radioaktive Werte werden weder innerhalb noch ausserhalb der Anlage gemessen. Nach mehreren Stunden Unterbruch und eingehender Abklärung wird Block I wieder ans Netz genommen.

(3739) 25. März 1996: Der Bundesrat gibt die Zielsetzungen des Programmes für die Legislatur von 1995 bis 1999 bekannt. In der Energiepolitik soll dem Parlament 1996 ein Entwurf des Energiegesetzes unterbreitet werden, das den bis Ende Dezember 1998 befristeten Energienutzungsbeschluss ablösen soll. Ferner soll ein energiepolitisches Programm erarbeitet werden, welches die zukünftige Stromversorgung der Schweiz definiert, die Entsorgung der nuklearen Abfälle einer Lösung entgegengebracht und - in diesem Kontext -die Teilrevision des Atomgesetzes vorangetrieben werden.

(3740) 27. März: Die Kommission für Ausbildungsfragen der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt in Brugg-Windisch ihren 26. Vertiefungskurs zum Thema "Bewirtschaftung radioaktiver Betriebsabfälle aus Kernkraftwerken" durch. An der dreitägigen Veranstaltung mit 36 Referenten nehmen rund 180 Teilnehmer (davon 50 aus dem Ausland) teil.

(3741) 27. März: Die GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) gibt die Resultate einer repräsentativen Meinungsumfrage bekannt, die sie im Rahmen der Lagebeurteilung nach dem Nein des Nidwaldnervolkes bei der Wellenberg-Abstimmung durch ein Institut durchführen liess. Von den 1'503 zu ihrem Stimmverhalten Befragten nahmen 52 % der Männer, aber nur 41 % der Frauen die beiden Vorlagen an. 55 % der Befragten sind der Meinung, eine zweite Abstimmung mit verbessertem Konzept solle stattfinden. 61 % der Ja- und 51 % der Nein-Stimmenden gehen davon aus, dass es zu einer zweiten Abstimmung kommen wird (vgl. Nr. 3644 und 3737 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1996 (Stephan Rubli)

(3742) 15. April: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) teilen mit, dass die Stromabgabe in ihr Versorgungsgebiet im Winterhalbjahr 1995/96 um 5,5 % höher ausfiel als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Von den in diesem Zeitraum abgegebenen 7,4 Mrd kWh Strom stammen 75 % aus den Kernkraftwerken im eigenen Park sowie 25 % von der Wasserkraft (vgl. Nr. 3613 der Chronik).

(3743) 15. April: In einem offenen Brief an den St. Galler und den Ausserrhoder Regierungsrat sowie an den St. Galler Stadtrat lädt die Sektion St. Gallen/Appenzell des WWF alle ein, sich am Kollektiv zur Stillegung des französischen Kernkraftwerks mit Schnellem Reaktor Superphénix zu beteiligen (vgl. Nr. 3726 der Chronik).

(3744) 24. April: In einer Medienmitteilung äussert sich die Präsidentin des Energieforums Schweiz, Ständerätin Vreny Spoerry (FDP), zu „Tschernobyl und die schweizerische Energiepolitik". Darin hält sie unter anderem fest, dass es politisch vertretbar, im Interesse des Klimaschutzes wichtig und zum Wohle einer funktionierenden (Dienstleistungs-)Wirtschaft unerlässlich sei, dass die Schweiz nicht eine ihrer Energiequellen - nämlich die Kernenergie - preisgebe, bevor ausreichende, bessere und wirtschaftliche Alternativen zur Verfügung stehen.

(3745) 25. April: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) gibt das Ende der zweiten öffentlichen Auflage im Verfahren um Erteilung der Bau- und Betriebsbewilligung für das Zwilag (Zentrales Zwischenlager) in Würenlingen bekannt. Während der Auflagefrist vom 6. Februar bis 22. April 1996 wurden insgesamt elf Einsprachen eingereicht. Der Bundesrat soll voraussichtlich Mitte 1996 über das Gesuch und die Einsprachen entscheiden (vgl. Nr. 3722 der Chronik).

(3746) 26. April: Die Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz (Aves) bezeichnet die von Bundesrat Leuenberger anlässlich des zehnten Tschernobyl-Jahrestages getätigten Äusserungen, wonach der spätere Ersatz von bestehenden Schweizer Kernkraftwerken nicht im Sinne der Moratoriumsinitiative liege, als eindeutig falsch und politisch nicht korrekt. Die Moratoriumsinitiative untersage für die Dauer von zehn Jahren (bis 2000) die Erteilung von Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- und Betriebsbewilligungen für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie. Die Ausstiegsinitiative habe das Schweizer Volk abgelehnt. Dieser Volksentscheid belasse Bundesrat Leuenberger keinen Interpretationsspielraum.

(3747) 30. April: Die CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) geben bekannt, dass die Stromnachfrage in ihrem Netz im Winterhalbjahr 1995/96 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 0,4 % abgenommen hat. Zur Strombeschaffung haben im Winterhalbjahr 1995/96 zu 68,8 % die Kernkraftwerke und zu 16,4 % die Wasserkraftwerke beigetragen.

(3748) 30. April: An der 6. Generalversammlung der Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG weist deren Verwaltungsratspräsident, Kurt Küffer, die Vorwürfe von Greenpeace zurück, wonach die vom Bundesrat erteilte und von den eidgenössischen Räten genehmigte Rahmenbewilligung für das Zwilag (zentrales Zwischenlager Würenlingen) erschummelt worden sei und die derzeit vorliegenden Planungsunterlagen für eine Erteilung der nuklearen Baubewilligung ungenügend seien. Küffer stützt sich dabei auch auf die Beantwortung einer entsprechenden Anfrage durch Bundesrat Leuenberger (vgl. Nr. 3736 der Chronik).

(3749) 1. Mai: Der Bundesrat ist der Meinung, dass die Abweichungen des zur Ausführung vorgesehenen Projekts des Zwilag (Zentrales Zwischenlagers Würenlingen) von den im Rahmenbewilligungsverfahren vorgelegten Unterlagen die Gültigkeit der bereits erteilten Rahmenbewilligung nicht tangieren. Damit beantwortet der Bundesrat eine Interpellation des Aargauer Nationalrats Thür (Grüne) vom 12. März 1996 (vgl. Nr. 3748 der Chronik).

(3750) 6. Mai: Das EVED (Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) teilt mit, dass im laufenden Bewilligungsverfahren um eine 15prozentige Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Leibstadt zwischen dem 7. Mai und dem 5. Juli 1996 verschiedene Unterlagen öffentlich aufgelegt werden. Der Bundesrat wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1996 über das Gesuch und die Einsprachen entscheiden (vgl. Nr. 3410 der Chronik).

(3751) 9. Mai 1996: Im Block II des Kernkraftwerks Beznau kommt es zu einer Reaktorschnellabschaltung. Wie die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) mitteilt, ist die Abschaltung auf eine Störung in der elektrischen Stromversorgung der Instrumentierung zurückzuführen. Die nukleare Sicherheit wurde nicht beeinträchtigt.

(3752) 9. Mai: Die Gemischte Kommission Frankreich-Schweiz für die nukleare Sicherheit führt ihre jährliche Sitzung durch und informiert die Delegierten über die neusten Entwicklungen in den Bereichen Strahlenschutz, Reaktorsicherheit und Sicherheit der Bevölkerung. Die französische Seite gibt die Zusicherung, die schweizerische Seite über das Dossier „Superphénix" weiterhin mit Vorrang zu informieren.

(3753) 10. Mai: Anlässlich einer Pressekonferenz nach den Von-Wattenwil-Gesprächen wird bekanntgegeben, dass sich die Regierungsparteien für die Schaffung einer Arbeitsgruppe „Liberalisierung der Energiemärkte" entschieden haben.

(3754) 14. Mai: Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) teilt mit, dass der Stromverbrauch im Winterhalbjahr 1995/96 gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 2,7 % auf 26'560 Mio kWh zugenommen hat. Demgegenüber nahm die Stromproduktion im gleichen Zeitraum um 8,5 % auf 27'960 Mio kWh ab. Daran hatten die Schweizer Kernkraftwerke mit einem weiteren Produktionsrekord von 13'485 Mio kWh den gleich hohen Anteil wie die Wasserkraft, nämlich 48,5 % (vgl. Nr. 3516 der Chronik)

(3755) 15. Mai: Der Bundesrat erteilt der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) die Bewilligung für eine Sondierbohrung und weitere erdwissenschaftliche Untersuchungen in Benken (ZH). Es geht dabei nicht um den Bau eines Endlagers in Benken, sondern um den Eignungsnachweis eines genügend grossen Volumens aus Opalinuston im Zürcher Weinland. Das 1994 gleichzeitig eingereichte Gesuch der Nagra für Sondierarbeiten in Leuggern/Böttstein (AG) ruht weiterhin bei den Behörden, während eine Expertengruppe einen Bericht über die Eignung dieses Gebiets für die geplanten Arbeiten im Kristallingestein erarbeitet (vgl. Nr. 3649, 3595 und 3570 der Chronik).

(3756) 17. Mai: 400 Läufer, darunter ein 16köpfiges Team aus der Schweiz, legen in Form eines zweitägigen Staffellaufs unter dem Patronat von TEN („The European Nuc Worker“), eine Organisation bestehend aus Angestellten der Kernenergie-Industrie, die Strecke von Paris nach Brüssel zurück, um dem Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Santer ein Manifest zu übergeben, mit welchem sie darauf hinweisen, welch grossen Beitrag die Kernenergie im Kampf gegen die Umweltzerstörung leisten kann und wie wichtig sie zur ausreichenden Energieversorgung der Weltbevölkerung ist.

(3757) 21. Mai: Die Agneb (Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung) veröffentlicht ihren 18. Jahresbericht für das Jahr 1995 und macht sich darin Gedanken zum weiteren Vorgehen nach dem negativen Volksentscheid im Kanton Nidwalden zum Endlager Wellenberg. Sie ist der Ansicht, dass für die Entsorgung der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle eine Lösung in der Schweiz gefunden werden muss, und betrachtet eine breite politische Abstützung und der Einbezug der Anliegen der betroffenen Bevölkerung für das weitere Vorgehen als unabdingbar (vgl. Nr. 3644, 3737, 3741 der Chronik).

(3758) 22. Mai: Die Grüne Partei der Schweiz reicht ihre Initiative „Für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern“ mit 117'000 Unterschriften ein. Sie will damit erreichen, dass der Bund zur teilweisen oder vollständigen Finanzierung der Sozialversicherungen eine Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern und auf Elektrizität von Wasserkraftwerken mit mehr als 1 Megawatt Leistung erhebt.

(3759) 24. Mai: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) ist der Verbrauch 1995 in der Schweiz nach zwei rückläufigen Jahren wieder angewachsen. Er stieg um 2,7% oder 21’390 Terajoules (TJ) auf 801’920 TJ. In der gleichen Periode vergrösserte sich der Pro-Kopf-Verbrauch um 2,1% (vgl. Nr. 3631 der Chronik).

(3760) 29. Mai: Die BKW (BKW Energie AG) veröffentlicht den Schlussbericht zu den Möglichkeiten und Zielen ihrer künftigen Strombeschaffung beim dereinstigen Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg. Als Ersatzvarianten betrachtet sie den Bau eines Gaskombi- oder eines neuen Kernkraftwerks, den internationalen Stromabtausch auf der Basis des Wasserkraftprojektes Grimsel-West oder, falls die zum Ausbau der inländischen Produktion erforderlichen politischen Entscheide ausstehen, den mit dem Export von Arbeit, Kapital und Know-how verbundenen reinen Stromimport (vgl. Nr. 3661 der Chronik).

(3761) 30. Mai: Gemäss dem von der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) veröffentlichten Quartalsbericht verzeichneten die Schweizer Kernkraftwerke in den ersten drei Monaten des aktuellen Jahres einen neuerlichen Produktionsrekord. Sie erzeugten insgesamt 6'740 Mio kWh Strom oder 1,1 % mehr als in derselben Vorjahresperiode.

(3762) 30. Mai: Die EMRK (Europäische Menschenrechtskommission) hat mit 16 gegen 12 Stimmen eine Klage schweizerischer Kernenergie-Gegner gutgeheissen, wonach das Bewilligungsverfahren für den Betrieb des Kernkraftwerks Mühleberg die Konvention verletze, weil nach geltendem Recht der Bundesrat und nicht ein Gericht Einsprache-Instanz ist. Konsequenzen hat die Zulassung dieser Klage vorerst nicht. Der Europäische Gerichtshof, der darüber zu urteilen hat, wird dies nicht vor 1997 tun (vgl. Nr. 3686 der Chronik).

(3763) 30. Mai: Anlässlich der laufenden Revision des Wasserrechtsgesetzes verlangt die Schweizerische Greina-Stiftung an einer Pressekonferenz mehr Marktwirtschaft auf dem schweizerischen Energiemarkt und führt die hohen Strompreise in der Schweiz auf die Monopolsituation in der Elektrizitätswirtschaft zurück. Die Bergkantone mit ihrer Wasserkraft subventionierten die Kernenergie und die Elektrizitätswirtschaft im Mittelland, so die Greina-Stiftung. Sie setzt sich für die Erhöhung des Wasserzinses von 54 auf 80 Franken sowie für einen Speicherzuschlag von 40 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung ein.

(3764) 30. Mai 1996: Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) bemängelt in einer Pressemitteilung, die von der Greina-Stiftung geforderte Maximierung des Wasserzinses gehe an den Realitäten des in- und ausländischen Elektrizitätsmarktes vorbei. Ausserdem bezeichnet der VSE die Behauptung der Quersubventionierung der Kernenergie durch die Wasserkraft als nicht zutreffend und belegt dies mit Zahlen, wonach Laufkraftwerke zu 5 bis 10 Rappen pro kWh, neue Speicherkraftwerke zu 15 bis 25 Rappen pro kWh und Kernkraftwerke zu 5,3 Rp. (KKW Gösgen) bis 9,4 Rp. pro kWh (KKW Leibstadt) produzieren (vgl. Nr. 3763 der Chronik).

(3765) 3. Juni: Der Bundesrat revidiert die 1994 in Kraft getretene Strahlenschutzverordnung (StSV). Das PSI (Paul Scherrer Institut) in Würenlingen wird weiterhin die nicht durch die Nutzung der Kernenergie entstandenen radioaktiven Abfälle entgegennehmen, konditionieren und zwischenlagern. Damit wird die bisherige Praxis bestätigt. Ferner braucht es ab 1. August des aktuellen Jahres keine Bewilligung mehr für Uhren mit radioaktiver Leuchtfarbe, sofern sie den internationalen Normen entsprechen. Neu kann neben Tritium

auch Promethium verwendet werden. Weiter will der Bundesrat die Übergangsfrist für Reihenuntersuchungen mit Schirmbildverfahren um drei Jahre auf Ende September 1999 verlängern (vgl. Nr. 3528 der Chronik).

(3766) 3. Juni: Der Nidwaldner FDP-Nationalrat Engelberger reicht zu Beginn der Sommersession des Parlamentes eine Interpellation ein, mit welcher der Bundesrat gefragt wird, wie er sich gegenüber dem Schlussbericht der Nagra zum Endlager Wellenberg verhält, ob er den negativen Abstimmungsentscheid des Nidwaldner Volkes zum Endlager im Wellenberg respektiere und wie er die Frage der Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle zu lösen gedenkt (vgl. Nr. 3757 der Chronik).

(3767) 4. Juni: Die Grüne Fraktion reicht unter dem Titel „Energiepolitische Sackgasse Mühleberg“ eine dringliche Interpellation ein, mit welcher sie unter anderem nachfragt, ob der Bundesrat bereit sei, den Bericht der BKW (BKW Energie AG) „Alternativen zum Kernkraftwerk Mühleberg“ abzulehnen, sowie - nach Annahme der Beschwerde durch die Europäische Menschenrechtskommission - dem Kernkraftwerk Mühleberg die am 14. Dezember erteilte befristete Betriebsbewilligung zu entziehen (vgl. Nr. 3762 der Chronik).

(3768) 10. Juni: In der Fragestunde des Nationalrats während der Sommersession erkundigen sich die Nationalräte Thür (Grüne, Aargau) und Rechsteiner (SP, Basel-Stadt) nach dem Vorgehen, nachdem die Europäische Menschenrechtskommission entschieden hat, das schweizerische Bewilligungsverfahren für Atomkraftwerke verletze die Konvention. Bundesrat Leuenberger antwortete, der Urteilsspruch des Europäischen Gerichtshofs sei nicht vor 1997 zu erwarten. Das Kernkraftwerk Leibstadt und das Zentrale Zwischenlager in Würenlingen würden nach geltendem Recht und unter Berücksichtigung allfälliger neuer rechtlicher Erkenntnisse behandelt (vgl. Nr. 3767 der Chronik).

(3769) 10. Juni: Ebenfalls in der Fragestunde des Nationalrats beantwortet Bundesrat Leuenberger eine Frage des Berner Sozialdemokraten Strahm dahingehend, dass nach Ansicht der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen für das Kernkraftwerk Mühleberg die Sicherheit auch im Falle der ungünstigsten Konstellation gewährt sei.

(3770) 10. Juni: Der Aargauer SVP-Nationalrat Speck erkundigt sich während der Fragestunde nach dem Sinn von Stellungnahmen, die Bundesrat Leuenberger am zehnten Jahrestag des Tschernobyl-Unfalls getätigt hat. Leuenberger antwortet, dass es neben dem rechtlichen auch ein faktisches Moratorium gebe und der Dialog über die künftige Elektrizitätsversorgung in nächster Zukunft zu einer Antwort führen müsse (vgl. Nr. 3746 der Chronik).

(3771) 11. Juni: Die Umweltschutzorganisation Greenpeace lässt vor dem Kernkraftwerk Mühleberg einen Heissluftballon mit der Aufschrift „Jetzt Mühleberg stillegen“ aufsteigen. In einer anschliessenden Pressemeldung stützt Greenpeace ihre Forderung zur Stillegung des KKW Mühleberg unter anderem darauf, dass nach der von der (Europäische Menschenrechtskommission) gutgeheissenen Beschwerde für den Weiterbetrieb von Mühleberg keine Rechtsgrundlage bestehe. Bundesrat Leuenberger müsse daher die Stillegung verfügen (vgl. Nr. 3762 und 3768 der Chronik).

(3772) 12. Juni: Das Büro des Nationalrats erklärt die dringliche Interpellation der Grünen Fraktion „Energiepolitische Sackgasse Mühleberg“ als nicht dringlich (vgl. Nr. 3767 der Chronik).

(3773) 14. Juni: Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) veröffentlicht den Bericht „Forschung, Entwicklung und Demonstration im Bereich der Energie in der Schweiz - Liste der Projekte 1994/95“. Er zeigt auf, dass von den für die schweizerische Energieforschung der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden Mittel im Jahr 1995 nunmehr 43,6 % für die erneuerbaren Energien und die rationelle Energienutzung aufgewandt wurden. Auf die Nuklearforschung - vor zehn Jahren noch dominant - entfielen nur noch 28 % (vgl. Nr. 3683 der Chronik).

(3774) 20. Juni: In einer energiepolitischen Standortbestimmung vor dem Energieforum Schweiz sieht Bundesrat Leuenberger für die Schliessung der nach dem Jahr 2010 möglicherweise entstehenden Stromversorgungslücke vier Möglichkeiten: Förderung erneuerbarer Energien, neue Kernkraftwerke, fossile Stromerzeugung sowie Stromimporte aus Kernkraftwerken oder fossiler Erzeugung. Leuenberger hielt fest, dass die Stromversorgung im ganzen Land zu tragbaren wirtschaftlichen Bedingungen gewährleistet sein müsse.

(3775) 20. Juni 1996: Der Ständerat heisst als Zweitrat den Bundesbeschluss zur Ratifizierung und Unterzeichnung der Konvention über nukleare Sicherheit, die im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) ausgehandelt worden ist, gut. Dieses Übereinkommen tritt am 24. Oktober 1996 in Kraft, nachdem nunmehr 25 Staaten, darunter 17 mit in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken, die Ratifizierungsurkunden bei der IAEO in Wien hinterlegt haben (vgl. Nr. 3733 der Chronik).

(3776) 24. Juni: Anlässlich ihrer Generalversammlung gibt die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekannt, dass sie im Berichtsjahr 1995 insgesamt SFr 40,4 Mio aufgewandt hat. Seit ihrer Gründung im Jahr 1972 belaufen sich die Aufwendungen der Nagra somit auf rund SFr 658 Mio (vgl. Nr. 3642 der Chronik).

(3777) 25. Juni: Anlässlich der Generalversammlung der GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorung Wellenberg) erklärt deren Präsident, Peter U. Fischer, nach den letzten durchgeführten Untersuchungen sei die sicherheitsmässige Eignung des Gesteins im Wellenberg für die Lagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle bekräftigt worden. Es gebe keinen Grund, vom Endlager Wellenberg abzusehen, denn ein Endlager in der Schweiz dürfe nicht nach den Kriterien der politischen Opportunität gebaut werden, sondern nach Massgabe der Sicherheit und des Umweltschutzes - und diese seien am Wellenberg gewährleistet (vgl. Nr. 3737 der Chronik).

(3778) 25. Juni: Wie die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) in einer Pressemitteilung festhält, ist es im Block II des Kernkraftwerks Beznau während routinemässigen Überprüfungen von elektrischen Einrichtungen des Reaktorschutzsystems zu einer automatischen Schnellabschaltung gekommen. Die Anlage habe sich danach in einem stabilen und kontrollierten Zustand befunden. Die HSK sei ordnungsgemäss informiert, die Ursache ermittelt und der Block II etwa fünf Stunden später wieder hochgefahren worden.

(3779) 26. Juni: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt die Veröffentlichung des Schlussberichts „Arbeitsgruppe Kristallin Nordschweiz" bekannt. Gegenstand dieses Berichts ist das weitere Vorgehen im Nord-Aargau im Hinblick auf die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle. Für die nächste Untersuchungsphase im Nord-Aargau und im Zürcher Weinland stehe nicht der Bau eines Endlagers im Vordergrund, sondern der Nachweis genügend grosser und geeigneter Gesteinskörper im kristallinen Grundgebirge sowie im Opalinuston (vgl. Nr. 3755 der Chronik).

(3780) 26. Juni: In einer Pressemitteilung gibt auch die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) die Veröffentlichung des Schlussberichts der „Arbeitsgruppe Kristallin Nordschweiz" bekannt. Darin komme die Arbeitsgruppe unter anderem zum Schluss, es sei sinnvoll, weiterhin zwei parallele Untersuchungsprogramme für die zwei Wirtgesteinsoptionen Kristallin und Opalinuston zu verfolgen. Für die Untersuchungen im Kristallin schlägt die Arbeitsgruppe die sogenannte Vorwaldscholle, das Gebiet östlich der aargauischen Ortschaft Laufenburg, vor (vgl. Nr. 3778 der Chronik).

(3781) 26. Juni: Das Kernkraftwerk Leibstadt hat im Geschäftsjahr 1995/96 mit der Erzeugung von 7,65 Mrd kWh Strom die höchste Jahresproduktion seit seiner Betriebsaufnahme im Jahr 1994 erzielt. 59 % der Produktion entfielen auf das Winterhalbjahr.

(3782) 28. Juni: Block I des Kernkraftwerks Beznau wird planungsgemäss für die Jahresrevision abgestellt. Dabei sollen unter anderem 36 der 121 Brennelemente durch neue ersetzt und der Hochdruckvorwärmer ausgetauscht werden. Die Wiederinbetriebnahme ist für die erste Augustwoche geplant.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1996 (Stephan Rubli)

(3783) 1. Juli: Das Kernkraftwerk Gösgen nimmt nach Beendigung der Jahresrevision, in welcher unter anderem 44 der 177 Brennelemente ausgetauscht worden sind, die Stromproduktion für den 18. Betriebszyklus wieder auf, nachdem die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) die Freigabe zum Wiederanfahren erteilt hat.

(3784) 4. Juli: Zur Veröffentlichung des Jahresberichts der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) schreibt das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) in einer Pressemitteilung: „Die schweizerischen Kernanlagen sind in gutem Zustand und erfüllen die Sicherheitsanforderungen."

(3785) 5. Juli: Die FDP Aargau veröffentlicht eine Pressemitteilung mit dem Titel „So nicht, Herr Bundesrat Leuenberger", in welcher sie sich besorgt gibt über die emotional geprägte negative Haltung des Energieministers gegenüber der Kernenergie. Sie erwarte vom Energieminister, so die FDP Aargau, ein Eintreten für eine Energiepolitik, wie sie im Energieartikel in der Bundesverfassung festgelegt ist (vgl. Nr. 3746 und 3770 der Chronik)

(3786) 11. Juli: Aus dem Gutachten der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und der Stellungnahme der KSA (Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen) geht hervor, dass die beiden Bundesgremien aus der Sicht der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes keine Gründe gegen eine Erteilung der Rahmenbewilligung für ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Wellenberg sehen (vgl. Nr. 3776 der Chronik).

(3787) 11. Juli: Die GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) zeigt sich in einer Pressemitteilung erfreut über die positive Beurteilung ihres Gesuches um die Rahmenbewilligung für das Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle durch die Sicherheitsbehörden des Bundes. Diese Beurteilung bestätige vollumfänglich die Ergebnisse der Lagebeurteilung, welche die GNW nach Abschluss der bisherigen wissenschaftlichen Untersuchungen im Frühjahr 1996 vorgenommen hat (vgl. Nr. 3776 und 3786 der Chronik).

(3788) 23. Juli 1996: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) veröffentlicht die Zahlen zur Atomstromproduktion im zweiten Quartal 1996. Danach liegt die Stromerzeugung der fünf Schweizer Kernkraftwerke um 9,1 % höher als in der entsprechenden Vorjahresperiode (neu 5,92 Mrd kWh)

(3789) 30. Juli: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) gibt den Besuch einer Delegation der russischen Behörde für nukleare Sicherheit (GAN) in Würenlingen bekannt. Neben einem allgemeinen Informationsaustausch bildet das bilaterale Projekt „Swisrus" ein Hauptthema. Im Rahmen dieses Projekts erarbeiten Fachleute der russischen Aufsichtbehörde eine Probabilistische Sicherheitsanalyse für das russische Kernkraftwerk Nowo-Woronesch-5.

(3790) 30. Juli: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) schreibt in ihrer Pressemitteilung zur Veröffentlichung ihres Jahresberichts 1995 unter anderem, dass die wichtigste Zielsetzung der Schweizer Kernenergie und damit der SVA, nämlich der ohne

wesentliche Störungen verlaufende, erfolgreiche Betrieb der schweizerischen Kernkraftwerke im Berichtsjahr wiederum klar erreicht worden ist.

(3791) 6. August: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) geben in separaten Pressemitteilungen bekannt, dass die Jahresrevision in Block I des Kernkraftwerks Beznau nach fünf Wochen beendet worden ist (vgl. Nr. 3782 der Chronik).

(3792) 14. August: Beim Wiederanfahren nach der Jahresrevision kommt es in Block I des Kernkraftwerks Beznau zu einer automatischen Reaktorabschaltung, für die ein defektes Schaltgerät verantwortlich ist. Die Anlage - zum Zeitpunkt der Abschaltung auf 90 % Leistung - verhält sich normal, und die Sicherheitssysteme funktionieren einwandfrei. Die Anlage kann nach dem Ersetzen des defekten Schaltgeräts umgehend wieder angefahren werden.

(3793) 21. August: Der Bundesrat fällt wichtige energiepolitische Entscheide: Er verabschiedet die Botschaft zum Energiegesetz zu Handen des Parlaments (vgl. Nr. 3620 und 3634 der Chronik), empfiehlt sowohl die Energie-Umwelt- als auch die Solar-Initiative zur Ablehnung (vgl. Nr. 3664 der Chronik) und erteilt die Bewilligung für den Bau des Zwilag (zentrales Zwischenlager Würenlingen) und für den Betrieb der Lagerhallen (vgl. Nr. 3749 der Chronik).

(3794) 21. August: Das Energieforum Schweiz würdigt in einer Medienmitteilung die energiepolitischen Entscheide des Bundesrats als „mutiger Schritt in die richtige Richtung“. Es begrüsst, „dass sich der Bundesrat in der Energiefrage von Realitätssinn leiten lassen will (vgl. Nr. 3793 der Chronik).

(3795) 22. August: Anlässlich der 37. ordentlichen Generalversammlung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) zeigt sich deren Präsident, der Aargauer alt Ständerat Dr. Hans Jörg Huber, erfreut über die energiepolitischen Entscheide des Bundesrats (vgl. Nr. 3793 der Chronik).

(3796) 22. August: Der Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Vorort), Dr. Andres F. Leuenberger, fordert in seinem Gastreferat an der SVA-Generalversammlung, die Option Kernenergie sei „ohne Wenn und Aber“ offenzuhalten (vgl. Nr. 3795 der Chronik).

(3797) 23. August: Der Berner Stadtrat überweist diskussions- und oppositionslos ein Postulat, welches fordert, dass sich die Stadt Bern dem „Collectif pour l’arrêt du superphénix“ anschliesst (vgl. Nr. 3743 der Chronik).

(3798) 23. August: Die Schaffhauser SP-Grossstadträtin Esther Bänziger reicht eine Motion ein, mit der sie die Stadt Schaffhausen dazu bewegen will, sich dem „Collectif pour l’arrêt du superphénix“ anzuschliessen (vgl. Nr. 3797 der Chronik).

(3799) 27. August: Die Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG gibt den Beginn der Bauarbeiten für das Zwilag (zentrales Zwischenlager für radioaktive Abfälle Würenlingen) bekannt. Ausserdem äussert sie ihr Befremden über Medienäusserungen von Bundesrat Leuenberger, wonach dieser erwäge, auf die erteilte Bewilligung zurückzukommen, falls der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Mühleberg entscheiden sollte, das schweizerische Bewilligungsverfahren sei mit der EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) nicht konform (vgl. Nr. 3771 der Chronik).

(3800) 29. August: Das Kernkraftwerk Mühleberg beendet die Jahresrevision nach 38 Tagen planmässig. 40 der insgesamt 240 Brennelemente sind ausgetauscht worden. Ausserdem ist der Kernmantel mit dem Einbau von vier Zugankern in axialer und radialer Richtung vollständig gesichert worden.

(3801) 4. September: Der Bundesrat beantwortet die Interpellation des Nidwaldner FDP-Nationalrats Engelberger zum Endlager Wellenberg (vgl. Nr. 3766 der Chronik). Bei Frage 1 stützt er sich auf die Gutachten der Sicherheitsbehörden des Bundes (vgl. Nr. 3776 und 3787 der Chronik). Bei der Frage 2 respektiert er den negativen Nidwaldner Volkswillen anlässlich der Wellenberg-Abstimmung im Jahr 1995, schliesst aber weitere Volksabstimmungen zu einem späteren Zeitpunkt nicht aus. Bei der Frage 3, wie er das Problem der Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle zu lösen gedenke, verweist der Bundesrat auf eine Revision der Atomgesetzgebung, mit welcher die Kantonskompetenzen neu geregelt werden sollen.

(3802) 5. September 1996: Die 12. Jahresrevision im Kernkraftwerk Leibstadt ist im Rahmen der zeitlichen Vorgabe von 41 Tagen abgeschlossen worden. 112 der 648 Brennelemente sind ausgetauscht worden. Wegen des Umbaus der Hochdruckturbine sowie der Einlass- und Bypassventile im Maschinenhaus startet das KKL den 13. Betriebszyklus mit einem rund zweiwöchigen Test- und Inbetriebssetzungsprogramm.

(3803) 6. September: SES (Schweizerische Energiestiftung) und Greenpeace reichen beim Bundesgericht Klage gegen die Erteilung der Baubewilligung für das Zwilag (zentrales Zwischenlager für radioaktive Abfälle Würenlingen) ein. Sie fordern die Unterbindung der Bauarbeiten mit einer superprovisorischen Verfügung. Sollte das Bundesgericht die Klage für ungültig erklären, werde sie, so die Beschwerdeführenden, an die Europäische Kommission für Menschenrechte weitergezogen (vgl. Nr. 3799 der Chronik).

(3804) 16. September: Der Nationalrat schreibt mit 65 zu 34 Stimmen ein über zehn Jahre altes Postulat des damaligen Baselbieter SP-Nationalrates Ott ab, der eine Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes der Umwelt verlangte. Der Nationalrat will erst die

strafrechtliche Verantwortlichkeit von Untemehmen geklärt wissen. Das Strafgesetzbuch soll daher nicht sofort durch Umweltschutzstrafnormen ergänzt werden.

(3805) 16. September: Der Zürcher SP-Nationalrat Gross reicht eine dringliche Einfache Anfrage mit dem Titel „Massnahmen zugunsten von Tschernobyl geschädigten Kindern“ ein. Damit fragt er den Bundesrat „eindringlich“ an, ob dieser bereit ist, mit Behörden Weissrusslands und der Ukraine in Kontakt zu treten, um schwer strahlenerkrankten Kindern eine Behandlung in der Schweiz anzubieten.

(3806) 18. September: Anlässlich der Herbstsession nimmt der Bundesrat Stellung zu der im Vorjahr durch den Aargauer FDP-Nationalrat Fischer eingereichten Motion „Reduktion des CO2-Ausstosses und Kernenergie“. Mit 63 Ja- zu 48 Nein-Stimmen und entgegen dem bundesrätlichen Antrag überweist der Nationalrat die Motion dahingehend, dass der Bundesrat im Rahmen seines Entwurfs zu einem Gesetz zur Reduktion der CO2-Emissionen auch gesetzliche Massnahmen zur Förderung der CO2-freien Stromproduktion aus Kernenergie unterbreiten solle. Ausserdem verpflichtet der Nationalrat mit 67 zu 43 Stimmen den Bundesrat ebenfalls in Motionsform, in dem zuhanden der internationalen Klimakonferenz zu erstellenden zweiten nationalen Bericht über die Zielerreichung hinsichtlich der CO2-Emissionen in der Schweiz auch die Rolle der Kernenergie umfassend darzustellen und diesen Bericht den eidgenössischen Räten vor dessen definitiver Verabschiedung zur Diskussion vorzulegen (vgl. Nr. 3681 der Chronik).

(3807) 18. September: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) erteilt dem Kernkraftwerk Leibstadt nach dessen Testprogramm die Freigabe für den Leistungsbetrieb (vgl. Nr. 3802 der Chronik)

(3808) 19. September: Der Baselstädter SP-Ständerat Plattner reicht eine Interpellation mit dem Titel „Zwilag: Bau- und Teilbetriebsbewilligung“ ein. Er stellt dem Bundesrat verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der noch nicht erteilten Betriebsbewilligung für die Verbrennungs- und Konditionierungsanlage im zentralen Zwischenlager Würenlingen.

(3809) 20. September: Das Kernkraftwerk Beznau-II wird für die Jahresrevision und den Brennelementewechsel abgestellt.

(3810) 20. September: Die I. Öffentlichrechtliche Abteilung des Bundesgerichts tritt auf die von Greenpeace und der Schweizerischen Energiestiftung eingereichte Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen die Erteilung der Bau- und Teilbetriebsbewilligung für das Zentrale Zwischenlager Würenlingen (Zwilag) nicht ein. Nach der schweizerischen Atomgesetzgebung besteht keine gerichtliche Überprüfbarkeit von vom Bundesrat erteilten Bau- und Betriebsbewilligungen. Solange der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kein Urteil darüber gefällt hat, ob die schweizerische Atomgesetzgebung die Europäische Menschenrechtskonvention verletze oder nicht, durfte der Bundesrat die Bau- und Teilbetriebsbewilligung für das Zwilag in eigener Kompetenz und ohne Weiterzugsmöglichkeit an das Bundesgericht erteilen (vgl. Nr. 3762 und 3803 der Chronik).

(3811) 21. September: Deutsche Kernenergiegegner blockieren während rund einer Stunde den Grenzübergang zwischen Waldshut und Koblenz. Auf Handzetteln fordern sie den sofortigen Baustopp für das zentrale Zwischenlager Würenlingen (vgl. Nr. 3803 der Chronik).

(3812) 23. September: Anlässlich der Herbstsession des Parlaments werden verschiedene parlamentarische Vorstösse behandelt. Der Genfer SP-Nationalrat Ziegler kommt auf sein vom Bundesrat bereits beantwortetes Postulat vom 8. Dezember 1994 „Creys-Malville: eine Bedrohung für die Bevölkerung?“ zurück und wird vom Baselstädter SP-Nationalrat Rechsteiner unterstützt. Die beiden fordern vom Bundesrat einen weiteren Expertenbericht. Der Bundesrat sieht nach drei bereits verfassten Expertenberichten keinen Anlass, noch einen vierten zu erstellen. Das Postulat wird mit 50 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

(3813) 23. September: Der Aargauer GPS-Nationalrat Thür ist von der Antwort des Bundesrates auf seine Interpellation vom 1. Februar 1995 „Vorwürfe gegen das AKW Beznau“ teilweise befriedigt und verlangt keine Diskussion.

(3814) 23. September: Obwohl Nationalrat Thür bei der Behandlung seines Postulats „AKW Beznau - Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission“ keine Diskussion verlangt hatte, will er es nun aufrechterhalten. Der Rat lehnt das Postulat mit 53 gegen 39 Stimmen ab (vgl. Nr. 3617 der Chronik).

(3815) 23. September: Eine Motion, mit welcher der Genfer SP-Nationalrat Ziegler den Bundesrat ersucht hatte, die Ausfuhr radioaktiver Abfälle möglichst bald zu stoppen, wird mit 53 gegen 33 Stimmen abgelehnt (vgl. Nr. 3697 der Chronik).

(3816) 23. September 1996: Der Aargauer GPS-Nationalrat Thür ist nicht befriedigt von der Antwort des Bundesrates auf seine Interpellation „Unklarheiten bei der Rahmenbewilligung des Zwischenlagers Würenlingen“ und verlangt eine Diskussion. Diese wird mit 45 gegen 42 Stimmen abgelehnt (vgl. Nr. 3749 der Chronik).

(3817) 23. September: Der Nidwaldner FDP-Nationalrat Engelberger ist befriedigt von der Antwort des Bundesrates auf die von ihm eingereichte Interpellation „Schlussbericht Nagra zum Endlager“ und verlangt keine Diskussion. Die Interpellation ist damit erledigt (vgl. Nr. 3766 und 3801 der Chronik).

(3818) 23. September: Der Bundesrat beantwortet die von der Grünen Fraktion am 4. Juni 1996 eingereichte und vom Büro des Nationalrates am 12. Juni 1996 als nicht dringlich erklärte Interpellation „Energiepolitische Sackgasse Mühleberg“. Laut Bundesrat besteht kein Anlass, den Bericht der BKW FMB Energie AG (BKW) abzulehnen, zumal eine Stellungnahme des Bundesrates zum Bericht noch aussteht. Ferner ist es für den Bundesrat zu früh, über eine allfällige Anfechtung der Betriebsbewilligung für das

Kernkraftwerk Mühleberg Stellung zu nehmen. Auch wenn die Beschwerde gegen die fehlende Einsprachemöglichkeit im Bewilligungsverfahren von der Europäischen Kommission für Menschenrechte gutgeheissen worden ist, kommt dies nicht einer Verurteilung der Schweiz gleich. Die Sprecherin der Interpellanten ist nicht befriedigt von der Antwort und verlangt eine Diskussion, die vom Rat mit 50 gegen 40 Stimmen abgelehnt wird (vgl. Nr. 3772 und 3767 der Chronik).

(3819) 23. September: Die Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Ständerates nimmt Stellung zur Petition „Sieben Forderungen zum 10. Jahrestag von Tschernobyl", die das NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) am 27. Juni 1996 bei der Urek eingereicht hat. Die Petition fordert unter anderem die Schaffung einer unabhängigen Kontrollbehörde für Atomanlagen, ein Beschwerderecht bei einem unabhängigen, gewählten Gericht gegen Entscheide des Bundesrates im Bereich der Atomanlagen und -transporte sowie den kontrollierten Rückzug aus der Atomtechnologie. Die Urek beantragt dem Ständerat, der Petition keine Folge zu leisten.

(3820) 25. September: Mit ihrer Interpellation „Radioaktive Abfälle. Dialog allein genügt nicht" erkundigt sich die St. Galler Nationalrätin Wittenwiler (FDP) unter anderem nach den zusätzlichen Massnahmen, die der Bundesrat vorsieht, um in der Frage der nuklearen Entsorgung in der Schweiz weiterzukommen und die Bevölkerung über deren Notwendigkeit zu informieren und zu sensibilisieren.

(3821) 25. September: Der Baselstädter Nationalrat Rechsteiner (SP) reicht unter dem Titel „Atomkraftwerk Leibstadt" eine Interpellation ein, mit welcher er in insgesamt neun Punkten verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Gesuch um eine 15prozentige Wärmeleistungserhöhung des Kernkraftwerks Leibstadt (KKL) aufwirft. Rechsteiner stützt sich unter anderem auf einen Artikel in der SonntagsZeitung vom 9. September. Er ist der Meinung, dass eine Leistungserhöhung für das KKL dem Sinn und Geist des laufenden Kernenergiemoratoriums diametral widerspricht.

(3822) 28. September: Der WWF Schweiz erklärt sich grundsätzlich bereit, die Lancierung zweier antinuklearer Initiativen im kommenden Jahr zu unterstützen. Die eine, „Moratorium plus" genannt, sieht die Verlängerung des im Jahr 2000 auslaufenden Kernenergiemoratoriums um weitere zehn Jahre vor, während die zweite den Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie im Jahr 2015 verlangt und gleichzeitig den Kauf nuklear erzeugter Elektrizität aus dem Ausland verbieten will.

(3823) 30. September: Bei der Beantwortung der dringlichen Einfachen Anfrage des Zürcher SP-Nationalrats Gross „Massnahmen zugunsten Tschernobyl geschädigten Kindern" weist der Bundesrat darauf hin, dass die Schweiz im Rahmen des Internationalen Schilddrüsen-Projekts (ITP) der WHO (Weltgesundheitsorganisation) Region Europa bereits Unterstützung leistet. Insbesondere in Weissrussland, dessen Behörden um entsprechende Hilfe gebeten haben, sei die notwendige medizinische Behandlung im Rahmen dieses Projekts sichergestellt und eine Verlegung aller oder eines Teils der an Schilddrüsenkrebs erkrankten Kinder nicht notwendig (vgl. Nr. 3805 der Chronik).

(3824) 30. September: Eine von der Berner Nationalrätin Teuscher (Grüne Fraktion) anlässlich der Fragestunde des Nationalrates gestellte Frage bezüglich der Betriebsgrenzwerte im Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) beantwortet Bundesrat Leuenberger dahingehend, dass die Leistungsreduktion der Brennstoffoptimierung und somit der Wirtschaftlichkeit diene. Die Betriebsgrenzwerte im KKM werden jederzeit eingehalten. Im übrigen verweist er auf seine Antwort, die er im Zusammenhang mit einer Anfrage des Berner Nationalrats Strahm (SP) vom 10. Juni 1996 sowie mit einer dringlichen Interpellation der Grünen Fraktion vom 4. Juni 1996 getätigt hat (vgl. Nr. 3818, 3769 und 3767 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1996 (Stephan Rubli)

(3825) 1. Oktober: Für beide Blöcke des Kernkraftwerks Beznau (KKB) gelten - nach dem Austausch der Dampferzeuger, seither erzielten Wirkungsgradverbesserungen und ohne Erhöhung der Reaktorleistung - neue Nennleistungen: Das KKB-I verfügt neu über eine Netto-Nennleistung von 365 MW und das KKB-II über neu 357 MW. Die alte Netto-Nennleistung der beiden Blöcke betrug 350 MW.

(3826) 2. Oktober: Die I. Öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichtes lehnt eine Klage von Greenpeace und der Schweizerischen Energiestiftung ab, welche die vom Bundesrat erteilte Bau- und Teilbetriebsbewilligung für das zentrale Zwischenlager Würenlingen anfechten wollten. Nach geltendem Recht, so die Begründung des Bundesgerichts, sei der Bundesrat für atomrechtliche Bau- und Betriebsbewilligungen zuständig, eine gerichtliche Überprüfbarkeit solcher Bewilligungen bestehe in der Schweiz nicht. Die Kläger künden die Anfechtung dieses Entscheids bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte an (vgl. Nr. 3803 der Chronik).

(3827) 3. Oktober 1996: Der Ständerat nimmt von der Petition des Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke „Sieben Forderungen zum 10. Jahrestag von Tschernobyl" Kenntnis, gibt ihr aber keine Folge (vgl. Nr. 3819 der Chronik).

(3828) 8. Oktober: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) geben bekannt, dass ihre Stromabgabe in das rund 2,3 Mio Einwohner umfassende Versorgungsgebiet im Geschäftsjahr 1995/96 gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % oder 492 Mio kWh gestiegen ist. Der Produktionsanteil der Kernenergie im eigenen Kraftwerkpark erreichte 74 %.

(3829) 9. Oktober: Das Bezirksamt Baden erlässt gegen 16 Greenpeace-Aktivistinnen und -Aktivisten Strafbefehl wegen Nötigung und Hausfriedensbruch. Sie haben Bussen zwischen SFr 500.- und SFr 1'000.- zuzüglich Kanzleigebühren und Polizeikosten zu bezahlen. Die Beschuldigten haben am 12. März 1996 als Protest gegen das zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle Würenlingen (Zwilag) den Eingang der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke), die die Verwaltung des Zwilag innehaben, blockiert, Kies ausgeschüttet und NOK-Besuchern und -Angestellten den Ein- und Austritt verunmöglicht.

(3830) 16. Oktober: Bundesrat Moritz Leuenberger empfängt eine Delegation des Nidwaldner Regierungsrates, mit der Fragen der nuklearen Entsorgung besprochen werden. Die Nidwaldner Stimmberechtigten hatten sich im Juni 1995 gegen die Konzessionserteilung für ein Endlager im Wellenberg ausgesprochen. Bei seiner Beantwortung der Interpellation Engelberger im Spätsommer 1996 hatte der Bundesrat festgehalten, dass aus technischer Sicht nichts gegen die Errichtung eines Endlagers am Wellenberg spreche. Der Nidwaldner Regierungsrat hat nun verschiedene Forderungen formuliert, die für die Einreichung eines Konzessionsgesuchs für einen Sondierstollen erfüllt sein müssen. Beide Seiten halten weitere Gespräche für notwendig (vgl. Nr. 3817 und 3801 der Chronik).

(3831) 16. Oktober: Während drei Tagen trifft sich die Deutsch-Schweizerische Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DSK) zu ihrer 14. Hauptsitzung. Neben dem Austausch von Erfahrungen über die in Betrieb stehenden, insbesondere die grenznahen Kernanlagen verabschiedet die DSK ausserdem einen Bericht, in welchem sie zum Schluss kommt, dass die im Hinblick auf die Leistungserhöhung des Kernkraftwerks Leibstadt für den sicheren Betrieb notwendigen Massnahmen beidseits der Grenze getroffen sind oder noch getroffen werden.

(3832) 23. Oktober: Die Kommission für Ausbildungsfragen der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt in Winterthur ihren 28. Vertiefungskurs zum Thema "Der menschliche Faktor im KKW-Betrieb" durch. An der dreitägigen Veranstaltung mit 26 Referenten aus acht Ländern nehmen annähernd 200 Personen aus dem In- und Ausland teil.

(3833) 23. Oktober: Das Lausanner Forschungszentrum für Plasmaphysik feiert zwei Ereignisse: seinen 35. Geburtstag einerseits, die Einweihung der neuen, Tokamak TCV genannten Ummantelung des Plasmabehälters andererseits.

(3834) 23. Oktober: Der Bundesrat hat ein Revisionspaket in die Vernehmlassung gegeben, mit dem er die vielfach langwierigen Verfahren für die Bewilligung von Infrastrukturbauten vereinfachen will. Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen betreffen das Entscheidverfahren für Projekte in den Bereichen Eisenbahn, Grenzkraftwerke, elektrische Anlagen, Trolleybusunternehmungen, Rohrleitungen, Binnenschiffahrt, Militär und Luftfahrt. Das bundesrechtliche Bewilligungsverfahren für Bauten und Anlagen soll so konzentriert werden, dass eine einzige Behörde erstinstanzlich Projekte auf sämtliche anwendbaren bundes- und kantonalrechtlichen Vorschriften hin beurteilen kann. Gleichzeitig sollen die Verfahren gestrafft, besser strukturiert und vereinheitlicht werden.

(3835) 25. Oktober: Nach Abschluss der Jahresrevision in Block II des Kernkraftwerks Beznau erteilt die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) die Freigabe zum Wiederanfahren. Das KKB-II geht nun, wie zuvor Block I, in den anderthalbjährigen Betriebszyklus über.

(3836) 28. Oktober: Im Geschäftsjahr 1995/96 haben die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) insgesamt 4'093 Mio kWh Strom umgesetzt. Zur Gesamtproduktion trugen zu 66 Prozent Kernkraftwerke und zu 19,5 Prozent Wasserkraftwerke bei, 14,5 Prozent wurden von Werken der Innerschweiz und von Fremdwerken bezogen (vgl. Nr. 3691 der Chronik).

(3837) 31. Oktober: Die Schweizer Kernkraftwerkbetreiber geben den Start zur zweiten Etappe ihrer gemeinsamen Aktion bekannt, mit welcher sie den Dialog mit der Bevölkerung im Hinblick auf die Frage suchen, wie es mit der Kernenergie nach Ablauf des Moratoriums weitergehen soll. Die Aktion 1996/97 umfasst wiederum Fernsehspots sowie Inserate in den Regionen Zentralschweiz, Bern und Deutsch-Freiburg (vgl. Nr. 3690 der Chronik).

(3838) 7. November: Mit der Notfallübung "Fortuna" im Kernkraftwerk Leibstadt prüfen die in der Schweiz zuständigen Bundesstellen im Rahmen der zweiten internationalen Gesamtnotfallübung "Inex 2" ihr Informationskonzept für den Fall eines ausserordentlichen Ereignisses mit erhöhter Radioaktivität (vgl. Nr. 3419 der Chronik).

(3839) 12. November: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) hält eine Risikostudie über Atommülltransporte im Gegensatz zum Basler Regierungsrat nicht für notwendig. Der Kanton sieht deshalb zurzeit keine Möglichkeit weiterer Vorstösse (vgl. Nr. 3494 der Chronik).

(3840) 13. November 1996: Wie der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) mitteilt, verzeichnete der Schweizer Stromverbrauch im hydrologischen Jahr 1995/96 (Oktober 1995 bis September 1996) gegenüber der Vorjahresperiode einen Zuwachs von 1,6 % auf 48'314 Mio kWh, was einem neuen Höchstwert entspricht. Die Stromproduktion im gleichen Zeitraum nahm gegenüber dem Vorjahr um 10 % auf 55'196 Mio kWh ab. Dazu steuerten die Schweizer Kernkraftwerke 23'963 Mio kWh bei, was einem Anteil von 43 % an der gesamten Stromproduktion entspricht.

(3841) 15. November: Wie das Kernkraftwerk Leibstadt mitteilt, attestieren ihm Experten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in einem Folgegespräch nach der dreiwöchigen Überprüfung im Rahmen des Osart-Programms (Operational Safety Review Team) im Spätherbst 1994 einen guten Erfüllungsgrad. In einem "Soll-Ist-Vergleich" sind die Sachgebiete Management, Organisation

und Administration, Ausbildung und Qualifikation, Betrieb, Instandhaltung, Technische Unterstützung, Strahlenschutz, Chemie sowie Notfallplanung- und -bereitschaft behandelt worden.

(3842) 20. November: In seiner Antwort zur Interpellation "Zwilag: Bau- und Teilbetriebsbewilligung" des SP-Ständerates Plattner (Basel-Stadt) weist der Bundesrat unter anderem klar darauf hin, dass die noch nicht erteilten Betriebsbewilligungen für die Konditionierungs- sowie die Verbrennungs- und Schmelzanlage nicht auf unüberwindbare Schwierigkeiten zurückzuführen sind, sondern dass deren sicherer Betrieb in den von der Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG eingereichten Gesuchsunterlagen noch nicht beurteilt werden konnte (vgl. Nr. 3808 und 3793 der Chronik)

(3843) 29. November: In einer Pressemitteilung gibt die Elektrowatt AG bekannt, dass sie das Elektrizitätsgeschäft vom Industriegeschäft abspalten und sich in die Industrieholding Elektrowatt AG und in die Energieholding Watt AG - mit den CKW (Centralschweizerische Kraftwerke), der EGL (Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg), dem KWL (Kraftwerk Laufenburg) sowie der KWR (Kraftübertragungswerke Rheinfelden) aufteilen will. Die für diese Transaktion notwendigen Anträge will sie an der Generalversammlung vom kommenden 19. Februar unterbreiten.

(3844) 31. November: Laut Pressecommunique verkauft die SBG (Schweizerische Bankgesellschaft) vom Kapital der von ihr zu 75,6 % kontrollierten MC (Motor-Columbus) je 20 % an die französische EDF (Electricité de France) und an die deutsche RWE (RWE Energie AG). Den verbleibenden Anteil an der MC von 35,6 % behält die SBG, um damit nach eigenen Aussagen den schweizerischen Charakter der Gesellschaft sicherzustellen. Die restlichen 24,4 % der Aktien befinden sich in den Händen von Kantonen, Elektrizitätsgesellschaften und von unzähligen Kleinaktionären im Raum Baden. Im Zentrum des Interesses steht bei dieser Transaktion die Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität), deren Stimmrechte zu 55 % von der MC gehalten werden.

(3845) 1. Dezember1996: Das Kernkraftwerk Beznau (KKB) hat einen neuen Kraftwerksleiter. Dipl. Ing. ETH Walter Nef übernimmt die Leitung von dem in den Ruhestand tretenden Dipl. El.-Ing. ETH Hans Wenger.

(3846) 2. Dezember: Der Bundesrat erhöht die Mindestsumme für die private Haftpflichtversicherung von Kernanlagen von SFr 500 Mio auf 700 Mio. Für die restlichen SFr 300 Mio - das Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 18. März 1983 verlangt eine Versicherungsdeckung von SFr 1 Mrd - tritt nach wie vor der Bund als Versicherer ein.

(3847) 2. Dezember: Bei der Beantwortung der Interpellation "Radioaktive Abfälle. Dialog allein genügt nicht" der St. Galler Nationalrätin Wittenwiler (FDP) hält der Bundesrat fest, dass der Dialog die Bereitschaft zur Teilnahme aller Gruppen voraussetzt. Im übrigen verweist er auf seine Antwort zur Interpellation des Nidwaldner FDP-Nationalrats Engelberger (vgl. Nr. 3801 der Chronik) sowie auf ein bereits stattgefundenes Gespräch zwischen Bundesrat Leuenberger und einer Delegation des Kantons Nidwalden (vgl. Nr. 3830 und 3820 der Chronik).

(3848) 2. Dezember: In der Fragestunde des Nationalrats erkundigt sich der Aargauer Nationalrat Ulrich Fischer (FDP) beim Bundesrat, warum die seit über vier Jahren nachgesuchte Leistungserhöhung des KKW Leibstadt trotz Vorliegen sämtlicher verfahrensrechtlicher Voraussetzungen bis heute noch nicht bewilligt ist (vgl. Nr. 3750 der Chronik) und wann der Bundesrat dies zu tun gedenke. In seiner Antwort hält Bundesrat Leuenberger fest, dass noch nicht alle Sicherheitsbedenken ausgeräumt und auch die Unklarheiten bezüglich EMRK zu berücksichtigen seien (vgl. Nr. 3762 der Chronik).

(3849) 3. Dezember: Die vom WWF Aargau initiierte und von weiteren Umweltorganisationen sowie Parteisektionen der Grünen und der SP unterstützte Petition "Der 'NukleAargau' hat genug" wird nach sechsmonatiger Sammelfrist, von knapp 10'000 Menschen unterschrieben, dem Bundesrat und dem Parlament übergeben. Die Petenten wehren sich damit unter anderem gegen den Bau des zentralen Zwischenlagers Würenlingen, die Leistungserhöhung im Kernkraftwerk Leibstadt und gegen ein Endlager im Fricktal.

(3850) 5. Dezember: Die Standeskanzlei des Kantons Nidwalden gibt bekannt, dass Bundesrat Leuenberger in einem Schreiben an die Nidwaldner Regierung den Wellenberg auch im Vergleich mit den anderen vier ursprünglich untersuchten Standorten als bestgeeigneten Standort erachtet. Den Entscheid des Nidwaldner Volkes gelte es indessen zu respektieren. Dies schliesse jedoch weitere Volksabstimmungen zu einem späteren Zeitpunkt nicht aus. Mit einer durch das Bundesamt für Energiewirtschaft gebildeten Arbeitsgruppe sollen Antworten auf die noch bestehenden Fragestellungen gefunden werden. Der Nidwaldner Regierungsrat sichert seine konstruktive Mitarbeit zu (vgl. Nr. 3830 der Chronik).

(3851) 12. Dezember: Die Aargauer Nationalrätin Weber (SP) reicht zusammen mit 33 Mitunterzeichnern die Motion "Auflösung der Nagra in der heutigen Form" ein, mit welcher sie den Bundesrat einlädt, die gesetzlichen Grundlagen so zu verändern, dass die Nagra aufgelöst werden kann, weil sie zu teuer und nicht mehr zeitgemäss sei.

(3852) 12. Dezember 1996: Das Bundesamt für Gesundheit gibt bekannt, dass die durchschnittliche Strahlenexposition der Schweizer Bevölkerung 1995 wie im Vorjahr rund 4 Millisievert (mSv) betragen hat. Mehr als die Hälfte dieses Wertes stammen vom Radon (1,6 mSv) sowie von der natürlichen Strahlung (1,2 mSv).

(3853) 13. Dezember: Der Aargauer Nationalrat Thür (Grüne) stellt dem Bundesrat mit der Interpellation "Plutoniumh altige MOX-Brennelemente für das Kernkraftwerk Gösgen" unter anderem die Frage, wann mit einem Entscheid der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) über die Freigabe des MOX-Einsatzes in Gösgen zu rechnen ist.

(3854) 13. Dezember: Für die Interpellation "Radioaktive Abfälle. Dialog allein genügt nicht" der St. Galler Nationalrätin Wittenwiler (FDP) wird Diskussion für einen späteren Zeitpunkt beschlossen (vgl. Nr. 3847 und 3820 der Chronik).

(3855) 17. Dezember: Die Deza (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) und die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) informieren über den Stand des schweizerisch-russischen Projekts "Swisrus", im Rahmen dessen die Schweiz die junge russische Behörde für nukleare und radioaktive Sicherheit GAN (Gosatomnadzor) mit westlichen Sicherheitsmethoden und -standards vertraut macht, unter anderem durch die Ausbildung von 15 russischen Spezialisten der GAN in Würenlingen (vgl. Nr. 3789 der Chronik).

(3856) 18. Dezember: Der Bundesrat beschliesst, dass sich die Schweiz an zehn neuen Forschungsprojekten der Internationalen Energie-Agentur sowie an einem Projekt der Kernenergieagentur (NEA) der OECD beteiligt, welches die Ausbildung von Kernenergie-Spezialisten auf den Gebieten Brennstoffe und Materialwissenschaften ermöglicht.

(3857) 20. Dezember: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) geben bekannt, dass sie zusammen mit dem Bayernwerk (München), dem Badenwerk (Karlsruhe) und der EVS (Energieversorgung Schwaben, Stuttgart) sowie der CSH (CS Holding) ein Konsortium gründen, welches die Beteiligung der CSH an der Watt AG übernimmt. Vorerst übernehmen die NOK einen Anteil von 20 % an der Watt AG. Das Konsortium sieht nach erfolgter Übernahme dann folgende Beteiligungsquoten vor: NOK 42,5 %; Bayernwerk, Badenwerk und EVS zusammen ebenfalls 42,5 %; CS-Group 15 %. Die NOK beabsichtigen, Anteile ihrer Watt-Beteiligung weiteren Schweizer Energieunternehmen anzubieten (vgl. Nr. 3843 der Chronik).

(3858) 26. Dezember: In einer Freiluftschaltanlage auf dem Vorgelände des Kernkraftwerks Leibstadt explodiert ein Stromwandler. Durch die dadurch unterbrochene Stromabfuhr nach aussen erfolgt eine automatische Lastreduktion. Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) überzeugt sich mit einem Fachmann vor Ort, dass keine Radioaktivität freigesetzt wurde und sich der Reaktor nach wie vor in einem sicheren Zustand befindet. Personen kommen keine zu Schaden.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1997 (Stephan Rubli)

In der Chronik für das vierte Quartal 1996 (Bulletin 2/1997) hat sich ein Fehler eingeschlichen:
Unter der Nummer 3852 wurde bei der durchschnittlichen Strahlenexposition der Schweizer Bevölkerung im Jahr 1995 der Anteil der künstlichen Strahlung irrtümlicherweise mit 1,2 Millisievert (mSv) beziffert. Dieser Wert entspricht der natürlichen Strahlung (kosmische Strahlung, terrestrische Radioaktivität und Radionuklide im menschlichen Körper). Der korrekte Wert für den Anteil der künstlichen Strahlung lautet 0,2 mSv.

(3859) 7. Januar: Auf dem Gelände neben dem PSI (Paul Scherrer Institut) findet die Grundsteinlegung für das zentrale Zwischenlager Würenlingen statt. Bis Ende 1996 sind bereits Bauarbeiten im Umfang von rund SFr 100 Mio vergeben worden, wovon 83 % an Schweizer Firmen. Vom Schweizer Anteil entfielen rund 70 % auf den Kanton Aargau, wovon rund 10 % auf die Standortgemeinde Würenlingen (vgl. Nr. 3799 der Chronik).

(3860) Die SPN (SP Nidwalden) gibt sich in einem Schreiben an Bundesrat Leuenberger besorgt darüber, dass er trotz einem klaren Volksentscheid und unzähliger Bedenken am Wellenberg als Endlager für radioaktive Abfälle festhalte. Die SPN hofft, dass die Arbeitsgruppe, die Bundesrat Leuenberger einberufen will, das Projekt Wellenberg mit äusserster Gründlichkeit durchleuchtet und Themen wie Ausschlusskriterien, Rückholbarkeit und Kontrollierbarkeit auf den Tisch bringt, neu überdenkt und regelt (vgl. Nr. 3850 der Chronik).

(3861) 9. Januar: Der Baselbieter Landrat behandelt eine vom NWA (Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) im September 1995 mit 2247 Unterschriften zuhanden beider Basler Kantonsparlamente und -regierungen eingereichte Petition, die von einer Petititonskommission in ein Postulat umgewandelt wurde. Dieses fordert die Behörden auf, unter anderem für eine Abschaltung des Demonstrationskernkraftwerks mit Schnellem Reaktor Superphénix in Creys-Malville sowie gegen einen Einbau des neuen Europäischen Druckwasserreaktors (EPR) in das französische Kernkraftwerk Fessenheim einzutreten. Der Baselbieter Landrat entscheidet, die Umrüstung des KKW Fessenheim kritisch zu thematisieren (38 gegen 35 Stimmen) und bezüglich Superphénix die Bedenken der Baselbieter Bevölkerung in einem Brief an den Bundesrat darzulegen. Abgelehnt werden Anträge, den Widerstand gegen den Superphénix ideell und finanziell zu unterstützen (42 gegen 31 Stimmen), dem „Collectif pour l'arrêt du superphénix“ beizutreten sowie das Postulat in eine verbindlichere Motion umzuwandeln. Der Entscheid wird an die Baselbieter Regierung überwiesen (vgl. Nr. 3798 der Chronik).

(3862) 10. Januar: Das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) stellt zuhanden des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) den Bericht „Marktöffnung im Elektrizitätsbereich“ vor. BEW-Direktor Dr. Eduard Kiener verlangt dabei, die schweizerische Elektrizitätswirtschaft und ihre grossen Kunden sollten unbehinderten Zugang zum europäischen Strommarkt erhalten. Die Marktöffnung müsse schrittweise erfolgen und allen Konsumenten zugute kommen.

(3863) 13. Januar 1997: Die Nationalrats-Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) lädt den Bundesrat mit ihrer Motion "Marktöffnung im Energiebereich" ein, die erforderliche Änderung der Bundesgesetzgebung zur Marktöffnung im Energiebereich raschmöglichst vorzubereiten, so dass dieselbe zumindest im Elektrizitätssektor gegebenenfalls spätestens auf den 1. Januar 1999 in Kraft gesetzt werden kann.

(3864) 17. Januar: Das PSI (Paul Scherrer Institut) weiht unter dem Beisein von Bundesrätin Dreifuss die Spallations-Neutronenquelle SINQ ein. Die Grossforschungsanlage, die das PSI auch kleinen und grösseren Forschungsgruppen aus Hochschulen und Industrie zur Verfügung stellt, wird den weltweit höchsten kontinuierlichen Fluss an Spallations-Neutronen liefern.

(3865) 20. Januar: Das KKM (Kernkraftwerk Mühleberg) blickt auf ein erfolgreiches 24. Betriebsjahr zurück. Wie die BKW (BKW FMB Energie AG) mitteilt, erzeugte das von ihr betriebene KKM bei einer Arbeitsausnutzung von 84,5 % insgesamt 2,649 Mrd kWh Strom, was rund 40 % des gesamten Strombedarfes der BKW-Kunden im Winterhalbjahr entspricht (vgl. Nr. 3717 der Chronik).

(3866) 29. Januar: Der Bundesrat genehmigt zwei Änderungen am Mobilitätsvertrag für die europäische Fusionsforschungsanlage Jet (Joint European Torus). Dieser Vertrag regelt das Dienstverhältnis des von den assoziierten Institutionen an das Fusionsforschungszentrum Jet im britischen Culham detachierten wissenschaftlichen Personals und läuft mit der für 1999 vorgesehenen Ausserbetriebnahme des Jet aus. Gemäss dem bundesrätlichen Beschluss soll das Technology Development Centre Finland (Tekes) neu in den Vertrag aufgenommen werden, während das Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) als Nichtmitglied des Jet von der Liste der assoziierten Institutionen gestrichen wird (vgl. Nr. 3734 der Chronik).

(3867) Der Gemeinderat von Benken (Kanton Zürich) bewilligt das von der Nagra am 28. Juni 1996 eingereichte Bohrgesuch zur Abteufung einer Bohrung im Gebiet „Gmeindwisen“. Die Nagra will dort im Hinblick auf ein Endlager für mittel- und hochradioaktive Abfälle Erkenntnisse aus dem Sedimentgestein Opalinuston gewinnen (vgl. Nr. 3755 der Chronik).

(3868) 3. Februar 1997: Vor dem Hintergrund der sich europaweit vollziehenden Marktöffnung intensiviert die BKW (BKW FMB Energie AG) ihre seit Anfang der 90er-Jahre bestehende Zusammenarbeit mit dem deutschen Stromversorgungsunternehmen PreussenElektra (Hannover) durch Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages. PreussenElektra beteiligt sich an der BKW mit dem Kauf eines Aktienanteils von 10 %, der namentlich aus einem Aktienverkauf der Berner Kantonalbank resultiert.

(3869) 4. Februar: Nach Angaben der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) erzeugten die Schweizer Kernkraftwerke im Jahr 1996 netto insgesamt 23,72 Mrd kWh Strom. Der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 1995 wurde dabei um 0,9 % übertroffen. Einen neuen Rekordwert verzeichnete auch der nukleare Anteil an der gesamten schweizerischen Stromerzeugung. Er lag bei 43,0 % (bisheriger Höchstwert: 41 % in den Jahren 1989 und 1990). Mit einer Arbeitsausnutzung von 88,7 % lag die Schweiz auch 1996 in der Welt-Spitzengruppe (vgl. Nr. 3718 der Chronik).

(3870) 13. Februar: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) teilt mit, dass der Stromverbrauch 1996 in der Schweiz gegenüber dem Vorjahr um 1,7 % auf 48,7 Mrd kWh zugenommen hat. Demgegenüber nahm die Stromproduktion im gleichen Zeitraum um 8.7 % auf 55,1 Mrd kWh ab (vgl. Nr. 3723 der Chronik).

(3871) 18. Februar: Die Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Nationalrats beantragt dem Rat, von den beiden Petitionen „Sieben Forderungen zum 10. Jahrestag von Tschernobyl“ des NWA (Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke, vgl. Nr. 3827 der Chronik) und „Der 'NukleAargau' hat genug“ des WWF Aargau (vgl. Nr. 3849 der Chronik) Kenntnis zu nehmen, aber keine Folge zu leisten. Die Kommissionsminderheit dagegen beantragt, den wesentlichen Inhalt der Petition des NWA als Motion zu überweisen.

(3872) 18. Februar: Der Bundesrat beantragt, die Motion der Aargauer SP-Nationalrätin Weber „Auflösung der Nagra in der heutigen Form“ abzulehnen. In seiner Begründung stützt er sich auf den Bundesbeschluss zum Atomgesetz vom 6. Oktober 1978: „Wer radioaktive Abfälle erzeugt, hat auf eigene Kosten für deren sichere Beseitigung zu sorgen.“ Er führt weiter aus, dass die hohen Entsorgungskosten vor allem durch das schwierige politische Umfeld bedingt seien und dass durch die Auflösung der Nagra weder die Untersuchungskosten reduziert noch die politischen Probleme gelöst würden (vgl. Nr. 3851 der Chronik).

(3873) 18. Februar: In seiner Beantwortung der Interpellation des Aargauer Nationalrats Thür (Grüne) „Kernkraftwerk Gösgen. Plutoniumhaltige Brennelemente“ erklärt der Bundesrat, den Einsatz von plutoniumhaltigen Mox-Brennelementen habe die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) dem KKW Gösgen am 19. Dezember 1996 erteilt. Die zweite Frage beantwortet der Bundesrat dahingehend, die vorzeitige Auftragserteilung für die Produktion der Mox-Brennelemente sei ein unternehmerischer Entscheid der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG gewesen. Ausserdem bestätigt der Bundesrat seine nach wie vor geltende Meinung, wonach für den Einsatz von Mox-Brennelementen kein ordentliches atomrechtliches Bewilligungsverfahren notwendig ist, weil nach dem Atomgesetz nur Änderungen von Zweck, Art und Umfang einer Kernanlage bewilligungspflichtig sind, was hier nicht vorliegt (vgl. Nr. 3853 der Chronik).

(3874) 19. Februar: Der nukleare Anteil an der Gesamtstromproduktion 1996 der BKW FMB Energie AG beträgt fast 65 Prozent (Winter 71 Prozent). Die Kernkraftwerke produzierten insgesamt 5,3 Mrd kWh Strom.

(3875) 20. Februar 1997: Greenpeace und SES (Schweizerische Energie-Stiftung) wenden sich in einer gemeinsamen Einsprache gegen die von der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) beantragte Verlängerung der Kühlwasserkonzessionen für beide Blöcke des Kernkraftwerks Beznau. Die beiden antinuklearen Organisationen betrachten diese als unverantwortbar und als Vorspur für die Ausdehnung der Betriebszeit der Blöcke auf 60 Jahre.

(3876) 24. Februar: Die WBK (Nationalratskommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur) spricht sich für den Bau der Synchrotron-Lichtquelle Schweiz (SLS) am PSI (Paul Scherrer Institut) aus. Mit 19:0 Stimmen bei zwei Enthaltungen stimmt sie dem Kredit von SFr 159 Mio zu.

(3877) 27. Februar: Das Kernkraftwerk Leibstadt hat in seinem zwölften Betriebsjahr (1996) bei einer Arbeitsausnutzung von 85,4 % insgesamt 7,7 Mrd kWh Strom erzeugt. Das gibt die Kernkraftwerk Leibstadt AG bekannt. Von diesem neuen Höchstwert entfielen im Vorjahr 58 % auf das Winterhalbjahr.

(3878) 27. Februar: Der Aargauer Regierungsrat beantwortet eine Interpellation, in der der Zurzacher CVP-Grossrat Edelmann wissen wollte, ob der Bundesrat bei seinem Entscheid, die Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Beznau nur befristet zu erteilen, politische über rechtliche Erwägungen und somit den Rechtsstaat in Frage gestellt habe. Der Regierungsrat hält die relative Bedeutung der Begriffe „befristet“ und „unbefristet“ fest. Nach schweizerischem Rechtsverständnis könne auf atomrechtliche Bewilligungen ohnehin jederzeit zurückgekommen werden, und selbst im Falle einer unbefristeten Betriebsbewilligung seien spätere Auflagen oder gar der Widerruf der Bewilligung möglich (vgl. Nr. 3581 und 3579 der Chronik).

(3879) 28. Februar: In der zweiten Tageshälfte erreicht Block I des Kernkraftwerks Beznau einen Meilenstein: die 200'000. Betriebsstunde. Seit der ersten Synchronisation mit dem Netz am 17. Juli 1969 produzierte Beznau-I bei einer durchschnittlichen Verfügbarkeit von 82,7 Prozent insgesamt rund 70 Mrd kWh Strom.

(3880) 28. Februar: Der Conseil d’Etat, das oberste Verwaltungsgericht Frankreichs, hebt die Bewilligung vom 18. Juli 1996 für die Wiederinbetriebnahme des Demonstrationskernkraftwerks mit Schnellem Reaktor Superphénix auf. Der Staatsrat folgt damit einem Einwand des Kantons Genf, des WWF sowie des Naturschutzverbands Rhône-Alpes (vgl. Nr. 3861 der Chronik).

(3881) 5. März 1997: Die im Hinblick auf die Realisierung eines Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Wellenberg von Bundesrat Leuenberger geforderte technische Arbeitsgruppe wird eingesetzt. Sie wird sich mit Fragen bezüglich Mindestanforderungen, Kontrollierbarkeit, Rückholbarkeit und Verschliessbarkeit eines Endlagers zu befassen haben. Darin vertreten sind das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft), die beiden Halbkantone Nid- und Obwalden, die Gemeinde Wolfenschiessen, die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und die KNE (Kommission Nukleare Entsorgung). Neben der GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg), die mit beratender Stimme teilnimmt, sollen auch Vertreter der innerkantonalen Opposition eingeladen werden (vgl. Nr. 3860 der Chronik).

(3882) 6. März: In einer Pressemitteilung zeigt sich die GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) erfreut über die Einsetzung der technischen Arbeitsgruppe im Hinblick auf die Realisierung eines Endlagers am Wellenberg. Sie betrachtet diesen Akt als wichtigen Schritt zur Lösung der nationalen Umweltaufgabe der nuklearen Entsorgung (vgl. Nr. 3881 der Chronik).

(3883) 6. März: An ihrer Bilanz-Pressekonferenz gibt die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) bekannt, dass ihre Stromabgabe im Geschäftsjahr 1995/96 gegenüber der Vorjahresperiode trotz eines volkswirtschaftlichen Negativwachstums von -0,6 % markant um 3,8 % auf 13,2 Mrd kWh zugenommen hat. An der gesamten Beschaffung der NOK von 18,8 Mrd kWh betrug der Kernenergieanteil insgesamt 63 % oder, bezogen auf den NOK-Kraftwerkpark, sogar 74 % (vgl. Nr. 3728 der Chronik).

(3884) 6. März: Der Baselstädter SP-Nationalrat Rechsteiner reicht eine Einfache Anfrage ein, in der er dem Bundesrat zehn Fragen zur Rissbildung im Kernkraftwerk Mühleberg stellt.

(3885) 6. März: Die Bündner SVP-Nationalrätin Gadient fragt den Bundesrat in ihrer Interpellation "Öffnung des Elektrizitätsmarktes" unter anderem, was er zu tun gedenkt, um die sich abzeichnende Benachteiligung der einheimischen Wasserkraft im Wettbewerb zu vermeiden.

(3886) 8. März: Die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG kündigt an, dass die Reaktorkuppel des KKG während gut eines halben Jahres einer Oberflächenbehandlung unterzogen wird. Durch die Reinigung und Versiegelung soll die natürliche Fähigkeit des Betons zur Wasseraufnahme verringert und die nach 20 Jahren üblichen umweltbedingten Alterungserscheinungen behoben werden.

(3887) 9. März: Greenpeace-Aktivisten und Kernenergiegegner aus dem süddeutschen Raum behindern eine der beiden Zufahrten des Kernkraftwerks Beznau und besetzen die Geleise. Sie protestieren damit gegen einen bevorstehenden Schienentransport abgebrannter Brennelemente. Die Kraftwerksleitung des KKB fordert die Besetzer auf, die Blockade aufzuheben; ansonsten erstatte die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

(3888) 10. März: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) geben bekannt, dass der Abtransport abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Beznau trotz der Greenpeace-Blockade wie geplant stattgefunden hat (vgl. Nr. 3887 der Chronik).

(3889) 10. März: Bei seiner Beantwortung der Interpellation "Verkauf der MC (Motor-Columbus) und der Electrowatt AG und Sicherung der Atommüll-Finanzierung" des Baselstädter SP-Nationalrats Rechsteiner hält der Bundesrat unter anderem fest, dass für die Sicherstellung der Entsorgungskosten die Betreibergesellschaften verantwortlich sind. Durch den Verkauf von Aktien der MC (vgl. Nr. 3844 der Chronik) und der Watt AG (vgl. Nr. 3857 und 3843 der Chronik) seien diese Entsorgungskosten daher nicht in Frage gestellt. Ausserdem führt der Bundesrat aus, die für die Entsorgung bis Ende 1995 durch die Betreibergesellschaften zurückgestellten Beträge

beliefen sich auf SFr 5,8 Mrd. Dieser Betrag sei höher als der auf der bisherigen Nutzungsdauer der Kernkraftwerke berechnete Sollbetrag von SFr 4,9 Mrd.

(3890) 10. März 1997: In der Frühjahrssession des Ständerats beantwortet der Bundesrat die vom Urner CVP-Ständerat Inderkum am 13. Dezember 1996 eingereichte Interpellation „Entwicklungen auf dem Schweizer Strommarkt“, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Aktienanteilen der MC (Motor-Columbus) sowie der Watt AG an ausländis che Unternehmen um die Beurteilung des Bundesrates zu den Strukturänderungen des Schweizer Elektrizitätsmarkts ersucht. Der Bundesrat hält unter anderem fest, dass nach Atomgesetz die Schweiz die Erteilung einer Bau- oder Betriebsbewilligung davon abhängig machen kann, dass das gesuchstellende Unternehmen seinen Sitz in der Schweiz hat und mindestens zwei Drittel des Verwaltungsrates Schweizer Bürger sind. Ausserdem werden Rahmenbewilligungen für neue Kernanlagen gemäss Bundesbeschluss zum Atomgesetz nur Schweizer Bürgern mit Wohnsitz in der Schweiz sowie schweizerisch beherrschten, juristischen Personen des schweizerischen Rechts mit Sitz in der Schweiz erteilt. Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden, die Interpellation damit erledigt (vgl. Nr. 3889 der Chronik).

(3891) 12. März: In den Kernkraftwerken Mühleberg und Gösgen findet im Rahmen eines Seminars die Notfallübung des laufenden Jahres statt. In Anwesenheit der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) wird das Thema „Geiselnahme“ behandelt. Die Einsatzbereitschaft und die Zusammenarbeit der Notfallorganisation sowohl der KKW als auch der kantonalen Organisationen wird dabei bestätigt.

(3892) 13. März: Der Technologiekonzern Sulzer gibt die Unterzeichnung eines Vertrages bekannt, wonach das Geschäft mit Regelventilen für thermische Kraftwerke sowie den Unterhalt von Kernkraftwerken von Sulzer Thermtec an die internationale Engineering-Gruppe IMI plc mit Sitz im englischen Birmingham übertragen wird. Sulzer Thermtec soll mit der IMI-Tochtergesellschaft Control Components Inc. (CCI) mit Sitz in Kalifornien zusammengeschlossen werden.

(3893) 16. März: Die zwei grössten Deutschschweizer Sonntagsmedien berichten über eine von Hans-Rudolf Gubser, Direktor der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke), verfasste Studie "Dezentrale Stromproduktion mit Wärme-Kraft-Kopplung". Die Studie, die als eine von acht Varianten im Rahmen der "Vorschau 95" des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) in Auftrag gegeben wurde, sieht eine theoretis che Möglichkeit, die in Betrieb stehenden Schweizer Kernkraftwerke nach Ablauf ihrer Lebensdauer durch den Einsatz von 240'000 öl- resp. gasbetriebenen Blockheizkraftwerken abzulösen. Die beiden Sonntagsmedien interpretieren daraus fälschlicherweise, die Schweizer Elektrizitätswirtschaft plädiere neuerdings für eine Zukunft ohne Kernenergie.

(3894) 17. März: Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft an die eidgenössischen Räte über die Energie-Umwelt- sowie die Solar-Initiative. Er empfiehlt die beiden Volksbegehren zur Ablehnung. Beide Initiativen haben eine energiepolitisch begründete Belastung der nicht-erneuerbaren Energieträger (im Falle der „Energie-Umwelt-Initiative“ auch der Elektrizität aus Wasserkraftwerken mit mehr als 1 MW elektrischer Leistung) zum Ziel. Der Bundesrat will aber die Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien verstärken. Er betrachtet insbesondere die geplanten Energie- und CO_2-Gesetze als Grundlagen dazu (vgl. Nr. 3793 der Chronik).

(3895) 17. März: Das Energieforum Schweiz würdigt in einer Medienmitteilung, der Bundesrat trage mit seiner Ablehnung der Energie-Umwelt- und der Solar-Initiative den sich rasch wandelnden Bedingungen in einem liberalisierten Energiemarkt Rechnung. Das Energieforum räumt aber ein, der Bundesrat müsste konsequenterweise auch auf den Anspruch verzichten, ohne Rücksprache mit dem Parlament schon sehr rasch eine CO_2-Abgabe einzuführen (vgl. Nr. 3894 der Chronik).

(3896) 17. März: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) begrüsst den Entscheid des Bundesrates, die Energie-Umwelt- und die Solar-Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die SVA hält unter anderem fest, die Initiativen weckten die Illusion, es gebe umweltfreundliche Wege, um ganze Kernkraftwerke zu ersetzen. Ausserdem fühlt sie sich in ihrer Ablehnung den beiden Initiativen gegenüber klar bestärkt durch die Erklärung massgeblicher Initianten-Organisationen, es handle sich um einen „zweiten Schritt“ zum Ausstieg aus der Atomenergie. Nicht der Ausstieg sei vorzubereiten, sondern die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Kernenergie als umweltfreundliche Option für die Stromversorgung auch den kommenden Generationen offensteht (vgl. Nr. 3894 der Chronik).

(3897) 18. März: In einer Pressemitteilung distanziert sich der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) von den falschen Interpretationen, die die zwei grössten Deutschschweizer Sonntagsmedien im Zusammenhang mit der Studie "Dezentrale Stromproduktion mit Wärme-Kraft-Kopplung" getätigt haben. Laut VSE führen bei der Ablösung der inländischen Kernenergie durch Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen hohe, durch Private zu übernehmende Investitionskosten (bis SFr 53 Mrd), erhebliche organisatorische, planerische, betriebliche und versorgungstechnische Schwierigkeiten beim Bau und Betrieb der dazu notwendigen 240'000 Anlagen zu einem bedeutend geringeren nutzbaren Potential. Zudem werde die CO_2-Problematik verschärft (vgl. Nr. 3893 der Chronik).

(3898) 18. März: Der Bundesrat soll aufzeigen, wie die Stromversorgungslücke nach Ablauf des Kernenergie-Moratoriums geschlossen werden kann. Nach dem Nationalrat überweist auch der Ständerat diesen Teil der vom Aargauer FDP-Nationalrat Fischer eingereichten Motion „Reduktion des CO_2-Ausstosses und Kernenergie“ in der abgeschwächten Form des Postulats. Den ersten Teil der Motion, der den Bundesrat auffordert, im Rahmen des CO_2-Gesetzes auch Massnahmen für die Förderung der CO_2-freien Stromproduktion aus der Kernenergie darzulegen, beantragt der Bundesrat zur Ablehnung wie auch den dritten Teil, das Ansinnen des Motionärs, den Bundesratsbericht für die internationale Klimakonferenz durch das Parlament genehmigen zu lassen (vgl. Nr. 3806 der Chronik).

(3899) 19. März 1997: Die Grüne Fraktion solidarisiert sich mit der Beznau-Blockade von Greenpeace und führt eine Medienorientierung auf dem Bahngeleise vor dem Kernkraftwerk Beznau durch, an der die Nationalräte der Grünen Baumann (BE), Gonseth (BL) und Thür (AG) teilnehmen (vgl. Nr. 3887 der Chronik).

(3900) 20. März: In der hängigen Klage von zehn in der Alarmzone 1 um das Kernkraftwerk Mühleberg wohnenden Personen bei der EMRK (Europäische Menschenrechtskommission) halten die Vertreter der beiden Parteien vor dem EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) ihre Schlussplädoyers. Der Vertreter der Schweiz, Philippe Boillat, hält die Klage, wonach das Schweizer Bewilligungsverfahren für den Betrieb von Kernkraftwerken die Konvention verletze, weil nach geltendem Recht der Bundesrat und nicht ein Gericht Einsprache-Instanz ist, als einen der wichtigsten EGMR-Fälle der vergangenen Jahre, was sich auch dadurch illustriere, dass der EGMR statt im neunköpfigen im 21köpfigen Plenum entscheiden werde. Die Schweiz beharre darauf, dass der Grundsatzentscheid über die Bewilligung bei den demokratisch gewählten politischen Behörden bleiben müsse, und warnte vor einem Richterstaat. Im Falle einer Annahme der Klage müssten laut Boillat zahlreiche europäische Länder ihr Bewilligungsverfahren anpassen. Der Entscheid des EGMR wird im Frühsommer des laufenden Jahres erwartet (vgl. Nr. 3762 der Chronik).

(3901) 20. März: Die Kantonspolizei Aargau räumt mit Unterstützung von Fachkräften des Kernkraftwerks Beznau in einer Überraschungsaktion die Greenpeace-Blockade vor dem KKB (vgl. Nr. 3887 der Chronik).

(3902) 20. März: Im Ständerat beantwortet der Bundesrat die Interpellation "Zwilag: Bau- und Teilbetriebsbewilligung" des baselstädtischen SP-Ständerats Plattner. Der Bundesrat hält unter anderem fest, dass die Betriebsbewilligung für die Konditionierungs- sowie die Verbrennungs- und Schmelzanlage zurückgestellt worden sei, bis die Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG neue Gesuchsunterlagen einreicht, mit denen der sichere Betrieb dieser Anlagen beurteilt werden kann.
Nach Ansicht des Bundesrates ist aber der Bau der Lagerhallen selbst dann sinnvoll, wenn die übrigen Anlagen nicht realisiert werden könnten. Die Interpellation ist erledigt, der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden (vgl. Nr. 3842 der Chronik).

(3903) 20. März: Der Aargauer Nationalrat Thür (Grüne) ersucht den Bundesrat mit der Interpellation „Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstoffe“ um die Beantwortung von insgesamt 35 Fragen (!) im Zusammenhang mit der Wiederaufarbeitung, Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle und all ihren Facetten.

(3904) 20. März: Die Grüne Fraktion reicht die Interpellation „Atomare Wiederaufarbeitung: Folgen für Mensch und Umwelt“ ein. Gestützt auf Studien, die für die Umgebung der Wiederaufarbeitungsanlagen von Sellafield und La Hague erhöhte Leukämierisiken ausweisen, wird der Bundesrat unter anderem gefragt, ob er es als ethisch verantwortbar betrachte, die dort ansässige Bevölkerung durch die Verarbeitung von Schweizer Atommüll Strahlengefahren auszusetzen. Die Interpellation möchte ferner beantwortet haben, ob der Bundesrat bereit sei, bei den Betreibern darauf hinzuwirken, dass keine neuen Wiederaufarbeitungsverträge abgeschlossen werden und der sofortige Ausstieg aus den bestehenden zu prüfen wäre.

(3905) 21. März: Der Berner SVP-Nationalrat Schmied fordert mit der Eingabe der Motion "Elektrizität: Abgaben und Beiträge an öffentliche Gemeinwesen" den Bundesrat auf, im Zusammenhang mit der Strommarktliberalisierung die Änderung der Bundesgesetzgebung so auszugestalten, dass die Abgaben und Beiträge auf der Elektrizität an öffentliche Gemeinwesen so weit reduziert werden können, damit sie höchstens das Niveau derjenigen umliegender Länder erreichen.

(3906) 23. März: An einer Demonstration vor dem Kernkraftwerk Beznau haben zirka 15 Kernkraftgegner — und nicht wie behauptet 200 — teilgenommen. Das stellt die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) am gleichen Tag in einer Pressemitteilung richtig.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1997 (Stephan Rubli)

(3907) 1. April: Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) stellt anlässlich einer Pressekonferenz richtig, dass er am sicheren Weiterbetrieb der bestehenden fünf Kernkraftwerke festhält. Eine vom VSE in Auftrag gegebene Studie über die Wärme-Kraft-Kopplung hatte in verschiedenen Zeitungen zu Spekulationen Anlass gegeben, der VSE erwäge den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Studie sollte, wie die sechs zuvor erarbeiteten, im Rahmen der "Vorschau '95" des VSE technisch machbare Varianten untersuchen, wie die Stromversorgung der Schweiz nach Ablauf der Lebensdauer der Kernkraftwerke und der Bezugsrechte für Strom aus französischen Kernkraftwerken aussehen könnte.

(3908) Die NGA (Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik) erklärt in ihrem Geschäftsbericht 1996, dass die NGA von der Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG als Tochtergesellschaft geführt wird, bis die sechs auf dem Gelände des ehemaligen Versuchsatomkraftwerks Lucens eingelagerten Stillegungscontainer an das zentrale Zwischenlager in Würenlingen übergeben werden. (vgl. Nr. 3615 der Chronik)

(3909) 8. April: Nach einer vom Kanton Bern in Auftrag gegebenen Studie hat die vom Kernkraftwerk Mühleberg in Form erwärmten Kühlwassers abgegebene Abwärme nur einen geringen Einfluss auf Atmosphäre und Wasser.

(3910) 10. April 1997: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) haben im Winterhalbjahr 1996/97 3,5% weniger Strom in ihr Versorgungsgebiet abgegeben als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Die Minderabgabe von 265 Mio kWh elektrischer Energie

resultierte vor allem aus einem dem Vorjahreswinter gegenüber milderen und feuchteren Klima sowie dem fehlenden Schalttag. Der Produktionsanteil der Kernenergie im eigenen Kraftwerkspark der NOK betrug 77%.

(3911) 22. April: Der Stromverbrauch im Netz der CKW (Centralschweizerische Kraftwerke) ist im Winterhalbjahr 1996/97 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 1% auf 1,1 Mrd kWh zurückgegangen. 68% der CKW-Stromproduktion stammen von Kernkraftwerken, 17% von der Wasserkraft.

(3912) 23. April: Die Kommission für Ausbildungsfragen der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt in Brugg-Windisch ihren 29. Vertiefungskurs zum Thema "Zustandsüberwachung in KKW" durch. An der dreitägigen Veranstaltung mit 34 Referenten nehmen 205 Personen aus dem In- und Ausland teil.

(3913) 24. April: Die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG blickt anlässlich der ordentlichen Generalversammlung auf ein erfreuliches Geschäftsjahr 1996 zurück, in welchem das KKG während 8'205 Stunden 7,93 Mrd kWh Strom zum ausserordentlich tiefen Preis von 5,04 Rp./kWh erzeugt hat.

(3914) In einer Aufstellung in der Mai-Nummer der Zeitschrift "Nuclear Engineering International" belegt das Kernkraftwerk Gösgen gemessen an der während der gesamten Betriebsdauer produzierten Strommenge (130,5 Mrd kWh) Rang zehn unter rund 400 aufgeführten KKW weltweit.

(3915) 2. Mai 1997: Auf Einladung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) besucht der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) Bundesrat Moritz Leuenberger, begleitet von seinem persönlichen Mitarbeiter Mario Carera, dem Direktor des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) Eduard Kiener sowie dem Direktor der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) Serge Prêtre, das Kernkraftwerk Leibstadt. Nach einem Rundgang unterstreicht Leuenberger in einem Gespräch mit der Delegation des SVA-Vorstandes, dass er, wenn auch kernenergiekritisch, als zuständiger Departementschef Entscheide auch im Bereich der Kernenergie im rechtsstaatlichen Rahmen zu treffen habe und daher dem Dialog mit allen interessierten Kreisen grosse Bedeutung beimesse.

(3916) 5. Mai: Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern strebt den Ausstieg aus der Atomkraft an, falls die befristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg im Jahr 2002 ausläuft. Dies teilt Parteipräsident Jürg Schärer an einer Presseorientierung zur energiepolitischen Weichenstellung im Kanton Bern mit. Ein Teil der KKM-Produktion soll durch dezentrale Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen ersetzt, der Rest durch effizientere Energieanwendung eingespart werden.

(3917) 6. Mai: An der siebten Generalversammlung der Zwischenlager Würenlingen AG (Zwilag) nimmt deren Verwaltungsrat mit Genugtuung vom raschen Baufortschritt des zentralen Zwischenlagers in Würenlingen Kenntnis (vgl. Nr. 3859 und 3799 der Chronik). Ferner wird der Verwaltungsrat über die kurz zuvor erfolgten Verurteilung von fünf Greenpeace-Aktivisten ins Bild gesetzt, die anlässlich der Grundsteinlegung innerhalb des eingezäunten Zwilag-Areals einen Baukran bestiegen hatten. Das Bezirksamt Baden sprach unterschiedliche Geldbussen aus.

(3918) 12. Mai: Die Vorstände der beiden baden-württembergischen Stromversorgungsunternehmen Badenwerk AG und Energie-Versorgung Schwaben AG, die sich am Energiebereich der Electrowatt AG, der Watt AG, beteiligen, unterzeichnen einen Vertrag zur Fusion der beiden Unternehmen rückwirkend zum 1. Januar 1997. Der Vertrag muss noch von der Hauptversammlung beider Konzerne am 20. August akzeptiert werden (vgl. Nr. 3857 der Chronik).

(3919) 13. Mai: Das Bezirksgericht Baden verurteilt 16 Greenpeace-Aktivisten wegen Nötigung und Hausfriedensbruchs und bestätigt damit die vom Bezirksamt Baden im Herbst 1996 erlassenen Strafbefehle weitgehend. Die Aktivisten hatten im März 1996 Eingang und Park der Zentralverwaltung der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) in Baden während anderthalb Stunden blockiert. Durch die erneute Einsprache von Greenpeace wird der Fall ans Obergericht des Kantons Aargau weitergezogen (vgl. Nr. 3829 der Chronik).

(3920) 14. Mai: Im Zuge der schwachen Konjunktur fusionieren die Colenco Power Consulting AG und die Colenco Thermische Energieanlagen AG zur Colenco Power Engineering. Das Tätigkeitsspektrum bleibt unverändert: Wasserkraftanlagen, Thermische Kraftwerke, Netze, Sicherheit, Kerntechnik und dezentrale Energieanlagen.

(3921) 15. Mai: Der VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) schlägt an einer Pressekonferenz vor, den Neubau von Kernkraftwerken (Rahmenbewilligung) in der Schweiz dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Damit würde ein weiteres verfassungsmässiges Kernenergiemoratorium laut VSE obsolet. Vorab hält der VSE fest, dass auf der Nutzung der heutigen KKW ein rechtlicher Anspruch besteht, solange die entsprechenden gesetzlichen Kriterien erfüllt sind. Bei der Entsorgung sind laut VSE verschiedene Meilensteine zu erreichen, unter anderem der Abschluss des Projektes "Gewähr", das Erfüllen der Wiederaufarbeitungsverträge sowie der Bau des Sondierstollens am Wellenberg.

(3922) 19. Mai: Am. Kongress der Internationalen Union der Erzeuger und Verteiler Elektrischer Energie (Unipede) in Montreux wird im Rahmen der Sitzung 3 das Thema Klimaveränderung diskutiert. Ein von einer "Task Force" gestalteter Bericht betont unter anderem, dass Kernenergie und Wasserkraft einen wichtigen Beitrag zu den Strategien für die Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten können.

(3923) 21. Mai 1997: Die Schweiz beteiligt sich mit rund SFr 6 Mio am internationalen Kernenergieforschungsprojekt "Phebus" für die Jahre 1997 bis 2002. Das Projekt, an dem auch die EU, die Aufsichtsbehörden der USA sowie japanische, kanadische und koreanische Forschungsinstitute beteiligt sind, dient der wirklichkeitsnahen Untersuchung schwerer Unfälle von Leichtwasserreaktoren. Die Versuche finden beim Commissariat à l'énergie atomique im französischen Cadarache nahe Aix-en-Provence statt.

(3924) 22. Mai: Die CSG (Credit Suisse Group) gibt in einer Pressemitteilung bekannt, dass sie den Energiebereich der Electrowatt AG, die Watt AG, definitiv veräussert hat. Die Konsortialpartner haben beschlossen , die Quoten untereinander neu aufzuteilen. Nach erfolgter Übernahme halten die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) 31%, die Bayernwerk AG 24,5%, die Badenwerk AG 12,25%, die EVS (Energie-Versorgung Schwaben) 12,25% und die CSG 20% des Aktienkapitals. Der damit auf die Schweizer Unternehmen entfallende Anteil von 51% soll gemäss einer Vereinbarung zwischen den Partnern während einer Frist von fünf Jahren nicht verändert werden (vgl. Nr. 3918 der Chronik)

(3925) 23. Mai: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) ist der Gesamtenergieverbrauch in der Schweiz 1996 gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 2,5% und pro Kopf um 2,1% angewachsen. Das entspricht einer Erhöhung von 19'880 auf gesamthaft 821'800 Terajoule. Zurückzuführen ist dieser Anstieg laut EVED vor allem auf das sehr kalte Jahr 1996 (vgl. Nr. 3759 der Chronik).

(3926) 25. Mai: Block II des Kernkraftwerks Beznau wird zum Einbau eines neuartigen Mess-Systems für den Neutronenfluss abgeschaltet.

(3927) 27. Mai: EOS (S.A. l'Energie de l'Ouest-Suisse) und EDF (Electricité de France) beschliessen ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Produktion, des Transports und dem Austausch von Elektrizität mit einem Rahmenvertrag. Vom Angebot, einen Teil der Watt-Aktien zu übernehmen, wird die EOS nach eigenen Angaben keinen Gebrauch machen.

(3928) 2. Juni 1997: Die BKW FMB Energie AG veröffentlicht ihren Geschäftsbericht 1996. Daraus geht unter anderem hervor, dass die Kernenergie im Geschäftsjahr einen Anteil von 65% an der gesamten Stromproduktion hatte und das Kernkraftwerk Mühleberg bei einer Arbeitsausnutzung von 84,5% insgesamt 2'659 GWh elektrische Energie produziert hat.

(3929) 4. Juni: Der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), Bundesrat Leuenberger, erklärt anfangs der Sommersession im Ständerat, der Entwurf zum Kernenergiegesetz sei verwaltungsintern in Arbeit und sollte gegen Ende 1997 vom Bundesrat verabschiedet werden. Leuenberger hält fest, es sei davon auszugehen, dass man nicht um eine Verlängerung des Atom-Bundesbeschlusses kommen werde.

(3930) 4. Juni: Im Rahmen der Behandlung des Energiegesetzes in der Sommersession spricht sich der Nationalrat überraschend mit 88 gegen 82 Stimmen für die Einführung einer Lenkungsabgabe von 0,6 Rappen pro verbrauchte Kilowattstunde Strom aus nichterneuerbaren Energien (Erdöl, Gas, Kohle und Uran) aus. Die dadurch eingenommenen Mittel von rund SFr 500 Mio jährlich sollen je hälftig zur Förderung erneuerbarer Energien und für Massnahmen zur rationellen Energienutzung eingesetzt werden. Bürgerliche Vertreter kündigen das Referendum an, falls der Ständerat die Lenkungsabgaben nicht wieder aus dem Gesetz, das vom Nationalrat als Ganzes mit 76 gegen 60 Stimmen angenommen wird, streichen (vgl. Nr. 3793 der Chronik).

(3931) 4. Juni: Die technische Arbeitsgruppe Wellenberg befasst sich an ihrer zweiten Sitzung mit der Standortevaluation für ein Endlager für radioaktive Abfälle und kommt zum Schluss, dass die damalige Wahl auch aus heutiger Sicht nachvollziehbar ist und die neu gewonnenen Erkentnisse weitere Untersuchungen am Standort Wellenberg rechtfertigen. Das als kritische Partei eingeladene MNA (Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen) ist weder bereit, eine materielle Stellungnahme zu den technischen Fragen zu machen, noch der Arbeitsgruppe als Ansprechpartner für die Nennung von "kritischen Experten" zu dienen (vgl. Nr. 3882 der Chronik).

(3932) 5. Juni: Die Gemischte Kommission Frankreich-Schweiz für die nukleare Sicherheit hält ihre achte jährliche Sitzung ab. Behandelt werden unter anderem Erkenntnisse aus der Notfallübung Inex 2/Fortuna im Kernkraftwerk Leibstadt vom Herbst 1996 (vgl. Nr. 3838 der Chronik), die Funktionstüchtigkeit der internationalen Informationsnetze im Unglücksfall und die rechtliche Situation um das Demonstrationskernkraftwerk mit Schnellem Reaktor Superphénix. Ausserdem wird beschlossen, dass die Inspektoren der beiden Länder gegenseitig gemischte Inspektionen durchführen werden, um sich mit dem Vorgehen des Nachbarlandes vertraut zu machen (vgl. Nr. 3752 der Chronik).

(3933) 7. Juni: Das Kernkraftwerk Gösgen (KKG) wird für die Revisionsarbeiten und den alljährlichen Brennelementewechsel abgestellt. Damit ist der 18. Betriebszyklus, der 340 Tage gedauert hat, zu Ende. Von den insgesamt 177 Brennelementen sollen deren 40 ersetzt sowie umfangreiche Kontroll- und Unterhaltsarbeiten vorgenommen werden. Neben 32 neuen Uran-Brennelementen sollen erstmals 8 plutoniumhaltige Mischoxid-(Mox-)Brennelemente eingesetzt werden.

(3934) 9. Juni: An ihrer Generalversammlung blickt die GNW (Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg) auf ein Geschäftsjahr mit einigen positiven Ansätzen zurück. Erwähnt wird unter anderem die Haltung des Bundesrates, aufgrund der Gutachten seiner Sicherheitsbehörden am Standort Wellenberg festzuhalten und eine weitere kantonale Abstimmung nicht auszuschliessen. Begrüsst wird ausserdem der Dialog in der technischen Arbeitsgruppe, mit Hilfe welcher ein modifiziertes Abstimmungsprojekt erarbeitet werden soll. Im übrigen bedauert die GNW das Abseitsstehen der Opposition und hält fest, durch Gesprächsverweigerung würden keine Probleme gelöst (vgl. 3931 der Chronik).

(3935) 9. Juni 1997: Nachdem bekannt wird, dass die Zahl der Lufttransporte frischer Brennelemente aus England auf den Flughafen Zürich-Kloten auf rund 30 pro Jahr erhöht werden soll, lancieren die Walliseller Kantonsrätin Püntener (Grüne) und die Opfiker Kantonsrätin Kunz (LdU) parlamentarische Anfragen an den Zürcher Regierungsrat. Dieser hat drei Monate Zeit für die Beantwortung.

(3936) 9. Juni: Die NAZ (Nationale Alarmzentrale) führt im Rahmen ihrer alljährlichen Messflüge während vier Tagen eine Messübung mit einem Helikopter des Typs Super Puma der Armee durch. Die Flüge finden im Umkreis von rund 20 Kilometern um die Kernkraftwerke Gösgen und Mühleberg statt. Bei diesen Messungen wird, ausser der natürlichen, keine Radioaktivität festgestellt.

(3937) 10. Juni: Rund zwanzig Greenpeace-Aktivisten blockieren im Val de Travers zwei Sattelschlepper mit abgebrannten Brennelementen aus dem Kernkraftwerk Mühleberg. Nach dem Einschreiten der Polizei kann der Transport in die Wiederaufarbeitungsanlage der Cogema in La Hague weitergeführt werden.

(3938) Die sozialdemokratische Partei der Gemeinde Döttingen beschliesst an ihrer Generalversammlung mit 10 gegen 2 Stimmen die Trennung von der Kantonal- und Bezirkspartei. Grund sei die kernenergiefeindliche Haltung hauptsächlich führender Sozialdemokraten, die wider besseren Wissens die Stillegung der Kernkraftwerke forderten und damit unter anderem die Arbeitslosigkeit für 1'000 Personen sowie Steuerausfälle in Millionenhöhe in Kauf nähmen. Wegen zu starker Anti-KKW-Haltung seien der Partei Mitglieder verlorengegangen.

(3939) 13. Juni: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) sistiert das Rahmenbewilligungsverfahren für ein Endlager für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Wellenberg. Das Verfahren wird zurückgestellt, bis mittels eines Sondierstollens die bisherigen positiven Befunde bestätigt werden (vgl. Nr. 3934 der Chronik).

(3940) 16. Juni: Der Bundesrat sistiert das Verfahren über die Aufnahme der Grimsel ins Moorlandschaftsinventar. Abzuklären ist noch, ob ein zentrales Landesinteresse dem Moorschutz an der Grimsel gegenüberstehe. Begründet wird die Sistierung unter anderem damit, dass der Bundesrat aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen und Ungewissheiten eine absehbare grosse Lücke in der Energieversorgung nach dem Jahr 2015 nicht ausschliessen kann, weil man nicht um die Zukunft der Kernkraftwerke wisse und auch nicht, was dannzumal bezüglich Stromimport möglich sei.

(3941) 17. Juni: Im Zusammenhang mit dem Einsatz von Mischoxid-(Mox-)Brennelementen im Kernkraftwerk Beznau erkundigt sich der Waadtländer Nationalrat Chiffelle (SP) in der Einfachen Anfrage "Lufttransport von Plutonium", ob der Bundesrat nicht der Ansicht sei, dass der Lufttransport solcher Mox-Brennelemente das Risiko eines schlimmen Unfalls hervorrufe und deshalb durch eine vom Bundesrat erlassene Verordnung zu verbieten sei.

(3942) 18. Juni: Der Ständerat bewilligt mit 32 gegen 0 Stimmen den Betrag von SFr 159 Mio zum Bau der Synchrotron Lichtquelle Schweiz (SLS) im aargauischen Villigen, nachdem der Nationalrat den Betrag anlässlich der Frühjahrssession bereits genehmigt hat (vgl. Nr. 3876 der Chronik).

(3943) 19. Juni: Frankreichs neuer, sozialistischer Premierminister Lionel Jospin bestätigt gegenüber der Nationalversammlung, dass er sein Wahlversprechen, das Demonstrationskernkraftwerk mit Schnellem Reaktor Superphénix stillzulegen, einlösen wolle. Das Vernehmlassungsverfahren vor der Schliessung soll mindestens sechs Monate dauern (vgl. Nr. 3880 der Chronik)

(3944) 20. Juni: An der Generalversammlung der Kernkraftwerk Leibstadt AG wird ein befriedigendes Geschäftsjahr 1996 bekannt gegeben. Das KKL produzierte insgesamt 7,7 Mrd kWh Strom, was dem höchsten Wert seit Betriebsaufnahme entspricht. Davon entfielen 58% auf das Winterhalbjahr. Bei einer Zeitverfügbarkeit von 88,7% und einer Arbeitsausnutzung von 85,4% produzierte das KKL während dem Geschäftsjahr 1996 zu durchschnittlichen Energiegestehungskosten von 8,36 Rp./kWh (vgl. Nr. 3781 der Chronik).

(3945) 20. Juni: An einer Medienkonferenz zieht Bundesrat Moritz Leuenberger die Folgerungen zum Abschluss des von ihm ins Leben gerufenen Energiedialogs. Zur Kernenergie hält er fest, dass die bestehenden KKW weiter betrieben werden sollen, solange ihre Sicherheit gewährleistet ist. Der Bau neuer KKW soll dem fakultativen Referendum unterstellt und die Option für neue Kernenergietechniken mit ausgeprägter passiver und inhärenter Sicherheit langfristig offengehalten werden.

(3946) 20. Juni: Der Stadtrat von Wil (SG) lehnt den Beitritt zum "Collectif pour l'arrêt du superphénix" ab. Der Grüne Gemeinderat von Prowil, Guido Wick, hatte mehr als ein Jahr zuvor in einer Einfachen Anfrage darauf gezielt (vgl. Nr. 3943 der Chronik).

(3947) In einer Interpellation zuhanden des Grossen Rates des Kantons Schaffhausen stellt Hermann Beuter (SP, Siblingen) zusammen mit zwanzig anderen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion des Grossen Rates verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Lufttransport von Mischoxid-(Mox-)Brennelementen für das Kernkraftwerk Beznau. Unter anderem wollen die Interpellanten wissen, ob die Regierung von den Transporten Kenntnis habe, wie die Haftung im Falle eines Absturzes geregelt und wie hoch das Risiko versichert sei sowie ob die Regierung bereit sei, auf die sofortige Einstellung dieser Flüge hinzuwirken.

(3948) 23. Juni: Das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) setzt einen Meilenstein in seiner Betriebsgeschichte: Kurz vor zehn Uhr morgens erzeugt das KKM die 60milliardste Kilowattstunde Strom seit Aufnahme des kommerziellen Betriebes. In den annähernd 25 Jahren erzielte die Anlage eine durchschnittliche Verfügbarkeit von 85%.

(3949) 24. Juni 1997: Zur Veröffentlichung des Jahresberichts der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) schreiben das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) und die HSK in separaten Pressemitteilungen, dass der Zustand der schweizerischen Kernanlagen, ihre Instandhaltung und Betriebsführung als gut eingestuft werden. Die Anforderungen an die Sicherheit seien durchwegs erfüllt. Die Menge der an die Umgebung abgegebenen radioaktiven Stoffe an allen vier KKW-Standorten sei sehr gering gewesen und habe weit unterhalb der behördlichen Grenzwerte gelegen.

(3950) 27. Juni: Das Kernkraftwerk Leibstadt meldet einen Meilenstein in seiner Betriebsgeschichte: Seit der erstmaligen Inbetriebnahme am 24. Mai 1984 produzierte die Anlage während 100'000 Stunden insgesamt 94,061 Mrd kWh Strom.

(3951) 27. Juni: An der Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft der Kernfachleute (SGK) wird Konstantin Foskolos zum neuen Präsidenten gewählt. Er tritt an die Stelle von Prof. Dr. George Yadigaroglu.

(3952) 29. Juni: Nach rund dreiwöchigem Stillstand für die Jahresrevision und den Brennelementewechsel erhält das Kernkraftwerk Gösgen von der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) die Freigabe zum Wiederanfahren. Rund ein Viertel der total 177 Brennelemente wurde durch neue ersetzt, wobei – in Gösgen erstmals – auch sogenannte Mox-Brennelemente (Uran-Plutonium-Mischoxid-Brennelemente) eingesetzt wurden. Das KKG startet zu seinem 19. Betriebszyklus (vgl. Nr. 3933 der Chronik)

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1997 (Stephan Rubli)

(3953) 2. Juli: Der Basler Zoll beschlagnahmt Abwasser- und Sedimentproben aus der Nähe der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, die die Umweltorganisation Greenpeace in die Schweiz einführen will. Das Bundesamt für Gesundheit bezeichnet den Import des Materials als bewilligungspflichtig.

(3954) 3. Juli: Umweltorganisationen wollen mit einer Doppelinitiative die Kernenergie bekämpfen. "Moratorium plus" strebt die Verlängerung des Moratoriums um weitere zehn Jahre an, während "Strom ohne Atom" den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie erreichen soll. Als Trägerverein der Doppelinitiative wird der Verein "Strom ohne Atom" gegründet. Ihm gehören Greenpeace, WWF, SES (Schweizerische Energiestiftung), ÄfU (Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz), regionale Organisationen sowie SP und Grüne an.

(3955) 4. Juli: Im Kernkraftwerk Leibstadt wird nach dem Ausfall einer Temperatur-Messeinrichtung die Turbine automatisch abgeschaltet. Der davon nicht betroffene Reaktor wird danach von Hand abgeschaltet. Es erfolgen keine Abgaben von Radioaktivität an die Umwelt. Dies melden die Kernkraftwerk Leibstadt AG und die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) in separaten Pressemitteilungen.

(3956) 10. Juli: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) und die Kernkraftwerk Leibstadt AG geben bekannt, dass das im Juli 1992 eingereichte Gesuch um eine Leistungserhöhung für das Kernkraftwerk Leibstadt vorläufig zurückgestellt wird. Eine Untersuchung von Brennstäben des Reaktorkerns hat lokal Korrosionserscheinungen an Hüllrohren gezeigt, die das übliche Ausmass deutlich überschreiten. Anlässlich der Ende Juli beginnenden Jahresrevision sollen nun mehr Brennelemente als geplant ausgetauscht und die Fragen der lokalen Korrosion weiter untersucht werden (vgl. Nr. 3750 der Chronik).

(3957) In verschiedenen Schweizer Tageszeitungen erscheinen Inserate, in denen mehr als 30 Einzelfirmen und Arbeitsgemeinschaften aus dem Kanton Aargau und aus der weiteren Region der Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG für die im Zusammenhang mit dem Bau des zentralen Zwischenlagers in Würenlingen erteilten Aufträge danken. Die Inserenten halten fest, dass mit diesen Investitionen zahlreiche Arbeitsplätze gesichert werden können.

(3958) 19. Juli: Im Kernkraftwerk Mühleberg erfolgt zwei Tage vor der geplanten Abschaltung für die Jahresrevision aufgrund einer technischen Störung an einem Generator eine automatische Abschaltung einer Turbine mit nachfolgender Reaktorschnellabschaltung. Die Sicherheit der Anlage ist nicht beeinträchtigt, und es tritt keine Radioaktivität aus. Aus energiewirtschaftlichen Gründen wird die Anlage vor Beginn der Jahresrevision nicht wieder angefahren. Während der Revision sollen unter anderem 44 der 240 Brennelemente ersetzt werden.

(3959) 23. Juli: Der Zürcher Regierungsrat weist verschiedene Rekurse im Zusammenhang mit der bereits erteilten Bewilligung für eine Probebohrung in Benken ZH durch die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) en bloc ab. Die Gruppen "Benken" (Verein gegen eine Atommülldeponie in Benken) und "Igel" (Interessengemeinschaft für Energie und Lebensraum), 33 Einzelpersonen sowie die deutsche Gemeinde Jestetten hatten gegen die Baubewilligung des Gemeinderates Benken für den Bohrturm, gegen die Bewilligung der Baudirektion für Projekte ausserhalb der Bauzone sowie gegen die gewässerschutzrechtliche und die strassenpolizeiliche Bewilligung rekurriert. Die abgelehnten Rekurse können ans Verwaltungsgericht und allenfalls später an das Bundesgericht weitergezogen werden (vgl. Nr. 3867 der Chronik).

(3960) 28. Juli: Das Kernkraftwerk Leibstadt wird für die Jahresrevision abgeschaltet. Während rund fünf Wochen soll ein umfassendes Instandhaltungs-, Materialprüfungs- und Inspektionsprogramm abgewickelt werden. Ausserdem sollen im Zuge der kürzlich festgestellten fortgeschrittenen Korrosion an Hüllrohren 179 Brennelemente des gleichen Typs nach einem Einsatz von vier bis fünf Jahren ausgeladen und ersetzt werden.

(3961) 30. Juli 1997: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) unterstreicht in der Pressemitteilung zur Veröffentlichung ihres Jahresberichts 1996 unter anderem, dass die Kernenergie auch künftig wesentlich zur Versorgung des Landes mit Strom nach den Kriterien des Energieartikels beitragen soll – ausreichend, breitgefächert, sicher, wirtschaftlich und umweltverträglich.

(3962) 20. August 1997: Die Badenwerk Holding AG und die Energie-Versorgung Schwaben Holding AG fusionieren zur Energie Baden-Württemberg AG (EBW). Damit werden die Anteile der beiden Unternehmen an der Watt AG (je 12,25%) zu einem Paket von 24,5% geschnürt (vgl. Nr. 3924 der Chronik).

(3963) 20. August: Der Bundesrat beschliesst, die wissenschaftliche Arbeit des Europäischen Laboratoriums für Teilchenphysik (Cern) sowie die schweizerische Beteiligung an Entwicklung und Bau der beiden Detektoren CMS und Atlas für den am Cern geplanten neuen Teilchenbeschleuniger Large Hadron Collider (LHC) während der Jahre 1998–2001 mit jährlich SFr 3 Mio zu unterstützen.

(3964) 21. August: Der jurassische Bau- und Umweltschutzdirektor Pierre Kohler ist neuer Präsident der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren. Er folgt auf den Bündner Luzi Bärtsch.

(3965) 22. August: Die Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Ständerats lehnt mit 9:1 Stimmen die vom Nationalrat während der Sommersession beschlossene Einführung einer Lenkungsabgabe von 0,6 Rappen pro verbrauchte Kilowattstunde Strom aus nichterneuerbaren Energien (Erdöl, Gas, Kohle und Uran) ab. Weil die Verfassungsmässigkeit höchst zweifelhaft und die wirtschaftlichen Folgen ungeklärt seien und die Solarenergie ungebührlich subventioniert werde, hält die Mehrheit der Urek den Vorschlag für "unbrauchbar" (vgl. Nr. 3930 der Chronik).

(3966) 26. August: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) weist mit 12 gegen 8 Richterstimmen eine Beschwerde von zehn Mühleberg-Anwohnern ab, die mit der Erteilung der auf Ende 2002 begrenzten Betriebsbewilligung vom 14. Dezember 1992 für das Kernkraftwerk Mühleberg (vgl. Nr. 3412 der Chronik) die Europäische Menschenrechtskonvention verletzt sahen, da nach geltendem Recht die Bewilligungen nicht – wie in Artikel 6 § 1 der Konvention vorgesehen – durch ein unabhängiges Gericht überprüft werden. Begründet wird der Entscheid damit, die Beschwerdeführer hätten nicht aufzeigen können, dass der Betrieb des KKM sie persönlich einer nicht nur ernsthaften, sondern auch konkreten und, vor allem, unmittelbaren Gefahr aussetze (vgl. Nr. 3900 der Chronik).

(3967) 26. August: In einer Pressemitteilung erklärt sich die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) befriedigt über den Entscheid des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg, wonach das schweizerische Bewilligungsverfahren für Kernanlagen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) genügt. Dies entspricht auch der Rechtsauffassung der SVA.

(3968) 26. August: Der Bundesrat veröffentlicht seine Antwort auf die Einfache Anfrage "Vernachlässigung der Wasserkraft" des Basler Nationalrats Rechsteiner (SP). Der Bundesrat hält fest, dass die Elektrizitätswirtschaft im Rahmen der Bestimmungen der Bundesverfassung grundsätzlich frei ist, Investitionen zur Modernisierung und Erweiterung bestehender oder zum Bau neuer Wasserkraftwerke zu tätigen oder nicht. Es stehe fest, dass die einheimische Wasserkraft in einem europaweit geöffneten Elektrizitätsbinnenmarkt vermehrt dem Spiel von Angebot und Nachfrage unterliegen werde. Zur Frage, wie sich die Vernachlässigung der Wasserkraft mit den Zielen von "Energie 2000", die Stromproduktion aus Wasserkraft um 5% zu erhöhen, vertrage, hält der Bundesrat fest, die Steigerung der Stromproduktion aus Wasserkraft sei bis Ende 1996 bereits zu 54% erfüllt worden, und weitere 18% würden durch im Bau oder Umbau befindliche Anlagen erzielt. Damit werde die Wasserkraft bis zum Jahr 2000 einen vergleichsweise hohen Zielerfüllungsgrad erreichen.

(3969) 27. August: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt ihre 38. Generalversammlung durch. Der SVA-Präsident, a. Ständerat Dr. Hans Jörg Huber, erklärt in seiner Eröffnungsadresse, die Stromschwemme habe dazu geführt, dass das Thema Energie zu einer Spielwiese für Utopisten geworden ist: Wo es zuviel hat, kann man kürzen, "und es entsteht eine Utopie, die Zukunft wäre elektrisch ohne Kernenergie und dennoch umweltfreundlich, genügend preisgünstig, jederzeit verfügbar, sicher zu leben".

(3970) 27. August: Der Vorsteher des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft), Dr. Eduard Kiener, erklärt anlässlich der 38. Generalversammlung der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie), er sei überzeugt, "dass die Welt auf die Kernenergie angewiesen ist und nicht darauf verzichten wird, mindestens bis erneuerbare Energien sie vollgültig ablösen können".

(3971) 27. August: Die SGK (Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute) verleiht anlässlich der SVA-GV den Preis für eine wissenschaftliche Arbeit einem Forscherteam aus dem PSI (Paul Scherrer Institut) für die Forschungsarbeiten mit der Panda-Testanlage sowie den Preis für Öffentlichkeitsarbeit an Dr. Bruno Elmiger vom Kernkraftwerk Gösgen für sein Engagement zur Verbesserung der Akzeptanz der Kerntechnik in der Schweiz.

(3972) 27. August: Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Jahresbericht und der Jahresrechnung 1996 des Stillegungsfonds für Kernanlagen. Danach belief sich das angesammelte Fondskapital Ende 1996 auf SFr 560 Mio (Vorjahr 455 Mio). Die Betriebsrechnung weist einen Gewinn von SFr 77 (39) Mio aus. Unter Berücksichtigung der Teuerung von 0,8 (1,8) Prozent beträgt die erzielte Realverzinsung 16 (7,8) Prozent, ein Ergebnis, das, wie das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) in einer Pressemitteilung festhält, als sehr gut bezeichnet werden kann.

(3973) 27. August: Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens für den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Koordination und die Vereinfachung der Entscheidverfahren (betrifft u.a. elektrische Anlagen und Grenzkraftwerke). Der Entwurf wird in seiner Zielsetzung von den Vernehmlassern weitestgehend unterstützt. Der Bundesrat beauftragt das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), bis Ende 1997 einen Botschaftsentwurf auszuarbeiten, der keine grundsätzlichen Änderungen gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf aufweisen soll (vgl. Nr. 3834 der Chronik).

(3974) 31. August: Das Kernkraftwerk Leibstadt erhält nach fünfwöchigem Stillstand für die Revisionsarbeiten von der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) die Freigabe zum Wiederanfahren. Aufgrund der wenige Wochen vor der Revision festgestellten Korrosionsschäden an Hüllrohren wurden statt der geplanten 112 Brennelemente deren 296 von insgesamt 648 ausgewechselt. Diesbezügliche Untersuchungen an 22 Brennelementen bestätigten das Phänomen der lokal erhöhten Korrosion, zeigten aber, dass Brennelemente bis zu vier Standzeiten einsetzbar sind. Weitere Untersuchungen an nicht wieder eingesetzten Brennelementen sollen die Ursachen der Korrosion klären. (vgl. Nr. 3960 der Chronik).

(3975) 1. September 1997: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) erteilt dem Kernkraftwerk Mühleberg nach planmässig abgeschlossener Jahresrevision die Freigabe für das Wiederanfahren. Die Unterhaltsarbeiten dauerten 44 Tage und umfassten insgesamt 2'200 einzelne Positionen, darunter den Austausch von 44 der 240 Brennelemente, die Revision der beiden Niederdruckturbinen einer Turbogruppe sowie den Umbau der Endpartien der vier Speisewasserleitungen am Reaktordruckbehälter. Die 1990 erstmals festgestellten Risse an Schweissnähten des Kernmantels wurden wiederum mit Ultraschall geprüft; das für den vergangenen Betriebszyklus festgestellte Risswachstum liegt im Rahmen des seit 1993 bei den jährlichen Prüfungen festgestellten Wachstums (vgl. Nr. 3958 der Chronik).

(3976) 4. September: Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (GR, UR, SZ, TI, VS, OW, NW, GL) fordert im Hinblick auf die Öffnung des Strommarktes eine Bevorzugung der Wasserkraft. Gestützt auf eine von den Energiedirektoren Peter Bodenmann (VS), Luzi Bärtsch (GR) und Anton Stadelmann (UR) präsentierte Studie soll dazu auf nichterneuerbaren Energieträgern wie Erdöl, Kohle, Gas und Uran eine staatsquotenneutrale Lenkungsabgabe erhoben werden, mit der dann die Energieeffizienz und zudem die Wasserkraft, die Solarenergie sowie die Energiegewinnung aus Holz und Biomasse gefördert werden sollen. Als zweite Massnahme fordern die Gebirgskantone einen Fonds, der mit Abgaben auf der Durchleitung von Elektrizität im Übertragungs- und Verteilnetz gespiesen wird.

(3977) 9. September: Im Kernkraftwerk Mühleberg tritt bei einem Routinetest in einer der fünf unabhängig voneinander funktionierenden Notstromquellen, einem Dieselaggregat, ein Schaden auf.

(3978) 10. September: Der Bundesrat beschliesst eine Änderung der Atomverordnung per 1. Oktober. Neu erteilt das BAWI (Bundesamt für Aussenwirtschaft) im Einvernehmen mit dem BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) auch Ausfuhrbewilligungen für spezifische Nukleargüter. Damit wird das BAWI Bewilligungsinstanz und einzige Anlaufstelle für den Handel mit allen Nukleargütern, mit Ausnahme der Kernbrennstoffe und der radioaktiven Abfälle, deren Handel weiterhin der Bewilligung des BEW unterliegen. Das BEW ist auch künftig für die Bearbeitung der Gesuche für spezifische Nukleargüter zuständig.

(3979) 10. September: Die Anti-Atom-Koalition (Coalition Anti Nucléaire, CAN) fordert den Ausstieg der Schweiz aus der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen aus Kernkraftwerken. Gemäss einer Studie der CAN sei der Ausstieg nicht nur ökologisch zwingend, sondern auch ökonomisch sinnvoll.

(3980) 11. September: In einer Pressemitteilung weist die BKW FMB Energie AG die von Greenpeace im Zusammenhang mit dem Ausfall eines Dieselaggregats im Kernkraftwerk Mühleberg erhobenen Vorwürfe als haltlos zurück. Die Sicherheit der Anlage sei jederzeit voll gewährleistet, auch bei einer automatischen Schnellabschaltung. Zurückgewiesen wird auch der Vorwurf der Vertuschung – das KKM habe den Vorfall unverzüglich und vorschriftsgemäss den zuständigen Behörden gemeldet (vgl. Nr. 3977 der Chronik).

(3981) 11. September: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hält in einer Pressemitteilung fest, die Opposition gegen eine wissenschaftliche Sondierbohrung im zürcherischen Benken behindere und verteuere das Verfahren mit einer fragwürdigen Verzögerungspolitik. Dies, obwohl der Bundesrat der Nagra bereits 1996 grünes Licht für die Sondierbohrung gegeben habe und die Gemeinde Benken wie auch der Kanton Zürich die Baubewilligung erteilt haben (vgl. Nr. 3959 der Chronik).

(3982) 12. September: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) veröffentlicht den Jahresbericht 1996/97 des Programms "Energie 2000". Zur Kernenergie wird festgehalten, dass das Ziel des Programms, die zehnprozentige Leistungserhöhung bestehender Kernkraftwerke bis zum Jahr 2000, zu 51% erfüllt ist und dass allfällige neue Kernkraftwerke dem fakultativen Referendum unterstellt werden sollen (vgl. Nr. 3945 und 3921 der Chronik).

(3983) 15. September: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt die Reorganisation ihrer Unternehmensstrukturen bekannt. Ab 1. November des laufenden Jahres wird die Nagra neu in die vier Geschäftsbereiche "Endlagerprojekte", "Radioaktive Materialien", "Internationale Dienstleistungen und Projekte" sowie "Technik und Wissenschaft" unterteilt.

(3984) Die Stadt Bern verzichtet auf einen Beitritt zum "Collectif pour l'arrêt du superphénix". Der Gemeinderat sei der Meinung, dass sich seine Zuständigkeit für Fragen der Sicherheit der Kernenergie auf diejenigen Anlagen beschränken sollte, an denen die Stadt Bern direkt beteiligt ist, heisst es im Bericht zu einem Postulat der Rot-Grün-Mitte-Fraktionen im Stadtrat. Ausserdem habe der neue französische Premierminister Jospin selber eine Stillegung des Superphénix in Aussicht gestellt (vgl. Nr. 3946 der Chronik).

(3985) 16. September 1997: An einer Pressekonferenz des VSE (Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke) und des BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) erklärt sich die schweizerische Elektrizitätswirtschaft grundsätzlich bereit, den Markt vollständig zu öffnen. Allerdings plädiert sie für eine schrittweise Öffnung in Form einer zehnjährigen Übergangslösung. Auf diese Weise würden sich die sogenannten "nicht-amortisierbaren Investitionen" – das ist die Differenz zwischen dem aktuellen Buchwert einer Anlage und dem absehbar tieferen Marktwert nach der Marktöffnung – auf rund SFr 1,3 Mrd belaufen, statt auf rund SFr 8 Mrd bei einer sofortigen und vollständigen Öffnung.

(3986) 16. September: Foratom, die Dachorganisation der Atomforen der Länder Europas, in dem die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) die Schweiz vertritt, unterstreicht im Vorfeld der UN-Klimakonferenz im Dezember dieses Jahres, dass die Kernenergie Teil jeder Lösung des Problems der Treibhausgas-Emissionen sein muss. Gemäss den neuesten Prognosen des Weltenergierates sei bis im Jahr 2020 mit einem Anstieg des globalen Elektrizitätsverbrauchs zwischen 50 und 100 Prozent und bis im Jahr 2050 mit einem Anstieg zwischen 140 und 320 Prozent zu rechnen. Dieses Ausmass zeige, dass Energiesparmassnahmen und der Einsatz von erneuerbaren Energiequellen deutlich ungenügend sein werden, um eine zukunftstaugliche (sustainable) wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen.

(3987) 19. September: Block 1 des Kernkraftwerks Beznau wird zur Revision abgeschaltet, nachdem die Anlage bei einer Arbeitsverfügbarkeit von 97,5 Prozent während 400 Tagen ohne Unterbruch Strom erzeugt hat. Das ist ein Rekordwert für das KKB-I.

(3988) 19. September: Die BKW FMB Energie AG gibt in einer Pressemitteilung den Ersatz des bei einem Routinetest beschädigten und im Normalbetrieb nicht benötigten Dieselaggregats bekannt (vgl. Nr. 3980 der Chronik).

(3989) 23. September: Im Block 2 des Kernkraftwerks Beznau kommt es aufgrund einer technischen Störung an einem Eigenbedarfstransformator zu einer automatischen Reaktorabschaltung. Der abgestellte Reaktor befindet sich danach in einem sicheren und stabilen Zustand, und Radioaktivität tritt, wie die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) anhand der Sondenanzeigen ihres eigenen Messnetzes bestätigen kann, keine aus. Am gleichen Abend wird Block 2 wieder ans Netz geführt.

(3990) 25. September: Der Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), Bundesrat Moritz Leuenberger, beauftragt den Technischen Überwachungsverein (TÜV) Energie Consult München, eine Expertise über die Risse im Kernmantel des Kernkraftwerks Mühleberg vorzunehmen. Dieser Expertenbericht habe, so das EVED, den Charakter einer unabhängigen Zweitmeinung (vgl. Nr. 3975 der Chronik).

(3991) 29. September: Der Bundesrat beantragt die Motion "Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts im Bau- und Planungsbereich" des Zürcher Nationalrats Fehr (SVP) sowie weiterer 85 Mitunterzeichner den Räten zur Ablehnung. In seiner Begründung hatte der Motionär dargelegt, dass durch Verbandsbeschwerden in der Vergangenheit verschiedene Bauvorhaben verzögert, blockiert oder gar verhindert worden seien. Der Bundesrat sieht den Grund dafür nicht in den Verbandsbeschwerden.

(3992) 29. September: In der Fragestunde des Nationalrats erkundigt sich die Berner Nationalrätin Teuscher (Grüne), warum die Öffentlichkeit über den Ausfall eines Notstromaggregats im Kernkraftwerk Mühleberg (vgl. Nr. 3988 der Chronik) weder durch die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) noch durch die BKW FMB Energie AG informiert worden sei, und ersucht den Bundesrat um Beurteilung der Glaubwürdigkeit der HSK sowie der BKW. In seiner Antwort hält der Bundesrat fest, bei diesem Vorkommnis habe es sich um ein geringfügiges gehandelt, dessen Meldung gemäss den Richtlinien über die Berichterstattung der KKW nicht vorgesehen ist. Die HSK publiziere derartige Vorkommnisse jeweils in Monats- oder Jahresberichten. Die beteiligten Amtsstellen und insbesondere die HSK hätten ihre Pflicht erfüllt und genössen das uneingeschränkte Vertrauen des Bundesrates. Was die BKW betreffe, so habe sie das Ereignis vorschriftsgemäss den zuständigen Behörden gemeldet.

(3993) 30. September: Die Schweiz unterzeichnet anlässlich der Generalversammlung der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) das Gemeinsame Übereinkommen über die sichere Handhabung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle unter Vorbehalt der Ratifikation durch das Parlament. Das Übereinkommen deckt in Ergänzung zu dem von der Schweiz am 12. September 1996 ratifizierten Übereinkommen über nukleare Sicherheit (betrifft nur die Kernkraftwerke) einen grossen Teil des zivilen und einen kleinen Teil des militärischen nuklearen Brennstoffkreislaufs. Mit der Ausarbeitung eines Botschaftsentwurfes ist das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) beauftragt worden.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1997 (Stephan Rubli)

(3994) 1. Oktober: Die Electrowatt Management AG gibt in einer Pressemitteilung bekannt, dass die finnische Gruppe Jaakko Pöyry Oy zusammen mit einer Schweizer Investorengruppe, bestehend aus der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke, unter Vorbehalt ihrer Oberbehörden), der Ernst Göhner Stiftung sowie der Lombard Odier Gruppe, das Aktienkapital der Electrowatt Engineering AG (EWE) zu 100 Prozent übernehmen wird. Jaakko Pöyry wird danach 49%, die Schweizer Investorengruppe 51% halten. Mit dieser Transaktion, die vorbehältlich der Zustimmung verschiedener Behörden voraussichtlich im ersten Halbjahr 1998 stattfinden kann, bleibe die vom Markt geforderte Lieferantenunabhängigkeit der EWE im Zusammenhang mit der Übernahme der Electrowatt-Industrien durch Siemens gewahrt.

(3995) 6. Oktober: Wie das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) in einer Pressemitteilung meldet, wird das von der BKW FMB Energie AG im Mai 1996 eingereichte Gesuch um Erteilung einer unbefristeten Bewilligung für das von ihr

betriebene Kernkraftwerk Mühleberg vom 7. Oktober bis 6. November 1997 öffentlich aufgelegt. Mit der am 14. Dezember 1992 erteilten und auf den 31. Dezember 2002 befristeten Bewilligung (vgl. Nr. 3412 der Chronik) wurde die BKW dazu verpflichtet, im Hinblick auf den Fristablauf Alternativen zum KKM zu evaluieren. Diesen Auftrag hat die BKW im Mai 1996 mit dem Bericht „Alternativen zum Kernkraftwerk Mühleberg“ erfüllt (vgl. Nr. 3760 der Chronik), so dass die Befristung ersatzlos zu streichen sei. Als weitere Begründungen für ihr Gesuch nennt die BKW die Versorgungs- und Rechtssicherheit sowie die Gleichbehandlung mit den Kernkraftwerken Beznau-I, Gösgen und Leibstadt.

(3996) 6. Oktober 1997: Im Zusammenhang mit der von Bundesrat Leuenberger in Auftrag gegebenen Überprüfung der Sicherheit des Kernkraftwerks Mühleberg durch den TÜV (Technischer Überwachungsverein) Energie Consult München erkundigt sich der Solothurner Nationalrat Steiner (FDP) in der Fragestunde über die Kosten dieser Überprüfung. Ferner fragt er den Bundesrat, ob dieser die Mitarbeiter der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) als nicht vertrauenswürdig oder ihrer Aufgabe nicht gewachsen einstufe oder ob er sich aus politischer Gesinnung hinter die Bestrebungen der Kernkraftgegner stelle. In seiner Antwort hält Bundesrat Leuenberger fest, das Gutachten koste rund SFr 90'000.–, was dem KKM direkt verrechnet werde. Die HSK, so Leuenberger, geniesse das uneingeschränkte Vertrauen des Bundesrates, doch die in der Öffentlichkeit immer wieder gemachte Behauptung, das KKM wäre längst stillgelegt, wenn es in den USA oder in Deutschland stünde, wolle "verifiziert" sein. (vgl. Nr. 3990 der Chronik).

(3997) 6. Oktober: Während fünf Tagen führen rund 20 europäische mobile Labors Radioaktivitätsmessungen im Hinterrhein und in Gordola (Tessin) durch. Die vom BAG (Bundesamt für Gesundheit), von der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und vom AC-Laboratorium Spiez im Rahmen des "10th regular workshop on mobile radiological laboratories" eingeladenen Teams stellen fest, dass die Radioaktivität im Bereich der natürlichen Strahlung und ihrer Schwankungen bewegt. Im Mai 1986 wurde im Tessin vermehrt radioaktives Cäsium-137 abgelagert, weil es dort beim Vorbeiziehen der "Tschernobyl-Wolke" ausgiebig regnete (vgl. Nr. 2459 der Chronik).

(3998) 9. Oktober: Der Ständerat berät das Energiegesetz fertig und nimmt es in der Schlussabstimmung einstimmig an. Die vom Nationalrat beschlossene Lenkungsabgabe bzw. Zwecksteuer von 0,6 Rp/kWh auf nicht erneuerbaren Energien einschliesslich Kernenergie verwirft der Ständerat mit 25 zu 3 Stimmen deutlich (vgl. Nr. 3930 der Chronik).

(3999) 9. Oktober: In einem aussergerichtlichen Vergleich verpflichtet sich die Protestorganisation Greenpeace, der BKW FMB Energie AG einen Betrag von SFr 150'000.– zu zahlen. Damit sollen die Schäden abgegolten werden, die der Betreiberin des Kernkraftwerks Mühleberg im August 1996 anlässlich einer Blockade der KKM-Eingänge durch die Umweltaktivisten entstanden sind.

(4000) 10. Oktober: Der Nationalrat nimmt Kenntnis von den Petitionen "Sieben Forderungen zum 10. Jahrestag von Tschernobyl" (Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) und "Der 'NukleAargau' hat genug" (WWF Aargau) Kenntnis, leistet ihnen aber keine Folge (vgl. Nr. 3871 der Chronik).

(4001) 13. Oktober: Von den durch die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) im Geschäftsjahr 1996/97 (Oktober 1996 bis September 1997) in ihr Versorgungsgebiet abgegebenen 13 Mrd kWh Strom entfielen 71% auf die Kernenergie. Davon stammten 33% aus dem NOK-eigenen KKW Beznau, 18% aus den Partnerwerken Gösgen und Leibstadt sowie 20% aus den Bezugsrechten an französischen Kernkraftwerken (vgl. Nr. 3883 der Chronik).

(4002) 15. Oktober: Während drei Tagen findet am Technikum Winterthur der 30. Vertiefungskurs der SVA statt. Rund 160 Teilnehmer aus fünf Ländern folgen den Präsentationen der 32 Referenten zum Thema "Notfallmanagement innerhalb und ausserhalb des KKW" (vgl. Nr. 3912 der Chronik).

(4003) 18. Oktober: Anlässlich ihrer Studientagung "Energiepolitik" verabschiedet die FDP Schweiz ein Positionspapier mit elf Punkten. Darin wird unter anderem die freie Wahl der Energieträger und die Reduktion von Treibhausgasen gefordert. Die FDP befürwortet weiterhin die Nutzung der Kernenergie. Lösungen für die Entsorgung nuklearer Abfälle sind nach dem FDP-Papier unabhängig von der Frage der weiteren Kernenergienutzung voranzutreiben. Wettbewerbsverzerrende Subventionierungen lehnt die FDP ab.

(4004) Die Kernkraftwerke Gösgen und Beznau-II belegen nach einer Zusammenstellung in der Westinghouse-Publikation "Energy Digest" in der durchschnittlichen Arbeitsausnutzung der Jahre 1994–96 die hervorragenden Ränge 5 (KKG, 93,31%) resp. 9 (KKB-II, 91,22%) weltweit.

(4005) 23. Oktober: Der Berner Stadtrat (Gemeindeparlament) entschliesst sich im Rahmen der Detailberatung zur Totalrevision der Gemeindeordnung anzustreben, "die Atomenergie durch umweltfreundliche Energie zu ersetzen".

(4006) 25. Oktober: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt den Abschluss der knapp einjährigen Bearbeitung der seismischen Feldaufnahmen in der Region Mettau im Nordaargau bekannt. Nach eigenen Angaben will die Nagra in der Folge dem Bundesrat ein Gesuch für ein Bohrprogramm zur weiteren Erforschung des kristallinen Grundgebirges einreichen (vgl. Nr. 3779 der Chronik).

(4007) 27. Oktober: Die SVA öffnet ihre Internet-Web-Site unter der Adresse "http://www.atomenergie.ch" resp. "http://www.aspea.ch.

(4008) 30. Oktober 1997: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) erteilt Block I des Kernkraftwerks Beznau nach erfolgter Revision die Freigabe zum Wiederanfahren. Während des sechswöchigen Stillstands wurden alle Brennelemente einer Dichtheitsüberprüfung unterzogen und 44 der insgesamt 121 Brennelemente durch neue ersetzt (vgl. Nr. 3987 der Chronik)

(4009) 31. Oktober: Der Schweizer Staatssekretär, Jakob Kellenberger, und die USA-Botschafterin in der Schweiz, Madeleine May Kunin, unterzeichnen ein neues Abkommen über die nukleare Kooperation zwischen den beiden Staaten. Dieses Rahmenabkommen ohne Liefer- und Bezugsverpflichtungen ersetzt das am 8. August 1996 ausser Kraft getretene Abkommen von 1965/1973 und ist notwendig, damit die Schweizer Kernkraftwerke auch künftig Kernbrennstoff aus den USA verwenden und im Ausland wiederaufarbeiten lassen können.

(4010) 31. Oktober: Das VSE-Bulletin, die Zeitschrift des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke, veröffentlicht eine Studie unter dem Titel "Ist die Stromproduktion aus Wasserkraft und Kernkraft noch attraktiv?". Die Gegenüberstellung verschiedener Stromerzeugungssysteme anhand der Lebenszyklusanalyse-Methode zeigt auf, dass Kernenergie und Wasserkraft in bezug auf die Stromgestehungskosten, Treibhausgasemissionen und Materialverbrauch die besten ökologischen und ökonomischen Voraussetzungen für die Stromerzeugung in der Schweiz aufweisen.

(4011) 4. November 1997: Die Protestorganisation Greenpeace reicht bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen die – Zitat Greenpeace: "illegalen" – Nukleartransporte der Schweizer Kernkraftwerksbetreiber ein, um die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente zu unterbinden.

(4012) 4. November: Der Stromverbrauch im Netz der CKW (Centralschweizerischen Kraftwerke) ging im Geschäftsjahr 1996/97 gegenüber der Vorjahresperiode um 0,9% auf 2'074 Mio kWh zurück. 66% der Stromnachfrage deckten die Kernkraftwerke und Strombezugsrechte (vgl. Nr. 3836 der Chronik).

(4013) 5. November: Der Bundesrat schreibt in einem Brief an die Nationalrats-Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie), "die Vorarbeiten für den Erlass einer Verordnung über den Entsorgungsfonds für Kernanlagen würden jetzt umgehend in die Wege geleitet". Dieser Fonds soll die Finanzierung der unabhängig von den Stillegungskosten anfallenden Entsorgungskosten für die Betriebsabfälle und die bestrahlten Brennelemente regeln. In einer Studie, die das Bundesamt für Energiewirtschaft auf Veranlassung der NR-Urek bei der STG-Coopers & Lybrand im Sommer 1997 in Auftrag gegeben hatte, werden das bis heute praktizierte System als dem geltenden Recht entsprechend und die Schätzung der Entsorgungskosten und die bisherigen und künftig vorgesehenen Rückstellungsbeiträge als plausibel erachtet. Nach Angaben der Finanzkommission Entsorgung des Ausschusses der Überlandwerke UeWA besteht demnach kein Anlass – insbesondere im Hinblick auf die Totalrevision des Atomgesetzes –, Zwischenlösungen einzuführen.

(4014) 6. November: Das Kernkraftwerk Mühleberg der BKW FMB Energie AG feiert sein 25jähriges Jubiläum. In diesem Vierteljahrhundert seit Inbetriebnahme erzeugte das KKM mehr als 60 Mrd kWh Strom bei einer Verfügbarkeit von 85%.

(4015) 6. November: Die einmonatige Einsprachefrist für das aufgelegte Gesuch um Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg läuft ab. Vier Organisationen und Vereine sowie 1'170 Personen haben Einsprache erhoben. Mehr als 99% dieser Einsprachen sind vervielfältigt.

(4016) 17. November: Aktivisten der Protestorganisation Greenpeace versuchen mittels Geleiseblockade, den Abtransport von zwölf Brennelementen in einem TN12/1-Behälter vom Kernkraftwerk Gösgen in die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague zu unterbinden. Kurz vor Mitternacht lösen sie die Blockade auf. Am nächsten Morgen werden die Brennelemente in Richtung Frankreich abtransportiert.

(4017) 18. November: Ein Greenpeace-Aktivist wird vom Bezirksgericht Val-de-Travers zur Bezahlung einer Busse von SFr 3'000.– verurteilt, weil er die von der Protestorganisation im Juni 1997 im neuenburgischen Fleurier durchgeführte Blockade zweier mit abgebrannten Brennelementen beladener Sattelschlepper organisiert hatte (vgl. Nr. 3937 der Chronik).

(4018) 19. November: Der Bundesrat beschliesst eine Revision der Kernenergiehaftpflichtverordnung. Die Inhaber der Schweizer Kernkraftwerke haften weiterhin unbeschränkt und müssen für die Deckung der Haftpflicht eine Versicherung über SFr 1 Mrd abschliessen. Die Deckungssumme der privaten Versicherer verbleibt auf SFr 700 Mio, während der Bund die restlichen SFr 300 Mio versichert. Die Prämie für die Versicherung des Bundes wird neu unabhängig von den Prämien der privaten Versicherer berechnet und frankenmässig in der Verordnung festgehalten. Bislang hatten Prämienrückgänge der privaten Versicherer auch einen Rückgang der Prämie des Bundes zur Folge. Die Prämienbeiträge für den Bund betragen neu für Beznau-I und -II SFr 2,5 Mio, für Mühleberg SFr 1,47 Mio sowie für Gösgen und Leibstadt je SFr 1,88 Mio (vgl. Nr. 3846 der Chronik).

(4019) 19. November: Gemäss Mitteilung des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) nahm der Stromverbrauch in der Schweiz im vergangenen hydrologischen Jahr (Oktober 1996 bis September 1997) um 0,4% auf rund 48,5 Mrd kWh zu, was einem neuen Höchstwert entspricht. Die Stromproduktion erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 9% auf 60,3 Mrd kWh. Davon erzeugten die Wasserkraft 57%, die Kernenergie 40% und die fossil-thermischen Kraftwerke 3%.

(4020) 20. November: Die Schweiz stellt an einer internationalen Konferenz in New York in Aussicht, im Rahmen des "Shelter Implementation Plan" (SIP) rund SFr 6,4 Mio für die Renovation der Schutzhülle ("Sarkophag") des havarierten Reaktors Nummer 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl zur Verfügung zu stellen.

(4021) 26. November 1997: Drei parlamentarische Vorstösse zum Lufttransport von Plutonium, die sich in der Fragestellung teilweise überschneiden, werden vom Bundesrat beantwortet: die Einfache Anfrage "Lufttransport von Plutonium" des Waadtländer Nationalrats Chiffelle (SP) (vgl. Nr. 3941 der Chronik), die Einfache Anfrage "Plutoniumtransporte per Flugzeug" des Stadtbasler Nationalrats Rechsteiner (SP) und die Motion "Lufttransport von Plutonium" des Waadtländer Nationalrats Ostermann (Grüne). Letztere fordert den Bundesrat auf, die Lufttransporte zu verbieten. Der Bundesrat ist der Meinung, dass kein Grund besteht, Bewilligungen für Lufttransporte von unbestrahlten Mischoxid(Mox)-Brennelementen nicht mehr zu erteilen. Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) verlange schon heute für ihre Beurteilung von Transportgesuchen eine Darlegung, dass die Eigenschaften des Brennstoffs den neuen durch die IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) erarbeiteten Transportvorschriften, die bis zum Jahr 2001 in die internationalen bzw. nationalen Vorschriften umgesetzt werden sollen, entsprechen. Ob und unter welchen Bedingungen die Wiederaufarbeitung bzw. der Versand von abgebrannten Brennstäben und der Lufttransport von plutoniumhaltigen Material in und über die Schweiz zulässig sein sollen, sei im Zusammenhang mit der Totalrevision der schweizerischen Atomgesetzgebung zu prüfen. Der Bundesrat beantragt, die Motion Ostermann in ein Postulat umzuwandeln. Der Motionär ist damit einverstanden.

(4022) 27. November: Die von der kantonalbernischen Regierung im November 1996 eingesetzte Begleitgruppe Strom, die die Zukunft der Berner Energiepolitik nach einer Ausserbetriebsetzung des Kernkraftwerks Mühleberg ausloten sollte, schliesst ihre Arbeiten ab. Dies wurde in einer Motion der beiden bürgerlichen Fraktionen SVP und FDP verlangt, die vom Grossen Rat des Kantons Bern mit 104 zu 15 Stimmen gutgeheissen wird.

(4023) 28. November: Greenpeace gibt bekannt, dass sie von den NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) eine Entschädigungsforderung über den Betrag von SFr 250'000.– erhalten hat, die bis zum 24. Dezember 1997 zahlbar ist. Mit diesem Betrag soll Greenpeace die Schäden abgelten, die sie anlässlich einer Blockade des Werksgeleises des Kernkraftwerks Beznau im März 1997 verursacht hat (vgl. Nr. 3887 der Chronik). "Die Schweizer AKW-Betreiber wollen Greenpeace mundtot machen", moniert die Protestorganisation, hält aber fest, Greenpeace lasse sich nicht unterkriegen und wolle deshalb auch die erste, am 1. Dezember fällige Teilzahlung an die BKW FMB Energie AG nicht ausrichten (vgl. Nr. 3999 der Chronik).

(4024) Die BKW FMB Energie AG leitet eine Betreibung gegen Greenpeace ein, weil sie die in einem aussergerichtlichen Vergleich zugesagte erste Teilzahlung einer BKW-Schadenersatzforderung nicht bezahlen will (vgl. Nr. 4023 der Chronik).

(4025) Gemäss einer in der Zeitschrift "Nuclear Engineering International" veröffentlichten Liste belegt das Kernkraftwerk Beznau-II mit einer durchschnittlichen Arbeitsausnutzung seit Inbetriebnahme von 86,2% weltweit den neunten Rang.

(4026) 1. Dezember 1997: Mit zwanzig Medienschaffenden besucht die SVA anlässlich einer fünftägigen Journalistenreise die Naturreaktoren von Oklo und Bangombé im westafrikanischen Staat Gabun.

(4027) 3. Dezember: Beim Auswechseln eines Gerätes zur Niveauüberwachung in der Turbinenanlage kommt es im Block 1 des Kernkraftwerks Beznau zu einer automatischen Reaktorabschaltung. Nach Informierung der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und den üblichen Funktions- und Sicherheitstests wird die Anlage gleichentags wieder ans Netz geschaltet.

(4028) 5. Dezember: Das BAG (Bundesamt für Gesundheit) gibt bekannt, dass in der Schweiz seit 40 Jahren die Radioaktivität überwacht wird. Für die Koordination der landesweiten Überwachung ist das Messlabor an der Universität Freiburg zuständig, welches nach Tschernobyl in eine BAG-Sektion umgewandelt wurde.

(4029) 9. Dezember: Die Regierungen beider Basel fordern in einem Brief Bundesrat Moritz Leuenberger dazu auf, mit allen politischen Mitteln darauf hinzuwirken, dass der Schnelle Reaktor Superphénix ausser Betrieb genommen und in einen sicheren Zustand überführt werde. Diese Aufforderung der Basler Regierungen geht auf eine Petition des NWA (Nordwestschweizerisches Komitee gegen Atomkraftwerke) zurück, die 2247mal unterschrieben wurde (vgl. Nr 3861 der Chronik).

(4030) 10. Dezember: Greenpeace fragt sich in einer Pressemeldung, ob das Kernkraftwerk Leibstadt am Ende sei. Die Zwischenlagerbecken seien randvoll, und ein Brennelementwechsel im Umfang des letzten Sommers würde eine vorübergehende Stillegung zur Folge haben, mutmasst die Protestorganisation und schliesst daraus, der sichere Betrieb des KKL sei nicht mehr gewährleistet.

(4031) 10. Dezember: Die Kernkraftwerk Leibstadt AG wehrt sich gegen die "haltlosen, unzutreffenden Vorwürfe" von Greenpeace und hält fest, dass weder von einem erhöhten Sicherheitsrisiko noch von vollen Lagerbecken die Rede sein könne. Den Vorwurf von Greenpeace, wonach finanzielle Überlegungen zur Vernachlässigung der Sicherheitsaspekte führen könnten, weist die KKL-Betreiberin als böswillige Unterstellung zurück und unterstreicht, Greenpeace versuche, statt zur sachlichen Diskussion beizutragen, die Bevölkerung zu verunsichern.

(4032) In der zweiten Woche der Wintersession beschliesst der Nationalrat mit 95 zu 56 Stimmen, das Budget des Paul Scherrer Instituts (PSI) um SFr 4 Mio zu kürzen. Zudem entscheidet er sich mit 89 zu 61 Stimmen für eine Aufstockung der Gelder an das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) zur Förderung der erneuerbaren Energien um denselben Betrag.

(4033) 11. Dezember: In einer gemeinsamen Medienmitteilung geben die drei grossen schweizerischen Elektrizitätsgesellschaften Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität), BKW (BKW FMB Energie AG) und EOS (Energie Ouest Suisse) die Unterzeichnung eines Vertrages über die industrielle Kooperation bekannt. Damit wollen sich die drei Gesellschaften, die rund die Hälfte der Schweiz mit Strom versorgen, auf die bevorstehende Marktöffnung und die allfällig veränderten Anliegen und Erwartungen ihrer Kunden vorbereiten.

(4034) 11. Dezember 1997: Das Energieforum Schweiz fordert die Mitglieder des Ständerats in einem Memo auf, gegen den Entscheid des Nationalrats zu opponieren, der Kredit 1998 für das Paul Scherrer Institut sei um SFr 4 Mio zu kürzen. Dieser Entscheid ist laut Energieforum zu bedauern, weil er dem Geist des ETH-Gesetzes widerspreche und einen gezielten Eingriff in Lehre und Forschung des ETH-Bereiches darstelle (vgl. Nr. 4032 der Chronik).

(4035) 12. Dezember: In seiner Beantwortung der Interpellation "Wiederaufbereitung von Schweizer Atommüll in Osteuropa" der St. Galler Nationalrätin Hollenstein (Grüne) gibt der Bundesrat bekannt, er habe keine Hinweise dafür, dass sich schweizerische Unternehmen an einer Wiederaufarbeitungsanlage in Sibirien beteiligen möchten. Nach den geltenden gesetzlichen Regelungen könnte der Bundesrat ein Unternehmen auch nicht daran hindern, entsprechende Investitionen im Ausland zu tätigen, wenn dies der Fall wäre. Ausserdem bestehe nach geltendem Recht keine Handhabe, von den Betreibern der schweizerischen Kernkraftwerke den Ausstieg aus den bestehenden Verträgen oder den Verzicht auf den Abschluss neuer Verträge zu verlangen. Die grundsätzliche Frage, ob die Wiederaufarbeitung bzw. der Versand von abgebrannten Brennelementen in die Wiederaufarbeitungsanlagen weiterhin zulässig sein sollen, sei im Zusammenhang mit der Totalrevision der Atomgesetzgebung zu prüfen. Die Interpellantin verlangt die Diskussion, die zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden wird.

(4036) 12. Dezember: Der Bundesrat beantwortet die Motion "Verbrauch von fossilen Energieträgern. Reduktion" der Nationalrats-Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie), Minderheit Thür. Der Bundesrat beabsichtige, die Energiepolitik auf der Basis der Energie- und CO_2-Gesetze sowie mit dem in Entwicklung stehenden Nachfolgeprogramm für Energie 2000 nach der Jahrhundertwende weiterzuführen und zu verstärken. Mit der beabsichtigten Politik sei eine Abnahme des Verbrauchs von fossilen Energieträgern gemäss der Zielsetzung des CO_2-Gesetzes möglich (Reduktion der CO_2-Emissionen bis 2010 um 10% gegenüber 1990). Eine erheblich weitergehende Reduktion sei innert 10 Jahren kaum realisierbar, selbst wenn die hängigen Energie-Umwelt- und die Solarinitiativen in der Volksabstimmung angenommen werden sollten. Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln (vgl. Nr. 3896 der Chronik).

(4037) 12. Dezember: Die Interpellation "Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstoffe", in welcher der Aargauer Nationalrat Thür (Grüne) dem Bundesrat 35 Fragen im Bereich des Back-ends stellte, wird beantwortet. Der Interpellant verlangt die Diskussion, die zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden wird (vgl. Nr. 3903 der Chronik).

(4038) 12. Dezember: Der Bundesrat beantwortet die Interpellation des Stadtbasler Nationalrats Rechsteiner (SP) "Atomkraftwerk Leibstadt". Die Frage, ob eine Leistungserhöhung im Kernkraftwerk Leibstadt nicht das Betriebsrisiko überproportional erhöhe, beantwortet der Bundesrat dahingehend, dass selbst bei einer Leistungserhöhung um 14,7% das Risiko geringer wäre als bei Inbetriebnahme des KKL im Jahr 1984. Die Aussage Rechsteiners, wonach eine Leistungserhöhung dem Moratoriumsgedanken "diametral widersprechen" würde, weist der Bundesrat mit Bezug auf die entsprechende Botschaft zurück: Der Souverän habe verlangt, dass in den zehn Jahren des Moratoriums keine Bewilligungen für neue Kernkraftwerke erteilt würden. Zudem sei die Leistungserhöhung der bestehenden KKW um durchschnittlich zehn Prozent eines der Ziele von Energie 2000 (vgl. Nr. 3821 der Chronik).

(4039) 12. Dezember: In seiner Antwort zur Interpellation "Atomare Wiederaufarbeitung. Folgen für Mensch und Umwelt" der Grünen Fraktion weist der Bundesrat unter anderem auf die Einigkeit zwischen den meisten Wissenschaftern hin, wonach epidemiologische Studien im Zusammenhang mit Radioaktivitätsabgaben aus Kernanlagen wegen der vorhandenen natürlichen Strahlung keine neuen Erkenntnisse bringen können, solange der Dosisbeitrag aus der künstlichen Radioaktivität deutlich kleiner bleibt als der Beitrag aus der natürlichen Strahlung. Im Falle der Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague betragen die radioaktiven Abgaben etwa 3% des dortigen natürlichen Untergrunds. Im übrigen werde die Wiederaufarbeitung im Ausland von der Schweizer Atomgesetzgebung nicht erfasst und beruhe auf privaten Verträgen. Die grundsätzliche Frage, ob die Wiederaufarbeitung resp. der Versand von abgebrannten Brennelementen dahin weiter zulässig sein sollen, müsse im Rahmen der Totalrevision des Atomgesetzes geregelt werden. Die Interpellantin verlangt die Diskussion. Sie wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden (vgl. Nr. 3904 der Chronik).

(4040) In einer Einigungskonferenz beschliesst das Parlament, auf die Kürzung des Budgets für das PSI (Paul Scherrer Institut) um SFr 4 Mio zu verzichten. Gleichzeitig wird die vom Nationalrat beschlossene Aufstockung des Budgets für das BEW (Bundesamt für Energiewirtschaft) um denselben Betrag wieder rückgängig gemacht (vgl. Nr. 4032 der Chronik).

(4041) 17. Dezember: Das EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) gibt bekannt, dass der Bundesrat die Bewilligung zur Kühlwassereinleitung und die fischereirechtliche Bewilligung für das KKW Beznau-I erteilt und der Änderung der Bewilligung vom 12. Dezember 1994 zur Kühlwassereinleitung für das KKW Beznau-II zugestimmt hat. Zudem beschliesst der Regierungsrat des Kantons Aargau die Erneuerung der Konzessionen für die Wasserentnahme zu Kühlzwecken aus der Aare beschlossen.

(4042) 18. Dezember: Die Kernkraftwerk Leibstadt AG unterbreitet der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) ihre Massnahmen zur Behebung der Problematik der erhöhten Korrosion an Brennelementen im KKL. Dazu gehört die Anpassung der

chemischen Bedingungen im geschlossenen Wasser-Dampf-Kreislauf an einen Bereich, in dem keine beschleunigte Korrosion auftritt. Ausserdem sollen nur noch Brennelemente mit Hüllrohren eingesetzt werden, deren Aussenoberfläche vorbehandelt ist, und ab dem laufenden Jahr kommt Hüllrohrmaterial mit optimierter Mikrostruktur zum Einsatz. Die KKL AG will im übrigen modernste Brennelemente verschiedenster Lieferanten unter vergleichbaren Bedingungen im Reaktor testen (vgl. Nr. 3974 der Chronik). Mit diesen Massnahmen sind aus Sicht der Werksbetreiber die Voraussetzungen für die Bewilligung der Leistungserhöhung durch den Bundesrat erfüllt. Sie wird nun im September 1998 erwartet (vgl. Nr. 3956 der Chronik).

(4043) 29. Dezember: In einem Brief an den Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement), Bundesrat Moritz Leuenberger, erkundigt sich die Organisation "Aktion Mühleberg stillegen" (Amüs), wie das Verfahren zum Gesuch der BKW FMB Energie AG um Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg ablaufe. Amüs glaubt, das Atomgesetz mache einen neuen technischen Bericht erforderlich (vgl. Nr. 3995 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1998 (Stephan Rubli)

(4044) Nachtrag. 15. Dezember 1997: Die Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG reicht das Gesuch um Erteilung einer Betriebsbewilligung für die Abfallbehandlungsanlagen (Konditionierungs- sowie Verbrennungs- und Schmelzanlage) zusammen mit dem Final Safety Analysis Report ein (vgl. Nr. 3902 der Chronik).

(4045) 7. Januar: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) gibt bekannt, in den schweizerischen Kernanlagen sei es 1997 zu insgesamt 13 Vorkommnissen gekommen, die in der dreistufigen schweizerischen Bewertungsskala allesamt der untersten Kategorie B (Vorkommnisse von geringfügiger sicherheitstechnischer Bedeutung) zugewiesen wurden. In der International Nuclear Event Scale (Ines) wurden elf Ereignisse als "below scale" (keine sicherheitstechnische Bedeutung) sowie zwei als Stufe 1 (Störung) klassiert.

(4046) 15. Januar: Greenpeace will die erste Teilzahlung der von ihr aussergerichtlich akzeptierten Schadenersatzforderung der BKW FMB Energie AG (BKW) in Form einer Solaranlage begleichen. Die BKW ist nicht bereit, die Solarpanels als Schadenersatz zu akzeptieren. Greenpeace könne nicht einfach im nachhinein entscheiden, wie sie den anlässlich einer Besetzung des Kernkraftwerks Mühleberg im August 1996 verursachten Schaden bezahlen wolle (vgl. Nr. 4024 der Chronik).

(4047) 15. Januar: Das Zürcher Verwaltungsgericht weist den Rekurs von 27 Einwohnern aus Benken und der deutschen Gemeinde Jestetten gegen die vom Bundesrat gutgeheissene Probebohrung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in Benken ab. Die Rekurrenten sind nicht zum Rekurs legitimiert, da sie sich nicht durch den Bestand des Bohrloches, sondern durch den Lärm beeinträchtigt sehen. Gemäss den Richtlinien des Buwal (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft) können Massnahmen gegen den Lärm nur getroffen werden, wenn die Baustelle maximal 200 bis 600 m entfernt sei. Die Distanz der Opponenten belaufe sich aber auf 700 bis 1450 m. Dieser Entscheid kann vor dem Bundesgericht angefochten werden (vgl. Nr. 3981 der Chronik).

(4048) Die Stromabgabe der NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) ist im Geschäftsjahr 1996/97 (Oktober 1996 bis September 1997) um 1,6% oder 209 Mio kWh auf 13 Mrd kWh zurückgegangen. Grund für den Rückgang sind vor allem der gegenüber dem Vorjahr mildere Winter, der fehlende Schalttag sowie die Wirtschaftsflaute in der Schweiz. Der Produktionsanteil der Kernenergie im eigenen Park betrug 71% (vgl. Nr. 3883 der Chronik).

(4049) 19. Januar: Die BKW (BKW FMB Energie AG) meldet auch für das Jubiläumsjahr 1997 (vgl. Nr. 4014 der Chronik) für das Kernkraftwerk Mühleberg ein beachtliches Betriebsresultat. Die Arbeitsausnutzung lag bei 81,8%, und die Energieproduktion betrug 2,549 Mrd kWh, was rund 40% der gesamten jährlichen Stromnachfrage der BKW-Kunden entspricht.

(4050) 19. Januar: Das UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) gibt bekannt, dass das durch die Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG am 15. Dezember 1997 eingereichte Gesuch um Erteilung der nuklearen Betriebsbewilligung für die Konditionierungs- sowie die Verbrennungs- und Schmelzanlage vom 20. Januar bis 20. April bei verschiedenen Behörden öffentlich aufgelegt wird. Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens verfassen die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) ein Gutachten und die KSA (Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen) eine Stellungnahme, die zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls öffentlich aufgelegt werden (vgl. Nr. 4044 der Chronik).

(4051) 21. Januar: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) beharren auf ihrer Schadenersatzforderung im Umfang von SFr 250'000.– gegenüber der Organisation Greenpeace für die Blockade des Kernkraftwerks Beznau im März 1997. Bei der Verhandlung zwischen der NOK und Greenpeace kommt keine Einigung zustande (vgl. Nr. 4023 der Chronik).

(4052) 22. Januar: Der Berner Gemeinderat weist ein Postulat der RGM(Rot-Grün-Mitte)-Parteien vom August 1996 zurück, das den Beitritt der Stadt Bern zum "Collectif pour l'arrêt du superphénix" forderte. In seinem Prüfungsbericht begründet der Gemeinderat den Entscheid unter anderem mit dem Beitrag von mindestens 50 Rappen pro Einwohner, der für den Beitritt beglichen werden müsse. Die RGM-Mehrheit weist den Bericht mit 25 zu 19 Stimmen zurück. Der Gemeinderat hat nun sechs Monate Zeit für eine neue Antwort (vgl. Nr. 3984 der Chronik).

(4053) 27. Januar: Der Aargauer Nationalrat Ulrich Fischer (FDP) wird zum neuen Präsidenten der NR-Urek (Nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) gewählt. Er wird der NR-Urek während zwei Jahren vorstehen.

(4054) 27. Januar 1998: Die Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Nationalrats vertagt ihren Entscheid über eine Lenkungsabgabe auf nichterneuerbaren Energien. Ein Experte soll zunächst die Verfassungsmässigkeit abklären. Der Entscheid kann deshalb in der Märzsession nicht gefällt werden (vgl. Nr. 3998 der Chronik).

(4055) 28. Januar: Die Schweizer Kernkraftwerke produzierten im Jahr 1997 insgesamt 23,95 Mrd kWh Strom, rund ein Prozent mehr als im Vorjahr – ein neuer Höchstwert. Die durchschnittliche Arbeitsausnutzung lag bei 89,1%. Diese Zahlen veröffentlicht die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) in einer Pressemitteilung (vgl. Nr. 3869 der Chronik).

(4056) 28. Januar: Greenpeace will die erste Teilzahlung, SFr 40'000.–, der Schadenersatzforderung der BKW (BKW FMB Energie AG) mit Energiesparlampen entrichten, nachdem die BKW eine Solaranlage nicht akzeptiert hat. Die BKW ist auch mit diesem Zahlungsmittel nicht einverstanden (vgl. Nr. 4046 der Chronik).

(4057) 29. Januar: Im Hinblick auf die bevorstehende Vernehmlassung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) haben sich die rund 470 Mitglieder des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) und Organisationen der Gemeindeelektrizitätswerke trotz unterschiedlicher Interessenlagen in zentralen Fragen der Marktöffnung geeinigt. Die gemeinsamen Positionen sind ein Ausgleich zwischen einer möglichst umfassenden Marktöffnung im Interesse der Kunden und einer Eingrenzung der damit verbundenen hohen Umstellungskosten.

(4058) 2. Februar 1998: 49 der 200 Grossräte (Grüne und Sozialdemokraten) des Kantons Bern überweisen zwei dringliche Motionen, in denen sie den Regierungsrat auffordern, dahingehend zu intervenieren, dass die Schadenersatzsumme von SFr 150'000.–, die Greenpeace an die BKW zu leisten hat, für erneuerbare Energien eingesetzt wird (vgl. Nr. 4056 der Chronik).

(4059) 6. Februar: Der Verein Bedenken (Bewegung gegen eine Atommülldeponie in Benken) entscheidet an seiner Generalversammlung, den Entscheid des Zürcher Verwaltungsgerichts, das dem Verein die Rekurslegitimation gegen Sondierbohrungen in Benken absprach, vor Bundesgericht nicht anzufechten. Die Bewilligung für die Sondierbohrungen wird damit rechtskräftig (vgl. Nr. 4047 der Chronik).

(4060) 10. Februar: Im Rahmen des von Bundesrat Moritz Leuenberger initiierten Energiedialogs hat eine Arbeitsgruppe damit begonnen, Fragen zur Entsorgung radioaktiver Abfälle zu diskutieren. Ihre Resultate werden im Sommer dieses Jahres erwartet (vgl. Nr. 3945 der Chronik).

(4061) 11. Februar: Das UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) gibt die Sistierung des Bewilligungsverfahrens für die Durchführung von geologischen Untersuchungen in den aargauischen Gemeinden Leuggern und Böttstein durch die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) bekannt, nachdem eine Arbeitsgruppe sowie die Nagra Mitte 1996 diesen Standort als ungünstig bezeichnete und die Nagra darauf ein Gesuch um Sistierung des Verfahrens Leuggern/Böttstein einreichte. Gleichzeitig lehnt der Bundesrat die Forderung verschiedener Umweltorganisationen ab, das Verfahren solle weitergeführt werden. Die Nagra konzentriert ihre Untersuchungen im Kristallingestein nur mehr auf den Raum Mettau im Kanton Aargau (vgl. Nr. 4006 und 3779 der Chronik).

(4062) 12. Februar: Das BAG (Bundesamt für Gesundheit) veröffentlicht den Jahresbericht zur Umweltradioaktivität 1996. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Schweizer Bevölkerung im Mittel keiner unzulässigen Bestrahlung aus künstlichen oder natürlichen Quellen ausgesetzt ist. Einzig einige Wohnräume wiesen zu hohe Radonkonzentrationen auf. Der Betrieb der Schweizer Kernkraftwerke trägt auch in ihrer unmittelbaren Umgebung weniger als ein Prozent zur Umweltradioaktivität bei.

(4063) 12. Februar: Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München erwirbt einen Aktienanteil von 15% an der MC (Motor-Columbus). Damit befindet sich die MC nun mehrheitlich in ausländischem Besitz (vgl. Nr. 3844 der Chronik).

(4064) 13. Februar: Im Leibstädter Ortsteil Bernau wird am Abend ein "Allgemeiner Alarm" ausgelöst, dessen Ursache noch abzuklären ist. Das Kernkraftwerk Leibstadt läuft zu diesem Zeitpunkt mit voller Leistung und ohne Störung.

(4065) 13. Februar 1998: Im Zeichen der Übernahme des Energiebereichs von der Elektrowatt AG bestellt die Generalversammlung der Watt AG den Verwaltungsrat (vgl. Nr. 3962 der Chronik).

(4066) 16. Februar: Der neue Verwaltungsrat der Watt AG ernennt in einer Sitzung seine Geschäftsleitung.

(4067) 19. Februar: Die von Bundesrat Leuenberger an den TÜV Energie Consult in Auftrag gegebene Expertise zur sicherheitstechnischen Bedeutung der Risse im Kernmantel des KKM (Kernkraftwerk Mühleberg) liegt vor. Darin kommen die Experten unter anderem zum Schluss, dass die Sicherheit des KKM durch die Risse weder heute noch in den nächsten Jahren beeinträchtigt wird, selbst wenn die Zugankerkonstruktion nicht vorhanden wäre (vgl. Nr. 3996 der Chronik).

(4068) 19. Februar: Das UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) gibt bekannt, dass der Stromverbrauch 1997 gegenüber dem Vorjahr um 0,2% zurückgegangen ist. Grund dafür ist vor allem das milde Wetter (vgl. Nr. 3870 der Chronik).

(4069) 20. Februar: Das UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) veröffentlicht den Entwurf für ein Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Mit der kommenden Strommarktöffnung in der Europäischen Union will der Bundesrat auch den schweizerischen Elektrizitätsmarkt – laut Entwurf schrittweise innert neun Jahren – voll öffnen. Bei der Kernenergie interessiert am Entwurf besonders die Entschädigung der sogenannten "nicht amortisierbaren Investitionen".

(4070) 23. Februar 1998: Die BKW (BKW FMB Energie AG) gibt bekannt, die erste Teilzahlung von Greenpeace über SFr 40'000.– sei geleistet worden. Weitere drei Raten (zweimal SFr 40'000.–, einmal SFr 30'000.–) hat Greenpeace per 1. April, 1. August resp. 1. Dezember 1998 zu begleichen (vgl. Nr. 4058 der Chronik).

(4071) 24. Februar: Laut Basler Regierungsrat ist das kantonale Atomschutzgesetz, das die Behörden dazu verpflichtet, sich gegen Kernanlagen im Kanton und in der Nachbarschaft zu wehren, für den Schnellen Reaktor Superphénix im französischen Creys-Malville nicht anwendbar. Trotzdem sind die Anliegen einer parlamentarischen Anfrage im Basler Grossen Rat und einer Petition des NWA (Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) erfüllt, nachdem die französische Regierung im Februar 1998 die definitive Stillegung des Superphénix verfügte. Die parlamentarischen Vorstösse verlangten, Bundesrat Leuenberger sei aufzufordern, auf die Schliessung des Superphénix hinzuwirken (vgl. Nr. 4029 der Chronik).

(4072) 25. Februar: Wie die BKW FMB Energie AG mitteilt, hat ihre Stromproduktion 1997 gegenüber dem Vorjahr um 33 Mio kWh oder 0,7% auf insgesamt 4'733 Mio kWh abgenommen. Die Kernkraftwerke hatten einen Anteil von 60% an der Gesamtstromproduktion (vgl. Nr. 3874 der Chronik).

(4073) 5. März 1998: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt bekannt, dass sie nach Erhalt der rechtskräftigen Baubewilligung für die Sondierbohrung im zürcherischen Benken ab Ende März den Bohrplatz vorbereitet, so dass mit den eigentlichen Untersuchungsarbeiten im Opalinuston im Sommer begonnen werden kann (vgl. Nr. 4059 der Chronik).

(4074) 9. März: Die Berner Nationalrätin Teuscher (Grüne Fraktion) will anlässlich der Fragestunde im Nationalrat wissen, ob der Bundesrat seinen Entscheid zum Gesuch der BKW (BKW FMB Energie AG) um Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung für das KKM (Kernkraftwerk Mühleberg) zurückstellt, bis eine allfällige Abstimmung des Berner Volkes über die Stellungnahme erfolgt ist. Der Bundesrat will den Entscheid des Berner Grossen Rates abwarten und hält fest, dass die Durchführung einer solchen Abstimmung nicht sicher ist. Teuschers zweite Frage, ob Bundesrat Ogi als damaliger Vorsteher des EVED (Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) der BKW versprochen habe, die definitive Betriebsbewilligung für das KKM zu erteilen, sobald der geforderte Zusatzbericht zu den Mühleberg-Alternativen vorliege, wird verneint. Nur der Gesamtbundesrat sei dafür zuständig (vgl. Nr. 4043 der Chronik).

(4075) 12. März: Der Berner Regierungsrat will es dem Bundesrat überlassen, ob die befristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) in eine unbefristete umzuwandeln sei. Dies ungeachtet der Tatsache, dass das Bernervolk 1992 die vom Grossen Rat beschlossene Vernehmlassung des Standortkantons abgelehnt hat, welche diese Umwandlung sowie eine Leistungserhöhung um zehn Prozent 1992 befürwortete (vgl. Nr. 3327 der Chronik). Den Ausstieg im Jahr 2002 lehnt der Regierungsrat ebenfalls ab, weil die KKM-Produktion kurz- bis mittelfristig nicht durch vermehrten Einsatz von erneuerbaren Energien aufgefangen werden könne. Es sei wenig sinnvoll, ein "Kernkraftwerk vor der Haustüre" abzustellen, um dann vermehrt Atom- und Braunkohlestrom aus dem Ausland zu importieren (vgl. Nr. 4074 der Chronik).

(4076) 18. März: Der Berner Grosse Rat lehnt eine Motion der Grünen Freien Liste, die sich gegen eine unbefristete Bewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) richtet, mit 104 gegen 63 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab. Zwei weitere, ebenfalls im Grossen Rat eingereichte Motionen, die in dieselbe Richtung zielen, werden während der Diskussion zurückgezogen.

(4077) 18. März: Der Walliser Nationalrat Epiney (CVP) reicht die Interpellation "Elektrizitätsmarktöffnung. Nicht amortisierbare Investitionen" ein, in welcher er dem Bundesrat Fragen über die Entschädigung nicht amortisierbarer Investitionen bei Stromproduktionsanlagen stellt.

(4078) 20. März: Der Nationalrat beantragt, die Motion der Berner Nationalrätin Teuscher (Grüne Fraktion) "Stopp der umweltschädlichen Wiederaufbereitung von Brennelementen" als Postulat anzunehmen. Die Motionärin ist einverstanden.

(4079) 29. März: Aktivisten der Organisation Greenpeace verschaffen sich widerrechtlich Zutritt zum KKL (Kernkraftwerk Leibstadt) und versuchen den Abtransport abgebrannter Brennelemente zu unterbinden. Die Aktion auf dem Gelände wird am gleichen Nachmittag abgebrochen, danach blockieren die Aktivisten das Zufahrtsgleis ausserhalb der Umzäunung. Am späten Abend wird das Gleis durch die Polizei geräumt. Der sichere Kraftwerksbetrieb wird bei der Aktion nicht beeinträchtigt.

(4080) 30. März: Die Kernkraftwerk Leibstadt AG gibt bekannt, dass sie von Greenpeace Schadenersatz für die Räumung der Blockade am Vortag fordern wird.

(4081) 31. März: Die Bundeskanzlei veröffentlicht im Bundesblatt die Texte der zwei Eidgenössischen Volksinitiativen "Moratorium plus – Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos" und "Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stillegung der Atomkraftwerke". Die Initianten, der Verein "Strom ohne Atom", haben nun 18 Monate Zeit, um die erforderlichen 100'000 Unterschriften beizubringen (vgl. Nr. 3954 der Chronik).

(4082) Die Kernkraftwerks-Beteiligungsgesellschaft hält in ihrem 26. Geschäftsbericht unter anderem fest, dass die Partner und Aktionäre aus wirtschaftlichen, rechtlichen und steuerlichen Gründen beschlossen, eine Fusion der KWG (Kernkraftwerk Graben AG) mit der BKW (BKW FMB Energie AG) einzuleiten. Voraussetzung dafür seien die Sanierung der KWG sowie die Übernahme aller KWG-Aktien durch die BKW. Der Handelsregistereintrag der KWG soll noch in diesem Jahr gelöscht werden (vgl. Nr. 3715 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1998 (Stephan Rubli)

(4083) 6. April: Block 2 des Kernkraftwerks Beznau wird für die Jahresrevision und den Brennelementwechsel – 32 der insgesamt 121 Brennelemente werden ersetzt – abgestellt. Vorgesehen sind unter anderem auch Vorbereitungen für den Dampferzeugerwechsel im Sommer 1999. Im Block 1 wird erst im kommenden Jahr wieder eine Revision durchgeführt.

(4084) 8. April: Das Kernkraftwerk Gösgen wird aufgrund einer Störung im Hochspannungsnetz vom Netz getrennt. Die Reaktorleistung wird automatisch auf 40% reduziert. Während des Unterbruchs befindet sich die Anlage in einem sicheren und stabilen Zustand. Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) wird über den Produktionsunterbruch informiert.

(4085) 11. April: Einen Meilenstein in seiner Geschichte verzeichnet das Kernkraftwerk Leibstadt: Seit der Betriebsaufnahme im Jahr 1984 hat das Werk insgesamt 100 Mrd kWh Strom ins Netz abgegeben.

(4086) In einem Nistkasten auf der Südseite des Kühlturms des Kernkraftwerks Leibstadt, der 1991 vom Institut für Umweltwissenschaften der Universität Zürich installiert wurde, schlüpfen vier junge Wanderfalken.

(4087) 20. April: Die Einsprachefrist gegen das Gesuch um Erteilung der Betriebsbewilligung für die Konditionierungs- sowie die Verbrennungs- und Schmelzanlage des zentralen Zwischenlagers in Würenlingen läuft ab. Fünf Gemeinwesen, fünf Organisationen und zehn Einzelpersonen haben Einsprache erhoben (vgl. Nr. 4050 der Chronik)

(4088) 20. April 1998: Die NOK (Nordostschweizerische Kraftwerke) geben bekannt, dass sie im Winterhalbjahr 1997/98 (Oktober 1997 bis März 1998) 170 Mio kWh oder 2,4% mehr Strom in ihr Versorgungsgebiet geliefert haben als in derselben Vorjahresperiode. Die Ursache für die höhere Produktion lag bei der besseren Wirtschaftslage und bei der Witterung. Der Anteil der Kernkraftwerke im eigenen Park belief sich auf 77%.

(4089) 21. April: Der Verein "Strom ohne Atom" stellt an einer Medienkonferenz in Bern die beiden neu lancierten Volksinitiativen "Moratorium plus – Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos" und "Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stillegung der Atomkraftwerke" vor (vgl. Nr. 4081 der Chronik).

(4090) 22. April: Der Bundesrat ermächtigt das UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation), das Vernehmlassungsverfahren zum Protokoll "Energie" – ein Zusatzprotokoll zur Alpenkonvention von 1991 – einzuleiten. Das Protokoll hat zum Ziel, eine natur- und landschaftsschonende sowie umweltverträgliche Erzeugung, Verteilung und Nutzung der Energie durchzusetzen und energiesparende Massnahmen zu fördern.

(4091) 22. April: Die SVA-Kommission für Ausbildungsfragen führt in Brugg-Windisch zum 31. Mal einen Vertiefungskurs durch. Das Thema "Kostenoptimierung in Kernkraftwerken" zieht insgesamt 224 Teilnehmer, darunter 33 Referenten, an.

(4092) 23. April: Das Energieforum Schweiz bedauert in einer Medienmitteilung die Lancierung der Initiativen "Strom ohne Atom" und "Moratorium plus". Die Umweltverbände machten damit die Bemühungen der Bundesräte Ogi und Leuenberger zunichte, Energiefrieden und Dialog statt unfruchtbare Grabenkämpfe zu suchen. Die Initiativen trügen weder dem Erfordernis internationaler Wettbewerbsfähigkeit im liberalisierten Strommarkt noch den ambitiösen CO_2-Zielen der schweizerischen Politik Rechnung (vgl. Nr. 4089 der Chronik).

(4093) 23. April: Die SVA bewertet die neuen Anti-Atom-Initiativen als Schlag ins Gesicht des Umweltschutzes. Die von den Initiativen gewollt oder ungewollt provozierte Umstellung von Schweizer Atomstrom auf Strom aus Öl und Gas sowie auf gesteigerte Stromimporte stehe in krassem Widerspruch zur Umwelt- und Klimapolitik des Bundes und zum Anliegen einer selbständigen, sicheren Stromversorgung der Schweiz (vgl. Nr. 4092 der Chronik).

(4094) 23. April: Das Kernkraftwerk Leibstadt begrüsst den 300'000. Besucher seines Informationszentrums seit 1974. Die Besucherhöchstzahl von 28'501 Interessierten stammt aus dem Jahr 1983.

(4095) 24. April: Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) spricht sich in ihrer Vernehmlassung zum Entwurf für ein Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) für die Einführung einer Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbaren Energien im Energiegesetz aus. Sie schlägt – mit Ausnahme des Kantons Nidwalden – vor, den Ertrag der Lenkungsabgabe während den ersten zwölf Jahren je zur Hälfte zur Abgeltung der nicht amortisierbaren Investitionen (NAI) einerseits und zur Förderung der erneuerbaren Energieträger Wasserkraft, Sonnenenergie, Holz und Biomasse andererseits einzusetzen. Ausserdem befürwortet die RKGK die Schaffung einer unabhängigen schweizerischen Netzgesellschaft. (vgl. Nr. 4069 der Chronik).

(4096) 25. April: Die Grüne Partei der Schweiz beschliesst an ihrer Delegiertenversammlung in Neuenburg die Unterstützung der neuen Anti-Atom-Initiativen (vgl. Nr. 4093 der Chronik).

(4097) Im Geschäftsjahr 1997 hat die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG während 8'205 Stunden insgesamt 7,91 Mrd kWh Strom zum Preis von 5,07 Rp./kWh erzeugt (vgl. Nr. 3913 der Chronik).

(4098) 27. April 1998: Der Bundesrat genehmigt im Rahmen des europäischen Fusionsforschungsprogramms zwei Zusätze zu bestehenden Abkommen mit der EU. Er verlängert den Assoziationsvertrag der Schweiz mit Euratom bis Ende 1999. Ausserdem erstreckt er das Abkommen über die geplante europäische Versuchsanlage Next European Torus, NET, bis Ende 1998 (vgl. Nr. 3734 der Chronik).

(4099) 29. April: Der Basler Nationalrat Rechsteiner (SP) reicht eine Einfache Anfrage "Nicht amortisierbare Investitionen (NAI) und Energieforschung" ein. Er listet ungedeckte Kosten der Schweizer Atomenergie in der Höhe von mehr als SFr 20 Mrd auf und will wissen, welche ungedeckten Verpflichtungen (inkl. Strombezugspflichten im Ausland) der Bundesrat unter dem Begriff NAI zusammenfasst und wie sich diese auf die einzelnen Schweizer KKW verteilen, wenn man in den nächsten Jahren von leicht sinkenden Strompreisen ausgeht. Ausserdem will Rechsteiner wissen, ob der Bundesrat die Bundesmittel für die Atomforschung in diesem Zusammenhang einer Prüfung unterziehen will und wie viele Schliessungen von KKW in den letzten fünf Jahren weltweit vollzogen oder angekündigt wurden.

(4100) 29. April: Der Basler Nationalrat Rechsteiner (SP) will mittels der Einfachen Anfrage "Mehr Kernfusionsforschung trotz gegenteiliger Empfehlungen" vom Bundesrat unter anderem wissen, warum die Fördermittel für die Kernfusion in den vergangenen Jahren gestiegen sind, obwohl im "Konzept der Energieforschung des Bundes 1996–1999" der Eidgenössischen Energieforschungskommission vom Oktober 1995 eine starke Reduktion dieser Mittel festgeschrieben war.

(4101) Ende April wird bekannt bekannt, dass bei Messungen im Umladebahnhof von Valognes bei Behältern mit abgebrannten Brennelementen und Bahnwagen für den Transport der Behälter seit längerem radioaktive Kontamination festgestellt worden ist. In einigen Fällen ist laut Angaben der französischen Sicherheitsbehörde für Kernanlagen DSIN (Direction de la sûreté des installations nucléaires) die Kontamination auch auf der Oberfläche von Transportbehältern oder auf der Innenseite von Bahnwagen gefunden worden, mit denen Brennelemente aus deutschen oder schweizerischen Kernkraftwerken transportiert wurden. Die kontaminierten Behälter stellten gemäss Beurteilung der DSIN für die Arbeiter und für die Öffentlichkeit zu keiner Zeit eine Gefahr dar.

(4102) 1. Mai 1998: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) gibt bekannt, sie sei von der französischen Sicherheitsbehörde für Kernanlagen DSIN (Direction de la sûreté des installations nucléaires) über die kontaminierten Transportbehälter und Eisenbahnwagen informiert worden. Die Ursachen für die Kontamination sei noch nicht bekannt und werde abgeklärt. Im Moment des Abtransports seien sowohl Behälter als auch Rollmaterial nachweislich radiologisch sauber bzw. frei von radioaktiver Kontamination gewesen (vgl. Nr. 4101 der Chronik).

(4103) 5. Mai: In Anwesenheit der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) findet im Kernkraftwerk Mühleberg eine Notfallübung statt, die einen Erpressungsversuch mit anschliessendem Brandanschlag in einem Nebengebäude auf dem Areal des KKW zum Szenario hat. Die Einsatzbereitschaft der Notfallorganisation wird bestätigt, die Zusammenarbeit zwischen Notfalleiter, Notfallstab, Untersuchungsbehörden, Kantonspolizei und Feuerwehr funktioniert reibungslos.

(4104) 7. Mai: Die Kernkraftwerk Leibstadt AG meldet, ein Bahnwagen mit einem leeren Brennelementbehälter aus Frankreich sei in ordnungsgemässem Zustand in Leibstadt eingetroffen und im Beisein der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) untersucht worden. Ein Abtransport werde erst dann ins Auge gefasst, wenn die Rahmenbedingungen in Frankreich geklärt seien (vgl. Nr. 4102 der Chronik).

(4105) An ihrer Delegiertenversammlung verabschiedet die Aves (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik) eine Resolution zur bevorstehenden Liberalisierung des europäischen Strommarktes. Die geschwächte Stellung einzelner Wasser- und Kernkraftwerke müsse verbessert werden, einerseits durch die im EMG (Elektrizitätsmarktgesetz) vorgesehene Abgeltung nicht amortisierbarer Investitionen (NAI) und andererseits durch die Streichung resp. Senkung staatlicher Belastungen wie Wasserzinsen, Konzessionsgebühren etc. Gegen die Einführung einer Energieabgabe von 0,6 Rp./kWh wehrt sich die Aves; die wesentlich teureren alternativen Energien müssten sich einen eigenen Nischenmarkt schaffen (vgl. Nr. 4095 der Chronik).

(4106) 8. Mai: Das BFE (Bundesamt für Energie) verfügt, dass sämtliche Bewilligungen für Eisenbahn- und Strassentransporte von abgebrannten Brennelementen sistiert werden. Solange die offenen Fragen nicht geklärt seien, könnten weitere Kontaminationen nicht ausgeschlossen und daher keine neuen Bewilligungen ausgestellt werden (vgl. Nr. 4104 der Chronik).

(4107) 8. Mai: Der Basler Ständerat Plattner (SP) reicht eine Interpellation ein, mit welcher er vom Bundesrat detailliert Auskunft fordert über die Radioaktivitäts-Grenzwertüberschreitungen bei Transportbehältern und Bahnwagen aus der Schweiz (vgl. Nr. 4106 der Chronik).

(4108) 12. Mai: Die achte Generalversammlung der Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG nimmt unter anderem Kenntnis von den weit fortgeschrittenen Rohbauarbeiten des zentralen Zwischenlagers Würenlingen. Nach rund 20monatiger Dauer sind diese Arbeiten bis auf die Heisse Zelle und den mittelradioaktiven Lagerbereich abgeschlossen (vgl. Nr. 4050 der Chronik).

(4109) 13. Mai: Die Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG baut das Lagergebäude für schwach- und mittelradioaktive Abfälle vorerst nicht, weil das Abfallvolumen dank neuen Technologien geringer ist, als ursprünglich angenommen. Einen endgültigen Entscheid will die Zwilag erst kurz vor dem Verfall der vorliegenden Baubewilligung im Jahr 2000 fällen (vgl. Nr. 4108 der Chronik).

(4110) 14. Mai 1998: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) gibt bekannt, von der französischen Sicherheitsbehörde DSIN (Direction de la sûreté des installations nucléaires) den technischen Bericht über die vorgefundenen unzulässig hohen Kontaminationen an Eisenbahnwagen und Transportbehältern erhalten zu haben. Ein wesentliches Fazit daraus sei, dass trotz Überschreitungen des tiefen Richtwertes der Aktivität von 4 Bq/cm^2 weder für das Personal noch für die Bevölkerung eine gesundheitliche Gefahr bestanden hat (vgl. Nr. 4107 der Chronik).

(4111) Die Organisation Greenpeace verlangt die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) im Zusammenhang mit den radioaktiven Kontaminationen von Transportbehältern und Bahnwagen (vgl. Nr. 4110 der Chronik).

(4112) Die Energiedirektorenkonferenz spricht sich in ihrer Vernehmlassung zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) für eine rasche Einführung einer Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbaren Energien im Energiegesetz aus. Mit dem Ertrag sollen während maximal zwölf Jahren zur Hälfte die nicht amortisierbaren Investitionen (NAI) abgegolten werden und zur anderen Hälfte die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz gefördert werden. Nach Ablauf der zwölfjährigen Frist soll die Abgabe dann direkt der Bevölkerung zurückerstattet werden (vgl. Nr. 4105 der Chronik).

(4113) 15. Mai 1998: In ihrer Vernehmlassungsantwort zum Entwurf für ein Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) fordert die SVA vor allem zweierlei: die Beseitigung aller die Kernenergie als Marktteilnehmer diskriminierenden Elemente sowie das Weglassen aller Bestimmungen, die mit der eigentlichen Marktöffnung nichts zu tun haben, wie die Priorisierung der Wasserkraft und die Förderung erneuerbarer Energien (vgl. Nr. 4112 der Chronik).

(4114) 15. Mai: Ein Bürgerpanel, bestehend aus rund 30 ausgewählten Personen, befasst sich im Rahmen des Publiforums "Strom und Gesellschaft" des Schweizerischen Wissenschaftsrates mit den Vorstellungen und Erwartungen hinsichtlich der künftigen Schweizer Elektrizitätspolitik. Zum Abschluss des Projekts wird ein Bericht veröffentlicht, in dem sich die Teilnehmer für eine nachhaltige Energiepolitik aussprechen. Weil die Kernenergie die Kriterien der Nachhaltigkeit nicht erfülle, sei so rasch als möglich der Ausstieg anzustreben. Als notwendig erachtet es das Bürgerforum im übrigen, gleichzeitig mit der Liberalisierung des Strommarktes eine Lenkungsabgabe einzuführen.

(4115) 17. Mai: Nach fünfwöchiger Abstellung für die Revision und den Brennelementwechsel ist Block 2 des Kernkraftwerks Beznau wieder am Netz, nachdem verschiedene Tests und Kontrollen durchgeführt und von der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) die Freigabe für den Dauerbetrieb erteilt wurde (vgl. Nr. 4083 der Chronik).

(4116) 18. Mai: Das UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) gibt bekannt, es seien Abklärungen eingeleitet worden, ob die Sicherheitsbehörden des Bundes von den Kernkraftwerkbetreibern ordnungsgemäss über die Überschreitungen der Radioaktivitätsrichtwerte (4 Bq/cm^2) von Transportbehältern und Bahnwagen informiert worden seien (vgl. Nr. 4111 der Chronik)

(4117) 18. Mai: Die Zürcher Kantonsrätin Kunz (LDU, Opfikon) fordert in einem Postulat Massnahmen, damit Lufttransporte gefährlicher Güter wie z.B. Plutoniumbrennstäbe auf dem Flughafen verboten werden. Ebenso soll ein entsprechendes Überflugverbot für die Schweiz geprüft werden. Die Überweisung des Postulats wird vom Kantonsrat mit 81 zu 45 Stimmen abgelehnt (vgl. Nr. 3935 der Chronik).

(4118) 19. Mai: Laut Mitteilung des UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) ist der Gesamtenergieverbrauch 1997 in der Schweiz gegenüber dem Vorjahr um 1,7% resp. 14'000 Terajoule (TJ) auf 808'000 TJ gesunken. Ursache für den Energieverbrauchsrückgang ist vor allem das warme Wetter 1997 (vgl. Nr. 3925 der Chronik).

(4119) Die Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Nationalrats hält an der geplanten Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbaren Energien fest. Diese Lenkungsabgabe in Höhe von 0,6 Rp./kWh soll als separater Bundesbeschluss behandelt werden, weil so voraussichtlich das Referendum gegen das Energiegesetz nicht ergriffen werde, das Energiegesetz rasch in Kraft treten könne und somit der Energienutzungsbeschluss nicht verlängert werden müsse (vgl. Nr. 4054 und 3739 der Chronik).

(4120) 25. Mai: Der Schweizerische Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV) reicht im Zusammenhang mit den verunreinigten Brennelement-Transporten Strafanzeige gegen Unbekannt, verantwortliche Mitglieder der Kernkraftwerke Beznau, Gösgen und Leibstadt, das Bundesamt für Energiewirtschaft sowie die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) ein. Ausserdem verlangt der SEV die medizinische Untersuchung des betroffenen Personals sowie einen Transportstopp und unterstützt den Einsatz einer PUK (Parlamentarische Untersuchungskommission) (vgl. Nr. 4116 der Chronik).

(4121) 29. Mai: Das UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) das BFE (Bundesamt für Energie) und die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) diskutieren unter der Leitung von Bundesrat Leuenberger über die Kontaminationen beim Transport abgebrannter Brennelemente. Die Unabhängigkeit der HSK soll verstärkt und der HSK-interne Nachrichtenfluss verbessert werden. Das vom UVEK erlassene Transportverbot bleibt bestehen, bis die Ursachen der

Kontaminationen ermittelt und behoben sind. Das UVEK überprüft grundsätzlich die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoff (vgl. Nr. 4120 der Chronik).

(4122) 29. Mai: Der SEV (Schweizerischer Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband) nimmt befriedigt Kenntnis von den durch das UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) bekanntgegebenen Massnahmen im Zusammenhang mit den verunreinigten Brennelement-Transporten, hält aber fest, dass eine Wiederaufnahme der Transporte ausgeschlossen bleibt, bis alle Untersuchungen abgeschlossen sind (vgl. Nr. 4121 der Chronik).

(4123) 2. Juni 1998: Das NWA (Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke) reagiert an seiner 28. Generalversammlung auf die kürzlich bekanntgewordenen Unzulänglichkeiten beim Bahntransport abgebrannter Brennelemente mit einer Unterschriftensammlung für eine Resolution und zugleich Petition (vgl. Nr. 4122 der Chronik). Das NWA fordert vom Bundesrat die Schaffung eines unabhängigen Kontroll- und Verifikationsorgans, in dessen Beirat auch Umweltorganisationen und atomkritische Kreise vertreten sein sollen. Ausserdem fordert das NWA ein unbefristetes Verbot von weiteren Atomtransporten, die sofortige Einstellung der Wiederaufarbeitung von Brennstäben sowie die Beendigung aller atomarer Experimente innerhalb von zehn Jahren. Die Kernkraftwerke Mühleberg und Beznau sollen innerhalb von fünf Jahren stillgelegt werden.

(4124) 3. Juni: Die Schweizer Kernkraftwerksbetreiber führen im Kernkraftwerk Leibstadt eine Medienkonferenz durch, an der sie über die verunreinigten Brennelementtransporte informieren (vgl. Nr. 4122 der Chronik).

(4125) 3. Juni: In einer gemeinsamen Medieninformation halten die Eisenbahnergewerkschaften Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz am Transportstopp für atomare Abfälle fest (vgl. Nr. 4124 der Chronik).

(4126) 3. Juni: Eine ausserordentliche Generalversammlung beschliesst die endgültige Teilung der Elektrowatt in den Industrieteil Elektrowatt AG und den Energieteil Watt AG (vgl. Nr. 4066 der Chronik).

(4127) 5. Juni: Die Wettbewerbskommission (Weko) begrüsst die Bestrebungen zur Liberalisierung des Strommarktes im Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Voraussetzung für die Schaffung von echtem Wettbewerb sei ein schlankes Gesetz, das die nicht wettbewerblichen Bereiche der Stromversorgung effizient reguliere. Die Weko hält eine nationale Netzgesellschaft für einen fairen Wettbewerb im liberalisierten Strommarkt für nötig, ist aber gegen eine Schiedskommission, die Entschädigung von nicht amortisierbaren Investitionen und gegen Bestimmungen zur Förderung erneuerbarer Energien (vgl. Nr. 4114 der Chronik).

(4128) 8. Juni: In einem Pressecommuniqué fasst die SVA die bisherigen Erkenntnisse der Kontaminationen beim Bahntransport abgebrannter Brennelemente aus Schweizer Kernkraftwerken in die Wiederaufarbeitungsanlagen von La Hague, Frankreich, und Sellafield, Grossbritannien, zusammen. Bei allen 256 erfassten Transporten haben die Schweizer Kernkraftwerke durchwegs regelkonform gearbeitet, die Transportbehälter haben die Reise ins Ausland sauber angetreten (vgl. Nr. 4125 der Chronik).

(4129) 8. Juni: Der Basler Ständerat Plattner (SP) stellt dem Bundesrat in einer dringlichen Interpellation "Radioaktivitätslecks beim Transport von abgebrannten Brennelementen aus Schweizer Kernkraftwerken" zehn Fragen, die die SVA in einem Pressecommuniqué gleichentags weitgehend beantwortet hat (vgl. Nr. 4128 der Chronik).

(4130) 9. Juni: Die Stellungnahmen der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) und der KSA (Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen) im Zusammenhang mit den Brennelementschäden im Kernkraftwerk Leibstadt werden während eines Monats öffentlich aufgelegt. Die HSK kommt in ihrer Stellungnahme vom Mai 1998 zum Schluss, dass die im KKL getroffenen Massnahmen sowie die von der HSK veranlasste Überwachung und Einschränkung des Einsatzes der betroffenen Brennelemente insgesamt den sicheren Anlagebetrieb gewährleisten; dies gelte auch im Falle einer Leistungserhöhung. Die KSA kommt in ihrer Stellungnahme vom Juni 1998 zum Schluss, dass die in ihrer Stellungnahme vom April 1998 vorgeschlagenen Auflagen betreffend Brennelemente erfüllt werden können (vgl. Nr. 4042 der Chronik).

(4131) 9. Juni: Im Rahmen der Beratungen über den Geschäftsbericht 1997 des Bundesrates fordert der Basler Nationalrat Rechsteiner (SP) eine weitere Überprüfung des Kernkraftwerks Mühleberg (KKM), nachdem der TÜV der Anlage trotz der Risse im Kernmantel ausreichende Sicherheit bescheinigt hatte. Bundesrat Leuenberger ist nicht bereit, eine weitere Überprüfung vornehmen zu lassen (vgl. Nr. 4067 der Chronik).

(4132) 9. Juni: Die Sozialdemokratische Fraktion reicht im Nationalrat eine dringliche Interpellation "Konsequenzen der Grenzwertverletzungen bei Atomtransporten" ein und stellt dem Bundesrat 15 Fragen, unter anderem jene, ob der Bundesrat nun endlich die Wiederaufarbeitung von Brennstäben einstelle (vgl. Nr. 4129 der Chronik).

(4133) 9. Juni: Ein südspanisches Stahlwerk meldet das Auftreten einer Cäsium-137-Kontamination im Abgasreinigungssystem eines Hochofens. Die Anfang Juni in der Luft der Südschweiz gemessene leicht erhöhte Radioaktivität von 150 Mikrobecquerel pro Kubikmeter geht vermutlich auf einen Zwischenfall in diesem Stahlwerk zurück, da die erhöhte Radioaktivität ausschliesslich durch Cäsium-137 verursacht wurde.

(4134) 10. Juni: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) gibt an ihrer Generalversammlung unter anderem bekannt, im Geschäftsjahr 1997 insgesamt SFr 34,7 Mio aufgewendet zu haben.

(4135) 11. Juni: Die dringliche Interpellation "Konsequenzen der Grenzwertverletzungen bei Atomtransporten" wird vom Büro des Nationalrats als nicht dringlich erklärt. Daraufhin reicht die Sozialdemokratische Fraktion den Vorstoss mit gleichem Wortlaut als dringliche Einfache Anfrage ein (vgl. Nr. 4132 der Chronik).

(4136) 13. Juni: Das Kernkraftwerk Gösgen wird zur Jahresrevision abgestellt. Neben 24 neuen Uran-Brennelementen sollen während der Revision weitere 20 plutoniumhaltige Mischoxid(Mox)-Brennelemente im Reaktorkern eingesetzt werden.

(4137) Der Bundesrat ist bei der Beantwortung der Interpellation "Elektrizitätsmarktöffnung. Nicht amortisierbare Investitionen" des Walliser Nationalrats Epiney (CVP) der Ansicht, dass die gestellten Fragen anlässlich der Auswertung der Vernehmlassung zum Elektrizitätsmarktgesetz vertieft zu untersuchen seien (vgl. Nr. 4077 der Chronik).

(4138) 15. Juni 1998: Der Bundesrat bezeichnet 23 beschwerdeberechtigte Organisationen im Bereich des Natur- und Heimatschutzes. Zu den bezeichneten Organisationen gehört auch Greenpeace, die zudem die Beschwerdeberechtigung im Bereich des Umweltschutzes erhält.

(4139) 17. Juni: Das Kernkraftwerk Mühleberg erreicht an diesem Tag in seinem 26. Betriebsjahr die 200'000. Betriebsstunde. In dieser Zeit hat das KKM insgesamt 63 Mrd kWh Strom erzeugt.

(4140) 18. Juni: Die Grüne Fraktion mit ihrer Berner Nationalrätin Teuscher reicht eine Parlamentarische Initiative ein, mit welcher sie den unverzüglichen Einsatz einer "Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Überwachung und Kontrolle der Atomenergie" fordert.

(4141) 18. Juni: Die gemischte Kommission Frankreich-Schweiz für die nukleare Sicherheit hält ihre neunte jährliche Sitzung im französischen Mulhouse ab. Themen waren unter anderem der Transport verbrauchten Kernbrennstoffs, die Situation um den Schnellen Brüter Superphénix sowie die von einem spanischen Stahlwerk ausgegangene Cäsium-haltige Wolke (vgl. Nr. 3932 der Chronik).

(4142) 19. Juni 1998: Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) stellt vorerst kein Sondiergesuch für weitere Bohrungen im Nordaargau, nachdem die Feldarbeiten im Gebiet des Mettauertals im vergangenen Jahr beendet und die Ergebnisse beurteilt worden sind. Ihr Schwergewicht legt die Nagra in der kommenden Zeit auf die Erkundung des Opalinustons im Zürcher Weinland, weil der Kenntnisstand über dieses Sedimentgestein kleiner ist als jener über das kristalline Grundgebirge im Nordaargau (vgl. Nr. 3835 der Chronik).

(4143) Der Bundesrat beantwortet die dringliche Interpellation "Radioaktivitätslecks beim Transport von abgebrannten Brennelementen aus Schweizer Kernkraftwerken" des Basler Ständerats Plattner (SP) (vgl. Nr. 4135 und 4129 der Chronik).

(4144) 22. Juni: Die Aargauer Nationalrätin Stump (SP) reicht die Motion "Konsequenzen aus dem Atomtransportskandal" ein. Sie lädt den Bundesrat ein, ein unbefristetes Verbot von weiteren Atommülltransporten für die Wiederaufarbeitung zu erlassen, die Wiederaufarbeitung sofort einzustellen und die laufenden Verträge zu suspendieren sowie die Schaffung einer unabhängigen Kontroll- und Verifikationsbehörde mit rückhaltloser Informationspflicht einzuleiten (vgl. Nr. 4143 der Chronik).

(4145) 22. Juni: Der Basler Nationalrat Rechsteiner (SP) reicht die Parlamentarische Initiative "Schaffung einer unabhängigen Verifikations- und Kontrollbehörde für Atomanlagen" ein. Diese UVK genannte Behörde soll unabhängig von den bestehenden Schweizer Atombehörden sein, ihre Untersuchungen vollumfänglich der Öffentlichkeit unterbreitet und ihre Kosten den Kernkraftwerksbetreibern angelastet werden.

(4146) 23. Juni: Die SVA veröffentlicht in einem Pressecommuniqué ihren zweiten Zwischenbericht über die verunreinigten Brennelement-Transporte. Darin befürworten die Schweizer Kernkraftwerksbetreiber unter anderem ausdrücklich, dass das Bahnpersonal beim Transport abgebrannter Brennelemente mit persönlichen, selbst ablesbaren Dosimetern ausgerüstet wird (vgl. Nr. 4144 der Chronik).

(4147) 23. Juni: Im Kernkraftwerk Mühleberg kommt es zu einer Reaktorschnellabschaltung, nachdem bei einer Reaktorschutzkontrolle im Rahmen einer Routineüberprüfung ein Ventil falsch bedient wurde. Die Sicherheit der Anlage wird nicht beeinträchtigt, und Radioaktivität tritt keine aus. Die Aufsichtsbehörden werden unverzüglich informiert.

(4148) 23. Juni: An einer Pressekonferenz informiert Greenpeace darüber, dass insgesamt zehn Personen, die alle in der Umgebung der Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague (Frankreich) und Sellafield (England) wohnen, im Zusammenhang mit den verunreinigten Brennelementtransporten bei der Schweizer Bundesanwaltschaft eine Strafklage gegen die Verantwortlichen der Schweizer Atomindustrie und des BFE (Bundesamt für Energie) eingereicht haben (vgl. Nr. 4146 der Chronik).

(4149) 23. Juni: Die Berner Nationalrätin Teuscher (Grüne) reicht die Motion "Atommoratorium. Verlängerung um 10 Jahre" ein. Darin verlangt sie vom Bundesrat, dass dieser vor Ablauf des laufenden Moratoriums dem Parlament einen Bundesbeschluss zur Verlängerung des Moratoriums vorlegt.

(4150) 24. Juni: Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern lanciert eine Volksinitiative, mit der die Stillegung des Kernkraftwerks Mühleberg bis Ende 2002 erreicht werden soll. Zudem soll der Berner Regierungsrat die Staatsverfassung des Kantons Bern dahingehend ändern, dass sich der Kanton für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzt und die Nutzung erneuerbarer Energien fördert.

(4151) 25. Juni: Der Berner Nationalrat Baumann (Grüne) reicht eine Einfache Anfrage "Fusions- und Atomenergieforschung" ein, mittels welcher er die bisherigen und laufenden Beiträge an die Fusions- und Atomenergieforschung dargestellt haben möchte. Ausserdem will Baumann wissen, welche Beiträge der Bund jährlich an die Biomasse-, Holz- und Solarenergienutzung leistet.

(4152) 26. Juni 1998: Das Energiegesetz befürworten in der Schlussabstimmung der Sommersession der Nationalrat mit 148 zu 7 Stimmen bei 15 Enthaltungen und der Ständerat mit 40 zu 0 Stimmen (vgl. Nr. 4119 der Chronik).

(4153) 26. Juni: Das Kernkraftwerk Leibstadt fordert von Greenpeace SFr 108'000.– Schadenersatz für die anlässlich einer Blockade durch die Organisation im März entstandenen Unkosten. Der Betrag setzt sich vor allem aus Lohnkosten für zusätzliche Einsätze – bis zu 80 Personen waren am Demonstrationsort – zusammen und wird vom KKL auf dem zivilrechtlichen Weg eingefordert werden (vgl. Nr. 4079 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Juli bis 30. September 1998 (Hansjörg Ruh)

(4154) 2. Juli: Gemäss Pressemitteilung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist das neue Abkommen über die nukleare Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den USA am 23. Juni in Kraft getreten. Das Abkommen erlaubt es, dass Schweizer Kernkraftwerke auch in Zukunft Kernbrennstoff aus den USA verwenden und im Ausland wiederaufarbeiten können.

(4155) 2. Juli: In ihrem 20. Tätigkeitsbericht informiert die Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung (Agneb) unter anderem über Fragen der Sicherstellung der Entsorgungskosten. Wie dem Bericht weiter entnommen werden kann, wurden 1997 im Hinblick auf ein Endlager Wellenberg zwei Arbeitsgruppen eingesetzt; das Rahmenbewilligungsgesuch Wellenberg wurde derweilen sistiert (vgl. Nr. 3757 der Chronik).

(4156) Gemäss dem Geschäftsbericht der Nationalen Genossenschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik (NGA) haben ihre Aktionäre ihre sämtlichen Aktien an die Zwischenlager Würenlingen AG (Zwilag) abgetreten. Die Zwilag, die alle Rechte und Pflichten der NGA übernimmt, wird diese als Tochter weiterführen, bis die aus dem Abbruch des Versuchsatomkraftwerks Lucens stammenden Abfallcontainer ins Zwilag überführt sind (vgl. Nr. 3908 und 3615 der Chronik).

(4157) 6. Juli: Im Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) wird eine der beiden Dampfturbinen revidiert und ihr zugehöriger Kondensator ersetzt.

(4158) 7. Juli: Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) erteilt dem Kernkraftwerk Gösgen (KKG) die Freigabe für das Wiederanfahren nach der Jahresrevision. Das Werk wird am gleichen Tag wieder ans Netz geschaltet. Beim Brennelementwechsel während der Abschaltung sind 44 der total 177 Brennelemente durch neue ersetzt worden (vgl. Nr. 4136 der Chronik).

(4159) 7. Juli: Die Subkommission Plattner der Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Ständerates beschliesst einen Gegenvorschlag zum Energieabgabebeschluss und zur Energie-Umwelt- sowie zur Solarinitiative. Die Vorlagen gehen gemeinsam bis zum 1. Oktober 1998 in die Vernehmlassung.

(4160) 27. Juli: Das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) wird planmässig für die ordentliche Jahresrevision und den Brennelementwechsel abgeschaltet. Im abgelaufenen Betriebsjahr lieferte das Werk rund 2,8 Milliarden Kilowattstunden Strom ins Netz.

(4161) 28. Juli: Der im Mai aus Frankreich ordnungsgemäss angelieferte Brennelement-Transportbehälter verlässt mit Bewilligung des Bundesamtes für Energie (BFE) das Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) ohne Beladung und wird zur Cogema zurückgeschoben (vgl. Nr. 4146 und 4104 der Chronik).

(4162) 31. Juli: Das Kernkraftwerk Leibstadt wird für die 14. Jahresrevision und den Brennelementwechsel abgeschaltet. Im abgelaufenen Betriebsjahr lieferte das Werk rund 7,8 Milliarden Kilowattstunden CO2-freien Strom.

(4163) 17. August 1998: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) geht in einer Pressemitteilung zur Veröffentlichung ihres Jahresberichts 1997 unter anderem auf die neuen Atominitiativen ein, die eine Abkehr der Schweiz von der Kernenergie anstreben: "Aus unserer Sicht widerspricht dieses Ansinnen vor allem dem Anliegen einer möglichst umweltschonenden und eigenständigen Stromversorgung", schreibt der SVA-Präsident, der Aargauer alt Ständerat Dr. Hans Jörg Huber, dazu im Jahresbericht.

(4164) 18. August: Gemäss der Tageszeitung "Der Bund" hat die Protestorganisation Greenpeace Rechnungen, die ihr von Schweizer Kernkraftwerken wegen Aktionen und damit wegen Störung des Normalbetriebes geschickt worden sind, an das Bundesamt für Energie (BFE) weitergeleitet. Die Organisation fordert BFE-Direktor Dr. Eduard Kiener dazu auf, die Schadenersatzforderungen von

NOK und KKL "sofern sie denn überhaupt berechtigt sind" über das BFE zu bearbeiten und gegebenenfalls zu bezahlen. Kiener bezeichnete die Forderung als "völligen Unsinn" (vgl. Nr. 4080, 4070 und 4051 der Chronik).

(4165) 19. August: In der Antwort auf eine Dringliche Anfrage der Sozialdemokratischen Fraktion unter dem Titel "Konsequenzen der Grenzwertverletzungen bei Atomtransporten" schreibt der Bundesrat unter anderem, es würden keine neuen Transportbewilligungen ausgestellt, solange die offenen Fragen nicht geklärt seien.

(4166) 25. August 1998: Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) erteilt dem Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) nach Abschluss der Jahresrevision die Freigabe für das Wiederanfahren. Während der Revision wurden von den total 648 Brennelementen 112 durch neue ersetzt.

(4167) 26. August: In der Antwort auf eine Einfache Anfrage von Nationalrat Rudolf Rechsteiner (SP, Baselstadt) zum Thema "Fortschreitende Rissbildung im Kernkraftwerk Mühleberg" schreibt der Bundesrat unter anderem, die schweizerischen Sicherheitsbehörden hätten eine eingehende Beurteilung der Kernmantelrisse vorgenommen. Die Beurteilung der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) werde durch die im Januar 1998 fertiggestellte Expertise des TÜV-Energie Consult bestätigt: Demnach könnte vom Standpunkt der Sicherheit aus das KKM auch heute noch ohne Kernmantel-Stabilisierung betrieben werden (vgl. Nr. 4131 und 4067 der Chronik).

(4168) 26. August: Mit ihrer Einzelinitiative "Für eine Mitsprache bei Atomendlagern" wollen zwei Umweltverbände erreichen, dass das Zürcher Stimmvolk über radioaktive Endlager entscheiden kann. Die Initiative richtet sich gegen die geplante Nagra-Sondierbohrung in Benken, von der die Initianten annehmen, dass sie vor Ort zum Bau eines Endlagers führen wird (vgl. Nr. 4073 der Chronik).

(4169) Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) spricht sich einstimmig für die rasche Einführung einer Energielenkungsabgabe gemäss Konzept des Nationalrates aus. Danach soll auf Erdöl, Gas, Kohle und Uran eine Abgabe von 0,6 Rappen pro Kilowattstunde erhoben werden.

(4170) 31. August: Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) erteilt dem Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) nach Abschluss der Jahresrevision die Freigabe für das Wiederanfahren. Das Werk hatte während der Revision unter anderem 40 der total 240 Brennelemente durch neue ersetzt. Die Prüfung der am Kernmantel vor zwei Jahren präventiv eingebauten Zugankerkonstruktion wurde unter Berücksichtigung des Vorschlags in der TÜV-Expertise vom März 1998 durchgeführt. Die sicherheitstechnische Bewertung durch die HSK bestätigt, dass alle Sicherheitsziele nach wie vor erreicht sind (vgl. Nr. 4160 der Chronik).

(4171) 2. September1998: Das Kernkrafwerk Mühleberg wird nach Abschluss der Jahresrevision wieder ans Netz geschaltet (vgl. Nr. 4170 der Chronik).

(4172) 2. September: Der Bundesrat beantwortet die Motion Speck "Beschwerdeberechtigte Umweltschutzorganisationen: Ausschlusskriterium bei illegalen Aktivitäten" und beantragt gleichzeitig, diese abzulehnen. Er schreibt in seiner Antwort, es sei zu erwarten, dass auch neu als beschwerdeberechtigt bezeichnete Organisationen zur Durchsetzung des Umweltschutzrechts Beschwerde ergreifen und nicht illegale Aktivitäten vornehmen.

(4173) 3. September: Die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) führt ihre 39. Generalversammlung durch. In seiner Eröffnungsadresse weist der SVA-Präsident, a. Ständerat Dr. Hans Jörg Huber, unter anderem auf die grosse Zahl pendenter politischer Vorstösse hin, bei denen die Kernenergie Ziel oder "Subventionslastesel zugunsten anderer Energien" sei.

(4174) 3. September: Peter U. Fischer, Präsident der Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW), erklärt als einer von zwei Gastreferenten an der 39. GV der SVA unter anderem, die Stillegung einzelner Kernkraftwerksblöcke aus wirtschaftlichen Gründen sage nichts über die generelle Konkurrenzfähigkeit des Atomstroms aus, die von vielen unterschiedlichen Faktoren abhänge.

(4175) 3.September: Kurt Küffer, Präsident der Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG, führt als zweiter der beiden Gastreferenten an der 39. GV der SVA aus, die Schweiz könne nach seiner Meinung aus drei Gründen nicht auf die Kernenergie verzichten: Erstens könne nur mit Kernenergie das Protokoll zum Klimaschutz bezüglich der CO2-Bilanz eingehalten werden. Zweitens sei der Ersatz der Kernenergie durch neue erneuerbare Energien und Stromsparen auch langfristig aus physikalischen, energiewirtschaftlichen und finanziellen Gründen nicht machbar und drittens führe ein Verzicht auf ein speziell im Winter wesentliches Standbein der inländischen Stromerzeugung unweigerlich zur Erhöhung der Bezüge aus dem Ausland.

(4176) 3. September: Anlässlich einer Pressekonferenz, die vor Beginn der SVA-Generalversammlung durchgeführt wird, betont Dr. Hans Fuchs, Präsident des Unterausschusses Kernenergie der Überlandwerke, die Anzahl der Transporte abgebrannter Brennelemente würde durch Verzicht auf die Wiederaufarbeitung nicht verringert, weil dann statt zur Wiederaufarbeitung in Zwischenlager und später in Endkonditionierungsanlagen transportiert werden müsste (vgl. Nr. 4161 und 4146 der Chronik).

(4177) 3. September: Der Bundesrat hat vom Jahresbericht und von der Jahresrechnung 1997 des Stillegungsfonds für Kernanlagen Kenntnis genommen. Die Betriebsrechnung weist einen Gewinn von 99,7 (Vorjahr 77) Millionen Franken aus. Bei der Anlage des Fondsvermögens wurde eine Rendite von 18,25 (Vorjahr 16,8) Prozent erzielt (vgl. Nr. 3972 der Chronik).

(4178) 8. September: Gemäss Mitteilung der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) hat sie anfangs September mit der Sondierbohrung bei Benken im Zürcher Weinland begonnen. Die Nagra will mit dieser Bohrung mehr über den Opalinuston in dieser Region erfahren (vgl. Nr. 4168 und 4073 der Chronik).

(4179) 9. September: Die Schweiz hat den umfassenden Atomteststoppvertrag CTBT (Comprehensive Test Ban Treaty) ratifiziert. Dieses internationale Abrüstungsinstrument versteht sich als Ergänzung zum Atomsperrvertrag.

(4180) 9. September 1998: Der Bundesrat hat im Rahmen des Fusionsforschungsprogramms einen Zusatz zum bestehenden Abkommen mit der Europäischen Union genehmigt. Es handelt sich dabei um die Verlängerung des Abkommens über die Mobilität von Forschenden zwischen den verschiedenen europäischen Fusionsforschungszentren bis zum 31. Dezember 1999.

(4181) 16. September: Der Bundesrat nimmt vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens für das Elektrizitätsmarktgesetz Kenntnis und beauftragt das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), bis Frühling 1999 den Entwurf für ein Elektrizitätsmarktgesetz und die Botschaft dazu vorzulegen (vgl. Nr. 4137, 4127 und 4113 der Chronik).

(4182) 17. September: Aus technischer Sicht ist der Standort Wellenberg für ein Endlager für kurzlebige schwach- und mittelradioaktive Abfälle weiterzuverfolgen. Zu dieser Schlussfolgerung kommen zwei Arbeitsgruppen, die sich mit technischen und volkswirtschaftlichen Fragen im Zusammenhang mit einem Endlager auseinandersetzen, in ihren Berichten (vgl. Nr. 3939 und 3921 der Chronik).

(4183) 22. September: Im Zusammenhang mit dem Bahntransport von abgebranntem Kernbrennstoff kommt die Expertengruppe für Personendosimetrie der Eidg. Kommission für Strahlenschutz (EKS) zum Schluss, dass das Bahnpersonal gemäss Strahlenschutzverordnung nicht als beruflich strahlenexponiert eingeteilt werden muss und somit eine Personendosimetrie nicht notwendig ist (vgl. Nr. 4176 und 4146 der Chronik).

(4184) 22. September: Bei der Behandlung des CO2-Gesetzes lehnt der Nationalrat mit 76 zu 55 Stimmen bei einer Enthaltung den Antrag der Minderheit Rechsteiner ab, zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen eine Abgabe auf Strom aus Kernenergie in der Höhe der CO2-Abgabe zu erheben.

(4185) 24. September: Das Bundesgericht hat eine Beschwerde der Aargauer Staatsanwaltschaft gegen die Strafminderung für einen Greenpeace-Aktivisten abgewiesen. Der gebüsste Aktivist habe den Hausfriedensbruch beim Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen aus achtenswerten Beweggründen begangen, schreibt das Bundesgericht in seiner Begründung.

(4186) 27. September: Das Aargauische Elektrizitätswerk (AEW) kann teilprivatisiert werden, wobei 49% des Werks an eine künftige AEW AG verkauft werden sollen. Die Aargauerinnen und Aargauer nehmen die dafür nötige Änderung des Energiegesetzes mit 97'997 gegen 47'369 Stimmen an. Zusätzlich wird eine Verfassungsänderung mit dem gleichen Ziel mit 98'240 gegen 45'089 angenommen.

(4187) 29. September: Nach sieben Sitzungen, an denen Vertreter der Kernkraftwerksbetreiber und der Kernenergiegegner teilgenommen haben, steht der "Energie-Dialog Entsorgung" vor dem Abschluss. Der Vorsitzende der Gruppe, der Sozialethiker Professor Hans Ruh, erarbeitet einen Schlussbericht zuhanden des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1998 (Martin Egger)

(4188) 1. Oktober: Das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) hat bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien den Statusbericht zur von der Schweiz 1996 ratifizierten Nuclear Safety Convention (NSC) eingereicht. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Schweiz die NSC erfüllt.

(4189) 2. Oktober: Im Geschäftsjahr 1997/98 hat der Stromverbrauch im Versorgungsgebiet der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) um 2,6% auf 13,3 Mrd. kWh zugenommen. Rund drei Viertel der Produktion stammten aus Kernkraftwerken. Der Zuwachs ist primär auf die positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen (4048).

(4190) 2. Oktober: Der Aargauer Regierungsrat will den Transport von abgebrannten Brennelementen aus den Aargauer Kernkraftwerken zur Aufbereitung ins Ausland weiter zulassen. Er lehnt einen Antrag auf ein Transportverbot der SP-Grossratsfraktion ab.

(4191) 7. Oktober: In einer aus der Schweiz stammenden Ladung Metallschrott ist in Italien eine Kobalt-60-Quelle vorerst unbekannter Herkunft gefunden worden. Fest steht, dass sie nicht aus einem Kernkraftwerk stammt. Aufgrund der relativ niedrigen Aktivität kann laut Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine Gefährdung für Personen oder die Umwelt praktisch ausgeschlossen werden.

(4192) 8. Oktober: Eine Petition der Refuna-Gemeinden für einen teilweisen Mehrwertssteuererlass wird vom Ständerat zur Kenntnis genommen. Ihr wird keine Folge gegeben.

(4193) 9. Oktober: Nationalrätin von Felten (SP/BS) reicht eine Interpellation "Atomtransporte: Unterschätztes Gesundheitsrisiko" ein. Auf eine Greenpeace-Studie gestützt wird eine erhebliche Gefahr durch die Inhalation von Kobalt-60-Partikeln postuliert.

(4194) 9. Oktober: Nationalrat Loretan (CVP/VS) reicht eine Motion "Einstieg zum Ausstieg in der Kernenergie" ein. Gefordert wird ein Ausstiegsplan für die Schweizer KKW, ein Plan für die Finanzierung von Stillegung und Entsorgung sowie ein Bericht für die Neuverteilung der bisher in die Kernenergie eingesetzten Forschungsmittel.

(4195) 13. Oktober 1998: Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) wünscht von den KKW-Betreibern im Zusammenhang mit dem Transport abgebrannter Brennelemente zusätzliche Informationen. Die KKW-Betreiber wollen bis Ende Jahr die offenen Fragen beantworten (4183).

(4196) 14. Oktober: Die Blockade durch 16 Greenpeace-Aktivisten vor dem Hauptsitz der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) in Baden vom März 1996 war Nötigung. Das Aargauer Obergericht hat ein entsprechendes Urteil des Badener Bezirksgerichts bestätigt. Vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs werden die Aktivisten allerdings freigesprochen.

(4197) 15. Oktober: Laut einer Umfrage des Sonntags-Blick sind 62% der Personen, die auf eine entsprechende Frage geantwortet haben, gegen eine Stillegung aller Schweizer Kernkraftwerke, 38% sind dafür.

(4198) 16./17. Oktober: Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) lädt die Bevölkerung zur Besichtigung der Bohrstelle Benken im Zürcher Weinland ein. In 560 m Tiefe ist der Opalinuston erreicht, geplant ist eine Bohrtiefe von ca. 1050 m. Die Bohrung soll Ende März 1999 abgeschlossen sein.

(4199) 19. Oktober: Das Zentrale Zwischenlager Würenlingen (Zwilag) wird an das Regionale Fernwärmeheizwerk Refuna angeschlossen. Damit können jährlich bis zu 400'000 l Heizöl gespart werden.

(4200) 20. Oktober: Im Geschäftsjahr 1997/98 hat der Stromverbrauch im Versorgungsgebiet der Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) um 2,2% auf 2,12 Mrd. kWh zugenommen. Rund zwei Drittel davon stammen aus Kernkraftwerken. Der Zuwachs ist primär auf die positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen.

(4201) 21. Oktober: Am Paul Scherrer Institut (PSI) in Villigen wird der Grundstein für die Synchrotron Lichtquelle Schweiz (SLS) gelegt. Sie soll 2001 in Betrieb genommen werden.

(4202) 21. Oktober: Der Bundesrat beschliesst anlässlich einer Klausursitzung zur Energiepolitik eine längerfristige ökologische Steuerreform. Die nichterneuerbaren Energien sollen mit einer Abgabe belegt werden, die für die Förderung von erneuerbaren Energien und energieffizienten Technologien und später zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet wird. Die bestehenden Kernkraftwerke sollen nach einer noch festzulegenden Frist stillgelegt und für allfällige neue Werke soll ein fakultatives Referendum eingeführt werden. Die Leistungserhöhung des KKW Leibstadt von 3138 auf 3600 MW thermisch wird in Schritten freigegeben. Dem KKW Mühleberg wird eine weitere befristete Betriebsbewilligung bis ins Jahr 2012 erteilt.

(4203) 23. Oktober: Die SVA veröffentlicht eine Stellungnahme zur Medieninformation des eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek), wonach der Bundesrat beschlossen habe, aus der Kernenergie auszusteigen (4202).

(4204) 23. Oktober: Im Hinblick auf die Öffnung des Elektizitätsmarktes fordert der Bundesrat die Bildung einer privatrechtlichen Schweizerischen Netzgesellschaft. Sie soll das Höchstspannungsnetz betreiben, aber selber nicht Strom produzieren oder verteilen.

(4205) 23. Oktober: Anlässlich der Hundertjahrfeier der BKW FMB Energie AG findet im Kursaal Bern eine offizielle Jubiläumsfeier mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Industrie statt. Festredner war Bundesrat Moritz Leuenberger.

(4206) 28. Oktober: Der Bundesrat präzisiert seine Aussagen zur ökologischen Steuerreform vom 21. Oktober (4202). Die Abgabe soll im Rahmen der neuen Finanzordnung auf einer Verfassungsgrundlage staatsquotenneutral verwirklicht werden. Als Übergangslösung und als Gegenvorschlag zur "Solarinitiative" und zur "Energie-Umwelt-Initiative" unterstützt der Bundesrat die rasche Einführung einer Energieabgabe.

(4207) 30. Oktober: Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Behördenvertretern aus Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und der Schweiz, erarbeitet einen Bericht zu den Kontaminationen bei Transporten abgebrannter Brennelemente. Das Transportverbot des Bundesamtes für Energie (BFE) bleibt bis auf weiteres in Kraft (4195).

(4208) 31. Oktober: Im KKW Leibstadt ist die Leistungserhöhung auf 106% (3327 MW thermisch) nach der Freigabe durch die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) vom 29. Oktober innert zwei Tagen erfolgreich durchgeführt worden. Der zusätzliche Strom kann für 3 Rappen pro kWh produziert werden (4202).

(4209) 3. November 1998: Bei den 151 SBB-Mitarbeitern, die am Bahntransport abgebrannter Brennelemente unmittelbar beteiligt waren und sich anschliessend Ganzkörpermessungen am Paul Scherrer Institut unterzogen, konnte kein Hinweis auf eine Aufnahme radioaktiver Stoffe durch den Körper gefunden werden (4207).

(4210) 3. November: Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone fordert Anteile der geplanten Energieabgabe für die Förderung der Wasserkraft und als Kompensation für den Wegfall von Wasserzinsen.

(4211) 5. November: Der Verein Bern ohne Atom startet eine kantonale Verfassungsinitiative mit dem Ziel, das Kernkraftwerk Mühleberg bis 2002 stillzulegen.

(4212) 11. November 1998: Die Eidgenössische Kommission für AC-Schutz (Komac) führt ihre Gesamtnotfallübung mit dem Kernkraftwerk Gösgen durch. Ziel der Stabsübung "Gaia" mit 500 Teilnehmern ist die Schulung der Kader und Stäbe bezüglich Führungs- und Informationsabläufe bei einem allfälligen gravierenden Störfall in einem Schweizer Kernkraftwerk.

(4213) 11. November: Am Paul Scherrer Institut wird das neue Besucherzentrum "psi forum" eröffnet. Interessierte können konkret und spielerisch Forschung erleben und Wissenschaft begreifen. Die Kosten von SFr 1,3 Mio. wurden primär durch Sponsoren gedeckt.

(4214) 13. November: Das Forum "Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle" (Vera) fordert mittels einer PR-Kampagne dazu auf, die Entsorgung radioaktiver Abfälle voranzutreiben und nicht unseren Nachkommen zu überlassen.

(4215) 16. November: Prof. Hans Ruh präsentiert seinen Schlussbericht zum "Energie-Dialog Entsorgung". Eine Arbeitsgruppe unter Ruhs Leitung diskutierte Grundsatzfragen im Zusammenhang mit der Entsorgung radioaktiver Abfälle im Hinblick auf das neue Kernenergiegesetz. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden (4187).

(4216) 17. November: Die nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek-N) lehnt die von den Grünen geforderte Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Überwachung und Kontrolle der Atomenergie ab (4140).

(4217) 24. November: In Fribourg findet das Seminar "40 Jahre Radioaktivitätsüberwachung in der Schweiz" der Eidgenössischen Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUeR) statt.

(4218) 26. November: Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) veröffentlicht den Schlussbericht der multilateralen Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit den Kontaminationen bei Transporten abgebrannter Brennelemente. Die Transporte bleiben weiterhin sistiert (4209).

(4219) 27. November: Der Verwaltungsratspräsident der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel), Prof. Angelo Pozzi, tritt auf die GV 1999 zurück. Der bisherige operative Gesamtleiter, Dr. Walter Bürgi, wird sein Nachfolger. Neuer operativer Gesamtleiter wird Alessandro Sala.

(4220) 30. November: Die Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA) veröffentlicht ihre Position zur Entsorgung radioaktiver Abfälle. Nach ihrer Auffassung soll am Konzept der geologischen Endlagerung festgehalten werden.

(4221) 1. Dezember1998: Die Fraktionen der SVP und FDP reichen dringliche Interpellationen ein, welche die Frage beantworten sollen, was der Bundesrat am 21. Oktober betreffend "Ausstieg aus der Kernenergie" tatsächlich beschlossen hat (4202).

(4222) 2. Dezember: Nationalrat und FDP-Präsident Franz Steinegger betont in einer Zeitungskolumne die Bedeutung der Kernenergie für die Senkung der CO_2-Emissionen. Wind- und Sonnenstrom können die Kernenergie nicht ersetzen, und ob Einsparungen im erforderlichen Ausmass realisierbar sind, ist fraglich.

(4223) 4. Dezember: Die Partner des schweizerischen Stromverbundes wollen unter dem Namen ETRANS eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Laufenburg zur Koordination des Stromverbundnetzes gründen und haben eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Daneben stehen im Zusammenhang mit der Liberalisierung verschiedene Projekte zur Zusammenlegung der Höchstspannungsnetze zur Diskussion (4204).

(4224) 7. Dezember: Der Bundesrat setzt das neue Energiegesetz und die neue Energieverordnung per 1.1.99 in Kraft und hebt gleichzeitig den Energienutzungsbeschluss auf (4152).

(4225) 7. Dezember: Der Bundesrat veröffentlicht seine Ziele für 1999. Dazu gehört die Vernehmlassung eines Vorschlags zur Neuregelung des Verfahrens zu Bau und Stillegung von KKW sowie zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Unter anderem soll der Bau neuer KKW dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

(4226) 8. Dezember: Der Nationalrat lehnt eine Umlagerung von SFr 2 Mio. Energieforschungsmitteln aus dem Bundesamt für Energie (BFE) und dem ETH-Bereich zugunsten erneuerbarer Energien ab.

(4227) 12. Dezember: Das Kernkraftwerk Gösgen weist die anlässlich einer Greenpeace-Kundgebung erhobenen Vorwürfe zurück, die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente in Sellafield verursache Leukämie.

(4228) 12. Dezember: Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) erörtert in einer Pressemitteilung ihre Mitwirkung an einer Projektstudie für ein multinationales Endlager. Die bisherigen Studien konzentrieren sich auf Australien als möglichen Standort. Die laufenden Aktivitäten der Nagra in der Schweiz werden durch die Beratertätigkeit nicht berührt.

(4229) 15. Dezember: Das Bundesgericht bestätigt die Verurteilung von 16 Greenpeace-Aktivisten wegen Nötigung im Zusammenhang mit der Blockade des Hauptsitzes der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) (4196).

(4230) 15. Dezember 1998: Der Bundesrat beantwortet die dringlichen Interpellationen von SVP und FDP (4221). Er stellt dabei klar: Der Bau neuer KKW wird nicht ausgeschlossen und soll dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Es ist keine Laufzeitbeschränkung auf 40 Jahre vorgesehen.

(4231) 17. Dezember: Der Wasserzins für die Kühlwasserentnahme des KKW Gösgen wird durch den Solothurner Kantonsrat von 10 auf 16 Rp/m³ erhöht. Das bedeutet eine Mehrbelastung von SFr 900'000.– pro Jahr für das KKW.

(4232) 17. Dezember: Der Nationalrat lehnt die von den Grünen geforderte Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Überwachung und Kontrolle der Atomenergie ab. Er folgt mit 94 zu 10 Stimmen der Kommissionsmehrheit (4216).

(4233) 17. Dezember: Der Ständerat hält an der Bundesratskompetenz zur Einführung der CO_2-Abgabe fest. Das Geschäft geht zurück an den Nationalrat, der die Kompetenz der Bundesversammlung übertragen möchte (4184).

(4234) 18. Dezember: Dr. Peter Wiederkehr (Direktionspräsident der NOK) wird anstelle des zurücktretenden Rainer E. Gut (Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse Group) zum Verwaltungsratspräsidenten der Watt AG gewählt.

(4235) 21. Dezember: Der Bundesrat beantwortet die Interpellation von Felten (SP/BS) "Atomtransporte. Unterschätztes Gesundheitsrisiko". Er hält fest, dass eine unzulässige Kontamination der Bahnarbeiter aufgrund der vorgenommenen Messungen ausgeschlossen werden kann und sich daher keine zusätzlichen Untersuchungen aufdrängen. Eine Inhalation von Kobalt-60-haltigen Partikeln sei nicht beobachtet worden (4209).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 1999 (Martin Egger)

(4236) 18. Dezember 1998 (Nachtrag) Nationalrätin Doris Stump (SP/AG) will in einer Einfachen Anfrage wissen, ob der Bund via Nagra die Kampagne des Forums Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle Vera unterstütze.

(4237) 18. Dezember 1998 (Nachtrag) Nationalrätin Regina Aeppli (SP/ZH) will in einer Einfachen Anfrage wissen, ob die Radioaktivität im Gebiet der Barents-See aus der Wiederaufarbeitung in Sellafield und La Hague stamme.

(4238) 18. Dezember 1998 (Nachtrag) Nationalrat Rudolf Rechsteiner (SP/BS) stellt in einer Einfachen Anfrage mehrere Fragen zum Thema Wiederaufarbeitung.

(4239) 25. Dezember (Nachtrag) In Bern verstirbt der bekannte Klimatologe und Umweltforscher Hans Oeschger. Er gilt als Begründer der Umweltphysik und engagierte sich auch lange Jahre im SVA-Vorstand für ein umweltgerechtes System von Mensch, Natur und Technik.

(4240) 1. Januar: Die Leistung des Kernkraftwerkes Leibstadt beträgt ab heute offiziell 1080 MW netto. (4208)

(4241) 2. Januar: Block 2 des Kernkraftwerkes Beznau muss zur Reparatur eines Leckes im Dampferzeuger bis zum 8. Januar vom Netz genommen werden. Drei Wärmetauscherrohre werden definitiv verschlossen. Die Dampferzeuger werden diesen Sommer ausgetauscht.

(4242) 5. Januar: Dank wirtschaftlicher Erholung kann die BKW FMB Energie AG den Stromabsatz 1998 im Inland um 3% steigern. Der Verkauf im europäischen Ausland steigt gar um 28,5%. Total beträgt der Stromverkauf gegen 12 Mrd. kWh.

(4243) 10. Januar: Laut einem Interview der Sonntagszeitung mit dem Direktor der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK), Serge Prêtre, bestehen von Seiten der Überwachungsbehörden keine Bedenken mehr, bestrahlte Brennelemente in der Schweiz wieder zu transportieren.

(4244) 11. Januar: Die Schweizer Kernanlagen verzeichnen 1998 lediglich fünf klassierte Vorkommnisse. Davon erreicht eines die niedrigste Stufe 1 der siebenstufigen Ines-Skala, die anderen liegen unterhalb der Skala. Dies ist die tiefste Anzahl seit Jahren.

(4245) 12. Januar: In einem "Protocol of Intentions" zwischen den Schweizer Kenanlagenbetreibern und dem Russischen Atomenergieministerium Minatom werden die Rahmenbedingungen aus politischer, sicherheitstechnischer und kommerzieller Sicht für eine allfällige Zusammenarbeit im Bereich der Wiederaufarbeitung und Endlagerung hochradioaktiven Abfälle festgehalten.

(4246) 18. Januar: Der Vorort und der Schweizerische Gewerbeverband haben zu aktuellen Themen der Energiepolitik Stellung bezogen. Sie wehren sich insbesondere gegen staatliche Eingriffe, zusätzliche Abgaben und Subventionen.

(4247) Die gesamte Strombeschaffung der Centralschweizerischen Kraftwerke liegt im Geschäftsjahr 1997/98 mit 4,1 Mrd. kWh um 0,9% höher als im Vorjahr. Zwei von drei kWh stammen aus Kernkraftwerken.

(4248) Dem Bericht "Umweltradioaktivität und Strahlendosen in der Schweiz 1997" ist zu entnehmen, dass die durchschnittliche Strahlendosis für die Bevölkerung 4 mSv beträgt. Die Kernkraftwerke tragen weniger als 1% dazu bei.

(4249) 28. Januar: In einem Brief an die Urek des Ständerates unterstützt der Bundesrat eine zweckgebundene, zeitlich begrenzte Energieabgabe in der Grössenordnung des Vorschlages der Ständeratskommission als Übergangslösung zur neuen Finanzordnung und als Gegenvorschlags zu den beiden Volksinitiativen.

(4250) 1. Februar 1999: Das Kernkraftwerk Leibstadt erhöht seine Leistung für einen zweiwöchigen Probebetrieb auf 109% (3420MW_{th}).

(4251) 2. Februar: Das Projekt "Swisslowak" wird von internationalen Experten anlässlich einer Pressekonferenz als kosteneffizient und erfolgreich dargestellt. Im Rahmen dieses Projektes werden junge slowakische Ingenieure durch die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) für den Aufbau einer unabhängigen und kompetenten Kernenergie-Sicherheitsbehörde ausgebildet.

(4252) 4. Februar: Im Kalenderjahr 1998 produzieren die Schweizer Kernkraftwerke 24,37 Mrd. kWh Strom, 1,8% mehr als im Vorjahr und neuer Rekord. Zusätzlich werden rund 300 Mio. kWh als Wärme abgegeben. Die Arbeitsausnutzung beträgt 90,7%.

(4253) Prof. Dr. Wolfgang Kröger, tätig am PSI und an der ETH Zürich, ist zum Vorsitzenden der Safety Review Group (SRG) der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) gewählt worden.

(4254) Im Kernkraftwerk Beznau sind 18 neue Mox-Brennelemente eingetroffen

(4255) Im Kernkraftwerk Beznau werden Reservetanks für die Speisewasserversorgung eingebaut.

(4256) 16. Februar: Die Energiekommission des Ständerates (Urek-SR) beschliesst, der Energie-Umweltinitiative die Grundnorm und der Solarinitiative die Übergangsbestimmungen als Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Auf den Energieabgabebeschluss des Nationalrates soll nicht eingetreten werden, dafür wird ein Förderabgabebeschluss als Ausführungsgesetzgebung der Übergangsbestimmungen vorgeschlagen. (4249)

(4257) 19. Februar: Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) führt in Bern eine Tagung zum Thema Marktöffnung in der Elektrizitätswirtschaft durch. Eine staatliche Netzgesellschaft wird vom VSE abgelehnt.

(4258) 19. Februar: Der Probebetrieb des Kernkraftwerks Leibstadt auf erhöhter Leistungsstufe verläuft zur vollen Zufriedenheit der Betreiber. Die zusätzliche Nettoleistung beträgt 35 MW. (4250)

(4259) Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) können im Geschäftsjahr 1997/98 dank dem guten Konjunkturverlauf im Versorgungsgebiet fast 2,3% mehr Strom verkaufen. Um im freien Markt besser bestehen zu können, werden Sonderabschreibungen auf Wasserkraftwerken vorgenommen.

(4260) 20. Februar: Am zweiten Besuchstag der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) auf dem Bohrplatz in Benken lassen sich mehrere hundert Interessierte anhand einer informativen Präsentation den geologischen Untergrund des Zürcher Weinlandes erklären. (4197)

(4261) 22. Februar: Nach Ansicht der SVA schiessen sich die Grünen ins eigene Bein, wenn sie die Schweizer Atomkraftwerke für eine "Energiewende" abstellen wollten. Die Alternativen wären Importe aus fossilen oder nuklearen Kraftwerken im Ausland oder der Bau von fossilen Kraftwerken in der Schweiz.

(4262) 23. Februar: Aufgrund der konjunkturellen Erholung steigt der Stromverbrauch in der Schweiz 1998 um 2,1% auf 49,6 Mrd. kWh. Die Atomkraftwerke tragen 40,0% zur Jahresproduktion 1998 bei.

(4263) 24. Februar: Der Bundesrat hält in einer Antwort auf eine Einfache Anfrage von Nationalrat Günter (SP/BE) fest, dass die Schweizerischen Atomkraftwerke das Jahr-2000-Problem im Griff haben und ein sicherer Anlagenbetrieb jederzeit gewährleistet ist.

(4264) 25. Februar: Ein Expertenteam der Internationalen Atomenergieagentur (IAEO) hat die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) inspiziert. Dabei wurde festgestellt, dass die HSK auf vielen Gebieten vorbildliche Arbeit leistet. Mit der Umsetzung der Empfehlungen und Vorschläge des Expertenteams wurde bereits begonnen. Insbesondere ist die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems und eines systematischen Inspektionskonzeptes geplant, sowie eine umfassendere Aufsicht bei den Transporten radioaktiver Abfälle.

(4265) Die Atel konnte im Geschäftsjahr 1997/98 16% mehr Strom verkaufen als im Vorjahr. Um im freien Markt besser bestehen zu können, werden Sonderabschreibungen auf Wasserkraftwerken vorgenommen.

(4266) 1. März 1999: Nationalrat Roland Wiederkehr (LDU/ZH) reicht eine Dringliche Interpellation "Atommüllexporte nach Russland" ein. (4245)

(4267) 2. März 1999: Der Nationalrat will die Kompetenz zur Einführung der CO_2-Abgabe der Bundesversammlung übertragen. Der Ständerat wollte die Kompetenz dem Bundesrat übertragen. (4233)

(4268) 4. März: Die Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (SGK) führt in Zürich ein Seminar zum Thema "Bedeutung von Materialdefekten in Primärkreisen von KKW" durch.

(4269) 9. März: Der Ständerat hält an der Bundesratskompetenz zur Einführung der CO_2-Abgabe fest. (4267)

(4270) 9./10. März: Als Erstrat verabschiedet der Ständerat die Grundnorm mit 32 zu 0 Stimmen. Diese will auf nicht erneuerbaren Energien eine besondere Abgabe zur Senkung der Lohnnebenkosten erheben. Sie soll ab 2004 wirksam werden und Förderabgaben sowie eine CO_2-Abgabe überflüssig machen. (4256)

(4271) 9./10. März: Der Ständerat verabschiedet als Gegenvorschlag zur Solarinitiative die zeitlich befristeten Übergangsbestimmungen zur Grundnorm sowie den Förderabgabebeschluss als Ausführungsgesetzgebung. Auf nicht erneuerbaren Energieträgern soll eine zweckgebundene Abgabe von 0,2 Rp/kWh erhoben werden, die zur Förderung von erneuerbaren Energiequellen, der einheimischen Wasserkraftwerke und rationeller Energienutzung eingesetzt werden soll. (4256, 4270)

(4272) Der Schweizer Bruno Pellaud gibt per 1. Mai 1999 seinen Rücktritt als stellvertretender Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation IAEO in Wien bekannt.

(4273) 10. März: Der Bernische Grosse Rat lehnt eine Motion ab, in der verlangt wird, mit dem Aktienverkauf von BKW-Aktien solange zuzuwarten, bis über die lancierte Initiative "Bern ohne Atom" abgestimmt ist. (4211)

(4274) 15. März: Auf die Einfache Anfrage "Radioaktiver Abfall ist keine Bananenschale" hält der Bundesrat fest, dass die angesprochene Werbekampagne des Forums Vera nicht mit Bundesgeldern unterstützt wurde. (4236)

(4275) 15. März: Auf die zweite Einfache Anfrage "Bananenschale und Atommüll" zur betreffenden Kampagne hält der Bundesrat fest, dass es nicht seine Sache ist, über ausserhalb der Bundesverwaltung eingesetzte Werbemittel zu entscheiden oder Bundesgerichtsurteile zu kommentieren. (4214, 4274)

(4276) 15. März: Der Bundesrat hält in der Antwort auf die Einfache Anfrage "Radioaktive Verseuchung der Meere durch Wiederaufbereitungsanlagen" fest, dass die Wiederaufarbeitungsanlagen in La Hague und Sellafield die Empfehlungen der Internationalen Strahlenschutzkommission ICRP einhalten. (4237)

(4277) 15. März: Auf die Einfache Anfrage "Atomare Wiederaufbereitung" hält der Bundesrat fest, dass "ein Vergleich der Auswirkungen der Wiederaufarbeitung mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl nicht angebracht ist" und verweist bezüglich Zukunft der Wiederaufarbeitung für Schweizer Bedürfnisse auf die bevorstehende Totalrevision der Atomgesetzgebung. (4238)

(4278) 18. März: Die Schweizerische Energiestiftung SES will das Höchstspannungsnetz als Sicherheit für die Finanzierung der Entsorgungskosten der KKW pfänden lassen.

(4279) 19. März: Nach 470 Tagen ununterbrochenem Betrieb wird Block 1 des Kernkraftwerkes Beznau für die Jahresrevision und den Brennelementwechsel vom Netz genommen.

(4280) 19. März: Der Bundesrat beantwortet die Interpellation Schmid (CVP/VS) "Betreiben Nuklearenergie-Gegner Völkermord?". Der Urheber ist von der Antwort nicht befriedigt.

(4281) 19. März: Der Parlamentarischen Initiative "Schaffung einer unabhängigen Verifikations- und Kontrollbehörde für Atomanlagen" wird im Nationalrat mit 96 zu 67 Stimmen bei 3 Enthaltungen keine Folge gegeben.

(4282) 19. März: Nationalrätin Doris Stump (SP/AG) reicht eine Einfachen Anfrage "Leck im Kernkraftwerk Beznau 2" ein. (4241)

(4283) 19. März: Nationalrat Jost Gross (SP/TG) reicht eine Motion "Für eine generelle Gefährdungshaftung nach dem Verursacherprinzip" ein.

(4284) 24. März 1999: Der Bundesrat beantwortet die Dringliche Einfache Anfrage "Atommüllexporte nach Russland". Massgebend für die Beurteilung eines allfälligen Ausfuhrgesuches ist die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. (4245, 4266)

(4285) 29. März 1999: Die Schweizerische Energiestiftung (SES) und das Nordostschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) reichen eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Bundesrat ein. Kritisiert wird, dass die Stillegungs- und Entsorgungskosten der Schweizerischen Atomkraftwerke nicht genügend gedeckt seien und dass der Bundesrat in dieser Sache nichts unternommen habe.

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. April bis 30. Juni 1999 (Martin Egger)

(4286) 7. April 1999: Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Ratifikation des Gemeinsamen Übereinkommens über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle zuhanden des Parlaments und beantragt die Ratifikation.

(4287) Die Refuna hat ihren Wärmeverkauf im Betriebsjahr 1998/99 um 13,5% auf über 150'000 MWh gesteigert. Damit wurden im unteren Aaretal 13'000 t Heizöl substituiert.

(4288) 8. April 1999: Die NOK verkaufte im Winterhalbjahr 1998/99 2,1% mehr Strom als im Vorjahreswinter, nämlich 7480 Mio. kWh. 76% der NOK-Produktion stammen aus Kernkraftwerken.

(4289) 16. April 1999: Block 1 des Kernkraftwerks Beznau wird nach erfolgter Revision und Freigabe durch die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) wieder ans Netz geschaltet.

(4290) 19. April 1999: Block 2 des Kernkraftwerks Beznau wird für eine Reparatur einer Hauptumwälzpumpe für sechs Tage abgestellt.

(4291) 4. Mai 1999: Die Nagra schliesst ihre Bohrung Benken im Zürcher Weinland in 1007 m im kristallinen Grundgebirge ab. Das Hauptinteresse galt dem 100 m mächtigen, ausgesprochen gering durchlässigen Opalinuston. Ausserdem wurde eine 13 m mächtige Steinsalzlage entdeckt.

(4292) 4. Mai 1999: Die Atel kann ihre Ertrags- und Finanzkraft im Geschäftsjahr 1998 auf hohem Niveau halten. Der Gruppengewinn beträgt SFr. 98 Mio. Zusätzlich wurden SFr. 100 Mio. für die Marktöffnung zurückgestellt.

(4293) 4. Mai 1999: Die Aktionäre der Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG nehmen anlässlich der Generalversammlung vom guten Baufortschritt und der erwarteten Inbetriebnahme ab Herbst 1999 Kenntnis.

(4294) Die Wanderfalken am Kühlturm des Kernkraftwerks Leibstadt ziehen auch dieses Jahr erfolgreich vier Junge auf. Dank Videokamera kann dies im Infopavillon live mitverfolgt werden. Erstmals werden die Jungvögel beringt.

(4295) Das Betriebsjahr 1998 der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) wurde wiederum gut abgeschlossen. Der Produktionspreis des KKG lag bei 5,08 Rp./kWh.

(4296) 17. Mai 1999: Der Verwaltungsrat des Kernkraftwerks Gösgen ernennt Peter Hirt zum neuen Betriebsdirektor. Er tritt am 1. Oktober 1999 ins KKG ein und übernimmt per 1. März 2000 als Nachfolger von Christian Donatsch seine neue Funktion.

(4297) 17. Mai 1999: Die Generalversammlung der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG wählt Alessandro Sala zum neuen Verwaltungsratspräsidenten als Nachfolger von Dr. Walter Bürgi.

(4298) 27. Mai 1999: Die BKW FMB Energie AG präsentiert ihren Jahresabschluss 1998 mit einem um 17% gesteigerten Gewinn. Die Stromabgabe nahm um 13% auf 11'627 Mio. kWh zu.

(4299) 1. Juni 1999: Die Finanzierung der nuklearen Entsorgung der Schweizer Kernkraftwerke ist gesichert. Die Rückstellungen betragen laut Angaben der Werksbetreiber bereits mehr als die Hälfte des Gesamtbetrags: Von den geschätzten SFr. 14,6 Mrd. sind SFr. 8 Mrd. oder 55% bereits zurückgestellt.

(4300) 2. Juni 1999: Der Nationalrat beschliesst über die Energieabgabe. Grundnorm: Die Abgabe soll auf allen nicht erneuerbaren Energieträgern erhoben werden. Sie dient zur Entlastung der obligatorischen Sozialversicherungsprämien. Massgeblich ist der Energieinhalt, der Höchstsatz beträgt 2 Rp./kWh. Übergangsbestimmungen: Die Abgabenhöhe wird auf 0,6 Rp./kWh und die Dauer auf 20 Jahre festgelegt. Mit dem Ertrag sollen emeuerbare Energien, die rationelle Energienutzung sowie einheimische Wasserkraftwerke gefördert werden. (vgl. Nr. 4270, 4271 der Chronik)

(4301) 3. Juni 1999: Laut einer Pressemitteilung der SVA anlässlich einer Protestaktion von Greenpeace sind die ökologischen Auswirkungen der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague unbedenklich. Die Strahlung der Abwässer ist geringer als jene von Granit.

(4302) 6. Juni 1999: Der Nationalrat beschliesst mit 83 zu 70 Stimmen, die Kompetenz zur Einführung einer CO2-Abgabe dem Parlament zu übertragen. Die Differenz zum Ständerat, der sich für die Bundesratskompetenz entschieden hat, bleibt bestehen. Es wird eine Einigungskonferenz stattfinden. (vgl. Nr. 4267 der Chronik)

(4303) 7. Juni 1999: Der Bundesrat verabschiedet an seiner Sitzung die Botschaft zum Elektrizitätsmarktgesetz zuhanden des Parlaments. Der Entwurf sieht eine schrittweise Öffnung des Elektrizitätsmarktes vor. Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes soll der Elektrizitätsmarkt voll liberalisiert sein. Im Hinblick auf die Totalrevision der Atomgesetzgebung trifft der Bundesrat folgende Vorentscheide: Auf die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente soll verzichtet werden. Bezüglich Endlagerung der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle wird kein Entscheid gefällt, sondern eine weitere Arbeitsgruppe eingesetzt. Gleichzeitig schickt der Bundesrat den Verordnungsentwurf über den Entsorgungsfonds für Kernkraftwerke in die Vernehmlassung und nimmt die Aufhebung der Sistierung der Transporte von abgebrannten Brennelementen zur Kenntnis (vgl. Nr. 4106 der Chronik). Über eine allfällige Befristung des Betriebs der Kernkraftwerke will der Bundesrat "nach den Sommerferien" entscheiden.

(4304) 7. Juni 1999: Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie bezeichnet das Wiederaufarbeitungsverbot abgebrannter Brennelemente als "Schildbürgerstreich". Die Aufhebung der Sistierung der Transporte von abgebrannten Brennelementen wird begrüsst. (vgl. Nr. 4303 der Chronik)

(4305) 7. Juni 1999: Der Verein "Bern ohne Atom" reicht seine laut Medienberichten mit Mühe gesammelten 15'400 Unterschriften für die gleichlautende kantonale Initiative ein. Die Berner Stimmberechtigten haben nächstes Jahr Gelegenheit, sich für einen Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Mühleberg nach 2002 zu entscheiden.

(4306) 17. Juni 1999: Peter Hirt, der designierte neue Betriebsdirektor des Kernkraftwerks Gösgen (vgl. Nr. 4296 der Chronik) löst Konstantin Foskolos als Präsident der Schweizerischen Gesellschaft der Kernfachleute (SGK) ab.

(4307) 17. Juni 1999: Die Genossenschaft nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW) beschenkt sich zum 5. Geburtstag mit einer eigenen Website (www.wellenberg.ch). Das nächste Ziel der GNW ist eine Abstimmung über den Sondierstollen.

(4308) 21. Juni 1999: Die Westschweizer Elektrizitätsbetriebe CVE-Romande Energie, Electricité Neuchâteloise (Ensa) und Freiburgische Elektrizitätswerke (FEW) haben eine strategische Allianz vereinbart. Die drei Partner verfügen über die Stimmenmehrheit bei der Energie Ouest Suisse (EOS).

(4309) 21. Juni 1999: Die Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke wird von der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK anlässlich der Publikation ihres Jahresberichts als gut eingestuft. Die fünf 1998 registrierten Vorkommnisse sind die tiefste Anzahl seit Jahren (vgl. Nr. 4244 der Chronik).

(4310) 25. Juni 1999: Die BKW FMB Energie AG stockt ihr Aktienkapital um 10% auf. Die neuen Aktien werden von der PreussenElektra gezeichnet, die damit ihren Anteil auf 20% erhöht. Der Kanton Bern hält 64%.

(4311) 26. Juni 1999: Rund 2300 Personen besuchen am Tag der offenen Tür das zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle (Zwilag) in Würenlingen. Das Lager soll ab Herbst schrittweise in Betrieb gehen.

(4312) 26. Juni 1999: Das Kernkraftwerk Gösgen wird für die Revision und den Brennelementwechsel abgestellt. Es werden 44 neue Brennelemente geladen, davon 20 Uran-Plutonium-Mischoxid- oder Mox-Brennelemente.

(4313) 29. Juni 1999: Der Grosse Rat des Kantons Aargau verabschiedet eine Standesinitiative zur Atomenergie mit 92 zu 35 Stimmen. Sie richtet sich gegen politisch motivierte Betriebseinschränkungen, gegen Beschränkungen der Kernenergieforschung, gegen die Benachteiligung der Kernkraftwerke bei der Abgeltung nicht amortisierbarer Investitionen (NAI) sowie gegen die Diskriminierung der Kernenergie bei allfälligen neuen Abgaben oder Steuern.

(4314) 1. Juli 1999: Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) geben sich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Marktöffnung eine neue Struktur mit vier Geschäftsbereichen anstelle der bisherigen Direktionen: Finanzen und Dienste, Hydraulische Energie, Kernenergie sowie Energiewirtschaft, Marketing und Verkauf, Netze.

(4315) 6. Juli 1999: Block 1 des Kernkraftwerks Beznau muss aufgrund einer unwetterbedingten Verstopfung des Kühlwassereinlaufs mit Geschiebe für zwei Stunden abgestellt werden.

(4316) 6. Juli 1999: Die Urek (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) des Nationalrates entscheidet mit 14 zu 10 Stimmen, den Eintretensentscheid zum Elektrizitätsmarktgesetz erst nach der Schlussabstimmung des Parlaments über den Förderabgabebeschluss zu fällen. Voraussetzung zum Eintreten ist für die Kommissionsmehrheit ein Abgabesatz von mindestens 0,4 Rp./kWh. (vgl. Nr. 4300 der Chronik)

(4317) 14. Juli 1999: "Das Kernkraftwerk Gösgen hat keine Veranlassung, daran zu zweifeln, dass die belgischen Behörden im damaligen Bewilligungsverfahren für die Anlagen zur Mox-Brennelement-Herstellung ihre Sorgfaltspflicht gegenüber der Bevölkerung korrekt und umfassend wahrgenommen haben." Dies hält das KKG in einer Stellungnahme zu einem entsprechenden Vorwurf von Greenpeace fest, der sich offenbar auf das ursprüngliche Bewilligungsverfahren, das rund zwanzig Jahre zurückliegt, bezieht.

(4318) 22. Juli 1999: Block 2 des Kernkraftwerks Beznau wird für die Revision und den Dampferzeugeraustausch für rund 13 Wochen abgestellt.

(4319) 26. Juli 1999: Das Kernkraftwerk Mühleberg wird für die Jahresrevision und den Brennelementwechsel für 4 Wochen abgestellt.

(4320) 28. Juli 1999: Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) erteilt dem Kernkraftwerk Gösgen nach viereinhalb Wochen Revisionszeit die Erlaubnis zum Wiederanfahren. (vgl. Nr. 4312 der Chronik)

(4321) 7. August 1999: Das Kernkraftwerk Leibstadt wird für die Revision und den Brennelementwechsel für rund 4 Wochen abgestellt.

(4322) 11. August 1999: Die Schweizer Kernkraftwerke laden die Medien im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Transporte abgebrannter Brennelemente nach 15-monatiger Pause ein, sämtliche Arbeitsschritte des ersten Transportes mit zu verfolgen. Zur offenen Informationspolitik gehört auch die Bekanntgabe eines detaillierten Zeitplanes des ersten Transportes.

(4323) 13. August 1999: Das Bundesamt für Energie erteilt die Bewilligung für den Abtransport von 48 abgebrannten Brennelementen in die französische Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Ein entsprechendes Gesuch hat das Kernkraftwerk Gösgen am 17. Juni 1999 eingereicht. (vgl. Nr. 4106 und 4303 der Chronik)

(4324) 18. August 1999: Der Bundesrat ernennt per 1. Januar 2000 Wolfgang Jeschki zum Direktor der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK). Er folgt auf Dr. Serge Prêtre, der Ende 1999 in den Ruhestand tritt.

(4325) 22. August 1999: Das Kernkraftwerk Mühleberg erhält von der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) die Freigabe für das Wiederanfahren der Anlage nach erfolgter Revision. (vgl. Nr. 4319 der Chronik)

(4326) 23. August 1999: Anlässlich der Wiederaufnahme der Transporte abgebrannter Brennelemente zur Wiederaufarbeitung veranstalten die vier Schweizer Kernkraftwerke im Kernkraftwerk Gösgen eine Medienkonferenz. Dabei wird im Detail über die verschiedenen Aspekte der Transporte informiert und ein am 18. August aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague eingetroffener leerer Transportbehälter vorgeführt. Neben Vertretern der Kernkraftwerke wirken Vertreter der SBB, der Polizei, der Bundesbehörden, des Strahlenschutzes und der französischen Transportfirma mit. (vgl. Nr. 4322 der Chronik)

(4327) 29. August 1999: Für den Austausch einer Generatorgehäusedichtung wird das Kernkraftwerk Gösgen für vier Tage abgestellt.

(4328) 29. August 1999: Der Verein "Strom ohne Atom" teilt mit, die Initiativen "Strom ohne Atom" und "Moratorium plus" seien mit je rund 120'000 Stimmen zustande gekommen. (vgl. Nr. 4081 und 3954 der Chronik)

(4329) 31. August 1999: In seiner Präsidialansprache anlässlich der 40. Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) fasst alt Ständerat Dr. Hans Jörg Huber die relevanten Gesichtspunkte zur Kernenergie in der Schweiz in einem Zehn-Punkte-Programm zusammen. Das Gastreferat hält der Generalsekretär des europäischen Atomforums Foratom, Dr. Wolf J. Schmidt-Küster, zum Thema "Kernenergie und Europa".

(4330) 31. August 1999: Angekettet an einen Eisenklotz blockieren vier Aktivisten das Zufahrtsgeleise zum Kernkraftwerk Gösgen. Sie wollen den bevorstehenden Abtransport abgebrannter Brennelemente verhindern. (vgl. Nr. 4326 der Chronik)

(4331) 1. September 1999: Der Eisenklotz wird herausgesägt. Nach der Reparatur des Geleises fährt der Transport pünktlich ab, behängt mit Transparenten, die zum Dialog und zum Besuch des Kernkraftwerks Gösgen einladen. (vgl. Nr. 4330 der Chronik)

(4332) 3. September 1999: Das Kernkraftwerk Leibstadt erhält von der HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) die Freigabe für das Wiederanfahren. Der kommende 16. Betriebszyklus steht im Zeichen des Projekts Leistungserhöhung mit der Steigerung auf die nächsten zwei Stufen von 109% im Laufe des Septembers und auf 112% ab März 2000. In den ersten Tagen nach dem Wiederanfahren wird deshalb ein Testprogramm bei unterschiedlicher Reaktorleistung abgewickelt. (vgl. Nr. 4321 der Chronik)

(4333) 4. September 1999: Der Transport abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Gösgen erreicht termingerecht die französische Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Am Sicherheitsbehälter und den Transportmitteln werden keine Kontaminationen festgestellt. (vgl. Nr. 4331 der Chronik)

(4334) 7. September 1999: Nach einer Dampfleckage bei einer Turbine kommt es im Kernkraftwerk Mühleberg zu einer Reaktorschnellabschaltung.

(4335) 8. September 1999: Der Bundesrat schreibt in der Antwort auf die Interpellation Suter (FDP/BE) "Wirtschaftlichkeit der Kernkraft": "Diese Überlegungen zeigen, dass eine vorzeitige Ausserbetriebnahme wirtschaftlich nicht sinnvoll wäre."

(4336) 15. September 1999: Im Stilllegungsfonds für Kernanlagen befinden sich SFr. 778 Mio. Bei der Anlage des Fondsvermögens wurde eine Jahresrendite von 9,2 % erzielt.

(4337) 16. September 1999: Das Kernkraftwerk Leibstadt fährt auf 109% der ursprünglichen thermischen Reaktorleistung hoch. Die Nettoleistung auf der zweiten Stufe der Leistungserhöhung beträgt nun rund 1120 MW. (vgl. Nr. 4332 der Chronik)

(4338) 20. September 1999: Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) und die Eidg. Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA) kommen zum Schluss, dass ein sicherer Betrieb der Abfallbehandlungsanlagen des zentralen Zwischenlagers für radioaktive Abfälle (Zwilag) in Würenlingen möglich ist. Das entsprechende Gutachten der HSK und die Stellungnahmen der KSA und des Zwilag liegen bis zum 20. November 1999 öffentlich auf.

(4339) 21. September 1999: Der Nidwaldner Gewerbeverband, die Sektion Unterwalden des Schweiz. Baumeisterverbandes, die VNAI (Vereinigung Nidwaldner Architekten, Bauing. und Spezialing.) sowie die AVES (Aktion für vernünftige Energiepolitik) Nidwalden

führen eine von rund 100 Personen besuchte Informationsveranstaltung über das neue Lagerkonzept für radioaktive Abfälle am Wellenberg durch.

(4340) 22. September 1999: In der Energieabgabedebatte schliesst sich der Ständerat bei der Grundnorm dem Nationalrat an und begrenzt den Abgabesatz auf maximal 2 Rp./kWh. Als einzige Differenz bleibt die Verwendung des Ertrags: Der Ständerat will damit die obligatorischen Lohnnebenkosten senken, der Nationalrat die Sozialversicherungsprämien entlasten. Bei den Übergangsbestimmungen beharrt der Ständerat auf 0,2 Rp./kWh und einer Befristung bis 2010 mit der Option der Verlängerung um fünf Jahre. Im Förderabgabebeschluss streicht der Ständerat die Förderung der Windenergie und will die Abgeltung der aufgrund der Strommarktöffnung anfallenden nicht amortisierbaren Investitionen wie der Nationalrat in diesem Beschluss regeln. (vgl. Nr. 4316 der Chronik)

(4341) 28. September 1999: Die Initiativen "Strom ohne Atom" und "Moratorium plus" werden bei der Bundeskanzlei eingereicht. (vgl. Nr. 4328 der Chronik)

(4342) 28. September 1999: Die Initiativen (vgl. Nr. 4341 der Chronik) stehen gemäss einem Communiqué der SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) schief in der Landschaft und widersprechen den internationalen Trends. Das Energieforum Schweiz hält fest, dass es die Kernenergie auch im 21. Jahrhundert braucht.

(4343) 28. September 1999: Der Nationalrat folgt in der Energieabgabedebatte bei der Grundnorm dem Ständerat und ist mit dem Einsatz des Ertrags zur Senkung der Lohnnebenkosten einverstanden. Als neue Differenz fordert er aber eine Rückerstattung für Personen ohne Erwerbseinkommen. Bei den Übergangsbestimmungen beharrt der Nationalrat auf 0,6 Rp./kWh und einer Abgaben-Erhebungsdauer von 20 Jahren. Beim Förderabgabebeschluss folgt er dem Ständerat und streicht die Windenergie. (vgl. Nr. 4340 der Chronik).

(4344) 30. September 1999: Der Ständerat beharrt auf den Differenzen: Keine Rückerstattung für Personen ohne Erwerbseinkommen bei der Grundnorm und 0,2 Rp./kWh während 10 Jahren mit Verlängerungsoption bei den Übergangsbestimmungen. (vgl. Nr. 4343 und 4340 der Chronik).

Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1999 Zusammengestellt von Martin Egger

(4345) Die neu erschienene Publikumsbroschüre "Kernenergie" der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie beantwortet auf 30 Seiten die wichtigsten Fragen zur Kernenergie.

(4346) 5. Oktober 1999: In der Energieabgabedebatte hält der Nationalrat bei der Grundnorm an der Differenz zum Ständerat fest, für Personen ohne Erwerbseinkommen eine Rückerstattung vorzusehen. Bei den Übergangsbestimmungen hält er an einer Förderabgabe von 0,4 Rp./kWh fest. Neu soll deren Befristung auf 12 Jahre mit 8 Jahren Verlängerungsoption festgelegt werden. (Vergl. Nr. 4343 der Chronik)

(4347) 5. Oktober 1999: Da bei der Energie- und CO2-Debatte nach drei Lesungen in jedem Rat keine Einigung erzielt werden konnte, treffen sich die Kommissionen beider Räte zu einer Einigungskonferenz. Diese beschliesst Folgendes: Grundnorm: Keine spezielle Rückerstattung für Erwerbslose. Übergangsbestimmungen: Satz von 0,3 Rp./kWh während 10 Jahren mit Verlängerungsoption um 5 Jahre. CO2-Gesetz: Der Bundesrat erhält die Kompetenz zur Einführung einer CO2-Steuer, das Parlament legt die Höhe fest. (Vergl. Nr. 4346 der Chronik)

(4348) 6. Oktober 1999: Der Ständerat und der Nationalrat stimmen den Vorschlägen der Einigungskonferenz zu. (Vergl. Nr. 4347 der Chronik)

(4349) 6. Oktober 1999: Der Ständerat verabschiedet diskussionslos das "Gemeinsame Übereinkommen über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle". Die Schweiz hatte das Abkommen Ende September 1997 unterzeichnet. (Vergl. Nr. 3993 der Chronik)

(4350) 10. Oktober 1999: Die Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK haben im Geschäftsjahr 1998/99 in ihrem Versorgungsgebiet 0,8% mehr Strom verkauft als im Vorjahr. Der Atomstromanteil der NOK-Produktion betrug 70%.

(4351) 13. Oktober 1999: Ein Bahntransport mit 12 bestrahlten Brennelementen verlässt das Kernkraftwerk Gösgen Richtung Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich.

(4352) 19. Oktober 1999: Nach mehr als zwölfwöchiger Abstellung für die Revision, den Brennelementwechsel und den Austausch der beiden Dampferzeuger erhält das Kernkraftwerk Beznau-2 von der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK die Genehmigung zum Wiederanfahren. (Vergl. Nr. 4318 der Chronik)

(4353) 19. Oktober 1999: In Stans wird eine öffentliche Veranstaltung über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines Endlagers im Wellenberg durchgeführt. Es würde in der Region Umsätze von einer Milliarde Franken über eine Zeitdauer von 40 Jahren sowie 130 Arbeitsplätze schaffen. (Vergl. Nr. 4182, 3939 und 3921 der Chronik)

(4354) 20. Oktober 1999: Das Kernkraftwerk Beznau erhält die Bewilligung zum Abtransport von 48 abgebrannten Brennelementen.

(4355) 22. Oktober 1999: In einem Interview mit der Basler Zeitung erklärt Bundesrat Leuenberger zum Thema Kernenergieausstieg: "Wenn man heute aussteigen würde, würde man einfach mehr Strom importieren."

(4356) 26. Oktober 1999: Die Bundeskanzlei teilt mit, dass die beiden Initiativen "Strom ohne Atom" mit 117'916 und "Moratorium plus" mit 119'828 Unterschriften zustande gekommen sind. (Vergl. Nr. 4341 der Chronik)

(4357) 2./3. November 1999: Nach dem Willen der Eidgenössischen Energieforschungskommission Core sollen die Mittel für die Kernenergieforschung bis ins Jahr 2003 um rund SFr. 15 Mio. auf 46 Mio. gekürzt werden. Der Entscheid wird von Seiten der Energiewirtschaft und des Vororts kritisiert.

(4358) 8. bis 25. November 1999: Eine Expertengruppe der IAEO überprüft im Rahmen einer Osart-(Operational-Safety-Review-Team-)Mission die betriebliche Sicherheit im Kernkraftwerk Gösgen. Die Fachleute ziehen eine positive Bilanz und vermitteln verschiedene Anregungen und Empfehlungen.

(4359) 9. November 1999: Der Regierungsrat des Kantons Solothurn beantragt Nichterheblicherklärung einer überparteilichen Motion für eine "Standesinitiative für eine kernenergieverträgliche Energie- und Steuergesetzgebung durch die Bundesversammlung" (Vergl. Nr. 4313 der Chronik).

(4360) 18. November 1999: Mit rund 40 Teilnehmern wird das Herbsttreffen der Young Generation der Schweizerischen Gesellschaft der Kernfachleute im Kernkraftwerk Mühleberg durchgeführt.

(4361) 18. November 1999: Der Stromverbrauch in der Schweiz hat im abgelaufenen hydrologischen Jahr 1998/99 aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs um 2,9% zugenommen. Der Atomstromanteil bei der Produktion beträgt 36,4%. Der tiefe Wert erklärt sich aus der hohen Wasserkraftproduktion infolge der ausserordentlich ergiebigen Frühjahresniederschläge.

(4362) Die Aargauer Regierung unterstützt in einer Stellungnahme zuhanden des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation die Erteilung der Betriebsbewilligung für das zentrale Zwischenlager Würenlingen. (Vergl. Nr. 4338 der Chronik)

(4363) 23. November 1999: Die Urek des Nationalrats fällt betreffend Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) u.a. folgende Entscheide: Es soll eine schweizerische Netzgesellschaft gebildet werden, der Markt soll innert sechs Jahren vollständig geöffnet werden, das EMG soll nur in Kraft treten, wenn der Förderabgabebeschluss in der Volksabstimmung im Herbst 2000 angenommen wird. (Vergl. Nr. 4347 der Chronik)

(4364) 24. November 1999: Der Bundesrat hält in der Antwort auf die Interpellation "Fehlkalkulation der Stilllegungskosten von Schweizer Atomkraftwerken" von Nationalrat Rechsteiner (SP/BS) fest, dass die Stilllegung der Schweizer KKW finanziell gesichert ist.

(4365) 24. November 1999: Der Bundesrat hält in der Antwort auf die Motion "Stopp Atomtransporte – AKW-Brennstäbe direkt ins Zwischenlager" der inzwischen abgewählten Nationalrätin Kuhn (Grüne/AG) fest, dass keine Veranlassung für sofortige Verbote und Massnahmen im Sinne der Motion besteht. Ein Wiederaufarbeitungsverbot sei im Vernehmlassungsentwurf zum Kernenergiegesetz vorgesehen.

(4366) 1. Dezember 1999: Der Bundesrat hält in der Antwort auf die Einfache Anfrage "Lehren ziehen aus dem Nuklearunfall in Tokaimura" von Nationalrat Rechsteiner (SP/BS) fest, dass keine Neubeurteilung der Sicherheitsanalysen der schweizerischen Kernkraftwerke notwendig ist.

(4367) 7. Dezember 1999: Die Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL) gibt im Jahresbericht eine Wertberichtigung von SFr. 450 Mio. bekannt. Der Stromumsatz lag mit 14 Mrd. kWh leicht unter dem Vorjahreswert.

(4368) 9. Dezember 1999: Der Verwaltungsrat der Zwilag Zwischenlager Würenlingen AG beschliesst, die bisher zurückgestellte Lagerhalle für schwachradioaktive Abfälle für SFr. 30 Mio. zu bauen, um zusätzlichen Handlungsspielraum bei der Bereitstellung eines Endlagers zu gewinnen.

(4369) 16. Dezember 1999: Der Nationalrat genehmigt einstimmig das "Gemeinsame Übereinkommen über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle". (Vergl. Nr. 4349 der Chronik)

(4370) 16. Dezember 1999: Anlässlich des 15-jährigen Dauerbetriebs zieht das Kernkraftwerk Leibstadt eine positive Bilanz. Im Mittel wurden jährlich 7,5 Mrd. kWh CO2-freier Strom ans Netz abgegeben.

(4371) 21. Dezember 1999: Die bernische Kantonsregierung lehnt die Initiative zur Stillllegung des Kernkraftwerks Mühleberg ab. Eine vorzeitige Stilllegung hätte negative Auswirkungen auf die bernische Volkswirtschaft und sei auch aus ökologischer und energiepolitischer Sicht nicht sinnvoll. (Vergl. Nr. 4305 der Chronik)

(4372) 24. Dezember 1999: Das Kernkraftwerk Beznau-1 feiert 30 Jahre Stromproduktion.

(4373) 26. Dezember 1999: Der Orkan Lothar verursacht grosse Schäden am Stromnetz, insbesondere im Versorgungsgebiet der BKW FMB Energie AG. In der Folge beruht die Versorgung von Stadt und Kanton Bern während des zweitägigen Unterbruchs der Hochspannungsleitungen nach Frankreich und dem Wallis zu 70% auf dem Kernkraftwerk Mühleberg.

(4374) 31. Dezember 1999: Auf Anweisung der Netzbetreiber wird die Leistung in den Kernkraftwerken Mühleberg, Gösgen und Leibstadt aufgrund der erwarteten schwachen Stromnachfrage über die Silvesternacht auf 70% gedrosselt.